



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
DAVIS

Digitized by Google

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, München, General-Major a. D., *Dr. E. Obst*, o. Professor an der technischen Hochschule, Hannover, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, *Dr. O. Maull*, a. o. Professor an der Universität, Frankfurt am Main, für Weltpolitik und Weltwirtschaft: *A. Ball*, Berlin. Unter ständiger Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Legationsrat, o. Professor an der Universität, Leipzig, und des Hamburger „*Wirtschaftsdienst*“, Hamburg. Schriftleitung: Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83.

IV.

III. JAHRGANG 1927

I. H A L B B A N D

HEFT 1-6 / JANUAR-JUNI

BERLIN-GRUNEWALD
KURT VOWINCKEL VERLAG

GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
DAVIS

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

V O N H E F T 1—6 / J A N U A R — J U N I 1927

**ES BEDEUTEN: L LEITAUFSATZ, U UNTERSUCHUNG, B BERICHT,
* MIT KARTENBEIGABEN ODER ILLUSTRATIONEN**

G. AMANN / Der torpedierte Seezoll	151	U
G. AMANN / Sun Yatsens Vermächtnis VI	252	U
G. AMANN / Chinas Staatshaushalt unter der nationalistischen Regierung	401	U
G. AMANN / Die Zukunft von Handel und Industrie in China	497	U
K. F. BARTZ / Die Entwicklung des französischen Staates	44	U*
H. BECKER / Geopolitik und Wirtschaft	84	U
W. M. v. BISSING / Die weitere Entwicklung in Frankreich	38	L
W. M. v. BISSING / Die Entwicklungslinie der deutschen Wirtschaft	223	L
SIR GRAHAM BOWER / Der Bolschewismus und die westliche Kultur	475	L
J. v. BULOW / Der Antikolonialkongreß in Brüssel	373	L
J. CHAILLAUX / Die Zukunft der französischen Finanzen	97	L
F. COERPER / Europäische Wirtschaft	33	U
F. DELAISÉ / Weltwirtschaftskrise — Weltwirtschaftsverständigung	508	L
B. DERNBURG / Deutschland und der Dawesplan	6	L
A. DRESLER / Frankreichs Bevölkerungsverhältnisse	52	U
W. FLEMMIG / Die russische Erdölindustrie als Objekt der internationalen Petroleumpolitik	513	U
E. v. FRAUENHOLZ / Araber und Berber im Rif	437	U
R. FRIEDMANN / Frankreich und der Islam	58	U
M. FRIEDRICHSEN / „Deutschland“ als „natürliche“ Großlandschaft Mittel- Europas	423	U
W. GRAHAM / Auftakt zur Weltwirtschaftskonferenz	220	L
K. HAUSHOFER / Berichterstattung aus dem indo-pazifischen Raum 21, 113, 206, 291, 389, 485	485	B*
K. HAUSHOFER / Literaturbericht aus dem indo-pazifischen Raum	184	B





An unsere Leser

Mit besonderer Freude zeigen wir unseren Lesern an, daß die Zeitschrift für Geopolitik vom vorliegenden Hefte an zusammengehen wird mit der Zeitschrift

„WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT“

Neben der volkswirtschaftlich bedeutsamen Tatsache, daß auch in diesem Fall ein Nebeneinander-arbeiten verwandelt wird in ein Miteinander-schaffen, bringt die Verschmelzung die Grundlagen für einen starken Ausbau mit sich.

So ist es möglich, durch Erweiterung des Raumes, ohne den geopolitischen Kern der Zeitschrift zu gefährden und ohne den Bezugspreis zu erhöhen, die führenden Köpfe der deutschen und ausländischen Politik sowie der Wirtschaft zu Wort kommen zu lassen, die als Mitarbeiter der Zeitschrift Weltpolitik und Weltwirtschaft ihren Ruf gaben.

Andererseits bringt die Verschmelzung den Lesern der Weltpolitik und Weltwirtschaft eine starke Vermehrung des gebotenen Stoffes bei fast unverändertem Preis. Sie finden in der neuen Zeitschrift die bekannten monatlichen Berichte der Herausgeber über weltpolitische Vorgänge und dazu eine gleichmäßige Behandlung aller politisch und wissenschaftlich aktuellen Fragen auf dem Erdball.

In den nicht veränderten Redaktionsstab der Zeitschrift für Geopolitik treten mit dem vorliegenden Heft der Herausgeber der „Weltpolitik und Weltwirtschaft“, Herr Alfred Ball, Berlin, ferner als Herausgeber eines ständigen Berichtes über die europäische Wirtschaft, Herr Dr. Fritz Coerper, Köln, und für die Behandlung weltwirtschaftlicher Fragen in ständiger Mitarbeit Geheimrat Professor Dr. Kurt Wiefenfeld, Leipzig, sowie der Hamburger „Wirtschaftsdienst“ ein.

Ohne Änderung der Gesamthaltung der Zeitschrift für Geopolitik, der sie ihren Erfolg verdankt, bringt die Verschmelzung eine stärkere Berücksichtigung weltwirtschaftlicher und politischer Fragen und damit eine Ausstrahlung und Ergänzung, die, so hoffen wir, unseren Lesern willkommen sein wird.

HERAUSGEBER — SCHRIFTFLEITUNG — VERLAG
der

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

1. Januar 1927.

ERICH OBST
ENGLAND
EUROPA
UND DIE
WELT

EINE GEOPOLITISCH-
WELTWIRTSCHAFTLICHE
STUDIE

KURT VOWINCKEL VERLAG

PRINTED IN GERMANY

PRINTED IN GERMANY

Digitized by Google

ERICH OBST / ENGLAND, EUROPA UND DIE WELT
Eine geopolitisch-weltwirtschaftliche Studie. / XVI und 350 Seiten Text. Mit
54 Textzeichnungen und 17 weltwirtschaftlichen Tabellen im Anhang. In
Ganzleinen gebunden RM. 36.—

*Erscheinungstermin Anfang Januar / Subskriptionspreis
bis 15. Januar 1927 RM. 31.—*

Erich Obst, o. Professor an der Technischen Hochschule Hannover, Herausgeber der „Zeitschrift für Geopolitik“, veröffentlicht auf Grund langjähriger Studien das grundlegende Werk über die geopolitisch-wirtschaftliche Stellung Englands gegenüber Europa und in der Welt.

In seltener Weise paart sich in Obst eine Wissenschaftlichkeit, die Grundprobleme der Zukunft ernst sieht und zu gliedern weiß, mit einer Flüssigkeit der Darstellung, die alle Zusammenhänge durchleuchtet und die Lektüre zum Genuß macht.

Zum Werk trieb Obst die lastende Sorge: wird Rußland sich weiter auf dem Wege zum asiatischen, in sich autarken Staat entwickeln? Wird England nach der Umgestaltung des Empire sein Reich wirtschaftlich zusammenschweißen und gegen die Weltwirtschaft abzuschließen versuchen? Was wird in diesem Fall aus dem zwischen beiden Großreichen eingekeilten Europa, was wird vor allem aus Deutschland?

So kam Obst zu einer Untersuchung der Wechselbeziehungen geopolitischer und wirtschaftlicher Natur zwischen England, dem festländischen Europa und der übrigen Welt. Er stellte zu diesem Zweck in einer einzigartigen Weise das gesamte erreichbare wirtschaftsstatistische Material der Welt zusammen und wertete es aus. Es entstand ein Buch, das fortan für die Behandlung weltwirtschaftlicher Fragen grundlegend sein

wird: nirgendwo sind die hierüber vorhandenen Tatsachen und Zahlen so vollständig, handlich und übersichtlich zu finden, nirgendwo so tiefgründig verarbeitet.

Der erste Teil des Werkes weist an Hand der englischen Geschichte das Werden britischen Volkstums, britischer Wirtschafts- und Staatsentfaltung nach: ist England an den Kontinent gekettet oder besitzt es als atlantische Insel unbedingte Handlungsfreiheit? Das Ergebnis zeigt eindeutig: die Bindung an den Kontinent ist so stark, daß eine Lockerung die politische Stellung Englands auf das schwerste gefährden würde.

Denselben Schluß zeitigt die systematische Durcharbeitung und Gliederung der Weltwirtschaft im zweiten, umfangreicheren Teil: der wirtschaftliche Imperialismus ist für England unmöglich, die Idee eines abgeschlossenen britischen Wirtschaftsreiches nicht durchführbar.

Somit erhebt Obst auf Grund unanfechtbarer Tatsachen, nachträglich gerechtfertigt durch die Ergebnisse der britischen Reichskonferenz, die Forderung: bildet den europäischen Wirtschaftsblock mit England, wenn Europa nicht der Übermacht der anderen Wirtschaftsreiche erliegen soll, baut die Zollschränken ab, bewirtschaftet die abendländischen Rohstoffe planmäßig, baut den gesamteuropäischen Innenmarkt aus.

Der starke Band ist in jeder Hinsicht glänzend ausgestattet. Das gesamte statistische Material ist in Karten und graphischen Darstellungen ausgewertet und damit für den praktischen Gebrauch handlich gemacht. Das als Unterlage dienende Tabellenmaterial ist im Anhang beigegeben. Umfangreiche Literaturhinweise, Register und Übersetzungen der fremdsprachigen Zitate erleichtern den Gebrauch des Werkes.

I N H A L T

I. ENGLAND, EUROPA UND DIE WELT ALS GEOPOLITISCHES PROBLEM Vom Werden des britischen Volkstums, britischer Wirtschafts- und Staatsentfaltung

1. Die britischen Inseln im Banne des Kontinents, Handels- und Kolonisationsgebiet festländischer Völker
2. Des britischen Inselstaates Abwehr gegen die Bevormundung durch den Kontinent: Kampf gegen die Hanse, Kampf gegen Spanien, Kampf gegen das Papsttum
3. Englands Hinausströmen in die Welt und sein Kampf gegen den großen kontinentalen Nebenbuhler Holland
4. England benutzt die kontinentalen Händel, um im Kampfe mit Frankreich die Herrschaft über den Welthandel an sich zu reißen. Überspannter Merkantilismus führt jedoch zum Abfall der nordamerikanischen Siedlungskolonien
5. Vom Merkantilismus zum Industrialismus. Der Schwerpunkt des britischen Kolonialreiches wandert aus der westlichen in die östliche Halbkugel. Kampf auf Leben und Tod zwischen England und dem Europa Napoleons
6. Der Siegeslauf des britischen Industrialismus und die Folgeerscheinungen: extremer Kapitalismus, Gewerkschaftsbewegung, Sozialismus, Bauernlegen, Freihandel, Parlamentsreformen, neue Kolonialpolitik, die Vorboten des Imperialismus. Preußen-Deutschland und Rußland die künftigen Todfeinde des Britischen Reiches
7. Das Ende der britischen Suprematie. Das Ringen England-Frankreich in Afrika schließt mit der Teilung der Herrschaft und der Entente cordiale. Der englisch-russischen Rivalität in Asien wird mit japanischer Hilfe ein Ende bereitet, aber zugleich entwickelt sich Japan zu der ostasiatischen Großmacht. Die wirtschaftliche Vormachtstellung Englands gleichzeitig von Deutschland, den Vereinigten Staaten und Japan bedroht. Britischer Imperialismus, Einkreisungspolitik gegen Deutschland. Der Weltkrieg und seine Bedeutung für England, Europa und die Welt

II. ENGLAND, EUROPA UND DIE WELT ALS WIRTSCHAFTLICHES PROBLEM Die Überflügelung Englands und des festländischen Europa durch die überseeische Welt

1. Das Ernährungsproblem

a) *England der größte Fischereistaat der Welt; das Britische Reich Herr über fast sämtliche Fischgründe*

b) *Die Versorgung mit Getreide und Kartoffeln*

Intensitätswirtschaft in Großbritannien. In der Weltgetreidewirtschaft verlagert sich der Schwerpunkt infolge des Weltkrieges von Osteuropa nach Amerika. Ungeheurer Aufschwung des Ackerbaus im British Empire. Die Möglichkeit einer pan-britischen Autarkie in der Getreidewirtschaft durchaus gegeben:

Weizen / Roggen / Gerste / Hafer / Mais / Reis / Kartoffeln

c) *Die Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln*

Der Kreis der intensiven und der Kreis der extensiven Viehwirtschaft. Englands große Verdienste um die Viehzucht. Der Schaf-, Rinder- und Schweinebestand im Britischen Reich, in Europa und in der übrigen Welt. Der Welthandel mit Fleisch, Milch, Butter, Eiern. Starkes Hervortreten der überseeischen Viehzuchtländer. Englands Streben nach Autarkie in bezug auf die Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln trotzdem wenig aussichtsreich:

Fleisch / Milch / Butter / Eier

d) *Die Versorgung mit Genußmitteln*

Großbritannien versucht, gegen das Kaffeemonopol Süd- und Mittelamerikas anzukämpfen, vor allem unter Benutzung des geraubten Deutsch-Ostafrika. In der Kakaowirtschaft erringt Großbritannien den Sieg über die amerikanischen Kakaostaaten und gelangt faktisch zur Selbstgenügsamkeit. Durch die außerordentlich gesteigerten Tee-Ernten in Indien und Ceylon beseitigt Großbritannien das einstige Teemonopol Chinas und befriedigt nahezu den Gesamtbedarf des Empire. Der Kampf zwischen Rohr- und Rübenzucker; England verrät Europa an die tropischen Rohrzuckerländer; trotzdem bleibt es in der Zuckerversorgung von Europa und der nicht-britischen Tropenwelt abhängig. In der Tabakversorgung des britischen Marktes behält U.S.A. sein seit Jahrzehnten bestehendes Übergewicht:

Kaffee / Kakao / Tee / Zucker / Tabak

2. Das Industrieproblem und der Handel

a) Die Textil- und Lederindustrie

Das Britische Reich besitzt nach wie vor das Monopol in Rohwolle; die englische Wollindustrie beginnt jedoch die Konkurrenz vor allem der in Übersee entstehenden Fabriken in immer stärkerem Maße zu spüren. Der Kampf zwischen U.S.A. und dem Britischen Reich um das Weltmonopol in Baumwolle; starker Niedergang der englischen Baumwollindustrie infolge der machtvollen Entwicklung der Baumwollindustrie in den überseeischen Ländern. Rückgang auch in der britischen Leinen-, Hanf- und Juteindustrie. In der Kunstseidenindustrie haben die Vereinigten Staaten die Führung; die britischen Werke in Gefahr, von Italien, Deutschland u. a. m. überflügelt zu werden. Schwere Absatzkrise in der englischen Schuhindustrie infolge wachsender Eigenversorgung in Übersee:

Wollindustrie / Baumwollindustrie / Leinenindustrie / Hanfindustrie / Juteindustrie / Seiden- und Kunstseidenindustrie / Schuhindustrie

b) Die Bergwerks- und Hüttenindustrie

Der Schwerpunkt der Weltkohlenförderung verschiebt sich nach Amerika. Der Kampf zwischen Standard Oil Co. und Royal Dutch-Shell um das Erdölmonopol. Das Kalimonopol des Abendlandes. England in der Eisen- und Stahlerzeugung von Europa und erst recht von Amerika geschlagen. Die Vereinigten Staaten allein liefern an Eisen und Stahl die Hälfte der Welterzeugung. Die überragende Stellung der Union in der Bergwerks- und Hüttenproduktion von Blei, Zink und Kupfer. Versklavung des Abendlandes an die überseeischen Bergwerks- und Industriestaaten: Steinkohle / Braunkohle / Erdöl / Kali / Eisen / Stahl / Blei / Zink / Kupfer

c) Maschinen- und Schiffbauindustrie, chemische und Gummiindustrie

Die überseeische Welt hat dem Abendland die Führung in der Maschinenindustrie entrissen und betreibt zielbewußt die Eigenversorgung auch auf diesem Gebiet. Bedrohung der englischen Schiffbauindustrie durch die überseeische Konkurrenz (U.S.A., Japan!). Der Kampf gegen das deutsche Monopol in der chemischen Industrie. Der Siegeslauf der vereinsstaatlichen Gummiindustrie und der amerikanisch-britische „Gummikrieg“:

Maschinenindustrie / Schiffbauindustrie / Chemische Industrie / Gummiindustrie

d) Der Handel

Auch im Welthandel erringen die überseeischen Staaten den Sieg über das Abendland. Der Handel Englands mit den Kolonien nimmt zwar einen beträchtlichen Aufschwung, viel stärker aber wächst der Handelsverkehr der britischen Kolonien mit den überseeischen Handelsstaaten. Auch das „Preference-System“ vermag den allmählichen Niedergang des englischen Handels nicht aufzuhalten. Die Naturgegebenheiten offenbar stärker als politischer und wirtschaftlicher Machtwille. Englands Zukunft kann nicht in der Ausgestaltung des Imperiums liegen, sondern im Zusammengehen mit dem festländischen Europa

SCHLUSS

Die Lösung des Problems „Britisches Weltreich“ entscheidet über die Zukunft Europas und der übrigen Welt

LITERATURVERZEICHNIS UND ANMERKUNGEN

ÜBERSETZUNG WICHTIGER FREMDSPRACHLICHER ZITATE

REGISTER

TEXTZEICHNUNGEN

1. Die Macht- und Kulturmittelpunkte der Alten Welt und ihre Verlagerung im Laufe der Geschichte
2. Der Raum London als Verkehrszentrum der britischen Inseln
3. Das Themsebecken als Brennpunkt des europäischen Verkehrs im Mittelalter
4. Die Lage der britischen Inseln zur Neuen Welt
5. Die territoriale Entwicklung des Britischen Weltreiches bis zum Jahre 1900
6. Der Kampf Englands gegen das Europa Napoleons

7. Die prozentuale Bevölkerungszunahme (-abnahme) in England, Schottland, Irland und dem Vereinigten Königreich in den einzelnen Dekaden von 1801 bis 1921
8. Das englisch-französische Ringen um die Herrschaft in Afrika gegen Ende des 19. Jahrhunderts
9. Englands Abwehr gegen die auf Indien gerichtete Expansion der Russen (Verträge von 1887 und 1895)
10. Die territoriale Aufteilung der Welt im Jahre 1913
11. Die politische Gliederung der Menschheit im Jahre 1913
12. Die Kolonialmächte im Jahre 1913 (Fläche)
13. Die Kolonialmächte im Jahre 1913 (Bevölkerung)
14. Der Kampf Englands gegen das Europa Wilhelms II.
15. Die territoriale Aufteilung der Welt im Jahre 1925
16. Die politische Gliederung der Menschheit im Jahre 1925
17. Die Kolonialmächte im Jahre 1925 (Fläche)
18. Die Kolonialmächte im Jahre 1925 (Bevölkerung)
19. Das Britische Weltreich 1925
20. Die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln im Britischen Weltreich, in Europa und in der übrigen Welt
21. Großbritanniens Einfuhr von Weizen aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
22. Großbritanniens Einfuhr von Gerste aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
23. Großbritanniens Einfuhr von Hafer aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
24. Großbritanniens Einfuhr von Mais aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
25. Der Viehbestand (Rinder, Schafe, Schweine, Pferde) im Britischen Weltreich, in Europa und in der übrigen Welt
26. Großbritanniens Einfuhr von Fleisch aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt
27. Die Welterzeugung von Genußmitteln im Britischen Weltreich, in Europa und in der übrigen Welt
28. Großbritanniens Einfuhr von Kaffee aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
29. Großbritanniens Einfuhr von Kakao aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
30. Großbritanniens Einfuhr von Tee aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
31. Die Weltproduktion von Rohr- und Rübenzucker 1888—1924
32. Großbritanniens Einfuhr von Zucker aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
33. Großbritanniens Einfuhr von Tabak aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
34. Die Erzeugung von Textilrohstoffen im Britischen Weltreich, in Europa und in der übrigen Welt
35. Großbritanniens Einfuhr von Wolle aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
36. Großbritanniens Ausfuhr von Wollwaren nach seinem Empire, nach Europa und nach der übrigen Welt 1860—1924
37. Großbritanniens Einfuhr von Baumwolle aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
38. Großbritanniens Ausfuhr von Baumwollwaren nach seinem Empire, nach Europa und nach der übrigen Welt 1860—1924
39. Großbritanniens Ausfuhr von Leinenwaren nach seinem Empire, nach Europa und nach der übrigen Welt 1860—1924
40. Die Gewinnung von Kohlen, Erdöl, Eisen, Stahl und Kali im Britischen Weltreich, in Europa und der übrigen Welt
41. Die Steinkohlenförderung 1860—1924
42. Die Braunkohlenförderung 1898—1924
43. Die Erdölförderung 1860—1924

44. Die Roheisenherzeugung 1860—1924
45. Die Rohstahlerzeugung 1865—1924
46. Die Hüttenproduktion von Blei 1860—1924
47. Die Hüttenproduktion von Zink 1860—1924
48. Die Hüttenproduktion von Kupfer 1860—1924
49. Die Maschinenausfuhr von Großbritannien, Deutschland und den Vereinigten Staaten 1900—1924 (nach Frölich und Kruspi)
50. Der Bau von Handelsschiffen in Großbritannien, Deutschland, den Vereinigten Staaten und Japan 1892—1924 (nach Laas)
51. Kautschuk-Erzeugung und -Handel im Britischen Weltreich, in Europa und in der übrigen Welt
52. Großbritanniens Gesamteinfuhr aus seinem Empire, aus Europa und aus der übrigen Welt 1860—1924
53. Großbritanniens Gesamtausfuhr nach seinem Empire, nach Europa und nach der übrigen Welt 1860—1924
54. Der prozentuale Anteil Großbritanniens an der Gesamteinfuhr seiner Kolonien und wichtiger Handelsländer 1870—1923 (nach F. L. Mc Dougall)

TABELLEN

(IM ANHANG)

1. Welternte von Getreide und Kartoffeln. Angaben über die Ernten in allen wichtigen Ländern (Mittel 1909/13, 1923, 1924).
2. Welthandel mit Getreide und Kartoffeln. Angaben über Einfuhr- bzw. Ausfuhrüberschuß aller wichtigen Länder (Mittel 1909/13, 1924).
3. Großbritanniens Einfuhr von Weizen, Weizenmehl, Gerste, Hafer und Mais. Angaben über alle wichtigen Bezugsländer (1860—1924).
4. Viehbestand der Welt. Angaben über den Bestand an Rindern, Schafen, Schweinen und Pferden in allen wichtigen Ländern (1913, 1924).
5. Welterzeugung und Welthandel in Produkten der Viehzucht. Angaben über alle wichtigen Viehzuchtsländer (Mittel 1909/13, 1924).
6. Großbritanniens Einfuhr von Fleisch und Butter. Angaben über alle wichtigen Bezugsländer (1860—1924).
7. Welterzeugung von Genußmitteln. Angaben über die Ernten von Kaffee, Kakao, Tee, Zucker, Tabak, Wein und Hopfen in allen wichtigen Ländern (Mittel 1909/13, 1923, 1924).
8. Welthandel mit Genußmitteln. Angaben über Einfuhr- bzw. Ausfuhrüberschuß in allen wichtigen Ländern (Mittel 1909/13, 1924).
9. Großbritanniens Einfuhr von Genußmitteln. Angaben über alle wichtigen Bezugsländer (1860—1924).
10. Welterzeugung von Gespinnstpflanzen und Kautschuk. Angaben über die Erzeugung in allen wichtigen Ländern (Mittel 1909/13, 1923, 1924).
11. Welthandel mit Gespinnstpflanzen und Kautschuk. Angaben über Einfuhr- bzw. Ausfuhrüberschuß in allen wichtigen Ländern (Mittel 1909/13, 1924).
12. Großbritanniens Einfuhr von Wolle, Baumwolle und Kautschuk. Angaben über alle wichtigen Bezugsländer (1860—1924).
13. Großbritanniens Ausfuhr von Textilien. Angaben über die Ausfuhr von Wollgarn, Wollgeweben, Baumwollgarn, Baumwollgeweben, Leinengarn und Leinenwaren nach allen wichtigen Absatzländern (1860—1924).
14. Weltproduktion von Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, Roheisen, Rohstahl, Rohkupfer. Angaben über die Erzeugung in allen wichtigen Industriestaaten (1913, 1923, 1924).
15. Großbritanniens Einfuhr von Eisenerz, Roheisen, Kupfererz und Rohkupfer. Angaben über alle wichtigen Bezugsländer (1860—1924).
16. Großbritanniens Ausfuhr von Kohle, Koks, Briketts, Eisen und Stahl und Maschinen. Angaben über alle wichtigen Absatzländer (1860—1924).
17. Großbritanniens Außenhandel 1860—1924. Angaben über Einfuhr und Ausfuhr nach Ländern und Warengruppen (1860—1924).

ALBERT DEMANGEON

DAS BRITISCHE WELTREICH

EINE KOLONIALGEOGRAPHISCHE STUDIE

Übersetzt von Paul Fohr

1925, 8°, 363 Seiten, 5 Karten / Leinen RM. 10.—

*

Inhalt: I. Buch: *Die Grundlagen des Britischen Reiches.* (Entstehung und Entwicklung des Kolonialgedankens in Groß-Britannien / Anfänge des Weltreiches / Nutzungskolonien / Siedlungskolonien / Geographische Struktur des Reiches.) II. Buch: *Britische Kolonisation und Zivilisation.* (Die Mittel der Kolonisierung / Die Arten der britischen Kolonisierung / Englische Zivilisation.) III. Buch: *Probleme der Herrschaft.* (Die Einheit der Herrschaft / Die Dominions / Indien / Nationalismus und eingeborene Bevölkerung.) *Folgerungen / Statistischer Anhang / Register / Bibliographie.*

Ein Werk, das scheinbar ohne System ist. Und dennoch sagt es alles Sagenswerte, sagt es an der richtigen Stelle, ja, sagt es so, daß es eindrucksvoller kaum gesagt werden könnte. Dieses Buch ist bei vollkommener Objektivität fesselnd, oft geradezu spannend geschrieben. Es ist nicht etwa eine volkstümliche Abhandlung, die die Wissenschaft in die Menge tragen will. Vielmehr besitzt es hohen wissenschaftlichen Eigenwert. Nur ist alles auf die einfachste gedankliche und sprachliche Formel gebracht. Daher die kristallene Durchsichtigkeit der Darstellung! (Juristische Wochenschrift 15/1926)

... in Wahrheit ein Schlüsselwerk zum Verständnis des Anwachsens des Weltreiches zu seinem heutigen Umfang und zur Erkenntnis der darüber wachenden Herrschaftskunst. In der deutschen Literatur gibt es kein Werk, das so erschöpfend über Werden, Bestand und Charakter des britischen Weltreiches Aufschluß gibt. (Der Heimatsdienst)

In sachlicher klarer Sprache, mit einem ausgeprägten Sinn für wirtschaftliche und politische Grundkräfte, entwirft Demangeon das grandiose Bild des britischen Reichsgebäudes und läßt uns Deutsche verstehen, was wir entbehren müssen. (Hamburger Nachrichten)

Vielleicht die beste Darstellung des englischen Weltreiches, die augenblicklich existiert. (Jungsozialistische Blätter)

KURT VOWINCKEL VERLAG

Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

FREIHERR VON RHEINBABEN:
POLITIK DER GROSSMÄCHTE

Zu wiederholten Malen hat in der jüngsten Vergangenheit Herr Chamberlain davon gesprochen, daß die Zukunft der europäischen Politik und auch des Völkerbundes hauptsächlich auf einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der europäischen Großmächte — ohne Rußland — aufgebaut werden soll. Ein gewichtiges Wort, das bisher noch nicht überall den Wiederhall bekommen hat, den es verdient. Erklärlicherweise wurde es in England am besten verstanden und fortentwickelt. Das ist z. B. in einem bemerkenswerten Artikel des bekannten Herausgebers des „Observer“, Garvin, neulich geschehen, wobei schon die politischen und journalistischen Eigenschaften des Verfassers dafür sprechen, daß die Gedanken seines Artikels nicht etwa amtlich inspiriert sind, sondern von ihm selbst und aus dem großen Interessenskreise Englands heraus stammen. Um so bemerkenswerter wäre dann die Übereinstimmung zwischen ihm und der offiziellen englischen Politik. Ohne unbescheiden zu sein, darf ich aber auch für meine Person in Anspruch nehmen, denselben Gedanken und zwar unter ganz besonderer Unterstreichung der Wichtigkeit italienischer Mitarbeit schon seit einiger Zeit empfohlen zu haben. Als bewußter Bejager des deutschen Eintritts in den Völkerbund und Befürworter einer regen deutschen Tätigkeit in ihm habe ich auch um so eher die Grenzen der in dem Völkerbund für die Fortentwicklung deutscher außenpolitischer Ziele gegebenen Möglichkeiten erkennen müssen. Auf der anderen Seite brauchen wir in Deutschland noch mehr als in irgendeinem anderen Lande die klare Feststellung solcher außenpolitischen Ziele, weil unser individuelles, so ungeheuer schwer zu einigendes und zusammenzuschließendes Volk ohne solche Zielsetzungen aus den Sorgen des Tages heraus überhaupt keine Außenpolitik treiben kann. Gewiß ist das erste und natürlichste Ziel des heutigen deutschen Strebens die „Wiedererlangung deutscher Freiheit und Gleichberechtigung“. Der Außenminister Dr. Stresemann hat in den Verhandlungen mit Frankreich, England usw. seit 1923 getan, was er konnte, um in dieser Richtung zu wirken. Ich glaube mich jedoch nicht zu irren, wenn ich sage, daß die Geschichte später seine Tätigkeit nicht nur deshalb rühmend anerkennen wird, weil außenpolitisch grundsätzlich der richtige Weg eingeschlagen wurde. Noch mehr hat er dadurch für sein Volk geleistet, daß er unzählige in andern Ländern überhaupt nicht oder nur erheblich abgeschwächt vorhandene innere Hemmungen überwand und das eigene auseinanderstrebende Volk in nun

so großer Mehrheit auf dem Wege seiner Politik zusammenschloß. Aber nicht wahr — unter diesem großen Begriff von „Freiheit und Gleichberechtigung“ gibt es der Ausführungsmöglichkeiten viele und hierfür wiederum bedarf es weiterer Klärung und Präzisierung. So soll hier die Frage aufgeworfen werden: Ist Deutschland acht Jahre nach seinem Zusammenbruch schon wieder so weit, um mit seinen Kriegsgegnern Frankreich, England und Italien als „Großmacht“ zusammenzuarbeiten und wäre eine solche Politik die für Deutschland vorteilhafteste?

Werfen wir zunächst einen kurzen Blick in die Vergangenheit. Von 1919 bis 1923 hat Deutschland protestiert gegen das, was das Friedensdiktat und seine noch über Buchstaben und Sinn dieses Diktates hinausgehende Vergewaltigung an ihm verübte. 1923 kam der Umschwung durch den Mißerfolg des widerrechtlichen französischen Rubreinbruchs. Alles was seitdem erfolgte: Dawes, Locarno, Genf ist auf den schweren Leiden und Opfern aufgebaut, die das ganze deutsche Volk in jenem Schicksalsjahre brachte. Nun sind wir im Rate des Völkerbundes. Eine Vollversammlung und zwei Ratssitzungen liegen hinter uns. Aber schon hat die Erfahrung genügt, um mit eigenen deutschen Augen und Ohren festzustellen, daß der Völkerbund keine oberste Schiedsstelle nach den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit für die kommende Entwicklung der Menschheit ist. Er ist im besten Falle eine Börse, eine in erster Linie in Europa angewandte Methode der Außenpolitik, ein Instrument zur Fortentwicklung des Völkerrechts und — vielleicht! — eine Hoffnung auf künftige bessere Zeiten. Neben ihm entwickelte sich in früher undenkbarer und ungeahnter Fülle ein verwirrendes Bündnissystem in Europa und weit ab sind alle Völker noch von dem Gefühl, daß durch den Völkerbund etwa Ruhe, Sicherheit und Aufbau auf lange Frist schon gesichert sind.

Wo liegt das Heilmittel? Liegt es in einem Ausbau und einer Veredlung des Völkerbundes nach pazifisch-internationaler Rechtslehre oder etwa nach Thesen und Ansichten, die offen die französische Politik vertritt? Soll der Völkerbund und seine Organe immer starrer und im Buchstabengeiste festgelegter gestaltet werden? Gibt es eine Möglichkeit, alle die bei ihm registrierten und auch die nicht registrierten heute in Europa bestehenden Verträge, Bündnisse und Militärkonventionen zu einem einzigen vom Völkerbund regulierten Systeme zu ordnen und bestünde dann im Konfliktsfalle wirklich die Sicherheit oder wenigstens Wahrscheinlichkeit, daß der Völkerbundsorganismus wirklich die Anwendung von Gewalt zu hindern in der Lage ist? Ich glaube: Nein! Das mag ein Weg sein, der trotz aller offenkundigen praktischen Schwierigkeiten und Hemmnisse nicht nur Herrn Paul Boncour, sondern sehr vielen anderen Franzosen noch immer der beste zu sein scheint — aber die Wirklichkeit wird ihn nicht beschreiten! Der französische Geist und,

wenn ich so sagen darf, auch das französische Interesse muß begreifen, daß der in Paris so beliebte Begriff der „Heiligkeit der Verträge“ sehr wohl aufrecht erhalten bleiben kann, wenn er nicht in einer Flut von neuen Verträgen und Paragraphen untergeht, sondern einer starken, gesunden und letzten Endes unaufhaltsamen Tendenz vernünftigeren Zusammenlebens der Völker Platz macht. Die Geschichte lehrt nach meiner Auffassung deutlich genug, daß man solche Entwicklungen nicht in vorher gefaßten Formeln einpressen, jedenfalls sie nicht so festhalten kann. Und weil der Völkerbundsgedanke, wenn er leben soll, universell, d. h. über Europa hinausgehend für immer größere Teile der ganzen Welt maßgebend sein muß, sind auch alle Pläne kontinentaler Zusammenfassung einzelner Gruppen im Völkerbund und ähnliche Propagandavorschläge nichts als Phantasien und Hirngespinnste. Dieselbe harte Zensur müssen auch gewisse Ratschläge in Deutschland selbst erhalten, die darauf hinausgehen, die zweifellos vorhandene Unzufriedenheit gewisser kleiner Nationen im Völkerbunde zu Deutschlands Gunsten auszunutzen und mit ihrer Hilfe formal-demokratisch, d. h. nach der Zahl der Stimmen gegen die Großmächte Front zu machen. Diese Ratschläge kommen durchweg von Leuten, die zwar mit Mund und Feder vorne weg sind und mit lautem Geräusch dafür sorgen, daß man irgendwie auf sie aufmerksam wird. Nur ernsthaft ist all das Gerede und Geschreibsel nicht zu nennen, wobei es übrigens seltsam anmutet, wie falsch bei solchem überflüssigen Tun auch die Mentalität und die Interessen gewisser kleinerer Nationen eingeschätzt werden.

Man sieht bei einigermaßen klarer Überlegung, daß Deutschland mit der Verwirklichung solcher Ideen nicht nur nichts genutzt, sondern kräftig geschadet werden würde. Das Sprichwort vom „Setzen zwischen alle Stühle“ drängt sich auf. Und daß wir andererseits mit einem schwammigen pazifischen Internationalismus nicht weiterkommen, wie er nach besonderer typisch deutscher Art von unseren heimischen Sozialisten gepredigt wird, hat nicht nur die Geschichte, sondern auch gerade die Entwicklung der letzten Jahre deutlich bewiesen. Wir wollen aber den Beweis, daß Deutschland tatsächlich nur vornehmlich in der Zusammenarbeit mit Frankreich, England und Italien seine nächsten politischen Ziele erreichen kann, auch durch einen Blick in die Zukunft erbringen. Welches sind die nächsten großen Aufgaben europäischer Politik? Erst kommt die Räumung des besetzten Rheinlandes und die Rückgabe der Saar. Von allen Seiten in Europa sowohl wie in den Vereinigten Staaten ist anerkannt, daß die deutsch-französische Verständigung das Kernstück der europäischen Befriedung überhaupt darstellt. Also muß es zuerst in den Bau des Neuen Europa eingefügt werden und das kann nur durch die Befreiung des deutschen Bodens von fremder

Besatzung geschehen. Frankreich selbst hat dabei das meiste zu sagen. Aber England und Italien sind weit davon entfernt, sich hierbei etwa ausschalten zu lassen. Besonders deutlich würde das wiederum werden, wenn etwa bei evtl. Wiederaufgreifen der Pläne von Thoiry die Räumung des deutschen Gebietes erneut mit wirtschaftlichen bzw. finanziellen Dingen verknüpft wird. Eine Binsenweisheit ist es nachgerade geworden, daß das materielle Ergehen jedes großen Landes in Europa durch den Ausgang des Weltkrieges eng an das Wohlergehen der anderen geknüpft ist. Die weltwirtschaftliche Deroute, die Verarmung Europas, Dawesplan und interalliierte Schulden verhindern das Wiederaufblühen aller. Also bedarf es gemeinsamer Anstrengungen, um zur großen endgültigen Lösung, dem „general clearing“, zu gelangen. Und für Deutschland und Italien gibt es darin noch das besondere Problem der Übervölkerung, das wiederum nur im Einverständnis mit Frankreich und England etwa durch neue Verteilung afrikanischen Siedlungslandes in neue Bahnen geleitet werden kann. Das dritte europäische Zukunftsproblem der nächsten Zukunft liegt im Osten. Der deutsch-polnische Ausgleich wird eins der schwierigsten Gebiete kommender europäischer Politik sein, noch schwerer als die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Und das will wirklich etwas heißen! Kann man sich seine Lösung irgendwie isoliert von dem großen Komplex anderer zwischen Deutschland und Frankreich, England, Italien verhandelter Fragen überhaupt vorstellen? Auch diese Antwort ist ein so klares „Nein“, daß sich weitere Ausführungen erübrigen. Und was Rußland anbelangt, so kann und wird Deutschland niemals darauf verzichten, seine Sonderstellung ihm gegenüber aufrecht zu erhalten. Aber es gäbe auch hier Möglichkeiten und Entwicklungen, die gemeinsames Vorgehen aller ratsam machen, ohne daß etwa jener von Rußland gefürchtete angeblich von England geführte Wirtschaftsboykott zur Realität wird, von dem Tschitscherin immer wieder spricht.

Auf dem Balkan und im Osten Europas liegen heute wie ehemals gefährliche Konfliktmöglichkeiten. Ist es aber nicht klar, daß eine Zusammenarbeit der Großmächte, ganz abgesehen von ihrer Betätigung als Ratsmächte, schon durch das Schwergewicht ihrer gemeinsamen Stimme das Aufkommen ernster bewaffneter Konflikte ebenso verhindern könnte, wie dies etwa bei dem Streit zwischen Griechenland und Bulgarien vor einiger Zeit der Fall gewesen ist. Und ist nicht z. B. die polnische Politik in selbstgewählter Abhängigkeit von Frankreich und neuerdings auch von England (Polen lehnte die ihm von Deutschland angebotene Verständigung bisher schroff ab!) genötigt, auf die von dort kommenden Ratschläge sehr nachdrücklich zu achten? Muß eben nicht überhaupt die künftige Lösung der deutsch-polnischen Streit-

fragen in das große Problem der Gesamtbefriedung Europas eingegliedert werden, wenn man sich auch auf diesem heiklen Gebiet irgendeine dauerhafte Lösungsmöglichkeit vorstellen will?

Herr Jouvenel, Senator, vielfacher Völkerbundsdelegierter, Mitinhaber des *Matin* und auch sonst ein Mann von Meriten, wird nicht müde, die Forderung zu erheben, daß Frankreich nur in Verbindung mit einer „Inventur in Europa“ das Rheinland räumen dürfe. Darunter versteht er in erster Linie irgend welche weiteren — diesmal freiwilligen! — Bindungen Deutschlands inbezug auf die jetzigen deutsch-polnischen Grenzen. Und in diesem Sinne empfiehlt er seinem Lande die Fortsetzung einer angeblich traditionellen Politik des „Schutzes der kleinen Nationen“. Ich betone deshalb ausdrücklich, daß die Zusammenarbeit der Großmächte selbstverständlich auch auf die Interessen der „Kleinen“ achten muß, aber es scheint mir allerdings höchste Zeit zu sein, daß auch in deren politisches System etwas größere Einfachheit, Klarheit und Übersichtlichkeit kommt. Man vergesse doch nicht — der äußere Anlaß zum Weltkriege kam aus einem kleinen Staat! Um auf Trümmern aufzubauen und aus vergangenen Fehlern zu lernen, muß man mutig und bewußt etwas Neues wollen: Die Zusammenarbeit aller europäischen Großmächte — neben Rußland — und neben Amerika!

Natürlich, es kann sich um kein Bündnis, keine Entente cordiale, kein starres machtpolitisches Prinzip im Völkerbund oder um etwas Ähnliches handeln. Die Hauptsache wäre, daß nach dem Gesetz der Evolution eine gewisse Zeit lang in und mit solcher Zusammenarbeit Politik getrieben wird und daß dann aus der Praxis heraus die Fortentwicklung zur europäischen Stabilität und dauernden Befriedung herauswächst. Eine solche Politik ist kein Zaubermittel, aber sie wäre unendlich heilsam. Wie die Dinge liegen, besteht wohl in Deutschland und England am meisten Verständnis für solche Gedanken. Vielleicht kann man mit Recht annehmen, daß gewisse verantwortliche Leute in Italien neuerdings Anschluß an solche Gedankengänge gefunden haben. Aber nach allem, was man hört, beruht die Resonanz in Frankreich noch immer in allererster Linie auf der Persönlichkeit von Briand und jeder kann sich leicht vorstellen, wie die praktische Durchführung solcher Politik sich gestalten würde, wenn anstelle von Herrn Briand etwa Herr Poincaré oder „Kollege“ Marin oder ein Gleichgesinnter Frankreichs Außenpolitik verantwortlich zu vertreten hätte. Schon die ersten Monate des kommenden Jahres 1927 werden Klarheit darüber bringen, ob trotzdem die für Frankreich selbst nützlichste und vorteilhafteste Politik, deren Einleitung Briands dauerndes Verdienst bleiben wird, sich weiter durchsetzen kann. Sehr vieles bleibt für alle Beteiligten noch zu tun. Aber es scheint mir in dem großen und fließenden Prozeß europäischer

Zukunftsentwicklung dringend notwendig, bei aller Wertschätzung schöner Friedensreden einmal den Versuch zu machen, die praktischen Umrisse einer für alle Beteiligten einträglichen Politik etwas deutlicher aufzuzeichnen, als dies wohl bisher so der Brauch war. Hierbei bin ich von der grundsätzlichen Voraussetzung ausgegangen, daß die zur Zeit beunruhigendste europäische Spannung, die zwischen Frankreich und Italien, wieder behoben wird. Gelänge das nicht, dann würden allerdings ganz neue Voraussetzungen für jede europäische Betrachtung vorliegen.

BERNHARD DERNBURG:
DEUTSCHLAND UND DER DAWESPLAN

Als Fridjof Nansen am 10. Dezember v. J. in Stockholm als Träger des Nobel-Friedens-Preises General Dawes, die Minister A. Briand, A. Chamberlain und Dr. Stresemann proklamierte, war er sicher, allgemeine Anerkennung zu finden. Als er in seiner Rede weiter ausführte, daß die ersten Ansätze für eine bessere Zukunft in der Annahme des Dawesplanes durch die Londoner Konferenz im August des Jahres 1924 zu suchen seien, hat er damit nur einer Tatsache Ausdruck gegeben, die in ihrer Bedeutung mehr und mehr in der gesamten Welt anerkannt wird.

Die Verteilung des Nobel-Friedens-Preises fällt mit der Veröffentlichung des zweiten Jahresberichtes des amerikanischen Generalagenten für die Reparationszahlungen und Präsidenten des Transferkomitees Mr. Parker Gilbert zusammen. In einer Untersuchung der bisherigen Arbeitsweise des Dawesplanes scheinen mir die Schlußbemerkungen dieses wichtigen Berichtes die beste Einleitung zu bilden. Diese Schlußbemerkungen Mr. Parker Gilberts lauten: „Im zweiten Jahre hat Deutschland seine Verpflichtungen genau so wie im ersten Jahre loyal und pünktlich erfüllt. Es hat seine Verpflichtungen im zweiten Jahre — im Gegensatz zum ersten — aus eigenen Mitteln einlösen können, in der Art und Weise, wie sie in dem Plan vorgesehen waren. Reichere Transfererfahrungen sind gesammelt worden. In seinem Wirkungskreise hat der Plan eine Atmosphäre der Loyalität und der freundschaftlichen Verständigung geschaffen, die zu einer an Tiefe immer gewinnenden Tradition geworden ist.“ Diese wenigen Bemerkungen geben die ganze Geschichte des Dawesplanes mit Ausnahme eines sehr notwendigen Zusatzes wieder, daß nämlich, wenn der Plan bisher ein Erfolg gewesen ist, die ungewöhnliche Persönlichkeit des Transferagenten zu einem sehr bedeutenden Teile für den Erfolg verantwortlich zu machen ist. Seine klare Voraussicht und die selbstbewußte Behand-

lung seiner Pflichten in Verbindung mit einem sehr stark entwickelten Sinn für Gerechtigkeit und Menschlichkeit haben sowohl seine wie unsere Aufgaben dem sehr dornigen Problem der Reparationszahlungen gegenüber erleichtert, während die absolute Vertrauenswürdigkeit seines Charakters und der tiefe Ernst, mit dem er sein mit einem Januskopf geschmücktes Amt erfüllt, für die wachsende freundschaftliche Verständigung verantwortlich zu machen sind, von dem Mr. Gilbert mit so wohl verdienter Genugtuung spricht. Sein Amt trägt in der Tat einen Januskopf. Auf der einen Seite ist der Generalagent der Vertreter der Gläubiger Deutschlands und diesen für die Einsammlung und Überführung der Kriegsschädigung verantwortlich, auf der anderen Seite ist er der Vertrauensmann für die Sicherheit und Stabilität der deutschen Währung.

Man wird sich erinnern, daß zwei Amerikaner, die Herren Moulton und Macguire vom Carnegie American Institute of Economics, etwa vor drei Jahren versucht haben, die Fähigkeit Deutschlands zur Zahlung der Kriegsschulden und die Möglichkeiten des Transfers wissenschaftlich zu untersuchen. Der Versailler Vertrag verlangt von Deutschland, daß es entweder in Goldmark, d. h. in Goldbarren oder Goldmünzen zahlt oder aber in ausländischen Valuten. Diese Bestimmungen brachen auch s. Z. das Rückgrat der deutschen Währung. Man wundert sich heute, daß von den vielen Fachleuten, die s. Z. in Paris versammelt waren, nur einige Amerikaner die ganze Groteskheit einer solchen Forderung erkannten. Deutschland hatte fast gar kein oder nur sehr wenig Gold. Es selbst produziert keines und Geldeingänge aus dem Ausland können nur aus Investitionen oder Guthaben im Auslande fließen oder aus einer aktiven Handelsbilanz stammen, d. h. aus einem Überschuß der Exporte über die Importe. Die deutschen Investitionen im Auslande sind unter den Vorschriften des Versailler Friedensvertrages konfisziert worden; daß nach beinahe fünf Jahren der größten Not bei zerrütteter Währung und einer veralteten Industrierausrüstung die Handelsbilanz notwendigerweise für Deutschland passiv werden mußte, bis diese Schläge einigermaßen ausgeglichen waren, konnte niemand wundernehmen. Die Abmachung, daß die deutsche Verantwortlichkeit für Reparationszahlungen an seiner Grenze enden sollte, war daher einer der wichtigsten Punkte im Expertenplan; in anderen Worten, was Deutschland zu zahlen hatte, galt nunmehr durch Zahlungen in deutscher Währung als abgegolten. Die Sorge, diese deutschen Zahlungen in die Hände seiner Gläubiger zu übertragen, wurde der Organisation, die für diesen Zweck von der Reparationskommission geschaffen wurde, überlassen, nämlich dem amerikanischen Agenten für Reparationszahlungen in seiner Eigenschaft als Präsident des Transferkomitees. Das deutsche Geld mußte indessen, um für die Gläubiger annehmbar zu sein, gutes vollwertiges Geld sein, das keinen Schwan-

kungen auf dem Weltmarkt unterworfen war so wie die Goldwährung der Großmächte. Zur Zeit der Einleitung des Dawesplanes war nur der amerikanische Dollar in diesem Sinne eine vollwertige Münze. Glücklicherweise hatte Deutschland selbst, bevor noch die Experten an seinen Ufern landeten, seine Währung durch Schaffung der Rentenmark stabilisiert, die durch eine erste Hypothek auf alle landwirtschaftlichen und städtischen Grundstücke sichergestellt war. Das war das beste, was wir damals tun konnten, da indessen die Sicherheit nur nationalen Charakters und zudem unbeweglich war, war das Gold praktischerweise für internationale Zwecke unbrauchbar. Ihm mangelte die Rückendeckung, die den internationalen Kredit schafft, nämlich eine möglichst umfangreiche Golddeckung.

Der zweite wichtige Punkt des Planes war deshalb, daß Deutschland eine internationale Anleihe von 200 Millionen Dollar in Gold erhalten sollte, die von allen Staaten gezeichnet war und zur Hälfte im New-Yorker Markte untergebracht wurde. Die deutsche Regierung zahlte dieses Geld in die reformierte Reichsbank ein, die von jeder Regierungskontrolle befreit war und von einem Direktorium von Fachleuten verwaltet wurde, um sie gegen Noten der neuen Bank einzutauschen. Dieses Gold ist die Grundlage unserer heutigen Währung, die ebenso sicher ist wie irgend eine andere Goldwährung, da die Goldbeträge der Reichsbank über 500 Millionen Golddollar ausmachen. Keine Währung kann indessen stabil bleiben, es sei denn, daß zwei wichtige Bedingungen dauernd erfüllt bleiben: Erstens muß der Staat, unter dessen Autorität die Währung ausgegeben wird, solvent sein und einen ausgeglichenen Staatshaushalt aufweisen. Gute Währung und gute Finanzen sind unlöslich miteinander verbunden. Wenn eine Regierung auf kurzfristige Anleihen zurückgreifen muß, wenn sie, um dringend benötigtes Geld zu schaffen, zur Notenpresse greift, so ist damit die Kreditwürdigkeit ihrer Währung erschüttert und Schwankungen unterworfen, die sich allmählich in einen Währungssturz verwandeln können. Ein Budget, das auf einer in ihrem Wert schwankenden Währung beruht, kann andererseits nie wirklich sichergestellt sein, wenn die Einnahmen in ihrer Kaufkraft dauernd schwanken. Die andere wichtige und grundlegende Bedingung für die Aufrechterhaltung einer gesunden Währung ist, daß die Golddeckung in keiner Weise angetastet werden darf. Das bedeutet also, daß gewöhnlich nicht mehr Zahlungen ins Ausland erfolgen dürfen, als Zahlungen vom Ausland eingehehen. Falls die Zahlungsbilanz aus irgend einem Grunde gestört wird, d. h. falls Verpflichtungen von irgendeiner Größe einem Lande gegenüber bestehen, so müssen diese Verpflichtungen entweder durch im Auslande aufgenommene Darlehen ausgeglichen oder durch Goldverschiffungen an die ausländischen Gläubiger geregelt werden, beides Vorgänge, die die Noten der ausgebenden Zentralbank in ihrer Stabilität gefährden können.

Die beiden letzten hauptsächlichsten Punkte des Dawesprogrammes sind deshalb: Das Deutsche Reich muß sein Budget im Zustande der Ausgeglichenheit erhalten und es darf nicht über eine bestimmte festgelegte Summe von der Reichsbank borgen, wobei die Summe als „Fond de movement“ gelten soll; das Transferkomitee darf andererseits nicht versuchen, Reparationszahlungen an ausländische Gläubiger in irgend einem Umfang zu transferieren, die den internationalen Wert der deutschen Währung irgendwie schädigen könnten.

Endlich geht der damals verfaßte Expertenbericht von zwei Voraussetzungen grundsätzlicher Natur aus: Einmal daß die industrielle Tätigkeit Deutschlands und damit seine Produktionskraft wieder ihren normalen Umfang erlangt, bevor die Höchstgrenze der Reparationslasten erreicht ist, und daß ferner der Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft auf einem Punkte aufrecht erhalten werden kann, der nicht sehr von dem Lebensstandard des Konkurrenten Deutschlands auf dem Weltmarkte oder von den ihm benachbarten Ländern abweicht.

Die Durchführung des Dawesplanes begann am 1. September 1924. Wir sind jetzt also im dritten Jahre seiner Durchführung. Die Zahlungen in Goldmark betragen für das erste mit dem 31. August 1925 endende Jahr 1 Milliarde; für das zweite mit dem 31. August 1926 endende Jahr 1220 Millionen. Für das dritte Jahr — das laufende Reparationsjahr — betragen diese Verpflichtungen 1500 Millionen Reichsmark, womit das sogenannte teilweise Moratorium, in der die Erholung der deutschen Wirtschaft Platz greifen soll, abschließt. Im vierten Jahr erhöht sich die Summe auf 1750 Millionen und für eine unbestimmte Zeit danach laufen die Reparationen in Höhe von 2500 Millionen im Jahr. Im Falle jedoch die Eingänge der deutschen Regierung aus gewissen bestimmten Steuern festgelegte Summen übersteigen, erhöhen sich im dritten und vierten Jahr die Zahlungen um eine bestimmte Summe, die 250 Millionen Reichsmark nicht übersteigen darf. Danach wird ein deutscher Wohlstandsindex angewandt, um weitere Erhöhung der jährlichen Gesamtsumme über die Summe von 2500 Millionen festzusetzen. Die Eingänge aus den indirekten Steuern aus den letzten zwei Jahren haben bereits gezeigt, daß die beiden Zusatzzahlungen fällig werden. Es wurde infolgedessen ein Abkommen mit dem Transferagenten für eine Pauschalierung der zusätzlichen Haushaltbeiträge getroffen, die in eine Summe von 300 Millionen zusammengefaßt und in das dritte Jahr verlegt wurden. Die Zahlungen stehen daher folgendermaßen:

1924/25	Reichsmark	1000	Millionen	(bezahlt)
1925/26	"	1220	"	(bezahlt)
1926/27	"	1500	"	(in der Abzahlung begriffen)
1927/28	"	1750	"	
1928/29	"	2500	"	
danach	"	2500	"	plus einer evtl. Erhöhung nach dem Wohlstandsindex.

Wie diese Zahlungen untergeteilt sind.

Die deutsche Regierung ist für die gesamten Jahreszahlungen verantwortlich. Der Plan sieht jedoch vor, daß die Zahlungen aus besonders festgesetzten Quellen zu fließen haben.

- | | |
|--|--|
| 1. Jahresleistung: (1000 Millionen)
1924/25 | 800 Millionen aus der internationalen Anleihe
200 Millionen aus den deutschen Reichsbahnobligationen |
| 2. Jahresleistung: (1220 Millionen)
1925/26 | 250 Millionen aus dem deutschen Reichshaushalt (aus verpfändeten indirekten Steuern)
250 Millionen aus einer besonderen Beförderungssteuer
125 Millionen aus dem Zinsendienst der 5 Milliarden Industrieobligationen und
595 Millionen als Teilzinsen von den 11 Milliarden der Reichsbahnobligationen. |

All diese Zahlungen werden von besonderen Vertrauensleuten für die Gläubiger beaufsichtigt und kontrolliert; die entsprechenden Obligationen sind ihnen übergeben worden.

Im dritten Reparationsjahr 1926/27 (1500 Millionen) sollten 410 Millionen aus dem Reichshaushalt fließen, 290 Millionen aus der Beförderungssteuer, 250 Millionen aus den Zinsen der Industrieobligationen, 550 Millionen aus den Zinsen der Reichsbahnobligationen.

Im vierten Jahr 1927/28 (1750 Millionen) erhöht sich der Betrag aus dem Reichshaushalt auf 500 Millionen, die Zinsen aus den Industrieobligationen auf 300 Millionen und die Zinsen und Rückzahlungen der Reichsbahnobligationen auf 660 Millionen, während die anderen Posten unverändert bleiben.

Im fünften Reparationsjahr endlich, dem sogenannten Normaljahr, ist der Reichshaushalt mit 1250 Millionen belastet, während alle anderen Posten unverändert bleiben. Diese Belastung ist natürlich äußerst schwer.

Was die Gläubiger bisher an Reparationen erhalten haben.

Die Gesamtsumme der beiden ersten Zahlungen ist den Gläubigern unter Mitwirkung des Transferagenten voll ausgezahlt worden.

- a) Zahlungen in Mark für die Okkupationsarmeen, interalliierte Kommissionen und Sachlieferungen an deutschen Rohstoffen wie Kohlen, Koks und Holz, sowie Fertigwaren, insbesondere Zucker.

- b) Zahlungen in ausländischer Währung: besonders Zinsenzahlungen auf die Auslandsanleihe aus dem Jahre 1924, die Summen, die von England und Frankreich auf die deutschen Exporte einbehalten wurden (26%ige Abgabe) und aus Käufen auswandiger Währung im deutschen Markte.

Die Prozentsätze für die beiden Jahre waren:

für Zahlungen in deutscher Mark: 66,8 %
für Zahlungen in Auslandswährung: 33,2 %

Die Gläubiger empfingen in runden Summen:

	1. Jahr	2. Jahr
Frankreich	397 Millionen	566 Millionen
Großbritannien . .	190 "	227 "
Italien	60 "	77 "
Belgien	93 "	116 "
andere Staaten . .	48 "	74 "

insgesamt für zwei Jahre 2069 Millionen, wovon 1382,2 Millionen in Goldmark und 687 Millionen in auswandiger Währung,

Für die letzten drei Monate sind die Zahlungen glatt erfolgt.

Das ist die Entwicklung des Dawesplanes bis heute. Die Sicherheiten in den Händen der verschiedenen Treuhänder sind bisher noch nicht an den Markt gebracht worden; es ist bisher auch keine Ermächtigung für einen solchen Verkauf erteilt worden, weder von den Transferagenten noch von dem Komitee, die beide als Richter gelten, ob diese Sicherheiten (11 Milliarden Reichsbahnobligationen und 5 Milliarden Industrieobligationen) ohne Gefahrung der deutschen Valuta an den Markt gebracht werden dürfen, obwohl in Verbindung mit der Thoiry-Unterredung und der Revalorisation des französischen Franken einige Fühler in dieser Richtung ausgestreckt wurden.

Bisher hat Deutschland in zwei Jahren insgesamt 2 069 118 466,12 Goldmark bezahlt. Davon sind 800 Millionen Goldmark aus den Eingängen der Auslandsanleihe und 1 269 118 466,12 aus seinem eigenen Einkommen aus den oben angegebenen Quellen geflossen. Anders in ihrer Zusammensetzung sind jedoch die Beträge, die unter der Leitung von Mr. Gilbert transferiert wurden. Von der Gesamtsumme von 2 069 118 466,12 wurden in deutscher Reichsmark für Sachlieferungen und für Dienste in deutscher Währung 1 382 170 287,84 und 686 948 178,28 in auswandiger Währung gezahlt. Der Transfer in auswandiger Währung wurde im ersten Jahr aus den Eingängen der Auslandsanleihe ermöglicht; im zweiten Jahr war die transferierte Summe (416 Millionen) mehr denn ausgeglichen durch den uberschuf der Exporte an Waren und Diensten, die sich auf etwa 600 Millionen Reichsmark beliefen*.

Die Zukunft des Planes.

Hier ist das Problem zweifacher Art. Es zerfällt in die Sammlung der Summen in Deutschland, die unter dem Plan vorgesehen sind, und in ihre Übertragung an die Gläubiger. Beides für eine noch unbestimmte Anzahl von Jahren und beide Aufgaben miteinander verbunden. Die Summen, die Deutschland bezahlen muß, steigen in ziemlich scharfer Kurve von 200 Millionen im ersten Jahr, auf 1220 Millionen im zweiten Jahr, um über 1500 Millionen im dritten Jahr und 1750 Millionen im vierten Jahr auf 2500 Millionen im fünften Jahr zu schnellen, wo sie nicht einmal gleichbleibend erhalten werden sollen, sondern auf Grund des Wohlstandsindex, jedoch ohne die Möglichkeit einer entsprechenden Verminderung im Falle eines Rückganges des Wohlstandes evtl. gesteigert werden sollen. Es ist daher sehr schwierig, irgendeinen Ausblick für die Zukunft zu geben. Man muß sich darauf beschränken, den Weg zu skizzieren, den die Dinge bisher gegangen sind und hieraus auf die Richtung zu schließen, in der sich ihre Entwicklung möglicherweise in Zukunft vollziehen wird. Deutschland kennt keine Autarkie, weder in Rohstoffen noch in Lebensmitteln. Das bedeutet, daß eine Erhöhung dieser Einnahmen, die für die Aufbringung der zusätzlichen Zahlungen notwendig ist, vollkommen von einer Steigerung seiner inneren Produktionskraft abhängt, die wiederum durch eine Steigerung seines Außenhandels bedingt bleibt. Die Möglichkeit einer Transferierung in Auslandswährung hängt außerdem von einer aktiven Zahlungsbilanz ab. Das ist ein Ziel, das überhaupt nicht oder wenigstens zu einem großen Teil nicht in unserem Willen und in unserer Macht liegt, vielmehr müssen die Kunden und Gläubiger Deutschlands selbst erklären oder fühlen lassen, ein Wieviel an deutschen Waren sie zu einem vernünftigen Preise aufnehmen wollen. Die Sachlieferungen treten natürlich mit den Heimatsindustrien der Gläubigerländer und mit ihrer eigenen industriellen Tätigkeit in Wettbewerb. Mit Ausnahme von Rohprodukten gaben die größeren Gläubigerländer Deutschland keine nennenswerten Aufträge und seit der Wiederherstellung der französischen Bergwerke wird selbst der bisher bedeutendste Rohstoff der deutschen Ausfuhr, nämlich Kohle, nicht mehr länger benötigt. Die allgemeine Tendenz der Wirtschaftspolitik in Europa ist dieselbe, wie diejenige der Vereinigten Staaten, sie gipfelt in dem Ruf: Schützt unsere einheimische Industrie. So erhöhen sich die Zollwälle dauernd und besondere Zölle, die nach außen hin auf Waren von anderen Ländern gelegt zu werden scheinen, richten sich tatsächlich gegen Waren, die deutsche Spezialitäten sind (siehe britisches Industrieschutzgesetz). Aber jedes Geschäft ist letzten Endes eine Preisfrage. Sowohl Groß-Britannien wie die Vereinigten Staaten haben eine Gesetzgebung gegen eine Einfuhr erlassen, die im Aus-

lande nicht nur unter den Produktionskosten des Inlandes verkauft wird, sondern deren Schärfe sich besonders auch gegen solche Fälle richtet, in denen die Arbeitskosten des produzierenden Landes unter denjenigen des Importlandes liegen. Das sind die sogenannten Anti-Dumping-Maßnahmen. Auf diese Weise entsteht die geradezu grotesk anmutende Lage, daß man Zahlungen von Deutschland in außerordentlich hohem Umfange fordert, während man den einzigen Weg, auf dem solche Leistungen gemacht werden können, mit Absicht versperrt. Man muß ferner bedenken, daß sich die gesamte Struktur des deutschen Außenhandels seit 1913 ungeheuer verschlechtert hat. Im Jahre 1913 betrug z. B. Deutschlands Handelsverkehr mit Rußland 2305 Millionen, im Jahre 1925/26 dagegen nur 578 Millionen. Der Handelsverkehr mit Österreich betrug 1913 etwa 2 Milliarden, im Jahre 1925 dagegen nur 1447 Millionen, wobei natürlich die Beträge für 1925 infolge des Rückganges der Kaufkraft des Geldes sich auf ganz erheblich geringere Mengen beziehen. Die Zersplitterung des östlichen Europas in eine große Anzahl von Zwergstaaten läßt den gesamten Handelsverkehr in diesem Teile der alten Welt noch viel komplizierter erscheinen. Eine Anzahl von Handelsverträgen sind seit der Stabilisierung der deutschen Mark abgeschlossen worden, doch konnten die Abkommen mit unseren wichtigsten Nachbarn, nämlich Frankreich und Polen, noch nicht geregelt werden. So sind die Aussichten in dieser Beziehung noch ziemlich trübe.

In dem Waffenstillstands- und Friedensvertrag fand die Tendenz einer Schwächung Deutschlands ihren Ausdruck, indem man uns möglichst viele Produktionsmittel nahm, unsere Kolonien beschlagnahmte, unsere Schiffe, Geschäftshäuser und Anlagen im Auslande, Docks sowie die Investitionen in fremden Ländern konfiszierte. Die sehr vorsichtige Schätzung des Zahlenwertes der bloßen Mobilien dieser Liste wird von den vorerwähnten Herren Moulton und Macguire auf 27 Milliarden Mark geschätzt. Der reine Gebietsverlust und die Schmälerung an Produktionskraft sind natürlich in dieser Schätzung nicht enthalten. Um dieses Betriebskapital wieder zu schaffen und um die deutsche Industrie wieder anzukurbeln, haben wir bisher vielfach auf ausländische Kredite zurückgreifen müssen. Der Präsident der Reichsbank schätzte diese Verschuldung an lang- und kurzfristigen Krediten auf etwa 5 Milliarden Reichsmark mit einer reinen Zinsenbelastung der deutschen Wirtschaft von etwa 350 Millionen im Jahr, die vor dem Beginn der Daweszahlungen aufgebracht werden müssen. Nun gibt aber Artikel 248. des Versailler Friedensvertrages dem Reparationsanspruch eine erste Hypothek auf das Reich und die verschiedenen Staaten. Diese Vorschrift steht allerdings nur auf dem Papier. Der Krieg hat uns aber auch noch 1 500 000 Kriegsoffer hinterlassen, die Inflation hat die Existenzgrundlage von ungezählten

alten und pflegebedürftigen Leuten vernichtet, die Ersparnisse des Arbeiters sind in Rauch aufgegangen und mit 2 Millionen Beschäftigungslosen und Kurzarbeitern, die wir nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit nicht sterben lassen dürfen, sondern auch um innere Unruhen zu vermeiden, gibt es ungeheure Verpflichtungen, die notwendigerweise vor den Reparationszahlungen bedacht werden müssen. Mir scheint daher, daß, wenn unsere Geschäfte sich nicht außerordentlich bessern, die Steuerschraube nicht weiter angedreht werden darf. Es ist auch nicht möglich, im Wege der Besteuerung alle Ersparnisse und Rücklagen der Industrie einfach zu konfiszieren. Unsere Bevölkerung wächst um 500 000 bis 600 000 Seelen im Jahre, die einmal beschäftigt werden müssen und für die wir Arbeitsmittel schaffen müssen, die gleichfalls Anlagekapital erfordern, da Abwanderungsmöglichkeiten für unsere Überschußbevölkerung ins Ausland nicht bestehen. Im Gegenteil, es herrscht die Tendenz einer Einwanderungsbeschränkung, die sich immer mehr zu steigern scheint, besonders in den Vereinigten Staaten, Australien und den früheren Feindstaaten. Die Grundsätze des Dawesplanes, nämlich Wiederherstellung der Produktions- und Wirtschaftskraft, Schaffung einer aktiven Handelsbilanz und Erhaltung eines gesunden Lebensstandards erscheinen mir daher bisher unerfüllt, und die Möglichkeiten, weit erhöhte Verpflichtungen durchführen zu können, nicht zu bestehen.

Deutschland verhält sich dieser Lage gegenüber so, daß es loyalerweise untersuchen will, die Aufgaben des Planes zu erfüllen und sich im übrigen auf die Loyalität und den gesunden Menschenverstand seiner Verwalter zu verlassen. Wir teilen vollkommen die unwiderlegbare Auffassung von der gegenseitigen Verflechtung aller Staaten und ihrem gemeinsamen Interesse an einer für alle tragbaren Endlösung, wie sie dem amerikanischen Reparationsagenten vorschwebt, der seinen Bericht mit folgenden Betrachtungen schließt: „Die Zeit für eine Gesamtlösung ist noch nicht gekommen. Die bisher zur Verfügung stehenden Erfahrungen sind noch zu beschränkt, sie müssen noch wachsen und reifen. Aber in der Zwischenzeit geht der Plan weiter und mit ihm mehren sich die praktischen Erfahrungen. Das, glaube ich, gibt uns die Berechtigung darauf zu hoffen, daß zur geeigneten Zeit und in demselben Geiste des guten Willens und des gegenseitigen Interesses, das dem ganzen Plan zugrunde liegt, es möglich sein wird, eine allgemein befriedigende Endlösung zu finden, die dem Gerechtigkeitssinn aller daran beteiligten Parteien entspricht und zur gleichen Zeit Deutschland erlauben wird, auf dem Pfade eines friedlichen Wiederaufbaus, den es jetzt endgültig beschritten hat, weiter fortzuschreiten.“

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Wohl spürt die abendländische Staatenwelt das Gesetz der wachsenden Räume, wohl ahnt sie die Notwendigkeit einer europäischen Solidarität in Wirtschaft und Politik, aber zur entscheidenden Tat vermag sie sich noch immer nicht aufzuraffen. Gewiß, man soll nicht zuviel verlangen und den Völkern Zeit gewähren, den ihnen von ihren Führern eingepflanzten Kriegshaß allmählich zu überwinden. Aber ist das europäische Problem wirklich nur eine Generationsfrage? Mit wachsender Sorge beobachten wir, wie auch die Jungen in den beiden großen Flankenstaaten des Abendlandes vielfach den Gedanken eines europäischen Blocks verwerfen und dafür mit andersgearteten geopolitischen Kombinationen liebäugeln: England mit dem Gedanken eines panbritischen Imperialismus, Rußland mit der Vorstellung eines einseitig nach Osten orientierten, autarken Staates. Und wie widerstrebend die Tendenzen in dem vielstaatigen Kerngebiet Europas zwischen England und Rußland! Auch und gerade in dem heranwachsenden Geschlecht ein völliges Durcheinander der Meinungen, ein gänzlich fehlendes einheitliches Wollens: verhaltene Wut, brennende Scham über die erlittene Erniedrigung und Demütigung, loderner Haß neben tiefempfundenem Sehnen nach einer wahrhaften Bruderschaft der gesamten Menschheit, Paneuropa-Bewegungen aller Art und Schattierung neben einem jugendfrischen Imperialismus en gros und en détail.

Als gänzlich uneinigtes Staatenchaos tritt infolgedessen das Abendland in das neue Jahr ein. Hoffen wir, daß sich die Verleihung des Nobelfriedenspreises an Stresemann und Briand, Chamberlain und Dawes als ein gutes Omen bewähren und das Jahr 1927 uns einen tüchtigen Schritt vorwärtsführen möge auf der Bahn einer wirtschaftlichen und politischen Verständigung von ganz Europa. Frieden und Ruhe tut in der Tat dem gesamten Abendland not, wenn es sich durch Wiederaufbau und Umbau seiner politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fundamente im Ringen der Großreiche der Welt behaupten will.

Für Deutschland haben die letzten Wochen von 1926 einen außenpolitischen Fortschritt gebracht, der nicht übersehen werden darf, wenn auch zum Frohlocken u. E. nicht der geringste Anlaß vorliegt. Was Stresemann in Genf mit erfreulicher Festigkeit verteidigte und durchsetzte, ist schließlich doch eben nur, daß uns ein Recht bescheinigt wurde, welches sich im Grunde aus dem Artikel 213 des Versailler Diktates klar und von selbst ergibt. Unter den obwaltenden Verhältnissen bedeutet es jedoch zweifellos einen Erfolg Stresemanns, daß ihm die Beseitigung der Interalliierten Militär-Kontrollkommission glückte und für die dafür eintretende Völkerbundskontrolle (Investigation) ein allenfalls tragbares Reglement vereinbart wurde. War es aber notwendig, für etwaige Investigationen in Deutschland ausgerechnet einen französischen General als Leiter vorzusehen, für Untersuchungen in Österreich einen Italiener? — Über die Räumung der Rheinlande, die Regelung der Saarfrage und vieles andere mehr wurde dieses Mal in Genf nicht verhandelt. Die Entente läßt es sich teuer bezahlen, daß die wenigen uns aus

dem Versailler Diktat zustehenden Rechte endlich in Kraft gesetzt werden. Für den Augenblick wollen wir uns schließlich damit als einem ersten Anfang zufriedengeben. Die Entente aber möge wissen, daß wir uns nicht einlullen lassen und an den Sieg des „Geistes von Locarno“ wahrhaft erst dann glauben können, wenn lebenswichtige Belange des deutschen Volkes und Staates gewahrt werden: Räumung des Rhein- und Saarlandes, Beseitigung des Unrechtes der Ostgrenzen, grundsätzliche Anerkennung des Anschlußrechtes für Deutsch-Österreich, Rückgabe der uns unter fadenscheinigen Gründen geraubten Kolonien, gerechte Politik gegenüber den deutschen Minderheiten, offene Widerrufung der Kriegsschuldfrage und Beseitigung der auf dieser Lüge aufgebauten Reparationsverpflichtung des Deutschen Reiches. Dem deutschen Außenminister Stresemann, der heute unentbehrlicher ist denn je, wünschen wir für das Jahr 1927 von Herzen weitere Erfolge auf der von ihm mit so starken Hoffnungen beschrittenen Bahn.

Mindestens ebenso wichtig wie die Genfer Verhandlungen dünken uns die Vorgänge im Grenzland-Deutschtum, die Wahlen in Nordschleswig und in Oberschlesien. Für die Anfang Dezember 1926 angesetzte dänische Folketingswahl war allgemein ein erheblicher Rückgang der deutschen Stimmzahl vorausgesagt worden. Wir haben diesen Pessimismus nie geteilt, nachdem es uns im Sommer 1926 vergönnt war, einige unvergeßliche Tage im Hause des klugen und besonnenen deutschen Führers, Pfarrer Schmidt-Wodder, zu verleben. Das Ergebnis der Wahl überraschte aber selbst uns: die Stimmzahl der Deutschen stieg von 7715 (1924) auf 10426! Nicht weniger als 16,5 % aller Wähler in Nordschleswig haben für den Kandidaten des Deutschtums gestimmt, Schmidt-Wodder ist erneut in den dänischen Reichstag gewählt! Kein verständiger Deutscher denkt daran, nun etwa einer Verschärfung der nationalen Gegensätze in der Nordmark das Wort zu reden. Was wir jedoch auf Grund des hochehrlichen Wahlergebnisses fordern dürfen und mit allem Nachdruck fordern, ist die endgültige Einstellung der dänischen Aufsaugungspolitik und eine wesentlich stärkere Berücksichtigung der Wünsche des nordschleswigischen Deutschtums nach kultureller Autonomie.

Wir vertrauen der Klugheit und Einsicht des dänischen Volkes, daß es diese Folgerung aus der letzten Wahl zu ziehen wagt. Leider vermögen wir den gleichen Optimismus nicht hinsichtlich der Polen aufzubringen. Immer und immer wieder denken wir an den Justizskandal gegen den deutschen Volksbund in Oberschlesien. Mehrjährige Gefängnisstrafen für deutsche Oberschlesier, denen keinerlei Vergehen nachgewiesen werden konnten, deren einziges Verbrechen darin bestand, dem deutschen Volksbund, einer öffentlich bekannten und in voller Offenheit wirkenden deutschen Kulturorganisation, anzugehören. Noch hat das als Revisionsinstanz angerufene oberste Gericht in Warschau das letzte Wort nicht gesprochen. Aber wie auch seine endgültige Entscheidung lauten möge, wir vergessen sie nicht, die Erst, Ganster, Thomas, Minkowski, Stucklik, Dyollong, Russin, Zeiger und Smialek; als Opfer eines engstirnigen polnischen Deutschenhasses stehen sie unserem Herzen jetzt erst recht nahe. „Friede auf Erden!“ Und „Selbstbestimmungsrecht der Völker!“ — — —

Den Polen und der gesamten Welt hat Oberschlesien durch die Mitte

November 1926 abgehaltenen Gemeindewahlen die rechte Antwort auf die Vergewaltigung vom März 1921, auf all die vielen vorausgegangenen und nachfolgenden Schandtaten, die sprichwörtliche polnische Mißwirtschaft usw. gegeben. Mit Recht bezeichnet Schott in seiner „Weltpolitischen Korrespondenz“ den Ausfall der oberschlesischen Wahlen als eine der größten Sensationen der mitteleuropäischen Außenpolitik. Einen solchen Sieg des Deutschtums auf der ganzen Linie haben selbst die deutschen Kreise Oberschlesiens kaum für möglich gehalten: in mehr als der Hälfte aller größeren Gemeinden haben die deutschen Stimmen die Mehrheit erlangt. Und dies trotz der starken deutschen Abwanderung, trotz unerhörtem Terror der polnischen Verbände, trotz höchst tadelnswerter Parteilichkeit einzelner katholischer Geistlicher (z. B. des Ortspfarrers Czempiel in Bismarckhütte, der beim deutschen(!) Gottesdienst die deutschen(!) Katholiken aufforderte, die polnische Liste zu wählen). Mit heißem Dank und freudigem Stolz reichen wir den Oberschlesiern die Bruderhand. Mag Warschau toben und auf Rache sinnen, so viel es will; Oberschlesien ist und bleibt deutscher Volks- und Kulturboden. Einstens wird und muß die Stunde kommen, wo die oberschlesische Frage international aufgerollt, wo auch die Torheit des Weichsel-Korridors beseitigt und damit endlich Recht wieder zu Recht wird!

Jenseits der deutschen Grenzen haben sich in Ost, Süd und West wichtige Ereignisse abgespielt, die in unserer ersten Chronik des neuen Jahres wenigstens in den Grundzügen behandelt werden müssen. Die Auswirkungen des Staatsstreiches in Litauen sind im Augenblick natürlich noch nicht abzusehen. Die ersten Meldungen besagten, daß der Putsch vollkommen glatt verlaufen und die Gesamtheit der Bevölkerung hinter den neuen Gewalthabern stände. So pflegen die Nachrichten bei jedem Putsch zunächst zu lauten; es wird sich erst in den nächsten Wochen zeigen, ob innerpolitische Erschütterungen dem jungen Staatswesen wirklich erspart bleiben und ob der Umsturz ohne außenpolitische Folgen bleibt. Zweifellos bedeutet der Putsch in Litauen eine Abkehr von der sowjetfreundlichen Politik der bisherigen Regierung. Ob und wie weit Polen dabei seine Hände im Spiele hat, ist im Augenblick noch nicht mit Sicherheit zu beurteilen. Die schweren Strafen, die über einige Kommunisten verhängt wurden, und die gleichzeitig erfolgende Ausweisung deutscher Journalisten lassen immerhin erkennen, welchen Kurs die neuen Machthaber von Litauen steuern wollen. Geht das so weiter, so kann sich Litauen gar leicht zu einem neuen Brandherd in dem unglücklich balkanisierten Europa entwickeln. Schon spricht man in Rußland ganz offen davon, daß in dem kommenden russisch-polnischen Krieg die Schlachten vor allem auf litauischem Boden ausgefochten werden würden.

Die Sowjet-Regierung steht abermals an der Bahre eines ihrer klügsten Mitarbeiter, des letzten Londoner Botschafters Krassin. Gleich vielen der Bolschewistenführer entstammte auch Leonid Krassin einer russischen Adelsfamilie. Während seiner technischen Studien hatte er Europa gründlich kennen gelernt, und nur Eingeweihte vermuteten in dem Oberingenieur der Siemenswerke in Riga einen radikalen Marxisten. Als Außenhandelskommissar spielte Krassin sodann von Beginn der bolschewistischen Ära an eine höchst bedeutsame Rolle. Später hat er als geschickter Unterhändler von durchaus weltmännischem Auftreten der Sowjet-Regierung in Paris und London wichtige

Dienste geleistet und seine Kraft namentlich für eine englisch-russische Entspannung eingesetzt. Den Tod dieses hervorragenden Mannes betrauern alle, die ihn kennen lernten, auch die, welche das bolschewistische System als solches in Grund und Boden verdammen. — Unerbittlich wütet der Tod im Kreise derer, die einst um Lenin waren und als Menschen von Format zweifellos eine gewisse Befähigung zur Führung eines großen Staatswesens mitbrachten. Von einem entsprechenden Nachwuchs hören wir nichts, und vielleicht liegt darin die größte innerpolitische Gefahr für den bolschewistischen Staat. In der Tat sieht es oftmals so aus, als ob die Welle eines extremen Marxismus in Rußland ihren Höhepunkt überschritten hätte und der bolschewistische Staat schon jetzt nicht recht weiß, wie er sich weiterhin orientieren soll. Bleibt die Opposition der Gruppe Trotzki-Kamenjew-Sinowjew weiterhin bestehen, und erwachsen dem Lande nicht bald aus seiner Jugend neue klarsehende Männer, so sind schwere Erschütterungen als unvermeidlich vorauszusehen. Die Hoffnung auf die Jugend darf aber nach allem, was man neuerdings hört, nicht zu hoch gespannt werden. Der Alkoholteufel, den der Leninismus eine zeitlang besiegt zu haben schien, wütet erneut sehr stark im Lande des proletarischen Musterstaates, und das Banditenwesen hat einen Umfang angenommen, der selbst in der Sowjetpresse mit größter Sorge besprochen wird.

Außenpolitisch steht für Rußland nach wie vor die vermeintliche Einkreisung durch die westlichen Großmächte unter Führung Englands durchaus im Vordergrund des Interesses. Tschitscherin, der just wieder in Europa die Wiederherstellung seiner Gesundheit sucht, als das Einvernehmen zwischen den Locarno-Mächten ein wenig inniger zu werden verspricht, hat in Berlin dieses Thema mit aller zu wünschenden Deutlichkeit behandelt. Unter Hinweis auf einen erneuten „Augur“-Artikel der „Fortnightly Review“ erklärte er, daß bei dem „Kampf um Asien“ Rußland der Angreifere, nicht der Angreifer ist. Für den Sowjetstaat gelte jene Politik, die in dem französischen Sprichwort gekennzeichnet sei: „Cet animal est fort méchant, quand on l'attaque, il se défend“ (dieses Tier ist sehr böse; wenn man es angreift, wehrt es sich). Ohne Kenntnis der beiderseitigen Geheimarchive dürfte es schwerlich möglich sein, in diesem Falle über Recht oder Unrecht zu entscheiden. Tatsache bleibt unter allen Umständen, daß die Beziehungen zwischen England und Rußland alles andere als freundschaftlich sind und daß dieser Gegensatz der Flankenstaaten eines Tages von schicksalsschwerem Belang für das gesamte „Zwischeneuropa“ werden kann. — Rußland versucht derweilen offensichtlich, den nahen Orient zu einer Koalition zusammenzuschweißen. Die Zusammenkunft Tschitscherins mit dem türkischen Außenminister in Odessa (Mitte November 1926) erwähnten wir schon in einem früheren Bericht. Zwar hat die Angora-Regierung bald darauf erklärt, daß der Gedanke einer asiatischen Völkerliga in das Gebiet der Fabel zu verweisen sei; indessen man kennt den Wert offizieller Dementis zur Genüge. Ist es wirklich mehr als ein zusammenfalliges Zusammentreffen, daß

1. ein japanisches Geschwader Konstantinopel besucht und der Admiral mit Kemal eine Unterredung in Angora hat;
2. eine russisch-türkische Ministerzusammenkunft in Odessa stattfindet;
3. ein neuer Freundschafts- und Garantievertrag zwischen Rußland und Afghanistan abgeschlossen wird;

4. der persische Hofminister Timur Tasch zu Besprechungen nach Moskau und Angora reist und der türkische Botschafter in Teheran gleichzeitig seinen Urlaub in Moskau verbringt;
5. der chinesische Gesandte in Washington, Dr. Sze, in Sondermission in Angora erscheint?

Große Dinge bereiten sich im Osten vor. Rußland hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich zweifellos etwas erholt. Glückt es, die Industrie in dem bisherigen Tempo weiter auszugestalten und die Staatsfabriken zu einer rentablen Produktion zu führen, gelingt es, die aufsehenerregenden Kalifunde bei Solikamsk (Gouvernement Perm) zur Grundlage einer Kaliindustrie und einer chemischen Industrie zu entwickeln, so kann Rußland einen tüchtigen Schritt vorwärts machen auf jener Bahn einer wirtschaftlichen Verselbständigung, die schon in zaristischer Zeit erstrebt und von den bolschewistischen Gewalthabern mit aller Macht gefördert wurde. Als leidlich selbstgenügsames Großwirtschaftsreich könnte Rußland dann an eine Außenpolitik denken, die kaum mehr nach Westen, in der Hauptsache vielmehr nach Osten zielt und vor einer letzten Auseinandersetzung mit dem Westen nicht zurückschreckt. Die deutschen Staatsmänner werden diese Entwicklung mit der denkbar größten Aufmerksamkeit verfolgen und namentlich beachten müssen, ob und von wem gegebenenfalls die Sowjet-Regierung die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unentbehrliche Riesenanleihe bewilligt erhält. Die Verschärfung zwischen dem englischen Imperialismus und der auf die Weltrevolution abzielenden Politik des Sowjet-Staates bestimmt die Zukunft des gesamten Abendlandes. Es ist und bleibt die geopolitisch begründete Tragik unseres Vaterlandes, daß wir weder eine ausschließliche Westpolitik noch eine ausgesprochene Ostpolitik treiben können, sondern alles daran setzen müssen, so lange wie irgend möglich nach beiden Seiten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten und einen britisch-russischen Zusammenstoß zu verhindern. Glückt uns das nicht, so muß Deutschland der Führer eines stark gerüsteten neutralen „Zwischeneuropas“ werden, oder — die Gewalt der Verhältnisse macht Deutschland zum Schlachtfeld des kommenden Weltkrieges.

Eben aus diesen geopolitischen Überlegungen leiten wir unsere Forderung nach einer allmählichen, aber zielbewußten Konsolidierung „Zwischeneuropas“ ab. Indessen die Zukunftsaussichten sind auch in diesem beschränkten Gebiet wahrhaftig nicht rosig. Einstweilen zerrt der eine hierhin, der andere dorthin. Chauvinismus und wirtschaftlicher Neid stellen sich einer Verständigung immer wieder hemmend in den Weg zur geheimen Freude derjenigen Mächte, denen ein starkes, einiges Kontinentaleuropa natürlich eine Erschwerung ihrer egoistisch-chauvinistischen Pläne bedeutet. Werden die zwischeneuropäischen Staaten im neuen Jahre einsehen lernen, wessen Interessen sie fördern, wenn sie sich weiterhin gegenseitig mit Haß und Neid begegnen?

Die große außenpolitische Überraschung am Ende des Jahres 1926 war die Schwenkung in der Außenpolitik Italiens. Im Vordergrund des Interesses stand zunächst der italienisch-albanische Freundschaftsvertrag, der am 27. 11. 1926 in Tirana unterzeichnet wurde. Dieses Ausgreifen Italiens nach dem Osten hat vor allem in Südslawien die größte Aufregung hervorgerufen. Der greise Paschtsch bot seinen ganzen Einfluß auf, um zur Ruhe und Einigkeit zu mahnen. Inzwischen ist dieser Senior der Balkan-Staatsmänner dahingegangen,

und die Wellen der politischen Aufregung gehen in Südslawien höher denn je. Südslawien fühlt sich durch die italienische Politik isoliert und eingekreist. Da Rumänien für eine anti-italienische Politik nicht zu gewinnen ist, droht die „kleine Entente“ zu ende zu gehen. Südslawien soll — was allerdings wenig wahrscheinlich klingt — sogar die Fühler nach Rußland ausgestreckt haben, um eventuell, wie einstens, Anschluß an den großen slawischen Bruder zu finden.

Die Störung des Gleichgewichts auf dem Balkan, die durch die Expansionspolitik Italiens hervorgerufen worden ist, zieht aber viel weitere Kreise. Frankreichs Pläne im Nahen Osten werden dadurch erheblich durchkreuzt; die französisch-italienischen Beziehungen, durch die Vorgänge an der Riviera an sich schon stark gespannt, erfahren durch die albanische Extratour Italiens eine weitere Verschärfung. Eine Zeitlang wurden in Italien wie in Frankreich Worte laut, die absolut nicht nach Völkerversöhnung und ewigem Frieden klangen. Durch die überraschende Annäherung, die sich zwischen Italien und Deutschland vollzogen hat, ist in Frankreich der Verdacht entstanden, daß Italien einen Zweibund gegen Frankreich schmieden will. Ein solcher Verdacht ist, so weit Deutschland in Frage kommt, sicherlich durchaus unbegründet. Auf der anderen Seite läßt sich nicht leugnen, daß Italien und Deutschland gewisse gemeinsame Interessen haben; sie liegen nicht nur auf dem Gebiete der Wirtschaft, sondern vielmehr noch auf dem der Bevölkerungs- und der Kolonialpolitik. Von allen Staaten des Abendlandes sind Deutschland und Italien diejenigen, die alljährlich den stärksten Volkstumsverlust durch Auswanderung erleiden und infolgedessen auf eine Weitung bzw. Wiedererlangung ihres Kolonialreiches bedacht sein müssen. Frankreich fürchtet natürlich, daß Italien bei der Lösung dieser Frage das Tunis-Problem aufrollen könnte und sich hierfür des Beistandes Deutschlands versichert habe. Wir halten derartige Kombinationen für ebenso grundlos wie töricht. Deutschland weiß viel zu genau, daß es nur durch eine absolut ehrliche und nach allen Seiten loyale Politik gewinnen kann. Obwohl wir unsere Brüder und Schwestern in Südtirol niemals vergessen werden, schlagen wir die uns von Mussolini dargebotene Hand nicht aus, weil wir auch nach Süden hin für die Überwindung der Kriegspsychose tätig sein müssen und dem Deutschtum in Südtirol am Ende durch eine freundschaftliche Verständigung mit Italien am besten helfen können. Wenn Frankreich sich über die deutsch-italienische Annäherung aufregt, so vermögen wir darin nur den Ausdruck des schlechten Gewissens zu erblicken. Wir wollen ohne Hintergedanken mit allen Staaten, mit Frankreich genau so wie mit Italien, in Frieden und Freundschaft leben. Strebt Frankreich wirklich dem gleichen Ziele zu, so gebe es uns im Rheinland, im Saargebiet usw. Beweise für diese seine Gesinnung. Die Desavouierung der Militär Richter von Landau durch die Pariser Staatsmänner war an sich gewiß eine erfreuliche Geste; im Rheinland und im Saargebiet sowie in den Polen überantworteten Gebieten Ostdeutschlands bietet sich jedoch den Franzosen mannigfache Gelegenheit, durch wirkliche Taten zu zeigen, daß es ihnen mit dem Wohlwollen gegenüber Deutschland Ernst ist.

Holland und Belgien beschäftigen sich sehr stark mit dem in den Parlamenten diskutierten Scheldevertrag. Ob Holland den in Aussicht genommenen Vereinbarungen endgültig zustimmen, oder ob es aus Furcht für die Zukunft von Rotterdam die Verhandlungen scheitern lassen wird, ist im

Augenblick nicht zu übersehen. Der Streitfall berührt natürlich auch uns Deutsche sehr stark, weil in dem ganzen Fragenkomplex der uns durch das Versailler Diktat aufgezwungene Aachen-Rhein-Kanal eine große Rolle spielt.

Wenden wir unsere Blicke endlich nach England. Der monatelang wütende Streik in der Kohlenindustrie ist zu Ende; die englischen Minenbesitzer arbeiten mit aller Energie daran, den verlorenen Boden nach Möglichkeit wieder zu gewinnen, und wir werden uns darauf gefaßt machen müssen, daß das Jahr 1927 einen heftigen Kampf zwischen der Wirtschaft Großbritanniens und der des Kontinents bringt. Ob es England gelingt, die Schäden der großen Lohnkämpfe schnell zu verwinden und darüber hinaus die arg darniederliegende Wirtschaft des Landes wieder zu heben, erscheint zum mindesten sehr zweifelhaft. Durch die Industrialisierung der ehemaligen Rohstoffländer sind der englischen Wirtschaft auch in Übersee gar zu viele Rivalen entstanden. Besondere Besorgnis erregt die Ausgestaltung der Industrie in den britischen Dominions. Die Reichskonferenz ist über diesen Punkt hinweggegangen, weil wohl in der Tat irgend welche Maßnahmen auf diesem Gebiete nicht zu treffen gewesen wären, ohne das Gefüge des British Empire noch stärker zu erschüttern. Großbritannien steht im neuen Jahre unverkennbar an einem der wichtigsten Wendepunkte seiner neueren Geschichte. Es wird zwischen Imperialismus und Kontinentalpolitik zu wählen haben. Die augenblickliche Regierung vertritt durchaus die Überzeugung, daß das Heil Englands lediglich in der Ausgestaltung des Empire-Handels beruht, und daß es auf diesem Wege möglich ist, den britischen Inselstaat einer neuen Blüte entgegenzuführen. Die Opposition hiergegen, die sich keineswegs nur auf die Labour Party beschränkt, gibt offen zu, daß eine panbritische Zollunion ein Unglück für Großbritannien, für Europa und für die gesamte übrige Welt bedeuten und von vornherein zum Scheitern verurteilt sein würde. Immer mehr häufen sich die Stimmen, die einer ehrlichen, von jedem Hintergedanken freien Zusammenarbeit zwischen England und dem Kontinent das Wort reden. Wie die Entscheidung fallen wird, kann im Augenblick niemand sagen; das eine steht fest: auch im Westen unseres Vaterlandes sind die Dinge vollständig ungeklärt und drängen nach einer klaren, für die Zukunft des Abendlandes grundlegenden Entscheidung. Entweder findet das gesamte Europa den Weg zu einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit, oder es treten neue, langandauernde Krisen ein, die schließlich die Prophezeiungen eines Spengler auch in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zur Wahrheit werden lassen könnten.

So wird das Jahr 1927 aller Voraussicht nach eines der schicksalreichsten in der bunten Geschichte des Abendlandes sein.

KARL HAUSHOFER:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Gilt das von H. Lautensach in seinem Nachruf auf R. Sieger so treffend angeführte Wort von dem Beginn des Bereichs der Geopolitik da, wo die Prognose einsetze, auch für den indopazifischen Raum, so hat sich die Vorhersagung der Berichte X und XI/26 über ein vermehrtes Anschwellen

der Selbstbestimmungsbewegung in Südostasien bewährt und die Geopolitik gerechtfertigt.

Beweise dafür sind: die Fortschritte des südchinesischen Freistaats (Befestigung der gewonnenen Stellung um Hankau, Raumgewinnung gegen Shanghai und Fukien, Annäherung des britischen und japanischen Standpunkts an die Anerkennung der Regierung in Kanton, Weigerung der Vereinigten Staaten, an einer Flottendemonstration teilzunehmen), dazu ein kleineres Aufblühen in Französisch Indochina, ein sehr ernsthaft zu nehmendes Erheben der Landarbeiterbewegung in Java, die Wahlerfolge der Swaraj-Partei in Bengalen und Madras und die Unregierbarkeit Indiens gegen Swaraj und Responsivisten zugleich.

Im Gegensatz dazu schwindet mehr und mehr der Glaube an die ehemals so hochspannungsfähige und schlagfertige Kraft, die latente Energie des japanischen Reiches, die ihm weit über seine tatsächliche Festlandreichweite hinaus Festlandgeltung Asien-einwärts gesichert hatte. Das Fehlen der geopolitisch so instinkticheren Genro, ihr Ersatz durch Führer geringerer Schulung macht sich geltend; die Seyukaiführer, voran Tanaka, vermögen gerade geopolitische Gesichtspunkte als Gründe zum Sturz des Kabinetts Wakatsuki anzuführen: Stärkung der japanischen Geltung in der Mandschurei und deren wirtschaftliche Heranziehung an Japan; Regelung des Auswanderungsverhältnisses gegenüber den Reserveräumen der weißen Rasse! Das mahnende Verbot von Bahnbauten gegen Chang Tso Lin im Wettbewerb mit japanischen Bahnrechten in der Mandschurei wird als eine konziliante Geste gegenüber Kanton aufgefaßt; das innere Siedlungsprogramm Wakatsukis und seine Innen-Zusammenziehung als falsch hingestellt.

In Wahrheit ist es ein Irrewerden an sich selbst, die Problematik seiner unsicher werdenden Innenstruktur, die Unklarheit über die Folgen der Veränderung des von $3\frac{1}{2}$ auf $12\frac{1}{2}$ Millionen vergrößerten Wahlkörpers, die das Inselreich in ernster Stunde hemmen, zusammen mit seinem bangen Tasten gegenüber der versagenden Gewaltpolitik alter Art in Mittel- und Südchina. Da Japan und die Vereinigten Staaten als Helfer ausfallen, ist die Gewaltpolitik auch eine Unmöglichkeit für die sogenannten alten Kolonialmächte.

Eine so verlogene, nur im Ausdruck verschleierte Gewaltpolitik, wie sie Inner-Europa gegenüber augenblicklich noch angewendet wird, würde sich im indo-pazifischen Raum zur Zeit nicht einmal in den nach der alten Kolonialmethode noch verwalteten Gebieten durchführen lassen, so in Indochina, Insulinde oder einzelnen Kronkolonien, ohne daß man Aufstände, Gegenwirkung der Außenorganisationen der Sowjets oder Streik- und Boykott-Bewegungen in den Kauf nehmen müßte, die bei der Arbeitslosigkeit der Industriestaaten gefährliche Rückschläge in der Heimat üben würden.

Vollständig ist ihr Zusammenbruch gegenüber Jung-China, am ehesten hat sie noch moderne Formen in den Philippinen gefunden, die noch auf gewisse Zeit infolge überlegener Wirtschaftsmacht haltbar sein mögen.

Die Möglichkeit einer gesonderten Anerkennung der Reststellung Chang Tso Lins in der Mandschurei und der südchinesischen Regierung als Vertreterin des chinesischen Stammgebiets wird bereits öffentlich erörtert; sie würde den in der Geschichte wiederholt vorgekommenen vorübergehenden Zerfall Chinas in zwei Teile bedeuten.

Die Rückwirkung einer solchen Lösung auf den Dauer-Kriegsschauplatz der Alten Welt (in dem heute vor allem das Gegenspiel, das Ringen zwischen Angelsachsentum und Sowjetbünden in den Vordergrund tritt), ihren Hauptkulturgürtel, der von Inner-Europa über den Nahen Osten, Indien nach China zieht, hat vor vielen Jahren Mackinder in seiner großen Vision: „Geographical pivot of history“ gezeigt, auf die wir deshalb immer wieder zurückkommen.

Darin ist dieser Hauptkulturgürtel als „innerer Halbmond“ zwischen den Räubern der See, wie der Brite selbst sagt, und der großen zentralen, kontinentalen Raubmacht der Steppen — die sich ausdehnt und wieder zusammenzieht, aber notwendig immer da ist, zuerst als Mongolengroßreiche, dann als Rußland, heute als Sowjetbünde — als naturbedingter Dauerkriegsschauplatz bezeichnet, auf dem die ozeanischen Mächte, als zu raumschwach, immer noch Gegengewichte im Festland suchen müssen. Nur einer Kombination Deutschland, Rußland, China gegenüber würden sie trotz der Hilfe der Vereinigten Staaten machtlos sein. Besonders schlimm für die äußeren Seemächte aber wäre die Lage, wenn Japan sich dieser Mächtigkeitsgruppe anschliesse, das sich zur Zeit klug, fast ängstlich, mit seiner inneren Umformung beschäftigt, außer Schußweite hält, und die Vertragskündigung Chinas sehr vorsichtig hinhaltend beantwortet hat.

China selbst aber ist zur Zeit in voller Auflehnung, weniger gegen den Westen (wie in der „Frankfurter Zeitung“ in einem sonst sehr treffenden Aufsatz gesagt wurde), als vor allem gegen die ozeanischen Mächte des Angelsachsentums, die sich als Gegengewicht auf dem Festland Frankreich und Belgien, das bereits seine Vertragskündigung erfuhr, angegliedert haben. China ist dabei unter Ablehnung an das Sowjetsystem in der auswärtigen, asiatischen Politik zu gewissen Abschlüssen gelangt; drei entscheidende Krisen stehen um die Jahreswende bevor, deren Spuren sich in den letzten Nachrichten ankündigen, in deren Verlauf tatsächlich ein Strohalm zeigen kann, welchen Weg die gewaltige Gesamtströmung nehmen wird.

Die erste betrifft den stark im abnehmenden Mond befindlichen chinesischen Norden der streitenden Generale. Die mit so viel Pressegeräusch ausposaunte jüngste Konferenz in Tientsin war eine Niete. Wu Pei Fu und Sun Chuan Fang, beide mit stark verringertem Ansehen („Gesicht“), schwindenden Heereskräften, ohne leitende politische Idee, Sun schon im Rücken bedroht und unterwühlt, haben sich nur vertreten lassen; der noch fester in seinen Schuhen stehende Chang Tso Lin hat nicht mehr Mut und Vertrauen genug, seine wirklich brauchbaren Streitkräfte, noch etwa 200 000 Mann, von Mukden nach dem Yangtse in Bewegung zu setzen. Damit beginnt tatsächlich die Abspaltung, die Abtrift der Mandchurei von China und die Entstehung eines Pufferstaats zwischen Sowjets, Nordchina und Japan, in der Größe von rund 1 Million Quadratkilometer, mit etwa 33 Millionen Menschen, in einem autarkischen Überschußgebiet, an sich durchaus lebensfähig. Wo der immer noch stärkste Mann des Nordens durchaus selber hätte gehen müssen, wie Cäsar bei Munda, dahin schickte er einen Strohhalm mit 150 000 Mann mäßigen Shantung-Soldatenzeugs, der die Aufgabe nicht schaffen wird. Der Mandarin von Shantung wirft den jungen Bonaparte des Südens, Chang Kai Sheck, kaum aus dem Sattel!

Damit kommen wir zur zweiten Krise, der Krise von Shanghai! Der chinesi-

sche Süden hatte seinen langgedrohten Vorstoß endlich in einem klug gewählten Augenblick wahr gemacht, das Industriezentrum um Hankau am mittleren Yangtse, danach Fukien in seine Hand gebracht, und steht im ersten Dezemberdrittel vor den Toren von Shanghai. Hier aber sind die Verhältnisse zum Ausland ganz anders als im Süden. Im Süden war die Einfallpforte in China getrennt in die zwei zusammenarbeitenden Städtegruppen Hongkong—Makao (litoral — in Fremdvölkerhand, britisch und portugiesisch, wie Kwangtschauwan französisch) und Kanton und die mit ihm verbundenen Siedelungen (potamisch und chinesisch). Kanton ist im Grunde — trotz dem Fremdenviertel von Shameen — immer in chinesischen Händen geblieben und war immer eine turbulente, lärmfrohe, betriebsame Südstadt und ein ausgesprochener Kolonialfilter in seinem darin konstanten geopolitischen Charakter.

Anders Shanghai: hier ist in einer übergroßen Siedelung in flachem sumpfigen Land nahe der Mündung des Riesenstromes Yangtse in soziologisch sehr explosivem Gemenge Fremdeinfluß und Chinesenhandel zu einem 200 Millionen Hinterland in eine einzige teils schwerreiche, teils bettelarme und wagemutige, labile und gefährliche Menschenmasse von mehr als zwei Millionen zusammengefloßen, die nun als Groß-Shanghai organisiert werden sollte. Das war der letzte Anlauf Sun Chuan Fangs vor seinem Machtzusammenbruch.

Die Frage Groß-Shanghai findet sich gut skizzenhaft behandelt in der Nr. 7, Bd. 22, Juli 1926 der „Far Eastern Review“ (Deep-Draft Wharves in the Whangpoo) und in den Shanghaier Zeitungsberichten, die unmittelbar an den Besuch des Marschalls Sun Chuan Fang anknüpften. Sie ist vielleicht zurzeit — trotz Groß-Hamburg-Frage, London und New-York — die schwierigste städtepolitische und städtebauliche Aufgabe des Erdkreises. Vor den Toren von Shanghai befindet sich noch dazu eine der großen chinesischen Waffenschmieden; im Yangtse liegen die Reste der chinesischen Flotte und auf dem Fluß wird dauernd gekämpft. Sein Wasserstand wird freilich erst wieder im Frühjahr das Stromauflaufen von größeren Kreuzern bis Hankau oder weiter einwärts gestatten. An den Eingängen dieses brodelnden und siedenden Menschenkessels steht nun die mit den Sowjetbünden außenpolitisch einige südchinesische Revolutionsarmee unter einem genialen, jungen Führer, mit streitenden Kommunisten und Nationalsozialisten halbschäftig in der Regierung in Kanton hinter sich, die Chang Kai Sheck am liebsten in sein Heerlager oder nach Hankau nachziehen möchte.

Hier stößt nun die dritte Krise mit der zweiten zusammen: ihr problematischer Exponent ist (mit geopolitischem Untergrunde, Hochsteppe gegen volkreiches Stromgebiet, aber von allen dreien wohl am meisten durch menschliche Willkür endgültig lösbar, deshalb unserer Prognose entzogen) — der im Anmarsch durch die mittelchinesischen Paßlandschaften befindliche, von den Russen in der roten militärischen, politischen und Wirtschaftskriegführung ausgebildete Marschall Feng Yu Hsiang. Dieser trotz seinem geflissentlich betonten Christentum fragwürdige Mann verfügt über 100 000 schlechte und etwa 30 000 gute Soldaten. Er und der Süden zusammen haben von dem ganzen Reichsgebiet etwa drei Fünftel unter sich gebracht: die an Kultur und Wirtschaft lebenswichtigsten Teile.

Gelingt auf der einen Seite, am oberen Yangtse, ihr Zusammenschluß durch Honan oder auch nur Szechuan, auf der anderen Seite die Besitznahme von

Shanghai und die völlige Unterwerfung der Seezollverwaltung, der stärksten Zuflucht des Angelsachsentums — (die sich aber schon im Südbereich, wie in Shantung in die gewaltsame Verdoppelung der Zölle, d. h. in die chinesische Zollautonomie gefügt hat) — dann ist der Sieg des Südens, der chinesischen Nationalbewegung entschieden. Aber dann ist nach ihrer Vergangenheit auch einer von den zwei Männern zu viel; und die dritte Frage spitzt sich darauf zu, wer von beiden dem andern zuerst die Führung abgewinnt. Hier tritt das nicht Vorherzusagende in sein Recht.

Die Mattsetzung des britisch organisierten chinesischen Seezolldienstes als Niederhaltungsinstrument dadurch, daß er sich im Süden und in Shantung in die Zollerhöhungen gefügt hat, ist eine ebenso katastrophale Niederlage der Angelsachsenpolitik wie das Zerreißen des belgischen Vertrags. Fügen sich Japan (wie nach seinem sehr vorsichtigen Schriftwechsel darüber wahrscheinlich) und Frankreich, das als nächstes an die Reihe kommt, der gleichen Vertragskündigung, gegen die das über See schwache Belgien nichts machen konnte, dann bleiben die Vereinigten Staaten und das umgebaute britische Reich, die Angelsachsen, mit ihren sogenannten ungerechten Verträgen, mit ihrer Exterritorialität allein; sie sind dann dem ganzen Boykott, Abwehrstreik und Haß des chinesischen Freiheitskampfes allein ausgesetzt, eine Lage, der sich die Vereinigten Staaten um jeden Preis entziehen möchten.

Zwischen den imperialistischen Rest- und Rückzugsstellungen der angelsächsischen ozeanischen Mächte und dem Sowjetsystem steht dann reinlich das Ringen, wie es Mackinder 1904 und Lord Kitchener 1909 kommen sahen, das weder die Weltkriegspolitik von 1914 bis jetzt, noch der Umbau des Imperiums verhindern konnten. Wir ändern schauen vorerst zu und werden uns vor dem Herein-Gezerrtwerden zu hüten haben. Das ist die kürzeste Formulierung, auf die man heute, zur Jahreswende, die chinesische Frage bringen konnte.

Der im Nebelmonat 1926 erfolgte Umbau des britischen Imperiums in ein ganz loses, eigentlich nur mehr kultur- und wirtschaftspolitisch und durch die Fiktion einer siebenfachen Personalunion durch den Kronenträger zusammengefügtes Staatenbündel hat die indo-pazifischen Teile weniger stark berührt, als die inter pares herabgedrückte Zentrale. Die Schaffung einer starren einheitlichen Verfassung für das Riesenreich ist wieder abgelehnt worden. Dafür ist immer noch zu viel Leben im Ganzen, das Paragraphen scheut. Die Gouverneure sind künftig nur mehr Beauftragte der Krone (die ihren Titel ändert), nicht mehr der Regierung des Mutterlandes, die noch mehr nur zum Bedeutendsten, am meisten Wissenden unter Gleichen wird. Immerhin ist eine Art Rangfolge der Dominien festgestellt worden, die uns hier vielleicht am meisten berührt. Außenpolitische Verträge sollen künftig nicht mehr vom britischen Reich, sondern vom König für die unmittelbar beteiligten Reichsteile in folgender Reihenfolge abgeschlossen werden: 1. Großbritannien und Irland (d. h. Ulster!) und nicht eigenstaatliche Reichsteile (Kronkolonien, wie Ceylon, Hongkong, Pazifische Inseln, Fiji usw.); 2. Kanada; 3. Australien; 4. Neuseeland; 5. Südafrika; 6. Irischer Freistaat; 7. Indien. Wir sehen, es werden Teile größerer Affinität von solchen geringerer gesondert! Aber eine sehr schwierige Revolte innerhalb des nun zu einem losen Staatenbund gewordenen Weltreichs ist umgebogen und auf den Weg der Evolution geführt worden. Auf ihm kann der gesunde Menschenverstand der Angelsachsen

noch weit kommen und vielleicht sogar eines Tages die in der Flagge ohnehin schon durch Sterne bezeichneten Staaten Australiens und die Staaten Kanadas sehr glatt in eine Verbindung mit einem großen pazifischen Reich der transatlantischen Angelsachsen hineinführen, wenn auch die Lebensräume um den Indischen Ozean der Rasse verloren gehen sollten. Jedenfalls dürfen die einzelnen Dominien Gesandtschaften unterhalten, wie Kanada und Irland jetzt schon in den Vereinigten Staaten; von da zu gegenseitigen Gesandtschaften ist nicht weit, zwischen Südafrika und Indien, Indien und Australien, den großen pazifischen Dominien z. B. Trotzdem würde es ganz falsch sein, das im Pazifik noch durch Gefahr unterstrichene zähe Zusammenhalten des kulturpolitischen Gemeinschaftsgefühls der Rasse zu unterschätzen. Es kann augenblicklich wieder tätig werden, sobald eine geschickte Regierung die Mittel der öffentlichen Meinung spielen läßt und eine große Gefahr von außen her die menschenarmen, raumweiten Dominien zum Bewußtsein ihrer Anlehnungsnot bringt, wie Südafrika mit seinen $1\frac{1}{2}$ Millionen Weißen gegen mehr als 6 Millionen Farbige, Schwarze und Inder, Australien gegenüber der Malaienwelt mit dem Volksdruck ihrer 55 Millionen, vom Ferndruck Chinas und Japans ganz abgesehen.

Die Malaienwelt hat ihre Gefährlichkeit durch den Ausbruch des Landarbeiteraufstandes in Westjava vielleicht vorzeitig demaskiert, von der Erregung des sonst in Java nicht mit Liebe betrachteten südchinesischen Volksteils angesteckt. „Für diesmal war es nur ein Tropfen Fegefeuer“ — aber die Hölle kann für die niederländische Kolonialverwaltung mit ihren ganz unzulänglichen Streitkräften zu Lande und zur See und ohne wirklichen Massentrückhalt im Mutterland nachkommen. Die Sarikat-Islambewegung ist unsern Lesern aus früheren Berichten bekannt; erwähnt wurde schon, daß sich auf ihrer, vom Generalgouverneur Graf Limburg-Stirum auf den Linien seiner ethischen Politik erlaubten Gliederung nach und nach die kommunistische Sarikat-Rajat (Landarbeiter)-Bewegung aufbaute. Aus ihr entwickelte sich nach dem bekannten Zellsystem die politische Partei und der Ausbruch, der vulkanisch ganz Java erschütterte. Das niederländische Reich hat aber mehr als zwei Fünftel seines ganzen Nationalvermögens dort investiert, das mit einem Schlage verloren werden kann. Man begreift deshalb die Aufregung der niederländischen Kolonialbehörden, namentlich des neuen Generalgouverneurs Jonkher de Graeff, der in noch weniger beneidenswerter Lage sein Amt antrat, als Lord Irwin in Indien. Aber man versteht auch den Anteil der Nachbarmächte an dem Ausbruch in West-Java, das mit über 300 Einwohnern auf den Quadratkilometer so lange für das Muster volkdichter tropischer Besiedelung galt, der mit so unerhörter Heftigkeit erfolgte und verriet, welches Feuer hier unter der Asche schwelt. Darüber darf weder die wirtschaftliche Blüte der indischen Inseln selbst, noch die scheinbare Blüte in der benachbarten Malaienhalbinsel mit ihrem von den Vereinigten Staaten so übel vermerkten Gummimonopol täuschen, noch auch die neuen britischen Bahnpläne in Hinterindien, zur Verbindung Birmas mit Assam an der Küste und vom oberen Irawaddy nach Yünnan zu. Bis jetzt hat ihr geopolitischer Instinkt die Briten vor der gleichen Torheit gewarnt, die Russen und Franzosen vor Jahren in der Mandschurei und in Yünnan gemacht haben: die chinesischen Menschendruck-Reserven durch Stichbahnen an den bisher vor dem Ausbruch geschützten Stellen aufzustechen!

Für die Waren, die hineinströmen, drückt dafür ein wirtschaftlich erobernder, unterwandernder (vgl. die vier Millionen Chinesen in Siam!) und auf dem Arbeitsmarkt unterbietender, heimlich hochorganisierter Menschenstrom heraus; auf die Dauer ist der politische Schaden für die kolonial eingestellte Nachbarmacht viel größer, als der wirtschaftliche Augenblicksnutzen. Jedenfalls ist Belgien seine in China angelegten Bahnbaugelder gründlich losgeworden und erhält sie so wenig wieder, wie die französischen Gläubiger ihren für die strategischen Bahnbauten Rußlands vor dem Kriege angelegten Sparstrumpfinhalt von den Sowjets. Gerade die alten Kolonialmächte haben mit dem Raub des deutschen Privateigentums den aufstrebenden asiatischen Großräumen eine verhängnisvolle Lehre erteilt, wie man sich am einfachsten lästiger Schulden entledigt; der Sparstrumpf ist in Europa nicht nur bei den Besiegten, auch bei den „Siegern“ gerissen, und der Zusammenschluß des Sowjetsystems mit der chinesischen und panasiatischen Freiheitsbewegung erweitert das Loch im Sparstrumpf so sehr, daß es nicht danach aussieht, als ob es je wieder geflickt werden könnte. Das ist die sehr ernste Kehrseite der augenblicklichen Lage der Alten Welt. Man braucht nur an mögliche Entwicklungen der niederländischen Anlagen in den Sundainseln, die fragwürdige Zukunft von Anlagewerten im indischen Bahnsystem bei einer Loslösung zu denken. Die Neue Welt zieht es inzwischen vor, ihr überschüssiges Geld in Süd- und Mittelamerika und in guten pazifischen Anlagen (Australien, Westkanada) anzulegen und sorgt — unsicheren Kunden gegenüber — durch Faustpfänder, wie in Nikaragua dafür, die Hypotheken zu sichern. Der auf die ganze pazifische Politik der Vereinigten Staaten zurückwirkende Tacna-Arica-Streit scheint durch einen echt pazifischen Ausgleich nun doch einer Lösung zugeführt zu werden: strittige Landschaft an Bolivia, Bahn Arica—La Paz und Hafen Arica internationalisiert, Geldentschädigungen an Chile und Peru. Doch hemmen noch verschiedene andere amerikanische Händel (Emanzipation Mexikos von den Vereinigten Staaten, Grundbesitzgesetz, Ölbesteuerung) die transpazifische Aktionsfreiheit der Vereinigten Staaten, und auch so erklärt sich der allgemeine Wunsch, wenigstens Mitteleuropa angesichts der großen kommenden indopazifischen Verwicklungen in Ruhe zu erhalten, damit sich doch dieser Teil des Erdballs in Frieden weiter als Melkkuh behandeln lasse, wenn es sich schon der Nabe Osten, Indien und China nicht mehr gefallen lassen.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Mehrfach schon ist behauptet worden, daß trotz aller politischen Schulung und politischen Fähigkeiten auch die Engländer genau die gleichen Fehler gemacht haben, die in der Entwicklung anderer Staaten zu erkennen sind. Im Gegensatz zu den meisten anderen Nationen hat aber die britische aus ihren Fehlern gelernt. An den großen Wendepunkten der britischen Reichsgeschichte sind darum die Fehler von ehemals vermieden, nicht wiederholt worden. Das gilt namentlich für das Verhältnis Englands zu Amerika. Noch nie vermochte ein Riesenstaat der Erde die Wirkung des politischgeographischen

Gesetzes von der Verselbständigung der Peripherie aufzuheben. Auch Englands junges Kolonialreich erscheint darum unter dem Einfluß dieser Wirkung beim Abfall der Vereinigten Staaten von Amerika zertrümmert. Und Englands neues Weltreich hat sich solcher Wirkung ebensowenig zu entziehen vermocht. Mancher Kritiker hat darum infolge einer unzureichenden geopolitischen Analyse ein Auseinanderbrechen des Reichsgefüges in nahe Zukunft rücken wollen. Wer solche Prognose stellte, hat sich zum mindesten für die nächste Periode einer recht irrigen Auffassung hingegeben. Die inneren starken Klammern des freilich aufgesplitterten, aber sich in der letzten Zeit durch die Ausbildung von Landringen allmählich enger und flächenhafter zusammenschließenden Reiches wurden dabei völlig übersehen. Es ist darum auch durchaus abwegig, etwa erst in der jüngsten Entwicklung eine Neuordnung, einen Neubau des Reiches sehen zu wollen. Die Klammern sind organische Gegebenheiten, Tatsachen des Raumorganismus selbst, nicht etwa Tatsachen später Organisation. Sie sind das Primäre, das organisch Gewachsene, sie fordern darum die Organisation; nicht etwa umgekehrt ist das Verhältnis. Sie lösten die Entwicklung der einzelnen Reichsteile zu Dominions, Gebieten mit einer halben Selbständigkeit, aus, und sie haben diesen Verselbständigungsprozeß der Peripherie von da an dauernd begünstigt. Darum kann man die gegenwärtige Entwicklung, wie sie sich in den Ergebnissen der britischen Reichskonferenz spiegelt, nur mit Einschränkung als einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Britischen Reiches bezeichnen. Es handelt sich im wesentlichen um eine Ordnung und Sanktionierung des Gewordenen. Allerdings von nun an sind die einzelnen Dominions, Irland, die Südafrikanische Union, der Australische Commonwealth, Neuseeland und Kanada autonome Gebiete. Sie stehen in autonomer Gleichberechtigung neben dem englischen Mutterland innerhalb des allbritischen Staatenbundes. Verfassungsrechtlich werden sie verbunden durch die Personalunion des britischen Königs, der von jetzt an den Titel eines Königs der britischen Dominions führt, und der seine Stellvertretung innerhalb der einzelnen Dominions einem Generalgouverneur überträgt. Der letztere ist von dem einfachen Mittler zwischen dem Dominion und der Regierung in London zum Stellvertreter des Königs innerhalb der einzelnen Dominions geworden. Der Zusammenhalt des Ganzen wird damit durch die Krone gewonnen; die Institution des Königtums hat dadurch im Britischen Reich einen neuen Inhalt erhalten. Umgekehrt hat die Krone, die monarchische Staatsform in der Autonomie der Dominions, eine nicht unwesentliche Stütze erhalten. Verfassungsmäßig ist die Krone zum gemeinsamen Band des British Empire geworden, das keine gemeinsame Regierung besitzt. Der englische König entscheidet über die wichtigsten Lebensäußerungen aller Reichsteile zugleich, über Krieg und Frieden. Wenn der englische König den Krieg erklärt, so lebt ebenso Australien wie Kanada im Kriegszustand.

So will die Ordnung, die die britische Reichskonferenz vorsieht, der Eigenart und der Divergenz der Interessen der einzelnen großen Reichsteile Rechnung tragen, ohne aber dadurch die wichtigsten Lebensäußerungen des Gesamtorganismus verkümmern zu lassen. Alle vitalen Fragen müssen einer gemeinsamen Regelung vorbehalten bleiben. Dazu gehört die Entscheidung über Krieg und Frieden, die dank der Personalunion der Stellung des englischen

Königs als „König von Großbritannien, Irland, der britischen Dominions über See und Kaiser von Indien“ dem König selbst vorbehalten bleibt; dazu gehören die anderen vitalen Fragen der Außenpolitik. Kein Glied des Reiches, weder England noch ein Dominion, kann fernerhin einen wichtigen Vertrag mit einer fremden Macht ohne Zustimmung aller übrigen koordinierten Reichsglieder schließen. Englands Abmachungen in Locarno wären heute ohne Zustimmung z. B. Kanadas nicht mehr möglich. Damit ist die Gemeinsamkeit der großen Politik innerhalb des Gesamtreiches wieder gewonnen worden. Daneben bleibt die Regelung von Lokalfragen den koordinierten Reichsgliedern selbst vorbehalten. Das Gleiche gilt vom wesentlichsten Teile der Innenpolitik.

Eine Musterung dieser Verfassung des British Empire — wenn auch der Ausdruck „Verfassung“ noch peinlich vermieden wird — unter dem Gesichtspunkt geopolitischer Kritik vermag einige Haupttatsachen scharf herauszuheben. Ist rein verfassungsmäßig das Band in der Union durch die Person des englischen Königs gefunden, ein Band, das sich dank dieser monarchisch-repräsentativen Spitze zwischen den einzelnen Körpern der koordinierten Reichsteile leicht schlingen ließ, so verdient es doch vollster Beachtung, daß der Grund zu dieser Bindung in dem Schutz der vitalen Lebensäußerungen des Reichsganzen zu sehen ist. Von der britischen Reichsidee wird also das Reich als ein Gebilde mit vitalen Lebensäußerungen erfaßt und gewertet, als ein Organismus im räumlichen Sinne, als Raumorganismus, wie es dieser geographischen Theorie vom Staate entspricht. Der Hauptsinn der britischen Reichskonferenz war der, diesem Raumorganismus die Lebensbedingungen zu seiner Weiterentwicklung zu schaffen, unter Beschränkung der Reichsidee auf das Vitale, unter der Zuerkennung der Selbständigkeit der Reichsteile in allen Fragen, die aus der Eigenart der einzelnen Raumgebilde geboren werden. Genau so, wie es die Theorie will, wird auch in zweiter Hinsicht die Forderung und die Zuerkennung der hochgradigen Selbständigkeit der ja unter so verschiedenen Lebensbedingungen stehenden einzelnen koordinierten Raumteile auf das für alle Riesenstaaten geltende Evolutionsgesetz, das Gesetz der Vervollständigung der Peripherie, zurückgeführt: „Die rapide Evolution der Überseedominions während der letzten fünfzig Jahre hat es mit sich gebracht, daß eine alte politische Maschinerie in vieler Beziehung und auf komplizierte Art den wechselnden Bedingungen angepaßt worden ist. Die Tendenz in der Richtung auf Gleichheit des Status war richtig und unvermeidlich, geographische und andere Bedingungen machten es unmöglich, den Weg der Föderation zu wählen. Die einzige Alternative war der Weg der Autonomie, und auf diesem Weg ist die Lösung langsam und sicher gesucht worden.“ Politische Organisation hat sich damit der organischen und unabwendbaren Entwicklung angepaßt. Das Britische Reich ist damit ein Bund von Staaten, zusammengefaßt durch den Willen zum Reich. Und als letztes hat in dem Ausdruck „British Commonwealth of Nations“ die Sonderentwicklung der einzelnen koordinierten Reichsteile ihre Begründung in der Bildung der einzelnen Nationen gefunden. Nicht Selbstbestimmungsrecht der Völker ist es, das zur allmählichen Ausbildung der einzelnen fast selbständigen Staatskörper (kanadische Verfassung aus dem Jahre 1867, Konstitution der Kapkolonie aus dem Jahre 1874, Commonwealth of Australia aus dem Jahre 1901) geführt hat, sondern der nationale Wille, der Wille zur Nation und zum Staate dieser

raumgebundenen Menschengemeinschaften ist es, der in der Bindung des ganzen Riesenreiches anerkannt wird. Auffällig ist die Parallele, die sich heute zwischen der Entwicklung und Gliederung des Russischen Reiches, der Sowjet-Union, die dem Prinzip nach ebenfalls aus koordinierten Staaten besteht, und der des Britischen Reiches ziehen läßt.

Für das spezielle Beispiel Kanada ergeben sich damit einschneidende Folgerungen. Das Dominion of Canada ist ein autonomer Staat innerhalb des Gesamtreichs. Seine repräsentative Spitze ist der englische König, der durch den Generalgouverneur vertreten wird. Der letztere ist aber keineswegs mehr wie bisher der Vertreter der Regierung Großbritanniens. Sondern alle Verhandlungen mit dem Mutterland gehen von Regierung zu Regierung, trotz der Personalunion, gleichsam von Staat zu Staat. Damit fallen alle Konfliktstoffe, Kompetenzfragen fort, wie sie sich noch vor kurzer Zeit zwischen der kanadischen Regierung und dem Generalgouverneur als Regierungsvertreter der englischen Regierung zeigten. Das britische Mutterland hat damit seine Vorrangstellung als allein führender Staat gegenüber der einstigen Kolonie allmählich eingebüßt. Dieser Zustand hat jetzt seine Sanktionierung gefunden. Es ist zugleich eine Sanktionierung der Tatsache, daß Europas Einfluß vom nord-amerikanischen Kontinent immer mehr schwindet, daß Kanada in steigendem Grade sich als Glied der amerikanischen Staatenwelt betrachtet.

Im Bericht über die Vereinigten Staaten von Amerika verdient die Jahresbotschaft des Präsidenten Coolidge Beachtung. Konstatierung des wirtschaftlichen Wohlstands und nachdrücklicher Hinweis auf den Friedenszustand leiten sie ein. Das Streben zur Erhaltung des Friedens wird besonders betont. Die Vereinigten Staaten trieben nur eine Verteidigungspolitik. Die aktive Streitkraft unter Hinzurechnung der Reservisten betrage 610 000 Mann. Die Abrüstungsfrage auf Grund der Richtlinien der Washingtoner Konferenz wird noch einmal gestreift. Wünsche hinsichtlich Einschränkung der amerikanischen Rüstungen selbst werden dabei laut. Unter keinen Umständen ist aber zu verkennen, wie auch aus der Jahresbotschaft hervorgeht, daß Amerika mit besonders wachem Auge die Vorgänge in China verfolgt und neben England auf dem Yangtse Streitkräfte gesammelt hat. In recht grellem Kontrast zu der Friedfertigkeit der Coolidgeschen Botschaft steht der Gesetzentwurf über den Bau von 10 Kreuzern, der dem Marineausschuß des Repräsentantenhauses vorlag und höchstwahrscheinlich angenommen wird. Man sieht in diesem bevorstehenden Rüstungsbeschluß die von uns am Ende der Berichterstattung des Oktoberhefts schon angedeutete Antwort auf die Verzögerungen, die der Abrüstungskonferenz durch England in Genf bereitet worden sind. Im Wirtschaftsbericht des Finanzjahres 1925/26 wird dieses letzte Jahr als ein Rekordjahr nach dem Umfang der Produktion, des Verbrauchs, der Aus- und Einfuhr und der Höhe der industriellen Löhne bezeichnet. Die Erzeugung der Fertigfabrikate sei um 7 % gegenüber dem Jahre 1925 gestiegen. Von einer Arbeitslosigkeit könne man nicht sprechen. Der Lebensstandard sei höher denn je. So bedeutet dieser Bericht die wirkungsvolle Ergänzung der Jahresbotschaft des Präsidenten. Auf neue deckt er den materiellen Wohlstand der Vereinigten Staaten auf.

Haben die Vereinigten Staaten gegenüber China den Beobachterposten eingenommen, so ist ihre Machtgeste gegenüber Mexiko selbst in der so friedlichen Jahresbotschaft nicht ganz zu verkennen. Zwar ist die Spannung bis

jetzt kaum größer geworden, zumal die Petroleum- und Landgesetze erst im Januar in Kraft treten werden. Erst mit der Annäherung an diesen Termin dürfte eine wirklich kritische Stimmung zu erwarten sein. Bei der starken Investierung von vereinsstaatlichem Kapital in Mexiko — man schätzt, daß $1\frac{1}{2}$ Milliarden Dollar in Mexiko angelegt sind — ist es selbstverständlich, daß die interessierten Kreise, vornehmlich die Ölinteresentten, die vereinsstaatliche Regierung zu einem möglichst scharfen Vorgehen veranlassen wollen, um beliebig freie Hand in ihrem Ausbeutungsgebiet zu behalten. Solche Bestrebungen werden durch die Animosität der katholischen Kreise in beiden Ländern gegenüber der jetzigen mexikanischen Regierung unterstützt. Im ganzen dürfen aber Alarmnachrichten, die aus solchen Lagern stammen, nicht als eine Verschärfung der Lage angesehen werden. Das Spiel der Kräfte zur Zeit in keiner Weise zu übersehen, daher ist es nicht möglich, auch nur eine Prognose von einiger Wahrscheinlichkeit zu stellen. Das eine ist nur sicher und braucht nicht erst aus den scharfen Noten erkannt zu werden, daß scharf gegeneinander gerichtete Kräfte am Werke sind. Seit dem mexikanischen Kirchenstreit haben diese der heutigen Regierung in Mexiko feindlichen Strebungen ihren Sitz nicht allein in den Vereinigten Staaten: sie sind nicht allein aus der Erbgegnerschaft zwischen den beiden Staaten erwachsen, sondern sie werden durch die katholische Partei in Mexiko und durch den Katholizismus der ganzen Welt gestärkt.

In Nicaragua hat sich die Lage nach einer vorübergehenden Ruhepause aufs neue verschärft. Die liberale revolutionäre Partei unter ihrem Führer Juan Sacasa bedrängt den von der Union Mitte November anerkannten konservativen Präsidenten Adolfo Diaz hart. Sacasa hat eine Gegenregierung gebildet und erstrebt gleichfalls die Anerkennung durch die Vereinststaaten. Die einzelnen Bewegungen der Bürgerkriege erscheinen durchaus unübersichtlich. Es wird berichtet, daß die Hauptstadt Managua von den Revolutionären eingeschlossen ist und vor der Kapitulation stehe. Andererseits verlautet die Kunde von der Eroberung des Rebellenzentrums Somotillo durch die Regierungstruppen. Die Landung vereinsstaatlicher Truppen läßt schwere Komplikationen befürchten.

In Guatemala ist General Lazon Chacon, der schon nach dem Tode Orellanas die provisorische Präsidentschaft ausgeübt hat, zum Präsidenten gewählt worden. In Uruguay scheint der Kandidat des nationalen Blocks Luis Alberto Herrera in der Präsidentenwahl zu siegen, wenn auch in der Hauptstadt selbst die Coloradopartei die Führung hat.

Mitte November kam die Nachricht von einer neuen gegen die Regierung gerichteten Militärrevolte im brasilianischen Staate Rio Grande do Sul, dieser alten inneren Bebenzone Brasiliens.

Die jüngste Kunde über die Tacna-Aricafrage verheißt eine ziemlich befriedigende Antwort. Die chilenische Botschaft soll dem Staatsdepartement in Washington mitgeteilt haben, daß sie mit dem letzten Vorschlag Kellogs einverstanden sei. Die strittigen Gebiete sollten gegen finanzielle Entschädigungen an Bolivien abgetreten, aber die Bahn Arica—La Paz, ebenso der Hafen von Arica internationalisiert werden. Nur das Einverständnis von Peru stehe noch aus. Es fragt sich, ob sich die Mitteilung bestätigt und ob mit Perus Zustimmung zu rechnen ist. Nach dem dauernden Hin und Her um die brennendste

der südamerikanischen Regionalfragen erwacht die Skepsis, ob eine so glatte Lösung des Problems schon zu erwarten sei, an dessen friedliche Beantwortung man allerdings in weiten Kreisen glaubt.

Argentiniens Beitritt zum Völkerbund, der sicher nur eine Frage der Zeit ist, muß als vertagt betrachtet werden, weil die Parteien vor der in Aussicht stehenden Präsidentenwahl alle Schwierigkeiten vermeiden möchten, die sich aus einem solchen Schritt in einem völkisch und selbst noch national so heterogen zusammengesetzten Volkskörper ergeben könnten. Von besonderem Interesse sind Mitteilungen, die in diesem Zusammenhange der „Frankfurter Zeitung“ aus Buenos Aires über das nationale Fühlen der einzelnen Kolonien gemacht werden. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß das Auslandsvolkstum der großen Kulturnationen, soweit es durch den Nachrichtendienst und dank einer gewissen Bildungsstufe in enger Fühlung mit dem Heimatland stehen kann, an allen politischen Vorgängen in Europa den regsten Anteil nimmt. Für das Deutschtum in Argentinien ist der in Bahia Blanca erscheinende, stark national eingestellte „Heimatgruß“ ein deutlicher Beleg dafür. Andere deutsche, französische und englische Zeitungen und Zeitschriften machen keine Ausnahme davon. Es überrascht jedoch, an der oben genannten Stelle zu lesen, daß die große Kolonie syrischer Libanesen infolge der französischen Politik im syrischen Mandatsgebiet extrem antifranzösisch eingestellt ist. Die Großzahl ihrer Mitglieder weigert sich darum, sich bei dem französischen Konsulat einschreiben zu lassen, weil von ihnen dort die Anerkennung des französischen Mandates über Syrien verlangt würde. So spielen die Fragen der großen auswärtigen Politik zum Teil eine geringere Rolle für den Gesamtstaat als für die einzelnen noch national fühlenden Teile innerhalb des Volkskörpers. Das ist der Grund, warum Argentinien, das mit größter Anstrengung während des Krieges die Neutralität gewahrt hat, nun alle inneren Heimmungen zu vermeiden sucht, die sich ihm aus dem Beitritt zum Völkerbund ergeben könnten. Darum hat es seit dem Kriegsende dem Völkerbund gegenüber nur eine prinzipielle freundliche Haltung gezeigt, und darum ist es in dem Augenblick von der Liga zurückgetreten, in dem diese eine feindliche Haltung gegenüber den Mittelmächten eingenommen hat und auch den Anschluß der Vereinigten Staaten von Amerika nicht zu verzeichnen vermochte. So hat im März 1919 der damalige Präsident Irigoyen verlangt, daß kein Unterschied zwischen den Kriegführenden und den Neutralen gemacht werde. Man entschloß sich unter dieser Bedingung zum Beitritt. Als aber durch den Ausschluß der Mittelmächte sich die Spitze des Völkerbundes gegen diese richtete und damit die Idee des Völkerbundes gefährdet war, unterblieb die Ratifikation der Beitrittserklärung, zumal die Genfer Versammlung sich nicht auf den argentinischen Standpunkt zu stellen vermochte, daß kein Staat, der um Aufnahme nachsuche, ausgeschlossen werden dürfe. Seitdem steht Argentinien praktisch außerhalb des Bundes trotz seiner prinzipiellen Zustimmung zur Idee eines idealen Völkerbundes und trotz der völkerbundsfreundlichen Regierung Marcelo T. de Alvears und der unter ihm erreichten dauernden Zahlung der Mitgliedsquote.

In Brasilien ist die Präsidentschaft von Washington Luis nicht ohne Einfluß auf die Wirtschafts- und Finanzlage geblieben, worüber in dem nächsten Referat eingehender zu berichten ist.

FRITZ COERPER:
EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT

Wenn im Rahmen dieser Zeitschrift über „Europäische Wirtschaft“ im besonderen berichtet werden soll, so kann es sich nicht einfach darum handeln, von dem zu berichten, was in Europa auf dem Gebiete der Wirtschaft geschieht. Solche fortlaufende Berichterstattung ist Sache der Tagespresse und der periodischen Wirtschaftspresse, mit deren Aktualität wir uns nicht messen können.

Was wir wollen, ist jedoch nicht minder wichtig. Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung unserer Zeit von Deutschland aus daraufhin beobachten, ob und wieweit sie der Richtung auf eine engere europäische Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft folgt. Heute wissen wir nur soviel, daß Europa von einer Bewegung seiner sozialen und ökonomischen Kräfte ergriffen ist, die in ihrer allumfassenden Gewalt zunächst nur beweist, wie schwer dieser Wirtschaftskörper um seine Bestimmung ringt.

Als erstes praktisches Ergebnis dieses Ringens hat uns das Jahr 1926 endlich nach sieben langen Nachkriegsjahren den Abschluß des westeuropäischen Eisenpaktes gebracht. Damit ist an der entscheidenden Stelle der Anfang mit einer neuen europäischen Wirtschaftspolitik gemacht. Denn hier, im Verhältnis zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie, ist der Versuch, Wirtschaftsmacht zu erzwingen, bis zum Äußersten und schließlich — im Ruhrunternehmen — ad absurdum geführt worden. Erst nachdem auch dieses Unternehmen an seiner wirtschaftlichen und politischen Unmöglichkeit gescheitert war, konnte der Weg der freien Verständigung auf dem schwer erkämpften Boden der Gleichberechtigung mit Aussicht auf Erfolg beschritten werden. Und wie beim Locarnopakt, hat Deutschland auch für den Eisenpakt schwere Opfer gebracht, indem es nicht allein sich mit einem Kontingent von 70—75 % seiner Leistungsfähigkeit gegenüber 95—100 % bei Frankreich, Luxemburg und Belgien begnügte, sondern grundsätzlich das Tempo seiner Wirtschaftsentwicklung dem seiner Vertragspartner im Rahmen des europäischen Eisenpaktes anpaßte. Ob die Kontingentsvorgabe für sie tragbar ist, wird die deutsche Schwerindustrie selbst am besten wissen. Ob und wieweit dagegen der Tempoausgleich sich halten läßt, kann nur die Zukunft lehren. Jedenfalls tritt in diesem Punkt die ganze Problematik europäischer Gemeinschaftsarbeit und Arbeitsgemeinschaft offen zutage — für den jedoch nicht verwunderlich, noch beängstigend, der weiß, daß eine Gemeinschaft, soll sie lebendig und fruchtbar sein, nicht ohne innere Spannung sein kann. Zumal wir Deutschen mit unserer dynamischen Lebensauffassung sollten ein volles Verständnis dafür aufbringen, daß eine „Gemeinschaft“, die statisch alle Kräfteverhältnisse vollkommen in sich abgewogen und „ausgeglichen“ hätte, unwirksam sein müßte, und daß nur solche Gemeinschaft dauern kann, in der jener ungelöste Rest durch immer neue Lösungsversuche die Entwicklung vorwärtstreibt: Gemeinschaft ist nicht Selbstzweck, und Gemeinschaft, die nicht durch sich selbst der Entwicklung dient, hat ihren eigentlichen Zweck verfehlt.

In solchem höheren Sinne ist auch der europäische Eisenpakt entwicklungs-fähig und elastisch wandelbar, sowohl in seiner Form als internationales Kartell als auch in seiner ausgleichenden Tendenz, ganz abgesehen davon, daß er nicht nur nicht „auf ewig“ abgeschlossen ist, sondern auch in seinem Bestande von der weiteren Entwicklung der handelspolitischen Beziehungen, insbesondere der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ausdrücklich abhängig gemacht ist und überdies selbst wiederum in einem gewissen natürlichen Spannungsverhältnis steht zu der ungelösten und, ohne heute jedenfalls noch untragbare Bindungen kaum lösbaren Frage vertraglicher Regelung des Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen dem Ruhrkoks und der französischen Minette.

Trotz oder vielmehr gerade wegen all dieser Spannungen, die das heute im Eisenpakt repräsentativ verkörperte wirtschaftliche Gemeinschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich umwittern, kann und wird die wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit an diesem entscheidenden Punkte nicht mehr abreißen, und wenn und so oft die Politik sich störend und hemmend in den Weg stellt, so wird die Wirtschaft immer wieder neue Wege suchen und finden, um an diesem europäischen Angelpunkte zur Gemeinschaftsarbeit zusammenzukommen. Was Weltkrieg und Ruhrkampf nicht gewaltsam äußerlich vereinigen, aber auch innerlich nicht trennen konnten, so daß es heute schon wieder im europäischen Eisenpakt eine erste Form der Gemeinschaftsarbeit gefunden hat, das muß auf einer Grundtatsache europäischer Wirtschaft beruhen. Und in der Tat wird man hier nur Alfred Weber folgen können, der aus den großen Zusammenhängen seiner Standortslehre heraus Europa als Weltindustrienzentrum uns so vor Augen stellt:*)

„Dieses Weltindustrienzentrum ist, wenn man es einmal als natürlich-historische Einheit sieht, gestützt auf die großen Kohlen- und Erzlager des rheinischen Westens und des oberschlesisch-polnischen Ostens, getragen von der Leistungshöhe seiner geordneten Arbeitermassen, ein Bezirk, den man in seine Phantasie nur aufnimmt, wenn man den großen Kreis umschreitet von Göttingen nach Antwerpen, Amiens, Paris, Mülhausen, Mailand, hinauf nach Vorarlberg, hinüber nach Niederösterreich, über Mähren nach Lodz in Polen, und über Berlin zurück nach Schweden. Dieser Bezirk schritt vor dem Krieg in der Entwicklung ebenso rasch vorwärts als der Industriekomplex der amerikanischen Union, war an Gewicht mit seinen vielleicht 16—18 Millionen großindustriellen Arbeitskräften überhaupt das größte der Erde und nur durch seinen staatlich zerbrochenen, wirtschaftlich sehr differenzierten Aufbau nicht ohne weiteres als Einheit ersichtlich. Es ist aber gleichwohl eine solche, diejenige, deren funktionales Gestörtsein durch den Nachkrieg die gesamten Störungen der Weltwirtschaft seitdem hervorruft, um deren Wiederaufbau es sich bei allen wirtschaftlichen Rekonstruktionsversuchen des ökonomischen Weltganzen heute handelt, und ein Komplex, der infolge seines Gewichtes und seines Selbstbewußtseins niemals das Anhängsel irgendeiner finanzimperialistischen Herrschaft, vor allem auch nicht der französischen, bleiben kann. Es

*) „Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa.“ 1925. S. 160 f. Vgl. auch desselben Verfassers Beitrag: „Europa als Weltindustrienzentrum und die Idee der Zollunion“ in dem Sammelwerk: „Europäische Zollunion“. 1926. S. 122 ff.

wird als Ganzes mit eigenem Gewicht einmal wieder auftauchen, welche Zerstörungs- und Auseinanderlegungskünste man auch an ihm versuchen mag. Es ist der materielle Zukunftskörper von Europa, der natürlich nicht als ein scharf abgegrenztes geographisches Liniengebilde, sondern als ein mit England und Rußland in engster Fühlung stehendes Kraftfeld anzusehen ist."

Unter solchen Aspekten gewinnt der Eisenpakt die Bedeutung, daß damit der erste entscheidende Schritt getan ist, um den Wirtschaftskörper Europa, den der Weltkrieg in seinem motorischen Zentrum getroffen und gelähmt hatte, in seinen funktionellen Grundlagen wieder aufzurichten. Er hat dem Rückgrat des kontinental-europäischen Industriekörpers wieder einen festeren Halt verliehen, und die an sich unzerstörbare Entfaltungsbasis der europäischen Industriewirtschaft im Westen hat durch ihn eine gewisse Konsolidierung erfahren. Der Schlüssel aber zur Eröffnung und Entfaltung aller neuen Möglichkeiten europäischer Wirtschaft liegt offenbar in dem polaren Verhältnis zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie im weiteren Rheingebiet, und insofern ist es richtig, zu sagen, daß von der Wirtschaftsverständigung zwischen Deutschland und Frankreich das Schicksal aller europäischen Wirtschaftsgemeinschaft überhaupt abhängt. Aber dieses deutsch-französische Grundverhältnis wird stets in der ungeheuren Spannung erhalten bleiben, die sich aus den nationalen Unterschieden der Wirtschaftskraft und des Arbeitstempos ergeben. Darum kann die europäische Wirtschaftsgemeinschaft immer nur eine Art Kartellverhältnis zwischen den nationalen Wirtschaften sein, und wenn und wo dieses Verhältnis selbst mit Spannungen bis zum Bersten geladen wäre, so müßte es im Sinne lebendiger Gemeinschaft weiterentwickelt werden.

Das Ziel ist höchster Anstrengung und auch jedes möglichen Opfers wert. Welche Bindungen noch möglich sind, ohne daß wertvolle nationale Kräfte lahmgelegt werden, kann sich nur in der weiteren Entwicklung von Fall zu Fall und von Lage zu Lage entscheiden. Hier galt es zunächst nur die Problematik europäischer Wirtschaftsgemeinschaft aufzuzeigen, wie sie sich in dem Kernproblem der Wirtschaftsverständigung zwischen Deutschland und Frankreich verdichtet hat und nun in dem europäischen Eisenkartell, als dem wesentlichen Vorgang des Jahres 1926 in der Richtung einer europäischen Wirtschaftsführung, zu lösen beginnt.

SIR JOSIAH STAMP:

DER WAHRE SINN DES WELTWIRTSCHAFTSMANIFESTES

Die Weltpresse hat in dem im Oktober vorigen Jahres veröffentlichten Weltwirtschaftsmanifest vielfach nur eine wissenschaftlich gehaltene Proklamation der internationalen Bankwelt zu selbstsüchtigen Zwecken gesehen. Die Betrachtungen zu dem Dokument waren teilweise unfreundlich, zum Teil sogar zynisch gehalten. Die meisten Kommentare beschränkten sich darauf, am praktischen Wert der Veröffentlichung Kritik zu üben oder der Welt zu versichern,

daß das Manifest, dessen ganze Abfassung sich aus außergewöhnlichen Umständen erkläre, auf das betreffende Land des Kritikers keine Anwendung habe.

Das Manifest wurde natürlich mit größter Schnelligkeit und Gründlichkeit in den Vereinigten Staaten „erledigt“. Präsident Coolidge wittert einen Angriff auf seinen Zolltarif schon Meilen und Wochen lang voraus. Im Mai vorigen Jahres hielt ich auf der Tagung der amerikanischen Abteilung der Internationalen Handelskammer mit Herrn J. Barnes, dem Präsidenten der amerikanischen Handelskammer, als Vorsitzendem eine Rede. Das Programm dieser Sitzung war, lange bevor das Manifest überhaupt erschien, der Abbau der Zollschränken zwischen den europäischen Nationen als Teil des europäischen Wiederaufbauprogramms. Die Punkte, die in dem Programm besonders hervorgehoben wurden, waren neben dem dringenden Wunsche, den amerikanischen Markt vor Angriffen auf den amerikanischen Lebensstandard zu schützen, die Notwendigkeit des Schwindens der zwischenstaatlichen Zollschränken in Europa. Meine eigenen Ausführungen bestanden mehr in der Betonung des Erfordernisses einer gewissen Selbstverleugnung, wobei ich mich darauf beschränkte, darauf hinzuweisen, daß gutes Beispiel und Opfermut jedenfalls wirksame Hilfsmittel für jeden Reformator bilden.

Wie sich die amerikanische Presse überzeugt hat, war das Manifest keinesfalls gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Ich glaube nicht, daß etwa der zehnte Teil der Unterzeichner sich zu einem solchen Zwecke hätte zusammenbringen lassen. Der ausschlaggebende Vorteil, den die Union vor Europa besitzt und der in jeder Unterscheidung, die man zwischen der alten und der neuen Welt macht, die Hauptrolle spielt, nämlich die Tatsache, daß Amerika ein ungeheures Freihandelsgebiet darstellt und daß seine Blüte in Gefahr geraten würde, falls es zwischenstaatliche Zollschränken besäße, ist volkswirtschaftlich durchaus richtig erkannt.

Das Manifest behauptet keineswegs, daß die ganze Welt eine wirtschaftliche Einheit ist, aber es behauptet, daß es so etwas wie ein einheitliches wirtschaftliches Interessengebiet gäbe, das ohne Gefahr der Schädigung des Gesamten nicht zerrissen werden dürfe und das, falls eine Trennung aus unwirtschaftlichen Gründen heraus erfolge, die Möglichkeiten eines gesunden Wiederaufbaues vermindert und den Bemühungen der Völker zur Hebung ihres Wohlstandes weniger Erfolg gibt, als dies bei einem freien Warenaustausch der Fall sein würde. Die Frage, ob ein freihändlerisches oder ein maßvoll schutzzöllnerisches Amerika besser fahren würde, ist überhaupt nicht gestellt, obgleich diese Frage zweifellos in der Logik der Betrachtungen liegt. Ebenso ist die Frage, ob ein im Innern freihändlerisches Europa einen ausgleichenden Schutzzollwall gegen Amerika aufrichten sollte, nicht angeschnitten, obwohl auch sie im Rahmen der Untersuchungen liegen würde.

Trotz dieser Einschränkungen hat das Manifest manch interessantes Echo in Amerika wachgerufen, sodaß es Gelegenheit zu interessanter und nützlicher Betrachtung bietet. Ein Pressevertreter in Washington benutzt es — woran die Unterzeichner des Manifestes natürlich nicht gedacht haben — als Agitationsmittel der Wahlpropaganda. Er sieht in ihm eine Warnung, in Tariffragen fest zu bleiben und das öffentliche Interesse auf die handelspolitische Verantwortlichkeit zu lenken. Wie gewöhnlich gibt es auch solche, die in dem Manifest eine tiefangelegte republikanische Verschwörung erblicken. Andere wieder erwarten einen Erfolg wie jener Pressevertreter, der seine Betrachtungen schließt: Was auch immer die verschiedenen Beweggründe für die Veröffentlichung des Manifestes gewesen sein mögen, zweifellos ist ein gesunder Gedanke in ihm enthalten, der, nachdem er einmal ausgesprochen ist, fortfahren wird, unwiderstehlich im Sinne eines tieferen internationalen Verantwortungsgefühls zu wirken. Mr. Mellon, der amerikanische Schatzkanzler, gibt seinen Segen, da das Manifest keine Kritik darstellt, sondern nur auf Grund neuer Theorien das Bestreben enthält, die amerikanischen Verhältnisse zu kopieren. Zudem ist seiner Meinung nach der amerikanische Zolltarif ein tatsächlicher Segen für Europa, da dieser Zolltarif die Blüte Europas aufrecht erhält und die Aufnahmefähigkeit Amerikas für europäische Waren steigert. Falls das Manifest tatsächlich an die Adresse der Union gerichtet wäre, so würde es immerhin sehr interessant sein, den scheinbaren Widerspruch zu untersuchen, inwiefern der Zolltarif der Vereinigten Staaten tatsächlich eine Erhöhung der amerikanischen Einfuhren anstatt deren Beschränkung bedeutet.

In Berliner Finanzkreisen erklärt man, daß der Zweck des Manifestes keineswegs in dem sofortigen Abbau aller Zollschränken zu suchen sei, daß es vielmehr darauf hinausläuft, die vielen jungen Industrien, die in den neuentstandenen Staaten ins Leben gerufen wurden und die aus nationalistischen Gründen unter dem Schutze von Zolltarifen ein treibhausartiges Dasein führen, auf ihre wirkliche Bedeutung zurückzudrücken. Diese jungen Nationen sollten nicht darauf bestehen, ihre Bevölkerung mit den in nationalen Fabrikunternehmungen erzeugten Produkten zu beliefern, sondern sie sollten sich lieber auf ihre eigenen natürlichen Hilfsquellen beschränken. Moskau und Rom wittern eine britische Verschwörung, und Rom fordert als Vorbedingung für irgend eine Beteiligung an den Bestrebungen eine gerechte Verteilung der Rohstoffvorkommen unter allen Nationen.

Die verschiedenen in dem Manifest enthaltenen Behauptungen sind keineswegs übertrieben. Europa (mit Ausschluß Rußlands) mit einem Gebiet von 2 100 000 englischen Quadratmeilen besitzt heute 26 Zollgrenzen, während die Vereinigten Staaten mit 3 617 000 englischen Quadratmeilen keine einzige Zollschranke kennen.

Die Weigerung, dieses Netzwerk von Zolltarifen abzubauen oder wenigstens zu mildern, bedeutet eine Beschränkung der Möglichkeiten für alle Nationen, der Vorteile weltwirtschaftlichen Austauschhandels teilhaftig zu werden. Das ist gleichbedeutend mit einer künstlich erzeugten Armut, genau so wie etwa die Weigerung, die in vielen Ländern bestehende Doppelbesteuerung durch gegenseitige Abmachungen aufzuheben, den freien Fluß des Kapitals an Orte, wo es am meisten gebraucht wird, verhindert und eine künstliche Kapitalknappheit hervorruft. Das Nationalbewußtsein der neuentstandenen Staaten wird ein sehr teuer erkaufter Segen sein, falls es im Zeichen einer bis zur weltwirtschaftlichen Blindheit gehenden politischen Feindschaft gegen andere Staaten steht.

W. M. FREIHERR VON BISSING:

DIE WEITERE ENTWICKLUNG IN FRANKREICH

Die Finanz- und Währungslage in Frankreich ist nach wie vor undurchsichtig. Niemand weiß eigentlich, welches die Pläne und Absichten Poincarés sind. Man hört immer nur, daß alles zum Besten ginge, und Poincaré verfehlt nicht, zu betonen, daß das Schatzamt im Jahre 1927 wieder die Verträge mit der Bank von Frankreich aus dem Jahre 1920 erfüllen werde, wonach zur Abdeckung der dem Staate gewährten Vorschüsse jährlich zwei Milliarden Francs an das zentrale Noteninstitut zu zahlen sind.

Die Kammer hat nun kürzlich den Etat für 1927 bewilligt, der bei 39,6 Milliarden Francs Ausgaben und 39,9 Einnahmen mit einem Überschuß von 0,3 Milliarden abschließt. Von den Ausgaben entfallen fast 7 Milliarden Francs auf Heer und Marine, während Tilgung und Verzinsung der äußeren und inneren Schuld 65 % der Ausgaben in Höhe von 23,6 Milliarden Francs beanspruchen. Auf der Einnahmeseite stehen 36,3 Milliarden Francs an Steuereinnahmen. Das sind etwa 20 % des Volkseinkommens, wenn man dieses mit Keynes auf rund 180 Milliarden Papierfrancs beziffert. Ob nach Stilllegung der Notenpresse und ob in anbetracht der dadurch verursachten Wirtschaftskrise ein derartiger Betrag tatsächlich der Volkswirtschaft wird entzogen werden können, erscheint immerhin fraglich. Aber dadurch wird die für die französischen Finanzen drohende Gefahr, die sehr hohe innere, vor allem kurzfristige und schwebende Schuld, noch nicht beseitigt. Auch die Errichtung der Amortisationskasse dürfte die latente immer noch vorhandene Illiquidität des Staates kaum grundlegend bessern. Während des Jahres 1925 hatte sich in der Verteilung der schwebenden Schuld nach der Laufzeit eine sehr unerwünschte Verschiebung bemerkbar gemacht. Es haben sich die Be-

träge der ganz kurzfristigen Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von ein bis drei Monaten zu Ungunsten der sechs und zwölf Monate laufenden Schuldverschreibungen vermehrt.

Verteilung der schwebenden Schuld nach der Laufzeit.

Laufzeit (Milliarden Papierfranks):

	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate	insgesamt
31. 1. 25	3,7	2,5	8,7	40,9	54,8
31. 12. 25	4,9	3,5	3,7	33,6	45,7

Man wird annehmen dürfen, daß im laufenden Jahre diese Verschiebung noch verstärkt worden ist, und daß sie sich erst recht fortgesetzt hat, seitdem man damit rechnen muß, daß der durch die Notenpresse gespeiste Geldstrom allmählich zu versiegen beginnt. Die kurzfristige schwebende französische Schuld beträgt insgesamt etwa 45 Milliarden Papierfrancs = etwa 9,32 Milliarden Goldfrancs. Hiervon können im rohen Durchschnitt etwa 4 bis 5 Milliarden Papierfrancs = etwa 800 Millionen bis 1 Milliarde Goldfrancs monatlich fällig werden. Dem gegenüber stünde zur Einlösung zur Verfügung der Rest der Morgananleihe in Höhe von etwa 155 Millionen Goldfrancs. Als letzte Reserve könnte dann allerdings noch der besondere Gold- und Devisenbestand der Bank von Frankreich herangezogen werden, der durch Edelmetall- und Devisenaufkäufe im Inland entstanden ist und zu Beginn des Dezember etwa 1,5 Milliarden Goldfrancs betragen hatte. Aber dadurch würde nur ein Wechsel des Schuldners vorgenommen und eine Steigerung der Verbindlichkeiten des Staates bei der Bank von Frankreich hervorgerufen werden. Abgesehen davon würde der Einsatz dieser Mittel den Zusammenbruch nicht verhindern, sondern nur hinausschieben können.

Die einzige wirksame Rettung würde also sein: Umwandlung der kurzfristigen Schuld in eine langfristige. Aber die Aussichten für den Erfolg einer solchen Konsolidierungsanleihe scheinen solange wenig gute zu sein, als nicht die Gewißheit darüber besteht, daß der Frankenanstieg nicht durch einen ebenso jähen und schnellen Sturz abgelöst wird. Der mißglückte Versuch der $4\frac{1}{2}$ % wertbeständigen Anleihe, den Cailleaux im Jahre 1925 machte, gibt zu denken. Damals wollte man 30—40 Milliarden Francs kurzfristiger Schuldverschreibungen auf diesem Wege konsolidieren. Das Zeichnungsergebnis aber betrug nur 6 Milliarden Francs. Heute aber liegen die Verhältnisse noch ungünstiger, da das Vertrauen zur Währung noch geringer ist als damals.

Die offenbar sehr geringe Liquidität des Staatsschatzes wird durch den Ausweis der Bank von Frankreich von Anfang Dezember beleuchtet. Trotz der außerordentlichen Steigerung der Staatseinnahmen von 3,1 Milliarden im Sep-

tember auf 5,09 Milliarden im Oktober und trotz der Steigerung der inneren Kaufkraft des Franken hat die Bank dem französischen Staat einen erneuten Vorschuß von 1 Milliarde Francs gewähren müssen, so daß seine Schuld wiederum von 35,9 auf 36,9 Milliarden Francs angewachsen ist. Demnach scheint Frankreich noch keineswegs sorgenlos in die nähere Zukunft sehen zu dürfen.

Die Sorgen für die nähere Zukunft werden aber dadurch noch schwerer, daß einer der großen auswärtigen Gläubiger aus der Kriegszeit her offenbar nicht mehr gewillt ist, seine bisherige Langmut weiter zu zeigen. England hat durch den Bergarbeiterstreik schweren Schaden erlitten und auch einen Rückgang in seinen Steuereinnahmen aufzuweisen. Die Verpflichtungen, die man aber seinerzeit den Vereinigten Staaten gegenüber eingegangen war, bleiben in der gleichen Höhe bestehen, so daß es nur natürlich ist, wenn sich England nunmehr zum Ausgleich an seinen eigenen Schuldner Frankreich wendet und eine derartige endgültige Regelung des Schuldverhältnisses verlangt, daß die Interessen Englands und der englischen Steuerzahler in vollem Maße gewahrt werden. Einzelheiten über die Besprechungen, die in dieser Angelegenheit zwischen Poincaré und Chamberlain in Paris stattgefunden haben, sind bisher der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben worden, aber man wird annehmen dürfen, daß sie jedenfalls zur Erleichterung der sehr angespannten französischen Finanzlage nicht beitragen werden.

Die Liquidität der Wirtschaft scheint bisher noch einigermaßen ausreichend zu sein. Der Notenumlauf der Bank von Frankreich hält sich ziemlich gleichbleibend zwischen 53 und 54 Milliarden Francs. Die Anlage in Wechsel und Lombards zeigt allerdings von Mai bis September im Monatsdurchschnitt eine Zunahme von 6,8 auf 8,1 Milliarden Francs, um im Oktober und November ziemlich gleichbleibend auf 7,5 bzw. 7,4 Milliarden Francs stehen zu bleiben. Die fremden Gelder zeigen gleichfalls vor allem in den letzten Wochen eine langsam ansteigende Tendenz. Sie betragen Ende Oktober 4 Milliarden und sind bis Ende November auf 4,9 Milliarden angewachsen; diese Zunahme weist auf eine Verlangsamung des Geschäftsganges hin.

Wenn die französische Wirtschaft bisher offenbar nicht in dem Maße illiquide geworden ist, wie das seinerzeit in Deutschland der Fall war, so liegt das in erster Linie daran, daß die Frankenentwertung und Revalorisation sich in erheblich engeren Grenzen hält als seinerzeit in Deutschland, daß ferner der Geldumlauf, ohne nach außen sichtbar zu sein, effektiv vermehrt wird durch die kurzfristigen Schatzanweisungen mit einmonatiger Laufzeit, die in vielen Fällen vor allem auf dem Lande als Geld verwandt werden, und daß sich schließlich die Wirtschaft offenbar die notwendigen Mittel zur Weiterführung ihrer Betriebe durch den Verkauf der gebamsterten Gold- und

Devisenvorräte beschafft. Ende Oktober hatte die Bank von Frankreich im Inlande für rund 1,1 Milliarden Goldfrancs Gold und Devisen aufgekauft, ein Betrag, der sich auf 1,5 Milliarden Francs Anfang Dezember erhöhte. Dadurch ist es auch zu erklären, daß trotz des mehr und mehr stagnierenden Wirtschaftslebens der Notenumlauf der Bank von Frankreich keine nennenswerten Abnahmen aufweist.

Die Bestrebungen, die französische Währung zu sanieren, fallen in einen weltwirtschaftlich sehr wenig günstigen Augenblick. Während die Belgier eigene Wege beschritten und auf diese Weise noch aus den letzten Ausflüssen der Konjunkturwelle, die in Verbindung mit dem englischen Bergarbeiterstreik stand, Vorteil zogen, setzten die französischen Revalorisationsversuche in ihrer vollen Auswirkung gerade in dem Augenblick ein, in dem der englische Bergarbeiterstreik beendet ist, und in dem das internationale Stahlkartell in Voraussicht der kommenden Entwicklung die Beteiligungsquoten seiner Mitglieder herabsetzt. Durch die zunehmende Stille und Baisse am Weltmarkt in Stahl und Eisen wird Frankreich recht hart getroffen. Allerdings so schlecht wie es seinerzeit der deutschen Industrie ergangen ist, wird es den Franzosen Dank des mildernden Einflusses, den der internationale Stahlpakt voraussichtlich auf die Marktlage ausüben wird, nicht ergehen. Aber man wird zweifellos doch damit rechnen müssen, daß die Passivität der französischen Handelsbilanz, die sich Ende November auf 537 Millionen Francs belief, im weiteren Verlauf des Jahres noch zunehmen wird, und daß daher nicht unbeträchtliche Teile der ins Ausland geflüchteten Kapitalien dazu benutzt werden müssen, um die Zahlungsbilanz auszugleichen.

GEPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ (HAMBURG)

Der Welt-Übersee-Verkehr

1. Schiffsverkehr der Hauptländer in 1000 Register-Tons netto¹⁾

	1925		1913	
	eigene Flagge	fremde	eigene Flagge	fremde
Großbritannien . . .	52 832	35 086	46 625	35 780
Vereinigte Staaten . .	27 878	41 926	13 736	39 551
Frankreich	12 413	31 581	8 301	26 138
Deutschland	9 974 ²⁾	15 021 ²⁾	14 290	12 828
Niederlande	6 964	17 654	4 647	13 465
Italien	11 830 ³⁾	10 997 ³⁾	5 410	13 420
Spanien	7 512 ⁴⁾	15 167 ⁴⁾	8 945	15 949
Belgien	20 049		1 584	12 301

2. Schiffsverkehr der Haupthäfen in 1000 Register-Tons netto¹⁾

	1925	1924	1913
New York	19 654	18 687	15 595 ⁶⁾
London	17 161	16 279	12 565
Antwerpen	17 017	16 242	12 017
Rotterdam	16 059	14 183	12 249
Hamburg	15 336	14 445	13 094
Shanghai ⁷⁾	15 142	16 153	9 321
Liverpool	13 273	12 879	11 632
Buenos Aires	12 306	12 542	6 995
Kobe	12 108	6 454
Singapore	12 002	10 962	8 607
Cherbourg	10 933	9 915	4 587
Konstantinopel	9 487	7 236	7 400
Montevideo	9 365	9 414	9 438
Marseille	9 346	8 596	8 133
Southampton	9 261	9 174	6 663
Genua	8 578	6 999	5 817 ⁸⁾
Neapel	8 184	4 185	6 339 ⁵⁾

3. Der Schiffsverkehr des Suez-Kanals in 1000 Register-Tons netto

Flaggen	1925	1924	1913	1910
englische	16 016	14 994	12 052	10 423
holländische	2 699	2 488	1 287	855
deutsche	1 791	1 646	3 352	2 563
französische	1 628	1 497	928	833
italienische	1 416	1 483	290	218
japanische	1 067	871	344	351
amerikanische	812	795	7	—
norwegische	372	367	93	—
dänische	360	344	172	97
schwedische	263	270	123	—
griechische	166	131	54	—
spanische	68	52	76	—
russische	35	62	341	283
jugoslawische	24	42	846	613
alle übrigen	42	68	67	309
	26 762	25 110	20 034	16 582

4. Der Schiffsverkehr des Panama-Kanals⁶⁾ in 1000 Register-Tons netto

Flaggen	1925/26	1924/25	1921/22	1914/15
amerikanische	9 976	9 817	3 978	1 360
englische	5 494	4 783	3 037	1 305
norwegische	752	538	308	105
deutsche	524	578	98	—
japanische	542	659	698	20
holländische	393	64	234	17
französische	338	392	152	8
italienische	317	122	59	4
schwedische	226	181	99	41
dänische	183	128	182	74
alle übrigen	804	1 144	348	104
	19 549	18 284	9 134	3 034

Anmerkungen

1) Im Mittel von und nach dem Ausland.

2) 1924.

3) 1922.

4) 1923.

5) 1912.

6) 1913/14.

7) Honkong weist eine höhere Ziffer auf, 1925: 23,6 Mill. Register-Tons. Doch ist diese Ziffer nicht ohne weiteres vergleichbar.

8) Eröffnet am 15. August 1914.

KARL BARTZ:

DIE ENTWICKLUNG DES FRANZÖSISCHEN STAATES UND SEINE GEOGRAPHISCHEN GRUNDLAGEN IM OSTEN

Frankreich ist das Land natürlicher Grenzen. Unveränderlich gegen das Mittelmeer, Atlantik und Kanal, schwer verrückbar gegen die Pyrenäenseite, politisch aber variabel gegen den Osten und Nordosten.

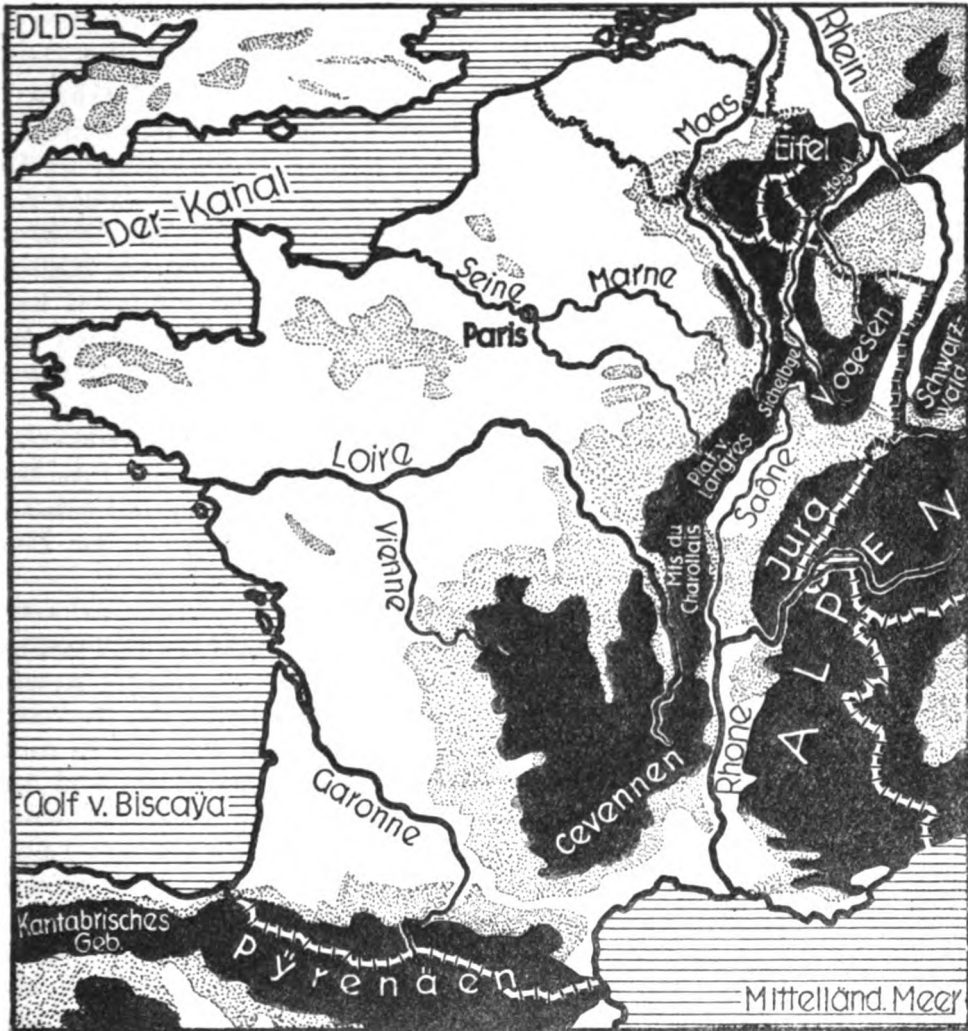
Der Raum, den die französische Nation einnimmt, wird in verschiedene Regionen und Landschaften zerlegt, die fast alle (mit Ausnahme der nach dem Meere orientierten Bretagne und Provence, Elsaß-Lothringen, sowie eines Teiles der Lothringischen Hochfläche) organisch miteinander verbunden und gegenseitig durch beziehungsfreundliche Straßen erschlossen, seit jeher in engem geistigen und materiellen Austausch standen und Zusammengehörigkeit aufweisen. Die Isle de France als Zentralpunkt der Landschaft, als natürliche, politische und wirtschaftliche Dominante schuf sich die anderen Regionen in nationaler Beziehung wesensgleich; aus ihr quoll der Gedanke politisch nationaler Zusammengehörigkeit über den Raum zwischen Maas, Rhône, den beiden Meeren und Pyrenäen.

Die Landschaft war die Basis, von der aus kluge Politiker zielbewußt operieren konnten. Mit Hilfe fähiger Herrscher, einer frühen Rechtseinheit, der nationalen Tendenzen der Kirche innerhalb der französischen Landschaft, einer verknüpfenden Sprache, nationaler Literatur, sowie durch persönlich egoistische Außenpolitik deutscher Kaiser konnte jener Staat erstehen, der auf Grund straffester Zentralisation in allen Ressorts die Landschaften zu einem nationalen Einheitsstaat verschmolz.

Heute hat Frankreich seine natürlichen Grenzen überall erreicht. Im Nordosten und Osten aber hat es schon seit den Tagen Ludwig XIV. die politischen Grenzen weit über die ihm von der Natur und Volksgemeinschaft gezogenen — den Bruchrand des letzten östlichen, nach Westen im Bogen geöffneten Formationsringes des nordfranzösischen Beckens — überschritten. Teile der flandrischen Tafel, des Rheinischen Schiefergebirges (Ardennen), der Lothringischen Hochfläche, die Vogesen mit dem linksrheinischen Graben bis zum Rhein und zur Lauter wurden auf Grund machtpolitischer Auseinandersetzungen, ohne Rücksicht auf Landschaft, Volk, Kultur und Sprache einem wesensfremden Staatskörper angegliedert.

Als eigenste und natürlichste Grenzen Frankreichs zeichnen sich ab: die Pyrenäen, Atlantik und Kanal, der Kreidebruchrand der Höhen von Artois und Pikardie, die jurassischen Kalkflächen bei

Mézières gegen das Rheinische Schiefergebirge, die Woëvreebene gegen die lothringische Landschaft, der Ostabfall der Sichelberge gegen die obere Mosel. Die Grenze zwischen dem Plateau von Langres



Frankreichs natürliche Landschaften.

und dem Jura gegen die burgundische Pforte bleibt unbestimmt, ebenso weiter südlich wäre die natürliche Grenze eigentlich der Abfall des Zentralmassivs zur Rhône-Saône-Senke; aber diese Senke war schon in früher Zeit mit romanischer Kultur gesättigt und konnte von Norden nach Süden, zwischen Zentral-

massiv und Alpen eingekeilt, als Durchgangsland kaum einen Staat mit Lebensdauer bilden, während seine Beziehungen nach Westen auf Frankreich weisen.

Während die lothringische Landschaft geologisch zum nordfranzösischen Becken gehört, trägt sie, die hier ihren ausgeprägten Stufencharakter verloren hat, deutsche Züge.

Die französischen Einzellandschaften, von denen wir die wichtigsten hervorhoben, ordnen sich um einen Zentralkern, das verkehrsfreundliche Zentralmassiv, sind durch tektonische Senken und tiefeingreifende Erosionstäler in dieses verzahnt. Seit altersher bewegt sich hier ein reger Durchgangsverkehr von Süden nach Norden, von Osten nach Westen. Über den Bruchrand des Massivs gehen vom Schlüsselpunkt Lyon aus Straßen nach St. Etienne—Orléans—Paris. Die zwischen dem Ostrande des Nordfranzösischen Beckens sowie dem Mont du Charolais liegende Senke erniedrigt sich auf 309 m und verbindet zugleich als künstliche Wasserstraße den Saône-Rhôneweg mit der Loire und Paris. Über Narbonne führt eine wichtige Straße nach Clermont den Allier entlang nach Orléans—Paris.

Durch sein Flußsystem auf das engste mit dem Zentralmassiv verbunden, nimmt das Garonnebecken den Raum ein zwischen diesem, den Pyrenäen und der Schwelle von Poitiers. Die Garonne führt als Hauptverkehrsader durch das breite Tal von Carcassonne zum Mittelmeer, dieses so mit dem Ozean verbindend und der nordfranzösischen Landschaft überhaupt.

Vom Garonnebecken führt eine niedrige und breite Verbindungsschwelle zwischen Bretagne und Zentralmassiv über Angoulême—Poitiers in die Touraine und in das Herz der größten und wichtigsten Landschaft, das Nordfranzösische Becken, das fast ganz Nord- und die nördliche Hälfte von Ostfrankreich ausfüllt. Im Besitze des Seine- und eines Teiles des Loiresystems nach Norden weit geöffnet, nach Süden in das Zentralmassiv verwachsen, wird der Südosten, Osten und Nordosten durch ausgeprägte, ihre Umgebung überragende Steilränder geschützt. In ihrer östlichen Hälfte stellt sich diese Landschaft dem Auge als mehrere ineinandergelegte Schalen dar, deren Inneres nach der Isle de France zuneigt und deren mesozoisch-tertiäre Schichtenfolge in drei konzentrischen Ringen zutage tritt, die gegen Osten als langgestreckte wallartige Steilränder, von denen der innere niedriger ist als der äußere, abbrechen. Diese Ringe sind jeder von wechselnder Höhe und durch Senken oder Erosion verschieden breit und tief zerschnitten und bilden die wichtigen Einfallspässe gegen die Isle. Erwähnenswert ist besonders die breite Lücke von Cambrai—St. Quentin, Völkertor und blutgetränkter Boden wechselvollen Völkerringens.

Des Beckens östlichster Steilrand läuft in einem nach Westen geöffneten Bogen von der Yonne über die obere Seine und Maas, greift über die Woëvre-

ebene und steigt nach langer Unterbrechung als äußerster Wall in der Kreideschwelle von Artois steil und erodiert bis zu 200 m an. Der zweite Steilrand, Wasserscheide zwischen Maas und Seine, läuft vom Plateau von Langres zu beiden Seiten der Maas über die zur Woëvreebene abfallende Côte Lorraine, die wieder durch die Maas von den paßarmen Argonnen getrennt wird, einer natürlichen Deck- und Sperrfeste ersten Ranges. Auf diesem zweiten Formationsring liegt die Champagne mit ihren zwei nach innen abfallenden landschaftlich und kulturell verschiedenen Zonen. Ihre Fortsetzung nach Westen bildet von La Fère bis zur Yonnemündung der dritte konzentrische stark angenagte und steil zum Vorland abbrechende Formationsring, mit zahlreichen Erosionslücken zum Seinebecken. Im Innern des Beckens, im Zentrum des Flußsystems, am Knotenpunkte der nordfranzösischen Straßen- und Bahnkreuzungen liegt das beherrschende Paris.

Als hochwichtige uralte Verbindungs-, Durchgangs- und Völkerstraße wird die Rhône-Saônesenke von Alpen und Jura einerseits und den Bruchrändern des Zentralmassivs und des Nordfranzösischen Beckens anderseits eingerahmt. Setzt sich fort zur Burgundischen Ebene, in der sich die Straßen der französischen Stufenlandschaft und von Mittel- und Süddeutschland sammeln, in der sich auch wichtige Bahnen vereinigen, und von wo aus ehemals bedeutsame, heute veraltete Kanäle in das Innere Frankreichs überleiten. Die Senke ist mit der nordfranzösischen Landschaft einmal durch Straßen über das Zentralplateau und besonders durch die leichten Übergänge zwischen Côte d'Or und Mont du Charolais, den Kanal von Burgund und den niedrigen Talpaß von Langres und von der oberen Saône moselabwärts über den Rhein-Marnekanal verbunden. Für den Verkehr durch die Senke spielte besonders die Champagne eine bedeutende Rolle als Durchgangs- und Umschlagsplatz.

Geringer an Bedeutung sind Languedoc und die küstenreiche Bretagne, die sich wegen ihrer Abgeschlossenheit längere Selbständigkeit und kulturelle Eigenart gewahrt hat.

Aus der geographisch gegen Osten abgeschlossenen Isle de France entwickelt sich in die westfränkische Kleinstaaterei hinein die französische Königsdomäne, der politische Nationalstaat. Das zentrale Herzogtum Franzien, Herz französischer Landschaft, wurde trotz der militärisch und wirtschaftlich viel stärkeren anderen Lehnstaaten (Champagne, Anjou, Bretagne, Normandie, Flandern, Herzogtum Burgund, Guyenne, Gascogne, Toulouse) Träger des alles umfassenden Königtums, das zielbewußt Leitung und Organisation des Expansionsverlangens, das dem französischen Volke innewohnt, übernahm und pflegte. Dieser konsequenten Idee wurde die auf Beherrschung des Mittelmeeres weisende Küstenlage, das Verlangen nach Italien geopfert. Die Zentralisations- und Expansionsidee trieb die Königsdomäne bereits während

der Kapetinger gegen den Ozean und auf den zweiten natürlichen Schutzwall innerhalb französischer Landschaft. Nie wurde das verfängliche Italien zum Hauptbestand französischer Außenpolitik, es genügte die östlichen Alpentore in den Händen zu haben als Flankenbedrohung der östlichen Vormachtstellung in Italien und später der spanisch-habsburgischen Verknüpfungstendenzen. Mußte man in Italien kämpfen, so geschah es um östliche Interessen.



(Die Karte entstammt dem Werke: Paul Wentzcke, Rhein und Reich, Berlin 1927, Kurt Vowinkel Verlag, Leinen M 8.—)

Königtum und Expansion fanden in den bürgerlichen Legisten ihre Stütze, die die verwirrten Expansionsforderungen in ein juristisch begründetes System brachten, das zunächst die Schelde—Maas—Saône—Rhônegrenze nach Osten verlangte. Ein Ansinnen, das völkisch und kulturell begründet ist. Dagegen war und ist das Verlangen nach der Rheingrenze, das zur französischen Tradition wurde, in keiner Weise gerechtfertigt und konnte auch nie von französischen Geschichtsschreibern bewiesen werden.

Der Beamtenkönig Philipp August schiebt die Krondomäne über erledigte

Lehen bis zur Schelde vor, berührt zum ersten Male deutsches Grenzgebiet, sichert sich die Seinemündung und liegt vor den Toren der Garonne. Der Tag von Bouvines sah fast alle französischen Lehnsträger der nationalen Sache wegen auf dem Schlachtfelde. Bouvines erhob die französische Ostpolitik zur Tradition, zum Gemeingut des Volkes. Mit Philipp IV. beginnt der konsequente Vormarsch gegen Deutschland, über das heimgefallene Champagnelehen und über das Zentralmassiv in die Rhônesenke hinein. Frankreich steht vor der deutsch-lothringischen Landschaft. Zugleich wird die Verbindung Nordfrankreichs mit Spanien in kapetingischer Hand vereinigt. Langsam schiebt Frankreich seine Grenze über „den deutschen Schild“ (Argonnen), den Morvan und das Plateau von Langres in deutsches Lehngebiet hinein. Teile von Bar und Toul werden abgebröckelt, schon steht die Schlüsselfeste Verdun unter französischem Schutz, die Reichsgrafschaft wird als Reichslehen von Philipp romanisiert. Die deutsche Rhein—Rhône—Mittelmeer-Verbindung war jetzt durch Frankreich unterbrochen. Die Erwerbung Lyons und Burgunds wird gefördert. Osterbant, Beaulieu, Valenciennes, Vivarais sind französisch, Lothringen, Verdun, die Reste von Bar französischem Einflusse geöffnet.

Als der letzte Kapetinger starb, war fast überall die Vierstromgrenze erreicht. In deutsches Lehngebiet ist eine Bresche gerissen. Schon gefährdet Frankreich die Mosellinie und das Elsaß. Philipp IV. der Sieger über Feudalherrn und Kurie, stempelt den Kampf gegen Habsburg zum politischen Glaubensbekenntnis und findet später in Richelieu seinen besten und größten Schüler. Der hundertjährige Krieg bedeutet einen innen- und außenpolitischen Rückschlag. Aber Burgund übernahm in dieser Zeit die Pflege des Expansionsgedankens und konnte Besançon, Dijon, Mecheln und Antwerpen buchen.

Ludwig XI. der vorsichtige Defensivpolitiker, aber nach den Erschütterungen des Krieges für Frankreich vielleicht der beste Mann am rechten Platz, sieht sich in der Ostflanke vom übermächtigen Burgund bedroht. Karl der Kühne erträumte ein unnatürliches Mittelreich von der Nordsee bis zum Mittelmeer, zwischen Rhein und Maas ohne geographische und völkische Berechtigung. Der Skeptiker an der Seine, der des Burgunders Politik durchschaute und fürchtete, Lothringen und Champagne würden das Scharnier der burgundischen Flügel bilden, die von Nord- und Südosten mit starkem Drucke gegen die Krondomäne wucherten. Als aber Karls Romantik in den Sümpfen von Nancy versank, wurde Frankreichs Ostgrenze von dem zum Zerreißen gespannten Drucke auf einmal befreit und vorläufig um die wertvollen Außenmarken: Herzogtum und Freigrafschaft Burgund, Artois, Cambrésis und einen Teil von Hennegau, bereichert. Als Anna von Beaulieu starb, erstreckte sich die Königsdomäne vom Ärmelkanal bis zur Adourmündung, vom Ozean bis

zu den Alpen. In Verwaltung und Recht ein geschlossenes Ganzes. Eine politische und territoriale Einheit mit zwölf Millionen Menschen.

Im Westen des Reiches, an der Schelde und einem Teile der Maas hatte Österreich die Wacht übernommen. Sein Besitz: Flandern, Belgien, Luxemburg, Freigrafschaft, Charolais, Cambrésis reizte den französischen Expansionswillen zur Offensive.

Heinrich IV. und Sully erwuchs in Richelieu ein zielbewußter Staatsmann, der nach inneren Reformen an die Erfüllung der nationalen Tradition ging: „de retablir les limites de la Gaule . . . de constituer une nouvelle“, Habsburg sollte wenn möglich durch die deutschen Protestanten vernichtet werden, das österreichische Mailand isoliert, der Spanischen die Freie Niederlande entgegengesetzt, zwischen Luxemburg und Elsaß eine französische Einflußzone geschaffen werden um so die Verbindung mit den deutschen Protestanten herzustellen. Der Friede von Charasso gibt Pignerol französische Besetzung. Gustav Adolfs Einmarsch und Wallensteins Sturz sind das Werk Richelieus. Ebenso das Friedensinstrument von Münster, das sein Nachfolger Mazarin im Sinne des großen Vorgängers zustande brachte. Der Vertrag wurde für Frankreich ein beliebig dehnbare Begriff, den es zu seinen Gunsten auslegen konnte. Richelieus Traum war erfüllt, das Reich schied als ernster Gegner Frankreichs aus, war aus seinen Westgrenzen herausgeworfen, gab militärisch die Rheinlinie preis, während das Elsaß zum Teil französisch wurde. Frankreich sperrte jetzt mit dem Sundgau die Burgundische Pforte und schickte sich an, Lothringen politisch an sich zu reißen. Die französische Expansion hatte das Reich seiner Westgrenzen beraubt, es militärisch über den Rhein geworfen und zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Auch unter Ludwig XIV. wurde der Richelieusche Kurs beibehalten. Züb wurde an der Absorption des Hauses Habsburg in Spanien gearbeitet, und in den letzten Tagen des Königs wurde dies durch Bourbon ersetzt. Das Jahr 1669 gab Frankreich die Pyrenäengrenze, schob nach Osten die politische Grenze über die natürliche weit vor. Diedenhofen bedrohte Trier, die Landschaft um Montmédy deckte das rechte Maasufer, mit Stenay, Landrécis, Le Quesoy, Philippville und Marienburg wurde das Völkertor von St. Quentin fast ganz abgeriegelt. Den Norden schützte das Artois. Mit dem Frieden von Aachen vervollständigte Lille mit den holländischen Barrierfestungen den Schutz nach Norden. Nymwegen übergab Frankreich die isolierte Freigrafschaft, die Senke von Cambrai; die Réunionen rissen ganz Elsaß aus dem Reichskörper und Straßburg, die letzte Ausfallfeste des Reiches, fiel, von Gott und Habsburg verlassen. Frankreichs Expansionspolitik feierte berauschende Erfolge. Die politische Ostgrenze lief von Antwerpen links der Schelde, berührte bei Codne das rechte Ufer in der Linie Mauveuge—Charlemont mit vorgeschobenen Sperrfesten unweit Namur, über Dieden-

hofen—Luxemburg—Saarlouis und Landau, den Rhein entlang bis Basel, am rechten Ufer gesichert durch Philippsburg, Kehl, Alt-Breisach und Freiburg. Bar und Lothringen lagen in französischem Gebiete eingeklemmt. Erst der Friede von Utrecht hieß die Expansionswooge zurückgehen. Zwar wurde die Pyrenäengrenze entlastet, aber Frankreich mußte Furnes, Menin, Ypern, Tournay, Charleroi, Namur und Gent holländischer Bewachung anvertrauen, fand aber nach dem polnischen Erbfolgekriege in dem Besitze Lothringens ausreichenden Ausgleich. Jetzt war der Mosel- und Saarweg in französischer Hand. Auch die Revolution nahm seit Valmy die Expansionsbestrebungen wieder auf, zerbrach mit der Einnahme von Mainz das militärische Verbindungsstück zwischen Nord- und Süddeutschland und überschwemmte die Österreichischen Niederlande. Zwar erzwangen sich die Verbündeten noch einmal den Weg bis Valenciennes, aber die Sturmwooge des französischen Nationalismus fegte sie über die Maas gegen den Niederrhein, nahm Besitz von Rhein- und Scheldemündung. Preußen gab zu Basel seine Rolle im Westen zugunsten seiner östlichen Interessen preis, und Österreich schied mit Campo Formio endgültig aus dem Westen, dessen Bedeutung es nie erkannte.

Der Napoleonische Expansionsrausch trug in der Spannweite der Eroberung nicht verwandter Landschaften das Zeichen des Verfalls. Der zweite Pariser Friede wirft Frankreich in die Grenzen von 1790 zurück, ohne Landau, Saarlouis und Saarbrücken.

Auch in den folgenden Dekaden lag der Schwerpunkt des französischen Interesses im Osten. Wie Frankreich selbst eingesteht, ist es die Sehnsucht nach Expansion und nach Annektion des ganzen linken Rheinufer, das den Krieg von 1870 entfesselte. Es ist heute bekannt, daß die Emser Depesche eine Durchkreuzung des Planes Gramonts ist, der die fieberhaften Rüstungen durch schleppende Besprechungen verdecken wollte.

„Wenn Deutschland einmal nach vielen Jahren mit anderen Mächten im Streite liegt, wird Frankreich von ihm Entschädigung verlangen“, faßte noch 1870 der vorsichtige Thiers die französische Außenpolitik zusammen.

Es kam die Stunde, da dieses Wort durch Frankreich erfüllt wurde. Versailles hat seinen Vorgänger in Münster, auch hier gilt wieder für Frankreich das Wort, das Servien an Mazarin richtete: „Je crois qu'il se faudra contenter que chacun explique le traité comme il l'entend“.

Heute beherrscht Frankreich wiederum Belgien und die Rheinlinie. Weit über die ihm von Natur und Geschichte und Recht, Volksgemeinschaft und Kultur gezogenen Grenzen hat es vom rechten Ufer der Maas ab in urdeutschen Besitz hinein seinen Machtbereich ausgedehnt.

Unter solchen Umständen wird der Kampf um die Grenzen nie ruhen, einmal weil Deutschland ein unantastbares Recht auf seine entrissenen Gebiete

besitzt und als Nation die Pflicht hat sie zurückzuverlangen, dann aber auch, weil dem französischen Volke ein unbändiger Expansionswille innewohnt, der den Nachbarn zur Abwehr herausfordert.

A. DRESLER:

FRANKREICHS BEVÖLKERUNGSVERHÄLTNISSE

Clemenceaus grausames Wort, es seien 20 Millionen Deutsche zu viel da, ist noch unvergessen. In ihm kam die jahrelang gehegte Furcht Frankreichs vor dem großen Bevölkerungszuwachs Deutschlands und die Besorgnis vor dem Rückgang seiner eigenen Volkszahl aufs deutlichste zum Ausdruck. Die höhere Volkszahl Deutschlands sollte durch möglichst harte Friedensbedingungen, durch die Losreißung möglichst großer Bevölkerungsteile, durch die Beseitigung der Grundlagen zu weiterer rascher Volksvermehrung, durch das Verbot des Anschlusses Österreichs usw. so weit herabgesetzt werden, daß sie Frankreich nicht mehr gefährlich werden könnte. Teilweise ist dieses Ziel ja leider auch erreicht worden. Kaum aber ist die Besorgnis Frankreichs vor Deutschlands Bevölkerungswachstum etwas geschwunden, so taucht auch schon eine neue Sorge auf, die vor der raschen Bevölkerungszunahme Italiens. Mussolinis Tripolisreise und seine Worte, Italien habe auf Grund seiner höheren Volkszahl einen berechtigteren Anspruch auf ausgedehntes Kolonialgebiet als Frankreich, haben in der französischen Presse erneut lebhaftere Erörterungen über Frankreichs Bevölkerungsgebiete hervorgerufen. Aus den verschiedenen Blätterstimmen — u. a. brachte die „Revue des deux Mondes“ einen längeren Aufsatz „Die Geburtenkrise“ von Viktor Giraud — ergibt sich folgendes Bild:

Im Jahre 1700 war Frankreich mit seinen 20 Millionen Einwohnern nicht nur das bevölkertste Europas, sondern mit Ausnahme von China und Indien sogar der ganzen Erde. Bei Ausbruch der großen Revolution von 1789 stand es in Europa noch an erster Stelle. Die Revolution aber und die napoleonischen Kriege verursachten einen Verlust von etwa 3 Millionen Menschen, so daß Frankreich nach Napoleons Absetzung bereits hinter Rußland zurücktrat. 1851 zählte Frankreich 35 $\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner, Rußland dagegen 66 700 000. Seither ist die Bevölkerung Frankreichs nur sehr langsam gewachsen, denn schon um 1840 setzte der Geburtenrückgang ein. Während Frankreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1851 noch um 8 283 000 Menschen zugenommen hatte, betrug der Zuwachs in den 50 Jahren von 1871—1921 nur mehr 3 121 000, wogegen Italien in der gleichen Zeit eine Zunahme von 12 871 000, England von 15 708 000 und Deutschland von 21 940 000 Menschen aufzuweisen hatten. Von 1850—1900 nahm Frankreich um 4 Millionen Ein-

wohner zu, Italien aber um mehr als 14 Millionen, Deutschland um 21 Millionen und Rußland gar um 62 Millionen Menschen. In den 12 Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges wuchs Italiens Bevölkerung um 3 Millionen, die Englands um mehr als 4 Millionen, die Deutschlands um mehr als 9 Millionen, die Frankreichs aber nur um 800 000 Menschen.

Die Hauptursache dieser ungünstigen Bevölkerungsentwicklung Frankreichs ist in dem durchschnittlichen Geburtenrückgang zu suchen. Giraud berechnet in der „Revue des deux Mondes“, daß unter Franz I. die durchschnittliche Geburtenzahl einer französischen Familie 7 gewesen sei, daß es 1830 noch 4, vor dem Weltkriege aber nur mehr 2 waren. 1770 sei auf vier Menschen in der Kulturwelt ein Franzose gekommen, 1850 einer auf 10, 1913 einer auf 25 und 1945 würde es nur noch einer auf 50 sein. Von 4,55 Geburten in einer Familie im Jahre 1811 sei man auf 2,33 im Jahre 1911 gesunken und heute seien es noch weniger. Von 1800—1850 habe Frankreichs Bevölkerung noch einen größeren Zuwachs aufzuweisen gehabt als im ganzen vorhergehenden Jahrhundert, seither aber hätten die Todesfälle in manchen Jahren die Geburten überwogen. So ging die Volkszahl Frankreichs zurück in den Jahren 1890—1892, 1895, 1900, 1907, 1911 und in der ersten Hälfte von 1914. Von 1901—1913 betrug der jährliche Zuwachs durchschnittlich nur 58 000 Köpfe. Infolgedessen nahm Frankreich im Jahre 1913 in Europa nur noch den fünften Platz ein hinter Rußland, Deutschland, England und Österreich-Ungarn. Auch die Vereinigten Staaten und Japan waren 1913 volkreicher als Frankreich. Obwohl aber Frankreich als Sieger aus dem Weltkrieg hervorging und Elsaß-Lothringen sich aneignete, konnte es die vierte Stelle, an die es durch Österreich-Ungarns Zerfall aufrückte, nicht lange behaupten. Denn während sich seine Bevölkerung 1913 auf 41 476 372 belief, waren es 1925 nach den neuesten statistischen Angaben nur 39 209 518 Einwohner. Die Zahl der Lebendgeburten, die 1913 790 355 betragen hatte, ist 1925 auf 768 893 gesunken, die Zahl der Sterbefälle belief sich 1913 auf 731 441, 1925 auf 708 919. Der Geburtenüberschuß sank von 24 auf 10 000 im Jahre 1923 auf 19 von 10 000 im Jahre 1924 und auf 15 von 10 000 im Jahre 1925. Die Geburtenüberschussziffer ist 1925 nur wenig höher gewesen als 1913 (58 914). Zu bemerken ist freilich, daß bei den Angaben für 1913 und 1925 Elsaß-Lothringen nicht mitgerechnet worden ist. Aber der Gewinn dieses Landes mit seiner überwiegend deutschen Bevölkerung von 1 709 749 Seelen ändert kaum etwas an dem Rückgang der französischen Bevölkerung. Denn durch ihn konnten nicht einmal die Kriegsverluste ausgeglichen werden. Die französischen Toten während des Weltkrieges werden mit 1 350 000 bis 1 400 000 angegeben. Dazu kommt aber noch, daß in Frankreich von 1914—1919 jährlich mehr Menschen starben als geboren wurden. 1914 überwogen die Todesfälle um

53 327, 1918 um 389 375, was einen Gesamtkriegsverlust von $2\frac{1}{4}$ Millionen ergibt.

Nach dem Kriege gestalteten sich die Geburtenzahlen zunächst etwas günstiger. 1920 waren es 834 000, 1921 813 000 Geburten, Zahlen, die seit 20 Jahren nicht mehr erreicht worden waren. 1922 aber waren es bereits wieder nur 759 000 Geburten. Zudem standen den 834 000 französischen Geburten von 1920 1 155 000 Geburten in Italien, 1 193 000 in England und 1 512 000 in Deutschland gegenüber. Und während der Geburtenüberschuß in Frankreich sich 1920 nur auf 159 000 belief, wiesen im gleichen Jahre Italien einen Überschuß von 473 000, England von 593 000 und Deutschland von 623 000 auf. Nach der letzten Statistik für Gesamteuropa betrug die Vermehrung der Bevölkerung auf 1000 Einwohner in Holland 16,1, in Italien 12,6, in Norwegen 11,5, in Spanien 9,2, in England und Wales 8,1, in der Schweiz 7,6, in Schweden 7,4, in Deutschland 7, in Irland 6,9 und in Frankreich nur 2,4. Die Geburtenziffer war 1923 jedoch keineswegs so ungünstig für Frankreich wie die eben angeführten Zahlen vermuten lassen könnten. Sie belief sich nämlich auf 1000 Einwohner in Spanien auf 30,4, in Italien auf 29,1, in Holland auf 26, in Norwegen auf 23, in Deutschland auf 23,9, in Irland auf 20,6, in England und Wales auf 19,7, in der Schweiz auf 19,4, in Frankreich ebenfalls auf 19,4 und in Schweden auf 18,8. Frankreichs prozentuale Geburtenzahl steht also nicht allzu weit hinter der anderer Länder zurück. Wenn trotzdem Frankreichs Bevölkerungszunahme so sehr von den anderen Ländern übertroffen wird, so liegt das an Frankreichs hoher Sterblichkeitsziffer. Nach dem Journal Officiel starben 1923 auf 1000 Einwohner in Spanien 21,2, in Frankreich 17,9, in Italien 16,5, in Deutschland 13,9, in Irland 13,7, in der Schweiz 11,8, in England und Wales 11,6, in Norwegen 11,5, in Schweden 11,3 und in Holland 9,9 Personen.

Ein großer Teil der Todesfälle kommt in Frankreich auf die Kinder. 1925 wurden in Frankreich 768 893 Kinder geboren, von denen 73 283 starben, während im gleichen Jahre von 758 386 in England und Wales geborenen Kindern 52 362 starben. Von Personen zwischen zwanzig und vierzig Jahren starben 1913 in Frankreich 6,93 auf 1000 Einwohner, in England und Wales nur 4,48. Dabei ist in Frankreich etwa die Hälfte der Todesfälle auf Tuberkulose zurückzuführen, was seinen Grund in der geringen Gesundheitspflege der Franzosen hat. Ist doch sogar in Paris ein großer Teil der Häuser noch nicht an die Kanalisation angeschlossen und herrscht dort in manchen Stadtteilen eine gesundheitsschädliche Dürsterkeit und Schmutz. Obendrein treibt der Franzose im allgemeinen wenig Sport, schläft meist bei geschlossenem Fenster und pflegt selten zu baden. Nach der neuesten Volkszählung von Paris hat die Einwohnerschaft dieser Stadt, die gegenwärtig 2 838 416 Köpfe

innerhalb des Festungsgürtels zählt, seit 1921 um 25 017 Personen abgenommen. Von den zwanzig zu Paris gehörenden Arrondissements haben sechs weniger als 100 000 Einwohner, zehn zwischen 100 000 und 200 000 und vier mehr als 200 000. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Arrondissements sind bedeutend; so zählt das erste (Louvre) gegen 50 000 Einwohner, das 18. aber (Montmartre) 280 000. Im allgemeinen sind die äußeren Bezirke dichter bevölkert als die inneren. Wie in London werden auch in Paris die Privatmieter immer aus dem Stadtinnern durch Geschäftsunternehmungen und Banken usw. verdrängt. Die Verbesserung der Verkehrsmittel sowie der Achtstundentag haben eine starke Abwanderung nach den Außenbezirken und Vorstädten zur Folge gehabt. Mehrere Vororte, wie St. Denis, Pantin, Asnières u. a. sind in stetem Wachsen begriffen und zählen über 100 000 Einwohner. Auch die Städte und Dörfer der Bannmeile erhalten bereits Zuzug aus Paris, so daß der größte Teil der 6 000 000 Einwohner des Seinedepartements Groß-Paris zuzuzählen ist. Diese Entwicklung der Bevölkerungsvorgänge von Paris kann nur als günstig angesehen werden, schlimm steht es dagegen in mehreren Departements des Südens. Während der Norden noch einen Geburtenüberschuß aufweist, halten sich in Mittelfrankreich Geburten und Sterbefälle so ziemlich die Wage, im Süden aber überwiegen mit Ausnahme von Korsika die Todesfälle. Bereits Ende Juli schrieb der „Matin“, indem er auf die Unterschiede zwischen einzelnen Departements hinwies: „Im Departement Meurthe-et-Moselle beträgt die Geburtenziffer 24,4 auf das Tausend, während der Durchschnitt für das übrige Frankreich 18,84 ist. Und was noch hervorragender ist, der Geburtenüberschuß beträgt in Meurthe-et-Moselle 7 auf das Tausend, im übrigen Frankreich dagegen nur 1,84. Mit dem Koeffizienten von Meurthe-et-Moselle würde die Bevölkerung Frankreichs in 50 Jahren auf 52 709 618 steigen, mit dem von Lot-et-Garonne aber in 50 Jahren auf 25 859 000 sinken. Frankreich hat die Wahl zwischen Leben und Tod.“

Man hat nun versucht, die Gesetzgebung gegen den Geburtenrückgang mobil zu machen. Schon 1919 erklärte Clémenceau, Frankreichs Sieg im Weltkriege würde vergeblich gewesen sein, wenn die französischen Mütter nicht künftig eine zahlreichere Nachkommenschaft haben würden. Man hat dann kinderreichen Familien Geldbeihilfen gewährt, billigere Eisenbahnfahrt, Steuernachlaß, Bevorzugung bei Beamtenanstellungen usw. Weiter hat man Geburtenkongresse veranstaltet, Geburtenvereine gegründet und sogar einen obersten Geburtenrat (Conseil supérieur de la natalité) geschaffen. Das alles hat aber nicht wesentlich geholfen, so daß der Schriftsteller Ferdinand Auburtin die bange Frage stellte: „Wird es in 30 Jahren noch ein Frankreich geben?“ und meinte: „Entweder besiegt Frankreich die Entvölkerung oder die Entvölkerung bringt Frankreich um“. Und 1924 klagte Gilles Normand in seinem

parlamentarischen Handbuch „Politique et Hommes Politiques“: „Unter dem schönen Himmel Frankreichs gibt es keine Gatten mehr, sondern nur noch Liebhaber. Daß die Geburten von den Sterbefällen übertroffen werden, stört niemandem die Nächte. 1870 wurden in Frankreich noch über 1 180 000 Kinder geboren. 1900 nur 880 000, 1922 nur 759 000. Das Sinken ist derart, daß wir 1926 kaum noch mehr als 500 000 Geburten zu erwarten haben. Wir steuern der Null entgegen und zwar mit Riesenschritten. Das Kind, das heute in Frankreich geboren wird, läuft Gefahr, falls es nicht Sklave eines fremden Volkes wird, einsam in einem entvölkerten Lande zu sterben, das sich einst Frankreich nannte. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein.“ Giraud endlich äußert in der „Revue des deux Mondes“ vor allem politische Befürchtungen. 1914 sei Deutschland nur durch Frankreichs Geburtenrückgang zum Angriff auf Frankreich ermutigt worden, weil es darin ein siegverheißendes Zeichen erblickt habe. 1924 habe Frankreich noch 465 000 Mann weißer Truppen unter Waffen halten können, wenn die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung aber andauere, so würden es in zehn Jahren wohl nur mehr 260 000 Mann sein können, womit Frankreich seine führende Rolle in der internationalen Politik einbüßen würde. Wolle es wieder eine Stellung einnehmen wie unter dem ersten Kaiserreich, so müsse es seine Geburtenzahl erhöhen. Die Forderung müsse jetzt lauten: Jede Familie, die in der Lage ist, wenigstens vier Kinder zu ernähren, und es nicht tut, hat ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande nicht erfüllt. Giraud verlangt ein noch schärferes Eingreifen der Gesetzgebung, eine hohe Junggesellensteuer, die heute nur ein Zwanzigstel von dem zahlen, was der Unterhalt einer normalen Familie mit vier Kindern koste, Änderung der verhängnisvollen Teilung des Familienbesitzes in gleiche Teile, die zur Bequemlichkeit verleite usw. Außerdem müsse der Überfeinerung der Kultur entgegengetreten werden. 1830 habe es in Frankreich 235 000 Kabarets gegeben, 1907 aber 493 166. Das lasse auf eine starke Zunahme der Genußsucht schließen, die der Bevölkerungszunahme abträglich sei. Ferner müsse gegen die Abtreibungen scharf vorgegangen werden, denn durch sie gingen dem Vaterlande jährlich 100 000 Kinder verloren. Und es müsse vor allem schnell gehandelt werden, denn in einem zukünftigen Kriege werde Frankreich vielleicht weder auf die Hilfe Italiens, noch Englands, noch der Vereinigten Staaten rechnen können, sondern möglicherweise allein stehen.

Wenn nun auch bei den angeführten Zahlen die Gebietsveränderungen, die Frankreich im Laufe der Zeit durchgemacht hat, nicht berücksichtigt worden sind, und wenn wohl auch im allgemeinen absichtlich recht schwarz gemalt worden ist, so steht doch fest, daß Frankreich bei der heutigen Bevölkerung von 39 209 618 Köpfen und seiner jetzigen Volkszunahme etwa 20 Jahre brauchen

würde, um den Bevölkerungszuwachs von 1913 mit 41 476 372 Einwohnern wieder zu erreichen. Außerdem ist zu bedenken, daß ein großer Teil der Bevölkerung Frankreichs nicht französische Staatsangehörige, sondern Ausländer sind. Ihre Zahl wurde vor dem Kriege mit $1\frac{1}{3}$ Millionen angegeben, 1925 mit bereits 2 800 000, so daß ein Vierzehntel der Bevölkerung Frankreichs jetzt Ausländer wären.¹⁾ Die Italiener, die nach italienischen Angaben 291 886 im Jahre 1901 zählten, waren 1923 mit 700 000 vertreten, es folgten die Spanier mit 550 000, die Belgier mit 500 000, die Russen mit 400 000, die Polen mit 200 000 Köpfen. Und in immer steigender Zahl wandern italienische Erd- und Fabrikarbeiter, polnische Ernte- und Bergarbeiter, spanische Weinbauarbeiter und belgische Erntearbeiter nach Frankreich ein. Das erweckt den Franzosen um so mehr Besorgnisse, als sich immer weniger Fremde als früher in Frankreich naturalisieren lassen. 1924 waren es kaum über 3000. Neuerdings haben sich auch noch viele englische Arbeitslose in der Bretagne niedergelassen und es mehren sich die französischen Pressestimmen, die diese Einwanderung von allen Seiten als eine ernste Gefahr und als höchst unerwünscht bezeichnen.

Wie schon eingangs gesagt wurde, ist es jetzt vor allem das Anwachsen der Bevölkerung Italiens, das Frankreichs Öffentlichkeit beunruhigt. 1911 zählte Italien 35 959 077 Einwohner, darunter 1 150 236 zeitweise Ausgewanderte, am 31. 12. 1925 waren es 42 115 606 Einwohner, was eine Zunahme um drei Millionen seit 1921 bedeutet. Nicht nur aber hat Italien nach dem Kriege Frankreich von der vierten Stelle in Europa (hinter Rußland, Deutschland und England), sondern es weist auch im Gegensatz zu Frankreich eine starke Auswanderung auf. Diese betrug 1918²⁾ 28 311 Personen, 1919 253 224, 1920 614 611, 1921 255 166 (nach alter Zählweise 201 291), 1922 278 888 (281 270), 1923 395 742 (389 057) und 1924 401 868 (364 614). Der Umstand, daß diese Hunderttausende fast ausschließlich ins Ausland gehen, da die italienischen Kolonien nur ganz geringe Niederlassungsmöglichkeiten bieten, läßt Italien immer wieder die Forderung nach weiterem Kolonialgebiet erheben. Daß die Italiener dabei auch französische Kolonien, vor allem Tunis, im Auge haben, wo nach ihren Angaben 1910 etwa 125 000 Italiener sich nur 35 000 Franzosen gegenüber befanden, erklärt zur Genüge die gereizte Sprache der meisten französischen Blätter bei Beantwortung der italienischen Ansprüche. Weist doch die italienische Presse ständig darauf hin, daß Frankreich nicht nur bei 550 000 qkm Umfang weniger Einwohner hat als Italien mit seinen 310 000 qkm, sondern daß es auch gänzlich außerstande sei, sein riesiges Kolonialreich auch nur im entferntesten genügend mit Weißen zu besiedeln, während Italien alljährlich seinen Bevölkerungsüberschuß von Hunderttausenden an die Fremde abgeben müsse aus Mangel an siedlungsfähigen Kolonien. Der zur Zeit bestehende Gegensatz zwischen Frankreich und Italien ist also in

erster Linie geopolitischer Natur und die Sorgen der Franzosen wegen ihrer sinkenden Volkszahl sind nicht unbegründet.

Anmerkungen

- 1) Paris allein dürfte mindestens eine halbe Million Fremde beherbergen. 2) Für die Vorkriegszeit siehe meinen Aufsatz im Aprilheft 1925 der Z. f. G.

RUOLF FRIEDMANN: FRANKREICH UND DER ISLAM

Eines der wichtigsten Probleme, wenn nicht das wichtigste der gesamten französischen Kolonialpolitik ist das Verhältnis Frankreichs zum Islam. Mit der Ausdehnung des französischen Kolonialreiches und mit dem Zuwachs durch die nach dem Weltkriege gewonnenen Mandatsgebiete in Afrika und Asien ist eine ungeheure Zahl von Bekennern des mohammedanischen Glaubensbekenntnisses unter französische Herrschaft gekommen, so daß Frankreich heute nach England die zweitgrößte islamitische Macht der Erde geworden ist. Den Millionen des europäischen Mutterlandes steht eine fast ebenbürtige Macht mohammedanischer Untertanen gegenüber, und die Zukunft und der Bestand des französischen Kolonialbesitzes hängt davon ab, in welchem Maße Frankreich politisch die Mohammedaner mit seiner Regierung in Einklang bringen und wirtschaftlich den Zielen der französischen Kolonialausnutzung dienstbar machen kann. Die Aufgaben, die hier Frankreich gestellt sind, sind außerordentlich, größer noch als sie einer anderen Kolonialmacht von der Geschichte auferlegt worden sind. Während das englische Imperium seit langer Zeit wirtschaftlich und politisch gefestigt dasteht und trotz mannigfacher politischer antienglischer Strömungen doch seine Grundzüge unveränderlich aufgeprägt erhalten hat, ist im französischen Kolonialreich vieles noch im Werden, in der Umformung, im Wachsen begriffen. Eine gute oder eine schlechte Kolonialpolitik kann dieses Reich, je nachdem, festigen oder erschüttern, und die Entscheidungen, die von der Pariser Zentralbehörde getroffen werden, können sich, wenn sie falsch sind, bei dem labilen Stand der Dinge in Syrien, in Marokko und anderswo zu ungeahnten Folgen auswachsen.

Vieles, wenn nicht alles hängt davon ab, welche Haltung Frankreich zum Islam einnimmt. In wirtschaftlicher Hinsicht ist der Islam ein großes Hindernis für die Entfaltung der in einzelnen französischen Kolonien vorhandenen Kraft. Der Gegensatz zwischen mohammedanischer und europäischer Wirtschaftsauffassung lähmt französischen Unternehmungsgest und die Arbeit der französischen Auswanderer in den Kolonien. Um diesen Gegensatz voll erfassen zu

können, muß auf die allgemeine Auffassung des mohammedanischen Glaubensbekenntnisses vom Wirtschaftsgeiste eines Volkes etwas näher eingegangen werden. Der Koran macht den Menschen zum willenlosen Instrument Gottes. Böses oder Gutes, das er schickt, ist gleich gut, wird mit derselben Ergebung hingenommen. Selbst wenn der Boden vor Trockenheit stirbt, sagt eine Sure des Korans, so dient das doch als Zeichen unserer Macht. Mehr als jede andere Religion hat der Islam den Glauben an das Walten des Fatums entstehen lassen und gepflegt, und mit dem berühmten „Es war so geschrieben“ begrüßt heute der Muselmane auch die Widerwärtigkeiten seines Lebens. Der Fatalismus Mohammeds ist aus der Wüste und der Steppe geboren, in einem Lande, in dem Trockenheit und Stürme menschliche Arbeit allzu oft erfolglos machen, in einem Lande, in dem die Unendlichkeit des Horizontes im Menschen das Gefühl der Ohnmacht vor der Natur so stark wie kaum anderswo entstehen läßt. Die Unvollkommenheit der technischen Hilfsmittel hat in den Zeiten der Begründung des Islams die Überzeugung entstehen lassen, daß menschliche Mühe in jenen unwirtlichen Regionen doch umsonst ist, und daß man sich in das unvermeidliche Schicksal fügen muß. Seit Jahrhunderten ist diese Überzeugung immer fester geworden, hat sich immer tiefer im muselmanischen Gemüte verankert, so daß heute trotz Änderung der Welt in technischer Hinsicht, trotz unbestreitbarer Erfolge europäischer Kolonisatoren in Gebieten, die unter islamitischer Herrschaft brach lagen, vor der Hand keine seelische Veränderung der Eingeborenen zu verzeichnen ist. Mit Feuer und Schwert haben die islamitischen Fanatiker ihren Glauben verbreitet und aufgezwungen, heute ist es eine gigantische Aufgabe, mit friedlichen Mitteln wenigstens wirtschaftlich den muselmanischen Untertan von der Überlegenheit der europäischen Hilfsmittel und vor allem von der Notwendigkeit erhöhter Energie und des Kampfes gegen die Natur zu überzeugen. Der islamitischen Weltanschauung entsprechend herrscht noch überall die primitivste Technik. Der Boden wird in vielen Gegenden Algeriens wie in Urzeiten mit einem Baumstumpf gepflügt oder der Pflug besteht überhaupt nur aus zwei Holzzweigen. Geerntet wird mit derselben Sichel, mit der man die Wolle der Schafe schert. Die Getreidekörner werden einfach durch Füße von Tieren oder Menschen ausgetreten oder man bedient sich noch des alten Dreschschlittens, der schon zur Phönizierzeit in Nordafrika in Gebrauch war. Diese Methoden lassen natürlich eine beträchtliche Menge an Korn unbenutzt in den Halmen. Nur selten wird für die Tiere ein Reservevorrat angelegt oder werden sie gegen Kälte durch Decken geschützt. Ställe fehlen fast ganz. Das Getreide wird mit Mahlsteinen zerkleinert, und Öl wird noch wie zur Zeit der Römer gewonnen. Das Gleiche gilt für die Webtechnik und andere Zweige menschlicher Betätigung.

Wenn schon die ungünstigen Bodenverhältnisse dem Muselmanen nicht die Notwendigkeit einer Energieaufwendung beibringen, so tut dies erst recht nicht der Koran. Man kann dem algerischen und marokkanischen Bauern zugute halten, daß in diesen Ländern das Klima der menschlichen Arbeit eine Höchstgrenze zieht, die geringer als in Europa ist, daß der starke Salzgehalt des Bodens und die Unsicherheit und Seltenheit der Niederschläge den Ertrag der Feldarbeit äußerst problematisch machen, aber den moralischen Untergrund für seine geringe Arbeitsleistung zieht er erst aus den Lehren Mohammeds. Das Leben trägt noch alle Züge patriarchalischer Würde und Ernstes, und wenn es auf Erden nur geringe Freuden bringt, so wird dem Muselmanen in den sieben Himmeln eine reichliche Belohnung für alle Entbehrungen versprochen. Das mohammedanische Paradies birgt alles, was sich die Phantasie des Bewohners einer armen, unwirtlichen Gegend vorgaukeln kann: Blühende Gärten, fließende Wasser, sprühende Wasserkünste. „Ewiges Grün wird die Gärten decken. Datteln, Granaten und andere Früchte werden dort vorhanden sein.“ Das Paradies des Muselmanen ist das genaue Gegenteil der Wirklichkeit. Wenn er in ihm das finden will und finden wird, was ihm sein Boden nicht geben kann, warum soll er eine Arbeit leisten, die doch unnütz ist?

Einer so gerichteten Geistesverfassung sieht sich Frankreich in Nordafrika gegenüber. Rund 10 Millionen islamitischer Eingeborener leben in Tunis, Algerien und Marokko, die sich gemäß ihren Glaubenslehren mit kümmerlichem Ertrag begnügen und nicht das geringste Verständnis für die Versuche der französischen Behörden aufbringen, ihnen vollkommene Werkzeuge zu liefern und sie zu erhöhter Arbeit und größerem Ertrag anzuspornen. Für sie ist ihre Wirtschaft eine reine Ernährungswirtschaft, nur dazu bestimmt, das Leben zu fristen, und zwar mit möglichst geringem Arbeitsaufwand. Die europäische Ertragswirtschaft, die aus dem Boden mehr als dieses Minimum herausholen will und die Produktion über dasjenige, was zur Erhaltung der Existenz notwendig ist, steigern will, bleibt ihm fremd und verhaßt. Sie will sein Leben grundsätzlich verändern, will es seiner Meinung nach erschweren.

Die starre Verurteilung des Goldleihens mit Zinsen durch das mohammedanische Bekenntnis hat in Nordafrika verheerende Folgen gehabt. „Das Geld, das ihr ausleiht, um es zu vermehren, wird vor Gott nicht wachsen“ sagt eine Koransure. Für Mohammed waren die Habsüchtigen gleichbedeutend mit Wucherern; aber während im christlichen Europa sich trotz des starken Widerstandes der Kirche das Geldausleihen mit Zinsen durchgesetzt hat, ist es im islamitischen Afrika beim alten Zustand geblieben. Die gesetzliche Anerkennung der Geldleihe hat in Europa die schlimmsten Auswüchse verhütet und sie in geregelte Bahnen gelenkt. Das Geldleihen gilt nicht mehr als verpönt, als Schande, und der Kreislauf der Wirtschaft wird heute dadurch gefördert.

Anders unter den muselmanischen Eingeborenen der französischen Kolonien. Das mörderische Klima Nordafrikas macht die Aufnahme von Geld unerlässlich. Die Mißernten oder die Verzögerung der Ernte durch die Unbeständigkeit des Klimas zwingt den Eingeborenen, um seine und seiner Familie Existenz zu erhalten, bei Anderen Geld zu leihen. Aber durch die Starre des islamitischen Gesetzes wird er statt in die Arme produktiver Kapitalkräfte in diejenigen von Wucherern getrieben, die entweder Andersgläubige (Juden) sind oder sich nicht scheuen, das Anathema des Korans auf sich zu nehmen. Statt wohlthätig zu wirken, bringt der Koran in Nordafrika die schlimmsten Folgen hervor. Alle Versuche der eingeborenen Kräfte, den Wucher zu verhindern, sind fehlgeschlagen. Nicht einmal die gemeinnützigen Unterstützungsgesellschaften haben dagegen ansetzen können, denn die wirtschaftlichen Notwendigkeiten waren zu stark. Der Wucher blüht daher in allen Formen, wenn auch im Wortlaut ängstlich jede Anspielung vermieden wird. Diese Wucherplage aber ist von den größten wirtschaftlichen Folgen für das Land, denn sie führt zur Enteignung und schließlich zur Proletarisierung der ursprünglichen Bodeneigentümer. Die gebräuchlichste Form ist die „Rahnja“, bei der der Gläubiger und Geldleiher das Grundstück bis auf geringe Grenzen nach Gutdünken verwerten kann. Der Schuldner bleibt zwar Eigentümer des Hauses und Nutznießer der Früchte, aber er sinkt zum „Khemmes“ herab. Er wird wirtschaftlich vom Gläubiger abhängig und schließlich Lohnarbeiter. Eine angeborene Verschwendungssucht, hauptsächlich der Araber, begünstigt noch die Verschuldung des Grundbesitzes. Der Araber entleiht leichtfertig Summen ohne produktive Absicht, um Feste zu feiern, eine Hochzeit auszurüsten und das Leben glanzvoller zu gestalten, kümmert sich aber nicht darum, wie er die entlehene Summe zurückzahlen wird. Wenn schon an sich der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Franzosen große, aus der religiösen Überzeugung sich herleitende Schwierigkeiten entstehen, so werden sie noch vermehrt durch das soziale Herabsinken der Schicht der Grundeigentümer.

Ein drittes kommt aber noch hinzu. Das islamitische Gesetz führt zu einer Stückelung des Bodens, die von größten Folgen für das Wirtschaftsleben ist. Mohammed hat den Frauen das Erbrecht zugestanden, aber diese umwälzende Neuerung in seinem Heimatlande konnte nicht ohne Konzessionen eingeführt werden. Der Prophet gab also den Töchtern, Schwestern und Enkelinnen die Hälfte eines männlichen Erbteils. Da er aber ihr Erbrecht beschränkt hatte, so wollte er ihnen auf alle Fälle ihren Anteil sichern, und so bestimmte er, daß sie vor den Erben der männlichen Seite bedacht werden müssen, d. h. vor der Witwe, der Schwester, der Mutter, der Tochter, Enkelin usw. des Verstorbenen. Zu diesen Erben kommen noch der Vater, Großvater, Gatte,

so daß eine unerhörte Stückerung des Bodens vorgenommen werden muß. Bei zahlreichen Erben wird der Bruch in phantastische Höhe getrieben. Gleichzeitig wird das Grundeigentum immer mehr eingeengt und die Lebensexistenz als freier Grundeigentümer unmöglich gemacht. Von da ist es nur ein Schritt zu Wucherern und wirtschaftlicher Abhängigkeit.

Die Masse der islamitischen Untertanen Frankreichs ist aber keineswegs eine einheitliche Masse, sondern spaltet sich wiederum in verschiedene Richtungen, die teils orthodox, teils modernistisch sind und dementsprechend auch verschiedene Grade von Wirtschaftlichkeit und wirtschaftlichem Wert darstellen. Die oben geschilderte Reinkultur des islamitischen Glaubensbekenntnisses und ihrer wirtschaftlichen Konsequenz wird in Nordafrika von der Mehrzahl der Eingeborenen vertreten. Gerade in Algerien und in Marokko hat der allfanatischste und orthodoxe Islam Wurzel gefaßt, was die Aufgabe der französischen Kolonisation ungemein erschwert. Während Ägypten im allgemeinen modernistisch gesinnt ist und daher den Engländern wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht keine übermäßigen Sorgen bereitet, ist die Lage im französischen nordafrikanischen Besitz gänzlich verschieden. In Algerien und Marokko wird der Koran wörtlich angewendet, wird keine Analogie gestattet, selbst wenn die Interpretation gegen den gesunden Menschenverstand und gegen die wirtschaftlichen Bedürfnisse sich richtet. Hand in Hand geht damit religiöser Fanatismus gegen den Unreinen. Dieser Fanatismus ist aus der islamitischen Eroberungszeit herzuleiten, die besonders im 15. Jahrhundert in Nordafrika ihren Höhepunkt erreichte. Der Islam ist keineswegs von Beginn an die herrschende Volksreligion in Nordafrika gewesen. Das Eindringen der Araber in Nordafrika hat den Islam zuerst nur bei den Herrschenden, bei den Gelehrten und den Bewohnern der Städte populär gemacht, während die eigentliche Landbevölkerung, die Berber, ihm erbitterten Widerstand leisteten und ihre uralte Volksreligion verteidigten. Mit Feuer und Schwert hat der Islam versucht, die anderen Religionen zu unterdrücken, unterstützt durch das Zurückfluten der Mauren aus Spanien im 15. Jahrhundert und durch die Versuche der christlichen Mächte Europas, Nordafrika zu erobern. Der Widerstand gegen Europa und das Christentum hat die Zusammenschweißung der bis dahin noch uneinheitlichen Volksmasse in Nordafrika herbeigeführt, die noch besonders begünstigt wurde durch den Sieg der orthodoxen Richtung des Islams über die Ketzerlehren. Heute herrscht die Anschauung der Malekiten in der großen Masse Nordafrikas, d. h. die fanatischste und unbelehrbarste Richtung des Islams.

Der fundamentalste Gegensatz zwischen islamischer und europäischer Auffassung des Wirtschaftslebens besteht in dem Fehlen des Wettbewerbsgedankens bei den Massen der eingeborenen Bevölkerung der französischen Kolonien. Der

Islam sieht die Hauptaufgabe in moralischer Hinsicht nicht in der Ausbildung der Einzelpersönlichkeit, sondern in der Hingabe des Einzelnen an die Gesamtheit, an die Familie, an die Bruderschaft. Infolgedessen kann der Gedanke der Konkurrenz keine Wurzel fassen. Gemeinschaftliche Unterstützung bei der Feldarbeit ohne Entgelt ist noch vielfach die Regel; Vieh, Gerät, selbst Land wird überlassen. Selbst wenn sich die Eingeborenen, namentlich die Kabylen, zur Arbeit außerhalb begeben, tun sie es in kleineren Gruppen und bleiben zusammen. Man fühlt sich sicher nur in der Gemeinschaft. Infolgedessen kann gar nicht der europäische Gedanke des Aufstiegs, des Kampfes aufkommen. Das Leben wird hingenommen wie es ist; man kämpft nicht dagegen an. Aus diesem Gemeinschaftsgefühl heraus sind auch die zahlreichen Bruderschaften in Nordafrika entstanden. Allein in Algerien wird angenommen, daß etwa der achte Teil der erwachsenen männlichen Bevölkerung Mitglieder von solchen Bruderschaften ist. Sie sind zwar nicht politischer Natur, können aber doch in Zeiten politischer Erregung den Charakter von Geheimbünden annehmen und eine ernste Gefahr für die Ruhe des Landes darstellen.

Wie ist nun die Haltung Frankreichs gegenüber einem solchen Geisteszustand, wie er eben geschildert wurde, und wie sollte sie sein? Die französische Kolonialverwaltung ist sich tatsächlich heute noch nicht einig, wie sie diese wirtschaftliche Sterilität der muselmanischen Eingeborenen heben und das Gedeihen der nordafrikanischen Kolonien sichern kann. Das beste Mittel wäre natürlich eine Steigerung der französischen Kolonisation selbst; aber wie soll das Mutterland Frankreich, das selbst unter der allzu geringen Bevölkerungszunahme leidet und das eigene flache Land sich immer mehr entvölkern sieht, einen bäuerlichen Überschuß an die Kolonien abgeben? Die theoretische Lösung einer stärkeren Durchsetzung der eingeborenen Bevölkerung mit europäischen, besonders französischen Elementen, von denen jeder Einzelne den Mittelpunkt eines kleinen Zentrums bilden könnte, hat wenig Aussicht auf Verwirklichung. Die andere Lösung, die Eingeborenen wirtschaftlich am Gedeihen des Landes zu interessieren, stößt auf die eingehend geschilderte religiöse und allgemeine Geistesverfassung, die es bisher verhindert hat, daß die Muselmanen einen Sinn in der Hebung der Produktion erblickten. Die französischen Theorien schwanken zwischen der Tendenz, die Eingeborenen innerhalb ihrer eigenen Zivilisation zu heben, und der zweiten, die Eingeborenen immer mehr dem französischen Niveau anzunähern, um sie schließlich ganz in die europäische Sphäre mit gleichen Rechten aufnehmen zu können, so wie es mit den algerischen Juden geschehen ist. Die erstere schmeichelt allerdings der arabischen Eigenliebe, bleibt aber alles in allem nur ein Wort. Die zweite hat bisher keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen gehabt.

Die Politik Frankreichs auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete dem

Islam gegenüber ist aber keineswegs mit den bisherigen Ausführungen erschöpft. Wenn in den nordafrikanischen Besitzungen Tunis, Algerien und Marokko die französische Politik islamfreundlich sein muß, so ist sie es weniger in dem zweiten afrikanischen Kolonialreich Frankreichs, im Sudan und in den Gebieten an der Westküste und im Innern, die in der französischen Kolonialverwaltung unter dem gemeinsamen Namen Westafrika zusammengefaßt werden. Hier ist die Stellung Frankreichs zum Islam eine völlig andere. Sie hat gerade hier außerordentliche Schwankungen erlebt, bis sie sich zu einer solchen entwickelte, die zwar nicht gerade islamfeindlich ist, aber auch keineswegs den Islam zu fördern sucht.

Dieses zweite große Imperium, das im Norden an die übrigen afrikanischen Besitzungen stößt, hat eine ungleich größere Ausdehnung und verschiedene Bevölkerung. Auf einer Fläche von 4,6 Millionen Quadratkilometern zählt es eine Bevölkerung von über 12 Millionen, von denen nur der aller kleinste Teil Anhänger des mohammedanischen Bekenntnisses ist. Ein großer Teil dieses Besitzes ist jahrhundertlang dem Islam unterworfen gewesen, und gerade hier haben die islamitischen und arabischen Eroberer mit einer beispiellosen Härte und Erbitterung ihrem Glauben Anerkennung erzwungen. Hier hat wahrhaft mit Feuer und Schwert der arabische Eroberer unter den Negern gehaust, hat aber nur eine sehr oberflächliche und gewaltsame Bekehrung erreicht. In rund 1000 Jahren hat der Islam bis heute im Gebiete des oberen Niger und Senegal nur etwa 500 000 Anhänger gewinnen und bewahren können. Nur etwa ein Zehntel der Bevölkerung bekennt sich heute zum Islam, und unaufhaltsam geht er hier zurück. Nur im Senegalgebiet hat er noch einige Stützpunkte, aber sonst kann er sich vor dem Wiedererwachen der alten Fetischreligion der Neger nicht halten. Etwa 50 verschiedene Völker leben auf diesem ungeheuren Gebiet, durch Sprache, Kulturniveau und Einzelheiten der Religion voneinander verschieden. Der Muselmane ist hier nur der unbarmherzige Herr, der Sklavenhändler jahrhundertlang gewesen. In den Städten saß die arabische Handelswelt, üppig, faul, genießerisch und die Millionen von Negern bis auf den Rest ausbeutend. Eine dünne Oberschicht ohne wirtschaftliche und geistige Berechtigung. Der Islam steht hier in stärkstem Gegensatz zu der Volksreligion der Neger, zu ihrem Ahnenkult, ihrer Selbsthaftigkeit, ihrem Totemismus und ihrer Arbeitskraft.

Im Norden dieses westafrikanischen Gebietes, in das von Marokko und Algerien aus die islamitischen Nomaden eindringen, drückt sich ganz besonders stark der fundamentale Gegensatz zwischen Islam und der Naturreligion der Neger aus. Der ewig wandernde Nomade kennt keinen Ahnenkult, wie er kein Heim kennt. Der Tote wird in der Wüste oder im Gebirge bestattet, und allzu oft kommt der Stamm nie mehr in die Gegend des Grabes. Ver-

lassen und vergessen liegt der Tote in der Einsamkeit, verlassen von den Menschen, aber nach der islamitischen Auffassung bei Gott. Der wandernde islamitische Nomade kennt nur einen Gott, der allgegenwärtig ist, er findet ihn überall, wohin ihn seine Wanderungen führen. Überall, wo er seinen Gebetsteppich aufschlägt, ist Gott. Er kennt nicht wie die Naturreligion der afrikanischen Neger den Gott der Quelle, des Baumes, des Waldes, des Felsens. Quelle, Baum und Fels sind für ihn nur vorübergehende Begriffe. Er sieht sie im Vorbeiwandern, er vergißt sie wieder. Der Neger aber lebt in den Begriffen der Seßhaftigkeit, des Heimes, des Totenkultes, des Fetischismus. Die Bekehrung der Neger zum Islam war daher zu allen Zeiten der Araberherrschaft nur eine gewaltsame, keine natürliche, und verschwand wieder in dem Augenblick, wo durch die französische Kolonisation und Besitzergreifung des westafrikanischen Gebietes die Herrschaft des muselmanischen Ausbeuters gebrochen wurde.

Frankreich, das in den nordafrikanischen Kolonien und Mandatsgebieten im Islam den stärksten Widerstand gegen wirtschaftliche Hebung findet, kann daher heute kein Interesse an dem Schutz und der Pflege des Islams bei einer Negerbevölkerung haben, die ganz andere Qualitäten aufzuweisen hat als die sterile muselmanische. Aus einem der Arbeit keineswegs feindlich gesinnten Eingeborenen mit unverbrauchten Sinnen wird durch die Bekehrung zum Islam eine wirtschaftlich tote Kraft. Die Folgen sind aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Der seiner Naturreligion ergebene Neger nimmt den Europäer an, hat keine Vorurteile gegen die europäische Technik, sobald einmal die Furcht vor dem Unbekannten überwunden ist. Sobald er aber zum Islam bekehrt ist, wird er kraft dieser Religion zum Feinde des Europäers, des Unreinen und Ungläubigen, den zu bekämpfen und zu vernichten das oberste Gebot des Islams ist. Aus einem wirtschaftsfreundlichen Element wird ein wirtschaftsfeindliches. Der „Heilige Krieg“ des Islam gegen das Christentum gewinnt einen neuen Kämpfer in ihm.

Die Bekehrung des Negers zum Islam geschieht durch die nordafrikanischen Marabuts. Gerade in Nordafrika hat sich die Institution der Marabuts, der Heiligen, besonders stark entwickelt. Die Marabuts übertreffen heute an Bedeutung den eigentlichen islamitischen Klerus in Nordafrika. Ihre Zahl ist sehr groß und nimmt ständig zu. Es genügt, sich in Einsamkeit zurückzuziehen, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich zu lenken und bald den Nimbus des Heiligen zu erlangen. Wenn dieser Ruf einmal erworben ist, so hat die Verehrung der Gläubigen keine Grenzen. Es gibt nichts, was in den Augen der Gläubigen für ihn unmöglich wäre. Der Marabut kann alle Wunder bewirken, kann die Dürre beseitigen, Regen fließen lassen, unverwundbar machen und alle Wünsche erfüllen, wenn er will.

Wenn schon der Marabut in der islamitischen arabischen und Berberbevölkerung Nordafrikas derartige Verehrung genießt, wie muß sich sein Einfluß bei den Naturvölkern des Sudans steigern, wenn es ihm gelingt, Wunder zu verrichten?

Diese Gefahr ist nach einer anfänglich islamfreundlichen Politik im Sudan-gebiet von den Franzosen erkannt worden.

Es wurde eine grundsätzliche Änderung in der Verwaltung durchgeführt, die eine ausgesprochene Begünstigung der Neger gegen den Islam darstellt und noch heute nicht zu Ende geführt ist. Der Sklavenhandel wurde energisch unterdrückt, nicht ohne blutige Unruhen, da die reichen Sklavenhändler sich in ihrem Besitz und Wohlstand tödlich getroffen fühlten. Sodann erfolgte die Wiederherstellung der uralten überlieferten Gerichtsverfassung der Schwarzen, d. h. die Absetzung der muselmanischen Kadis und ihre Ersetzung durch die eingeborenen Häuptlinge als Richter. Seit dem Jahre 1903 ist dieser ungeheure Einfluß des Islam gebrochen. Der Häuptling jedes einzelnen Dorfes ist fortan Chef der Polizei und Richter. Die Appellationsgerichtshöfe werden so zusammengesetzt, wie es die streitenden Parteien ihrer Volksangehörigkeit nach sind. Jede einzelne Volksgruppe wird also nach ihrem eigenen Rechte gehört. Endlich wurde durch die Errichtung französischer Schulen versucht, den muselmanischen zu begegnen und ihren Einfluß zu brechen. Hier harren noch besondere Aufgaben der Lösung. Ganz besonderes Augenmerk wird aber jetzt von der französischen Kolonialverwaltung auf das Treiben der islamitischen Marabuts gerichtet. Sie werden überwacht, müssen über Zweck und Ziel ihrer Reisen genaue Auskunft geben und müssen sich Passierscheine besorgen. Reisen ohne bestimmten Grund werden verboten. Die Errichtung neuer Moscheen wird von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht und die Pilgerreisen nach Mekka werden nur dann zugelassen, wenn Gewähr dafür vorhanden ist, daß die Pilger nicht unterwegs der Vagabondage anheimfallen.

Zu diesen beiden großen Gebieten in Nord- und Westafrika tritt nun noch das syrische Mandatsgebiet, das für die französische Politik gegenüber dem Islam von Bedeutung ist.

Bekanntlich datieren die Beziehungen Frankreichs zum heiligen Lande sehr weit zurück. Bereits Karl der Große stand mit den Christen dieses Gebietes in Verbindung. Er intervenierte zugunsten der christlichen Bevölkerung bei Harun als Raschid. Später kamen die ersten von Frankreich ausgehenden Kreuzzüge und die Begründung der christlichen Fürstentümer in Jerusalem, Edessa, Antiochien und Tripolis, im sechszehnten Jahrhundert unterzeichnete Franz I. die bekannten Kapitulationen mit Sultan Soliman, die Frankreich als Schutzmacht der christlichen Bevölkerung im Orient anerkannten. Seitdem hat es keine französische Regierung gegeben, die nicht auf der Vormacht-

stellung Frankreichs in Syrien bestanden hätte, selbst die Revolutionsmächte sind von der traditionellen Linie nicht abgewichen. Die Stellung Frankreichs war daher von jeher eine Verteidigungsstellung gegen den Islam. Französische Priesterseminare und Schulen wurden unter türkischer Herrschaft errichtet, die Alliance Française beschäftigte sich mit den im heiligen Lande ansässigen Juden, bis die Folgen des Weltkrieges Frankreich das Mandat über das Gebiet des Libanon und in Syrien brachten. Seitdem hat die französische Politik im Mandatsgebiete vielfach geschwankt, hat versucht, die alte islamfeindliche Politik aus Tradition weiter zu verfolgen, hat Aufstände und Unruhen erlebt und ist gegenwärtig im Begriff, einen neuen Weg zu suchen, um die vielfältigen Gegensätze in diesem Lande auszugleichen. Die Bevölkerung des Mandatsgebietes ist nur zum allerkleinsten Teile christlich. Von den insgesamt rund drei Millionen Einwohnern bilden Christen nur ungefähr ein Drittel, aber selbst diese kleine Gruppe teilt sich wieder in verschiedene Glaubensbekenntnisse. Der Hauptstamm der Christen im Mandatsgebiet sind die Maroniten des Libanon, rund 300 000 Köpfe stark, so genannt nach ihrem Schutzpatron St. Maron und von jeher die besonderen Günstlinge Frankreichs. Sodann gibt es die orthodoxen Griechen, die katholischen Griechen oder unierten Melkiten, die die Autorität des Papstes in Rom anerkennen, und endlich die Nestorianer oder Chaldäer. Außerdem sind noch zu zählen die Armenier, die Gregorianer, Jakobiten, Protestanten und eigentlichen Syrier — ein reichlich buntes Gemisch innerhalb des so geringen Prozentsatzes der christlichen Bevölkerung. Die ersten französischen Oberkommissare im Mandatsgebiet hatten geglaubt, wie bisher die Maroniten begünstigen zu müssen und hatten ihnen die wichtigsten Verwaltungs- und Vertrauensposten anvertraut. Diese Maroniten, die ihre Erziehung fast ausschließlich auf den Priesterseminaren erhalten, waren ganz im Sinne der katholischen Kirche erzogen worden und die Erzfeinde der Muselmanen, besonders der sehr zahlreichen orthodoxen und ganz besonders der Drusen, die wieder innerhalb des Islam eine besondere Stellung einnehmen. Die traditionellen Massakres zwischen Maroniten und Drusen fanden ihr Ende durch die Besitznahme des gesamten Gebietes durch Frankreich und durch die offene Begünstigung der Maroniten. Die französische Politik im Mandatsgebiet mußte daher die rund 2,4 Millionen Muselmanen vor den Kopf stoßen, und es dauerte auch nicht lange, bis die Franzosen begriffen, daß man nicht mehr die Politik der Kreuzzüge fortsetzen könne, sondern den veränderten Verhältnissen und vor allem der zunehmenden Kraft des Islam Rechnung tragen müsse. Der erste französische Oberkommissar, der General Gouraud, änderte daher eines Tages plötzlich seine Haltung und wandte sich von den Maroniten der muselmanischen Bevölkerung zu. Man versuchte eine muselmanische Politik zu machen, ohne aber nennens-

werte Erfolge zu erzielen. In Syrien wohnt eine ganz besonders fanatische muselmanische Masse, deren extremste Richtung die Drusen darstellen.

Aber auch die zweite Phase der Politik Gourauds litt Schiffbruch, und an seine Stelle trat der General Weygand. Mit ihm setzte ein abermaliger Umschwung ein, und ein zweites Mal erlebten die Maroniten eine Blütezeit. Ganz unter dem Einfluß des katholischen Klerus, besonders der Jesuiten, stehend, setzte Weygand die Maroniten wieder in hohe Verwaltungsposten ein und trieb die alte, traditionelle Bekehrungspolitik des mittelalterlichen Frankreich. Er wurde durch General Sarraill abgelöst, den die Regierung Herriot plötzlich an die Stelle Weygands setzte. Mit General Sarraill, einem General der Linken, wurde ein zweites Mal im Mandatsgebiet Abschied von der katholischen Politik genommen — eine Haltung, die ihm den erbitterten Haß der Klerikalen in Frankreich zutrug. Die französische Regierung versucht jetzt, eine sogenannte syrische Politik zu treiben, d. h. weder den Islam noch die Christen zu begünstigen und ein allgemeines syrisches Nationalgefühl innerhalb des Mandatsgebietes zu erwecken, mit gemeinsamen Interessen und Zielen. Seit 1922 besitzen die drei syrischen Staaten von Damaskus, Aleppo und der Aluiten eine Verfassung, die ihre Krönung in dem Bundesstaat des Groß-Libanon finden. Die französische Einmischung hat sich auf ein Mindestmaß beschränkt, um den Eingeborenen die Möglichkeit zu geben, sich innerhalb ihrer eigenen Kultursphäre zu entwickeln. Wirtschaftlich ist das Mandatsgebiet von steigendem Interesse für Frankreich. Die Baumwollkultur im Hinblick auf die Versorgung der französischen Textilindustrie nimmt zu. Das Gebiet selber ist in unmittelbarer Nähe der Petroleumfelder des Mossul- und Irakgebietes gelegen und bildet das Durchgangsland zwischen der Mittelmeerküste nach Persien und Indien.

WERNER JUNKER:

DIE STELLUNG DER WEISSEN RASSE IM MODERNEN CHINA

In den letzten Tagen des August kam es bei Wanshien, einem Ort am oberen Yangtsekiang, zwischen Ichang und Dschungking gelegen, zu einem Zusammenstoß zwischen englischer Marine und chinesischem Militär, dessen möglicherweise ernste Folgen bis jetzt noch nicht übersehen werden können. Die bis heute bekannt gewordenen Tatsachen genügen aber schon an und für sich, ein grelles Schlaglicht auf die nachgerade unhaltbar gewordenen Zustände in China einerseits und die verhängnisvolle Entwicklung der Beziehungen zwischen Weißen und Gelben andererseits zu werfen.

Zwei der englischen Rheederei Butterfield & Swire gehörige Dampfer wurden

von Soldaten des General Yang Sen, zweifelsohne in dessen Auftrag beschlagnahmt und nach Wanhsien eingebracht. Über die Gründe ist bis heute amtlich noch nichts bekannt geworden. Aus dem, was durchsickert, erfährt man aber, daß es sich um eine Art Vergeltungsmaßnahme handelt. Ein mit Soldaten gefüllter Sampang soll durch die Wellen eines Dampfers zum Kentern gebracht und mehrere der Insassen des Bootes dabei ertrunken sein. Angeblich sollen die Soldaten auch Feuer auf den Dampfer eröffnet haben. Dies wird übrigens in letzter Zeit übereinstimmend von fast allen Dampfern berichtet, die den oberen Lauf des Flusses befahren und es ist auch ganz gut denkbar, daß, wie von einer Seite behauptet wird, der Dampfer, um den Schüssen zu entgehen, seine Fahrt beschleunigte und dabei durch das Schraubwasser das Boot zum Kentern brachte.

Sämtliche Versuche des britischen Konsuls in Dschungking, die Schiffe oder doch wenigstens den aus Weißen bestehenden Teil der Besatzung freizubekommen, schlugen fehl. Man griff daher auf den Versuch einer Lösung mit Waffengewalt zurück. Ein aus den Landungsabteilungen der verschiedenen Kanonenboote zusammengesetztes Expeditionskorps in einer Stärke von etwa 40 Mann wurde auf einem kleinen Flußdampfer abgesandt und erreichte am 5. September Wansien. Trotz heftigsten Feuers seitens der Chinesen gelang es, an dem einen Dampfer längsseit festzumachen und die Offiziere überzunehmen. An den anderen konnte man nicht heran, jedoch sprangen dort die Leute über Bord und wurden, teilweise wenigstens, aufgefischt.

Leider ließ sich das Unternehmen nur unter verhältnismäßig großen Opfern zu Ende führen. Sieben Tote, einschließlich dreier Offiziere, darunter den Führer, und fünfzehn Verwundete zählte man nachher, und dabei war das Ziel nur teilweise erreicht, die Dampfer im Besitz der Chinesen geblieben.

Es ist dies nur einer der zahlreichen Zwischenfälle, die sich fortwährend am oberen Yangtse abspielen und ein Licht auf das Verhalten der Militärverwaltung dem friedlichen Handel gegenüber werfen. Es ist noch gar nicht lange her, daß man dort einen Engländer mit Bambusstöcken einfach totschlug. Räuberei und Piratentum, in China gehört es zur Tagesordnung. Man wird sich damit abzufinden haben, so lange es eben keine starke Hand gibt, die mit eisernem Besen einmal gründlich auskehrt.

Dieses Mal weichen die Tatsachen aber von den sonst üblichen ab; denn hier handelt es sich nicht mehr um gewöhnliche Freibeuterei, sondern um einen Akt der obrigkeitlichen Staatsgewalt, wenn man diesen Ausdruck einmal brauchen will. General Yang Sen, die treibende Kraft und der verantwortliche Mann, ist der Militärgouverneur von Szechuan, übrigens ein Parteigänger Wu Pei Fus.

Es ist noch gar nicht lange her, da passierte während der Kämpfe in Schantung ein ähnlicher Zwischenfall bei Tientsin. Dort beschoß man einen japa-

nischen Zerstörer, wobei ebenfalls Todesfälle zu verzeichnen waren. Natürlich schob man nachher die Verantwortung auf die nachgeordneten Instanzen ab. Aber das kann uns nicht an der Grundtatsache vorbeiführen, daß von oben herab eben gewisse Direktiven gegeben worden sind, die sich dann teils unter Zubihilfenahme des sogenannten mangelhaften Untertanenverständes, teils im Zusammenwirken mit anderen Faktoren, von denen ich noch sprechen werde, selbst gegen Weiße auswirken und die ganze Haltlosigkeit der Lage dann und wann erschreckend deutlich widerspiegeln.

Vor etwa 20 bis 30 Jahren würde der Angriff auf das Leben eines Weißen in China blutig gerächt worden sein. Ganz sicher, wenn es sich um Übergriffe der Staatsgewalt gehandelt hätte. Gerade solchen Übergriffen, dem Tode eines Missionars etwa, Märtyrern also, möchte man sagen, verdankten die Mächte den größten Teil ihres Einflusses hier draußen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse aber beträchtlich verändert. Und es ist, allen Umständen nach zu urteilen, nicht anzunehmen, daß sich aus Zusammenstößen, wie den erwähnten, eine bewaffnete Intervention, ein Krieg entwickeln wird. Wie es bei dem japanischen Zwischenfall war, wird man sich auch hier mit einer Entschuldigung und der Zusicherung der Bestrafung der Schuldigen begnügen. Wenigstens bis jetzt scheint es so.

Damit könnte man nun die Angelegenheit auf sich beruhen lassen. Was sie uns, besonders uns Deutschen, aber dennoch interessant macht, ist die Tatsache, daß sie nichts weiter als ein Symptom nur einer allmählich fortschreitenden Entwicklung ist, die sich gegen die Herrschaft der Weißen und damit speziell der Engländer richtet und deren Wurzeln nachzuspüren sich schon lohnt.

Da ist zunächst einmal die historische Entwicklung der Stellung des Weißen hier draußen zu berücksichtigen. Der Fremde steht hier *de jure* und *de facto* anders da als in allen anderen Teilen der Welt. Der Europäer war einmal eine Autorität, wie er es jetzt noch etwa in Indien oder Afrika ist oder doch wenigstens zu sein glaubt. Er war es auch hier, aber er ist es nicht mehr. Der Weiße, der nach China geht, ist aber auch noch nicht in der Stellung, in der man sich befindet, wenn man sich aus seiner Heimat in irgend ein anderes zivilisiertes Land begibt. In China ist er nur ein Gast, und, wie die Dinge liegen, nicht einmal ein gern gesehener. Er kann sich noch immer nicht niederlassen bzw. Grundeigentum erwerben, wo er will, denn er ist an die sogenannten Vertragshäfen, d. h. die Niederlassungen gebunden, die man ihm eingeräumt hat. Eine Ausnahme bilden lediglich die Missionare, die ihre besondere Stellung vornehmlich dem Interesse verdanken, das Frankreich an seinen katholischen Missionen hat oder hatte.

Diese Niederlassungen sind nur gering an Umfang, man hat sie aber großzügig ausgebaut und mit allen Erfordernissen westlicher Kultur ausgerüstet. Das Geld dazu war vorhanden, es floß reichlich vor dem Kriege, das Geschäft war gut, die Konkurrenz nur klein.

Die ersten sogenannten Kulturpioniere aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts konnten die Chinesen noch ausbeuten, man kannte den Weißen noch nicht. Und man hat es gründlich besorgt. Wie überall, so waren es auch hier nicht gerade die lautersten Elemente, die sich zuerst ansässig machten, sondern Abenteurernaturen zumeist, denen es nicht so sehr auf einen großzügigen Handel mit China, auf anständiges Verhalten im Verkehr mit den Chinesen ankam, als vielmehr darauf, rasch reich zu werden. Diese nicht zu leugnende Tatsache hat kaum dazu beigetragen, die Achtung vor dem Weißen zu halten oder gar zu fördern. Aber der Chinese lernte, besonders die schlechte Seite seiner Moral im Geschäftsleben sah er dem Mann aus dem Westen bald ab, und begreiflicherweise hat er ihn dann mit seinen eigenen Waffen zu schlagen versucht. Mit Erfolg leider, das sehen wir heute. Und ganz besonders im geschäftlichen Verkehr. Ist der Markt für ihn gut, so wird das in Angriff genommene Geschäft abgewickelt, ist er aber gegen ihn, so geht der Chinese „Ningpo more far“, wie es im Schanghaijargon heißt, mit anderen Worten, er entzieht sich durch eine Reise ins Innere dem Zugriff des geschädigten Importeurs. Insofern ist der Kaufmann hier noch schlimmer dran als in Japan, wo die an sich schon berüchtigte japanische Geschäftsmoral doch wenigstens diesen Ausweg nicht hat. Der alte Satz: „A Chinaman's word is as good as his bond“ ist nur mehr eine Phrase mit einem bedauerlich starken ironischen Beigeschmack, insofern, als weder sein Wort noch seine Unterschrift heute etwas gilt.

Der Weiße hat es eben, wie überall in der Welt, nicht verstanden, sein Prestige zu wahren. Daran ist hauptsächlich der Krieg schuld. Es war eine Riesendummheit der englischen Diplomatie, vielleicht die größte, die sie sich seit Jahrhunderten geleistet hat, daß man China in den Weltkrieg mithineinzog. An dem Tage, an dem man China erlaubte, sich den Mittelmächten gegenüber als Sieger zu betrachten, war es mit der Vorherrschaft der Weißen vorbei. Die Einheitsfront, die bis dahin bestand, war zerbrochen. Man ist freilich jetzt ängstlich überall bemüht, sie wiederherzustellen, aber der Erfolg ist ein mangelhafter und kann es nach Lage der Dinge auch gar nicht anders sein. Es läßt sich nicht wieder gutmachen, daß man Weiße erster und Weiße zweiter Klasse geschaffen hat, zumal, wenn zu den letzteren Deutschland und die einzige noch ganz unabhängige Nation der Welt, Rußland, gehört. Es ist nun ja auch wieder wahr, daß auch vom deutschen Standpunkt aus die Zwei-

frontenstellung der Weißen als unnatürlich und darum als unhaltbar betrachtet werden muß. Aber es ist nicht an uns, den ersten Schritt zu einer Änderung zu unternehmen. Wir haben schließlich oft genug für andere die Kartoffeln aus dem Feuer geholt und uns dabei mehr oder minder verbrannt. Den anderen aber fehlt vorläufig die Möglichkeit. Man würde uns gern die Exterritorialität wiedergeben, wenn man noch darüber verfügen könnte, aber vorläufig kann man es nicht.

Der Chinese sagt sich nun: Wenn die Deutschen und die Russen — in ihrer Gesamtheit ein beträchtlicher Teil der weißen Bevölkerung — unter chinesischem Regiment leben kann, dann können es die anderen auch. Das ist von seinem Standpunkt aus ganz richtig gedacht. Der Irrtum, der ihm dabei unterläuft, liegt aber darin, daß er zu berücksichtigen unterläßt, daß diese Nationen eben nur deswegen hier leben können, weil sie praktisch unter dem Schutz der anderen Nationen stehen. Wo das nicht der Fall ist, ergeben sich die unerhörtesten Konsequenzen, wie z. B. erst vor einer Woche in Fuchau, wo man einen Deutschen ins Gefängnis geworfen hatte, weil sein Geschäftsherr einen Lieferungsvertrag mit dem dortigen Machthaber nicht ausgeführt hatte. In Schanghai besteht ein gemischter Gerichtshof, dem alle nicht der eigenen Konsulargerichtsbarkeit unterworfenen Fremden unterstehen.

Hier ist einige Gewähr für Rechtsprechung nach europäischen Prinzipien gegeben. Wo das aber nicht der Fall ist, kann es zu Komplikationen führen, die für uns alles andere als angenehm sind. Erst kürzlich hat die sog. Exterritorialitätskommission, die man auf Grund des Washingtoner Abkommens gebildet hatte, die Feststellung machen müssen, daß an eine Abschaffung der Fremdenrechte in China vorläufig nicht gedacht werden könne. Und das ist zunächst auch unsere Rettung.

Man hat sich auch sonst nicht sehr weitsichtig benommen. Da ist z. B. das Kapitel Missionsarbeit. Es mag hart klingen, aber es ist so, die ganze Missionstätigkeit ähnelt in ihren Erfolgen zu sehr dem berühmten Strümpfestricken für frierende Negerkinder; sie ist zwar nicht überflüssig, gewiß nicht, aber sie geht zu weit und die Erfolge sind im Vergleich zu der aufgewandten Mühe weder groß genug noch überhaupt die gewünschten. Daß ein großer Teil der Missionare nur Handelsagenten speziell für das amerikanische Kapital darstellt, ist eine bekannte Tatsache. Diese Art Mission steht gänzlich auf dem Boden der Tatsachen. Andere aber nicht, sie bemühen sich weiter um das Christentum. Aber schließlich werden auch die Missionare, die in wirklich bester Absicht herkommen, die Ärzte zum Beispiel, deren Notwendigkeit noch am wenigsten bestritten werden soll, mürbe, wenn sie nach unendlich vielen Mühen und Entsagungen, und nach all der Arbeit, die sie sich mit ihren Patienten gemacht haben, zuguterletzt noch darauf achten müssen, daß ihnen

der dankbare Patient nicht doch noch einen falschen Dollar in die Hand drückt. Da sind die Schulen, die Universitäten, die man den Chinesen großzügig eingerichtet hat, alles gute und schöne Dinge, wenn die Chinesen es nur anerkennen wollten. Aber das tun sie leider nicht, sie wollen gar nicht so sehr unterrichtet sein, wie wir es ihnen noch dazu kostenlos anbieten.

Wo sie aber unsere Bildung annehmen, da wenden sie die halbverdauten Kenntnisse sofort gegen ihre Lehrer. Es ist nicht jeder Chinese ein Sun Yat Sen. Die große Masse der sogenannten Gebildeten, die hier als Studenten herumlaufen und als solche auch in den Presseberichten herumspuken, sind Leute von 14 bis 20 Jahren, in einem Alter also, in dem man bei uns noch die Schulbank drückt. Und diese Leute sind es, die in ihrer Halbbildung und ihrer von Sachkenntnis nicht gerade getrühten Urteilstkraft die Zügel in die Hand nehmen und den Weißen Vorschriften machen zu können glauben.

Die Bewegung wäre lange nicht so stark und nicht so zu fürchten, wenn man sich nicht mit der Arbeiterklasse verbündet hätte, eine Allianz, die deutlich die Spuren russischen Einflusses an sich trägt.

Es sei in diesem Zusammenhang schließlich noch auf die verheerenden Wirkungen des Films verwiesen. Mit einer geradezu ans Unglaubliche grenzenden politischen Taktlosigkeit setzt man den Chinesen wie natürlich auch den anderen Völkern Filme vor, aus denen sie schlechterdings etwas Gutes über Europa nicht lernen können. Und wenn sie dann zu dem Resultat kommen: „Seht, wir Wilden sind doch bessere Leute“, wie es in dem bekannten Gedicht heißt, wer dürfte sich darüber noch wundern?

Zwischenfälle, wie im Mai vorigen Jahres, lassen dann die nationale Welle hochgehen, die sich in einem Sturmlaufen gegen die ungleichen Verträge im allgemeinen und gegen die Engländer als deren Repräsentanten im besonderen auswirkt. Eine von außen gesehen wirklich reichlich schlappe Haltung der auswärtigen Vertreter ist auch nicht geeignet, den sich dabei notwendig ergebenden Auswüchsen, wie dem Boykott Hongkongs zweckentsprechend zu begegnen. Darauf komme ich noch zurück.

*
*
*

Zu den Forderungen, die man mit dem Begriff der unequal treaties verbindet, gehört neben Abschaffung der Fremdgerichtsbarkeit auch die Übergabe der Niederlassungen. Ein an sich vielleicht berechtigtes Verlangen, wenn man davon ausgeht, daß das Land chinesisch war und geblieben ist.

Da ist z. B. als die bedeutendste Niederlassung Schanghai zu erwähnen. Eine große und — wenn gerade kein Krieg ist, ein freilich seltener Zustand — blühende Handelsstadt. Die Niederlassung ist gut ausgebaut, wie ich schon sagte, Licht, Kanalisation, gut erhaltene Straßen, geregelter Verkehr und ge-

eignete Verkehrsmittel, modernste Krankenhäuser, Unterstützungsanstalten, Schulen, kurz alles, was man in Berlin, London oder New-York auch sucht und findet. Und direkt daneben liegt die Chinesenstadt, eng, unsicher, schmutzig, verkehrslos hier und überfüllt dort, mit Wasser, bei dem auch nicht eine einzige Probe Cholerabazillenfreiheit ergab, kurz, ganz noch in dem Zustand, wie er vielleicht schon seit Jahrhunderten bestanden hat.

Es ist schon begreiflich, daß man diese model towns, die Niederlassungen, wiederhaben will. Aber wer ist es denn, der von den Niederlassungen in der Hauptsachè seinen Vorteil zieht? Es leben etwa eine Million Einwohner in Schanghai. Etwa Achthunderttausend davon sind Chinesen. Vom Rest noch der weitaus größte Teil Japaner, die ja, auch eine Ironie, den Weißen zugerechnet werden. Von denen, die dann noch übrig bleiben, ist die gute Hälfte russisch, was also an Fremden übrig bleibt, ist verschwindend gering gegenüber der Zahl der Chinesen und würde praktisch ganz an die Wand gedrückt werden, wäre nicht die Verwaltung europäisch, d. h. englisch. Nach den Maiunruhen hatte man den Chinesen drei Sitze in der Stadtverwaltung nahezu einstimmig zugestanden. Anstatt dies jedoch anzunehmen, folgte man dem Drängen revolutionärer Drahtzieher, forderte Vertretung entsprechend der Höhe der gezahlten Steuern und schlug daher das Angebot ab. Würde man der Forderung Folge geleistet haben, so wäre es natürlich mit der Niederlassung dem Sinne nach zu Ende, und es würde auch kaum lange dauern, bis Schanghai im gleichen Zustande sich befindet, wie die benachbarte Chinesenstadt.

Wie die Dinge jetzt schon liegen, hat der Weiße sich mit dem zu begnügen, was der Chineser übrig läßt. Die besten und wertvollsten Stücke Landes, die schönsten Villen gehören den Chinesen, die hier, teils um Schutz vor ihrer eigenen Soldateska zu finden, teils um Handel zu treiben, sich niedergelassen haben. Es ist leider so, die Chinesen haben das Geld, der Weiße trägt nur noch einen Scheinreichtum zur Schau. Ins Ungemessene gesteigerte Lebensansprüche auf der einen Seite, Geschäftsverluste auf der anderen, eine Folge teils schlechter Verhältnisse im Lande selbst, größtenteils der nur zu bedauerlichen Unfähigkeit, wenigstens geschäftlich sich einig zu sein. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in den letzten Jahren mehr Geld in China hineingesteckt als herausgeholt worden ist, eine Tatsache, aus der die Konsequenzen zu ziehen man sich vorläufig noch scheut.

Der Chineser hätte wirklich alle Ursache, mit dem Bestehen von Niederlassungen zufrieden zu sein. Zum mindesten der Teil, der in den Niederlassungen lebt. Woher stammt denn der Reichtum, den sie hier zur Schau tragen und ungestört genießen? Mancher mag ehrlich erworben sein, aber es sind ihrer nur allzu viele, die ihn unrechtmäßig besitzen, Heerführer, die eine Provinz ausgesogen haben, politische Abenteurer, die zu Geld gekommen

sind, Unternehmer, die von der Regierung Geld eingesteckt, aber nichts dagegen geliefert haben. Sie alle bezahlen außer den Stadtabgaben nichts und sind auch sonst vor Zugriffen des ewig notleidenden Finanzministeriums gesichert. Die Regierung behauptet, daß sie sich all dieser Existenzen bemächtigen könne, gäbe es keine Niederlassungen, aber wer weiß, ob man sich nicht dann nach Japan, Manila, Singapore usw. verzieht? Vorläufig genügen die Niederlassungen.

Natürlich gibt es auch Chinesen, die dies einsehen, die die Weißen, die von ihnen gebrachten Vorteile und die Notwendigkeit guten geschäftlichen Zusammenarbeitens nicht verkennen. Es gibt auch solche, die wohl dazu in der Lage sein könnten, das Land wieder zu Wohlstand und die Fremden wieder zur Anerkennung zu bringen, Da ist zum Beispiel der Marschall Sun Chuan Fang, der Herr über die fünf Ostprovinzen Kiangsi, Kiangsu, Chekiang, Anhui und Fukien, zur Zeit wenigstens noch ihr Herr. Ihm und auch seinen Ratgebern wird Verständnis für die Lage und guter Wille und Fähigkeit, sie zu bessern, nicht abgesprochen werden dürfen. Auch den anderen gegenwärtigen Machthabern muß man lassen, daß sie staatsmännische Fähigkeiten besitzen. Aber solange sie fortfahren, sich gegenseitig zu bekriegen, wird für eine Änderung der bestehenden Verhältnisse weder Zeit noch Mittel übrigbleiben. In Peking sitzt freilich eine sogenannte Zentralregierung, aber es sind nicht nur die bösen Zungen, die behaupten, daß sie nur eine Fiktion der diplomatischen Vertreter der Mächte sei. Diejenigen, die die wirkliche Macht in Händen haben, sind die Marschälle, denen eine mehr oder minder große Armee zur Verfügung steht, d. h. eine Horde Kulis, denen man das Gewehrtragen notdürftig beigebracht hat, und mit deren Hilfe sie dem Lande solange ihren Willen aufdrängen, bis ein Anderer, Stärkerer, kommt, der sich an die Stelle setzt und nun seinerseits das Land aussaugt. Es hat keinen Zweck, sich mit den einzelnen Personen hier näher zu beschäftigen, was heute oben ist, kann morgen schon wieder unten sein. Noch vor einer Woche hielt man Wu Pei Fu für „den“ Mann, heute ist er geschlagen und sammelt die Trümmer seiner Truppen. Gestern noch berichtete man von der Zerstörung der Feng Yu Hsiang-schen Macht, heute erscheint er in Verbindung mit der Kantonregierung wieder auf der Bildfläche und seine neuen Truppen ziehen siegreich in Hankau ein.

Zu einer Zeit, wo die Mächte, teils aus gutem Willen, teils aus Geschäftsinteresse, d. h. um dem Konkurrenten den Rang abzulaufen, sich in Washington zu einer Änderung der bestehenden Verträge bereitfanden, wo man Justiz- und Exterritorialitäts-, Finanz- und Tarifkommissionen tagen läßt, ist einfach kein Mann zu finden, mit dem man verhandeln kann, ohne sich der Lächerlichkeit preiszugeben. Während sich die Politiker in Peking ehrlich

bemühen, soviel wie möglich für China herauszuholen, bekriegen sich die Generale unentwegt weiter, wird von Kanton aus erklärt, daß man keinen der von Peking einzugehenden Verträge als verbindlich anerkennen könne.

Je mehr man diese Unhaltbarkeit der Zustände berücksichtigt, um so sonderbarer muß es anmuten, daß China seiner Größe und Bevölkerung entsprechend Ansprüche auf einen Dauersitz im Völkerbund macht. Alle Mißstände werden geschickt als Einzelfälle hingestellt, aus denen man nicht auf das Ganze schließen dürfe, und es will wirklich manchmal scheinen, als ob sich die gesamte weiße Diplomatie von der ohne Zweifel hervorragend geschulten chinesischen übers Ohr hauen läßt. Wenn China wirklich die Anerkennung verlangt, zu der es seiner Größe entsprechend an sich berechtigt wäre, dann ist die Grundbedingung die, daß erst mal Ruhe und Ordnung im Innern geschaffen und allen, auch den Weißen, Sicherheit des Lebens und Eigentums und eine geordnete Rechtsprechung gewährleistet wird. Solange dies nicht der Fall ist, kann man unmöglich verlangen, daß sie ihre Reservate aufgeben.

Die Gelegenheit, etwas zu erreichen, ist wahrhaftig nie günstiger gewesen als jetzt, wo die maßgeblichen Völker der Welt sich mit Problemen nationaler und internationaler Art zu befassen haben, die ihnen wahrlich näher liegen, als die Wünsche der Republik des fernen Ostens.

* * *

Vielleicht ist es gerade diese letzterwähnte Tatsache, die die Mächte zwingt, vom Ordnungschaffen auf eigene Faust zunächst abzustehen, die sie hindert, Staatsbeleidigungen zu rächen und die Übeltäter zu bestrafen. Ich komme damit auf den Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück. Warum läßt man sich soviel bieten, warum läßt vor allem das einst so stolze England sich alles gefallen? Warum wehrt man sich nicht gegen einen Boykott Hongkongs? Der englische Handel, mit ihm natürlich auch der übrige, aber erst in zweiter Linie, hat nachgerade genug gelitten. Die Stimmen mehren sich von Tag zu Tag, die nach einer Politik schreien, die den Verhältnissen besser gerecht wird. Die Presse macht nicht nur die öffentliche Meinung, sie spiegelt sie auch wieder und in den hiesigen Zeitungen ruft man von Woche zu Woche lauter danach, daß dem fremdenfeindlichen Treiben ein Ende gemacht wird. Vor ganz kurzer Zeit hat sich auch die Times zum Sprachrohr dieser Bewegung gemacht. Augenblicklich geht die Welle der Empörung wieder besonders hoch, begreiflicherweise ist man einheitlich der Ansicht, daß der Wanhsienzwischenfall den Kulminationspunkt darstellen müsse, andernfalls sei es mit der britischen Vorherrschaft im fernen Osten aus.

Mir scheint nur, daß dies eine euphemistische Verhüllung der bereits dämmernden Erkenntnis ist, daß tatsächlich der Weiße seine alte Rolle in China

endgültig ausgespielt hat. Aber in den politischen Zirkeln der europäischen Großstädte ist man noch nicht so weit in der Erkenntnis vorgedrungen. Während hier bereits alles sich in Bewegung befindet, drunter und drüber geht, hält man in Europa immer noch an der alten Politik fest, nur ja an nichts zu rühren, nur nicht einen Brand zu entfachen, dessen Reichweite man nicht überblicken kann — und der doch schon entfacht ist.

Vielleicht — vielleicht kann man schon nicht mehr anders. Als ob man einfach nicht sehen wolle, wird in London von der Einheitsfront gesprochen, die die in China interessierten Mächte bilden müßten. Da läßt gerade heute die Daily Mail sich vernehmen, eine isolierte Intervention sei solange unerwünscht, als sie sich vermeiden ließe, man müsse jedoch eine Einheitsfront der beteiligten Mächte herstellen. Leider werden derartige Feststellungen, so wahr und so berechtigt sie an sich sein mögen, schon seit Jahresfrist vergeblich gemacht. Und wie zum Hohn auf die Londoner Kommentare läßt sich heute die japanische Regierungspresse vernehmen, daß Japan kein Interesse an Intervention habe und die „Wait and see“ Politik fortsetzen wolle. Das Gleiche gilt von Amerika und Frankreich. Der Temps glaubt nicht an die Möglichkeit eines Übereinkommens und fürchtet, daß man dann China dem Bolschewismus in die Arme treibe. Zu einem ähnlichen Resultat kommt in einer bemerkenswert offenen Weise auch die Shanghai Times in ihrem gestrigen Leitartikel. Es heißt dort auf die Frage, was eine gemeinsame Politik bisher verhindert habe: „Perhaps it has been the realization of each of the parties involved that their interests were separated and divided one from another, that the much talked of „common interest“ has been a stock phrase which has done much to cover a multitude of divergencies“. So ist es in der Tat. Während des Boykotts glaubt man festgestellt zu haben, daß die nicht boykottierten Firmen Riesengeschäfte gemacht haben. Man glaubt also, lernen zu müssen. Damit die Japaner nicht noch mehr gewinnen, hütet man sich ängstlich, es nicht zu einer neuen Auflage des Boykotts kommen zu lassen. England will seinen Handel verbessern, Amerika und Japan auch. Was England während des Boykotts verlor, haben die anderen eingesteckt, immer, wenn ein Volk etwas verlor, haben die anderen Völker etwas eingesteckt, zwar nicht entsprechend, aber doch verhältnismäßig. Denn der Handel als solcher geht zwangsläufig weiter, da die Nachfrage am einen wie am anderen Ende weiterbesteht. Die Frage ist nur, wer sie befriedigt. Damit nur ja der andere das Geschäft nicht macht, wird alles vermieden, was dem eigenen Geschäft schaden könnte. Und das einzige, was man bis jetzt als gemeinsames Interesse erkannt hat, ist die Tatsache, daß jeder bei dem Wettlauf um den legitimen Handel mitmachen muß. Im Notfall nimmt man also auch mit einer lendenlahmen Entschuldigung vorlieb, wie es die Japaner nach dem Tientsinzwischenfall taten.

Eine Krämerpolitik, die an Kurzsichtigkeit wirklich nichts mehr zu wünschen übrig läßt und besonders den Nachfolgern eines Pitt und Beaconsfield schlecht ansteht.

Es ist schon richtig, wenn eine Zeitung*) schreibt: „The British people have a right to expect that H. M. Government will take action to bring home to the military satraps in China that, although they may wage war upon each other and desolate the country murder and rob, they cannot seize British steamers and, when river warships act within their right to protect their nationals and their property fire upon the Union Jack and kill H. Majesty's servants who are performing their bounden duty with not an jota of hostility towards China. The prestige of the foreigner is lowered if incidents of such a character are lightly passed over.“

Die Frage ist nur die, ob nicht der englischen Regierung die Gefahr einer Kollision der Interessen in China mit denen in ihren anderen Dominions, besonders in Indien, zu groß erscheint, und man nicht auf die dominierende Stellung in China bereits endgültig Verzicht geleistet hat. Das British Empire wackelt an allen Ecken und Enden. Caveant consules! Es ist ein mehr als vorsichtiges Lavieren zwischen all den vielen Interessen in Europa und den übrigen Weltteilen nötig, um es nicht zum zweiten Weltbrand kommen zu lassen, auf den man offenbar noch nicht genügend gerüstet zu sein glaubt. Daß die Gefahr eines Krieges kaum irgendwo größer ist als am Pazifik, ist bekannt. Die Lage ist auch zwischen den Mitgliedern des Völkerbundes hier draußen reichlich gespannt, Rußland tut das Seine, sie nicht zu verringern. Man denke nur an das Kantonunternehmen.

Was wird das H. M. Government tun?

Schanghai, den 11. September 1926.

HEINZ KLOSS:
HOCHSCHULE IN ÜBERSEE

Wenn wir das Auslandsdeutschtum einteilen in die drei großen Gruppen des Europadeutschums, des Sowjetdeutschtums (in der Sowjetunion) und des Überseedesdeutschums, deren jede ihre eigenen Probleme hat, so ist innerhalb des Überseedesdeutschums offensichtlich der sprachpolitisch wichtigste Teil das Deutschtum der fünf südamerikanischen Staaten Brasilien, Uruguay, Paraguay, Argentinien und Chile. Die Deutschen der Vereinigten Staaten sind zwar

*) North China Daily News, 9. 9. 26.

zahlenmäßig weit stärker, aber ihre Assimilation ist soweit fortgeschritten und auch soweit sie unassimiliert sind leben sie räumlich derart zersplittert, daß ihre Bedeutung bereits sekundär geworden ist.

Die Zentren des Südamerikadeutschtums sind Ostargentinen (genauer Mittelost- und Nordostargentinen) und Südbrasilien. In Uruguay leben nur sehr wenige Deutsche, in Paraguay hat ihre Zahl in den letzten Jahren langsam zugenommen, ist aber immer noch sehr gering. Als getrennte Gruppen finden wir Deutsche in Chile, etwa 30 000 Menschen meist zwischen Valdivia und dem Llanquihue-See, und in Mittelbrasilien, wo die sprachliche Assimilierung schon sehr stark ist.

Wo sich die Staatsgrenzen von Brasilien, Paraguay und Argentinien nähern, zerschneiden sie willkürlich eine einheitliche Landschaft, die im Osten durch den Atlantischen Ozean, im Westen etwa durch den Rio Paraguay und von dessen Mündung ab durch den Rio Parana begrenzt wird, im Süden noch über diesen hinausreicht, also auch Uruguay mit umfaßt. Die Staatsgrenzen folgen fast durchweg den Flußläufen; keinen Grenzfluß finden wir zwischen Missiones und Sta. Catharina. Weiter westlich ist das Chaco-Gebiet nicht weniger willkürlich zwischen Argentinien, Paraguay und dem 1926 von deutschen Siedlern noch freien Bolivia aufgeteilt; in seinem argentinischen Teil sitzen schon einige deutsche Kolonisten. Gleich der Landschaft in der sie wandern und wohnen, sind auch die Deutschen in Ostargentinen und Südbrasilien (und mit ihnen die Deutschen von Paraguay und Uruguay) eine Einheit. Schon wachsen sie allmählich auch räumlich zusammen. Von Süden wandern Deutschargentiner nach Corrientes und Missiones herauf und von Nordosten ziehen unaufhörlich deutschbrasilische Kolonisten über die Grenze von Missiones. Langsam beginnen auch deutschargentinsche und deutschbrasilische Vereine sich zusammenzuschließen. Um ihrer Einheit gewiß zu sein und als lebendige Einheit handeln zu können, sollten jene Südamerikadeutschen südlich des Äquators sich unter einem gemeinsamen Namen, dem Namen Süderdeutschum, zusammenfinden, der sie die Verschiedenheit ihrer Herkunft aus Schweiz, Wolgarepublik und Deutschem Reich und die Verschiedenheit ihrer gegenwärtigen Staatsangehörigkeit überwinden ließe und unter dem man auch von Europa aus sich gewöhnte sie als Einheit zu sehen. Wenn wir vom Namen Süderdeutschum freilich auch die weniger zahlreichen Deutschen in Mittelbrasilien und Chile mit umfaßt wissen wollen, so geschieht das nicht so sehr unter geopolitischen wie unter sprachpolitischen Gesichtspunkten.

Die verschiedene Herkunft der Deutschen in jenen Staaten macht es schwierig, ihre zahlenmäßige Stärke zu schätzen. Fast alle Angaben in Werken wie The Statesmans Year-Book, Banes Lexikon der Geographie oder Nobels Hand-

buch des Staatsmanns geben zu niedrige Zahlen, weil sie einmal zwischen Staatsangehörigkeit und sprachlicher Zugehörigkeit nicht deutlich unterscheiden (z. B. könnten 1913 unter 100 Einwanderern reichsdeutscher Staatsangehörigkeit gut einmal 50 Polen und 1925 unter 100 Einwanderern tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit gut einmal 50 Deutsche gewesen sein) und weil sie zum andern die gerade in Südbrasilien außerordentlich starken Vermehrungsziffern der Kolonisten nicht genügend berücksichtigen. So finden wir in Brasilien 1920 neben 52 000 in Deutschland geborener auch 26 000, also genau die halbe Zahl, in Österreich geborener Personen und in Argentinien leben neben rund 80 000 unmittelbar aus Deutschland stammenden allein rund 100 000 aus dem Gebiet der Sowjetunion und zwar zu 75 % aus der heutigen Wolgarepublik stammende Deutsche. Meine Berechnungen, für die die ausführlichen Unterlagen anzugeben hier nicht der Ort ist, lassen mich reichlich 200 000 Deutsche in Argentinien und reichlich 800 000 Deutsche in Südbrasilien annehmen; die Hauptgruppe des Süderdeutchtums umfaßt also eine Million Menschen. Aber auch diese Schar ist von der Assimilierung bedroht, die das mittelbrasilische und das vereinsstaatliche Deutchtum bereits ergriffen hat, wenn es kein psychisches Zentrum findet. Es sind nur zufällige Beispiele, wenn ich in den letzten Wochen an zwei verschiedenen Stellen las, daß im argentinischen Colonia Villa Urquiza und im südbrasilischen Joinville die Jugend entgermanisiert ist. Psychisches Zentrum kann nur eine Hochschule werden, weder Gesangvereine und Turnvereine noch auch Lehrer- und Theologenseminare können es sein oder schaffen.

Die zahlenmäßigen Voraussetzungen für eine Hochschule sind mit einer Million Menschen ohne weiteres gegeben, wenn die 80 000 Isländer in Reykjavik und die 80 000 Einwohner von Nevada in Reno ihre eigene Universität haben können. Nicht als Träger, wohl aber als Lernende kommen noch weitere Personen in Argentinien und Brasilien in Frage. Es gibt in den argentinischen Provinzen Santa Fé, Buenos Aires und Entre Rios, besonders in der Stadt Buenos Aires, rund 100 000 Jidden (jiddischsprachige Juden) die sämtlich deutsch verstehen und sich dem deutschen Sprachkreis ohne Werbung und Opfer eingliedern lassen, wenn man sie nicht gewaltsam zurückhält; auch Rio Grande do Sul bekommt jiddische Einwanderer. Es mögen auch manche nichtdeutsche Ostargentinier und mehr noch Südbrasilier im unvermeidlichen Verkehr mit den Deutschen deren Sprache gelernt haben; in Südbrasilien ist nicht überall das Portugiesische Verbindungssprache zwischen den verschiedenen Sprachgruppen. In der Kolonistenzone von Rio Grande do Sul sind die Lusobrasilier eine schwache Minderheit, es leben dort

359 000 Deutsche,
270 000 Italiener,
117 000 Lusobrasilier,
71 000 Polen und
49 000 div.

Noch wichtiger ist dies: Nicht sofort, aber nach einigen Jahren kann mit steigender Sicherheit auf den Zuzug von Südamerikanern mit spanischer oder portugiesischer Muttersprache gerechnet werden. Wenn im Juli 1926 die medizinischen Studenten der Universität Rio de Janeiro nach Deutschland das Ersuchen richteten, deutsche medizinische Werke ins Esperanto übersetzen zu lassen, da man ihnen das Opfer, deutsch zu lernen, nicht zumuten könne, so ließe sich sehr wohl denken, daß sie eine Universität mit deutscher Lehrsprache im eigenen Lande nicht auf die Dauer mieden, wenn sie glauben könnten, dort Wertvolles zu lernen.

Gänzlich abwegig wäre es, an ein reichsdeutsches Forschungsinstitut nach der Art der Deutschen Biologischen Station in Neapel oder des Deutschen Archäologischen Institutes in Rom zu denken. Soweit bei der Standortwahl für solche Institute sprachpolitische Gesichtspunkte mitzusprechen haben, gehören sie an Orte, an denen es ein nennenswertes Auslandsdeutschtum nicht gibt. Nicht daß wir für die Süderdeutschen nur eine Ausbildungsstätte für die junge Generation und keine Forschungsstätte für nötig hielten. Eine endogene süderdeutsche Forschung ist sogar von entscheidender Wichtigkeit. In der Entwicklung einer Sprachminderheit lassen sich vier Entwicklungsstufen unterscheiden. Auf eine schulenlose Vorstufe folgt die erste Hauptstufe, auf der vom Stammlande aus, also in unserem Falle in erster Linie von Deutschland aus für Lehrer und Geistliche gesorgt wird. Auf der zweiten Stufe werden die Lehrer und Geistlichen von der Minderheit selber herangebildet, aber in rein reproduktiver Weise: Die vermittelten Bildungselemente sind teils aus der Zeit der Auswanderung ererbt, teils fremd übernommen aus dem gegenwärtigen Leben der Heimat oder der anderssprachigen Mitbewohner, niemals aus Zusammenwirken von Umwelt (Boden, Mitbewohner) und Ererbtem heraus in der eigenen Sprache gestaltet. Über diese Stufe des Lehrerseminars und des theologischen Seminars ist das Auslandsdeutschtum mit Ausnahme des heimatnahen baltischen Deutschturns niemals herausgekommen, wohl aber sind es die Frankokanadier, die eben deshalb als einzige amerikanische Sprachminderheit ihren sprachlichen Bestand unverändert behauptet haben. Auf ihrer Stufe, der dritten Hauptstufe, wird eigene geistige Arbeit geleistet (die wenige heimatgeschichtliche Forschung der vereinsstaatlichen Deutschen reicht wirklich nicht aus) und erst diese befähigt eine Minderheit, die nicht wie die meisten europadeutschen Gruppen in unmittelbarer

Nähe der Heimat lebt, der geistig gleich der angloamerikanischen oder der lusobrasilischen autonom gewordenen Mehrheit gegenüber die eigene Art zu wahren. Dabei denken wir an die Funktion der Hochschule als psychischen Zentrums, nicht an eine bestimmte Ausgestaltung, sei diese nun collegemäßig wie in den Vereinigten Staaten, theokratisch wie in Quebeck und Montreal, nach reichsdeutschem Typ oder von dem mit alledem (zu Recht) wenig Zufriedenen nach neuer Art gewollt. Da die Hochschule im kleinen und praktisch als landwirtschaftliche Experimentierstätte anfangen müßte, ist diese Frage nicht sehr dringlich. Wichtig ist für den Anfang zweierlei: daß trotz vielleicht geringer materieller Chancen fähigste Spezialisten aus Deutschland und (damit jeder offizielle staatsdeutsche Schein und Hintergedanke vermieden wird) möglichst auch der Deutschschweiz, daneben auch Österreichs und Deutschböhmens für den Beginn sich zur Verfügung stellen, damit wirklich nutzbringende und vorbildliche Leistungen, die dem wirtschaftlichen Gesamtorganismus und damit auch den Nichtdeutschen jener Landschaft erwünschten Vorteil bringen, erzielt werden und zweitens, daß diese Spezialisten mit größtmöglicher Schnelligkeit einheimische süderdeutsche Nachfolger sich heranziehen, vor denen sie später das Feld räumen. Das schließt nicht aus, daß nicht späterhin zu jeder Zeit ein Austausch von einzelnen Lehrenden zwischen Europadeutschtum und Süderdeutschtum denkbar wäre und ebensowenig, daß schon jetzt möglichst vielen jungen Süderdeutschen der Aufenthalt und evtl. das Studium oder eine Lernpraxis in Deutschland ermöglicht werde. Doch es handelt sich bei weitem nicht so sehr darum, die Süderdeutschen mit europadeutschem Wissen zu beglücken, als darum, ihnen zu einem geistigen Eigenleben zu verhelfen, zu einer kulturellen Selbständigkeit, die ihnen Deutschland bis zu einem gewissen Grade entbehrlich macht, zu einer koordinierten Dominionstellung neben den verschiedenen Teilen des Europadeutschtums innerhalb und außerhalb des Reiches, zu einem gemeinsamen Stammesgefühl, das nur durch gemeinsame Leistung ermöglicht wird, zur Beseitigung des Gefühles, die deutsche Sprache sei nicht viel mehr als eine Bauernsprache. Von allen Teilen des Auslandsdeutschums, von den Banater Schwaben so gut wie von den Pennsylvaniadeutschen wissen wir, daß oft schon die zweite Generation der Kolonisten vergessen hat oder doch nicht mehr beachtet, daß sie aus einem Lande mit starkem in deutscher Sprache ausgedrücktem Eigenleben kommt; die Kolonisten beurteilen den Wert dieser Sprache nach den Leistungen, die im neuen Lande in ihr einen Ausdruck finden und da stehen sie außerhalb Mitteleuropas überall auf der Erde bis heute vor einem Nichts. Die deutsche Sprache hat für die Auslandsdeutschen gegenüber dem bodenständig gewordenen Englisch der Vereinigten Staaten, Kanadas, Australiens und Südafrikas, dem Spanisch von Argentinien, dem Afrikaans von Südafrika, dem Portugiesisch

von Brasilien und selbst dem Magyarisch von Ungarn allzuoft den Wert eines minderwertigen Kleinleutedialektes wie es das Bretonische oder das Wendische sind, bekommen. Wie soll es erst bei den Deutschen von Entre Rios sein, die aus der Wolgarepublik stammen und von dort schon keine starke Überlieferung mehr herüberbringen. Neuer Raum will neue Artung, neue Heimat will neuen Geist; sind Portugiesisch und Spanisch in Südamerika für neue Menschen zum eigenen Ausdrucksmittel geworden, so werden sie eine Sprache verdrängen, die nicht von der südamerikanischen, sondern von der fernen europäischen Erde Klangfarben und Schattierungen erhält. Mit künstlicher Fernernährung erhält man keine Sprache am Leben. Noch sind wir gewohnt, die Süderdeutschen nur in der negativen Situation von Auslandsdeutschen, d. h. förmlich nur noch Halbdeutschen, die nach Europa hin gravitieren müßten, zu sehen; tatsächlich gravitieren sie in ihrer Mehrzahl schon längst nicht mehr nach Europa, nur haben sie einen eigenen Schwerpunkt noch nicht gefunden woraus sich ein sprachgefährdendes Minderwertigkeitsbewußtsein oder doch ein solchem Bewußtsein entsprechendes Handeln entwickeln kann.

Bei der ersten Realisierung dessen, was im Endziel als voll ausgebaute Hochschule gedacht ist, kann, das muß nach so viel stolzen Worten gesagt werden, nur mit bescheidenen Maßstab gerechnet werden. Auf Philologen und Philosophen wäre auf lange Zeit hin ebenso zu verzichten wie auf das Recht zur Verleihung staatlich anerkannter Diplome. Zuerst wäre an eine landwirtschaftliche Experimentierstätte zu denken, die für eine regsame landwirtschaftliche Bevölkerung sehr bald ein gutes Geschäft werden könnte und die doch zugleich Gelegenheit zu naturwissenschaftlicher Forschung geben würde. Die Erfahrungen und Menschen zweier Arbeitsgebiete könnten für sie nutzbar gemacht werden: in erster Linie die Arbeit der Kolonialschule von Witzenhausen, in zweiter Linie die Arbeit der ehemaligen Ackerbauschulen in den deutschen Kolonien wie der von Nuatjä in Togo usw. Angliedern könnte sich allmählich eine Handelshochschulabteilung, die sich nicht für immer auf betriebswirtschaftliche Fragen zu beschränken brauchte und später eine technische und eine medizinische Abteilung. Der nichtstaatliche Charakter erleichtert es, das Institut als gemeinsames Organ aller Süderdeutschen zu behandeln.

Errichtet werden müßte die Hochschule wohl überwiegend aus Mitteln der einzelnen Süderdeutschen (wir erinnern daran, daß sie ein gutes Geschäft werden kann); als kleine landwirtschaftliche Hochschule könnte sie sich später vielleicht zum Teil selber erhalten. Auf die Dauer gesichert werden könnte sie durch ein selbstverständlich nach Staaten gesondertes aber innerhalb jedes einzelnen Staates zentralisiertes Genossenschaftswesen besonders von landwirtschaftlichen Genossenschaften; auch an Konsumgenossenschaften und gewerb-

liche Genossenschaften wäre zu denken. Den Wert der landwirtschaftlichen Genossenschaften beweisen Dänemark, Irland und neuerdings Indien; die Genossenschaftsverbände könnten vielleicht auch z. B. das in der Aufsaugung begriffene Deutschtum Mittelbrasilens und sonstige Außensplitter miterfassen, denn weshalb soll in Südamerika unmöglich sein, was in Polen oder in Rumänien dem Deutschtum für seine räumlich ganz zersplitterten Bestandteile mit verschiedenster Geschichte gelungen ist. Die Zentralbanken solcher Verbände könnten der Hochschule gegenüber die gleiche Stellung einnehmen wie die Zeißwerke in Jena gegenüber der dortigen Universität.

Bleibt die Frage nach dem Ort. Am straffsten organisiert ist der Teil der Argentinierdeutschen, der europadeutscher Herkunft ist, was damit zusammenhängt, daß die deutschen Südbrazilier abseits von den großen Metropolen wie Rio de Janeiro oder Sao Paolo leben, während die Deutschargentinier zum großen Teil in der Stadt Buenos Aires und so in ständiger Berührung auch mit den dortigen Reichsdeutschen leben. Die weitaus größere Zahl der Deutschbrasilier gibt indessen den Ausschlag für den südlich der Nordgrenze von Sta. Catharina gelegenen Teil Südbrazilens.

Sprachpolitik ist so wenig Wirtschaftspolitik wie Rassenpolitik, aber sie bedient sich des wirtschaftlichen Mittels, wenn sie in einer Hochschule das Zentrum zu schaffen sucht, das für eine Gestaltung der Wirtschaftswelt im primitiven Sinne einer Rentabilitätssteigerung wie in einem höheren Sinne tätig werden kann, und das erhalten zu müssen der Wirtschaftswelt selber einen neuen Sinn geben kann. Der Gedanke des Süderdeutschtums und seiner Hochschule ergibt sich als notwendige Konsequenz für eine Sprachpolitik, deren Richtlinien von geopolitischer Einsicht bestimmt sind. Die Süderdeutschen brauchen zu einer spracherhaltenden Autonomie unjuristischer Art die Hochschule, deren Errichtung abhängt von der Willigkeit aller derer, die sie angeht.

HERMANN BECKER:

GEOPOLITIK UND WIRTSCHAFT

Seitdem der Krieg die weltpolitischen Zusammenhänge auch dem Nichtpolitiker nähergebracht und die Liquidation des Krieges nicht allein den unterlegenen Völkern die Diskrepanz zwischen Friedensverträgen und den Irrwegen ihrer praktischen Durchführung vor Augen geführt hat, konnte sich einen größeren Anhängerkreis jene Betrachtungsweise verschaffen, die wir die geopolitische zu nennen uns seit Rudolf Kjellén gewöhnt haben. Eine Wissenschaft, die es sich zur Aufgabe macht, die Bedingungen staatlichen Lebens

unter dem besonderen Gesichtspunkt räumlicher Gegebenheiten zu erforschen, mußte notwendig starke Antriebe durch einen Vorgang erfahren, der an systematischer Zusammenfassung und Anwendung von Staatsgewalt, Volkskraft und Stoffvorrat bislang ohne Beispiel ist. Die zunehmende Erkenntnis dessen, daß eine Neuordnung des Kriegsnachlasses unabwendbar ist, mußte vollends dazu führen, der geopolitischen Behandlung der in Frage stehenden zahlreichen Probleme allgemeinere Beachtung zu schenken. Dies gilt insbesondere für uns Deutsche, die wir — so paradox dies gegenwärtig auch klingen mag — dem „Gesetz der wachsenden Räume“ unterworfen, dennoch jedes Eigenbesitzes an überseeischen Rohstoffquellen beraubt, von den natürlichen Absatzgebieten unserer Wirtschaft abgedrängt und in einem durch künstliche Grenzziehung stark beengten Staatenraum zu leben gehalten sind, der durch seine geographische und verkehrspolitische Lage trotz allem das Herz der Alten Welt bildet. Von seiner normalen Funktion glauben wir daher auch das Wohlergehen der übrigen Völker von Geltung sowie deren wirtschaftliches Leistungsvermögen mit Recht abhängig zu wissen.

Von diesem Standpunkt aus angesehen, ergeben sich wie von selbst Betrachtungen über das Verhältnis von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zu geopolitischen Geschehnissen und Forderungen unserer Tage, Zusammenhänge, deren einzelne Bestandteile nicht immer leicht ihrer stoffgebietlichen Zugehörigkeit nach zu bestimmen sind, die aber erkannt zu werden verdienen, da ihre Kenntnis nicht nur wissenschaftlich wertvoll, sondern von eminent praktischer Bedeutung ist. Auf diese Zusammenhänge hat im übrigen kein Geringerer als Kjellén selbst hingewiesen, wenn er von der „unmittelbaren Brücke zwischen der Geopolitik und der Wirtschaftspolitik“ redet.¹⁾

Zählte Deutschland schon vor dem Kriege zu denjenigen Ländern, die im Außenhandel eine führende Stellung innehatten, so zwingt die Notwendigkeit, die ihm auferlegten Tributzahlungen zu leisten, erst zu intensivster Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Kräfte und Absatzmöglichkeiten, wobei dem Außenhandel und der auf ihn gerichteten Politik eine sonderlich bedeutsame Aufgabe zufällt. Dementsprechend muß auch hier das Wort Friedrich Ratzels vermehrte Geltung besitzen, daß ein Übergewicht der Handelsinteressen der Politik der Handelsmächte notwendig Eigenschaften verleihe, die ausgesprochen geographische Beziehungen haben,²⁾ Beziehungen, die naturgemäß nicht um ihrer selbst willen, sondern mit bewußter Rücksicht auf ihre politische und ökonomische Auswertung hergestellt werden. Die Politik Großbritanniens legt hierfür das beredteste Zeugnis ab, für frühere Zeit läßt sich diese Tatsache an der Politik Hollands, Spaniens und des mächtigsten Stadtstaates, Venedig, unschwer nachweisen. Die geographische Struktur eines jeden Staates wird sich ja stets mehr oder weniger in seiner folgerichtig betriebenen politischen

Betätigung widerspiegeln. Es ist aber zweifellos ein Unterschied festzustellen zwischen der Politik sogenannter Handelsmächte mit ihren spezifisch seewärts gerichteten, ausgesprochen geographischen Beziehungen und solcher Staaten mit vorwiegend kontinentalem Einschlag und mehr ethnographischem Schwergewicht. Der Gegensatz der allbritischen Politik zu derjenigen eines Rußlands und des ehemaligen Österreich-Ungarn macht diesen Unterschied deutlich. Eine Mittelstufe nimmt unzweifelhaft Deutschland ein, insofern es „Handelsmacht“ im Sinne Ratzels und Kontinentalmacht zugleich ist, keines von beiden aber in spezifischer Ausbildung.³⁾ Ähnliches gilt von Frankreich und in neuester Zeit von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die geographisch bedingte Eigenschaft Deutschlands als Handelsmacht muß sich somit in der von ihm geführten Politik ausprägen. Als Handel und Seeschifffahrt treibende Nation sind wir auf freie wirtschaftliche Betätigung in der Welt angewiesen. Der Versailler Vertrag unterwirft uns aber in dieser Hinsicht starken Hemmungen, die erst nach wiedererlangter handelspolitischer Willensfreiheit allmählich haben beseitigt werden können. Soweit die ehemals feindlichen Staaten nicht schon vorher auf die Anwendung solcher Beschränkungen verzichtet hatten, muß die Politik des Reiches auf den Abschluß von Handelsverträgen gerichtet sein, wodurch es gilt, für die deutsche Wirtschaft bedeutsame Zugeständnisse zu erreichen in Bezug auf das Niederlassungsrecht Deutscher im Vertragsstaate und in seinen überseeischen Besitzungen, auf das Recht, dortselbst Handel und Schifffahrt zu betreiben, konsularische Vertretungen einzurichten, auf die Regelung des Paßwesens und dergl. Das am 5. August 1926 unterzeichnete vorläufige Handelsabkommen mit Frankreich zeigt deutlich, wie neben der zollpolitischen Seite des Vertrages die handels- und schifffahrtspolitischen Probleme ihre vorläufige Lösung gefunden haben, Fragen, deren geographischer Einschlag unverkennbar ist, und deren wirtschaftliche Tragweite das Abkommen erst zur Notwendigkeit gemacht hat. Das geopolitische „Gesetz der zunehmenden Räume“ mag sich hier bescheiden genug widerspiegeln, die räumliche Zunahme der wirtschaftlichen Interessensphäre Deutschlands ist jedoch nicht nur der Sinn dieses Abkommens, sondern ebenso der diesem vorausgegangenem sowie der noch zukünftig zu schließenden Vereinbarungen. Die räumlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der Lage am Weltmeer, des Vorhandenseins besonderer Produktionsbedingungen industrieller und agrarischer Art und des hieraus resultierenden Bedürfnisses auf Sicherung der Absatzmärkte und Austausch unentbehrlicher Rohstoffe wirken mit anderen nicht weniger wichtigen Faktoren zusammen, um der Politik die Richtung zu weisen. Sie findet zwar gegenwärtig und vorerst ihre Beschränkung im wesentlichen in der Ausschöpfung der Möglichkeiten, die eine klug geleitete Handelsvertragspolitik

gewährt, da eine Betätigung Deutschlands in „hoher Politik“ trotz aller auf sie angewendeter Aktivität bekanntlich engste Grenzen gezogen sind. Es kann unter solchen Umständen darum auch nicht wundernehmen, wenn das wirtschaftliche Bedürfnis unserer raumbeengten Nation auf Eigenbesitz überseeischer Rohstoff- und Absatzgebiete mit gleichzeitiger Eignung als Siedlungsland bisher keine Befriedigung gefunden hat. Schon die Übertragung eines mageren Kolonialmandates aus der Hand des Völkerbundes an Deutschland könnte aber von höchstem wirtschaftlichen Nutzen für uns werden, da sie die Kolonialschuldflüge ad absurdum führen würde und damit den kolonialen Boykott Deutschlands vollends unterhöhlen müßte. Aus solcher Entwicklung würde die Wiedererlangung unseres ehemaligen Kolonialbesitzes aber als logischer Schluß gefolgert werden können.

Die oben genannten räumlichen und wirtschaftlichen Faktoren schließen sich gerade mit Bezug auf die Wiedererlangung eigenen deutschen Kolonialbesitzes zu einem festen Gefüge zusammen und erhellen aufs deutlichste die nahe Verbundenheit wirtschaftlicher Tatsachenzusammenhänge mit geopolitischer Denkungsart. Hieran vermögen auch die Versuche derer nichts zu ändern, die, obwohl unentwegte Förderer des Völkerbundgedankens und der auf sie gerichteten Politik, sich dennoch in der Frage selbst der Übertragung eines Kolonialmandates an Deutschland ablehnend verhalten und diese Stellungnahme mit dem Hinweis darauf zu begründen suchen, daß dem Deutschen Reiche aus einer kolonialen Neubetätigung oder gar der einstigen Wiedererlangung seines ehemaligen Kolonialbesitzes keinerlei wirtschaftliche Vorteile, wohl aber Nachteile und nur diese erwachsen können. Wenn sich überhaupt eine Entgegnung vernötigte, so darf zu diesem Behufe eine Auffassung wiedergegeben werden, welche die für die Beurteilung wirtschaftlicher Fragen gewiß sachverständige Handelskammer in Hamburg noch in ihrem Bericht über das Jahr 1925 zu diesem bedeutsamen Problem vertreten hat.

„Der deutsche Unternehmer, der sich in Siedlungs- oder Pflanzungskolonien betätigen will, ist einstweilen noch auf die Arbeit auf reichsfremdem Boden angewiesen. Es soll nicht verkannt werden, daß die kleinliche Politik der Fernhaltung Deutscher in den meisten Kolonien einer einsichtigeren Haltung Platz gemacht hat. Dem natürlichen Unternehmungsgeist und Wandersinn eines großen Volkes muß aber auch die Möglichkeit bleiben, Kräfte seinem Staate und seiner Wirtschaft zu erhalten, die sich nur in anderen Lebensbedingungen als denen des alten Europa frei entfalten können. Es bleibt ein Gebot der nationalen Ehre, solchen dauernd und zeitweilig Auswandernden die Gelegenheit zurückzugeben, auf Kolonialboden arbeiten zu können, auf dem sie nicht zu

abgeleitetem und prekärem Recht leben, sondern zu einem durch internationale Bürgschaften voll gesicherten Eigenrecht.

Von vielleicht geringerem Range, aber von um so größerer Dringlichkeit sind die wirtschaftlichen Gründe, die Deutschland erneut auf eigenen Kolonialbesitz verweisen. Die deutsche Wirtschaft trägt die noch nicht übersehbare Last der Reparation, und sie arbeitet unter all den Hemmungen und Reibungswiderständen, die sich aus der politischen Lage und dem Verlust an beweglichem Vermögen ergeben haben. In dem Kampf der hochentwickelten Industriestaaten um die lebensnotwendigen Rohstoffe ist Deutschland ohne eigenes Gewicht den zufälligen Entwicklungen der Weltmarktlage preisgegeben. Dies verursacht eine insbesondere für Faserstoffe, Ölfrüchte und Phosphate drückende Abhängigkeit, Rohstoffe deren Gewinnung in den deutschen Kolonien in rascher Entwicklung betrieben wurde und die für die Wirtschaft eines dicht bevölkerten Landes von entscheidender Bedeutung sind. Deutschland muß deshalb, zumal unter den Verpflichtungen des Dawesplanes und angesichts der Einschränkung seiner europäischen Grenzen fordern, daß ihm die notwendige Verbreitung seiner Rohstoffgrundlagen wieder ermöglicht wird.⁴⁾

Diesen Sätzen ist heute lediglich nachzutragen, daß mit dem in der Zwischenzeit erfolgten Beitritt Deutschlands zum Völkerbund bei gleichzeitig weitergetriebener Kontraktion des deutschen Wirtschaftsorganismus mit dem Endzwecke, die Kapazität der deutschen Wirtschaft zu erhöhen, die politischen wie ökonomischen Gründe für eine koloniale Neubesetzung Deutschlands an Schwergewicht und Beweiskraft noch wesentlich gewonnen haben.

Raum, Gestalt und Lage des Deutschen Reiches haben längst, bevor es zur See- und Handelsmacht sich aufschwang, seinen kontinentalen Charakter bestimmt. Dieser zwingt notwendig zur Auffindung jener Formen, unter denen ein friedliches Zusammenleben mit den Nachbarvölkern gesichert werden kann, andernfalls zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit ihnen zur Erreichung dieses Zieles. Der Verkehr mit den Nachbarstaaten vollzieht sich vorwiegend auf dem Wege des Handels, dessen Interessen zu sichern eine der vornehmsten politischen Aufgaben jedes Staates ist. Diese Aufgabe ist jedoch schwieriger und dringender geworden, seitdem die Organisationen der Urproduktion, des Handels und der Industrie nicht nur mehr Teile der nationalen Wirtschaft umfassen, sondern sich auf gleichartige oder verwandte Zweige der Wirtschaften der Nachbarstaaten ausgedehnt haben. Die Pflege der nachbarlichen Wirtschaftsbeziehungen ist seit Beendigung des Krieges durch die Balkanisierung Europas weiter erschwert worden, zumal die Welle der Hochschutzzollpolitik eine wirtschaftliche Absperrung der Völker hervorgerufen hat, welche der sonst vorhandenen Tendenz und dem Bedürfnis nach Intensivierung

der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen diametral entgegensteht. Angesichts der kontinentalen Lage Deutschlands ist es nicht nur geopolitisch bedeutsam, sondern auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus angesehen nicht gerade unverständlich, wenn schwerwiegende Stimmen gerade deutscher Wirtschaftler und Gelehrter sich für einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten aussprechen. Es wird in den Argumenten für einen derartigen Wirtschaftsblock insbesondere auf die Vorzüge eines einheitlichen großen Marktes hingewiesen, der eine Art Gegengewicht gegen die wirtschaftliche Übermacht von Gebieten wie des britischen Imperiums und der Vereinigten Staaten von Amerika schaffen könne. Auf der anderen Seite sollten jedoch nicht die sehr gewichtigen Argumente, welche gegen eine europäische Zollunion angeführt werden, übersehen werden. Franz Eulenburg hat sich vor kurzem noch zum Verfechter der letzteren Ansicht aufgeworfen und u. a. darauf hingewiesen, daß sich in den sog. großen Märkten wie Rußland mit 150, Indien mit 320, China mit 430 Millionen Einwohnern nichts von alledem entwickelt habe, was man bei der Schaffung eines europäischen Wirtschaftsblockes einfach als selbstverständlich anzunehmen geneigt sei.⁵ Welchen Weg daher auch die zunächst theoretisch angestrebte Entwicklung gehen mag, soviel steht jedoch fest, daß die Staaten Europas in ihrer gegenwärtigen äußeren Wirtschaftspolitik mit dem Ergebnis gegenseitiger zollpolitischer Absperrung bei aller Wahrung internationaler Güteraustauschmöglichkeiten vorerst an dem Prinzip einer angemessenen wirtschaftlichen Autarkie oder, um einen neueren Ausdruck zu gebrauchen, an dem System der „geschlossenen Interessensphären“ festzuhalten gedenken. Diese Interessensphären durch friedliche Expansion zu stärken und abzurunden, sowie durch eine einsichtige Politik zu sichern, wird die zukünftige und nächste Aufgabe Deutschlands sein. Hierbei gilt es, die geopolitischen Tatsachen und Tendenzen zu erkennen, denen wir in unserer zwiefachen Eigenschaft als Überseehandel und Seeschiffahrt treibendes Volk einerseits und als Kontinentalmacht andererseits unterworfen sind sowie die Elemente Boden, Raum und Volk zu einem harmonischen Ausgleich zu bringen, dessen Anbahnung durch das Ende des Weltkrieges so jäh unterbrochen wurde.

Der Wirtschaft aber fällt die Aufgabe zu, an dieser Entwicklung zu ihrem Teile mitzuarbeiten, und es will uns scheinen, als ob gerade der praktisch geschulte Wirtschaftler mit seinem über Natur-, Kultur- und Konstruktionsgrenzen hinausschweifenden Blick für das Gegenständliche mit an erster Stelle berufen ist, sich mit den gegenwärtigen und künftigen Problemen, welche der Lösung barren, auseinanderzusetzen, von denen im Vorstehenden nur einige wenige kurz haben angedeutet werden können. Der verlorene Krieg hat zur Genüge vor Augen geführt, welche Fehlschlüsse von ungeahnter politischer und

wirtschaftlicher Tragweite auf deutscher Seite möglich gewesen sind, wo eben das „planetarische Denken“ noch nicht Eingang gefunden hat im Gegensatz zu den raumsatten Angelsachsen, die es in langer Praxis bis zur Vollkommenheit ausgebildet haben.⁶⁾

Anmerkungen

- 1) R. Kjellen, *Der Staat als Lebensform*, 4. Aufl., Berlin 1924, S. 69.
- 2) Fr. Ratzel, *Politische Geographie*, 2. Aufl., München und Berlin 1903, S. 521.
- 3) Fr. Ratzel, äußert a. a. O. S. 521 selbst: „Die scharfe Trennung von Handelsmächten und anderen Mächten hört allmählich auf. Die Politik aller Mächte nimmt immer mehr wirtschaftliche Momente in sich auf in dem Maße, als alle Völker eine gewisse Stufe der Arbeit erreichen und die zunehmenden Staatsgebiete immer mehr natürliche Vorteile umfassen“.
- 4) Handelskammer Hamburg, Bericht über das Jahr 1925, erstattet der Versammlung „Eines Ehrbaren Kaufmanns“ am 31. Dezember 1925, S. 122/23.
- 5) Fr. Eulenburg in „Europäische Zollunion, Beiträge zu Problem und Lösung“, herausgegeben von Dr. Hanns Heimann, Berlin 1926, S. 115.
- 6) Es ist darum auch nicht als Zufall anzusehen, wenn erst vor kurzem in deutscher Übersetzung das Buch eines Engländers, James Fairgrieve, unter dem Titel „Geographie und Weltmacht, eine Einführung in die Geopolitik“, Berlin 1925, Kurt Vowinckel Verlag, erscheinen konnte, ein Werk, welches von dem Hauptvertreter der geopolitischen Wissenschaft in Deutschland, Karl Haushofer, als „Elementar-Handbuch“ der Geopolitik bezeichnet worden ist.

HERMANN LAUTENSACH:
LITERATURBERICHT ÜBER WERKE SYSTEMATISCHEN
UND ERDUMSPANNENDEN INHALTS

Friedrich, E.: Allgemeine und spezielle Wirtschaftsgeographie. I. Allgemeine Wirtschaftsgeographie. Berlin und Leipzig 1926. 3. Auflage. W. de Gruyter & Co.

Dieser erste Band der Wirtschaftsgeographie von E. Friedrich weist im Gegensatz zum zweiten gegenüber der vorigen Auflage keine sehr einschneidenden Veränderungen auf. Friedrich definiert die Wirtschaftsgeographie unter Anlehnung an Lütgens mit den Worten: „Wirtschaftsgeographie ist die Lehre von den Wechselwirkungen zwischen dem Erdraum mit seiner Erfüllung und dem wirtschaftenden Menschen, und damit der Verbreitung und Erklärung der Erscheinungen und Folgen dieser Wechselwirkungen“. Von den vier Grundauffassungen über das Wesen der Wirtschaftsgeographie, die wir in unserer Besprechung von Hausleiters Aufsätzen (Z. f. G. 1926, S. 373) unterschieden haben, bevorzugt er somit die dritte, ohne sich mit den anderen methodisch-kritisch auseinanderzusetzen, und ohne die Einwände Hausleiters, der nur ohne Zusammenhang zum Text in einer Anmerkung genannt wird, zu entkräften. Friedrich stellt seiner Definition entsprechend dann einen großen Teil seiner Ausführungen unter den Gesichtspunkt der Wechselwirkungen. Im ersten Hauptabschnitt („Die Naturverhältnisse“) betrachtet er die Beeinflussungen der Wirtschaft durch Breitenlage und Klima (unter enger Anlehnung an Köppens Klimaklassifikation), durch die Formen des festen Landes und des Wassers, durch Pflanzen und Tiere. Die Aufzählung nicht weniger der in diesem Abschnitt gebotenen Zusammenhänge halte ich vom Standpunkt einer landschaftlich orientierten Wirtschaftsgeographie (Z. f. G. 1926,

S. 373) für unwesentlich, z. B. „Im heißen Klima ist unser Bleichpulver unwirksam“, „In nördlichen, winterkalten Ländern frieren die Wasserleitungsröhren ein, so daß ein mit Hilfe des elektrischen Stromes leicht auftauender Apparat auf dem Markt begrüßt wurde“, „In Ostborneo sind die Petroleumfelder nach langanhaltendem Regen ergiebiger als zu trockenen Zeiten“ oder die Ausführung über die Gerberakazien (S. 49). Von seinem Standpunkt aus folgerichtig sagt Friedrich dann weiter: „Gegenüber diesen klimatischen Beziehungen verlieren die geologischen für den Wirtschaftsgeographen stark an Interesse.“ Meiner Überzeugung nach kann das Schwergewicht einer richtig verstandenen Wirtschaftsgeographie nicht in der Betonung solcher chorologischer Zusammenhänge nur um ihrer selbst willen bestehen.

Friedrich hält seine Wechselwirkungsauffassung aber nicht konsequent bei. Sogleich eingangs gibt er als Aufgabe der Wirtschaftsgeographie an: „Sie hat die geographische Verbreitung der wirtschaftlichen Tatsachen als räumlicher, natürlich und menschlich bedingter Erscheinungen an der Erdoberfläche zu beschreiben . . .“ Mit dieser zweiten, von der anderen stark abweichenden Definition stellt sich Friedrich auf den Boden der ersten jener vier in Z. f. G. 1926, S. 373, unterschiedenen Definitionen. Von diesem Standpunkt aus ist der ganze, die Hälfte des Buches füllende dritte Hauptabschnitt gesehen, in dem die wichtigsten Erzeugnisse der menschlichen Wirtschaft nach sachlichen Kategorien abgehandelt werden. Und der zweite Abschnitt, in dem Friedrich die Lehre von seinen seit 1903 unterschiedenen psychologischen Wirtschaftsstufen (Reflex, In-

stinkt, Herkommen, Wissenschaft = Technik) gibt, steht ganz unter dem Gesichtspunkt der Erklärung der chorologisch nicht unmittelbar faßbaren Züge in der Verbreitung der wirtschaftlichen Erscheinungen. Unter der Vermengung jener zwei ganz verschiedenen Auffassungen vom Wesen der Wirtschaftsgeographie leidet der Aufbau des ganzen Buches sehr.

Mit der Vernachlässigung des landschaftlichen Gesichtspunktes mag es zusammenhängen, daß die Industrie sich mit ganzen sechs Seiten begnügen muß. Die kompliziertesten Probleme der Wirtschaftsgeographie werden daher von vornherein ausgeschaltet. Ein Eingehen auf moderne wirtschaftspsychologische Arbeiten (v. Schmoller, M. Weber, A. Rühl, H. Levy) fehlt ebenso wie eine Auseinandersetzung mit den bioklimatischen Ideen Huntingtons, die unterdessen von den amerikanischen Wirtschaftsgeographen, z. B. Russell Smith widerspruchlos angenommen werden.

Levy, H.: Der Weltmarkt 1913 und heute. Leipzig und Berlin 1926. B. G. Teubner. Mark 4,—.

Diese kurze, von hervorragender Sachkenntnis getragene Studie setzt sich die Aufgabe, „die Lage des Weltmarktes von 1913 und heute im Zusammenhang mit der Desorganisation der Weltwirtschaft zu zeichnen, die Ursachen derselben aufzudecken und die Verschiebungen klarzulegen, welche sich im Kampf um die internationalen Absatzgebiete seit Friedenszeiten vollzogen haben“. Der Weltmarkt von heute ist nach Levy im Gegensatz zu 1913 gekennzeichnet durch Verringerung des Welthandelsvolumens, Arbeitslosigkeit, Stillelegungen und Kurzarbeit, Verminderung der Anbauflächen, internationale Teuerung, Zerrüttung der Währungsverhältnisse vieler Staaten, das Aufliegen großer Teile der Welthandelsflotte. Als Gründe für diese tief einschneidenden Veränderungen werden angegeben: Die starke Erweiterung der Selbstversorgung überseeischer Staaten in Industriegütern, die im einzelnen anschaulich für

die amerikanische Union, Kanada, Indien, Japan, Australien und einige südamerikanische Länder geschildert wird und gleichbedeutend ist mit einer empfindlichen Verringerung der europäischen Zentralisation der Weltwirtschaft, die hohen Kosten, die heute auf der Produktion der Welt liegen (Schulden und Tributzahlungen, höhere Soziallasten, schematische Durchführung des Achtstundentages, Erhöhung des Kapitalzinses), die überall nach dem Weltkrieg einsetzende Hochschutzzollpolitik, die Verarmung Europas. Zu einer Besserung der Weltwirtschaftslage empfiehlt Verfasser: Revision der die internationale Verschuldung bestimmenden Verträge, Beendigung des Systems, das bestrebt ist, die durch den Weltkrieg verursachten Schäden rücksichtslos auf andere abzuwälzen, Abbau des Protektionismus, internationale Vereinbarung gegen die gegenseitige Absperrung, Aufhebung einer schematischen internationalen Festlegung der Arbeitszeit. Levy illustriert seine klaren Ausführungen häufig durch Zitate aus dem hochbedeutsamen „Survey of Overseas Markets“, einem 740 seitigen Bericht, den das unter dem Vorsitz Balfours stehende „Committee on Industry and Trade“ im Juni 1925 in Ausführung seines Auftrages, die Lage und Ausichten des britischen Außenhandels zu untersuchen, dem englischen Parlament vorlegte. Häufig berühren sich die Darlegungen des Verfassers mit seinen in dieser Zeitschrift 1925, S. 576 ff., sowie 1924, S. 289 ff. und 533 ff., entwickelten Gedanken sowie mit dem Inhalt seines 1926, S. 376, besprochenen Buches „Die Grundlagen der Weltwirtschaft“.

Levy, H.: Volkscharakter und Wirtschaft. Ein wirtschaftsphilosophisches Essay. Leipzig und Berlin 1926. B. G. Teubner. Geh. M. 4,20.

In 24 kurzen Kapiteln bietet Levy mit feingeschliffener, geistreicher Sprache einen gewiß nicht abgerundeten und daher bescheiden nur „Essay“ genannten, aber doch höchst beachtenswerten und neuartigen Versuch, Volkscharaktere im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhält

nisse zu analysieren und umgekehrt die Bedeutung der Wirtschaft für die Entwicklung der Volkscharaktere zu skizzieren. Ausgehend von einer grundlegenden begrifflichen Sondernung, die Max Weber in seiner Abhandlung: „Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“ (Archiv f. Sozialwissenschaft 1904, S. 22 ff.) vollzogen hat, stellt Levy fest: „Gerade die Erkenntnis, wie sehr alle Wirtschaft von dem Werturteil, von der subjektivistisch-relativistischen Sicht der wirtschaftenden Völker abhängt, sollte dazu führen, endlich den Gesetzen der Wirtschafts-teleologie dieselbe Achtung zu zollen wie denjenigen der wirtschaftlichen Kausalität.“ Waren Forschungen der letzteren Art immer von dem abstrakten Begriff eines überall auf Erden gleichen homo oeconomicus ausgegangen, so muß eine solche Wirtschafts-teleologie unbedingt bei einer Bloßlegung der subjektivistischen Elemente der volkswirtschaftlichen Struktur, also bei den Volkscharakteren anfangen. Aus dem reichen Inhalt des leider allzu kurzen Buches sei auf die feine Unterscheidung einer auf größtmögliche Produktivität einerseits, möglichst „gerechte“ Verteilung andererseits gerichteten Volksorientierung aufmerksam gemacht: „Dem Verteilungsideologen muß der Reichtum des einzelnen als ein Fehler der sozialen Organisation der Wirtschaft — auf Grund fehlerhafter Verteilungsmethoden — erscheinen. Dem nach Grundsätzen der Produktivität Denkenden ist der Reichtum des einzelnen der Beweis einer gegenwärtigen (oder bei erbtem Vermögen vergangenen) über das Durchschnittsmaß gehenden Leistung.“ Nach Levy überwiegt in England, der Union und Frankreich die Produktivitäts-, in Deutschland zurzeit die Verteilungsideologie. Dieses Beispiel zeigt zugleich, wie Levy den Stoff meistert: Er unternimmt nicht, etwa nach Art von Alfred Rühl, dessen einschlägige Arbeiten unbeachtet gelassen werden, die Umreißung der Wirtschaftspsychologie einzelner Völker, sondern geht an seine

Aufgabe unter bestimmten sachlich orientierten Gesichtspunkten heran. Dadurch wird die Tatsache verschleiert, daß seine Ausführungen sich ausschließlich im Bereich der Völker hochkapitalistischer Wirtschaftseinstellung bewegen. Orientalische und ostasiatische Wirtschaftspsychologien werden gänzlich und ohne Hinweis auf diese Lücke außer acht gelassen, und dadurch kommen manche Ausführungen in ein schiefes Licht, etwa die folgende: „Es spielt heute in keiner Volkswirtschaft mehr das Religiöse eine so intensive Rolle, daß man sagen könne, es hinge von dem Kampf religiösethischer Meinungen gegenüber der Wirtschaftlichkeit für die letztere Entscheidendes ab.“ Es bedürfen die hochinteressanten Ausführungen Levys also dringend der Ergänzung durch die individuelle wirtschaftspsychologische Betrachtung „ethnographischer Einzelbeschreibungen“, wie sie mit noch unzureichenden Mitteln v. Schmoller 1904 in Band I seines „Grundrisses der Volkswirtschaftslehre“ versucht hat.

Kende, O.: Erde und Wirtschaft in Zahlen
Hamburg-Berlin 1926. Hanseatische Verlagsanstalt.

Der handliche kleine Band bietet in alphabetischer Anordnung eine ungemein fleißige Zusammenstellung statistischer Tabellen aus den Gebieten der Erzeugung und des Verbrauches, des Handels und Verkehrs, der Bevölkerungszahl, -gliederung und -bewegung, der Morphographie und Geologie, der Währungen und Maßeinheiten. Besonders wertvoll sind die jeder Tabelle vorangestellten ausführlichen Quellenangaben. Die Werte von 1913 werden den Nachkriegswerten, die meist bis 1924 einschl. enthalten sind, gegenübergestellt.

Krüger, K., und Poschardt, G. R.: Die Erdölwirtschaft der Welt. Stuttgart 1926.
Schweizerbart. Geb. M. 30,—.

Hier liegt ein überaus inhaltreiches und vielseitiges Handbuch der Erdölwirtschaft und -industrie vor uns, das sich in gleicher Weise an den Erdölmann der Praxis, wie an den

Wirtschaftswissenschaftler, Geographen, Geologen und Geopolitiker wendet. Ein solches fehlte in deutscher Sprache bisher. Es gliedert sich in einen allgemeinen und einen regionalen Teil. Der erstere behandelt die geologischen Grundlagen: die Gewinnungsmethoden, Weltförderung und -konsum, die Verarbeitung, den Transport, die Handelsbedingungen, die Rechtsgrundlagen und die Erdölpolitik in Weltübersichten. Der zweite bringt eine ausführliche und, soweit mir eine Nachprüfung möglich war, zuverlässige Darstellung der Einzelländer, meist übersichtlich gegliedert nach den Gesichtspunkten:

- a) Vorkommen und Geologisches
- b) Geschichtliches und Politisches
- c) Bohrtätigkeit und Produktion
- d) Raffination und Inlandskonsum
- e) Transport, Lagerung und Vorräte
- f) Ein- und Ausfuhr
- g) Rechtsgrundlagen, Konzessionen, Steuern, Zölle
- h) Konzerne und Gesellschaften.

Krüger, K.: Erdöl. Übersetzung, Neubearbeitung und Ergänzung der Monographie des Imperial Institute, London: „Petroleum“. Stuttgart 1924. Schweizerbart.

Diese Schrift, die mit dem zuvor angezeigten Buch den Verlag und den einen Vorfasser gemeinsam hat, ist ein kürzerer Vorläufer von jenem. Es gliedert den umfangreichen Stoff nach den gleichen Hauptgesichtspunkten. Der regionale Teil umfaßt 64 von insgesamt 86 Seiten. Das tiefste Bohrloch der Erde ist jetzt die Erdölbohrung von Fairmont in Westvirginien (2526 Meter).

Graf, G. E.: Erdöl, Erdölkapitalismus und Erdölpolitik. Jena 1924. Urania-Verlags-Gesellschaft.

In leicht verständlicher, mitunter humorvoller Sprache werden hier die wichtigsten Tatsachen und Zusammenhänge der Erdölwirtschaft für ein breiteres Publikum entwickelt. Besonders betont wird die geologische, chemische, wirtschafts- und weltpolitische Seite. Die Schluß-

folgerung: „Den überfüllten, weltplanwirtschaftlich aufgebauten politischen Organisationen gehört die Zukunft. Dadurch würde schließlich auch allmählich die Erdölpolitik der Welt ihre imperialistische Note einbüßen, und die Bahn wäre frei für eine planmäßige, der Menschheitsversorgung dienende Erdöl-Weltwirtschaft“ erscheint heutzutage allerdings noch als Zukunftsmusik aus unschätzbare großer Ferne.

Hettner, A.: Grundzüge der Länderkunde. Band II. Die außereuropäischen Erdteile.

3. Aufl. Leipzig und Berlin 1926. Teubner.

Bezüglich dieses hervorragenden Werkes sei auf die ausführliche Besprechung der ersten Auflage in Z. f. G. 1924, S. 525, verwiesen. Die 3. Auflage unterscheidet sich von den beiden vorhergehenden nicht erheblich. Ein wesentlicher Teil der in einem so groß angelegten Werk anfänglich unvermeidlichen Versehen und der Druckfehler, auch auf den Textkärtchen, ist jetzt ausgemerzt.

Mecking, L., Die Polarländer. „Allgemeine Länderkunde“ begründet von W. Sievers, neu herausgegeben von Hans Meyer. XII und 158 S. Leipzig 1925. Bibliographisches Institut. Geb. M. 9,50.

Den Polargebieten, die bisher aus praktischen Gründen in der weltbekannten Allgemeinen Länderkunde von Sievers mit Australien und Ozeanien vereinigt waren, ist in der zur Zeit in Erscheinung begriffenen Neuauflage des fundamentalen Werkes dankenswerterweise ein besonderer, wenn auch sehr knapp gehaltener Band gewidmet. In meisterhafter Weise versteht es Mecking auf diesem engen Raum, ein tiefgründig fundiertes, bis in Einzelheiten sorgfältig ausgearbeitetes Bild der beiden Polarräume zu geben, und findet sogar noch da und dort Platz zu sorgfältig gewählten Zitaten aus den Klassikern der Polarliteratur. Den Einleitungsabschnitt „Die Nordpolartorschung, ihr Gang und ihre Methoden“ kann man wegen seiner feinsinnigen Analyse der die Polarforschung in ihren einzelnen Phasen treiben-

den Kräfte und der jedesmal mit wenigen treffenden Strichen gezeichneten Verbindung zwischen Forscherrouten und Landesnatur meiner Überzeugung nach zu dem Besten rechnen, was die wissenschaftliche Nordpolarliteratur überhaupt bietet. M. behandelt die Nord- und Südpolarländer in zwei scharf gesonderten Hauptteilen, und es ist der vielleicht einzige Mangel des mühevollen, auf ungemein sorgfältiger Benutzung der weitschichtigen Literatur aufgebauten Werkes, daß diese beiden Hauptteile ziemlich zusammenhanglos nebeneinander stehen. Bei der großen Verwandtschaft zwischen der Nord- und Südpolarnatur wäre eine Hervorhebung und Begründung der ähnlichen und der gegensätzlichen Züge sehr wertvoll gewesen, entweder in den genannten Einzelkapiteln durch häufige Vergleichen, oder durch eine besondere Einleitungs- bzw. Schlußbetrachtung, etwa in ähnlicher Form wie es jüngst durch O. Nordenskjöld in seiner noch knapperen Behandlung der „Nord- und Südpolarländer“ in der „Enzyklopädie der Erdkunde“ (Leipzig u. Wien 1926, Deuticke) geschehen ist.

Vogel, W.: Rudolf Kjellén und seine Bedeutung für die deutsche Staatslehre. Zeitschr. f. d. gesamte Staatswissenschaft. 81. Bd. 1926. S. 193—241.

In einer sehr sorgfältig gearbeiteten, auf umfassende Literaturstudien gegründeten und reich mit Nachweisungen versehenen Abhandlung unterzieht der ordentliche Professor für Staatenkunde an der Berliner Universität Kjelléns Lebenswerk 4 Jahre nach dessen Tode einer kritischen Würdigung. Er kommt zu einer im wesentlichen anerkennenden Haltung gegenüber dem Kjellénschen System einer empirischen Staatslehre, das in „Der Staat als Lebensform“ (1917, Z. f. G. 1924, S. 324) und dem „Grundriß zu einem System der Politik“ (1920) entwickelt ist, und sieht in diesem den Kern von Kjelléns wissenschaftlich richtunggebender Arbeit. Eine wissenschaftshistorische Betrachtung,

die die Geschichte, die juristische Staatslehre, die Nationalökonomie und die Soziologie mustert, gelangt zu dem Ergebnis, daß Kjelléns System tatsächlich eine „Lücke in unserer Erkenntnisorganisation“ füllt. Schließlich würdigt V. die auch von mir an dieser Stelle kurz besprochene Arbeit Hausleiters (Z. f. G. 1926, Juniheft) über Kjelléns Lehre und bemüht sich, dessen 5 Haupteinwände gegen dieselbe zu entkräften. Seine diesbezüglichen Ausführungen decken sich weitgehend mit meiner hier eingenommenen Stellung.

Graf, G. E.: Geographie und materialistische Geschichtsauffassung. „Der lebendige Marxismus.“ Jena (1925). Thür. Verlagsanstalt u. Druckerei, G. m. b. H. S. 563 bis 587.

Der Verfasser dieser methodologischen Studie ist Anhänger einer beziehungsweise wissenschaftlichen Auffassung vom Wesen der Geographie. Als Aufgabe der Anthropogeographie betrachtet er daher die Erforschung der Beziehungen zwischen Mensch und Erde und stellt von diesem Standpunkt aus ein System der Anthropogeographie auf, in dem auch eine Geophysiologie und -psychologie als Hauptteile auftreten. Von ihm aus erhebt er die Forderung: „Nunmehr er scheint es aber doch an der Zeit, die geographischen Forschungsergebnisse und Forschungsmethoden, soweit sie überhaupt dafür in Frage kommen, in das sonst unvollständige Gebäude des historischen Materialismus einzubauen“. Für Gr., der ganz in den Bahnen von Marx und Engels wandelt, ist historische Forschung nur nach den Methoden der materialistischen Geschichtsauffassung möglich: „Der Mutterboden der Geschichte ist die Gesellschaft im marxischen Sinne, die Wirtschaftsgesellschaft“. Er hat durchaus recht, wenn er behauptet, daß eine rein beziehungsweise wissenschaftlich (chorologisch) eingestellte Anthropogeographie mit der materialistischen Geschichtsauffassung enge Berührung besitzt. Sieht doch auch sie von der Bedeutung der Einzelpersonlichkeiten ab,

betrachtet doch auch sie die Menschengruppen als Massen, die, sei es biologisch, sei es motivisch, auf gewisse äußere Einflüsse — hier der geographischen Umwelt — reagieren. Aber es existiert doch, was Gr. übersieht, ein tiefgreifender Unterschied. Marx erhebt die materialistische Auffassung ohne methodologischen Zwang und damit in unnötiger Einseitigkeit zum Dogma, die chorologisch eingestellte Anthropogeographie ist sich von vornherein darüber klar, daß sie durch Aufdeckung kausaler Abhängigkeiten des Menschen von der Erde wohl eine vorher klaffende Lücke füllt, erhebt jedoch gar nicht den Anspruch, auf diesem Wege die gesamten Kulturinhalte eines Volkstums erfassen zu können. Sie ist undogmatisch. Ich persönlich vertrete, angeregt durch Schlüter u. a., wie ich an anderer Stelle auseinandergesetzt habe, eine grundsätzlich von der Gr. abweichende Auffassung vom Wesen der Geographie. Als Aufgabe der Geographie betrachte ich die Beschreibung und Erklärung der irdischen Landschaften ihrem physiognomischen Inhalt nach. Das chorologische Er-

klärungsprinzip, das vielleicht zu einer mechanistischen Kulturauffassung verleiten könnte, steht m. E. neben anderen zur Deutung der Landschaftsinhalte geeigneten Prinzipien. Das Wesen der Geographie scheint mir nicht in einer bestimmten Methode, sondern in einem bestimmten Forschungsgegenstand zu liegen.

Am Ende seines Aufsatzes leistet sich Gr. einen mächtigen Saltomortale. Er sucht die Berechtigung seiner demokratisch-sozialistischen Ideologie und die Verfehltheit einer nationalistischen Ideologie durch geopolitische Gedankengänge zu beweisen. Auf einen solchen Versuch hat Vogel in der vorstehend angezeigten Schrift die Antwort gegeben: „Wenn man es verwunderlich findet, daß Kjellén und Ratzel von gleichen wissenschaftlichen Grundlagen aus zu entgegengesetzten politischen Forderungen gelangten, so . . . beweist das nur, daß das wissenschaftliche System an sich mit politischen Tendenzen gar nichts zu tun hat.“ Im übrigen sei zum Verständnis dieser Frage auf meinen Aufsatz: „Geopolitik und staatsbürgerliche Bildung“ (Z. f. G. 1924, Augustheft) verwiesen.



EINE EINFÜHRUNG IN DIE GEOPOLITIK

■ ... gibt in überaus fesselnder und spannender Weise ein Bild davon, wie Oberflächengestaltung, Klima, Verteilung der Meere und Flüsse die Entwicklung der Völker, ihre Kultur und Geschichte in den verschiedenen Ländern und Erdteilen beeinflusst und zu einem gesetzmäßig fortschreitenden Entwicklungsgang geführt haben. *Zeitungsverlag.*

■ Es wird jedem, der sich über weltpolitische Gesichtspunkte, über Grundlagen und Entwicklungen der Weltpolitik unterrichten will, viel geben. Schon die übersichtliche Gliederung des Stoffes, die zahlreichen instruktiven Kartenbeispiele ermöglichen einen raschen Überblick über die entscheidenden Entwicklungen. *Münchener Neueste Nachrichten.*

■ Nichts von Systematik, sondern eine Auslese historischer Entwicklungsvorgänge, deren Werden und Geschehen in geradeso faszinierender Weise aus dem landschaftlichen Lebensraum heraus erkannt und erklärt werden. | *Deutsches Philologenblatt.*

■ FAIRGRIEVE

■ GEOGRAPHIE UND WELTMACHT

■ EINE EINFÜHRUNG IN DIE GEOPOLITIK

Geleitwort von Karl Haushofer

Uebertragung von Martha Haushofer

■ MIT 68 SKIZZEN UND KARTEN

LEINEN RM. 12.—

KURT VOWINCKEL VERLAG

Wertvolle Neuerscheinung:

EUROPA

**GRUNDFRAGEN SEINER POLITIK,
WIRTSCHAFT UND WELTGELTUNG**

Von Dr. Konrad Hofmann.

Staatsbürger-Bibliothek Heft 138. 8°. RM. 0.60.

Eine sechskündige Erörterung des seit dem Weltkriege vollends ins Krisenstadium geratenen europäischen Problems aus der Zusammenschau d. bestimmenden machtwirtschafts- und kulturpolitischen Kräfte. Die Broschüre Hofmanns ist ein aufrüttelnder Weckruf, nicht in billigen Schlagwörtern, vielmehr bekräftigt durch unbeeirrte Beweisführung und reiches statistisches Material u. gekleidet in eine ebenso präzise wie formgewandte Sprache.

Weitere Neuerscheinungen:

DAS KOALITIONSRECHT IM DEUTSCHEN REICH

Von Dr. Georg Steinmann, Oberregierungs-Rat im Reichsarbeitsministerium. Staatsbürger-Bibliothek Heft Nr. 148/149. 8°. RM. 1.20

Die Kodifizierung eines einheitlichen Arbeitsrechtes ist dringende Zukunftsaufgabe der deutschen Gesetzgebung. Sie wird gerade auf dem mannigfach umstrittenen Gebiete des Berufsvereinsrechts einer Fülle von Einzelproblemen begegnen, die ihrer baldigen eindeutigen Lösung harren.

DAS MIETERSCHUTZGESETZ

In der ab 1. Juli 1926 geltenden Fassung. Von Dr. Joseph Kleinsorg. Staatsbürger-Bibliothek Heft Nr. 114. 8°. RM. 0.60

In der vorliegenden Schrift ist aus den endlos langen Paragraphen des Gesetzes der Sinn herausgezogen u. in verständliches Deutsch gekleidet worden; der an sich spröde Stoff ist gut gegliedert wiedergegeben. / Essener Allgemeine Zeitung.

**VOLKSVEREINS-VERLAG G · M · B · N
M. GLADBACH**

Die mathematische Erdkunde auf ele- mentarer Grundlage

Unterlagen zum Arbeits- und zum
Selbstunterricht

Von Seminar-Studienrat H. Heinze

Halbleinwand RM. 3,75

Das Ziel alles Arbeitsunterrichts ist die Erziehung der Kinder durch Selbsttätigkeit zur Selbständigkeit. Wie es in den der Grundschulzeit folgenden Jahren erreicht werden kann, zeigt das vorliegende Buch in vorbildlicher Weise. Es bietet den Stoff in allmählichem Aufbau von Jahr zu Jahr und steigert darum die Schwierigkeit der sachlichen Behandlung und sprachlichen Darstellung von Abschnitt zu Abschnitt. Zum Zwecke der Zusammenfassung und Ergänzung der gelegentlich vermittelten kartenkundlichen Kenntnisse macht es sich der letzte Abschnitt zur Aufgabe, auch die Gewinnung des Karteninhalts in einfacher Art darzustellen und damit zugleich Anregung zur erdkundlichen Ausnutzung der Wandertage zu geben. Besonders wertvoll machen das Buch die zahlreichen Figuren, die dem Lehrer auch als Muster für seine Wandtafelzeichnungen dienen können. Für das Selbststudium ist das Buch wegen seiner übersichtlichen Gliederung und klaren, einfachen Sprache ein vorzüglicher Lehrer.

Die Heimatkunde in den Grundschulen der Provinz Brandenburg

Von Seminar-Studienrat H. Heinze

1. Teil: Der Heimatort und seine Umgebung
(3. Schuljahr.) Hlwd. RM. 3.50

Der bestbekannte Verfasser behandelt die wichtige pädagogische Frage: „Wie unterrichtet man in der Heimatkunde nach den neuen Richtlinien?“ generell, so daß das Werk für jeden Lehrer in ganz Deutschland hohe Bedeutung gewinnt. Der Band ist in sich abgeschlossen.

2. Teil: Der Heimatkreis. Die Heimatprovinz
Brandenburg (4. Schuljahr.) Hlwd. RM. 4.60

Unentbehrlich ist dieser 2. Teil wegen seiner umfangreichen geographischen, historischen, naturkundlichen und kulturgeschichtlichen Stoffsammlung für den Lehrer der Provinz Brandenburg, doch wird das Buch wegen seiner prinzipiellen Behandlung auch in allen Teilen des Reiches unschätzbare Führerdienste leisten.

**Union Deutsche
Verlagsgesellschaft**

Zweigniederlassung Berlin SW 19

„Man braucht nur eine Landkarte in die Hand zu nehmen, um sich zu überzeugen, daß die natürlichen Grenzen Frankreichs bis zum Rhein reichen, dessen Lauf ausdrücklich gemacht zu sein scheint, um Frankreich von Deutschland zu trennen, um die Grenzen dieser Länder festzulegen und zu bestimmen, wo ihre Herrschaft aufhört“

FRIEDRICH DER GROSSE
Historie de mon temps

Wenn der große Friedrich eine wissenschaftlich so falsche, geographisch, historisch, kulturell und wirtschaftlich so unhaltbare Ansicht äußert, — gibt es einen treffenderen Beleg, daß der geopolitische Sinn uns Deutschen von jeher gefehlt hat? Daß jeder, der dazu berufen ist, die Aufgabe hat, das Verständnis für unsere Lebensnotwendigkeiten zu wecken und zu verbreiten? / Den Rhein in seiner Gesamtheit, das ewige Problem Europas, erfaßt historisch, geopolitisch und kulturell

PAUL WENTZCKE

*von dem sechsten in zweiter
Auflage erscheint*

RHEIN UND REICH

EINE GEOPOLITISCHE BETRACHTUNG DER
DEUTSCHEN SCHICKSALS-GEMEINSCHAFT

*Ein starker, sorgfältig ausgestatteter,
mit 14 Karten und einer graph. Zeit-
tafel erläuteter und gut gebundener*

LEINENBAND
REICHSMARK 8.—

Tägliche Rundschau

Unabhängige nationale Tageszeitung mit 12 Beilagen:

Bilderbeilagen: Bild zum Text, Tag u. Technik.
Unterhaltungsbeilage, Literarische Rundschau
Wissenschaft u. Hochschule, Wirtschaft u. Börse
Ehe und Familie, Deutscher Sport und deutsche
Jugend, Großdeutschland, Dienst am Volk
Kino und Kultur, Reise und Bäder-Rundschau

Es genügt nicht, sich über die politischen Strömungen
der Gegenwart zu informieren. Die Förderung der
Presse, die dem deutschen Ansehen im Auslande dient,
ist wirtschaftliche und politische Pflicht.

Probenummer gratis durch den Verlag:
BERLIN W57, BÜLOWSTR. 66

W **VLADIMIR WOYTINSKY** **DIE VEREINIGTEN STAATEN VON**

Y

**DAS BUCH
DER ERKENNTNIS,
DER HOFFNUNG
UNSERER ZEIT**



**PREIS: KARTONIERT
MARK 4,-**

EUROPA



ZU BEZIEHEN DURCH JEDE GUTE BUCHHANDL. ODER VOM

VERLAG J. H. W. DIETZ NACHF., BERLIN SW68, LINDENSTR. 3

VERSANDABTEILUNG

JOSEPH CAILLAUX:

DIE ZUKUNFT DER FRANZÖSISCHEN FINANZEN

Die erste Aufgabe eines jeden französischen Finanzministers der letzten Jahre war die Bilanzierung des Staatshaushaltes und die Konsolidierung des Budgets. Schon zur Zeit meiner Amtstätigkeit warnte ich das Land vor der Gefahr, die aus dem mehrere Milliarden Franken betragenden Defizit drohte. Meine Offenheit hat mir damals eine Unmenge heftigster Angriffe eingebracht, doch glaube ich, daß gerade diese Offenheit keineswegs unfruchtbar oder dem Lande abträglich war. Sie hat wenigstens meine Nachfolger in den Stand gesetzt, die Zustimmung des Parlaments für neue Steuern viel leichter zu erhalten, als dies sonst vielleicht der Fall gewesen wäre. Ich gehe sogar so weit zu erklären, daß meiner Meinung nach im August vorigen Jahres Poincaré in seinen Steuerforderungen ein wenig zu weit gegangen ist. Das ist jedoch reine Auffassungssache, denn es ist nicht schwer, die Steuerschraube zurück-zudrehen, wenn die Stabilität des Budgets so gut wie gesichert ist.

Ist die Stabilität nun heute gesichert?

Die von der Regierung vorgelegten Voranschläge zeigen zwar einen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen, doch glaube ich, daß ich niemandem etwas Neues sage, wenn ich darauf hinweise, daß Budgetbilanzen stets problematischer Natur sind, bis eine volle Übersicht über die jeweiligen Einnahmen und Ausgaben vorliegt. Um jedoch die vorliegenden Regierungsprojekte erfolgreich zu gestalten, müssen zuvor noch verschiedene wirtschaftliche und finanzielle Vorbedingungen erfüllt werden.

Ich habe stets die Überzeugung gehabt, daß die Stabilisierung der Währung von äußerster Wichtigkeit für die Wirtschaft eines jeden Landes ist. Die Herbeiführung dieser Stabilisierung hängt wiederum aufs innigste mit dem Problem der Bilanzierung des Staatshaushaltes zusammen. Ein ausgeglichenes Budget ist die Grundlage jeder vernünftigen Wirtschaft; mit ihr sollte jedoch die Währungsstabilisierung Hand in Hand gehen. Um zu verhindern, daß die Voranschläge des Rechnungsjahres umgeworfen werden, ist es zudem von größter Wichtigkeit, daß die Ausgaben, die in dem Haushaltsjahre von Staat und Land gebraucht werden, sich so eng wie möglich an die Schätzungen halten. Es erscheint mir mehr als fraglich, ob diese Vorbedingungen für das Jahr 1927 erfüllt sind.

Um die überragende Bedeutung einer schwankenden Währung auf die Finanzlage eines Landes richtig zu beurteilen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die jährlichen Staatsausgaben Frankreichs vor dem Kriege sich auf etwa

5 Milliarden Goldfranken beliefen. Das Budget des Jahres 1927 bilanziert mit etwa 40 Milliarden Papierfranken. Als die Voranschläge aufgestellt wurden, notierte das englische Pfund etwa 160 Franken und die 40 Milliarden Papierfranken stellten einen Gegenwert von etwa 6 Milliarden Goldfranken dar. Ein Unterschied zwischen 1913 und 1927 bestand daher zwar, aber er war verhältnismäßig gering. Bei einem Kurs von 120 Franken für das Pfund jedoch läuft die Endsumme auf mehr als 8 Milliarden Goldfranken hinaus. Das bedeutet schon eine Steigerung von 60 % der Vorkriegssumme gegenüber.

Die Währungsschwankungen rufen ein ständig wechselndes Bild der Finanzlage Frankreichs hervor. Im Oktober vorigen Jahres belief sich die innere Schuld des Landes auf etwa 47 Milliarden Goldfranken. Im Dezember war diese Summe bereits auf 62 Milliarden Goldfranken gestiegen. Falls man die Revalorisierung des Franken bis zur äußersten Grenze treiben würde, und der Papierfranken dem Werte des Goldfranken gleichkommen würde, so würde damit die innere Schuld Frankreichs etwa 300 Milliarden Goldfranken betragen, d. h. etwa 10 mal so viel als die öffentliche Schuld vor dem Kriege ausmachte. Aus diesen Ziffern erhellt die volle Bedeutung der kommenden Finanzpolitik für die französische Wirtschaft.

Ich weiß ebenso gut wie irgend ein anderer, wie geradezu niederschmetternd der Gedanke dem französischen Volke ist, daß der Wert des Franken auf etwa 15—20 Centimes festgesetzt werden sollte. Es gibt kaum eine Familie im Lande, die dem Staat nicht eine bedeutende Menge ihres Vermögens anvertraut hätte, und die aus Gründen der Gerechtigkeit und der eigenen wirtschaftlichen Sicherheit nicht eine Stabilisierung auf Pari für wünschenswert erachten würde. Aber die harten wirtschaftlichen Tatsachen verbieten die Realisierung dieses Ideals. Das Land steht vor der dringenden Notwendigkeit, seine innere Schuld zu verringern; diese Verringerung kann nur erfolgen, indem man die Währung auf einer Grundlage stabilisiert, die die gesamte Staatsschuld zu einer tragbaren Last herabdrückt oder aber durch eine Zwangskonvertierung, die darauf hinausläuft, daß die Inhaber von Staatsrenten weniger erhalten als sich der Staat ihnen gegenüber zu zahlen verpflichtet hatte. Für die heimischen Staatsgläubiger laufen beide Lösungen auf dasselbe hinaus, für die Nation als ganzes jedoch nicht. Jede Revalorisierung des Franken erhöht sofort die Härte der Besteuerung, läßt den Geldwert steigen und führt zu einer Verlangsamung des Geschäftsganges, ja zu einer Wirtschaftskrise, von der wir bereits die ersten Anzeichen gespürt haben. Da wir jedoch nicht wissen, welchen der beiden Wege die Regierung einschlagen wird, so ist es natürlich sehr schwierig, irgendwelche Voraussagen für die Zukunft zu geben.

Ein weiterer Faktor größter Unsicherheit bezüglich der Zukunft der französischen Finanzen wird durch das noch immer ungelöste Problem der internationalen Kriegsschuldregelung gebracht. Ich habe es oft genug betont und kann es hier nur noch einmal wiederholen, daß weitgehende Vermögensübertragungen von einer Nation an die andere internationale Rückwirkungen haben, die in der Lage sind, endlich eine Situation zu schaffen, die sowohl für Gläubiger als auch für den Schuldner unerträglich und gefährlich ist. Ich bin davon überzeugt, daß eines schönen Tages die Kriegsschulden überhaupt annulliert werden müssen. In der Zwischenzeit wird jedoch Frankreichs Lage durch die Zahlungen, die zu leisten es sich verpflichtet hat, beeinflußt werden. Ihre Rückwirkungen auf das Nationalvermögen werden wiederum von den Kompensationszahlungen abhängen, die wir unter dem Dawesplan zu erhalten in der Lage sind.

Ich kann mich von einer gewissen Sorge bezüglich der Entwicklung der Zahlungsbilanz der französischen Wirtschaft in den kommenden Jahren nicht freimachen. Vor dem Kriege war Frankreich in dieser Beziehung sicherlich in einer sehr viel günstigeren Lage. Obwohl es in seinem reinen Außenhandel eine passive Handelsbilanz aufwies, wurde das Defizit doch nicht nur durch die zum Teil recht hohen Ausgaben ausländischer Touristen, sondern vor allem durch die Zinsen von 50 Milliarden Goldfranken, die Frankreich im Auslande investiert hatte, wettgemacht und so die Zahlungsbilanz zu seinen Gunsten beeinflußt. Der Krieg hat die beiden vorerwähnten Einkommensquellen sehr viel schmaler fließen, ja zum Teil ganz versiegen lassen und es muß daher als beinahe sicher angenommen werden, daß die Zahlungsbilanz augenblicklich zu ungunsten Frankreichs steht.

Ich sage indessen nur „augenblicklich“, denn ich habe größtes Vertrauen in den Fleiß und die Sparsamkeit der französischen Bevölkerung und in die Widerstandskraft der französischen Wirtschaft. Frankreich hat stets die Lehren trüber Zeit schnell gelernt. Ich bin daher weit davon entfernt, die Lage auf lange Sicht hinaus als verzweifelt anzusehen, habe vielmehr die feste Überzeugung, daß die kommende Krise durch eine weise Stabilisierung auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden wird und daß langfristige Kredite es uns ermöglichen werden, nicht nur diese Periode finanzieller Schwierigkeiten zu überwinden, sondern uns auch mehr und mehr dem Aufschluß der bedeutenden und wertvollen Naturschätze hinzugeben, die wir nicht nur in unserer französischen Heimat, sondern auch in unseren Kolonien besitzen, und die uns sicherlich in den Stand setzen werden, die frühere Blüte des Landes in wenigen Jahren wiederherzustellen.

FREIHERR VON RHEINBABEN:
DIE DEUTSCHE FORMEL

Die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt in der Charakterisierung bestimmter Tendenzen und Perioden der außenpolitischen Entwicklung in allen Ländern das Bestreben, diese in jedermann geläufigen Schlagworten zu kennzeichnen. Die Bismarcksche Zeit schuf das „Drei-Kaiserbündnis“ und später den „Dreibund“. Frankreich und Rußland schlossen sich zum „Zweibund“ zusammen. Bismarck hatte sein „cauchemar des coalitions“. Fürst Bülow prägte das Wort vom „europäischen Konzert“ und der deutschen Forderung nach einem „Platz an der Sonne“. Die Angelsachsen propagierten etwa seit der Jahrhundertwende mit den ihnen zur Verfügung stehenden fast unbegrenzten Verbreitungsmitteln moderner Zeitungs- und Nachrichtentechnik Wort und Begriff der „Democracy“ im Gegensatz zur angeblich rückständigen und gefährlichen „Autokratie“ anderer Länder. Heinrich Friedjung nannte dieses ganze Zeitalter das des „Imperialismus“. Frankreich betrieb unter dem Deckmantel einer „Politique de la pénétration pacifique“ die Eroberung Nordafrikas und wählte das so wohlklingende Wort „Entente cordiale“ für sein militärisches und politisches Zweck- und Eroberungsbündnis mit England. Dieses hielt auch nach Aufgabe der „splendid isolation“ 1902 fest an der Jahrhunderte lang bewährten Politik der „balance of power“, d. h. Stellungnahme gegen die jeweils stärkste Kontinentalmacht, prägte für die Notwendigkeit seiner überragenden Flotte den Begriff des „two power standard“ und verstand darunter, daß die englische Flotte so stark sein müsse, wie die beiden nächststärksten Flotten zusammen. Der leider allzu einflußreiche Geheimrat von Holstein glaubte in der stillen Aktenstudierstube des deutschen Auswärtigen Amtes nicht, daß Walfisch (England) und Bär (Rußland) je zusammenkommen würden. Schließlich spielte kurz vor dem Weltkriege der Zahlenbegriff „16:10“ als Kennzeichnung des Stärkeverhältnisses der englischen zur deutschen Flotte die bekannte große Rolle in der Weltdiskussion über eine Begrenzung der deutsch-englischen Flottenrüstungen — kurz, es stellte sich nicht nur in der eigentlichen politischen Literatur, sondern in der öffentlichen Meinung der Völker als eine große Bequemlichkeit heraus, mit den hier auszugsweise genannten Schlagworten ganz bestimmte Zustände, Forderungen und Entwicklungstendenzen jeweiliger Außenpolitik in bestimmter Richtung zu umschreiben.

Der Weltkrieg brachte dann jene große, fast unermesslich trübe und schlammige Propagandaflut gegen Deutschland, die nach dem eigenen Zuge-

ständnis ihrer fähigsten Macher und Verbreiter in erster Linie ein Kriegsmittel war, um den verhaßten Gegner in den Augen der Welt zu diffamieren und im deutschen Volke selbst Zwietracht zu säen. Deren so geprägte Begriffe und Schlagworte verschwanden dementsprechend zum großen Teile nach Beendigung des Weltkrieges allmählich wieder. Geblieben ist hauptsächlich der verletzend anmaßende und falsche Begriff des „Krieges für Recht und Gerechtigkeit und Zivilisation“. Geblieben ist ferner und hiermit zusammenhängend die „Lüge von der deutschen Verantwortung für den Weltkrieg“ und der deutsche Kampf gegen diese Lüge. Aber auch das ist letzten Endes nichts anderes als der Versuch der Gegenseite, die Opfer des Weltkrieges und die noch gebliebenen schlimmen Folgen vor den eigenen Völkern mit einem tönenden Wort zu begründen und die Aufklärung über die wahren Verantwortlichkeiten hinten zu halten.

Die Friedensdiktate setzten den Völkerbund in den Sattel und zeitigten seine sehr bald überall durch dieselbe Phraseologie eingerahmten neuen Verhandlungsmethoden. Aus dem bombastischen Wortschwall der ersten Nachkriegsjahre schälte sich in der Folgezeit allmählich jener seitdem unzählige Male wiederholte Dreiklang „Schiedsgericht — Sicherheit — Abrüstung“ heraus, den man also wohl mehr oder weniger dem Begriff „Völkerbundspolitik“ gleichzusetzen berechtigt ist. Daneben bürgerte sich der Begriff vom „Geist von Versailles“, vom „Geist von Genf“ und in neueren Tagen der vom bislang noch hart umkämpften „Geist von Locarno“ ein. Die französische Politik arbeitete jahrelang Deutschland gegenüber und propagandistisch nach der Welt hinaus bald abwechselnd, bald gemeinsam mit dem Schrei nach „Garantien und Sanktionen“ und dem unheilvollen Wort „Reparationen und Sicherheit“. Einen Augenblick schien es sogar, als ob sie in dem „Genfer Protokoll“ einer Politik innerhalb des Völkerbunds zum Erfolg verholfen hätte, die für unabherrschbare Zeit den Anspruch Frankreichs unterstrich, den „status quo“ überall in Europa aufrecht zu erhalten und die „Heiligkeit der Verträge“ nicht zu erschüttern. Dieser Tendenz steht mehr und mehr sichtbar eine losere und gewissen Entwicklungen Raum geben wollende Tendenz der englischen Politik gegenüber, die man am besten wohl in dem Worte „Evolution“ umreißt. Italien ist seinerzeit auf Grund des „sacro egoismo“ in den Krieg eingetreten, begeistert sich weiter an Wort und Begriff des „mare nostro“ und hat nach historischen französischen Vorbildern bezüglich des Brenners auch seinerseits das Wort von den „natürlichen Grenzen“ oft verwandt. In den Vereinigten Staaten von Amerika schuf man schon auf der ersten Abrüstungskonferenz der Seemächte in Anlehnung an die erwähnten Vorkriegsmuster die Zahlenformel „1:1:0,6:0,33“ und verstand darunter die gleiche Stärke der englischen und amerikanischen Flotte in Großkampfschiffen und die ent-

sprechenden geringeren Stärken für Japan und gleichmäßig für Frankreich und Italien. Als die Wilsonschen Phrasen, Deklamationen und 14 Punkte allmählich in Vergessenheit geraten waren und Amerika aus sehr realen eigenen Interessen heraus seine Wiederannäherung an die europäische Politik vollzogen hatte, gab es wohl drüben jenseits des Atlantik kaum eine politische Rede oder Ansprache, in der nicht die dort überaus beliebte Wendung vorkam: „Cooperation and good will among nations“ — Zusammenarbeit und guter Wille unter den Nationen. Ich selbst habe jedenfalls anlässlich meiner Teilnahme an der Interparlamentarischen Union im Herbst 1925 fast drei Wochen lang täglich mindestens zweimal diese schönen Worte vernommen. Und damit möchte ich diese auf Vollständigkeit keinen Anspruch machende bunte Liste schließen. Sie soll auch keine Ergänzung mehr durch Erwägungen über das folgenschwerste aller politischen Schlagworte, vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ oder durch weltpolitische Exkursionen über die „Politik der offenen Tür“, „Monroe Doktrin“, „China den Chinesen“ oder sonst geläufige Begriffe mehr erhalten, sondern nun zu der Frage überleiten: Welche Formeln haben sich seit dem Zusammenbruch in Deutschland selbst zur Charakterisierung einer bestimmten Politik eingebürgert?

Als Deutschlands Macht im Staube lag, ergab es sich aus der Situation von selbst, daß die deutsche Politik schon in den „Friedensverhandlungen“ von Versailles sich bemühte, wenigstens die allernotwendigsten Grundlagen für eine „Politik des Rechts“ zu schaffen. Begleitet von der Wandlung der Staatsform und mannigfachen innerpolitischen Umwälzungen schienen Millionen von Deutschen bereit, für immer eine „Machtpolitik“ abzuschwören und identifizierten eine solche mit den angeblich beklagenswerten Folgen von Fehlern des alten Regimes. Um so kräftiger erhob sich auf der Gegenseite von rechts her die Forderung nach einer „Revision des Friedensvertrages“ und es konnte jahrelang geschehen, daß gewisse politische Persönlichkeiten nur durch dauerndes Wiederholen des Wortes „Revision“ zu mutigen „Vorkämpfern“ einer solchen abgestempelt wurden. Schon sehr bald entstand daneben die Forderung, die deutsche Politik auf den Eintritt in den Völkerbund zu richten und überhaupt „Völkerbundspolitik“ zu treiben. Der Völkerbund allerdings machte seine Propagierung in Deutschland durch die Entscheidungen über Oberschlesien, die Saar, Danzig, Memel usw. recht schwer. Trotzdem blieb die Agitation für den Völkerbund in Deutschland am Leben und als in der bekannten Entwicklung nach Dawesplan und Locarno der Eintritt in den Völkerbund sich wirklich vollzog, gab es unter den sich stolz „Völkerbundspolitiker“ nennenden nicht wenige, die sich rühmten, diese Entwicklung selbst mitvorbereitet und ermöglicht zu haben. Sie vergaßen wohl

meistens, daß es in der Politik ganz und gar nicht dasselbe ist, die gleiche Forderung zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Voraussetzungen zu erheben. Sie kann zu einem Zeitpunkt falsch und den Interessen des eigenen Landes abträglich sein und doch zu richtiger und gegebener Zeit Vorteile bringen. Aber soviel ist auf alle Fälle heute sicher: Der Völkerbund als Ganzes hat trotz allmählicher Anpassung an die veränderte europäische und insbesondere deutsche Lage gerade seine frühesten und wärmsten Anhänger in Deutschland nicht wenig enttäuscht. Der sich immer mehr einbürgernde Begriff der „Politischen Börse“ oder des „clearing house“ ist eben doch etwas ganz anderes als das Ideal von 1918/20. Daneben zeigen auch recht fühlbare Zusammenhänge der deutschen Politik mit Amerika und Rußland, daß der heutige Völkerbund keinesfalls etwa der Brennpunkt oder die Inkarnation deutscher Außenpolitik schlechthin sein kann. So hat der Begriff „Völkerbundspolitik“ zwar auch heute einen sehr bestimmten positiven Sinn. Er ist aber weit davon entfernt, als deutsche Gesamtformel bezeichnet werden zu können. Noch viel weniger gilt dies für das ominöse Wort: „Erfüllungspolitik“. Auch wenn es für jeden einigermaßen Einsichtigen in Deutschland selbstverständlich war, daß nach dem Unglück des Versailler Friedensdiktates eine große Anzahl seiner Artikel und Forderungen von Deutschland „erfüllt“ werden mußten, so war für die Durchführung dieser mit Gewalt und Zwang uns aufgezwungenen Funktion das gewählte Wort der Erfüllungspolitik doch so unglücklich wie möglich. Denn es enthielt nach deutschem Sprachgebrauch und Sprachgefühl nichts, was irgendwie auf nationalen Willen und nationale Abwehr hindeutete und entsprach vielmehr den leider von weitesten Schichten tatsächlich vertretenen Auffassung, daß sich Deutschland gegenüber den unerträglichen Forderungen seiner Gegner beruhigen und alle Anstrengungen auf die Herstellung einer möglichst günstigen „Atmosphäre“ richten müsse. Auch diese schwächliche Periode ging vorüber und wurde durch den „passiven Widerstand“ des Ruhrjahres 1923 abgelöst. Wer von der seither betriebenen Politik auch jetzt noch immer die Bezeichnung „Erfüllungspolitik“ gebraucht, ist so sehr jenseits aller Wirklichkeit und so abseits jeden politischen Verständnisses, daß ihm irgend ein bestimmender Einfluß auf die Führung der deutschen Außenpolitik nicht eingeräumt werden darf. Was nach Annahme des Dawesplanes geblieben ist, ist in Wahrheit weiter nichts als ein harter Kriegstribut, den die anderen, gestützt auf ihre Macht, nach wie vor eintreiben. Diese Eintreibung ist aber für Deutschland selbst von so vielen und greifbaren Vorteilen gegenüber der früheren Lage begleitet worden, daß schon ein eigenartiger politischer Verstand — wenn ein solcher überhaupt vorhanden sein sollte — dazu gehört, um diesen Unterschied nicht zu begreifen. Es folgte die Ära der „Locarno-Politik“, in deren Auswirkung wir uns noch

heute befinden. Noch ist der Kampf um sie nicht endgültig abgeschlossen, trotzdem die Tinte der Unterschrift unter den Verträgen längst trocken wurde. Aber abgesehen davon ist Wort und Begriff der Locarno-Politik wiederum nicht die deutsche Formel schlechthin, da sie zwar an für die deutsche Zukunft besonders wichtigen Stellen vertragliche Bindungen vorsieht, aber ganz natürlicherweise mehr bestimmte geographische und auf einzelne Mächte abzielende Grundsätze enthält, als daß sie etwa zum Prinzip aller und jeder deutschen Außenpolitik erhoben werden kann. Man könnte dies höchstens insofern tun, als man stellenweise unter „Locarno-Politik“ verallgemeinernd eine solche versteht, die auch an anderen Stellen Europas vertragliche Regelungen treffen sollte, die dem Frieden und der Befriedung dienen. Ich glaube aber doch, daß bei aller Notwendigkeit der eigentlichen Locarno-Politik die darin von der deutschen Seite gebrachten nationalen Opfer so große gewesen sind, daß wir zur Kennzeichnung künftiger deutscher politischer Betätigung nach einem anderen Worte Umschau halten sollten, das in höherem Maße klar die Tendenz zum Ausdruck bringt, daß neue Verträge und Abmachungen im wohlverstandenen gegenseitigen Interesse liegen müssen. Entspricht etwa schon das in diesem Sinne so vielfach gebrauchte Wort der „Verständigungs-Politik“ dieser Forderung? Ich glaube nicht. Denn leider hat auch dieser Begriff für sehr viele unserer Volksgenossen nur den Sinn, anderen Ländern mit schönen Worten und unter all zu schnellem Vergessen der Vergangenheit gegenüber zu treten und den jetzigen Zustand mehr oder weniger bedingungslos als einen dauerhaften anzuerkennen. Viele „Verständigungspolitiker“ in Deutschland sind mehr oder weniger identisch mit der besonderen Abart des deutschen Pazifismus, haben für nationale Forderungen wenig übrig und erwähnen sie höchstens beiläufig, ohne sich über gewisse nationale Voraussetzungen und Notwendigkeiten viel Gedanken zu machen. Sie identifizieren sich auch wohl zu nicht geringem Teil mit den sich immer breiter machenden Gruppen der „Europäer“ und „Paneuropäer“. Sie sind häufig in ihrer Unkenntnis von Struktur und Tendenzen des englischen Weltreichs verwandt mit Gedankengängen, welche die neuerdings ziemlich still gewordene Schule der „Kontinentaleuropäer“ früher vertrat. Sie verlieren leicht den Boden der Wirklichkeit und schweiften schnell in das holde Gebiet der Illusionen und Zukunftsträume ab. Und wenn wir nun auch diesen kurzen Überblick abrunden wollen, so könnte man etwa noch die Worte „Ostorientierung—Westorientierung“ erwähnen, doch hat sich eigentlich praktisch ergeben, daß im Einklang mit der tatsächlichen Entwicklung der letzten Jahre weder amtlich noch nichtamtlich ein wirklicher eindeutiger Wegweiser nach der einen oder anderen Richtung entstanden ist bzw. entstehen konnte.

Sucht man hiernach also nach einer Formel, die besser als das häufig miß-

brauchte Wort „Verständigung“ etwas für Deutschland Positives enthält und gleichzeitig nach innen und außen einen solchen festen Willen zeigt, der keiner Mißdeutung fähig ist, dann scheint mir bis auf weiteres die folgende Formel am besten:

„Gleichberechtigte Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse.“

Ich möchte sie kurz an den heranstehenden nächsten und wichtigsten Problemen der deutschen Außenpolitik erläutern.

1. Im Westen ringen wir um Räumung der besetzten Gebiete, um Rückkauf der Saargruben und mit dem Rheinland gleichzeitiger Rückkehr des Saargebietes in die deutsche Verwaltung. Wir hoffen ferner auf eine wiederum durch finanzielle deutsche Mittel herbeizuführende deutsch-belgische Verständigung über Eupen und Malmedy.

Wer glaubt noch in Deutschland, daß Frankreich ohne weiteres und dem zweifellos bestehenden politischen Recht Deutschlands (Anwendung des Artikels 431 V. V. nach Dawesplan, Locarno, Genf, Beendigung der Abrüstung und interalliierten Militärkontrolle) nachgebend diese deutschen Forderungen erfüllen wird? Läuft nicht in Wirklichkeit die ganze Entwicklung darauf hinaus, daß doch im Sinne der von gewisser Seite zunächst so verhöhnten Gedanken von Thoiry der Räumungsprozeß zu einer großen politisch-finanziellen Aktion nach dem Prinzip des „do ut des“ werden wird? Werden nicht die Anzeichen immer stärker, die diese Aktion mit einer Revision und Endlösung des Dawesplans in Verbindung bringen und so ganz selbstverständlich zwar Deutschland die Freiheit wiedergegeben wird, andererseits aber auch Frankreich und den anderen Reparationsgläubigern erhebliche Vorteile zufallen? Sind weiter nicht die Zusammenhänge deutlich genug, die an solcher möglichen Entwicklung 1927/28 die große Geld- und Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten zwangsläufig beteiligen, ja diese sogar weitgehend zu deren Schiedsrichter macht? Und wen gibt es, der sich vorstellen könnte, daß diese Macht einen Schritt tun wird, der nicht — im „gegenseitigen Interesse“ liegt?

2. Deutsch-polnischer Ausgleich: Wo ist der Deutsche, der glaubt, daß Polen von selbst, um des lieben Friedens Willen, freiwillig den Korridor und Oberschlesien an Deutschland zurückgeben wird? Wo ist aber andererseits ein europäischer Politiker, der nicht der Ansicht wäre, daß die augenblickliche Einstellung Polens zu Deutschland eine für Polen selbst abträgliche und auf die Dauer verhängnisvolle ist? So sehr ich persönlich von der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände zwischen Deutschland und Polen überzeugt bin, so sehr ich auch alle Bestrebungen unterstütze, eine national gesicherte, zusammenhängende wirtschaftlich gesunde deutsche Ostmark wieder-

erstehen zu lassen, so wenig bin ich von der Nützlichkeit einer Politik überzeugt, die sich eine Besserung der Lage von auswärtigen Verwicklungen oder gar von evtl. Möglichkeiten militärischer Art gegenüber Polen verspräche, wie sie unter Hinweis auf die Frage der Ostfestungen (Artikel 180 V. V.) jetzt unsinnigerweise von französischer Seite Deutschland untergeschoben werden. Ich halte das deutsch-polnische Problem für das schwierigste Problem überhaupt, viel schwieriger als das deutsch-französische und noch schwieriger als irgendein Problem des Balkans. Wir werden uns auf lange Sicht und auf langdauernde Anstrengungen einstellen müssen, um den deutschen Anspruch auf Revision der deutsch-polnischen Grenzen aufrecht zu erhalten und ihn durch alle Wirrnisse und Verstrickungen der jetzigen und künftigen deutschen Entwicklung durch und vorwärts zu treiben. Wir werden aber nach meiner Auffassung gut daran tun, zur Unterstützung unserer berechtigten Ansprüche immer wieder darauf hinzuweisen, daß Deutschland in jedem Augenblick zu einer Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse auch mit Polen bereit ist, bei der allerdings nationale allgemein in allen Parteien vertretene deutsche Forderungen in keinem Augenblick aufgegeben werden dürfen. Wenn eine solche „Zusammenarbeit“ heute offenkundig nicht vorliegt, so liegt aus vielfachsten Gründen die Schuld dafür bei Polen und nicht bei Deutschland.

3. Koloniale Betätigung, Auswanderung, Wirtschaftskonferenz: Daß gerade hier das gegenseitige Interesse vorhanden sein muß, um deutsche Forderungen zu verwirklichen, bedarf eines besonderen Nachweises nicht. Ich halte das Wort vom „Volk ohne Raum“ für ganz besonders treffend in seiner Anwendung auf den heutigen Zustand Deutschlands. Aber kann ein machtloses Volk, dessen Wirtschaft gebieterisch auf Expansion und Betätigung draußen jenseits der Grenzen und in der Welt überhaupt eingestellt sein muß, diesen Raum anders als in Zusammenarbeit und auch im Interesse anderer Völker wieder neu gewinnen? Sind nicht z. B. alle Hoffnungen, in Afrika wieder Siedlungsmöglichkeiten in „weißem Kolonialland“ zu erlangen, von einer Verständigung mit andern Mächten abhängig und ist eine solche denkbar, wenn sie nicht „Zusammenarbeit“ zum Ziele hat und auch „im Interesse“ Englands, Südafrikas, Portugals liegt?

4. Wenn wir eine Formel finden wollen, welche die eigene Nation befriedigt und den Anderen unsere Willensrichtung klar aufzeigt, dann muß sie aber auch noch ein oberstes ideelles Gebot erfüllen: Sie darf vom Gesamtkomplex möglicher und vernünftiger Zukunftshoffnungen nichts ausschließen und muß doch gleichzeitig deutlich dem Frieden dienen! Prüfen wir also unsere hier vorgeschlagene Formel auch daraufhin. Wer zusammenarbeiten will, der will ganz gewiß nicht kämpfen und Gewalt anwenden. Und wer bei

dieser Zusammenarbeit den Grundsatz der Gleichberechtigung verlangt, der fordert deutlich bei der Abhängigkeit von Recht und Macht die gleiche Rüstung oder die gleiche Abrüstung von den Anderen. Und wer in unserer heut so sehr von materiellen Fragen und den Gesetzen der Wirtschaft beherrschten Zeit seine eigenen Forderungen erhebt, der wird trotz allem Verständigungsgerede auf Ablehnung stoßen, wenn seine Vorschläge nicht auch der anderen Seite nützlich und vorteilbringend sind. In politischen rechtsstehenden Kreisen in Deutschland wird so gern und oft das Wort vom „nationalen Willen“ ausgesprochen und wiederholt. Die einfachste Überlegung ergibt, daß nationaler Wille kein Ding an sich sein kann und sich an ganz bestimmte Forderungen anschließen muß, von deren Erfüllung die Wiedererlangung von Freiheit und Gleichberechtigung unseres Volkes abhängt. Die Geschichte hat wohl sicherlich im Laufe der Jahrhunderte bestimmte ewige Gesetze und einen tieferen inneren Sinn. Aber sie wiederholt sich nicht in denselben äußern Formen. Das 1918 niedergeworfene und zertretene Deutschland kann nur und muß sich anders als Preußen vor über 100 Jahren mit friedlichen Mitteln wiederaufrichten. Heut wissen wir nicht, was einmal aus dem Völkerbund werden wird, ob die von mir wiederholt auch für unsere Interessen empfohlene englische Anregung einer Politik der Großmächte: Deutschland, England, Frankreich und Italien Wirklichkeitswerte enthält, ob Europa überhaupt sich politisch, wirtschaftlich und militärisch allmählich irgendwie einigen und in neuen Formen, auch unter Beibehaltung des Charakters seiner Nationalstaaten, zusammenschließen kann. Aber was wir wissen, ist das, daß wir jetzt in einer großen Vorbereitungsperiode zu neuer Entwicklung leben. Und was wir tun müssen, ist das, daß wir darin nach einer großen leitenden und durchschlagenden Idee den Kurs unserer Politik bestimmen. Spätere Zeiten bedingen vielleicht andere Momente, andere Möglichkeiten, andere Forderungen. Unsere Aufgabe ist es, der jetzigen Generation ihren Weg aufzuzeigen. Wer also heut etwas Besseres vorzuschlagen hat, als die „Gleichberechtigte Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse“ — der trete vor!

HERMANN LAUTENSACH:

BERICHTERSTATTUNG ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Die Ernährungswirtschaft der Erdteile.

Das kürzlich erfolgte Erscheinen des Jahrbuches 1925/26 des internationalen Landwirtschaftsinstituts zu Rom (Annuaire international de Statistique agricole) ermöglicht es, an der Hand der in dieser führenden Veröffentlichung gebotenen Zahlenfülle die Verschiebungen zu untersuchen, die die Ernährungsbasis der Menschheit in jüngster Zeit erfahren hat, sowie da und dort die geopolitischen Spannungen und Bindungen anzudeuten, die sich aus der Ernährungslage als dem primitivsten Fundament staatlichen Lebens ergeben. In Rücksicht auf den Raum müssen wir uns dabei meist auf eine Vergleichung ganzer Erdteile und auf eine Betrachtung der sechs wichtigsten pflanzlichen Nahrungsmittel: Weizen, Roggen, Mais, Reis, Kartoffeln und Zucker beschränken. Die großen Lücken in der Statistik der Lebensmittel tierischen Ursprungs legen es nahe, als Beispiele in dieser Richtung nur Butter und Käse heranzuziehen. In Rücksicht auf die einschneidenden Unterschiede der wirtschaftspolitischen Struktur empfiehlt es sich, Räterußland aus dem Landzusammenhang Eurasiens als besonderen wirtschaftsgeographischen Erdteil herauszuschälen und diesen einerseits dem restlichen Europa, der „Europäischen Halbinsel“, andererseits dem außerrussischen Asien gegenüberzustellen.

Weizen	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Einfuhr-(+) bzw. Ausfuhr-(—) Überschuß von Weizen in 1000 t		Einfuhr-(+) bzw. Ausfuhr-(—) Überschuß von Weizenmehl in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	1909/13	1925	1909/13	1925
Europäische Halbinsel . . .	29 339	27 850	37 053	38 075	+ 11 569	+ 13 321	+ 575	+ 1 075
Sowjet-Rußland	29 950	21 574	20 600	17 993	— 4 117	— 326	— 119	+ 307
Außerruss. Asien	12 526	13 767	10 409	9 991	— 1 370	+ 340	+ 207	+ 478
Afrika	3 444	4 221	2 756	3 110	— 57	+ 31	+ 285	+ 313
Australien	3 174	4 228	2 651	3 050	— 1 164	— 2 625	— 126	— 375
Nordamerika	23 881	30 495	24 468	29 596	+ 3 389	— 7 980	— 1 009	— 1 603
Südamerika	7 444	8 999	4 877	6 394	— 2 085	+ 2 566	+ 113	+ 131
Ganze Erde	109 758	111 134	102 816	108 208	—	—	—	—

Die vorstehende, die Weizenerzeugung und den Weizenhandel betreffende Tabelle zeigt, daß die Europäische Halbinsel seit der Vorkriegszeit ihre Anbaufläche hat einschrumpfen lassen und die Erzeugungsmenge nur wenig hat steigern können. Dabei war das Jahr 1925 ein ungewöhnlich günstiges Erntejahr, das manchen Staaten, z. B. Italien, Spanien, Bulgarien, aber auch Dänemark eine Rekordernte bescherte und vielen die Ernährungsfessel lockerte. An dem trotzdem immer ungünstiger werdenden Gesamtbild der Europäischen Halbinsel ist nicht zum geringsten der katastrophale Rückgang der deutschen Weizenerzeugung schuld. Die Folge ist eine ansehnliche

Vermehrung der europäischen Weizeinfuhr und die Verdoppelung der Weizenmehlfuhr, die 1925 infolge der günstigen Ernte gegenüber dem Vorjahr aber immerhin eine gewisse Abschwächung erfuhren. Noch trüber ist das Bild für Sowjet-Rußland, obwohl auch dieses seine Weizenproduktion 1925 gegenüber 1924 nahezu verdoppeln konnte. Trotzdem hat sich die ehemalige Weizenmehlausfuhr dieser einst ersten Kornkammer der Welt in eine erschreckend hohe Einfuhr verwandelt. Dieselbe stammt nicht aus dem sich immer stärker übervölkernden übrigen Asien, das vielmehr infolge der unregelmäßig, aber ständig sinkenden Ausfuhr Britisch-Indiens und der stark gestiegenen Einfuhr Japans und Chinas allmählich in seiner Weizenbilanz immer ungünstiger abschließt. Sie stammt vielmehr aus der Neuen Welt, deren geradezu ungeheuerlich wachsende Bedeutung für die Weizenversorgung der Welt die vorstehende Tabelle schlagend beweist, obwohl gerade 1925 für Nordamerika wie für Australien ein schlechtes, für Südamerika ein mittelmäßiges Erntejahr war. Nordamerika, dessen Weizenerzeugung 1922—1924 die der Europäischen Halbinsel schon ansehnlich übertroffen hatte, behält seine Stellung als erster Weizen- und Weizenmehlversorger der Welt bei, und wenn auch die Union infolge wachsender Bevölkerungszahl und steigenden Kopfverbrauchs ihre Bedeutung in dieser Richtung nur langsam steigert, so tritt Kanada, das seine Weizen- wie Weizenmehlausfuhr gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht hat, immer machtvoller in den Vordergrund. Das australische Festland und Argentinien streben ihm kräftig nach. Die politischen Bindungen, die sich für die Staaten der Europäischen Halbinsel aus diesen Verhältnissen ergeben, sind bekannt. Auch Sowjet-Rußland beginnt sie zu fühlen.

Roggen	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Einfuhr-(+) bzw. Ausfuhr-(-) Überschuß von Roggen in 1000 t		Einfuhr-(+) bzw. Ausfuhr-(-) Überschuß von Roggenmehl in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1926/26	1909/13	1925/26	1909/13	1925
	Europäische Halbinsel	18 528	16 384	25 099	23 875	+ 494	+ 1110	+ 134
Sowjet-Rußland	25 100	27 426	18 910	20 830	- 534	- 8,8	- 115	- 0,7
Außerruss. Asien	149	119	?	116	+ 0,05	+ 0,7	—	—
Afrika	45	?	16	?	- 0,02	- 3,4	—	—
Australien	5	?	5	?	- 0,10	—	—	—
Nordamerika	952	1 999	970	1 583	- 16,4	- 866,6	+ 0,3	- 2,2
Südamerika	37	218	19	122	- 7,6	- 5,4	+ 4,3	•
Ganze Erde	44 816	46 146	45 020	46 525	—	—	—	—

Vor dem Weltkrieg war der Roggen, wie die vorgestellte Übersicht erkennen läßt, in Erzeugung wie Verbrauch vorwiegend auf die Europäische Halbinsel und Rußland beschränkt. Diese Stellung beider Erdteile ist, obwohl auch hier sich 1925 in Eurasien als günstiges Erntejahr erwiesen hat, heute durch Nordamerika erschüttert. Kanada hat seither seine Erzeugung vervielfacht, die Union zeitweilig nahezu verdoppelt. Es war das eine Folge der Tatsache, daß das erste Vorkriegs-Roggenausfuhrland der Welt, Rußland, zeitweilig als Roggenlieferant gänzlich ausschied. E. Obst hat das Einspringen Amerikas an Stelle von Rußland in der Getreide- und insbesondere Roggenversorgung der

Europäischen Halbinsel in dieser Zeitschrift 1926, Seite 214 ff., durch eine geistvolle Anwendung der v. Thünenschen Intensitätskreise erklärt. Seit 1923 ist Sowjet-Rußland jedoch wieder ein Roggenausfuhrland, und daher ist die nordamerikanische Roggenausfuhr von 1,45 Mill. t auf 0,87 Mill. t gefallen. Immerhin bleibt die Stellung der Europäischen Halbinsel in bezug auf ihre Roggenversorgung stark geschwächt. Selbst ihr ehemalig erster Roggenlieferant, das Deutsche Reich, ist in die Rolle eines Einfuhrlandes gedrängt worden (Roggen und Roggenmehl: 1909/13 — 0,566 Mill. t, 1923 + 0,955 Mill. t, 1925 + 0,125 Mill. t).

Mais	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Hektarertrag in Tonnen		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909 13	1925/26	1909/13	1925
Europäische Halbinsel .	10 429	10 877	15 118	15 931	1,45	1,46	+ 4 532	+ 4 134
Sowjet-Rußland	1 320	3 105	1 335	4 482 ¹⁾	1,01	1,44	— 754	— 97
Außerruss. Asien	5 164	5 868 ¹⁾	3 990	4 249	0,75	0,62 ¹⁾	— 137	— 156
Afrika	2 158	3 493 ¹⁾	2 983	4 627 ¹⁾	1,38	1,32 ¹⁾	— 85	— 952
Australien	148	166 ¹⁾	268	328 ¹⁾	1,81	1,98	+ 13	— 3
Nordamerika	45 118	44 451	71 698	76 306	1,59	1,72	— 566	+ 26
Südamerika	6 857	6 458 ¹⁾	8 878	9 024 ¹⁾	1,29	1,40 ¹⁾	— 2 932	— 2 913
Ganze Erde	71 194	73 060 ¹⁾	104 269	97 760 ¹⁾	1,47	1,34 ¹⁾	—	—

Gleich den aus Raumgründen hier außer Betracht gelassenen Getreidearten Gerste und Hafer dient der Mais nicht nur der menschlichen Ernährung, sondern auch als Viehfutter und bildet damit die Grundlage für die Schweine-, Rinder- und Geflügelhaltung, ja in dem Erdteil, der in bezug auf die Maisanbaufläche und -erzeugung alle anderen weit überragt, in Nordamerika, steht, von Mexiko abgesehen, diese letzte Verwendung ausschließlich im Vordergrund. Sie hat Nordamerika sogar 1925 erstmalig zu einem Gebiet überwiegender Maiseinfuhr gemacht und Kanada sowie Mexiko in Abhängigkeit von dem großen südamerikanischen Maisexporteur Argentinien gebracht, während die Unionsausfuhr seit 1922 ständig sinkt. Zu einem Maisausfuhrgebiet entwickelt sich auch immer kräftiger Afrika auf Grund des starken Anbaus in der Südafrikanischen Union. Mächtig ist ebenso die Maisanbaufläche wie der Hektarertrag in Sowjet-Rußland gestiegen, aber die ehemals ansehnliche Ausfuhr ist sehr zurückgegangen. Australien zeichnet sich durch rekordmäßige Hektarerträge aus und erzielt trotz kleinster Anbaufläche einen geringen Ausfuhrüberschuß. Im außerrussischen Asien steht, was die Erzeugung betrifft, Britisch-Indien weit voran, aber es verbraucht seinen Mais größtenteils selbst, so daß es in der Ausfuhr 1925 von Java-Madura sowie Indochina übertroffen wurde. In Europas Maisezeugung stehen seit der Vorkriegszeit die Gebiete Rumäniens, Italiens und des jetzigen Südslawien an erster Stelle. Sie machen die Europäische Halbinsel zum zweiten Maiseerzeugungserdteil. Obwohl dessen Produktion noch weit vor dem großen Ausfuhr-

¹⁾ 1924/25.

erdteil Südamerika steht, verschluckten doch die Bevölkerungsmassen Italiens und Spaniens sowie die Viehscharen Mittel-, West- und Nordeuropas fast die gesamte auf den Weltmarkt geworfene Maismasse, und nur die Verringerung der Viehhaltung hat in vielen dieser Staaten, jedoch mit bemerkenswerter Ausnahme Dänemarks und der Niederlande, die Maiseinfuhr der letzten Jahre gesenkt.

Reis	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Hektarertrag in Tonnen		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (-) Überschuß in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	1909/13	1925
Europäische Halbinsel .	194	204	690	963	3,56	4,72	+ 1 068	+ 907
Sowjet-Rußland	237	?	279	?	1,18	?	+ 117	+ 88
Außerruss. Asien . . .	43 400	48 494	69 664	75 633	1,60	1,56	- 2 093	- 1 464
Afrika	1 038	1 632	1 657	2 332	1,59	1,43	+ 268	+ 237
Australien	0,4	0,4 ¹⁾	17,2	5,8 ¹⁾	1,57	1,49 ¹⁾	+ 34	+ 43
Nordamerika	406	452	635	803	1,56	1,78	+ 220	+ 273
Südamerika	84	585 ¹⁾	145	802 ¹⁾	1,72	1,37 ¹⁾	+ 133	+ 203
Ganze Erde	48 172	54 678	77 454	85 304	1,61	1,56	—	—

In der Reiserzeugung steht Monsunisien bekanntlich von jeher weit voran. Allein die statistisch erfaßte Reisanbaufläche — für China fehlt jeder feste Anhalt — übertrifft hier heute die Fläche des ganzen jetzigen Deutschen Reiches. Obwohl Anbaufläche und Produktionsmenge sich in Monsunisien seit der Vorkriegszeit noch wesentlich gehoben haben, ist die für außerasiatische Länder zur Verfügung stehende Ausfuhrmenge doch in ziemlich schnellem Sinken begriffen. Denn die Einfuhren Japans und Chinas sind von 0,549 Mill. t (1919/13) auf 1,525 Mill. t gestiegen. Japans ständig wachsende Einfuhr wurde 1924 nur zu einem Drittel, in anderen Jahren zu noch geringeren Teilen von seiner Kolonie Formosa gedeckt, und so kommt das Inselreich in allmählich immer stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit von Französisch-Indochina, eine Tatsache, die neben anderen in der politischen Annäherung zwischen Frankreich und Japan ihren Ausdruck findet. Neben Asien spielt nur noch Afrika eine gewisse Rolle als Reisproduzent. Die Erzeugung von Französisch-Guinea, Sierra Leone und Ägypten ist in lebhaftem Aufschwung begriffen, reicht aber noch nicht hin, der panafrikanischen Reisbilanz einen Erzeugungsüberschuß zu geben. Vielmehr sind alle Erdteile mit Ausnahme des außerrussischen Asien Reiseinfuhrgebiete, am stärksten wieder die Europäische Halbinsel, der das Klima trotz rekordmäßiger Hektarerträge eine wesentliche Reisanbaufläche versagt.

Die Kartoffel ist ein leicht verderbliches und stark wasserhaltiges Nahrungsmittel, das in der Regel weder physiologisch noch nach Rentabilitäts Gesichtspunkten lange Transporte verträgt. Die im Verkehr der Erdteile untereinander umgesetzten Mengen sind daher kleiner, die Erzeugungsmengen jedoch größer als die jedes anderen der hier betrachteten Nahrungsgüter. Die Europäische Halbinsel hat infolgedessen ihre Rolle in der Weltkartoffelerzeugung über den

¹⁾ 1924/25.

Kartoffeln	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Hektarertrag in Tonnen		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (-) Überschuß in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	1909/13	1925
Europäische Halbinsel .	10 370	10 373	113 836	129 302	10,98	12,47	+ 58	- 44
Sowjet-Rußland	2 925	4 613	20 200	44 281	6,91	9,60	- 170	- 0,3
Außerruss. Asien	105	196	905	1 438	8,62	7,34	+ 24	+ 28
Afrika	66	75	270	330	4,09	4,39	+ 46	+ 29
Australien	69	69	553	525	8,02	7,61	+ 3	- 5,4
Nordamerika	1 685	1 483	11 862	10 799	7,04	7,28	+ 121	- 17
Südamerika	136	189	1 185	1 217	8,71	6,44	+ 69	+ 27
Ganze Erde	15 356	16 998	148 811	187 891	9,70	11,08	—	—

Weltkrieg hinweg besser gehalten als auf dem Gebiete anderer Nahrungsgüter. Denn eine Einfuhr aus Übersee kommt eben nur in kleinem Maßstab in Betracht, und die verarmten Volksmassen Europas bedürfen dieses billigen Nahrungsmittels jetzt dringender denn je. Aus diesem Grunde ist auch die Stellung von Sowjet-Rußland eine wesentlich andere geworden. Die Anbaufläche ist dort seit 1922 in ständigem, schnellem Anstieg begriffen, und dementsprechend wächst der Ertrag, was in einem solchen Rekorderntejahr wie 1925 besonders scharf zum Ausdruck kommt. Trotzdem ist Sowjet-Rußlands einst mächtige Kartoffelausfuhr auf ein Minimum zurückgegangen, und infolgedessen haben sich Kanada, Festlandsaustralien und 1925 auch wieder Neuseeland zu Kartoffelausfuhrländern entwickelt, die den zwischen 1909/13 und 1925 von 0,116 Mill. t auf 0,455 Mill. t gestiegenen Einfuhrbedarf Großbritannien zu befriedigen helfen. Infolge des Ausfalls von Sowjet-Rußland ist auch die Europäische Halbinsel zu einem Ausfuhrgebiet für Kartoffeln geworden. Italien und die Niederlande haben ihre Ausfuhr in den letzten Jahren stark vermehrt.

Als Weltzuckerdrama bezeichnet, vom europäischen Standpunkt aus mit vollem Recht, E. Obst in seinem soeben erschienenen großen Werk „England, Europa und die Welt“ das Überhandnehmen der Bedeutung des Rohrzuckers gegenüber dem Rübenzucker. Ist doch Europa der bei weitem erste Rübenzuckererzeuger der Welt, während seine auf Spanien beschränkte Rohrzuckerproduktion aus klimatischen Gründen stets sehr klein bleiben muß. Die Europäische Halbinsel hat ihre durch die Weltkriegsereignisse schwer heruntergedrückte Rübenzuckererzeugung mit der Kampagne 1925/26 gerade wieder auf den Durchschnittswert von 1909/13 gebracht. Aber Sowjet-Rußlands zurzeit immerhin im Steigen begriffene Erzeugung hat den Vorkriegsstand noch längst nicht wieder erreicht, und so hat die Welt-Rübenzuckerproduktion trotz der Erfolge der nordamerikanischen Union den Betrag von 1909/13 noch nicht ganz zurückgewonnen. Die Rohrzuckererzeugung ist jedoch in allen Erdteilen mit Ausnahme Europa-Rußlands in ständigem, machtvollem Aufstieg begriffen (Kuba, Porto-Rico, San Domingo, Mexiko; Formosa, Britisch-Indien, Java, Philippinen; Ägypten, Südafrikanische Union; Festlandsaustralien, Hawaii, Fidji; Argentinien, Brasilien, Peru). Das außerrussische Asien und Nordamerika erzeugen jedes für sich heute mehr Rohrzucker als die Europäische Halbinsel

	Rübenzucker		Rohrzucker		Butter		Käse	
	Erzeugung in 1000 t		Erzeugung in 1000 t		Einfuhr. (+) bzw. Ausfuhr. (-) Überschuß in 1000 t		Einfuhr. (+) bzw. Ausfuhr. (-) Überschuß in 1000 t	
	1909/13	1925/26	1909/13	1925/26	1909/13	1925	1909/13	1925
Europäische Halbinsel .	6 324	6 333	15,5	8,2	+ 100,4	+ 178,5	+ 57,5	+ 92,9
Sowjet-Rußland	1 437	983	—	—	— 67,2	— 25,1	— 1,4	+ 0,1
Außerruss. Asien . . .	—	0,4	4 410	6 366	+ 7,5	+ 3,1	+ 1,4	+ 1,9
Afrika	—	—	427	711	+ 4,2	+ 1,4	+ 10,1	+ 9,2
Australien	0,9	3,1	789	1 285	— 52,0	— 120	— 25,2	— 73,7
Nordamerika	640	981	3 321	6 622	— 0,8	— 8,4	— 52,0	— 34,7
Südamerika	—	—	641	1 612	+ 0,5	— 25,0	+ 8,7	+ 2,7
Ganze Erde	8 400	8 300	9 604	16 604	—	—	—	—

Rübenzucker produziert. Das prozentuale Verhältnis der Rüben- und Rohrzuckererzeugung wird daher immer ungünstiger für die erstere. Betrug es 1890/91 58,8 % : 41,2 %, so stellte es sich 1924/25 auf 36,3 % : 63,7 % und veränderte sich 1925/26 in derselben Richtung schnell weiter zu 33,3 % : 66,7 %. In der Kampagne 1925/26 machte der Rübenzucker also nur noch genau die Hälfte des Rohrzuckers aus, und die Stellung der Europäischen Halbinsel sowie ganz besonders Sowjet-Rußlands in der Weltzuckerversorgung ist somit für alle Zeiten schwer erschüttert.

Ganz dieselben Entwicklungslinien, die die vorstehende Darstellung so häufig enthüllte, und die das Wirtschaftsjahr 1925/26 meist mit noch erschreckender Deutlichkeit aufgewiesen hat, als seine Vorgänger, zeigt die Wirtschaft auf dem Gebiet der Nahrungsgüter tierischen Ursprungs, für die die letzte Tabelle den Butter- und Käsehandel als Beispiel gibt. Auch bei diesen Waren entwickelt die Europäische Halbinsel (insbesondere England und Deutschland) eine riesige und ständig wachsende Einfuhr, während Sowjet-Rußlands Butterausfuhr zwar seit 1923 wieder steigt, aber doch weit unter dem Vorkriegswert bleibt, und sein Käsehandel sogar zur Einfuhr übergegangen ist. Aus dieser Lage zieht dieses Mal weniger Nordamerika Gewinn, dessen Eigenverbrauch vielmehr ständig steigt, wenn auch betont zu werden verdient, daß Kanada ein erstklassiger Käselieferant geblieben und Butterlieferant geworden ist. Das Hauptbuttergeschäft machen Südamerika (Argentinien), Festlandsaustralien und Neuseeland, und das letztere hat sich gleichzeitig zum ersten außereuropäischen Käseausfuhrland entwickelt.

KARL HAUSHOFER:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Zwei geopolitisch wichtige Zugangserweiterungen zum indopazifischen Gesamttraum bringen im Jahre 1927 die regelmäßigen Flugverbindungen Berlin—Moskau—Ostasien und England—Indien—Australien. Der Flugweg der Nordasien-Flugstrecke ist durch die Einfügung der wohl am besten orga-

nisierten Nachtflugstrecke Berlin—Moskau ostwärts in sie und durch den Erkundungsvorstoß der beiden Junkermaschinen der Deutschen Lufthansa, wie den japanischen Westflug sehr glücklich eingeleitet worden, und wird vom Frühjahr ab in vier bis fünf Reisetagen, statt der 17 (heute schon auf 14 rückgeführten) Eisenbahntage London—Berlin—Tokyo nach dem Fernen Osten tragen. Seine Absätze sind wohl: Berlin—Königsberg (642)—Smolensk (500)—Moskau (412)—Kasan (745)—Krasno Usinsk (583)—Kurgan (529)—Omsk (549)—Borobinsk (361)—Nowo Sibirsk (319)—Krasnojarsk (708)—Nishni Udinsk (515)—Irkutsk (589)—Tschita (764)—Chailar (594)—Charbin—Mukden—Peking—Kal-



THE SOVIET IDEA OF AN ASIATIC LEAGUE OF NATIONS
And Who Would Get the Biggest Slice?

gan (710-542-675) = 9737 km i. G. Dabei wird natürlich aus rein politischen Erwägungen und den Wünschen der Sowjets entsprechend ein gewaltiger Haken geschlagen, und sowohl das Ausbiegen vor dem polnischen Korridor, der deutschen Weichsellücke wie der Westmandschurei verraten automatisch geopolitische Unruheherde.

Ähnliche Schönheitsfehler weist auch der England—Indien—Australien-Flugdienst auf, der auf der ägyptisch-indischen Strecke seit 1. Januar in Gang ist, wenn er auch vorläufig noch auf Nachtdienst verzichtet, für den es an ausreichender Einrichtung der Flugplätze, Funkpeilung und Befuerung fehlt.

Die Absätze der Strecke Cairo—Karachi sind: Cairo—Gaza (230 miles, 368

km)—Ziza(90, 135)—Rutbah Brunnen(277, 443)—Bagdad(248, 397)—Basra (248, 381)—Bushir(250, 400)—Lingeh(320, 512)—Bender Abbas Jask?(100, 160)—Charbar(332, 531)—Pasni(176, 282)—Karachi(238, 381), zusammen 3990 km. Natürlich müssen noch eine Reihe von Notflughäfen vorgesehen werden, und als großer Nachteil wird mit Recht beklagt, daß die „besonderen Verhältnisse der Suezkanalzone“ vorläufig noch den unmittelbaren Kontakt der Verkehrsfliegerei mit ihr, etwa nahe Port Said, nicht vertragen.



„Endlich zu Zweit!“ North China Herald 1926

Freilich ist die rund 4000 km lange Verbindung vom Rande der Mittelmeerländer im Südosten nach dem Rande der Monsunländer im Nordwesten nur ein Bruchstück, mit einem Zeitgewinn von etwa sieben Tagen; die Fortsetzung in die Monsunländer hinein, nach Delhi (ein bis zwei Flugtage über Jodhpur durch die Wüste Tharr) ist nur eine Frage kurzer Zeit. Einzelheiten über die technische Durchführung finden sich in „Times of India“, 13. 11. 1926, Bombay.

Im Anschluß daran ist (Times of India 4. 12. 26, Nr. 49, Bd. LXXXIX Tagesausgabe 1. 12) die innere indische Flugpolitik Gegenstand rascher Umformung.

Nach der internationalen Luftübereinkunft, die Indien unterzeichnet hat, ist es verpflichtet, alle nötigen Erleichterungen und Vorbereitungen für den Luftdienst der anderen Unterzeichner vorzusehen und zu gewähren. Dazu fehlt es noch weit in dem an sich großräumigen Lande mit günstigen Notlandungsmöglichkeiten, aber außerhalb der sogenannten cold season sehr ungünstigem Klima, das eigne technische Voraussetzungen der Flugmaschinen bedingt (Hitze, Monsunfeuchte).

Die Gefahr, daß sich nach einer allenfallsigen Hemmungszeit fremde Flugunternehmungen der großen Flugmöglichkeiten im indischen inneren Flugverkehr bemächtigen, drängt aber die Zögernden vorwärts. So ist vor allem der Ersatz des Verwaltungsungetüms des „Air Boards“ zu begrüßen, in dem Industries Dept. (dieses leitend), Royal Air Force (drängend), General Post Office, Meteorological Department, Army Department (dieses die 60 kriegsbrauchbaren Maschinen Indiens gegen die rasch wachsende afghanische und Sowjet-Flugkraft, und die von Frankreich ausgebildeten Siamesen mit 300 Maschinen sorgenvoll vergleichend!) und Finance Dept. (rein hemmend) vertreten waren; er wird durch einen Director of Civil Aviation, den indischen Flugdiktator ersetzt. Damit ist aus dem gesunden geopolitischen Instinkt der guten Seiten indischer Verwaltungsüberlieferung wenigstens der Ressortzwist ausgeschaltet und eine große Stufe zur Weiterentwicklung des indischen inneren Flugwesens, wie der Höchstleistung beim Durchgangsverkehr nach Australien und den Monsunländern von Europa aus erreicht. Freilich zeigt sich bei dieser Gelegenheit, wie auch an andern Stellen der Erde (Amerikan. Mittelmeer), daß der Flugverkehr nicht, wie wohl behauptet wurde, mit Erdkunde, Wirtschaftsgeographie nichts zu tun habe, sondern im Gegenteil, daß sich Geographie und Wirtschaftskunde aufs engste verbrüderm und aneinanderlegen mußten, um die Vorbedingungen für einen wirksamen Flugverkehr London—Karatschi—Australien—Ostasien zu schaffen. Wenn sich die Erdkunde nur, wie einzelne Geographen wollen, mit primitiven Zuständen, wie etwa Jäger- und Sammelvölkern beschäftigen soll, kann sie freilich den Flugverkehr, den diese nicht benötigen, außer Acht lassen; sie könnte dann aber auch mit den wenigen letzten Resten der Primitiven auf den Aussterbeetat der Menschheit gesetzt werden.

In der gleichen Nummer der Times of India seien Anthropogeographen und Anthropologen auf die Aufnahmen von der Hochzeit im Gouverneurshaus in Madras aufmerksam gemacht, die zeigen, wie sich die Typen der herrschenden Klassen in Indien nähern, wie langjähriger gemeinsamer Sportbetrieb und die Ausprägung eines gewissen Herrenideals rassige, in ihrer Art schöne Durchschnittstypen über dem Durchschnitt schafft, bei denen sich indische und nordische Ausdrucksformen begegnen und angleichen, während sich bei den Intellektuellen, den mehr der Auflösung, Differenzierung zustrebenden Persönlichkeiten die Rassenunterschiede immer schärfer ausprägen. In dieser Richtung sind die indischen Tagesbilder der größeren Zeitungen, wie auch der Modern Review in Calcutta, die sich immer mehr einem reichen Illustrieren zuwenden, außerordentlich lehrreich. Wertvoll sind ferner die Aufnahmen von der Eröffnung der Fürstenkammer z. B. der Gegensatz Bikanir-Sikkim.

Typisch ist es auch, sich Lloyd George und etwa die Verteidiger der bisherigen britischen Chinapolitik gegenüberzustellen und sich daraus zu erklären, warum Lloyd George (durch die Gefahr, in absehbarer Zeit je wieder regierungsfähig zu werden, nicht beschwert), am 4. 12. in einer großen Rede

über die Chinapolitik gerade in dem Augenblick einer entscheidenden Wendung zum Süden hin, vom alten Imperialismus weg, für den Erfolg dieser Wendung noch mehr Töpfe zerschlug, als Scheidemann in seiner Reichswehrrede. Auch hier handelt es sich darum, Vergleichsmöglichkeiten zu sehen und den Typ, den Carhill in seinem Buche: „The lost dominion“ mit Vorzügen wie Fehlern als „Mugwump“ darstellt, von dem Typ der Reichserbauer unterscheiden zu lernen; dann wird sich weisen, wer von beiden gerade in der einen oder andern Lebensform die Oberhand hat, und ob sie sich infolgedessen Raumvergrößerungen oder Auflösungen zusammengeballter Räume nähert. Solche Dinge können für geopolitische Gebrauchszwecke sachlich festgestellt werden, ohne zu irgendwelchen Werturteilen über die menschliche Schätzbarkeit des einen oder andern Typvertreters zu nötigen. Nur beides läßt sich nicht gut vereinigen: über diese notwendige Wahl müßten sich beide klar sein.

Sehr interessante Einblicke in dieser Richtung eröffnet eine Würdigung Murdochs, des halb japanisierten britischen Geschichtsschreibers Japans von Jō Yamagata im Taiyo. (Übersetzung Transpacific, Tokyo 20. 11. 26). Darin schreibt der pazifistisch und sozialistisch eingestellte Japaner Jō Yamagata u. a. den Satz: „Die britische Politik mag für verrückt gehalten werden, wenn sie aus Furcht des Mutterlands und Australiens vor Japans Angriffsgeist Singapur befestigt. Aber die Befestigung einer starken Flottenbasis auf einer so nahen Entfernung bedeutet eine große Gefahr für dieses Land, wegen der es enorme Geldsummen ausgeben muß.“ Und dies, um zu beweisen, wie falsch das friedliche Inselreich — das seine neue Ära „leuchtenden Frieden“ nennt — aus Unkenntnis seiner Völkerpersönlichkeit eingeschätzt werde, und wie dankbar man deshalb einem Mann wie Murdoch für seine Geschichtsarbeit sein müsse!

Man nehme rund 3000 km (2700) in den Zirkel (so weit liegt Singapur von der Südspitze Formosas, dem nächsten Punkt des japanischen Reiches, ab!) und mache sich daran klar, in welchen Ausmaßen der japanische Pazifismus, der auf Völkerversöhnung hinarbeitende Mann schon eine ihm zu nahe auf den Pelz rückende Gefährdung erblickt, und wie raumblind sogar die sogenannten Imperialisten z. B. in Inneneuropa vor dem Weltkrieg dagegen gewesen sind.

Scapa Flow ist von der Helgoländerbucht nur 1000 km entfernt, ohne daß die führenden deutschen Friedensfreunde dies als eine große Drohung gegen ihr Land empfunden hätten, obwohl Hamburg ganz anders vital für Inneneuropa ist als die Südspitze von Formosa für das japanische Reich, dessen vitale Teile von Singapore 4300 km abliegen!

Aus einem solchen Blitzlicht wird das Denken in ganz andern Ausmaßen im indopazifischen Bereich klarer, als aus langen theoretischen Erörterungen. Dabei war Murdoch zuerst radikaler Sozialist wie Yamagata auch; als 1893 australische Sozialistenführer die sozialistische Gemeinschaft in Paraguay versuchten (und damit einen der grausigsten Fehlschläge des Idealismus in der Wirtschaftsgeographie und Geschichte praktisch erprobten), war Murdoch mit von der Partie und „realisierte zum erstenmal, daß Sozialismus ein schöner Regenbogen ist, aber unmöglich zu ergreifen“. Nächst Lafcadio Hearn hat wohl kein Fremder in neuerer Zeit so viel für das Verständnis japanischer Volkseele und ihres Werdegangs nach außen hin getan wie Murdoch. Dennoch sehen wir aus dem Nachruf eines seiner treuesten Schüler, wie weit es selbst innerhalb international verwandter Gruppen zum gegenseitigen Verständnis ist!

Wir verzeichnen — gerade angesichts der britischen Anpassung an den chinesischen Standpunkt und der Reichs-Neugliederung — mit bitterem Verständnis den Vorschlag der Far Eastern Review (Vol. XXII, Oktober 1926, Nr. 10, Seite 452), auf dem Wege einer Neuverteilung der Südsee-Mandate das Mandat von Neu-Guinea statt Australien, das es notorisch schlecht verwaltet und das eigne Land nicht mit Siedlern zu füllen vermag, an Japan zuzuteilen. Die Antwort würde ja allerdings ähnlich lauten, wie der Rückschlag einer auf den Schwanz getretenen Cobra, oder wie die von Mr. Amery, dem Staatssekretär der Kolonien bei dem Ost-Afrika-Diner: „Wir sind den deutschen Block von Eindringlingen endlich los geworden, der nun unter dem Namen des Tanganyika-Territoriums für immer in das britische Reich einverleibt ist . . .“ Aber Italiens Erfolge bei Zusammenkünften unter vier Augen haben auch in Japan die Gemüter angeregt; mindestens zeigt diese Nummer der gut unterrichteten, allerdings japanisch beeinflussten Haupt-Ingenieurzeitung des Angelsachsentums in Ostasien, wo Gemeinsamkeiten Japans, Italiens und Deutschlands liegen; sie wären alle drei auf Kosten britischer Raumreserven erfüllbar, wenn man die Raumreserven nicht der notwendigen Entwicklung aus eigener Kraft zuführen sollte, was eben in der öffentlichen Meinung der Welt nachgewiesen werden müßte.

„Frieden im Pazifischen Ozean kann nur gesichert werden durch Finden eines geeigneten Auslasses für Japans überschüssige Millionen.“ So meinen wichtige Vertreter der Vereinigten Staaten, die hier nicht ganz einig mit dem australischen und britischen Sicherungswunsche nach Fernhalten der Ostasien gehen. „Mussolini wird auf derselben Seite als Präzedenzfall für einen japanischen Volkslenker von ähnlicher Geistesrichtung erwähnt. Amerikanisches Geld und japanischer Volksdruck in Kooperation haben hier noch ein Arbeitsfeld auf tausend Jahre.“ Wie, wenn man solche Arbeitsfelder auch für hinzukommende deutsche Kräfte fände? Jedenfalls zeigen sich hier geopolitische Möglichkeiten, die nicht mehr aus dem Auge zu lassen wären. Nur im Zusammenhang damit kann die Arbeit von Schnee (German Colonization Past and Future, London 1926) nach ihrem vollen Wert gewürdigt werden.

Die Eisenbahnverbindung über und unter der Straße von Shimonoseki dürfte nun Wirklichkeit werden. Dr. Hirois Brückenentwurf scheint fallen gelassen, auch der erste Tunnel (18 Mill. Yen); ein zweiter Vorschlag (Dr. Okano) hat am ehesten Aussicht auf Erfüllung (zwischen 20 und 32 Mill. Yen), der eine Brücke über Koseto nach der Insel Hikoshima, von dort einen Tunnel unter der Oseto auf die Bahn zwischen Moji und Kokura führt, und auf diese Weise eine der wichtigsten Bahnverbindungen des Inselreiches den Zufällen des Seeverkehrs und U-Bootkrieges entzieht.

Die Vorbereitung dieses technischen und verkehrsgeographischen Großwerks, wie die Vollendung vieler anderer, namentlich Kraftanlagen, zum Teil unter starkem Hereinnehmen amerikanischen Leihgeldes, gehört zu der stillen Energiesammlung, auf die Japan seit der Hochkonjunktur von 1920 abgekommen war. Das geschah unter fortwährendem Zusammenziehen auf sich selbst unter der ausklingenden, am 25. 12. 26 zu Ende gegangenen Taisho-Ära der „Großen Gerechtigkeit“. Der sechszwanzigjährige Kaiser Hirohito hat für seine Regierung das Leitwort: „Leuchtender Friede“ (Showa) geprägt.

Hat der Thronwechsel und Name geopolitische Bedeutung? Mindestens ist jede fernöstliche Friedenstrübung Andern zugeschoben!

Drei starke Strukturbestandteile des von 1920 bis 1925 um 6 465 992 Einw. gewachsenen, heute um rund 900 000 Menschen jährlich zunehmenden japanischen Reiches (heute etwas über 85 Millionen) haben während der 15 Jahre Taisho ihre tragende Rolle im Reichsbau gewechselt: die Hieromonarchie, die noch unter dem Meiji-Kaiser Mutsuhito eine der stärksten Aktivkräfte Japans war, und mehr und mehr zur Galionfigur im britischen Stile wurde; die Genro, die alten Staatsmänner, der am meisten aristokratische Bestandteil, deren begabteste Führer hinwegstarben und keinen ausreichenden Ersatz fanden, und die in diesem Jahr von einer Wählerbasis auf $3\frac{1}{2}$ Mill. Wählern auf $12\frac{1}{3}$ Millionen verbreiterte Volksvertretung, die eine mächtige Zukunftsrolle spielen sollte, aber vorläufig noch aus den alten Parteiklüngeln auch regionaler Prägung nicht hinausfindet. Das ist also eine außerordentlich labile Innenstruktur.

In der äußeren Stellung des Inselreiches ist auch unter der neuen, in vielem handlungsfreieren jungen Herrschaft der Ferndruck der Vereinigten Staaten wie der Sowjetbünde und die Unsicherheit der chinesischen Reichspolitik, wie der zwischen Singapurdrohung und Kooperationswunsch in China schwankenden britischen stark fühlbar, wenn auch so gute Beobachter, wie Walter Bloem mit Recht die südmandschurische Stellung Japans weit fester als die nordmandschurische der Sowjets finden. Aber sie ist eben noch enger begrenzt als die russische in China.

Die mögliche Trennung Chinas in einen nördlichen stützungsbedürftigen Pufferstaat unter Tschang-Tso-Lin und eine sehr lebenskräftige, bald wieder um sich greifende süd- und mittelchinesische Republik kann geradezu die japanische Reichspolitik in einem gefährlichen Übergang sehr entlasten. Dazu kommt, daß nicht nur die britischen Vorschläge an Kanton (mit ihrer verschleierten, länderweisen Anerkennung der chinesischen Zollhoheit [Verdoppelung der Zölle], ihrer freilich nun den Chinesen längst nicht mehr weit genug gehenden Anerkennung ihrer Selbstbestimmung), sondern auch das Auftreten des amerikanischen Zollkonferenz-Delegierten Strawn und die gleichzeitige Aufrollung der Philippinenfrage durch den Bericht des Präsidentensendlings Carmi Thompson (Verschiebung der Unabhängigkeit auf griechische Calenden, Abgliederung von Mindanao (Kautschuk!!), Palawan und Sulu) die ehedem hinhaltende Politik der Vereinsstaaten zwangsweise der britischen genähert hat.

Namentlich Silas Strawn hat durch scharfe Bloßstellung der chinesischen Verwaltungsschwächen, Aussprache zugunsten des britischen Seezoll-Leiters wegen der chinesischen Bestechlichkeit die alte Chinapolitik der Vereinsstaaten fast unmöglich gemacht, die darin bestand, die Kolonialmächte allein als die bösen Trüber des chinesischen Selbstbestimmungsglückes hinzustellen und die Vereinigten Staaten selber als die selbstlosen Hüter der offenen Thür. Dazu kommt störend die Demaskierung des Wirtschaftsimperalismus in Nicaragua und Mexiko und das Lösen der großen lateinamerikanischen Staaten wider den Stachel.

Das britische Memorandum über China ist sowohl gegenüber französisch-japanischen Rückversicherungen, als gegenüber den Vereinsstaaten eine Art Flucht in die Öffentlichkeit: als solche mindestens von gleicher Bedeutung und Tragweite für Neubildungen im ganzen indopazifischen Bereich, wie für den engeren wirtschaftlichen Kriegsschauplatz in China.

Auf diesem selbst hat sich das Gewicht weiterhin zugunsten der früheren Kantonregierung, die nun nach Hankau-Wutschang übersiedelt ist, verschoben. An der Jahreswende standen Kwangtung und Kwangsi, Hunan und Hupe, Fukien und Tschekiang fast vollständig, größtenteils Szechuan, Kweichau, Teile von Yünnan, Honan, Kansu mit ihren Hilfsquellen zur Verfügung der Republik, der Yangtse- und Hwangho-Tal offen lagen. Die Besitzergreifung von Shanghai war nur eine Frage der Gelegenheit; die Stellung der Tutschune in der Millionstadt war so unterwühlt, daß sie sich darin so wenig sicher fühlen konnten, wie etwa Koltschak in Irkutsk. Einigermassen fest in der Hand Tschang-Tso-Lins war, außer seinem mandschurischen Gebiet, nur noch ein Teil von Tschili und Shantung, und auch in diesem Gebiet war die Erhebung des doppelten Zollzuschlages angeordnet.

Diesem zentralen Umgruppierungs-herd gegenüber waren die Machtverlagerungen in den Randgebieten fast gegenstandslos.

Einen guten Umriß dessen, was Afghanistan will und sich jetzt schon gegenüber der einst so völlig bevormundenden anglo-indischen Reichspolitik durchzusetzen getraut, hat Syed Quasim Khan, der neue Generalkonsul für Indien, ein gut geschnittener Rassekopf, Anfang Dezember in einem bestellten Interview des „Pioneer“ (Allahabad) gegeben. Der flüssig englisch sprechende, viel gereiste junge Diplomat wies mit Stolz darauf hin, daß sein wichtiges Durchgangsland nun nicht nur in Indien und Europa, sondern demnächst auch in Washington vertreten sei. Auch Afghanistan ist autarkisch eingestellt: es schützt sich durch einen 50 % Wertzoll auf fremde Waren und verbietet das Tragen fremder Stoffe; es sucht sich zunächst eine Kriegsindustrie zu schaffen, ist mit Minenkonzessionen sehr vorsichtig und holt als Instrukteure Franzosen und Türken, die einer allgemeinen Wehrpflicht und Turnpflicht vorarbeiten sollen.

Die Gefahr des Überspringens bolschewistischer Macht- und Wirtschaftsgedanken stellt der afghanische Generalkonsul für Indien natürlich dort in Abrede. Gute Beobachter von der Nordgrenze versichern uns aber, daß weniger die zentralen Reize der Sowjetbünde, als ihre geschickte Aufzäumung der Sowjetrepubliken Uzbekistan, Kirgisistan und Tadjikistan starken Reiz auf die gleichstämmigen, von der afghanischen Pathan-Minderheit gewaltsam und etwas lieblos regierten nordafghanischen Provinzen üben. Die Usbeken sind Turktataren, die Tadjiks Alt-Iranier, die Kirgisen Mongolen; und so hat der Sowjetbund in dem ehemaligen Generalgouvernement Turkestan, in Chiwa und Bochara (dessen Emir nun in Afghanistan sitzt) annähernd der Rassenstruktur entsprechende Gebilde als Lockung aufgerichtet. Man hat dem Turkmenen, Tadjik und Kirghisen seinen Bazar, sein Wirtschaftssystem, nur eben unter Staatslieferungen statt Großkaufmannslieferungen gelassen, und ihm eine Illusion von Selbstbestimmung und Selbstregierung beigebracht, während die Sowjetzentrale in Wirklichkeit alle entscheidenden Kräfte der Staats- und Wirtschaftsmacht so festhält, daß Turkestan von heute ein wohl vorbereitetes Etappengebiet darstellt. Neue Beobachter sprechen von einem unverkennbaren Aufstieg seit 1923 und stellen nicht in Abrede, daß es den Sowjets in hohem Maße gelungen ist, das Vertrauen des Islam zu erwerben. An dieser Stelle, wie in China bewährt sich eben das Wort von dem Regieren des Bestinformierten: ob geopolitische Schulung sich direkt

oder indirekt auswirke, ist eine Frage zweiter Ordnung, wenn sie nur überhaupt vorhanden und wirksam ist!

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Von der Betrachtung der mehr stetigen Weiterentwicklung des amerikanischen Staatenlebens wird unser Blick, immer wieder von Besorgnis erfüllt, zu den beiden Kampfzonen in der neuen Welt hingelenkt, zur südbrasilianischen und nach Nicaragua. Der Aufstand in Südbrasilien erscheint gegenüber der Revolution in Nicaragua oder, um dieses Problem beim richtigen Namen zu nennen, dem Kampf um das amerikanische Mittelmeergebiet mehr als eine Lokalfrage. Immerhin ist es eine Frage von nicht unbeträchtlicher Tragweite, wenn sich die Erinnerung der Tatsache bewußt wird, daß eigentlich hier seit Jahren die politische Ruhe nicht gefunden werden konnte und die Revolution immer wieder ihr Haupt erhebt. Wie wir schon mehrmals im Laufe unserer Berichterstattungen hervorhoben, erscheint Rio Grande do Sul infolge seiner Grenzlage als ein für alle Aufstandsbewegungen günstiger Revolutionsherd, aber auch als eine Zelle, von der sich verhältnismäßig rasch die Bewegungen den benachbarten Staaten des Südens und des Inneren mitzuteilen vermögen. Darin liegt die Gefahr für das Ganze. Auch im speziellen Falle ist, nach den wenigen und bestimmt nicht absolut sicheren Mitteilungen, die zu uns gelangt sind, zu urteilen, die Erhebung nicht auf Rio Grande beschränkt geblieben. Santa Catharina, Parana, Matto Grosso und Goyaz sind in den Wirkungsbereich der Bewegung einbezogen worden. Sowohl in Rio Grande wie in Santa Catharina und Goyaz ist es zu Kämpfen gekommen. Nach Meldungen aus dem ersten Januardrittel sollen sowohl in Rio Grande wie in Santa Catharina die Regierungstruppen, allerdings nach anfänglichen Niederlagen, siegreich sein. Dagegen wird gemeldet, daß Jatahy und Goyz von den Revolutionären besetzt worden sein sollen. Charakteristisch für die Beziehung der revolutionären Partei zu Uruguay ist die Meldung, daß Rebellen sich auf uruguayischem Boden gesammelt haben, und daß Aufständische in Rio Grande unter der Führung eines uruguayischen Offiziers stünden. Es ist eine Andeutung jener Beziehungen, auf die wir schon früher einmal aufmerksam machten, als wir von dem Wechsel der Revolutionäre über die Grenze von Uruguay im Falle des unglücklichen Ausgangs der Bewegung sprachen. Wie Everardo Backheuser neulich in seinem Aufsatz über „das politische Conglomerat Brasilien“ (in dieser Zeitschrift) ausgeführt hat, fehlt es an Spannungen und Bebenzonen innerhalb des brasilianischen Staatskörpers nicht. Darum nimmt es nicht wunder, daß Bewegungen wie die von Rio Grande do Sul nicht lokalisiert bleiben, ja, daß sie sich von vornherein ein weiteres Ziel stecken. Das ist auch dieses Mal der Fall. Denn die Aufständischen haben in den Staaten Santa Catharina, Parana und Matto Grosso einen Aufruf erlassen, der sich gegen die Bundesregierung wendet. Sie fordern sofortiges Zurücktreten der Regierung, Reform der brasilianischen Verfassung und die Einführung der geheimen Wahl. Welche Kräfte am Werke sind und welche

Aussichten die revolutionäre Bewegung hat, ist zurzeit und namentlich aus der Ferne nicht zu beurteilen.

Die Revolution wendet sich damit gegen die neue Regierung des Bundespräsidenten Dr. Washington Luis Pereira de Sousa, der Mitte November sein Amt angetreten und damit die Regierung eines Landes in der Zeit einer schweren wirtschaftlichen, besonders finanziellen, aber auch politischen Krise übernommen hat. Es wäre gewagt, der neuen Regierung eine Prognose stellen zu wollen. Zwar muß ihr Programm als ein geschicktes bezeichnet werden, das in einer Stabilisierung der Währung eine Gesundung der Finanzlage, im „Schutz der lebensfähigen nationalen Industrien“, freilich auch in der weiteren Begünstigung des Wirtschaftsnationalismus eine solche der Wirtschaftslage erstrebt. Fast wichtiger erscheinen die rein politischen Maßnahmen: die Freilassung der zahlreichen politischen Gefangenen, die die innere politische Gärung im Lande beseitigen will, und der Umschwung der völkerbundfeindlichen in eine völkerbundfreundliche Politik. So klar und erfreulich aber auch ein Programm sein möge, es wird in Brasilien immer rechnen müssen mit den objektiven und den subjektiven Widerständen, von denen die ersteren aus der unausgeglichenen Gesamtstruktur des Landes erwachsen, und von denen die zweiten von den unzufriedenen Elementen gar verschiedener Interessensphären aufgerichtet werden. So kommt es, daß auch die neue Regierung schon wieder durch die Aufständischen des Südens und der Mitte bekämpft wird. Dem geopolitischen Auge bleibt es nicht verborgen, daß die peripherische Lage der Revolutionsgebiete die Bewegung begünstigt. Es sind dieselben Gebiete, die die Revolutionäre der Jahre 1923 und 1924 als Rückzugsgebiete wählten, nachdem die Revolution in der Kernlandschaft São Paulos erstickt war. Die Lehre, daß politische Bewegungen von einzelnen Landschaftszellen ausgehen, gewinnt dadurch wiederholte Bestätigung. Für den speziellen Fall wird aber auch die Erkenntnis gewonnen, die sich durch zeitlich rückschauende Betrachtung besonders für Rio Grande do Sul leicht vertiefen ließe, daß bestimmte Landschaften die Entwicklung revolutionärer Bewegungen besonders begünstigen. Die rasche Ausbreitung über Nachbargebiete ist eine Folge der fortschreitenden Verkehrsaufschließung. Die großen Stränge der Verkehrsstruktur können darum nicht nur als Klammern der Gesamtstruktur gewertet werden. Gelegentlich hebt ihre Ausnutzung ihren eigentlichen, ursprünglichen Sinn auf. Trotz solcher Ausbreitung der Bewegung sieht anscheinend auch die neue Regierung in der revolutionären Bewegung eine Lokalfrage, weil sie, wie verlautet, deren Bekämpfung zunächst den lokalen Gewalten überlassen hat.

Auf ein geopolitisches Problem ganz anderer Art weisen die Unruhen und politischen Spannungen im amerikanischen Mittelmeergebiet hin. Hinter ihnen verbirgt sich nichts weniger als der Kampf der Union um die Hegemoniestellung im amerikanischen Mittelmeergebiet und die dadurch ausgelöste Abwehr Lateinamerikas. Man muß von vornherein nicht annehmen, daß dieser Kampf notwendigerweise zu kriegerischen Großwirren führen müsse; man kann aber ebensowenig leugnen, daß er unter Umständen dazu führen kann. Im ganzen ist der Kampf um das amerikanische Mittelmeergebiet eine Frage der großen Politik. Da aber sowohl Kräfte, die den Krieg wollen, ebenso wie Kräfte, die einen Krieg vermeiden möchten, am Werke sind, wird die Frage, ob es zur Fortsetzung einer Politik mit anderen, eben mit kriegeri-

schen Mitteln kommt, vom Erfolg des Ringens der beiden Kräftegruppen miteinander abhängen. Denn wenn auch die Hegemoniestellung der Vereinigten Staaten in den Ländern um das amerikanische Mittelmeer ganz allgemein eine Forderung der vereinsstaatlichen Politik ist, so ist doch diese Forderung fern davon, eine augenblickliche Lebensfrage zu sein, die eine Entscheidung mit den Waffen verlangte.

Denn die beiden Probleme, der Streit in Nicaragua und die Spannung mit Mexiko, sind an sich zwei getrennte Fragenkomplexe, die allerdings diese Isolierung schon aufgegeben haben und miteinander verwachsen sind. Eine Zeitlang wollte es scheinen, als ob die Revolution in Nicaragua, der Kampf der Liberalen unter Sacasa gegen die konservative Regierungspartei unter Diaz, eine Revolution nach dem Stile der mittelamerikanischen ohne weitere Folgen für die Außenpolitik sei. In ihrer Befehdung der augenblicklichen Regierung, an deren Spitze der konservative Präsident Don Alfonso Diaz steht, sehen die Liberalen unter der Führung des Dr. Juan Sacasa eine Usurpation, weil der 1924 gewählte liberale Präsident Don Carlos Solarzano durch den Konservativen Chamorro, den Vorgänger von Diaz, 1925 mit Waffengewalt gestürzt wurde. Rechtmäßig müßte darum die Regierung nach dem Wahlturnus und dem Wahlergebnis von 1924 in der Hand der Liberalen sein. Darum hat sich Sacasa in Puerto Cabezas, einem Hafen der Ostküste, zum Präsidenten von Nicaragua ausrufen lassen, um von dort aus den Widerstand gegen die Regierung Diaz aufzunehmen. An sich war damit ein Bürgerkrieg in einer kleinen amerikanischen Republik ausgebrochen, der nur unbedeutenden Kampfhandlungen zeitigen mußte und auch gezeitigt hat. Je ein paar Tausend Streiter stehen sich einander gegenüber. Wir haben im letzten Heft über den Beginn bzw. über das Wiederaufleben dieser Streitigkeiten kurz berichtet, die ihren Lauf ohne jegliche Weltbedeutung genommen hätten, wenn die Vereinigten Staaten keine Truppen gelandet hätten. Wir meinten damals: „Die Landung vereinsstaatlicher Truppen läßt schwere Komplikationen befürchten“. Die Landung der Marinetruppen von den Kreuzern „Denver“ und „Cleveland“ in Puerto Cabezas und die Errichtung einer neutralen Zone an der Ostküste, die die Distrikte von Puerto Cabezas, Rio Grande, El Bluff und Bluefields umfaßt, ist von den amtlichen Stellen als Maßnahme zum Schutz der vereinsstaatlichen Bürger in Nicaragua bezeichnet worden. Die Truppenlandung, bei der es zu einem unbedeutenden Scharmützel mit den Aufständischen gekommen sein soll, hat zunächst einen Protest Sacasas zur Folge gehabt; doch hat es auch sonst in den beiden Amerika nicht an ernster Kritik dieses Vorgangs gefehlt. Bei einer Umfrage bei den Vertretern der zentral- und südamerikanischen Staaten in Washington soll die Truppenlandung fast allgemein als ein schwerer Fehler der Vereinigten Staaten bezeichnet worden sein, der Zweifel in die Objektivität der amerikanischen Politik setze und den Panamerikagedanken verletze. Scharf wendet sich vor allem die „Nacion“ in Santiago de Chile gegen die Maßnahme. Ebenso sieht in ihr die argentinische „La Prensa“ eine widerrechtliche Handlung, die der Entwicklung des Völkerrechts in Amerika im Wege sei. Den ersten Einsprüche gegenüber ist von der Washingtoner Regierung wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es sich lediglich um den Schutz der amerikanischen Bürger handele. Die späteren Mitteilungen aus Washington lauten allerdings ganz anders; auch in einer Botschaft an den Kongreß bezeichnet Coolidge als Ziel der amerikanischen

Regierung die Unterdrückung der Revolution in Nicaragua, d. h. mit anderen Worten die Herstellung des absoluten Einflusses der Vereinststaaten und die Schaffung einer stabilen Regierung in der mittelamerikanischen Republik. Zwar redet die Botschaft auch nur vom Schutz der Kapitalanlagen und der anderen dortigen Interessen der amerikanischen Bürger. Im Hintergrunde — wenn das auch mit keinem Worte in den offiziellen Berichten erwähnt wird — steht das sehr viel größere Staatsinteresse, das allerdings durch die Vorgänge in Nicaragua selbst schwer gefährdet erscheint. Denn seit 1911 üben die Vereinigten Staaten neben ihrem allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß die Kontrolle über die Staatsfinanzen in Nicaragua aus. Daß bei diesem immerhin empfindlichen Eingriff in die Selbständigkeit des Staatshaushalts eine antivereinstaatliche Richtung Oberwasser bekommen mußte, liegt auf der Hand. Die Träger dieser Bewegung, die auch hier natürlich als die nationale bezeichnet wird, sind die Liberalen, die in ihrem Gegensatz zu der Union den Anschluß an Mexiko, speziell an die Regierung Calles, gefunden haben. Dabei muß dahingestellt bleiben, wie weit sie von Mexiko unterstützt werden. Auf der anderen Seite ist die konservative Regierung unionfreundlich und von den Vereinigten Staaten allein anerkannt; im Einverständnis der Regierung Diaz sind die Marinetruppen gelandet worden, und Diaz hat wiederholt um die Hilfe der Nordamerikaner gebeten.

Damit gewinnt aber der Bürgerkrieg in Nicaragua einen ganz großen politischen Hintergrund: der Einfluß der Vereinigten Staaten, der sich auf die konservative unionfreundliche Regierungspartei erstreckt, wird gefährdet durch den Aufstand der liberalen Partei, die ihren Rückhalt in den mexikanischen Regierungskreisen findet. Die Spannung der Union mit der mexikanischen Regierung überträgt sich damit auf die revolutionäre Bewegung in Nicaragua. Es ist die Aufrechterhaltung ihres Einflusses, dessen Minderung die Union sowohl in Mexiko wie vielleicht vor allem in Nicaragua vermeiden will, die zum Handeln treibt. Die Beziehung der Liberalen zu Mexiko verstärkt aber den Widerstand symptomhaft, und die Antipathie, auf die die vereinstaatliche Intervention in weiten Kreisen des romanischen Amerika stößt, läßt bewußte Abwehr Latein-Amerikas gegenüber Germanisch-Amerika erkennen. An sich bedeutete es ja wenig, daß ein Teil der Bevölkerung einer kleinen mittelamerikanischen Republik sich gegen die Vereinigten Staaten ablehnend verhält, dabei einige Unterstützung durch die mexikanische Regierungspartei und wortreiche Sympathieerklärungen von seiten der romanischen Staaten erfährt, wenn nicht in Nicaragua selbst große territoriale Interessen und darüber hinaus das Prestige der Führung in Panamerika auf dem Spiele stünde. Diese regionalen Interessen beziehen sich auf die Sicherung der Zone eines künftigen Nicaraguakanals, der immer dringender von den vereinstaatlichen Marinekreisen gefordert wird. Darum hat seit langer Zeit, seit dem das Kanalproblem in Mittelamerika überhaupt aktuell geworden ist, die Union in Nicaragua ihre Hände im Spiel. Seit Dezennien erscheinen in Nicaragua Regierungen, die den Nordamerikanern genehm sind und sich ihrem Einflusse beugen. Von 1913 bis zum letzten Jahr stand sogar eine amerikanische Garnison in Managua. 1914 überließ Nicaragua auf 99 Jahre die vor seiner Ostküste gelegenen Little und Great Corn Islands; und 1916 bzw. 1919 traten auch die benachbarten Inselgruppen, Serrana und Quita Sueño Banks und

Roncador Cay, unter die ausschließliche Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten. Auch alle Rechte längs der Kanalzone San Juanfluß—Nicaragusee sind von ihnen schon 1916 käuflich erworben worden. Daß die Union eine so wohl eingekreiste Position nicht aufgeben wird, erscheint selbstverständlich.

Darum hat die Union zweifellos mit großer Besorgnis erfahren müssen, daß die Liberalen den konservativen Streitkräften eine schwere Schlappe bei Laguna de las Perlas beigebracht haben, und daß der Zulauf zum liberalen Lager stark ist. Ein Hilferuf des Generals Diaz an die Nordamerikaner war die Folge, die jedoch zunächst davon Abstand nahmen, Partei im Kampfe zu ergreifen; doch werden weitere vereinsstaatliche Truppensendungen nach Nicaragua gemeldet und neue amerikanische Marinetruppen sind inzwischen gelandet worden. Die Liberalen haben inzwischen mit einer neuen Offensive begonnen und richten ihre Angriffe einmal auf Rama, dann auf Granada am Nicaragusee. Anscheinend werden die Liberalen durch Mexiko mit Waffen und Munition unterstützt. Eine neueste Notiz meldet allerdings von einer nordamerikanischen Waffensendung an Sacasa. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß ein jüngst von Diaz gemachter Friedensvorschlag, der den Eintritt der Liberalen in seine Regierung vorsieht, den Bürgerkrieg beenden wird.

Der Kampf der Union und Mexikos um den Einfluß in Nicaragua hat auch die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sehr verschärft, zumal die mexikanische Regierung starr bei ihren am 1. Januar in Kraft getretenen Öl- und Landgesetzen steht und eine Verlängerung der Frist zur Einreichung der Konzessionsgesuche der Ölgesellschaften abgelehnt hat. Bis zur Zeit der Berichterstattung ist jedoch Calles nicht dazu übergegangen, die amerikanischen Konzessionen zu beschlagnahmen, was sicher zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen würde. Denn nicht weniger unnachgiebig scheint im Falle einer solchen Konfiszierung die vereinsstaatliche Regierung zu sein. Das Zögern der mexikanischen Regierung, die Bereitwilligkeit, den Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, ist aus der nicht unangefochtenen Position der Regierungspartei heraus zu verstehen, die seit dem Kirchenstreit in bedenklicher Weise unterwühlt ist. Wie Calles vorausgesehen hat, ist es denn auch gegen Mitte Januar zu Aufständen gekommen, die schon die Staaten Coahuila, Jalisco, Chihuahua und Guana Juata umfassen. In dem letzteren Staate sollen sich mehre tausend Revolutionäre zum Marsch auf die Hauptstadt gesammelt haben. Doch wird jetzt schon die Niederlage der Revolutionäre aus allen Bundesstaaten gemeldet, in denen die Revolution ausgebrochen ist. So hat der Kampf um Mittelamerika schwerste innere Zerklüftungen ausgelöst, die heute noch kein rechtes Urteil über die Grundlinien eines politischen Neubaus zulassen.

Unter den großen internationalen Verkehrsverknüpfungen, die Amerika betreffen, ist die drahtlose Telefonverbindung zwischen England und den Vereinigten Staaten zu erwähnen. Die englische Funkstation ist Rugby, die amerikanische Empfangsstation ist Houlton in Maine. Umgekehrt ist die amerikanische Funkstation Long Island, die englische Empfangsstation Wroughton bei Swindon. Auch die Eröffnung des Verkehrs mit Kanada ist während der Reichskonferenz erfolgt. Ebenso soll in diesen Tagen der Verkehr zwischen Australien und Vancouver eröffnet werden.

Peru lehnt den Vorschlag der Neutralisierung der Tacna—Aricazone ab.

ARPAD TÖRÖK:
KOORDINATION DES POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTS-
WILLENS

Verstehen wir unter politischem Willen jene Tendenz, die einer bestimmten Gemeinschaft als Ausdruck ihrer Lebenseinstellung innewohnt und die auf eine höchstmögliche Befriedigung ihrer Kollektivbedürfnisse gerichtet ist, unter Wirtschaftswillen hingegen die Richtung, die von der Gemeinschaft eingeschlagen wird, um den wirtschaftlichen Kreislauf, unter Berücksichtigung einer ebenfalls höchstmöglichen Bedürfnisbefriedigung, abzuschließen, so wird für diese Gemeinschaft der günstigste Zustand dann erreicht sein, wenn der Aktionsradius des politischen und Wirtschaftswillens zusammenfallen.

Es kann nicht wundernehmen, wenn das Streben nach einer Koordination des politischen und Wirtschaftswillens durch die ganze Geschichte hindurchzieht und es den politisch mächtigen Völkern auch meistens gelungen ist, eine solche Koordination, bis auf unbedeutende Differenzen, durchzusetzen. Man kann es nicht wegleugnen, daß das menschliche Glück zu einem großen Teil von der Prosperität seiner Wirtschaft abhängt, aber nicht ausschließlich von dieser. Es gibt nur zu viel Situationen im Leben, in welchen das nüchterne wirtschaftliche Interesse anderweitigen hintangesetzt wird. Und das nicht bloß bei dem einzelnen, sondern auch im Völkerleben. Insbesondere wird man dem Drang nach politischer Unabhängigkeit eine solche Wirkung zuschreiben müssen. Diese zwei mächtigen Interessen suchen die Koordination und werden auf eine innige Verbindung solange nicht verzichten können, als das Wirtschaften von den übrigen sozialen Funktionen nicht gänzlich losgelöst und zu einer für sich selbständigen Tätigkeit erhoben ist. Der Wirtschaftswille, der auf einen günstigen Abschluß des ökonomischen Kreislaufes gerichtet ist, muß — insoferne er auf die Koordination des politischen Willens verzichtet — immer mit der Gefahr rechnen, daß ein fremder politischer Wille, dessen Wirkungssphäre den ökonomischen Kreislauf durchquert, diesen Kreislauf durch feindselige Handlungen unterbindet und damit auch die eigene politische Existenz untergräbt. Solange kriegerische Handlungen zu den geschichtlichen Selbstverständlichkeiten gehören, wird diese Befürchtung immer berechtigt sein.

Die Grenzen, bis zu welchen kräftige Völker ihre Macht in der Vergangenheit auszudehnen vermochten, fielen in der Regel mit dem ökonomischen Kreislauf — wenigstens in seinen wichtigsten Adern — zusammen. Die Koordination beider Willen war ein Machtproblem, welches von den führen-

den Völkern eben gelöst werden konnte. Mit der raschen Entwicklung der Volkswirtschaft ist naturgemäß auch der ökonomische Kreislauf ungemein stark angeschwollen, so daß es dem politischen Willen immer schwerer wurde, den gewaltigen Durchmesser zu überbrücken. Einen Ausweg hat die Freihandelslehre aus dieser Lage gesucht. Ihre Argumente waren immer unwiderleglich. Sie erwartete von der Herstellung einer vollständigen wirtschaftlichen Freiheit nicht nur einen ungeschmälernten Abschluß des Kreislaufes, sondern gleichzeitig einen höchsten Erfolg des Wirtschaftens selbst. Vom rein ökonomischen Standpunkt erscheint eine andere Lösung auch fast ausgeschlossen. Daß die Freihandelslehre trotzdem so wenig Nachahmung fand, liegt in dem Umstand, daß sie eben nur einen rein ökonomischen Standpunkt eingenommen hat. Nun ist aber das Wirtschaften als soziale Verrichtung von den übrigen sozialen Lebensfunktionen keineswegs unabhängig. Im Vordergrund aller Lebensfunktionen steht die Selbstbehauptung, das Gebot des Lebenswillens. Die Kollektivpersönlichkeit wird in ihrem Streben nach Selbstbehauptung das Wirtschaften keineswegs als selbständige Tätigkeit gelten lassen, sondern gezwungen sein, ihren eigenen politischen Notwendigkeiten einzuordnen.

Erfolg oder Mißerfolg der Freihandelslehre sind von der politischen Entwicklung abhängig. Gelingt es einmal, den politischen Willen auf sein unmittelbares Machtbereich zu neutralisieren, verschwindet die Angriffsabsicht einmal gänzlich, dann können erst die psychischen Hindernisse einer allgemeinen Wirtschaftsfreiheit verschwinden. Die tatsächliche Entwicklung hat jedoch einen anderen Weg eingeschlagen. Die Geschichte hat neue soziale Individualitäten an die Oberfläche gebracht: die Nationen. Es mußte natürlich eine Spanne Zeit verstreichen, bis es den Nationen gelungen ist, sich zu selbständigen politischen Organismen emporzurängen. Dieser Aufstieg ist natürlich nicht ohne die schwersten Kämpfe vor sich gegangen. Mit Recht oder Unrecht glaubten die Nationen, daß sie ihre eigene Existenz nur im politischen Kampfe gegen andere durchsetzen können.

Dieser Zustand konnte der Verwirklichung der Freihandelslehre keineswegs günstig sein. Der Kampf, der um die nationale Lebensbehauptung einsetzte, mußte den Wirtschaftswillen notgedrungen in seinen Dienst stellen, denn eine Nichtberücksichtigung seiner Bedeutung für den Erfolg des politischen Willens, also für die nationale Lebensbehauptung, hätte eigentlich das nationalstaatliche Werden in seinen Grundfesten erschüttert. Der politische Wille hat nun sein altes Wettrennen mit dem Wirtschaftswillen auch in den neuen Nationalstaaten aufgenommen. Um sein Ziel zu erreichen, war er einerseits bestrebt, die Grenzen seines Machtbereiches in der Richtung des Wirtschaftswillens auszudehnen: das war der moderne Imperialismus; andererseits versuchte er den Wirtschaftswillen, durch künstliche Züchtung ökonomischer Gleich-

gewichtsfaktoren, innerhalb der eigenen Wirkungssphäre zu bannen: das ist die Politik der wirtschaftlichen Absonderung. Die Hartnäckigkeit, mit welcher diese beiden Methoden betrieben wurden, konnte nur einem so mächtigen Bedürfnis, wie es die Sicherung der nationalen Existenz ist, entspringen. Unglücklicherweise war aber eine nur annähernd befriedigende Koordination des politischen und Wirtschaftswillens nicht zu erzielen. Der wirtschaftliche Fortschritt hat seinen Siegeslauf nur noch mehr beschleunigt und der politische Wille vermochte diesem schon aus dem Grunde nicht zu folgen, weil sich die neuen politischen Individualitäten immer härter und widerstandsfähiger erwiesen haben, die ihren eigenen, fest verankerten Willen hatten, der nur zu wenig Neigung zeigt, sich anderen unterzuordnen.

Die Spannung dieser Epoche wurde immer gewaltiger, bis sie schließlich in dem verklungenen Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht hat. Aber auch der Ausgang des Weltkrieges hat hier keine Lösung gebracht. Im Gegenteil! Durch die weitere Atomisierung der politischen Willen und ihre erfolgte Erhärtung scheint die Lösung des Problems in noch weitere Ferne gerückt zu sein. Dazu kommt noch, daß sich das Problem in einer Weise verändert hat, wodurch eine Lösung allein in der Richtung der Freihandelslehre gar nicht mehr befriedigen kann. Die moderne Wirtschaft hat bereits Formen angenommen, die eine Loslösung vom politischen Willen überhaupt nicht mehr zulassen. Solange der Übergang vom Frühkapitalismus zum Hochkapitalismus noch nicht beendet war, vermochte eine Loslösung vom politischen Willen das rein ökonomische Interesse noch zu befriedigen. Nicht so im Zeitalter des Hochkapitalismus! Der regulierende Eingriff des Staates wird hier mitunter zu einer unerläßlichen Notwendigkeit und sein Ausbleiben kann von den größten Gefahren für die Wirtschaft begleitet sein. Die Entwicklung letzterer war immer von einer Umbildung sozialer Lebensformen begleitet, die schließlich auch in der Gesetzgebung und weiteren Gestaltung der Politik ihren Niederschlag hinterließen. Um wieviele mehr gilt dieser Satz in der Gegenwart, als die wirtschaftliche Entwicklung ein ungemein rasches Tempo innehat und die sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung viel einschneidender und nachhaltiger sind. Die Politik hat den stets wechselnden Tatsachen der modernen Wirtschaft mit ihren angemessenen Formen nicht nur prompt zu folgen, sie muß mitunter die politischen und sozialen Vorbedingungen einer weiteren Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung durch rechtzeitigen Eingriff selbst erzwingen.

Die Aufgaben des politischen Willens der modernen Wirtschaft gegenüber sind im Rahmen einer nationalen Gesetzgebung nicht mehr zu erfüllen. Der Wirtschaftswille reicht heute weit über die nationalen Grenzen. Die Koordination des politischen und Wirtschaftswillens nur innerhalb der nationalen Grenzen ist ein Torso, ist Flickwerk an dem mächtigen Kulturwerden der

Gegenwart, das umfassende Ideen und umspannende Maßnahmen erfordert. Mit jedem Schritt, den die Wirtschaft nach vorne macht, steigt die ohnedies nicht unbedeutende Spannung zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Willen. Sollte nun ein weiterer Völkerkrieg die Aufgaben lösen, die es ihm das eine Mal trotz der gewaltigsten Opfer, die er gekostet hat, zu lösen nicht gelungen ist? Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, daß es wieder dazu kommen sollte, weil das Problem heute doch ein anderes ist, als es im Jahre 1914 der Fall war. Damals haben die neuen sozialen Individualitäten ihren Kampf um die politische Lebensbehauptung unter ganz anderen Voraussetzungen aufgenommen, als dies in der Gegenwart der Fall wäre. Damals stand das nationalstaatliche Werden noch stark in dem Vordergrund. Es mußten in erster Linie die politischen Bedingungen der nationalen Unabhängigkeit gesichert werden, und zwar gegen den Vernichtungswillen alter politischer Mächte. Die weitere Sicherung durch die Wirtschaft folgte jener politischen nach. Demgegenüber ist der Vernichtungswille gegen die organisch erwachsenen Nationalstaaten in der Gegenwart schon verschwunden. Man hat sich in ganz Europa zur national-organischen Staatsauffassung bekannt. Die auf nationaler Grundlage erstandenen politischen Individualitäten, die Nationalstaaten, werden in ihrem Bestande eigentlich nicht mehr bedroht. Die politischen Gegensätze, die heute noch bestehen, sind zu einem nicht beträchtlichen Teil Nachklänge einer geschichtlichen Lage, stehen in einem ursächlichen Zusammenhang mit einer Zeit, die bereits überwunden ist. Gewisse Organe, die einstens Bedeutung hatten, sind von der Entwicklung eben noch nicht vollständig überholt worden.

Soll kein neuer Weltkrieg die weitere Entwicklung auslösen, so werden wir diese in jener Richtung suchen müssen, in welcher die schwächsten Formen liegen, die das Gegenwärtige erfassen. Die zu lösende Aufgabe ist eine Herstellung der Koordination zwischen den bereits stark divergierenden politischen und Wirtschaftswillen. Von einer nennenswerten Eindämmung des ökonomischen Kreislaufes, innerhalb nationaler Grenzen, kann keine Rede mehr sein, will man auf die errungenen Stufen der Wirtschaftskultur, will man auf die Gaben der modernen Wirtschaft nicht verzichten. Der Ausweitung des politischen Willens nach altem System sind einmal definitive Grenzen gestellt. Der schwächste Punkt, der von der Entwicklung leicht im Sturm genommen werden kann, liegt in der nationalen Wirtschaftspolitik, die, als Mittel nationaler Lebensbehauptung, jeder realen Grundlage entbehrt. Das, was die moderne Wirtschaft erfordert und was vom Standpunkt der politischen Sicherung auf keine kausalen Hindernisse mehr stößt, ist eine Synthese der atomisierten politischen Willen und seine größtmögliche Koordination mit dem Wirtschaftswillen. Das ist auch die Idee der europäischen Wirtschaftseinheit.

GERHARD HERRMANN:

WELTWIRTSCHAFTLICHE BERICHTERSTATTUNG

Während das Dezennium 1914/24 gekennzeichnet war durch die Ausschaltung der spezifisch wirtschaftlichen Triebkräfte und die absolute Hegemonie militärisch-machtpolitischer Faktoren, trat mit Inkrafttreten des Dawesplanes hierin eine grundsätzliche Wendung ein. So wenig der Dawesplan eine endgültige Lösung der Reparationsfrage darstellt, so bezeugt er doch durch die scharfe Trennung der politischen und wirtschaftlichen Seite des Reparationsproblems eine neue Einsicht: Einmal erkannte man die grundsätzliche Verschiedenheit des Aufbringungs- und des Transferierungsproblems, sicherte so die Stabilität der deutschen Währung und den Ausgleich des Staatshaushaltes und schob das Hauptrisiko den Empfangsländern zu. Zum andern sah man ein, daß Reparationszahlungen nur durch einen entsprechenden Exportüberschuß möglich seien, dessen Erzielung verschärfte deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit sich brachte und somit eine Schädigung der entsprechenden Wirtschaftszweige in den Ländern des Reparationszahlungsempfangs. Nimmt man den Dawesplan nicht als isoliertes Phänomen, sondern als Symptom und Beginn einer neuen Entwicklungsreihe, so sehen wir hier den Ansatz zweier Einsichten, die die Entwicklung der Folgezeit bestimmt haben: 1. Es gibt der Wirtschaft immanente Kräfte, die politisches Machtstreben bei Strafe des Untergangs nicht ignorieren darf und 2. ist es unmöglich, einen Wirtschaftsorganismus, wie ihn nun einmal eine moderne Volkswirtschaft darstellt, aus der engen Verkettung mit anderen Volkswirtschaften herauszulösen, ohne beide Wirtschaften zu schädigen. Die einzelnen Wirtschaften sind so eng miteinander verflochten, daß das Gedeihen der einen nicht etwa auf Kosten der anderen geht, vielmehr ihre Blüte auch die der anderen bedingt und umgekehrt.

Brachte das Jahr 1925 eine wenn auch mit schmerzlichen Reinigungskrisen verbundene innere Konsolidierung der von Kriegs- und Nachkriegsfolgen am stärksten betroffenen Volkswirtschaften, so kamen im zweiten Halbjahr 1926 — dank der durch den Dawesplan und Locarno angestrebten Bereinigung der zwischenstaatlichen Atmosphäre — die Versuche, die Idee internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu verwirklichen, in bemerkenswerter Klarheit zur Ausprägung. Von zwei Seiten sucht man diese Versuche zu realisieren, durch Zusammenschluß der beteiligten privaten Interessenverbände und durch Maßnahmen von mehr oder weniger offizieller Seite: Wirtschaftsmanifest, Internationale Handelskammer und vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz.

Die privaten internationalen Vereinbarungen werden überwiegend in der Form von Gebiets- oder Produktionskartellen getroffen; so ist z. B. die am 30. September 1926 in Brüssel abgeschlossene Rohstahlgemeinschaft ein Produktionsmengenkartell mit einigen regionalen Modifikationen. An einer Jahresproduktion von reichlich 25 Millionen Tonnen Rohstahl sind Deutschland mit 40,4 %, das Saargebiet mit 6,5 %, Frankreich 31,9 %, Luxemburg 8,5 % und Belgien mit 12,6 % beteiligt. Am Ende des Jahres traten Österreich, die Tschecho-Slowakei und Ungarn als geschlossene Gruppe mit einer Quote von 7,2 % bei. Bereits bei dieser Quotenverteilung hat die deutsche Industrie sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht, darüber hinaus aber verpflichtet sie sich, 6,5 % des deutschen Verbrauchs an Walzwerkserzeugnissen aus Frankreich und Luxemburg hereinzunehmen, ohne entsprechende Vergünstigungen zu genießen. Die freilich nicht leicht erkauften Vorteile dieses Abkommens liegen für Deutschland in der Vermeidung des Valutadumping, denn die französisch-luxemburgischen Importe sind limitiert und erfolgen zu deutschen Inlandpreisen. Ferner hat die deutsche Eisenindustrie, abgesehen von der 6,5 %igen Einfuhr, den inländischen Markt ungehindert in ihrer Hand. Das Streben nach Marktbeherrschung und Berechenbarkeit der Marktsituation sind hier wie überall die entscheidenden Triebkräfte zur Kartellierung gewesen.

Einen weiteren Versuch internationaler Zusammenarbeit stellt die am 29. 12. 26 erfolgte Ratifizierung des im April in Lugano abgeschlossenen Abkommens zwischen der deutschen und französischen Kaliindustrie dar. Sachlich war eine Verständigung sehr nahegelegt, da bis 1918 die mitteldeutschen und elsässischen Produktionsstätten sich an enge Zusammenarbeit gewöhnt hatten, um dann durch das Versailler Diktat getrennt zu werden, und es überdies den jungen französischen Unternehmungen zum Teil noch an Erfahrungen fehlte. Formal wurde das Abkommen dadurch erleichtert, daß auf beiden Seiten nur je ein Kontrahent vorhanden war, das deutsche Kalisyndikat und die „Société Commerciale des Potasses d'Alsace“. Auch dieser Abschluß stellt ein Produktionskartell dar, dessen erste Anfänge übrigens bis 1924 zurückgehen, und zwar wird der Exportüberschuß im Verhältnis von 70:30 zugunsten Deutschlands geteilt bei einer Verkaufsmenge von 840 000 Tonnen. Überschießende Mengen werden zu gleichen Teilen repartiert. Daneben findet noch eine Gebietsverteilung statt. Die Binnenmärkte bleiben für beide Kontrahenten frei, der Export nach den USA, als dem wichtigsten Abnehmer, wird gemeinsam organisiert, Deutschland beliefert Skandinavien, Osteuropa und den Balkan, Frankreich liefert an Westeuropa. Auch in diesem Kartellvertrag ist Frankreich bei der Quotenverteilung günstiger gestellt, da es mit Hilfe von Staatssubventionen seine Produktion künstlich forciert hatte. Eine besondere Note erhält das deutsch-französische Kalikartell dadurch, daß

••

es ein Weltmonopol besitzt, und es bleibt abzuwarten, wie sich diese Tatsache auf die Preisgestaltung auswirken wird.

Auf breiterer Basis, als die bisher besprochenen Pakte, ruht der am 15. 11. abgeschlossene europäische Aluminiumpakt, der die wichtigsten Firmen Deutschlands, Englands, Frankreichs und der Schweiz umfaßt. Wohl in wenigen Industriezweigen haben sich so starke Umschichtungen vollzogen, wie in der Aluminiumindustrie. Infolge der Entwicklung der Flugzeug- und Automobiltechnik hat sich der Verbrauch seit 1913 verdreifacht. Ferner hat Deutschland unter dem Zwang der Blockade eine eigene Aluminiumindustrie aufgebaut. Wo es früher seinen Bedarf importierte, ist es nun zum Exporteur geworden, wodurch vor allem die Schweizer Industrie geschädigt wurde. 1926 war es an der Weltproduktion von ca. 210 000 Tonnen an zweiter Stelle mit 29 500 Tonnen beteiligt, nach den USA mit 89 000 Tonnen. Dieser Aufschwung der deutschen Aluminiumindustrie ist umso bemerkenswerter, als mit Ausnahme Großbritanniens die fremden Industrien durch Schutzzölle gedeckt sind, während in Deutschland kein Aluminiumzoll besteht, die Bemühungen der deutschen Aluminiumproduzenten um Schutzzölle sind nun durch den Abschluß des Paktes gegenstandslos geworden. Da die Gefahr besteht, daß die Produktionskapazität rascher wächst als die Nachfrage, soll das Kartell durch Rationalisierung der Technik, Propaganda und eine entsprechende Preispolitik eine Erweiterung der Nachfrage erstreben. Sehr bemerkenswert ist es, daß man in dem Streben, Angebot und Nachfrage stimmig zu machen, nicht den üblichen Weg der Produktionseinschränkung eingeschlagen hat, sondern zu einer erheblichen Preissenkung (um 12 %) geschritten ist.

Zuletzt sei noch die am 12. 10. in New York mit einem Kapital von 100 Millionen Pfund erfolgte Gründung des internationalen Kupferexport-syndikats erwähnt, das unter dem beherrschenden Einfluß der USA steht. Es umfaßt nordamerikanische, südamerikanische, englische, französische und belgische Produzenten. Da die Beteiligung der Nordamerikaner mehr als 50 % ausmacht, besteht die Gefahr, daß das Syndikat als mächtige Einkaufs- und Verkaufsinstantz eine einseitige Interessentenpreispolitik gegenüber den europäischen Kupferproduzenten und -konsumenten treibt. Man scheint jedoch diese Gefahr überschätzt zu haben, denn im Laufe des vergangenen Quartals hat sich die europäisch-amerikanische Spannung wesentlich gemildert. Ähnlich wie das Aluminiumkartell übt auch das Kupfersyndikat die weise Mäßigung, durch Preissenkung und nicht durch Produktionseinschränkung auf eine Abnahme der Weltkupfervorräte hinzuwirken.

Die Bemühungen von Rohstoffproduzenten, über die Landesgrenzen hinaus zu einer Kartellierung zu gelangen, um den schädlichen Konkurrenzkampf auszuschalten und die Sicherung ihrer Rentabilität zu gewährleisten, sind

gegenüber der Vorkriegszeit keineswegs neu. Was aber den zwischenstaatlichen Pakten des Jahres 1926, deren Zahl mit den obenerwähnten keineswegs erschöpft ist, ihre besondere Bedeutung gibt, ist die historische Gesamtsituation, in der sie zustande kamen, ist die neue Verständigungsbereitschaft, die sie nach zehnjährigem Kampfe kündeten, eine Bereitschaft, der gerade die deutsche Industrie sehr konkrete Opfer gebracht hat, und die dadurch nicht geringer wird, daß bei diesen privatwirtschaftlichen Abmachungen stets das Gewinnstreben im Hintergrunde steht. Man hätte kaum ein Recht, hierin einen ersten zaghaften Versuch zu sehen, die Planlosigkeit weltwirtschaftlicher Produktion und Verteilung zu mildern oder gar zu überwinden, wenn nicht gleichzeitig und unabhängig davon von offiziöser Seite sehr ernste Versuche gemacht würden, die Hemmungen und Reibungen des weltwirtschaftlichen Prozesses zu beseitigen. Das Wirtschaftsmanifest ist in der vorigen Nummer von berufener Feder behandelt worden, so daß wir uns auf einige Bemerkungen über die vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz beschränken können.

Die erste Anregung zur Weltwirtschaftskonferenz wurde bekanntlich von Loucheur im September 1925 der Völkerbundsversammlung gegeben. Darauf konstituierte der Rat im Dezember 1925 einen Vorbereitungsausschuß, der unter der Leitung von Theunis Ende April und Mitte November 1926 für eine Woche zusammentrat, um Datum und Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz festzusetzen und ca. 60 Memoranden anfertigen zu lassen, die in der Hauptversammlung als Diskussionsbasis dienen sollen. Die Zusammensetzung des Ausschusses, der aus 35 Mitgliedern besteht, bot die besten Voraussetzungen für eine fruchtbare und reibungslose Arbeit. Auf ausdrücklichen Beschluß des Rates hat man nicht etwa Regierungsvertreter als Ausschußmitglieder eingeladen, sondern hat sorgfältig aus allen Wirtschaftskreisen Sachverständige gewählt. Dies erleichterte und beschleunigte die Arbeit wesentlich, da die Mitglieder nicht an starre Richtlinien ihrer Regierung gebunden waren, sondern sich ganz aus ihrer persönlichen praktischen Erfahrung entscheiden konnten. Die Aufgabe der für den 4. Mai 1927 einzuberufenden Weltwirtschaftskonferenz soll sein, „die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu prüfen, die der allgemeinen Wohlfahrt im Wege stehen, und die Mittel zur Überwindung dieser Schwierigkeiten und Vermeidung von Konflikten zu beleuchten“. Eine Formulierung, die an Vorsicht nichts zu wünschen übrig läßt.

Die Tagesordnung der Konferenz zerfällt in zwei Teile: In einem allgemeinen Teil soll über die weltwirtschaftliche Lage diskutiert werden, ihre Aspekte und Probleme vom Standpunkt verschiedener Länder sollen behandelt werden, sowie die Ursachen der Weltwirtschaftskrise; schließlich will man die wirtschaftlichen Tendenzen aufzeigen, die den Weltfrieden beeinflussen könnten. Im zweiten Teil will man die einzelnen Teilgebiete Handel, Gewerbe und

Ackerbau ausführlich behandeln: Besonders ausgiebig die Wirkungen der Handelsfreiheit, dann Zolltarife und Handelsverträge, Subventionspolitik und Dumping, und die Beziehungen zwischen internationalem Handel und der allgemeinen Kaufkraftminderung. Das Kapitel Gewerbe umfaßt die allgemeine Lage der wichtigsten Industriezweige nach Produktionskapazität, tatsächlicher Produktion und Konsumtion und Arbeitsorganisation. Die Behandlung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Hauptindustrien und deren Ursachen schließt sich an. Unter den geplanten positiven Maßnahmen soll vor allem die Problematik internationaler Kartellierung nach allen Seiten hin untersucht werden. Die Behandlung der landwirtschaftlichen Probleme sind analog gegliedert.

Die finanziellen und bevölkerungspolitischen Fragen werden nur beiläufig abgehandelt, da sie seinerzeit Gegenstand besonderer Konferenzen gewesen sind.

Genau wie bei der Beschickung des vorbereitenden Ausschusses sollen auch an der Hauptkonferenz keine offiziellen Regierungsvertreter teilnehmen. Die Regierungen aller Länder, nicht nur die Völkerbundmitglieder, sind eingeladen und werden aufgefordert, bis zu fünf Sachverständige zu entsenden, die, unabhängig von allen politischen Bindungen, nur auf Grund persönlicher Qualifikation gewählt werden und möglichst verschiedenen Interessentenkreisen angehören sollen. Darüber hinaus behält sich der Völkerbundsrat vor, eine begrenzte Zahl von Delegierten von sich aus direkt einzuladen, um eine möglichst harmonische Zusammensetzung der Konferenz zu gewährleisten. Die persönlichen Voraussetzungen für ein gutes Gelingen der Konferenz scheinen also im weiten Maße gegeben zu sein. Eine ganz offene Frage aber bleibt es, wie weit die Machtmittel des Völkerbundes reichen werden, um die Direktiven und Vorschläge der Konferenz in den Wirtschaftskreisen der betroffenen Länder durchzusetzen. Daß die meisten Konferenzmitglieder aus Kreisen der Wirtschaftspraxis kommen und nicht als Regierungsvertreter, mag die Frage späterer praktischer Durchführung der Konferenzvorschläge zwar erleichtern, aber keineswegs lösen. Auf das hinter allen diesen Fragen stehende grundsätzliche Problem, innerhalb welcher Grenzen überhaupt mit Erfolg auf die Gestaltung der Wirtschaft durch Resolutionen und Reformvorschläge eingewirkt werden kann, kann hier nur hingewiesen werden.

Auf verschiedenen Wegen wirken die Bildung internationaler Kartelle und die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz einem Ziele zu: internationaler wirtschaftlicher Verständigung; die einen aus der Regelung eines einzelnen Falles eine allmähliche Änderung der Gesamtbeziehungen vorbereitend und bewirkend, die andere aus der Erkenntnis der Gesamtheit weltwirtschaftlicher Zusammenhänge für den Einzelfall programmatische Vorschläge machend.

Im Gegensatz zu diesen beiden Erscheinungen wirkt die Umschichtung der nordatlantischen Schifffahrtsverhältnisse auf eine ausgesprochene Nationalisierung hin. Drei Ereignisse müssen hier betrachtet werden: Der Verkauf der White Star Line des amerikanischen Morgan-Trusts an die englische Royal Mail-Gruppe, die Lösung des Vertragsverhältnisses Hapag-Harriman und schließlich die Umgruppierung innerhalb der deutschen Schifffahrt mit der Verschärfung des Gegensatzes von Hamburg und Bremen bzw. Hapag und Lloyd.

Mit dem Verkauf der White Star Line für den sehr geringen Preis von 7 Millionen Pfund gibt die 1902 gegründete International Mercantile Marine Co. das Kernstück ihres Besitzes an englischen Reedereien auf und verringert ihren Tonnagebestand um die Hälfte. Da die I. M. M. Co. von Anfang an stark überkapitalisiert war, konnte sie nie eine Dividende verteilen. Trotz hoher Abschreibungen betrug der Buchwert pro Tonne das Doppelte des Wertes bei Hapag und Lloyd. Mit der White Star Line hat sie ihre einzige gewinnbringende Reederei veräußert und ist auf ein Unternehmen von überwiegend amerikanischer Bedeutung reduziert. Es ist wohl anzunehmen, daß sie auch ihren übrigen europäischen Besitz bald abstoßen wird, um mit den erlangten flüssigen Mitteln die besten Schiffe der U. S. Shipping Board zu erwerben und einen festen, rein amerikanischen Schifffahrtsblock zu bilden. In England begrüßte man natürlich, schon aus Prestige Gründen, diesen Vorgang, wie ja überhaupt in der Schifffahrt mehr als in anderen Wirtschaftszweigen Prestigeerwägungen bei Zusammenschlüssen eine oft entscheidende Rolle spielen. Mit dieser Erwerbung hat die Royal Mail-Gruppe ihren Schiffsbestand von 1,8 auf 2,3 Mill. Tonnen erhöht, eine feste Position in der Nordatlantikkfahrt erlangt und bildet neben der P. & O. und Cunard-Gruppe in England den maßgebendsten Konzern, der bei internationalen Verabredungen eine große Rolle spielen kann.

Stehen sich nun englische und amerikanische Schifffahrtsinteressenten in sich geschlossen und gegeneinander abgeschlossen gegenüber, so ist die Situation zwischen Deutschland und den U. S. A. durch die Lösung des Hapag-Hariman-Abkommens ganz ähnlich. Dieser Vertrag, der 1920 für die Hapag eine lebensnotwendige Stütze bedeutete, konnte von Hariman infolge der langjährigen Schifffahrtsdepression nicht voll ausgenutzt werden, beschränkte aber doch die Bewegungsfreiheit der Hapag. So lag eine Trennung im beiderseitigen Interesse. Gegen einen Preis von 33 Millionen Reichsmark gewann die Hapag ihre Freiheit wieder, erwarb 54 000 Tonnen ehemaliger Hariman-Schiffe und pachtete in New York die Hariman-Piers auf zehn Jahre. Diese Transaktion ist das äußere Zeichen dafür, daß die deutsche Schifffahrt ihren Wiederaufbau beendet hat und unabhängig von fremder Unterstützung gehen kann.

Ahnlich wie sich die nationalen Schiffahrtsgruppen schärfer voneinander abheben als bisher, gruppieren sich innerhalb Deutschlands die größeren Reedereien immer enger um Hapag und Lloyd. Das Wettrüsten zwischen diesen beiden Gesellschaften nahm seinen Anfang mit der Angliederung von „Roland“ und der Hamburg-Bremer Afrika-Linie an den Lloyd; diese Maßnahme beantwortete die Hapag, wenn auch mehr gezwungen als freiwillig, mit der Übernahme der Kosmos- und Deutsch-Austral-Linie inklusive der früheren Stinnesflotte. Bemerkenswert ist bei diesen Vorgängen vor allem, daß die Initiative zu solchen Fusionen immer weniger von den Reedern alten Schlages ausgeht, sondern daß das Bankkapital immer mehr die Führung in die Hand bekommen hat in der Gestalt von Jakob Goldschmidt, des Führers der Danatbank, der gleichzeitig im Aufsichtsrat des Lloyd und der Hapag einen Sitz hat.

Es entsteht nun die wichtige Frage, ob die Stärkung der großen Konzerne die Gefahr eines Konkurrenzkampfes mit sich bringt, oder ob nicht gerade der Umstand, daß nur noch wenige ernsthafte Gegner einander gegenüberstehen, die Verständigung zwischen ihnen erleichtert. Scharfer Konkurrenzkampf oder Verständigung auf breiter internationaler Basis, vor diese Entscheidung ist die transatlantische Schifffahrt angesichts einer allgemeinen Besserung des Schifffahrtsmarktes gestellt.

GODFRIED ROOMS:
DER BELGISCH-HOLLÄNDISCHE VERTRAG

Am 11. November 1926, acht Jahre nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens, hat die holländische Zweite Kammer mit 50 gegen 47 Stimmen einen Vertrag angenommen, der für die politische Gruppierung und wirtschaftliche Richtung der verschiedenen Staaten an Deutschlands Westgrenze eine weit über den Rahmen einer belgisch-holländischen Vereinbarung hinausgehende Bedeutung einnimmt.

Langwierige Verhandlungen von 1918 an haben am 3. April 1925 zur Unterzeichnung des vorliegenden holländisch-belgischen Vertrages geführt. In Holland hört man, in Anbetracht der winzigen Mehrheit, die dieses Abkommen in der Zweiten Kammer gefunden hat, die Meinung vertreten, daß in letzter Stunde noch durch eine Ablehnung der Vereinbarungen in der Ersten Kammer der endgültige Abschluß gefährdet werden könnte.

Die starke Opposition, die sich in Holland gegen diesen Vertrag allorts bemerkbar macht, gibt uns einen gewissen Anlaß zu vermuten, daß die Bestimmungen sehr zugunsten Belgiens ausgefallen sind, umsomehr, als das belgische Parlament sich dazu bequem hat, den Vertrag sofort zu ratifizieren.

Eine sorgfältige Prüfung der Vorgeschichte und der Bestimmungen dieses Vertrages kann uns für diese merkwürdige Verschiedenheit der Beurteilung im Haag und in Brüssel manche interessante Erklärung geben.

Das belgische Zukunftsprogramm nach 1914 enthält vielerlei machtpolitische Tendenzen, die sich nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Holland richten. Dieses Programm setzte die Aufhebung der belgischen Neutralität sowie die Revision des Neutralitätstraktats von 1839 voraus. Außerdem muß man sich vergegenwärtigen, daß Belgien eine Militärkonvention mit Frankreich abgeschlossen hat und daß diese Militärkonvention mit dem alten französisch-englischen Antagonismus hinsichtlich der Beherrschung der Strommündungen eng zusammenhängt.

Eine französische Gebietserweiterung auf dem Festlande ist von jeher stets auf den heftigsten englischen Widerstand gestoßen, vor allem, wenn diese Gebietserweiterung die Scheldemündung betraf, von der aus England unmittelbar bedroht werden konnte. Man vergleiche nur die britische Seelandexpedition von 1809. Sogar der Verrat der Toryregierung an den Verbündeten 1712 steht nur scheinbar in Widerspruch zu dieser britischen Tradition: der Kolonialtausch mit Frankreich brachte England beträchtliche wirtschaftliche Vorteile und die Demilitarisierung Dünkirkens sowie das Barrieresystem dienten

vorwiegend rein britischen Interessen. Nach dem Weltkrieg wurde Frankreich wieder Englands latenter Feind. Ausgehend von der Tatsache, daß die „natürlichen Grenzen“ stets das Endziel der französischen Bestrebungen sind und daß diese französische Machterweiterung für die insuläre Lage Englands auf die Dauer gefährlich werden muß, huldigen alle britischen Regierungen unabänderlich dem Staatsgrundsatz, „british security demands that no single foreign power shall have a dominating position in the Channel and in the North Sea“ (vgl. L. G. Wickham Legg: *British diplomatic Instructions: France, 1689—1721*).

Frankreichs Kriegsziel nach dem Zusammenbruch Deutschlands war nicht nur die „Desannexion“ Elsaß-Lothringens, sondern die Wiederherstellung der französischen Grenzen von 1814 (vgl. Memorandum Tardieu 1919). Aus diesem Grunde stimmte Frankreich auch den belgischen annexionistischen Bestrebungen zu, sowohl hinsichtlich der deutschen Gebiete Eupen, Malmedy, St. Vith als auch hinsichtlich der holländischen Gebiete Seeländisch-Flandern und holländisch Limburg. Holland sollte auf Kosten Preußens durch Gebietszuwachs nordwestlich der Linie Venlo—Winterswyk in Geldern sowie in Ostfriesland entschädigt werden (vgl. Tardieu: *La Paix*, S. 246; Alph. Jouet: *Ce qu'est devenue la victoire*, 1926, S. 133—135).

Diese weitgehenden und ohne Hollands Mitwisserschaft betriebenen Pläne wurden durch zwei Faktoren vereitelt: Holland lehnte kategorisch jede Gebietsabtretung ab und weigerte sich sogar, über eine Kompensation auf Kosten Deutschlands zu unterhandeln. Amerika (Wilson) und England (Lloyd George) widersetzten sich endgültig den französisch-belgischen imperialistischen Bestrebungen: ersteres auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, letzteres aus realpolitischen Grundsätzen: die Beherrschung der Scheldemündung durch Frankreich oder durch ein mit Frankreich politisch und militärisch eng verbündetes Belgien war für England stets ein „casus belli“. Auch die Einverleibung holländisch Limburgs durch Belgien war mit den britischen Interessen unvereinbar, „da eine Lage eintreten könne, in der eine belgische Vormachtstellung an der Maas für England eine Position mit umgekehrter Front sein könnte“, z. B. wenn Englands Interessen mehr durch Frankreich-Belgien als durch Deutschland bedroht sein würden.

In die französische Forderung einer Wiederherstellung der Grenze von 1814 wurde nur zum Teil eingewilligt: Frankreich erhielt lediglich Elsaß-Lothringen und die Ausbeutung des Saarkohlenreviers; Belgien mußte sich mit der Abrogation seiner Dauerneutralität und mit dem Erwerb der preußischen Gebiete Eupen-Malmedy zufrieden geben.

Um rechtsgültig zu werden, mußte die Abrogation von allen Vertragsschließenden des Neutralitätstraktats von 1839 anerkannt werden. Diese

Zwangslage führte zur Aufnahme der Verhandlungen zwischen Belgien und Holland zwecks Revision des Traktats von 1839. Wiederholt versuchte Belgien, seine annexionistischen Bestrebungen zu verwirklichen, indem es die Mündungsfrage in der Gestalt des Wielingenproblems in die Debatte warf. Holland lehnte diese belgische Zumutung kurzerhand ab und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Erst nach Ausschaltung der Mündungsfrage gerieten die Unterhandlungen wieder in Fluß und am 3. April 1925 wurde dann der vereinbarte Vertragstext von den beiden Außenministern Van der Velde und van Karnebeek unterzeichnet.

Während die für Belgien günstigen wirtschaftlichen Bestimmungen die flämische Opposition bald zum Schweigen brachte, bildeten dieselben Bestimmungen gerade für die Vertragsgegner in Holland eine geeignete Grundlage, um gegen das Abkommen zu agitieren: schon hat sich der holländische Außenminister dazu bequemen müssen, sich mit Belgien über ein Zusatzprotokoll zu einigen; die Opposition ist hierdurch ebensowenig wie durch das Antwort-Memorandum entkräftigt worden. Auch die Zuweisung eines Ratsitzes im Völkerbund an Holland, die erwiesenermaßen auf französisch-belgischen diplomatischen Machenschaften zurückzuführen ist, hat es nicht vermocht, in der holländischen Kammer eine große Mehrheit für die Ratifizierung dieses Vertrages zu gewinnen. Jetzt hat die Erste Kammer das Wort: die erste Abstimmung wird als eine Art Generalprobe aufgefaßt, nach deren Ergebnis man sich dann zu richten hat. Und gerade dieses Ergebnis muß die Erste Kammer nachdenklich stimmen. Eine nähere Untersuchung der Vertragsbestimmungen wird uns klar machen, daß in diesem Vertrag zweierlei steckt: Buchstabe und Geist. Der Buchstabe verschleiert nichts weniger als die Annäherung Hollands an die französisch-belgische Militärentente und eine direkte Bedrohung der Möglichkeiten Hollands, zu jeder Zeit seine Neutralität aufrechterhalten zu können. Durch die erste Bestimmung des aus sechs Artikeln bestehenden Vertrags,

die Anerkennung der Neutralitätsabrogation, wird eine der wichtigsten Fragen der westeuropäischen Politik aufgerollt. Allein die Tatsache, daß Belgien die Anerkennung der Aufhebung seiner Neutralität bei Holland zu erreichen sucht, weist darauf hin, daß die belgische Neutralität, wenn nicht tatsächlich, dann doch rechtlich noch besteht. Im Völkerrecht gilt als feststehende Regel, daß Verträge erst dann als aufgehoben betrachtet werden, wenn sämtliche Vertragschließenden diese Aufhebung anerkannt haben. Die Besetzung Belgiens durch Deutschland im August 1914 wurde von den anderen Neutralitätsgaranten als eine flagrante Verletzung der Vertragspflichten ausgelegt. Ausdrücklich wurde von alliierter Seite als erstes Kriegsziel die Wiederherstellung des Rechtszustandes vom Juli

1914 angegeben. Im Versailler Vertrage jedoch wurde Deutschland durch die Bestimmungen des Art. 31 dazu gezwungen, „die Aufhebung der belgischen Dauerneutralität anzuerkennen, sowie im Voraus allen Abkommen beizutreten, die zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten oder zwischen irgend einer dieser Mächte und den Regierungen von Belgien und von Holland zum Ersatz für die Verträge von 1839 getroffen werden“.

Auf Grund dieser Bestimmung hat Belgien versucht, eine These zu konstruieren, die auf die Feststellung der tatsächlich und rechtlich erfolgten Aufhebung der Neutralität hinausläuft: Deutschland hat durch Ratifizierung des Art. 31 des Versailler Vertrages und der Präambel des Locarnopaktes allerdings seine ausdrückliche, Frankreich und England durch Gegenzeichnung ihre stillschweigende Zustimmung zur Abrogation gegeben, Österreich-Ungarn ist als Staatspersönlichkeit verschwunden und somit als Kontraktant ausgeschieden. Aber die belgische Neutralität bleibt rechtlich fortbestehen für diejenigen Parteien, die weder den Versailler Vertrag noch den Locarnopakt unterzeichnet haben und die vertragschließende Subjekte des Neutralitätsvertrages von 1839 gewesen sind: diese Parteien sind Holland und Rußland.

Es steht Belgien, dem Objekt des Neutralitätsservituts, nicht zu, aus eigener Machtvollkommenheit zu dekretieren, seine Neutralität sei „de facto“ und also auch „de jure“ aufgehoben, denn Holland habe gelegentlich des Eintritts Belgiens in den Völkerbund keine Vorbehalte gemacht, und Rußland scheidet als Kontraktant aus, weil es nicht eine allgemein anerkannte Regierung besitze! Erstens brauchte Holland keinerlei Vorbehalte gelegentlich des belgischen Eintritts in der Völkerbund zu machen, da andere Gebietskörperschaften, deren Souveränitätsrecht noch empfindlicher beschränkt worden ist als das des belgischen Königsreichs, als vollwertige Mitglieder anerkannt worden sind: so z. B. die englischen Dominien.

Zweitens ist die Aufhebung der belgischen Neutralität nicht so dringlich, daß Belgien nicht warten könnte, bis Rußlands neue Regierung anerkannt worden ist. Drittens kann eine nicht allgemeine Anerkennung Rußlands wohl als Grund für eine Unterbrechung des diplomatischen Verkehrs, nicht aber als Grund für den Ausschluß aus der Gemeinschaft der Völker angeführt werden: *forma regiminis mutata, non mutatur civitas ipsa!* Viertens ist die Behauptung nicht stichhaltig, das bolschewistische Rußland könne die Gelegenheit benutzen, um sich in eine westeuropäische Angelegenheit hineinzumischen, da das heutige Rußland, als direkter Rechtsnachfolger des früheren Rußland, ein vertraglich festgelegtes Recht zu dieser Einmischung besitzt (vgl. Dickinson; *Recent recognition-cases im „American Journal of international Law“, 1925, Seite 263*).

Völkerrechtlich ist also Belgien auch jetzt noch wenigstens den zwei Parteien, Holland und Rußland, gegenüber zur Neutralität verpflichtet. Außerdem würde Holland durch eine voreilige Anerkennung der Aufhebung der belgischen Neutralität gewisse Rechte Rußlands in Gefahr bringen.

Von seiten Belgiens war es also eine Verletzung der eigenen Neutralitätsverpflichtung, als es

mit Frankreich ein Militärabkommen

abschloß. Gelegentlich der Unterzeichnung des Locarnopakts hat der belgische Außenminister denn auch erklärt, „die französisch-belgische Militärkonvention sei als eine Zusatzvereinbarung zu dem Locarnovertrag aufzufassen, die eine militärische Kooperation Frankreichs und Belgiens in Belgien vorsehe für den Fall eines unprovzierten deutschen Angriffs oder einer deutschen flagranten Verletzung der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrags“. Sollte Van der Velde mit dieser Interpretierung das Richtige getroffen haben, so würde Deutschland auf Grund der in Locarno restlos anerkannten Gleichstellung und Gleichberechtigung den Abschluß einer deutsch-belgischen Militärkonvention von Belgien fordern können, die die Kooperation der deutschen und der belgischen Armee auf belgischem Gebiet für den Fall eines unprovzierten französischen Angriffs vorsieht. Vielleicht haben die deutschen Vertreter in Locarno auf eine Erörterung der Militärkonvention verzichtet, weil sie nicht an die Möglichkeit einer deutsch-belgischen Militärkooperation gegen Frankreich glauben, vielleicht auch, weil sie der flämischen Frage in Belgien (Trennung des Heeres in flämische und wallonische Regimenter) eine neutralisierende Bedeutung beimessen; aber auch dann hätte man in Locarno die französisch-belgische Vereinbarung, die einen strategischen gemeinsamen Aufmarsch der belgischen und französischen Armeen gegen Deutschland vorsieht, zur Sprache bringen müssen. Vielleicht hat die einfache briefliche Notifizierung des Konventionsabschlusses (ohne Bekanntmachung der Klauseln: also unter Verletzung des Art. 18 des Völkerbundsstatuts) die deutschen Vertreter davon überzeugt, daß diese Militärkonvention sich auch gegen andere Mächte als das Deutsche Reich richte, und es nicht allein Deutschland obliegt, gegen diese Geheimabmachungen der Vertragspartner von Locarno einzuschreiten: diese Mächte sind, wie aus sehr zuverlässigen Quellen verlautet, sowohl England wie Holland.

Unter diesem Gesichtspunkte hat die Unterlassung einer endgültigen Regelung der

strittigen Rechtsverhältnisse an der Scheldemündung

und auf der Unterselde bis Antwerpen weittragende Bedeutung. Wir haben schon erwähnt, daß nach Hollands kategorischer Weigerung, auf eine Änderung

der Souveränitätsverhältnisse einzugehen, die beiderseitigen Ansprüche aufrechterhalten bleiben. Niemand weniger als der frühere Generalstabschef der holländischen Armee, General Snyders, hat auf die Gefahren dieser strittigen Rechtsverhältnisse und des Fehlens einer Garantie der holländische Souveränität im vorliegenden belgisch-holländischen Vertrag hingewiesen. Falls Belgien in einen Krieg verwickelt wird, so kann aus diesen Verhältnissen für das neutrale Holland ein Gefahrmoment auftauchen. Belgiens latenter Wunsch nach der Souveränität über die Westerschelde wird wieder aufleben und Frankreich wird zu jeder Zeit diese Ansprüche seines Vasallen unterstützen. Der Besitz der Westerschelde mit Antwerpen als Kriegshafen würde für diese Verbündeten eine glänzende Flottenbasis für offensive Operationen in der Nordsee und an der belgischen-französischen Küste abgeben. Hiermit ist zugleich auch die strategische Sicherheit Hollands bedroht. Besteht Kriegsgefahr oder bricht ein Krieg aus, so wird man im Notfalle und „aus Notwehr“ sich die hier gebotenen Vorteile auch gegen den Willen Hollands zu sichern wissen. Nur ein klar geregeltes Rechtsverhältnis könnte Holland das Mittel in die Hand geben, um seine unparteiische Stellung einwandfrei zu behaupten. Von diesem neutralen holländischen Standpunkte aus müßte die Aufhebung des Verbotes Antwerpen-Kriegshafen auch so formuliert werden, daß sie eine Konzession „ohne praktische Folgen“ bleibt, d. h. es müßte von vornherein ausgeschlossen sein, daß belgische Kriegsschiffe ohne ausdrückliche Genehmigung der holländischen Regierung die Unterschelde befahren können.

Im vorliegenden Vertrag ist diese berechtigte Forderung nicht zum Ausdruck gekommen. Für eine volle Garantie genügt auf keinen Fall eine ausschließliche Berufung auf das holländische Souveränitätsrecht. Im Begleitmemorandum heißt es doch, daß im bezug auf die Durchfahrt belgischer Kriegsschiffe nichts geregelt ist. Hierdurch steht der Weg zu neuen Rechtsstreitigkeiten sperrangelweit offen: Belgien erhält hiermit im Kriegsfall den Vorwand, sein vermeintliches Recht auch gegen den Willen Hollands zu beanspruchen. Andererseits, wenn Holland im Kriegsfall den belgischen Kriegsschiffen die Durchfahrt gewährt, so verletzt es die eigene Neutralität und die Gegner Belgiens werden gleichfalls Zugang zur Schelde verlangen oder einen solchen Zugang erzwingen. Dadurch wird Holland in den Krieg verwickelt und sein Gebiet zum Operationsfeld der Kriegführenden. Die militärischen Maßnahmen, die Holland 1914 zur Aufrechterhaltung seiner Neutralität getroffen hat, werden im Vertrag für die Zukunft nicht garantiert. Einige Bestimmungen laufen sogar auf Einschränkungen der holländischen Verfügungsgewalt, auf einschneidende Beeinträchtigungen der holländischen Souveränität über eigenes Gebiet aus, Einschränkungen also, die derartigen Sicherheitsmaßnahmen entgegenstehen. Wenn Holland sich in einigen Punkten selbst Ein-

schränkungen des Souveränitätsrechts auferlegt, kann es sich nicht mehr auf das allgemeine Souveränitätsrecht berufen.

Die Scheldemündung besteht aus den drei Ausfahrtsorten: Wielingen, Deurloo und Oostgat. Die Wielingen, das südliche Fahrwasser, werden von Belgien seit jeher als Hoheitsgewässer beansprucht: Holland hat bis jetzt dieses vermeintliche belgische Recht bestritten. Der Vertrag bringt auch hierfür keine endgültige Regelung, so daß sich Belgien im Kriegsfall veranlaßt sehen wird, die Innenausfahrt für ausländische Kriegsschiffe auf der Unterschelde zu erschweren, so daß Vlissingen seinen Wert als Marinestation vollkommen verlieren wird. Die Wielingen bilden außerdem den einzigen Scheldezugang, durch den größere U-Boote im getauchten Zustande das offene Meer erreichen können. Andererseits kann Belgien die militärischen Maßnahmen Hollands zum Schutze des Seezuganges bei Vlissingen verhindern. Es hätte also wenigstens erwartet werden dürfen, daß ein Weg vorgezeichnet worden wäre, über den Schwierigkeiten, die aus dieser strittigen Rechtslage entspringen können, sei es durch besonderes Schiedsgericht oder durch den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu regeln sind.

An diesen Tatsachen wird wieder einmal deutlich, wie stark sich in Westeuropa die Verhältnisse seit 1914 geändert haben: die Grenze Frankreichs ist durch das Bündnis mit Belgien bis zur Südgrenze Hollands vorgeschoben: Holland ist in die frühere Rolle Belgiens versetzt worden, d. h. in die eines westeuropäischen Pufferstaates: es wird vielleicht sein Heil in der Garantie seiner Neutralität durch die Großmächte suchen müssen.

Um die Wichtigkeit dieser Frage voll und ganz zu würdigen, müßte man sämtliche Bestimmungen der belgisch-französischen Geheimkonvention kennen. Es steht fest, daß die Franzosen und Belgier mit vielen Möglichkeiten, nur nicht mit der einer englischen Bundesgenossenschaft rechnen; sonst wäre weder die nach Abschluß der Militärkonvention erfolgte Umgruppierung der belgischen Armee noch die Militarisierung der Küstenprovinz Westflandern (Kasernenbauten in der Umgebung der Stadt Brügge, Anlage eines 4gleisigen Schienenstrangs von Dünkirchen nach Zeebrügge, Bau großer Verladungsrampen an den Eisenbahnknotenpunkten, Anlage einer Großfunkstation in Ruiselede und eines Großflugplatzes in Wevelgem) zu verstehen.

Über die Gründe, die England dazu veranlaßt haben mögen, auf eine endgültige Regelung der belgisch-holländischen Souveränitätsrechtsverhältnisse an der Scheldemündung nicht zu drängen, kann gesagt werden: nachdem die belgische Neutralität tatsächlich außer Kraft gesetzt ist, und da der Locarnopakt eine englische Intervention nur im Fall eines unprovokierten Angriffs ermöglicht, besitzt England in der Rechtsstrittigkeit an der Scheldemündung zu jeder Zeit das Mittel, auf dem Kontinent einzugreifen und auf jeden Fall ein Glacis für

seine Operationen auf dem Festlande. Wir brauchen nur an die englische Seelandexpedition von 1809 zu denken, um uns zu erinnern, daß England hier ein altes Mittel zum diplomatischen Spiel benutzen will.

Schon auf der Friedenskonferenz in Versailles hat Holland seine Rechtsposition an der Scheldemündung benutzt, um England zu zwingen, sich gegen die belgischen Annexionsbestrebungen in holländisch Limburg zu widersetzen: Holland besaß in den Wielingen einen starken Trumpf: hätte England „bona fide“ die belgischen Annexionspläne unterstützt, so konnte Holland den belgischen Wünschen durch eine Abtretung der Wielingen entgegenkommen und somit die geographische Blockade der flämischen Küste unmöglich machen. Der Weltkrieg hat gezeigt, welche Nachteile für England an einer solchen veränderten Lage verknüpft sind: auch 1914 hatte England den Fehler gemacht und um die Offenhaltung der Wielingen für die Verbindung mit der flämischen Küste für gewisse Kriegsoperationen gebeten; nach Besetzung der Küste durch die deutschen Truppen mußte dann auch diesen dieselbe Freiheit gewährt werden. Diesen Umständen haben die Ententemächte manchen empfindlichen Verlust zur See zuzuschreiben.

Solange jedoch nicht alle Parteien, die den Neutralitätsvertrag von 1839 unterzeichnet haben, die Aufhebung dieser Neutralität ausdrücklich anerkannt haben, besitzt England jeder Zeit den Vorwand, einen Kongreß der Kontraktanten zusammenzurufen und dann alle zwischen Holland und Belgien zu Ungunsten Englands geregelten Fragen neu aufzurollen.

Was nun die Aufhebung des Verbotes

Antwerpen-Kriegshafen

betrifft, so ist es ein Irrtum, anzunehmen, daß diese Frage nur durch den Neutralitätsvertrag 1839 und dessen Revision vom 3. April 1925 geregelt werden könne und daß für diese Frage, nach Ausschaltung Preußens und Österreichs, nur England, Frankreich und Rußland zuständig seien.

Im Pariser Vertrag vom 30. Mai 1814 wurde diese Angelegenheit nur provisorisch geregelt. Im Art. 32 dieser Urkunde wird ausdrücklich bestimmt, daß innerhalb zwei Monaten ein Kongreß aller Verbündeten über diesen Vertrag zwecks Vervollständigung beraten wird. 1815 haben noch verschiedene andere Staaten sich verpflichtet, Truppen zu stellen, um die Bestimmungen des Pariser Vertrages von 1814 zu garantieren: Portugal (8. April 1815), Sardinien (9. April 1815), Holland (28. April 1815), Dänemark (1. September 1815). All diesen Mächten wurde zugesichert, daß die „zusätzlichen“ Bestimmungen der Pariser Akte vom 30. Mai 1914 „également obligatoires“ und „complètement réciproques“ sein würden (vgl. dänischen Vertrag, Art. 2).

Die Bestimmung, daß Antwerpen ausschließlich Handelshafen sein darf, wurde durch folgende Verträge endgültig geregelt:

Pariser Vertrag vom 20. Juli 1814 (Spanien und Frankreich), Grenzakten vom 31. Mai 1815 (Holland, England, Österreich, Preußen und Rußland), Wiener Vertrag vom 9. Juni 1815 (England, Preußen, Österreich, Ungarn, Frankreich, Rußland, Portugal, Brasilien, Schweden, Norwegen, Spanien). Beitrittsakten anderer Staaten (Dänemark und Sardinien, dessen Rechtsnachfolger Italien ist).

Rechtlich kann der Status des Antwerpener Hafens also nur unter Mitwirkung aller Vertragsmächte umgeändert werden. Dieser theoretisch unanfechtbare Standpunkt wurde wiederholt von England und Frankreich in der Praxis verteidigt. Holland kann sich selbstverständlich bereit erklären, an der Revision des Verbotes mitzuarbeiten, insoweit diese Revision nicht den allgemeinen Frieden noch die Rechte und die Sicherheit anderer Staaten gefährdet. Trotz Art. 31 des Versailler Vertrages müßte auch Deutschland seine Zustimmung ausdrücklich geben, um eine rechtliche Anerkennung der Aufhebung dieses Verbotes zu ermöglichen. Durch Verzicht auf seine Rechte aus dem Neutralitätsvertrag von 1839 hat Deutschland nicht „in globo“ von allen Rechten aus den Verträgen von 1815 Abstand genommen; die Bestimmung über Antwerpen wurde auch in den Vertrag von 1839 aufgenommen, aber sie war vor der Gründung Belgiens und auch späterhin eine das europäische System betreffende Vorschrift, die von der Existenz oder Nichtexistenz Belgiens unabhängig ist.

All diese hochwichtigen politischen und strategischen Bestimmungen des vorliegenden Vertrages haben jedoch in der Debatte über die Ratifizierung weder in Belgien noch in Holland bei weitem die Rolle gespielt, wie man es hätte erwarten dürfen. Die belgischen Annexionisten unter Führung des „Comité de politique nationale“ haben wohl versucht, wegen dem unbefriedigendem Ergebnis hinsichtlich der Scheldemündung und des Limburger Gebiets im Parlament Lärm zu schlagen; sie haben sich letzten Endes doch überzeugen lassen, daß die durch den Vertrag gebotenen wirtschaftlichen Vorteile für Belgien groß genug sind, um wenigstens vorläufig auf ein weiteres Entgegenkommen Hollands in den politisch-strategischen Fragen zu verzichten. In Holland dagegen sind es gerade diese wirtschaftlichen Vereinbarungen, die der Opposition die stärksten Waffen geliefert haben, um gegen den Vertrag zu agitieren.

Diese wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages sind im Art. 6 unter der Rubrik der

Kanalfragen

enthalten. Dort heißt es:

§ 1. Holland stimmt dem Bau eines Schiffahrtswegs auf holländischem Gebiet zwischen Antwerpen und Hollandsch Diep in der Nähe von Moerdyk zu

§ 2. Holland stimmt ebenfalls dem Bau eines Schiffahrtswegs auf holländi-

schem Gebiet zwischen Rhein, Maas und Schelde, von Ruhrort nach Antwerpen, zu . . . ,

§ 3. Dieser Kanal wird so angelegt, daß, unter möglicher Vermeidung von Schleusen, zu jeder Zeit über die ganze Länge des Kanals drei Rheinschiffe größten Tonnenmaßes oder drei Schleppzüge nebeneinander fahren können

§ 7. auf beiden Wasserwegen wird der Verkehr auf holländischem Gebiet von und nach den belgischen Seehäfen nicht ungünstigeren Zoll- und Tarifbestimmungen unterworfen werden dürfen als der Rheinverkehr auf holländischem Gebiet von und nach holländischen Häfen

Es ist begreiflich, daß die holländischen Hafenstädte und die ganzen am Schiffsverkehr interessierten Kreise Hollands mit diesen für Belgien äußerst günstigen Bestimmungen des Vertrages wenig eingenommen sind. Abgesehen von der Gefahr, daß Antwerpen nach der Fertigstellung des Rhein—Scheldekanals in die Lage gestellt sein wird, den Hauptteil des Rhein—Ruhrverkehrs an sich zu ziehen, bedroht der Kanal Antwerpen—Moerdyk auch noch den Verkehr auf den holländischen Binnenstraßen. Die günstigere geographische Lage Antwerpens und die Gleichbegünstigung in Zollfragen auf holländischem Gebiet für den Verkehr nach den belgischen Häfen schließt für die Zukunft jede ernste Konkurrenzmöglichkeit Rotterdams aus.

Die hierdurch eröffnete Kanalkontroverse ist geeignet, auf die in Deutschland zur Zeit über den Aachener Kanal und den Hansakanal entbrannte Debatte einzuwirken. Schon oft wurde die Frage erörtert, ob es nicht möglich sein würde, den starken Binnenverkehr des rheinisch-westfälischen Industriegebiets nach den deutschen Nordseehäfen zu lenken: so gruppierten sich Anhänger um den Entwurf eines Rhein—Ems—Großschiffahrtskanals, andere um den Plan des Hansakanals. In dieser verkehrswirtschaftlichen Frage wird auf die Dauer doch nur die günstigste geographische Lage entscheiden. Durch die Main—Donauverbindung und den natürlichen Rheinweg besaß bis jetzt Rotterdam die besten Aussichten für die Zukunft. Die Holländer haben mit dieser Entwicklungsmöglichkeit gerechnet und in Rotterdam Hafeneinrichtungen geschaffen, denen die anderen Häfen des Festlandes nichts Ebenbürtiges entgegenstellen können.

Die Verpflichtung Deutschlands, der Schaffung eines Großschiffahrtsweges Antwerpen—Ruhrort zuzustimmen (Art. 361 des Versailler Vertrages) und die Zustimmung zu der Führung dieses Kanals über holländisches Gebiet (Art. 6 des belgisch-holländischen Vertrages) müssen auf die Entwicklung des Schiffsverkehrs geradezu umwälzende Wirkungen ausüben. Durch diese Verbindung wird Antwerpen der natürliche und nächstliegende Hafen des deutschen Industriegebiets und das Herz eines ungeheuren Verkehrs von und nach Rhein—Ruhr—Main—Elsaß-Lothringen—Lüttich—

Borinage. Seit Jahrzehnten haben die handelsmächtigen Antwerpener mit zähester Energie auf dieses Ziel losgesteuert und alle Mittel versucht, um den Seeverkehr mit dem deutschen und lothringischen Hinterland an sich zu ziehen. Trotz des Krieges ist der Hafenverkehr von 14 146 919 Tonnen (1913) auf 20 201 628 Tonnen (1925) gestiegen. Die Hafenverwaltung rechnet mit einer Verdreifachung dieses Verkehrs nach Fertigstellung des Verbindungsweges Ruhrort—Schelde. Zu diesem Zweck werden jetzt schon in Antwerpen Arbeiten vorgenommen, die darauf hinweisen, daß man mit diesem Zuwachs tatsächlich rechnet: neue riesige Bassins und Verbindungskanäle werden gebaut, die Abbuchtung des Scheldestromes bei Austruweel sowie die Anlage eines ungeheuren Freihafengebiets nach Hamburger Muster auf dem linken Ufer wird geplant.

Alles deutet darauf hin, daß Belgien gewillt ist, eher auf alles andere als auf seine Rechte aus Artikel 361 des Versailler Vertrages zu verzichten. In diesem Zusammenhang muß man sich vergegenwärtigen, daß der Großschiffahrtsweg Rhein—Schelde zwei an Steinkohlenschätzen ungeheuer reiche flämische Provinzen Antwerpen und Limburg durchschneiden wird*) und in kurzer Zeit die Schlagader eines Riesenindustriengebiets von Hagen bis Antwerpen werden kann.

Es ist klar, daß mit der Eröffnung dieses Kanals zugleich die Erschließung und Ausbeutung des Kempener Kohlenlagers angefangen werden und daß sich dort recht bald ein mächtiges Zentrum der Schwerindustrie bilden wird, mit dem sich die Kohlenmagnaten in holländisch Limburg und die Industriekapitäne an Rhein und Ruhr schnell einigen werden. Daß eine solche wirtschaftliche Entwicklung auch politische Folgen zeitigen wird, steht jetzt schon fest und es wäre sehr angebracht, wenn die kompetenten Stellen, so hüben wie drüben, sich damit befassen würden. Die Entwicklungsmöglichkeiten sind aber derartig groß, daß man auf weite Sicht hinarbeitend, mit der Eventualität einer wirtschafts-friedlichen Zusammenarbeit zwischen Rotterdam und Antwerpen wird rechnen müssen: ein solcher Industriekomplex wird wohl zwei große Welthäfen brauchen. Schon jetzt wäre es

*) Um ein kleines Bild über die Entwicklungsmöglichkeiten des flämischen Kohlengebiets zu geben, entnehmen wir den „Commerce Reports“, den amtlichen Handelsberichten der Vereinigten Staaten (Heft vom 6. September 1926) folgende interessante Angaben:

. . . . Man schätzt die Gesamtreserve des Kempener Kohlenbeckens auf 10 Milliarden Tonnen. Augenblicklich hat der belgische Staat insgesamt neun Konzessionen vergeben (ausschließlich französischen Industriegruppen! D. Verf.). Von diesen neun Konzessionen haben drei die Arbeit aufgenommen: die Produktion ist von 17 000 t (1917) auf 420 000 t (1922), 1 124 000 t (1925) gestiegen. Für das Jahr 1926 wird auf Grund der Förderung in den ersten sechs Monaten auf eine Jahresproduktion von mindestens 2 000 000 t gerechnet. Das neue Kohlengebiet enthält beste Industriekohle

vielleicht sowohl für Deutschland wie für Antwerpen nicht nachteilig, wenn man die Frage der Rückgabe Eupen-Malmedys gegen eine Entschädigungssumme mit der Kanalfrage so verknüpfte, daß die Summe von Deutschland für die Fertigstellung des Kanals auf deutschem Gebiet reserviert würde; vielleicht ließe sich auf diese Weise leichter eine Verbindung der deutschen Interessen mit den Antwerpener Bestrebungen herstellen, mit dem Zweck, bei dem Kanalbau hinsichtlich der Linienführung nach deutschen Wünschen vorzugehen, eine Möglichkeit, deren sich Deutschland sonst durch Ratifizierung des Versailler Vertrages begeben hat.

Es ist klar, daß solche umwälzende Änderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung und Verbundenheit der Stromgebiete Rhein—Maas—Schelde engere wirtschaftliche, zollpolitische und staatspolitische Beziehungen nach sich ziehen werden.

FRITZ SEIDENZAHL:

TANGER

Ein Beitrag zur Wertbestimmung eines Platzes

Jede geographische Platzlage ist offenbar politisch brauchbar und verwendbar. Das basiert auf den natürlichen Effekten der Platzlage, die der rein geographischen Situation einer Halbinsel, eines Gebirgszuges, einer Flußmündung usw. eigen sind. Tanger ist in diesem Sinn ein vorgeschobener Hafenplatz in der Nähe einer Meerenge, womit die allgemeine Eignung des Platzes zur politischen Brauchbarkeit garantiert ist. Die individuelle Eignung eines geographischen Platzes hängt vom Gang der Geschichte ab; es handelt sich dann um historische Effekte. Daß der Seeweg, an dem Tanger liegt, der „Seeweg nach Indien“ ist und daß dieser Seeweg gemäß der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Industriestaaten Westeuropas zum Fernen Osten einen so-und-so-beschaffenen Wert hat, ist historisch; natürlich ist es nicht. (Der Gegensatz „historisch“ und „natürlich“ ist verschiedentlich von Rickert untersucht worden und darf als bekannt vorausgesetzt oder als nachlesbar angenommen werden; ein Beitrag zur Logik der Geschichtswissenschaft, der diese Unterscheidung entnommen ist, wird hier natürlich nicht beabsichtigt.)

Der natürliche und allgemeine Effekt der Platzlage Tangers — vorgeschobener Hafenplatz an einer Meerenge — ist ein dauernder Effekt. Der historische und individuelle Effekt der Platzlage Tangers — am Seeweg nach Indien — ist ein temporärer Effekt, weil er sich mit der geschichtlichen Entwicklung wandelt. Beide Platzeffekte bestimmen zusammen die politische

Brauchbarkeit des Platzes: Tanger an der Straße von Gibraltar. Die politische Brauchbarkeit ist nicht gleich dem aktuellen politischen Wert, den der Platz haben kann. Die politische Brauchbarkeit gibt nur die „Chance“ an, die der Platz für die reine Politik birgt. Der aktuelle politische Wert hängt davon ab, wie die reine Politik die Effekte der Platzlage realisiert. Tanger ist in diesem Sinn eine internationale Zone, die von mehreren miteinander rivalisierenden Mächten verwaltet wird, und zwar so verwaltet wird, daß die Effekte der Platzlage nicht zur Auswirkung kommen. Die Politik realisiert nicht die politische Brauchbarkeit der Platzlage Tangers.

Schon bei Bestimmung der Brauchbarkeit einer Platzlage ist durchaus offen gewesen, ob und wie sehr der natürliche Effekt durch Zusatz des historischen Effekts vermehrt oder verringert wird. Eine natürliche Platzlage gleich der Tangers wäre im arktischen Gebiet von geringer Brauchbarkeit, da der dortige historische Effekt — abseits der Straße des menschlichen Geschehens — den natürlichen Effekt aufheben oder doch verringern würde. Die Verringerung ist, wie sich versteht, nur temporär und hängt von der Entwicklung der menschlichen Geschichte ab. Ebenso sagt die aus den geo-historischen Effekten zusammengesetzte Brauchbarkeit eines Platzes noch nichts über den aktuellen politischen Wert des Platzes aus. Gibraltar, von der gleichen Brauchbarkeit auf Grund der gleichen Platzeffekte wie Tanger, ist durch die Politik in den Besitz einer einzelnen Macht gekommen, die willens und fähig ist, die Brauchbarkeit zu realisieren. Anders Tanger. Vor der Einbeziehung Marokkos in die hohe Politik war die politische Brauchbarkeit des Platzes noch gar nicht anerkannt worden, dann allmählich festgestellt, wurde bald jede Platzwirkung verhindert.

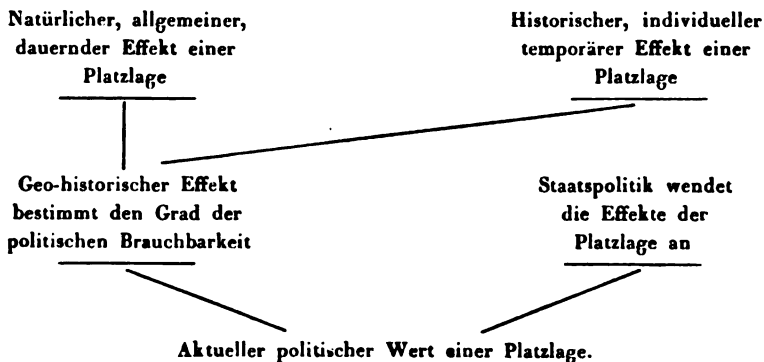
In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Afrika aufgeteilt. Marokko wurde schrittweise erschlossen, doch verhinderte schon 1859 England die Annektion Tangers durch Spanien. Die Geschichte der Eroberung Marokkos im 20. Jahrhundert beginnt mit einer gegenseitigen Information Frankreichs und Spaniens. Die Einmischung Deutschlands verzögerte den Übergang des Landes in den Besitz der beiden Länder. 1906 bringen die Algeciras-Akte in gewisser Weise ganz Marokko unter europäische Kontrolle, aber das hält nicht an. 1911 wird Deutschland nach dem „Panther“-Sprung mit Kompensationen in Zentralafrika beruhigt, Marokko wird in eine französische und eine spanische Einflußzone aufgeteilt, die sich beide allmählich in Herrschaftsgebiete verwandeln. Aber Tanger ist ausgenommen. Tanger gilt als internationale Zone, die 1923 in einem Übereinkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Spanien stabilisiert wurde. Die Verwaltung wird von Franzosen, Spaniern und Engländern geleitet. Die Kontrolle liegt den diplomatischen Tanger-Vertretern der Algeciras-Mächte ob, von denen acht Konsularoffiziere einen besonderen Kontrollausschuß bilden. Deutschland ist

laut Friedensvertrag und Rußland ist de facto ausgeschlossen. Die Gesetzgebende Versammlung ist international und besteht aus 4 Franzosen, 4 Spaniern, 3 Briten und 15 Eingeborenen.

Die hier interessierende Wirkung ist, daß eine einheitliche politische Meinung nicht erreicht wird, daß Intriguen regieren, daß Tanger nicht befestigt werden darf, daß der Hafen nicht ausgebaut wird, daß Polizeiskandale und Streiks stattfinden. Dieser Ort würde in der Macht eines einzelnen Staates die große politische Wirksamkeit haben, die seiner Platzlage entspräche. Aber er ist von mehreren Mächten gemeinsam verwaltet, die vieles tun, um den Platz zu entwerten. Die reine Politik läßt die Effekte der Platzlage nicht zur Geltung kommen.

Die Politik Londons ist es, die Tanger nicht in die Herrschaft eines einzelnen Staates kommen läßt. Der Seeweg nach Indien ist durch jahrhundertlange Politik ein britischer geworden; die Plätze, die ihn flankieren, sind fast alle britischer Besitz: Gibraltar, Malta, Cypern, Suez, Aden, Indisches Gewässer, Singapore usw. Die Erschließung Afrikas schob Tanger an diese Fahrstraße heran. Da England den Platz nicht selbst haben konnte, durfte ihn auch keine andere Macht beherrschen. Die Marokko-Rivalität Frankreichs und Spaniens erleichterte die englische Politik. Die beiden romanischen Mächte gönnten keine der anderen den Besitz. Tanger wurde international. Aber die neuentstandene imperialistische Politik Spaniens will koloniale Eroberungen machen und hat im letzten August die Übergabe Tangers unter die spanische Gewalt offiziell von den großen Kabinetten verlangt. Es ist klar, daß Großbritannien in eine Übergabe Tangers so wenig einwilligt wie Frankreich. Vielmehr soll Italien an der internationalen Verwaltung beteiligt werden, was diese nur befestigt. Die Teilnahme Italiens liegt in der Linie der bisherigen Entwertungspolitik.

Das Wesentliche zusammengefaßt: Tanger ist das Beispiel für die Wertbestimmung eines Platzes. Wir haben dafür folgendes Schema:



GUSTAV AMANN:
DER TORPEDIERTE SEEZOLL ALS GEOPOLITISCHES
SYMPTOM

(Sun Yatsen's Vermächtnis. V. Teil)

G. Amann — der geistigen Erben Dr. Sun Yat Sens nahe stehend — beobachtet zur Zeit in unmittelbarer Fühlung mit dem politischen Büro in Wuhan [Wu(chang)-Han(kau)-Han-yang], der neuen Hauptstadt Chinas, dessen sich von Süden her verjüngende Struktur. Er ist sicher zur rechten Zeit am rechten Ort der rechte Mann darüber zu berichten — wenn auch natürlich im Sinne seiner
Freund:!
K. H.

Die Chinesen sagen allen, die es hören wollen und auch denen, die es nicht hören wollen, daß man, um sein Haus in Ordnung zu bringen, wie es die fremden Mächte von den Chinesen verlangen, erst einmal sein Haus und das unbehinderte Recht im eignen Hause besitzen muß.

Wenn wir nun auch alle wissen, daß es in China nicht allein daran fehlt und sehr wohl die Überzeugung hegen mögen, daß es auch im zugestandenen Falle mit der Ordnung in China noch lange nicht weit her sein würde, so läßt sich eben doch ganz und gar nichts gegen diese Forderung sagen. Denn einmal verlangen die Chinesen damit sowohl das Recht, alles so gut als sie es können, als auch das Recht, alles so schlecht, als es ihnen eben gelingen mag, im eigenen Lande einzurichten; und dann, und das ist wohl die Hauptsache, sind sich in dieser einen Forderung alle Chinesen einig. Chang TsoLin und Feng Yuhsiang, Wu Peifu und die Cantonesen und das ganze Volk stehen da wie ein Mann, wenn der Schrei gegen die Sonderrechte der fremden Mächte erhoben wird, wenn es heißt: Nieder mit den einseitigen Verträgen!

Dazu müssen sich nun die fremden Mächte stellen, wie sie es vermögen, und sie vermögen es nur schlecht, sich in das Unvermeidliche zu schicken.

Die Forderung der Chinesen ist schon alt. Schon vor dem Weltkriege konnte man sie hier und dort hören und in gelehrten Abhandlungen zurückgekehrter Studenten lesen von der Rückgewinnung der Sonderrechte der Fremden, von Gesichtspunkten internationalen Rechtes. Bald schleuderte auch Sun Yatsen seine Anklagen gegen die Vergewaltiger chinesischer Erde und machte manchen von der gewappneten Faust der Fremden zurückgewiesenen Zugriff nach verlorenen chinesischen Hoheitsrechten. Aber wie das bei der kapitalistischen Herrschaft schon so ist, setzte man den Forderungen, hinter denen ja nicht gleich eine große Macht zu spüren war, vorerst eine unbewegliche, starre Front entgegen; und dann, zum Hinhalten, die große Geste. —

Dreiundeinhalb Jahre erhielt die große Geste die Ruhe, die große Geste der Chinesenfreundlichkeit auf der Konferenz von Washington, und lieb sich der Ausschlachtung durch die Franzosen. Zu Washington wurde 1921 von den alliierten Mächten beschlossen: die Rechtsverhältnisse in China zu studieren zu dem Zwecke, die Mächte zu unterrichten und um sie in den Stand zu setzen, China solche Vorschläge zu Gesetzesabänderungen und zu Reformen zu machen, welche zu einer schließlichen Aufgabe der Extrarechte führen könnten. Auch wurde beschlossen, daß eine Zollkonferenz in China stattfinden solle, zur Diskussion der Tunlichkeit eines Zugeständnisses, $2\frac{1}{2}\%$ Einfuhrzoll-Erhöhung in China zuzulassen und zuletzt wurde beschlossen, daß Japan den im Kriege eingenommenen deutschen Besitz in Shantung und England die ablaufenden Pachtrechte von Wei Hai Wei heimgeben sollten. — Die Japaner haben ihren Teil getan, unter dem Druck eines vernichtenden Warenboykotts des chinesischen Volkes; das andere wurde jahrelang hingehalten.

Der inzwischen im chinesischen Volke immer lebendiger gewordene Nationalismus Sun Yatsens protestierte — zunächst mit Worten. Als er zur Demonstration schritt, wurde auf ihn geschossen. So erlebten wir die Massakres vom 30. Mai 1925 in Shanghai, vom 23. Juni in Canton und darauf das eilige Zusammentreten der internationalen Zollkonferenz in Peking, der auch die Exterritorial-Kommission auf dem Fuße folgte.

Wie das nun wiederum bei der kapitalistischen Herrschaft so ist, wo panikartiges Loslassen zu folgen pflegt, wenn das Schießen nicht fruchtete, erhielten die Chinesen auf der Zollkonferenz nicht nur eine Zollerhöhung, sondern volle Zollautonomie per 1. Januar 1929 zugestanden, vorbehaltlich der Ratifikation durch die Parlamente der fremden Mächte.

Die Exterritorial-Kommission besuchte hier und dort in China, wo sie es eben bei den Wirren im Lande konnte und wo die Chinesen es duldeten, eine Anzahl für den Zweck frisch getünchter Gefängnisse, sowie zu diesem Besuche modernisierte Gerichte und vertagte sich übrigens. Der Bericht der Kommission wurde nicht veröffentlicht.

Wo in der eigenen Brust die Interessen miteinander streiten, da wird das Resultat von Konferenzen leicht unversehens von der Atmosphäre gefärbt, die gerade herrscht; und die Chinesen haben ein wunderbar feines Gefühl für die Uneinigkeit unter ihren Gegnern und wissen sie zu nutzen. — Die Atmosphäre der Seezollkonferenz war die des panikartigen Fabrenlassens; die sich streitenden Interessen sehr mannigfaltig und verwirrend. Die Japaner hatten den lebhaften Wunsch, daß die Zollkonferenz für die Zinszahlung auf ihre Regierungsanleihen an China (Nishihara Loans 1918) aufkäme, aber auch, daß ihr Handel mit China in billigsten Industrieprodukten doch nicht durch hohe Zollerhöhung erdrückt würde. Japan schickt ca. 60 % seines gesamten

Exportes nach China. — Die Engländer und die Amerikaner interessierten sich vielmehr für die Eröffnung eines breiten Inlandhandels in China und wollten eine Einfuhrzoll-Erhöhung zugestehen, wenn China dafür alle provinziellen Durchgangszölle (Likin) aufheben würde und natürlich die Zinszahlung für die Eisenbahnanleihen (Tsinpu- und Hukuang-Anleihen) sofort aus den neuen Einnahmen decken würde. — Die kleineren Mächte, wie Belgien und Italien, wollten bereitwilligst ihren Handel einem höheren Zolle unterwerfen, da keine andere Aussicht war, zur Verzinsung und Heimzahlung ihrer Investitionen in China zu kommen. — Diesem Interessenkonflikt und der drohenden Gebärde des südchinesischen Nationalismus, der seine Hoheitsrechte kategorisch zurückforderte, in Hongkong und am Yangtsekiang einen Boykott englischer Waren und Schiffe inszenierte und Feng Yuhsiangs Kuo Minchun (Volksarmee) gegen die für China verhandelnde Zentralregierung in Peking drohend anmarschieren ließ, entsprang so unversehens das Zugeständnis bedingungsloser vollkommener Zollautonomie. Man kann wohl sagen, daß sich die fremden Delegierten selbst verduzt untereinander anschauten, als sie dieses Resultat richtig gewahr wurden, das da in der Panik des Augenblicks entfahen war. Jedoch, man hatte ja noch die Chance, sich des Ertrages einer sofort in Kraft zu setzenden Interims-Zollerhöhung zu bemächtigen, um sozusagen die Hand im Voraus auf den zukünftigen Zolleinnahmen zu halten. Beim Einmarsche Feng Yuhsiangs in Peking verschwanden aber die chinesischen Bevollmächtigten der Zentralregierung in den Fremdenniederlassungen, in diesen beliebten Zufluchtsstätten für entweichende chinesische Politiker und ihr Geld; die Zollkonferenz vertagte sich unbestimmte Zeit.

Natürlich darf man nicht erwarten, daß die fremden Mächte nicht versucht hätten, ihren Delegierten durch Zurechtschieben der politischen Machtfaktoren selbst, den Standpunkt zu stärken. Vor offener, kriegerischer Intervention scheuen die Mächte zwar zurück, denn im Hintergrunde droht die Gefahr eines Krieges mit Rußland in China. Aber den überlegenen Schachzug Japans in der Mandchurei, durch den Kuo Sungling vor den Toren Mukdens vernichtet wurde, die Kuo Minchun nach Kalgan zurückgeworfen und Peking wieder in den Schatten Chang Tsolins gebracht wurde, kennen wir schon. Man redet auch viel davon, daß das Zwischenlaufen eines englischen Exmissionars zwischen des wiedererstandenen Wu Peifus Hauptquartier in Hankow und dem englischen Mammontempel, sozusagen mit fünf Millionen Dollar im Ärmel, dazu beigetragen habe, das Bündnis unter Chang TsoLin und Wu Peifu herbei zu bringen, das darauf hinzielte, die in den Bergen von Kalgan verschanzte Kuo Minchun auszurotten und der Zentralregierung gemeinsam ein verhandlungsfähiges Kabinett zu bescheren. — Nun, die guten alten Feinde Chang TsoLin und Wu Peifu spielten, der Not gehorchend, recht und schlecht

zusammen. Die Kuo Minchun, die bereits Miene machte, sich von Kalgan aus der Provinz Shansi zu bemächtigen, wurde zwar nicht ausgerottet, aber doch aus dem Nankaupaß und aus Kalgan heraus geworfen, sie verkrümelte sich nach den Grenzen des unnahbaren mongolischen Hinterlandes, wo sie sich soeben neu formiert hat und unter dem durch Feng Yuhsiang wieder übernommenen Kommando bald zurück zu sein verspricht. Das neue Kabinett hatte weniger Glück. Es blieb weniger als ein Schatten der alliierten Machthaber und die Zollkonferenz sowie die Exterritorialkonferenz blieben vertagt bis heutigen Tages.

Es war ein geschlossener Plan der Fremdmächte, die imperialistischen chinesischen Machthaber Chang Tsolin, Wu Peifu und mit diesem auch Sun Chuanfang in den Yangtseprovinzen zusammen zu bringen und gegen die nationalistischen Bewegungen im Lande einzusetzen. — Aber das alles blieb eine trockene Sache ohne Witz, erkaufte mit dem Prestige des weißen Mannes und seiner Kultur, eine Bloßstellung des Schachergeistes des kapitalistischen Imperialismus und dazu alles dies um ein verkochtes Linsengericht. Denn kein imperialistisches Machtvorgehen kann die Idee, die Idee Sun Yatsens der Erriingung von ungewöhnlichen Rechten und Freiheiten im Staatswesen und der Macht zur Mitgestaltung an den Daseinsbedingungen für alle Klassen des Volkes besiegen, und kein Shylocksches Hingeben der Grundrechte, auf denen der Fremde in China bisher sein Haus baute, kann den chinesischen Imperialisten diese Siegeskraft besorgen oder von den Fremdeninteressen in China ein Jota retten.

Nachdem Sun Chuanfang die Besetzung Chang Tsolins aus Kiangsu vertrieben hatte und Herr der Yangtseprovinzen Chekiang, Kiangsu, Anhwei und Kiangsi geworden war, mit Fukien als Rückendeckung gegen Kwangtung, wurde er gut Freund der über Shanghai die Hand haltenden Mächte.

Der Stadtrat von Shanghai hatte schon lange seine Sorgen und Konflikte mit den Eifersüchteleien der chinesischen Bevölkerung auf die Wahrung der chinesischen Landesherrlichkeit. — Shanghai ist heute eine Welthandelsstadt. Die Bebauungsdichte des konzessionierten Gebietes hat sich in den letzten zehn Jahren ungeahnt gesteigert; die Mietspreise verdreifachten sich und diese Teuerung brachte wieder für die Arbeiterklasse des jungen Industriegebietes ein Wohnungselend, das einen traurigen Blick tun ließ auf die Segnungen, die die chinesische Arbeiterfamilie bei diesen Umständen von der Industrie zu erwarten hat. Aber in wirklich bewundernswerter Voraussicht und Großzügigkeit bemühte sich der Stadtrat seit Jahren, das um das eigentliche Konzessionsgebiet herum liegende Gelände aufzuschließen. Straßengelände wurde von den chinesischen Ackerbesitzern aufgekauft, meilenweite Straßen in das Gelände getrieben, mit Wasser, Licht und Telephon versehen, und schon breiten

lich Häuserreihen den Straßen entlang. Der Hauptreibungspunkt mit den Chinesen war dabei die fremde Polizei, die den Wachtdienst versah, er war den Chinesen ein Dorn im Fleische und das Gezeter wegen der verletzten Landesherrlichkeit war groß und andauernd. Mit der Ankunft Sun Chuanfangs als Oberherr über das chinesische Gebiet um Shanghai und als ein Zugeständnis nach dem Massakre vom 30. Mai wurde dieses Stadtgebiet „Groß-Shanghai“ nun einer besonderen chinesischen Verwaltung, die Sun Chuanfang direkt untersteht, und chinesischer Besteuerung überlassen. — Besser ist es dadurch nicht geworden. Neue Straßen werden allerdings nicht mehr gemacht, aber die Chinesen hält die Furcht vor Räubern und Dieben jetzt ab, dort zu bauen, seit die fremde Polizei zurückgezogen ist, und die Arbeiterbehausung im Konzessionsgebiet ist mehr als je das Objekt der Ausschachtung und des Übervölkerungselendes.

Ach, viel zu lernen und zu leiden bleibt den Chinesen noch, mit Industrie und Demokratie.

Jedoch zu diesem Ende und vor allen Dingen mußte der roten Propaganda gesteuert werden. Denn wie soll ein Sun Chuanfang ein imperialistisches Regime erhalten, wie soll auf hergebrachten kapitalistischen Wegen einem jeden in einer neu entstehenden Industriewelt sein ihm kapitalistisch angemessenes Lebensniveau beschert werden, wenn der Bolschewismus schon gleich da ist und nach unmässig guter Lebenslage und nach unerhörten Rechten zur Mitgestaltung der Lebensbedingungen für die produzierenden Arbeitskräfte schreit? — Wie soll ein solcher laut schreiender Bolschewismus, den man ja schon genügend vom 30. Mai her kennt, von einem imperialistischen Sun Chuanfang unterdrückt werden, wenn in seinem Rücken eine Fremdenniederlassung liegt, die jedem politischen Gegner mit seinem Gelde eine zugriffssichere Zuflucht bietet? Da könnten die imperialistischen Mächte, die über Shanghai ihre Hand halten, einem nicht weniger kapitalistisch-imperialistischen chinesischen Freunde einen wahren Dienst tun und die Extra-Jurisdiction im Konzessionsgebiete an die chinesischen Gerichte abtreten.

Der Bericht der Exterritorial-Kommission, die frisch getünchte Gefängnisse und für den Zweck modernisierte chinesische Gerichte besucht hat, ist zwar nicht veröffentlicht. Aber wir wissen alle in China, daß die chinesischen Untersuchungsgefängnisse, die die chinesischen Behörden nicht frisch getüncht haben, weil deren Besuch nicht erwartet wurde, in menschenunwürdigem Zustand sind. Wir wissen, daß das chinesische Strafgesetz für fremde Begriffe ungeheuerliche und oft unkongruente Strafen verteilt; und das weiß man auch, daß das Zivilrecht weit davon entfernt ist, einen Code zu besitzen, der den vielseitigen rechtstechnischen Ansprüchen modernen Handels und Wandels gerecht würde, daß vielmehr ein chinesisches Gewohnheitsrecht geübt wird,

bei dem die Entscheidungen nach dem nicht immer unbestechlichen Rechtsempfinden eines Laienrichters gefällt werden. — Man mag nun der Ansicht sein, daß dies alles für den Fremden unerträglich ist, oder aber daß sich dabei auch leben läßt: die Hauptsache ist, daß die Extrajurisdiction den Fremden doch eines Tages wird abgenommen werden, wenn die Fremden, wie sie es ja nicht tun wollen, nicht militärisch in China intervenieren. Sollen da die fremden Mächte, die die Hand über Shanghai halten, nicht besser den gegenwärtig gebotenen Profit, der im Fabrenlassen zugunsten und zur Erhärtung der Macht eines imperialistischen chinesischen Freundes liegt, ergreifen, zugunsten eines Sun Chuanfang, der, mit Wu Peifu und Chang Tsolin, nach einem geschlossenen Plane gegen den rumorenden Nationalismus angesetzt, uns allerhand Reste von Extrarechten lassen wird?

So erwachte denn unser Shanghai eines schönen Tages, um in der Zeitung zu lesen, wie die Mächte, die über Shanghai ihre Hand halten, in aller Stille einen Vertrag mit Sun Chuanfang verfaßten, wonach der exterritoriale gemischte Gerichtshof von Shanghai den Chinesen überantwortet wird; wonach die fremden Behörden sich verpflichten, jeden Vorladungsbefehl eines chinesischen Gerichtes, sei er gegen Chinesen oder gegen Fremde im Konzessionsgebiet gerichtet, ohne jede Verzögerung ratifizieren werden; und wonach die fremden Assessoren, die dem chinesischen Gerichte beisitzen, zuhören, aber beileibe nichts sagen werden. Dieser Vertrag wurde dann auch in Peking vollzogen, obgleich er nicht wenig Aufregung und Widerspruch unter den Fremden hervorrief.

Über diese ganze Atmosphäre des Fabrenlassens mag man nun von unserem Standpunkte, die wir nichts mehr fabren zu lassen haben, denken wie man will. Das eine ist verständlich, daß die Anschauung der nationalistisch gesinnten Chinesen heute so ist wie sie ist, und daß die nationalistische Regierung danach trachtet, die Grundlage der Fremden, die jetzt schon in Sprüngen klapft, vollends zu sprengen. Wir Deutsche, die wir schon mehrere Jahre ohne jede Extrarechte in China unter chinesischem Gesetze leben, haben bisher keinen ernstesten Anlaß gefunden, zu klagen. Allerdings darf man dabei nicht vergessen, daß wir doch an dem Schutze, den die anderen Fremden zufolge ihrer Extrarechte genießen, indirekt Teil hatten, besonders die Deutschen, die in Shanghai lebten, und man kann wohl sagen, daß, wenn die anderen Fremden zu Schaden kommen, auch die Deutschen nicht ungeschoren davon kommen werden. — Es hängt alles davon ab, wie die nationalistische Regierung verfahren wird, wenn sie einmal das Heft ganz in der Hand hat.

Die nationalistische Gruppe, so weit sie eine de facto Regierung ist, hat ihren Sitz in Canton.

Nach dem Tode Sun Yatsens trat an seinen Platz ein politisches Bureau nach russischem Muster. — Es war ein buntes Gemisch extremer, gemäßiger

und opportunistischer Überzeugungen. Die Mitglieder teilten sich in die Regierungsämtler und jedes Mitglied übernahm, was er an Aufgaben fand, oft mehrere Ämter zugleich. Die Regierungsgeschäfte der Provinz Kwangtung befanden sich dazu in ziemlich trostlosem Zustand, die Finanzen zerrüttet, das Militär verzettelt. An Steuern flossen in die Koffer der Regierung in erster Linie die Einnahmen der Salzsteuer, die eigentlich, wie die Seezölle, zwecks Tilgung und Zinsung fremder Anleihen an die Zentralregierung fließen sollten, deren sich aber Sun Yatsen bemächtigt hatte. Da waren die Einnahmen aus der Grundsteuer der Provinz, die aber sehr stockend eingingen, weil Regierungsbeamte in der Provinz seit langem nicht mehr bezahlt worden waren und jeder sich erst einmal selbst bezahlt machte, wenn er konnte. Die Kollekte von Tabak, Wein, Opium und Spielsteuer in Canton war schlecht organisiert, bei fast ungehemmtem Schmuggel, und die Häusersteuer war für Zwecke der Munizipalität auf ein Jahr und mehr im voraus eingezogen. Der Zugriff auf die Steuerkollekte der im Innern der Provinz gelegenen größeren Städte war recht fraglich, weil das Militär an allen größeren Orten die Einnahmen für eigenen Bedarf requirierte und selbständig eigene Auflagen machte. Ein Teil der Provinz, von Hwei Chow nach Osten bis zur Hafenstadt Swatow war besetzt durch die Truppen von Sun Yatsens interprovinzialem Gegner Chen Chiumin, der, wie man sagt, von Hongkong aus unterstützt wurde, und mit dauernden Angriffen die Fortexistenz der nationalistischen Regierung erschütterte. Neben Silber in Schubens und Barren waren an geprägtem Geld im Umlauf 20 cts. Silberstücke von ca. 0,8 Fein mit ungezählten minderwertigen Prägungen und dabei fast wertloses militärisches Papiergeld aus der Zeit, als Chen Chiumin Gouverneur von Canton war. — Das nationalistische Heer war in eine Anzahl Verbände zersplittert, die sich in Händen de facto selbständiger Generale befanden, und die Parteiorganisation, die Kuo Mintang, auf die sich das politische Bureau stützen mußte, war nicht mehr als ein loser Verein von Gesinnungsbrüdern, mit Beamten als Organisationskern und mit den Arbeitergewerkschaften und Bauernvereinigungen als ungefügem Anhang. Die vermögenden Handelskreise hatten sich längst, um den Anzapfungen zu entgehen, von Canton nach Hongkong zurückgezogen, wo sie die, auf die Rückkehr der Geldherrschaftszeiten hoffende Anhängerschaft Chen Chiumins und das Englands Zielen in Süd-China applaudierende Außenchinesentum ausmachten.

Dies waren die Umstände, unter denen nach der Rückkehr vom Begräbnis ihres Lehrers das politische Bureau im Frühjahr 1925 das Vermächtnis Sun Yatsens antrat. — Gewiß liegt in der Lehre Sun Yatsens eine hoffensfreudige Macht, die eine kleine Gruppe junger Leute veranlassen konnte, das Kreuz der erbitterten Feindseligkeit der fremden Mächte, der imperialistischen Gesinnung des Restes von China zum Trotz, auf sich zu nehmen. War doch

nicht mehr wirkliche Begründung für einen endlichen Sieg vorhanden, als die Werkkraft, die die Idee Sun Yatsens, nach russischem Muster durch Bildung von Parteizellen ins Land hineingetragen, haben mußte; das Draufgängertum für die Idee, das unter russisch-politischer und militärischer Führung in der Whangpoa Kadettenanstalt für das Heer in Züchtung begriffen war, und die mächtige Gegenwart des Geistes Sun Yatsens, aus dem Grabe eine einigend hinanführende Macht.

Wie Lenins Führerschaft in Rußland durch Wort und Bild seiner Person allgegenwärtig gehalten wird, so wurde die Verlesung des Testamentes Sun Yatsens zu Beginn jeder Versammlung und jeder Sitzung, am frühen Morgen als Anfang der Schulstunde, auf dem Exerzierplatze vor dem Dienst, zum Vademekum, das durch die Irrungen und Wirrungen der Stunde und des Tages stets wieder zurückführte zur siegenden Idee. — Der im Testament niedergelegte Wille Sun Yatsens ist es auch gewesen, der dem politischen Bureau eine stete Richtkraft und ein unbeugsames Zielstreben verlieh. — Wie das nicht anders sein kann, wirkten die divergierenden Überzeugungen im politischen Bureau jede nach ihrer eigenen Richtung. Gleich am Anfang meldeten sich die extrem-kommunistischen Neigungen. Sie wurden bekämpft und dann mit einem Gewaltstreich ausgemerzt. Kommunismus ist nie ein Ziel Sun Yatsens gewesen. Es bildeten sich politische Spaltungsgruppen, ein linker und ein rechter Flügel mit hinter ihnen stehendem Anhang in der Partei; eine „Kronprinzen“-Clique in der Gefolgschaft Sun Fus, des Sohnes Sun Yatsens, die mehr auf die äußeren Ehren erpicht war und der die „Onkel“-Clique entgegen stand. Das Militär der Besatzung Cantons glaubte zu einer Zeit das Diktat über das politische Bureau antreten zu können, aber schließlich setzte sich doch der substantielle Wert, die größeren Persönlichkeiten durch, die am treuesten dem Willen aus dem Grabe dienten. — General Chiang Kaishek, der erste Leiter der Kadettenanstalt Whangpoa und deren Mitbegründer, wurde der erste Mann unter den Militärs, T. V. Soong der führende Geist in der Ziviladministration.

General Chiang Kaishek verstand es, den Draufgängergeist für die Idee von der Kadettenanstalt auch ins Heer zu verpflanzen, er nahm mit glänzender Bravour die von festen Mauern und von Sumpf rings umgebene Stadt Hwei Chow, die Stadt, die jahrelang allen Anstrengungen Sun Yatsens widerstanden hatte und als uneinnehmbar galt. Chen Chiuming ward vernichtend geschlagen, aus Swatow herausgetrieben und zum erstenmal kam die Provinz Kwangtung restlos unter die Herrschaft der nationalistischen Regierung. Treue zur Idee und schlagfertige Operationsbereitschaft, die aus der Kadettenanstalt Whangpoa unter die Truppe ausstrahlt, hat sich schon bewiesen, als in einem nächtlichen Handstreich Chiang Kaisheks die Truppen jenes Besatzungskom-

mandanten umzingelt und entwaffnet wurden, der sich anmaßte, das politische Bureau zu beherrschen, an jenem ereignisvollen Tage der Gestaltwerdung der von Sun Yatsen vergeblich gesuchten Zentralisierung des Heeres in einer Hand, und des dadurch endlich gesicherten inneren Friedens der Provinz vor auf-rührerischen Truppen. Chiang Kaishek führt heute als Generalissimus die nationalis-tischen Heere am Yangtsekiang.

Nicht an zweiter Stelle, an erster Stelle müßte T. V. Soong, der Finanz-kommissar der nationalistischen Regierung Cantons genannt werden. Aus einem Chaos von Finanzen stampfte er Geld hervor, um die militärischen Errungenschaften Chiang Kaisheks erst zu ermöglichen. Mit der flüchtigen Substanz nirgend hinreichender Staatseinnahmen gründete er eine Regierungsbank, warf Banknoten in Umlauf, überdauerte zahllose „Runs“, entriß Freund und Feind die Kollekte der Staatseinkünfte, erfaßte den Schmuggel, legalisierte Opium und Spiel und steigerte durch Aufstellung eines regelrechten Budgets die Finanzkraft der in seiner Hand nun aus der ganzen Provinz zentralisierten Einkünfte um das Vierfache. Wo Sun Yatsen monatlich selten über eine Million chinesischer Dollar verfügte, kommen zu T. V. Soong viereinhalb Millionen monatlich. Zahlen reden und hier führen sie die Armee der nationalis-tischen Regierung an den Yangtsekiang, gehen den imperialistischen Mächten ans Leben.

All dies wurde nicht erreicht ohne zeitweises Überanstrengen der Besteuerung, ohne harte Eingriffe ins Wirtschaftsleben. Aber mit der festen Regelung der Auflagen auf den Handel, mit reeller, allen Leidtragenden gegenüber gleichbleibender Kollekte (etwas nicht gerade Gewöhnliches bei dem Einzug durch rein chinesische Behörden) mit der Einkehr innerer Sicherheit vor Erpressungen durch das Militär, kehrte die Kalkulationsfähigkeit des Kaufmanns wieder, der Handel lebt auf, Unternehmungslust und manch einer der nach Hongkong entwichenen Reichen kehrt zurück. Die Stadt Canton ist das sichtbare Zeichen dafür. Überall ist Tätigkeit, die Läden sind gefüllt mit Waren, reges Leben spielt in den neuen breiten Straßen. Von der Instandsetzung der Straßen und Plätze, von den Motorsprengwagen, die die Stadt durchfahren, der Feuerwehr mit Motorspritzen und anderem mehr zu schließen, ruht der Eifer Sun Fus nicht, die Interessen des Volkes zu fördern, und man kann auf eine Dauer des glücklichen Zustandes von heute schließen, wenn es gelingt, imperialistische Überfälle am Yangtsekiang aufzuhalten.

Daß die äußere Politik der nationalistischen Regierung sich im Kampfe mit dem Imperialismus, dem eingeborenen chinesischen wie dem fremden Imperia-lismus erschöpft, sehen wir sofort, wenn wir beachten, daß nach der Vernichtung der Streitfähigkeit Chen Chiumins in der Provinz selbst, auf allen Seiten, von Fukien, Kiangsi, Hunan und Yunnan noch der viel angedrohte

Truppeneinbruch der chinesischen Machthaber des Nordens ständig drohte und daß der englische Imperialismus, von der auf chinesischem Boden errichteten Kolonie Victoria (Hongkong) aus, mit Kriegsschiffen und allen zivilen und unzivilen Mitteln seine Macht und seine Extrarechte in China betonte, und dem Aufkommen der sogenannten „bolschewistischen“ Regierung in Canton alle möglichen Hemmungen bereitete und noch bereitet.

Wir wissen sehr wohl, daß die Kuo Mintang nichts weniger als kommunistisch ist, aber es ist wahr, daß Sowjetrußland sich großer Sympathie erfreut und, daß Sowjetrußland sich um das Aufkommen der nationalistischen Regierung ungeheure Verdienste erworben hat, Verdienste, die sich zu erwerben andere Nationen keine Miene gemacht hatten, obgleich sie nicht weniger freundlich von Sun Yatsen dazu eingeladen waren.

An erster Stelle steht dabei der aus russischen Diensten beurlaubte Diplomat Borodin, der schon Sun Yatsen mit Rat und mit russischen Instruktoern bei der Gründung der Whangpoa-Kadettenanstalt half und der alle diese schweren Jahre hindurch der nie versagende politische Berater der nationalistischen Regierung blieb. Im übrigen schickte Rußland eine bedeutende Zahl russischer Instrukteure zur Organisation des Heeres und ließ selbst, wo Hilfe not tat. General Chiang Kaishek steht auch auf seiner gegenwärtigen Expedition nach dem Yangtsekiang der beurlaubte russische General Gallent mit mehreren Generalstabsoffizieren zur Seite.

Wenn man nun den chinesischen Führern nahelegt, daß diese Freundschaft doch fast so weit geht, daß die Chinesen die Interessen Rußlands in China verfechten, so bekommt man zu hören: „Wir schlagen unsere eigenen Schlachten! Rußland leiht uns Hilfe, wo uns alle Welt bekämpft, und wenn sich die Interessen Rußlands mit unseren eigenen decken, so ist das nur ein Glück für China.“ — Dagegen ist nun wiederum nichts zu sagen, denn es ist so, und daß es so ist, daran scheinen die Westmächte selbst schuld zu sein.

Da sind wir nun, mit der diesmal gewiß nicht trockenen Sache ohne Witz, da angelangt, wo wir wieder auf den Konflikt der fremden Mächte in China stoßen.

Es ist das psychologische Moment der Überreiztheit durch jahrelange leidenschaftliche vergebliche Abwehr von Angriffen durch Sun Yatsens Nationalismus auf eroberte, aber auch wohl verdiente Rechte und selbstgeschaffenen Besitz in Canton, der das Verhältnis Hongkongs zu Canton charakterisiert. Auf der anderen Seite steht das nationalistische Gefühl eines gerechten Anspruches auf Souveränität und unbehinderte Macht im eigenen Hause, das auch vor genossenen Leistungen nicht zurücksteht.

Sun Yatsen hat den Satz aufgestellt, daß die Sonderrechte der Fremden in China dem chinesischen Nationalismus und der Realisierung eines „fortge-

schriftlichen China“ im Wege steht; er prägte das Wort der „einseitigen Verträge“, das heute Gemeinbesitz der chinesischen Nation ist. Sun Yatsen verlangte vom fremden Seezoll die Auslieferung der nach Tilgung und Zinsung der fremden Anleihen übrig bleibenden Einfuhrzolleinnahmen seiner Provinz, die vom Seezoll nach Peking geschickt wurden, wo sie dazu dienten, in der Hand der Zentralregierung ein Heer gegen Sun Yatsen auszurüsten; und er erhielt diese Überschüsse nicht. Dem Versuche Sun Yatsens, das Zollhaus in Canton in eigene Regie zu übernehmen, schickten England, Frankreich und Amerika Kriegsschiffe und Soldaten entgegen. Der Versuch mußte als aussichtslos für die Kräfte der Chinesen aufgegeben werden.

Ein späterer Konflikt des politischen Bureaus mit dem Seezoll, als Streikposten englische Waren konfiszierten, bevor sie den Seezoll passiert hatten, führte zu einer weiteren Demütigung der Chinesen, mit dem Schließen des Hafens der Stadt Canton durch den Seezoll.

Wir sehen, Schlag auf Schlag, und immer an der Spitze des Bajonettes der Fremden vorbei, ging der Streit um den Seezoll.

Die Lösung oder vielmehr die Nichtlösung der Zollbindungen bei den Verhandlungen der Zentralregierung in Peking hat in Canton schließlich den Entschluß reif gemacht, den Seezoll aus der Sicherheit genügender Entfernung von den Bajonetten der Fremden zu torpedieren.

Gereiztheit auf der einen Seite, entschlossene Absicht auf der anderen Seite, hinter der Arbeiter, Bauern, Bürger und Regierung geschlossen stehen, bereit, die Absicht um jeden Preis und mit allen Mitteln zu verwirklichen, hatte am 23. Juni 1925 das Massakre von Shameen ausgelöst. Gerüchte, die sich in China wie ein Lauffeuer verbreiten, hatten die Bewohner der englischen Niederlassung Shameen (eines kleinen Flecken Landes im westlichen Teil Cantons, am Flusse gelegen und auf den übrigen drei Seiten von einem breiten Wassergraben umgeben) wohl gewarnt, daß die Chinesen beabsichtigten, wegen des Massakres in Shanghai vom 30. Mai eine Protestdemonstration loszulassen. Truppen wurden auf Shameen gelandet, Maschinengewehre aufgestellt, die Zugänge mit Sandsäcken verbarrikadiert, man war vorbereitet.

Eine farbige Schlange von Menschen, Trommeln und Pauken, unzähligen geschwungenen Wimpeln an Bambusstecken, Sun Yatsens Farben, rote und weiße Streifen Tuches mit großen Lettern in Tusche beschrieben: „Nieder mit den einseitigen Verträgen! Genugtuung für den 30. Mai!“, uniformierte Soldaten, Kulis, Bauern, Boy Scouts wälzte sich heran und bog am anderen Ufer des Grabens um Shameen. Da kracht ein Schuß. Die ganze Grabenfront speit Feuer, Panik unter den Demonstranten; Tote, Verwundete, im Schrecken Hingestürzte liegend lassend, ist die „Gefahr“ in einem Augenblick in Häuser und einmündende Nebenstraßen zersprengt, von wo nun allerdings

der Nationalismus zurückzuschießen beginnt, aber ohne viel Schaden in Shameen anrichten zu können, was er sicher sehr bedauerte. — Wer den ersten Schuß feuerte, ist nie herausgekommen. Ob er überhaupt gefeuert wurde, ob ein Gewehr versehentlich losging? — Mehr Gereiztheit, Nervosität — ein Massakre eines harmlosen Demonstrantenzuges, wie ihn das Arbeitervolk von Canton bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit, an jedem Feiertage abzuhalten pflegt, und der geschlossene Boykott von allem, was englisch heißt oder ist, bleibt übrig.

Eine Völkerwanderung von Chinesen ergießt sich aus Shameen und Hongkong, chinesische Dienstboten, Köche, Boys, Hafenkulis, Fabrikarbeiter, Bureauleute, Kaufleute, alles Leben und Betriebsamkeit flieht davon nach Canton. Shameen liegt verlassen wie ein Friedhof, kein Chinese betritt es mehr. Englische Schiffe im Hafen von Canton und Hongkong schaukeln einsam, gemieden auf dem Wasser. Streikposten dringen im Hafen von Canton ein, auf allen anderen Schiffen auch, und beschlagnahmen oder vernichten jedes Stück englischer Ware, das gefunden wird, bewaffnet schwärmen sie nachts am Ufer und auf dem Flusse, daß keine Nahrungsmittel zu den Engländern gelangen. Ein Schiff, gleichgültig welcher Nationalität, das Hongkong berührt hat, darf nicht wagen, Canton anzulaufen. — Und dieser Boykott dauerte an, in fast unverminderter Schärfe bis zum Anfang Oktober 1926, wo ihn die nationalistische Regierung freiwillig abrief, um dafür den Seezoll zu torpedieren.

Der Witz des Seezolles liegt darin, daß die Chinesen, laut feierlichen Verträgen mit den fremden Mächten, sich verpflichtet haben, die Kollekte der Import- und Exportzölle nur durch den von Fremden geleiteten Seezoll zu erheben und keinerlei weiteren Export- oder Importzoll an den Grenzen Chinas zu erheben, als die fremden Mächte eben diesem Seezoll gestatten. Daran konnten wir leider bisher keineswegs was ändern, so räsionierte eine nationalistische Regierung in Canton; aber das Programm unserer Partei verpflichtet uns, die handelstörenden Durchgangszölle (Likins) abzuschaffen. Andere Regierungen von China haben nicht die Macht, den Likin abzuschaffen. — Wir besitzen diese Macht. — Ohne Zweifel ist eine nationalistische Regierung berechtigt, wenn sie die Macht besitzt, den störenden Likin abzuschaffen, dafür eine andere, bewährte Form der Zollerhebung zu schaffen. Wie wäre es also, wenn eine nationalistische Regierung eine „Produktionssteuer“ auf alle die Landesprodukte erhöbe, die zum Export kommen, und eine „Verbrauchssteuer“ auf die Importwaren, die China verbraucht? Das wären gerechte und unanfechtbare Steuern, unter der Souveränität Chinas der Bevölkerung Chinas auferlegt, die die Landsleute gerne bezahlen werden, wenn dafür der Likin aufhört — und so geschah es. — Nächst dem Seezoll-Zollhause machte man ein weiteres, chinesisches Zollhaus auf, und jeder Importeur, der Waren durch

das Seezollamt passiert, ist höflich gebeten, auch eben noch zum chinesischen Zollamt zu kommen, um $2\frac{1}{2}\%$ Produktionssteuer bei Export und $2\frac{1}{2}\%$ Verbrauchssteuer (5% bei Luxuswaren) auf die importierten Waren zu erlegen. Natürlich wird von den Importeuren der fremden Vertragsmächte gar nichts verlangt. Nur vom chinesischen Käufer dieser Waren, und Nötigung wird nicht angewendet. Die chinesische Bevölkerung in ihrem nationalistischen Eifer betrachtet es als eine nationale Aufgabe, die Voraussetzungen selbst zu schaffen, die erlauben werden, den schädlichen Likin abzutun, und die Angestelltengewerkschaften, die Gewerkschaften der Hafenarbeiter und andere sorgen dafür, daß sich der ganze Handel gleichmäßig in die Aufgabe teilt. Der nationalistische chinesische Handel wird keine Ware aus dem Speicher eines Importeurs abnehmen, ohne daß die chinesische Zollquittung bei der Ware ist. Eine nationalistische Regierung hat hier die nationalistische Gesinnung des Volkes, ein Torpedo, auf den Seezoll abgeschossen und der Seezoll hat ein Loch bekommen.

Die Konferenz von Washington ist jetzt abgesetzt worden, die nationalistische Regierung deckt ihren Bedarf an Einkommen nach Wunsch und kann nun ihrerseits die Erhöhung des fremden Seezolles verweigern.

Es ist vorauszusehen, daß viele andere selbständige Provinzen in China dem Beispiel folgen werden; aber was die fremden Mächte dazu sagen oder tun werden, ist ganz und gar nicht abzusehen.

(Shantung ist bereits gefolgt — und damit das stärkste goldgewobene Netz aus Fremdgevalt — das über China lag — zerrissen. D. Herausgeber.)

ALBRECHT FREIHERR VON PÖLNITZ:
DIE NATIONALE STAATENENTWICKLUNG IN
SPANISCH-SÜDAMERIKA I

Eroberung und Kolonisation

Wenn wir einerseits von den staatsrechtlichen Neubildungen absehen, wie solche beispielsweise aus dem Versailler Vertrag hervorgegangen sind, andererseits die nahezu autonomen Staatsgebilde der englischen Dominions noch als Kolonien betrachten, so sind die Staaten des spanischen Südamerika die jüngsten souveränen Staaten, denen wir heute auf dem Globus begegnen.

Sie sind alle in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden; sind hervorgegangen aus dem Kolonialreich Karls V., das sich seinerseits in Südamerika wieder in der Hauptsache aus dem gestürzten Inkareiche zusammensetzte.

Die Jahrzehnte der „Conquista“, der Geist der Conquistadorenscharen und ihre und ihrer Nachfolger erste Kolonisierungsversuche sind für die nationale wie soziale Struktur der südamerikanischen Republiken und für das Verständnis der Psyche ihrer Bewohner noch heute von hervorragender Bedeutung.

Kurz nachdem Columbus 1498 am Mündungsdelta des Orinoko das amerikanische Festland entdeckt hatte, wurde Panama der Mittelpunkt der neuen Welt und der Ausgangspunkt für alle weiteren Unternehmungen.

In Panama verbündeten sich 1522 Pizarro, Almagro und der Geistliche Luque zur Eroberung des sagenhaften Goldlandes im Süden, das Pizarro dann auch, nach mehreren vergeblichen Zügen, 1531/33 unterwarf. Daß es Pizarro gelang, mit einigen 70 Mann Atahualpa, den letzten Inka, inmitten eines über 50 000 Mann starken Heeres, festzunehmen, erscheint geradezu fabelhaft, zumal die Spanier des Landes und der Sprache unkundig waren, und in den Küstenniederungen erst unter scheußlichen Tropenkrankheiten, dann auf den über 5000 m hohen Cordilleren unter der „Puna“, der Bergkrankheit, entsetzlich zu leiden hatten. Von denen, die von Anfang an Pizarro gefolgt waren, erreichten nur dreizehn Cuzco, die goldene Tempelstadt der Söhne der Sonne. (Zu den Abkömmlingen jener Dreizehn zu gehören — es gibt deren in Chile und Peru heute noch eine namhafte Zahl — gilt in Südamerika vielleicht noch für vornehmer als in der nordamerikanischen Union die Abstammung von einem Passagier der bekannten „Mayflower“.)

Daß die Spanier mit der Zerstörung des Inkareiches, das zur Zeit der Eroberung das heutige Peru, Chile, Bolivien, Ecuador und Teile Argentinien, Paraguays und Brasiliens umfaßte, einen hochkultivierten, hervorragend verwalteten Staat sinnlos vernichteten und eine unter hierarchischem Kommunismus durchaus glückliche Bevölkerung ins Elend trieben, ist bekannt. Die letztere Tatsache geben selbst zeitgenössische Chronisten, Geistliche sowohl, wie die Steuerverwalter der spanischen Krone unumwunden zu; von der seltsamen Kultur und glänzenden Verwaltung legen heute noch am Titicacasee Festungs- und Tempelruinen, überwältigender vielleicht noch als die pharaonischen, sowie kunstvoller Hausrat aller Art in verschiedenen Museen beredtes Zeugnis ab. Die Heeresstraßen der Inkas, gepflastert und mit Rasthäusern und Magazinen versehen, waren und sind, wo die Bahn fehlt, heute noch fast die einzigen wirklich guten Straßen im Innern Südamerikas.

Die handstreichartige Eroberung dieses gewaltigen Reiches „der vier Himmel“, wie es in der Inkasprache hieß, läßt sich nur dadurch erklären, daß eben im Zeitpunkt der Landung Pizarros zwei Kronprätendanten sich mit großen Heeren gegenüberstanden, die gegeneinander auszuspielden Spaniern meisterhaft gelang; ferner durch den Umstand, daß die Bevölkerung, durch Generationen von ihren Regenten und Priestern bis ins kleinste bevormundet, hilf-

los und hoffnungslos war, als sie den letzten Inka erdrosselt sah. Vielleicht lähmte auch die alte Weissagung, weiße Götter würden eines Tages übers Meer kommen und das Land an sich nehmen, jeden zielbewußten Widerstand.

Gewiß soll man für geschichtliche Ereignisse besonderer Art nicht nach mystischen Ursachen suchen, doch sei dieses Moment hier absichtlich erwähnt, da man mitunter heute noch seitens der Indianer dort diese Erklärung zu hören bekommen kann, wenn man sie fragt, warum sie sich so resigniert jeder neuen Schikane fügen; da ohne einen gewissen Sinn für Mystik Indio und Halbblut Südamerikas schlechtweg nicht zu verstehen sind.

Es hat natürlich an erbitterten Kämpfen in den ersten Dezennien nach der Eroberung nicht gefehlt, und diese haben auch zu Zwistigkeiten zwischen den Eroberern geführt, in deren Folge Almagro durch Pizarro aufs Schaffott gebracht, letzterer durch die Soldateska des ersteren erdolcht wurde. Der einzige Mann aus der ersten Zeit der Eroberung, der neben dämonischer Energie auch die nötige Ruhe zum Aushalten auf schwierigen Posten hatte, war Pedro de Valdivia, der das heutige Chile unterwarf. Pizarros und Almagros Gestalten sind zweifelsohne heroischer und faszinierender, doch ist an tatsächlichen und dauernden Leistungen Valdivia ihnen unbedingt überlegen.

Während nun das 1530 eroberte Inkareich Schritt für Schritt durchdrungen wurde, segelte 1534 eine andere spanische Abenteurerschar längs der Ostküste Südamerikas und gründete das heutige Montevideo und Buenos Aires, nachdem „günstige Winde“ nach wochenlangem Stilliegen der Flottille endlich die Einfahrt in den La Plata ermöglichten.

Während Montevideo und Asunción — letzteres war auf dem Marsch nach dem Goldland im Norden am Himmelfahrtstag (asunción = Himmelfahrt) am oberen Paraná gegründet worden — bestehen blieben, wurde Buenos Aires nochmals von den Indianern dem Erdboden gleich gemacht. Das heutige Buenos Aires wurde dann 1580 angelegt.

Die Erobererscharen sind vorhin, wie allgemein, Abenteurer genannt worden. Diese Bezeichnung bedarf einer Berichtigung und diese erfährt sie ganz von selbst, sobald wir das Menschenmaterial, das zu den heutigen Staaten Südamerikas den Grundstein legte, näher betrachten.

Daß die Conquistadoren nach Herkunft, Beruf und charakterlicher Veranlagung mehr als „gemischt“ waren, daß sie im Kampf mit unbekanntem, unerhörten Naturgewalten und einem tausendfach überlegenen Gegner zu den unmenschlichsten Rohheiten und Grausamkeiten sich hinreißen ließen, ist nicht zu leugnen. Dennoch darf man auch jenen Männern die rassistisch hochwertigen Eigenschaften nicht durchaus absprechen, die zur gleichen Zeit dem spanischen Soldaten in der Heimat, ja dem Menschen der Renaissance fast durchweg jene ungeheure Schwungkraft gaben, die nur alle paar Jahrhunderte einmal in der Welt auftritt.

Außerdem beschränkte sich die spanische Kolonisation Amerikas nicht ausschließlich auf Mißhandlungen von Eingeborenen. Waren die Eroberer auch in hervorragendem Maße Söldner und Glücksritter, so waren sie daneben doch auch Kreuzfahrer und Religionskämpfer; in weit höherem Grade jedenfalls als allgemein bekannt ist.

Vielleicht liegt gerade in der hinreißenden Kraft, die Staat und Kirche gemeinsam ihren Idealen in jener Zeit zu verleihen vermochten, das psychisch beachtenswerteste Moment. Liest man die zeitgenössischen spanischen Berichte, so findet man, daß solche ethischen Werte jene Menschen bis zum Fanatismus, ja bis zu religiösen Visionen begeisterten:

Die zügellose Horde Pizarros wurde, als sie nach jahrelangen Irrfahrten und Kämpfen die Tempel des Sonnengottes vor sich liegen sah, von so tiefem Weihegefühl ergriffen, daß sie betend und schluchzend auf die Knie niedersank. Pedro der Candia, einer der genannten Dreizehn, schleppte, trotz seiner 63 Lebensjahre, seit Panama durch Tropensonne und Schneegebirge ein großes, hölzernes Kreuz mit sich, und jedesmal, wenn er allein auf Erkundung auszog, sagte er: „Töten sie mich, Kameraden, so ist nichts verloren; glückt aber mein Vorhaben, so wird wahrlich Christi Reich groß!“

Diese Dinge muten uns Heutige zwar so sonderbar an, wie etwa Bernhard von Clairvaux „Gott will es!“, aber man muß dem Zeitalter Gerechtigkeit widerfahren lassen, will man nicht anders von seinen Menschen ein Zerrbild erhalten.

Wenn man sieht, wie heutigentags so Manche aus Heimweh, des Klimas oder irgendwelcher Mühsale wegen vierzehn Tage nach ihrer Landung Südamerika wieder verlassen, so kann man sich nicht recht vorstellen, daß die 70 Leute mit Pizarro so Gewaltiges durchführten, ausschließlich um des Goldes willen, von dessen Existenz sie nicht einmal sichere Kunde hatten!

Jedenfalls wäre ohne den kulturell-religiösen Herrschaftswillen als einigendes Band die Kolonisationsarbeit, die der Eroberung doch folgen mußte, wohl schwerlich geglückt. Ihr Gelingen darf also als bester Beweis dafür gelten, daß der Spanier des 16. Jahrhunderts in Südamerika eben nicht nur Landsknecht war, sondern von Anfang an sich gewissermaßen verpflichtet fühlte, das neugewonnene Land seinem König, seiner Nation und seiner Kirche innerlich zu eigen zu machen. Staunenswert ist, daß diese innere Angliederung mit einer so geringen Menschenzahl gelang.

Dabei verschob sich allerdings die Stellung der Conquistadoren dem Staate gegenüber insofern, als persönlicher Mut und politische Großzügigkeit sich bei ihnen bis zur selbständigen Unternehmerstellung steigerten, ja sie schließlich sogar das Recht zur Revolution als ein Menschenrecht des Staatsbürgers auffassen ließen.

Ein hervorragendes Interesse am Staatsleben, einen gewissen Mangel an Erwerbssinn und stetigem Beamtengeist, daneben ein erstaunliches Maß politischer Begabung — diese Grundzüge des spanischen Eroberertypus — lassen sich unschwer auch im modernen Südamerika überall immer wieder erkennen. —

Das System der Kolonisation entwickelte sich natürlicherweise aus den Zielen, den Formen und dem Menschenmaterial der Eroberung.

Spanien bezweckte bei seiner Kolonisation zweierlei: Einmal die Ausdehnung seiner politischen Macht, zum anderen die Stärkung der Finanzen des Mutterlandes. Die Ausdehnung der Macht geschah weniger in dem Streben nach einer weltstrategischen Stellung, die es in unserem Sinne damals noch nicht gab, als aus reinem Machtinstinkt heraus. Das Bedürfnis nach finanzieller Unterstützung seitens der Kolonien wurde um so größer, je mehr die europäischen Kriege des 17. Jahrhunderts Spaniens Macht auf dem heimatlichen Kontinent erschütterten und wirtschaftlich unterminierten.

Diese Interessen Spaniens blieben wohl dauernd die gleichen; doch das Menschenmaterial, das die Kolonien aufsuchte, veränderte sich bald recht wesentlich. Je mehr die Aussichten auf auf leichte Bereicherung und wildes Leben wuchsen, um so minderwertiger wurde der Zustrom in die Neuländer. Die unliebsamen Erfahrungen, welche die Kolonien in dieser Hinsicht bald machten, führten um 1600 dahin, daß auf ihre Anregung die Auswanderung aus Spanien nach Südamerika von besonderer königlicher Genehmigung abhängig gemacht werden mußte. Für die Moral, die zur gleichen Zeit in den Kolonien herrschte, ist bezeichnend, daß ein Kaufmann, der nur vorübergehend nach Amerika reisen wollte, um die Reisegenehmigung zu erhalten, dem König ein Einverständnisschreiben seiner Frau vorlegen mußte! —

Die Conquistadoren hatten kraft Generalvollmacht bei der Einrichtung des Landes nach Belieben schalten und walten können. Ihren Leuten gegenüber waren sie dabei insoweit verpflichtet, als jeder Anrecht auf Lohn und Beute hatte. Diese Beute waren eben Land und Volk Amerikas und infolgedessen verteilte man dieses an die Kriegsgenossen, wobei die Eingeborenen für Nahrung und Kleidung ihrer Herren aufzukommen und Arbeiterdienste aller Art zu verrichten hatten. Das nannte man das Encomiendsystem. Dabei fühlten sich die paar Spanier als „das Volk“ Südamerikas, denn sie waren Spanier und waren Christen und verachteten als solche die Eingeborenen, die bereits in der kommunistischen Wirtschaftsgesellschaft der Inkas zum Sklaventum herangezogen worden waren.

Die nach der Conquistadorenzeit einsetzende spanische Verwaltung kam zu spät, um das Land ordnungsgemäß zu verteilen. Sie hatte wohl noch gewaltige Ländermassen zu vergeben, darunter große Gebiete, die den Eroberern selbst vorbehalten gewesen und nach deren Tod an Spanien zurückgefallen

waren; aber in den Besiedlungszentren war das Land bereits in Privatbesitz genommen. Hier Veränderungen zu erzwingen, hatte die spanische Verwaltung nicht die nötige Macht. Somit ist die Grundlage des spanischen Kolonialbesitzes durch private Besitzergreifung charakterisiert.

Verschiedene Versuche der spanischen Regierung, das Encomiendasytem und den Gegensatz zwischen Spaniern und Eingeborenen aus humanitären Gründen zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, schlugen alle fehl.

Je weniger es aber den Spaniern möglich war, an dem wirtschaftlichen und sozialen Grundschema der amerikanischen Kolonie etwas zu ändern, um so stärker erwies sich das kulturelle Band, das diese mit dem Mutterlande vereinte. In Sprache und Einrichtungen hat dieses dem fernen Westen den Stempel seines Wesens schärfer aufgeprägt, als irgend eine andere kolonisierende Macht: Im guten wie schlechten Sinne sind Lima, Valparaiso und Buenos Aires spanisch und selbst letzteres, das heute gewaltsam New-York nachahmt, dürfte im Grunde kaum jemals anders werden.

Der spanische Amerikaner der Kolonialzeit, der geistliche sowohl wie der weltliche, wollte wohl frei, d. h. der sozialen Bindungen der Kaste, der er in der Heimat angehört hatte, ledig sein, und durchaus nicht diese, wie es teilweise bei der Kolonisation Nordamerikas durch geschlossene Gruppen von Sektierern geschah, auf den neuen Kontinent übertragen. Aber er wollte dabei Spanier sein und bleiben und hatte keineswegs die Absicht, weder bewußt noch unbewußt, sich von seiner alten nationalen Basis zu trennen und eine eigene spanisch-amerikanische Kultur hervorzubringen. So brachte er in die Städte Südamerikas dasselbe Leben, das er in der Heimat gewohnt war, so die Stiergefechte, Prozessionen, Korsos, Promenaden, Pferderennen und den maßlosen Karneval, der uns heute allüberall drüben begegnet und den Neuling blendet.

Gelang es nun Spanien auch nicht, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Kolonie zu ändern, so ermöglichten ihm jene ethisch-kulturellen Bindungen doch wenigstens, sie in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit zu halten.

Da die Kolonisten außerdem in der Verwertung ihrer Produkte, vor allem ihres Edelmetallreichtums, auf den europäischen Markt angewiesen waren, so war der Gewinn, den Spanien sich durch das Handelsmonopol mit Südamerika sicherte, ungeheuer. Er wurde auch durch den — vielfach von den Gouverneuren selbst betriebenen! — Schmuggel nicht nennenswert beeinträchtigt. Dagegen mußte auf die Dauer die spanische Wirtschaftspolitik darin einen Nachteil erkennen, daß sie gegenüber Südamerika sich nur ein Handelsmonopol und nicht auch ein Industriemonopol gesichert hatte. Auf diese Weise gelangten nämlich doch Waren des verschiedensten Ursprungs nach Südamerika,

wenn sie nur in spanischen Häfen verladen wurden. Geradezu kurzsichtig aber war das Verbot der Gründung eigener Industrien in den Kolonien, die gewaltsame Unterdrückung aller Nachrichten von dort, sowie insbesondere die von Anfang an seitens der Kolonie als Schikane empfundene Vorschrift, daß aller Handel nach Europa — auch der der Ostküste! — über Peru—Panama gehen müsse. —

Was die politische Verwaltung und Gesetzgebung des Landes anbetrifft, so hielt die spanische Krone zwar prinzipiell an ihrer vollen Souveränität fest, begnügte sich aber in der Tat mit der bloßen Wahrung von deren Form. Die Vizekönige, Gouverneure und Generalkapitäne waren zwar meist Spanier, doch wurden sie gewöhnlich aus der Koloniallaufbahn genommen und waren in ihren Maßnahmen von den königlichen Räten, die aus Spanien kamen und „nur schwer zu bestechen waren“, wie man liest, wenig gehemmt. (Die Vizekönige in Lima und — seit 1776 — in Buenos Aires boten eine Auslese aller möglichen und unmöglichen Menschentypen; sie waren Soldaten, Geistliche, Streber, Beamte, Kulturapostel und Höflinge.)

Daß das Verhältnis der spanischen Verwaltung zum kreolischen Adel mehr gesellschaftlich als politisch war und der letztere mehr eine geistig-kulturelle Zusammengehörigkeit pflegte als den Geist der Subordination, ist unverkennbar. Der Selbstverwaltung war auch, abgesehen von den politischen Hauptstädten, große Freiheit eingeräumt.

Die spanischen Gesetze waren für ganz andere, weit höher entwickelte Verhältnisse zugeschnitten und folglich für die Bedürfnisse des Koloniallebens unzulänglich. Da man aber auch keine besondere Ursache hatte, sie zu ändern, so sind sie, vor allem auf dem Gebiete des Agrarwesens, vielfach jetzt noch in Kraft.

So gleichen die spanischen Kolonien im Südamerika des 16. und 17. Jahrhunderts mehr den englischen „dominions“ als den „colonies“. Sie sind Kulturkolonien. Aber während die Bevölkerungspolitik in verschiedenen englischen Dominions auf Verdrängung der Farbigen hinzielt, war und ist in gewissem Maße heute noch in Südamerika der Eingeborene die wirtschaftliche Grundlage der Weißen, die in manchen Staaten numerisch zu den Farbigen kaum in günstigerem Verhältnis stehen, als etwa die Engländer in Britisch-Indien gegenüber den dortigen „Natives“. —

Die von den Spaniern nach Südamerika verpflanzte Kultur ist eine rein städtisch-staatliche gewesen. Der Spanier saß in der Stadt; der gesellschaftlichen Bedürfnisse wie der Sicherheit wegen. Die Eingeborenen wurden dagegen, soweit möglich, in geschlossenen Siedlungen auf dem Lande festgehalten. Einer Anregung von kirchlicher Seite, dieselben zwecks besserer Seelsorge in den Städten anzusiedeln, wurde aus politischen Momenten nicht stattgegeben.

An dieser Stelle mag eine genauere Betrachtung der Stellung der römischen Geistlichkeit angebracht erscheinen.

Die Kirche erhöhte wohl die Einseitigkeit spanischen Wesens, ergänzte aber die Kultur in geistig-wissenschaftlicher Beziehung recht wesentlich. Der Soldatengeistliche, der die Eroberer begleitete, war hart und roh wie diese und schreckte nicht davor zurück, die Heiden mit allen weltlichen Gewaltmitteln zu bekehren, aber er hatte doch vielfach die organisatorisch-wirtschaftliche und geistige Bildung, die den Conquistadoren selbst meist durchaus fehlte. Die römische Kirche verfügte über uneingeschränkte Macht und da ihre Bestrebungen denen des Staates parallel liefen, war das Nebeneinander des hierarchischen und spanischen Regiments möglich. Das kirchliche Leben ist in den meisten Staaten Südamerikas noch gegenwärtig aufs engste mit dem öffentlichen verknüpft; selbst in dem aufgeklärten Argentinien wird die Zivilehe ohne kirchliche Trauung vom Staate nicht anerkannt. Das kirchliche Leben selbst hat viel aus der Kolonisationszeit bewahrt; die tiefe Frömmigkeit sowohl als auch die schmutzigste Heuchelei.

Der Anteil der katholischen Geistlichkeit an der inneren Eroberung Südamerikas besteht vor allem in den Missionen, die sie errichtete und bei deren Ausbau sie sich höchst verständnisvoll zunächst weniger um die Verbreitung der Glaubensdogmen, als um die sittliche und wirtschaftliche Hebung der Eingeborenen bemühte, deren Sprache, Sitten und Geschichten sie auch sammelte.

Die Geistlichen waren die ersten, die Liebe und Ordnung verbreiteten, die Orden die ersten Gründer von Bildungsanstalten. Besonders furchtlos ging der Jesuitenorden vor in seinem Bestreben, die Indianer vor Bedrückung und Ausbeutung zu schützen. Die Jesuiten bildeten das System der Reduktionen aus; das waren Indianersiedlungen, die unter der wirtschaftlichen Leitung von jeweils zwei Patern standen, sozialistisch-kommunistische Gemeinschaften unter starker kirchlicher Disziplin.

Als 1767 die Jesuiten aus Südamerika vertrieben wurden — der Entartungsprozeß, in den die Geistlichkeit allmählich eingetreten war, hatte sie eines großen Teils ihrer Macht über die Gewissen inzwischen beraubt —, da bestanden elf solcher Reduktionen mit über 30 000 christlichen, erzogenen Indianern.

Wundervolle Kloster- und Kirchenruinen, überwuchert von dem phantastischen Grün tropischer Vegetation, sowie manche gut angelegte Plantage zeugen heute noch in Paraguay und der argentinischen Provinz „Misiones“ von den Jesuiten, die gleicherweise als großzügige, erfolgreiche Erwerbsgesellschaften wie auch als Fürsorgeanstalten für die Eingeborenen höchste Bewunderung verdienen.

An einzelnen großen Ereignissen von historischer Bedeutung ist die 200-jährige Kolonialgeschichte Südamerikas arm. Was in dieser Zeit vor sich ging, das war ein langsames Aneinandergewöhnen und leidliches Miteinanderleben der zuerst in bitterstem Haß sich gegenüberstehenden Rassen. Mit der Zeit milderte sich auch das strenge Hörigkeitssystem, bis gegen 1800 die Landarbeiterverhältnisse in den Kolonialländern kaum mehr ungünstiger lagen als im damaligen Europa. —

Trotz der aufgezeigten ethisch-kulturellen Bande gingen Spanien und Spanisch-Amerika in ihrer weiteren Kulturentwicklung doch bald getrennte Wege. Während Spanien gegen Ende des 17. Jahrhunderts an seiner weltgeschichtlichen Sendung mehr und mehr verzweifelte und geistig wie sittlich zu verfallen begann, bildeten die Kreolen und Kolonialspanier in den Neuländern immer stärkere geistige, sittenstrenge Gemeinschaften, die das Rassebewußtsein bis zur Züchtung des „Südamerikanertyps“ steigerten. Mit den wachsenden, eigenen wirtschaftlichen Erfolgen und der zunehmenden Unfähigkeit des Mutterlandes den Kolonien weiter höhere Werte zu vermitteln, erwachte ein neues Nationalgefühl.

Das erste amerikanische Kultur- und Gesellschaftssystem wurde in seinem Entstehen, zu Beginn des 18. Jahrhunderts, durch die Erleichterung der Handelsbeziehungen zu anderen Nationen, noch mehr aber durch das Eindringen fremdartiger Elemente, zuerst Franzosen und Iren, stark beeinflusst. Die altansässigen Familien, die Aristokraten, hatten wirtschaftlich an jeder weiteren Erschließung des Landes nur Interesse und kamen deshalb, bei aller Wahrung ihrer Tradition und eines gewissen sozialen Abstandes, den Neuankömmlingen mehr und mehr entgegen, was wesentlich dazu beitrug, daß in Südamerika von Anfang an verhindert wurde, daß an Stelle der ständischen Kasten Europas hier nach Berufen differenzierte Klassen traten.

Je strenger früher die Abschließung gegen fremde Gedanken und Weltanschauungen gewesen war, um so stärker mußte deren Wirkung werden, nachdem es ihnen einmal gelungen war, den alten Wall von Konservatismus zu durchbrechen.

Der plötzliche, geradezu dynamische Charakter des Ausbruchs französisch-nordamerikanischer Freiheitsideen, für die in Spanisch-Südamerika eigentlich das tiefere Verständnis fehlte, ist nur so zu begreifen.

Das spanische Kolonialsystem wurde im Laufe der Jahrhunderte denkbar verschieden beurteilt. Dem Zeitalter der Aufklärung und der Menschenrechte galt es als der Inbegriff von Beschränktheit und Grausamkeit, während es noch um 1750 für den Höhepunkt politisch-kolonialer Klugheit und Mäßigung angesehen worden war. An seinen Erfolgen gemessen und für seine Zeit wird man das System wohl trotz all seiner Schwächen anerkennen müssen. —

OSWALD MURIS:
GEOPOLITIK UND SCHULE

Wenn wir das Thema Geopolitik und Schule in der Zeitschrift für Geopolitik erörtern wollen, dann geschieht dies nicht von dem Gesichtspunkt aus, ob die Geopolitik in die Schule gehöre oder nicht, sondern von der Tatsache aus, daß sie dort schon einen weiten Spielraum einnimmt. Es ist ja eine allgemein bekannte und doch eigenartige Erscheinung, daß in gewissen Zeiträumen unter einem bestimmten Gesichtswinkel gesehen, beeinflußt durch ganz bestimmte Inhaltsfaktoren, die durch irgendwelche mehr oder minder bedeutsame Tatvorgänge oder Kulturwellen ausgelöst und betont werden, jede Wissenschaft eine ganz bestimmte vorherrschende Richtung erhält. Es ist nicht notwendig, daß es sich dabei um etwas absolut Neues handeln muß, sondern vielmehr ist es eine Umstellung der Wertfaktoren in der Struktur der betreffenden Wissenschaft und eine Umschaltung der Blickrichtung von seiten des beobachtenden Menschen. Denken wir nur z. B. an die Vorherrschaft der allgemeinen Erdkunde vor dem Kriege mit ihrem heut völlig ausgebauten System, eine Zeit, die abgelöst worden ist durch stärkere Betonung des Menschen in seinem Lebensraum, so daß heute die wirtschaftsgeographischen und geopolitischen Faktoren im Blickpunkt der Betrachtung stehen, ausgelöst durch die Umgestaltung des äußeren und inneren Lebens, die der Weltkrieg hervorgerufen hat. So bekam die Geographie einen ausgesprochenen wirtschaftsgeographischen Charakter, um bald darauf, beeindruckt durch den Weltkrieg und seinen Ausgang, wo die politischen Probleme in den Vordergrund entscheidend traten, nach dieser Richtung hin eine politisch-geographische und geopolitische Richtung anzunehmen. Eine große Anzahl von Neuererscheinungen zeigt deutlich diese vorherrschende Linie. Nun wäre es für jede Wissenschaft überaus verhängnisvoll, wenn sie rein sprunghaften Entwicklungsvorgängen unterläge. Eine solche Unstetigkeit würde ihren Tod bedeuten. In Wirklichkeit ist dem auch nicht so, sondern diese stark akzentuierten Erscheinungsformen sind nichts weiter als besondere Wellenhöhen im Laufe einer sonst stetigen Entwicklung. Es sind dynamische Kraftzentren der Wachstumslinie, wodurch im Wechsel der Zeit alle Inhaltsfaktoren gleich inneren Wachstumsvorgängen den Wissenschaftskörper — wenn uns dieser Ausdruck gestattet sei — zur vollen Entwicklung und Entfaltung bringen. Allerdings tritt dadurch eine ungemein starke Differenzierung der einzelnen Teilgebiete ein, und es bedarf von Zeit zu Zeit eines bewußten Systemausbaues, um nicht der Gefahr einer völligen Verzettlung und Versprengung

der Einzelkräfte zu unterliegen. In einer solchen Zeit der Selbstbesinnung stehen wir heute auf dem Gebiete der Geographie als Wissenschaft, und sie ist unbedingt notwendig, soll nicht die Schule darunter leiden. Bekanntlich folgt die Schule der Wissenschaft in einem gewissen Zeitraum nach. Denn erst, wenn die Wissenschaft zu abgeschlossenen Ergebnissen gekommen ist, finden diese Eingang in dem Unterricht. So herrschte einstmals im Schulunterricht die Systematik der allgemeinen Erdkunde, dann folgte eine stark wirtschaftsgeographische Richtung, und heute erklingt der Ruf nach der Geopolitik Eingang suchend an den Pforten der Schule. Die Schule aber kann sich nicht den Luxus leisten, jeweils nach Bedarf und Neigung nur die eine vorherrschende Seite einer Wissenschaft zu vermitteln, sondern ihrem Wesen und Ziel entsprechend, das doch darin besteht, in den gesamten Umfang der Kultur eines Volkes dessen aufwachsende Generation einzuführen, wird sie auch jeweils die gesamten Inhaltsfaktoren einer Wissenschaft der Jugend vermitteln müssen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen wird die Forderung nicht lauten dürfen, politische Geographie oder Geopolitik als solche in den Unterricht aufzunehmen, sondern wird die Frage zu beantworten sein, inwieweit die politische Geographie oder Geopolitik als Inhaltsfaktoren der Geographie wie die des geschichtlichen Werdens im erdkundlichen und geschichtlichen Unterricht Platz finden, um dort in ihren Wesenswerten auch zweckvoll zur Erziehung der deutschen Jugend verwandt werden zu können. Denn auf das Zweckvolle der geopolitischen Erziehung kommt es an, nicht darauf etwa, sie als irgend eine Modeströmung aufzunehmen und damit in Mißkredit zu bringen. Und eine Erziehung im geopolitischen Sinne durch Weckung des feinen Tast- und Empfindungsgefühls für politisch geographisch wichtige Kraftlinien und Räume und der auf und in ihnen verlaufenden geopolitischen Bewegung, diese Erziehung tut dem deutschen Volke, vor allem der deutschen Jugend bitter Not, damit sie mit besser geschultem und geschärftem Blicke aufbaue, was durch den Krieg und die ihn abschließenden Verträge zerstört und vernichtet worden ist.

Wenn wir uns der Frage zuwenden, wo in der Schule die geopolitische Erziehung ihren Platz finden soll, dann erinnern wir uns an das, was K. Haushofer über den Strukturinhalt der Geopolitik in feindurchdachter Weise gesagt hat. Nach K. Haushofer's begrifflich klarer Analyse*) kommt der politischen Geographie die Erkenntnis des politischen Raumes zu. Erkenntnis des Raumes ist Sache der Erdkunde, und damit wird die politische Geographie zur Teildisziplin der Erdkunde und muß im erdkundlichen Unterricht ihre bedeutsame Auswertung erhalten. Die geschichtliche Bewegung im politi-

*) Dr. K. Haushofer: Politische Erdkunde in Geopolitik in Freie Wege vergleichender Erdkunde. Festgabe für Erich von Drygalski. Verlag R. Oldenbourg, München 1925.

schen Raum, als Auswirkung politischer Lebensformung im natürlichen Lebensraum gehört zum Erkenntniskreis des Geschichtsunterrichtes, denn eben erst diese Erkenntnis von Vorgängen politischer Lebensformen im natürlichen Lebensraum, die sich in ihrer Erdgebundenheit und ihrer Bedingtheit durch geschichtliche Bewegung erfassen lassen, das ist Endzweck der Geopolitik als Wissenschaft und damit auch der geopolitischen Erziehung. Danach ist zu beachten, daß die Geopolitik mit der Geographie nur durch den geographischen Raum verbunden ist, in dem sich gewissermaßen die geschichtliche Bewegung abspielt; daß aber die Geopolitik eben in ihrem Erfassen des geschichtlichen Vorganges auch schon mit der Geschichte verbunden ist und so eine Zwischenstellung zwischen Geschichte und Erdkunde einnimmt. Der Geograph wird sonach durch eine gründliche erdkundliche Erziehung die Grundlage für die Erziehung zum geopolitischen Denken geben müssen, die sowohl von ihm wie aber auch von dem im geographischen Sehen und Denken geschulten Historiker mit Erfolg durchgeführt werden kann, ja von dem Historiker vielleicht noch intensiver, als von dem Geographen, da jenem mehr Zeit zur Verfügung steht und die genetische Betrachtungsweise ureigen ist. Das Ideal ist und bleibt der Geograph, der zugleich Historiker ist, in dessen Hand beide Fächer vereint geradezu die beste Lösung für dieses schwierige Erziehungsproblem bedeuten, abgesehen davon, daß durch die Einheit in der Zusammenschau von politischem Raum und geschichtlicher Bewegung eine Konzentration von erdkundlichem und geschichtlichem Unterricht erreicht wird, wie sie nirgends wo anders mehr in der Schule sich auswirkt. Was die Frage nach der Zeit anlangt, zu der die geopolitische Erziehung einsetzen soll, so ergibt sich die Antwort aus der Tatsache, daß die Geopolitik ihrem Wesen und ihrer Art nach dynamisch ist, also entwickeltes Denken voraussetzt. So ist für sie nur Platz auf der Entwicklungsstufe des begrifflichen Denkens, d. h. also auf unserer Oberstufe. Hier muß sie sowohl in Parallelität mit der politischen Geographie und der Geschichte gehen, als auch wird sie in Fortsetzung der politischen Geographie einen zusammenfassenden Abschluß finden. Daß diese Erziehung zu geopolitischem Denken mehr denn je notwendig ist, darüber dürfte wohl kaum ein Zweifel sein. Denken wir nur daran, wie nach den Jahren des französischen Zusammenbruches vom Jahre 1870/71 eine bewußte nationale Erziehung des französischen Nachwuchses auf geopolitischer Grundlage erfolgte, in der Weise, daß schon lange vor dem Weltkriege in Frankreich die geopolitischen Probleme Mitteleuropas scharf erfaßt wurden. So z. B. sagte Chéradame in seinen Schriften und seinen Vorträgen an der École de politique akademisch die Vernichtung der österreich-ungarischen Monarchie, wie sie sich dann 1914—18 vollzog, voraus. So müssen auch wir jetzt nach dem Zusammenbruch durch eine bewußte geo-

politische Erziehung unseres Volkes und vor allem unseres Nachwuchses zu ähnlichen Einsichten zu kommen versuchen.

Wieweit ist nun die geopolitische Erziehung in der Schule gediehen und auf welchen Hilfsmitteln baut sie sich auf? Um diese Frage beantworten zu können, wird es am einfachsten sein, die lange Reihe der Büchererscheinungen zu betrachten, die entweder für die Hand des Lehrers das Material liefern, mit dem er seinen Unterricht in Geographie und Geschichte nach geopolitischen Gesichtspunkten ausbauen kann, dann aber vor allem die Frage lösen, wieweit politisch geographische und geopolitische Anschauungen bereits in den heutzutage gebräuchlichsten Lehrbüchern Platz gefunden haben.

Es darf uns nicht verübelt und nicht mißverstanden werden, wenn wir die Zeitschrift für Geopolitik als das führende und beste Mittel für die Hand des Lehrers an erster Stelle nennen. Sie lehrt ihn in den einzelnen wertvollen Aufsätzen geopolitisch zu sehen und zu denken, gibt ihm in den statistischen Wirtschaftsübersichten aus erster Hand Material zur arbeitsunterrichtlichen Verwendung und ebenso kritisch gesichtete Literatur für den eigenen Gebrauch. Die Berichterstattungen weiten seinen Blick und lassen ihn für das Weltgeschehen in politischen Räumen einen sicheren Blick fassen. Es ist nur natürlich, wenn ein so geschulter Lehrer seinen erdkundlichen und geschichtlichen Unterricht ganz in den geopolitischen Blickpunkt der geschichtlichen Bewegung einstellt, die er nur aus den politischen Räumen zu erfassen vermag. Sein Hauptziel wird dahin gehen, in der ihm anvertrauten Jugend den Sinn für das geschichtliche Geschehen aus der erdgebundenen Bedingtheit des Raumes zu schärfen; lehren, sich nicht mit der Tatsache als solcher zu begnügen, sondern all die Ursachen für die Bewegungsrichtungen des Vorganges zu erkennen aus ihrer räumlichen Bedingtheit. So darf man mit Genugtuung feststellen, daß seit Erscheinen der Zeitschrift für Geopolitik die geopolitische Einstellung des erdkundlichen und geschichtlichen Unterrichtes einen ganz wesentlichen Fortschritt gemacht hat.

Eines der ersten Bücher, das in bewußter politisch-geographischer Einstellung zum geopolitischen Denken erziehen will, ist das von Dr. E. Anders: „Erdkundliche Grundlagen geschichtlicher Entwicklung“ (Ferdinand Hirt, Breslau 1924). Der Inhalt des Buches ist aus einer Reihe von Vorträgen, die der Verfasser im Felde bei der IV. Armee und später im Volkshochschulwesen hielt, entstanden. Er nennt die beiden Geographen Supan und Wagner, auf deren grundlegende Werke er sich stützt, als seine Wegweiser und wendet sich in erster Linie der Betrachtung der historischen Vorgänge zu, deren Ursachen und Entwicklung er in ihrer räumlichen Verbundenheit mit dem jeweiligen natürlichen Lebensraum des Menschen sucht. Nichts mehr und nichts weniger also, worauf wir in unsern einleitenden Sätzen hingewiesen

haben: Die Erkenntnis allen politischen und geschichtlichen Geschehens in seiner Bewegungsform und Richtung, bedingt durch den natürlichen politischen Raum, innerhalb dessen dieses Geschehen abläuft. Die Struktur des Raumes ist das ausschlaggebende Moment. Ihm muß sich der Mensch als tatschaffendes Objekt anpassen, und damit erhält der Ablauf eines geschichtlichen Geschehens seine dem Raum entsprechende Richtung und geopolitische Ausprägung. Diese Faktoren zu betonen, sagt der Verfasser, ist die Aufgabe seiner Abhandlung. Danach ist die Stoffeinteilung eine recht übersichtliche. In einem ersten allgemeinen Teil werden die allgemein erdlichen Grundlagen analysiert. Von der Verteilung von Land und Wasser auf der Erde ausgehend, werden die Einflüsse des Meeres auf die geschichtliche Entwicklung sowohl wie die der Landmasse untersucht. Eine ganz vorzügliche Auswahl von Beispielen wird im einzelnen herangezogen. Klimatische Bedingtheiten werden sorgfältig untersucht. Sowohl die ozeanischen und territorialischen Großräume wie aber auch Nebenmeere und geschichtliche Neben Bühnen werden in scharfer Analyse zergliedert und in ihren einzelnen Strukturformen zerlegt. In einem zweiten und dritten Teile versucht der Verfasser die geopolitische Synthese für den europäischen Raum und nur für diesen. Es ist dies wohl eine bewußte Beschränkung, die dem Inhalt des Buches zugute kommt. Dadurch werden die geschichtlichen Abläufe durch ganze Jahrhunderte hindurch verfolgt und die Entwicklung der europäischen Geschichte in langen Zeiträumen auf ihre räumliche Bedingtheit hin untersucht. Wir erhalten durch diese Zusammenschau von Raum und geschichtlichem Geschehen ein wirklich einheitliches geopolitisches Kraftfeld der europäischen Landmasse, die naturgemäß in ihren Einzelheiten durch die morphologische Verschiedenheit der Formen eine unendliche Differenziertheit der geschichtlichen Abläufe durch Jahrhunderte hin zeigt. Der Lehrer der Erdkunde sowohl wie der der Geschichte wird hier Anregungen schöpfen, die den Unterricht ungemein lebenswarm gestalten können und den Schüler zum geopolitischen Denken anregen und erziehen.

Ein nach demselben Ziel strebendes und doch gänzlich anders geartetes Büchlein ist „Die Strukturskizze im geographischen und historisch geopolitischen Unterricht“ von Hans Linhardt und Gottfried Vogenauer (Verlag R. Oldenbourg, München-Berlin 1925). Das Büchlein ist als Vorstudie für ein größeres Werk dieser beiden Verfasser gedacht, das ein ausgearbeitetes System der „Strukturellen Geographie“ und einen Grundriß der „Historischen Geopolitik“ umfassen soll. Bisher ist dieses angekündigte Werk noch nicht erschienen und es dürfte darüber noch einige Zeit vergehen. Was nun diese Vorstudie anlangt, so zeigen die nur skizzenhaft angedeuteten Sätze, daß den Verfassern ein bestimmtes geopolitisches Ziel vorschwebt, nämlich die Er-

fassung der Raumstruktur, auf deren Grundlage der geschichtliche Vorgang abläuft. Wir stoßen also immer wieder auf das Problem Raum und historische Bewegung. Es liegt in der Natur der Sache, wenn diese nur skizzenhaft niedergeschriebene Vorstudie die „Strukturskizze“, oder wie sie vielleicht prägsamer genannt werden könnte, den „Grundriß des geopolitischen Raumes“ umfaßt. Aber die Ausführungen sind recht eindringlicher Natur. Das Wesentliche dabei ist, daß die Verfasser sich vollständig auf die Belange des Unterrichts an höheren Schulen einstellen. So heißt es gleich zu Beginn, wo die Geographie, Geschichte und Geopolitik als Methode im System der Schule abgehandelt werden „Das oberste Prinzip des geographischen Unterrichts muß demnach die Einsicht in die Struktur des jeweiligen Raumes sein, und die historische Methode muß als historische Staatenkunde oder Geopolitik durch Heranziehung der jeweiligen Raumstruktur eine tragfähige Unterbauung der politischen und kulturellen Geschichte gewinnen und so das geographische und historische Wissen (wir würden besser sagen Verstehen) konzentrierend vertiefen und befestigen“. Die Strukturskizze selbst wird definiert als eine geographische Raumskizze „die sich der analysierenden und zugleich synthetischen geographischen Strukturlinie (Leitlinie) bedient und dadurch ein linien- und zonenmäßiges Raumbewußtsein erzeugt, also die Raumstruktur klarlegt; eine Skizze, welche die Struktur des jeweiligen Raumes zu ihrer ursächlichen Grundlage macht und dadurch zwangsläufig zum Spiegelbild des Raumes wird“. Wir sehen unschwer, worum es sich hier handelt. Der geopolitische Raum soll jeweils durch eine sinnerfüllte mathematische Skizze in seine Strukturelemente zerlegt werden, wodurch der Schüler zur Erkenntnis des Raumes und der von ihm abhängigen geschichtlichen Bewegung gelangen soll. Die Verfasser führen eine Reihe von Beispielen an, an denen die entwickelnde Form der Strukturskizzen aufgezeigt wird. Ohne Zweifel ein hervorragendes Mittel, das den erdkundlichen und geschichtlichen Unterricht beleben kann und seinen Zweck leichter erreichen läßt.

Waren die beiden angeführten Werke ausschließlich für die Hand des Lehrers bestimmt, so wollen die folgenden die Zusammenarbeit von Lehrer und Schüler fördern. Es ist ungemein zu begrüßen, daß in einer Sammlung „Schauen und Schaffen“ des Verlages Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M., eine Reihe von erdkundlichen Leseheften erscheint, unter denen Heft 11 ganz ausschließlich der Geopolitik gewidmet ist. Der Herausgeber dieses Heftes, Dr. Lautensach, den Lesern der Zeitschrift für Geopolitik wohlbekannt, hat hier eine Reihe von Aufsätzen für den Schulgebrauch zusammengestellt. Sein einleitender Aufsatz über das Wesen und die Methode der Geopolitik ist im besonderen Maße lehrreich. Knapp und scharf umrissen werden die Leitlinien der Geopolitik als Wissenschaft in ihrer Dreiheit von Geographie, Ge-

schichte und Staatswissenschaft entwickelt und ihre dynamische Strukturwesenheit gegenüber der statischen der politischen Geographie betont. Dem Schüler dürfte dieser Aufsatz als grundlegender die notwendigen Aufschlüsse geben, an den sich dann Aufsätze u. a. von R. Sieger „Die geopolitische Lage Europas zu Anfang des Weltkrieges“, J. Sölch „Die Brennergrenze eine natürliche Grenze?“, F. Ratzel „Die Alpen inmitten der geschichtlichen Bewegungen“, E. Obst „Ukrainische Probleme“, K. Haushofer „Das japanische Erdbeben und seine politischen Folgen“, R. Kjellen „Die angelsächsischen Großmächte nach dem Weltkriege“ u. a. Es bedarf keines weiteren Hinweises auf die Verwendbarkeit des Büchleins im Unterricht, wenn wir nur bedenken, wie im Prima-Unterricht diese Aufsätze die Grundlage bilden können für eine geopolitische Einführung und daran anknüpfende Lehrgespräche über die brennendsten geopolitischen Fragen.

Nicht ein ausgesprochenes Schulbuch, aber für die Bedürfnisse der Schule eingerichtet, ist die „Weltwirtschaftliche und Politische Erdkunde“ von R. Reinhard (Ferdinand Hirt, Breslau 1924). Schon aus dem Titel ist zu ersehen, daß sich dieses Buch unbedingt mit geopolitischen Fragen beschäftigen muß. Tauchen diese bereits in dem weltwirtschaftlichen Teil in größerer Anzahl auf, und werden hier mit Skizze und statistischem Material unterstützt, so gibt der zweite Teil, die „Politische Erdkunde“, jene systematische Grundlage, die für jedermann und in der Schule insbesondere so überaus wichtig ist für jegliches geopolitische Denken. Aus Inhalt und Anordnung ist deutlich zu ersehen, daß Supan's „Leitlinien der politischen Geographie“ und Ratzel's „Politische Geographie“ die Grundlage für diese systematische Übersicht gebildet haben und hier in einer für die Schule und den Schüler klar verständliche Form auseinandergesetzt werden. Kleine sehr instruktive Skizzen unterstützen den Inhalt.

Das ausgesprochene Zweckziel, in der Schule die politisch geographischen Grundlagen zu geben, verfolgt das von Dr. Friedrich Littig und Dr. Hermann Vogel herausgegebene Büchlein (Neunter Teil der Fischer-Geistbeck'schen Geographie für höhere Lehranstalten) „Die geographischen Grundlagen der Staatenbildung und weltpolitischer Fragen mit besonderer Beziehung auf Deutschland“ (Verlag R. Oldenbourg, München). Von der Systematik Reinhard's unterscheidet es sich durch die Konzentration auf den Begriff des Staates allein. Kjellen's Einflüsse vom Staat als Lebensform sind offensichtlich. Der Lebensraum in seiner allseitigen geographischen Bedingtheit wird einer klar übersichtlichen Analyse unterzogen und ebenso der Begriff des Staatsvolkes in seinem Verhältnis zum Lebensraum: Besitzergreifung des Lebensraumes, Entstehung der Kulturlandschaft, Entwicklung des Verkehrs usw. Wir sehen das entwickelnde lebensvolle Prinzip, keine trockene Systematik. Damit ist die

Frische und Lebendigkeit des Unterrichts gewährleistet und die Erreichung des Zieles gesichert. In einem besonderen Teil wird Deutschlands weltpolitische Stellung innerhalb der übrigen Großstaaten analysiert. Hier also eine erste großangelegte geopolitische Übersicht. Es darf behauptet werden, daß den Verfassern der Wurf gelungen ist, und daß sie mit ihrer lebensvollen Darstellung ein Wesentliches für die geopolitische Erziehung der deutschen Jugend getan haben.

Von den ausgesprochenen und im Schulunterricht gebräuchlichen erdkundlichen Lehrbüchern liegt eine stattliche Reihe vor, und es dürfte nicht leicht sein, sie bis ins einzelne auf die Frage hin zu untersuchen, wie weit sie die geopolitische Erziehung fördern. Im Grunde genommen zieht sich diese Tendenz mehr oder minder durch alle hindurch. Dieses oder jenes hebt sie besonders stark hervor. In erster Linie dürften die Oberstufenteile der drei führenden Lehrbücher, der E. v. Seydlitz'schen Geographie für höhere Lehranstalten, die A. Supan'sche Schulgeographie herausgegeben von Dr. Lautensach und die Fischer-Geistbeck'sche Erdkunde für höhere Lehranstalten herausgegeben von Dr. Otto und Dr. Bitterling zu betrachten sein. Es liegt in der Natur der Sache begründet, wenn die geographischen Lehrbücher das statische Moment der politischen Geographie in erster Linie betonen. Hatten wir schon in der Reinhard'schen Systematik den gleichen Vorgang vor uns, so hier in ähnlicher besonders in dem Seydlitz'schen Lehrbuch. Auch hier ein besonderer Teil der allgemeinen Staatenkunde mit all' den Grundfragen der Politischen Geographie. Daneben eine Übersicht der Wirtschafts- und Kulturkreise, in denen, wir wollen es hoffen, in dem zu erwartenden Neudruck vielleicht doch noch kräftiger das geopolitische Moment betont wird. Lautensach's neubearbeitete Schulgeographie von Supan zeigt eine wesentlich tiefer dringende Tendenz. Die ausgesprochene Systematik ist aufgegeben. Dafür tritt eine ineinander greifende Betrachtung nach Landschaftsgürteln, die schließlich in einer zusammenfassenden Übersicht des Erdballs unter der Herrschaft der Europäer mit Einzelbetrachtung der politischen Weltkarte von heute und den Weltwirtschaftsbedingungen übergeht zu einer knapp umrissenen Darstellung Deutschlands und des gesamten Deutschtums. Diese Anordnung entspricht den Forderungen der neuen Lehrpläne, und wenn in ihr die wirtschaftsgeographischen Betrachtungen vorherrschen, so werden sie doch in engste Beziehungen zu einander und vor allem zu den geopolitischen Kraftlinien und Kraftfeldern gesetzt. Damit ergibt sich in dieser kausalen Verknüpfung der Wirkungsräume und der Wirtschaftsbewegungen eine entwickelnde Anschaulichkeit der Ergebnisse, die dem Schüler das Verstehen geopolitischer Vorgänge um ein Bedeutendes erleichtern. Das von Dr. Otto und Dr. Bitterling herausgegebene Werk liegt in seinem ersten Teil vor. Und

dieser erste Teil umfaßt in der Hauptsache die allgemeine Erdkunde bis einschließlich die anthropogeographischen Gebiete. Es ist somit schwer zu beurteilen, wie weit die Verfasser die Gebiete der politischen Geographie behandeln werden. Was in der Anordnung des Inhalts über den Menschen und den Erdraum gesagt wird, ist in der zusammenfassenden Weise nach Kulturkreisen angeordnet, und hier allerdings zeigt sich als Unterstrom immer wieder die geopolitische Grundströmung, die in ähnlicher Weise wie bei dem Lautensach'schen Werke, die kausale Verknüpfung der menschlichen Bewegungen im Land- und Lebensraum aufzudecken versucht. Naturgemäß ergibt sich auch hier eine Systematik wie bei den andern Lehrbüchern. Aber auch hier keine kalt abstrahierende, sondern eine aus dem Raum entwickelnde Form, die den Schüler zum Denken anregt und ihn in geopolitischem Sehen schult.

Die Mittelstufen der genannten geographischen Lehrbücher bevorzugen die darstellende Form der länderkundlichen Betrachtung. Erinnern wir uns daran, was über den Zeitpunkt der geopolitischen Erziehung gesagt worden ist, so darf es uns nicht Wunder nehmen, wenn die Mittelstufen weniger oder gar nicht das geopolitische Moment pflegen. Indes sind wir der Ansicht, daß dem Untersekundaner sehr wohl schon geopolitische Probleme nahegebracht werden können, und er ihnen unbedingt Interesse entgegenbringen wird. Es wird nur auf die Art der Unterweisung ankommen. Bei den rein arbeitsunterrichtlich eingestellten Lehrbüchern besteht die Möglichkeit, geopolitische Fragen in proprädeutischer und entwickelnder Form zu behandeln. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend werden in dem von Dr. Muris, Dr. Scheer und Dr. Maywald herausgegebenen „Erdkundlichen Arbeitsbuch“ Teil III Mitteleuropa (Ferdinand Hirt, Breslau 1926) schon die geopolitischen Belange der deutschen Westlande, Nordschleswig's, vor allem aber Ostpreußen's, Schlesien's, des polnischen Korridors in leicht verständlicher Frageform, unterstützt durch gute Skizzen, entwickelt. In gleicher Weise werden in dem Teil „Außereuropäische Erdteile“ die einzelnen Großräume wirtschafts- und geopolitischer Bewegungen in ihren Grundzügen im Sinne geopolitischer Erziehung entwickelt. Eines ist aber all' den Lehrbüchern eigen gegenüber der früheren Art, die sich mit den reinen Tatsachen begnügte. Es werden die wirtschaftspolitischen Kraftlinien der Staaten aufgedeckt und damit die Quellen jeglicher geschichtlicher Bewegung entwickelt, so daß dadurch der Schüler geopolitische Zusammenhänge sehen oder doch ahnen lernt. Denn letzten Endes kommt es ja auf dieses Empfinden und Ahnen geopolitischer Bewegung an. Die Beschreibung der abgelaufenen Bewegung hat ja nur belehrenden Zweck. Wichtig ist die Entwicklung des geopolitischen Sinnes, der bei ausreichender Kombinationsgabe imstande ist, die Möglichkeit geopolitischer Vorgänge zu

erkennen und ihre Entwicklung rechtzeitig zum Wohle seines Staates auszunutzen.

Wenden wir uns jetzt dem Geschichtsunterricht zu. Ihm fällt mehr denn jedem anderen Unterricht die Beobachtung der geschichtlichen Bewegung zu, und gerade dieses Moment ist ja das Wesenselement der Geopolitik. Es kommt nun darauf an, von welchem Standpunkt man die Bewegung sieht. Die Geschichtslehrbücher alten Stils referierten die Tatsache. Pragmatische Geschichtsbetrachtung war Trumpf. Ging man den kausalen Zusammenhängen nach, so versuchte man sie durch Einfühlen in die Psyche der handelnden Personen zu erfassen. Es war schon ein beträchtlicher Fortschritt, wenn auch wirtschafts-politische Momente in Betracht gezogen wurden. Aber eins vermißte man vollständig: Die geographische Bedingtheit der geschichtlichen Bewegung und damit den Zusammenklang von Raum und Mensch. Gerade das, was den Wesenswert der Geopolitik ausmacht, das fehlte ganz. Da kam der große Lehrmeister, der Krieg. Wir erkannten die Mängel unserer politischen Erziehung und sahen uns hochwertig politisch und geopolitisch denkenden Gegnern gegenüber. Nun galt es nachzuholen und aufzuholen. Wissenschaft und Schule begannen sich umzustellen. Ein Werk, wie das von Vogel „Das neue Europa“ ging bahnbrechend in der Auffassung des geschichtlichen Vorganges voran. Stegemann's „Kampf um den Rhein“ und Wentzke's „Rhein-kampf“ setzten die Richtung fort. Die Schule durfte nicht zurückbleiben. So begann auch in die geschichtlichen Lehrbücher das geopolitische Denken einzudringen. Nun hatte die politische Umwälzung in Deutschland gerade für die geschichtlichen Lehrbücher eine umwälzende Folge. Die alten Lehrbücher verschwanden mit einem Schlage von der Bildfläche. Jahrelang dauerte es, bis die ersten neuen Werke erschienen. Dann aber setzte eine Hochflut ein, die bis heute noch vorhält und beängstigend wirkt. Es darf infolgedessen auch nicht erwartet werden, daß wir hier jedes einzelne neue Geschichtsbuch einer geopolitischen Durchsicht unterziehen. Im Grunde genommen sind es leider nur recht wenige, die das geopolitische Moment deutlich hervortreten lassen, und eigentlich nur ein einziges, das konsequent darin vorgeht. Und darum sei es an erster Stelle genannt.

Es ist dies die Geschichte für höhere Schulen von Dr. Walter Gehl (Ferdinand Hirt, Breslau 1926).

Schon auf den ersten Blick unterscheidet es sich von allen übrigen Lehrbüchern durch die große Anzahl in den Text eingefügter geopolitischer Skizzen. So z. B. um nur aus dem vierten Teil, der Oberstufe, einige wenige zu nennen: Belgien als Hüter der Scheldepforte (S. 44); Preußens Hineinwachsen in Deutschland und sein Weg ans Meer (S. 76); das Zusammenwachsen des britischen Reiches (S. 108); der Imperialismus der Vereinigten

Staaten (S. 110); die britisch-russische Reibungszone in Vorderasien (S. 117) und so fort. Keine noch so lange textliche Abhandlung dürfte lehrreicher und überzeugender wirken als eine dieser kleinen und übersichtlich ausgeführten Skizzen. Und darin liegt die besondere Stärke des Gehl'schen Geschichtsbuches, daß es die geschichtliche Bewegung in engsten Zusammenhang mit dem Raum bringt. Selbstredend, daß die geschichtliche Persönlichkeit, sei es das Individium oder das Volk, ihre volle Berücksichtigung in psychologischer Hinsicht erhalten, aber überall und immer ist der Verfasser darauf bedacht, Individium und Volk in ihrer geschichtlichen Entwicklung in Zusammenklang mit ihrem Lebensraum zu bringen. Selbst nicht Geograph vom Fach, zeigt der Verfasser ein so feines Einfühlungsvermögen allen politisch geographischen Belangen gegenüber und versteht es auf dieser Grundlage, die geopolitischen Kraftzentren in eindrucksvoller Form dem Schüler nahezubringen. Auch hier nur einige wenige Beispiele: „Heinrichs IV. Ziel war, Sachsen und Franken zu verbinden durch die Herrschaft über das westöstliche Durchgangsland des Thüringer Beckens. Mit der Verbindung von Thüringen und Harz versuchte er Deutschland von dieser natürlichen zentralen Festung aus zu beherrschen“. Ich habe vergeblich versucht, in anderen Geschichtsbüchern eine ähnliche geopolitische Erklärung zu finden für das eigenartige Verhalten dieses Kaisers aus fränkischem Stamme den Sachsen gegenüber, der mit politischem Weitblick die Wichtigkeit des zentral gelegenen natürlichen Bollwerks für die Einheit des Reiches erkannt hatte. In den älteren Geschichtsbüchern hat man für diesen Umstand entweder keine Erklärung zu finden vermocht, oder mit irgendwelchen fadenscheinigen psychologischen Momenten operiert, denen keinerlei Beweiskraft innewohnte. Kein Wunder, wenn dem Schüler unter solchen Umständen jegliches Verständnis fehlte für die geschichtliche Entwicklung in ihrer vorherrschenden Bewegungsrichtung oder für die geschichtlichen Tatsachen, die einzig und allein aus der Beschaffenheit des Raumgebietes zu erklären waren. So kann es uns nun im Gehl'schen Geschichtsbuch nicht wundernehmen, wenn alle Vorgänge am Rhein zwischen Römern und Germanen, sei es das kriegerische Zusammenprallen oder die koloniasatorische Besitznahme und Festigung des eroberten Raumes ganz ausschließlich aus diesen politischen geographischen Gesichtspunkten her erschaut werden und das Rhein- und Alpengebiet für diese Zeitphase zu einem einzigen gewaltigen geopolitischen Kraftfeld wird. Und in noch stärkerem Maße wirkt sich diese Einstellung des Verfassers bei der Neuzeit und neuesten Zeit unseres Zeitgeschehens aus, wo sich die Entwicklung der imperialistischen Bestrebungen aller europäischen Staaten um die Wende des 20. Jahrhunderts in solchen geopolitischen Kraftlinien wie die Bagdadbahn, der Indienweg u. a. und in Kraftfeldern äußert, die heute noch in fort-

dauernder Entwicklung zu geschichtlichen Aufläufen stehen, wie sie uns K. Haushofer z. B. für den pazifischen Ozean so überzeugend entworfen hat. Alles in allem ist das Gehl'sche Geschichtsbuch in dieser seiner geopolitischen Einstellung das konsequenteste, und in dieser Hinsicht wird es von keinem anderen nur annähernd erreicht. Wir haben die in unseren Schulen gebräuchlichen Geschichtslehrbücher auf diese Zielsetzung hin durchgesehen. Keines vertritt auch nur annähernd den geopolitischen Standpunkt so ausschließlich. Gewiß, für das neueste Weltgeschehen, da tritt hie und da die Anregung durch neuzeitliche geopolitische Schriften etwas hervor. Für die Zeiträume des Mittelalters oder des Altertums aber versiegt diese Quelle so gut wie ganz. So hat Kurt Gerstenberg für das von A. Reimann herausgegebene Geschichtswerk für höhere Schulen (R. Oldenbourg, München) einen Nachtrag mit Skizzen für die Neuzeit von 1648 bis zur Gegenwart geschaffen, und darin eine Reihe geopolitischer Fragen gestreift. Aber gerade dieses Büchlein zeigt die Mängel in krasser Weise, denn die meisten der Skizzen sind nicht geschichtlicher oder geopolitischer Natur, sondern rein geographischer, vor allem wirtschaftsgeographischer Art. Der Historiker erlaubt sich hier Übergriffe in das Gebiet der Erdkunde, die dem Geschichtsunterricht sicher keine Vorteile einbringen dürften.

Wir haben versucht, einen Überblick über den Stand der Erziehung zu geopolitischem Verständnis in der Schule zu geben. Wir sind uns bewußt, daß dieser Überblick nur in allgemeinen Zügen gegeben werden konnte. Aus eigener Erfahrung dürfen wir hinzufügen, daß im Kreise der Erdkunde und Geschichtslehrer das Streben nach Erziehung in geopolitischem Sinne ganz allgemein ist, und daß die Schriften, die in dieser Hinsicht von den bekanntesten Geopolitikern der Neuzeit erschienen sind, anregend und fördernd auf die Schule gewirkt haben. Somit können wir getrost in die Zukunft sehen in der Hoffnung, daß unsere kommende Generation von jung auf zum Verständnis geopolitischer Vorgänge erzogen wird und damit das Einfühlungsvermögen für politische Geographie und Geopolitik erhält.

KARL HAUSHOFER:

LITERATURBERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Fünf Neueingänge von hervorragender geopolitischer Bedeutung über lebenswichtige Teile des indopazifischen Gebiets machen die Wahl der Empfehlung an erster Stelle diesmal schwer: Wladimir K. Arsenjew: „Russen und Chinesen in Ostsibirien“, sehr gut übersetzt von Franz Daniel. A. Scherl, Berlin 1926. 103 Abbildg., 1 Karte,

Georges Soulié de Morant: „Extraterritorialité et Interêts Etrangers en Chine“, mit einer Vorrede von St. Pichon, dem früheren Außenminister, und

Georges Dubarrier: „La Chine Contemporaine politique et économique“, beide Paris 1925 und 1926 in dem bekannten Orientalisten-Verlag Paul Genthner erschienen,

W. A. R. Wood: „A History of Siam“, London 1926 bei Fisher Unwin, mit 13 gut, aber heterogen gewählten Bildern, und einer leider zu kleinen Karte, endlich

J. A. Spender: „The changing East“, Cassell & Cie., London, Toronto, Sidney 1926, ein Reisebericht von hervorragendem Beobachtungswert.

Wenn wir das Buch von Arsenjew voranstellen — trotzdem es eigentlich im Titel irreführt, da es sich nicht mit ganz Ostsibirien, sondern nur mit der wichtigsten bevölkerungspolitischen Frage Nordasiens eigentlich rein örtlich im russisch-pazifischen Küstenland auseinandersetzt —, so tun wir es deshalb, weil die Frage, wer in Ostsibirien rassenstärker sein wird, Russen oder Chinesen, uns die Schicksalsfrage des ganzen Riesenraumes zwischen dem nördlichen Eismeer, dem Pazifischen Ozean und dem Yangtsetal zu sein scheint.

Von ihrer Beantwortung wird nicht nur die Zukunft Chinas, sondern auch die des japani-

schen Reiches, der Mongolei, von Turkestan und Tibet, also von reichlich einem Drittel des uns in der „Geopolitik“ zur Beobachtung anvertrauten Erdraums abhängen; und Arsenjew gibt, mit großer Ehrlichkeit beobachtend, zwar nicht zusammenfassend, aber ein Mosaikbild wertvoller Werkstücke liefernd, ganz ausgezeichneten Beobachtungstoff für diese Antwort. Er zeigt, mit welcher Begabung sich die chinesische Rasse den nordischen Lebensbedingungen der Taiga, des Urwalds im Amurland, anpaßt, wie die so oft als überzüchtet verschrieenen Menschen auf schwierigem Kolonialboden die ganze Daseinskraft primitiver Rassen entfalten, während wir auf der andern Seite viele Proben dafür besitzen, daß dem Russen die gleiche Anpassungsfähigkeit südlichen und ozeanischen Lebensbedingungen gegenüber fehlt — die der Chinesen auch besitzt. So wird Arsenjew sehr wider Willen zu einem Zeugen für die größere Universalität der Chinesen!

Seit General Unterbergers Siedlungstätigkeit im Amurland haben wir keinen Zeugen mehr von gleichem Gewicht vernommen wie Arsenjew. Dies allein würde seine Werke unsern Lesern dringend empfehlen, selbst wenn sie nicht ganz vortreffliche Typenschilderungen chinesischer wie palaeoasiatischer und kolonialrussischer Gestalten, der „Ginseng“-Gewinnung, Bilder der Tierwelt des ostsibirischen Urwaldes und der Taiga, der Eigenart der Siedlung hin- und her zu geliefert bekämen. Dieses Buch „Russen und Chinesen in Ostsibirien“ gibt Wissen und Schauen aus erster Hand, ist ein geopolitisches Urzeugnis; bei aller Nichtachtung historischer und geographischer Methoden eine erstklassige Leistung, wenn es in solchen Fällen zunächst gilt, dem Leser das ungeschminkte Bild des

Erdräume und der darin um ihn kämpfenden Rassen zu geben, so wie sie wirklich sind, ohne Appretur und Schminke, in einem furchtbaren und dabei doch manchmal in seiner schicksalhaften Art fast gemütlichen Kampf ums Dasein.

So sehr wir überzeugt sind, daß auf die Dauer später einmal Ostasien wieder eher bis zum Baikalsee und zur Lena reichen wird, als Rußland und die Sowjets zum Pazifischen Ozean, und deshalb Arsenjew sehr gegen seinen Wunsch eher als Tatzeugen für die Rückbildung des russischen Imperialismus ansehen, wollen wir doch dem Leser nicht vorgreifen, nur das eine sagen, daß er Arsenjew bei seiner Urteilsbildung über nordostasiatische Zustände nicht entbehren kann.

Die Chinabücher von Soulié de Morant und Dubarbier wurden leider der „Geopolitik“ nicht zugesandt; sie seien deshalb, während ich anderwärts über sie berichte, rühmend erwähnt als wertvolle Zeugnisse der Zeitgeschichte gerade zur rechten Stunde, nur leider nicht dicht genug an die Bedürfnisse des Tages herangeführt.

Eingehender ist aufmerksam zu machen auf W. A. Wood: „A history of Siam“. Eine Geschichte von Siam in neuzeitlicher Fassung, dicht an die Gegenwart herangeführt, war ein dringendes Bedürfnis. Die Aufgabe konnte nur von einem geschichtlich wohl unterrichteten, in der Erdkunde geschulten und zugleich seit Jahren im praktischen Leben des Landes und in Kenntnis seiner Sprache stehenden Mann gelöst werden. Dieser Kreis möglicher Urheber war aber unwahrscheinlich klein. Der Generalkonsul in Chiengmai war der rechte Mann dafür, in seinem Amtssitz gerade da, wo sich der Nordwestzipfel Siams wie eine ausgestreckte Hand zwischen Birma und Indochina dem südchinesischen Yünnan entgegenheben will, wie eine Geste zur Wiedervereinigung homogener, durch Fremdgewalt getrennter Kulturen.

Wood erfüllt sehr gewandt die ungemein fesselnde Doppelaufgabe eines allgemein einrührenden Standwerks auf der einen Seite, auf

der andern eines geopolitisch zweckbestimmten Führers zur Beeinflussung des dargestellten Landes, zur dauernden Wendung seines „Gesichts“ — von China, seinem ursprünglichen Oberhoheitsreich hinweg, den überseeischen Erschließern und dem noch von ihnen beherrschten indischen Lebensraum zu!

Dennoch ist (vgl. S. 52 u. 53) die gegenseitige Abhängigkeit der chinesischen und siamesischen Selbstbestimmung voneinander, das Zusammenarbeiten beider Lebensformen gegen gemeinsame Bedränger von Burma und Cambodja aus gelegentlich mit historischer Treue herausgearbeitet. Es ist natürlich, daß in dem beständigen Kampfrythmus zwischen den drei großen potamischen Staaten Hinterindiens und vielen kleinen, bald feudalen, bald selbständigen Zwischenbildungen in dem neben den großen Stromtälern reichlich verschachtelten, verkastelten Raum der mittelste, vielleicht klimaweichste, Siam, am meisten gelitten hat, daß Siam sich seiner Selbständigkeit nur erfreute, wenn die andern mehr ozeanischen Reiche von außen her bedrängt wurden oder China von Norden helfend durchgriff. Klar wird daraus die Rolle der britisch-französischen Abschnürung Siams von China, wenn sie auch der wirtschaftlichen Chineseneinwanderung wenig Abbruch tat. Ein anderer Leitrythmus der siamesischen Entwicklungsgeschichte hängt wie in Burma mit der an- und abschwellenden Vitalität des Buddhismus zusammen. Manchmal sind leider (S. 81) geopolitisch höchst wichtige Beobachtungen in knappen Anmerkungen verwiesen, während die genaue Bekanntschaft mit siamesischen Quellen, namentlich mit Prinz Damrongs Geschichte von Siam dynastische Einzelheiten in flutender Breite bringt. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es sich hier um gewollte Darstellungen handelt, wie bei den ähnlichen im früheren China, wie heute noch in Japan. Die interessante Grundbesitzregelung König Trailaks nach dem Grade der Leistung an den Staat mit einer Basis von 10 Acres (4 ha! — Monsunlandschaft mit be-

deutenden Niederschlägen, in reichen Schwemmböden!) (S. 85) hängt mit dieser dynastischen Leitauffassung zusammen, denn staatlicher Dienst wird hier mit Königsdienst gleichgesetzt. Dieses Zusammenhängen von Land und Rang endete praktisch erst unter Chulalongkorn, theoretisch besteht es noch heute, hielt sich also noch länger als in Japan, wo auch noch bis zur Meiji-Ära alles Einkommen staatssozialistisch auf Reisrenten aufgebaut war. Dann folgt das wenig rühmliche Intrigenspiel zwischen Briten, Franzosen und zeitweilig Niederländern um Hinterindien, in dessen Ablauf die Außenlandschaften Siams von Südwesten her durch das britische Reich, von Osten durch die Franzosen abgeschnürt werden, bis nur mehr das Kerngebiet, im wesentlichen das Menamtal bleibt. Eine Darstellung der neuesten, namentlich der Eisenbahngeschichte von Siam wird am Schluß in Aussicht gestellt: Alles in allem haben wir endlich eine zeitgemüße Geschichte des einzigen noch selbständigen hinterindischen Staates, die uns bisher fehlte.

Viel freier als der durch seine Stellung selbstverständlich gebundene britische Generalkonsul in Chiengmai geht mit seinem persönlichen Urteil heraus J. A. Spender in seinem Buch: „The Changing East“. Es umfaßt die neue Türkei, Ägypten und Indien, leider nicht auch den Fernen Osten, und betrachtet sie alle drei unter dem zuerst so vielfach perhorreszierten Gesichtspunkt des Auftriebs zur Selbstbestimmung, der in Wirklichkeit ein recht brauchbarer Vergleichshorizont ist. Spenders Beobachtungen, ursprünglich für die Westminster Gazette 1925 und im Frühjahr 1926 niedergeschrieben, sind von herzerfrischender Offenheit und großer Vorurteilslosigkeit, vom Wunsch geleitet, selber zu sehen, was wirklich ist, auch wenn es den heimischen Leser sehr unangenehm berührt, und es ihm dann ungeschminkt zu zeigen. So kommen unter andern strichsichere Skizzen von Kemal Pascha, ägyptischen Volksführern, von Gandhi und Tagore zustande, die doch den be-

kannten manchen neuen anthropogeographischen Zug hinzufügen. Das Problem: Konstantinopel (S. 9, 10 u. 33 ff.) wird mit wenigen Strichen gut gezeichnet; „der Fremde hat das Schutzdach der Kapitulationen verloren und war dem vollen Blasewind türkischer Gesetze und Verwaltung ausgesetzt . . .“. Das änderte natürlich etwas an dem Behagen des „alten Sündennestes am Bosphorus“; dem strengen Angoramann ist es jedenfalls „ein Nest von Vipern“, das man am besten verbrennen würde! Ganz anders ist die Einstellung der Jung-Ägypter zu Alexandria und Kairo, die sie als Zentren steigenden Wohlstandes schätzen, von denen sie nicht im Traum daran denken, sie als Schwerpunkt des Landes zu verschieben.

Neben den ägyptischen Kapiteln haben natürlich die indischen für uns den höchsten Augenblickswert, während vielleicht die türkischen die historisch reifsten sind.

Bei aller Deutlichkeit, mit der wir zuweilen die „Veränderung des Ostens“ und vor allem das Schwinden der Herrenstellung weißer Kolonialvölker darin infolge ihrer Selbsterfleischung durch den Weltkrieg zeigen mußten, haben wir nie die Glanzleistungen der durch Selbsterziehung an großen Räumen vorbildlichen britischen Kulturpolitik, namentlich in Indien, übersehen lassen.

Zu ihnen gehört, trotz der Schmalheit ihrer inhaltschweren Bändchen, die „Heritage of India“-Serie der Association Press, Calcutta (Oxford Press i. Eur.) J. M. Macphail: „Asoka“, greifen wir heraus, weil wir wissen, welchen starken Einfluß auf die Erneuerung der Nationalempfindung das Wiederaufleben guter Lebensbilder großer Inder, wie Akbar, auch noch lebender, wie Tagore, und längst zu den Schatten gewanderter, wie des Mönch-Kaisers Asoka gehabt haben. Freilich geht die Sammlung in erster Linie darauf aus, nach großen religionsphilosophischen, sprach- und kunstwissenschaftlichen Gesichtspunkten zu arbeiten. Aber dabei muß sie doch in diesem Fall z. B. das große und geschlossene Maurya-Reich schildern, in dem auch

der indische Nationalismus eine der ersten beglaubigten Reichsbildungen auf indischem Boden in strahlendem Lichte weitgespannter Selbstbestimmung und edler Frühkulturblüte erblickt. Macphail muß eine gewisse Ordnung in das Geschichtsbewußtsein des indischen Lebensraumes bringen, muß Asoka seinen Platz im Rahmen der Weltgeschichte anweisen (Kap. VI — nebenbei ein Kabinettstück vergleichender Geschichtsbetrachtung zwischen Ost und West): kurz, es muß ein Teil von jener Arbeit geschehen, wie sie die deutsche Kultur für so schlechten Dank an den Völkern Zwischeneuropas und den Russen verrichtet hat.

Und hier sind die geopolitischen Gesichtspunkte, weshalb wir unsere Leser auf diese Bändchen aufmerksam machen: Asoka; Akbar; Gotama Buddha; Coins of India; Rabindranath Tagore, his life and work; Hindi Literature; Music of India; Indian Painting; die Sprachgeschichten. Sie können eben hier tatsächlich Ausgangspunkte für eine Ordnung des indischen Problems im eigenen Weltbild gewinnen, von denen aus sie natürlich zu ernsteren und umfangreicheren Quellen fortschreiten müssen. Aber um Anfänge zu machen, eignet sich die *Heritage of India*-Serie trefflich.

E. Reche: „Tangaloo. Ein Beitrag zur geistigen Kultur der Polynesier.“ München-Berlin, Oldenbourg, 1926.

Die „Geopolitik“ hat schon einmal E. Reche zu ihren Lesern über die Wesensart und geistige Kultur der Polynesier sprechen lassen, einen der wenigen, die sich — mit genialer Fähigkeit zur Einfühlung in die „Weitenmenschen“ der ozeanischen Inselwelt — der fast hoffnungslosen Aufgabe widmeten, diese uralte, aber dem kleinräumigen Mitteleuropäer wesensfremde, aus den Weiten des Meeres gegenüber den winzigen begrenzten Landflächen notwendig pantheistische Kultur und Seelenstimmung dem „Festlandmenschen“ begreiflich zu machen. Das Anstreben dieser Aufgabe hätte zu den ersten Vorbedingungen des Festhaltens eines erdteilgroßen

Inselreichs in der Südsee gehört, das dem deutschen Volk fast ein Menschenalter beschieden war, das leider nur von so wenigen verstanden wurde — zu denen Reche gehört —, daß sein Verlust der deutschen Masse Mensch gar nicht zum Bewußtsein kam; als einer der größten, die ihr überhaupt angetan wurde, als Verlust der Möglichkeit zu raumweiter Erziehung, zur Überwindung ihrer Heimatenge mit ihrer ewigen Katzbalgerei.

Die drei Seiten Begleitzeilen, die der Verlag dem Buche mitgegeben hat, sind — im Gegensatz zu den üblichen Waschzetteln — eine Südsee-Philosophie in nuce, gleichzeitig auch eine vielleicht ungewollte Rechtfertigung geopolitischer Betrachtungsweise, wie wir sie nicht besser finden könnten. Uns fehlt leider zu ihrem Abdruck der Raum. Aber wir können „Tangaloo“, das „Wesen der Welt“, wie es der „Tangata“, der „Meermensch“, der Ozeanbestimmte, sich vorstellt, nur als eine der feinsten und edelsten Nachblüten unsrer verlorenen Kolonialbetätigung in der Südsee unsern Lesern empfehlen; wir können sie bitten, sich vorzustellen, was — nach solchen Spätblüten! — diese ozeanische Ergänzung der deutschen Engräumigkeit für alle ihre kosmopolitische, aber unwirkliche Träumerei hätte werden können, und wie brennend der Verlust dieser einzigartigen Kulturergänzungsmöglichkeit auf der Seele der Wissenden liegt. Außerordentlich gewinnt man an Verständnismöglichkeit für „Tangaloo“, wenn man vorher eine kurze sachliche Schilderung unseres alten Südseereiches, etwa im Koloniallexikon liest. Der Übergang zu verwandten japanischen Vorstellungen, auch zu Laotse liegt nahe, denn im Problem Reches steckt das ganze Problem des Ringens zwischen pazifischer und atlantischer, zwischen Grenz- und Randbestimmter und ozeanischer Weitenkultur.

In originalen Südseebast gebunden, als eigenwillige literarische Leistung nach dem durch Stevensons Tod freigewordenen Lorbeer der Südseeschilderung greifend, legt

Sigfrid Siwertz das Südseebuch eines Schweden: „Unter dem Gluthimmel der Tropen“

vor; es ist — von Rhea Sternberg mit dem ironischen Reiz der Urschrift übersetzt — die Nebenfrucht eines Filmunternehmens. 181 Abbildungen, leider keine Karte, bereichern den schon in der schriftstellerischen Darstellung außerordentlich lebendigen und farbigen Eindruck.

Hier ist beobachtet und wieder beobachtet. Wir verzeichnen gern auf S. 133 „Irgendwelcher Haß gegen die Deutschen läßt sich hier (Samoa) nicht entdecken, eher das Gegenteil. Sie müssen also das nahe gelegene Samoa gut verwaltet haben, so lange es in ihrem Besitz war.“ Oder wir heben (S. 162) eine der hübschesten, schulbuchwürdigen Darstellungen vom Zauber eines großen Korallenriffs hervor, so viele es deren schon gibt. Wie treffend sind auf Seite 168 und 169 ausgezeichnete Beobachtungen über die Zukunft von Fiji gegenüber Hawaii mit Vorhersagen über die pazifische Entwicklung verknüpft, wie scharf ist Australien (S. 216) als „das Land der Leere“, das Land des Zweifels der weißen Rasse an sich selbst, der „Erdeil ohne Geschichte“ gezeichnet.

So enthüllt S. Siwertz fast auf allen Seiten die große Gabe des Sehens ohne Befangenheit, des Durchschauenskönnens des Scheins der Dinge auf den Kern des Wesentlichen, bei aller Anmut des Stils, darin etwas an seinen skandinavischen Landsmann J. V. Jensen erinnernd, von dem auch einige der besten Schilderungen des Malaien mit seinem „virilen Adel“, des Japan von heute, des westöstlichen Gegensatzes im pazifischen Meere stammen, die ich kenne.

„Der Kapitän, der lange in Schweden gelebt hatte“, antwortet auf die besorgte Frage, „wie es unten im Stillen Ozean um die kalten Platten stehe“, „daß die Südseeeinseln das Hors d'oeuvre der ganzen Welt wären — einige hundert Sorten“. Aber, wie diese Sorten dann geschildert sind,

das gibt nicht nur dem Genießer, sondern auch dem geistigen, wissenschaftlichen Arbeiter neue Werte und Bereicherung seines Wissens von der Südsee.

Mehr die äußerliche Seite dessen, was unser Südseereich für Deutschland bedeutete, schildern im Geiste volkstümlicher Erzählliteratur einige Erinnerungen von Seeoffizieren:

Max Fleck: „Mit S. M. S. Seeadler in der deutschen Südsee 1899—1900“. Köhler u. Amelang, Leipzig 1926, in der Reihe: Deutsche in aller Welt. Abenteuer und Leistungen Deutscher im Auslande (einem sehr verdienstlichen Anlauf), und

Paul Ebert: „Südseerinnerungen“. Köhler, Leipzig.

Im Weitergeben der eigenen Eindrücke aus weiten Räumen und glücklichen Tagen erdumspannenden Erlebens liegt eine vornehme Ehrenpflicht gerade für unsre ehemaligen Seeoffiziere, mit dem Ziel, ihr weiteres Raumgefühl an künftige Geschlechter zu vererben. Wenn solche Erinnerungen durch gute eigene Aufnahmen verstärkt, ergänzt und vertieft werden, so erfüllen sie neben dem Zweck anregender Unterhaltung auch den politischen Erziehung. Aus gleichem Grunde begrüßen wir die anmutig ausgestattete und handliche Neuausgabe des Verlags Buchenau u. Reichert von Robert Louis Stevensons: „In der Südsee“.

Bd. I und II. Deutsch von Marguerite Thesing.

Im ersten Band ist es namentlich das furchtbare Kapitel 5: Entvölkerung, das in diesem Werk schönen Schrifttums mehr politische und soziologische Wahrheit aus erster Hand bringt, als viele dickleibige Werke aus zweiter; oder es sind jene zwei Seiten 96 bis 98, die eine himmelschreiende Schuld der französischen Kolonialverwaltung in ihrer heimlichen Beteiligung am Opiumhandel und einen schwer übersteigbaren Gipfel von Heuchelei enthalten, die unsre Aufmerksamkeit erregen. Auch eine Karte ist erfreulicherweise dem II. Bd. beige-

geben. Ausgabe und Übersetzung stehen auf seltener Höhe und schaffen hoffentlich dem glänzendsten Schilderer der Südsee auch in Innereuropa die längst verdiente Verbreitung.

Im Zusammenhang mit Schilderungen, in denen künstlerische Darstellungsweise in erster Linie, raumpolitische Erziehung erst in zweiter steht, sei auch einiger Erzählungen gedacht, in denen eine starke Unterströmung politischen Erziehungswillens sichtlich zutage tritt, weil die weitere Verbreitung solcher Arbeiten eine größere flächenhafte Vermittlung eines lebendigen Bildes von Land und Leuten bei womöglich vergleichender Betrachtung gestattet.

An erster Stelle steht hier wohl — an Wertgehalt kaum übertreffbar —

Hans Grimm: „Volk ohne Raum“, München 1926, Albert Langen,

darin die volkspolitische Leitfrage der inner-europäischen Raumnot im Gegensatz zu über-seeischer Raumweite meisterhaft zum Leitmotiv großgeschauter künstlerischer Darstellung gemacht ist.

Aber das „Volk ohne Raum“ von Grimm setzt in seinen zwei stattlichen Bänden ein schweres Ringen mit dem epischen Element des Schicksalsromans unserer Zeit voraus, der hervorragende landschaftliche Darstellungen nur so nebenbei enthält. In ganz anderer Absicht, leichtflüssiger, mehr an das Erregungsbedürfnis sich wendend, aber doch zweifellos, wie seinerzeit Filchners „Sturm über Asien“ manche Einblicke vermittelnd, ist

F. R. Nord: „Die Sichel“, Berlin 1927, Ringverlag geschrieben.

Ein solcher Versuch könnte (etwa in der Art wie Ossendowskis als Naturschilderungen trotz ihrer topographischen Angreifbarkeit ausgezeichnete, nur zu sehr ins Sensationelle hinüberbiegende Schilderungen), landschaftlich bereichert, bei der viel weiteren Verbreitung des lokalgefärbten zeitgeschichtlich stark bewegten Romans zweifellos sich das große Verdienst erwerben, das Interesse Mitteleuropas Fragen zu-

zuwenden, die es in Wahrheit näher berühren, als es zurzeit glaubt.

Die Schilderung des Schneesturms in der Gobi, der weiten, niederen in der Hauptwindrichtung geschützten Höfe des Lamaklosters setzt auch in solchen Richtungen an; dann aber geht dieses fruchtbarere Motiv zu schnell vor weit umherspringenden anthropogeographischen Schilderungen verloren, die den Stempel größerer Wahrscheinlichkeit tragen müßten, um erzieherisch wirksam zu sein.

Eine erfolgreiche Bekämpfung politischer Bestrebungen, die in Asien auf einem andern Weltanschauungsboden stehen, wird sich nur auf sehr positiven Wegen erreichen lassen: dadurch, daß man mit gleichen Mitteln eines wohlbedienten Nachrichtendienstes arbeitet und sehr viel Schweiß zutreffender Information vor den Erfolg setzt. Gerade die jungchinesische Bewegung arbeitet sehr im Lichte des Tags. Die „Canton-Gazette“ ist z. B. voll von Dokumenten dafür, und der Befehl Chiang Kai Schecks an die Südarmerie vor ihrem Vorstoß — der in ihr enthalten ist — wird in der Geschichte vielleicht einmal den ersten Befehlen Napoleons an die Armee von Italien zur Seite gestellt werden. Wir müssen also hier einfach die Forderung erheben, daß die literarischen wie belletristischen Arbeiten, die sich mit solchen asiatischen Bewegungen befassen, mindestens auf die Höhe der auf dem Sowjetstandpunkt stehenden Schriftstellerei gehoben werden.

Kinder dieses Geistes, wenn auch in sehr verschiedenem Gewande sind z. B.:

Arthur Holitscher: „Das unruhige Asien“.

Reise durch Indien, China, Japan. S.

Fischer Verlag, Berlin 1926; 64 Abbildungen, und

K. A. Wittfogel: „Das erwachende China“.

Agis-Verlag, Wien 1926.

Beide gehen, der erste — mit dem ganzen Glanz seiner schon an Nordamerika und Sowjetrußland erprobten Durchgeistigungskraft des Geschauten in der Darstellung — an ganz

Monsun-Asien, der andere mit seinem ganzen soziologischen auf der Übersteigerung des Marxismus fußenden Temperament an China, von der bolschewistischen Seite der Barrikade her an die selbstgewählte Aufgabe. Es ist also einseitig gesehen, was sie schildern, — aber mit der ganzen Wucht der Einseitigkeit dargestellt, aus leidenschaftlichem Mitleid bei Holitscher, aus politischer Anklageleidenschaft gegenüber dem Imperialismus bei Wittfogel verfährt, aber in den großen Umrissen wahr. Und das Letztere ist für uns das Wesentliche! Man sieht durch beide Bücher nicht nur in das dargestellte monsunasiatische und chinesische Objekt hinein, sondern vermag auch das Sowjetmilieu besser verstehen zu lernen, durch das die Auffassung beider Autoren hindurchgegangen ist, wodurch sie vielfach, aber gleichmäßig gebrochen wurde. Geopolitisch ist die Manier von Holitscher ungefähr so, wie wenn man aus einer in sehr pointillistischer Art geschaffenen Skizzenreihe landeskundliche Eindrücke zu gewinnen hätte. Vertieft man sich einmal in sie, so vermag sie von den Monsunländern in ihrem Augenblickszustand ein ähnlich wertvolles Bild zu vermitteln, wie man es etwa in der alten Tretiakow-Galerie in Moskau aus den Skizzenreihen Wereschtschagins über Zentralasien gewinnen konnte. Zu dramatischer Höhe schwingt sich die Schilderung bei dem Besuche bei Gandhi auf und offenbart mit großer Wahrheitsliebe selbst die Grenze des eigenen Verstehens gegenüber den Geistern der gewaltfeindlichen Altkulturländer, die man sich aber auch für China merken muß. Dem Wesen Japans ist Holitscher nur sehr zum Teil nahegekommen.

An diesen beiden Grenzlinien des Verstehens leidet auch die zeitgeschichtlich angeordnete Darstellung von Wittfogel, die sonst viele Einblicke gewährt, die dem bürgerlichen Darstellungswerk Jungchinas aus Mangel an Einfühlungsvermögen versagt sind. Wir müssen aber lernen, gegen das Ideenvermächtis Sun

Yat Sens gerechter zu werden, als wir es im Westen bisher sind. Die „Geopolitik“ hat dafür getan, was sie konnte. Man muß sich durch solche Bücher, wie das von Wittfogel durcharbeiten, auch wenn einem bei bürgerlicher Einstellung manches sehr peinlich in die Nase fährt, sonst sieht man eben nur „die eine Seite der Barrikade“; auf der anderen Seite sieht man — wenn auch haßverzerrt — doch beide Seiten. Das schafft nach geopolitischer Logik einen Vorsprung im Handeln für den von beiden Seiten her im Bild Befindlichen! Sehr handlich und wirkungssicher ist das kurze und übersichtliche, wirklich „führende“ Register von Wittfogel. Vergleichende Gesichtspunkte zwischen Innereuropa, Nahem Osten, Indien und Ostasien drängen sich aus dem „erwachenden China“ ganz von selbst auf, und es ist ebenso nützlich für die Doppelerkenntnis des jungchinesischen Problems, wie des Sowjetwillens, wie etwa für die Erkenntnis des Imperialismus in Ostasien und die sozialistische Einstellung zu ihm das früher schon (Geopolitik 1926, H. 11) besprochene Werk des Schweizer Sozialisten E. Reinhard.

Als eine Herausführung des chinesischen Problems aus parteimäßiger Darstellung zu seinen großen geschichtlichen und philosophischen, erdbestimmten und bodenwüchsigen Grundlagen begrüßen wir am Abschluß dieser Besprechung eine äußerst wertvolle Arbeit:

Dr. Karl Böhme: „Wirtschaftsanschauungen chinesischer Klassiker“, Hamburg 1926.

Wir stellen die in dieser — weit über den Rahmen einer Dissertation hinaus bedeutenden — Schrift angewandte Methode sehr hoch und bedauern nur, daß es keine Fortsetzung bis auf die Gegenwart gibt, die vor allem den Versuchen des Philosophen Wang im XII. Jhd. und seiner Vorwegnahme eines Teils des Sowjetexperiments gerecht würde. In solcher gegenseitiger Durchdringung geopolitischer und soziologischer Darstellung wäre eine kurzgefaßte Geschichte des bodenbestimmten Zuges

der soziologischen Entwicklung in China von höchstem Wert für unsere eigene soziologische Erkenntnis. Sie würde ohne weiteres ein Korrektiv zu den faszinierenden Darstellungen der chinesischen Entwicklung bilden, wie sie Holitscher oder Wittfogel geben, ein Korrektiv, das uns die Chinaforschung bis jetzt trotz ihren bänderreichen stattlichen Leistungen in volkstümlicher, verbreitbarer, massenwirksamer Form schuldig geblieben ist, das wir aber haben müßten, wenn wir uns nicht dem chinesischen Problem gegenüber bankbrüchig erklären wollen, was die Sowjets eben nicht tun.

Die bescheidene Frage, wieso die Mongolei ganz ohne „Raub und Gewalt“ in die Machtkreise der Sowjets gelangt ist, wird sich Wittfogel, der Deutschland nur als „verhinderten Räuber“ darstellt, gefallen lassen müssen; ebenso die andre, weshalb die Sowjets bei ihrem Idealismus in unbeweglichen und beweglichen fremden Sachen so sehr an ihrem rein durch Großkapitalismus und Wirtschafts imperialismus schlimmster Form gewonnenen Anteil an der ostchinesischen Bahn festhalten? Hier also ist ein Rest, der nicht reinlich aufgeht.

Noch größer ist er freilich bei dem amerikanischen Imperialismus, auch auf ostasiatischem Boden „dessen Geschichte erst noch geschrieben werden muß“, wie

Scott Nearing und Joseph Freeman in „Dollar Diplomacy“, New York 1926 betonen.

In diesem, Holitscher und Wittfogel nützlich ergänzendem Bande sind für den indopazifischen Bereich nur einschlägig etwa die Finanzierung der Hawaii-Revolution, das Ringen um die Mandschurei und die Eisenbahnkarte von China (v. S. 35 ab) und im Anhang der Wortlaut des Mandschurei-Memorandums (v. 1902), des Root-Takahira-Abkommens (1908), des Ishii-Lansing-Abkommens (1917), des China-Consortium-Abkommens von 1920 und des Neunmächte-Vertrags von 1922, endlich auf S. 195 bis 208 eine allerdings von Hohn

triefende kurzgefaßte Geschichte der Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den Philippinen. Am Schluß steht ein recht wertvolles Bücherverzeichnis, in dem allerdings einige wichtige Nummern, z. B. von Brooks-Adams, von Mahan, die mir bekannt sind, fehlen; und kennzeichnenderweise für amerikanische Methoden fehlt völlig die Gegenseite, die doch z. B. von Aguinaldo, von Tokutomi wesentliches geboten hätte. Aber diese Zeugen waren zur Bloßstellung des amerikanischen Imperialismus gar nicht mehr notwendig: es reichte schon so. Die andere derbere Seite des Gebrauchs des großen Stockes der U. S. ist ja Sache des europäischen und amerikanischen Referats, in dem die Dollar-Diplomatie sich viel rücksichtsloser zum Ausdruck bringt, als in dem immerhin wenigstens noch widerstrebenden Asien mit China, Japan und den Sowjets.

Der III. Bd. des ausgezeichneten, schon früher (Geopolitik 1926, H. 9) als vortreffliches Hilfswerkzeug wirtschaftlicher wie geopolitischer Weiterbildung erwähnten „Handwörterbuch des Kaufmanns“, herausgegeben von Karl Bott, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg-Berlin 1926 enthält für den indopazifischen Bereich außer einer etwas kurz gefaßten Skizze des „Indischen Ozeans“ eine, auf so knappem Raum kaum prägnanter und umfassender zusammenzudrängende wirtschaftsgeographische und geopolitische Darstellung von „Japan“. Als rühmensewerte Ausnahme bringt das Werk die chinesischen Provinzen (Kwangtung, Kwangsi, Kweitschau, Kansu) mit guter Charakteristik und zutreffender Volksdichte, so daß bei dem raschen Wechsel in China immer ein Überschuß der bevölkerungspolitischen Dynamik der gerade zusammengefaßten Räume möglich ist. In praktischen Übersichten sind Hauptwirtschaftspflanzen des indopazifischen Raumes: „Kaffee“, „Jute“, die bedeutenden Monopol-Leitpflanzen „Kautschuk“ (Britisch Malaya) und „Kampher“ (Japan) nicht nur in ihrem

Einfluß auf den Wirtschaftsboden, sondern auch in leicht faßlichen und merkbaren Ausfuhrdiagrammen dargestellt. Die „Kabelgeographie“ ist auf fünf Seiten übersichtlich zusammengefaßt. Die Aufsätze: „Kolonialwirtschaft“ und „Kolonien“, von einer vortrefflichen Schwarz-Weiß-Karte unterstützt, die ein scharfes Herausheben des deutschen Raumverlustes auf der Erde gestattet, führen dem Innereuropäer in würdiger Form wirtschaftsgeographische Tatsachen zum Bewußtsein: „Eigener Kolonialbesitz trägt mithin trotz starker Rohstoffzufuhr des Mutterlandes zur Erhaltung des Nationalvermögens bei, während Mangel an Kolonialgebieten zu einem steten Abfluß des Nationalvermögens führen muß“. An

diesen und anderen Binsenwahrheiten wird man schwerlich vorbeikommen können! Knappe gute Bilder der „Malaienstaaten“, der „Mandschurei“ von Rathjens und Keferstein zeigen, wie viel auch über solche im Übergangszustande befindliche Lebensformen klar und bestimmt ausgesagt werden kann; schwieriger war es schon für den sehr labilen Zustand der „Mongolei“. Mit der Technik eines so künstlich zusammenzubauenden Werks hängt es wohl zusammen, daß die zumeist heute schon erreichbaren Zahlen von 1925 noch vielfach fehlen. Als Ergänzung mag O. Kende: „Erde und Wirtschaft in Zahlen“ (im gleichen Verlag) erwähnt sein, den wir auch zum III. Bd. beglückwünschen können.

ENGLAND EUROPA UND DIE WELT

*Eine Geopolitisch-Weltwirtschaftliche Studie / 345 Seiten Text / Mit
54 Textzeichnungen und 17 weltwirtschaftlichen Tabellen im Anhang
In Leinen gebunden RM. 36,—.*

INHALTSANGABE

ENGLAND, EUROPA UND DIE WELT ALS GEOPOLITISCHES PROBLEM

(Vom Werden des britischen Volkstums, britischer Wirtschafts- und Staatsentfaltung)

1. Die britischen Inseln im Banne des Kontinents, Handels- und Kolonisationsgebiet festländischer Völker
2. Des britischen Inselstaates Abwehr gegen die Bevormundung durch den Kontinent
3. Englands Hinausströmen in die Welt
4. England reißt die Herrschaft über den Welthandel an sich
Der Merkantilismus und seine Nachteile für England
5. Vom Merkantilismus zum Industrialismus / Der Schwerpunkt des britischen Kolonialreiches zieht sich nach dem Osten
6. Der Siegeslauf des britischen Industrialismus und die Folgeerscheinungen
7. Das Ende der britischen Suprematie / Kampf gegen die Konkurrenten auf afrikanischem und asiatischem Boden / Japan wird die ostasiatische Großmacht / Britischer Imperialismus / Der Weltkrieg und seine Bedeutung für England, Europa und die Welt

ENGLAND, EUROPA UND DIE WELT ALS WIRTSCHAFTLICHES PROBLEM

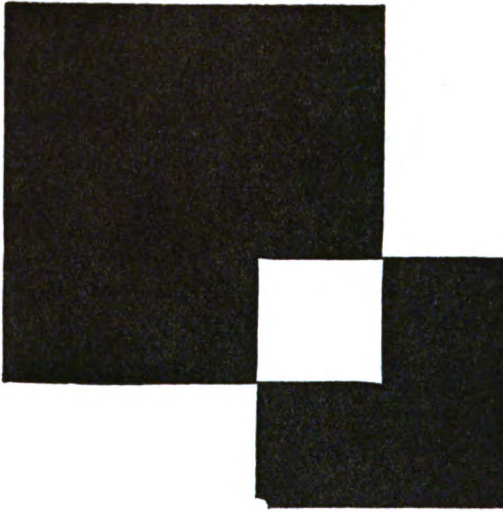
(Die Oberflügelung Englands und des festländisch. Europas durch die überseeische Welt)

1. Das Ernährungsproblem
 - a) England, der größte Fischereistaat der Welt
 - b) Die Versorgung mit Getreide und Kartoffeln
 - c) Die Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln
 - d) Die Versorgung mit Genußmitteln
 2. Das Industrieproblem und der Handel
 - a) Die Textil- und Lederindustrie
 - b) Die Bergwerks- und Hüttenindustrie
 - c) Maschinen- u. Schiffbauindustrie, chemische u. Gummiindustrie
 - d) Der Handel
- **Schluß:** Die Lösung des Problems »Britisches Weltreich« entscheidet über die Zukunft Europas und der übrigen Welt

LITERATURVERZEICHNIS UND ANMERKUNGEN

ÜBERSETZUNG DER WICHTIGSTEN ENGLISCHEN ZITATE

REGISTER



VERLANGEN SIE, BITTE, EIN PROBEHEFT

Zum Verständnis des
modernen kulturellen
u. politischen Lebens
unentbehrlich ist die
Lektüre der Zeitschrift

SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE

Herausgeber Dr. J. Bloch

Preis pro Quartal 2,25 Mark

Einzelheft 75 Pfennige

Außerdem erscheint eine Vor-
zugsausgabe auf besonders
gutem holzfreiem Papier,
die das doppelte kostet.

Die Sozialistischen Monatshefte sind stets bestrebt, die Stellung, die sie sich in unserm öffentlichen Leben errungen haben, durch ihre gewohnten Darbietungen, die die Aktualität des Tages in die Sphäre wissenschaftlicher Vertiefung zu rücken suchen, und durch ständige Erweiterung ihres Inhalts zu behaupten und zu befestigen.

Die Sozialistischen Monatshefte sind die einzige deutsche Zeitschrift, die eine systematisch gegliederte Rundschau über öffentliches Leben, Wissenschaft, Kunst und Kultur bringt. Einem jeden wird dadurch eine fortlaufende Orientierung über die einzelnen Gebiete ermöglicht. Die einzelnen Rubriken (32 an der Zahl) werden von Fachleuten bearbeitet.

Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung. Dem unterzeichneten Verlag ist die Mitteilung v. Adressen willkommen, an die die Zusendung von Probeheften rätlich ist.

VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H., BERLIN W 35

Tägliche Rundschau

Unabhängige nationale Tageszeitung mit 12 Beilagen:

Bilderbeilagen: Bild zum Text, Tag u. Technk.
Unterhaltungsbeilage, Literarische Rundschau
Wissenschaft u. Hochschule, Wirtschaft u. Börse
Ehe und Familie, Deutscher Sport und deutsche
Jugend, Großdeutschland, Dienst am Volk
Kino und Kultur, Reise und Bäder-Rundschau

Es genügt nicht, sich über die politischen Strömungen
der Gegenwart zu informieren. Die Förderung der
Presse, die dem deutschen Ansehen im Auslande dient,
ist wirtschaftliche und politische Pflicht.

Probenummer gratis durch den Verlag:
BERLIN W57, BÜLOWSTR. 66

EINBANDDECKE

TITEL / INHALTSVERZEICHNIS

2. HALBJAHR 1926

**ZEITSCHRIFT FÜR
GEOPOLITIK**

S I N D E R S C H I E N E N

KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN-GRUNEWALD

ZUM AUFSATZ
DER TORPEDIERTE SEEZOLL

**GUSTAV
AMANN**

**IM
SPIEGEL
CHINAS**

LEINEN RM. 6.—
KARTON. RM. 4.50

VOM ZUSAMMEN-
STOSS UNSERER
WESTLICHEN MIT
ASIATISCHER KULTUR
UND BOLSCHEWISMUS

BERLIN-GRUNEWALD

KURT VOWINCKEL VERLAG

V E R L E G E R :

Akadem. Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig,
Williams & Norgate, London, G. E. Stecher & Co.,
New York, Félix Alcan, Paris, Nicola Zanichelli,
Bologna, Ruiz Hermanos, Madrid, Renascenca
Portuguesa, Porto, The Maruzen Comp., Tokyo.

GENERALVERTRETUNG FÜR DEUTSCHLAND
**BUCHHANDLUNG
GUSTAV FOCK GMBH.**
LEIPZIG, SCHLOSSGASSE 7—9

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT FÜR
WISSENSCHAFTLICHE SYNTHESE
ERSCHEINT ALLE MONATE
(JEDES HEFT 100 BIS 120 SEITEN)

Schriftleiter: Eugenio Rignano

„SCIENTIA“

Ist die einzige Zeitschrift mit einer wahrhaft internationalen Mitarbeit, ist die einzige Zeitschrift, die in der ganzen Welt verbreitet ist, ist die einzige Zeitschrift also, welche, während sie direkt alle Förderer der Statistik, der Demographie, der Ethnographie, der Ökonomie, der Jurisprudenz, der Religionsgeschichte und der Soziologie im allgemeinen durch ihre zahlreichen und wichtigen, diese Wissenschaften betreffenden Artikel und Berichterstattungen interessiert, ihnen die Möglichkeit bietet, in gedrängter und synthetischer Form, auch die höchsten Aufgaben aller anderen Wissenszweige kennen zu lernen, ist die einzige Zeitschrift, die den Vorrang hat, unter ihre Mitarbeiter die berühmtesten Gelehrten in der ganzen Welt zu zählen. Ein Verzeichnis von mehr als 350 von ihnen ist in allen Heften vorhanden.

Die Artikel werden in der Sprache ihrer Verfasser veröffentlicht und in jedem Heft befindet sich ein Supplement, das die französische Übersetzung von allen nichtfranzösischen Artikeln enthält. Die Zeitschrift ist also auch denjenigen, die nur die französische Sprache kennen, vollständig zugänglich. (Verlangen Sie vom Generalsekretär der „Scientia“ in Mailand ein Probeheft unentgeltlich, indem Sie nur, um die Post- und Speditionskosten zu bezahlen, 50 Pfennig in Briefmarken Ihres Landes einsenden.)

**Abonnementspreis für Deutschland
GM. 30.—**

Die Büros der „Scientia“:
VIA CARDUCCI 22^d MILANO (116)
Generalsekretär der Büros der Redaktion:
Dokt. Paolo Bonetti.

GILBERT C. LAYTON:

GROSSBRITANNIENS INDUSTRIELLE ORIENTIERUNG Europa, Amerika oder Empire

Daß der bekannte Herausgeber des „Economist“ zu denselben Forderungen gelangt, die Professor Dr. Erich Obst in der Zeitschrift wie vor allem in seinem letzten Werk: England, Europa und die Welt vertritt, erscheint uns um so beachtenswerter, weil sich weite Kreise Englands heute noch sträuben, den Gedanken eines wirtschaftlich in sich geschlossenen, durch Zollmauern geschützten britischen Weltreiches aufzugeben. D. H.

Nachdem der gewerkschaftliche Kampfgedanke durch den unglücklichen Ausgang des Generalstreiks 1926 diskreditiert und in seiner Propagandakraft geschwächt ist, scheint 1927 für Groß-Britannien ein verhältnismäßig ruhiges Jahr friedlicher industrieller Zusammenarbeit zu werden. Diejenigen, denen das Schicksal der englischen Wirtschaft am Herzen liegt, können sich daher von der Betrachtung der bisher sehr dringenden inneren Probleme etwas abwenden und sich dem etwas entfernter liegenden, aber doch auch sehr bedeutsamen Problem der künftigen Orientierung der Industrie zuwenden.

Es wird immer klarer, daß die im 19. Jahrhundert von Groß-Britannien verfolgte Wirtschaftspolitik der Isolierung den veränderten Verhältnissen des 20. Jahrhunderts keineswegs mehr standhält. Vielleicht stimmen dieser so allgemein gehaltenen Feststellung gewisse britische Industrieführer nicht zu, doch kann meines Erachtens kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß früher oder später — auf jeden Fall besser früher als später — diese Tatsache erkannt wird. Wenn man aus der Erkenntnis der heutigen Wirtschaftsentwicklung heraus die Notwendigkeit einer Art wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der englischen Industrie und derjenigen anderer Länder grundsätzlich zugibt, so wird man auch die Frage beantworten können, welches die beste Form einer geographischen Orientierung für England ist. Groß-Britannien stehen drei Wege offen: eine Zusammenarbeit mit Europa, ein Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten von Amerika oder eine Beschränkung auf die Gemeinschaft von Nationen, die man als „Britisches Weltreich“ bezeichnet. In der Zusammenarbeit mit Europa besitzen Westeuropa und vor allem Deutschland besondere Bedeutung. Aus diesem Grunde ist die Entwicklung und die Zukunft der deutsch-englischen Handelsbeziehungen von äußerster Wichtigkeit, da so die Entscheidung über die Frage klarer wird, ob Groß-Britannien dauernd unter den Handelsalliierten Deutschlands rangieren oder ob es zu seinen Konkurrenten zählen wird.

Die Haupttendenz, die wir in der Entwicklung der heutigen europäischen Wirtschaft beobachten können, ist das Entstehen der großen Industriekombinationen, zunächst rein national aufgefaßt für die verschiedenen Industrien, dann aber auch mit internationalen Abmachungen zwischen den einzelnen nationalen Kombinationen. Der Trust vom Jahre 1927 unterscheidet sich in der Struktur grundlegend von seinen Vorgängern. Er erstrebt eine Vereinigung einer besonders großen Anzahl von großen Unternehmungen, die alle dasselbe Rohmaterial oder dasselbe Fertigfabrikat herstellen, und nicht eine Vereinigung derjenigen Betriebe, die verschiedene Bearbeitungsvorgänge an diesem Produkt vornehmen. Der heutige Trust ist in seinem Grundgedanken defensiv, nicht offensiv, und seine Auffassung über das nächstliegende Ziel ist nicht eine ins Ungemessene gehende Steigerung der Gewinne, sondern das Streben, vernünftige Gewinne in der Gegenwart zu erzielen und Verluste zu vermeiden. Dieser Trust findet seine wirtschaftliche Berechtigung in der Tatsache, daß unsere heutige Weltwirtschaft überindustrialisiert ist, daß ihre Fabrikanlagen zur Erzeugung von Warenmengen geeignet sind, die sehr viel größer sind, als die Bewohner der Kulturländer in der nächsten Zeit zu verbrauchen in der Lage sind. Die Kriegszeitenansprüche und der ungeheure Bedarf an Rüstungsmaterial und an Gebrauchsgegenständen aller Art begünstigten auch die Entwicklung einer Reihe von Treibhausindustrien, besonders in bisher vorwiegend agrar eingestellten Ländern. Die Balkanisierung Mitteleuropas durch den Friedensschluß hat sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung zu einer Vervielfachung der Zollgrenzen und damit indirekt zu einer weiteren künstlichen Steigerung der industriellen Produktion geführt. Wir stehen also einer Lage gegenüber, in der ein ungehemmter Wettkampf auf dem Weltmarkte sicherlich für diejenigen Länder gefährlich werden muß, die, wie Groß-Britannien und auch Deutschland, schon an einer Überindustrialisierung kranken.

Jedes Land indessen, das sich einer bestehenden internationalen Kartellabmachung anschließen will, wird natürlich möglichst vorteilhafte Bedingungen zu erreichen suchen, um den Inlandsmarkt gegen die Konkurrenz anderer Länder zu schützen, denn sonst würde es überhaupt nicht einer solchen Abmachung beitreten. Es ergeben sich aus dieser Erwägung sofort zwei wichtige Erwägungen für Groß-Britannien. Falls der Inlandsmarkt eines bestimmten Landes durch einen ungewöhnlich hohen Zolltarif gesichert ist, soll dann Groß-Britannien als Partei einer internationalen Abmachung beitreten, um eine durchaus künstliche ihm selbst unangenehme Situation zu einer dauernden zu gestalten? Ohne Bindungen seinerseits werden vielleicht britische Waren trotz des bestehenden Schutzzollwalles ihren Weg in diesen Markt finden; durch einen Beitritt zum Kartell würde sich Groß-Britannien bewußter-

maßen all dieser Möglichkeiten begeben. Ferner machen gewisse britische Übersee-Dominions wirklich sehr große Anstrengungen zur Hebung ihrer eigenen Industrie. Sie rechnen hierbei auf eine gegenseitige Befruchtung durch das Mutterland; sie würden sicherlich jeden Versuch des Mutterlandes, der Ausdehnung seiner Wirtschaftsentwicklung Fesseln anzulegen, als Benachteiligung empfinden. Eine Reibung aber zwischen dem Mutterlande als Mitglied des Kartells und den Dominions, die außerhalb dieses Kartells stehen, muß Groß-Britannien sowohl konstitutionell wie auch wirtschaftlich unerwünscht sein.

Trotz dieser Erwägungen wird Groß-Britannien schließlich doch irgend eine Form einer internationalen Zusammenarbeit wählen müssen. Es kann wirtschaftlich nicht dauernd in seiner „splendid isolation“ verharren, da es zwischen der organisierten Produktivkraft Kontinental-Europas und derjenigen der Vereinigten Staaten zu liegen kommt. Wenn diese beiden Wirtschaftskomplexe einen konzentrierten Angriff auf den Weltmarkt richten, ist es schwer zu sehen, wie sich Groß-Britannien wirkungsvoll verteidigen kann.

Etwa indem es selbst einen Hochschutzzoll annimmt? Nein, keinesfalls, denn dies würde zwar seinen Inlandsmarkt sicherstellen, aber seinem hochbedeutsamen Exportgeschäft den Todesstoß versetzen.

Würde etwas gewonnen werden, wenn sich Groß-Britannien in der Richtung der Vereinigten Staaten orientiert? Abermals nein, denn in einem solchen Bündnis wäre Groß-Britannien sozusagen der Junior-Partner.

Endlich, indem Groß-Britannien versucht, das britische Weltreich zu einer autarken Wirtschaftsmacht auszugestalten? Das wäre die gegebene und vielleicht auch eine vernünftige Lösung, falls die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise sagen wir 50 Jahre später gekommen wäre, eine Zeit, in der das britische Weltreich vielleicht genügend bevölkert und entwickelt wäre, um eine solche Einheit zu bilden.

Gegenwärtig bleibt dieser dritte Weg nur ein patriotisches Ideal. So bleibt nur eine Lösung für Groß-Britannien, nämlich die bewußte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa. Sie würde England nie gewählt haben, falls die Verhältnisse es ihm gestattet hätten, seiner natürlichen Veranlagung zu folgen und ein national empfindendes, sich selbst ergänzendes Empire zu schaffen. Die weltwirtschaftlichen Rückwirkungen sind heute zu stark und — gewollt oder ungewollt — muß Groß-Britannien die Weltlage stets aufs neue in Rechnung stellen.

Zweifellos hat Deutschland als Pionier der Kartellbewegung in Europa mehr als irgend ein anderes Land von dem Beitritt Groß-Britanniens zu dieser Bewegung zu gewinnen. Ist es für einen Engländer unbescheiden vorzuschlagen, die deutschen Industrieführer mögen im Einklang mit ihren ureigensten Interessen

versuchen, so weit es in ihrer Kraft liegt, England den Weg zu ebnen, den es über kurz oder lang gehen muß?

H. E. VON LINDEINER-WILDAU:
ZUR FÜHRERFRAGE

Mit der Wiedergabe der nachstehenden Ausführungen des führenden deutschnationalen Abgeordneten beabsichtigen wir keinen Ausflug ins Parteipolitische. Diese warmherzigen und nachdenklichen Darlegungen scheinen uns vielmehr von hohem, allgemein menschlichem Interesse.
D. H.

Nur wer selbst als Frontsoldat in den kämpfenden Heeren des Weltkrieges gestanden hat, kann ganz ermessen, wie weit der wirkliche Kriegsteilnehmer den Ereignissen der Heimat und insbesondere dem innerpolitischen Tagesstreit entrückt war. Wenn ich mich zurückerinnere an die Eindrücke, die die Zeitungslektüre damals in uns hervorrief, so war die stärkste Empfindung zweifellos die der Entrüstung und Empörung darüber, daß all diese kleintlichen Streitereien sich hinter der Fassade verbargen, die Interessen der vor dem Feinde kämpfenden Volksgenossen wahrzunehmen. Der Instinkt des einfachen, dem Alltagsleben völlig entrückten Soldaten hatte ein sehr feines, natürliches Empfinden für die innere Unaufrichtigkeit und Unwahrhaftigkeit, die aus solchen Begründungen sprach. Auch wir waren tief durchdrungen von dem Gefühl, daß durch die gewaltigen Leistungen aller Nationen, die im Weltkriege standen, besonders aber unseres Volkes, ein neues Moment in das Leben der Völker hineingetragen sei. Das deutsche Volk hatte sich selbst mündig gesprochen. Es war draußen im Schützengraben wie drinnen in der Heimat durch gemeinsame Opfer und Leiden zur Nation zusammengewachsen und hatte sich durch die Tat zu seinem Staat bekannt. Wir waren der Überzeugung, daß dies Neue auch nach Kriegsende in der Neuordnung unseres staatlichen und sozialen Zusammenlebens zum Ausdruck kommen sollte. Aber wir selbst wollten diese Anschauungen und Forderungen in die Tat umsetzen. Darum lehnten wir jene unzeitgemäßen Reformbestrebungen und insbesondere ihre Begründung mit den Wünschen der kämpfenden Truppe rundweg ab. Wir haben viele Monate gelebt von dem Gedanken an den Tag, der uns wieder in die Heimat führen und dann die Möglichkeit geben würde, die vor dem Feinde Ergebnis gewordene Gemeinschaft durch politische und soziale Erneuerung zur Grundlage des Friedenslebens unseres Volkes zu machen.

Ich könnte mir denken, und manche Unterhaltungen der letzten Jahre bestätigen das, daß die Einstellung der Soldaten unserer früheren Feindvölker keine andere gewesen ist. Man stand draußen am Feinde mit dem einen

Gedanken, zu siegen, und dachte nur in seltener Feierstunde an das kommende Friedenswerk. Dabei spielte das Bewußtsein, einem „Feinde“ gegenüberzustehen, keineswegs für die Gestaltung solcher Friedensträume die entscheidende Rolle. Ich glaube überhaupt nicht, daß man in den späteren Zeiten des Krieges im Gegner im tiefsten Sinne des Wortes den „Feind“ gesehen hat. Letzten Endes gab es doch ein instinktives Gefühl des Verständnisses und der Achtung dafür, daß jene Männer, die, durch wenige Meter Bodens von uns getrennt, uns im feindlichen Graben gegenüber lagen, ebenfalls ihr Vaterland liebten und ihre Pflicht gegen ihre Nation in vollster Hingabe erfüllten. Jenes Haßgefühl, das während des Krieges selbst, gerade dem französischen Soldaten gegenüber, abgeklungen war, hat neue Nahrung eigentlich erst durch die bitteren Erfahrungen der Friedensverhandlungen und der Nachkriegszeit erhalten. Was dort mit uns geschehen ist, empfand man als Wortbruch, als Niedertracht und als böswillige Quälerei, und das kann man nur schwer vergessen.

Aber es ist bezeichnend, daß diese Mißhandlungen wiederum erst einsetzen, als nicht mehr der Soldat, sondern der Heimatpolitiker die Willensrichtung und das Handeln zu bestimmen hatte, und damit komme ich zu jenem Punkt, der mir den Kern jener Erschwernisse zu bilden scheint, die die Kämpfer für eine ehrliche, auf innere und äußere Gleichberechtigung aufgebaute Verständigung bei ihrer Arbeit auf Schritt und Tritt begegnen. Nach Kriegsende ist die Führung der Politik fast unmerklich und unwillkürlich wieder in die Hände jener Männer zurückgeglitten, denen das absolut entscheidende Ereignis der neuesten Geschichte — der Weltkrieg — nicht eigentlich inneres Erlebnis geworden ist. Wer wirklich Politik treiben will im Zeitalter der Volkssouveränität, muß die Grundlagen des instinktiven Wollens der Völker kennen und in Rechnung stellen. Die psychologischen Voraussetzungen des Einzel- lebens der Nationen nicht minder wie ihres Zusammenlebens sind seit dem 1. August 1914 absolut andere geworden. Wenn wir also in allen Nationen wirklich moderne, das eigentliche Wollen des Volkes in die Tat umsetzende Politik treiben wollen, müssen wir die Führung der Staatsgeschäfte in allen Staaten in die Hände von Männern legen, die diese Grundlagen kennen und in sich verarbeitet haben.

Ich bin überzeugt, daß es zwischen den Männern, die sich im Weltkriege als ehrliche Feinde gegenüber gestanden haben, viel leichter Brücken des Verständnisses und damit der Verständigung geben würde, als sie von Vorkriegs- politikern jemals geschlagen werden können. Ich möchte mich in dieser kurzen Skizze nur auf wenige konkrete Andeutungen beschränken. Die Vorkriegs- diplomaten kannten eigentlich keine Verständigung zwischen zwei Nationen oder Staaten als Selbstzweck. Jede Verständigungsaktion hatte eine defensive

oder offensive Front gegen ein drittes Volk. Das brauchte nicht zu sein und wird auch in Zukunft nicht so sein dürfen. Wenn man den Grundsatz der Anerkennung der Lebensrechte einer jeden Nation in die Politik einschaltet, wird man zu diplomatischen Lösungen kommen, deren Ziel die Befriedung zweier Staaten und Völker untereinander ohne Rücksicht auf die Beziehungen des einen oder andern zu Dritten ist. Man wird weiter dazu gelangen können, sich gegenseitig das nationale Gemeinschaftsgefühl zuzubilligen, das der Krieg in uns erzeugte. Der charakteristische Ausfluß dieser Anschauung ist ja das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Wort ist in den letzten Kriegsjahren als wirksames Propagandamittel gerade gegen uns Deutsche ausgenutzt worden. Wir machen es uns zu eigen und verlangen aus ihm heraus die Anerkennung des nationalen und staatlichen Selbstbestimmungsrechts eines jeden einzelnen Zweiges einer großen Nation. Wir Deutsche zum Beispiel denken nicht daran, zu fordern, daß alle deutschen Stämme, deren Heimat heute nicht zum Deutschen Reich gehört, nun eines Tages durch diplomatischen Machtspruch zwangsweise dem Deutschen Reich angegliedert werden müßten. Wir verlangen lediglich, daß diesen Stämmen das Recht zur Selbstbestimmung ihrer staatlichen Zukunft zuerkannt und praktisch gewährt wird. Wir sind naturgemäß auch bereit, den Angehörigen anderer Nationen, mögen sie sein, welche sie wollen, dasselbe Recht zuzuerkennen.

Diese Wertung der Nationen als der Subjekte der internationalen Politik wird sich aber auch Bestrebungen entgegenstellen, die das Schicksal von Provinzen und Ländern nicht von dem Willen ihrer Bewohner, sondern von wirtschaftlichen Tatsachen abhängig machen. Wenn heute ein Deutscher das Unglück hat, in einem Lande zu wohnen, in dessen Schoße sich Kohlen oder andere Bodenschätze befinden, so muß er gewärtig sein, daß sein staatliches Schicksal nicht nach seinem eigenen Willen, sondern nach dem Gesichtspunkt zweckmäßiger Verwendung der Bodenschätze über seinen Kopf hinweg entschieden wird. Wenn ein anderer in einem Lande wohnt, das die Verbindung zwischen einem fremdstämmigen Siedlungsgebiet und großen Verkehrsstraßen — Eisenbahnen, Kanälen oder Weltmeer — darstellt, so wird sein staatliches Schicksal den Verkehrsbedürfnissen des andern zum Opfer gebracht. Eine solche Politik macht den Menschen zum Sklaven vermeintlicher oder tatsächlicher wirtschaftlicher Forderungen. Ist es denn überhaupt ein für die Ewigkeit gültiges Gesetz, daß Staats- und Wirtschaftsgrenzen zusammenfallen, kann man sich nicht sehr wohl eine Neuregelung der internationalen Beziehungen vorstellen, bei der, unter völliger Wahrung der staatlichen Souveränität der einzelnen Nationalstaaten, doch eine überstaatliche Zusammenfassung großer Wirtschaftsgebiete die Völker von der Zwangsherrschaft der Wirtschaft unabhängig macht?

Ich kann in dem engen, mir heute zur Verfügung stehenden Rahmen die Fragen, die ich hier streifte oder andeutete, nicht vertiefen. Soviel aber möchte ich zusammenfassend sagen: Neue Zeiten verlangen neue Ziele und neue Methoden. Selten hat es in der Geschichte der Menschen so tiefe, einschneidende Veränderungen und Verschiebungen gegeben, wie sie die Kriegs- und Nachkriegszeit mit sich gebracht hat. Es rückt der Augenblick heran, wo wir uns entschließen müssen, diesen Veränderungen auch praktisch Rechnung zu tragen und den neuen Zielen einer neuen Zeit auf neuen Wegen entgegenzustreben.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Wie ein Alpdruck lastet auf dem gesamten Abendland die Sorge um den Ausgang des erbitterten Ringens in und um China. Die englische Presse beklagt sich des öfteren darüber, daß man auf dem Kontinent hier und da gelegentlich frohlockt angesichts der ungeheuren und wahrhaft schicksalbestimmenden Schwierigkeiten, denen die britische Politik im Fernen Osten begegnet. Jetzt, wo es die Lebensinteressen des englischen Weltreiches erheischen, wünscht man plötzlich eine europäische Einheitsfront gegenüber Ostasien, gegenüber demselben Großraum, in dem England einst, ohne Europa zu fragen, den schändlichen Opiumkrieg entfesselte, in dem es aus selbstischen Interessen Japan gegen Rußland hetzte, aus dem schließlich im Weltkrieg auf Anstiften Englands sämtliche Deutschen ausgewiesen wurden. Alle Schuld rächt sich auf Erden!

Trotzdem wäre es kurzsichtig und töricht, die Entwicklung der Dinge im Fernen Osten lediglich mit hämischer Schadenfreude zu verfolgen und in dem Gedanken zu schwelgen, daß wir nunmehr den ersten Akt des Zusammenbruchs der britischen Weltmacht erleben. Wie auch immer der chinesische Konflikt endigen möge, die Rückwirkungen werden nicht nur England, sondern tatsächlich das gesamte Abendland treffen, unmittelbar neben England vor allem Holland (Insulinde) und Frankreich (Annam), mittelbar den ganzen Staatenkomplex zwischen den britischen Inseln und Rußland. Seit dem Bestehen dieser Zeitschrift haben wir auf den wachsenden Gegensatz zwischen Großbritannien und Sowjet-Rußland hingewiesen und die Gefahr hervorgehoben, die für das zwischengeschaltete Kontinental-Europa heraufzieht; erst vor kurzem formulierten wir wieder: Britischer Imperialismus und russischer Sowjetismus sind und bleiben die großen Flankenbedrohungen des unglückseligen „Zwischeneuropa“! — Noch ist die Zeit nicht reif für den direkten Zusammenstoß der beiden Riesenstaaten, aber die Heere des zukünftigen Weltkrieges marschieren bereits auf, und jeder der beiden Hauptakteure wirbt mit Eifer Bundesgenossen: Italien hat sich augenscheinlich bereit erklärt, auf Gedeih und Verderb mit England zusammenzugehen; Frankreich wird durch die offizielle russische Presse für eine Erneuerung des russisch-französischen Zweibundes geködert usw. Kontinental-Europa spaltet sich infolge des ostasiatischen Befreiungskampfes ersichtlich in zwei Lager, statt die Gunst der geopolitischen Gegebenheiten zu nutzen und als einheitliches Ganzes sein Gewicht in die Wagschale zu werfen. Deutschland hat den ehrlichen Wunsch, mit allen Mächtegruppen in Frieden zu leben, gerät dadurch aber ersichtlich in Gefahr, sich wieder einmal zwischen alle Stühle zu setzen.

Aber wo bleibt der Genfer Völkerbund, der satzungsgemäß in Erscheinung zu treten hat, falls irgendwelche Gefahren für den Frieden der Welt heraufziehen? Genf rührt sich nicht, nachdem England gnädigst mitgeteilt hat, daß es sich gegebenenfalls später der guten Dienste des Völkerbundes bedienen würde. Von den übrigen europäischen Mitgliedern des Genfer Bundes wagt keiner, auf dem Eingreifen der Genfer Organisation zu bestehen. Wenn es sich darum handelt, den Coolidge'schen Abrüstungsplan zu Fall zu bringen, benutzt man gern den Völkerbund als Vorwand; aber ihn entgegen eigenen Interessen wahrhaft zum Instrument

des Weltfriedens zu machen, daran denkt im Ernst keiner der abendländischen Völkerbundsgewaltigen. Rußland und Amerika halten sich nach wie vor dem „Weltvölkerbund“ fern. Die Kanton-Regierung endlich beschickt zwar den höchst interessanten, in Deutschland viel zu wenig gewürdigten Kongreß gegen koloniale Unterdrückung (Brüssel, Februar 1927), denkt aber natürlich nicht daran, der für den Fernen Osten gänzlich belanglosen europäischen Entente-Genossenschaft beizutreten.

Es liegt eine tiefe Tragik in diesem erneuten gänzlichen Versagen des Genfer Völkerbundes. Die Welt draußen empfindet ihn als Machtorganisation des abendländischen Staatenblockes und spricht ihm jede universale Bedeutung ab. Die europäischen Mächte aber kaprizieren sich darauf, statt mit den Reformen im eigenen Hause zu beginnen, die ganze Welt zu „beglücken“ und der Menschheit den Sprung vom absoluten Staatsindividualismus zum universalen Kollektivismus anzuempfehlen. Will das Abendland nicht sehen, daß die übrigen Großräume der Erde gerade jetzt erst so recht der eigenen, nur ihnen eigentümlichen Probleme bewußt werden und durchaus willens sind, als Herr im eigenen Hause allein damit fertig zu werden (strikte Durchführung der Monroe-Doktrin in Amerika, bewußtes Abseitsstehen des Russischen Reiches, Selbstbestimmungskampf in Monsun-Asien usw.)? Welch unüberbrückbare Kluft tut sich auf zwischen den vielleicht ehrlich gemeinten Phrasen von Genf und den von klarem, festem Willen diktierten Forderungen des Brüsseler Kongresses gegen koloniale Unterdrückung (Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit). Selten ist dem objektiv urteilenden Weltpolitiker so klar geworden wie hier, daß aus dem Genfer Bund eine Weltfriedensorganisation nur werden kann, wenn die europäischen Kolonialmächte ihre überseeischen Besitzungen ganz oder größtenteils zum Opfer bringen. Wie töricht und verhängnisvoll, daß sich die Mehrzahl der abendländischen Staaten dieser Einsicht völlig verschließt und dadurch die Stellung der Sowjet-Union ins Riesenhafte wachsen läßt!

Gemessen an diesem alles überragenden Weltproblem verlieren die Vorgänge in Europa selbst fast jede Bedeutung. Man quält sich mit Kleinigkeiten, man zankt und befehdet sich um Dinge, die im Grunde in einer Zeit wie der gegenwärtigen kaum der Rede wert sind. Kirchturmhorizont und Spießerpolitik in einer Epoche, in der es tatsächlich um Sein- oder Nichtsein der abendländischen Wirtschafts- und Kulturzentrale geht.

Im Osten unseres Vaterlandes hat Polen wieder einmal die besondere Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Mitten während der Handelsvertragsverhandlungen, die auch das Niederlassungsrecht regeln sollten, hat es Polen für gut gehalten, eine große Anzahl deutscher Volksgenossen des Landes zu verweisen. Als Antwort auf diese schikanösen Willkürlichkeiten der Warschauer Regierung unterbrach Deutschland die Verhandlungen über den Handelsvertrag und verlangte, daß zuvor erst einmal die Fragen des Niederlassungsrechtes und der Ausweisungspraxis gelöst würden. Noch weigert sich Polen, dieser deutschen Forderung nachzukommen; die Staatsmänner beider Parteien zerbrechen sich den Kopf, wie man wieder den Weg zu einander finden und den sicherlich für beide Teile gleich schädlichen Wirtschaftskrieg vermeiden kann.

Wenn Polen in diesem Konflikt vor dem Äußersten nicht zurückschreckt, so nur, weil es der weitreichenden Wirksamkeit des französisch-polnischen Bündnisses gewiß ist. „Macht geht vor Recht“ ist die polnische Parole, und diesen Geist atmete

auch die Programmrede des polnischen Außenministers Zaleski. Dabei sollte der polnische Staat durch die Erfahrungen im eigenen Bereich nachgerade darüber belehrt worden sein, daß völkische Kraft nunmehr höher zu Buche steht als militärische Macht. Während die Tschechoslowakei doch wenigstens einen ersten, wenn auch freilich noch unzureichenden Schritt tut, um den Völkern ihres buntscheckigen Nationalitätenstaates eine gewisse Länderautonomie zu gewähren (Karpatorußland, Slowakei, Mähren, Böhmen; die Vereinigung der schlesischen Landesteile mit Mähren bedeutet natürlich eine Ungeheuerlichkeit!), pocht Warschau noch immer auf seine militärische Macht und versucht krampfhaft, das Autonomiebegehren der dortigen Nationalitäten mit Waffengewalt zu unterdrücken. Daß dadurch die Mitgliederzahl der weißrussischen Kampforganisation „Hromada“ automatisch von 88 000 auf 98 000 gestiegen ist, der Auslieferungsantrag betr. die fünf verhafteten weißrussischen Abgeordneten im Sejm sofort die Vertreter der übrigen Minderheiten auf den Plan gerufen hat, das alles öffnet den polnischen Gewalthabern leider nicht die Augen. Sie wollen ihren Grundsatz „Macht geht vor Recht“ offenbar bis zum Zusammenbruch des Staatswesens hochhalten.

Beschämend für Westeuropa ist der Umstand, daß Frankreich alle diese mittelalterlichen Regierungsmethoden Polens durchaus zu decken bereit ist. Der Abbruch der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wurde in Frankreich fast wie eine Brückierung Frankreichs behandelt, die Pariser Vereinbarungen über das Festungssystem in Ostdeutschland konnten zu dem für uns sehr ungünstigen Ergebnis nur führen, weil Frankreich sich ganz entschieden auf die Seite Polens stellte usw. Was will man denn nun eigentlich letzten Endes in Frankreich? Eine wirkliche und dauerhafte deutsch-französische Verständigung ist schlechthin unmöglich, wenn Frankreich die Unterdrückung deutschen Volkstums in Polen begünstigt, wenn es durch die Beseitigung einer deutschen Festungswehr im Osten ein polnisches *fait accompli* provozieren hilft, wenn es Kreuzer und U-Boote an Polen liefert usw. usw. Niemand kann zweien Herren dienen, Herr Briand.

Die Ende Januar erfolgte Auflösung des memelländischen Landtags erinnert sehr fatal an die deutschfeindlichen Maßnahmen Polens. Oder war die Veranlassung zu diesem Schritt eine andere als der Ärger über die Tatsache, daß von den insgesamt 29 Sitzen dieses Parlaments 27 den Deutschen und nur 2 den Litauern zugefallen waren? Die Deutschen des Memellandes sind nach wie vor bereit, sich mit den Litauern zu verständigen; ihr Volkstum preiszugeben mutet man ihnen jedoch vergeblich zu. Weder die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes noch die unsinnig scharfe Pressezensur wird die Deutschen des Memellandes davon abhalten, am 4. März ihre Stimmen den Vertretern des Deutschtums zu geben. Wir hoffen, daß die Vernunft in Kowno siegt und nicht nur die Ernennung des neuen Landespräsidenten gemäß den Wünschen des ganz überwiegend deutsch eingestellten Seimelis (Landtag) vollzogen wird (Artikel 17 des Memelstatuts), sondern auch die bisher sistierte Ausweisung der memelländischen Redakteure endgültig zurückgenommen wird.

Daß die neugegründeten baltischen Staaten nur lebensfähig sind, wenn sie mit ihren großstaatlichen Nachbarn und unter einander einen *modus vivendi* finden, erweist sich immer wieder von neuem als fundamentale Wahrheit. Die radikalsten Folgerungen aus dieser Erkenntnis haben Ende Januar Lettland und Estland gezogen, indem sie eine Zollunion beschlossen. Binnen Jahresfrist sollen die Zolltarife beider Staaten vereinheitlicht, innerhalb von drei Jahren die Wirtschafts-

gesetze angeglichen werden. Der lettische Außenminister gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser zehn Jahre gültige Vertrag die Vorstufe auch für eine politische Verschmelzung darstellen möge.

Das außenpolitische Interesse Sowjet-Rußlands wird naturgemäß gänzlich von den Vorgängen in Ostasien absorbiert. Zwar weiß Rußland nur zu genau, daß die ihm politisch befreundeten Völker Monsun-Asiens die wirtschaftlichen Doktrinen des Bolschewismus keineswegs übernehmen wollen, dafür aber hofft es, durch radikale Verfechtung des Selbstbestimmungsrechtes maßgeblichen politischen Einfluß in ganz Asien zu gewinnen und seinen ärgsten Widersacher, England, mehr und mehr in die Enge zu treiben. — Daß man daneben auch die nächsten Nachbarn nicht übersieht, beweisen die erfolgreichen Verhandlungen über einen direkten deutsch-polnisch-sowjetischen Güter- und Tierverkehr mit einheitlicher tarifarischer Regelung von allen deutschen bis zu etwa 250 der verkehrswichtigsten russischen Stationen, die im Wettstreit mit der Anglo Persian Oil Co., Standard Oil und Sinclair erlangten Petroleum-Konzessionen im nordpersischen Distrikt Astrabad (Südostküste des Kaspischen Meeres) u. a. m. Große Aufmerksamkeit widmet man nach wie vor der besarabischen Frage. Das jetzt im Wortlaut veröffentlichte französisch-rumänische Abkommen veranlaßte sofort eine russische Protestnote nach Paris. Man behauptet, daß Frankreich durch den Vertrag mit Rumänien eine friedliche Lösung des Problems Besarabien auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verhindert und die gegen den Frieden Osteuropas gerichteten Drohungen verstärkt habe. Im übrigen rechnet man auf eine baldige Isolierung Rumäniens im Bereich des Balkans, da angeblich die Tschechoslowakei und Jugoslawien in allernächster Zeit die de jure-Anerkennung der Sowjet-Union aussprechen und damit die Kleine Entente preisgeben wollen.

Im Bereich der mittelmeeischen Staatenwelt bildet nach wie vor die enge Anlehnung Italiens an England das wichtigste Ereignis. Das auf die Zufuhr von Nahrungsmitteln, Kraft- und Rohstoffen aus Übersee angewiesene Italien glaubt offenbar seine Zukunft nur im Bunde mit der stärksten mediterranen Seemacht gesichert, hofft darüber hinaus wohl auch, mit englischer Hilfe in Nordafrika weiteren Raum für seine überquellende Volksmasse zu erlangen. Daß die Verschreibung an England auch ihre Schattenseiten für Italien hat, erfuhr Mussolini sehr deutlich in der Tangerfrage. Italien glaubte ursprünglich, durch ein inniges Zusammengehen mit Spanien Eindruck auf Frankreich zu machen und dessen Position in Marokko schwächen zu können. Da jedoch Spanien durchaus die Einverleibung von Tanger in die spanische Zone erstrebte, England aber die Einnistung einer einzelnen Macht gegenüber Gibraltar aus naheliegenden Gründen keineswegs genehm war, mußte das eigenwillige spanisch-italienische Vorgehen in der Tangerfrage verhindert und auch Italien in die vom englischen Interesse diktierten Schranken zurückgewiesen werden. Spanien und Frankreich werden sich gemäß den englischen Wünschen über die Tangerfrage zu einigen haben, für Italien wird vielleicht gelegentlich ein Platz im Verwaltungsrat von Tanger freigemacht werden. — Das Verhältnis zwischen Deutschland und Italien schien sich in letzter Zeit entschieden bessern zu wollen; der Ton der faschistischen Presse und der Ansprachen Mussolinis war merklich ruhiger und weniger herausfordernd geworden. Nun aber hat die sich anbahnende Verständigung eine sehr schwere Erschütterung erfahren durch die Verschickung der beiden Deutschenführer, des Salurner Rechtsanwalts Dr. Noldin und des bejahrten Lehrers Riedl, nach den Liparischen Inseln. Man faßt sich

an den Kopf angesichts dieser unerhörten Gewaltmaßnahmen. Ohne den Angeklagten die Gelegenheit zur Verteidigung zu bieten, verhängen die faschistischen Kommissionen Strafen von einer Härte und Grausamkeit, wie wir sie sonst nur aus Rußland kennen. Die „Frankfurter Zeitung“ hat durchaus Recht, wenn sie diese „Konfinierungen“ aufs schwerste geißelt: „Die Deutschen Südtirols kann man nur insofern als Gegner des Faschismus bezeichnen, als dieser, im Gegensatz zu den früher geübten mildereren Methoden der vorhergegangenen Regierungen, in kurz-sichtiger Weise darauf ausgeht, das deutsche Volkstum in aller kürzester Zeit sei es auszurotten, sei es wenigstens stumm zu machen. Die faschistischen Häuptlinge meinen nun, sie würden zum Ziele kommen, wenn sie das deutsche Volk seiner Führer berauben. Das ist ein großer Irrtum. Indem sie mit Maßregeln der Gewalt und brutaler Unterdrückung die persönlichen Rechte von Männern vernichten, die nichts Strafbares getan haben, sondern lediglich ihrem Volk treu geblieben sind, rufen sie nicht nur das nationale Gewissen, sondern auch das Rechtsgefühl zum inneren Widerstande auf. Mit „Konfinierungen“ wird man die vorhandenen Gegensätze und Spannungen nur steigern. Das System der Unterdrückung kann wohl für einige Zeit das Schweigen des Friedhofs über Südtirol bringen. Auf die Dauer hat die Freiheit den längerem Atem, und es ist nur eine traurige Wahrnehmung, daß die Enkel der Kämpfer um die italienische Freiheit, deren Märtyrer einst unter Franz I. und Metternich in den Kasematten des Brünner Spielberges ihre besten Jahre vertrauern mußten, heute dieselben Methoden einer stupiden Tyrannei anwenden. Den Deutschen Südtirols aber, die keine irredentistische Politik betreiben, sondern sich lediglich um ihre Sprache und ihre deutsche Seele wehren, muß heute nicht nur das Deutschtum, sondern die ganze Welt, soweit in ihr Herzen für Gerechtigkeit und Freiheit schlagen, ihre Wünsche und Hoffnungen zuwenden. Auch das wird überwunden werden, und in den Bergen Südtirols wird das Erz der deutschen Zunge länger tönen als die Großsprechereien ihrer faschistischen Verfolger.“

Seitdem in Portugal die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger aufgehoben wurden und eine Reihe von Generalen als Diktatoren die Führung übernahmen (gegenwärtig General Carmona), wollen die Versuche zur Abschüttelung dieses Jochs und Wiederherstellung eines freiheitlichen Regimes nicht aufhören. Mit schonungsloser Brutalität ist die letzte portugiesische Revolution in der ersten Hälfte Februar 1927 niedergeschlagen worden. In Oporto liegen ganze Stadtviertel in Schutt und Asche, auch Lissabon hat teilweise schwer gelitten, und Hunderte von Menschen wurden die Opfer des furchtbaren Bürgerkrieges. Das Traurigste aber von alledem ist, daß damit gewißlich nicht zum letzten Male Ströme von Blut in diesem gequälten Lande geflossen sind. Wann werden die Staaten des Abendlandes endlich in ihrer Gesamtheit einsehen, daß für unseren Kulturkreis Militärdiktaturen keine erträgliche Regierungsform darstellen und jeder solcher Versuch dem betreffenden Lande schließlich nur schwer schadet?

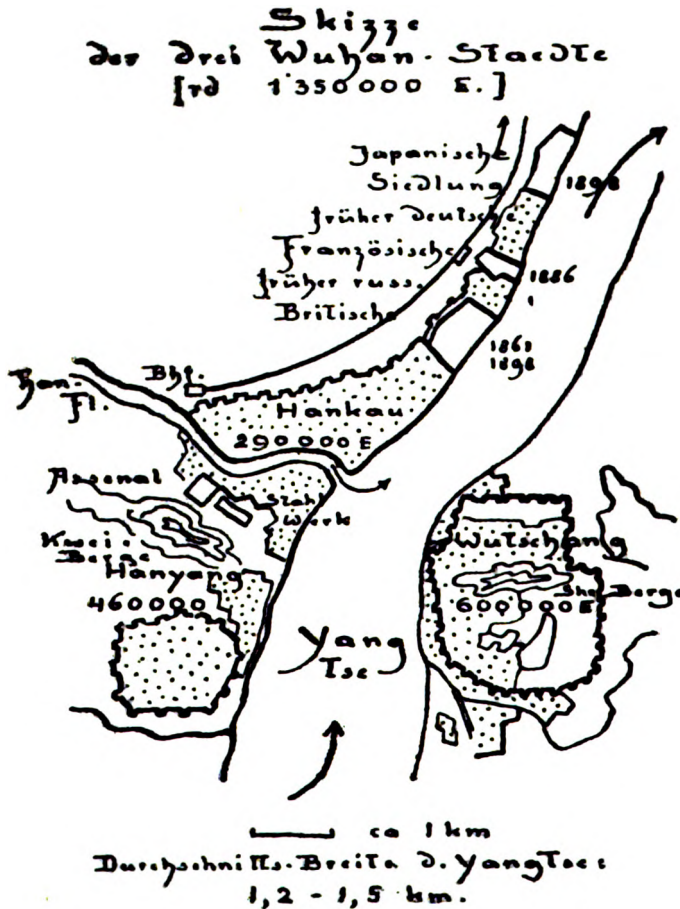
Man wende nicht ein, daß eben dieses System in Spanien noch immer Bestand hat. Wer genauer zusieht, wird offenbar, daß die gärende Unruhe auch hier nicht aufhört und die Diktatur Primo de Riveras viele der hervorragendsten Persönlichkeiten Spaniens aus dem Vaterland getrieben hat. Das wird auf die Dauer bestimmt nicht zu ertragen sein. Gerade wenn Spanien, was jenseits der Pyrenäen stark propagiert wird, die Beziehungen zu Latein-Amerika wesentlich inniger gestalten will, wird es der Mitarbeit aller seiner Volksschichten nicht entraten können. Durch den Vertrag der spanischen Regierung mit der deutschen „Transaerischen

Gesellschaft“ sind die seit langem erörterten Pläne eines regelmäßigen direkten Zeppeleinienstes zwischen Sevilla und Argentinien wesentlich gefördert worden. Glückt es, den transsibirischen Luftdienst gemäß den von deutschen Ingenieuren ausgearbeiteten Entwurf zu organisieren und die Weiterführung der europäischen Luftlinien von Basel über Genf, Marseille, Barcelona, Madrid nach Sevilla durchzusetzen, so würde die geplante Linie von Sevilla nach Argentinien außerordentlich an Bedeutung gewinnen. In den spanischen Lufthäfen würde sich der Umschlag von der transeurasischen zu der transatlantischen Linie vollziehen. Da der Flugdienst quer durch den südamerikanischen Kontinent bereits einigermaßen eingerichtet ist, bedürfte es schließlich nur noch einer Linie über den Großen Ozean, um den Ring der Luftverkehrslinien um den Erdball zu schließen. — Nehmen wir dazu noch die durch Mittelholzers glänzenden Flug (deutsches Flugzeug, deutsche Motoren!) erneut als möglich erwiesene Verbindung Europa—Kapstadt, so spüren wir so recht, wie stark im Zeitalter des Flugzeugs die irdischen Entfernungen zusammenschrumpfen, wie sehr die Beziehungen zwischen den einzelnen Großräumen unseres Planeten im Guten oder Bösen inniger gestaltet werden.

Verkehrsprobleme strategischen und kommerziellen Ursprungs spielen gegenwärtig auch im Osten der mediterranen Welt eine große Rolle. Die Einweihung von Port Fuad auf der Sinaiseite des Suezkanals hat die Blicke Ägyptens stark nach Osten und Nordosten gelenkt. Zur Erschließung der sicher sehr erziehbaren Sinai-Halbinsel sollen von Port Fuad aus eine Reihe von Stichbahnen erbaut werden. Unter diesen verspricht besonders eine von allergrößter Bedeutung zu werden, die Linie von Port Fuad über Kantarra nach El Arisch. Damit wäre der Anschluß an das palästinensische Eisenbahnnetz und somit eine direkte Eisenbahnverbindung vom Suezkanal nach Aleppo und weiter nach Konstantinopel bzw. Bagdad hergestellt. — Inzwischen hat die britische Imperial Airways Co. die direkte Luftlinie Kairo—Indien in Betrieb genommen. Die afrikanisch-asiatischen Grenzgebiete, bis vor kurzem beinahe unzugänglich, sind damit in vollem Umfange in den modernen Weltverkehr eingeschaltet worden.

Auch politisch erlangen diese Landschaften eine steigende Bedeutung. Die Rivalität, die sich in Arabien zwischen Italien (Beschützer des Jemen) und England (Parteigänger von Ibn Saud) entwickelt hat, dürfte keine großen weltpolitischen Folgen haben, selbst wenn Ibn Saud den Kriegszug über Assir nach Jemen antreten sollte. Im äußersten Notfall wird auch hier Italien klein beigeben und es sich gefallen lassen, daß es in Arabien dem mächtigeren und hier stärker interessierten England (Weg nach Indien, Aden, Erdölkonzession auf den zu Assir gehörigen Farisan-Inseln) weichen muß. — Der Plan eines Anschlusses des Sultanats Kuwait an Mesopotamien erweist erneut das lebhafteste Streben der Briten, ihre Einflußzone in Vorderasien zu konsolidieren. Niemand wird es vorerst wagen, sie hierin zu stören, es sei denn, daß die Freundschaft zwischen England und Ibn Saud doch noch eines Tages in die Brüche ginge oder — die Vereinigten Staaten womöglich auch hier eingreifen. Die Errichtung einer amerikanischen Gesandtschaft in Abessinien erscheint uns als überaus wichtiges Symptom dafür, daß der amerikanische Imperialismus (Erdöl, Baumwolle) nunmehr auch nach Nordostafrika und Vorderasien auszugreifen gedenkt.

KARL HAUSHOFER:
BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM



Ein geopolitisches Diagramm des nach der (in Heft I/27 behandelten) Groß-Shanghaifrage nächstwichtigen chinesischen Städteproblems Wuhan (Hankau-Hanyang-Wuchang) stellen wir zweckmäßig voran. Es zeigt ohne weiteres, warum die kurzsichtige Ausschaltung der auf einem Rechtsboden mit den britischen, französischen und japanischen Niederlassungsrechte entstandenen russischen und deutschen durch die alliierten Mächte das Rückgrat der ganzen internationalen Siedlung in Hankau selbsttätig zerbrach. Es zeigt weiter, warum sich Chiang-Kai-Sheck gegen die Verlegung des Machtschwerpunktes von Jung-China in das einzige Be-

völkerungssammelbecken wehrt, in dem bei den sonstigen chinesischen Familien- und Gildenbeziehungen zum Grundbesitz die wurzellosen Menschen von vornherein das Übergewicht über die bodenverwachsenen haben, so daß notwendig eine Überradikalisierung des Machtschwerpunktes entstehen muß. Das aber würden mehr Borodin und Galen und die bolschewistischen Flügelgruppen der Kuo-Ming-Tang, als deren Mehrheit, wollen. Das Arsenal mit seinen 5000 zugezogenen Arbeitern, die benachbarten Stahlwerke mit mehr als 10 000, die fluß- und stromlebige Bevölkerung der Han- und Yangtse-Wasserflächen wird bei einem Regierungssitz in Wuhan labilen Bevölkerungsgruppen in China eine ausschlaggebende Macht verleihen. Eine solche Macht würde sie nach der sonstigen landwirtschaftlichen stabilen Bevölkerung von fast noch 80 Prozent und darüber an keiner andern Stelle des Binnenlandes haben, nur etwa in Kanton und Shanghai, von wo aber der politische Hebelarm nicht so stark landeinwärts wirken kann, wie von dem zentralen Wuhan aus.

Die Frage der Hauptstadtfrage in Wuhan ist also von entscheidender Bedeutung für die ganze Zukunft der chinesischen Entwicklung. Wuhan oder das jeweilige Hauptquartier von Chiang-Kai-Shek, und allensfalls Nanking kommen geopolitisch zur Zeit dafür in Frage. Peking ist bis auf weiteres seines geopolitischen Sinnes entkleidet; es hat seine geographische Idee der Steppen und Lößebene verbindenden Randlage mit der Beherrschung des Steppenhochlandes durch China verloren, und Kanton liegt als südliche Kolonialstadt zu exzentrisch.

Die Wahl von Wuhan statt einer neuen Stelle, oder der alten Kulturzentrale Nanking bedeutet eine unpazifische, vielleicht von Moskau aus aufgedrängte, einem fremden Kulturboden entwachsene Lösung, mit schweren Folgen, wie sie etwa eine deutsche Hauptstadtverlegung in die Leunawerke oder eine andere, überlieferungslose Menschenanhäufung eines neuen Industriegebiets mit sich brächte.

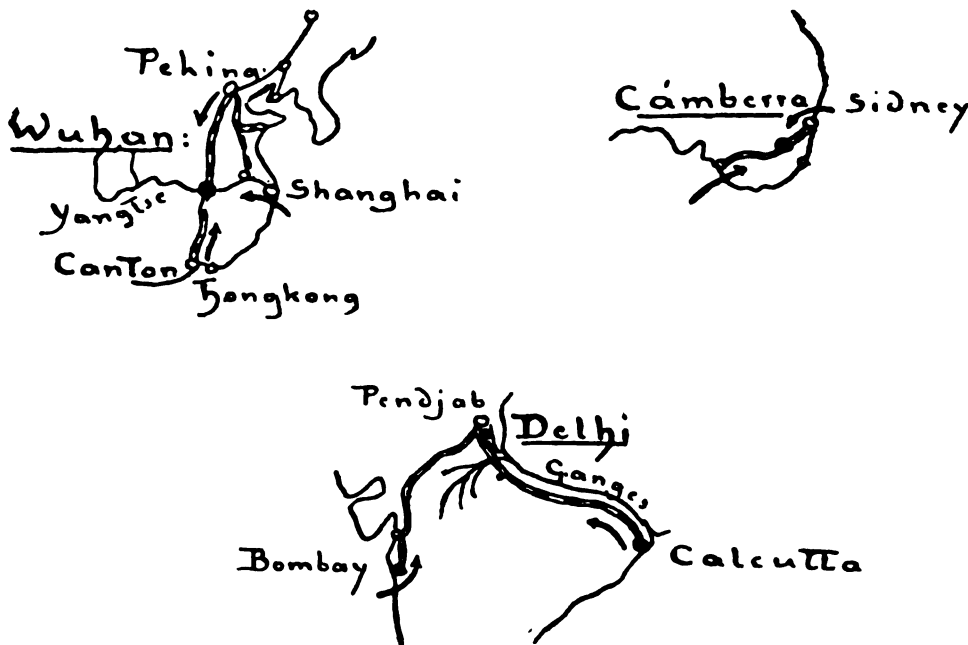
Mit Recht weist eine Korrespondenz darauf hin, daß im ersten Vierteljahr 1927 möglicherweise drei sehr zukunftsreiche neue Hauptstädte der Welt als ausgebaute oder doch im Umriß angelegte Sitze von Regierungen offiziell eingeweiht werden: Neu-Delhi, dessen Parlamentsgebäude, eine imposante Anlage, am 18. 1. durch den Vizekönig Lord Irwin feierlich eröffnet wurde; Canberra, 1924 erst mit 3700 Einwohnern und einigen tausend Bauhandwerkern besetzt, als vollbezogener Regierungsmittelpunkt durch den auf dem Schlachtschiffe „Renown“ unterwegs befindlichen Herzog von York; und Wuhan — falls es endgiltig bei der Wahl des Ortes bleibt — dessen Lagengunst und bevölkerungspolitische Schattenseiten wir oben gekennzeichnet haben.

Eine große Gemeinsamkeit besteht zwischen diesen Neuverlegungen: sie sind alle drei kontinentaler, als die bisher in Meeresnähe gelegenen Hauptstädte Peking, Kalkutta und Sidney-Melbourne. Sie entziehen wichtige künftige Bevölkerungsschwerpunkte des indopazifischen Bereichs Zugriffen von der See her; sie sind Rückschlagserscheinungen indopazifischer Alt- und Kolonialkulturen gegen die vom atlantischen Machtbereich aus geübten Vergewaltigungen, Siegel auf Selbstbestimmungsbewegungen, die sich unaufhaltsam vollzogen haben und noch vollziehen. Man mache sich klar, daß alle indopazifischen Beschauer des Diagramms der D. L. D. (Skizze S. 208) sie in diesem Lichte betrachten: als festlandwärtige Machtverlagerung, als Überwindung fremdgewaltigen Kolonialstandpunkts, zwei davon, Neu-Delhi und Wuhan, als Rückschlag farbiger gegen weiße Rassen, indopazifischer Altkulturen gegen aufgedrängte westliche Zivilisationsformen, des Sieges von Eisenbahn- und

Landverkehr über Küstenzutritt, zentripetaler über zentrifugale und expansive Wesenszüge.

Daß fast gleichzeitig (9. 2. 27) im Palais Egmont in Brüssel der erste internationale Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus tagte, auf dem der Egyptian Hafiz Bey den siebzehnjährigen, immerhin Erfolge zeigenden Freiheitskampf der Egyptian schilderte, dann Motilal Nehru die Ziele des Gandhi-Kreises, mag Zufall sein; es liegt aber auf der großen Linie einer deutlich wahrnehmbaren geopolitischen Bewegung.

Nach Nehrus Feststellung, daß Indien es außerordentlich bedauere, daß jetzt indische Truppen gegen China mobilisiert worden seien, daß der Nationalkongreß



die Absendung habe verhindern wollen, was nur am Veto des Vizekönigs gescheitert sei, und daß die gesamte indische Presse heute auf Seiten der Chinesen stehe, überbrachte ein amtlicher Vertreter der Kanton-Regierung, Hsiung, die Grüße seines Landes, „des augenblicklichen Treffpunktes aller Imperialisten“.

Es folgten Koreaner mit Anklagen gegen Japan, Anamiten mit solchen gegen Frankreich im Namen ihrer etwa 25 Millionen, Beschwerden der Araber in Marokko, Algerien und Tunis, endlich der Mittelamerikaner gegen die Gewaltpolitik der Vereinigten Staaten in Nikaragua. Asien stellte weitaus den stärksten Anteil; aber es erhebt sich die Frage, warum die Vertretung des deutschen Selbstbestimmungsrechtes nur dem linken Flügel der Arbeiterparteien überlassen wurde, warum in diesem großen gemeinsamen Ziele innerpolitische und parteibeengte Hemmungen das gemeinsame Arbeiten aller sich dazu bekennenden geistigen Kräfte hemmen?

Im Zusammenhang damit muß festgestellt werden, daß ein über die asiatische Frage in den Mitteilungen des Jungdeutschen Ordens verbreiteter Aufsatz von Körber sich in geschichtlichen Reminiszenzen aus der früher beliebten Auffassung hunnischen und mongolischen Barbarentums erging (in dessen Kessel man auch die Hochkulturvölker Asiens warf, um einen nicht vorhandenen Gegensatz ganz Asiens gegen Europa zu konstruieren), und diese mit einem falschen Nachrichtenbilde zu ganz unzutreffenden Schlüssen verband. Ein Zitat des französischen Imperialisten Legendre macht die schiefe Darstellung nicht besser; wir haben in Deutschland nicht den geringsten Grund, uns wegen französischer Gelüste nach der reichen chinesischen Zinnprovinz Yünnan berechtigten Selbstbestimmungsbewegungen uralter Kulturvölker entgegenzustellen, die Bildung und Toleranz zu einer Zeit besaßen, in der selbst Frankreich noch von beiden weit entfernt war.

Gerade, weil sonst ein ehrliches Ringen um ein richtiges überseeisches Weltbild im Jungdeutschen anerkannt werden kann, muß eine solche Entgleisung, ein Rückfall in Hunnensturm-Vorstellungen, abgelehnt werden.

Wegen ihrer Rückwirkung auf die Geopolitik müssen zwei weitere Kongreßindrücke aus dem abgelaufenen Berichtjahr, die erst langsam zu überschauen und einzuordnen sind, noch einmal zusammengefaßt werden: der eine ist, von Easton Lodge berichtet, das Auftreten des indischen Sozialisten Tarini P. Sinha, des Japaners S. Matsukata und des Chinesen Tang Liang Li. Der erste wies auf die Gefahr hin, daß der Völkerbund das Entstehen einer panasiatischen Liga automatisch beeinflussen werde, daß die 40 Millionen Inder, die nach Sir Williams Hunter es nicht zu einer zureichenden Mahlzeit im Tage brächten, und die 70 Millionen, die nur eine einzige Mahlzeit im Tage hätten, ebenso viele Schuldbeweise für unerträgliche Besitzverteilung in Indien durch angloindische Unterlassungssünden seien. Er betonte die Tatsache, daß an den Grundsteuerverhältnissen des Großgrundbesitzes seit 1793 nichts wesentliches geändert sei, wohl aber die Kleingütler für ihre Streifen von 0,80 ha bis zum Vierzigfachen des damaligen Wertes zahlen müßten. Der japanische Sozialist nannte seine Partei „ein Wesen mit zu großem Kopf und zu kleinem Körper“, und am Chinesen fiel den europäischen Labour-Mitgliedern am meisten sein starkes Eintreten für nationale Interessen und Rassenehre auf, Fragen, „in denen er gar nicht unparteiisch sein wolle“!

Ganz anderer Art waren die Erfahrungen mit dem dritten wissenschaftlichen Kongreß über Pazifische Fragen in Tokio, der sich nun dauernde Organe geschaffen hat. Kennzeichnend ist, mit welcher Geschicklichkeit den Delegierten das Problem der japanischen Übervölkerung in allen Formen unter die Nase gehalten wurde, wie auch jüngst dem Bischof von London (China Expreß, 27. 1. 27). Der drastische Vergleich der 12 Millionen acres (zu 2 1/2 ha) verbesserten Farmlands in Kalifornien zu den etwa 8 Millionen desgl. in ganz Japan: (3,7 Mill. „Ta“ Reisland und 4,3 Mill. „No“ Höhenland, Trockenland) und die Notwendigkeit, in Japan eine Menschenmasse gleich der halben Bevölkerung der Vereinigten Staaten auf zwei Dritteln der Landfläche des einzigen Kalifornien zu ernähren, wurde den Delegierten in allen Formen vorgelesen. Sechzehn und zwanzig terrassierte Felder übereinander in Kyushu wurden ihnen als Zeichen höchster Bodenausnutzung gezeigt; es wurde die in den letzten 30 Jahren verdoppelte Reiserzeugung nachgewiesen. Die Einzelheiten des Kongreßprogramms finden sich u. a. im „Transpacific“, 30. 10. 26, S. 15; sie umfassen, außer vielen ozeanographischen, seismologischen und vulkanologischen Fragen auch so geopolitisch wichtige, wie: den Nah-

rungsmittelausgleich in den pazifischen Gebieten, die Erhaltung pazifischer Naturdenkmäler, die Lösung der Gründungsfragen in den verschiedenen pazifischen Randlandschaften, die Fragen der Bodenklassifizierung („Bonitierung“) und Bodenkunde, wie der Bodenaufnahme, zweckmäßiger Pflanzenquarantaine, vorbeugender panpazifischer Hygiene, der Herkunft der Menschheit und ihrer Rassen um den Pazifik, Ainu, Papua, Pygmäen (Kleinwüchsige auf Philippinen und Neu-Guinea). Sozialanthropologie in Insulinde, Ernährungs-, Bekleidungs- und Wohnfragen besonders pazifischen Charakters, Verteilung der pandemischen Krankheiten unter den pazifischen Rassen usw. Auch die russischen Delegierten wollen anderthalb Monate in Japan bleiben!

Gerade diese, den ganzen Umkreis des pazifischen Lebensraums umfassenden, von seiner Eigenart aufs Stärkste beeinflussten Bestrebungen müssen in solcher Breite erwähnt werden, weil die wiederholte Hinweise auf sie von einzelnen Stellen der mitteleuropäischen, sichtlich mit pazifischem Nachrichtenstoff nur unzulänglich bedienten Wissenschaft teils in Abrede gestellt, teils als vernachlässigenswert geringfügig bezeichnet werden, während sie tatsächlich die enorme Eigenkraft des indopazifischen Gebietes, die Fremdartigkeit seiner erdgegebenen, bodenbestimmten Züge in jeder Lebensäußerung beweisen. Ich darf in dieser Richtung nur daran erinnern, mit welcher Ungläubigkeit viele den Vorhersagen über die nun eingetretene Entwicklung in Süd- und Mittelchina gegenüberstanden, ganz ebenso, wie den fortwährenden Äußerungen über die friedliebende Grundtendenz des japanischen Reichs und seinen Ausgleichswunsch mit den Sowjets und den Vereinigten Staaten, falls man das Inselreich nicht zu unmöglichen Schritten nötige.

Tatsächlich hat sich aber doch die Richtigkeit der geopolitischen Prognose im indopazifischen Gebiet seit 1924, der Gründung der „Zeitschrift für Geopolitik“ erwiesen, wie unsere Berichtleser mühelos aus dem Vergleich ersehen können; und die „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ beruht auf denselben, leicht kontrollierbaren Grundlagen; ihre wesentlichste Formeigenart (pazifischer Küstentyp) ist aber von Eduard Sues schon erwiesen, keine Erfindung der „Geopolitik“.

Wahrscheinlich wird eine auf Grund der südchinesischen Erfolge in China wieder erstehende Zentralgewalt schnell die Sonderbildungen aufsaugen, die sich einstweilen an den weniger stark durchbluteten Rändern des riesigen Völkersammelbeckens zeigen. Dazu gehörte die Auflösung der Westmarken von Szetschwan; dazu auch die Unruhe an der Westgrenze von Yünnan, in deren Verlauf eine militärische Sonderherrschaft eines Oberst Liu sich in den drei mit Bhamo zusammenarbeitenden Handelsorten Tengyueh, Yungshang und Yutien eine Zeitlang hielt, bis sie von Yünnanfu aus entwaflnet wurde.

Alte Ansprüche auf Bhamo selbst als chinesischen Besitz tauchten bei dieser Gelegenheit wieder auf (Reise von Sir W. Birdwood — Times, 12. 1. 27); und die Unruhen werden in den Shanstaaten auf der chinesischen Seite noch lange nachzittern, da diese die Gelegenheit benutzen, um sich mit modernen Waffen auszurüsten.

Daß aber auch auf der britischen Seite noch manches in Ordnung zu bringen ist, beweist die am 10. 1. eingeleitete Aktion zur Befreiung von weiteren 5000 Sklaven im Bereich der Kachin-Stämme des sogenannten „Triangle“ (zwischen Malikha und N'Maihka), im Durbar von Myitkyina durch Sir Harcourt Butler, den Gouverneur von Burma, und Mr. Barnard, den Deputy Commissioner d. Burma Frontier Service. Es ist eine mühsame schrittweise Arbeit, und es ist klar, wie sehr sie durch die chinesischen Unruhen zurückgeworfen wird.

Über einige Rückständigkeiten Französisch Hinterindiens klärt ein Brief von dort auf, der sich im „Temps“ v. 20. 12. 26 findet; er beklagt das viermalige Umladen auf der 1850 km langen Strecke Saigon—Hanoi (die trotz den großen, im Tagbau betriebenen Kohlenlagern ihre Lokomotiven mit Holz heizt), sowie, daß von den 35 000 Tonnen Gummi, die Frankreich verbraucht, nur 8000 aus dem reichen Tropenland kommen, das ebensogut alles liefern könnte!

Auch hier fehlt es eben, wie ja auch in Insulinde und Nordaustralien, an den ausreichenden Kraftüberschüssen, die ein heimischer Bevölkerungsdruck, frei vom Urbanismus, zur Entwicklung raumweiter Tropenkolonien liefern könnte. Auch die beiden neugeschaffenen Staaten von Nord- und Zentral-Australien, nun durch den 20. Grad s. Br. getrennt, leiden darunter, daß mit 3000 Weißen, 700 Mischlingen und 30 000 Australnegern kein Raum von rund $\frac{1}{4}$ Million qm zu entwickeln ist, auch wenn man ihn vom Territorium zum Staat umkonstruiert.

Da es unsre selbstverständliche Pflicht ist, geopolitische Schwächen der in Versailles festgesetzten Weltordnung zu enthüllen und namentlich ihre aus britischen oder französischen Quellen stammenden Bestätigungen festzuhalten, verzeichnen wir auch Rev. J. Jones Eindrücke aus Australien („Manch. Guardian“, 10. 2. 27 v. 9. 2. 27 im National-Liberalen Club, Manchester).

„In der Einwanderungsfrage sei zu bedenken, daß Australien kein Land sei, sondern ein Kontinent. Australien, das nun eine Bevölkerung von nur sechs Millionen habe, schütter und lose längs der Küsten verteilt, könne mit Leichtigkeit und ganz bequem 60 Millionen ernähren. Wir müßten der Tatsache ins Gesicht sehen, daß wir Australien nur halten könnten, wenn wir es wirklich und wirksam bevölkern könnten“ (nicht nur auf dem Papier der Weltkarte rot bemalen — und leer lassen, wo andere Völker sich in Hungersenge zusammendrücken)!

„Er wolle der Labour-Partei in Australien kein Unrecht tun, aber er müsse jedenfalls sagen, daß die Labour-Partei zum mindesten nichts an Begeisterung für Einwanderung übrig habe.“

Das ist eine sehr schonende Ausdrucksweise für deren Verhinderung mit allen Mitteln, die sich unsre innereuropäischen Arbeiterparteien merken mögen!

„Sie fürchte, Einwanderung (die aber einfach notwendig ist, wenn das Land nicht unaufhaltsam an die farbigen Rassen verloren werden soll!) bringe störenden Wettbewerb, verminderte Löhne (Australien hat die höchsten der Welt) und vielleicht Arbeitslosigkeit. Aber sie begriffen nicht, daß jede Hinzufügung an Bevölkerung die Arbeitsnachfrage steigern müsse.“

„Australien muß mehr Bevölkerung haben, aber, obwohl wir schon Volksüberschuß haben, ist es zweifelhaft, ob er von der dort gewünschten Art sei.“

„Es ist ein Narrengedanke, zu glauben, daß wir dort unsere Art Überschluß abstoßen können. Kaufmännische Angestellte und Techniker werden in Australien nicht gewünscht. Was man will, sind Männer, die draußen auf dem Lande siedeln.“

„Dazu kommt ein scharfer Schutzzoll, britische Waren fernhaltend, und fremde noch außerdem mit 20 % mehr belastend.“ Bequem für das Heute — kurzzeitig für das Morgen, eine Lebensgefahr für das Übermorgen! — So etwa sieht der gute Kenner den Zustand in einem der wichtigsten Reserveräume der Welt.

Auf Grund welcher geopolitischen Leistung freilich noch die britische Macht in den Monsunländern aufrecht steht, dafür sei hier eine Grenzpatrouille angeführt, die Feldmarschall Sir William Birdwood buchstäblich größtenteils zu Fuß durch

Assam und Burma, teilweise längs der chinesisch-birmanischen Grenze abgegangen hat, über die sich Berichte (Times v. 24. 12. 26 und 12. 1. 27) von geographischem Werte leider nur stückweise finden. Schon der Weg über die in Wettersteinhöhe laufenden Grenzketten von Manipur nach Sittaung am Chindwyn durch Urwälder in regenreichster Landschaft ist eine beachtenswerte Probe auf Felddiensttauglichkeit, die viele Führer in Mitteleuropa zu Beginn des Weltkrieges ausgeschaltet hätte, auch die Fahrt durch die Engen des oberen Irawaddy mit ihren rasenden Stromschnellen, die den wasserreichen Strom in Klammern von 40 bis 120 m Schmalheit, bei jähen Schwellhöhen von 17 m einengen.

Der wichtigste Teil dieser höchst persönlichen Augenschein-Reise aber war wohl das Abgehen von etwa 400 km der Grenze gegen Yünnan, mit Nachrichten-Einziehung im Stil Caesars über die verworrenen Herrschaftsverhältnisse der chinesischen Süd-West-Länder, in denen zurzeit Marschall Tang-Shao-Yii eine sehr bestrittene Macht ausübt. Von einem 2000 m hoch gelegenen Grenzposten mußten in 72 Stunden zusammenhängenden Sturzregens drei Ketten von der Art des Wettersteins und der Mieminger überschritten werden, denen schließlich der Paß nach Kutkai über die Loilun-Kette mit je 1500 m An- und Abstieg einen letzten Reiz verlieh.

Wer selbst in den Tropen an kriegerischen Übungen im Monsunregen teilgenommen hat, der weiß, welche Gewaltprobe in einem solchen Grenzmarsch liegt, aber auch welche Fundgrube für eine durch Berichte oder fremde Augen sonst in keiner Weise zu gewinnende Information, und welche starke Wirkung auf die Grenzbevölkerung davon ausgeht. Angenehm mag ja der auch bei dieser Gelegenheit erneuerte chinesische Anspruch auf Bhamo als Freihafen für Teng-Yueh nicht gewesen sein, wie auch manche andere Zeichen auflüpfischer Gesinnung in Burma und der Anblick des Grenzschmuggels, der durch den Preisgegensatz für Opium in China (25 Rp.) und Indien (80 Rp.) selbsttätig ausgelöst wird. Aber eine Leistung, höchster Achtung wert, bedeutet jene Grenzwanderung des Oberkommandierenden in Indien. Sein Hauptquartier wird sicher in kritischer Lage nicht zu weit hinten sein!

Es würde für geopolitische Betrachtungsweise außerordentlich fruchtbar sein, die Landschaftsideale für natürliche und Kulturlandschaft der großen Kulturvölker und Kulturkreise den zu überbevölkerten, internationaler Geltung gekommenen vergleichend gegenüber zu stellen. Symptome, die auch für Macht und Wirtschaft Geltung haben, würden sich aus solchen Studien gewinnen lassen.

In diesem Zusammenhang ist ein Versuch von Burton Holmes bemerkenswert, nach einem 34jährigen Weltreiseleben eine neue Liste der sieben Weltwunder an landschaftlicher, wie kulturlandschaftlicher Schönheit zusammenzustellen, und das Kommentar, das vom indopazifischen Raumstandpunkt die indische Zeitschrift: „The modern Review“ (Calcutta, XII, 1926, S. 651), (eine der völkerpsychologisch interessantesten, die wir kennen) daran knüpft. Die Liste umfaßt: 1. Die Ruinen der Khemerer-Tempelstadt Angkor in Cambodja; 2. Die Pyramiden (das einzige, was von den hellenischen sieben Wundern übernommen und europäisch ist!); 3. Die Gesamtanlage des Tadj Mahal; 4. Den Grand Cannon des Colorado; 5. Die Meteora-Klöster in ihren Granitklippen in Thessalien; 6. Die Gesamtanlage der Gräbertempel in Nikko; 7. Die Klammlandschaft des Yangtsekiang. Fünf Proben aus dieser „Weltschau“-Reihe gehören dem indopazifischen Gebiet an, eine seiner ägyptischen Schwelle, nur eine einzige, die nur einem kleinen Kreis bekannte Mittelmeerlandschaft von Meteora, dem europäischen Kulturkreis. Darin liegt ein Umwertungszeichen, das ernsthaft erwogen werden sollte!

Aber freilich: wie lange wird die japanische Kultur noch imstande sein, ihre drei „Sankei“ (Schau-Landschaften): Amanohashidate, Matsushima und Miyajima als die Leitschönheiten ihrer Landschaft zu begreifen, von denen meist nur Miyajima von dem nicht litoralen und japanischen Menschen anerkannt wird; und welche abgrundtiefe Verständnislosigkeit gegenüber einem anerkannten Weltwunder, wie dem Tadj Mahal, liegt in dem Versuch, seine Architektur in der Emporkömmlingsstadt Bombay ausgerechnet in einem Hotelbau nachahmen zu wollen! Vitalität, Fähigkeit oder Unfähigkeit, in Neubildungen schon einmal in einem Lebensraum Erreichtes wiederzuerlangen, prägt sich auch in kunstgeographisch erfaßbaren Erscheinungen aus und kann, wie es in der „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ versucht wurde, sicher zu Hilfsaussagen über die latente Energie von Erdräumen verwendet werden.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Die in der letzten Berichterstattung in den Vordergrund gedrängte Betrachtung der Bewegungen in Mexiko, Nicaragua und Brasilien fordern auch dieses Mal noch volle Beachtung. Ohne daß dabei in den beiden ersten Fällen von einer Entwirrung der Lage gesprochen werden könnte, will es doch scheinen, als ob hier der Streit lokalisiert werden könne und nicht, wie es eine Zeitlang schien, fast die gesamte mittelamerikanische Welt in Mitleidenschaft ziehen werde. Aus Brasilien kommt sogar die Kunde von dem bevorstehenden Ende der Revolution. Sollte sich diese Nachricht völlig bewahrheiten, so wäre damit eine Bewegung erloschen, die seit 4 $\frac{1}{2}$ Jahren immer wieder einzelne Teile Brasiliens ergriffen hat. Denn 1922 hatte Epitacio Pessoa im Juli einen Militäraufstand in Rio de Janeiro selbst niedergeschlagen. Von da an erhob die Revolution stets aufs neue ihr Haupt, ohne daß es bis heute gelänge, die Beziehungen zwischen den einzelnen Aufständen in São Paulo, im Süden, im Inneren und im Norden aufzudecken. Es wird wohl kaum angehen, sie einfach als eine Bewegung Jung-Brasiliens gegen die regierenden Kreise zu bezeichnen. Dafür sind die inneren Spannungen viel zu vielfältig, als daß ein so einfacher Generalnenner gefunden werden sollte. So hatte die Rio Grandenser Revolution in ihren tiefsten Wurzeln nichts mit der großen, vielleicht allgemeinen Bewegung zu tun. Man glaubt, daß der letzten Bewegung die Spitze abgebrochen werden kann, wenn die unter der politischen Führung von Assis Brasil stehende *Alliança Libertadora* in dem neu zu wählenden Kongreß Sitze erhält. Es mag sein, daß dann der Kampf zwischen den Richtungen mit anderen Waffen als bisher ausgefochten wird.

Die Revolutionen in Mexiko und Nicaragua haben auch in der letzten Phase einen verhältnismäßig stürmischen Verlauf genommen. Nachdem in der zweiten Januarhälfte Sacasa den Friedensvorschlag von Diaz abgelehnt hat, sind nach verschiedenen Meldungen die Liberalen mehrmals, doch nicht entscheidend von den Regierungstruppen bei Conventillos und Rivas geschlagen worden. Denn neuere Nachrichten berichten von einem überraschenden Vorstoß der Revolutionäre auf Chinandega und die Eisenbahnlinie Managua—Corinto, die in ihrer Hand sein soll.

Auch ein weiteres Gefecht von Matagalpa ist siegreich für die Liberalen gewesen. Daraufhin haben die Regierungstruppen die Hauptstadt Managua geräumt, im Rückzug nach Norden. Trotz des Erfolges der Revolutionäre hat sich bisher die vereinsstaatliche Regierung standhaft geweigert, Sacasa anzuerkennen. Die letzten Nachrichten melden von einer amerikanischen Truppenlandung, 1800 Marinesoldaten, in Corinto. Außerdem sollen sich 400 Mann in Leon und 350 in Chinandega befinden. Die Landung geschah im Einverständnis mit dem Präsidenten Diaz, der der vereinsstaatlichen Regierung den Abschluß eines Offensiv- und Defensivbündnisses ähnlich des mit Panama vorgeschlagen hat.

In Mexiko scheinen sich die beiden Fragekomplexe, die Spannung mit den Vereinigten Staaten und die eigene revolutionäre Bewegung, etwas klarer zu scheiden. Denn auch von der Union ist in der Frage der Öl- und Landgesetze die Bereitwilligkeit zu einer schiedsgerichtlichen Austragung des Streites zu erkennen. Doch ist der Widerstand gegen die Ölgesetze längst nicht mehr auf der ganzen Linie festzustellen. Von 147 ausländischen Gesellschaften wollen nur mehr 22 die Gesetze nicht anerkennen. Mexiko selbst leidet immer noch unter revolutionären Zuckungen. Im Staate Jalisco ist es bei der Offensive der Bundestruppen zu mehreren Gechten mit den Aufständischen, die anscheinend in dem Erzbischof von Guadalajara ihren geistigen Führer haben, gekommen. Nach Regierungsmeldung sollen die Revolutionäre bei Tepatitlan eine schwere Niederlage erfahren haben. Höchstwahrscheinlich handelt es sich aber bei solchen „Schlachten“ um recht untergeordnete militärische Ereignisse, um einen ausgesprochenen Kleinkrieg, der nach Regierungsmitteilung im Staate Jalisco beendet sei, aber in den Staaten Guerrero und Michoacan fortduere (Zusammenstöße bei Santa Maria und San Miguel Delmonte). Auch die Bundesexekution gegen die Yaqui-Indianer soll mit vollem Erfolge durchgeführt worden sein. Viel wesentlicher als die Beachtung dieser militärischen Vorgänge ist aber der Hinweis, daß die revolutionäre Idee als solche ihre Lebenskraft noch nicht eingebüßt hat. Das mexikanische Kriegsministerium brandmarkt Francesco Orozco y Jimenez, den Erzbischof von Guadalajara, als einen der Rädelsführer. Der Aufenthalt und die Einflußsphäre des nach Guatemala geflohenen Erzbischofs Pascal Diaz ist zur Zeit nicht bekannt. Als gefährlichster Gegner wird aber Adolfo de la Huerta, der frühere Präsident und Führer der Revolution von 1923, bezeichnet, der sich gleichfalls jenseits der Grenze in Los Angeles befindet und dauernde Beziehungen zu den Rebellenführern, dem General Victorio Huerta, Francesco Madero, Pancho Villa u. a. aufrechterhält.

Es ist eine auffällige Tatsache, daß in weiten Kreisen der Vereinigten Staaten die Stimmung einem energischen Eingreifen weder in Mexiko noch in Nicaragua besonders hold ist. Die Union verhält sich reserviert. Sie sucht gleichsam nach einem Sündenbock. Sie glaubt ihn in der Sowjetpropaganda in Mittelamerika gefunden zu haben. An diese Adresse wenden sich Beschwerden Kelloggs in dem Auswärtigen Ausschuß des Senats; und es will nicht sonderlich wundernehmen, daß von russischer Seite aus diese Angriffe abgewiesen werden. Der Verzicht der Union, den Ablauf der Dinge in Mittelamerika und in Mexiko energischer zu beeinflussen, hat auch sehr viel tiefer liegende Gründe. Es sind ebenso inneramerikanische wie pazifische, wenn man dem Raum nach die Probleme andeuten will, vor denen die Union steht. Sehr viel deutlicher als sonst in der Entwicklung der letzten Zeit ist doch auf einmal die Kluft zwischen Germanisch- und Lateinamerika, nicht ohne Verschulden der Vereinigten Staaten, aufgerissen. Eine lateinamerikanische Bewegung

findet in Süd- und Mittelamerika einen sehr starken Widerhall, der auch notwendigerweise in den Vereinsstaaten beachtet werden muß. Mitte Januar hat der Führer der „Lateinamerikanischen Union“, Alfred do Palacios, am Beispiel des Verhaltens der Vereinigten Staaten im Tacna-Aricastreit, in Nicaragua, in Mexiko, in San Domingo und Haiti das Gewissen der Lateinamerikaner für einen lateinamerikanischen Zusammenschluß und einen inneren passiven Widerstand gegen die Union zu wecken gesucht. Diesem immer kräftiger werdenden Widerstand weicht die Regierung der Vereinigten Staaten zunächst aus, besonders wohl aber deswegen, weil wichtigste Fragen das Interesse der auswärtigen Politik von Amerika selbst abdrängen. So mag es richtig sein, daß der häusliche Streit im mittelamerikanischen Hexenkessel im Augenblick vertagt wird, besonders auch wohl deswegen, weil eine endgültige Ordnung in den mittelamerikanischen Fragen zur Zeit gar noch nicht völlig spruchreif ist.

Durch die Lage in China sind die Vereinsstaatler wieder recht intensiv an ihr Interesse auf dem ostasiatischen Gegengestade, das sie ja nie (Philippinen) aus den Augen verloren hatten, und am Pazifik überhaupt erinnert worden. Zwar ist im Gegensatz zu England auch gegenüber China eine gewisse, aber zielbewusste Zurückhaltung der Union zu beobachten gewesen. Ende Januar wurde darum bekanntgegeben, daß die Union nicht beabsichtige, größere Truppenverbände nach China zu schicken, sondern sich lediglich auf den Schutz der amerikanischen Staatsangehörigen beschränken wolle. Eine ähnliche Reserve scheint sich auch Kanada auferlegen zu wollen. Dagegen ist die Union allerdings nicht gewillt, eine Revision ihrer Verträge mit China vorzunehmen, bevor sich dort eine stabile und verhandlungsfähige Regierung gebildet hat. Neuerdings hat Amerika den Vorschlag gemacht, Schanghai in dem Kampfe zwischen Nord und Süd zu neutralisieren, der allerdings keine besondere Gegenliebe bei den Kantonesen zu finden scheint. Nach allen Mitteilungen über militärische Maßnahmen von Seiten der Union zu urteilen, sieht die amerikanische Regierung der Entwicklung zur Zeit mit Gewehr bei Fuß zu, sucht aber jede drohende Geste auch gegenüber China zu vermeiden.

Gerade aus ihrem Verhalten gegenüber den mehrfachen Konflikten erscheinen die Vereinsstaatler auf den ersten Blick als recht friedensliebend. Es fragt sich nur, ob diese Einstellung nicht lediglich durch die augenblickliche Lage der Rüstungen bestimmt wird, die es verlangt, daß sich Amerika von allen weitausgreifenden Welthändeln fernhält. Dafür liefert die Flottenfrage, die regster Diskussion in der Union unterliegt, reichstes Material. Zunächst ist dabei festzustellen, daß die Seestärke der Vereinigten Staaten infolge der Washingtoner Konferenz sehr ins Hintertreffen gekommen ist. Man hat berechnet, daß das Stärkeverhältnis, wenn veraltete Schiffe unberücksichtigt bleiben, zwischen den Vereinigten Staaten und England 2 : 5, zwischen den Vereinigten Staaten und Japan 1,9 : 4 ergäbe. So wenig eindeutig solche Berechnungen sind, so sind doch die Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer Kreuzerstärke hinter dem vertraglichen Verhältnis zurückgeblieben. Darum soll die Flottenfrage einmal im Sinne einer verstärkten Landesverteidigung beantwortet werden. So fordert eine Kreuzervorlage den Bau von zehn 10 000-Tonnen-Kreuzern. Sollte diese Vorlage durchgehen, so verfügten 1931 die Vereinigten Staaten über 25 (250 000 Tonnen), England über 54 (340 000 Tonnen), Japan über 27 (193 000 Tonnen) Kreuzer, wenn nicht auch eine weitere Rüstung von den beiden letzten Staaten erfolgt. Es ist charakteristisch, daß die Union im Augenblick der Rüstungsvorschläge, die natürlich notwendigerweise zu einem Wettrüsten führen müßte, an eine Flottenabrüstungskonferenz denkt. Es ist ja ein schon lange ge-

hegter Plan des Präsidenten Coolidge, der jetzt plötzlich in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll. Ob der Augenblick für die Durchführung eines solchen Planes gerade ein besonders günstiger ist, mag sehr dahingestellt bleiben. Der erste Erfolg der Einladung, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, ist zum mindesten ein sehr mäßiger. So gesund der Gedanke der Beendigung des Wettrüstens ist, kann er doch zur Zeit, wo größte politische Weltfragen so ganz ungeklärt sind, auf kein besonderes Entgegenkommen stoßen. So hat Frankreich kurz, aber ziemlich schroff ablehnend geantwortet. Frankreich möchte die Abrüstungsfrage an den Völkerbund verwiesen wissen, bzw. es will dieses Programm — gerade im Gegensatz zu der Auffassung Coolidges, der den Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes nichts vorweg nehmen will — nicht dem Völkerbund entzogen wissen. Auch Italien lehnt recht deutlich ab, während sich England reserviert verhält. Japan hat dagegen dem Vorschlag zugestimmt. Inhaltlich sieht das Programm Coolidges gar keine Abrüstung im eigentlichen Sinne vor; sondern es handelt sich mehr um einen Ausgleich als um eine Abrüstung. Denn das für Schlachtschiffe im Washingtoner Abkommen festgesetzte Verhältnis von 5 : 5 : 3 für England, die Vereinigten Staaten und Japan soll auf die im Abkommen nicht erfaßten Schiffsklassen, besonders auf die kleinen Kreuzer, ausgedehnt werden. Italien und Frankreich sollen auf der Konferenz eine besondere Quote erhalten.

Wie weit sich hinter diesem Abrüstungsvorschlag politische Propagandamomente verbergen, ist recht schwer zu sagen. Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß sich der Präsident selbst, besonders im Hinblick auf die bevorstehende Wahl, populär machen wolle. Anderweitig wurde auch geäußert, daß der in Lateinamerika nicht gerade günstige Eindruck der amerikanischen Mittelmeerpolitik verwischt werden solle.

In den Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten verlangt wieder die noch immer nicht beantwortete Frage des deutschen Eigentums in der Union besondere Beachtung. Die Vorlage ist von dem Finanzausschuß des Senats eingebracht worden und wird eine rege Diskussion auslösen.

Die Bevölkerungspolitik der Vereinigten Staaten beschäftigt sich eingehend mit der Frage der Einwanderung. Es ist von Bedeutung, die sich dabei geltend machenden Tendenzen zu verfolgen. So war in Aussicht genommen, das bisher zur Berechnung der Einwanderungsquoten geltende Prinzip fallen zu lassen. Die Einwanderung durfte zwei Prozent der im Jahre 1890 ansässigen, aus dem betreffenden Lande eingewanderten Bevölkerung nicht überschreiten. Die neue Quote soll nach dem Maße berechnet werden, in dem eine fremde Nation bis 1920 zur Rassenstruktur des amerikanischen Volkes beigetragen hat, nach der sog. National-Origin-Klausel. Die Berechnungen selbst haben folgende Quoten ergeben:

	Nach Instruktion der National-Origin-Klausel	Bisher
Belgische Quote	260	509
Dänische Quote	1 092	2 782
Deutsche Quote	22 018	50 129
Französische Quote	2 763	3 878
Großbritannische und irische Quote	91 111	62 458
Italienische Quote	5 878	3 889
Norwegische Quote	2 433	6 453
Österreichische Quote	1 840	990
Russische Quote	4 002	1 793
Schwedische Quote	3 707	9 561

Daß solche Berechnungen sich nicht der sichersten Grundlagen erfreuen, ist klar. So existiert z. B. für die lange Zeit von 1607 bis 1820 überhaupt keine Einwanderungsstatistik, und auch die der nächsten Jahrzehnte ist noch höchst mangelhaft. Daß natürlich in der älteren Zeit das angelsächsische Element besonders stark vertreten war, liegt gleichfalls auf der Hand. So haben tatsächlich zahlenmäßig geringe Zuzüge jener Zeiten die völkische Struktur der Vereinigten Staaten ihrer Herkunft nach weit stärker bestimmt als eine spätere Masseneinwanderung. Es wurde z. B. berechnet, daß die mit der Mayflower nach Amerika gekommenen Briten mit einer Nachkommenschaft von einer Million anzusetzen sind, während die Hunderttausende von Italienern, die zu Beginn unseres Jahrhunderts eingewandert sind, eine wesentlich geringere Rolle in der Strukturberechnung spielen. Von den in den beiden ersten Jahrhunderten nach der Entdeckung von Amerika Eingewanderten sollen die meisten Briten gewesen sein. Die Zahl wird auf etwa 80 000 eingeschätzt. Bis zum Jahre 1740 vermehrten sie sich auf etwa eine Million. Schon 1790 wurde eine Bevölkerung von 3,9 Millionen festgestellt. Es sollen in der Hauptsache Nachkommen dieser 80 000 gewesen sein. Nach jener Volkszählung sollen nur 12 % nichtbritischer Abstammung gewesen sein. Allerdings der Prozentsatz der Deutschen betrug damals schon fünf. Diese Berechnungen lassen zahlenmäßig die hohe Homogenität des amerikanischen Volkes verstehen. Selbstverständlich hat das Land sein Volk selbst gebildet. Es darf aber doch auch nicht vergessen werden, daß das zu bildende Volk von vorn herein in hohem Grade homogen war. Die Berechnungen scheinen aber auch unter einem starken nationalen Willen angestellt worden zu sein, denn wußte man ja doch, zu welchem Resultat man kommen mußte. Sollten diese Bestimmungen in Kraft treten, so sind sie geeignet, diese Homogenität auch weiterhin zu wahren. Denn die englische Quote ist stark erhöht worden. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Klausel wirklich in Kraft tritt, zum mindesten hat ihre Aufstellung trotz all der mangelhaften Grundlagen für ihre Berechnung eine instruktive theoretische Klarheit gebracht.

In der vereinsstaatlichen Wirtschaft sind Hochschutzzollbewegungen im Gange, die besonders auch die schwere Krise, in der sich die Landwirtschaft noch immer befindet, beseitigen soll.

In Südamerika ist die Tacna-Aricafrage noch immer in unklarer Schwebel. In Chile ist infolge der diktatorischen Forderungen, die der Kriegsminister Oberst Ibanez gestellt hat, das Kabinett zurückgetreten. Die Forderungen werden als Reaktion gegen bolschewistische Umtriebe erklärt.

Zwischen Spanien und Argentinien ist eine Luftverbindung mit Zeppelin in Aussicht genommen. Bei jeder agrarischen Arealstatistik eines lateinamerikanischen Staates ist es immer wieder überraschend, wie gering die Fläche ist, die innerhalb des Gesamttraumes bebaut wird. So wurden z. B. von 120 Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbaren Arealen in Argentinien 1925/26 nur ein Fünftel unter Kultur genommen, und zwar davon 37 % für Luzerne, 30 % für Weizen, 14 % für Mais, 8 % für Leinsaat, 4 % für Hafer, 3 % für Obstbäume, 4 % für Baumwolle, Zuckerrohr usw.

GEPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ (HAMBURG)

Der Welthandel¹⁾

1. Anteil der Länder am Gesamthandel²⁾

	In Millionen Dollar			In Prozenten		
	1925	1924	1913	1925	1924	1913
Großbritannien	11 383	10 331	6 830	19,5	20,0	18,0
Vereinigte Staaten	9 136	8 201	4 277	15,6	15,8	11,2
Deutschland	5 052	3 730	4 970	8,6	7,2	13,0
Frankreich	4 262	4 322	2 953	7,3	8,4	7,7
Britisch-Indien	2 296	1 991	1 382	3,9	3,9	3,6
Kanada	2 173	1 879	1 120	3,7	3,6	2,9
Japan	2 002	1 754	679	3,4	3,4	1,8
Italien	1 768	1 471	1 188	3,0	2,8	3,1
Niederlande	1 712	1 538	1 868	2,9	2,9	4,9
Argentinien	1 594	1 438	980	2,7	2,6	2,5
Belgien	1 535	1 461	1 596	2,6	2,8	4,2
Australien	1 469	1 252	741	2,5	2,4	1,9
Brit. Malayenstaaten	1 266	704	403	2,2	1,3	1,1
Tschechoslowakei	1 080	971	—	1,9	1,8	—
Brasilien	908	728	645	1,6	1,3	1,6
Schweiz	873	817	624	1,5	1,5	1,6
Dänemark	858	756	422	1,3	1,3	1,1
Schweden	751	712	446	1,2	1,3	1,2
Rußland	587	447	1 359	1,0	0,9	3,5
Welthandel insgesamt	58 487	51 598	38 293	100	100	100
55 Länder						
Davon:						
Europa	33 212	29 813	25 721	56,8	57,7	67,2
Amerika	14 881	13 182	7 621	25,4	25,5	19,9
Asien	6 798	5 472	3 058	11,6	10,8	8,0
Afrika und Australien	3 596	3 131	1 893	6,2	6,0	4,9

2. Die Handelsbilanzen

a) Länder mit überwiegendem Einfuhrüberschuß (—)

	In Millionen Dollar		
	1925	1924	1913
Großbritannien	— 1997	— 1563	— 652
Deutschland	— 864	— 610	— 160
Italien	— 314	— 219	— 218
Holland	— 260	— 268	— 224
Osteuropa ³⁾	— 243	— 184	— 14
Belgien	— 157	— 171	— 194
Skandinavien ⁴⁾	— 113	— 145	— 87
Japan	— 110	— 266	— 49
Schweiz	— 89	— 89	— 94
Spanien	— 85	— 160	— 45
Südafrika	— 85	+ 4	— 46

b) Länder mit überwiegendem Ausfuhrüberschuß (+)

	In Millionen Dollar		
	1925	1924	1913
Vereinigte Staaten	+ 693	+ 981	+ 691
Britisch-Indien	+ 656	+ 441	+ 212
Kanada	+ 393	+ 263	— 198
Britische Malayaenstaaten . .	+ 172	+ 34	— 13
Brasilien	+ 71	+ 118	— 9
Frankreich	+ 68	+ 116	— 297
Chile	+ 67	+ 80	+ 23
Australien	+ 35	— 30	— 21
Philippinen	+ 29	+ 27	— 5
Ägypten	+ 11	+ 74	+ 21
Neuseeland	+ 11	+ 15	— 1
Argentinien	— 8	+ 142	+ 32

Anmerkungen

- 1) Nach einer Zusammenstellung des U. S. A. Department of Commerce. 3) Rußland und Nachfolgestaaten, Österreich-Ungarn und Nachfolgestaaten.
 2) Einfuhr und Ausfuhr zusammen genommen. 4) Dänemark, Schweden und Norwegen.

WILLIAM GRAHAM:
AUFTAKT ZUR WELTWIRTSCHAFTSKONFERENZ

Die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz gilt mit Recht als eine der wichtigsten Maßnahmen, um die durch den Weltkrieg erschütterte Weltwirtschaft der Gesundung zuzuführen. Als wertvolle Schritte zur Vorbereitung der von ihr erstrebten Ziele gelten sowohl die praktischen Versuche einer internationalen wirtschaftlichen Verständigung, wie wir sie in der internationalen Roheisen-gemeinschaft beobachten können, als auch die mehr theoretischen Anregungen, wie wir sie im Weltwirtschaftsmanifest verkörpert sehen. Sicherlich ist das Bestreben, die Gesundung der Weltwirtschaft nach Kräften zu fördern, allenthalben sehr stark, und die Weltwirtschaftskommission kann bei den Arbeiten des allgemeinen Weltinteresses sicher sein.

Wie ist nun die Lage vor Beginn dieser Konferenz? Stehen wir bereits im Zeichen einer genesenden Weltwirtschaft?

Eine Untersuchung über die allgemeine Wirtschaftslage wird sich naturgemäß mit den wirtschaftlichen Verhältnissen bei den großen Geldgeber-nationen England und Amerika befassen. England trägt noch immer eine nationale Schuld in Höhe von etwa 7700 Millionen Pfund Sterling und das zur Regelung dieser Verpflichtungen eingesetzte sogenannte Colvyn-Komitee wird kaum ein Programm von genügender Durchschlagskraft entwerfen, um eine schnelle Verringerung der Schulden herbeizuführen. Auch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse Englands scheinen gegen eine schnelle Verringerung der Schuld zu sprechen. Die Ausgaben des Staatshaushalts, die erheblich durch den Zinsendienst der Staatsschulden beeinflußt werden, belaufen sich noch immer auf 825 Millionen Pfund Sterling. Wir müssen uns ferner vor Augen halten, daß die Subvention des Bergbaus im vorigen Jahre ein Defizit im Budget entstehen ließ, das auch in das laufende Rechnungsjahr übernommen werden muß. Amerika andererseits steht im Zeichen eines wachsenden Reichtums. Seine industrielle Produktion ist selbst unter Berücksichtigung des außerordentlich aufnahmefähigen Inlandsmarktes und der ungewöhnlichen Kaufkraft seiner weitverteilten Bevölkerung erstaunlich, seine Sparguthaben sammeln sich äußerst schnell an und der Ausblick für die Zukunft ist trotz des weitverbreiteten Abzahlungssystems durchaus günstig. Mit den europäischen Schuldernationen sind vielfach Abkommen zur Konsolidierung der Schulden getroffen worden, und eine weise Wirtschaftspolitik hat es verhindert, daß die ungeheuren Goldreserven des Landes inflatorisch gewirkt haben. Amerika wird daher seinen Wirtschaftsaufgaben im Jahre 1927 mit

dem Gefühl absoluter Sicherheit entgegenzutreten, und es wird diese Aufgaben sogar im wesentlichen in einer großzügigen Zusammenarbeit mit Europa erblicken. Schon jetzt lassen die Äußerungen einer Reihe führender Persönlichkeiten erkennen, daß die den Vereinigten Staaten zur Verfügung stehenden Kapitalien in der eigenen Wirtschaft nicht voll beschäftigt werden können, so daß eine erhebliche Abzweigung der überschüssigen Kapitalien nach dem geldhungrigen Europa gegeben sein dürfte, ein Vorgang, der ja durchaus im eigenen Wirtschaftsinteresse der Vereinigten Staaten liegt. Dies alles stärkt und sichert natürlich die Lage Groß-Britanniens ganz wesentlich.

Mitteuropa wird bald die wahre Versuchsprobe seiner Fähigkeit für die weitere Durchführung des Dawesplanes erleben. Ansätze zu dieser Probe wird vielleicht schon dieses Jahr bringen. Die ersten Jahresleistungen Deutschlands wurden durch internationale Anleihen erleichtert. Deutschland ist inzwischen zur Goldwährung zurückgekehrt und seine Zahlungsverpflichtungen wachsen in den nächsten Jahren stark. Ein schwieriges Problem besteht in der wirkungsvollen Transferierung seiner Verpflichtungen. Wir müssen uns auch vor Augen halten, daß für eine glatte Durchführung des Dawesprogramms eine aktive Zahlungsbilanz Voraussetzung ist. Bisher ist die Lage Deutschlands durch die im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues notwendig gewordenen starken Importe ungünstig gewesen. Deutschland muß sich daher in Zukunft in der Hauptsache auf seine Exporttätigkeit verlassen. Aus diesem Grunde kann der Wert des Appells der internationalen Bankwelt für den Abbau der Zollschranken und für größte Freiheit im internationalen Warenverkehr nicht hoch genug veranschlagt werden. Wenn sich in dieser Richtung selbst nur ein mäßiger Fortschritt erzielen ließe, so erscheint es ziemlich sicher, daß auf Grundlage des letzten Berichtes des Generalagenten für Reparationszahlungen Deutschland seinen Verpflichtungen auch in diesem Jahre gerecht werden kann, und es, selbst bei höherer Belastung, jedenfalls im Jahre 1927 nicht zusammenbrechen wird.

Belgien hat soeben ein weitgehendes Programm der Währungsstabilisierung durchgeführt. Es hat den Vorteil der Abwesenheit einer auswärtigen Kontrolle seiner internen Finanzen. Während Deutschland sozusagen ein kontrolliertes Unternehmen unter dem Dawesplan, Österreich und Ungarn ähnliche Betriebe unter der Aufsicht des Völkerbundes sind, hat Belgien den Vorteil, daß sich die Zentral- und Reservebanken Europas und Amerikas ohne eine formelle Bindung seinerseits um seine Gesundheit bemühen. Diese Gesundheit kann, wenn sie einmal richtig durchgeführt ist, nur segensreiche Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft haben.

Andere Länder werden nämlich folgen müssen, besonders Frankreich und Italien. Für Frankreich indessen ist der Ausblick weniger günstig. Die

Schuldenregulierungsverträge mit Amerika und Groß-Britannien sind noch nicht abgeschlossen. Die Opposition ist sehr stark. Fast alles hängt von der Wirksamkeit der einheimischen Finanzmaßnahmen ab, die bisher nur einen teilweisen Erfolg zeitigten. Das allgemeine Bild des französischen Budgets für 1927 ist indessen vertrauenerweckend; viele Fachleute halten es für den endgültigen Schritt zur Gesundung. Auf der anderen Seite sind die Schätzungen der Ausgaben im laufenden Jahr wahrscheinlich zu niedrig. Das französische Volk steht wie bisher einer direkten Besteuerung höchst unsympathisch gegenüber; die Inflation hat bisher das wirkliche Gewicht der Bürde, die sich allmählich mehr und mehr bemerkbar machen muß, verschleiert. Ein gewisses Vertrauen entspringt aus der Tatsache, daß die Auslandsverpflichtungen Frankreichs durch die Reparationseingänge gedeckt sind. Das andererseits hängt wieder von der deutschen Fähigkeit, die Daweszahlungen aufrecht zu erhalten, ab und von seiner Fähigkeit, das Transferproblem weiter zu lösen.

Frankreich kann wahrscheinlich von dem gesunden Einfluß der Stabilisierung der belgischen Währung profitieren. Denn man muß sich darüber klar sein, daß diese Stabilisierung nicht nur das durchaus löbliche Prinzip einer Beiseitstellung gewisser Steuereingänge für eine Schuldenamortisation verlangt, sondern daß es sozusagen als Vorbild wirkt und dazu beiträgt, daß Länder mit noch nicht stabilisierter Währung auch ihrerseits ihr Geldwesen sicherstellen.

Diese wertvolle Tendenz in Europa würde in außerordentlicher Weise bestärkt werden, falls sich auch Rußland entschließen könnte, den Wiederaufbau auf gesunder Grundlage zu fördern. Die letzten Äußerungen Krassins in dieser Frage lassen indessen noch nicht erkennen, daß die Sowjetregierung irgend einen annehmbaren Vorschlag bezüglich der Regelung der Vorkriegsschulden bieten kann. Bis das nicht geschehen ist, ist eine weitgehende Hilfe der westlichen Kulturländer unmöglich. Eine völlige Genesung Europas ist indessen ausgeschlossen, solange ein so großes Gebiet wie Rußland außerhalb des allgemeinen Wiederaufbaues verbleibt.

Wir stehen jedenfalls im Zeichen einer finanziellen Zusammenarbeit, im Zeichen einer Währungsstabilisierung, die nicht nur die Voraussetzungen für einen weltwirtschaftlichen Wiederaufbau sondern auch die Vorbedingungen schafft, um dem Dawesplan eine weitere Gelegenheit zum Beweise seiner Durchführbarkeit zu geben, was auch immer die endgültigen Modifizierungen seiner Zahlungen sein mögen. Sollten sich die hieran geknüpften Hoffnungen erfüllen, so wird sicherlich auch die Gesundung der Weltwirtschaft weitere Fortschritte machen.

W. M. FREIHERR v. BISSING:

DIE ENTWICKLUNGSLINIE DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Auf der Produktionsseite der Wirtschaft war in den letzten Wochen eine gewisse Verminderung der arbeitstäglichen Kohlenförderung im Ruhrgebiet festzustellen. Zu Beginn des Jahres wurden 414 300 t und gegen Ende des Januar nur 406 400 t täglich gefördert. Die Koksgewinnung dagegen nahm zu. Das Abnehmen der Kohlenförderung ist aber nicht auf ein Nachlassen der Nachfrage, sondern auf die schwebenden Lohnverhandlungen zurückzuführen. Die deutsche Inlandsnachfrage ist vor allem seitens der Industrie recht lebhaft gewesen, und auch die Schwerindustrie hat vermehrten Koksbedarf.

Die Eisenindustrie bemerkt allerdings mehr als der Bergbau das Wiederauftreten der englischen Konkurrenz. Die Preise auf dem Auslandsmarkt beginnen nachzugeben und das Geschäft nimmt dort stillere Formen an. Die Konjunktur wird jetzt im Gegensatz zur gleichen Zeit im vergangenen Jahr in erster Linie vom Inlandsmarkt gehalten. In der Maschinenindustrie allerdings entspricht die Inlandsfrage noch bei weitem nicht der Produktionsmöglichkeit der Werke. Es ist aber nur natürlich, wenn infolge der stark durchgeführten Rationalisierung die Nachfrage nach Produktionsmitteln sich nur langsam belebt.

Die Lage am Arbeitsmarkte hat sich nach der saisonmäßigen Verschlechterung gegen Ende des vergangenen Jahres in der zweiten Januarhälfte wieder leicht gebessert. Auch in den Außenberufen, Landwirtschaft und Baugewerbe, begann gegen Ende des Monats eine leichte Nachfrage, ebenso im Kohlenbergbau, auf den Werften, im Maschinenbau und in der chemischen Industrie. Es hat den Anschein, als würde die Besserung am Arbeitsmarkt anhalten, aber man wird kaum damit rechnen dürfen, daß auf absehbare Zeit die Zahl der Arbeitslosen erheblich sinken wird. Auch hier machen sich die Fortschritte der Rationalisierung bemerkbar. Vor allem wird die Zahl der Arbeitslosen durch die geschwächte Konsumkraft der breiten Masse hochgehalten. Es ist dafür charakteristisch, daß im Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe die Nachfrage nach Arbeitskräften noch immer außerordentlich gering ist.

Die Landwirtschaft ist anscheinend noch immer nicht in der Lage, von sich aus die Besserung der wirtschaftlichen Lage weiterzutreiben. Die hohen Getreidepreise waren bei der geringen Menge des Erntegutes und bei dessen schlechter Qualität nicht imstande, die Verluste des Vorjahres auszugleichen. Wenn auch der Kaliabsatz im Januar erheblich zugenommen hat, so ist offenbar

ein erheblicher Teil der abgesetzten Kalimengen nicht aus dem Ernteertrag, sondern mit Wechselkrediten bezahlt worden, die jetzt für die Landwirte zu verhältnismäßig billigen Zinssätzen und ohne Schwierigkeiten erhältlich sind.

Ebenso wie die Landwirtschaft hat die Konsumseite der Wirtschaft noch stark unter den Nachwirkungen der Wirtschaftskrise zu leiden. Im Dezember entfielen 52,3 % der Gesamtkurse und 44 % der Geschäftsaufsichten auf die Konsumgüterindustrien. Im Januar ist das Verhältnis mit 44 bzw. 52,2 % annähernd dasselbe geblieben.

Der Kapitalmarkt hat im Januar nach einer vorübergehenden Depression in den ersten Tagen des neuen Jahres weitere Anregung erhalten. Auf den Aktienmärkten ist aber zweifellos eine Überspannung des Kursniveaus zu verzeichnen. Der Durchschnittskurs aller in Berlin notierten Aktien betrug im Dezember 168,6 und im Januar 1927 183,2 % gegenüber 167,8 im Jahresdurchschnitt 1913. Die Kurssteigerungen sind in der außerordentlich flüssigen Lage am Geldmarkt begründet. Ferner haben offenbar in sehr starkem Maße Interessenkäufe zur Vorbereitung weiterer Zusammenschlüsse stattgefunden. Der Kapitalmarkt ist im übrigen im Januar wohl bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit beansprucht worden. Es gelangten zur Emission für 212,3 Millionen Mark Inlandsanleihen und es wurden für 52,27 Millionen Kapitalerhöhungen beschlossen. Daneben wurden für 244 Millionen Mark Pfandbriefe allein an der Berliner Börse zugelassen, schließlich kam noch im Februar die 500 Millionen-Anleihe des Reiches an den Markt. An ausländischen Anleihen strömten nur für 13,7 Millionen Mark herein. Im Januar 1926 dagegen wurden für 25,10 Millionen Mark Kapitalerhöhungen beschlossen, für 1 Million Mark Inlandsanleihen aufgelegt und für 18,5 Millionen Mark Pfandbriefe zugelassen. An Auslandsanleihen wurden damals für 162,4 Millionen Mark hereingenommen. Im Gegensatz zum vergangenen Jahre fällt die Last der Emissionen jetzt fast ausschließlich auf den inländischen Kapitalmarkt. Es ist daher kein Wunder, wenn infolgedessen in der ersten Februarhälfte sich eine gewisse Geldverknappung bemerkbar gemacht hat. Dies ist auch mit eine Folge der am 11. Januar 1927 vorgenommenen Diskontermäßigung der Reichsbank. Das Ausland hat daraufhin nicht unbeträchtliche Devisenbeträge abgezogen, wie aus dem Stande der deckungsfähigen Devisen der Reichsbank hervorgeht.

Datum	Betrag
31. Dezember 1926	519 168 000 RM.
7. Januar 1927	513 269 000 .
15. Januar 1927	501 036 000 .
23. Januar 1927	501 450 000 .
31. Januar 1927	421 082 000 .
7. Februar 1927	293 419 000 .

Ein Teil der abgezogenen Devisen ist wahrscheinlich nach England und Holland gegangen, wo gegen Ende Januar sich eine gewisse Versteifung am Geldmarkt bemerkbar gemacht hatte. Ferner sind offenbar erhebliche Beträge an Zinsen für die bisher aufgenommenen Anleihen an das Ausland zurückgeflossen.

Die künftige Entwicklung der gesamten Wirtschaft spiegelt sich in den Rohstoffpreisen und den Aktienkursen wieder. Da der Schrottpreis von 66 Mark für die Tonne Ende November auf 60,50 Ende Januar gesunken ist und sich anscheinend auf dieser Höhe hält, so wird man daraus schließen dürfen, daß in absehbarer Zeit mit einer nennenswerten weiteren Belebung der Konjunktur in der Eisen- und Stahlindustrie nicht zu rechnen sein wird. Von den Aktienkursen standen am 2. Februar 1927 unter dem Tagesdurchschnitt von 189,9 % Bergwerke (172,4 %), Textilindustrie (161,6 %), Metallindustrie (153,8 %), Maschinenindustrie (116,8 %), auf und über dem Durchschnitt standen Banken (203,3 %), Chemische Industrie (290,2 %), Elektrizitätsindustrie (188 %), Kali (186,5 %), Zementfabriken (185,6 %). Aus diesen Kursverhältnissen wird man also schließen können, daß die Spekulation nicht mit einer baldigen Geschäftsbelebung in den konjunkturellen Schlüsselindustrien rechnet. Im Gegensatz zu 1926, wo der Aufschwung plötzlich und unvermutet einsetzte, scheint die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Monaten stetig aber langsam weiter fortschreiten zu sollen. Der Geld- und Kapitalmarkt wird von der ferneren Gestaltung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht unbeeinflusst bleiben. Da mit einer plötzlichen Belebung des Inlandsgeschäftes kaum zu rechnen sein wird, dürften auch die dem Geldmarkt zur Verfügung gestellten Mittel, selbst wenn sie zu einem großen Teil Kassenvorräte der Industrie sein sollten, kaum in absehbarer Zeit beansprucht werden. Allerdings darf man wohl zugeben, daß der Markt zurzeit mit festverzinslichen Werten gesättigt ist und die Nachfrage einige Zeit brauchen wird, bis sie das recht starke Angebot endgültig aufgenommen haben wird.

ERICH KEYSER:
DIE GESCHICHTLICHE EINHEIT DES PREUSSISCHEN
WEICHSELLANDES

Der Vertrag von Versailles hat die Länder an der südlichen und östlichen Küste der Ostsee in einen Trümmerhaufen verwandelt. An dem Gestade, das zuvor allein der Obhut des Deutschen Reiches und Rußlands unterstellt war, reihen sich jetzt in kurzen Zwischenräumen, die das Flugzeug in wenigen Stunden durchgleitet, die preußische Provinz Pommern, die Republik Polen, die Freie Stadt Danzig, die preußische Provinz Ostpreußen, das Memelland, Litauen, Lettland, Estland, Sowjetrußland und Finnland aneinander. An die Stelle von zwei mächtigen Reichen sind nicht weniger als zehn kleinere und größere politische Gebilde getreten, die trotz ihrer erst kürzlich gelösten Zusammengehörigkeit nur noch locker miteinander verbunden sind. Dagegen greift eine neue Fluglinie von der Odermündung und demnächst auch wieder von der Weichselmündung nach Stockholm hinüber. Altgewohnte Zusammenhänge sind zerrissen, neue Fäden werden angeknüpft.

Wer die gegenwärtige Karte der Ostseeländer aufmerksam betrachtet, wird in dem Gewirr staatlicher Grenzen schwer einen Sinn finden. Sie scheinen weder nach landschaftlichen noch nach völkischen Gesichtspunkten festgesetzt zu sein. Gebiete mit deutschem Volkstum und deutscher Kultur, wie die Freie Stadt Danzig, der Weichselkorridor und das Memelland sind vom deutschen Staatsgebiete abgetrennt. Der Besitz der Memelmündung ist von Litauen und Polen umstritten. Litauer wohnen auf polnischem Staatsgebiete, Russen in Lettland und Estland. Die Memel durchfließt der Reihe nach polnischen, litauischen, reichsdeutschen und memelländischen Boden. Es ist kaum möglich, den Schöpfungen des Versailler Vertrages und des Friedens von Riga Grundlagen abzugewinnen, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oder der wirtschaftlichen oder verkehrsgeographischen Vernunft entsprechen möchten. Sie sind dem machtpolitischen Willen entsprungen. Um so geringere Dauer dürfte ihnen beschieden sein. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß die staatlichen Verbände der nächsten Zukunft weniger auf dem imperialistischen Ausdehnungsdrang ihrer Beherrscher als auf den Notwendigkeiten des völkischen und wirtschaftlichen Zusammenlebens der europäischen Staaten aufgebaut sein werden.

Unter diesen Umständen können die gegenwärtigen Grenzen der baltischen Länder einer vorwärts schauenden geopolitischen Betrachtung nicht zugrunde gelegt werden. Es wird vielmehr notwendig, nach neuen Lebenseinheiten

Umschau zu halten, in denen sich der Schaffensdrang der beteiligten Nationen ohne die stete Gefahr wechselseitiger Störungen auswirken könnte. Es gilt, aus dem Chaos der Gegenwart neue Raumgebilde erstehen zu lassen. Nachdem die letzte Regelung alle bisherigen Satzungen über den Haufen geworfen hat, brauchen dabei die Grenzziehungen des 19. Jahrhunderts ebensowenig wie die der Zeit nach 1918 beachtet zu werden. Nur zwei Rücksichten sind zu nehmen. Wer den wirtschaftlichen und völkischen Bedürfnissen im Leben der Staaten erhöhte Bedeutung zuerkennt, kann an den Gegebenheiten des Raumes, mit denen die Natur der menschlichen Willkür seit Urzeiten entgegenzuwirken pflegt, und den Erfahrungen der Geschichte nicht vorübergehen. Denn so seltsam es dem modernen Menschen erscheinen mag: Das Antlitz der Geschichte nimmt trotz alles Wechselspiels der Jahrhunderte immer wieder die gleichen Züge an. Nicht nur die Menschen und Völker, sondern auch die Erdräume haben ihre besonderen, unabänderlichen Charaktere.

Zu den schwierigsten Aufgaben, die dem politischen Denken in dieser Beziehung gestellt sind, gehört die Frage, wie weit die Gebiete, die früher zum Deutschen Reiche gehörten, jetzt aber die preußischen Provinzen Grenzmark und Ostpreußen, die polnische Woiwodschaft Pommerellen, die Freie Stadt Danzig und das Memelland bilden, eine räumliche Einheit im vorstehenden Sinne darstellen.

Wie ein Blick auf eine geologisch-morphologische Landkarte lehrt, gehört der Küstenrand der Ostsee zwischen der Oder- und der Memelmündung dem norddeutschen Flachlande an, das, nach Westen immer schmaler werdend, nach Osten hin in weitem Bogen sich öffnet. Es scheint mit den polnischen und russischen Ebenen eine untrennbare Einheit zu bilden. Trotzdem weist es eine bedeutsame Abgrenzung nach dem Süden und Südosten durch die Endmoränenzüge auf, die seine eiszeitliche Bedeckung umranden. Die großen Urstromtäler, in denen jetzt die Weichsel zwischen Thorn und Bromberg, die Netze und Warthe fließen, scheiden das baltische Küstenland von den südlich anstoßenden kontinentalen Ebenen. Nach Norden legt sich der Netze—Wartheniederung ein Endmoränenzug vor, der von Dramburg über Pr. Friedland, Tuchel nach Schwetz hinstreicht. Lange Zeit ist die Südgrenze des Herzogtums Pommerellen und späterhin des Deutschen Ordenslandes in der gleichen Richtung verlaufen. Im südlichen Ostpreußen bilden die masurischen Seen eine ähnliche Grenzlinie gegen Masovien. Es ist keine Frage, daß das baltische Küstenland nur bis zu diesen natürlichen Grenzen sich erstreckt.

Weit schwieriger ist es, aus der Küstenlandschaft besondere räumliche Einheiten herauszuheben. Dem Auge des Wanderers treten wesentliche Unterschiede in der Gestaltung der Erdoberfläche kaum entgegen. Trotzdem schmiegen sich die geschichtlichen Grenzen den von der Natur gesetzten Land-

marken an. Längs der Grenze zwischen Pommern und Pommerellen erstreckt sich ein breit gelagerter Endmoränenzug von Deutsch-Krone über Rummelsburg und Bütow bis in die Gegend von Karthaus. Er bezeichnet die Wasserscheide zwischen den Nebenflüssen der Weichsel und den kleinen Wasserläufen, die wie die Persante, Wipper, Stolpe und Leba der Küste von Hinterpommern zuströmen.¹⁾ Im Osten legt sich die Memelniederung als landschaftlich wichtige Grenze dem Hochland von Schameiten vor. Innerhalb des baltischen Küstenlandes tritt somit neben der pommerschen Region eine besondere preußische Region deutlich hervor. In ihrem Süden liegt das Wartheland.²⁾

Dieser morphologischen Abgrenzung treten geologische Scheidelinien zur Seite. Die Grenzen der preußischen Region decken sich fast genau mit den Bezirken, in denen die diluviale Oberfläche von der Kreide unterlagert ist, eine Erscheinung, die der pommerschen Region und dem Warthelände fremd ist.³⁾ Auch die Küstengestaltung weist beachtenswerte Eigentümlichkeiten auf. Während die Küste in Hinterpommern und Kurland fast schnurgerade und ungegliedert verläuft, ist sie auf der dazwischen liegenden Strecke durch die Danziger Bucht weit in das Binnenland hinein aufgeschlossen. Nur das Samland springt mit dem Kap Brüsterort keilförmig in die Meeresfläche hervor. Trotzdem hat der steile Abfall seiner Ufer seit jeher die Anlage von größeren Siedlungen und Schifffahrtsplätzen an dieser Stelle verhindert. Wie zwei Arme greifen die Frische Nehrung und die Kurische Nehrung nach Südwesten und Nordosten aus und sperren das Hinterland der beiden Haffe vom Meere ab. Nur das Land an der Weichselmündung hat unmittelbaren Zutritt zur offenen See. Die geopolitische Bedeutung der Danziger Bucht wird aber noch dadurch verstärkt, daß gerade an der Stelle, auf die einem Zeigefinger gleich die Halbinsel Hela hinweist, die Verkehrslinien der Weichsel und des Pregels im rechten Winkel aufeinander stoßen. Trotz seiner nach Westen verschobenen Lage bildet deshalb das Gebiet an der Weichselmündung den Sammelpunkt aller baltischen Kräfte der preußischen Region. Die Weichsel, an sich weitaus der größte Strom zwischen den Einzugsgebieten der Oder und der Düna, bestimmt somit in hervorragendem Maße den landschaftlichen Aufbau und die verkehrsgeographische Gliederung des ganzen Landes. Zu der gleichen Erkenntnis führt die geschichtliche Betrachtung.

Zur jüngeren Steinzeit bildete das Weichseltal das Rückgrat für die Besiedlung der Ostseeküste zwischen der Wasserscheide von Weichsel—Oder und der Memelniederung. Am Rande der Danziger Bucht, des Frischen Haffes und auf den Abhängen des Stromlaufes sind die Fundstellen aus jener fernen Vergangenheit dicht gedrängt, während sie in Masuren und auf der pommerschen Hochfläche nur selten anzutreffen sind.⁴⁾

Diese Tatsache ist in dem vorliegenden Zusammenhange um so wichtiger, als es sich um zwei verschiedene Kulturen handelte, die gerade an dieser Stelle aufeinander stießen, die nordische Kultur des Ostseebeckens und die südliche Kultur des Donaulandes. Am Ende der Bronzezeit (um 1000 v. Chr.) wurde die Weichselniederung erneut an die siegreich vordringende baltisch-germanische Kultur angeschlossen. Nur im Süden und Osten machten sich fremdartige Kulturen breit. Am stärksten prägte sich die Einheit des preußischen Weichsellandes zur Eisenzeit aus, als die Stämme der Ostgermanen von der Danziger Bucht aus westlich bis zur Persante und östlich bis zum Pregel vorstießen. Die politisch und technisch hoch entwickelte Kultur der Goten und Gepiden, der Burgunder und Rugier stützte sich auf die Beherrschung der Weichsel, von deren Ufern aus später Pommern und Polen ihrem Einfluß unterworfen wurden.⁵⁾ Mit vollem Recht hat deshalb Gustav Kossinna gerade das Weichselland den uralten Heimatboden der Germanen genannt.⁶⁾

Als um die Mitte des ersten nachchristlichen Jahrtausends die germanische Kultur in diesen Gegenden zu schwinden begann und wendische Stämme auf dem linken, baltisch-preußische Stämme auf dem rechten Weichselufer sich ausdehnten, war die preußische Region lange Jahrhunderte völkisch und politisch gespalten. Trotzdem blieb ihre Einheit insofern gewahrt, als die Siedlungen jener Völkerschaften die Grenzen des vorausgegangenen Kulturbereichs der Ostgermanen nur unwesentlich überschritten. Die Preußen lehnten sich im Memel-Jurabecken an die Litauer und in Masuren an die polnischen Masovier an. Die Pommeranen, die Vorfahren der Kaschuben, siedelten im Süden bis zur Netzeniederung, an der sie mehrfach polnische Einfälle abzuwehren hatten. Erst später bildete der Lauf der Kamionka und Dobrinka die Grenze des pommeranischen Herzogtums. Nach Westen hin griff sie nur an der Küste bei Lauenburg und Stolp auf Hinterpommern über. Es kennzeichnet die mangelhafte kulturelle Entwicklung jener Zeiten, wenn die Weichsel im 12. und 13. Jahrhundert zur Völkerscheide wurde, weil keine der anwohnenden Völkerschaften ihre Siedlung und ihre Herrschaft auf das andere Ufer auszudehnen vermochte. An Versuchen in dieser Hinsicht hat es nicht gefehlt. Die Pommeren haben ihre Macht über das Weichseldelta hinweg bis zum Frischen Haff vorgeschoben; Preußische Siedler haben die Weichsel in der Gegend von Mewe überschritten. Auch kriegerische Einfälle sind von beiden Seiten hinüber und herüber erfolgt. Aber größeren Umfang und längere Dauer haben diese Unternehmungen nicht gehabt. Sie bezeugen nur, daß auch jene Jahrhunderte die verlorene Einheit des Weichsellandes wieder herzustellen trachteten. Im vollen Maße haben dieses Ziel erst die Deutschen erreicht, die seit dem Ende des 12. Jahrhunderts im Weichsellande Fuß zu fassen begannen.

Der deutsche Kaufmann drang von Danzig in das Innere des Landes vor, der deutsche Ritter trat seinen Siegeszug von Thorn im Süden an. Der erste Kulturstrom war nach Südwesten gerichtet, der zweite nach Nordosten. Oliva, Zuckau, Pelpin und Karthaus bezeichneten den einen Weg, Kulm, Marienwerder, Elbing, Braunsberg und Königsberg den andern. In beiden Fällen ging die Bewegung von der Weichsel aus. Es entsprang einem inneren Gesetz des Landes, wenn der Hochmeister des Deutschen Ordens die beiden älteren Residenzen, Danzig für Pommerellen und Elbing für Preußen, im Jahre 1309 durch Marienburg ersetzte, das dem Mittellauf der Weichsel näher gelegen war. In Thorn, Marienburg, Elbing und Danzig war die politische und wirtschaftliche Macht des Ordensstaates beschlossen. Königsberg trat hinter jenen Orten an Bedeutung lange zurück. Es war der Aufmarschplatz gegen die Litauer, der naturgemäße Sitz des Großmarschalls. Durch die Verkehrsstraße des Frischen Haffs war es mit Elbing und Danzig verbunden. Die weiter östlich liegenden Gebiete am oberen Pregel, an der Angerapp und der Memel kamen für die machtpolitische Gliederung des Ordenslandes nicht in Betracht. Dort dehnten sich ungangbare Walddickichte aus, die der Orden nur deshalb in seine politischen Grenzen einbezogen hatte, weil sie ihm als Grenzwildnisse gegen die feindlichen Litauer von Nutzen waren. Erst gegen die Mitte des 15. Jahrhunderts wurden sie stärker besiedelt. Zuvor konnten sie sich an Bedeutung mit den westlichen Grenzbezirken des Ordensstaates nicht messen, der schon um die Jahrhundertwende an der unteren Netze und Warthe entlang bis zur Neumark vorgestoßen war.

Auch die Zugehörigkeit der baltischen Randländer Kurland, Livland und Estland zur Ordensherrschaft fiel demgegenüber nicht ins Gewicht, da der dortige Ordensmeister sich weitgehender Selbständigkeit erfreute. Zur Zeit der schicksalhaften Schlacht bei Tannenberg hat er seine Freiheiten zum Schaden des preußischen Ordensteils angewendet. Es gehört in diesem Zusammenhang, daß Memel nicht von Königsberg, sondern von Riga aus als Ordensburg begründet wurde.

Der zweite Thorner Friede hat im Jahre 1466 den Ordensstaat innerlich zerrissen. Im Kampf um die Erwerbung ständischer Rechte sagten sich die wirtschaftlich führenden Teile des Landes vom Hochmeister los. Danzig mit Pommerellen, Elbing mit dem größten Teil von Pomesanien, Braunsberg mit dem Ermland, Thorn mit dem Kulmerlande unterstellten sich der Schutzhohheit des Königs von Polen. Außer der Umgegend von Königsberg verblieben dem Orden unter polnischer Lehenshohheit nur die Wald- und Seengebiete des Oberlandes, Masurens, Sudauens und Nadrauens. Sie vermochten durch flächenhafte Ausdehnung ihren Mangel an Bevölkerung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit nicht auszugleichen. Trotz dieser einschneidenden Teilung,

die über drei Jahrhunderte anhielt, haben die Bewohner des Ordenslandes das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit niemals verloren. Sie fühlten sich nach wie vor als Kinder eines Landes und Glieder eines Stammes. Sie nannten sich auch weiterhin Preußen insgesamt.

Auch nach der Umwandlung des restlichen Ordensstaates in ein weltliches Herzogtum standen das herzogliche Preußen und das königliche Preußen neben- und nicht gegeneinander. Die Nachwirkungen der gemeinsamen Vergangenheit hinderten beide Teile an einem freiwilligen Anfallen an eine auswärtige Macht. Sie haben die Eingliederung in fremde Staatsgefüge, soweit es auf ihre eigene Entscheidung ankam, stets zu verhindern gesucht.

Die Stände des königlich-polnischen Preußens haben bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß sie sich im Jahre 1454 freiwillig nur der Krone Polens unterstellt hätten. Sie setzten ihre politische und verwaltungsmäßige Selbständigkeit gegenüber den Aufsaugungsgelüsten des polnischen Reiches in zähem Ringen über ein Jahrhundert durch. Die gewaltsame Aufhebung dieser Rechte durch den Reichstag von Lublin 1569 wurde aus Mangel an Widerstandskraft hingenommen, aber niemals als Recht anerkannt. Der beste Kenner des preußischen und polnischen Rechtes, der Danziger Syndikus Gottfried Lengnich, hat noch im 18. Jahrhundert betont: „Ich setze zum Voraus, daß das königlich-polnische Preußen mit den Polen nichts mehr als den König gemein habe und mit der Krone durch ein gewisses Bündnis auf ewig verknüpft sei, übrigens aber einen besonderen Staat ausmache.“⁷⁾ In gleicher Weise haben sich die Stände des Herzogtums Preußen der Unterordnung unter den brandenburgisch-preußischen Gesamtstaat widersetzt. Der Fall des Schöppenmeisters Roth und des Obersten von Kalkstein waren nur besonders hervortretende Beispiele einer allgemein verbreiteten Bewegung. Ihre Berechtigung wurde in gewissem Sinne anerkannt, als Friedrich I. seine Königswürde ausschließlich auf seine Herrschaft in Preußen stützte.

Vor allem ist zu beachten, daß die Grenzen der beiden Teilgebiete nach außen im Laufe der Jahrhunderte nur wenig verändert wurden. Die Ostgrenze blieb seit dem Frieden am Melnosee im Jahre 1422 fast unverändert. Nur die beiden Herrschaften Tauroggen und Serrey fielen, zum Teil ohne unmittelbaren räumlichen Zusammenhang, durch Erbgang 1691 dem brandenburgischen Gesamtstaate zu; 1793 wurden sie an Rußland abgetreten. Im Westen wurden die Herrschaften Lauenburg und Bütow 1657 mit Pommern vereinigt. Im übrigen waren das herzogliche und königliche Preußen gegen das Ausland fest abgeschlossen und so ineinander verzahnt, daß ihre territoriale Einheit unverletzt blieb.

Die Bedeutung der Weichsellinie zeigte sich auch in dieser Zeit darin, daß das Herzogtum Preußen über Neidenburg, Hohenstein und Marienwerder einen

Korridor bis zum Strome vorschob. Ein Zugang zum Weichseldelta wurde durch den Erwerb der Stadt Elbing 1698 gewonnen. Ostpreußen war ohne den Anschluß an die Weichsel nicht lebensfähig. Doch erst Friedrich dem Großen gelang es, die letzten Schwierigkeiten zu beheben, indem er bei der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 die ursprüngliche Einheit des Landes im politischen Sinne wiederherstellte. Nur Danzig und Thorn kamen erst nach schweren Auseinandersetzungen mit Rußland 1793 hinzu. Es bezeugt den geopolitischen Scharfblick des großen Staatsmannes, daß er den Netzebezirk sogleich an die neu erstehende Provinz Westpreußen angliederte. Der von ihm angelegte Bromberger Kanal hat auch die Gewässer der Netze mit dem Weichselllauf verbunden. Die politische Zusammenfassung des preußischen Weichsellandes entsprach fortan seiner natürlichen Umgrenzung. Der un-gemeine wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung, den das vereinigte Gebiet nach den erdrückenden Zeiten der inneren Trennung erlebte, rechtfertigte die getroffenen Maßnahmen.

Nur zweimal im Laufe der Geschichte ist die äußere Einheit des Landes zersprengt worden: Durch den Frieden von Tilsit 1807 und den Vertrag von Versailles 1919. Napoleon teilte aus militärischen Gründen den Netzebezirk und das Kulmerland dem neuen Großherzogtum Warschau zu und erhob Danzig zu einer Freien Stadt, dem Sammelpunkt seiner Rüstungen gegen Rußland. Der unnatürliche Zustand wurde nach seinem Sturz beseitigt. Die Provinz Preußen entstand in alter Einheit. Erst der Ausgang des Weltkrieges hat das Weichselland erneut jenem Schicksal ausgeliefert. Ohne Rücksicht auf die geschichtlichen Zusammenhänge wurden die Provinzen Ost- und Westpreußen gefünfteilt. Aber wie die organische Einheit des menschlichen Körpers am stärksten gefühlt wird, wenn eines seiner Glieder abgelöst und der lebensnotwendigen Zusammenwirkung mit den übrigen Organen beraubt wird, so ist auch gerade in den Zeiten der politischen Trennung die Lebenseinheit aller zur preußischen Region gehörigen Gebiete stets besonders stark empfunden worden.

Nach ihrer Sonderung während der napoleonischen Wirren wurden die zuvor getrennt verwalteten Kammerbezirke von Marienwerder, Königsberg und Gumbinnen zu einer Provinz vereinigt. Erst 1878 wurde die Aufteilung in die beiden Provinzen Ost- und Westpreußen vorgenommen. Die besondere Sorgfalt, die seitdem die preußische Regierung ihnen zuwandte, hat die innere Wohlfahrt vielfach gefördert. Trotzdem wäre durch eine gemeinsame Oberleitung mancher aufkeimende Gegensatz, wie der Wettbewerb zwischen den Häfen Danzig und Königsberg, gemildert worden. Auch hätte den fremdsprachigen Minderheiten, deren staatsfeindliche Haltung sich ausschließlich in Westpreußen zeigte, zweckmäßiger begegnet werden können. Der wirtschaft-

liche und persönliche Verkehr hat dennoch die inneren Grenzen nicht anerkannt. Die Ausfuhr Danzigs erstreckte sich weit nach Ostpreußen hinein; auch betrug der Güterverkehr zwischen Ostpreußen und Westpreußen—Posen vor dem Weltkriege etwa ein Drittel des gesamten Eisenbahnverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschen Reich. Im Zusammensein mit Vertretern anderer deutscher Landschaften und Stämme standen Ost- und Westpreußen immer wie Brüder beisammen. Aber auch der ärgste Leugner der geschichtlich bedingten Zusammengehörigkeit wird durch die Folgen des „Polnischen Korridors“ eines besseren belehrt worden sein. Der lebhafteste Wunsch nach seiner Beseitigung, der gerade von ostpreußischer Seite erhoben wird, hat seinen tiefsten Grund nicht nur in der inselgleichen Abschließung vom Deutschen Reich, sondern auch in der Absonderung vom Weichselstrom und den anliegenden Teilen des altpreußischen Gesamtgebietes.⁵⁾ Wenn irgend etwas bezeugen die gegenwärtigen Verhältnisse, daß die Landschaften zwischen der Netze und der Ostsee, zwischen der Memel und der pommerschen Wasserscheide schicksalhaft miteinander verbunden sind. Sie bilden eine unlösbare Lebenseinheit, das preußische Weichselland.

Anmerkungen

- 1) C. Habermann, Geologisch-morphologische Wandkarte der Provinz Pommern 1913.
- 2) Gustav Braun, Deutschland 1916, I S. 65 ff., II Tafel I. Die gleiche Karte befindet sich bei G. Braun, Mitteleuropa und seine Grenzmarken 1917, Tafel I; vgl. G. Braun, Das Ostseegebiet, 1912, S. 100 und Abb. Nr. 21.
- 3) Johannes Walther, Geologie Deutschlands, 1921, geologische Strukturkarte von Deutschland.
- 4) E. Wahle, Ostdeutschland in jungneolithischer Zeit, 1918. Karte.
- 5) La Baume, Die vor- und frühgeschichtliche Bevölkerung Ostdeutschlands, Karte I—III, in Keyser, Der Kampf um die Weichsel, 1926.
- 6) Kossinna, Das Weichselland, ein uralter Heimatboden der Germanen 1919.
- 7) Lengnich, Geschichte der preußischen Lande königlich polnischen Anteils 1722, I, S. 5.
- 8) Ostpreußens Abschnürung von der Weichsel; abgefaßt auf Grund amtlicher Quellen 1922, Zentralverlag Berlin. W. Deuticke, Ostpreußen und der polnische Korridor, Jena 1921. Johann Fürst, Der Widerspruch des polnischen Korridors, Berlin 1926.

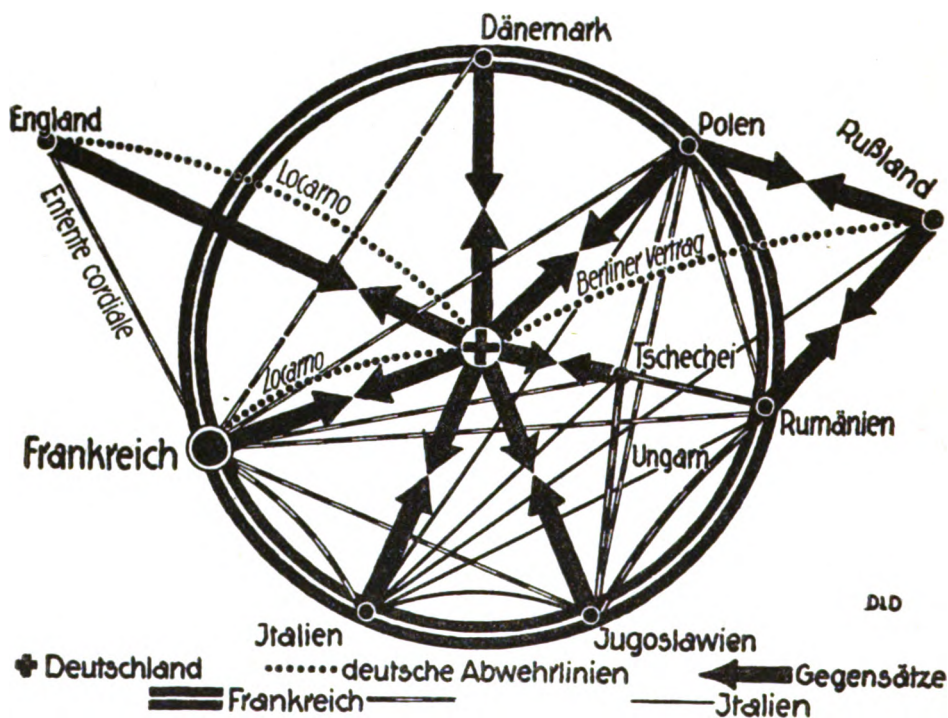
GÜNTHER SEIFERT:

GRUNDZÜGE ITALIENISCHER AUSSENPOLITIK

I.

Italiens Außenpolitik heißt Mussolinis Außenpolitik, und doch verdient die von der Landschaft genommene Bezeichnung den Vorzug, weil sie auf die größeren Kräfte und Bedingungen hindeutet, denen auch ein Mussolini unterworfen ist. Die großen Notwendigkeiten, die im Sinne Kjelléns den Rahmen um den Bereich der Freiheit ziehen, liegen zunächst in der geographischen

Lage und der Rohstoffarmut des Landes begründet, die eine stete Rücksichtnahme auf meerbeherrschende Mächte zur Pflicht machen, sie werden verstärkt durch den großen Bevölkerungszuwachs von 400 000 Seelen jährlich, durch den Italien Frankreich schon lange überholt hat, und prägen sich auch in der Volkspsyche aus. Es ist ein lebhafter, beweglicher, aber leicht beeinflussbarer und daher der Führung bedürftiger Menschenschlag. Das Volk als



1. Das französische System: Der lückenlose Ring um Deutschland (etwa zur Zeit des deutschen Völkerbundeintrittes [September 1926])

Ganzes ist noch jung und verfügt über einen Kraftüberschuß, der sich betätigen will; es fühlt sich ständig angefeuert durch seine große Vergangenheit und das Kriegserlebnis. So erwächst Mussolinis Energie nicht nur aus dem Innern seiner eigenen Persönlichkeit hervor, sie ist ebenso sehr die organische Fortsetzung des Gesamtstaats- und Volkswillens, durch ihn wird sich die Nation ihrer Wünsche, Strebungen, Möglichkeiten bewußt. Bei der Durchführung solcher Wünsche beginnt zunehmend das Reich der Freiheit,

indem es mehr oder weniger von der Geschicklichkeit des Staatslenkers abhängt, ob er durch Anpassung der sozialen und politischen Einrichtungen und Handlungen an die natürlichen Bedingungen die richtigen Wege zur Verwirklichung der großen Ziele findet, sichert und ausbaut.

Raummangel, Bevölkerungsüberdruck und nationales Temperament ergeben das Streben nach Wiederaufrichtung des Imperiums, auch wenn dieses Ziel nicht durch Worte Mussolinis ausdrücklich bezeugt wäre.

Ein Imperium besteht aus dem Kernstück (Mutterland), den Gebieten mittelbarer (Klientelstaaten) und den Gebieten unmittelbarer Herrschaft (Kolonien); eine hochentwickelte, ziemlich autarke Wirtschaft und eine genügende Waffenmacht, um Grenzen, Verbindungswege und dazwischenliegende Meere zu schützen, sind unentbehrlich. Die Stellung Italiens bedarf also noch sehr der Erweiterung und des Ausbaus, es steht erst am Anfang seines Weges zur Höhe, die nächsten Aufgaben sind daher folgende:

1. gilt es zur politischen Vorbereitung der künftigen Ausdehnung eine kluge Bündnis- und Vertragspolitik zu treiben,
2. muß die Bündnisfähigkeit des Kernstücks in jeder Weise sicher gestellt werden.

Außer den Imponderabilien des politischen Vertrauens und des Prestiges gehören in erster Linie die Maßnahmen der inneren Politik hierher, die so der Sache, aber nicht etwa dem Werte nach an der Spitze der auswärtigen Politik erscheint.

An dem Ausbau der Grundstellung hat es der Faschismus nicht fehlen lassen. Gerade seine innerpolitischen Umwälzungen haben die Aufmerksamkeit der Welt auf ihn gelenkt. Es ist eine völlige Umformung erfolgt mit einer Konsequenz und Härte, die an Friedrich Wilhelm I. erinnert. Die Neuordnung erstreckte sich zunächst auf die Überwindung der Demokratie und des Parlamentarismus, dann auf die Entgiftung des Volkskörpers von Streik und Klassenkampf, weiterhin auf die Gesundung der Finanzen und die Besserung der Verwaltung, sie fand endlich ihren krönenden Abschluß in der Errichtung des ständisch gegliederten Staates.

Mussolini wußte die vorhandenen Kräfte nach ihrer Bedeutung einzuschätzen: Vatikan und Königtum hat er mehr oder weniger respektiert, Sozialismus und Freimaurerei nach Möglichkeit vernichtet. Seine dauernde Fürsorge für Heer, Marine und Luftflotte, deren Ministerien er selbst verwaltet, sowie seine entsprechende Haltung zur Abrüstung braucht nur kurz gestreift werden, sie versteht sich bei dem wehrhaften Charakter des Faschismus von selbst. Stärker zu erwähnen sind aber die geistigen Kräfte, auf die das Werk Mussolinis sich gründet und mit denen er arbeitet.

Der ehemalige Sozialist hat, den Berichten zufolge, nicht nur ein unstetes

Wander-, sondern auch ein ebenso bewegtes Innenleben geführt. Aus seinen eigenen Schmerzen und Irrtümern heraus findet er vielleicht jetzt den Weg in die Zukunft. Das bedingt, daß er den Anschluß an die eigne ruhmvolle Vergangenheit, die Verlebendigung des Alten, vor allem die Züchtung des alten Selbstgefühls, des Mutes, der Tatkraft und des kriegerischen Willens, dazu den Glauben an die nationale Sendung und die führende Stelle in der Weltkultur, also die kulturellen und moralischen Kräfte, in jeder Weise aufregt und fördert. Den letzten Antrieb finden Führer und Nation wohl in der Annahme, daß sie berufen sind, den wahren Bedürfnissen der Zeit mit der Überwindung der Ideen von 1789 die Wege zu ebnen.

Hier, bei dem Höhepunkte, treten auch die ersten scharfen Schatten ins Bild. Die Pflege der geistigen Kräfte hat gelegentlich bereits zu einer Überspannung des nationalen Gedankens geführt. Nicht weniger ist das Gesetz der Reibung weitgehend vernachlässigt. Die frühere Zerrissenheit ist durch eine übersteigerte Einheit ersetzt, damit wird aber dem Gewässer die reinigende Kraft der Strömung entzogen und auf die Dauer grade den geistigen Kräften die Quelle der Erneuerung verstopft, das aber wäre der Beginn des Abstiegs.

Vorläufig vermögen diese Schatten das Gesamtbild natürlich nicht zu trüben. Auch der dauernde Kampf gegen das Abgleiten der Währung und das ernste Ringen um die Aktivierung der Handelsbilanz haben die Erreichung der ersten Stufe nicht aufgehalten: Italien ist wieder bündnisfähig! Die Zeiten sind schon lange vorüber wo England und Frankreich ihren italienischen Bundesgenossen nicht für voll zu rechnen brauchten.

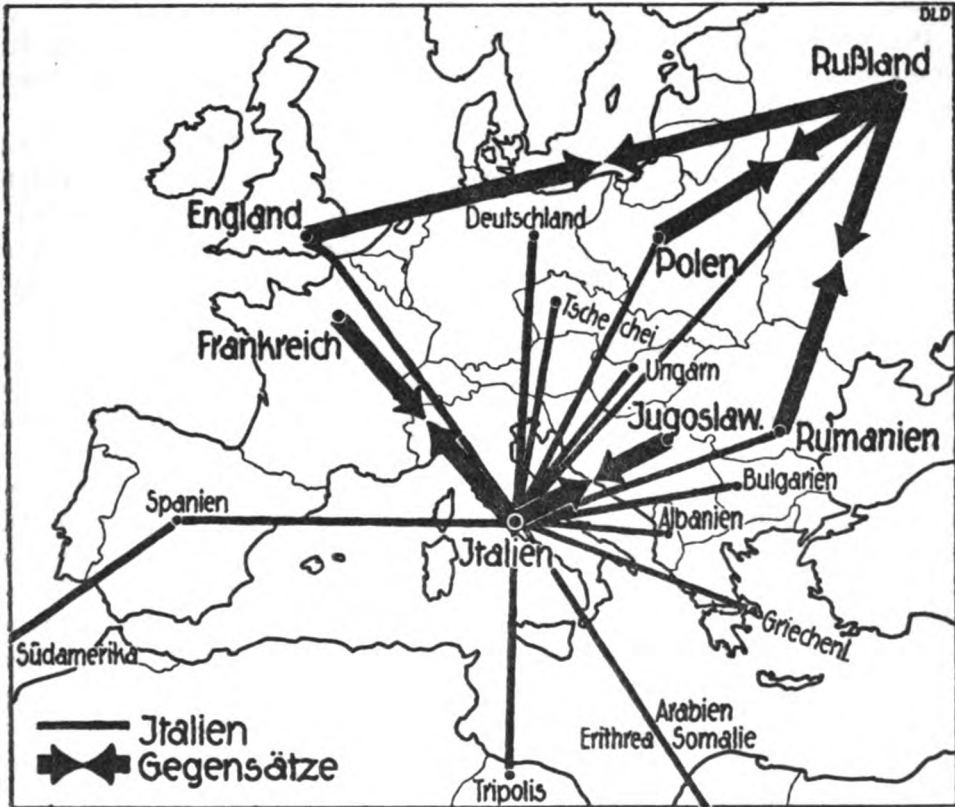
II.

1. Der Einfluß der italienischen Macht fiel also schon bald wieder stärker ins Gewicht, trotzdem hat die auswärtige Politik Mussolinis lange einen sehr schwankenden Eindruck gemacht. Impuls und Überlegung, bewußtes Abtasten der Möglichkeiten und tatsächliche Unkenntnis des Geländes mögen in gleicher Weise daran beteiligt gewesen sein, aber jetzt ist es erstaunlich, wie Mussolini die Ziele verfolgt und die Regeln der Kunst beherrscht.

Italien ist zu spät „fertig“ geworden, es steht nun vor der Aufgabe, den Vorsprung der anderen einzuholen. Dazu braucht es die Uneinigkeit der Großen und die kleinstaatliche Zerrissenheit von Berlin bis Konstantinopel, nur so kann es die Gegensätze ausnutzen, seinen Einfluß dazwischen schieben und das Chaos nach seinem Wunsche, d. h. unter seiner Vorherrschaft einst wieder zusammenfügen. Daß der Weg dahin im Frieden nur über eine entsprechende Bündnispolitik führt, ist bekannt, aber nicht jeder versteht sie so zu handhaben wie der Schüler Machiavells.

Bündnisse dienen ihm nicht nur zur Gewinnung von Freunden, mit ihnen sucht er auch künftige Feinde zu fesseln und zwar auf doppelte Art, sowohl durch ein direktes Vertragsverhältnis als auch durch ein strategisches Bündnisnetz, das er mit Hilfe der Nachbarn um den möglichen Gegner zu legen sucht.

Die zweite Art Bündnisse zu verwenden liegt in seinem Streben, sich nie-



2. Das italienische System: Der Aufmarsch.

mals einseitig festzulegen. Wie er innerhalb der Entente die Führung mit beiden Mächten nie verloren hat, so hat er, überhaupt Italien, von Anfang an zu Rußland die besten Beziehungen unterhalten. Gewiß auch aus wirtschaftlichen Gründen, das führt zum dritten Punkt.

Mussolini kennt den Reichtum der Machtformen. Sie alle wollen nach ihrer Art behandelt und eingesetzt werden. Er stützt sich nicht allein auf seine militärisch-politische Kraft, ebenso benutzt er das Lockmittel der An-

leihen, den Sturm einer wohlgeordneten öffentlichen Meinung, die Macht-ebenen des Prestiges und des diplomatischen Druckes zu seinen Vorstößen.¹⁾

2. Das Lebensbedürfnis Italiens, den Anspruch auf koloniale Erweiterung, hat er bereits durchgesetzt, wie die Abtretung des Jubalandes und die Verhandlungen über Abessinien beweisen, seine Absichten auf Syrien werden ernsthaft diskutiert, neuerdings ist es ihm gelungen im Jemen festen Fuß zu fassen.²⁾

Der Vorstoß nach Arabien ist schon ein Teil seiner Bemühungen um die Gewinnung mittelbarer Einflußgebiete, für die aber sonst hauptsächlich der Balkan in Frage kommt.

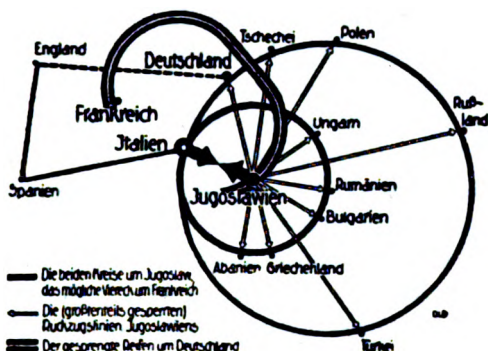
3. Hier tritt ihm Jugoslawien als Nachbar, stärkste Halbinselmacht und Erbe des alten Habsburgerreichs entgegen. Zwei aufstrebende Völker, durch Nachbarschaft aneinander gekettet, müssen in Schwierigkeiten miteinander geraten. Damit sind die geopolitischen und völkerpsychologischen Ursachen ihrer Reibungen schon angedeutet, die durch die weiteren Zusammenhänge noch verschärft werden.

Jugoslawien ist der letzte Eckstein der französischen Herrschaft auf dem Balkan. Italiens Ziel muß es aber sein, den Nachbarn aus dem französischen System gänzlich heraus zu lösen, was ihm in ähnlicher Weise bei Rumänien schon größtenteils gelungen ist. Erst wenn das geglückt ist, kann ein wahrer Ausgleich der Interessen versucht werden. Zunächst waren die heftigsten Spannungen durch ein Freundschaftsverhältnis seit Anfang 1924 gemildert; trotzdem ging der diplomatische Machtkampf unaufhörlich weiter, wobei Jugoslawien eine Stellung nach der andern aufgeben mußte. Alle seine Nachbarn fanden den Weg nach Rom: Rumänien traf feste Abmachungen, Bulgarien und Griechenland blieben nach wie vor anlehnungsbedürftig, Albanien geriet wirtschaftlich und politisch völlig in die Hand Italiens, endlich ist zu Anfang des neuen Jahres auch der zäh geführte Kampf um die Stellungnahme Ungarns entschieden worden: Ungarn legt sich ebenfalls auf die italienische Seite.

Aber nicht genug damit, Mussolini ist auch erfolgreich daran gegangen, die Gegensätze dieser Nachbarn untereinander auszugleichen. Eine bulgarisch-griechische Annäherung ist bereits im Werden, die Versöhnung Rumäniens mit Ungarn und Bulgarien ist wenigstens eingeleitet. Das hat vor allem den Vorteil, Jugoslawien jede Möglichkeit zu nehmen sich die Schwierigkeiten seiner Nachbarn zu Nutze zu machen.

Frankreich ist natürlich eifrig bestrebt, den Abwehrkampf Jugoslawiens von sich aus mit allen Mitteln zu unterstützen und ihm die Verbindung mit andern Staaten zu erleichtern, so kam z. B. mit seiner Hilfe der jugoslawische Vertrag mit Polen zustande.

Überprüft man aber die Beziehungen zu den andern Staaten genauer, so erkennt man, daß noch ein weiterer, loserer Ring um Südslawien geschmiedet wird, der ihm auch den Rest seiner Rückzugslinien mehr oder weniger versperrt.



3. Das italienische System: Die strategische Absicht.

Berlin kommt als Schutz gegen Italien nach dem Schiedsvertrag nicht mehr in Frage, Prag ist in voller Umorientierung seiner auswärtigen Politik begriffen, außerdem hat Mussolini in den Reparationsforderungen an die Tschechoslowakei ein gutes Druckmittel in der Hand; in Warschau ist er wirtschaftlich und politisch ebenfalls ziemlich einflußreich; auf gute Beziehungen zu Rußland hat Italien stets den größten Wert gelegt, mit der Türkei, die sich unter einem gewissen italienischen Drucke fühlen muß (Rhodos!), sind Ausgleichsverhandlungen im Gange.

So rundet sich das Bild, wenn wir den Anspruch auf Syrien, den Jemen und die Kolonien: Erithrea, Somali und Tripolis und abermals die Ansprüche auf Abessinien und Tunis hinzunehmen, und der geopolitische Umfang des neuitalienischen Imperiums liegt vor uns. Mussolini sucht den Anschluß an den Orient, und zwar über die Länderbrücke des Balkans nach Rußland, über die Meeresbrücke des östlichen Mittelmeeres nach Vorderasien und Nordafrika.

Mussolini weiß genau die richtige Linie innezuhalten. So energisch er Rumänien in seine Gefolgschaft zu ziehen sucht, so streng vermeidet er ihm den Besitzstand zu garantieren, denn das würde wahrscheinlich den Verlust Rußlands zur Folge haben. Die Rücksicht auf die Eisenbahnlinie: Odessa—Spalato schreibt ihm auch sein Verhalten gegen Jugoslawien vor. Sobald es seine Führung anerkennt, wird er ihm sicherlich das Übergewicht auf der Balkanhalbinsel zugestehen, wenn er nur sonst seine Vormacht im ganzen Osten und Südosten gesichert weiß.

4. Die stillschweigende Voraussetzung seiner weitschauenden Pläne ist aber die Rückendeckung durch England. Alle Bewegungsrichtungen der italienischen Politik führen in Kraftfelder, die von den Westmächten beherrscht und gesperrt werden können. Italien ist auch lange genug an ihrer geschlossenen Front gescheitert. Seine Stunde kam, als England einen Festlandsdegen gegen die Türkei wegen der Mossulfrage brauchte. Seitdem ist es im Osten mit den italienischen Ausdehnungsbestrebungen dauernd vorwärts gegangen und zwar, wie sich schon herausstellte, zu einem großen Teil auf Kosten Frankreichs, das sich in Versailles diese Gebiete als Interessensphäre vorbehalten hatte. (Gründung der Kleinen Entente, gegen die naturgemäß sich jetzt ebenfalls der italienische Ansturm richtet.) Von Frankreich geht daher der Hauptwiderstand gegen Italien aus, trotzdem der übergroße Reichtum seines Besitzstandes durch die Zahl seiner Bewohner keineswegs gerechtfertigt ist, während Italien durch seinen Bevölkerungsüberdruck notwendig vorwärts getrieben wird. Lange Zeit hat auch hier die Bundesgenossenschaft aus dem Weltkriege den offenen Ausbruch der Gegensätze zu verhindern gewußt, unterstützt durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Deutschland, aber die dauernde Ablehnung aller italienischen Wünsche durch Frankreich (Tanger, Tunis, Abessinien usw.) in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 hat beide Mächte bis zum militärischen Aufmarsch an ihrer Grenze gebracht. Erwägt man ferner, daß der Gegensatz bis an die Wurzeln hinabreicht, da Italien sich berufen fühlt, die Ideenwelt von 1789 durch eine bessere Ordnung zu ersetzen, so ist Frankreich als Ziel des kommenden italienischen Generalangriffs nicht mehr zweifelhaft.

Es ist hier nicht der Ort, das erbitterte diplomatische Ringen der beiden „Schwesternationen“ zu verfolgen; es geht Zug um Zug, oft Stoß um Stoß! Frankreich tut seinerseits nicht wenig, um Italien — nicht in Vereinzelung geraten zu lassen. Die gleich ablehnende Haltung gegen Madrid in der Tangerfrage führte zu einer spanisch-italienischen Verbindung, die Hemmung und Zurückhaltung gegen Thoiry erleichterte den deutsch-italienischen Schiedsvertrag.

Die Entscheidung aber liegt bei England. Die Entente cordiale hat in den Fragen: Völkerbund, Abrüstung, Thoiry, Chinamemorandum, Verhältnis zu Japan ihre Grenzen deutlich bewiesen. Daher hat sich England als Ausgleich auch die italienische Trumpfkarte gesichert und auf diese Weise seinen französischen Bundesgenossen mit einem System von Semi-Allianzen und Interessengemeinschaften umgeben.³⁾ Die Stärke dieser Beziehungen wechselt, denn die Taktik sich nicht offen und fest zu binden ist Voraussetzung der elastischen englischen Diplomatie. An einem Dauerzwist Italiens und Frankreichs aber kann England nichts gelegen sein, es hat andere, größere Sorgen.

Daher ist es bestrebt, einen Vierbund zu bilden, der den französisch-italienischen Gegensatz in einem größeren Zusammenschluß aufhebt. Dann wäre es der Schiedsrichter Europas, die Streitigkeiten würden durch wechselnde Unterstützung der Parteien in weiser Abwägung geschlichtet und die Fähigkeit wäre erlangt die Mächte in jede gewünschte Richtung zu lenken: in der Schuldenfrage gegen Amerika, in der Weltpolitik gegen Rußland!

Es ist fraglich, ob Rom und Berlin sich diesem Plane entziehen können und wollen. Je fester sie aber zusammenstehen, um so mehr Bewegungsfreiheit werden sie behalten. Ihre Stellungnahme wird verstärkt, je weniger Moskau bei fruchtlosem Mißtrauen und einer Politik der Nadelstiche verharrt, sondern die Zwangslage, besonders Deutschlands, anerkennt und seinerseits alles tut, um die beiden Mittelmächte vor zu weit gehenden Lockungen des Westens zu bewahren.

Wie die Dinge im einzelnen weiter gehen werden, weiß niemand, sie können auf den verschiedensten Wegen in die Zukunft gesteuert werden; aber es ist höchst wahrscheinlich, daß die italienische Politik in ein Stadium eingetreten ist, in dem ein Stein den andern stützt und das Ganze zunehmende Festigkeit gewinnt, und es ist gewiß, daß wir an einem Wendepunkt der Versailler Unfriedenszeit angekommen sind. Die Konstellationen sind im Fluß, die Lebensnotwendigkeiten des deutschen und italienischen Volkes sind angemeldet und anerkannt, und während es dem Leiter der deutschen Außenpolitik nicht anders vergönnt ist, als sich Schritt um Schritt unter den mannigfachsten Rückschlägen voran zu kämpfen, ist in dem Lenker des italienischen Staates ein Mann erstanden, der seine historische Aufgabe erfaßt und ergriffen hat: einem erneuerten Europa — geistig und tatsächlich — den Weg zu bereiten.

(Abgeschlossen: Mitte Januar 1927.)

Anmerkungen

- 1) Vgl. Lion, Große Politik, Stuttgart 1926, S. 63 ff. stralien und Kanada sind zur Zeit noch nicht bestätigt.
 2) Die Nachrichten über fertige oder abschließende Auswanderungsverträge mit Au- 3) Vgl. Preuß. Jahrb., Bd. 206, S. 447 f.

R. HEKKNIG:

ITALIEN AM GEOPOLITISCHEN SCHEIDEWEGE

Im gegenwärtigen Europa sind unzweifelhaft die beiden schwersten Unruheherde für den Frieden des Erdteils Polen und Italien. Der unbegrenzte imperialistische Appetit Polens, der zu der bedenklichen inneren Schwäche des neuen

Staates in so groteskem Mißverhältnis steht, ist, psychologisch betrachtet, eine Reaktion auf die fünfviertelhundertjährige Unterdrückung der Selbständigkeit des Staates. Das Pendel schlägt eben jetzt nach der Gegenseite aus. Eine unmittelbare, schwere Gefährdung des europäischen Friedens ist jedoch, nach den Erfahrungen des russischen Krieges von 1920 und angesichts der schweren Gegensätze der Nationalitäten und Stände innerhalb des Staates selbst, vom heutigen Polen schwerlich zu befürchten.

Ungleich ernster ist zurzeit das Problem Italien, zumal da dieses Land gegenwärtig in einer bei uns in Europa seit langem nicht erlebten Weise einem einzigen starken Willen gehorcht, der napoleonisch genug anmutet, um auswärtigen Verwicklungen, sobald es sich um nationale Probleme handelt, nicht eben allzu ängstlich aus dem Wege zu geben. Unzweifelhaft ist Italien, obwohl es im Kriege unverdient „Glück“ gehabt und sich territorial erheblich ausgedehnt hat, in einer recht unbequemen Lage, und wenn ein Politiker es neulich mit einem stark überheizten Kessel verglichen hat, so trifft dieser Vergleich den Nagel auf den Kopt.

Zu den vielen anderen unweisen Unbegreiflichkeiten des Dilettantenwerkes von Versailles gehört auch die, daß man es unterlassen hat, den gerade in Italien vollauf berechtigten Hunger nach wirklich wertvollem Kolonialland zu befriedigen. Man hatte in Versailles und später in Genf Kolonialgebiet in ungewöhnlich reichlicher Menge verfügbar, das man den Deutschen und den Türken abgenommen hatte und das nun an Interessenten abgegeben werden konnte. Man hat den schlechterdings unverzeihlichen Fehler gemacht, dieses ganze riesenhafte Ländergebiet — von kleinen Brocken abgesehen, die an Japan und Belgien gegeben wurden — restlos an England (bzw. die britischen Dominions) und Frankreich auszuliefern, die beiden mit Kolonialbesitz am meisten übersättigten Mächte. Selten ist das Bibelwort: „Wer da hat, dem wird gegeben werden“ so ungeniert in der Wirklichkeit gehandhabt worden wie in diesem Falle. Für England sowohl wie in noch höherem Maße für Frankreich handelte es sich bei den neuerworbenen sogenannten „Mandatsgebieten“ um ausgesprochene Luxuskolonien. Die Übertragung einer wirklich wertvollen Kolonie an Italien wäre sachlich und geopolitisch berechtigt gewesen, denn die bisherigen drei oder vier Kolonien Italiens, Tripolis, Erythräa, Somaliland und der Dodekanes, sind wenig entwicklungsfähig und in jedem Falle unfähig, große Menschenüberschüsse aus dem Mutterlande aufzunehmen und zu ernähren. Italien hatte ja auch Anspruch auf Zuerteilung einer der afrikanischen deutschen Kolonien erhoben, aber Selbstsucht und Eifersucht seiner beiden großen Bundesgenossen gönnten ihm auch nicht den kleinsten Brocken davon.

Hieraus muß und wird eines Tages Unheil erwachsen. Wenn Italien bald

in Fiume, bald in Korfu, Albanien, Tanger gefährliche Reibungsflächen schafft, wenn es in Kleinasien einen neuen Krieg gegen die Türkei um das Gebiet von Adalia vom Zaune brechen wird, sobald es weiß, daß England und Frankreich wohlwollende Neutralität bewahren werden, wenn es sich bald an der Schweiz wegen des Tessin, bald an Jugoslawien wegen der dalmatinischen Küste reibt, wenn es bald Aspirationen auf Nordtirol anmeldet (wie es Mussolini am 6. Februar 1926 getan hat), bald die Blicke begehrlieh nach Savoyen und Nizza und Korsika und vor allem nach Tunis schweifen läßt, wo viel mehr Italiener als Franzosen leben und auf dessen Besitz Italien unstreitig der berechtigste Anwärter ist, wenn schließlich Mussolini den alten Anspruch auf das Mare nostrum, die Adria, gar schon erweitert zu der Forderung, das ganze Mittelmeer müsse wieder, wie vor 1800 Jahren, ein Römisches Meer werden, so erkennt der geopolitisch geschulte Blick daran nur, wie heftig der überheizte Kessel schüttelt und siedet, wie der Dampf sich überall einen Ausweg sucht, und er ahnt, was die Folge sein wird, wenn nicht rechtzeitig ein Ventil geöffnet wird, wie es die Überweisung einer wirklich großen und wertvollen Siedlungskolonie durch den Völkerbund gewesen wäre.

Italien wird sich notwendig schon in sehr naher Zukunft entscheiden müssen, ob es eine großzügige überseeische Kolonialpolitik treiben oder eine neue Erweiterung der Grenzen des Mutterlandes anstreben soll. Erfolg kann nur der erste Weg bringen. In Versailles haben Frankreich und England, um den eigenen kolonialen Appetit stillen zu können, sich bemüht, Frankreich auf den zweiten Weg zu verweisen. Es ist schon heute offensichtlich, daß dies ein schwerer Fehler war, mit dem der italienischen Bevölkerungspolitik wenig oder gar nicht gedient worden ist. Denn wo immer sich Italien auf Kosten ohnmächtiger Nachbarn, mit denen es eine gemeinsame Grenze hat, ausbreiten könnte, stößt es auf Gebiete, die nur einer schwachen Besiedlung zugänglich sind, die obendrein bereits eine zum Teil fremdstämmige, einheimische Bevölkerung aufweisen, so daß, außer für einige hundert Beamte und Lehrer, für den italienischen Bevölkerungsüberschuß daselbst kein Raum ist. Wo aber wirklich große Mengen der italienischen Menschheit untergebracht werden könnten, da ist Frankreich der Herr des Bodens, mit dem man heute und noch auf lange hinaus einen bewaffneten Konflikt niemals siegreich würde bestehen können, wenn nicht England hilft.

So breitet sich Jahr für Jahr in Südfrankreich und ebenso in Tunis die italienische Bevölkerung mächtig aus, aber Italien muß diese vorübergehende Erleichterung seines Bevölkerungsproblems damit erkaufen, daß es seine Landeskinder fremde Untertanen werden läßt, daß es seine nach der österreichischen Seite hin kaum beseitigte Irredenta nach der französischen hin selber künstlich verstärkt. Im französischen Tunis leben heute dreimal mehr Italiener

als Franzosen, und Italien muß außerdem von seiner Bevölkerungszunahme, die auf jährlich 350 000 Köpfe zu veranschlagen ist, allein nach Südfrankreich 200 000 im Jahre wieder abgeben, um ihnen eine Lebensmöglichkeit zu gewähren. Frankreich, das selber an Bevölkerungsmangel, zumal in seinen Kolonien, leidet, hat gegen den Zustrom von ungezählten Italienern nichts einzuwenden, solange diese sich verpflichten, gute „Franzosen“ sein zu wollen. Aber kann man sich vorstellen, daß dies immer so weitergeht? Zumal heute, wo durch den Fascismus das italienische Nationalbewußtsein bis zur Siedehitze gesteigert ist? Und wenn nun Frankreich eines Tages zur Auffassung kommt, daß ein starker Überschuß italienischer Bevölkerung auf bisher französischem Boden, bei den Unberechenbarkeiten des Mussolinischen Ehrgeizes, bedeutende politische Gefahren in sich schließen könnte und demgemäß der weiteren italienischen Einwanderung einen Riegel vorschiebt — was dann?

Mit Deutsch-Südtirol und gewissen slowakischen Landesteilen glaubte die Entente den Ansprüchen Italiens einen schwer verdaulichen Bissen hingeworfen zu haben, der seine Aktivität auf lange Zeit in bestimmter Richtung festlegte. Manche Symptome sprechen aber dafür, daß man in Rom das Spiel der Bundesgenossen durchschaut hat und sich aus der nur in enge Gebirgstäler mündenden Sackgasse rechtzeitig befreien will, in die man sich damals von Paris und London hat einen Weg weisen lassen. Italien befindet sich gegenwärtig in einer entscheidenden Stunde seiner Geschichte und steht am Scheidewege, an dem es seine Wahl treffen muß: Ausdehnung der Grenzen des Mutterlandes oder überseeische Expansion? Beide Hasen auf einmal kann es nicht jagen. — —

Geschichtliche Vergleiche pflegen für den, der die Gleichung richtig aufzustellen weiß, immer besonders lehrreich zu sein. Italien befindet sich heute in einer ähnlichen politischen Lage, wie Frankreich etwa in der Zeit von 1680 bis 1685 — wobei freilich nicht verkannt werden soll, daß die Macht des Frankreichs Ludwigs XIV. größer, die Freiheit seiner Wahl unabhängiger von fremden Einflüssen war. König Ludwig hatte damals freie Hand, ob er seine Politik einstellen wollte auf eine Erweiterung seiner Landesgrenzen oder auf eine beherrschende Stellung in Übersee. Ludwig XIV. hatte um 1680 (im Gegensatz zum heutigen Italien) weder zu Lande noch zu Wasser einen ebenbürtigen Gegner. Außer 100 000 Mann schlagfertiger Truppen und 14 000 Mann Garde verfügte der König über 96 Linienschiffe, 42 Fregatten, 36 Feluken und Brander. Kein andres Land hatte ähnliche Machtmittel aufzuweisen; England vermochte den 174 französischen Kriegsschiffen ums Jahr 1680 nur 83 entgegenzustellen. Wenn Ludwig damals das Mittelmeer zu einer „französischen See“ hätte machen wollen, hätte niemand ihn hindern

können, und die Weltgeschichte wäre in völlig andre Bahnen gelenkt worden. Aber er entschied sich für den Verzicht auf großzügige Überseepolitik und — zu Englands Frommen — für die direkte Erweiterung der Landesgrenzen. Er griff nach dem Rhein, nahm Straßburg fort, spielte mit dem Gedanken, deutscher Kaiser zu werden und Frankreichs Universalmonarchie zu begründen, entfesselte den furchtbaren Krieg in der Pfalz, wollte später die französische Macht auch in Spanien stabilisieren, glaubte seinem Lande trotzdem durch die Aufhebung des Edikts von Nantes einen gewaltigen Verlust an wertvollsten Menschen zumuten zu können und — biß schließlich auf Granit! Frankreich hatte den vielleicht bedeutungsvollsten Moment seiner Geschichte unklug verpaßt und aufs falsche Pferd gesetzt. 1685, in den Tagen Jakob II., war Englands Macht gefesselt, ja, abhängig von Frankreichs Wohlwollen. Ludwig nutzte die Gunst des Schicksals nicht aus, sich eine unangreifbare überseeische Stellung zu verschaffen, und sieben Jahre nachher — war es zu spät! Als Wilhelm III. englischer König war, wurde der französischen Seepolitik energisch ein Riegel vorgeschoben und in der Seeschlacht bei La Hogue (29. Mai 1692) endgültig die britische Hegemonie auf dem Weltmeer begründet. Als weitere Folge kam dann auch eine empfindliche Einengung der territorialen Aspirationen Frankreichs zustande, wie sie, unter Englands Führung, in den Friedensschlüssen von Ryswyk und Utrecht erzwungen wurde. Hätte sich Ludwig XIV. nach St. Germain (1679) für die überseeische Expansion entschieden — Frankreich wäre unverhältnismäßig viel besser gefahren.

Italien ist heute in derselben Lage. Eine weitere Festbeißung seiner Politik in den Gebirgen des Nordens und Nordostens schafft ihm nie und nimmer Siedlungsland, ein Hinübergreifen in und über die nordwestlichen Berge führt notwendig zum bewaffneten Zusammenstoß mit Frankreich, in dem die italienische Niederlage nicht zweifelhaft ist. Was bleibt also übrig als koloniale Expansion? Ob freilich das Volk, in dessen Kolonialgeschichte der Name Adua eingegraben ist, fähig sein wird, militärisch die Kraft aufzubringen, um wertvolle Kolonien dauernd in der Hand zu behalten, steht auf einem andren Blatte und braucht an dieser Stelle nicht weiter erörtert zu werden.

Allein aus eigener Kraft wird jedenfalls Italien seine bevölkerungspolitischen und kolonialen Probleme schwerlich befriedigend lösen können. Das stolze „Italia facè da se“ hat sich ja sogar nicht einmal bei der staatlichen Geschichte der italienischen Einigung verwirklichen lassen. Italien hat seit 70 Jahren viele und große politische Erfolge errungen — aber immer auf den Krücken seiner Bundesgenossen! Ja, man kann geradezu sagen: Italien hat alle seine allein geschlagenen Schlachten verloren und trotzdem immer

seine Kriege gewonnen. Mit dem *facè da se* löst es auch künftig seine geopolitischen Probleme nicht!

Die neueren Vorgänge zeigen, daß Mussolinis Italien schon Anlehnung an Deutschland sucht. Der Gegensatz in der Südtiroler Frage, die Deutschland vor Jahresfrist gefühlsmäßig mit Recht von Italien trennte und weiterhin trennen muß, solange Italien nicht die ehrenwörtlichen Verpflichtungen seines Königs gegenüber den Tiroler Deutschen eingelöst hat, hat neuerdings erheblich von seiner Schärfe verloren. Bei ausreichender historischer und geopolitischer Schulung würde auch Mussolini wissen, daß die bisher in Südtirol beliebten Methoden in der Geschichte ausnahmslos immer das Gegenteil von dem erreichten, was sie erreichen sollten, daß einer fremdstämmigen Irredenta freudige Staatsgesinnung und Staatsbejahung nur mit genau den entgegengesetzten Mitteln, als er sie anwandte, beizubringen ist — im Laufe langer Generationen! — Geopolitisch gehören Italien und Deutschland heute unbedingt zusammen: beide leiden an denselben Übervölkerungsproblemen, demselben berechtigten Kolonialhunger. Und auch Japan muß seinen Platz in diesem Bündnis finden. Ein kolonialer Block dieser drei Großmächte im Völkerbund kann und wird Italiens, Deutschlands und Japans Landhunger befriedigend stillen können — ein anderer gangbarer Weg ist zur Stunde nicht zu erkennen, wenn man sich nicht in Sackgassen verrennen will!

MANFRED SKLL:

HOLLAND UND DIE VERTEIDIGUNG NIEDERLÄNDISCH- INDIENS

Es ist in Deutschland bekannt, wie jede die Wehrmacht betreffende Frage, sobald sie vor die Volksvertretung kommt, zu erregtem Meinungs-austausch Anlaß gibt. Es sei nur an die endlosen Debatten unseligen Gedenkens über den Bau der deutschen Flotte erinnert. Eine solche Sorge, wenn auch etwas anderer Art, bewegt heute unsere stammverwandten westlichen Nachbarn, die Niederländer.

Die Erfahrungen des Kriegs von 1914/18 haben einige Tatsachen gelehrt. Die kleineren Mächte vom Range Belgiens und der Niederlande, oder des Serbiens, Bulgariens und Rumäniens von 1914, sind jede allein und auf sich selbst angewiesen, neben den Großmächten einer selbständigen Stellungnahme nur bedingt fähig. Das einzige, was eine solche Macht — und das nur unter besonders günstigen Verhältnissen — vermag, ist die Aufrechterhaltung ihrer

Neutralität. Dazu ist eine weitere Vorbedingung nötig. Für den gesamten Verlauf eines Kampfes zwischen Großmächten kann die Haltung jeder kleineren Macht ausschlaggebend sein, wie die Beispiele der genannten Staaten 1914/18 bewiesen haben. Von wirklicher Bedeutung ist in solcher Lage ein Kleinstaat nur dann, wenn er über eine militärische Kraft verfügt, deren Einsatz nachhaltige Wirksamkeit verspricht. Nur der Staat wird in günstigen Fällen seine Neutralität bewahren können, dem es an einer achtungsgebietenden Wehrmacht nicht fehlt, die etwaigen Durchmarsch- oder Besetzungsversuchen der kämpfenden Mächte große Schwierigkeiten in den Weg zu legen vermag. Unsicher bleibt die Lage auch dann, aber es besteht wenigstens eine Aussicht auf Neutralität.

Aus dieser Erkenntnis heraus schritt Holland 1914 zur Mobilmachung. Es gelang ihm wie der Schweiz tatsächlich, inmitten der kämpfenden Parteien während des gesamten Verlaufes des Krieges seine Grenzen unverletzt zu behaupten. Erleichtert wurde den Niederlanden ihre Neutralität durch die Scheu beider kämpfender Parteien, mit Gewalt die Niederlande in den Streit zu zwingen. Deutschland war froh, den Ring seiner Gegner nicht an einer sehr empfindlichen Stelle seiner Grenzen um einen weiteren Feind erweitert zu sehen; die neutralen Niederlande waren wertvoll im Kampf gegen die britische Hungerblockade. England sah eine Gefahr in einer etwaigen deutschen Festsetzung an der niederländischen Küste, die eine Bedrohung des britischen Mutterlandes auf breiter Front dargestellt hätte; durch diplomatische Mittel ohne Gewalt ließen sich die Niederlande nicht aus ihrer Neutralität locken; durch Gewalt trieb man sie dem deutschen Gegner in die Arme. So lag die niederländische Neutralität 1914 in deutschem Interesse, von England wurde sie mehr oder weniger gern „geduldet“.

Zur Anwendung des nachhaltigsten Druckmittels, zur Bedrohung Niederländisch-Indiens, konnte England im Hinblick auf seine amerikanischen und japanischen Verbündeten, auf sein eigenes indisches Reich, auf die Schwächung seiner infolge der Anforderungen des europäischen Ringens bedenklich gesunkenen Streitkräfte am Indischen und Stillen Weltmeer nicht schreiten. Es mußte somit auch seinerseits jeden kriegerischen Zusammenstoß mit den Niederlanden vermeiden, waren auch die Hilfsmittel noch so ungleich zu britischen Gunsten verteilt. Für die Niederlande war es wesentlich, daß der Hauptgegenstand ihrer Politik aus dem Spiel blieb. Die politische Lage hat sich für Holland seit 1918 insofern verschlechtert, als bei künftigen kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Weltmächten diese Voraussetzung nicht mehr gegeben ist. Die heutige niederländische Staatskunst ist daher erfüllt von dem Gedanken an die Möglichkeit, Niederländisch-Indien in solchem Falle verteidigungsfähig und damit womöglich reif zur Neutralität zu machen.

Die Aufgabe ist so schwer und von solcher Bedeutung, daß ihre Durchführung die Belange des Mutterlandes zurücktreten läßt. Für die Weltlage ist es ein Problem, daß auch außerhalb der holländischen Grenzen nähere Betrachtung verdient.

I. Sicherung durch Politik

Es erübrigt sich in diesem Zusammenhange eine Darstellung der Bedeutung, die der indische Besitz für die Niederlande hat. Der ungeheure Reichtum der Sundainseln beruht auf der Fruchtbarkeit des Bodens, die den Anbau aller tropischen Nutzpflanzen gestattet, und auf den mineralischen Bodenschätzen, unter denen Erdöl und Zinn die erste Rolle spielen. Trotz dichtester (zumal auf Java) Bevölkerung bietet so das Inselreich zahlreichen Europäern großartige Zukunftsaussichten. Dank der politischen Zugehörigkeit fließt heute der Reichtum in erster Linie nach den Niederlanden, für deren Wohlstand und Weltstellung der indische Besitz unentbehrlich ist. Alles dies erklärt und berechtigt die außergewöhnlichen Anstrengungen, die das kleine europäische Königreich zur Sicherung seines indischen Schatzes macht!

Es ist nur zu natürlich, daß solche Besitzungen die Begierde anderer Mächte erwecken müssen. Der Wert der Sundainseln steigt um ein beträchtliches dank ihrer geographischen und strategischen Lage. Der Archipel liegt auf der Scheide zweier Weltmeere, des Großen und des Indischen Ozeans, die er voneinander trennt. Vom asiatischen Festland scheidet ihn nur die schmale Malakkastraße, an deren beherrschender Südspitze die britische Seefeste Singapore liegt. Im Süden und Westen sind unmittelbare Berührungspunkte mit Australien gegeben. Zwischen diesem Erdteil und Asien bilden die Sundainseln die Landbrücke.

Das Zentrum des gesamten Landreiches ist Java mit seiner dichten Bevölkerung und seiner uralten hohen Kultur. Java ist das Herz der niederländischen Kolonisation, Hauptsitz der Regierung, Ausgangspunkt der Landesverteidigung, beherrschende Handelsstation des gesamten Archipels. Im Kriegsfall würde es sich im wesentlichen um eine Verteidigung Javas gegen den feindlichen Angriff handeln; die andern Inseln wären dabei nur als vorge-schobene Posten zu berücksichtigen.

Das Hauptgewicht der Verteidigung Niederländisch-Indiens muß immer in der Politik beruhen. Wie groß diese Aufgabe ist, mag die Tatsache lehren, daß nicht weniger als vier Weltmächte in der Nachbarschaft des Archipels Interessen haben. Vor allem England, dessen Reich den niederländischen Sundaarchipel auf allen Seiten umschließt und einengt. Wie ein Keil schiebt sich von Norden die Halbinsel Malakka gegen die innere Sundasee vor; auf ihrer Südspitze liegt Singapore, die den Eingang in Englands Indisches Weltmeer sperrende Seefestung, die den Handel nach Ostasien einerseits, nach

Indien, Vorderasien, Europa, Afrika andererseits kontrolliert. Britisch ist der nördliche Teil der Insel Borneo. Britisch sind die der Südküste von Java vorliegenden Christmasinseln. Dem britischen Reichsverband an gehört Australien und mit ihm die Osthälfte von Neuguinea.

Im Norden des niederländischen Inselreiches haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika festen Fuß gefaßt. Ihnen gehört die Gruppe der Philippinen. Ihr weiterer Ausdehnungsdrang zielt vorerst nach China, aber das bedenkliche für Holland liegt nicht so sehr in den Absichten der Union auf eine Beherrschung der Sundainseln, als in der Möglichkeit eines amerikanisch-japanischen Zusammenstoßes. Mit den Deutschland abgenommenen Palauinseln naht sich Japan auch geographisch dem Archipel, in dem englische, amerikanische und japanische Einflüsse wirtschaftlich in schwerstem Ringen stehen, dessen Ende nicht abzusehen ist. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß auch Frankreich mit seinem hinterindischen Besitz in nächster Nähe des holländischen Reiches wichtige Interessen hat, wenn auch diese Tatsache weniger Aufmerksamkeit erheischt. Nimmt man hinzu, daß die Selbstständigkeitsbestrebungen aller asiatischen Völker auch an Niederländisch-Indien nicht spurlos vorübergehen, daß in einzelnen Teilen des Reiches nach wie vor Aufstände glimmen, daß Holland sehr auf der Hut sein muß vor der starken Einwanderung chinesischer und japanischer Kaufleute, Arbeiter und dergleichen in sein Kolonialreich, so kann man die Größe der Aufgabe wohl ermessen. Es ist eine auch in Holland nicht abgestrittene Tatsache, daß zum großen Teil nur die Widerstreitigkeit der vielen fremden Belange es ist, der die Niederlande die Erhaltung ihres indischen Besitzstandes verdanken.

Die größte Klippe, die die niederländische Staatskunst zu umschiffen hat, ist die der völligen und bedingungslosen Abhängigkeit von England. 1914 ist es den Niederlanden gelungen, dem Fährnis zu entgehen, das darauf beruht, daß eine holländische Dienstbarkeit an England zwar vielleicht den Kolonialbesitz schützt, dafür aber das Mutterland dem europäischen Wirrwar in unerträglicher Weise aussetzt. Der englische Sieg von 1918 und der Wegfall des deutschen Rückhaltes hat dann doch die Bande zwischen dem britischen Reich und den Niederlanden enger geknüpft (der Riesenkonzern der Royal Dutch and Shell Group ist ein beredtes Zeugnis), auch zwang die Zuspitzung des amerikanisch-japanischen Gegensatzes am Stillen Ozean die Niederländer zur engeren Anlehnung an die britische Weltmacht. Immerhin ist das Bestreben deutlich bemerkbar, der letzten Stufe solcher Annäherung, der Hörigkeit im Sinne des englisch-portugiesischen Verhältnisses, zu entgehen. Im Hinblick auf ihre europäische Lage wie auf die als Folge solcher Hörigkeit zu erwartende britische Vormundschaft in den Kolonien kann ein solches

Vasallenverhältnis den Holländern nicht genehm sein. Immer und immer wieder tritt die Wechselwirkung Mutterland—Kolonie in den Vordergrund.

II. Sicherung durch eigene Kraft

Die einzige Möglichkeit, sich der britischen Vormundschaft ohne Schaden für den Bestand des eigenen Reiches bis zu einem gewissen Grade zu entziehen, liegt in einer Sicherung Insel-Indiens aus eigener Kraft. Ist es besten Falls möglich, bei einem Konflikt zwischen den Weltmächten neutral zu bleiben? Kann man nicht im schlimmsten Falle wenigstens dadurch ein Wort mitreden, daß man eine gewisse, wenn auch kleine Macht in die Wagschale zu werfen hat, die es ermöglicht, seine Freundschaft teuer zu verkaufen? Ist das Rezept, das 1914/18 dem Mutterlande geholfen hat, nicht auch auf das indische Reich anwendbar?

Wenn 1914/18 die beiden kriegführenden Parteien von einer Vergewaltigung Hollands Abstand nahmen, so sprach dabei nicht wenig die Tatsache mit, daß man sich bei militärischem Vorgehen gegen die Niederlande ganz außergewöhnlicher Schwierigkeiten versehen mußte, die in der Natur des Landes beruhten. Niederland ist das Gebiet des dem Meere entrissenen Landes, das jederzeit wieder unter Wasser zu setzen ist. Wie bedeutend die Widerstandskraft eines überschwemmten Gebietes ist, haben die Erfahrungen an der flandrischen Küste 1914/18 gelehrt. Zur Verteidigung eines solchen Landes bedarf man des engsten Zusammenwirkens zwischen Landmacht und Küstenverteidigung, während eine Flotte von Hochseeschiffen der eigentlichen Verteidigung wenig Nutzen bringen wird. Zur See kann man sich dem überschwemmten Gebiet kaum nähern, da die Tiefenverhältnisse des Wassers kein größeres Schiff zulassen. Die einzige durchschlagende Angriffsmöglichkeit besteht in einem schwierigen Pionierkrieg, in dem größere Schiffseinheiten nicht zu verwenden sind. Dem entspricht es, wenn die Niederlande in den Maßnahmen zur Verteidigung der Heimat das Hauptgewicht auf die Landmacht legen, die Heimatflotte dagegen auf kleines Schiffsmaterial für den Minenkrieg, auf einige Unterseeboote und Flugzeuge beschränken.

Ganz anders steht es mit Niederländisch-Indien, das aus einer Reihe um das Herz Java gescharter Inseln besteht. Jeder Krieg um das Inselreich muß notgedrungen ein Seekrieg sein. Der Gegner, der einen Angriff auf Niederländisch-Indien beabsichtigt, würde sich als Hauptziel seines Angriffes Java ausersehen. Ein solcher Angriff ist schwierig, solange man mit leistungsfähigen Kräften zu rechnen hat, die der Gegner gegen die Anmarschlinie des Angreifers und zum Minenkrieg in den schwierigen Gewässern der Sundasee verwendet und die sich dabei auf Stützpunkte auf den andern Inseln stützen können. Zu einem solchen Angriff müßten also sehr starke Kräfte eingesetzt

werden und es würde sich daher jeder Staat sehr wohl überlegen, ob er zu einer derartigen Unternehmung schreiten soll. Die Neutralitätsmöglichkeit ist damit theoretisch durchaus gegeben. Holland hat die Erwägung folgerichtig durchgeführt und alle Kräfte dem Ausbau seiner indischen Flotte gewidmet. Sehr schnelle leichte Kreuzer und Zerstörer im Verein mit Minenlegern, Unterseebooten und Luftstreitkräften sind als die geeignetsten Mittel erkannt worden. Theoretisch besteht kein Zweifel, daß diese Flotte schon heute ihrem Zwecke sehr wohl dienen könnte. In Friedenszeiten ermöglicht sie außerdem die Durchführung eines Polizeidienstes in den indischen Gewässern und eine schnelle Transportierung von Verstärkungen im Falle von Aufständen. Auf der indischen Flotte beruht heute vollständig die niederländische Seemacht. So kommt auch in dem Verhältnis Landmacht im Mutterlande, Seemacht in der Kolonie die eigenartige Wechselwirkung zwischen Niederland und seinem indischen Reich zum Ausdruck, die schon bei Besprechung der politischen Verhältnisse festzustellen war.

Es entspricht den geschilderten Gedankengängen der niederländischen Politiker und Militärfachleute, wenn in den Generalstaaten demnächst eine Frage zur heftigen Diskussion stehen wird, die bereits längere Zeit im Austausch der Meinungen eine Rolle spielt: Die Frage der Trennung der Verwaltung der Heimatflotte von der indischen Marine, die Errichtung einer eigenen Spitzenbehörde für die indischen Schiffe, die Unterstellung der Heimatflotte unter die Landmacht. Man hofft auf diese Weise bedeutende Ersparnisse zu machen. Es gehört nicht in den Bereich dieser Darstellung, ein Werturteil über eine solche Maßnahme zu äußern. Daß zahlreiche Gründe vorliegen, um einer Trennung der beiden Marineverwaltungen das Wort zu reden, ist nach den obigen Darlegungen gewiß. Daß es anderseits nicht sehr verlockend wirkt, die Leitung von Marineangelegenheiten Fachleuten des Landheeres anzuvertrauen, ist in Deutschland aus den Jahren deutscher Marinegeschichte nach 1870 bekannt. Die Ersparnisse, die man mit einer solchen Maßnahme vielleicht macht, können sich im Ernstfall als verhängnisvoll erweisen. Möglicherweise denkt man an eine völlige Einstellung der kombinierten Land- und Seemacht der Heimat auf einen der eigenartigen Natur der Niederlande entsprechenden Verteidigungskrieg, für den allerdings eine einheitliche Leitung der gesamten Wehrmacht unter Umständen günstige Resultate ergeben könnte. Man darf, zumal im Hinblick auf Indien, mit Interesse der Lösung entgegensehen, die diese Frage bei unsern westlichen Nachbarn finden wird.

GUSTAV AMANN:
SUN YATSENS VERMÄCHTNIS
VI.

Die Ausbreitung der Zivilisation des Westens in Asien prallt gegen widerstrebende Kräfte an, man mag dieser Kräfte Acht haben oder nicht, sie sind da und machen sich geltend.

Obgleich der Kommunismus, die Diktatur des Proletariates, wie wir sie von Rußland nach dem übrigen Asien, insbesondere nach China ausstrahlen sehen, dort keinen fruchtbaren Boden findet, haben die mit ihnen verknüpften sowjetischen Ideen von der Freiheit zur Selbstbestimmung der schwachen Nationen und die kriegerische Ablehnung jener Unterdrückung der Selbstbestimmungsfreiheit ganzer Volksklassen, wie wir sie in der kapitalistisch-industriellen Wirtschaft des Westens haben, einen starken Widerhall gefunden, eine Atmosphäre des Widerstandes geschaffen, zu deren Entladung nicht weniger als ein Vernichtungskrieg gegen das bolschewistische Rußland von Seiten der kapitalistischen Mächte heranzunahen droht.

Was nun von alledem unser China im einzelnen angeht, so pflegen viele Leute zu sagen, daß sich dieses Land in einem transitorischen Stadium, in einem Übergangszustande befinde, wobei dann stillschweigend ein Durchgangsstadium zur westlichen mechanistischen Zivilisation und Wirtschaft gemeint ist. — Aber müssen wir uns vielleicht nicht doch fragen, ob sich das bei allem auch so verhält? — Soweit nur unsere Industrie- und Handelskreise berührt werden, würde es jedenfalls außerordentlich wünschenswert sein, daß es sich so verhielte, und daß diese Beendigung des Siegeszuges der westlichen Zivilisation, der Technik und der kapitalistischen Wirtschaft, kurz des „Fortschrittes der Menschheit“ über den Rest der Welt alle lästige Sonderart überwinden würde, und unserer westländischen industrialistisch-kapitalistischen Art die ganze Welt schön eingebnet zur Ausschlachtung überlassen bliebe. Aber man muß leider erkennen, daß ernste Gründe vorhanden sind, die befürchten lassen, daß sich das nicht so verhalten wird angesichts der widerstrebenden Kräfte, gegen die heute die Ausbreitung der westlichen Zivilisation in Asien deutlich sichtbar anprallt, ja, vor denen sie tatsächlich hier und dort zurückprallt.

In die Zukunft dringen unsere Blicke nicht, und wer versuchte, von intuitiven, aus dem Leben inmitten des chinesischen Volkes gewonnenen Einsichten in die Einstellung der Chinesen gegenüber dem Westen — auf kommende Entwicklungen und Ereignisse zu schließen, der würde nur einen mißlichen Propheten abgeben. Aber andererseits ist nicht weniger wahr, daß die Ent-

wicklungen und Ereignisse der letzten Vergangenheit Niederschläge sind, die sich aus der Lauge chinesisch-völkischer Mentalität heraus bildeten, und daß diese Mentalität oder Einstellung der chinesischen Anschauungsweise von intuitiv aus dem Leben inmitten des chinesischen Volkes gewonnenen Einsichten mit großer Gewißheit aufgehellt werden kann.

Solcher Ereignisse, solcher Niederschläge aus der Lauge chinesisch-völkischer Mentalität führt uns die Geschichte Sun Yatsens, die in seinem Vermächtnis gipfelt, nicht wenige vor Augen. — Da sahen wir zuerst, wie die Auseinandersetzung mit dem Eindringen westlicher Zivilisation in China zum Sturze der Manchu-Dynastie durch Sun Yatsen führte. Seit vierzig Jahren in der Tat bildete diese Auseinandersetzung mit dem Westen den Hauptstoff für die chinesischen Intellektuellen, und die Wege, die Chang Chitung, Li Hungchang und andere bedeutende Männer der Kaiserzeit dabei fanden und einzuschlagen kamen, ließen leicht zeigen, daß Sun Yatsens Werden und Wirken aus diesem Problem „seiner Zeit und seines Volkes“ herauswuchs, daß seine Führerschaft tief in diesem Kulturkampfe seines Volkes wurzelt und daß Sun Yatsen keine spontan aufgeschossene politische Figur ist, wie man es manchmal hinstellen möchte und wie es gleichzeitige chinesische Führer, wie es Chang Tsolin, Wu Peifu und andere in der Tat sind.

Die organische Gebundenheit mit dem in China sich neu Gestaltenden gibt dem Leben und Wirken und dem Vermächtnis Sun Yatsens die Bedeutung und Dauer, während die Streber nach Wiedererrichtung einer selbstherrlichen Kaiserherrschaft Rückschläge in Großvaters Zeiten und darum heute unvermögend sind.

Zwifach sahen wir Sun Yatsen nach seinem Einzuge in Nanking, wie nicht anders als natürlich ist, an dem China innewohnenden Imperialismus scheitern. Er scheiterte als völkisch-politischer Reorganisator an den rückschlägigen, imperialistischen Ambitionen Yuan Shikais, und seine technisch-wirtschaftlichen Pläne scheiterten an den Reservationen und an der imperialistischen Überschattung Chinas durch die Fremden, an dem „Mächtefinanzsyndikat“ und an den „Interessensphären“, durch die die Fremden Chinas wirtschaftliche Entwicklung unter sich aufgeteilt hatten, und so dem Zugriff Sun Yatsens entzogen. Den Rest seines Lebens befand sich Sun Yatsen zwischen den Mühlsteinen des Imperialismus: des heimischen chinesischen Militarismus und des fremden, westländisch-kapitalistischen Imperialismus.

Aber Yuan Shikai wurde niemals Kaiser, und das Mächtesyndikat ist unmächtig geworden; die Interessensphären sind aufgegeben. Diese Ereignisse sind Niederschläge aus der Lauge chinesisch-völkischer Mentalität, die brodeln und kocht.

Die Kaiserkrönung Yuan Shikais wurde verhindert durch den Anmarsch der

Truppen Chang Chuns aus der Provinz Honan auf Peking, aber Yuan Shikais baldiger Tod gab nur Raum und Chang Chun das Beispiel für die Usurpation der Regierungsmacht durch individuelle Machthaber. Erst auf Parteien gestützt, dann auf nichts gestützt als auf die nackte Gewalt der größeren Regimenter stehen sie auf, diese Selbstherrscher im Namen des Volkes: Tsao Kun, Wu Peifu, Chang Tsolin und ein endloser Rattenschwanz kleinerer und kleinster Briganten. Sie bekriegen sich und plündern das Volk aus mit dem atavistischen Schlagworte vom imperialistischen Szepter zu Chinas Wohlfahrt; ein wirrer Knäuel politischer Kräfte wälzt sich über das Land, trostlose Ebenen wirtschaftlicher Dürre zurücklassend. Das ist das Unvermögen des heimischen chinesischen Imperialismus, die Frucht, die aus dem alt-imperialistischen Ideenkreis noch gedeihen kann, in einem China, unter dessen Volk eine neue Geistesverfassung brodeln und überkocht. — Das Problem der Zeit und des Volkes, die Auseinandersetzung mit dem Einfluß des Westens auf das Leben der Chinesen ist nicht mehr ein Problem der Intellektuellen und der Regierenden allein, es ist Problem des Volkes selbst geworden. Was an der Oberfläche getan und gewollt wird, Kriegszüge und politische Winkelzüge der chinesischen Machthaber, Angriff und Abwehr der Fremden-Diplomatie in China, Rußlands Offensiv-Taktik hinter den Chinesen hervor und gegen die fremden Mächte in China, geben phantastische Erstarrungsgebilde, wie flüssiges Blei in kaltes Wasser gegossen. In der Tiefe des Volkes, vielfach ganz unbewußt, immer problematisch in der Zielrichtung, aber nur zu wirklich bildete sich eine Mentalität, eine Geisteseinstellung, in der die Willkür der sogenannten Regierenden erstarrt zu phantastischen Gebilden der Oberfläche. Es ist diese Einstellung des Volkswesens, von der Sun Yatsen kurz vor seinem Ende sprach, als er sich dahin äußerte, daß er den Tod nicht fürchte, weil seine Lehre im Volke bereits wurzle. Er wußte — Seher, der er war —, daß die Geschichte Chinas nicht mehr an der Oberfläche gemacht würde, daß die Geschichte hinfort aus der Tiefe des ganzen Volkes hervorwachsen würde.

An groß angelegten Plänen, das politische Regime Chinas mit dem Zuge einer festen Hand zu fixieren, fehlte es nicht. In der Tat kommt soeben die weitest ausholende Kampagne, eine Sowjet-Republik zu schaffen, zu Ende.

Der Staatsstreich Feng Yuhsiangs, mit dem Tsao Kun von der Bühne verschwand, und Wu Peifus Macht gebrochen schien, hinterließ Feng Yuhsiang nicht stark genug, sich lange der Macht über Peking zu erfreuen. Er mußte sich in die Unzugänglichkeit des Nord-Westens, nach Kalgan zurückziehen. Politische Winkelzüge und die Drohung von Chang Tsolins größeren Regimentern veranlaßte ihn bald, seinen väterlich-militärischen Schutz von Peking mit guter Miene zurückzuziehen. Chang Tsolins Truppen zogen ein, und wir sahen Chang Tsolin immer freier über die Zentralregierung walten, seine

Macht über Shantung ausdehnen, und schließlich nach den Fremdenkonflikten vom 30. Mai 1925 seine Truppen zur Wiederherstellung der bürgerlichen Ruhe in Nanking und Shanghai einziehen. Aber die öffentliche Meinung, die Arbeiter und Studenten, die Erbitterung gegen den fremden Imperialismus, wie er sich durch die Fremdenniederlassungen breit macht, das aufgebrauchte Volkswesen wollten sich nicht zur Ruhe bringen lassen. Der antiimperialistische Volkswille war nicht nur stark genug, den fremden Mächten Zollautonomie für China und Revision aller bestehenden Verträge abzurufen, er wies auch den imperialistischen Druck Chang Tsolins zurück, und unter der Beschuldigung, daß Chang TsoLin das Land für seine Schutzherren in der Mandschurei, für die Japaner erobern wolle, um sich selbst letzten Endes als Kaiser zu verherrlichen, nahmen Sun Chuanfang von Chekiang und Feng Yuhsiang von Kalgan die Sache des Volkes mit den Waffen auf. Dann revoltierte Chang Tsolins General Kuo Sunglin in Shanghaikwan, und die Folge von alledem war, daß das Heer Chang Tsolins aus Shanghai und Nanking bis nach Shantung hinein vor Sun Chuanfang zurückwich, daß Chang Tsolins Heerführer aus Peking und Tientsin von dem Angriff Feng Yuhsiangs nach Shantung versprengt wurde und daß Kuo Sunglin siegreich in die Mandschurei einziehen und bis vor Mukden marschieren konnte.

Zu dieser Zeit der Siege Feng Yuhsiangs Kuo Min Chun (Volksarmee) schien der öffentlichen Meinung ein Stern der Hoffnung, es schien, als ob eine föderalistische Formgebung der Republik die derzeitig siegreichen Machthaber und die unabhängigen Provinzen unter einen Hut zur Wiedervereinigung des Landes bringen könnte; und Sowjet-Rußland, das Feng Yuhsiang tatkräftig unterstützte, konnte die größten Hoffnungen haben, bei dieser Reorganisation in Regierung und im Volke Sowjet-Grundsätze einzunisten. — Aber die Japaner verließen ihren Freund nicht. Japan deckte den Rücken Chang Tsolins durch Entsendung von japanischen Truppen nach Mukden „zum Schutze japanischen Eigentums in Mukden und in der Eisenbahnzone“, und japanische Strategie führte in letzter Stunde die Hand Chang Tsolins zu einem erfolgreichen Vernichtungsschlage gegen Kuo Sunglins Streitkräfte. So wurde Chang Tsolins imperialistische Herrschaft in der Mandschurei noch einmal gerettet.

Sun Yatsens letzter Aufenthalt in Peking war ein Wendepunkt für Feng Yuhsiangs politische Einstellung. Früher ein Anhänger der Anschauungen Wu Peifus, bewegte er sich wie dieser in einer konservativen Geisteswelt. Konfuzianische Staatsweisheit führte seine politischen Schachzüge, konfuzianische Ethik sein Verhalten als Beamter des Staates und konfuzianische Bedürfnislosigkeit und Nüchternheit seine Lebensführung, begleitet von konfuzianischer Disziplin im Heer. Sprüche aus den konfuzianischen Büchern und Bilder aus der alt-chinesischen Geschichte bedeckten die Wände der Straßen

und Kasernen, wo immer das Heer sein Lager aufschlug, konfuzianischer Geist sollte die Soldaten inspirieren. Man nennt Feng Yubiang den „christlichen General“. Wie weit christliche Ethik sein Innenleben bereichert, können wir nicht sagen. Als Staatsmann und als General steht er vor uns als Konfuzianer. —

Die innige Bekanntschaft mit Sun Yatsens Lehre wurde Feng Yubiang eine Erleuchtung. Er soll beim Tode Sun Yatsens Tränen der Trauer vergossen haben, daß er sich mit Sun Yatsen zu spät gefunden habe. — Für Fengs militärisch-politische Existenz andererseits war die Begegnung von noch größerer Bedeutung, denn er lernte die Einsichten Sun Yatsens kennen über den Wert der Sowjetfreundschaft für die Abwehr der Vorrechte der fremden Mächte in China und für die Abwehr des kapitalistisch-industriellen Einmarsches der fremden Zivilisation, die die Lebensführung der Chinesen in dem eigenen Lande zu vergewaltigen drohen, und er erhielt die tatkräftige russische Unterstützung für den Aufbau und die Verwaltung seines Heeres und seiner Provinzen.

Wir müssen uns diese Umstände vor Augen halten, um die Vorgänge der letzten Monate in China recht zu verstehen. Da ist Sowjet-Rußland, das dem neuen kriegerischen Nationalismus vor die Tore des imperialistischen Hochsitzes, und dem neuen Volksgeist zum Sieg über die fremde Zollbevormundung hilft, und dort der Gegenzug der imperialistischen Interessen, der mit kühler Hand schachmatt setzt.

Mit der unsichtbaren Hand der hohen Politik wird dieses chinesische Schach gespielt; nur auf einen Augenblick waren die Spieler zu sehen, als Chang TsoLin nach einem der Pfänder griff, um die es für die hohe Politik geht. — Mit der Forderung von Vorausbezahlung der Beförderungskosten verweigerte die Russisch-Chinesische Eisenbahn die Beförderung von Truppen Heilungkiangs zum Entsatze Chang TsoLins. Chang befahl militärische Besetzung der Bahn, und Moskau folgte dem mit einem Ultimatum auf sofortige Freigabe, mit der Drohung russisch militärischen Einmarsches. Es schien zu Schlägen zwischen den Spielern zu kommen. Aber die kühle Besonnenheit in Tokyo, wohl geleitet von der Überlegung, daß man zur gegenwärtigen Stabilisierung des Yen den Export nach China, der zurzeit ca. 60 % des Gesamtexportes Japans beträgt, braucht, und ihn keinesfalls einem Boykott der Chinesen opfern darf, ließ die Krisis vorübergehen; Chang TsoLin gab die Bahn frei. — Übrigens war das Spiel für dieses Mal gewonnen. Feng Yubiang, der Anhängerschaft seiner Unterführer vielleicht nicht ganz sicher, vielleicht aus politisch-taktischen Gründen, wer kann es wissen, legte das Oberkommando über die Kuo Min Chun-Armeen nieder und zog sich zurück; nach Urga, wie man sagte, dann nach Moskau. Die Kuo Min Chun-Heere, von Chan Chungchang und

Li Chinglin in Shantung, vom wiedererstandenen Wu Peifu in Honan, von Chang TsoLin vom Norden angegriffen bliesen den Rückzug nach Kalgan. Das Spiel war für diesmal zu Ende. — Der Gegenzug blieb nicht aus.

Inzwischen ging noch ein anderer Takt des Konfliktes zwischen dem chinesischen Volke und dem Westen zu Ende, aber nicht so glücklich für den Westen. — Seit dem unglückseligen Morden chinesisch-nationalistischer Propagandisten durch die fremden Truppen auf der englischen Niederlassung Shameen in Kanton herrschte Streik und Boykott von Seiten der Chinesen gegen Shameen und Hongkong. Ein Exodus der chinesischen Arbeiter aus Hongkong und ein Boykott in Kwangtung eines jeden Schiffes, das Hongkong anrief, legte seit Monaten jeden Geschäftsverkehr der beiden Plätze miteinander still. Alle ankommenden Waren wurden in Kanton von einem Heer von streikenden Arbeitern untersucht, und was englischen Ursprungs gefunden, wurde konfisziert. Shameen war still wie ein Friedhof; kein Chinese betritt seinen Grund; und in Hongkong herrschte fast völliger Geschäftsstillstand seit Monaten. — Eine hilflose Niederlage des mächtigen England vor dem wehrhaften Geiste Sun Yatsens unter den Arbeitern, den Studenten und der Regierung Kantons; und hier ersuchte der Imperialismus zum ersten Male um Frieden in China. — Eine eindrucksvollere Demonstration, uns von dem neuen Volksgeiste, von dem neuen Volkswillen zur Eigenbestimmung der Lebensumstände zu überzeugen, kann man nicht fordern. Kanton ist dabei sichtlich aufgeblüht, die Provinz Kwangsi hat sich der Organisation Kwangtungs zu einem selbstbestimmenden chinesischen Volksstaat angeschlossen, und soeben beginnt sich die Annäherung der Provinzen Hunan und Jünnan zu vollziehen; es wächst und breitet sich aus, das Vermächtnis Sun Yatsens. Und es griff nach dem großen Yangtse-Becken über.

Was ist nun mit wenig Worten dieser neu erwachte Volksgeist, der Geisteszustand, in dem das chinesische Volk der westlichen Zivilisation und ihrer Ausbreitung in China begegnet, abgesehen und außerhalb von der politischen Abwehr der Vorrechte der Fremden in China, des fremden politischen Imperialismus, wie es die Chinesen heute nennen?

Da ist zuerst die konfuzianische Ethik, eine Ethik, die dem Starken befiehlt, den Schwachen zu schützen. Eine Ethik des Rechtes der Schwachen an den Starken, die heute noch aus der alt-chinesischen Kultur das chinesische Volk bewegt und zu einem hochstehenden Volke, zu einem Volke gemühtiefer Weltanschauung macht, dem die westliche Ethik der Macht, wo der Starke herrscht über den Schwachen, wo der Schwache sich wehren mag so gut er es vermag, wo „gut“ ist, was „Nutzen“ schafft, dem diese kalte, mechanistische Ethik des Alltags verhaßt ist aus seiner inneren Natur heraus, dem alle Folgen aus dieser materialistischen Weltanschauung, die in seine Lebensführung

eingreifen, Unrecht sind. Der Chinese will von seinem althergebrachten Recht, von seiner oralen Rechtsverhandlung, von seiner Rechtsprechung nach intuitivem, natürlichem Gerechtigkeitsempfinden des Richters nicht abweichen zu unserem westlichen geschriebenen Advokatenrecht mit seinem Rechtsurteil, das mechanisch, ohne Anschauung sentimental Gerechtigkeitsempfindens, aus Auslegung von Gesetzesparagraphen entsteht, sozusagen ex machina entsteht. In der konfuzianischen Ethik des chinesischen Volkes haben wir einen tief empfundenen Antagonismus gegen westliche Weltanschauung, gegen westliches Rechtswesen, gegen westliches Fühlen, zu dessen Bewußtsein große Schichten des Volkes erwachen. Das ist der Grund, aus dem Ost und West sich innerlich nicht verstehen können. —

Wer China und chinesisches Leben vor 15 Jahren, selbst nur vor zehn Jahren kannte und heute wieder sieht, wer die Wandlungen beobachtet, die die westlichen Einflüsse in den Zentren Chinas im Alltagsdasein aller Klassen, selbst des niedersten Kulis hervorbrachten, der versteht auch das Auffahren der Kräfte, gegen die die westliche Zivilisation jetzt anprallt. — Wenn die innerlicheren, ethischen Momente vorzüglich den gebildeten, nachdenklichen Chinesen bewegen, so treffen den geringen Mann nicht weniger die wirtschaftlichen Anstöße. Die Lebenshaltung der Tagelöhner und der handwerkenden Klasse ist nicht besser, aber teurer geworden; der Reis, der früher 6 Dollar per Picul kostete, kostet heute 12 Dollar; das Tempo des Lebens muß um so viel beschleunigt werden. — Empfindet der Besitzende die steigende Unentrinnbarkeit vor der westlichen materialistischen Lebensauffassung, so fühlt der geringe Mann die wachsende Rastlosigkeit, die wachsende Hast in der Erringung der Lebensnotwendigkeiten; die Geruhsamkeit des Daseins, die früher das größte Gut in seiner Dürftigkeit war, beginnt ihm zu entfliehen. Diese schärfere Anspannung, die Lebensnotdurft zu befriedigen, die sich dem Industrialismus nähernden Erwerbsbetriebe tragen dazu bei, die altgewohnte Lebensweise zu stören; nicht ausbleibende Überfüllung der Wohnstellen am Arbeitsplatz, der Gebrauch rascherer Verkehrsmittel verstärken einerseits die Klassengegensätze und zerreißten andererseits die Familien und tragen Unrast und Demoralisation im Gefolge unter das gemeine Volk, das früher zwar auch arm war, aber in seiner Familienpflege ethischen Halt besaß und glücklicher war. Die westlichen Ideen von Heirat und Scheidung greifen mit gleichem Effekt in das Familienwesen der besitzenden Klassen. Mit Sorgen sieht der chinesische Hausvater allenthalben die Zerrissenheit des Daseins, vor der ihn konfuzianische Weisheit bewahrt hat, die zersetzende Wirkung der fremden Zivilisation und fühlt, so wie die Arbeiterklasse auch, noch das spärliche Erdenglück, Menschen untereinander zu sein, entfliehen.

Alle diese Momente erregen Kräfte, die sich geltend machen, und von denen

bereits hier und dort die Ausbreitung der westlichen Zivilisation zurückprallt. — Sun Yatsen erkannte das Unglück, das seinem Volke von außen drohte, bei aller Anerkennung der Tatsache, daß China die westlichen wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften als solche braucht. Er dachte über die Wege und Mittel nach, die sein Volk aus dem Dilemma der westlichen Zivilisation gegenüber erlösen könnten, und vermachte dem Volke die Maßnahmen, die in seiner Lehre gipfeln: der Erziehung der Chinesen zur Selbstbestimmung mittels eines völkischen Regimes, wozu Befreiung von der Überschattung durch fremde Mächte, Befreiung von aller imperialistischen Nötigung im Innern und von außen und ungewöhnliche Steigerung der persönlichen Rechte und Freiheiten aller Bevölkerungsklassen zur Mitgestaltung an den Daseinsbedingungen zu erringen sind. —

China befindet sich in einem Übergangszustand, aber nicht in einem Durchgangszustand zur endgültigen Absorption der westlichen kapitalistisch-industriellen Zivilisation, sondern in einem Übergangsstadium zur kriegerischen Abwehr des aus dem Westen kommenden, seinen alten, geistigen Menschheitshochstand bedrohenden und seine Daseinseigenart versklavenden, mechanistischen „Fortschrittes der Menschheit“. Wie die Chinesen die große Mauer um ihr Land zogen zur Abwehr der mongolischen Barbaren, so errichteten sie die neue chinesische Zollmauer um ihr Reich, und wir mögen ruhig anerkennen und zugeben, daß China unserer westländischen Zivilisation und ihrer kapitalistischen Ausschlachtung keineswegs schön eingeebnet überlassen ist, sondern daß China im Begriffe steht, seine eigenen Daseinsformen, sein eigenes Volksglück zu schmieden.

ALBRECHT FREIHERR VON PÖLNITZ:

DIE NATIONALE STAATENENTWICKLUNG IN SPANISCH-SÜDAMERIKA II

2. Freiheitskriege und Unabhängigkeit.

Die Befreiung Südamerikas ist nicht so sehr durch den schweren Druck, den die spanische Herrschaft auf die Kolonien ausübte, noch durch ein anderes Moment politischer Notwendigkeit veranlaßt worden; sie ist vielmehr die Folge fremder Ideen, die jugendlich-nationale Begeisterung in die Tat umsetzte.

Den äußeren Anstoß zur Befreiungsbewegung gaben allerdings die politischen Umstände Europas, im besonderen aber die Engländer.

Joséph Napoléon war 1808 König von Spanien, dieses ein Vasallenstaat Frankreichs und dessen Bundesgenosse im Kampfe gegen England geworden.

Nachdem schon 1805 bei Trafalgar die spanische Armada vernichtet worden war, war Spanien die Verbindung zu seinen Kolonien abgeschnitten, was deren Treueverhältnis zum Mutterlande aufhob.

Die Engländer hielten nun den Zeitpunkt für gekommen, wo sie sich leichter Weise des herrlichen spanischen Überseebesitzes zu bemächtigen hofften, landeten 1806 tausendfünfhundert Mann in der Nähe von Buenos Aires und besetzten dieses fast mühelos, da die ganze spanische Besatzung mit dem Gouverneur landeinwärts geflüchtet war. Zwei Monate später wurden die Engländer aber wieder herausgeworfen und aufgerieben. Durch die Niederlage erbittert, landete England im Jahre darauf, 1807, ein bedeutend stärkeres Korps von 12 000 Mann im heutigen Uruguay. Montevideo war bald genommen und man ging gegen Buenos Aires vor. Aber auch dieses zweitemal gelang es den kolonialen Freischaren — wohlgemerkt: nicht der auch diesmal verschwundenen regulären spanischen Armee! —, die Engländer zu besiegen. Fast die ganze Armee wurde gefangen genommen und dann gegen Räumung von Montevideo freigelassen.

Die Engländer figurirten so, ohne es zu wollen, als die Lehrmeister der La Plata-Bewohner. Sie hatten den Kolonisten die Schwäche der spanischen Besatzung gezeigt und ihre eigene Kraft vor Augen geführt, hatten ihnen ferner gezeigt, wieviel günstiger sich ihre Existenz gestalten könnte, wenn sie sich an den Welthandel anschlossen. Das englische Korps hatte nämlich auf seinem Küstenmarsch sofort überall Schlachthäuser eingerichtet, sowie nach Möglichkeit Vieh und tierische Produkte aufgekauft und nach der Heimat verfrachtet und dafür Preise bezahlt, die den durch das spanische Handelsmonopol bis zur letzten Stunde von der Außenwelt abgeschnittenen La Plata-Bewohnern geradezu phantastisch erschienen.

Damit war, nachdem die Geister bereits erwacht und die eigene Kraft erprobt worden war, auch die letzte Prämisse für die nationale Erhebung gegeben: Die wirtschaftliche Freiheit lockte mit Vorteilen aller Art.

Nach der Abdankung des Königtums, nachdem Spanien mehr und mehr unter die Herrschaft der Franzosen gekommen war, begann man 1810 im heutigen Argentinien mit der Errichtung selbständiger Verwaltungen. Zunächst erfolgte dies allerdings im Namen Ferdinands VII. und im besten Einvernehmen mit den spanischen Gouverneuren. Aber es stand zu erwarten, daß diese Mäßigung nicht anhalten werde. Tatsächlich wurde wenige Monate später in Tucumán in einem „Rancho“, der heute durch einen Freiheitspalast überbaut ist, von jugendlichen Heißspornen die „República Argentina“ ausgerufen, worauf man, am „25 de Mayo 1810“, dem heutigen Nationalfeiertage Argentiniens, auch in Buenos Aires die „Independencia“ proklamierte.

Die Flammen der Freiheit griffen sehr schnell auf ganz Südamerika über

und da der Bruch mit der spanischen Herrschaft nun einmal vollzogen war, konnte die Auseinandersetzung mit den Truppen des Vizekönigs nicht länger vermieden werden. Diese waren allerdings schwach und konnten auf Unterstützung seitens Spaniens nicht rechnen. Dafür fehlte es den Freischaren aber ebenso an Übung und Ausbildung wie an erprobten Führern, die der großen Aufgabe sittlich wie geistig wirklich voll und ganz gewachsen gewesen wären.

Zunächst begannen die Kämpfe getrennt in Nord und Süd, während Peru, die Mitte, wo der Vizekönig residierte, sich noch ruhig verhielt. Vizekönig Abascál operierte äußerst geschickt, indem er die Freiheitsbewegung, so lange es irgend anging, als einen inneren Krieg behandelte, in dem er sich auf die Seite der Spanier stellte. Durch diese Taktik gelang es ihm, obgleich seine Truppen 1811 bereits aus Argentinien und Venezuela hinausgedrängt worden waren und er in Chile über reguläre Truppen überhaupt nicht verfügte, 1812 den Freischarengeneral Bolívar entscheidend zu schlagen. In der Folge vererbte in Venezuela, Bolivien und Chile die revolutionäre Bewegung in erfolglosen und verlustreichen Bandenkämpfen.

Trotzdem wäre die Revolution wohl damals schon Sieger geblieben — 1813 hatte Bolívar von Columbia aus Venezuela bereits wieder zurückerobert! — wenn nicht die inzwischen völlig veränderte Lage in Europa Spanien erlaubt hätte, Truppen nach Südamerika zu werfen. Der amerikanische Krieg war zwar im kriegsmüden Spanien durchaus unpopulär, aber die Veteranen von den napoleonischen Schlachtfeldern schlugen sich in der neuen Welt vorzüglich und brachten für Spanien nochmals vorübergehend den Umschwung. 1814 wurde Bolívar bei La Puerta zum zweitenmal geschlagen, die südlichen Revolutionsscharen bei Rancagua aufgerieben. Chile und Venezuela kamen durch diese Siege wieder in die Hände der Spanier.

Die Jahre 1815/16 stellen den Höhepunkt der „Reconquista“, der spanischen Wiedereroberung, dar. Zugleich aber ließen sie die spanische Herrschaft erst richtig als Gewalt- und Fremdherrschaft erkennen und lösten so nur eine noch stärkere und nachhaltigere national-amerikanische Gegenbewegung aus.

Die Entscheidungskämpfe, die nun folgten, gingen von Argentinien aus, wo General Martín ein Heer nach europäischem Muster aufs sorgfältigste durchgebildet hatte. Mit diesem überschritt er 1817 die 6000 m hohen Anden und schlug bei Chacabuco in Chile die Spanier. In den gleichen Tagen besiegte sie auch Bolívar in Nordperu. Entscheidend jedoch waren diese Siege noch nicht. Nochmals bekamen die Spanier frische Truppen aus der Heimat. Aber 1818 wurden auch diese von San Martín vor den Toren Santiagos, bei Maipú, geschlagen und fast völlig vernichtet. Nun galt es noch Lima, den Kern der spanischen Herrschaft, zu treffen, dann war Südamerika südamerikanisch.

Während in allen Ecken Südamerikas der Krieg im Kleinen weitergeführt

wurde, kehrte San Martín mit der eigentlichen Armee nach Buenos Aires zurück, wo er diese ergänzte und frisch ausrüstete. Nachdem eine Verständigung mit Bolívar, der im Norden stand, über den gemeinsamen Angriff auf Peru endlich zustande gekommen war, und nachdem Lord Cochrane im Dienste der Freiheitskämpfer die spanische Flotte im Pazifik zerstört hatte, konnte man zum Endkampf schreiten.

San Martín durchquerte mit seinem Heere halb Argentinien und Bolivien, die tropischen Täler und eisigen Höhen der Cordilleren, und erreichte Herbst 1819 das peruanische Hochland. Dort oben stand das Heer in Erwartung Bolívars drei Jahre lang. Denn Bolívar, der 1819 Columbien, 1821 Venezuela und 1822 Ecuador befreit hatte, erschien erst 1823 in Peru. Vor den nunmehr vereinigten Heeren San Martíns und Bolívars wichen die Spanier dauernd zurück. Endlich, 1824, gelang es den vereinigten Freiheitsarmeen, den Gegner bei Ayacucho zu stellen und völlig zu zertrümmern. Angesichts derselben Berge, in denen rund 300 Jahre vorher die Spanier das Inkavolk besiegten, fand die spanische Herrschaft über Südamerika ihr Ende! Kurz nach ihrem Siege zogen Bolívar und San Martín in Lima ein und entthronten den spanischen Vizekönig.

Damit war Südamerika frei vom fremden Joch. Daß es zu dieser Leistung — es gab keinerlei Straße und keinen Telegraph; Tausende von Kilometern mußten durch Steppe und tropischen Wald zurückgelegt, die ödesten, höchsten Gebirge überschritten werden — wirklicher Helden und echter Führer bedurfte, das wird keiner bezweifeln, der je durch jene Länder und Gegenden kam. Und daran ändert auch das mitunter etwas komisch anmutende, theatra- lische Pathos nichts, mit dem heute die Nationen Südamerikas ihre Befreiung verehren.

Es gibt daher für Ausländer keinen besseren Weg, sich in Südamerika miß- liebzig zu machen, als die Freiheitshelden „Indianergenerale mit Feldwebel- qualitäten“ zu bezeichnen, was ehemalige Angehörige glorreicher Armeen mit- unter zur Hebung des eigenen Ruhmes tun zu müssen glauben! —

Leider endeten nur die beiden größten Männer jener Zeit — José de San Martín, dessen Bild heute die argentinischen Briefmarken ziert und nach dem jetzt dortzulande Hotels und Sportplätze benannt sind, sowie Bolívar, der Bolivien den Namen gab — im Elend. Bolívar wurde, wahrscheinlich zu Un- recht, monarchischer Gelüste bezichtigt und mußte jeder weiteren Teilnahme am Staatsleben feierlich entsagen; San Martín wurde durch Intriguen politi- scher Kinder, deren Wünschen er sich widersetzte, nach Europa verbannt. Er starb 1850 in Boulogne, wo er täglich ans Meer wanderte, „das Land der Sehnsucht“ — sein Land in des Wortes vollster Bedeutung — „mit der Seele suchend“.

Bolívar und San Martín hatten es in der Hand gehabt und sich auch mit der Absicht getragen, ganz Südamerika mit Ausnahme des portugiesischen und auch bereits autonomisierten Brasiliens in einem Staatenbunde zu vereinen. Wohl hatten zwischen 1810 und 1821 die heutigen Staaten sich bereits fast alle für unabhängig erklärt, aber dies hatte Geltung erst nur gegenüber Spanien und berührte noch nicht die Beziehungen zueinander. Sobald nun aber der Einfluß der beiden überragenden Staatsmänner an Macht verlor, gaben sich die Länder eigene, der nordamerikanischen mehr oder minder ähnliche Verfassungen und grenzten sich als souveräne Staaten gegeneinander ab.

In auffallender Weise fielen die neuen Landesgrenzen vielfach mit den Grenzen ehemaliger, inkaischer Wirtschaftsprovinzen, beziehungsweise solcher Staaten zusammen, die das Inkareich sich selbst erst in neuerer Zeit einverleibt gehabt hatte. Außerdem hielt sich die Scheidung an die Naturgegebenheiten: Die von den Inkas zuletzt eroberten Hochländer von Ecuador und Columbien wurden wieder Hochlandstaaten, trotz gewisser vorandiner Landgebiete, die ihnen im Osten zugeschlagen wurden. Das Stromgebiet des Orinoko wurde Venezuela, das des Rio Paraguay und des oberen Paraná der neue Staat Paraguay. (Die Gebiete von Venezuela wie von Paraguay waren dem Inkareich nie völlig eingegliedert, sondern nur tributpflichtig gewesen.) Die Grenzen Chiles deckten sich ziemlich genau mit denen des langgestreckten Bergreichs und westlich vorgelagerten Küstenstrichs der einstmaligen Araukanerstaaten. Aus dem Stammland der Inkas, Peru, gingen zwei Staaten hervor, das heutige Peru und Bolivien. Auch diese Trennung war bereits früher gegeben und durch die Verhältnisse bedingt. Schon das Inkareich hatte, wengleich es auch — da es nur den Landverkehr kannte — von einem zentral gelegenen Mittelpunkt aus beherrscht werden konnte, an politischem Einfluß nach den westlichen, noch mehr aber den östlichen Tiefländern wesentlich nachgelassen. Die Spanier spalteten daher schon bald nach ihrer Ankunft um der leichteren Verwaltung willen Peru in zwei Provinzen. Die westliche, die sich begreiflicherweise bald zusehends maritim orientierte, wurde zum heutigen Peru, während aus der Provinz „Alto Peru“, die das östliche Hochland umfaßte und ein kraftvolleres Einwirken auch auf die Urwaldniederungen des Ostens ermöglichte, der Staat Bolivien hervorging. Ähnlich wie Bolivien wurde auch Argentinien vom Westen her über die Anden erschlossen. Da jedoch das gleichzeitig in Besitz genommene Stromgebiet des La Plata, das rasch zum Kernpunkt des politischen Lebens geworden war, das Interesse mehr über See nach Osten lenkte, blieb das zwischen den alten westlichen Kolonisationszentren und dem La Plata liegende, ausgedehnte Pampagebiet lange Zeit ohne Bevölkerung. Es wurde erst sehr spät, größtenteils erst infolge der Wirtschaftskrisen der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, besiedelt. Der

letzte Staat, der sich autonomisierte, war 1828 (die Republik östlich des) Uruguay. Dieser Staat verdankt seine politische Formgestaltung allein der Rivalität zwischen Argentinien und Brasilien. General San Martín sowie Don Pedro I. hatten beide vergeblich versucht, es mit Waffengewalt ihren Ländern anzuschließen. —

Dadurch, daß die Revolution nicht durch eine lange Schule harter Unterdrückung hatte gehen brauchen, fehlten den jungen Staaten, als die Freiheit errungen war, die Kenntnisse und Kräfte, die zu ihrem inneren Ausbau unerlässlich waren; an die Stelle des bisherigen Staatswillens trat zunächst die bloße Verneinung, d. h. die Anarchie.

Daß diese in einzelnen Staaten recht lange währte oder, unterbrochen von Bürgerkriegen und Diktaturen schlimmster Art, im Laufe des 19. Jahrhunderts mehrmals noch wiederkehrte, ist wenig erstaunlich, da auch die Verfassungen nicht mit einem Schlage den letzten und völligen Ausgleich aller Rassen und Kasten bringen konnten und der spanische Aristokrat, nur an ein Treueverhältnis zu König und Kirche gewohnt, den höchsten Vertretern des neuen republikanischen Staates sich innerlich lange nicht unterzuordnen vermochte. Auch brachten die Gegensätze zwischen den rasch aufstrebenden Seestädten einerseits und den konservativen, altspanischen Kulturzentren des Landesinnern andererseits in manchen Staaten bald reichlichen Zündstoff für neue Kämpfe, aus denen für ganz Südamerika um so schwerere Gefahren erwachsen, als die Kreolenbevölkerung der Städte damals jederzeit bereit war, sich mit den Indianern zu irgendwelchen Gewalttaten zu verbünden.

Daß die Länder aus all diesen schweren Krisen zu verhältnismäßiger Ruhe und wirtschaftlicher Entwicklung überhaupt kommen konnten, verdanken sie großenteils einer Reihe hervorragender Staatsmänner, deren Durchschnitt dem Durchschnitt europäischer sicher gleichgestellt werden kann. —

Abgesehen von Bolivien und Peru, denen in der Mitte des 19. Jahrhunderts von Chile große Küstengebiete abgenommen worden sind, zeigt die politische Karte Südamerikas heute im großen und ganzen das gleiche Bild, wie etwa um 1830. Daß sie sich in absehbarer Zeit verändert, ist nicht zu erwarten. Die Tendenzen für eine südamerikanische Staatenvereinigung wie für eine Vormachtstellung eines Einzelstaates sind gleich schwach, so lange allen noch mehr oder weniger der Charakter des Kolonialstaates anhaftet, den sie nicht eher abstreifen können, als bis eine industrielle Eigenentwicklung sie wirtschaftlich von Europa unabhängig gemacht haben wird. Für eine solche Eigenentwicklung hat Brasilien dank seiner reichen Bodenschätze, Argentinien dank seines günstigen Klimas und Chile dank einer hervorragend tatkräftigen Bevölkerung im Vergleich mit den anderen Staaten Südamerikas besonders gute Aussichten, wenn auch alle drei Länder in ihrem Fortschritt durch einen großen Prozentsatz indolenter Mischlingsbevölkerung verschieden stark gehemmt werden. —

ALBERT VON HOFMANN:
MILITÄRISCHE SAMMELPLÄTZE UND IHRE AUSWIRKUNG
AUF DIE MITTELALTERLICHE GESCHICHTE

Die Versammlungen der alten germanischen Landgemeinden haben zwei verschiedenen Zwecken gedient, friedlichen Beratungen und dem Beschluß des Auszugs in den Krieg. Aus diesen verschiedenen Zwecken aber keimt alsbald ein trennendes, die ursprüngliche Einheitlichkeit dieser Versammlungen auseinanderreißendes Element. Das Ding, welches der Heerfahrt vorausgeht, steht unter anderen Bedingungen als die Versammlung, welche nur der Rechtspflege dient.

Das Ding zur Sammlung des Heers entspricht einem gebotenen Ding, zu dem nur pflichtig ist, wer dazu aufgeboten wird; dem gebotenen Ding ganz allgemein tritt gegenüber das echte Ding, welches als Gerichtsversammlung die ganze Volksgemeinde umfaßt und für alle bindend ist.

Steht die Zeit der friedlichen Tagung ein für allemal fest, so richtet sich der Termin der kriegerischen Tagung nach der Zeit des geplanten Heereszugs. Und ebenso ist es mit dem Ort. Das echte Ding kann nicht an jeder Stelle gehandhabt werden. Die Malstätte ist von haus gottgeweiht, und kein Graf kann sie ohne weiteres verlegen. Anders ist es bei gebotenen Dingen, die militärischen Zwecken dienen; es liegt in ihrer Natur, daß die Sammelplätze hier verschiebbar sind. Der Sammelplatz des Heeres liegt zweckmäßig immer möglichst geschützt und zugleich möglichst nahe am Feind. Wenn der fränkische Markgraf überall das Ding hegen kann, so zeigt sich hierin, daß die Verwaltung der fränkischen Marken im Gegensatz zu den Stammesländern rein militärisch ist. Ist es aber der König selbst, der die Heeresversammlung befiehlt, so wird schon hierdurch der Platz derselben von jedem Herkommen frei. Der fränkische König ist an keinen Dingplatz gebunden. Er spricht auch Recht, wo er gerade ist, oft an dem Aufgang der Burg, in der er gerade weilt. Vor den Burgtoren und den Toren der ältesten Städte liegt die Richtstätte im Sinne des Spruchs sowohl wie auch seiner Exekution.

Endlich bringt aber der kommende Kriegszug dadurch, daß vielleicht ein Herzog, später der König selbst an die Spitze der Kriegsmannschaft tritt, notwendig auch rechtlich neue Verhältnisse mit. Vor dem Feldzug tritt das Heer unter einen Befehl, der vorher nicht war, weil das Heer eben auch vorher nicht war. Es findet zugleich mit der Versammlung eine Neubildung der Befehlsverhältnisse statt. Diese Kombination hat sich eigenartig bis heute erhalten in dem Begriff der „Vergatterung“. Sprachlich erinnert das Wort an

Versammeln und Hegen zugleich. Das Wesen der militärischen Vergatterung ist aber der Kommandowechsel. Trat im alten Heer z. B. die große Wache in Berlin auf dem Kasernenplatz an, so erklang vor dem Abrücken das eigentümliche, kurz abgerissene Trommelsignal „Vergatterung“. In diesem Augenblick traten die Wachen aus dem Regimentsverband heraus und hinüber unter das Kommando des Gouvernements Berlin. —

Wir sehen also, wie sich zeitlich, örtlich und rechtlich der militärische Sammelplatz allmählich scheidet von dem geweihten Platz des echten Dings. Die militärischen Sammelplätze haben die Tendenz, andere Plätze zu werden als die, auf denen von altersher das echte Ding gehalten wird. Hier wird die Dingstätte unter Förmlichkeiten durch Ziehen von Schranken und Seilen gehegt. Von den Schranken kommt die Bezeichnung Schranne, die in Bayern üblich war. In Schwaben heißt die Schranke para und nach einer bestimmten para heißt bei den Alemannen gelegentlich der ganze Gau. Am bekanntesten ist die Bertoldsbar zwischen Schwäbischer Alb und Schwarzwald,

Der militärische Sammelplatz liegt in ältester Zeit immer nahe am Feind, denn die Kriegsfahrten müssen kurz und überraschend sein. Später, unter größeren Verhältnissen liegen die Sammelplätze am Ausgangspunkt wichtiger Straßen. Die Polenfahrten der deutschen Könige nehmen zum Beispiel ihren Ausgang von Leitzkau-Magdeburg oder von Halle-Merseburg. Der romfahrende deutsche König sammelt sein Heer an der Stelle, wo er die via Aemilia betritt. Mit den sich erweiternden Grenzen schieben sich auch die militärischen Sammelplätze vor. Sowie sie auf Markgebiet kommen, sind sie an sich bewegungsfrei. Schließlich aber kommt eine Stelle, wo die weitere Verschiebung durch natürliche Verhältnisse ihr Ende findet. An solchen Stellen tritt eine natürliche Stauung ein und neue Momente treten zu der alten Idee des Sammelplatzes hinzu. An solchen Punkten entstehen wichtige Plätze, vor allem Sitze von militärisch gewordenen Dynastien. Auch Reichsstädte finden wir an solchen Plätzen. Dortmund, die einzige Reichsstadt Westfalens, geht darauf zurück, daß sich hier die große Straße von Sachsen nach dem Rhein vor dem Emscherbruch gabelt. Von den Weserbergen her war ein militärischer Sammelplatz weiter nicht vorzuschieben.

Bemerkenswert ist, wie sich die sächsischen Sammelplätze ostwärts verschieben gegen das Slavenland. Die Bewegung geht hier von der Aller, dem eigentlichen Sachsenfluß, über die Wasserscheide zwischen Weser und Elbe, bis sie Halt macht vor den großen Elbübergängen von Artlenburg und Lauenburg. Die genannte Wasserscheide wurde in unserer Zeit typisch durch den Truppenübungsplatz Munster und den Schießplatz bei Hösseringen charakterisiert.

Kommt man Örtze aufwärts von der Aller her, so finden wir südlich des

Truppenübungsplatzes von Munster vor der Wasserscheide die Hermannsburg, eine Burg, die ihren Namen nach Hermann Billung trägt und ohne Zweifel zu seiner Zeit ihre militärische Bedeutung schon mehr oder weniger hinter sich hatte. Wahrscheinlich war an der Wasserscheide ein alter sächsischer Sammelplatz.

Bei Hösseringen weiter östlich finden wir einen sächsischen Dingplatz, auf dem die Lüneburgischen Stände noch bis zum Jahre 1635 tagten, bis dann die während des Krieges überhand nehmenden Wölfe zwangen, die Tagungen nach Celle zu legen. Der Platz geht in vorlüneburgische Zeiten zurück. Auch hier finden wir eine Billunger Burg, indes sie bedeutet einen Fortschritt, denn sie liegt auf der anderen Seite der Wasserscheide nach der Elbe zu. Eigentümlich ist ihr Name. Sie heißt Suderburg, obgleich sie nicht südlicher als die Hermannsburg liegt; entweder gehört die Suderburg daher einem ganz anderen Burgenkreise an, oder sie ist später umgetauft. Die Suderburg ist tatsächlich die südlichste Burg einer fertigen Ilmenaulinie, die sich gegen das Slaventum legt. Vor dieser Linie liegt die Góhrde, welche ein großes Schlachtfeld auf der Grenze zwischen Sachsen und Slaven war. Von Hösseringen abwärts kommt man an die Stelle, wo die Quellbäche der Ilmenau sich vereinigen. In Ülzen, welches hier liegt, steckt der Stamm Old. Weiter abwärts finden wir einen Billungischen Flußübergang bei der Burg Bienenbüttel, in deren Nachbarschaft sich eine Wichmannsburg — Wichmann, der Bruder Hermann Billungs — erhob. Unten in Lüneburg endlich macht die Bewegung Halt. Der Platz zeichnet sich aus durch eine hervorragende natürliche Burgstelle, den Lüneburger Kalkberg, und er liegt gegenüber den Elbübergängen von Lauenburg und Artlenburg. Ein natürlicher Reichtum dieses Platzes sind seine Salzquellen, welche die uralten Namen Bernding und Eying führen. Der Platz muß aber lange rein militärisch geblieben sein, sonst hätte in seiner unmittelbaren Nachbarschaft nicht eine große Handelsstadt entstehen können, Bardowik. Aber als Bardowik im Jahre 1189 von dem heimgekehrten Heinrich dem Löwen zerstört wurde, wurde Lüneburg der erste Erbe von Bardowik. Die große kommerzielle Bedeutung der Ilmenaumündung lag darin, daß hier ein natürlicher Umschlag zwischen Ost und West möglich war, da die Elbe durch den Stecknitzkanal (seit 1395) Verbindung mit der Trave besaß.

Indes Lüneburg trennte sich von der Dynastie, und die dynastischen Machtzentren wurden in rückläufiger Bewegung über die Wasserscheide zurückverlegt (Celle und Hannover); der Zusammenschluß von Lübeck und Hamburg im XIV. Jahrhundert schloß Lüneburg vom großen Handel aus. —

Ein wichtiger sächsischer Dingplatz ist ferner zu erwähnen auf der holsteinischen Wasserscheide zwischen Eider und Stör; es ist die Gegend, in welcher Vicelin später das Kloster Neumünster gegründet hat. Das Kloster hier ist

die Quittung auf eine militärische Vergangenheit. Die feste Ostflanke der versumpften Eiderlinie verkörpert sich später in Kiel.

Dem nach Norden sich wendenden Dingplatz der Sachsen in Holstein entspricht in Schleswig südwärts gerichtet genau der einzige Durchgang, der zwischen der Schlei und der versumpften Treene offenbleibt. Auch hier sehen wir eine Wasserscheide und an ihr wahrscheinlich einen alten militärischen Sammelplatz. Die Stelle wird früh künstlich gesperrt. Die Sperre bildet das uralte Danewerk. Nördlich von dieser Stelle werden die Wasserscheiden weit gegen die Ostsee hinübergedrückt und Vormärsche von ihnen aus südwärts laufen sich blind an der Schlei.

Schleswig wie Holstein haben demnach gegeneinandergekehrte, sich gewissermaßen überschneidende Glacis, je nachdem man sie bis zur Eider rechnet oder über diese hinaus. Schleswig und Holstein verzahnen sich gewissermaßen gegenseitig in diesen Glacisgebieten, deren besondere Klammer wieder der Eiderübergang Rendsburg ist.

Nimmt man als primäre militärische Grenzlinien für Schleswig die Treene und Schlei, für Holstein die Eider, so liegt zwischen beiden Ländern ein doppelseitiges Land, denn es ist Südglacis von Schleswig und Nordglacis von Holstein zugleich. Hier entstand die deutsche Mark Schleswig im Jahre 934. Als diese im Jahre 1027 von Konrad II. abgetreten wurde, war die notwendige Folge hier eine entsprechende dänische Mark. Die eine Lösung geht auf Kosten des Deutschen Reichs, die andere auf Kosten Dänemarks. Die Natur ist es, die hier der späteren Realunion beider Gebiete den Weg geebnet hat, da eine klare Grenzbildung nicht möglich war. Eine ähnliche Gegenüberstellung feindlicher Dingplätze finden wir an der sächsisch-friesischen Grenze.

Da, wo die Hunte ihr Knie macht, wird sie zugleich von einem Geestrücken gequert. So entsteht hier ein Straßenknoten und ein Hunteübergang zugleich. Die Ammerburg, die hier lag, ist die alte Volksburg des Ammerlandes. Die Ammerburg steht auf Sachsenboden und ist die spätere Oldenburg. Sehr wahrscheinlich war hier auch eine Dingstätte. Ein Platz des Donarkults in der Nähe des heutigen Oldenburg ist bekannt.

Der Oldenburg entspricht nun auf der friesischen Seite der Dingplatz, der unter dem Namen des Upstalboms bei Aurich weit bekannt geworden ist.

Das sächsische Ammerland und das friesische Emsland indes berühren sich nicht; sie sind durch eine weite Sumpfstrecke getrennt, durch welche aber der Paß von Apen führt. Die militärische Bedeutung dieses Durchgangs zwischen Friesen und Sachsen erhellt von selbst. Über die Bedeutung des Worts Apen (offen) kann auch das redende Wappen der hier emporgekommenen Herrn von Apen — sie führen einen Affen im Schild — keinen Zweifel aufkommen lassen. Im XVI. Jahrhundert entstand hier eine oldenburgische, gegen Fries-

land gerichtete Festung. Daß aber der Gegensatz ein viel älterer ist, beweist, daß die Ammerburg auch einen friesischen Namen hatte, Omerburg.

Eine Bewegung der Sammelplätze muß auch vorausgesetzt werden westwärts von der sächsischen Weser aus. Die Urplätze sind hier zu erwarten in den natürlichen Festungspforten des Wesergebirges, wo sie durch Urwald und Verhaue so gut wie unangreifbar waren. Hierhin haben sie sich auch ohne Zweifel in den Zeiten der großen Defensivkriege gegen Karl den Großen wieder zurückgezogen. Einen solchen Platz finden wir im Quellgebiet der Werre, wo der Durchgang nach der oberen Lippe ist. Ein weiterer Sammelplatz — gerade so markant wie Detmold — muß an dem Paß von Bielefeld gewesen sein. Im Bielefeldschen hat sich der Name Gadderbaum erhalten (Ver-gatterung!). Von hier aus schiebt sich der Weg auf die richtige Wasserscheide von Beckum vor; hinter Beckum, wo wir später auch eine der Ludgerischen Urkirchen finden, gelangt man über die Lippe bei Hamm. Weiter abwärts kommt dann noch ein zweiter Lippeübergang von Bielefeld aus in Betracht, das ist Lünen. Hier wird eine germanische Stadt zur Römerzeit gesucht. Ein germanisches Aliso. Der Platz ist ohne Zweifel sehr instruktiv. Hier ist der Platz an der Lippe, von dem man zum letzten Mal nach der Ruhr hinüberwechseln kann, die große Weggabel gegen den Rhein von der Weserstellung aus. Der entsprechende Platz an der Ruhr ist die Stelle, wo die Hohensyburg sich erhebt. Die Erbin der ganzen Situation wurde Dortmund. Das war oben schon kurz erwähnt. Die Lage Dortmunds ist von Sachsen aus gegeben, und die Situation, die hier alles schuf, keimt in vorrömischer Zeit. Anders Werl, der Grafensitz, welcher der Vorläufer des späteren Arnsberg wurde. Er beruht auf einer Gabel an der Möhнемündung, die nach Osten sich öffnet. Er geht auf die Franken zurück, hat aber vorübergehend gewiß auch schon für die Römer Bedeutung gehabt.

Wir werfen noch den Dingplätzen der Mark Österreich einen Blick zu. Sie liegen an der Donau, der großen Straße, von welcher hier jeder Heerzug abhängig ist. Drei solcher Plätze zeichnen sich deutlich hintereinander in ihrer Reihenfolge ab, Mautern, Tulln und Neuburg. Mautern liegt da, wo sich das Donautal zuerst zu einer Ebene erweitert; die Lage entspricht genau der Lage von Graz und Marburg in Steiermark, wo Mur und Drau das Gebirge verlassen. Zu Mautern gehört das gegenüberliegende Krems. Dort finden wir den Markgrafen beziehungsweise den Herzog von Österreich, bevor er weiter donauabwärts zieht. Der erste Herzog Heinrich Jasomirgott verlegte dann die Residenz von Krems nach Wien. Wien liegt dann wieder an einer Stelle, die Mautern, Graz und Marburg genau entspricht. Es ist also die zweite Auflage von Krems.

Der genannte Platz Tulln ist bekannt durch das Tullner Feld. Tulln ist

ein gegebener Sammelplatz hinter dem Flußpaß, der in das Wiener Becken führt. Die Lage Tullns in dieser Beziehung kommt noch öfter zum Vorschein, so zu Beginn des dreißigjährigen Krieges, ganz besonders dann im Jahre 1683 bei der Sammlung des Entsatzheers für das von den Türken belagerte Wien.

Neuburg endlich liegt unmittelbar vor dem genannten Paß. Es ist als Sperre aufzufassen; es liegen sich hier zwei Neuburgen gegenüber am Fluß, Kornneuburg und Klosterneuburg. Die Römer hatten hier schon ein Kastell.

Ein dem Gang an der Donau analoges Vorschieben militärischer Stützpunkte — in solche gehen die militärischen Dingplätze nach und nach über — finden wir in Kärnten.

Als auf dem Toblacher Feld unter dem letzten Agilolfinger Tassilo III. Innichen gegründet wird, ist das ein Zeichen, daß auf diesem alten Kampfplatz zwischen Slaven und Deutschen Frieden eingekehrt und die Grenze weiter ostwärts vorgetragen ist. Zu Ende der karolingischen Zeit finden wir die Moosburg Arnulfs von Kärnten im oberen Drautal. Nördlich derselben dehnt sich das Zollfeld aus, das aber mit Zoll nichts zu tun hat. Der Name leitet sich von solium her; eine andere sprachliche Abwandlung von Solium zeigt das auf dem Zollfeld gelegene Kloster Maria-Saal. Später legt sich dann abermals eine Mark weiter östlich vor mit der Markburg, das ist Marburg an der Drau. Es ist anormal, daß der Draulauf unterhalb Unterdrauburg nicht zu Kärnten gehört und Marburg nicht die Hauptstadt dieses Großkärnten geworden ist. Die Hauptstadt Kärntens entsteht später an der Glanfurt südlich des Zollfeldes. Glanfurt ist Klagenfurt.

Einen großzügigen Charakter nimmt die Bewegung der fränkischen Waffenplätze an. Sie liegen in Deutschland alle mit dem Gesicht nach Osten. Eine Reihe der Etappen befindet sich auf der Linie Reims—Metz—Mainz—Frankfurt—Regensburg. Eine zweite findet sich auf der Linie Köln—Paderborn (Minden?)—Elze—Halle (Magdeburg). Der Gabelpunkt vor den Grenzplätzen an der Elbe und Saale ist wahrscheinlich der Sitz des östlichsten karolingischen Bistums auf dieser Seite, des ältesten Halberstadt.

Endlich sei in Deutschland noch kurz auf das Entstehen und Vorschieben der askanischen Macht hingewiesen, denn auch sie ist für das Gesagte äußerst instruktiv. Der Weg der Askanier geht von Ballenstedt aus, wo ganz gewiß nicht zufällig einst schon der Sitz des gewaltigen Markgrafen Gero war. Ballenstedt gegenüber liegt nämlich das Loch zwischen Selke und Wipper; dies Loch wird von den Askaniern durch die Burg Askanien bei Aschersleben gedeckt. Die Stelle, wo der Übergang über die Saale liegt, wird durch die Bernburg bezeichnet, welche die Askanier von den Billungern erben, und welche wahrscheinlich — echt billungisch — zuerst ein Bernd(Berhard)burg war. Bernhard war ein billungischer Vorname. Bei Dessau wird dann die Mulde,

bei Wittenberg die Elbe passiert. Wittenberg wird der askanische Herzogssitz; es ist zugleich der eigentliche Elbübergang in die Mark. —

Ein interessantes Licht wirft diese Form der Betrachtung auf eine Reihe von italienischen Plätzen, denen eine hervorragende Stellung in unserer mittelalterlichen Geschichte zukommt, nämlich auf den Charakter von Ariminum (Ravenna), Placentia, Pavia und Cremona sowie auf die gegenseitigen Beziehungen dieser Plätze zueinander. Beachtenswert ist hier auch die Verschiebung der von Süden orientierten antiken Verhältnisse unter einem nachantiken Druck von Norden her.

Sowie die Römer die senonische Mark von den Galliern gesäubert hatten, schob sich ihre Grenze am Adriatischen Meer zwangsläufig bis gegen den Rubicon vor. Nur an der Stelle, wo sich zwischen der Ravennatischen Lagune und dem Gebirge der schmale Paß von Caesena nach dem Poland öffnete, konnten künftig gallische Invasionen in das adriatische Küstenland abgewehrt werden. Die ganze Situation wäre viel plastischer ausgedrückt sagte man Caesena anstatt Rubicon. Hinter dieser Enge entsteht der römische Waffenplatz Ariminum.

Die Entwicklung ist hier schnell vor sich gegangen. Es ist eben eine gewisse Zwangsläufigkeit, die ihr zugrunde liegt. Im Jahre 283 werden die Senonen vernichtet; im Jahr 268 wird Ariminum angelegt; im Jahr 220, kurz vor dem zweiten punischen Krieg, folgt der Bau der Via Flaminia, die, den Apennin querend, Rom mit dem neuen Grenztor verbindet. In Ariminum sammelt sich künftig das Heer gegen die Gallier. Hier übernimmt der Konsul vor der Heerfahrt den Oberbefehl (Vergatterung!). Fast gleichzeitig mit dem Bau der Via Flaminia werden schon starke Stellungen vorgeschoben auf die andere Seite des Passes. Die Festungen Placentia und Cremona entstehen gerade noch vor dem zweiten punischen Krieg.

Die Bedeutung des ersten römischen Placentia ist die, ein vorgeschobenes Ariminum zu sein; auch Placentia liegt hinter einer Enge. Indem der wasserreiche Ticinus den Po bis unmittelbar an das Gebirge herandrückt, entsteht an dieser Stelle der Paß von Stradella, durch den das rechte Poland in ein Ost- und ein Westland auseinandergerissen wird. Dieser Paß von Stradella ist es, der die Lage von Placentia zuerst bedingt, genau wie der Paß von Caesena die Lage von Ariminum.

Wenn die Römer zu gleicher Zeit Cremona anlegten, so hat dies neben Placentia einen sekundären Sinn. Der Po fließt abwärts Placentia eine ganze Strecke lang in eng gestellten und senkrecht zur Flußrichtung verlaufenden Windungen dahin; hierdurch bildet er in diesem Abschnitte mehr einen Keil im Lande als eine Flußlinie, die verbindet und ohne weiteres überschreitbar ist. Die Keilbildung durch Querstellung der Flußrinne haben

wir übrigens auch beim deutschen Main; eine Mainlinie ist ein Widerspruch in sich.

Es ist außerdem die unsichere Uferbildung, die dem Po zwischen Placentia und Cremona den Charakter eines Hindernisses gibt; erst abwärts Cremona beginnen die großen Pödeiche durch die das Ufer wieder bewohnbar wird. Wir sehen somit in Cremona und Placentia die Flanken eines schwer passierbaren Flußabschnitts in römischer Hand. Cremona schützt Placentia vor dem Abgeschnittenwerden von unten her. Cremona ist aber außerdem der Schlüssel einer Umgehung der Enge von Stradella auf der linken Poseite. Es tritt hier mit seiner Anlage schon bewußt im Gegensatz zu dem insubrischen Mediolanum, dessen älteste Idee auch diese Umgehung ist.

Ist nun Placentia im Altertum eine Verschiebung von Ariminum, die eines Cremona zu ihrer Ergänzung und Sicherung bedarf, so gibt es auch noch einen Platz, der das direkte Gegenteil, das heißt die volle Umkehrung des alten Ariminum bedeutet und daher auch berufen war, anstelle der Kombination Ariminum-Ravenna zu treten, sobald das große politische Kräftespiel einmal in umgekehrter Richtung sich zu bewegen begann. Der Platz ist Ticinum-Pavia; der antike Ort wurde im Jahre 452 von den Hunnen zerstört.

Auf der anderen Seite der Enge von Stradella liegt fest durch die Wasser- verhältnisse des Ticino, gegen die Aemilia außerdem noch durch den Po gedeckt das feste Ticinum, welches man eben wegen dieser doppelten Sicherheit mit dem ebenfalls doppelt geschützten, durch die Lagune und die Enge von Caesena gedeckten Ravenna vergleichen mag. Ticinums Front liegt der Front der Römerplätze Ariminum und Placentia entgegengekehrt; da es links des Po liegt, fängt es zu gleicher Zeit auch die Umgehungen der Enge von Stradella ab. Ticinum vereinigt in sich alles — wenn auch im umgekehrten Sinne — was den Plätzen Ariminum, Placentia und Cremona Bedeutung gab. Man sieht sofort wie Ravenna als germanischer Königssitz ein zukunftsloser ja verhängnisvoller Boden war. Er hatte für die Germanen verkehrte Front und mußte für sie zur Falle werden. Odovakar hat hier rein italisch gedacht, Theodorich rein byzantinisch und noch dazu abhängig von einer Flotte, die er nicht besaß. Odovakar und später die Ostgoten erlebten in Ravenna einen totalen Zusammenbruch. Andererseits hat sich das gotische Königtum nochmals von Ticinum aus wiederherstellen können, und die Langobarden haben ein relativ dauerhaftes Königtum auf Ticinum basiert. Es ist dabei zu bemerken, daß das langobardische Königtum einem Angriff von Westen her erlag.

Ticinum-Pavia ist der sichere Ausgangspunkt für langobardische militärische Unternehmungen über den Po, genau wie Ariminum der sichere Ausgangspunkt für römische Unternehmungen in das Gallierland gewesen war. Pavia

setzt eine langobardische Festung in der Enge von Stradella voraus, genau wie die Römer den Paß von Caesena befestigten. Die langobardische Festung ist aber ersetzbar durch Placentia. Die Lage von Pavia als Königstadt hängt damit zusammen, daß das Schwergewicht der langobardischen Königsmacht rechts der Adda bleibt. Auf der anderen Seite liegt das frondierende Herzogtum Friaul. Placentia ist gefährdet durch das aufständische Herzogtum auf der anderen Seite der Adda, unter Umständen auch durch den Exarch.

Wir müssen annehmen, daß in Pavia die langobardischen Aufgebote unter Königsbefehl traten (Vergatterung!).

Als später die deutschen Könige von jenseits der Alpen her ihre Heerfahrten nach Italien unternahmen, gewann für sie, wenn sie durch die Tiroler Täler abwärts der Enge von Stradella nach Italien kamen, entsprechend auch ein Poübergang abwärts dieser Enge das Übergewicht. Wir sehen nun Placentia an die Stelle von Pavia treten, genau wie es zuerst an die Stelle von Ariminum getreten war. Placentia nimmt auf diese Weise eine merkwürdige Mittelstellung ein. Aus Pavia II wird es zugleich ein Ariminum II, also scheinbar gerade das Gegenteil. Der deutsche König befindet sich in Placentia tatsächlich am Kopf der großen Straße nach Rom, der von Ariminum an die Reichsgrenze zurückverlegt erscheint.

Der deutsche König, der in der Regel südlich des Gardasees zuerst italienischen Boden betritt, verbringt seine erste Nacht in Italien auf den roncalischen Feldern bei Placentia. Hier übernimmt er nach Anruf und Musterung der Lehnsaufgebote den Befehl, und hier erst beginnt die Heerfahrt. Wieder findet also auch ein Kommandowechsel statt (Vergatterung!).

Es ist nun klar, daß dies Bedingungen waren, die Cremona eine ganz neue Bedeutung verschaffen mußten. Die Stadt Cremona hatte Unglück gehabt. Sie war im Jahre 69 von den Vespasianern und im Jahre 603 nochmals von den Langobarden zerstört worden. In dem Zusammentreffen der vespasianischen Donaulegionen mit den Rheinlegionen des Vitellius drückt sich schon interessant die Lage Cremonas aus im Sinne einer von Norden orientierten späteren Zeit. Die Zerstörung Cremonas aber durch Agilulf im Kriege gegen den Exarchen zeigt uns zugleich auch, wie gefährdet Placentia zur Langobardenzeit lag.

Was Cremona für den deutschen König besonders wichtig macht, ist, daß er sich hier den Addaübergang spart. Cremona liegt links der Adda; es hatte im Mittelalter in Pizzighetone einen eignen festen Addaübergang. Es ist fast zu verwundern, daß für den deutschen König nicht Cremona sondern Placentia die Nachfolgerin von Pavia wird. Der große Vorzug von Pavia, daß es aus dem Altertum her eine Pobrücke besaß, fällt sowohl für Placentia wie für Cremona in älterer Zeit fort. Über Placentia hat der deutsche König einen

Umweg, ganz abgesehen von dem unnötigen Addaübergang. Nur wenn der deutsche König über Mailand kommt, liegt Placentia auf seinem Weg.

Cremona ist zu einer Konkurrenzstellung berufen für alles, was rechts der Adda für den Weg des Königs von Bedeutung ist; es ist kein Wunder, daß die Stellung Cremonas ihren Höhepunkt erreicht, sowie ein Gegensatz zwischen Mailand und dem deutschen König die oberitalischen Verhältnisse zu beherrschen beginnt. Das tritt zur Zeit Friedrichs I., des Rotbarts, ein.

Es bleibt uns endlich noch ein Blick auf eine vierte Stadt. Das ist Lodi, welches für die Römer als Straßenknoten schon eine Art Vorläuferin des späteren Mediolanum war. Die Verbindung links des Pos zwischen Cremona und Ticinum lief landeinwärts über Lodi; in Lodi zugleich zweigte die große Straße nach Mailand ab. Von Rom her gesehen lief also die Umgehung der Enge von Stradella über Lodi, von Norden gesehen war sie in Mailand verankert. Beide Städte, Mailand und Lodi, schließen sich aus; schon die erste Gründung des römischen Lodi (Laus Pompeja) richtet sich gegen die Insubrer.

Der Gegensatz hat weitergelebt. Auch zur Zeit des Rotbart schlossen sich beide Städte aus. Zuerst zerstören die Mailänder Lodi und siedeln die Lodesen in offenen Weilern an. Dann zerstört der Kaiser Mailand und siedelt die Mailänder in offenen Weilern an. Als aber der Rotbart Lodi nach einer zweiten Zerstörung zum zweitenmal aufbauen muß, geschieht es nicht an der alten Stelle, sondern die Stadt wird nun an die Adda verlegt und zum Addaübergang. Damit öffnet sich der Kaiser die Lombardei von Osten her, sei es, daß er nach Mailand oder nach Placentia will. Denn Placentia hat zeitweise auf der Seite der Mailänder gestanden gegen ihn.

Wie der Kaiser mit der Zerstörung Mailands zugleich in innerlombardische Gegensätze eingriff, so auch später mit der Zerstörung Cremas. Aber hier war er direkt Arm der Cremonesen. Gegen sie wurde das links der Adda gelegene Crema von Mailand ausgespielt. Als später der Kaiser auf Wunsch der Mailänder Crema wieder aufbaute, fiel Cremona deswegen vom Kaiser ab. Das war im Jahr 1186, dem Jahr der Hochzeit Heinrichs VI., die in Mailand gefeiert worden ist. Cremonas Schicksal ist es gewesen, unter die Herrschaft Mailands zu kommen. Damit hört seine Geschichte auf.

ERICH OBST:

LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

Europäische Zollunion. Beiträge zu Problem und Lösung. Herausgegeben von Dr. Hanns Heiman. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1926. 278 Seiten.

Man kann die Zielsetzung dieses aus 23 selbständigen Aufsätzen bestehenden Buches nicht besser und knapper kennzeichnen als mit den Worten des Herausgebers: „Zweck und Ziel des Werkes ist es, die bedeutsame Gegenwarts- und Zukunftsfrage der europäischen Zollunion in kritischer Behandlung für einen weiteren Leserkreis zur Darstellung zu bringen. Dabei sollen in erster Linie die für Deutschlands Staat und Wirtschaft mitsprechenden Interessen sowie die wichtigsten sich hieraus ergebenden Probleme durch Persönlichkeiten, die auf ihrem Gebiete fachkundig und führend sind, einzeln behandelt werden“.

Staunend steht man vor der Fülle der Gedanken, die diesem völlig tendenzfreien Sammelwerk eigen ist. An eine Inhaltsangabe jedes einzelnen Beitrages ist hier selbstverständlich nicht zu denken. Das Buch gehört zu jenen Schriften, die nicht skizziert werden können, sondern gelesen werden müssen. Um die Bedeutsamkeit dieser hochwichtigen geopolitischen Erscheinung zu kennzeichnen, seien nur einige Mitarbeiter genannt: Heuß, Goehre und Schnee, Gothein, Graf Kalkreuth und Alfred Weber, Franz Eulenburg (Gegner der Idee einer europäischen Zollunion), Cohen-Reuß, Aug. Müller, von Koerner u. a. m.

Wir kennen zur Zeit keine Veröffentlichung, die das Problem der europäischen Zollunion so objektiv kritisch, vielseitig und tieferschürfend behandelt wie das vorliegende Buch. Allen Lesern unserer Zeitschrift sei die Lektüre dieses hervorragenden Werkes dringend ans Herz gelegt.

Manfred Sell: Das deutsch-englische Abkommen von 1890 über Helgoland und die afrikanischen Kolonien im Licht der deutschen Presse. Verlag Ferd. Dümmler, Berlin—Bonn, 1926. 112 Seiten.

Wenige Monate nach dem Ausscheiden Bismarcks aus der Leitung der deutschen Staatsgeschäfte wurde zwischen Deutschland und England der Vertrag von 1890 abgeschlossen, durch den Helgoland an das Deutsche Reich kam und die Abgrenzung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika geregelt wurde. Vom ersten Augenblick an wurde dieser Vertrag in Deutschland außerordentlich verschieden beurteilt. Es ist darum recht verdienstlich, daß Sell nach ausführlicher Erörterung des Vertragsinhaltes die Stimmen der öffentlichen Meinung jener Zeit gesammelt und das gesamte Für und Wider in den Rahmen des damaligen deutschen Parteilebens eingeordnet hat. Die in jener Zeit auftauchenden Fragen verdienen es tatsächlich, der Vergangenheit entrissen zu werden, denn der Vertrag kennzeichnet den Beginn der nachbismarckschen Ära, den Anfang der zwischen Krieg und Frieden hin und herpendelnden Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England. — Seine eigene Meinung faßt Sell zum Schluß in dem folgenden Satz zusammen: „Das deutsch-englische Abkommen von 1890 über Helgoland und Afrika war für das Deutsche Reich ein objektiv vorteilhafter Vertrag mit in ihrem Werte zweifelhaften politischen Folgen und Auswirkungen“.

Hans Spethmann Der englische Bergarbeiterstreik und das britische Kohlenproblem. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1926. 32 Seiten.

Nur 32 Druckseiten umfaßt der Text des Vortrages, den Spethmann im September 1926

Umweg, ganz abgesehen von dem unnötigen Addaübergang. Nur wenn der deutsche König über Mailand kommt, liegt Placentia auf seinem Weg.

Cremona ist zu einer Konkurrenzstellung berufen für alles, was rechts der Adda für den Weg des Königs von Bedeutung ist; es ist kein Wunder, daß die Stellung Cremonas ihren Höhepunkt erreicht, sowie ein Gegensatz zwischen Mailand und dem deutschen König die oberitalischen Verhältnisse zu beherrschen beginnt. Das tritt zur Zeit Friedrichs I., des Rotbarts, ein.

Es bleibt uns endlich noch ein Blick auf eine vierte Stadt. Das ist Lodi, welches für die Römer als Straßenknoten schon eine Art Vorläuferin des späteren Mediolanum war. Die Verbindung links des Pos zwischen Cremona und Ticinum lief landeinwärts über Lodi; in Lodi zugleich zweigte die große Straße nach Mailand ab. Von Rom her gesehen lief also die Umgehung der Enge von Stradella über Lodi, von Norden gesehen war sie in Mailand verankert. Beide Städte, Mailand und Lodi, schließen sich aus; schon die erste Gründung des römischen Lodi (Laus Pompeja) richtet sich gegen die Insubrer.

Der Gegensatz hat weitergelebt. Auch zur Zeit des Rotbart schlossen sich beide Städte aus. Zuerst zerstören die Mailänder Lodi und siedeln die Lodesen in offenen Weilern an. Dann zerstört der Kaiser Mailand und siedelt die Mailänder in offenen Weilern an. Als aber der Rotbart Lodi nach einer zweiten Zerstörung zum zweitenmal aufbauen muß, geschieht es nicht an der alten Stelle, sondern die Stadt wird nun an die Adda verlegt und zum Addaübergang. Damit öffnet sich der Kaiser die Lombardei von Osten her, sei es, daß er nach Mailand oder nach Placentia will. Denn Placentia hat zeitweise auf der Seite der Mailänder gestanden gegen ihn.

Wie der Kaiser mit der Zerstörung Mailands zugleich in innerlombardische Gegensätze eingriff, so auch später mit der Zerstörung Cremas. Aber hier war er direkt Arm der Cremonesen. Gegen sie wurde das links der Adda gelegene Crema von Mailand ausgespielt. Als später der Kaiser auf Wunsch der Mailänder Crema wieder aufbaute, fiel Cremona deswegen vom Kaiser ab. Das war im Jahr 1186, dem Jahr der Hochzeit Heinrichs VI., die in Mailand gefeiert worden ist. Cremonas Schicksal ist es gewesen, unter die Herrschaft Mailands zu kommen. Damit hört seine Geschichte auf.

ERICH OBST:

LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

Europäische Zollunion. Beiträge zu Problem und Lösung. Herausgegeben von Dr. Hanns Heiman. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1926. 278 Seiten.

Man kann die Zielsetzung dieses aus 23 selbständigen Aufsätzen bestehenden Buches nicht besser und knapper kennzeichnen als mit den Worten des Herausgebers: „Zweck und Ziel des Werkes ist es, die bedeutsame Gegenwarts- und Zukunftsfrage der europäischen Zollunion in kritischer Behandlung für einen weiteren Leserkreis zur Darstellung zu bringen. Dabei sollen in erster Linie die für Deutschlands Staat und Wirtschaft mitsprechenden Interessen sowie die wichtigsten sich hieraus ergebenden Probleme durch Persönlichkeiten, die auf ihrem Gebiete fachkundig und führend sind, einzeln behandelt werden“.

Stunend steht man vor der Fülle der Gedanken, die diesem völlig tendenzfreien Sammelwerk eigen ist. An eine Inhaltsangabe jedes einzelnen Beitrages ist hier selbstverständlich nicht zu denken. Das Buch gehört zu jenen Schriften, die nicht skizziert werden können, sondern gelesen werden müssen. Um die Bedeutsamkeit dieser hochwichtigen geopolitischen Erscheinung zu kennzeichnen, seien nur einige Mitarbeiter genannt: Heuß, Goehre und Schnee, Gothein, Graf Kalkreuth und Alfred Weber, Franz Eulenburg (Gegner der Idee einer europäischen Zollunion), Cohen-Reuß, Aug. Müller, von Koerner u. a. m.

Wir kennen zur Zeit keine Veröffentlichung, die das Problem der europäischen Zollunion so objektiv kritisch, vielseitig und tieferschürfend behandelt wie das vorliegende Buch. Allen Lesern unserer Zeitschrift sei die Lektüre dieses hervorragenden Werkes dringend ans Herz gelegt.

Manfred Sell: Das deutsch-englische Abkommen von 1890 über Helgoland und die afrikanischen Kolonien im Licht der deutschen Presse. Verlag Ferd. Dümmler, Berlin—Bonn, 1926. 112 Seiten.

Wenige Monate nach dem Ausscheiden Bismarcks aus der Leitung der deutschen Staatsgeschäfte wurde zwischen Deutschland und England der Vertrag von 1890 abgeschlossen, durch den Helgoland an das Deutsche Reich kam und die Abgrenzung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika geregelt wurde. Vom ersten Augenblick an wurde dieser Vertrag in Deutschland außerordentlich verschieden beurteilt. Es ist darum recht verdienstlich, daß Sell nach ausführlicher Erörterung des Vertragsinhaltes die Stimmen der öffentlichen Meinung jener Zeit gesammelt und das gesamte Für und Wider in den Rahmen des damaligen deutschen Parteilebens eingeordnet hat. Die in jener Zeit auftauchenden Fragen verdienen es tatsächlich, der Vergangenheit entrissen zu werden, denn der Vertrag kennzeichnet den Beginn der nachbismarckschen Ära, den Anfang der zwischen Krieg und Frieden hin und herpendelnden Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England. — Seine eigene Meinung faßt Sell zum Schluß in dem folgenden Satz zusammen: „Das deutsch-englische Abkommen von 1890 über Helgoland und Afrika war für das Deutsche Reich ein objektiv vorteilhafter Vertrag mit in ihrem Werte zweifelhaften politischen Folgen und Auswirkungen“.

Hans Spethmann: Der englische Bergarbeiterstreik und das britische Kohlenproblem. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1926. 32 Seiten.

Nur 32 Druckseiten umfaßt der Text des Vortrages, den Spethmann im September 1926

Unternehmen! Jede deutsche Schule, möglichst sogar jede deutsche Familie sollte diese unvergleichliche Bücherfolge besitzen, in der alle Länder der Erde in systematisch ausgewählten, überaus prächtigen und technisch glänzend wiedergegebenen Photographien vorgeführt werden.

Karl Gröber hat sich mit der Sammlung des geeigneten Bildmaterials über Palästina, Arabien und Syrien ein großes Verdienst erworben. Aus der reichen Zahl der charakteristischen Aufnahmen einige herauszugreifen und hier zu nennen, wäre ungerecht. Selbstverständlich steht das Heilige Land im Vordergrund, aber auch die weniger leicht zugänglichen Gebiete von Syrien und Arabien sind mit einer Fülle musterhafter Aufnahmen vertreten. Der Kunsthistoriker, der Architekt und nicht am wenigsten der Geograph, sie alle werden bei der Beschäftigung mit diesen Gebieten den neuen Prachtband von *Orbis Terrarum* einfach nicht entbehren können. Von ganzem Herzen beglückwünschen wir den Verlag zu diesem neuen Baustein seiner unübertrefflichen Bild-Kosmographie.

Otto Müller: *Rings um den Tschertscher. Wanderfahrten in Abessinien.* Selbstverlag des Verfassers, Hannover 1926. 188 Seiten mit vielen Textzeichnungen und Photographien.

Im Winter 1925/26 fuhr der rührige Direktor und Neuschöpfer des Zoologischen Gartens in Hannover nach Abessinien, um für die weltberühmte Tierhandelsfirma L. Ruhe, Alfeld (Leine), eine Truppe Somalis anzuwerben und die Tierwelt des abessinischen Hochlandes zu studieren. In anspruchloser Form erzählt Müller im vorliegenden Büchlein von seinen Fahrten und Abenteuern. Natur und Menschheit des letzten unabhängigen Staates auf dem Boden des Kolonial-Kontinents werden mit einer Anschaulichkeit geschildert, die dem Leser das Büchlein schnell lieb werden läßt. Einen so scharfblickenden Beobachter wie Müller konnten natürlich auch die geopolitischen Probleme nicht

entgehen. Hier und dort kommt er auf das stille, zähe Ringen zwischen Frankreich, England und Italien in Abessinien zu sprechen, prächtig weiß er die Eigenart der Hauptstadt Addis-Abeba zu malen, mit berechtigtem Stolz hebt er die Bedeutung eines deutschen Hauses wie Hall & Co. hervor.

Die moderne Abessinien-Literatur ist nicht sonderlich reich. Müllers Schrift will nicht den Anspruch einer tiefgründigen wissenschaftlichen Abhandlung erheben; der Verfasser darf sich jedoch rühmen, uns dieses rätselvolle Land in seiner ganzen Gegenwartsproblematik ungemein nahegebracht zu haben.

Marc. R. Breyne: *Südafrika die Zukunft.* Morawe & Scheffelt Verlag G. m. b. H., Berlin-Hamburg-Leipzig 1926. VIII und 241 Seiten mit 40 Kunstdrucktafeln und einer Karte.

Der Lehrer für Niederländisch und Afrikaans am Orientalischen Seminar der Universität Berlin hat auf einer kurzen, aber sehr gründlich vorbereiteten und von allen in Frage kommenden Regierungsstellen tatkräftig geförderten Studienreise das Gebiet der Südafrikanischen Union bereist und seine Eindrücke im vorliegenden Buche niedergelegt. Das Werk ist dem Premierminister des Südafrikanischen Bundes, General Hertzog, gewidmet, dessen Bild die Titelseite einrahmt.

Welcher Art die Eindrücke Breynes waren, erhellt aus dem kühnen Motto

Europa: die Vergangenheit,

Amerika: die Gegenwart,

Afrika: die Zukunft!

Das glänzend ausgestattete Buch atmet gewiß stark den Stolz des Stammesverwandten, der Blut von seinem Blut einen gigantischen Aufschwung erleben sieht; aber trotzdem ist die Schrift eine der wichtigsten Neuerscheinungen der Südafrika-Literatur. Das deutsche Volk soll Breyne dankbar dafür sein, daß er es mit so beredten Worten wieder auf Südafrika hinwies, wo deutschem Unternehmungsgeist zweifellos

noch ein weites Betätigungsfeld offen steht. In einer Zeit, wo uns außen- und innerpolitische Nöte den Blick in die große Welt oftmals stark trüben, tut es gut, zu erfahren, mit welchen Riesenschritten die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in anderen Erdteilen vorwärtsgeht.

Geopolitisch bedeutsam ist namentlich der zweite Hauptteil „Südafrikas Kulturfaktoren und Hauptprobleme“. Wir empfehlen eine gründliche Durchdenkung vor allem der Abschnitte, die das Inderproblem und das Problem der schwarzen Rasse behandeln.

Das Buch von Breyne stellt gewiß nicht das letzte Wort über Südafrika und die Zukunft der Südafrikanischen Union dar. Eine Ergänzung nach der wirtschaftsgeographischen Seite wäre dringend zu wünschen. Aber nur ein Narr gibt mehr, als er hat, und Breyne ist im Grunde Philologe. Um so erstaunlicher ist der Fleiß die Gewissenhaftigkeit und der Weitblick, mit dem er von allen Seiten Material zusammengetragen hat, um das Bild des südafrikanischen Staatenbundes abzurunden. Wenn sich, was wir dringend hoffen, in nächster Zeit die Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika wieder herzlicher und inniger gestalten, so darf sich Breyne gewißlich rühmen, durch sein Buch nicht unwesentlich dazu beigetragen zu haben.

E. Obst.

A. M. Hassanein Bey: Rätsel der Wüste. Leipzig 1926. F. A. Brockhaus. 319 Seiten, 46 Abbildungen, 1 Karte. M. 9,50.

A. Radclyffe Dugmore: Frieden im Sudan. Leipzig 1926. F. A. Brockhaus. 285 Seiten, 46 Abbildungen, 2 Karten. Leinen M. 9,50.

Zwei grundverschiedene Ergebnisse seiner rastlos spürenden Übersetzungstätigkeit — die dem weiteren Rahmen des Nillandes gelten — legt der rührige Leipziger Verlag fast gleichzeitig vor, die zu geopolitischen Vergleichen geradezu herausfordern. Hassanein Bey steckt sich sein Ziel: Auffindung zweier verschollener Oasen und Korrektur der Wüstenkarte auf der Strecke von der Cyrenaika über Kufra—Arkenu—Uenat—

Erdi—Furuia streng wissenschaftlich; er prüft es mit allem wissenschaftlichen Arbeits- und Reisegerät Westeuropas nach, kann es aber nur mit der Karawane, mit primitiven, dem Islam jener Landschaften der Senussi gemäßen Reismitteln erreichen. Er bedarf dabei einer Anpassungsgabe, zu der nur das Zusammentreffen nahöstlicher religiöser Einstellung und Erziehung mit westlicher Schulung den Ägypter befähigt, der sein Ziel auch rühmlich und mit vollem Verständnis für den innern Zusammenhang des Erkämpften erreicht.

Im schroffen Gegensatz zu dieser einheimischen Reiseart und ihren dauernd wertvollen Ergebnissen durchfliegt A. Radclyffe Dugmore auf seiner Jagd mit der Filmkamera weit größere Strecken, fast den ganzen Bereich des Sudan, von dem er gewiß einzelne ethnographisch wertvolle, weil baldigem Untergang geweihte Zeugnisse von Einzelaufnahmen, Filmen, Tänzen, Tierwelteindrücken mitbringt. Aber im Grunde ist es eben doch, trotz mancher Strapazen, nur die oberflächlich haftende, am Wesentlichen vorbeigleitende Auffassung des Globetrotters. Der Eigenart des Sudan gegenüber betont er auf Schritt und Tritt mehr die eigene Wesen-fremde zu dessen innersten Problemen als ein zu gewinnendes Verhältnis; bei aller mechanischen Zivilisationsleistung, die dieser „Friede“ dem Sudan gebracht hat, begreift man, daß der Sudanese, nach den eigenen Wünschen befragt, vielleicht auf die technische Durchdringung und Ausbeutung zugunsten seiner wilden Halbkulturfreiheit von einst verzichten würde. Man versteht, warum — trotz aller Dankbarkeit des Ägypters Hassanein Bey für eine goldene Medaille der Roy. Soc., und die Förderung durch die fremden Kolonialbehörden — ein Rest zwischen beiden Büchern bleibt, der nicht aufgeht, der vorläufig die gewinnbringende Zugehörigkeit des Baumwollgebiets am Nil zum britischen Reich gewiß nicht gefährdet, aus dem aber früher oder später der Wunsch, sein eigener Herr auf seinem eigenen Boden zu sein,

emporspricht, wie in Indien, wie überall gegen Herren wesensfremder Erde.

Hermann Norden: Auf neuen Pfaden im Kongo. Leipzig 1926. F. A. Brockhaus. 54 Abbildungen, 2 Karten.

Ein flott geschriebenes Globetrotterbuch mehr! Wäre der Aufwand dem gleichen Arbeitsernst zugute gekommen wie bei Hassanein Bey, so hätte die vom Verfasser mit Recht gerügte Rückständigkeit des Kartenwerks im Kongobereich wenigstens an den Stellen, wo er selbst unter ihr litt, durch Ausfüllung weißer Flecken behoben werden können. Bei Nordens Betrachtungsweise muß der ethnologische und politisch-geographische Wertgehalt eines unbekümmerten, von Verschleierungsrücksichten freien amerikanischen Beobachtungsergebnisses im Kongostaat etwas mühsam aus novellistischen Zutaten herausgeschält werden. Nimmt man sich aber die Mühe, so sieht man hinter Potemkinsche Dörfer einer der schlimmsten Ausbeutungskolonien; man erkennt, wie viel größer der sittliche Ernst wirklichen Erziehungswillens gegenüber den Naturvölkern, für die man Verantwortung trug, in dem früher deutschen Mandatsgebietsanteil am Kiwu-See und Tanganyika war, als in der Fäulnis vor der Reife,

die so kennzeichnend für viele Eindrücke des Amerikaners in dem nun konkurrenzlosen Walten belgo-französischer Zivilisation in Zentralafrika ist. Weit mehr die Einblicke in die Seelenstimmung und Kolonialstruktur des Kongostaats durch den Amerikaner, als seine Naturbeobachtungen und Erlebnisse mit dem bodenwüchsigen und bodenständigen Element sind das Fesselnde an Nordens Reisebuch.

So bedeuten die drei jüngsten Erscheinungen des Brockhausverlags über Afrika eine geologisch überaus interessante Abstufung, und die Vergleichsmöglichkeit der Auffassung verwandter Erscheinungen in der jüngsten Entwicklung des Erdteils durch den rassenmäßig und erdhafte nahestehenden Egyptianer, den an der Aufrechterhaltung des fremden Herrentums interessierten Briten im Sudan, und den seelisch nicht unmittelbar beteiligten Amerikaner gegenüber der Romanen- und Wallonenwirtschaft am Kongo und dem Ausbeutertum in Katanga: Einblick in drei Arten schwerster Zukunftsverantwortungen, an denen Deutschland nicht mehr beteiligt ist und deren zwangsläufiges Schicksal es sorgfältig prüfen muß, ehe es sich wieder mit Verantwortungen dafür beladen läßt.

K. Haushofer.



NAMEN- UND SACHVERZEICHNIS

FÜR DEN III. JAHRGANG 1926
DER ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

■
ist fertiggestellt und wird
Beziehern des Jahrganges
auf Wunsch kostenlos zu-
gesandt.

■
KURT VOWINCKEL VERLAG

Tägliche Rundschau

Unabhängige nationale Tageszeitung mit 12 Beilagen:

Bilderbeilagen: Bild zum Text, Tag u. Technik.
Unterhaltungsbeilage, Literarische Rundschau
Wissenschaft u. Hochschule, Wirtschaft u. Börse
Ehe und Familie, Deutscher Sport und deutsche
Jugend, Großdeutschland, Dienst am Volk
Rino und Kultur, Kette und Bäder-Rundschau

Es genügt nicht, sich über die politischen Strömungen
der Gegenwart zu informieren. Die Förderung der
Presse, die dem deutschen Ansehen im Auslande dient,
ist wirtschaftliche und politische Pflicht.

Probenummer gratis durch den Verlag:
BERLIN W57, BÜLOWSTR. 66

„Man braucht nur eine Landkarte in die Hand zu nehmen, um sich zu überzeugen, daß die natürlichen Grenzen Frankreichs bis zum Rhein reichen, dessen Lauf ausdrücklich gemacht zu sein scheint, um Frankreich von Deutschland zu trennen, um die Grenzen dieser Länder festzulegen und zu bestimmen, wo ihre Herrschaft aufhört“

FRIEDRICH DER GROSSE

Histoire de mon temps

Wenn der große Friedrich eine wissenschaftlich so falsche, geographisch, historisch, kulturell und wirtschaftlich so unhaltbare Ansicht äußert, — gibt es einen treffenderen Beleg, daß der geopolitische Sinn uns Deutschen von jeher gefehlt hat? Daß jeder, der dazu berufen ist, die Aufgabe hat, das Verständnis für unsere Lebensnotwendigkeiten zu wecken und zu verbreiten? / Den Rhein in seiner Gesamtheit, das ewige Problem Europas, erfaßt in seiner kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Einheit mit Deutschland, in solch weitem Ueberblick erstmalig

PAUL WENTZCKE

*von dem sechsten in zweiter
Auflage erscheint*

RHEIN UND REICH

EINE GEOPOLITISCHE BETRACHTUNG DER
DEUTSCHEN SCHICKSALS-GEMEINSCHAFT

origfältig

*Ein starker, schön und einzugestatteter,
mit 15 Karten und 6 graph. Zeit-
tafel erläuterte gebundene*

LEINENBAND
REICHSMARK 8.—

K U R T V O W I N C K E L V E R L A G

Ab 1. April 1927 erscheint in meinem Verlag die

EUROPÄISCHE REVUE

HERAUSGEGEBEN VON
PRINZ KARL ANTON ROHAN



Monatlich ein Heft von etwa 80 Seiten
Einzelheft M. 2.—, Vierteljahr M. 6.—

Die Europäische Revue dient Europa — dem Willen zu europäischer Verständigung in Geist, Wirtschaft und Politik unter freudiger Bejahung der nationalen Eigenart. Die besten Köpfe Europas sind ihre Mitarbeiter. Ohne die Vorbelastung einer starren Ideologie, ohne Schlagworte und ohne Massenbewegung strebt sie ein Kennenlernen und eine langsame Annäherung der führenden Persönlichkeiten in Wirtschaft, Politik, Literatur an.

AUS DEM MITARBEITERSTAB:

EUROPAPROBLEM / WIRTSCHAFT / POLITIK

<i>Deutschland</i>	<i>Frankreich</i>	<i>Italien</i>	<i>England</i>	<i>Andere Länder</i>
<i>G. Stresemann</i>	<i>Joseph Caillaux</i>	<i>F. Nitti</i>	<i>Delisle Burns</i>	<i>E. Benes</i>
<i>Willy Hellpach</i>	<i>J. Paul-Boncour</i>	<i>Benedetto Croce</i>	<i>H. A. L. Fisher</i>	<i>Ignaz Seipel</i>
<i>Otto Hoetzsch</i>	<i>Emile Borel</i>	<i>Emilio Bodrero</i>	<i>John H. Harris</i>	<i>Nik. Berdjajew</i>
<i>August Müller</i>	<i>Alfred Fabre-Luce</i>	<i>F. Coppola</i>	<i>Harold J. Laski</i>	<i>Kamil Krofta</i>
<i>Alfred Weber</i>	<i>Paul Langevin</i>	<i>G. Ferrero</i>	<i>Arthur Ponsonby</i>	<i>E. Vandervelde</i>
<i>Leopold Ziegler</i>	<i>Lucien Romier</i>	<i>Luigi Valli</i>	<i>E. L. Spears</i>	<i>Dmitri Mereschkowski</i>

KULTUR / KUNST / LITERATUR

Rudolf G. Binding / Poul Bjerre / Charles Du Bos / Carel Capek / Ernst Robert Curtius / John Drinkwater / Georges Duhamel / Kasimir Edschmid / Victor Eftimiu / André Germain / André Gide Maxim Gorki / Wilhelm Hausenstein / Franz Hellens / Hugo v. Hofmannsthal / Panait Istrati Rudolf Kaßner / Graf Hermann Keyserling / Annette Kolb / Eduard Korrodi / Henri Lichtenberger Ernst Lissauer / Thomas Mann / Julius Meyer-Graefe / Comtesse Anna de Noailles / Luigi Pirandello Erich Przywara / Rainer Maria Rilke / Jules Romains / Rosso di San Secondo / Anna Maria Tilschová / Paul Valéry / Charles Vildrac / Richard Wilhelm / Stefan Zweig.

KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN-GRUNEWALD

Deutschlands Politik

NEUERSCHEINUNG!

Unter Mitwirkung von: *Allekotte / Andre / Blum / Brauns / Brüning
Dessauer / Ersing / Esser / Gerig / v. Guérard / Gross / Imbusch
Joos / Kaas / Krone / Lammers / Schetter / Schulte / Stegerwald / Teusch
Tremmel / Ulitzka / Weber / Wegmann* bearbeitet und herausgegeben von

Universitätsprofessor Dr. Georg Schreiber

M. d. R., Münster i. W.

Politisches Jahrbuch 1926

Politik des Deutschen Reiches.

Mit einem Anhang: Bücherkunde der Bayrischen
Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei

8° (640) Geb. in Ganzleinen RM. 7.50, broschiert RM. 6.50

Als umfangreichster Beitrag tritt die über 60 Seiten starke Brüningsche Abhandlung über die Steuerpolitik des letzten Jahres hervor; danach die Abhandlung über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürsten, die $2\frac{1}{2}$ Druckbogen umfaßt; die Darstellung Prof. Schreibers über die Innenpolitik des Reiches und die Kulturpolitik, die zusammen nahezu 5 Bogen ausmachen; Kaas stellt die Außenpolitik des Reiches auf 35 Seiten dar. Etwa in verhältnismäßig gleicher Ausführlichkeit sind gewürdigt: Reichsetat und Reichsfinanzen; die deutsche Wirtschaftspolitik in ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft; die Erwerbslosenfürsorge; das neue Reichsknappschaftsgesetz. Im ganzen enthält der neue Band 33 selbständige Beiträge, dazu einen Anhang Bücherkunde aus der Bayrischen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei, nachdem der erste Jahrgang die Bücherkunde der Zentrumsparlei als Anhang aufgewiesen hat. Das Buch ist nicht bloß eine politische Berichterstattung, sondern eine nahezu lückenlose Geschichtsschreibung der gesamten Politik des Reiches bis in das Bildungswesen der politischen Parteien, das politische Bild der deutschen Jugendbewegung und die Sinnesart unserer heutigen Jugend hinein. Ein Buch, das ebenso bleibenden Wert für den politisch Interessierten hat, wie es auch unentbehrliches Handwerkszeug für den aktuellen Politiker und Staatsmann ist. So reiht sich der zweite Band würdig dem ersten von 1925 an, der, wie Schreiber im Vorwort betonen darf, Schule gemacht hat.

Preis der beiden Jahrbücher zusammen,
wenn bestellt bis Anfang Mai, RM. 10.00

VOLKSVEREINS-VERLAG, M. GLADBACH

Deutschlands Schicksal

J. RAMSAY MAC DONALD:
DER FASCHISMUS UND DER FRIEDEN EUROPAS
Wohin treibt Mussolini?

Die italienische Faschistenbewegung gelangte zur Macht und gewann an Ausdehnung, weil die italienische sozialistische Partei sich weigerte das zu tun, was die britische Arbeiterpartei längst getan hat, nämlich sich endgültig von dem Kommunismus loszusagen. Die Bewegung erklärt sich ferner aus der Schwäche des italienischen parlamentarischen Systems. Zeiten der Gährung und Unruhe bekommen keinem Volke von stark ausgeprägtem nationalen Charakter, wenn sie lange genug anhalten und es besteht dann stets die Gefahr, daß der unhaltbar werdende Zustand durch eine militärische oder politische Diktatur, die zeitweilig der Mittelpunkt des nationalen Selbstbewußtseins wird, beseitigt wird. Solche Diktaturperioden bringen den nationalen Geist zum Erwachen, sie rufen nach nationaler Hilfe und erhalten sie. Unter dem Einfluß von Diktatoren leben Staat und Wirtschaft nach außen hin neu auf und der oberflächliche Beobachter — besonders der Reisende — sieht plötzlich neue Energien emporschießen, aber er sieht nicht, was in den unterirdischen Gefängnissen vor sich geht, und er verkennt meist völlig die gefährlichen Folgen, die jede Diktatur unvermeidlich für den Weltfrieden mit sich bringen muß. Mord, Unterdrückung und Gewalt erscheinen in anziehenden Gewändern. In diesem Punkte wiederholt sich die Geschichte, weil sie nichts anderes tun kann. Wenn ein Land isoliert werden könnte, so würden diese Vorgänge seine eigene Sache sein. Leider läßt sich solch ein Land nicht isolieren. Es muß „Weltpolitik“ treiben; es muß im Sonnenglanz stehen.

Die verächtliche Haltung Mussolinis dem Völkerbunde gegenüber ist wohlbekannt, denn er hat seine Meinung in dieser Richtung oft genug ausgesprochen. Seine auswärtige Politik führt er ganz im Geiste des Imperialismus und er denkt weder an die Vorschriften des Völkerbundes noch an dessen Organisation, wenn er seine Augen auf den Balkan, auf Kleinasien und auf Tunis gerichtet hält. Er würde morgen einen Krieg mit irgend einem seiner Nachbarn beginnen, wenn das in seine Ziele paßte, und er würde über das Urteil der Welt nur mit dem Finger schnippen. Augenblicklich verfolgt er zwei Richtungen in der Politik, die beide gefährlich sind. Mit den schwächeren Nachbarn, Albanien und Jugoslawien, spielt er und macht plötzliche Angriffsversuche, schickt Ultimata, rasselt mit dem Schwerte und letzten Endes zieht er sich doch wieder zurück. Die Verhältnisse kehren aber nicht wieder in ihr altes Geleise zurück. Sein Ultimatum an Albanien, das von Baron Aloise

gestellt wurde, war hier durchaus charakteristisch. Der Vertrag mit Albanien, der darauf folgte und der wie eine Anticlimax nach dem Niederfall seines Gesandten wirkte, hatte trotzdem den Rücktritt des jugoslawischen Kabinetts zur Folge und gab der Überzeugung Nahrung, daß die Balkanstaaten im Schatten eines Geierflügels leben. Solange die gegenwärtige Einstellung der imperialistischen Diktatur in Italien andauert, können wir nicht hoffen, daß das Gefühl einer ruhigen Sicherheit in den Balkanstaaten aufkommt. Und die Folge dieser Politik: Allianzen unter den Balkanvölkern und große Unruhe unter ihnen, obwohl gegenwärtig Europa bei dem Gedanken eines neuen Krieges erschauert und obwohl der Balkan zu stark verarmt ist, um sich in einen Krieg einzulassen. Das alles bildet natürlich eine ernste Gefahr für den Frieden Europas.

Dieses Gefahrmoment wird durch die vielen Verträge, die Italien mit anderen Staaten getroffen hat — Albanien, Tschechoslowakei, Polen, Österreich, Rumänien usw. — eher verstärkt als vermindert. Einige dieser Verträge sind rein politisch, andere militärisch, andere sind wieder Handelsverträge. Viele haben zweifellos geheime Klauseln und Abmachungen. Der Zweck dieser Verträge war und ist meist der: neue Federn auf den italienischen Helm zu setzen und seinem Schilde neuen Glanz zu geben. Ein geistvoller Schriftsteller hat einmal gesagt: „Verträge sind niedliche Spielzeuge“. Das trifft durchaus auf die italienischen Verträge zu. Ein englisches Sprichwort lautet: „An onion a day keeps the doctor away“, heute sagt man in Rom: „A treaty a day keeps the doctor away“. All diese Verträge werden oftmals durch das Auflassen von Versuchsballons in der Presse eingeleitet, um Stärke und Richtung des Windes festzustellen. Dann wartet man die Wirkung auf die Auslandsmeinung ab. Auf diese Weise wird eine angriffslustige Eitelkeit großgezogen und gestärkt. Vielleicht der wichtigste aller Coups war das englisch-italienische Abkommen Abessinien betreffend, das — was auch immer Gegenteiliges gesagt werden mag — eine ernste Gefahr für dieses Land darstellt.

Gleichzeitig ist auch die Lage in Italien äußerst drängend. Man muß nach einem Ausweg suchen, um die Bevölkerung, die in starkem Maße anwächst, abzuleiten. Italiens Augen richten sich natürlich zunächst nach den Gestaden des Mittelmeers, nach Nordafrika. Tunis wurde durch französisches Kapital und italienische Arbeit entwickelt. Kleinasien lenkt seine Blicke auf sich. Die Notwendigkeiten des italienischen Volkes unter seiner imperialistischen Diktatur werden natürlich auf dem bekannten Wege der Invasion und Annektierung befriedigt werden. Mit diesem Ziel im Auge studiert sie die Weltpolitik und sucht nach jeder Gelegenheit, die eine nicht aufmerksame Diplomatie anderer Nationen bietet, um dann mit diesen Nationen für eine freie Hand zu schachern und so für sich eine wohlwollende Haltung solcher Nationen zu ergattern. Wenn diese Bestrebungen über einen gewissen Punkt hinaus verfolgt werden,

wie dies zweifellos der Fall sein wird, so können die Völker nicht ruhig bleiben. Dann werden wieder einmal die Balkanstaaten die Akteure auf der europäischen Bühne sein. Aber die Drahtzieher und die Spielleiter werden im Hintergrund bleiben.

Das alles ist natürlich sehr gefährliche Diplomatie, eine Diplomatie, die in ihrem Kern friedensfeindlich ist. Sie kann durch ein energisches und ehrgeizig geführtes Foreign Office sehr weit getrieben werden, solange andere Auswärtige Ämter bereit sind, einen guten Preis zu zahlen, um aus dem ganzen Gefahrenkomplex herauszukommen. Eine solche energische auswärtige Politik erzielt billige Siege, berauscht sich an seinen eigenen Erfolgen, aber kein weitschauender Politiker kann verfehlen, die Gefahr einer solchen Politik für den Frieden Europas und der Welt zu sehen.

DON JOSE CALVO SOTELO:

DIE ZUKUNFT DER SPANISCHEN WIRTSCHAFT

Der bedeutungsvollste Schritt der spanischen Regierung in den letzten Jahren war zweifellos die Konvertierung der schwebenden Schuld. Diese Konvertierung war ein großer Erfolg — weit bedeutender als wir anzunehmen gewagt hatten. Diese schwebende Schuld betrug etwa 5,20 Millionen Peseten, von denen 1,10 Millionen Peseten Anfang Februar dieses Jahres fällig wurden. Der Rest wird in verschiedenen Raten im Verlauf der Jahre 1928/1931 fällig. Die Regierung befaßte sich zunächst mit der Aufbringung der oben genannten fällig werdenden 1,10 Millionen Peseten, doch stellte sich sehr bald heraus, daß die Inhaber der Staatsbonds, die erst in späteren Jahren fällig wurden, diese gleichfalls für die Konvertierung einreichen wollten und zwar in einem Betrage, der über 90 % der Gesamtsumme ausmachte. Der Gesamtbetrag der beantragten Konvertierungen betrug über 4,80 Millionen Peseten, während für tatsächliche Rückzahlungen nur Anträge in der unbedeutenden Höhe von 18000 Peseten eingebracht werden. Dies ist wohl einer der besten Beweise für das unerschütterliche Vertrauen des Landes in seine Regierung und in den Staat.

Die Finanzoperation stand unter dem besonderen Zeichen, daß keine neue Anleihe gefordert wurde. In der Regel erregen nämlich derartige Konvertierungen ebenso sehr das Interesse von investierungslustigen Kapitalisten, wie dasjenige der Inhaber der fällig werdenden Papiere. Infolge dieses Umstandes erhält das Schatzamt oft wichtige Unterstützung in der Durchführung seiner Finanzoperationen. Zum ersten Mal in seiner Geschichte begnügte sich das spanische Schatzamt aber damit, eine reine Konvertierungsoperation durch-

zuführen, ohne zu gleicher Zeit neue Kapitalien anzufordern, da es der festen Überzeugung war, daß der Patriotismus und das Vertrauen des Volkes eine Neuaufnahme von Kapitalien unnötig machen würde. Es hatte ferner das beruhigende Bewußtsein, daß genügend greifbare Mittel in der Staatsbank vorhanden wären, um alle etwaigen Anträge für Barauszahlungen, falls notwendig, in vollem Umfange befriedigen zu können. Diese Annahme hat sich als vollkommen begründet erwiesen, und wir haben nach dem wirklich über alle Maßen erstaunlichen Ergebnis alles Recht, auf den Erfolg stolz zu sein.

Eine Neuausgabe von Anleihen in der nächsten Zeit wird — hoffe ich — nicht notwendig sein. Das gegenwärtige Budget zeigt ein so günstiges Bild, daß wir der Notwendigkeit überhoben sind, die schwebende Schuld des Landes zu vergrößern. Diese selbst macht also dem Schatzamt keinerlei Sorgen. Die Steuereingänge steigen dauernd um ungefähr 150 Millionen Peseten im Jahre. Die militärischen Ausgaben in Marokko sind dank des Zusammenbruches Abd el Krim's in erheblichem Maße zurückgegangen. Die Reorganisation des Kriegsministeriums, die energisch betrieben wird, dient gleichfalls dem Ziele, dem Lande Ersparnisse zu bringen. Unser Geldumlauf ist bis zu 60 % mit Gold gedeckt, ein Prozentsatz, der mit zu den höchsten der Welt gehört. Die Depots des Schatzamtes auf der Staatsbank belaufen sich auf etwa 600 Millionen Peseten. Hiervon bestehen 120 Millionen Peseten aus Gold und stellen so eine Reserve dar, die notfalls dafür gebraucht werden kann, der Spekulation gegen den Peseta entgegenzutreten. Bezüglich der auswärtigen Schuld, die noch von dem letzten Jahrhundert her datiert, brauchen wir uns keine Sorgen zu machen, denn diese beträgt nur etwa 75 Millionen Peseten. Wir sind aus all diesen Gründen glücklich genug, für unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse das nötige Geld zur Hand zu haben. Wir konnten daher, obwohl uns von den englischen und amerikanischen Kapitalisten Geld angeboten worden ist, solche Anerbieten stets dankend ablehnen. Die jährlichen Neuemissionen belaufen sich auf etwa 1,70 Millionen Peseten, doch da die Anleihen für die schwebende Schuld, wie erwähnt, nicht weiter benötigt werden, so bleiben erheblich größere Summen für die Finanzierung unserer eigenen Wirtschaft übrig als früher.

Man hat im Auslande vielfach darauf hingewiesen, daß trotz dieses überaus günstigen Bildes seiner Finanzwirtschaft Spanien gewisse Sorgen haben müsse, da sein Außenhandel in seiner sehr starken Passivität eine große Gefahr für die Stabilität der Wirtschaft bedeute. Dies ist zwar richtig, doch nur bis zu einem gewissen Grade. Unsere Handelsbilanz ist passiv, aber das Defizit geht von Jahr zu Jahr zurück, wie dies aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist. (In Millionen Peseten).

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
Erste 9 Monate: 1924	2,198	1,320	876
1925	1,705	1,164	541
1926	1,656	1,180	476

Wie aus der Aufstellung ersichtlich ist, verringert sich unsere Einfuhr dauernd, während die Ausfuhr in den ersten 9 Monaten 1926 dem gleichen Zeitraum des Jahres 1925 gegenüber einen kleinen Aufschwung zeigt. Spaniens Wirtschaft steht in dem Zeichen lebhafter Tätigkeit und großzügige Maßnahmen für ihre Hebung, insbesondere durch Bau von neuen Straßen, Eisenbahnen, Häfen und durch die Fruchtbarmachung von Ödland sind ständig in der Durchführung begriffen. Das Land befindet sich im Zustande einer durchgehenden wirtschaftlichen Umformung, und ein großer Teil seiner natürlichen Bodenschätze, der bisher nicht ausgenutzt wurde, wird bald erschlossen werden. Dann wird die spanische Wirtschaft beinahe in der Lage sein, sich als autark zu fühlen. Wir beabsichtigen z. B. den Anbau von Baumwolle zu pflegen und die Tabak- und Seidenkultur zu heben. Unsere Metall verarbeitenden Industrien sind in dauerndem Aufstieg begriffen; wir stellen jetzt schon z. B. Autos in großen Massen her.

Man macht Spanien oft den Vorwurf, daß es einen zu hohen Zolltarif eingeführt habe. Ich möchte diesen Vorwurf zurückweisen. Ich behaupte, wenn man unseren Tarif mit anderen vergleicht, so wird man finden, daß Spaniens Zolltarif für eine Anzahl von Artikeln niedriger als derjenige anderer Länder ist. Im übrigen glaube ich darauf hinweisen zu dürfen, daß Spanien infolge der Entwertung vieler europäischer Valuten vielfach der Ablageplatz für billige ausländische Waren wurde und daß durch dieses Vorgehen unsere nationalen Industrien stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Eine solche Gefährdung dürfen wir in Zukunft nicht erlauben.

Die Frage, ob wir zum Goldstandard zurückkehren wollen, muß ich entschieden verneinen. Glücklicherweise ist die Entwertung unseres Geldes nur gering, doch selbst wenn sie größer wäre, so würden wir nur mit um so größerer Vorsicht handeln, ohne daß wir unser Vorgehen und unsere Maßnahmen durch Überlegungen rein nationalen Charakters beeinflussen lassen würden. Wir ziehen die wirtschaftlichen Vorteile rein idealen Erwägungen vor. Wir glauben, daß die Entwertung des Peseta im Verhältnis zu derjenigen der reinen Goldwährung ungerecht ist. Sicherlich müßte die Währung eines wirtschaftlich gesunden Landes wie des unserigen, das sich rasch der vollen Stabilität seines Budgets nähert und das so große natürliche Bodenschätze sein eigen nennt, zu den höchstnotierten Währungen der Welt rechnen. Zum Glück hat sich unsere Valuta in den letzten Monaten stark gebessert. Dieser Fortschritt wird wohl weiterhin anhalten. In der Valutafrage ver-

folgen wir eine kluge, weitsichtige und energische Politik. Wir wünschen zu starke Schwankungen zu vermeiden, die unserer wirtschaftlichen Position nur abträglich sein können. Wir wünschen auch keine zu starke Hausse unserer Valuta, doch wird uns eine Spekulation à la Baisse ungewöhnlich gerüstet finden. Unsere Goldreserven sind groß genug, um jede Spekulation ohne Zuhilfenahme ausländischer Kredite zu zerstören.

Bezüglich unserer künftigen Finanzpolitik streben wir eine Intensivierung der Steuerpolitik und eine Verbesserung unserer inneren Verwaltung an. Der Plan, der mir am meisten am Herzen liegt, ist der Ersatz der gegenwärtigen verschiedenen direkten Steuern durch die Einführung einer einzigen Einkommensteuer. Mir schwebt hierbei besonders das klassische Beispiel der englischen Einkommensteuer vor. Diese Steuer würde meiner Meinung nach Spaniens Steuersystem im Sinne fiskalischer Gerechtigkeit und demokratischer Veranlagung wesentlich verbessern.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Die diesjährige Märztagung des Völkerbundes erhielt ihr besonderes Gepräge dadurch, daß zum erstenmal das Präsidium in deutschen Händen lag und zudem wichtige deutsche Grenzlandsprobleme erörtert wurden. Da es nicht Aufgabe dieser Zeitschrift ist, vom Standpunkt irgend einer innerpolitischen Einstellung aus die Beratungen und Beschlüsse von Genf zu beurteilen, so begnügen wir uns mit der Feststellung, daß die öffentliche Meinung bei uns und im Ausland keineswegs einhellig ist. In Deutschland schwankt die Kritik zwischen Extremen wie diesen: „Vertreter des Deutschen Reiches haben an einem Diktat gegenüber Deutschland mitwirken dürfen“ und „Wir haben zwar nicht erreicht, was wir wollten, die Tagung als Ganzes aber bedeutet trotz der unleugbaren Konzessionen Deutschlands einen wesentlichen Schritt vorwärts auf der Bahn einer europäischen Verständigung“.

Sachlich werden für die Leser dieser Zeitschrift vor allem die Beschlüsse hinsichtlich des Saargebietes und Oberschlesiens von Interesse sein. Der Wunsch, einen Deutschen aus dem Saargebiet an der Spitze der Regierungskommission dieses „Völkerbund-Staates“ zu sehen, hat sich nicht erfüllt; ein Kanadier (!) wird weiterhin der saarländischen Entente-Kommission vorstehen. Unsere rechtlich klar begründete Forderung auf endliche Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet ist nur teilweise erfüllt worden; das reguläre französische Militär wird zwar in einigen Monaten verschwinden, dafür aber tritt der „Bahnschutz“ in Erscheinung, eine Truppe, deren Zusammensetzung und Kopfstärke nicht nach den Wünschen Stresemanns, sondern entsprechend den französischen Plänen geregelt wird. Diese französische Bahngarde in Stärke von 800 Mann soll allerdings nur in außerordentlichen, genau bestimmten Fällen eingesetzt werden. Immerhin, die Verletzung des Versailler Vertrages, der für das Saargebiet lediglich Gendarmerie vorsieht, bleibt bestehen und ist durch den Völkerbund sanktioniert worden. — Wenn Stresemann trotz großer Bedenken diesem Kompromiß zugestimmt hat, so doch wohl in der Gewißheit, daß die Franzosen selbst das Spiel im Saargebiet endgültig als verloren ansehen. Sehr richtig bemerkt der „Manchester Guardian“: „Würde es nicht besser sein, wenn Frankreich die Tatsachen klar erkennen und eine Demütigung vermeiden würde, indem es freiwillig die Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland gutheißt, die die Volksabstimmung sonst ja doch unvermeidbar macht?“

Auch in dem oberschlesischen Schulstreit ist in Genf ein Ausweg gefunden worden, der die Schärfe des Konflikts ein wenig mildern kann. Bekanntlich verwalten wir uns energisch gegen die Schikanen und Quertreibungen, mit denen in Ost-Oberschlesien polnische Regierungsstellen die deutschen Minderheitschulen zu unterdrücken versuchen. Nun wird ein schweizerischer Schulinspektor nach Oberschlesien entsandt werden, um die Streitfrage an Ort und Stelle zu studieren und Vermittlungsvorschläge auszuarbeiten. Hoffen wir, daß § 131 des Genfer Abkommens über Oberschlesien unter allen Umständen erhalten bleibt und die Wahl der Schule (deutsche oder polnische) nach wie vor vom Willen der Er-

ziehungsberechtigten und von ihm allein abhängt. Wir verlangen in der Tat von den Polen keinerlei Entgegenkommen, sondern lediglich eine strikte Einhaltung der eindeutigen Vertragsbestimmungen.

Mitten in die scharfsinnigen Beratungen von Genf mit ihrem feilschenden Hin und Her platzte die Bombe der Ratifizierung des Bešarabien-Abkommens durch Italien. Zwar munkelte man schon lange davon, daß Italien auf englisches Drängen hin früher oder später die Ratifizierung vornehmen würde, der jetzige Termin aber kam sehr vielen höchst überraschend. Was trieb Mussolini zu diesem Entschluß? Die einen rücken das zweifellos sehr geschickte Ränke-spiel der englischen Diplomatie in den Vordergrund und sind der Meinung, daß englische Wünsche für Italien maßgebend sein mußten. Um den Anschein einer Isolierung Englands zu vermeiden, so argumentiert man hier und da, hat London gefordert, daß sich Italien wie in seiner Ostasien-Politik, so auch in seiner Balkan-Politik bedingungslos für ein inniges Zusammengehen mit England ausspricht. Die englisch-italienische entente cordiale ist gleichermaßen gegen Rußland wie gegen Frankreich gerichtet. Rußland soll spüren, daß die von London nach Moskau gerichtete Note überaus ernst gemeint war und England in seiner Abwehr gegen die Bolschewisten keineswegs allein steht. Frankreich zum anderen soll darüber belehrt werden, daß seine politische Expansion nach Osten nicht un-besehen hingenommen werden kann, sondern England bei der politischen Neugestaltung des nahen Osteuropa entscheidend mitzureden willens ist. — Wir zweifeln nicht daran, daß der unerwartete Schritt Mussolinis tatsächlich mit Wissen Englands und mindestens teilweise auf dessen Wunsch hin geschah. Aber auch den eigentlich italienischen Interessen glaubte der Führer des italienischen Staates zweifellos mit der Anerkennung Bešarabiens zu dienen. Rumänien ist nun endgültig für die italienische Politik gewonnen worden. Der Jubel in Bukarest kennt keine Grenzen, und bald wird sich in Bešarabien ein Mussolini-Denkmal erheben als Sinnbild der italienisch-rumänischen Freundschaft. Der französische Einfluß im Donaumündungs-Staat wird dadurch entschieden zurückgedrängt werden, und wichtiger noch als das: Italien hat in Rumänien den Bundesgenossen gefunden, der im Falle eines um Albanien ausbrechenden italienisch-südslawischen Konfliktes den Belgrader Staat in die Zange nehmen hilft. So kann Italien die erfolgreich begonnene *pénétration pacifique* des Balkan weiterführen; seinen Rücken deckt England, von Osten her winkt ihm die Bundesgenossenschaft Rumäniens. Wie sich im Zeichen dieser Koalition die Verhältnisse auf dem Balkan gestalten werden, ist schwer zu sagen. Die neusten Nachrichten lauten so beunruhigend, daß man ernstliche Auseinandersetzungen zwischen Italien und Jugoslawien befürchten muß. Es geht eben faktisch — und das fühlen alle Balkanstaaten sehr wohl — um weit mehr als um den entscheidenden Einfluß in Albanien.

Wie wir oben bereits andeuteten, bringt die englisch-italienische Verbrüderung auch Frankreich in eine schwierige Lage. Gewiß, Italien versichert immer wieder von neuem, daß es an Rüstungen gegen Frankreich in keiner Weise denke und daß es die bloße Erwägung der Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes wegen Nizza, Korsika usw. weit von sich weise. Schon gut, aber wie steht es mit Tunis? Könnte das englisch-italienische Zusammengehen nicht auch ohne Anwendung von Waffengewalt eines Tages dazu führen, daß Italien mit offener oder versteckter Unterstützung Englands das französische Tunis mit überwiegend italieni-

scher Fremdbevölkerung für sich begehrt? Wird die maritime Geltung Frankreichs im Mittelmeer durch das englisch-italienische Bündnis nicht sehr wesentlich in Mitleidenschaft gezogen? Sind England und Italien nicht starke Widersacher der französischen Politik in Nordost-Afrika (Abessinien) geworden? Gefahr und Beunruhigung, wohin man schaut! Wäre Deutschland in Frankreich weniger mißverstanden und verleumdet worden, so würde man hier vielleicht einen Bundesgenossen suchen. Aber die psychologischen Hemmungen gegen einen solchen Plan sind noch immer riesengroß. Man fürchtet das gänzlich entwaffnete Deutschland mit einer Ehrfurcht, die schmeichelhaft für uns wäre, würde man sie nicht als geradezu kindisch bezeichnen müssen. Millionen und Abermillionen von Goldfranken werden für den gigantischen Fortgürtel längs der gesamten französischen Ostgrenze ausgeworfen, das bloße Wort „Sicherung gegen einen deutschen Angriff“ bestimmt auch überzeugte Pazifisten in Frankreich, die von der Regierung geforderten Militärkredite zu bewilligen. Zu welch lächerlichen Abwegen führt doch die Menschen das schlechte Gewissen! — Gewiß muß man berücksichtigen, daß sich die politische Weltlage für Frankreich ganz allgemein verschlechtert hat. Eben deswegen wehren sich die französischen Staatsmänner mit Händen und Füßen gegen eine Herabsetzung der französischen Flottenstärke und lehnen die Beschickung der von Coolidge einberufenen Abrüstungskonferenz radikal ab; nicht einmal einen Beobachter will man entsenden aus Furcht davor, daß sonst doch irgendwie ein moralischer Druck auf Frankreich ausgeübt werden könnte. In einer Zeit, in der die allgemeine Abrüstung in feierlichen Verträgen programmatisch festgelegt worden ist, hält es Frankreich für angebracht, eine Militärreform durchzuführen, die faktisch eine ungeheuerliche Verstärkung der französischen Wehrmacht bedeutet. Das Heer soll künftighin nicht mehr ein Fremdkörper im Volke sein, sondern nur der Ausdruck der bewaffneten Nation, die im Ernstfall in ihrer Gesamtheit für militärischen und für wirtschaftlichen Vaterlandsdienst herangezogen werden wird. Die gesamte Dienstpflicht des französischen Bürgers stellt sich nach der Vorlage auf 28 Jahre, nämlich auf 1 Jahr aktive Dienstzeit, 3 Jahre Bereitschaft, 16 Jahre erste Reserve, 8 Jahre zweite Reserve. Um die Schlagkraft des Heeres bei nur einjähriger aktiver Dienstzeit nicht zu gefährden, ist folgende Vermehrung der Militärbestände vorgesehen:

- a) die Anzahl der Berufsmilitärs (die sich über die gesetzliche Zeit hinaus verpflichten) wird von 76 000 auf 105 000 erhöht;
- b) es werden 15 000 Militärbeamte und 14 000 Zivilbeamte und Handwerker neu eingestellt;
- c) zur Verstärkung der Gendarmerie wird eine Truppe mit besonderer Beweglichkeit geschaffen, die „Garde républicaine mobile“ (zusammen 15 000 Mann).

Der Effektivbestand der französischen Armee wird sich nach Durchführung der Reform von Painlevé belaufen auf 240 000 Mann der Heimarmee, 80 000 Mann der Kolonialarmee, 105 000 Berufsmilitärs, 15 000 Mann Gendarmerie, 15 000 Militärbeamte, 14 000 Zivilbeamte und Handwerker. Fürwahr eine stattliche Leistung im Zeitalter der allgemeinen Abrüstung!

Aber augenscheinlich genügt das alles noch immer nicht, um Frankreichs Zukunft zu sichern. Zwischen Paris und Moskau sind Beziehungen angeknüpft worden, die ganz und gar nicht gering eingeschätzt werden dürfen. Die in der Presse erörterten Verhandlungen zur Schuldenregelung zwischen Frankreich und Rußland erschöpfen den Inhalt der diplomatischen Fühlungnahme keineswegs. Man

darf mit einiger Sicherheit behaupten, daß hinter der Schuldenregelung und den Bemühungen Rußlands um eine große Anleihe Pläne stehen, die auf eine weitgehende politische Kooperation zwischen Frankreich und Rußland abzielen. Alte, einst in Paris so beliebte politische Konstruktionen feiern schüchtern ihre Wiederauferstehung: der Frankreich bedrohende Block England—Italien soll durch einen Block Frankreich—Rußland kompensiert werden. In Paris hat man gute Witterung und viel Erfahrung in solchen Dingen, und Herr Rakowski und die übrigen Sowjet-Diplomaten geben in Bezug auf Gerissenheit und Skrupellosigkeit den einstigen zaristischen Diplomaten ganz und gar nichts nach. Wir werden gut tun, die Entwicklung der französisch-russischen Beziehungen künftighin mit äußerster Sorgfalt zu verfolgen. Die beiden Hauptakteure auf der politischen Bühne des Abendlandes, England und Rußland, sind beide mit gleichem Eifer bemüht, der europäischen Menschheit das Glück des ewigen Friedens zu sichern. Hoffentlich vertragen wir dieses „Glück“ von beiden Seiten!

Wenn wir zum Schluß unserer Berichterstattung die Blicke noch weiter nach Osten und Süden schweifen lassen, so wird das Bild nicht minder unerfreulich. Über die letzten Ziele der Angora-Regierung wirkliche Klarheit zu gewinnen, begegnet außerordentlichen Schwierigkeiten. Augenscheinlich stürmen auf die Türkei sowohl starke englisch-italienische als starke russische Einflüsse ein, und die nationalistische Regierung in Angora versucht, weder der einen noch der anderen Gruppe zu erliegen, sie vielmehr nach gutem alttürkischen Rezept gegeneinander auszuspielen. Augenblicklich ist wieder einmal Rußland Trumpf, nachdem am 4. März der russisch-türkische Handelsvertrag endlich perfekt geworden ist. Die offiziöse türkische Presse versteigt sich bei diesem Anlaß zu Äußerungen wie dieser: „Die Freundschaft mit Rußland ist die Achse der türkischen Politik.“ Ist das ehrlich gemeint und wie lange ist der Bestand dieser Freundschaft gesichert?

Sehr beachtlich dünken uns die Vorgänge am Suez-Kanal. Die englische Diplomatie ist hier überaus geschickt am Werk, sich eine starke Stellung am Kanal zu sichern durch — Einverleibung der Sinai-Halbinsel in den Palästina-Staat. Da man fühlt, daß die englischen Truppen früher oder später doch einmal den Boden Ägyptens werden verlassen müssen, die englischen Interessen aber unbedingt die Beherrschung des Suez-Kanals erheischen, beginnt man langsam die Umgruppierung. Man suggeriert den Ägyptern, daß die Sinai-Halbinsel für Ägypten gänzlich wertlos sei, daß aus dem Lande niemals etwas herausgewirtschaftet werden könnte, daß füglich eine Abtretung dieses Gebietes an Palästina für Ägypten nur eine Entlastung bedeuten würde. Allem Anscheine nach durchschauen jedoch die Ägypter die klug verborgenen Hintergedanken Albions. Nur zu gut weiß man, daß Palästina bloß ein „Staat“ von Englands Gnaden ist und daß die Abtretung der Sinai-Halbinsel an Palästina einer dauernden Festsetzung Englands in diesem Gebiet gleichkommt. Man darf gespannt sein, welche endgültige Entwicklung die Dinge hier nehmen werden.

In Südafrika ist eine Lösung der brennenden Inder-Frage gefunden und über diesen Punkt eine Einigung zwischen den beiden in Frage kommenden Teilstücken des British Empire erzielt worden, die weit über Südafrika und Indien hinaus Beachtung verdient. Ursprünglich plante die Regierung der Südafrikanischen Union ein Siedlungsgesetz, das der indischen Bevölkerung engbegrenzte Wohngebiete zwies, Reservate, in denen das indische Element langsam aber sicher hätte ver-

kümmern müssen. Auf diese Weise hoffte man, sich die täglich lästiger werdende wirtschaftliche Konkurrenz der indischen Handwerker und Kaufleute endgültig vom Halse zu schaffen. Sobald die „Areas Reservation Bill“ bekannt wurde, löste sie bei den Indern Südafrikas und der Monsunheimat eine derartige Entrüstung aus, daß es zu einer Kraft- und Machtprobe zwischen dem europäischen und dem indischen Element zu kommen drohte. Unter dem Eindruck dieses unerwartet heftigen Widerspruchs der Inder hat sich die Südafrikanische Regierung jetzt gezwungen gesehen, die Gesetzesvorlage endgültig zurückzuziehen. Die Inder triumphierten! Mit Stolz weisen sie darauf hin, daß nicht nur die „Areas Reservation Bill“ gefallen ist, sondern bei der Gesamtregelung des Inderproblems noch weitere wichtige Zugeständnisse der Unionsregierung erkämpft wurden. Die Erteilung von Handelserlaubnissen an Inder soll den oft schikanös arbeitenden Lokalbehörden größtenteils genommen und künftighin hauptsächlich von den Zentralbehörden entschieden werden. Für die Entlohnung indischer Angestellter darf allein die Leistung maßgebend sein; eine Lohnbevorzugung der weißen Bevölkerung lediglich der Hautfarbe wegen ist nicht statthaft. Zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Inder Südafrikas erhält die anglo-indische Regierung die Befugnis, einen ständigen Vertreter in der Union zu bestellen. Gegenüber diesen weitreichenden Konzessionen an das indische Element hat die Regierung der Südafrikanischen Union eigentlich recht wenig Vorteile für sich erringen können. Die wichtigste Bestimmung des Vertrages, die der weißen Bevölkerung günstig ist, enthält die Bestätigung der schon jetzt gültigen Vorschrift, daß nur noch Frauen und minderjährige Kinder von bereits in der Union ansässigen Indern einwandern dürfen. — Niemand kann es angesichts dieser Tatsachen den Indern verargen, daß sie diese Regelung und die dadurch bewirkte Anerkennung ihrer nationalen und ethischen Forderungen als einen ungeheuren Fortschritt begrüßen. Die Vormachtstellung der weißen Rasse in Südafrika ist damit tatsächlich beseitigt. Welches Echo diese Errungenschaft in den nach Selbstbestimmung verlangenden Völkerschaften Monsun-Asiens finden wird, muß die Zukunft zeigen.

KARL HAUSHOFER:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Eine unnötige Verschärfung der Spannung zwischen den Erdräumen mit vorherrschender euramerikanischer Kultur in Landschaft und Leben und zwischen den im Gedanken panasiatischer Selbstbestimmung geeinten Gebieten hat der Vorfrühling 1927 gebracht. Das Scheitern einer großzügigen Verständigung zwischen Südchinas Außenminister Chen und den britischen Unterhändlern, — trotz dem Gelingen der kleineren Abkommen in Hankau und Kiukiang — die Abwehrmaßnahmen des britischen Reiches gegen die Sowjets in Polen, Litauen und Beßarabien sind gleichmäßig Symptome dafür; sie zeigen, wie unlösbar verbunden die Vorgänge des indopazifischen Bereichs auch mit kleineren geopolitischen Kraftverlagerungen an der Grenze des Abendlandes und Zwischen-Europas sind.

Die Frage der Anerkennung und Gewähr auch von seiten der japanischen Politik für ein rumänisches Beßarabien, nachdem die italienische sie bereits über-

nommen hatte, wird mit unmittelbarer Schärfe auf die Gesamtentwicklung in China zurückschlagen, weil sie latente Spannungen zwischen Japan und Sowjets wieder aufleben läßt.

Viele aufgeregte Darstellungen über die Ost-West-Spannung der Alten Welt, die eine unmittelbare Gefahr falscher und vorzeitiger deutscher Optionen in sich tragen, könnten allein an dem posthumen Namen Tsung-Li sehen, den die Verehrung der chinesischen Kuo-Min-Tang ihrem vergöttlichten Führer, Dr. Sun Yat Sen gegeben hat, daß sie sich China röter und ausdehnungslustiger vorstellen, als es ist. „Tsung Li“ — Höchste Ordnung — nennt man doch nicht einen Führer, dessen Verlassenschaft man angeblich durchführen will, wenn man vor hat, die höchste Ordnung zu zerstören und das Unterste zu oberst zu kehren. Über der geschickten Art, mit der man sich in Süd-China die praktischen Erfahrungen der Sowjets auf dem Gebiete der Parteistruktur zu eigen machte, sollte man nicht vergessen, daß die Lenker der südchinesischen Volkskraft Chinesen sind und bleiben, die sich allerdings den Sowjets für die Unterstützung einer Reihe von hervorragenden Köpfen verpflichtet fühlen.

„Befreite Völker pflegen anspruchsvoll, nicht dankbar zu sein!“

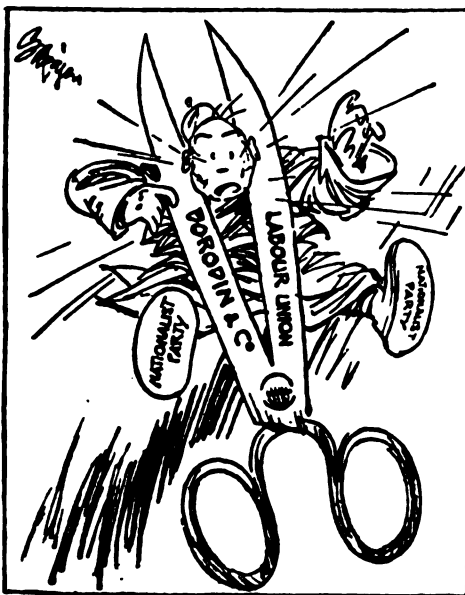
Hat aber nicht das britische Kulturgebiet vor einem Menschenalter dem Norden einen Gordon geliehen, um den chinesischen Süden zu Boden zu schlagen? Hat es danach noch ein Recht, sich über die gegenseitige Hilfe der „Asiaten“ bei ihrer Verteidigung zu beschweren, um die es sich vorläufig handelt? Wenn Lord Beresford, ein guter Chinakenner, vor Jahren meinte, „Nichts wird das britische Publikum chinesische Geographie lehren, als ein Krieg in China. Laßt uns hoffen, daß sie unwissend bleiben!“, so ist dieser Wunsch zurzeit immerhin gefährdet, wenn auch „die chinesischen Wirren gründliche und weitverbreitete Unkenntnis der Geographie enthüllen und eine fröhliche Fähigkeit derselben Leute, die Lage ohne jede Rücksicht auf diese Hemmung zu diskutieren“.

Daraus ergibt sich mancher Druck und manche Reaktion darauf selbst in einer so weitsichtigen Außenpolitik, wie der britischen; dazu gehören vielleicht der raue und doch nicht entscheidende Ton der Aussprache mit Moskau, so wie die bedenklichen zweideutigen Instruktionen an die Truppenführer in Shanghai, die nun in Schützengraben $1\frac{1}{2}$ km außerhalb der internationalen Niederlassung widerrechtlich auf chinesischem Boden liegen: Briten und Italiener Schulter an Schulter, Franzosen zwiespältig; während Amerikaner und Japaner noch im wesentlichen auf den Schiffen bleiben. Doktoraufgaben für überspitzte internationale Rechtsverletzungen werden hier geschaffen.

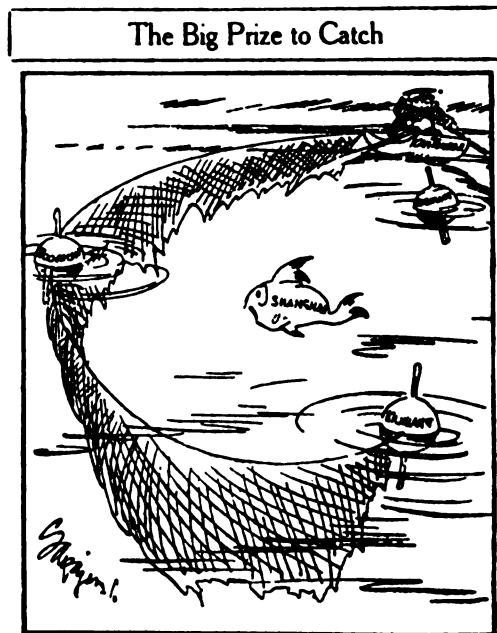
Der letzte Grund ist freilich die hier schon erörterte geopolitische Unmöglichkeit, die Fremdniederlassungen von Shanghai wirksam auf ihrem eigenen Territorium zu schützen. Das ist nur eine Spielart der wehrgeographischen Verlegenheit, die jede großstädtische Menschenansammlung kriegerischen Handlungen bereitet und die im Weltkrieg in Lille, Nancy, Mühlhausen, Lodz, Warschau, Lemberg genügend erprobt wurde.

Die Stärke des chinesischen Nationalismus faßte für britische Hörer Professor Dr. Clifford M. Stubbs am 16. 2. 27 (China Expr. & Tel. 3. 3. 27, 155) gut zusammen. Er schilderte die Enttäuschung über die Revolution von 1911, die nationalistischen Empfindungen des chinesischen Westens und seine Sympathie mit der Kanton-Bewegung. West-China sei im wesentlichen ganz außer dem russischen Propagandabereich und doch genau so fremdenfeindlich und national wie der

Süden in allen Klassen der Bevölkerung. Kriegerische Seelenstimmung herrsche heute in China vor, und England gelte als feindliche Nation. Das ganze chinesische Denken habe durch die erlittene Gewalt eine Umformung im Sinne einer freundlicheren Einstellung zu den Werkzeugen der Macht und des Kriegswesens erfahren. Im Zusammenhang damit gibt es zu denken, daß wir uns bei der Einschätzung des bolschewistischen Zuges in der jungchinesischen Bewegung einem Urteil der Frkf. Ztg. vom 25. 2. anschließen können: „Auch die Sowjetbäume wachsen in China nicht in den Himmel . . . Es bleibt merkwürdig, daß man auf dem letzten Kongreß der Internationale trotz der Rede Bucharins schon sehr vorsichtig von der Zukunft der revolutionären Bewegung in China gesprochen hat.“



Chinese Nationalist—"I don't know if anyone else can get me out of this predicament; I can't"



—North China Daily News.

Es wurde betont, daß die Bewegung national sei, daß von einer Vorherrschaft des Proletariats längst noch nicht die Rede sein könne, daß die Kuo-Min-Tang von allen sozialen Schichten getragen sei — was sich mit Stubbs Ausführungen deckt, der vom gleichmäßigen Anteil der Geistesarbeiter, großen Kaufleute und Arbeiter sprach — daß die gemäßigten Elemente darin die Oberhand besäßen, ja daß sogar schon eine gewisse Kommunistsäuberung begonnen habe . . .“

Der Standpunkt des ostasiatischen Kolonialbritentums malt natürlich die Hankau-Leute Rot in Rot; wir bringen, statt vieler Belege in Buchstaben, eine Spottzeichnung des North China Herald (12. 2. 27) von dem genialen Zeichner „Sapa-jou“, die zwar nicht politisch den Nagel auf den Kopf trifft, aber die Ansicht der Hafenkolonien der alten Kolonialmächte widerspiegelt. Tatsache ist dabei allerdings, daß sich Chiang-Kai-Sheck in Kanton gegen solche Rückschläge und Ver-

rätereien, wie sie seinerzeit Sun Yat Sen in der wandelbaren Großstadt erlebte, durch eine Art Terror der militarisierten Gewerkschaften gesichert hat, worauf die Zeichnung anspielt. Aber diese Gewerkschaften bestehen aus Chinesen, die an politische Durchorganisation in Halb-Geheimverbänden seit Jahrhunderten gewöhnt sind — nicht aus Russen! — Hier kommt also die geopolitische Lokalfarbe zu entscheidender Bedeutung für die Kraftabschätzung und Richtungsbeurteilung eines wichtigen Machtelements.*)

Undurchsichtiger, als je zuvor, ist — wegen ihrer guten Information! — deshalb auch die ostasiatische Haltung der gegen die Alt-Kolonialmächte (England, wie Frankreich) sichtlich verärgerten Vereinigten Staaten. Sie haben auf der einen Seite etwa 6000 Missionare, Lehrer, Ärzte in China, an die ungefähr 250 Mill. M. investiert sein mögen (allein in Changsha „arbeiten 30 Mill. M. im Missionsgeschäft“), die alle starke Pressebeziehungen haben, auf der anderen die Riesenhoffnung auf das Geschäft mit der Verkehrserschließung eines verjüngten und erneuerten China, mit einem viel höheren inneren Zinsfuß, als selbst Innereuropa ihm bietet.

Denn eines ist sicher: befreite Monsunländer brauchen, von China angefangen, in erster Linie Geld, in zweiter Linie Geld und in dritter Linie Geld. Ein Europa, das seine Besitzungen darin — mit oder ohne große Kämpfe — losgeworden sein wird, hat auch in den sogenannten Siegerländern keines mehr zu verleihen. Dann ist — mit einem vorsichtig zurückgehaltenen Japan als sehr bescheidener zweiter Geige, oder einem durch Gewalt aus dem Geschäft gedrängten — für die Vereinigten Staaten auch das pazifische Geschäft gemacht! Wenigstens denkt man dort so in den auf weite Sicht rechnenden Kreisen. Eine solche Konjunktur aber will man sich um der schönen Augen gemeinsamer angelsächsischer Kulturpolitik willen jetzt nicht verderben lassen. Die außenbritischen Erben von Lord Bryce verfahren bei ihren Werbeversuchen um die U. S. im pazifischen Gebiet geschickt genug; der Eitelkeit des von den Vereinigten Staaten nach Shanghai gesandten Brigadekommandeurs z. B. sind Lorbeeren genug gestreut worden, um ihn zu einem unvorsichtigen Aussetzen der Macht der Vereinigten Staaten an der Seite der Kolonialmachtfront in Shanghai zu bestimmen oder fortzureißen. Seine Sendung erfolgte aber in Wirklichkeit gerade, um ein Hineinzerren der Vereinigten Staaten durch untergeordnete Kräfte und den Tommytausch der Kolonialbriten zu verhindern.

Denn darin hatte Grey bei seiner Chinarede in Bradford (19. 2. 27) sicher Recht: „Der Verlauf der Dinge in China ist die reinste Nachtmar! Wir wissen, daß die kleinste unrichtige Handlung zu Folgen führen kann, die kein Mensch mehr zu übersehen vermag.“ Sie ist auch sonst lehrreich!

Frankreich ist durch die beiden Fehlschüsse zweier veralteter chinesischer Kreuzer in den Französischen Klub und das Rote Kreuz der französischen Niederlassung bereits in den so ängstlich vermiedenen Wirbel hineingeglitten. „Alerte“ und „Jules Michelet“ zwingen die Chinesen zur Flucht stromaufwärts! Das wird ihnen nicht vergessen werden! Sehr mit Recht warnen deutsche Ostasien-Verbände vor unzeitgemäßer Parteinahme für das doch verlorene Spiel der fremden Sonderrechte.

*) Chinesische und japanische Gewerkschaften sind national in erster, sozial in zweiter Linie. Vgl. Ogata: „Die Genossenschaftsbewegung in Japan“ und selbst Wittfogel: „Das erwachende China.“

Wir können uns dabei von der klugen Haltung des ja noch viel näher beteiligten japanischen Inselreichs warnen lassen.

Gewiß hat Japan dabei inneren Schwierigkeiten Rechnung zu tragen, gewiß fühlt es den Ferndruck durch die Vereinigten Staaten einerseits, die Sowjetbünde andererseits viel klarer, als Innereuropa von 1900 bis 1914, und ist neuerdings durch unberechenbare, aber seiner Geschichte vertraute Naturkräfte gehemmt worden.

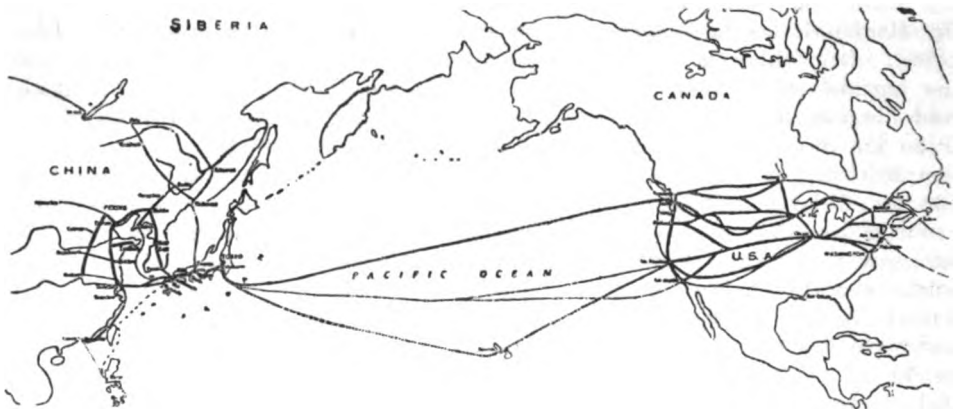
Nach einem Konsolidierungs-Erfolg durch Wakatsuki hat das innere Gleichgewicht des japanischen Reiches durch das zweite Kwansai- (westjapanische) Erdbeben seit dem Stoß vom Mai 1925 eine empfindliche Störung erlitten. Es ist nicht der Verlust an Menschenleben, den wir alle beklagen, und die nicht sehr große wirtschaftliche Einbuße, was in erster Linie die völkpsychologische Bedeutung dieses dritten Großbebens innerhalb von fünf Jahren ausmacht, sondern das unheimliche Bewußtsein der vermehrten Häufigkeit von Großbeben überhaupt und der weit größeren Empfindlichkeit des ganzen Kultur- und Wirtschaftslebens für sie seit der Industrialisierung und Verwestlichung der japanischen Kultur! Die Reihe von 1923—1925—1927 bedeutet eine sehr unerwünschte Steigerung in der Häufigkeit der in Japan sonst nur etwa alle $7\frac{1}{2}$ Jahre zu erwartenden Großbeben. Das Schlimme an dieser Lage ist noch dazu, daß bei der Einzigartigkeit des japanischen Reichskörpers — mit seinen weiten Seeräumen zwischen schmalen und überbauten skelettartigen Landräumen, einer Länge des Stamminselbogens von 3200 km bei einer Westentaille von 90 km (an der eben das jüngste Erdbeben den Reichskörper schüttelte) — nirgends sonst in der Welt wirkliches Verständnis für die dadurch bedingte Nervosität der ganzen hochentwickelten Lebensform zu erwarten ist. Am wenigsten findet es sich bei den Vereinigten Staaten mit ihren enormen Landweiten, bei denen nur die untersiedelte seismische pazifische Küste solche geopolitisch bedingte Sorgen mitfühlt, der aber auch erst jüngst die Nase darauf gestoßen werden mußte, daß Japan auf zwei Drittel des landwirtschaftlich nutzbaren Landraumes von Kalifornien die ganze Bevölkerungsmasse einer Großmacht zu ernähren hat, daß es also von solchen Landschäden bei seiner Volksdichte ganz anders empfindlich getroffen wird, als das weiträumige, untersiedelte pazifische Ostufer.

Um so vorsichtiger wird von der sicheren, ruhigen Hand des Außenministers Baron Shidehara das japanische Staatsschiff weiter gesteuert werden. Wie er amtlich erklärte, daß die japanischen diplomatischen und militärischen Beobachter keine Spuren von Bolschewismus in der südchinesischen Bewegung hätten entdecken können — während andererseits Dr. S. Washio im Transpacific vom 5. 2. 27 das Gewerkschaftsregime in Kanton sehr anschaulich beschreibt —, so hat er jüngst die russisch-japanischen Beziehungen als solche von zunehmender Herzlichkeit bezeichnet, die chinesischen als befriedigend, mit voller Anerkennung der chinesischen Bewegung und des Wunsches nach künftigen, engen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Das Erdbeben, das unwillkommen in ein Jahr fällt, von dem man sich eine besonders günstige Wirtschaftskonjunktur versprach, und die im April bevorstehende wichtige Verkehrskonferenz in Tokio für transpazifischen asiatisch-amerikanischen Durchgangsverkehr größten Stiles wird Japans Außenpolitik noch vorsichtiger machen. Dem erbitterten Eisenbahnkrieg in der Mandschurei zwischen Nordchinesen und Sowjets schaut Japan einstweilen als lachender Dritter zu. Der Kampf hat bis jetzt die Sungari-Amur-Flotte der ostchinesischen Bahn, die Stadtverwaltung von Charbin und die blühenden Eisenbahnschulen der Russen,

Pflanzstätten der Sowjets, in chinesische Hände eines Vertrauten Chang Tso Lins gebracht, der Karachan und sein Werk haßt und auch seinem Nachfolger Tschernych eine schwere Enttäuschung bereitet hat. In der Mandschurei, in Nordchina und Peking verlor Rußland, nicht zuletzt durch den Raub der Mongolei und das sehr kapitalistische Festhalten der Ostchinesischen Bahn, was es im Süden und am Yangtse gewann.

Aber auch in Japan sieht man dieses Zurückgewinnen einst verlorener chinesischer Außenwerke durch die überlegene zähe Wirtschaftskraft der Chinesen mit gemischten Empfindungen; man sagt sich, daß der südmandschurischen E. G. mit ihrem 2 Milliardenwert gleichfalls mit der Zeit begegnen könnte, was Rußland im Norden augenblicklich erfährt.

How Continents will be linked by Passenger Lines



Rail and steamship lines which will link the United States, Canada, Hawaii, Japan, Korea, China and the Philippines in one vast passenger fare system if an agreement is reached at the Asia-North American Through Traffic Conference to be held in Tokyo in April.

Bei der bevorstehenden pazifischen Durchgangs-Verkehrskonferenz Mitte April ist geopolitisch wie wirtschaftsgeographisch gleich bemerkenswert, wie sich in der Vertretung der pazifischen Verkehrseinrichtungen die Lokalfarbe der Verkehrsräume um den Pazifik und ihre Struktur widerspiegeln. Dem Staatsbahn-Grundsatz in China, Japan und Korea, wie Kanada stehen die vierzehn mächtigen U. S. amerikanischen Eisenbahn-Gesellschaften gegenüber, während Japan nur in der südmandschurischen Bahn, Kanada in der Canadian Pacific je einen großen halbprivaten Verkehrskörper mitzuberücksichtigen hat. Dafür stehen zur See der einzigen Dollar Steamship-Company in der japanischen Phalanx die Harada Kisen Kaisha; Kinkai Yusen K.; Nippon Yusen K.; Nisshin Kisen K.; und Osaka Shosen K. gegenüber: in weit größerer Gunst der Verkehrslage und Vermittlungsüberlegenheit, als das Verhältnis von etwa 41 000 km Küstenentwicklung zu 18 000 km der Stamm-Reichskörper bedingen würde.

Hier verrät sich der kontinentalere Zug der U. S. gegenüber dem ozeanischen Japan. Dafür ist allerdings die Überlegenheit der amerikanischen Eisenbahn-Entwicklung überwältigend; sie würde nur durch eine noch sehr ferne, aber immerhin schon 1892 von Brooks-Adams befürchtete transasiatische Bahnpolitik auszuwiegen sein. Eine einfache Reklameskizze zeigt das Übertreffen der Breitenkreisverkehrs-entwicklung in den Vereinigten Staaten (mit Ausnahme des pazifischen Westens) gegenüber dem mehr meridionalen, rein pazifischen Verkehrszug Ostasiens.

Wir fügen deshalb eine solche Skizze bei. (Nebenstehend.)

Wertvolle Urteile werden nun allmählich nach der Rückkehr der parlamentarischen Britenfahrt nach Australien bekannt: „Sidney ist eine typisch amerikanische, Melbourne eine mehr britische Stadt.“ „Sidney ist das australische New York: eine arbeitsummende, hektische, energiesprühende (aber auch vergeudende!) Stadt mit überschnell wachsender Bevölkerung.“ (1 050 000 Einw. in einem menschenleeren Lande von fast 10 Mill. qkm und nicht der Einwohnerzahl Bayerns!) zurzeit 6 043 924 E. „Kongestionserscheinungen des rasenden Kraftwagenverkehrs in den viel zu engen Straßen, trotz einer neuen, auf 300 Mill. M. angeschlagenen Untergrundbahn, und der riesigen Hafenbrücke.“

In Victoria und Neu-Südwaales sind die Parteiverhältnisse, als treuer Spiegel der Bevölkerung, sehr labil. Der Staatssozialismus arbeitet kostspielig und ergeht sich in so wunderlichen Sprüngen, wie der amtlichen Regelung der Badekostüme. Die Gefahr der Verstädterung (auf die Baldwin schon vor der Abreise der Kommission sie hingewiesen hatte) liegt lähmender als je auf der Zukunftsmöglichkeit des weiten Erdteils.

Wie viel intensiver gleichwohl die Handelsbeziehungen Englands zu Australien und Neu-Seeland sind, als zu China, geht aus Amerys Äußerung hervor, „daß je ein Australier oder Neu-Seeländer handelspolitisch so viel wert für England sei, als hundert Chinesen“; und tatsächlich hat man glaubhaft berechnet, daß nur etwa 50 000 Menschen in Großbritannien mit ihrer Lebenshaltung völlig auf den ungestörten Handel mit China angewiesen sind, der in den letzten drei Monaten von 1926 mit 2 570 000 Pfd. Sterl. allerdings weit von den 3 240 000 Pfd. Sterl. der drei letzten Monate von 1925 abgesunken war.

Nur, wenn man mit den Werkzeugen geopolitischer Rechnung den Worten von Amery zuleibe geht, dann haben sie kurze Beine: selbst wenn wir einen sehr glücklichen Fortgang der Bevölkerungsvermehrung in den australischen Dominien annehmen, werden in absehbarer Zeit höchstens $7\frac{1}{2}$ Millionen Australier und Neu-Seeländer zusammen den 442 Millionen Chinesen gegenüberstehen, auch wenn wir Tibet mit 6 Millionen als angloindisch abgetriftet aus der Rechnung lassen. Dann würde der Verlust des Chinahandels immerhin dem des halben Australien oder eines vierfachen Neu-Seeland an ideellem Handelswert gleichkommen; das wäre selbst für einen sehr zum Scherz aufgelegten britischen Kolonialminister eine ernste Sache!

Er müßte bei allen Scherzen nicht nur die „fortgeschrittenen“ Dominien, sondern auch das so lange künstlich hinten gehaltene Indien und seine dichter und dichter werdenden geistigen Beziehungen zu Jung-China im Auge behalten. Gewiß: die Royal Commission of Agriculture stieß in Cawnpore auf den Ausruf Maulana Iqfail Ahmads, wie ein sonst glatt im Strom gleitendes Fahrzeug auf einen Baumstrunk: 92 % der indischen Bevölkerung sind Analphabeten. Wo soll da durchgreifender Fortschritt in der Landwirtschaft oder auf irgend einem andern Felde

herkommen!“ — Jede indische Zeitung, irgendwo aufgeschlagen, enthüllt die Ungleichartigkeit des indischen Lebensraums, die furchtbare Schwierigkeit seiner Organisation aus sich selbst heraus. Man braucht nur die zwei Bildseiten der „Times of India“ vom 19. 2., S. 8 und 9 gegenüberzuhalten: das tiefe Mittelalter der Festung Datta Khel in Waziristan, das einer modernen Brigade als Hauptquartier dient; den Anmarsch zu ihr durch die ungebrochene felsensteife Wildnis; dann das wohlbebaute Kurram-Tal und über die prachtvolle Ingenieurleistung der Tai-Brücke; die Stimmungsbilder aus der Sikh-Verstärkung zur Shanghai-Defence-Force, die längst von indischen Panasiaten zum Abfall bearbeitet wurde; daneben die höchst „zeitgemäßen“ Sportaufnahmen! Oder man vergleiche die Rassenbilder: den arischen Kopf von Ramdas Pantulu, den burmanischen von U Pu, dem burmanischen Nationalistenführer, und den dunklen Typ Dr. R. P. Paranjpye's, der uns an alles erinnert, was über die größere Vitalität der Dravida-Einschläge im indischen Völkergemenge geschrieben wurde, z. B. an G. Slater: „Dravidian Element in Indian Culture“, London, Bonn, 1924, oder René Guénons Ind. Schriften! Aber dieses künstliche Gegenspiel der Kräfte, das es in Jung-China überwunden zu sehen glaubt, obwohl es Alt-China lähmte, legt eben Indien in steigendem Maße britischer Staatskunst zur Last. Auf diesem Boden wuchs der Rückrufsantrag für die nach Shanghai beorderten indischen Truppen, die scharfe Stellung von Motilal Nehru gegen jede offene oder verschleierte Begünstigung des britischen Reiches durch Vorzugszölle, selbst wenn seine Eisenpolitik zum Schaden der jungen indischen Stahlindustrie wäre, die Indien schützen wollte.

Wer trägt dann die Schuld, wenn „nationale Gefühlsregungen in wirtschaftliche Fragen hineingetragen werden“, wie Lalji Naranji dem Swarajführer Motilal Nehru vorwarf? Noch will man in Indien von britischer Seite nicht glauben, daß ein weites Land bereit sein kann, mit schweren wirtschaftlichen Kosten für seine „Gefühlsregungen“, für seine Selbstachtung einzutreten. In China hat man es glauben lernen müssen! Sun-Chuan-Fang, der die Yangtse-Mündungsprovinzen mit großer wirtschaftlicher Aufmachung, mit Lösung der Groß-Shanghaifrage gegen die nationale Kuo-Min-Tang Idee halten zu können glaubte, ist von ihr weggeblasen worden. Ein Interview mit ihm würde jetzt für indische Wirtschafts-imperialisten sehr lehrreich sein.

Klar und scharf beleuchtet die „Deutsche Wacht“ in Batavia (I, 1927, S. 5), daß der Gewaltfriede von Versailles „als er die Heiligkeit des Eigentums sozusagen dokumentarisch aufhob, nicht allein den deutschen, sondern den Kapitalismus überhaupt getroffen hat“ — aber damit auch die Grundlage der Rechtsstellungen von Britenreich, Franzosen, Niederländern in Südostasien —, was die Führer der dort verknechteten 830 Millionen Menschen schon 1919 begriffen haben. Über Niederländisch Indien im Jahre 1926 bringt die umsichtige, ihren Namen wohlverdienende Zeitung eine gute und ungeschminkte Übersicht; aus ihr läßt sich die Gefährlichkeit der Aufstandsproben in Java und Sumatra wohl herausfühlen, wenn auch unsere Landsleute dort begreiflicherweise mit ihren Empfindungen auf Seite unseres einstigen Brudervolkes an der Wasserkante stehen. Sie dürften nur nicht vergessen, daß ihr Mutterland zu den versklavten Völkern der Erde gedrängt worden ist und deshalb keinen Grund hat, die Hände derer frei machen zu helfen, die auch über ihm die Peitsche schwingen.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Die Berichterstattung über die kritischste Gefahrzone in der amerikanischen Welt, Nicaragua, wurde mit dem Hinweis geschlossen, daß die Amerikaner neuerdings dort Truppen gelandet haben. Im ganzen hat sich dort die Lage nicht entwirrt; nur außenpolitisch scheint ein gemäßigteres Tempo, wie es auch das letzte Mal schon beobachtet wurde, weiterhin beibehalten worden zu sein. Vielleicht hat dazu die Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach Nicaragua, die im letzten Februardrittel gemeldet wird, beigetragen. Die ernste Lage in Nicaragua mache solchen Schutz für die britischen Staatsangehörigen nötig. So lautet die englische Motivierung dieses Schrittes. Man wird ohne Zweifel eine genaue Parallele zu den amerikanischen Erklärungen zu ziehen vermögen. England, das seinen Reichsbau wieder notdürftig zusammengezimmert hat, ist, wenn auch in China beschäftigt, doch auf dem Platze an dem Punkte, wo es Weltinteressen zu wahren gilt. Einer weiteren Meldung zufolge hat Coolidge dieser Entsendung eines Kriegsschiffes zugestimmt, wenn keine britischen Truppen in Nicaragua gelandet würden. In anderen politischen Kreisen der Vereinigten Staaten neigt man einer weniger gemäßigten Beurteilung des Schrittes zu, sieht darin eine Herausforderung der Vereinigten Staaten, wenn man sicher auch zu weit geht, darin eine Bedrohung der Monroe-doktrin erblicken zu wollen.

Auch im Lande selbst ist es in der zweiten Februarhälfte ruhiger geworden. Gerüchte über Friedensbemühungen wiederholen sich. Die Basis ist bezeichnend, auf der ein Friede geschlossen werden soll. Es ist dabei besonders charakteristisch, daß die Vereinigten Staaten, die bei ihrem Schritt in Nicaragua angeleglich nur um ihre Staatsbürger und deren Interessen besorgt waren, bei einem Friedensschluß doch eine so maßgebende Rolle spielen sollen. Ein Vertrag mit den Vereinigten Staaten soll Nicaragua zunächst die Unabhängigkeit entsprechend einem älteren Vertrag zusichern. Andererseits bleiben aber die Kanalrechte Amerikas selbstverständlich bestehen. Die Vereinigten Staaten sollen zwar keine Vorzugsbehandlung erfahren. Wohl aber sollen Maßnahmen zum Schutze Nicaraguas durch die Vereinigten Staaten für die Dauer von hundert Jahren getroffen werden. Die Vereinigten Staaten sollen das Recht erhalten, für die Entwicklung Nicaraguas in den nächsten vierhundert Jahren Sorge zu tragen, vornehmlich für die finanzielle Gesundung wie auch für die physische Hygiene zu sorgen. Zwei Amerikaner sollen die Finanzkontrolle ausüben. Die Schaffung einer Polizei anstelle eines Heeres, befehligt von vereinsstaatlichen Marineoffizieren, wird in Erwägung gezogen.

Werden auch diese Vorschläge nur von der unionfreundlichen Regierung Diaz gemacht, so atmen sie doch bis ins einzelste den Sinn der amerikanischen Intervention, auf den wir seinerzeit schon mehrfach hingewiesen hatten: Amerika ist bestrebt, sich in Nicaragua ganz ähnlich wie in Panama nicht nur einen zweiten Durchgang zum Pazifischen Ozean zu schaffen, sondern auch eine militärische Sicherung dieses Weges vorzunehmen. Der Schutz Nicaraguas, ebenso die Sorge um das Polizeiwesen anstelle des Heereswesens, gilt dem Schutz einer künftigen

amerikanischen Kanalzone. Die finanzielle Oberherrschaft und Kontrolle schließt diesen Reigen der sorgsamten Vorkehrungen ab.

Zunächst allerdings scheidet die Verwirklichung eines solchen oder ähnlichen Vertrags noch an dem Kriegszustande im Lande. Bis Anfangs März war es noch nicht gelungen, eine Einigung zwischen den beiden Parteien herbeizuführen, und die Propaganda für eine Regierung Sacasa hat noch nicht nachgelassen. Immerhin besteht heute im Angesicht der verstärkten amerikanischen Truppen nur wenig Aussicht auf einen wirklichen Erfolg der liberalen Partei. In der ersten Märzhälfte wurden die Friedensaussichten in Nicaragua noch nicht gerade günstig beurteilt. Darum wird auch von der vereinstaatlichen Regierung der Plan eines Protektorats über Nicaragua zur Zeit noch in Abrede gestellt. Darüber aber kann kein Zweifel sein, daß im Grunde die Tendenz zu einem solchen besteht.

Auch in der Entwicklung der mexikanischen Frage ist weiterhin eine größere Ruhe zu beobachten. Nur eine neue Note der amerikanischen Regierung hat eine Komplikation gebracht. So weit bis heute etwas darüber bekannt geworden ist, soll es sich um einen Protest der Union gegen die „organisierte Propaganda gegen die Vereinigten Staaten“ handeln. Mexikos Gesandter hat daraufhin Washington verlassen, ohne daß diese Rückberufung einem Wunsch der Vereinstaaten entsprochen hätte. Auf die Bedeutung der Nichterneuerung des Antischmuggelvertrags durch die Vereinigten Staaten als Kampfmittel gegen Calles wird hingewiesen. Sie ermöglicht vor allem den Gegnern des Präsidenten die Waffeneinfuhr. Allerdings ist bis jetzt das vereinstaatliche Waffenausfuhrverbot nicht aufgehoben worden.

Eine neuere Aufstellung, der „Frankfurter Zeitung“ entnommen, gibt eine Vorstellung von der wirtschaftlich-finanziellen Interessenverknüpfung der Vereinigten Staaten mit Mexiko. Die übermittelnde Stelle stützt sich auf die Schätzungen des Handelsdepartements aus dem Jahre 1924. Danach sind etwa 70% aller mexikanischen Ölländereien und Hüttenwerke in amerikanischem Besitz. Amerikanisches Kapital ist ungefähr in der Höhe von 1280 Mill. Dollar in Mexiko angelegt, und zwar entfallen auf mexikanische Regierungsanleihen 22 Mill., mexikanische Eisenbahnen 160 Mill., Hüttenwerke 300 Mill., Ölländereien und Petroleumraffinerien 478 Mill., industrielle Unternehmungen 60 Mill., Handelsunternehmungen 50 Mill., Plantagen und Wälder 200 Mill., Banken, telephonische und telegraphische Unternehmungen und Licht- und Kraftanlagen 10 Mill. Dollar. Die Größe der Zahlen zeigt ohne viele Kommentare die wirtschaftliche Verknüpfung der beiden Länder. Im Augenblick wären bei einem Konflikt nur die in den Ölländereien investierten Kapitalien gefährdet.

Zwischen Kanada, dem Dominion innerhalb des Britischen Weltreichs, und Neufundland, der britischen Kronkolonie, ist endlich ein mehr als 160 jähriger Grenzstreit vor dem höchsten englischen Appellationsgericht, dem Richterkollegium des Oberhauses, zugunsten Kanadas entschieden worden. Strittig war das Küstengebiet von Labrador in einer Größe von 110 Quadratmeilen, ein Areal, das doppelt so groß wie die Insel Neufundland selbst ist. Es ist außerordentlich dünn besiedelt; der Wert seines Waldbestandes wird aber auf mindestens 50 Mill. Pfund geschätzt. Seinerzeit fiel bei der Abtretung Kanadas (1763) durch Frankreich an England dieses strittige Gebiet zunächst an Neufundland; England setzte damals für Neufundland und Labrador einen besonderen Generalgouverneur ein. Ein Teil des Küstengebiets wurde zwar später an Quebec gegeben. Doch 1809 kam es wieder an Neufundland zurück. Eine Regelung der Grenzfrage wurde dabei aber nicht erzielt. Denn

Kanada sah als Küstengebiet einen Saum parallel der Hochwasserlinie von einer Tiefe von einer Meile an, während Neufundland darunter den von den atlantischen Flüssen entwässerten Raum landeinwärts bis zur Wasserscheide verstand. Daß solche große Grenzunsicherheit in einem nordatlantischen Küstenland so lange bestehen konnte, wird nur durch den geringen Siedlungswert erklärt. In dem Augenblick, wo das Land Wirtschaftswert als große Waldreserve erhielt, mußte der Grenzstreit praktisch ausbrechen. Das geschah im Jahre 1903, als die neufundländische Regierung Waldlizenzen in dem Gebiet erteilte, das Kanada für sich beanspruchte. Nun ist im großen und ganzen die von Neufundland geforderte Grenze anerkannt worden.

Nach der Ablehnung der amerikanischen Einladung zu einer Abrüstungskonferenz durch Frankreich und Italien hoffen die Vereinigten Staaten auf eine Dreimächtekonferenz zwischen Amerika, England und Japan. Immerhin wird auch noch in Amerika damit gerechnet, daß Frankreich und Italien ihre Stellungnahme modifizieren werden. Die Aussichten dafür sind allerdings außerordentlich gering. Immerhin hat die Union eine abermalige Note an Frankreich und Italien geschickt, die sich durch eine gemäßigte Form auszeichnet. Soweit bisher verlautbart ist, bleiben aber die Bedenken Frankreichs, das höchstens als Beobachter an der Konferenz teilnehmen werde, gegenüber dem amerikanischen Memorandum bestehen. Wahrscheinlich wird Japan auf der Konferenz zu einem günstigeren Verhältnis für sein Kreuzerkontingent zu kommen suchen, als es ihm seinerzeit beim Washingtoner Abkommen für die Schlachtschiffe gewährt wurde. Denn schon zur Zeit ist die Kreuzertonnage Japans größer als die der Vereinigten Staaten. Das Tonnageverhältnis zwischen Amerika, Großbritannien und Japan ist im Augenblick etwa 3 : 8 : 4. Noch größer ist der Vorsprung Japans, wenn die Zahl der Kreuzer zugrunde gelegt wird. Dann ergibt sich etwa ein Verhältnis 1 : 4 : 2. Ein Vergleich der Kreuzerstärke der Vereinigten Staaten, Englands und Japans bei Berücksichtigung der im Bau befindlichen und geplanten Schiffe neben den vorhandenen ergibt schließlich das Verhältnis 5 : 13 : 6. Das sind Verhältniszahlen, die ohne weiteres die ganze Schwierigkeit der Konferenz erkennen lassen. Trotz alledem wird man nicht daran zweifeln dürfen, daß die Vereinigten Staaten und England den festen Willen zu einer Übereinkunft haben, weil sich die beiden angelsächsischen Mächte eines weitgehenden Aufeinanderangewiesenseins in der heutigen politischen Weltlage wohl bewußt sind. Englands Zustimmung ergibt sich anscheinend aus einer Rücksichtnahme auf die Vereinigten Staaten. Zur Zeit zeigt sich dieses Hand-in-Hand-Gehen in China, wo neuerdings die amerikanischen Truppen verstärkt worden sind.

Im Gegensatz zu der allgemeinen Tendenz seiner Abrüstungsbestrebungen lehnt Amerika im ganzen die Abrüstungspläne der Gemischten Völkerbundskommission ab. Die amerikanische Regierung wendet sich einmal gegen jede Form internationaler Kontrolle. Man solle „lieber mit dem guten Glauben und der Vertragstreue arbeiten“. Es ist ein Grundsatz, der von deutscher Seite aus sehr zu begrüßen ist und überhaupt zu einer Maxime politischen Handelns erhoben werden müßte. Kontrollen schädigten mehr als sie nutzten, heißt die praktische Begründung. Ebenso wenig wird der Plan der Schaffung eines internationalen Generalstabs gutgeheißen, der die Möglichkeit wirtschaftlicher und militärischer Spionage in sich berge. Schließlich — und das nimmt bei Amerika ganz besonders wunder — will es nicht dem Vorschlag beitreten, alle Vorbereitungen und Übungen für den Gaskrieg als ein gemeinsames Verbrechen zu bezeichnen. Man müsse sich gegen einen Giftgaskrieg schützen und darum Abwehrmaßregeln treffen. Nur

das Maß der Bevölkerung, nicht der des Reichtums, der geographischen Lage und der Verbindungslinien, solle überhaupt maßgebend sein für die Rüstungsbeschränkungen. Damit nimmt es einen Standpunkt ein, den man von politisch-geographischer Seite aus nicht teilen kann. Die Nützlichkeit der Regionalverträge wird besonders betont. Das letztere geschieht wohl mit Recht.

Für eines der wichtigsten Handelsgebiete der Vereinigten Staaten, für Südamerika, lassen sich zahlenmäßig die Handelsbeziehungen für das Jahr 1926 fassen (nach „Bulletin of the Panamerican Union“ March 1927). Der Gesamtwert des Handels der Union mit den zwanzig lateinamerikanischen Republiken ist gegenüber dem des Jahres 1925 (1 851 Mill. Dollar) nur verhältnismäßig wenig, auf 1 875 Mill. Dollar, gestiegen. Die Einfuhr nach den Vereinigten Staaten, 1 041 Mill. Dollar, stieg dabei um 3,5 %, während die Ausfuhr nach Lateinamerika, 834 Mill. Dollar, um 1,2 % zurückging. Die Handelsbeziehungen im einzelnen ergeben sich aus folgender Tabelle:

	Einfuhr nach der Union		Ausfuhr von der Union	
	1926 in Millionen Dollar	Zunahme oder Abnahme gegenüber 1925	1926 in Millionen Dollar	Zunahme oder Abnahme gegenüber 1925
Mexiko	169,3	— 5,2	134,9	— 6,7
Gustemala	14,5	+ 28	11,0	+ 18,1
Salvador	4,2	+ 82,3	9,5	+ 3,9
Honduras	8,7	+ 0,9	7,5	— 21,2
Nicaragua	5,9	— 3,4	6,2	— 15,7
Costa Rica	7,0	+ 47	6,3	— 7,1
Panama	5,5	— 13,7	32,4	+ 14,7
Cuba	250,5	— 4,2	160,4	— 19,2
Dominikanische Republik	8,0	+ 5,5	14,5	— 17,9
Haiti	1,3	— 33	10,8	— 20,8
Nordamerikanische Republiken	475,4	— 2,9	394,08	— 11,5
Argentinien	88,1	+ 9,9	143,5	— 3,4
Bolivien	0,28	+ 231	5,1	+ 1,4
Brasilien	235,3	+ 6,0	95,4	+ 9,1
Chile	81,4	— 8,4	49,0	+ 24,8
Columbien	90,2	+ 42,3	49,2	+ 19,1
Ecuador	6,7	— 22,3	4,6	— 31,5
Paraguay	0,5	+ 42,1	0,9	0,2
Peru	21,7	+ 26,1	29,3	+ 27,4
Uruguay	18,4	+ 14,4	23,0	+ 8,2
Venezuela	23,3	+ 19,0	39,6	+ 57,7
Südamerikanische Republiken	566,2	+ 9,6	440,1	+ 10,2
Latein-Amerika	1041,6	+ 3,5	834,2	— 1,2

Im ganzen zeigt diese Tabelle, daß die Fortschritte der Union auf dem lateinamerikanischen Markt nur regional von Bedeutung sind, während im ganzen doch mit der Konkurrenz Europas zu rechnen ist.

Wiederum muß auch in diesem Bericht auf ein paar neue Verkehrsverbindungen zwischen Europa und Amerika hingewiesen werden, die in ihrer Gesamtheit an sich schon recht gut Zeugnis ablegen von der Verknüpfung der Westseite der alten und der Ostseite der neuen Welt. Anfang März ist das neue

deutsche Telegraphenkabel von Emden nach den Azoren dem Betrieb übergeben und durch einen Telegrammwechsel zwischen Coolidge und Hindenburg eingeweiht worden. Damit ist zum erstenmal seit Kriegsausbruch wieder eine unmittelbare Verbindung zwischen Deutschland und Nordamerika erreicht; denn schon am 5. August 1914 schnitten unsere Gegner das seinerzeit vorhandene Kabel durch. Die damals abgerissene Verbindung ist durch die Neulegung der Strecke Emden—Azoren wiederhergestellt; auf den Azoren findet es den Anschluß an die übrigen nach Nordamerika gehenden Kabel. Eine anders geartete neue Verbindung stellt der neue Dampfer „Cap Arcona“ der Hamburg-Süd, ein Schnelldampfer vom Bruttogehalt von 2700 Register-Tonnen, das zur Zeit größte deutsche Schiff in der Südamerikafahrt, dar. Das Schiff hat eine Ozeangeschwindigkeit von 20 Seemeilen in der Stunde. Es wird dementsprechend von Hamburg nach Rio de Janeiro nur 12 Tage, nach Santos 13 Tage, nach Buenos Aires nur 15 Tage fahren. Ferner reifen die Pläne einer dauernden Luftverbindung zwischen Spanien und Spanisch-Südamerika der Verwirklichung entgegen. Ein Vertrag zwischen der spanischen Regierung und den deutschen Zeppelinwerken steht vor dem Abschluß. In Spanien hat sich zum Betriebe der Fluglinie Sevilla—Buenos Aires eine Gesellschaft gebildet. Das für den Betrieb in Aussicht genommene Luftschiff L. Z. 127, das 15000 kg Nutzladung, in der Hauptsache bestehend aus Post und Paketen, weniger aus Personen, befördern soll, wird alle drei Wochen eine Fahrt hin und zurück durchführen. Die Fahrtdauer wird nach Eröffnungen Eckeners nach Südamerika 75 bis 80, zurück 96 bis 100 Stunden betragen. Verkehrspolitisch ist der Linie die Aufgabe gestellt, ein drohendes französisches Verkehrsmonopol über dem Südatlantik zu vereiteln. Es ist bezeichnend, wie auch unter einem neuen Zeichen des Verkehrs immer wieder bestimmte Orte eine ganz besondere Bedeutung gewinnen. Wie Sevilla einstmals stärksten Anteil an dem Handel mit der neuen Welt nach der Entdeckung genommen hat, so würde es bei der Einrichtung der Flugverbindung zum Gegenpol von Buenos Aires; namentlich der Überseebriefverkehr würde hier wie dort eine Konzentration erfahren.

Immer stärker sind in der letzten Zeit Erwägungen über Kolonisations- und Einwandererfragen im Hinblick auf die verschiedensten Länder Amerikas in dem Vordergrund getreten. Verhandlungen über das Inkrafttreten der neuen Einwanderungsquoten für die Vereinigten Staaten sind in der Schwebe. Kanada sucht Einwanderer und möchte gern die Konjunktur ausnutzen, die durch die Kürzung der Einwanderungsquoten, besonders der deutschen, durch die Vereinigten Staaten entstanden ist. Seine Erschließung der Präriengebiete, der diese Einwanderung vornehmlich zugeführt werden soll, birgt aber für den einzelnen Siedler unverkennbare Schwierigkeiten, die einmal in den weiten Entfernungen von der Küste, dem Lorenzstrom oder selbst noch von den großen Seen, in den hohen Bahnfrachten und in der Unsicherheit der Ernte bestehen. Dazu kommt noch die Härte der Lebensführung auf der Einzelsiedlung. Luthers Südamerikareise hat manche Diskussion über deutsche Kultur und deutsche Siedlungsmöglichkeiten in diesem Kontinent laut werden lassen. Man wird im allgemeinen zustimmen müssen, daß die Lage des starken Deutschtums in Brasilien, wo etwa eine halbe Million Deutsche leben, und in Chile, wo sich die Zahl auf etwa 25000 beziffert, nicht ungünstig ist. Man wird aber auch hier aus dem Reichtum an freiem Land nicht ohne weiteres auf Siedlungs- und Wirtschaftsmöglichkeit schließen dürfen. Dafür liegen die Verhältnisse so kompliziert, daß sie in jedem einzelnen Fall besonders zu untersuchen

sind. Die Reise des früheren Reichskanzlers an sich muß als eine nicht hoch genug einzuschätzende Kulturpropaganda für das Deutschtum angesehen werden, die tatsächlich auch einen starken Widerhall sowohl in den Kreisen des Deutschtums wie auch zum Teil bei den lateinamerikanischen Regierungen ausgelöst hat. Mit Recht hat Luther die hohe Bedeutung und die höchst beachtenswerte Entwicklung der deutschen Schulen in den größeren Zentren erwähnt. Aber ebenso nachdrücklich muß auch der Hinweis auf den geringen Einfluß der Reichsdeutschen Presse ernst stimmen. Neuere Meldungen reden von japanischem Landerwerb in Brasilien. So soll die Shinano Overseas Association in Aliansa (São Paulo) 12 000 Acres Land gekauft haben und sich mit dem Plane tragen, noch weitere 8000 Acres zu erwerben. Auch die Tottori Overseas Society verhandelt über einen Ankauf von 7000 Acres. Hauptsächlich denkt Japan wie auch im Norden von Brasilien an den Erwerb von Ländereien, die sich für den Baumwollanbau eignen. Im ganzen dürften wohl die Einwanderungen in Brasilien als Versuche Japans anzusehen sein.

Diese Einwanderungsbestrebungen werden von der japanischen Regierung selbst getragen, wie ja bekanntlich Japan überhaupt seine Auswanderer nach den Ländern zu dirigieren sucht, in denen es sich Vorteile für ihre Entwicklung und die des Staates verspricht. In dem Sinne hat der japanische Gesandte eine günstige Schilderung Brasiliens für japanische Einwanderungszwecke gegeben. Auch von brasilianischer Seite aus wird diese Einwanderung begrüßt. So wünscht der Staat Pará die Einwanderung von Japanern und hat große Landareale zur Verfügung gestellt. Es handelt sich hier um die Pläne der Kanegafuchy Spinning Cy., über die schon früher berichtet wurde. Neuerdings wird auch aus dem Staate Amazonas mitgeteilt, daß zwischen der Regierung und einer japanischen Kolonisationsgesellschaft ein Konzessionsvertrag abgeschlossen worden sei, der sich auf riesige Areale beziehe. Im ganzen wandern zwar nur 5000 bis 6000 Japaner jährlich in Brasilien ein. Aber immerhin verdient diese Bewegung trotz ihres versuchsartigen Charakters volle Beachtung.

HANS MEYER:
ENGLAND, EUROPA UND DIE WELT *)
Eine Besprechung

Wenige moderne Geographen bekunden eine so erstaunliche Vielseitigkeit wie Erich Obst. In der physischen Geographie Ostafrikas wie in der Länderkunde Rußlands, in der Geopolitik wie in der Wirtschaftsgeographie, in der Kolonial- und Weltpolitik wie in der Heimatkunde und in vielen andern geographischen und politischen Materien mehr steht er ganz seinen Mann. Jetzt publiziert er das Buch „England, Europa und die Welt“, und schon zeigt er das baldige Erscheinen einer „Wirtschaftsgeographie von Sowjet-Rußland“ an und verrät, daß er mit der Neubearbeitung von Supans „altehrwürdigem Buch Grundzüge der physischen Erdkunde“ beschäftigt ist.

Und immer geht er den Dingen völlig auf den Grund, umfaßt er mit sicherem Blick das Ganze, zeigt er sich als Meister des Stils und als geschmackvoller, fesselnder Darsteller, und erkennt und beleuchtet er scharf die innern Zusammenhänge der Erscheinungen und Kräfte, sei es in geographischem, sei es in politischem Betracht.

In seinem vorliegenden jüngsten Werk proklamiert Obst die Pflicht des Gelehrten, neben theoretischen wissenschaftlichen Studien solchen Arbeiten obzuliegen, die zur Lösung der das deutsche Volk bestürmenden Weltfragen beitragen können. Darum sei von ihm der Versuch gemacht, die großen Probleme der Weltpolitik und Weltwirtschaft in ihrer gegenseitigen Verflechtung und im Rahmen des Themas England—Europa—Welt zu erörtern und zu durchdringen und dabei zu zeigen, wie sehr das Abendland auf allen Gebieten des Lebens von den großen überseeischen Staaten überflügelt wird, und wie die Welt dem englischen Imperialismus unterworfen ist, — noch ist, denn die große Wende steht vor der Türe.

Was soll — so fragt der Verfasser — aus Europa und insbesondere aus Deutschland werden, wenn Rußland immer asiatischer wird und wenn England sein Empire immer mehr autarkisch gegen die übrige Weltwirtschaft abschließt? Was soll aus England werden, wenn es trotz aller im Empire sich mächtig regenden Gegenkräfte an seiner imperialistischen Politik festhält? Die Antworten füllen einen großen Teil des Buches an.

*) Erich Obst: England, Europa und die Welt. Eine geopolitisch wirtschaftliche Studie. Mit 54 Textzeichnungen und 17 weltwirtschaftlichen Tabellen im Anhang. Berlin-Grunewald 1927. Kurt Vowinkel Verlag.

Das darin verarbeitete Material, namentlich die statistischen Unterlagen, waren sehr schwer zu beschaffen, und nur dank der regen Mitarbeit der Mitglieder des Geographischen Seminars der Technischen Hochschule zu Hannover ist es gelungen. Nirgendwo anders findet man die Tabellen der vielen einschlägigen Materien so vollständig und übersichtlich zusammengestellt und ausgewertet wie hier. Sie reichen bis 1924, nur ausnahmsweise bis 1925, während im Text der Stand der Dinge von 1925 und 1926 oft in Betracht gezogen ist.

Das Werk ist in zwei Hauptteile gegliedert, von denen der erste, kleinere, England, Europa und die Welt als geopolitisches Problem; der zweite, größere, sie als weltwirtschaftliches Problem behandelt. Der erste schildert historisch das Werden des britischen Volkstums, der britischen Wirtschaft und des britischen Staatenverbandes im mehr als dreihundertjährigen Kampf gegen die Weltmächts- und Handelsrivalen Spanien, Holland, Frankreich, Deutschland, sowie Englands Kampfbereitschaft gegen Japan, die U. S. A. und Rußland.

Am Ende zeigt Obst deutlich und eindringlich, daß England, obwohl durch sein Empire mehr asiatische als europäische Großmacht geworden, doch so stark an Europa gebunden ist, daß eine noch weitere Lockerung dieser Verketzung seine Weltstellung auf das schwerste gefährden würde, politisch und wirtschaftlich.

In den wirtschaftlichen Untersuchungen des zweiten Teiles entwirft der Verfasser ein gewaltiges Bild von den ungeheuren Wirtschaftskräften des britischen Empire, aber auch von der schon vollzogenen oder sich vollziehenden Überflügelung Englands in lebenswichtigen Wirtschaftsbelangen durch die andern großen überseeischen Mächte, vor allem durch die U. S. A. Eingehend behandelt Obst nacheinander alle Zweige der großen Gütererzeugung wie Getreide, tierische Nahrungsmittel, Genußmittel; Industrierohstoffe wie Wolle, Baumwolle, Jute; Montanerzeugnisse wie Kohle, Erdöl, Eisen, Kupfer; Produkte der Maschinenindustrie, der chemischen und Gummi-Industrie. Es folgen die Hauptzweige der Güterbewegung, des Handels. (Reederei und Weltfrachtfahrt werden zu kurz behandelt.) Allenthalben deckt Obst einen Niedergang Englands hinter den U. S. A. auf und erklärt seine Ursachen.

Im Handel wächst zwar der Englands mit seinen Kolonien, aber noch mehr jener der englischen Kolonien mit andern überseeischen Staaten, weil die Kolonien immer mehr ihre eignen Kräfte entwickeln und sich der englischen Vormacht entziehen. Es wird aus alledem ersichtlich, daß Englands Zukunft nicht in der Ausgestaltung eines immer größer werdenden englischen Wirtschaftsimperiums liegen kann, sondern im festern Anschluß an das kontinentale Europa und dessen Wirtschaft.

Das Schlußkapitel gibt eine weite, scharfsichtige Übersicht über die künftigen Möglichkeiten der Lösung des Problems „Britisches Weltreich“. Die

Ansichten und Argumente für und wider eine große Zukunft des Empire werden abgewogen an gut gewählten Zitaten aus den Schriften und Reden ausgezeichneter Politiker wie R. Horne, L. S. Amery, Norman Angelò, Walter Layton u. a. m. Es werden erwogen das immer stärkere Drängen der Dominions auf Eigengestaltung ihrer Staatswesen, die Wirkung des im ganzen britischen Reich wachsenden Bolschewismus, die Einspannung des Völkerbundes für England zum Kampf gegen den „neuen Erbfeind“ Rußland, der Kräfteausgleich durch die imperialistisch geregelte Ein- und Auswanderung im Empire, und vieles andre mehr.

Obst kommt zu dem Ergebnis, daß der britische Imperialismus weder machtpolitisch noch wirtschaftspolitisch noch bevölkerungspolitisch zum guten Ziele führen kann. England muß sich in Abwendung von seiner bisherigen Politik zur Kooperation mit Europa entschließen, die zunächst in einem europäischen Wirtschaftsband Gestalt und Inhalt bekommen muß, vielleicht aber später sich auch zu einer politischen Gemeinschaft auswachsen wird.

Von einer solchen Perspektive auf „Vereinigte Staaten von Europa“, die freilich etwas ganz anderes wären als die U. S. A., meint allerdings Obst selbst, daß sie von vielen Lesern als „eine phantastische Beigabe zu dem sonst so nüchtern-realen Buch abgelehnt“ werden würden. Und ich muß ihm darin Recht geben. Aber das ganze Schlußkapitel ist so reich an realen Tatsachen, guten Gedanken und großen Kausalerkenntnissen, daß man sehr wünschen muß, der Verfasser möge diese nur 20 Seiten lange Skizze zu einem besondern Band ausgestalten, der eine sehr willkommene Ergänzung des vorliegenden Bandes bilden würde.

Dem Schlußkapitel ist ein Literaturverzeichnis und eine Reihe von Anmerkungen angefügt, die selbständigen Wert haben. Im Literaturverzeichnis sind die Schriften bis Ende 1926 aufgeführt. Eine chronologische oder alphabetische Reihenfolge wäre aber besser gewesen als die nach der Verwendung im Text. Im Verzeichnis fehlt unter anderm Duncan Hall, *The British Commonwealth of Nations*, London 1920.

Die poetischen Einstreuungen im ersten Teil würde ich gern missen, obwohl die fremdsprachigen gut übersetzt sind.

Vortrefflich ist die Mehrzahl der Textkarten und Diagramme. Besondere Hervorhebung verdienen die Figuren 4, 8, 15, 19, 20, 27, 34, 40 durch ihren Inhalt und ihre klare Zeichnung.

Hoch anzuerkennen ist schließlich die typographische Ausstattung des Buches durch den in kurzer Zeit rühmlich bekannt gewordenen Verlag Kurt Vowinkel. Für eine spätere Auflage möchte ich nur empfehlen, daß an den Kopf jeder Seite ein kurzer Kolumnentitel gesetzt werde, wodurch die Orien-

tierung wesentlich erleichtert wird. Der Preis von 36 Mark für den Ganzleinenband ist nicht zu hoch.

Alles in Allem: Ein vortreffliches Werk, das viel mehr ist als eine „geopolitisch - wirtschaftliche Studie“, wie es im Untertitel heißt. Kein Geograph, Wirtschaftler, Politiker oder Lehrer wird es entbehren können.

HERMANN STEINERT:

DIE POLNISCHEN WIRTSCHAFTSPROBLEME

Polen gehört mit einer Einwohnerzahl von 30 Millionen zu den größeren Staaten Europas, zählt aber vorläufig nach seinem Handelsumsatz zu den kleinen Staaten, da es sich wirtschaftlich noch nicht erholen konnte. Das Land befindet sich vielmehr seit der Entstehung der selbständigen Republik Polen in einer dauernden Wirtschaftskrise. Zunächst hat man infolge Fehlens jeder wirtschaftlichen Voraussicht eine Inflation herbeigeführt, die fast genau so weit ging wie die deutsche, also bis zu einer völligen Entwertung der alten Polenmark. Da das Land fast gar keine alten Schulden übernommen hatte und auch mit Ausnahme des Krieges mit Rußland zunächst sich verhältnismäßig ruhig aufbauen konnte, war diese Inflation nicht eine unmittelbare Kriegsfolge, sondern die Folge der Überspannung der staatlichen Ausgaben, die Folge übermäßiger Rüstungen und die Folge des uferlosen Notendrucks. Erst im Jahre 1924, später als Deutschland, ging man dann zur Schaffung einer neuen Festwährung unter Gründung einer Notenbank über. Die neue Festwährung, der Zloty, sollte dem Goldfranken entsprechen. Aber, infolge der ungünstigen Handelsbilanz, des ungerichteten Staatshaushalts, in dem nach wie vor aufs Geratewohl gewirtschaftet wurde, und infolge der Wiederausgabe ungedeckter Geldscheine begann 1925 schon wieder eine Entwertung des Zloty, die sich zu einem Sturz entwickelte, als nach dem Ausbruch des Zollkrieges mit Deutschland, der nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen vom Zaun gebrochen wurde, die Ausfuhr einen weiteren Rückgang erlitt. Die neue Währung war in kurzem bis Anfang 1926 auf die Hälfte entwertet.

Der Sturz der alten, durch ihre ungerichtete Finanzwirtschaft offenbar stark belasteten Regierung durch Pilsudski war ein äußeres Zeichen der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem politischen Kurs. Erforderliche Maßnahmen zur Besserung der Handelsbilanz durch Devisenverfügungen und Beschränkung der Einfuhr hatte schon die alte Regierung getroffen. Die neue Regierung ging vor allem auch an eine Beschränkung der Staatsausgaben und eine Reform des Beamtenkörpers. Unter Mitwirkung ausländischer Berater wurden weitere

Reformen vorbereitet, ohne daß es aber gelang, die zu einer völligen Sanierung erforderliche Auslandsanleihe zu erhalten. So war trotz der Reformen im Mai 1926 das Bild noch immer trübe genug, und eine weitere Inflation trotz geringer Besserung der Handelsbilanz erschien unausbleiblich, zumal der Gold- und Devisenbestand der Bank von Polen fast völlig verschwunden war. Die Bank war praktisch machtlos.

Da setzte eine Konjunktur ein, wie sie wohl selten für ein Land so im richtigen Augenblick sich ergeben hat. Der englische Kohlenstreik brachte für Polen ein ganz unerwartetes Emporschnellen seiner Ausfuhr, insbesondere seiner Kohlenausfuhr. Vor dem Zollkrieg mit Deutschland hatte Deutschland gezwungenermaßen auf Grund des Vertrages von Versailles monatlich etwa 500 000 Tonnen Kohlen aus Polnisch-Oberschlesien kaufen müssen. Als diese Ausfuhr am 1. Juli 1925 aufhörte, sank die polnische Kohlenausfuhr von rund einer Million Tonnen auf die Hälfte. Die Folge war eine große Wirtschaftskrise im größten Industriegebiet. Noch in den ersten fünf Monaten von 1926 war es nicht gelungen, für den Wegfall des Absatzes nach Deutschland anderweitig die Kohlen zu verkaufen, sodaß die monatliche Ausfuhr 1926 bis zum Mai nur 560 000 Tonnen betrug. Der englische Kohlenstreik hatte zur Folge, daß sich alle Welt um die polnische Kohle riß, so daß im zweiten Halbjahr 1926 die Kohlenausfuhr 1 600 000 Tonnen monatlich betrug. Polen setzte dadurch in 1926 ganz unerwartet für 140 Mill. Goldfranken Kohlen mehr ab als es sonst der Fall gewesen wäre, und durch diesen Umstand in erster Linie gelang eine Befestigung der polnischen Währung und damit die Schaffung einer gesunden Grundlage für einen allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft. Daneben hatte die zweite Inflation auch noch einzelne andere Zweige der polnischen Ausfuhr gefördert, so daß das Jahr 1926 mit einer sehr günstigen Handelsbilanz abschloß. Als Folge hiervon ist der Devisenbestand der Bank von Polen von 49 Mill. Goldfr. im März auf 165 im Dezember 1926 angewachsen. Der vorher unerträglichen Geldknappheit konnte daher auch durch Vermehrung der Umlaufmittel und Erhöhung der Wechselkredite abgeholfen werden. Der Notenumlauf wurde bei wesentlicher Besserung der Deckungsverhältnisse von rund 360 Mill. Zl. zu Anfang des Jahres 1926 auf beinahe 600 Mill. zu Ende des Jahres erhöht; der Wechselbestand stieg gleichzeitig von 285 auf 320 Mill. Ob allerdings das eine wesentliche Vermehrung des Geldumlaufs hinsichtlich der Kaufkraft bedeutet, muß angesichts der Verschlechterung des Zloty bezweifelt werden. Aber in jedem Falle haben sich die Verhältnisse etwas gebessert.

So ist das wichtigste Problem des polnischen Wirtschaftslebens durch eine ungewöhnliche Gunst des Schicksals im Jahre 1926 vorläufig gelöst worden, nämlich die Befestigung der Währung. Die Bank von Polen steht heute so

stark da, daß vorläufig hinsichtlich der Währung nichts zu befürchten ist. Sie konnte es sogar Anfang 1927 unternehmen, den Kurs des Zloty auf dem internationalen Markt etwas zu bessern. Während man zu Anfang des vorigen Jahres eine große Auslandsanleihe als unerlässlich für die Befestigung der Währung ansah, ist heute eine solche für diesen Zweck nicht mehr erforderlich. Nötig ist sie jetzt nur noch zur Förderung der Industrie und zur Verbilligung des Zinssatzes.

Es bleiben aber andere schwierige Probleme zu lösen, wenn man eine neue Katastrophe ausschließen will. Zunächst ist immer noch das Problem des Staatshaushalts nicht geklärt, der zwar dank energischer Maßnahmen der neuen Regierung im Jahre 1926 notdürftig zum Ausgleich gebracht wurde, aber noch keineswegs befestigt ist. Der Ausgleich der Ausgaben und Einnahmen wurde in erster Linie erreicht durch die Beschränkung der Beamtengehälter. Trotz der Entwertung des Zloty hat man die Beamtengehälter nicht erhöht, was natürlich auf die Dauer nicht beibehalten werden kann. Die Herabsetzung der Militärausgaben, die von der neuen Regierung zunächst angekündigt war, ist nicht erfolgt, und für 1927 sogar eine Erhöhung durchgedrückt. Da der neue Staatshaushalt deshalb im ganzen eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben bringt, so enthält dieses Problem große Zukunftsgefahren. Man weist zwar in Regierungskreisen mit Stolz auf den Ausgleich des Etats in 1926 hin, vergißt dabei aber, daß die Aufbringung der Steuern nur möglich war, weil der sinkende Zloty den Besteuernten die Zahlung ganz erheblich erleichterte. Nachdem jetzt die Befestigung der Währung eingetreten ist, erscheint es sehr fraglich, ob das verarmte Land den Etat von über zwei Milliarden Zloty tragen kann.

Auch die günstige Handelsbilanz des Jahres 1926 ist in Wirklichkeit kein wirtschaftlicher Fortschritt. Der allgemeine wirtschaftliche Fortschritt liegt in erster Linie in der Stärkung des Devisenbestandes durch die Kohlenausfuhr. Die Steigerung des Kohlenabsatzes hat auch der Arbeitslosigkeit abgeholfen, dadurch wuchs die allgemeine Kaufkraft, und so gab es vorübergehend eine Besserung. Auf die Dauer wird sich die Aufrechterhaltung der Kohlenausfuhr nicht ermöglichen lassen, und auch sonst zeigt die Handelsbilanz sehr bedenkliche Punkte.

Das nächste und schwierigste Problem ist daher die Aufrechterhaltung einer aktiven Handelsbilanz. Polen braucht diese unbedingt, weil seine Zahlungsbilanz sonst passiv sein würde. Es hat erhebliche Ausgaben an Frachten, für Munitionslieferungen, an Zinsen und für den Reiseverkehr in das Ausland. Wenn Ein- und Ausfuhr sich ausgleichen, schätzt man die Passivität der Zahlungsbilanz auf ungefähr 100 Mill. Goldfr., und um diesen Betrag müßte daher die Ausfuhr die Einfuhr überschreiten. Das ist 1926 zum ersten Mal

geschehen. Ob es für 1927 noch gelingen wird, einen solchen Ausfuhrüberschuß herauszuwirtschaften, erscheint mehr als fraglich. Das Jahr 1926 brachte den Ausfuhrüberschuß zum großen Teil nur dank einer ungeheuren Einschränkung der Einfuhr durch starke Zollerhöhung und eine ganze Reihe von Einfuhrverboten. Außerdem hat die Verschlechterung der Währung natürlich in starkem Maße Einfuhrbeschränkungen zur Folge gehabt. Die gleiche Währungsverschlechterung hat dagegen für die Ausfuhr den Charakter einer Ausfuhrprämie gehabt. Die Ausfuhrmengen sind 1926 erheblich gegenüber dem Vorjahre gestiegen, der Ausfuhrwert aber ist fast gar nicht gestiegen.

Polens Außenhandel zeigt folgendes Bild:

	Einfuhr in Mill. Goldfr.	Ausfuhr in Mill. Goldfr.
1925	1602,8	1272,1
1926	896,2	1306,0

Trotz der günstigen Konjunktur von 1926 ist also der Ausfuhrwert fast gar nicht gestiegen. Als Ende Dezember nach Beendigung des englischen Kohlenstreiks die große Kohlenausfuhr aufhörte, ergab der Januar nur noch einen ganz minimalen Ausfuhrüberschuß, und für Februar hörte der Ausfuhrüberschuß ganz auf. Polens Handelsbilanz zeigt sehr viel schwache Punkte. Das Land braucht eine große Einfuhr, da die Industrien zum Teil nur wenig entwickelt sind, zum Teil für ihre Entwicklung in großem Umfange neue Maschinen brauchen, wie z. B. die Erdölindustrie. Die Entwicklung der heimischen Industrie ist trotz des Vorhandenseins großer Industriezentren wie Oberschlesien, Lodz, Bialystock u. a. im allgemeinen noch sehr zurückgeblieben. Im großen ganzen hat das Land einen landwirtschaftlichen Charakter. Der größte Teil seines Gebietes aber, nämlich Kongreßpolen, ist landwirtschaftlich durchaus schlecht ausgenutzt und liefert für die Ausfuhr kaum einen Überschuß. In den besser entwickelten früher preußischen Gebieten ist die Landwirtschaft durch die Vertreibung der deutschen Ansiedler und die Liquidation sowie die teilweise schon eingeleitete Zerstückelung der großen Güter nicht gerade in ihrem Ertrag gehoben worden. Der landwirtschaftliche Überschuß des ganzen Landes für die Ausfuhr ist daher nur sehr bescheiden. Für Getreide beträgt er noch nicht einmal eine Million Tonnen. Die Kartoffelausfuhr bringt wenig ein, nur die Zuckerausfuhr hat große Bedeutung. Aber auch diese wird erschwert dadurch, daß die polnische Zuckerindustrie zu teuer arbeitet. Sie kann an das Ausland nur erheblich unter dem Inlandspreis verkaufen und muß daher im Inland sich durch höhere Preise gesund machen. Gut entwickelt hat sich die Ausfuhr von Eiern und Schweinen. Alle diese landwirtschaftlichen Erzeugnisse einschließlich Zucker ergeben aber zusammen auch nur einen Ausfuhrwert von etwa 350 Mill. Goldfr. Da

die Ernte von 1926 schlecht war, wird diese Summe in 1927 kaum erreicht werden.

Ein anderer wichtiger Ausführgegenstand ist Holz. Trotzdem aber die ausgeführte Holzmenge von 3268000 Tonnen in 1925 auf 4970000 Tonnen in 1926 stieg, ist in der gleichen Zeit der Wert der Holzausfuhr von 227 auf 207 Mill. Goldfr. zurückgegangen. Eine wesentliche Besserung dieser Summe dürfte kaum zu erreichen sein. Über den Ausführgegenstand Kohle ist bereits berichtet worden. Die Kohlenausfuhr stieg von 144,4 Mill. Goldfr. in 1925 auf 252,1 in 1926, dürfte aber 1927 wieder nicht viel mehr als den Wert von 1925 erreichen. Etwas besser sieht es mit der Ausfuhr von Erdölzeugnissen aus, die von 66 auf 76 Mill. Goldfr. gestiegen ist und noch etwas zunehmen dürfte. Eine wesentliche Steigerung ist aber nicht möglich, weil die polnische Erdölgewinnung infolge Mangel an Kapital und aus technischen Schwierigkeiten nicht wesentlich zunimmt. Eine kleine Besserung zeigt auch die Ausfuhr von Metallen und Erzeugnissen daraus, da die polnische Zinkindustrie ihren Absatz nach Deutschland behaupten konnte und die Eisenindustrie neuerdings etwas besseren Absatz aufwies. Die Ausfuhr von Metallen und Erzeugnissen daraus betrug 1925 138,6 und 1926 139,3 Mill. Goldfr. Von großen Fortschritten kann man also nicht sprechen. Um so schlimmer sieht es aber bei den Erzeugnissen der Textilindustrie aus. Dies ist ein in der russischen Zeit sehr hoch entwickelter Industriezweig, der aber jetzt nicht genug Absatz findet. Rußland, das früher die Erzeugnisse von Lodz und Bialystock kaufte, führt jetzt fast gar nichts von diesen Waren ein; die Erschließung Rumäniens als Absatzgebiet ist nach anfänglichen Erfolgen gescheitert. Die Gesamtausfuhr von Textilerzeugnissen ging daher in den letzten beiden Jahren von 141,7 auf 78 Mill. Goldfr. zurück.

Ein Gesamtüberblick über den Außenhandel läßt erwarten, daß eine Herabdrückung der Einfuhr unter 1000 Mill. Goldfr. kaum möglich ist. Die Ausfuhr kann angesichts der schlechten Ernte und nach Beendigung der Kohlenkonjunktur voraussichtlich nicht annähernd den vorjährigen Wert erreichen. So sind die Aussichten auf diesen Gebieten für die nächste Zeit sehr schwierig.

Ein weiteres Problem ist die Gestaltung des polnischen Zolltarifs. Polen hat das alte russische Hochschutzzollsystem übernommen und zum Teil sogar noch verschärft. Man wollte durchaus die Industrie weiter entwickeln, namentlich auch, um von der Einfuhr aus Deutschland unabhängig zu werden. Das Ergebnis der übermäßigen Zölle ist natürlich eine Verteuerung der gesamten Lebenskosten. Bei allen polnischen Ausführindustrien ist daher die Schwierigkeit zu überwinden, daß sie zu teuer produzieren. Das gilt ebenso für die Kohlenindustrie, die mit den englischen Preisen nicht in Wettbewerb treten kann, wie für die Textilindustrie oder gar die Zuckerindustrie, oder die

Zementindustrie oder die Holzindustrie. Die Holzindustrie hat ihren Absatz durch Erschließung des englischen Marktes für polnisches Schnittholz in 1926 nur dank sehr niedriger Preise erreicht. Die Zementindustrie hat in der Zeit der ersten Inflation bis 1923 große Mengen ausgeführt, wobei die Ausfuhr aber vollständig stockte, bis sie erst wieder durch die neue Inflation von 1925/26 die Möglichkeit der Ausfuhr erlangte. Man scheint jetzt auch die Unmöglichkeit des übertriebenen Hochschutzzolls einzusehen, und eine völlige Neubearbeitung des Zolltarifs ist angekündigt.

Das schwierigste Problem bietet aber die Beendigung des Zollkrieges mit Deutschland. Mit einem Schlage würde Polens Außenhandel sich vorteilhafter gestalten, wenn ein günstiger Handelsvertrag mit Deutschland den polnischen Erzeugnissen dasjenige Absatzgebiet eröffnen würde, das für sie am vorteilhaftesten gewesen ist. Deutschland kann die meisten polnischen Ausfuhrwaren am besten bezahlen. Es kann aber auch die meisten Waren, die Polen braucht, am vorteilhaftesten liefern. Der polnische Kaufmann sieht dieses auch ein und kauft auch heute trotz des Zollkrieges noch mit Vorliebe deutsche Waren. Der Politiker läßt aber auch jetzt, nach bald zwei Jahren Zollkrieg, die Vernunft nicht walten, sondern hebt immer wieder das Schreckgespenst einer deutschen Vorherrschaft über Polen ans Tageslicht, weshalb die Durchführung der Liquidation deutscher Güter und die Verhinderung der Niederlassung von Deutschen in Polen für wichtiger angesehen wird als der Handelsvertrag mit Deutschland. Wie sehr Polen auf den Handel mit Deutschland angewiesen ist, ergibt die Tatsache, daß trotz des Zollkrieges mit Deutschland dieses 1926 in Polens Außenhandel immer noch bei weitem an erster Stelle stand. Es war an der polnischen Einfuhr mit beinahe 24 % und an der Ausfuhr mit 26 % beteiligt und stand damit noch weit vor allen anderen Ländern. Vor dem Zollkrieg betrug der deutsche Anteil an der polnischen Einfuhr 34 % und an der polnischen Ausfuhr 53 %. Man kann hieraus ohne weiteres entnehmen, daß gerade bei der Ausfuhr Polen keinen Abnehmer finden kann, der ihm so günstige Bedingungen bietet wie Deutschland. Deshalb ist eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Landes vollständig wohl nur möglich, wenn es eine Einigung mit seinem besten Kunden herbeiführt.

GERHARD HERRMANN:

WELTWIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Die im vorigen Bericht aufgezeigte Tendenz zu internationaler, intereuropäischer Verständigung, wie sie sich im Eisenpakt, im Aluminiumtrust und

im deutsch-französischen Kaliabkommen manifestierte, hat in der Zwischenzeit eine weitere Verstärkung erhalten durch den lang erwarteten Abschluß einer Welt-Kunstseiden-Konvention.

Ein gewichtiger Unterschied ist freilich festzuhalten. Überwiegend sind die internationalen Kartelle ausgesprochene Rohstoffkartelle, denn im allgemeinen ist es leichter, Massenrohstoffen Monopolcharakter zu geben als Fertigfabrikaten, wie ja überhaupt die Tendenz zur Monopolbildung und Marktbeherrschung Voraussetzung und Konstituens aller Kartellbildung ist. Bei der Weltkunstseidenkonvention dagegen haben wir es mit einem höchst qualifizierten Veredelungsprodukt zu tun, und es sind ganz spezifische Momente technischer, ökonomischer und juristischer Natur, die dieses Abweichen von einer gemeinhin beobachteten Tendenz bedingen und erklären.

Einmal ist die gesamte Kunstseidenindustrie verhältnismäßig jungen Datums, so daß alle traditionellen Hemmungen, die sonst häufig Zusammenschlüssen im Wege stehen, in Wegfall kommen. Die meisten Unternehmen haben die Form einer A.-G. oder G. m. b. H., der Familienbesitz spielt keine Rolle. Zur Produktion sind ferner beträchtliche stehende Kapitalien nötig, die nur im Großbetrieb rentabel verwendet werden können. Das komplizierte Produktionsverfahren hat eine sehr qualifizierte Arbeiterschaft zur Voraussetzung, die nur in längerer Zusammenarbeit herangezogen werden kann. Alle diese Momente bringen es mit sich, daß sich die Kunstseidenindustrie in wenigen Händen befindet, zwischen denen also eine Verständigung einfach ist, und daß die Eigenart der Produktionsverhältnisse ein Aufkommen von Außenseitern unmöglich macht. Diese technisch-ökonomische Monopoltendenz wird juristisch verstärkt durch einen strengen Patentschutz.

Auf Grund dieser geradezu idealen Voraussetzungen ist es nun zu Beginn dieses Jahres zwischen den führenden europäischen Firmen, Courtaulds Ltd. in England, Vereinigte Glanzstoff A.-G. in Deutschland und der Snia Viscosa in Italien zum Abschluß einer Interessengemeinschaft gekommen. Die führende Firma ist Courtaulds, auf die 90 % der englischen Produktion entfällt. Sie besitzt ferner die Majorität der American Viscose Corporation, womit sie 70 % der amerikanischen Produktion kontrolliert. Auf Courtaulds incl. Tochtergesellschaften entfällt ein Drittel der Weltproduktion, die 1926 96 Millionen kg betrug.

In Deutschland ist die sogenannte Elberfelder Gruppe, die Vereinigte Glanzstoff A.-G. von beherrschendem Einfluß, seit 1925 in Interessengemeinschaft mit J. P. Bemberg. Innerhalb der deutschen Viscose-Konvention hat Elberfeld die unbedingte Führung, denn es produziert 75 %, kontrolliert 85 % der deutschen Kunstseidenfabrikation. Außerhalb Deutschlands ist die tschechoslowakische Produktion zu drei Vierteln, die österreichische ganz in ihren Händen. Ihr Anteil an der Weltproduktion beträgt etwa 14 %.

Gegenüber den älteren englischen und deutschen Gruppen ist der italienische Partner, die Società Nazionale Industria Applicazioni [Snia] Viscosa in Turin, erst nach dem Kriege als Außenseiter in die Höhe gekommen und beunruhigte mit seinen billigen und schlechten Fabrikaten den Markt. Die Snia Viscosa erwarb sich maßgebenden Einfluß in Polen und der Schweiz, und es gelang ihr, 11 % der Weltproduktion an sich zu reißen. Der Mangel von Produktionserfahrung und eines geschulten Arbeiterstammes führte aber zu dauernden finanziellen Schwierigkeiten, die 1926 zu einer Reduktion des Kapitals von 1 Milliarde Lire auf 750 Mill. führten und zu einer Wiedererhöhung um 250 Mill.

Diese Notlage der Snia benutzte nun Courtaulds, um seinerseits durch die Zurverfügungstellung von Kapital auf die Snia Einfluß zu gewinnen und ein Arbeitsabkommen mit ihr abzuschließen. Formal scheint diese Bindung ziemlich lose zu sein, da man keine Dachgesellschaft gründen will. Es soll vielmehr nur ein Beratungsgremium auf paritätischer Grundlage gebildet werden. Zu diesem Zweck sind je ein Direktor der Vereinigte Glanzstoff und von Courtaulds in das italienische Unternehmen entsandt worden. Nach der Stabilisierung der Snia sollen ein Erfahrungsaustausch stattfinden und gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung und Verbilligung von Produktion und Absatz getroffen werden. Die formale Lockerheit der gegenseitigen Bindungen schließt eine tatsächliche enge Zusammenarbeit durchaus nicht aus.

Durch die Einbeziehung der Snia Viscosa ist die letzte Lücke in dem sich über die ganze Welt erstreckenden Netz der Kunstseideninteressen geschlossen. Bereits 1925 nämlich waren Courtaulds und die Elberfelder Gruppe einander näher getreten durch die gemeinsame Gründung der Glanzstoff-Courtaulds G. m. b. H. Köln. Andererseits bestehen enge Beziehungen zwischen Glanzstoff und J. G. Farben, da J. P. Bemberg — wie erwähnt bereits seit 1925 in Interessengemeinschaft mit Glanzstoff — mit dem Farbentrust gemeinsam die Aceta G. m. b. H. als Tochtergesellschaft gegründet hat. Und schließlich ist Glanzstoff in doppelter Hinsicht an der amerikanischen Produktion beteiligt, einmal via Courtaulds an der American Viscose Co., zweitens via Farbentrust—Dynamit-Nobel an der Dupont Silk Co. in Buffalo. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in kaum einem Industriezweig eine so enge, sich über alle wichtigen Produktionsgebiete erstreckende Beteiligung und Zusammenarbeit stattfindet wie in der Kunstseidenindustrie. Die Aussicht, daß diese Tatsache eines Tages in dem Abschluß eines Weltkunstseidensyndikats ihren äußeren Ausdruck findet, hat nichts Utopisches mehr an sich. —

Noch ein zweiter Trust von ausgesprochen weltwirtschaftlicher Bedeutung hat in den letzten Monaten viel von sich reden gemacht, der schwedische Zündholztrust. Er verfügt über ein Kapital von 800 Mill. R. M. und kon-

trolliert 75 % der Weltproduktion, ja sogar 90 % der Produktion der exportierenden Länder. Zwar ist, ganz im Gegensatz zur Kunstseidenerzeugung, rein technisch die Durchbrechung eines Produktionsmonopols leicht, da die Produktionstechnik einfach ist und wenig Kapital benötigt.

Trotzdem hat die Svenska Tändsticks A. G., mit Ivar Kreuger an der Spitze, eine unbestrittene Vormachtstellung errungen und behauptet; zwar auch durch ihre fortschrittliche Fabrikation und Vertriebsstechnik, vor allem aber dank ihrer über die ganze Welt verbreiteten Beziehungen zu Hochfinanz und Regierungen, wodurch es ihr gelang, die Staatsmonopole für Zündhölzer in ihre Gewalt zu bekommen gegen Gewährung von Anleihen an die betreffenden notleidenden Staaten, so z. B. in Polen, Griechenland und Peru. Verhandlungen mit Bolivien auf derselben Basis, Monopol contra Anleihe, schweben noch. Dieses Geschäft pflegt für alle Beteiligten recht lukrativ zu sein, so daß z. B. in Peru ein Streichholz einen halben Pfennig kostet.

Neuerdings wird der Trust zu weiteren Monopolstellungen kommen in Frankreich unmittelbar, und mittelbar auch in Deutschland.

Nach jahrelangen, durch das Kabinett Herriot unterbrochenen, Verhandlungen wird der Trust das französische Staatsmonopol in seine Gewalt bringen, unter Zuzuzemachung des Kapitalbedarfs des französischen Staates gegen Stellung einer $6\frac{1}{2}$ % igen „Kautions“ von 80 Millionen Dollar, was natürlich auf eine verkappte Anleihe hinauskommt. Der Trust verpflichtet sich die sehr rückständigen französischen Produktionsanlagen zu rationalisieren und sogar um 20 % zu Exportzwecken zu erweitern. Der Gewinn soll zu gleichen Teilen zwischen Trust und Staat geteilt werden. Daß der bereits eingebrachte Gesetzentwurf von der Kammer genehmigt werden wird, kann als sicher gelten.

War es in Frankreich die Deflationskrise, die den Schwedentrust zu Einfluß brachte, so gelang es dem Trust durch die Inflation ganz unauffällig, 70 % der deutschen Produktion unter seine Kontrolle zu bringen. Wenn auch Deutschland kein Staatsmonopol besitzt, so unterstützt doch die Regierung offensichtlich alle Bestrebungen zur Bildung eines Privatmonopols. Im Sommer 1926 kam es unter Einfluß des Reichs-Wirtschafts-Ministeriums zwischen den freien deutschen Fabriken und den Unternehmen des Trust zur Bildung eines deutschen Zündholzsyndikat, an dem kapitalmäßig die beiden Parteien zu gleichen Teilen beteiligt waren, während die Produktionsquoten 2 : 1 zugunsten des Trust verteilt wurden.

Um nun das Aufkommen von Außenseitern gegenüber diesem Syndikat zu verhindern, liegt z. Zt. dem Reichsrat ein Gesetzentwurf vor, daß neue Zündholzfabriken einer Konzessionserteilung durch den Reichswirtschaftsminister bedürfen. Gegenüber Preiserhöhungen des Syndikats steht dem Minister ein Vetorecht zu. Faktisch bedeutet dies also, daß dem Schwedentrust seine in

den Inflationsjahren errungene Vormachtstellung von Staats wegen garantiert wird, ohne daß das Reich für dieses doch mehr als weite Entgegenkommen irgendeine Gegenleistung erhält, keine Gewinnbeteiligung wie in Frankreich. Da dem Trust ein weiterer Aufkauf bisher freier Fabriken unbenommen bleibt, so ist der volkswirtschaftliche Nutzen dieses Gesetzentwurfes höchst schleierhaft. Die neue Machtposition des Trust kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß im Frühjahr 90 Mill. R.M. neu ausgegebener Tändsticks-Aktien an der Berliner Börse zur Einführung gelangen, womit Berlin in seinem Bestreben, seine Position als Weltbörsenplatz zurückzugewinnen, um einen Schritt weiter gelangt wäre.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über den mexikanisch-nordamerikanischen Ölkonflikt, der infolge seiner wichtigen geökonomischen Hintergründe eine über den juristischen Anlaß weit hinaus reichende Bedeutung erhält. Die Tatsachen dürften bekannt sein: Calles hat den umstrittenen Artikel 27 der mexikanischen Verfassung in Kraft gesetzt, wonach sämtliche Bodenschätze und der Grundbesitz der Ausländer als Nationaleigentum erklärt werden. Praktisch richtet sich diese Maßnahme vor allem gegen die ausländische Beteiligung in der Erdölproduktion und -verarbeitung, die das Rückgrat der mexikanischen Wirtschaft darstellt.

Über eine Milliarde Peso Kapital ist hier angelegt, wovon über 97 % in ausländischen Händen sind. Am 1. Januar 1927 sind nun die neuen Konzessionsgesetze in Kraft getreten. Während die holländischen und britischen Ölgesellschaften sich den mexikanischen Bestimmungen unterwarfen und vorschriftsmäßig um neue Konzessionen nachsuchten, weigerten sich die amerikanischen Gesellschaften ausdrücklich, wobei sie sich auf gewisse Zusagen des Präsidenten Obregon berufen konnten. Da Mexiko jedoch nicht über die nötigen Machtmittel verfügt, um seine geopolitisch nicht unberechtigten Ansprüche durchzusetzen, sah sich Präsident Calles genötigt, seine Bereitwilligkeit zu erklären, den mexikanischen Ölkonflikt dem Haager Schiedsgerichtshof zu unterbreiten.

Daß die U. S. A. von vornherein eine sehr energische Haltung gegenüber Mexiko einnahmen, geschah — neben anderen Gründen — wegen der hohen dortigen finanziellen Beteiligungen. Insgesamt sind in Mexiko für 670 Mill. mexikanische Dollar amerikanisches Kapital angelegt, wovon 92 %, nämlich 614 Mill., in der Ölindustrie beteiligt sind. Von dem in der Ölindustrie angelegten Kapital entfallen 57,8 % auf die Union, 33,4 % auf Großbritannien und 7,1 % auf die Niederlande. Der rein mexikanische Kapitalanteil ist also verschwindend gering. Die amerikanischen Interessen werden hierbei überwiegend durch die Standard-Oil-Gruppe und den Sinclair-Konzern vertreten und die britisch-niederländischen Interessen durch die Royal-Dutch-

Shell-Gruppe und die Anglo-Persian Oil Co. Der rapide Aufschwung der mexikanischen Ölindustrie von einer Produktion von 3,6 Mill. Faß im Jahre 1910 auf 193 Mill. Faß 1921 [1926: 90 Mill.] ist also entscheidend amerikanischer Kapitalbeteiligung zu danken. Es ist verständlich, wenn sich die Amerikaner die Früchte ihrer Aufbauarbeit nicht rauben lassen wollen. Über die Wahrung rein privater Finanzinteressen hinaus handelt es sich aber für die U. S. A. um die Sicherung ihres gesamten Erdölbedarfs. So sagt z. B. ein Gutachten des U. S. Federal Oil Conservation Board: „Während die Produktion von Öl auf unserem eigenen Staatsgebiet offenkundig die größte Wichtigkeit besitzt, sind doch für den Fall des Mangels genügender Vorräte die Einfuhren von Öl von großer Bedeutung. Die Felder Mexikos und Südamerikas sind reich, und viel versprechende geologische Strukturen sind noch nicht durch die Bohrsonde erforscht. Es ist von größter Wichtigkeit, daß unsere Gesellschaften mit aller Kraft danach streben, solche Felder zu erwerben und zu erforschen; und dies nicht allein zur Sicherung künftiger Bedarfsdeckung, sondern auch, um diese Vorräte unter der Kontrolle amerikanischer Bürger zu haben.“

Der Ölbedarf der amerikanischen Industrie ist in raschem Wachstum begriffen, das die Steigerung der amerikanischen Ölproduktion noch übertrifft. Infolgedessen geht etwa 60 % der mexikanischen Ölausfuhr nach den U. S. A. Zwar entfielen 1925 von einer Weltproduktion von 152 Mill. Metertonnen 67,8 % auf die Union und nur 10,8 % auf Mexiko. Aber nach einer, allerdings mit großer Vorsicht aufzunehmenden, Schätzung des U. S. Geological Survey reichen die Erdölvorräte in der U. S. A. nur noch 13 Jahre, während man den mexikanischen Lagern eine Lebensdauer von 25 Jahren gibt, eine sicher zu niedrige Schätzung, da in Mexiko weite Strecken Landes noch garnicht erforscht sind. Von der beherrschenden Stellung des Erdöls in der U. S.-Wirtschaft machen wir uns in Deutschland kaum eine hinreichende Vorstellung, betrug doch 1923 der Erdölverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in der U. S. A. 732 kg gegen 13 kg in Deutschland. Diese hohe Verbrauchsquote in Zusammenhang mit der drohenden Erschöpfung der nordamerikanischen Lager — andere Schätzungen geben sogar nur eine Lebensdauer von fünf bis sechs Jahren — und die lebhaften finanziellen Interessen muß man als Ganzes betrachten, wenn man die Hartnäckigkeit verstehen will, mit der Regierung und Ölindustrie der Union ihre mexikanischen Interessen verteidigen. Daß die Fühlungnahme zwischen den Ölmagnaten und dem Weißen Haus von jeher ganz besonders eng gewesen ist, ist hierbei ein weiterer fördernder Umstand.

FRIEDRICH PAPENHUSEN:
GEOPOLITISCHE ERWÄGUNGEN ZUM DEUTSCH-
ÖSTERREICHISCHEN ANSCHLUSSGEDANKEN

Die Politik des kaiserlichen Deutschland der letzten Jahre war vorwiegend nach Südosten gerichtet, und mit Recht, denn nur in dieser Richtung konnte es Absatzmärkte und Rohstoffquellen für seine Wirtschaft finden. Das ist auch heute noch der Fall. Der Krieg hat uns von diesem wichtigen Handelswege abgedrängt, und es gilt, ihn wieder zu erreichen. Für die Richtung nach Südosten ist entscheidend, daß der Westen Europas uns nichts geben kann, was wir gebrauchen, und nichts nehmen will, was wir geben können. Der Osten Europas, Rußland, bietet allerdings noch ein Feld reicher Betätigung. Zielbewußt strebt jedoch auch dort die ganze wirtschaftliche Politik zu einer Autarkie. Wohl stehen uns noch die Märkte des Norden, besonders in Schweden, offen. Sie können uns aber nicht das sein, dessen wir bedürfen. Es bleibt nur der Weg nach Südosten übrig, der über die Balkanhalbinsel nach Vorderasien, den Randländern des Indischen Ozeans und nach Ostasien führt. Hier treffen wir die ältesten und ergiebigsten Kulturgebiete der Erde, die an Zukunftsmöglichkeiten kaum zu übertreffen sind. Der Weg dorthin führt aber für uns über Deutsch-Österreich. Der Anschluß gewinnt daher mit Rücksicht auf unsere wirtschaftliche Ausdehnung und Gesundheit eine hohe Bedeutung.

Es ist an sich bedauerlich, wenn wir in einer Sache, wo nur das Herz sprechen sollte, das Für und Wider auch rein verstandesmäßig betrachten. Der Anschluß ist aber für uns wie für Deutsch-Österreich weniger eine Gemütspflicht als eine zwingende Notwendigkeit der eigenen Selbsterhaltung. Deutschland benötigt der Vergrößerung seines Wirtschaftsraumes, und Deutsch-Österreich bedarf als wirtschaftlicher und politischer Kleinbetrieb der Anlehnung. Wir sind uns vollkommen darüber klar, daß mit bloßen Wirtschaftserwägungen, so ernsthaft sie auch sein mögen, die Liebe und das Interesse für den Anschlußgedanken nicht geweckt werden können. Das Schicksal der Donaumonarchie hat nur allzu deutlich gezeigt, daß wirtschaftliche Beziehungen, sie seien noch so enge, für einen staatlichen Zusammenschluß heute nicht mehr ausreichen. Und doch ist es Pflicht, die Frage zu erörtern, ob wir, abgesehen von dem Zuwachs an Volkskraft, mit Deutsch-Österreich stärker sind als ohne es.

Bei rein oberflächlicher Betrachtung und Abwägung der klar zu Tage tretenden Verhältnisse müssen wir zu einer Ablehnung des Anschlusses kommen.

Deutsch-Österreich ist wirtschaftlich ein Torso. Es muß fast alles einführen, dessen es zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft bedarf. Seine Handelsbilanz ist vollkommen passiv. Das ist im Hinblick auf unsere eigene wirtschaftliche Lage kein Ansporn, die Stimme für den Anschluß zu erheben. Vor allem nicht, wenn wir bedenken, daß Deutsch-Österreich in den meisten Erzeugnissen seiner Industrie unser Konkurrent ist. Es bestehen ferner große Unterschiede zwischen deutsch-österreichischer und reichsdeutscher Wirtschaft. Der österreichische Arbeiter als Wirtschaftskraft erreicht nicht ganz das reichsdeutsche Durchschnittsmaß, und die Produktion ist dort nicht so entwickelt wie bei uns. Solche Momente sind gewiß nicht leicht zu nehmen. Es wäre aber verfehlt, wenn wir diese Schattenseiten zur Grundlage unserer Entschließungen machen wollten, denn Deutsch-Österreich bietet mehr, als wir im ersten Augenblick und unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse erkennen können. Es besitzt Ausstrahlungsmöglichkeiten, die es bei seiner Kleinheit und Schwäche nicht selbst ausnutzen und entwickeln kann, die aber, wie die Vergangenheit gezeigt hat, in größerem Verlande zu voller Reife kommen.

Man hat Deutsch-Österreich viel genommen. Aber eines konnte man ihm nicht nehmen, seine verkehrsgeographische Bedeutung und Lage. Mit dem Wiener Becken besitzt es eine der verkehrsgeographisch bedeutendsten Stellen Mitteleuropas. Als weites Tor zwischen den Alpen und den Karpathen gestattet es einen bequemen Verkehr vom Norden zum Süden Europas. Durch das Tal der Elbe über Böhmen, über die Wasserscheide von Weißkirchen durch Mähren werden ihm die Wege aus Nord- und Osteuropa zugeführt, die es über den Semmering oder am Fuße der Ostalpen nach Süden entläßt. Längs des Nordfußes der Alpen strebt ihm der große West-Ostweg, die „Eurasische Hochstraße“, von den Niederlanden über das französische Becken und die südwestdeutsche Stufenlandschaft zu, um dann durch die weiten Ebenen Ungarns, durch das Eiserne Tor zum Schwarzen Meer, und durch die Pforte bei Belgrad über die Balkanhalbinsel weiterzuziehen.

Das Wiener Becken ist aber nicht nur für Mitteleuropa von großer Bedeutung, es ist auch für die Nachfolgestaaten der zentrale Mittelpunkt, in dem die Aufgeschlossenheit der Länder sich gegeneinander neigt. Hier treffen sich die Wege aus den Alpenländern, aus Böhmen und Mähren, und der gesamte Verkehr aus der Ungarischen Tiefebene mit ihren Randgebirgen wird ihm durch die Carnuntische Pforte zugeführt.

Die gegenseitige Abhängigkeit der drei Länder im Verkehrsleben, das seinen Mittelpunkt im Wiener Becken findet, ist ein Moment von hoher politischer Bedeutung. Das hat sich schon einmal in der Geschichte gezeigt. Niederösterreich, der Besitzer des Wiener Beckens, wurde das Stammland der Donaumonarchie. Von hier aus wurden Böhmen und die Adriagebiete angegliedert,

Ungarn von der Herrschaft der Türken befreit, Galizien und die Bukowina erworben.

Aber nicht nur die Verkehrsverhältnisse haben die historische Entwicklung begünstigt. Sie wurde auch durch die gegenseitige wirtschaftliche Ergänzung der einzelnen Länder merklich gefördert. Jedes der Länder besitzt etwas, das dem andern fehlt. Dem mehr industriellen Westen mit seiner dichteren Besiedlung, dem Mangel an Nahrungsmitteln und dem Überschuß an industriellen Erzeugnissen steht der agrarische Osten mit seiner dünneren Besiedlung, seinem Mangel an Industrieartikeln und seinem Überschuß an landwirtschaftlichen Produkten gegenüber.

Es ist hier nicht der Ort, den wirtschaftlichen Zusammenhängen zwischen den einzelnen Ländern eingehend nachzuspüren. Diese kennzeichnet genügend der Hinweis, daß der Handel zwischen dem industriellen Westen und dem agrarischen Osten etwa drei Viertel des gesamten Handels der Monarchie ausmachte. An Stelle eines relativ wirtschaftsharmonischen Staatskörpers sind jetzt einerseits Gebilde mit fast ausschließlich landwirtschaftlicher Produktion, auf der anderen Seite dagegen Gebilde mit hoch entwickelter Industrie und unzureichender Ernährungsbasis getreten. Man hat sich den unbedingt nötigen und durch die natürlichen Verhältnisse geförderten Warenaustausch erschwert. Aber allen Anstrengungen zum Trotz, sich wirtschaftlich selbständig zu machen, besteht auch heute noch zwischen den Nachfolgestaaten ein reger Handel.

Was hat dies alles aber mit dem Anschlußgedanken zu tun? Wenn wir den Anschluß in seiner ganzen Bedeutung erfassen wollen, müssen wir auf die früheren und heute noch regen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachfolgestaaten hinweisen. Die von der Natur gewollten Zusammenhänge konnten wohl durch die neuen Zollschranken gestört, aber nicht zerstört werden. Die aus der Lage und den natürlichen Grundlagen der Wirtschaft sich ergebenden Gesetzmäßigkeiten bestehen heute noch, und es ist zu erwarten, daß der gegenseitige Handel sich allen Widerständen von innen und außen zum Trotz zu seiner früheren Bedeutung entwickelt. Damit geht aber Hand in Hand, daß auch die politischen Beziehungen zwischen den Nachfolgestaaten bessere und engere werden. Trotzdem ist die Hoffnung vollkommen abwegig, daß ein Zusammenschluß in der alten Form wieder zustande kommt. Dazu sind die 1918 aufgedeckten Risse zu tief. Etwas anderes wird kommen: der Wirtschaftsstaat, der an keine Landesgrenzen gebunden ist, und der die verschiedensten Nationalitäten und Konfessionen in sich verträgt. Die innere Zusammengehörigkeit und das wechselseitige Aufeinanderangewiesensein führt zum wirtschaftlichen Zusammenschluß, der Donauföderation, mit den Nachfolgestaaten als Grundpfeiler. Man hört augenblicklich allerdings recht wenig davon. Wir müssen trotzdem diesen Gedanken in Rechnung setzen,

da die Donauföderation ein schwerer Schlag gegen die deutsche Wirtschaft sein wird, wenn der Anschluß nicht vorher gelingt. Die Österreicher sind zwar Besitzer des Wiener Beckens, sie sind aber wirtschaftlich und politisch viel zu schwach, um die Führung der Donauföderation zu übernehmen. Führer werden die Tschechen sein, und mit ihnen ziehen die ihnen befreundeten Franzosen in das Wiener Becken ein. Das bedeutet für uns dann die Vernichtung aller Hoffnungen auf wirtschaftliche Genesung. Die Franzosen, selbst auf der Suche nach Absatzmärkten, können ihre bedrohte Stellung im Orient von Wien aus weit besser stützen als von Paris aus. Daraus ergibt sich auch unsere Stellung zur Donauföderation. Wir müssen sie verhindern, so lange der Anschluß noch nicht Wirklichkeit ist, wir müssen sie fördern, wenn der Anschluß vollzogen ist. Wir müssen sie fördern, weil die übrigen Länder um das Wiener Becken die Brücke zum Orient verbreitern sollen.

Es fragt sich nur, ob die Tschechoslowakei und Ungarn gewillt sind, zu uns in engere Beziehungen zu treten. Die Handelsbilanz mit diesen Ländern ist zwar für uns positiv, und doch liegt der Vorteil auf der anderen Seite. Wir stehen bei der Tschechoslowakei als Käufer an zweiter Stelle. Mit Österreich nehmen wir ihm sogar 40 % seiner Ausfuhr ab. In Ungarn stehen wir allerdings erst an dritter Stelle, zusammen mit Österreich kaufen wir aber fast 45 % seiner Ausfuhr. Diese große Bedeutung im Wirtschaftsleben der Tschechoslowakei und Ungarns wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Ihr eigenstes Interesse zwingt sie zu zollpolitischen Erleichterungen an Deutschland-Österreich. Der Weg nach Südosten ist dann nicht nur auf seiner wichtigsten Strecke für uns frei, er wird auch auf eine breitere Basis gestellt, die nicht durch imperialistische Mittel zusammengehalten wird, sondern die den natürlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der beteiligten Länder entspricht. Und das ist besonders wichtig und wertvoll!

Mit der Betrachtung der verkehrsgeographischen Verhältnisse und der daraus entspringenden Möglichkeiten ist das Problem des Anschlusses noch nicht genügend gelöst. Es bleibt noch die Frage offen, wie vertragen sich reichsdeutsche und österreichische Wirtschaft? Die vorhin erwähnten Unterschiede in der Produktion sind sekundärer Natur, da sie sich bei gutem Willen ausgleichen lassen. Wichtiger aber ist die Frage, wie ergänzen sich die beiden Wirtschaften? Was kann Österreich nehmen, was kann es geben?

Es ist für den Anschluß wenig günstig, daß Österreich im großen und ganzen dieselben Artikel einführen muß, die auch Deutschland nötig hat, daß es ebenso wie wir in hohem Maße auf die Ausfuhr seiner Industrieerzeugnisse angewiesen ist. Die Einfuhr von Lebensmitteln spielt in beiden Staaten eine große Rolle. Etwa ein Viertel der gesamten Einfuhr entfällt heute in Deutschland wie in Österreich auf Lebensmittel. Es ist zwar eine allgemeine Er-

scheinung, daß Industriestaaten eine starke Einfuhr von Nahrungsmitteln haben. Sie wirkt sich aber zu unseren Gunsten aus, da England und Frankreich, die Hauptkonkurrenten unserer Industrie, ihren Bedarf in eigenen Ländern und in Amerika decken. Die Länder aber, zu denen wir in engere Handelsbeziehungen treten wollen, sind in der Hauptsache Agrarländer, für die Deutschland und Deutsch-Österreich einen wichtigen Markt bilden, der bei sich hebender Wirtschaftslage noch aufnahmefähiger für deren Produkte sein wird.

Deutsch-Österreich muß zwar Lebensmittel einführen. Es besitzt aber ausgedehnte Grasflächen, etwa 30 % seines Areals, die für die Viehzucht günstige Bedingungen bieten. Die Erträge der Wiesen und Weiden können bei rationaler Wirtschaft noch um die Hälfte gesteigert werden. Damit ist aber auch die Möglichkeit gegeben, daß Österreich nicht nur seinen eigenen Bedarf deckt, sondern auch zur Ausfuhr bereitstellen kann. Die Rindviehzucht ist vor allem einer Steigerung fähig. Für deren Produkte, Schlachtvieh und Molkereierzeugnisse findet es in Deutschland einen guten Abnehmer, da die deutsche Viehzucht den Bedarf nicht deckt.

Eisen- und Metallwarenindustrie stehen in Deutschland und Österreich an der Spitze der Industrien. Hier ist Deutschland aber nicht mehr so konkurrenzfähig, da die eigene Eisenerzförderung auf weniger als ein Viertel der Vorkriegsförderung gesunken ist. Wir sind heute mehr denn je gezwungen, Eisenerze einzuführen und unsere eigenen Vorräte zu schonen. Gerade in dieser Beziehung ist der Anschluß Deutsch-Österreichs außerordentlich bedeutungsvoll. Es besitzt hochwertige und ertragreiche Eisenerzgebiete. Steiermark und Kärnten sind die Hauptstätten der Produktion. Diese Erze bilden eine merkliche Verbesserung unserer Rohstoffbasis, und sie stehen uns um so eher zur Verfügung, als es Österreich an Steinkohle zur Verhüttung fehlt. Die wenig günstige Verkehrslage der österreichischen Erzgebiete erschwert zunächst allerdings noch eine rentable Auswertung. Das Fehlen einer ausreichenden Verbindung zwischen Main und Donau macht sich gerade in dieser Beziehung unangenehm bemerkbar.

Österreich ist an mineralischen Brennstoffen außerordentlich arm. Es fehlt vor allem an Steinkohle. Die Förderung reicht nicht einmal zum Betrieb der Eisenbahnen, so daß eine starke Einfuhr nötig ist, welche die Handelsbilanz mit nahezu 200 Millionen Goldkronen belastet. Das ist etwa ein Zwölftel der Gesamteinfuhr. Die Kohle wurde vorwiegend aus Oberschlesien und der Tschechoslowakei bezogen. Wir führen zwar heute schon Kohlen nach Österreich aus. Die Ausfuhr dorthin würde aber bei einem Anschluß noch größer werden. Da wir aus der Steiermark und Kärnten Eisenerze einführen wollen, dort aber am meisten Kohle verbraucht wird, erübrigt sich die verteuernde

Leerfracht. Das ist ein weiterer Vorteil für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich.

Der Holzbedarf Deutschlands kann trotz der großen Wälder nicht im eigenen Lande gedeckt werden, so daß nicht unbeträchtliche Mengen eingeführt werden müssen. Hier kann Österreich helfend eingreifen. Es ist nächst Finnland und Schweden relativ das walddreichste Land Europas. Die Ausfuhr ist allerdings nicht so groß, daß unser Bedarf gedeckt werden kann. Das liegt auch wegen unserer Handelsbeziehungen zu Schweden, Finnland und Rußland nicht in unserem Interesse. Immerhin, der Zuwachs an Waldland bedeutet für uns doch einen Gewinn, da Holz als Handelsprodukt immer größere Bedeutung erhält.

Das Wertvollste jedoch, was Österreich mit in die Ehe bringt, sind seine Wasserkräfte. Alle anderen Antriebsmittel, Kohle und Erdöl, sind erschöpfbar, die Wasserkraft aber ist unerschöpflich. Messungen haben ergeben, daß etwa 3,694 Millionen PS zur Verfügung stehen. Hiervon sind allerdings kaum die Hälfte für Großkraftwerke geeignet. Da der Energiebedarf Österreichs bei vollständiger Elektrifizierung des Verkehrs, der Industrie und der Privatwirtschaft auf 900 000 PS geschätzt wird, bleibt noch immer sehr viel übrig, was es nicht ausnutzen kann. Gerade diese reichlichen Wasserkräfte sind für uns von Bedeutung, da wir nur ein Viertel unseres ganzen Energiebedarfs durch die „weiße Kohle“ decken können. Die sich immer mehr und mehr steigende Bedeutung der Kohle als Rohstofflieferant für die chemische Industrie zwingt uns zu haushälterischer Wirtschaft mit unseren Vorräten. Wir müssen daher unsere Industrie, sofern sie keinen großen Heizwärmebedarf hat, auf elektrische Kraft umstellen. Elektrizität wird aber aus der Wasserkraft und besonders im Gebirge am billigsten und am reichlichsten gewonnen. Darum werden auch in nicht allzu ferner Zeit die ganze Veredelungsindustrie, die Holz- und Textilindustrie in die Gebirge abwandern, oder sich dort ansiedeln, wo auch sonst reichliche Wasserkräfte vorhanden sind. Dem Deutschen Reiche stehen aber nicht mehr viel unausgenutzte Wasserkräfte zur Verfügung, und sie würden bei restloser Ausnutzung den Bedarf doch nicht decken. Da bedeutet es für uns einen großen Vorteil, daß Österreich uns in seinen Wasserkräften etwas geben kann, was uns nur noch in geringem Maße zur Verfügung steht, dessen unsere Industrie aber immer mehr bedarf.

Das sind im wesentlichen die Vorteile, die uns und den Österreichern der Anschluß bringen würde. Eine vollständige Ergänzung der beiden Wirtschaften ist allerdings nicht zu erreichen. Es werden uns weiterhin wesentliche Stoffe fehlen. Aber ganz ohne Ergänzungsbedürfnis lebt kein Wirtschaftsgebiet. Trotzdem können wir sagen, daß reichsdeutsche und österreichische Wirtschaft ohne Schaden nicht nur nebeneinander bestehen können, sondern durch engere Beziehungen sich wesentlich fördern werden.

Wer aber immer noch nicht von der gewaltigen Bedeutung des Anschlusses überzeugt ist, für den sei als Kronzeuge das Verbot der Entente aufgerufen. Die Staatsmänner des Feindbundes sind viel zu sehr gewohnt, in Erdteilen zu denken, als daß sie die Bedeutung des Wiener Beckens für uns nicht schon längst erkannt hätten. Sie wissen, welche Ausstrahlungsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft gegeben sind, wenn Wien Bestandteil des Reiches wird. Sie wissen, daß Deutschland nur wieder lebensfähig werden kann, wenn es seinen Außenhandel hebt, und daß dafür nur der Weg über das Wiener Becken zur Verfügung steht. Sie wissen, daß wir den Schlüssel zum „Tor nach Südosteuropa und dem Orient“ besitzen müssen. Das ist es, was sie verhindern wollen!

In der Tat, der Anschluß bedeutet für uns in jeder Beziehung einen Gewinn, materiell und ideell. Materiell, weil unsere Wirtschaft über Deutsch-Österreich hinaus ein weites Feld der Betätigung findet. Ideell, weil der unglückselige Riß, der seit 1866 deutsches Land und deutsches Volk trennt, der Vergangenheit angehören wird. Ideelle und materielle Interessen streben dem gleichen Ziele zu: Von den Alpen bis zum Meeresstrand ein deutsches Volk, eine deutsche Wirtschaft, ein deutsches Reich!

Abgeschlossen am 15. September 1926.

W. SCHÜLER:

DIE KRÄFTE DER CHINESISCHEN SÜDPARTEI

Niemand, der den Ereignissen in China nicht erst seit gestern folgt, wird sich dem Eindruck entziehen können, daß in unseren Tagen der Vorhang sich lüftet zu einem ganz neuen Akt der chinesischen Geschichte, der seinerseits wieder nur eine Szene in einem größeren weltgeschichtlichen Akt darstellt. Das weithin sichtbare Wahrzeichen des Aufstiegs einer neuen Epoche in China ist in den letzten Wochen von Tag zu Tag mehr die Fahne der Kantonesen in ihrem siegreichen Vordringen von der Mündung des Perflusses in das chinesische Mittelland, das Stromgebiet des Yangtse. Man mag vorsichtig darauf hinweisen, daß der schwerste Teil ihrer Aufgabe der Südpartei noch bevorsteht, nämlich die wirkliche Beherrschung der gewonnenen Provinzen, die Einbeziehung in den neugeschaffenen, in sich selbst aber noch nicht gefestigten Organismus ihrer Verwaltung; man mag auch militärische Rückschläge nicht für ausgeschlossen halten und auf die Schwäche ihrer Finanzen hinweisen. Trotzdem wird es bestehen bleiben, daß das, was in dem Kampf der Kantonesen zur Erscheinung kommt, einen Faktor darstellt, der sich auf keinen Fall wieder verdrängen läßt, selbst wenn ihnen auf ganz China gesehen die entscheidende Überlegenheit nicht so bald zufallen sollte.

Was sind die Kräfte, die in dieser von Süden ausgehenden Bewegung wirksam sind? Sicherlich in erster Linie das Feuer, das in wenigen hervorragenden Männern schon seit Jahrzehnten brannte, das vor allen Dingen durch die hingebende Lebensarbeit Sun Yat-sen's mit den von ihm aufgestellten Losungen und Programmen entzündet und immer neu angefacht wurde, das dann aber erst in den letzten Jahren als eine mächtige Flamme aufloderte. Es ist der Wille zur Freiheit und zum Aufstieg, der da zum Ausdruck kommt. Befreiung aus dem Zustand der Unterdrückung, der Ausnutzung, der Verächtlichmachung, in den China den großen und kleinen Fremdmächten gegenüber seit dem Nankinger Frieden hineingeraten war, und der seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts von Jahr zu Jahr demütigender und die freie Entwicklung hemmender wurde. Es sind die Forderungen wirtschaftlich sozialer, innenpolitisch demokratischer und auf Zusammenfassung des ganzen Volkes zu nationaler Verteidigung nach außen hinzielender Reformen, zu denen Sun Yat-sen in seinen berühmten „Drei Volksprinzipien“, dem Katechismus der Kuomintang, so eindringlich aufruft.

Lange Zeit hat das Feuer dieser revolutionären Forderungen unter der Decke geglimmt, nur hier und da als eine Flamme ausbrechend, die schnell wieder erstickt wurde. Auch die Revolution von 1911 veränderte nur die Oberfläche. Die Zöpfe fielen, der Thron der Mandschus stürzte, China nannte sich eine Republik. Aber die Fesseln, von denen im Sinne eines Sun Yat-sen die Revolution eigentlich das Land befreien sollte, fielen nicht; sie fielen nicht nach außen, indem keine einzige der Vertragsfesseln sich lockerte; sie fielen nicht nach innen, indem das alte willkürliche und unkontrollierte Beamten-system im ganzen unverändert blieb und der Zustand der Rechtlosigkeit, Unsicherheit, Zersplitterung von Jahr zu Jahr nur schlimmer wurde. Unter dem Regiment der schnell wechselnden schwachen Regierungen in Peking, in die sich der kurze Kaisertraum Yuan Schih-kai's auflöste, und den Fehden der Tuchüns hatten alle auf Niederhaltung und Ausnutzung Chinas bedachten imperialistischen Wünsche eher noch leichteres Spiel als zuvor. Wie man China von dieser Seite her einschätzte, das zeigt das treulose Spiel, das die Großmächte mit ihm während des Weltkrieges glaubten treiben zu können. Sie ahnten nicht, daß mit diesem Verrat von Versailles, den die Chinesen standhaft zu unterschreiben sich weigerten, sie in Wahrheit selbst die Lawine in Bewegung brachten, die wir jetzt gegen die angemähte Herrschaft der Fremden in China heranrollen sehen, und deren bisheriger Weg durch den antijapanischen Boykott 1919, die nach dem 30. Mai 1925 von Schanghai ausgehende Bewegung, den Bund Kantons mit Moskau, die Lahmlegung Hongkongs und den jetzigen Vormarsch der Kantonarmee gekennzeichnet ist. Gewiß ist heute die nationale Bewegung durchaus nicht mehr auf Kanton, auch nicht

bloß auf den Süden beschränkt. Gerade in den letzten Wochen beobachten wir an der Pekinger Regierung — die zwar in China selbst eigentlich nicht mehr regiert, aber kraft der Vergangenheit als gewissermaßen ideeller Regierungs- und Einheitspunkt noch eine starke Macht gerade in der auswärtigen Politik ausübt —, wie sie sichtlich bemüht ist, in nationalen Protesten und Taten nicht hinter Kanton zurückzubleiben. Darüber hinaus darf man sagen, daß die Parole „China für die Chinesen“ heute in allen Provinzen von der öffentlichen Meinung aufgenommen ist. Aber was bleibt denn von der ganzen nationalen Bewegung — die uns in ihren ersten Anfängen Ende der achtziger Jahre weniger unter diesem Namen als dem der Reformbewegung bekannt ist — übrig, wenn wir die Namen der Kantonesen streichen. Kang Yu-we an der Spitze und dann sein Schüler Liang Tji-tschau, der durch die Fülle seiner in einem ganz neuen Stil eindringlich und feurig geschriebenen Bücher, Aufsätze, Pamphlete noch viel stärker als sein Meister die schlafenden Geister seiner Landsleute aufgerüttelt hat. Man darf von seinen Werken als von „Reden an die chinesische Nation“ sprechen, um das Maß ihrer Wirkung zu veranschaulichen in der Parallele zu unserem großen Freiheitsprediger in der Zeit deutscher Knechtschaft. Es tut der Einschätzung der revolutionären Kraft, die von diesen kantonesischen Literaten ausgegangen ist, keinen Abbruch, daß sie der heutigen revolutionären Partei selbst nicht angehören. Und als Dritter Sun Yat-sen selbst — von kleineren Namen zu schweigen —, der Vater der Kuomintang, dessen Geist die gesamte heute von Kanton ausgehende Bewegung unmittelbar beseelt, was seinen äußeren Ausdruck findet in dem fast religiösen mindestens einmal in jeder Woche stattfindenden Kult, durch den sein Bild und sein Testament in den Regierungsstuben und den zahlreichen Vereinslokalen, in allen Schulen und an der kämpfenden Front lebendig erhalten wird. Wahrlich, es fällt nicht schwer zu erweisen, daß die nationale Idee in der Entfaltung der kantonesischen Macht als ihr spezifischer Besitz und als ihre stärkste Kraft drin steckt, so daß es schon seine Berechtigung hat, wenn wir heute die Südpartei manchmal einfach als die „Nationalisten“ bezeichnet hören.

Indes, dieser Kampf für die nationale Freiheit, für Abschüttelung der Fesseln, die in den bekannten, die Souveränität Chinas auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet schwer verletzenden Verträgen empfunden werden, ist nur die eine, wenn auch für uns am stärksten hervortretende Seite in der jetzigen Bewegung. Eine andere Seite — und sie ist es, die der Masse des chinesischen Volkes, das zum Anschluß an das Banner Kantons aufgefordert wird, viel näher steht — ist die Verheißung der Befreiung von einheimischen Druck und Bedrückern, von den den Einzelnen unmittelbar berührenden Anliegen und Nöten des täglichen Lebens, von dem bitteren Kampf um das nackte

Leben, von behördlicher Willkür, hartem Schuldendruck, Lebens- und Rechtsunsicherheit. Daß es in dieser Hinsicht empfindliche Druckstellen für das chinesische Volk gibt, denen Tausende und Millionen sich nicht entziehen können, das erübrigt sich im Einzelnen darzulegen. Die Geschichte lehrt uns, wie diese Leiden nicht erst neuerliche Verfallserscheinungen sind, sondern eine Art chronischer Krankheit darstellen, wie sie ferner durchgängig vom Volk in fatalistischer Unterwerfung ertragen werden, zuweilen aber auch im Zusammenhang großer Revolutionen ein Aufflammen wilder Empörung auslösten. Die Revolution von 1911 hat in diesen Beziehungen keine Besserung geschafft; vielmehr hat sich die Notlage auf vielen Gebieten, besonders dem der Schutzlosigkeit gegenüber kleinen und großen Dieben und Räubern — seien es solche von Beruf, oder in Uniform und mit Beamtenrang — noch bedeutend vermehrt. Die Kuomintang nun ist die Partei, die alle diese aus Mißwirtschaft oder aus dumpfer Gebundenheit der Erkenntnis resultierenden Gebrechen und Verbrechen aus der Verborgenheit und der Vereinzelung ans Licht zieht — gewiß dabei oft auch wieder übertreibend und verallgemeinernd — und es zu einem ihrer eindrucklichen Programmpunkte macht, daß diese Mißstände verschwinden und einer neuen besseren, aufgeklärteren und glücklicheren Zeit Platz machen müssen. Man darf an die noch so junge Kantonregierung nicht jetzt schon mit der Frage kommen, wie weit denn unter ihrem Herrschaftsgebiet die Zustände bereits besser geworden seien. Es ist festzuhalten, daß in dem gegenwärtigen Zeitpunkt der Umstand allein als eine bedeutende Kraft auf Seiten der Kantonesen wirkt, daß sie nicht nur dem Ausland gegenüber, sondern auch nach innen zu sich den Namen geschaffen haben, Befreier des Volks zu sein, Vertreter eines fruchtbaren Fortschritts. Dazu braucht die Kantonregierung sich nicht gerade zu verstecken vor der Frage nach ihren Leistungen. Den Männern an der Spitze darf man jedenfalls nachrühmen, daß sie in einem ganz anderen Maße als es im alten System durchgängig der Fall war, wirklich für die Sache arbeiten, sich Mühe geben, Ordnung zu schaffen und das Schmarotzertum auszufegen, das als eines der größten tiefeingewurzelten Schäden des alten China bekannt ist. Die Engländer in Hongkong lieben die Kantonesen gewiß nicht, zumal während sie unter dem Boykott so empfindlich zu leiden hatten; und doch hat in dieser Zeit einer ihrer höchststehenden Männer das Urteil abgegeben, daß die seit dem Juli 1925 in Kanton bestehende Regierung die beste und sachlichste sei, die er je in China kennen gelernt habe. Noch mehr gilt dies vielleicht von der Kantonarmee, wenigstens von der, die von Kanton aus in den Krieg gezogen ist. Ihren Kern bilden bekanntlich die Kadetten von Whangpoo, die von der dortigen Kriegsschule aus an die verschiedenen Truppenteile abgehen. Zwar ist dort noch viel stärker als bei den Volkskommissaren in Kanton der Einfluß

der russischen Instruktoren und Ratgeber wirksam. Immerhin, die Truppe selbst besteht nur aus Chinesen. Das sind doch einmal Soldaten, nicht Söldner! Jünglinge, in denen ein Idealismus wirkt. Während meines Besuches im Kantoner Land vor einem Jahr erfuhr ich zufällig auch von einem Studenten, der bisher einer Missionsschule als einer ihrer besten Schüler angehört hatte und der eben in das Kadettenkorps eingetreten war. In den durchaus ehrerbietig gehaltenen Abschiedsbrief stand zur Begründung seines Entschlusses auch der Satz: Was soll mir das Leben, wenn es dem Vaterland so elend geht! Ob im Bereich der Tuchüns des Nordens wohl irgend ein Offiziersaspirant mit der Gesinnung dieses jungen Kantonesen zu finden sein möchte?

Sofern es sich nun für die Kuomintang nicht nur um ein nationales, sondern — dem Prinzip ihres Stifters getreu — um ein soziales Ziel des Kampfes handelt, stellt sie als die zu befreiende Volksschicht in den Vordergrund die Arbeiter und die Bauern! Das ist die russische Formel. Aber nicht ist dabei wie in Rußland den Arbeitern der Vorrang gegeben; nicht heißt es: Führung der Bauern durch die Arbeiter! Das hat schon darin seinen Grund, daß die chinesische Industrie selbst der russischen gegenüber doch noch sehr in den Anfängen steckt und entsprechend die Zahl der wirklich klassenbewußten Industriearbeiter noch klein ist, zumal bei dem hohen Prozentsatz der Frauen- und Kinderarbeit in den Spinnereien, den wichtigsten der industriellen Betriebe. Demgegenüber machen die Bauern die ungeheure Masse der arbeitenden Bevölkerung Chinas aus. Sie sind wieder ganz überwiegend Klein- und Zwergebauern und zu etwa 50 % lediglich Pächter, die durchschnittlich die Hälfte ihres Ernteertrags dem Grundherrn abzugeben haben. Die Verschuldung ist sehr drückend. All dies hat die Kuomintang zu der Erkenntnis geführt, daß ihre eigene Zukunft davon abhängt, ob es ihr gelingt, sich die Bauern zu verbinden. Bei der Parteikonferenz der Kuomintang im Frühjahr 1926 wurde eine Resolution gefaßt und bei einer weiteren Konferenz im Herbst noch einmal unterstrichen, mit der man verkündete, daß das politische Programm der Kuomintang in der Berücksichtigung der Wohlfahrt der Bauern seinen Kardinalpunkt, und die Arbeit der Regierung in der Befreiung der Bauern ihr Ziel haben müsse, „so daß also, einerlei zu welcher Zeit und an welchem Ort, die Kuomintang sich der Bauernbewegung als ihrer eigentlichen Grundlage bewußt sein müsse“.

Das Instrument, durch das die Kuomintang in den Bauernmassen Fuß zu fassen sucht, ist der Bauernbund. Sun Yat-sen selbst noch haben die Statuten eines Allchinesischen Bauernbundes vorgelegen und sind von ihm genehmigt worden. Man mußte sich freilich zunächst beschränken auf einen Bauernbund der Provinz Kuangtung. Als solcher trat er am 1. Mai 1925 zu seinem ersten Kongreß zusammen. Damals zählte er 200 000 Mitglieder, die bei dem

zweiten Kongreß, Mai 1926, auf 626 000, im Herbst auf 665 000 gestiegen waren. Seitdem greift er auch in die Nachbarprovinzen über. Eine lebhaftige Agitation hat dafür gesorgt. In einer besonderen Propagandaschule in Kanton werden zu diesem Zweck junge Leute, meist Studenten, aus anderen Provinzen ausgebildet, die dann in ihrer Heimat eine entsprechende Tätigkeit entfalten. Trotzdem ist die Auswirkung dieser Propaganda außerhalb Kuangtungs bisher noch nicht bedeutend. Hunan steht — nach dem Bericht der Kuomintang-konferenz im Herbst vorigen Jahres — mit 38 000 Mitgliedern an erster Stelle. Für Setschuan werden 10 000, für alle übrigen Provinzen nördlich des Yangtse nur 8 000 Mitglieder gezählt. In Honan allerdings sollen 270 000 Bauern dem Bund angehören. Es erklärt sich das aus den gerade in Honan üppig wuchernden „Geheimbünden“, wie denen der „Roten Lanze“, des „Großen Messers“ u. a. Doch bleibt es noch fraglich, wie weit der Bauernbund ein Recht hat, die diesen Bünden angehörigen Mitglieder bereits für sich zu beanspruchen. Jedenfalls aber bilden sie für die Kuomintang einen wichtigen Faktor, um in das militaristische Herrschaftsgebiet des Nordens einen Keil einzutreiben.

Es war darauf hinzuweisen, daß die russische Formel „Führung der Bauern durch die Arbeiter“ in China nicht gilt. Wohl aber stehen die Arbeiter durchaus neben den Bauern als die soziale Gruppe, auf die sich die Kuomintang sowohl vor allen anderen stützt, wie sie andererseits für deren Interesse in erster Linie sich einsetzt. Wie klein auch der Prozentsatz der in Betrieben zusammengefaßten Arbeiter innerhalb der Gesamtbevölkerung bleibt, so gleichen sie als politischer Faktor diesen Nachteil den Bauern gegenüber doch dadurch aus, daß sie in einem viel höheren Maße organisiert sind, so daß sie mit 1,1 Millionen (diese Zahl repräsentierte der Dritte Allchinesische Arbeiterkongreß zu Kanton im Mai 1926) den organisierten Bauern Gesamtchinas etwa gleichstehen. Noch mehr als bei diesen steht es mit der Arbeiterbewegung so, daß sie im wesentlichen vorläufig auf den Süden beschränkt bleibt, wobei jedoch Schanghai mit seinen etwa 200 000 organisierten Arbeitern den stärksten Eckturm der Macht der Kuomintang darstellt. Im eigentlichen Norden selbst duldet die Militärdiktatur keine selbständige Ziele verfolgende Arbeiterbewegung. So hat die als Auswirkung der Schanghaier Vorfälle nach dem 30. Mai 1925 in Tientsin gegründete „Allgemeine Arbeiter-Union“ nur ein sehr kurzes Leben gehabt, und die unter den Eisenbahnern Honans sich bildenden Gewerkschaften sind zweimal von Wu Pe-fu aufgelöst und mehrere Führer dabei erschossen worden. Im Gegensatz dazu steht die lebhaftige Förderung, welche die Arbeiterorganisationen jeder Art von Kanton aus erfahren. Die Regierung schafft sich eben damit, wie aufrichtig immer das rein soziale, auf die Wohlfahrt der unteren Klassen gerichtete Programm von ihr gemeint sein mag,

zugleich eine Waffe zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Wie empfindlich sie damit treffen kann, das haben die Engländer während des über ein Jahr andauernden Boykotts gegen Hongkong erfahren, der ihrem Handel und Prestige eine so schwere Schädigung zugefügt hat, das erfuhren sie in den ersten Tagen dieses Jahres, als sie von den losgelassenen Arbeitermengen zur Räumung ihrer Konzession in Hankou genötigt wurden; eine in der Geschichte der englisch-chinesischen Beziehungen unerhörte Demütigung und ein weithin sichtbares Zeichen des enormen Umschwungs, der in der Machtstellung der Fremden den Chinesen gegenüber eingetreten ist.

Aber entfesselt die Südregerung mit der Organisation der Arbeiter- und Bauernmassen nicht Kräfte, welche letztlich mehr zerstörend als aufbauend wirken werden? Wird nicht namentlich auf dem Lande ein Chaos entstehen, wenn die alten familienhaft sozialen, letztlich religiösen Bindungen gelöst werden, ohne daß neue erprobt sind? Man braucht nicht ein vergrämter old China resident zu sein (wie sie in der englischen Presse Chinas mit lebhaften Unkenrufen zu Wort kommen), um solche Erwägungen recht ernst zu nehmen und die fließende Grenze zu bemerken, die von losgelassenen Arbeitern und Arbeitslosen zu den beute- und mordlustigen Pöbelhaufen führt. Dennoch wäre ein Pessimismus verfrüht, wenn man es auch der Zukunft überlassen muß, welche Resultate letztlich die von der Kuomintang eingeleitete soziale Befreiung zeitigen wird. Man darf einerseits wohl auf die ganz besondere Kraft hinweisen, die gerade in den chinesischen Bindungen der Familie und der Selbstregierung innerhalb kleiner Gemeinschaften liegt und die sich vielen furchtbaren Notzeiten und tiefgehenden Revolutionen zum Trotz immer wieder bewährt haben. Man darf andererseits sich nicht wundern, daß bei einer derartigen Krisis, wie sie jetzt nicht nur den politischen und sozialen Körper Chinas, sondern das ganze Gefüge seiner inneren Welt zu durchschüttern beginnt, auch Erdbeben und Eruptionen fast unvermeidlich sind, und daran erinnern, welche Zustände der Frühindustrialismus auch auf europäischem Boden gezeitigt hat. Es ist ferner daran festzuhalten, daß die Kuomintang und Kanton-Regierung, unbeschadet ihrer Begünstigung der Bauern und Arbeiter durchaus die Formel von der Diktatur des Proletariats ablehnt. Man darf nicht vergessen, daß die Regierung auch die Bildung der Vereinigungen begünstigt, in denen „Arbeiter, Bauern, Studenten und Kaufleute“ zusammengefaßt sind und daß innerhalb der Kuomintang auch ein organisierter Kaufmannsbund entstanden ist, der, nachdem er Ende vorigen Jahres mit etwa 150 Vereinen eine gewisse Stärke erreicht hatte, ebenso von der Handelsabteilung der Regierung geleitet wird wie der Bauernbund von der landwirtschaftlichen. Von dieser auf mehr als einer Linie eine Diktatur des Proletariats ablehnenden Haltung wird sich die Regierung wohl auch durch

die russische Freundschaft nicht abdrängen lassen; ebenso darf man erwarten, daß der chinesische Organismus sich gegen den etwaigen Versuch, einen Kommunismus auszurufen, wie gegen einen Fremdkörper wehren wird. Noch hat kein ausländisches Volk erreicht, die Chinesen ihrem eigenen Charakter zu entfremden, vielmehr sind alle von außen her in China eindringenden Ströme chinesisch umgewandelt und umgebogen worden; sollte es mit dem russischen Strom anders sein?

Aus der nationalen Freiheitsidee, so sehen wir, und aus der Bewegung für die soziale Befreiung und Förderung der wirtschaftlich ärmsten Klassen, der Bauern und Arbeiter, zieht die Kantonregierung ihre stärksten Kräfte in dem Kampf für die Einigung Chinas unter ihrer Fahne. Aber noch eine dritte Kraft ist in ihr wirksam, deren geopolitischer Charakter unverkennbar ist. Es ist der uralte Gegensatz des Südens gegen den Norden. Man erinnert sich des großen in der chinesischen Geschichte waltenden Zugs. Von der nordchinesischen Ebene aus, dem Kernland der chinesischen Macht, das in sich, kraft seiner geographischen Einheit durchgängig ein Ganzes geblieben ist, hatte die chinesische Eroberung in jahrhundertlangen Kämpfen sich nach Süden vorgeschoben. Es ist vielleicht die größte Leistung des chinesischen Geistes, der chinesischen Kultur, wie sie es verstanden hat, aus den mannigfaltigen Volksstämmen, die später in den 18 Provinzen zusammengefaßt waren, ein einheitliches Kulturgefüge zu schaffen, geregelt durch das bis ins Kleinste durchgeführte, in alle Lebensbeziehungen hineinwirkende, jede Generation mit der vorhergehenden fest verknüpfende System der „Li“, in denen zugleich das Leben des Einzelnen mit dem großen Gang der Natur, des Kosmos, des „Tao“ so einzigartig verbunden war. Es handelt sich bei dieser chinesischen Durchdringung der östlichen Welt — denn sie strahlte ja weit über die Grenzen des eigentlichen Reiches hinaus — um eine Tat, für die eine gewisse Parallele wohl in der Einheit des Glaubens und der sittlichen Lebensform gefunden werden kann, mit der die mittelalterliche katholische Kirche die verschiedenen Völker des Abendlands unter ihrem Ideal und ihrer Herrschaft zusammengefaßt hat.

Aber trotz dieser Durchdringung mit konfuzianischer Kultur haben die Südpchinesen nie aufgehört, ihren stammesmäßigen Gegensatz gegen den Norden zu empfinden. Man wird das verstehen, wenn man bedenkt, wie viel in den Grenzen unseres so viel kleineren Vaterlandes immer noch der Gegensatz etwa der bayerischen Stammesart gegen die Preußen bedeutet. Als Nan fang mandse „die Wilden im Süden“ bezeichnet man im Norden nicht selten die — ehemals außerhalb der chinesischen Kultur stehenden — Südleute, und Be fang dadse „Nordtartaren“ tönt es ihnen von dort zurück. Und anknüpfend daran, daß man im Norden nur 500 Käsch statt 1000 auf eine Schnur zu reihen

pflegte (indem man jeden Käsch theoretisch in zwei kleine zerlegte), sagt man im Süden: Die Nordleute haben kleines Geld und ein großes Maul!

„Nordtartaren“! Darin spricht sich die geschichtliche Tatsache aus, daß nicht nur in immer wiederholten Wellen die Steppenvölker des Nordens und Nordwestens in das chinesische Reich eingedrungen sind und es zur Hälfte oder ganz sich unterworfen haben, sondern auch, daß infolge solcher Jahrhunderte umspannenden Ansiedlung der Tartaren im Norden die dortigen Chinesen selbst von der Vermischung mit tartarischem Blut und Wesen nicht freigeblieben sind. Und es ist gerade das Moment des Erobernden, Herrschenden, mit überlegener physischer Macht Vergewaltigenden, was der chinesische Südländer leicht im Charakter seines nordischen Reichsgenossen findet und wogegen er protestiert, sich selbst dabei als den Mann höherer Kultur, als den echten Chinesen empfindend. Eben dies ist aber die Gesinnung, mit der auch jetzt der Süden dem Norden gegenüber steht, und das Vorhandensein dieser Stimmung gibt sicherlich dem Feldzug gegen den Norden einen besonderen Schwung, zählt auch zu den Kräften, welche die kantonesische Regierung in der Durchführung ihres nationalen Programms unterstützen. Wie bezeichnend allein schon der populäre Ausdruck für diesen Kampf: „bak fat“, Strafzug gegen den Norden! Der Aufruf, das Land „von der Gewaltherrschaft der räuberischen Militaristen des Nordens“ zu befreien, wendet sich an dieselben Empfindungen, mit denen in früheren Jahrhunderten der Eroberung der von Norden eindringenden Tartaren und Mongolen ein heftiger Widerstand entgegengesetzt oder der Befreiungskampf gegen sie aufgenommen wurde. Und ist Tschang Tso-lin, der eigentliche Feind Kantons, der Beherrscher der Mandschurei, seines Heimatlandes, denn wesentlich etwas anderes als ein „Tartar“! Und dürfen nicht die Führer der Südpartei mit Recht geltend machen, daß sie gegenüber dem „reaktionären Norden“ die Verteter der Ideen sind, die die Zukunft für sich haben, in denen ein überlegenes Prinzip nationaler, sozialer und kultureller Gestaltung lebendig ist? — Gewiß bringt die entfesselte Bewegung Gefahren mit sich — sie sind in dieser Betrachtung nicht unerwähnt gelassen —, aber wenn es gelingt, sie in ihren Dämmen zu halten und die politische Führung, die wir bisher mit so viel Geschick operieren sehen, besonnene Mäßigung und zugleich ihre Selbständigkeit bewahrt, dann darf man vertrauen, daß die Kräfte, aus denen die jetzige kantonesische Bewegung lebt, sich als aufbauende erweisen werden und der Kuomintang die große Aufgabe gelingen mag, dem jetzt so zerrissenen Land seine Einheit und seine seit dem Opiumkrieg verlorene Selbständigkeit wiederzugeben.

KARL SAPPER:

MITTELAMERIKA UND WESTINDIEN I

Ein Beitrag zur politischen Geographie kleiner und kleinster Räume.

I. Die Natur des Gebietes.

In dem weiten Raum zwischen den Enden der beiden Westkontinente Nord- und Südamerika liegt nur verhältnismäßig wenig festes Land: noch nicht ganz

Mittelamerika und Westindien



eine Million Quadratkilometer. Diese Angabe zeigt von vornherein die Tatsache, daß diese Landgebiete gegenüber den großen Flächen der beiden Festländer politisch zu einer geringfügigen Rolle verurteilt sein müssen. Selbst wenn diese Landmasse auf eine einzige Landfläche von gedrungener Gestalt zusammengedrängt wäre und so die Möglichkeit eines umfassenden größeren Staatswesens mit nennenswerter Einwohnerzahl durch die Form des Landkomplexes und etwa noch radialer Anordnung schiffbarer Flüsse, durch gute

Beschaffenheit der Böden und der Landoberflächengestalt gegeben wäre, könnte dieses Zwischenland kein allzugroßes politisches Gewicht erlangt haben, da es eben gegenüber der gewaltigen Flächenausbreitung der beiden nahen Festländer immer noch zu klein und unbedeutend wäre,

Nun ist aber das Raumkapital des zwischen beiden Kontinenten vorhandenen festen Landes in ganz anderer Weise verteilt: $\frac{3}{4}$ davon fällt auf die lange, schmale Landbrücke Mittelamerikas, der Rest auf eine große Zahl kleinerer und größerer Inseln: Westindien.

Die festländische und die insulare Verbindung zwischen beiden großen Kontinenten stehen in engem genetischen Zusammenhang miteinander, insofern die gebirgigen Teile der großen Antillen bis nach den Jungferninseln hin nichts anderes als eine teilweise unters Meer getauchte Fortsetzung des großen Kettengebirges des nördlichen Mittelamerika mit gleichartigem, vorherrschend westöstlichem Streichen darstellt. Dagegen zeigt das zweite Hauptgebirge Mittelamerikas, der Gebirgsbogen von Costa Rica und Panamá, keine östliche Fortsetzung. Es ist durch eine größere Landbrücke, in der jungeruptive Decken und Rücken sehr verbreitet sind, mit dem System des nördlichen Gebirges verbunden; stellenweise (so auf der Halbinsel Azuero in Ostnicaragua und auf der Isla de Pinos südlich von Cuba) finden sich noch Andeutungen eines früher nordsüdlich streichenden Gebirges, das dem Andensystem entsprechen würde. Am West- wie am Ostrand des Gesamtgebietes ziehen sich Reihen jugendlicher, bis in die Gegenwart hinein tätiger Vulkane hin, die wohl zuweilen durch explosive Ausbrüche die benachbarten Felder düngen, aber zuweilen auch schwere Katastrophen verursachen. Da der Gebirgsbau noch nicht fest gefügt ist, so sind im größten Teil des Gebiets Erdbeben häufig, die große Schäden, vereinzelt begleitet von politischen Folgen, erzeugen können.

Während Mittelamerika und Westindien physisch als zusammengehörig anzusehen sind, stehen die südamerikanischen Küsteninseln damit in keinem organischen Zusammenhang und nur aus Zweckmäßigkeitsgründen sollen von ihnen die unter europäischer Herrschaft stehenden Eilande in unserer Darstellung mitbehandelt werden.

Ganz jungen Zuwachs zu der Landfläche unseres Gebiets haben Korallenbauten an den Küsten des Festlandes und auf den Inseln bewirkt; ja die Gruppe der Bahamas sind ganz koralliner Entstehung, während Barbados als ein spät gehobenes Stück des Meeresbodens erscheint.

Abgesehen von den letztgenannten ganz jungen Bildungen zeigt nur das Gebiet nördlich des Kettengebirges des nördlichen Mittelamerika weithin Flachland oder schwach gewelltes Relief, so auf der Halbinsel Yucatán, in Tabasco, im Petén und im nördlichen Britisch Honduras. Aber auch auf Cuba finden

sich nördlich der Sierra de Maestre weite Flächen wenig geneigten Bodens neben mäßig hohen Bergländern.

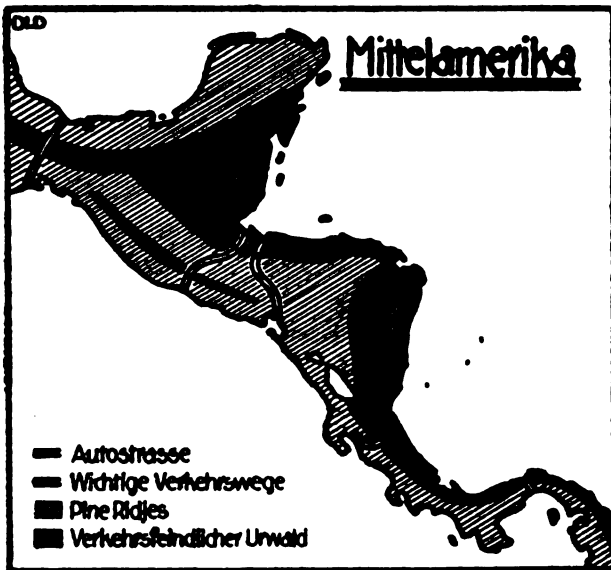
Bei der großen Ausdehnung der Gebirge auf dem Festland wie den Inseln ist steil geneigter, für Verkehr und wirtschaftliche Ausnützung schwieriger Boden sehr verbreitet, vor allem in den höheren Regionen. Auf den Inseln fehlt es überhaupt an größeren Flächen geringer Neigung in der mäßig warmen und der kühlen Höhenlage („Tierra templada“ und „Tierra fria“), so daß nur ganz wenige Flächen in diesen überhaupt zu wirtschaftlicher Betätigung oder zur Besiedelung geeignet sind. Auf dem mittelamerikanischen Festland dagegen sind solche Flächen sehr ausgedehnt, erstere in allen Gebirgsländern, letztere wenigstens in Guatemala und Chiapas. In den Staaten Panamá und Britisch Honduras herrschen dagegen die gleichen Bedingungen wie auf den Inseln, so daß fast nur das Tiefland (die heiße „Tierra caliente“) für Wirtschaft und Besiedelung in Betracht kommen, während in Nicaragua zwar ansehnliche Flächen von Tierra templada vorhanden sind, die Hauptmasse der Bevölkerung aber trotzdem in der heißen Tiefenlage wohnt, weil die wertvollen vulkanischen Böden gerade in der weithin fast ebenflächigen Senke von Mittelnicaragua am meisten Raum einnehmen. Die ungleiche Verteilung der verschiedenen Höhegebiete der Tierras caliente (0—600 m), templada (600 bis 1800 m) und fria (über 1800 m, bereits mit regelmäßig auftretendem Frost) gibt den einzelnen Ländern ganz besondere unterscheidende Noten.

Größte Mannigfaltigkeit herrscht hinsichtlich der Bodenqualität, vor allem in den gebirgigen Ländern. Das höchste Maß von Fruchtbarkeit kommt den lockeren vulkanischen Böden zu, die in Mittelamerika und den Kleinen Antillen große Ausdehnung erreicht haben. Manche alluviale Bodenarten stehen ihnen an Fruchtbarkeit und leichter Bearbeitbarkeit nur wenig nach, während an die Ort und Stelle selbst durch Verwitterung oder Lösung entstandenen Böden sehr verschiedener Bewertung unterliegen; vor allem sind unter ihnen die Residualtonböden der sehr verbreiteten Kalk- und Dolomitgebiete häufig seicht und kalkarm, weshalb sie im allgemeinen als Gebiete erschwerter Wirtschaft und Besiedelung sich herausheben. Ebenso sind die in manchen Küstengebieten recht verbreiteten Meeressandböden wenig fruchtbar und zudem wegen ihrer Wasserdurchlässigkeit für Kulturen ungeeignet.

Dank der Lage der Gebirgszüge in Beziehung auf die im ganzen Gebiet herrschenden und nur im Nordwesten des Archipels zeitenweise ausbleibenden Passatwinde, sowie der in Mittelamerika und den westlichen Antillen zuweilen auftretenden kalten Nordwinde sind alle Nordost- und Nordabdachungen sehr regenreich und zudem den größten Teil des Jahres hindurch befeuchtet. Monsunwinde schaffen der Südabdachung Westsalvadors, Guatemalas und Chiapas starke Niederschläge während des größten Teils des Jahres, indes der Rest des

Gebietes nur während des Sonnenhochstandes reichlich befeuchtet wird, niedere Flächen aber auch dann nur dürftige Niederschläge erhalten, wie die nördlichen kleinen Antillen oder die in holländischem Besitz befindlichen südamerikanischen Küsteninseln.

Der Ablauf des gefallenen Regens erfolgt während der Regenzeit in solchen Massen, daß die Flußbette vielfach sie nicht zu fassen vermögen und gewaltige langandauernde Überschwemmungen im Tiefland, reißende Hochfluten aber auch im Gebirge (stellenweise selbst in den Straßen der Städte) erzeugen — beides Hemmnisse des Verkehrs von großer Bedeutung! In der trocken-



Jahreszeit versiegt in fluß- und quellarmen Gebieten häufig das Wasser, die oberflächlichen seichten Wasseransammlungen der Aguadas oder Ak'alchés vertrocknen dann und machen weite Gebiete des Petén oder Yucatáns schwer passierbar, weil nun große Durststrecken zu überwinden sind, so daß demnach in gewissen Gegenden die Regenzeit, in anderen die Trockenzeit den Verkehr erheblich erschwert.

Wo immerdauernde Feuchtigkeit dem Boden innewohnt, da herrschen üppige Urwälder mit solcher Pflanzenfülle und Bodendurchtränkung, daß Verkehr und Besiedelung großen Schwierigkeiten begegnen. Wo aber lange Trockenzeiten sich zwischen die Regenzeiten einschalten, da herrschen an den feuchteren Hängen und Ebenen Eichen- und Kiefernwälder, an trockeneren

Stellen Grasfluren oder Strauchsteppen, die stellenweise fast schon ans Wüstenhafte streifen. Allerdings kommen schütterere Kiefernhaie da und dort auch mitten im feuchten Gebiete vor, wenn nämlich mächtige Sandlager örtlich die Bedingungen trockenen Untergrundes schaffen (Pineridges in Britisch Honduras und der Mosquitia), die den Landverkehr sehr erleichtern, aber wirtschaftlich nur als magere Viehweiden und Kiefernhaie verwendet werden können.

Die Flüsse sind meist nicht lang und wasserreich genug, um als Verkehrswege eine größere Rolle spielen zu können und die sehr starken Wasserstandsschwankungen bilden ein weiteres erschwerendes Moment. Dazu kommt auf den meisten Strecken eine Menge von Stromschnellen oder gar Wasserfällen, so daß es nur mit vielen Unterbrechungen und Schwierigkeiten möglich ist, die Flüsse zu befahren. Längsflüsse sind selten und wo sie vorkommen, wie auf Haiti, da sind sie politisch ungünstig, insofern sie die Einigung der Gesamtbevölkerung der Insel erschweren, weil keine radiale Anordnung vorliegt.

Da das Gesamtgebiet mit Ausnahme eines Teils der Bahamas südlich des Wendekreises liegt, so ist die Wärme allenthalben hoch, natürlich mit der Einschränkung, daß mit wachsender Höhe die mittlere Temperatur niedriger wird. Aber die Höhen sind nirgends so hoch, daß ewiger Schnee sich einstellte; immerhin schneit es im Hochland von Guatemala zuweilen bis 3200 m Meereshöhe herab und es ist schon einmal vorgekommen, daß es in Havanna schneit, wie denn überhaupt gelegentliche Nordwinde (Nortes) zuweilen sehr erhebliche Temperaturstürze bringen — was an sich wenig angenehm erscheint, aber doch als energiestählendes Moment wichtig und vorteilhaft ist.

Die starke Windbewegung, namentlich das ständige Wehen des Passates in weiten Teilen des Gebiets, ist als günstiges Moment zu buchen, vor allem auf den Inseln, wo dadurch klimatische Verhältnisse geschaffen werden, die stellenweise sogar Nordeuropäern generationenhafte Ansiedelung erlauben (Saba, Kaymans Inseln, Barbados u. a.). Das gelegentliche Auftreten zerstörender Zyklone (Orkane) bedeutet aber für die Bewohner der Antillen und der Ostküste Mittelamerikas ein stark erhöhtes persönliches und wirtschaftliches Risiko. Glücklicherweise pflegen Katastrophen aber nur in so langen Zwischenräumen die Inseln zu besuchen, daß sich inzwischen die Wirtschaft wieder erholen kann. Schwere Gefahren bringen zur See auch die häufigen Nordstürme. Sonst ist aber die Seeschifffahrt durch den Passat erleichtert. Starke Strömungen müssen stellenweise, namentlich zwischen den einzelnen Inseln, in Kauf genommen werden; vielfach sind die Ostküsten der Antillen wegen schwerer Brandung sehr schwer zugänglich.

Auf den Inseln fehlen gefährliche Raubtiere ganz, auf dem Festlande stören sie nur in wenigen Gegenden den Verkehr nennenswert. Giftige Schlangen

sind stellenweise häufig und überall finden sich im Tiefland bis in ansehnliche Höhen hinauf Stechmücken der verschiedensten Art, Sandflöhe und Zecken, die nicht nur lästig, sondern auch wegen Krankheitsübertragung dem Menschen gefährlich werden können, während andere Insekten (z. B. Heuschrecken, Blattschneiderameisen, Termiten) nur wirtschaftlich schädlich sind.

II. Bevölkerung und Staaten in alter Zeit.

Das Gesamtgebiet zerfällt in drei natürliche Einheiten: 1. Mittelamerika, eine Landbrücke von 1900 km Länge und wechselnder (zwischen 500 und 75 km schwankender) Breite, 2. die Reihe der Großen Antillen, die mit ihren kleininseligen Ausläufern 2500 km Länge besitzt und auch mit ihrer gedrungeusten Insel (Haiti) nur wenig über 250 km Breite erreicht, und 3. die Kleinen Antillen, die in doppelter Reihe in 800 km langem Bogen südwärts streichen und in der inneren hohe Vulkane, in der unvollständigen äußeren flache Eilande sedimentärer oder koralliner Entstehung zeigen.

Wenn die südamerikanische Flora die Antillen und den südlichsten Teil Mittelamerikas bis zur Nicaraguaenge besetzt hat und auch die südamerikanischen Tiere im allgemeinen diese Grenzen wenig überschritten haben, so ist dagegen die ethnische Grenze zwischen Nord- und Südamerika etwas anders, insofern Stämme südamerikanischer Kulturrichtung im feuchten Osten Mittelamerikas bis Honduras vorgedrungen sind, während Stämme nördlicher Kulturrichtung die Gebiete an der Westküste der Landbrücke bis südlich des Nicaraguasees besetzt hatten. Beide ethnische Gruppen waren in zahlreiche Sprachstämme und noch viel zahlreichere politische Einheiten gespalten.

Leider geben die geschichtlichen Nachrichten keine ausreichenden Vorstellungen über die einzelnen Staatswesen und auch die völkerkundliche und archäologische Untersuchung hat darüber wenig neues beibringen können. Wir wissen, daß innerhalb der einzelnen Sprachgebiete oft zahlreiche Sonderstaaten und -stättchen vorhanden gewesen sind. Trotzdem ist deutlich ersichtlich, daß die Sprachen doch eine bindende politische Kraft besessen haben, ja daß in einzelnen Fällen starke nationalistische Bewegungen sich gegen sprachfremde Eindringlinge wandten (Mayas auf Yucatán z. B.) und wo Eroberungen sich über sprachfremde Stämme ausdehnten, da blieb gewöhnlich das angestammte Fürstengeschlecht weiter bestehen und regierte auch weiterhin sein Volk, wenn schon in abhängiger Tributärstellung — eine Methode, die später auch die Spanier in der ersten Zeit ihrer Herrschaft angewandt haben.

Betrachten wir nun einmal unser Gesamtgebiet unter dem Gesichtswinkel, welche Gebiete von Natur aus zur Entstehung von Staaten geeignet sein mochten, so gibt uns Westindien das Bild zahlreicher kleiner und kleinster,

rings vom Meer, der besten natürlichen Grenze, umschlossener Landgebiete. Auf ihnen befanden sich zur Zeit der Entdeckung drei verschiedenartige Bevölkerungselemente, die alle offenbar von Südamerika eingewandert waren: zuerst ein Sammelvolk, von dem im äußersten Südwestwinkel Cubas noch die Guanahatabeyes erhalten waren, dann die Tainos, arowakische Völker höherer Kultur mit vorgeschrittenem Feldbau und schließlich die Caraiben, die kurz vor Ankunft der Spanier die Kleinen Antillen erobert und bereits nach den großen Inseln ausgegriffen hatten. Von diesen Stämmen waren die Tainos sanftmütige Leute schwacher Energie, dagegen die Caraiben mutige und tatkräftige Krieger — beide vorwiegend auf Feldbau angewiesen.

Von den Inseln Westindiens sind viele so klein und dürtig, oft bloße Klippen, daß sie als Wohnstätten nicht in Frage kommen, andere, so vielfach in den Bahamas, so flach, daß sie bei schweren Stürmen überflutet werden, also ebenfalls unbewohnbar sind. Von den dauernd bewohnten Eilanden sind viele noch so wenig ausgedehnt, daß sie nur einer ganz geringen Bewohnerzahl Aufenthalt und Unterhalt zu geben vermochten. Sie werden daher sicherlich auch von politisch zusammengehörigen Leuten bewohnt worden sein. Ob aber auf den größeren Inseln der Kleinen Antillen nicht bereits mehrere kleine Staatswesen nebeneinander bestanden, entzieht sich unserer Kenntnis; jedenfalls aber ist kein Beispiel aus diesem Gebiet bekannt, das dem widerwärtigen Schauspiel entsprechen würde, das die Cakchiquales in Guatemala boten, als sie die Spanier zu Hilfe gegen ihre Feinde, die Quichés, herbeiriefen!

Auf jeder der Großen Antillen bestand eine Anzahl kleiner, recht hochstehender Staaten, soweit man sich aus den spärlichen Nachrichten der alten Zeit ein Bild machen kann. Freilich war auch bei den meisten die schmale langgestreckte Gestalt der Insel und die Gleichartigkeit der Naturverhältnisse der Herausbildung großer zusammenfassender Staatswesen ungünstig, da der Verkehr zu Wasser, der sicherlich allein im Stande gewesen wäre, die Einzelteile zusammenzuhalten, damals wohl noch zu wenig entwickelt war. Auf Haiti war aber der Gebirgsbau mit drei einander parallelen Längsgebirgen und dementsprechend auch parallelen Fluß- und Talzügen wenig geeignet, die Bewohner zu einer politischen Einheit zusammenzuschweißen und das um so weniger, weil auch keine größere Abflachungen des Geländes zu Hochländern vorhanden waren, wo ein gebietender überlegener Volksdichtekern hätte entstehen können. Es muß überhaupt hervorgehoben werden, daß im ganzen Inselgebiet Westindiens fast überall gleichartige wirtschaftliche Verhältnisse vorlagen und daß nur ganz wenige Leute in den Höhenlagen wohnten, weshalb auch die Wirtschaft des Tieflandes allein maßgebend war; daher wurden auch die dem heißen Lande angepaßten Kulturpflanzen Südamerikas, vor allem der Maniok, in erster Linie angebaut.

Ähnlich lagen die Dinge im südlichsten Mittelamerika mit Ausnahme Costa Ricas, wo ein kleines Hochland in der Tierra templada vermöge der Gunst des Klimas und der Böden Anlaß zu einer Bevölkerungskernbildung gab, ohne daß freilich damals die dort wohnenden hochstehenden Guëtaru im Stande gewesen wären, eine Sammlung der übrigen Stämme des Landes zu einem einheitlichen Staatswesen zu erreichen.

In Nicaragua gab es in dem um die reiche Senke des Landes gelegenen Gebiete einige kräftigere Stätchen, während die der Tierra templada angehörigen Landesteile keine größere politische Bedeutung erlangten und offenbar schwach bevölkert gewesen sind. Anders aber lag es offenbar schon in Honduras und Salvador, wo in mäßigen Meereshöhen größere, dichter bevölkerte Hochländer vorhanden sind, die schon damals trotz der staatlichen Zersplitterung ein höheres Maß von politischer Kraft entfalteten, als die Tiefländer jener Gebiete; und besonders deutlich trat die politische Gunst des Hochlandes hervor in Guatemala und Chiapas, wo alle Hauptstaatsgebilde im Hochland ihr Schwergewicht besaßen.

Bei den Stämmen der nördlichen Kultur sind Mais und Bohnen die Hauptvertreter der Ernährungspflanzen, die ebensowohl im Tiefland wie im Hochland (bis 3150 m Höhe ü. M.) gedeihen; aber die Wachstumsverhältnisse sind in verschiedenen Höhenlagen doch so verschieden, daß immer wieder andere Spielarten angebaut werden müssen und die Vegetationsperiode auch sehr verschieden lang wird, wie denn im Tiefland etwa 90, im Hochland aber bis 310 Tage von der Saat bis zur Ernte verstreichen. In den tieferen Lagen des Geländes wachsen manche beliebte Kulturgewächse, die den hohen Lagen fehlen, so Yuka (Maniok) bis 1950 m hinaufreichend, Chile (Paprica) bis 1700 m, Tabak bis 1800 m, Baumwolle bis 1400 m, Kakao bis 920 m, Kautschukbäume bis 800 m u. a., weshalb sich seit langer Zeit ein erheblicher Handelsverkehr zwischen den verschiedenen Regionen entwickelte. Dabei ging zweifellos damals ebenso wie noch jetzt der Handel hauptsächlich von den Hochlandbewohnern aus, die einmal in ihrer Heimat vieles nicht erzeugen konnten, was im Tiefland wuchs, und andererseits auch weit energischer waren als die Tieflandbewohner. Die Tatsache, daß manche kräftige Hochlandstaaten auch nach dem Tiefland sich ausgebreitet hatten, läßt darauf schließen, daß sie schon damals das Bestreben möglicher Autarkie besessen hatten und die erwünschten Tieflanderzeugnisse gerne auf eigenem Staatsgrund hervorbringen wollten, um für alle Fälle genügend versorgt zu sein. In anderen Fällen werden auch wohl, wie heute noch bei den Kekchiindianern, Bewohner des mäßig warmen Landes neben ihrem rund neun Monate bedürftenden Hochlandmaisfeld noch in der trockeneren und gesunderen Jahreszeit kleinere Maisfelder im Tiefland angelegt haben (die nur eine Vege-

tationsperiode von drei Monaten haben), um immer wieder frischen Mais zu haben.

Von den verschiedenen Staaten waren die Hochlandsstaaten der Sitz einer weitaus kräftigeren und energischeren Bevölkerung, als sie die benachbarten Tieflandsgebiete aufwiesen, weshalb auch die Hochlandstaaten politisch das Übergewicht zu haben pflegten. Wo sie eine Kolonisation benachbarter Tieflandflächen erfolgreich durchführen konnten, da hat sich aber ihre Bevölkerung allmählich in zwei getrennte Zweige gespalten, deren jeder nur in seinem Wohngebiet sich wohl fühlt, denn die innertropische Akklimatisationsfrage ist in diesen Ländern äußerst durchgreifend: Hochlandbewohner leiden im Tiefland sehr unter dem Klima und den dortigen Krankheiten, wie andererseits auch die Tieflandbewohner umgekehrt im Hochland, weshalb, wie neuere Beobachtungen beweisen, die Akklimatisation eines Volksteils im entgegengesetzten Klima nur mit schweren Opfern zu erringen ist.

Wenn man die Verbreitung der Indianerstämme des nördlichen Mittelamerika überblickt, so erkennt man, daß die meisten kleineren ganz auf eine bestimmte Klimaschattierung beschränkt geblieben sind und damit natürlich auch die kleinen Staatswesen, die in dem Stamm sich entwickelt hatten. Und wie die Wärmeunterschiede der verschiedenen Höhenzonen eine gewisse politischbindende Kraft entfalteten, so auch die Feuchtigkeitsgebiete, wie denn ein Stamm trotz der Lockungen der Erzeugnisse benachbarter Trockengebiete den Urwald nicht gerne überschreitet, einmal wegen der gesundheitlichen Gewöhnung des Klimas, andererseits aber auch, weil seine wirtschaftliche traditionelle Technik in vielen Fällen im Trockenland nicht mehr zweckentsprechend wäre und der Neusiedler also völlig umlernen müßte.

Der Indianer ist ganz allgemein im kalten Hochland frischer, tatkräftiger als im Tiefland, und die widerstandsfähigsten Staaten Mittelamerikas haben sich immer auf die starken Bevölkerungskerne des Hochlandes gestützt. Der bessere Gesundheitsstand und das kräftigere Klima bewirken, daß, wie in der Gegenwart so auch in der Vergangenheit, die dichteste Bevölkerung von ganz Mittelamerika im Hochland saß — bei geeigneter Leitung also auch die stärkste politische und wirtschaftliche Kraftreserve.

Die mächtigsten und volkreichsten Staaten Mittelamerikas befanden sich im trockenen Teil des Hochlandes von Guatemala in Gebieten, die ein ziemlich übersichtliches Gelände aufweisen und dem Verkehr keine Schwierigkeiten bieten: Es waren die Reiche der Quichés, der Cakchiqueles und etwa noch der Mames. Ihre Träger waren die noch jetzt volkreichsten Stämme des Landes Guatemala, indem die Quichés nach der Volkszählung 1893 $\frac{1}{4}$ Million Seelen umfaßten, die beiden übrigen genannten Stämme immerhin noch je weit über 100 000 Seelen. Man darf wohl annehmen, daß vor Ankunft der

Spanier die betreffenden Gebiete noch volkreicher waren als jetzt. Immerhin erkennt man aber, daß auch die größten Staaten der alten Zeit nur bescheiden gewesen sein können, und daß die von den spanischen Geschichtsschreibern überlieferten Kriegerzahlen sicher stark übertrieben gewesen sind. Und wie die Volkszahlen recht bescheiden waren, so auch die Ausdehnung der betreffenden Gebiete. Wohl kennen wir ihre Grenzen nicht genauer, aber so viel steht fest, daß auch die größten Reiche nicht viel über 20 000 qkm Fläche gehabt haben können. Verwaltung und Rechtspflege, wirtschaftliche und militärische Organisation waren gut gewesen, das politische Ansehen in der Umgebung groß.

Wenn in Chiapas und Guatemala die Höhengliederung des Landes gewisse Besonderheiten der Staatsbildung verursachten, so auf der Halbinsel Yucatán und angrenzenden Karstgebieten die Eigenart der Wasserversorgung. Da im größten Teil Yucatáns und des nördlichen Petén keine Flüsse bestehen und die oberflächlichen Wasseransammlungen der Aguadas zum großen Teil während der Trockenzeit austrocknen, so sind Dauersiedlungen im allgemeinen nur möglich gewesen an Stellen, wo durch Höhlen und natürliche Schächte ein Zugang zu den unterirdischen Flüssen und Teichen (Cenotes) gegeben war oder diese durch künstliche Schächte erschlossen werden konnten. Wie Termer¹⁾ gezeigt hat, entstanden um diese Cenotes herum Dörfer und Städte, die zugleich politische Zentren, kleine Dorf- und Stadtstaaten wurden. Freilich, die schematische Karte, die er seiner Arbeit in den Berichten des 21. internationalen Amerikanistenkongresses in Göteborg 1925, Seite 179, beigegeben hat, nimmt die Zahl der Cenotestellen in den meisten Fällen viel zu eng beieinander an: manchmal ist mehr als eine Tagereise Wegs von einer Wasserstelle zur anderen. Immerhin gibt die Karte ein Bild, das die eigentümlichen Verhältnisse einigermaßen deutlich macht. Wenn er aber weiter meint, daß größere Staatswesen erst durch die später ins Land gekommenen mexikanischen Elemente geschaffen worden wären, so dürfte das allerdings auf die großen Staatsgebilde stimmen, die schon vor Ankunft der Spanier durch die nationalistische Erhebung der Mayas wieder zertrümmert worden waren, aber kleinere Territorien müssen einzelne der Stadtstaaten doch auch schon vorher besessen haben, sonst wären die zum Teil außerordentlich ausgedehnten und mächtigen Bauten derselben nicht zu verstehen, deren Herstellung eine große Volksmasse und eine straffe Disziplin derselben voraussetzt.

Wie dem aber auch sein mochte, das große Reich von Mayapan, das um die Mitte des 15. Jahrhunderts zerstört worden war, besaß jedenfalls eine Ausdehnung von mindestens 100 000 qkm und wohl eine Einwohnerzahl von $\frac{1}{2}$ bis 1 Million trotz der an sich wenig günstigen Beschaffenheit der Böden und des Klimas. Dabei darf als sicher angenommen werden, daß der trockenere

nördliche und westliche Teil der Halbinsel wesentlich dichter bevölkert gewesen ist als der östliche, obgleich man zugeben muß, daß auch im urwaldbedeckten östlichen Teile der Halbinsel sehr bedeutende Ruinen vorhanden sind, die ebenfalls auf erhebliche Volkszahlen schließen lassen. Jedenfalls war der Stamm der Mayas stets der volkreichste in Mittelamerika, und gegen Ende des 19. Jahrhunderts durfte man die Zahl der mayaredenden Indianer noch immer auf 300 000 annehmen. Davon wohnten allerdings kleine Zahlen außerhalb Yucatáns, besonders im nördlichen Petén, wo der starke Rückhalt eines großen Sees und einer festen, am See gelegenen Hauptstadt, sowie das Vorkommen größerer Sabanen inmitten des Urwaldgebiets die Möglichkeit der Entwicklung eines größeren Staatswesens (Itzá) geboten hatte. In Yucatán selbst aber waren am Anfang des 16. Jahrhunderts große Territorialstaaten nicht mehr vorhanden gewesen.

HANS SPETHMANN:

DIE RÄUMLICHEN AUSWIRKUNGEN DES ENGLISCHEN BERGARBEITERSTREIKS AUF DEM KOHLENMARKT

Im vergangenen Jahre war der englische Bergarbeiterstreik der einschneidendste wirtschaftliche Umgestalter nicht nur auf unserem heimischen Markt, sondern auf dem gesamten Erdball. Schon äußerlich trat seine Bedeutung hervor, es war der größte Ausstand, den der Kohlenbergbau, das Fundament moderner Produktion, je in einem Lande zu verzeichnen hatte. Mehr denn sieben Monate gab es keine englische Kohle, sie war wie über Nacht verschwunden, man begann sich umzustellen, als kehre sie nimmer wieder.

Unter diesen Umständen sollte man meinen, sei in Deutschland dem englischen Bergarbeiterstreik von den zahlreichen Wirtschaftlern aller Art, mögen sie von der Nationalökonomie oder von der Geographie herkommen, ein ganz besonderes Interesse entgegengebracht, nicht etwa in der Form, daß man ihn an der Hand von Büchern, Denkschriften und Zeitungen, den Ereignissen nachhinkend, am Schreibtisch beurteilt, sondern ihn an Ort und Stelle, inmitten von kulturellen Auffassungen, die anders als die unserigen sind, durch persönliche Anschauung untersuchte. Denn der lebendige Eindruck eigener Beobachtung und Erfahrung ist auch bei wirtschaftswissenschaftlichen Erörterungen der einzig zutreffende, was man erst durch andere hört und nicht selber sieht, entstammt bestenfalls einer Quelle zweiten Ranges. Ich habe aber in den englischen Streikrevieren kaum jemand zu Studienzwecken angetroffen. Würde in der Eifel ein Vulkan ausgebrochen sein — und der englische Streik

war ein Vulkan —, so wäre die Mehrzahl der Geographen hingereist und hätte sich das Schauspiel angesehen, obwohl seine Bedeutung weit geringer gewesen wäre, als die des britischen Ausstandes; oder würde bei uns eine soziologische Lebenskolonie in irgend einem Waldwinkel gegründet, würden die Nationalökonomien sie von allen Seiten unter die Lupe nehmen, obwohl sie den Gang des Weltgeschehens nicht in neue Bahnen lenkt. Aber der englische Streik? „Das lesen wir ja alles in den Zeitungen“, so versicherte man mir wörtlich vor meiner Hinreise.

Es ist hier nicht der Ort, alle jene Probleme aufzurollen, die der große Ausstand in Bewegung gesetzt hat, oder von denen er selber wieder abhängt, es soll vielmehr nur eine einzige Gruppe, die seines regionalen Einflusses, in den Vordergrund gerückt werden. Um sie richtig verstehen zu können, muß man sich zunächst darüber klar sein, wie der britische Kohlenmarkt vor dem 1. Mai 1926 lag. Auch er hat seit Kriegsende eine Reihe von Umstellungen erleiden müssen, die zunächst vorübergehend erschienen, die aber nach Abschluß des Ringens klar zeigten, daß jedwede Rechnung der Nachkriegsjahre nicht wieder anzusetzen hat an den Jahren 1913 und 1914, sondern daß inzwischen eine Fülle von wirtschaftlichen Kräften ausgelöst ist, die bereits bis 1919 schon so stark wirken, daß man sie nicht mehr fortzuräumen vermag.

Zunächst machte sich auch für die englische Kohle jene Gruppe von Erscheinungen bemerkbar, die in ähnlicher Weise unseren Steinkohlenmarkt heimgesucht hat, und die auf die technische Weiterentwicklung der Industrie zurückgeht, jene schon so viel genannten Umstellungen auf Öl, auf elektrische Kraft und auf bessere Nutzung der Wärme. Mancher Konkurrent, der bei uns in der Verdrängung der Steinkohle eine wichtige Rolle spielt, wie die Braunkohle, tritt auf dem englischen Kohlenmarkt mehr zurück, dagegen äußern sich andere schärfer, namentlich das Öl. Englische Bunkerkohle spielte in der Versorgung der Dampfer eine namhafte Absatzrolle auf dem britischen Steinkohlenmarkt, der ihr 1913 einschließlich des gesamten Küstenverkehrs 23,4 Mill. Tonnen lieferte, 1925 aber nur 17,8 Mill. Tonnen, ein Rückgang, der nicht lediglich auf eine Verflauung des Schiffsmarktes zurückgeht, sondern insbesondere gerade auf das Öl. Waren doch nach Lloyds Register im Herbst 1925 neben 42 Mill. Tonnen Dampfer schon 18 Mill. Tonnen Ölschiffe vorhanden. Auch der Friedensvertrag von Versailles äußert sich bei dem englischen Kohlenhändler recht ungünstig. Er trifft die gewaltige industrielle Erstickung vieler früher wirtschaftlich zurückgebliebener oder politisch unselbständiger Länder als Wettbewerber an, was sowohl für Staaten in anderen Erdteilen gilt, wie namentlich für Europa, dessen Balkanisierung ein großer Nachteil im Absatz der englischen Kohle ist. Wollte man, von England aus gesehen, im Vertrag von Versailles einer deutschen Hydra den Kopf abschlagen,

indem man dem Deutschen Reich die Kohle der Saar und von Oberschlesien und zeitweise sogar der Ruhr — deren Besetzung doch mit stillschweigender englischer Billigung geschah! — nahm, so sind statt des einen Kopfes rasch eine ganze Reihe neuer Köpfe hervorgewachsen. Italien, Belgien und Frankreich empfangen Reparationslieferungen, wodurch ihr freier Kohlenmarkt eingeengt wird, der früher gerade von England stark beliefert wurde. Die genannten Länder erhielten überdies die Wiederherstellungskohlen billiger als zum deutschen Inlandpreis, wenn der Weltkohlenpreis tiefer lag, was im Herbst 1925 durch die englischen Subventionen der Fall war und zu dem für uns traurigen Kuriosum führte, daß wir im Juni und November 1925 eine Gutschrift von je 16,5 Mill. erhielten, dafür im ersten Monat 883 000 Tonnen, im letztgenannten aber 1 175 000 Tonnen Wiederherstellungskohle liefern mußten, mit anderen Worten, den beiden Ländern Frankreich und Belgien fast 200 000 Tonnen schenkten. Hiermit schnitt sich der Engländer letzten Endes ins eigene Fleisch, was man jenseits des Kanals auch fühlte.

Die aufgezählten Faktoren waren die Haupttriebkkräfte dafür, daß der britische Kohlenmarkt in Europa so arg verlor. Frankreich ist Nutznießer der Saar geworden. Holland fördert ungefähr viermal soviel als 1913, im Jahre 1925 rund 7 Mill. Tonnen. Polen erscheint als neuer Konkurrent. Rußland, früher ein starker Abnehmer englischer Kohle, scheidet als Käufer fast gänzlich aus; seine Randstaaten sind nur ein schwacher Ersatz. Und Italien wendet sich dem amerikanischen Markt zu. Durch diese Umstellung ging Englands Absatz im Festland Europa im Jahre 1925 gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr auf fast ein Viertel zurück, während umgekehrt die amerikanische Kohle, die vor dem Kriege hier ganz unbekannt war, in demselben Jahre mit 1,2 Mill. Tonnen eindrang.

Das zweitgrößte Absatzland englischer Kohle war Südamerika. Auch hier ein gewaltiger Rückgang, teils durch das Eindringen neuer Konkurrenten verursacht, teils aber auch durch die stärkere Ausnutzung des Öls, von dem Argentinien und Venezuela eigene Felder besitzen, oder durch Auswertung der Wasserkraft, wie insbesondere in Chile. In Brasilien hat England 1925 die Hälfte seines Absatzes von 1913 verloren; die dortigen Staatseisenbahnen gingen dazu über, statt in altgewohnter Weise Walliser Kohle zu verfeuern, amerikanische Kohle einzukaufen. Nach den drei ABC-Staaten zusammen verminderte sich der Export von 1913 bis 1925 von 7,2 Mill. Tonnen auf 4,6 Mill. Tonnen, dafür drangen die U. S. A. dort etwas stärker ein, allerdings nicht allzu kräftig. Zu ihnen gesellte sich Südafrika, außerdem kommt noch Deutschland hinzu, dessen Lieferungen dorthin im Jahre 1925 insgesamt 330 000 Tonnen ausmachten.

Die südafrikanische Kohle macht sich auch in dem dritten großen Absatzfeld britischer Kohle bemerkbar, an den Ufern des Indischen Ozeans, in jenen

Küstenstaaten, die der Engländer statistisch kurz mit den Worten „östlich Suez“ zu bezeichnen pflegt. Einzelne Bunkerstationen, wie Aden, haben bedeutend weniger englische Kohle abgenommen, Vorderindien hat seinen Markt durch Zollsätze gesperrt. Im portugiesischen Kolonialbesitz, auf Ceylon und zur Insulinde hin tritt einerseits stärker die südafrikanische Kohle hervor, andererseits die japanische. Die Eigenförderung der dortigen Staaten stieg trotz abnehmenden Weltkohlenkonsums z. B. in Südafrika von 8 Mill. Tonnen im Jahre 1913 auf 12 Mill. Tonnen 1925, wovon ein Drittel in die Ausfuhr ging, davon $\frac{1}{2}$ Mill. Tonnen nach Ceylon, ferner in Britisch-Indien von 16 Mill. Tonnen auf 21 Mill. Tonnen. Gewiß handelt es sich hier nicht um so große Zahlen, wie wir sie auf den europäischen Märkten hören, aber es kommt eins zum anderen. Ein Kohlenberg setzt sich nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich betrachtet immer aus vielen Einzelstücken zusammen. Nur ein einziges Land ist stärkerer Abnehmer britischer Kohle geworden, Kanada, das 1913 38 000 Tonnen nahm, 1925 aber 583 000 Tonnen und besonders den englischen Anthrazit liebt; aber diese kleine Aufbesserung ist nur gering gegenüber den gewaltigen Verlusten.

Insgesamt ging Englands Anteil am Weltkohlenexport 1925 fast um ein Drittel zurück gegenüber 1913. Machte er 1913 noch 7,2 % aus, so 1925 nur 5 %, eine Abnahme, die deshalb sehr einschneidend wirkt, weil gleichzeitig die Weltförderung sich um 27 Mill. Tonnen verminderte. Und von weiterer Bedeutung ist, daß die Kohle eins der wichtigsten Ausfuhrprodukte des englischen Königreiches ist. Stellte sie noch 1922 10,1 % der englischen Ausfuhr im Werte von 1,5 Milliarde dar und ging diese Zahl im Jahre 1923 infolge des Ruhrkampfes auf 13,0 % hinauf, so sank sie 1924 auf 9,0 % und 1925 gar auf 6,5 %. Das ganze englische Volk wird von diesen Verlusten getroffen. Kommt in Deutschland auf 100 Einwohner etwa eine Person mit dem Berufe der Bergarbeit, genau 0,9 %, so in England und Schottland 2,6 %, und stellt man nur die erwerbstätigen Einwohner in Rechnung, so hebt sich dieser Unterschied noch weit stärker ab.

Mitten in diese rückläufige Bewegung fällt der Bergarbeiterstreik. Er stand schon seit Monaten als drohendes Gespenst am Himmel. Die Regierung hatte einen friedlichen Ausgleich gesucht durch Gewährung von staatlichen Subventionen, während derer auf Grund der Untersuchungen einer Königlichen Kommission eine Reihe von Änderungen sowohl von Grubenbesitzer- wie von Bergarbeiterseite durchgeführt werden sollte. Vermittelnde Verhandlungen führten zu keinem positiven Ergebnis, so daß der Streik unvermeidbar wurde. Den Bergarbeitern schlossen sich am 1. Mai 1926 sofort die Transportarbeiter an, so daß das gesamte Wirtschaftsleben des ganzen Landes zum Erliegen kommen mußte. Jedoch bereits nach vierzehn Tagen brach der Generalstreik

zusammen, nur der Bergarbeiterstreik ging unentwegt weiter, um erst Anfang Dezember sein Ende zu finden, dem dann die volle Arbeitsaufnahme aus betriebstechnischen Gründen schrittweise nachfolgte.

Während dieser Zeit wurde das größte Ausfuhrland an Kohle ein ausgesprochenes Einfuhrland des gleichen Brennstoffes. Während im ganzen Jahr 1925 nur 10 944 lt (long ton) Kohle und 2 782 lt Koks und Preßkohle in Großbritannien eingeführt wurden, sind dorthin im Jahre 1926 nicht weniger denn 20 027 904 lt Kohle und 1 070 773 lt Koks und Preßkohle verschifft worden. Seit dem 1. Mai, dem Tage des Ausbruchs des Streiks, haben die Mengen und ihr Wert ausgemacht:

Datum	Kohle		Koks und Preßkohle	
	lt	Pfund Sterling	lt	Pfund Sterling
Mai	3 618	5 983	68	321
Juni	600 634	966 290	22 342	35 937
Juli	2 319 657	4 147 995	38 892	67 098
August	3 970 442	7 542 847	89 256	165 110
September . .	3 940 880	7 749 101	130 490	270 089
Oktober . . .	3 489 083	7 722 940	205 841	455 367
November . .	3 467 921	9 037 254	407 836	1 045 732
Dezember. . .	2 238 669	5 843 521	176 048	475 398
	20 030 904	43 015 931	1 070 773	2 515 052

Der Hauptlieferant waren die Vereinigten Staaten, nicht weniger denn 9,1 Mill. Tonnen Kohle wurden von ihnen herangebracht in einem Gesamtwert von reichlich 20 Mill. Pfund Sterling, während Deutschland 6,7 Mill. Tonnen im Werte von 14,3 Mill. Pfund Sterling lieferte. Die Berechnung bezieht sich auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember. Im Mai und Juni waren die Verschiffungen noch gering, während andererseits noch bis in dieses Frühjahr hinein gemäß abgeschlossenen Verträgen Ladungen ausländischer Kohle nach England gehen, so daß sich die endgültigen Zahlen der Kohlenverfrachtungen infolge des Streiks noch nicht berechnen lassen. Selbst im Januar 1927 wurden noch 1,9 Mill. Tonnen Kohle im Werte von 5,2 Mill. Pfund Sterling eingeführt, dazu 27 373 Tonnen Koks.

Die Einzelheiten sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

**Einfuhr von Kohle in Großbritannien vom 1. Juli bis
31. Dezember 1926**

von	lt	Pfund Sterling
U. S. A.	9 124 508	20 303 103
Deutschland	6 761 293	14 290 755
Niederlande	1 762 102	3 499 726
Belgien	1 049 397	2 329 974
verschiedene Länder .	729 352	1 610 100

Unter „verschiedene Länder“ sind eine ganze Reihe von Staaten vertreten, insgesamt haben nicht weniger denn 29 Großbritannien mit Kohle versorgt. Polen exportierte 336 923 Tonnen, Frankreich 115 326 Tonnen nach England; 63 418 Tonnen Kohle kamen aus Südafrika, meistens aus Natal über Durban, sogar Australien lieferte noch 7 152 Tonnen. Während in normalen Zeiten die Kohlenbilanz Großbritanniens stets mit einem bedeutenden Anfuhrüberschuß abschließt, der z. B. 1925 66,8 Mill. Pfund Sterling betrug, schließt das Jahr 1926 mit einem wertmäßigen Kohleneinfuhrüberschuß von nicht weniger als 16,7 Mill. Pfund Sterling ab. England hat als Ergebnis des Streiks in seiner heimischen Kohlenbilanz einen Verlust von rund 335 Mill. Mark zu buchen!

Aber es wäre ganz verfehlt, nur diese negative Seite als Auswirkung des englischen Streiks zu sehen. Er hat in England selber eine Reihe wertvoller positiver Kräfte ausgelöst. Es ist hier nicht die Stelle, über seine Impulse zur technischen und kaufmännischen Weiterentwicklung des britischen Bergbaues zu sprechen, über die Reformbestrebungen der Kohlenexporteure, über die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Änderung der Grundbesitzfrage, über die Tendenzen zur Erleichterung der Zusammenlegung von Zechen, über die Absichten einer Entlastung der Wirtschaft von ihren vielseitigen finanziellen Abgaben, und nicht zuletzt von der veränderten Einstellung zu den Gewerkschaften und zu den Kommunisten. Aber auch rein regional sind innerhalb Englands Kräfte frei geworden, die zunächst als örtliche Probleme in die Erscheinung treten, deren Bedeutung aber weit größer ist, da sie einmal auf den europäischen Kohlenmarkt übergreifen werden.

Das eine ist die Erschließung des Bergbaugebietes von Kent. Jeder, der einmal nach England gefahren ist, kennt den hochgelegenen Leuchtturm von Kap South Foreland am Eingang des englischen Kanals als erstes Zeichen des britischen Inselreiches. Wenig einwärts von ihm ist im südöstlichen Kent eine Zechenanlage gelegen, die Tilmanstonegrube. Hier wurde man in den letzten Jahren vor dem Kriege in einer Tiefe von 3327 Fuß auf Kohle fündig, also bei reichlich 1000 m. Auch in der Nachbarschaft fand man abbauwürdige Flöze, so wenig entfernt bei der Betteshanger Grube bei 2930 Fuß, bei der Snowdowngrube bei 1813 Fuß und etwas weiter westlich schon bei 840 Fuß. Die Kohle lagert hier in gleicher Weise wie vielfach am Nordrand der rheinischen Masse, unter einer mehr oder minder mächtigen Decke von Bildungen der Kreideperiode, wozu in England in größerem Maße auch noch solche der Jurazeit kommen. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die dortigen Kohlenfelder von großer Ausdehnung sind, worauf zuerst nachdrücklich der frühere Direktor der Geologischen Landesaufnahme von England, Dr. Strahan, hingewiesen hat, und es besteht ein hohes Maß von Wahrscheinlichkeit dafür, daß

sich die Kohlenfelder von Kent ununterbrochen bis zum Bristolkanal in die Gegend von Somerset hinziehen.

Zur besseren Erschließung des Absatzes der Gruben in Kent trägt sich die Tilmanstonegrube augenblicklich mit dem Projekt, eine Seilbahn zum Hafen von Dover zu bauen. Die Entfernung in der Luftlinie beträgt etwa 13 km. Man hofft nach Darlegungen der Zechenverwaltung in der Vorracht bis zum englischen Hafen eine Ersparnis von vier bis fünf Schilling die Tonne zu erreichen, hierdurch namentlich gegen die Kohle der nördlichen Ostküste, insbesondere von Durham, konkurrenzfähig zu sein und der Kentkohle einen dauernden und kräftigen Absatzmarkt zunächst in Frankreich zu öffnen. Nach englischen Angaben soll sie für Kokereizwecke und für die Zementindustrie eine gute Ware darstellen. Weiter kommt in Kent hinzu, daß dort in diesen Wochen eine neue Grube mit 750 000 Tonnen Jahresleistung und technisch ausgestaltet nach den besten Erfahrungen in Betrieb genommen wird.

Wird der Kohlenabbau in Kent auch langsam vonstatten gehen und werden ihm auch Rückschläge nicht erspart bleiben, so ist es doch der Anfang einer künftigen Entwicklung. Dieses neue Revier im Anblick der französisch-belgischen Küste, nicht fern von Rotterdam und näher an Emden als die bisherigen ostenglischen Kohlendistrikte wird allmählich auch die Struktur englischer Kohlenausfuhr nach Deutschland beeinflussen.

Das zweite Projekt, das man in England aufgegriffen hat, ist der Bau eines Schifffahrtskanals von der unteren Humbermündung aufwärts in den östlichen Teil der Kohlenfelder des Mittellandes. Am letzten November tagte in Doncaster eine Zusammenkunft der Kohlenindustriellen, der kaufmännischen Vereinigungen und der landwirtschaftlichen Organisationen der in Betracht kommenden Gegenden, um mit Unterstützung der englischen Industriellenvereinigung und des englischen Ackerbauministeriums über die einschlägigen Fragen zu beraten. Der Plan ist, das Mittelfeld durch einen Kanalbau für Schiffe von 1500 Tonnen an den Wasserweg anzuschließen, gleichzeitig das umliegende Gebiet besser als bisher zu entwässern und damit einer intensiveren Bewirtschaftung zu erschließen. Darüber hinaus geben nachhaltige Bestrebungen, auch Kohle aus der Tiefe näher der Küste zu fördern, nachdem man festgestellt hat, daß die guten Kohlenlager des Mittelfeldes viel weiter nach Osten reichen als bisher angenommen, wie denn überhaupt das vor dem Kriege von uns so gern erörterte Problem der baldigen Erschöpfung englischer Kohlenlagerstätten in das Land der Märchen zu verweisen ist. Neuere Untersuchungen haben ergeben, daß weite Flächen Englands Kohlenlager in der Tiefe aufweisen, von denen man vor zwanzig Jahren noch nichts ahnte, und deren Abbau auch in absehbarer Zeit noch nicht einmal in Angriff genommen zu werden braucht.

Auf dem europäischen Kontinentalmarkt hat der englische Streik sich regional derart nicht geäußert. Hier waren schneller Absatz der Lagerbestände und intensivere Förderung die Auswirkung, nicht aber Verbreiterung der Produktionsbasis. Der Ausstand brachte deshalb fast überall ein Rekordjahr, Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Polen, sie alle lieferten auf das kräftigste für den lahmegelegten Konkurrenten. Wir greifen als typisch die Verhältnisse in Deutschland und aus diesem wieder die des Ruhrgebiets heraus.

In letzterem lagerten schon seit Monaten Haldenbestände von 8 bis 9 Mill. Tonnen, die Auswirkung einer tiefgreifenden Krisis, die den heimischen Kohlenmarkt aus verschiedenen Gründen betroffen hatte, und deren Lösung auf dem Weg der positiven und negativen Rationalisierung gesucht wurde. Betriebe, die unrentabel waren, wurden stillgelegt, Flöze, deren Abbau besonders hohe Kosten erforderten, außer acht gelassen, um die Förderung auf die besten Schachtanlagen und die wertvollsten Kohlenstätten zu konzentrieren. Hand in Hand damit ging ein starker maschineller Ausbau, Preßluftschlämmer, Schüttelrutschen und Schrämmaschinen wurden in immer steigendem Maße eingeführt und erlaubten dem Arbeiter ein größeres Quantum Kohle zu bewältigen als früher in gleicher Zeit mit der Hand. Ein weiterer Ansporn war, die Nebenprodukte der Kohle stärker auszunutzen; die nachhaltige Betreibung der großen Projekte der Verflüssigung der Kohle und der Ferngasversorgung Deutschlands geht auf die Not dieser Zeit zurück.

Durch den englischen Bergarbeiterstreik wurden zunächst einige Kohlenarten lebhafter abgerufen als früher, andererseits wuchs der Bestand an Koks sogar noch langsam. Als aber zu übersehen war, daß der Ausstand länger dauern würde, wurden die Abrufe stärker und die hohen Kohlenberge, die im Freien lagerten und starke Verluste durch Zinsen verursachten, wurden kleiner und kleiner. Andererseits vermied man es mit bewußter Absicht, neue Betriebe aufzumachen. Es war klar, daß der Streik nur eine vorübergehende Erscheinung war, und daß die Unkosten, die man in eine technische Umstellung hineinstecken würde, sich durch den Rückschlag nach dem Streik nicht bezahlt machen würden. Um so mehr suchte man die Förderung auf den vorhandenen Anlagen zu heben unter gleichzeitiger Vermehrung der Belegschaften, die an der Ruhr im Dezember auf fast 390 000 stieg und den Tiefstand von Mai 1926 um 43 000 Mann überholte.

In ganz Deutschland hat nach den Zusammenstellungen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung die Förderung für das Jahr 1926 mit 145,4 Mill. Tonnen die des Jahres 1913, gerechnet in unseren heutigen Landesgrenzen, um 4,6 Mill. Tonnen übertroffen. War die monatsdurchschnittliche Förderung in den ersten fünf Monaten des verflossenen Jahres mit 10,8 Mill. Tonnen noch unter der Vorkriegsförderung, so nahm sie seither stetig zu und konnte

sich im Dezember auf 13,8 Mill. Tonnen heben. Die Reviere der Ruhr, von Oberschlesien und Aachen zeigten eine besonders kräftige Entwicklung, während in Sachsen das Ergebnis noch um 1,3 Mill. Tonnen hinter der Friedensförderung zurückblieb und Niederschlesien nur den Vorteil ziehen konnte, daß der Schaden der ersten schlechten Monate im Jahresergebnis ausgeglichen wurde.

Stärker noch als die Förderung zeigte die Bewegung der Bestände die Besserung der Lage. Während Anfang des Jahres 5,1 Mill. Tonnen Steinkohle und 5,7 Mill. Tonnen Koks lagerten, gingen die Halden der Gruben und Syndikatsgesellschaften Ende des Jahres auf 796 000 Tonnen Steinkohle und 960 000 Tonnen Koks zurück, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß die Koksproduktion im Reich im Jahre 1926 geringer war als im Vorjahre. Im Braunkohlenbergbau waren die Vorteile weit geringer, Mitteldeutschland und Ostelbien konnten ein Minderergebnis in den ersten neun Monaten durch eine leichte Belebung im vierten Vierteljahr nicht ausgleichen, während das rheinische Braunkohlensyndikat eine Steigerung erzielte.

Die Anforderungen an Steinkohle kamen bis Ende September in der Hauptsache aus dem Auslande. Mit Beginn des Winters, als die Druscharbeit und die Rübenkampagne einsetzte, drängten sich aber auch aus dem Inland die Bestellungen derart, daß eine rasche Befriedigung auf Schwierigkeiten stieß. Als auch eine leichte Belebung der deutschen Industrie einsetzte, vermehrte sich schnell die beginnende Kohlenknappheit, um so mehr, als aus dem Ausland die Aufträge infolge der langen Dauer des Streiks zahlreicher und dringender hereinkamen. Der Reichskohlenkommissar gestattete deshalb zur Befriedigung des Inlandmarktes seit dem 12. Oktober die Ausfuhr aus Oberschlesien nur noch nach der Tschechoslowakei und Österreich, und zwar auch nur noch in dem Ausmaß der früheren Monate. Als diese Maßnahme nicht genügte, um die Verbraucher in Süddeutschland, in Ostpreußen und an der pommerschen und mecklenburgischen Küste sicherzustellen, wurde auch dem Ruhrrevier ab 24. November eine Sonderauflage von 400 000 Tonnen aufgelegt, unbeschadet seiner laufenden Verpflichtungen. Sie war für das Ostseeküstengebiet und Hamburg wie für Brandenburg, Provinz Sachsen und Süddeutschland bestimmt. Um sie aufzubringen, war die Belieferung von Verbrauchern, die einen Bestand über drei Wochen hatten, vorläufig einzustellen. Ferner wurde der arbeitstägliche Landabsatz um 50 % eingeschränkt; falls diese Einengungen nicht ausreichten, sollte auch die Ausfuhr gekürzt werden. Da kurz darauf der englische Streik abbrach, damit auch die Angstbestellungen aussetzten und nach kurzer Zeit wesentliche Mengen Kohle aus England nach Deutschland kamen, wurde der Kohlenmangel schneller als erwartet behoben.

Im allgemeinen muß man für den europäischen Kontinentalmarkt sagen: Die Konjunkturblüte war nur eine vorübergehende, sie welkt nach Wiedererscheinen

der englischen Kohle. Wenn auch die Kurven nicht den Tiefstand wieder erreichen werden, auf dem sie sich vor dem Streik bewegten, so wird sich doch das Wirtschaftsleben wieder eine Einengung gefallen lassen müssen. Der Brite ist nicht nur ein großer, sondern auch ein naher Konkurrent.

Gänzlich anders lagen die Verhältnisse für den außereuropäischen Markt. Auch dort ist natürlich die Förderung durch den Ausfall englischer Kohle kräftig angeregt worden, aber hinzu kommt, daß in diesen Ländern der Antrieb verstärkt ist, sich als wirtschaftliche Produzenten möglichst selbständig zu machen. Das gilt insbesondere für Südafrika, für das Land der Zukunft. Betrug hier die Förderung im Monatsdurchschnitt 1925 rund 1 Mill. Tonnen, so 1926 im Juli 1,2 Mill., im August 1,4 Mill., im September 1,5 Mill. Man errichtete neue Kokereien und durch niedrigere Ausfuhrtarife suchte man den Export zu steigern. Gerade die südafrikanische Kohle wird auch künftighin auf dem Weltkohlenmarkt eine besondere Bedeutung spielen, nicht nur an den Ufern des Indischen Ozeans, sondern auch im Ringen mit der deutschen in Südamerika und vielleicht auch an den Ufern des Mittelmeeres.

In Vorderindien betrug der Kohlenexport im ersten Halbjahr 1926 900 000 Tonnen gegen 587 000 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres, auch die Bebungung hatte um rund 100 000 Tonnen zugenommen. Im Oktober wurden noch große Aufträge für die Häfen des Roten Meeres erteilt, im November und Dezember erwartete man dorthin eine Verschiffung von je 1,4 Mill. Tonnen gegen 0,9 im Monatsdurchschnitt der letzten fünf Jahre. Auch auf den ostasiatischen Märkten erfolgten kräftige Verschiebungen. Die japanische Kohle vermochte bei der gegenüberliegenden Festlandsküste stärker vorzudringen, und die größte Kohlegesellschaft Nordchinas, die Kailau-Mining, konnte eine lange Reihe von Lieferungsverträgen in das Jahr 1927 hineinnehmen.

In Südamerika sind besonders in Brasilien Veränderungen zu verzeichnen. Die dortige Regierung hat jüngst nach Verhandlungen mit führenden Industriellen eine Kommission eingesetzt, die die Möglichkeit des stärkeren Ausbaus der Montanindustrie untersuchen soll, was ja hier schon länger erörtert ist. Insbesondere sollen die Voraussetzungen für die Anlage neuer Kohlenbergwerke in den Provinzen Paraná, Santa Catarina und Rio Grande do Sul geprüft werden. Auf der Kohle beabsichtigt man dann eine Eisen- und Stahlindustrie zu entwickeln.

Betrachtet man all diese Verschiebungen, so muß man als Europäer sagen, es ist nicht nur gut, daß der englische Streik vorüber ist, sondern es wäre sogar noch besser gewesen, wenn er etwa anderthalb Monate früher sein Ende gefunden hätte, in der Zeit, als die Kohlenverknappung unserer Märkte anfang, sich in bedenklichem Ausmaß auszuwirken. Der englische Streik hat

die Leistungsfähigkeit zukünftiger Konkurrenten angespornt und ist mit ein Schritt, und zwar ein großer Schritt, auf dem mit Kriegsbeginn beginnenden Weg, die monopolartige Kohlenstellung Mittel- und Westeuropas wie Nordamerikas zu durchbrechen und Wirtschaftszentren zu verschieben nach Ländern, die vor dem August 1914 industriell so gut wie gar keine Rolle spielten. Dieser Weg wird von der Entwicklung der Dinge weiter begangen werden, wenn zunächst auch schüchtern und vereinzelt in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten. Wir sollten daher diese Vorgänge nicht aus den Augen lassen und sie scharf verfolgen. Wenn man uns Deutschen geraten hat, zu denken in Kontinenten, so möchte ich hinzufügen, wir sollen nicht nur denken in Kontinenten, sondern auch in Jahrzehnten.

Veröffentlichungen des Verfassers über den englischen Bergarbeiterstreik 1926:

1. Der englische Bergarbeiterstreik und das britische Kohlenproblem, Verlag G. Fischer, Jena 1926, 32 Seiten.
2. Der augenblickliche Stand des englischen Kohlenstreiks, Deutsche Kohlenzeitung, Berlin, Jg. 44, Nr. 18 vom 31. August 1926; auch erschienen in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom 25. und 26. August 1926.
3. Die Auswirkungen des Streiks, Deutsche Bergwerks-Zeitung vom 23. September 1926.
4. Der längste Bergarbeiterstreik, Deutsche Bergwerks-Zeitung vom 16. Oktober 1926.
5. Das englische Kohlenproblem, Kölnische Zeitung vom 19. November 1926.
6. Wird Dover Ausfuhrhafen für englische Kohle? Deutsche Bergwerks-Zeitung vom 28. Dezember 1926.
7. Die Bilanz des englischen Bergarbeiterstreiks, I und II, Deutsche Bergwerks-Zeitung vom 8. und 11. Januar 1927.
9. Die Krisen der Ruhrwirtschaft, Zeitschrift für Internationale Bergwirtschaft, Heft 11/12, August/September 1926.

ERICH OBST:

LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

Johannes Ziekursch: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs. Band I: Die Reichsgründung. Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M. 1925. 362 Seiten.

Der bekannte Historiker der Breslauer Universität bietet mit diesem Buche den ersten Teil einer groß angelegten Trilogie. Die später folgenden beiden Bände werden das Zeitalter Bismarcks (1871—1890) und das Zeitalter Wilhelms II. (1890—1918) behandeln.

In klarer, schlicht-sachlicher Sprache schildert Ziekursch auf Grund eines umfassenden Quellenstudiums das Werden des Deutschen Reiches. Dabei verweilt er mit besonderer Liebe und Ausführlichkeit bei den innerpolitischen Fragen und der Gestalt Bismarcks, weil er sich die Aufgabe gestellt hat, gleichsam von innen heraus die gesamte Struktur unseres politischen Lebens zu entwickeln. Über den Inhalt im einzelnen zu berichten, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das Buch enthält ausgezeichnete, durch die wissenschaftliche Objektivität doppelt wertvolle Darstellungen, z. B. der preußischen Heeresreform von 1860, des preußischen Verfassungskonfliktes, der Zertrümmerung des deutschen Bundes, der Begründung des Norddeutschen Bundes, der Reichsgründung von 1871. Die persönliche Auffassung des Verfassers spiegelt sich in Sätzen wie diesen wieder: „Dem Geist der Zeit entgegen wurde die stolze Burg des neuen deutschen Kaiserreiches erbaut, nicht wie fast alle Monarchien im Laufe der Weltgeschichte durch einen genialen Herrscher geschaffen, auch nicht von einem Volke in revolutionärem Sturm gegen Fremdherrschaft und Tyrannenmacht erkämpft, sondern ein preußischer Minister und Edelmann, Otto von Bis-

marck, hat mit Titanenkraft das neue Reich errichtet, durch List und Gewalt, in schwerem Ringen mit seinen Gegnern im Ausland wie im Inland, unter Verfassungsbruch und Bürgerkrieg, über den Kopf seines widerstrebenden Königs hinweg und gegen den Willen eines großen Teiles des deutschen Volkes, der Bismarcks Wege nicht wandeln wollte. Die Einheit wurde dem deutschen Volke abgerungen und gerade deshalb den Hohenzollern eine so ungeheure Machtfülle übertragen, daß ihr heilvoller Gebrauch entweder einen Friedrich den Großen auf dem Throne oder einen Bismarck neben dem Throne erforderte. Zu seinem Werk trieb Bismarck der geniale Schaffensdrang seiner von Leidenschaft durchglühten Seele und die stolze Liebe zum preußischen, protestantischen Militär- und Adelsstaat der Hohenzollern; das Gemeinschaftsgefühl mit dem gesamten deutschen Volke erwärmte auch sein Herz, aber beherrschte ihn keineswegs restlos: ein Großpreußen wollte er zunächst schaffen, das sich zu einem Kleindeutschland ausweiten ließ.“

Wir haben es bei dem Werke Ziekurschs zweifellos mit einer Veröffentlichung ersten Ranges zu tun. Auf die beiden weiteren Bände darf man mit Recht gespannt sein.

Hugo Preuß: Der deutsche Nationalstaat. Die Paulskirche, eine Schriftenfolge. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M. 1924. 141 Seiten.

Dieses Buch behandelt zu einem guten Teil, wenn auch darüber hinausgehend, dasselbe Thema wie Ziekursch in kürzerer Form, es ist deshalb interessant als Gegenstück zu dem eben besprochenen Werk. Während in der „Reichsgründung“ der Gelehrte mit wissenschaftlicher

Genauigkeit und Ausführlichkeit die Probleme behandelt, kommt hier der Politiker zu Wort, der selbst aktiv an der Gestaltung des deutschen Nationalstaates mitgearbeitet hat. Er projiziert den Gang der Ereignisse auf das Problem des nationalen Volksstaates, der alle deutschen Volksgenossen in Mitteleuropa zu einem einheitlichen politischen Gebilde zusammenfassen soll, und erörtert in temperamentvoller Sprache die Ansätze und Hemmungen zu seiner Verwirklichung. Preuß behauptet, daß sich in Deutschland wegen der unpolitischen Einstellung des deutschen Volkes im Gegensatz zu den Nachbarstaaten keine einheitliche Staatsgewalt entwickeln konnte, sondern die Staatsbildung von den Landesfürstentümern ausging und damit von dynastischen Zufälligkeiten abhängig wurde, ohne einen politischen Volkswillen hinter sich zu haben. „In diesem geschichtlichen Verhängnis des Gegensatzes von Nationalität und Staat in Deutschland wurzelt die Problematik des deutschen Nationalstaates.“ Der Verfasser verfolgt diesen Gegensatz von den Steinischen Reformen und der 48er Revolution bis zum Bismarckschen Zeitalter, wo die Entwicklung stetig auf die Lösung des Problems hinsteuerte, dann aber durch die starke Hand des Bismarckschen Genies wieder in die obrigkeitlich-dynastische Richtung zurückgeworfen wurde. Der schließliche Zusammenbruch des Bismarckschen Reiches und die Ereignisse nach 1918 bilden den Schluß. — Wenn auch Preuß da, wo er die Fehler früherer Staatsentwicklung sieht, scharf urteilt und gelegentlich polemisch wird, bleibt er doch stets kritisch und hält sich immer auf hohem sachlichen Niveau.

Eugen Fischer: Holsteins großes Nein. Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1898—1901. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925. XVIII und 304 Seiten.

Ein ungemein inhaltvolles Buch, reich auch an geopolitischen Fragestellungen, lebendig und packend geschrieben, stellenweise geradezu von

dramatischer Wucht. Im Mittelpunkt steht die Gestalt des Barons von Holstein, der als faktischer Leiter der deutschen auswärtigen Politik in der nachbismarckschen Zeit die Bündnisangebote Englands energisch ablehnte. In starr dogmatischer Festigkeit meinte Holstein, daß England das Bündnis mit uns nur suchte, damit die Einkreisung Rußlands durchgeführt werden könnte und wir Deutsche gegebenenfalls die Kastanien für England aus dem Feuer holen würden. Aus diesem Grund widersetzte er sich einer Kooperation zwischen der stärksten Seemacht und der stärksten Landmacht Europas. Er glaubte, wir seien allein stark genug, um allen denkbaren Koalitionen zu trotzen.

Fischer hat sich durch die sorgsame Verarbeitung aller in Frage kommenden Urkunden sicherlich ein großes Verdienst erworben. Daß er im Grunde seines Herzens proenglisch eingestellt ist, vermindert den Wert des Buches nicht. Die im Vorwort angedeutete Koalition Deutschland—England—Italien—Amerika—Japan gegen Rußland (und eventuell Frankreich) wird allerdings vielfach zum Widerspruch herausfordern.

Émile Bourgeois und Georges Pagès:

Die Ursachen und die Verantwortlichkeiten des großen Krieges. In deutscher Übersetzung herausgegeben von Bernhard Schwertfeger. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926. XVII und 422 Seiten.

Der unermüdliche Kämpfer gegen die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg, Bernhard Schwertfeger, bietet in diesem Buche eine Wiedergabe desjenigen Materials, auf das die Entente ihre Schuldanklage gegen Deutschland im wesentlichen aufgebaut hat. Das Buch enthält drei umfangreiche Abhandlungen der beiden französischen Professoren Bourgeois und Pagès, scheinbar wissenschaftliche Untersuchungen, deren deutschfeindliche Tendenz jedoch nicht verborgen bleibt:

Der Konflikt von 1914 von Bourgeois

Die deutsche Vorherrschaft (1871—1904) von Pagès

Dreibund und Dreiverband (1904—1914) von Bourgeois.

Selbstverständlich ist es für uns Deutsche keine Freude, dieses Machwerk französischer Chauvinisten durcharbeiten. Trotzdem danken wir Schwertfeger, daß er uns dieses Dokument zugänglich machte, denn nur wer die Argumente seines Gegners genau kennt, kann mit einiger Aussicht auf Erfolg dagegen ankämpfen.

Friedrich Stieve: Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie. Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911—17. Volksausgabe der im Auftrage des deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926. Band I: Das Vorspiel (1911), die Einigung (1912), XIV und 275 Seiten; Band II: Der gemeinsame Weg (1913), die Ziele (1914), 263 Seiten.

Diese von Stieve besorgte Auswahl von Iswolski-Dokumenten verdiente wahrhaftig die denkbar größte Verbreitung. Aktenmäßig genau wird die Wühlarbeit des russischen Diplomaten in Paris dargestellt, das Hinarbeiten auf den Krieg, den Iswolski nicht minder wollte als seine französischen Busenfreunde Poincaré und Delcassé. Erst wenn man Einblick in diese Akten genommen hat, versteht man die volle Berechtigung des Ausspruches von Iswolski im September 1914: „Vier Jahre auf meinem Posten haben mir genügt, um mein Ziel zu erreichen.“

Als wirksames und überzeugendes Mittel im Kampf gegen die Kriegsschuldflüge ist diese Veröffentlichung wärmstens zu begrüßen. Ob die Herren Professoren Bourgeois und Pagès nach Erscheinen dieser Dokumentensammlung noch immer an den Unschuldengel Rußland glauben?

Hermann Stegemann: Das Trugbild von Versailles. Weltgeschichtliche Zusammenhänge und strategische Perspektiven. Deut-

sche Verlagsanstalt in Stuttgart-Berlin-Leipzig 1926. 359 Seiten mit 8 Karten im Text.

Das Erscheinen eines neuen Buches von Stegemann bedeutet für alle geopolitisch Interessierten ein Ereignis. Freudig bewegten Herzens begrüßten wir einst die gewaltige vierbändige „Geschichte des Krieges“; mit innerster Spannung nahmen wir den treudeutschen „Kampf um den Rhein“ in uns auf; im Banne der inhaltlich und sprachlich gleich meisterhaften Darstellung folgen wir nun jetzt dem Verfasser von der ersten bis zur letzten Seite seines neusten Werkes „Das Trugbild von Versailles“.

Eine spezielle Geopolitik der abendländischen Staatenwelt hat uns Stegemann beschert. Jeder einzelne europäische Staat wird in seiner geopolitischen Sonderheit dargestellt, der historische Ablauf in seiner vielfachen Gebundenheit an den Raum, die augenblickliche politisch-strategische Situation als Funktion der geschichtlichen und raumgebundenen Eigentümlichkeiten. Schön, packend, ja oftmals geradezu hinreißend die Sprache, wohlbegründet jedes Urteil, un- gemein groß die Fülle interessanter Tatsachen, die hier und da in ganz neuartiger Perspektive vorgetragen werden.

Im Vorwort skizziert Stegemann die Tendenz dieses Buches folgendermaßen: „Ich habe mich bemüht, das neue Staatenbild in seinen einzelnen Teilen und als Ganzes darzustellen, seinen Sinn zu erkennen und die Kräfte zu ermitteln, die die Geschichte der in ihm vereinigten Staaten maß- und richtunggebend schicksalhaft bestimmt haben.“ Stegemann darf sicher sein, daß er dieses Ziel voll und ganz erreicht hat. Heißen Herzens danken wir ihm für dieses neue Buch vom deutschen Schicksal. Es wird bestimmt dem treuen Freunde des Deutschtums in Bern eine große Schar neuer Freunde zuführen.

Adolf Warschauer: Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark. Erinnerungen aus vier Jahr-

zehnten. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1926. 324 Seiten.

Als Gelehrter und langjähriger Leiter des Archivs in Posen (1882—1912), als stiller, friedlicher, aber zielbewußter Vorkämpfer für das Deutschtum in der Ostmark ist die feine, schlichte Persönlichkeit Adolf Warschauers in weiten Kreisen Ostdeutschlands bekannt geworden. Ohne in eine ausgesprochene Kampfstellung zu den Polen zu treten, hat sich Warschauer mit nie erlahmender Ausdauer und seltener Geschicklichkeit für die Entfaltung des deutschen wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens in der Ostmark eingesetzt und durch sein Leben und Wirken Außerordentliches für diese Grenzlande geleistet. Mit der abgeklärten Ruhe, die diesem Manne von jeher eigen war, erzählt er nun im Grunde weniger von sich, als vielmehr hauptsächlich von den vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die ihm begegneten und den Umgang mit ihm zu schätzen wußten: die Oberpräsidenten Günther, Zedlitz, Wilamowitz und Bitter, Bürgermeister Witting in Posen, Ministerialdirektor Althoff u. a. m. — Nicht weniger reizvoll ist die Schilderung Warschauers von seinem Wirken beim General-Gouvernement in Warschau (1915—18). Alles in allem ein Buch für stille, tiefe Stunden, ein Buch, das auf jeder Seite die ganze Problematik der deutschen Ostmark atmet und durch den rührend schlichten, aber doch zugleich so warmen Ton den Weg zum Herzen des Lesers findet.

Werner Gley: Die Besiedelung der Mittelmark von der slavischen Einwanderung bis 1624. Eine historisch-geographische Untersuchung. Forschungen zum Deutschtum der Ostmarken, im Auftrage der Preussischen Akademie der Wissenschaften, herausgegeben von Dr. Hans Witte. Verlag J. Engelhorn's Nachf., Stuttgart 1926. 168 Seiten mit 17 Textabbildungen, zwei Tafeln und einer farbigen Karte „Die Siedelungen der Mittelmark im Mittelalter“.

Ungemein fleißig und gediegen, das sind die Ehrenworte, mit der wir diese ausgezeichnete und auch methodisch sehr interessante Studie begrüßen. Nach einer grundlegenden Darstellung der physisch-geographischen Beschaffenheit des Gebiets (mit höchst instruktiver Rekonstruktion der Urlandschaft) führt uns der Verfasser sehr gründlich in die besonderen Eigentümlichkeiten des slawischen und des deutschen Siedelungs- und Agrarwesens ein, um alsdann in großen Linien den Gang der Kolonisation zu zeichnen. Unser Wissen von der Besiedelung der Mittelmark ist durch Gley ganz wesentlich vertieft worden.

Historische Stadtbilder. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin.

Band 8, Günther Probst: Die Stadt Wien. 1926. 187 Seiten, mit zwei Karten, zwei Stadtplänen, einer Stadtansicht und zwei Grundrißzeichnungen.

Band 7, Paul Jonas Meier: Die Stadt Goslar. 1926. 139 Seiten, mit einer Karte, einem Stadtplan, einer Stadtansicht und sechs Grundrißzeichnungen.

Band 6, Erich Keyser: Die Stadt Danzig. 1925. 164 Seiten, mit einer Karte, einem Stadtplan, einer Stadtansicht und sieben Grundrißzeichnungen.

Die „Historischen Stadtbilder“ sind eine vorbildliche Reihe von kleinen Städte-Monographien, die in angenehmer Weise sowohl von den üblichen Stadtführern mit ihrer Aufzählung von Außerlichkeiten wie von den trockenen Lokalgeschichten abstechen. Sie geben eine Entwicklungsgeschichte der betr. Stadt im Zusammenhang mit der ihrer Umwelt und behandeln auf dieser Grundlage das heutige Stadtbild und seine einzelnen architektonischen Teile mit großer Anschaulichkeit, die durch die Beigabe verschiedener Stadtpläne, Ansichten und Grundrisse sehr gefördert wird. — Im einzelnen sind die drei vorliegenden Bändchen, je nach der Einstellung des Verfassers, ziemlich verschieden; durch die Reihenfolge ihrer Besprechung wird

zugleich der zunehmende Grad ihrer geographischen Verankerung und damit ihrer geopolitischen Blickrichtung im weitesten Sinne angedeutet.

Probst beginnt weit ausholend mit einer Geschichte Österreichs, um Wiens Bedeutung als Hauptstadt des Donaureiches und seine Abhängigkeit von dessen Entwicklung zu zeigen. Auf diese vorwiegend politisch-dynastischen Ausführungen folgt im zweiten Abschnitt die eigentliche Geschichte der Stadt selbst. Sie ist gegliedert in die Entwicklung der städtischen Verfassung, der sozialen Struktur im weitesten Sinne, also mit Einschluß der gewerblichen Organisation u. ä., und des Handels und Verkehrs. Im dritten Abschnitt schildert Probst Wiens Grundriß-Entwicklung und die Physiognomie der Stadt mit ihren einzelnen Bauwerken. In allen Abschnitten wird es deutlich, wie Wiens Blüte und Gedeihen davon abhängt, ob die Grenze der ältesten deutschen Ostmark genügend weit nach Osten vorgeschoben ist oder durch einen Verlaut nahe vor den Toren der Stadt deren Lebensmöglichkeiten einengt. — Im Gegensatz zu Probst teilt Meier sein Thema in zwei große Abschnitte, von denen der erste der Stadtentwicklung in allen ihren Richtungen und Auswirkungen und der zweite der Erläuterung des Stadtbildes in seinen einzelnen Teilen gewidmet ist. Meier ist ein außerordentlich guter Kenner der Geschichte Goslars und gibt eine tiefeschürfende Analyse der Entstehung und Weiterentwicklung der alten deutschen Kaiserstadt in ihrer Abhängigkeit von den natürlichen Verhältnissen, Verkehrswegen, wirtschaftlichen und politischen Zuständen, vor allem aber in ihrer schicksalhaften Verbundenheit mit dem Rammelsberger Silberbergwerk. Mit großer Anschaulichkeit wird uns Blüte und späterer Niedergang dieser einst zweitbedeutendsten Reichsstadt geschildert, von deren Glanz uns noch heute eine Anzahl ehrwürdiger Bauten Zeugnis geben. — Nicht von der Geschichte, sondern von dem Boden, auf dem Danzig er-

wachsen ist, geht Keyser aus. „Es liegt diesem Unternehmen die Auffassung zugrunde“, sagt der Verfasser sehr mit Recht, „daß die Beachtung der Beziehungen, in denen eine Stadt zum Raume steht, und zwar nicht nur zum Grunde und Boden und zur umgebenden Landschaft, sondern auch zu allen anderen räumlich gegebenen geschichtlichen Mächten, mögen sie nun andere Städte, Wirtschaftsgebiete, Länder, Völker oder Staaten sein, gewisse Grundgesetze ihrer Entwicklung und somit den Kern ihres Wesens genauer erkennen läßt“. Keyser behandelt deshalb zuerst die Landschaft, Wirtschaft, Bevölkerung und politische Entwicklung des Danziger Raumes, über die er, trotz großer Kürze, einen vortrefflich klaren Überblick gibt. Im zweiten Abschnitt geht er dann zur Stadtentstehung, ihrem Wachstum und ihrer baulichen Entwicklung über und schildert genetisch die einzelnen Teile dieser alten urdeutschen Stadt und Handelsmetropole in ausführlicher Weise. So entsteht durch das Zusammenwirken beider Abschnitte ein abgerundetes Bild der Stadt Danzig.

Erwin Scheu: Des Reiches wirtschaftliche Einheit. Eine Darstellung der inneren Verflechtung des Deutschen Reiches in allen seinen Teilen. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin 1926. 88 Seiten, mit 40 Karten und zwei graphischen Darstellungen.

In diesem lesenswerten Schriftchen gibt der bekannte Wirtschaftsgeograph einen Überblick über die deutsche Wirtschaft und ihre innere Verflechtung. Nacheinander werden die industrielle Urproduktion (Kohlen und andere Kraftstoffe, Eisenindustrie), die verarbeitende Industrie (Metall- und Maschinen-, chemische, Textil-, Papier-, Leder-, keramische und Glas-, Steinbruchindustrie), die Ernährungswirtschaft und die Verkehrsbeziehungen behandelt. Die Broschüre ist gewissermaßen eine Ergänzung zu der „Wirtschaftsgeographischen Harmonie Deutschlands“ von demselben Verfasser; während er dort regional die einzelnen Wirtschaftsge-

biets behandelt, geht er hier systematisch von den einzelnen Wirtschaftszweigen aus. Aber auch hier legt Scheu Wert auf die Herausarbeitung der engen Beziehungen, die zwischen allen Produktions- und Absatzgebieten bestehen. Sie werden durch eine große Anzahl instruktiver Kärtchen und Diagramme veranschaulicht und in ihren wirtschafts- und verkehrsgeographischen Bedingtheiten klaggestellt. Scheu kann und will in seiner Broschüre natürlich keine grundlegende und erschöpfende Darstellung geben; er wendet sich weniger an den Fachwissenschaftler als an den allgemein gebildeten Leser und vermittelt diesem einen klaren Überblick über die wichtigsten Zweige der deutschen Wirtschaft.

Westermanns Weltatlas. 137 Haupt- und 118 Nebenkarten auf 109 Kartenblättern mit erläuterndem Text und einem alphabetischen Namenverzeichnis. Bearbeitet von Adolf Liebers unter Mitwirkung von R. Barmm, Prof. Dr. P. Groebe, Dr. R. Müller, Dr. H. Winter und anderen Sachverständigen. Druck und Verlag von Georg Westermann, Braunschweig und Hamburg, 16. Auflage, 1926.

Meyers geographischer Handatlas. 92 Haupt- und 110 Nebenkarten mit alphabetischem Namenverzeichnis. Verlag des Bibliographischen Instituts, sechste, neubearbeitete Auflage, Leipzig 1926.

Aus dem Leserkreis dieser Zeitschrift ist zu

wiederholten Malen der Wunsch geäußert worden, gerade für das Gebiet der Alten Welt geeignete Kartenwerke kennen zu lernen, die bei der Lektüre der Aufsätze benutzt werden könnten. Wir kommen diesem Wunsche heute gern nach und nennen zwei der besten deutschen Handatlanten, die mehr bieten als ein Oberstufen-Schulatlas und erschwinglicher im Preise sind als die ganz großen Atlanten wie der Stielerische Atlas u. a. m.

Westermanns Weltatlas und Meyers geographischer Handatlas haben jeder für sich so viel besondere Vorzüge, daß sie hier nicht gegeneinander abgewogen werden können und sollen. Der „Meyer“ verwendet auf die Terrain-darstellung die allergrößte Sorgfalt und bietet auch für Teilgebiete größerer Staaten vorzügliche Spezialkarten; besonders lobende Erwähnung verdient die Schlußkarte „Verbreitung der Deutschen im Ausland“, die wir in einer neuen Auflage gern in größerem Maßstabe sehen würden. Der „Westermann“ zeichnet sich durch die Fülle von Sonderkarten zur physischen und Anthropogeographie der einzelnen Erdteile und Staaten aus und erhält weiterhin durch den beigefügten erläuternden Text (u. a. sehr viel interessante Statistiken) seine besondere Note.

Beide Atlanten verdienen nach Inhalt und Ausstattung uneingeschränktes Lob. Sie sind Glanzleistungen der deutschen Kartographie und Technik und können den Lesern dieser Zeitschrift gleichermaßen empfohlen werden.

OTTO MAULL:

LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Andree-Heiderich-Sieger: Geographie des Welthandels. Eine wirtschaftsgeographische Erdbeschreibung. Vierte Auflage. Völlig neubearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung von Fachleuten, von Franz Heiderich, Hermann Leiter und Robert

Sieger. 2. Band. XVI und 1110 Seiten. Wien (Seidel & Sohn) 1927.

S. 585—575. Kurt Hassert: Nordamerika als Ganzes; Britisch-Nordamerika; die Vereinigten Staaten von Amerika.

S. 758—822. Karl Sapper: Die amerikanischen Mittelmeerländer.

S. 823—1024. Otto Maull: Südamerika.

Die z. Zt. bedeutendste Erscheinung der geographischen Literatur des amerikanischen Länderkreises ist ohne Zweifel der Teil Amerika in der gerade eben erschienenen vierten Auflage von Karl Andrees Geographie des Welthandels, dem Standardwerk wirtschaftsgeographischer Erdbeschreibung. Der Teil Amerika nimmt in dem über 1100 Seiten starken, die außereuropäischen Länder behandelnden Bande einen ganz beträchtlichen Raum (439 S.) ein. Mit einem gewissen Recht hat er eine ausführlichere Darstellung erfahren als mancher andere Teil der Welt; umfaßt er doch Länder, die heute eine beherrschende Stellung im Wirtschaftsleben der Erde einnehmen oder solche, die man wohl mit als die wichtigsten aufsteigenden Zukunftsräume ansehen muß. In die Bearbeitung dieses zwei Erdteile überspannenden Länderkomplexes haben sich Hassert, Sapper und der Referent geteilt.

Hassert gibt einen knappen, großzügigen länderkundlichen Überblick über Nordamerika als Ganzes. Ihm folgt dann die Darstellung der beiden großen politischen Einheiten Germanisch-Nordamerikas. Beide Abschnitte sind in eine kürzere Betrachtung der physischen und kulturellen Grundlagen der Wirtschaft, eine wirtschaftsgeographische Darstellung der einzelnen Landschaften und in einen Überblick über das gesamte Wirtschaftsleben von Britisch-Nordamerika und der Vereinigten Staaten von Amerika gegliedert. Dabei liegt naturgemäß der Nachdruck auf der Bearbeitung der Vereinigten Staaten. Sowohl die wirtschaftsgeographische Übersicht wie die Darstellung der Einzellandschaften sind in dem der Union gewidmeten Teil ungleich reicher mit Zahlennachweisen über Bevölkerung und wirtschaftsgeographische Ausrüstung bedacht, als das bei Kanada der Fall ist. Sehr viel abgerundeter, mehrfach den Charakter vortrefflicher kleiner wirtschaftsgeographi-

scher Länderkunden tragend, wirkt die Behandlung der vereinsstaatlichen Einzellandschaften. Relativ kurz ist dagegen die abschließende Übersicht bei der Union wie auch bei Kanada gehalten. Die Wirtschaftszahlen beziehen sich vorwiegend auf die Jahre 1921 bis 1923; stellenweise sind sie noch jünger.

Sapper nimmt eine Viergliederung der allgemeinen Einleitung vor Natur der Länder Bevölkerung, Wirtschaft und Verkehr, politische und sprachliche Verhältnisse. Der spezielle Teil zerfällt in drei größere Abschnitte: Mexiko dem die abgeschlossenste Betrachtung gewidmet wird, die mittelamerikanischen Länder und Westindien. Der Skizzierung der politischen Einzelgebiete geht bei den beiden letzten Abschnitten nur je eine kurze einleitende Zusammenfassung voraus. Die Art der Darstellung ist knapp aber sehr charakteristisch. Wirtschaftsstatistische Belege treten nicht so sehr in den Vordergrund.

Die Abschnitte, die Hassert und Sapper zu dem Sammelwerk beigetragen haben, müssen als äußerst gründliche Veröffentlichungen bezeichnet werden, die vom Kennertum dieser Länder getragen werden. Im Falle Sappers bedarf das einer ganz besonderen Erwähnung.

Im ganzen hat sich auch die Behandlung Südamerikas durch den Referenten (Selbstreferat) in den methodischen Rahmen des Gesamtwerks eingefügt. Der einleitende Teil, die Naturlandschaft und die Naturgrundlagen der Wirtschaft, betont starker, als das vielleicht für eine Wirtschaftsgeographie notwendig ist, die geomorphologischen Verhältnisse. Die Vegetationskarte ist eine kritische Durcharbeitung der älteren Vorlagen unter Verwendung eigener Beobachtungen. Ebenso ist auch die Wirtschaftskarte ein neuer Entwurf. Das letzte Unterkapitel, die Entwicklung der Wirtschaftskräfte und der Kulturlandschaft, schneidet das kulturlandschaftliche Problem für die südamerikanische Wirtschaftsgeographie an, das bei allen Einzeldarstellungen entsprechend dem Maße der Kenntnis und des Darstellungsmaßstabs weiter

verfolgt wird. Im Hauptteil wird die Wirtschaftsgeographie der einzelnen Staaten und Staatenteile stets im Sinne wirtschaftsgeographischer Länderkunde gegeben. Es ist dabei streng die Gliederung in Wirtschaftsraum und Wirtschaftsstruktur durchgeführt. Bei den größeren Staatenräumen hat der Wirtschaftsraum eine landschaftskundliche oder länderkundliche Untergliederung erfahren; so z. B. ist Brasilien in Amazonien, Nordostbrasilien, Mittelbrasilien, das seinerseits in die Küstenwaldgebirgsregion und Binnen- oder Zentralbrasilien (das Savannenland des Inneren) aufgeteilt ist, und Südbrasilien gegliedert. Ausführlich sind die zusammenfassenden Darstellungen der Wirtschaftsstruktur. Die Bevorzugung Brasiliens, dem Raum nach, ist die Personalnote, wenn man will, der Personalfehler, die bis zu gewissem Grade eine Entschuldigung in der Kennerschaft des mittelbrasilianischen Anteils und einiger Häfen des Nordostens durch den Autor finden kann. Von dieser Basis aus glaubte er überhaupt der riesigen Gesamtaufgabe einigermaßen gerecht werden zu können. Auf umfangreiche Literaturangaben, auch der ausländischen Literatur, wurde selbst da, wo sie nicht benutzt werden konnte, im Sinne eines Literaturnachweises Wert gelegt.

Ohne Einschränkung darf wohl gesagt werden, daß in diesen wirtschaftsgeographischen Darstellungen der Staaten Amerikas die zur Zeit besten wirtschaftsgeographischen Staatenkunden der beiden Erdteile vorliegen.

Lautensach, Hermann: Länderkunde, ein Handbuch zum Stieler. Gotha (Justus Perthes) 1926.

Teil Amerika S. 653—772.

Eine ausgezeichnete Ergänzung zu der oben besprochenen wirtschaftsgeographischen Staatenkunde von Amerika im länderkundlichen Sinne bietet der Teil Amerika in Lautensachs großem Handbuch zum Stieler. Wer die beiden Bände vor sich liegen hat, von denen der eine kleinere eine allgemeine Geographie, der zweite etwa doppelt so starke eine Länderkunde der Erde

birgt, wird in erster Linie eine unbegrenzte Achtung vor der gewaltigen Arbeitsleistung des Autors bekommen. Aber auch der Inhalt bleibt hinter dem Umfang des Werkes in keiner Weise zurück. Hier möge nur über den Teil Amerika kritisch referiert werden. Wenn auch zweifellos das Ziel des Verfassers Darstellung, beschreibende Geographie im genetisch erklärenden Sinne in allererster Linie ist, so muß doch ganz allgemein hervorgehoben werden, daß sich überall eine am wissenschaftlichen Stande der Forschung orientierte, gedankenreiche Durchdringung des Riesenstoffes mit einer sehr beachtenswerten Beherrschung desselben im Einzelnen verbindet. Der Autor konnte das Ziel nur dadurch erreichen, daß es ihm gelang, sich in geschickter Weise auf neuere zusammenfassende Arbeiten zu stützen. Diese Arbeitsweise hat dem Ganzen eine unverkennbare hohe wissenschaftliche zuverlässige Note gegeben. Man lese nur den vergleichenden Überblick über die Westfeste, mit der die Geographie Amerikas einsetzt, und staune, welche genetischen Deutungen in wenigen Worten auf der ersten Seite gegeben sind! Man beachte, wie hier im weiteren Verlaufe sowohl Wegeners Thesen wie die W. Pencks und ebenso Klutes Schneegrenzstudien und manches andere herangezogen werden! So wird man ohne weiteres die hohe wissenschaftliche Einstellung des Autors zu seiner Aufgabe zu würdigen vermögen. Daß dabei hier und da in der Deutung Fehler unterlaufen, die selbst nicht bei Formenkomplexen ausbleiben, die für einen Landeskenner ohne weiteres erfassbar sind, ist bei der riesigen Aufgabe gar selbstverständlich. So sind z. B. die Campos keine Grassteppen (S. 661), sondern ganz typische Savannen. Und auch die Llanos mit ihren Palmenhainen würde ich niemals zu den Grassteppen schlechthin rechnen. Auf der Vegetationskarte von Südamerika ist dieser Fehler übrigens wieder ausgeglichen, denn das große Innere von Brasilien ist richtig als Savannenland bzw. als Trockenwaldgebiet angegeben. Die

Grenze zwischen Regenwald- und Savannen- gebiet läuft zwar nicht richtig (man vgl. meine Karte im Andree-Heiderich-Sieger), doch konnte sie dem Verfasser nicht bekannt sein. Westlich von Paraná erscheint ebenda auf dem kleinen Kärtchen ein Regenwaldgebiet, das in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Auch von Salz- steppen darf man wohl in Argentinien nicht schlechthin sprechen: denn die Geröllsteppe Patagoniens trägt doch wohl anderen Charakter. Auch die Völkerkarte Südamerikas bedürfte wohl mancher Abänderungen. So leben im mitt- leren São Paulo keine unzivilisierten Indianer mehr; im Gegensatz dazu gibt es im nördlichen Espirito Santo noch welche. Zur Wirtschafts- karte wären manche Berichtigungen zu bringen. Es soll aber in diesem Referat — weil das un- gerecht wäre — die große Gesamtleistung, die der Geographie des amerikanischen Doppelkon- tinenten zu Gute kommt, durch Aufzählung von Fehlern im einzelnen, zu der jeder Spezialkenner ohne weiteres fähig sein wird, nicht herabgesetzt werden. Alle Unklarheiten zu beheben — denn um solche handelt es sich vielfach —, die im augenblicklichen Stadium der Forschung be- gründet sind, oder alle Beobachtungswider- sprüche der von vornherein doch oft so grund- verschieden eingestellten Forscher zu lösen, war bestimmt nicht die Aufgabe des Autors. Doch anderseits konnte es auch nicht unterbleiben, darauf hinzuweisen, wie viel geographische Arbeit besonders in Südamerika noch zu tun ist, bis wir ein einigermaßen abgeschlossenes Bild von diesem so außerordentlich wichtigen Erdteil haben.

Aufgabe des Autors war es, ein Bild im großen auf Grund des Standes der Forschung in den beiden Erdteilen zu geben. Das ist ihm im ganzen voll gelungen. Auch im einzelnen hat er dabei, wie schon einleitend betont wurde, tief geschürft. Nach dem Gesamtüberblick werden die natürlichen Landschaften für jeden der Erd- teile dargestellt. An geeigneter Stelle erfolgt dann, wenn auch nur kurz, die Schilderung

der nordamerikanischen Staatenräume. Mittel- amerika wird nur sehr knapp behandelt. Die Staatengebiete kommen eigentlich nur in einer allerdings sehr instruktiven Tabelle auf ihre Rechnung. In Südamerika wird die Staaten- geographie ganz in den Hintergrund gedrängt, und die landschaftskundliche Darstellung herrscht. Überhaupt liegt wohl in der Aufarbeitung des physisch-geographischen Materials der Haupt- nachdruck. Anderweitig vernachlässigt doch auch der Verfasser den anthropogeographischen Stoff dort nicht, wo er sich ihm bot. Man be- achte z. B., wie tief er in die kulturelle Ent- wicklung, von A. Rühl geführt, am Beispiel der Vereinigten Staaten eindringt. Der Leser wird da, wo auf den ersten Blick eine ungleichartige Behandlung zu erkennen ist, den speziellen durch den allgemeinen Teil ergänzen müssen. Das gilt besonders für Südamerika. Eine An- zahl von Textkärtchen, die bald Landschafts- gliederung, geomorphologische und pflanzen- geographische Zonen, klimatologische oder Sied- lungstatsachen zur Darstellung bringen, vertiefen den Stoff und geben Kunde von der Beherr- schung im Speziellen. Die abstrakten bunten Erdteilkarten schließen sich mit ihnen in er- freulicher Weise zu einem länderkundlichen Atlas zusammen, der der Ausgabe des Stieler an sich fehlt und ihm nun in dankenswerter Weise angegliedert ist.

Im ganzen wird man ja sagen müssen, daß gerade der Teil Amerika im Gegensatz zu seiner Weltbedeutung im Vergleich mit den anderen Erdteilen etwas stiefmütterlich behandelt worden ist. Er ist so ziemlich am Ende geschrieben worden. Der Grund scheint darum in einer be- wußten, wenn auch etwas gewaltmäßigen Be- schränkung zu liegen. Dem Wert der Darstellung an sich wird aber auch damit nichts genommen. Rühl, Alfred: Vom Wirtschaftsgeist in Ame- rika. IX und 122 Seiten. Studien über den Wirtschaftsgeist der Völker. Leipzig (Quelle & Meyer) 1927. Geb. 5,40 M.

Rühl hat seinen Untersuchungen über die

Wirtschaftspsychologie des Spaniers und über den Wirtschaftsgeist des Orients am Beispiel Algeriens eine solche über den Wirtschaftsgeist des Amerikaners folgen lassen. Gemeint ist der Nordamerikaner, der Vereinsstaater, den Rühl von einer transkontinentalen Exkursion aus eigener Beobachtung in seinem Schaffen und von seinem Kulturwerk her kennt. Daß das Büchlein nicht nur Neues bieten kann, ist bei der großen Zahl der Schriften, die das Thema angeschnitten und zum Teil auch schon recht ausgiebig behandelt haben, ganz selbstverständlich, zumal auch die Amerikaner selbst diesem Problem eine intensive Aufmerksamkeit schenken. Ohne Zweifel bereitet es aber viel Vergnügen, dieses Problem noch einmal in der gewandten Darstellungsart eines so außerordentlich kenntnisreichen und belesenen Autors verfolgen zu können. Problem ist die ungeheure Gleichförmigkeit des kulturellen Menschentypus, der sich in allen Staaten durchsetzt, der sich aber auch in dem Landschaftsbilde, soweit es Kulturwerk, besonders Siedlung ist, vielfach wiederholt. Während ursprünglich im Raume der Vereinsstaaten recht verschiedene Wirtschaftstypen vorhanden waren, hat der Sieg, den der Geist des Nordens, aber in der Umbildung, den er im Westen durch den Pionier-, Grenzertypus erfahren hat, zu dieser Homogenität geführt. Sie ward auch durch die Einwanderung nicht ernsthaft gefährdet; denn diese ist zum guten Teil bis in die jüngere Zeit hinein auf Anpassung an das gegebene Kulturleben willensmäßig gerichtet gewesen. Heute wird solche Anpassung durch kluge Organisation gefördert. Als bezeichnende, geltende Züge dieses an der Grenze erworbenen Charakters werden genannt der unbeirrbar Optimismus, der Glaube an die Mission des eigenen Volkes und der daraus resultierende Nationalstolz, die Umsetzung des Optimismus ins Praktische, der Glaube an den Fortschritt. Diese Grundwertung basiert auf dem materiellen Erfolg, auf dem sichtbaren Kulturwerk, das der Amerikaner geschaffen hat

Innerhalb der Lebenswerte nehmen darum die wirtschaftlichen die höchste Stufe ein. „Arbeit ist Ausfüllung und Erfüllung des Daseins“. Die bekannte Stellung des Amerikaners zur Arbeit wird fein charakterisiert. Selbstverständlich führt solche Hochwertung der Arbeit vielfach nur zur Geschäftigkeit und Ungründlichkeit, zu einem scharfen Tempo, das nicht immer den wirklichen Erfolg an sich verbürgt. Es führt aber auch zur strengen Verurteilung alles Müßiggangs. „Müßiggang ist ein nationaler Verlust; wenn jemand nicht arbeitet, so leidet das ganze Volk“. Unterwerfung unter dieses allgemeine, von vielen Teilen der anderen Welt, selbst von dem heutigen Vollkultureuropa so stark abweichende Arbeitsideal ist eine der Forderungen, denen sich jeder unterwerfen muß, wenn er das Leben mit äußerem Erfolg leben will. Freilich erobert sich die Vergnügung in der Verkleidung der Erholung Zutritt zum Leben, denn auch im modernen Amerika ist die Sucht nach Vergnügen nicht geringer als bei uns. Recht beachtenswert ist im Hinblick auf unsere eigene Entwicklung die Bemerkung Rühls über den hygienischen Wert des Sports, der leicht überschätzt werde, da die Masse ja doch immer nur passiv zujubelnd bleibe. Mit dem unbeirrbareren Glauben für den Fortschritt schwindet das Gefühl für den Wert des Dauernden.

Eine neue Linie ergibt sich bei der Untersuchung des Verhältnisses des Amerikaners zum Geld. Geldverdienen ist das Hauptmittel aktiver Beschäftigung; die „Jagd nach dem Dollar“ wird gar nicht so sehr um des Geldes willen, sondern um der Arbeit willen ausgeführt. Der Mensch wird an seinen materiellen Werten gemessen, die ausdrücken, wie weit es ihm gelungen ist, sich durchzusetzen, ähnlich wie einst die Fähigkeiten des Grenzers gewertet wurden. Der Reiche ist das Ideal, doch vornehmlich derjenige, der sich die Reichtümer selbst erworben hat. Dementsprechend fällt der Arme der Verachtung preis, und daraus erklärt sich die Einstellung zu der bis vor kurzem außerordentlich

mangelhaften sozialen Fürsorge. Der Arme ist selbst schuld daran, daß er arm ist, weil er nicht arbeitet oder nicht zu arbeiten versteht. Darum hat auch die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens in Amerika keinen Nährboden. Amerikanisches Arbeitsideal und Sozialismus stehen sich als antipodische Weltanschauungen gegenüber. Nicht so präzise erscheinen die Aussagen über die Wirtschaftsmora

Die rasche wirtschaftliche Umgestaltung hat aber auch Veränderungen im Wirtschaftsgeist zur Folge gehabt. Das Milieu des Grenzlers ist immer mehr geschwunden, und die Wirtschaftskrise des Farmers, das Landfluchtproblem und die Verstädterung machen heute sehr viel mehr die Grundlagen für die Entwicklung des Wirtschaftsgeistes aus. Amerika ist nicht mehr das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. An die Stelle der Gleichheit des Besitzes ist das Unzufriedenheit weckende Bewußtsein von einer starken Ungleichheit der Güter durch die Monopolisierung der wirtschaftlichen Werte durch die gewaltigen Trustbildungen getreten. Immer schärfer greift infolgedessen die Klassenscheidung durch, die durch die Artung der jüngeren, im ganzen nicht wünschenswerten Einwanderung unterstützt wird. Die Forderung, der Staat möge beschränkend und ausgleichend eingreifen, wird laut, und damit wird das Prinzip der freien Konkurrenz aufgegeben. Immer mehr tritt eine differenzierende Wertung der Arbeit ein; Handarbeit wird schon als etwas Untergeordnetes betrachtet. Immer mehr bahnt sich ein neuer Wirtschaftsgeist, die Erkenntnis der drückenden Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer vom Kapital an. Der sozialistische Gedanke eiert immer auffälliger seinen Einzug. Es gibt kaum ein Gebiet der Sozialpolitik, das heute noch nicht in den Vereinigten Staaten in Angriff genommen worden ist. Doch wird in charakteristischer Weise die Fürsorge vornehmlich von dem Unternehmer getragen, der dem Arbeiter die Arbeitsfreude erhalten oder vielfach wieder schaffen will. Anteilnahme an der Ge-

winnbeteiligung durch Verkauf von Aktien an die Arbeiter ist der vielfach beschrittene Weg. Hand in Hand mit dieser Umstellung erwacht eine Kulturkritik, die fast alle Erscheinungen des amerikanischen Lebens mustert und sich vornehmlich gegen die Mechanisierung des Lebens und den Utilitarismus wendet. In der geistreichen, folgerichtigen Durchverfolgung der einzelnen Linien liegt der Hauptwert des Buches das an sich dabei auf Vielbekanntes eingeht. Man vermißt bei dem geographischen Autor nur Eines, eine strengere geographische Basierung des Autochthonen und Entlehnten, eine Frage, die kaum recht aufgeworfen worden ist.

Rasmussen, Knud: Rasmussens Thulefahrt.

Zwei Jahre im Schlitten durch unerforschtes Eskimoland. Bearbeitet und übersetzt von Fr. Sieburg. Mit zahlreichen Bildern und zwei Karten. 503 Seiten. Frankfurt a. M. (Frankfurter Sozietätsdruckerei) 1926.

Rasmussen: Die große Jagd. Leben in Grönland. 175 Seiten. Frankfurt a. M. (Rütten & Loening) 1927.

Mit dem hohen Norden ist heute kaum ein anderer Name so eng verknüpft wie der Knud Rasmussens, des Sohns eines dänischen Predigers und einer Grönländerin, geboren in Nordgrönland. „Wenn man die Gestalt Rasmussens als Forscher einzigartig nennen darf, so deswegen, weil sein menschliches Leben mit seinem Reiseleben eine Einheit bildet, die in schnurgerader Linie verläuft“, sagt darum mit vollem Recht im Vorwort des ersten Buches der Bearbeiter. So mußte ein Mann geartet sein, der, unter Eskimos ausgewachsen, den Lebensinhalt dieses arktischen Volkes in allen Feinheiten auf langen Reisen erschließen konnte. Der Erforschung der Eskimos galt sein bisheriges Lebenswerk. Vorbereitet schon durch die Grönlandexpedition unter Mylius Erichsens Führung, sich auch damals schon den Eskimostudien hingebend, und ferner durch vier weitere Polarreisen, die erste bis vierte Thuleexpedition, lernte er auf der fünften Thuleexpedition, von der das erste Buch

handelt, die Eskimos fast in ihrer ganzen Verbreitung kennen. Diese Reise führte ihn von der Westküste Grönland zur Hudsonbai, in die Gebiete der Southampton-Insel, Melville-Halbinsel und von Cookburn-Land, und dann längs der polaren Festlandküste bis zur Beringstraße und dem Pazifischen Ozean. Besonders in der Region von der Southampton-Insel bis Cookburn-Land wurden wichtige neue topographische Erkenntnisse gewonnen. Das Hauptinteresse galt aber dem Eskimostudium. Das große Ergebnis aller Reisen Rasmussens ist folgendes: von Ostgrönland bis nach Sibirien hin sprechen die Eskimos die gleiche Sprache, haben den gleichen Glauben, singen die gleichen Sänge, erzählen die gleichen Sagen. Die Eskimos stellen darum auf Grund dieser Forschungen ein Volk dar. Nach Rasmussen soll ihre Wiege Nordamerika sein. Er glaubt westlich von der

Hudsonbai die Heimat der Ur-Eskimos gefunden zu haben, wo die ursprüngliche Kultur noch fast unverändert bewahrt sein soll.

Dieses vorliegende Buch der längsten Schlittenreise, die jemals durchgeführt worden ist, ist kein rein wissenschaftliches. Das mehrbändige wissenschaftliche Ergebnis steht noch aus. Rasmussen reist, dieser Welt selbst zugehörig, zwar Neues erkennend und findend, aber nicht als ein Fremder in einem Milieu, das ihm im Grunde von Jugend an vertraut ist. Darin liegt der Wert und der Reiz dieser auch im populären Gewande äußerst starken Publikation, die wie keine andere das Leben des arktischen Nordamerika kennen lehrt.

In demselben Sinne sei auf das zweite kleinere Buch hingewiesen, das so packend vom Leben in Grönland erzählt.

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

- Zum Jahrgang 1926 ist das *Autoren- und Sachregister* erschienen. Weil viele Bezieher von der Zeitschrift „Weltpolitik und Weltwirtschaft“ herübertraten, war es nicht möglich, das Register wie sonst beizulegen; ich sende es auf Wunsch kostenlos zu.
- Mit dem 1. April geht die Zeitschrift „*Europäische Revue*“ in meinen Verlag über. Sie wird im Umfang erweitert, im Inhalt stark ausgebaut, — vor allem nach der wirtschaftlichen Seite hin — und von Professor Emil Preetorius ausgestattet. So bildet sie eine ausgezeichnete Ergänzung der „Geopolitik“ für die politisch-wirtschaftlich-kulturellen Fragen Europas. Der Preis beträgt M 6.— für das Vierteljahr, Probehefte stelle ich gerne zur Verfügung.
- Soeben wurde ausgegeben: *Paul Wentzcke / Rhein und Reich / Eine geopolitische Betrachtung der deutschen Schicksalsgemeinschaft / 1927, 388 Seiten, 15 Karten und eine graphische Zeittafel, Leinen M 8.—*. Das sehr lebendig geschriebene Werk, die zweite, stark umgestaltete Auflage des früheren zweibändigen Werkes: „Rheinkampf“ gibt als erstes eine geopolitisch gesehene Geschichte des Rheins in seiner Gesamtheit. Neben seinem wissenschaftlichen und erzieherischen Wert ist es durch seinen ansprechenden Inhalt und die gute Ausstattung ein beliebtes Geschenkwerk.
- Es befinden sich zwei Werke in Vorbereitung: Von *Dr. Hans Harmsen* eine überaus interessante Studie: *Bevölkerungsprobleme Frankreichs*. Sie geht von dem Zentralproblem Frankreichs, dem Rückgang der Geburtenziffer und dem damit verbundenen Eindringen von Fremdvölkern aus (heute schon fast 25 Prozent Fremde in Frankreich!), behandelt die Maßnahmen, die behördlicherseits getroffen wurden, und weist nach, inwieweit sie wirksam waren oder nicht. Das Buch ist mit 19 Karten und graphischen Darstellungen ausgestattet, erscheint im Laufe des April und wird voraussichtlich in Leinen gebunden M 8.— kosten.
- Weiter befindet sich in Herstellung ein Werk, das mir besonders notwendig für uns Deutsche erscheint, die wir noch in weiten Kreisen den nur sehr teilweise berechtigten Amerika-Kult treiben. Das Buch von *Scott und Freeman: Dollar-Diplomacy* fußt auf wissenschaftlicher Grundlage und schöpft aus großenteils unbekanntem Quellen. Es zeigt in einer kühlen und ironischen, aber sehr fesselnden Schreibweise, wie der Amerikaner sein Geld als politische Waffe einsetzt, wie er vorgeht und welche Erfolge er erzielt. Uns, denen eine „sanfte Fessel“ seit den Tagen des General Dawes angelegt ist, wird es nützen, die politische Tragweite dieser Tatsache zu erkennen. — Das Buch wird Ende April fertig, ein Band von etwa 300 Seiten, und wird in Leinen gebunden etwa M 10.— kosten.

Berlin-Grünwald,
Ende März 1927

KURT VOWINCKEL VERLAG
GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Soeben erschien:

Die Staatslehre des Franz Suarez S.J.

Von Dr. Heinrich Rommen. 8^o (383)
Preis RM. 8,50; gebunden RM. 10,00

In der Staatslehre des spanischen Jesuiten Franz Suarez (1548 - 1617) wird ein Beispiel der scholastischen Staatslehre gegeben, dabei werden die Zusammenhänge der Staatslehre und scholastischen Philosophie herausgearbeitet. Es zeigt sich, daß die Spätscholastik in staatsphilosophischen Fragen organisch auf den von Thomas von Aquin gegebenen Grundlagen weiterbaute. Die spätscholastische Staatslehre ist also nicht ein Durchgangsstadium zur individualistischen des neuern Naturrechts (Rousseau, Hobbes). Das vorliegende Werk ist aber auch für die heutige Staatspolitik bedeutsam und hat damit ein praktisches Ziel, nämlich, den Rahmen zu bestimmen, den die Seins- und damit die Sollensgesetze staatlichen Lebens darstellen, innerhalb welchen Rahmens allein Politik richtige Politik ist. Dadurch bestimmt sich ihr Verhältnis zum Sozialismus mit seinem letztlich omnipotenten Staat auf der einen Seite und zum kapitalistischen Liberalismus mit der Funktionalisierung des Staates auf der andern Seite. Die richtige Politik grenzt sich dann auch ab gegenüber Nationalismus und extremem Pazifismus. So kommen wir an der Hand des größten Rechts- und Staatsphilosophen der Spätscholastik zu den klaren Ideen und Grundsätzen einer metaphysisch fundierten Staatslehre, und damit dient diese Schrift zu einer gewissen Klärung von Ideen, die auch im heutigen Deutschland Verwirrung angerichtet haben.

Weiter empfehlen wir:

Die Staatslehre Leos XIII.

Von Dr. Peter Tischleder. 1925. 8^o
(540), brosch. RM. 8,00, geb. RM. 10,00.

Der Staat

Staatsidee, Staatsgewalt,
Staatszweck, Völkergemeinschaft.
Von Dr. P. Tischleder. 1926.
RM. 0,60.

Volkvereins-
Verlag G.m.b.H.
M.- Gladbach

Die geistige Gemeinschaft Europas

zu verwirklichen, ist die Aufgabe unserer Generation. Je mehr im werthaften Sinne der heutige Mensch national empfindet, je christlicher er denkt, um so mehr muß es ihn drängen, an diesem großen Werke mitzuschaffen. Die erste Voraussetzung jeder Zusammenarbeit ist das gegenseitige Verständnis. Das Verständnis für die Sonderart des Anderen.

**Die Europa-Bände der
„Wege nach Orplid“**
sind hervorragend geeignet, die Sonderart der einzelnen Völker durch charakteristische Proben aus der Literatur und kennzeichnende Abhandlungen uns nahe zu bringen

Soeben erschien:

Junges Rußland

Es liegen
bereits vor:

Junges Frankreich
Junges Spanien I
Junges Italien
Junges Österreich
Junges Spanien II
Kathol. Frankreich

Preis jedes Bandes RM. 3.50
Eine Zierde für jede Bücherei!
Hochwillkommene Geschenkwerke für jeden geistig lebendigen Menschen.
Durch jede gute Buchhandlung.

Orplid-Verlag
G. m. b. H.
M.- Gladbach

H. E. v. LINDEINER-WILDAU:

DER KAMPF UM DIE VORHERRSCHAFT AUF DEM BALKAN

Östlich und südlich der Siedlungsgebiete der großen west- und mitteleuropäischen Nationen zieht sich von der Ostsee bis zum Mittelmeer jener breite Streifen europäischen Landes, der die Heimat einer großen Anzahl kleinerer Volksstämme bildet und auf dem in den letzten Jahren mehr als ein Dutzend einzelner souveräner Staaten entstanden sind. Diese neue Staatenbildung ist das Ergebnis der Erstarbung des nationalen Gedankens als des staatsbestimmenden Faktors. Vom gesamteuropäischen Standpunkt aus muß man, wenn man die Vereinigung aller Kräfte unseres Kontinents als erstrebenswertes Ziel ansieht, in dieser Entwicklung einen zweifellosen Rückschritt sehen. Früher waren es drei große Reiche, die Türkei, Rußland und der habsburgische Kaiserstaat, die diese Gebiete und die in ihnen wohnenden Volksstämme zusammenfaßten und so die europäische Politik wesentlich entlasteten. Das Erwachen des nationalen Gedankens, vielfach parallel laufend mit dem Streben nach sozialer Emanzipation, die Zurückdrängung der Türkei aus Europa und der Zerfall der beiden großen Kaiserstaaten im Weltkriege haben Europa unmittelbar vor den ganzen Ernst dieses vielfältigen Problems gestellt. Eine befriedigende Lösung der Frage wird dadurch erschwert, daß in Verfolg der staatspolitischen Zusammenfassung verschiedener Volksstämme in großen Reichen fast überall eine starke Mischung der nationalen Siedlungsgebiete erfolgt ist, so daß eine klare, allen nationalen Forderungen gerecht werdende Aufteilung dieses Gebietes in nationale Einzelstaaten nahezu unmöglich erscheint, wenn man nicht zu dem rigorosen Mittel großzügiger Umsiedelung greifen will.

Der Balkan stand auch in der Zeit, als die Befreiung der Balkanstaaten von der türkischen Oberherrschaft bereits eingetreten war, weltpolitisch im Zeichen des Wettkampfes Österreichs und Rußlands um die Vorherrschaft. Seit diese beiden Machtstaaten zerschlagen sind, hat sich der Gegensatz zwischen den einzelnen Balkanstaaten unmittelbar aufgetan. In den ersten Jahren nach dem Friedensschluß versuchte die kleine Entente die öffentliche Austragung dieses Streits hinzuhalten. Das gemeinsame Interesse an der Sicherung der neugewonnenen Staatsgrenzen und die Abwehr gegen irredentistische Bestrebungen des rücksichtslos zerstückelten Ungarn schienen ein ausreichendes Maß gleichartiger Interessen zu sichern, die diesem Bund Inhalt und Lebensfähigkeit geben sollten. Heute ist die kleine Entente praktisch aufgehoben und die widerstreitenden Wünsche der einzelnen Staaten treten offen in die Erscheinung.

Diese veränderte Sachlage hat die starke und zielbewußte Außenpolitik des italienischen Diktators Mussolini erkannt und sie versuchte daraus für Italiens Expansionspläne Vorteil zu ziehen. Italien befindet sich in mancher Hinsicht in ähnlicher Lage wie Deutschland. Das Staatsgebiet ist nicht in gleichem Maße wie die Bevölkerungszahl gewachsen. Hunderttausende von Italienern finden keinen Raum in der zu eng gewordenen Heimat, sie wandern heute nach Übersee aus und gehen dem Heimatstaat mehr oder weniger verloren. So erklärt sich das Streben Italiens nach Siedlungsland für seine Söhne, das in unmittelbarer Nähe des Mutterlandes liegt und deshalb richten sich die Blicke Italiens über das Adriatische Meer nach der nahen albanisch-dalmatischen Küste. Dazu kommt aber, daß mit dem stark gesteigerten nationalen Selbstgefühl des neuen Italien die Erinnerung an die Zeiten des alten Römerreiches erwacht sind, das einst die unbeschränkte Herrin des Mittelmeers war. Der erste Schritt zur Wiedererlangung dieser Machtstellung im Mittelmeer scheint die Sicherung der italienischen Ostfront, die nur durch Abriegelung des Adriatischen Meeres erzielt werden kann. Erst wenn dies Ziel erreicht ist, glaubt Italien sich in der Lage, die Auseinandersetzung mit seinem westlichen Nachbarn Frankreich vornehmen zu können.

So sind es Motive, deren Berechtigung man unter Berücksichtigung der geopolitischen und psychologischen Grundlagen neuitalienischer Außenpolitik wird anerkennen müssen, die Italien nach dem Balkan weisen. Es wäre in der Tat ein Hochziel italienischer Politik, wenn es diesem Staate gelänge, die Führerrolle auf dem Balkan, die durch den Zusammenbruch der beiden Kaiserstaaten frei geworden ist, seinerseits übernehmen zu können. Aus diesem Streben erklärt sich die Entente mit Rumänien, die durch die Ratifikation des bessarabischen Protokolls kürzlich ihren sichtbaren Ausdruck gefunden hat und die mit historischen Reminiscenzen begründet und dem Gefühl beider Nationen nähergebracht wird. So erklärt sich der Freundschaftsvertrag mit Ungarn und das Eintreten für die bulgarischen Forderungen zum Flüchtlingsschutz.

Hindernd steht diesen italienischen Zielen das neue großserbische Reich im Wege. Die ungewöhnlichen Leistungen des serbischen Volkes, das sich vom Rande des Zusammenbruchs zur Erfüllung nahezu aller seiner nationalen und politischen Forderungen durchgekämpft hat, hat sein Selbstbewußtsein außerordentlich erstarren lassen, so daß man sich wohl selbst stark genug glaubt, die Führerrolle auf dem Balkan übernehmen zu können. Der nächste Konkurrent für Jugoslawien ist das neue Groß-Rumänien. Wenn dort beim Tode König Ferdinands innere Unruhen entstehen sollten, so wäre Rumänien außenpolitisch zunächst lahmgelegt und es könnte in der Tat der Augenblick für Jugoslawien gekommen sein, um die Führerstellung auf dem Balkan zu erreichen.

Dieser Kampf um die Vorherrschaft zwischen Italien und Jugoslawien, genährt durch die irredentistischen Ziele der Slowenen, hat sich äußerlich entzündet im Streit um Albanien. Das albanische Volk, auf Grund der Gestaltung seines Heimatlandes in viele einzelne Stämme aufgeteilt, durch konfessionelle Gegensätze zerrissen, scheint vorläufig noch nicht die Kraft zu besitzen, sich selbst seinen nationalen Staat zu bilden. Die Küstenstädte stehen unter wirtschaftlichem und kulturellem Einfluß Italiens. Das Innere grenzt an Neu-Serbien und erscheint den Serben als ihr natürliches Interessengebiet. Die albanischen Führer suchen den Rückhalt für ihre eigenen, ehrsüchtigen Pläne bald in Italien, bald bei Jugoslawien. So wird es erklärlich, daß die Gegensätze zwischen diesen beiden Staaten sich so zuspitzen, daß es eine Zeitlang erscheinen konnte, als ob nur das Schwert die Entscheidung bringen müßte. Ich glaube nicht an eine solche gewaltsame Lösung. Ganz abgesehen davon, daß Europa einen neuen Krieg nicht will, würde ein solcher Waffengang den letzten Zielen Italiens direkt widersprechen. Italien will auf dem Balkan keine Feinde, sondern Freunde. Es will keinen der Balkanstaaten unterwerfen, sondern sie an seine Seite ziehen. Wo dies nicht gutwillig gelingt, scheut man sich nicht, auch die Mittel eines mehr oder weniger sanften Zwanges anzuwenden. Man will die Bildung eines neuen europäischen Machtblocks aus dem freiwilligen, weltpolitischen Zusammenschluß der südöstlichen Staaten Europas. Unter vielen Gesichtspunkten könnte eine solche Entwicklung vom gesamt-europäischen Gesichtspunkt aus begrüßenswert erscheinen. Jede machtpolitische Konzentration in unserem in eine solche Vielheit von Staaten aufgeteilten Kontinent kann weltpolitisch als Vorteil erscheinen. Voraussetzung allerdings wäre dafür, daß die Suprematie des einen oder anderen Staates in einem solchen Bunde nicht zur Zwangsherrschaft über die anderen ausartet. Deutschland kann diesen Entwicklungen mit der Ruhe eines Unbeteiligten zuschauen. Wenn jemals, dann gilt heute wieder das Wort Bismarcks, daß der Balkan uns die Knochen auch nicht eines pommerschen Grenadiers wert ist. Wir haben aus der Lage unserer eigenen Nation heraus ein tiefes Verständnis für das Einheitsstreben ebenso sehr des italienischen Volkes wie der südslawischen Stämme. Wir haben nur das eine Ziel, mit beiden Nationen in friedlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Wettbewerb zu stehen. Für uns scheint daher völlige Zurückhaltung gegenüber den heute noch vorhandenen Gegensätzen die gegebene Politik, getragen von der Hoffnung, daß die Vernunft die Dinge zu einem Ausgleich führen wird, der eine Befriedung dieses Wetterwinkels Europas, der so oft in der Geschichte unseres Kontinents eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, zur Folge haben wird.

K. K. KAWAKAMI:

AMERIKANISCHER IMPERIALISMUS

Die Ursachen der Spannungen mit Mexiko und Japan

Kennzeichnend für die recht gespannten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ist die Tatsache, daß, als die Krise zwischen beiden Völkern ihren Höhepunkt erreicht hatte, liberale Zeitungen in Amerika, wie die „Baltimore Sun“ und die „New York World“, allen Ernstes die Frage aufwarfen, ob Präsident Coolidge nicht Staatssekretär Kellogg den Rücktritt nahelegen sollte. Es ist natürlich eine sehr heikle Frage, ob Kellogg wirklich für alle diese Schwierigkeiten verantwortlich zu machen ist; scheinen sie doch die unabwendbare Folge der traditionellen Politik der Vereinigten Staaten ihren südlichen Nachbarn gegenüber zu sein.

Den unmittelbaren Anlaß zu dem Streit zwischen Amerika und Mexiko bilden die mexikanischen Landgesetze, die am 1. Januar 1927 in Kraft traten. Bisher haben die amerikanischen Ansiedler in Mexiko kaum Neigung gezeigt, den Vorschriften dieser Gesetze Folge zu leisten. Im Gegenteil, man schmäht zwar diese Landgesetze als bolschewistisch, konfiskatorisch, als unmodern, als vertragsverletzend usw., handelt aber, als ob sie nicht existierten. Dergleichen die Wirklichkeit bewußt verfälschende Äußerungen verwirren natürlich die Problemstellung, denn sie beeinflussen die öffentliche Meinung der Union in parteiischem Sinne und verhindern die Bildung eines ruhigen Urteils. Tatsächlich sind nämlich die mexikanischen Landgesetze weit liberaler und großzügiger als die fremdenfeindlichen Landgesetze, die gegen die Orientalen in den westlichen Staaten der Union in den letzten Jahren eingeführt wurden. Die Lage der amerikanischen Regierung ist tatsächlich wenig beneidenswert. Während sie auf der einen Seite gegen die mexikanischen Landgesetze protestiert, muß sie die weit schärferen Gesetze ihrer Weststaaten verteidigen und rechtfertigen.

Ein Vergleich zwischen den mexikanischen und den amerikanischen Landgesetzen zeigt Unterschiede auf, deren gerechte Würdigung wirklich geeignet sein sollte, der öffentlichen Meinung Amerikas Mäßigung aufzuerlegen.

Beim Erwerb von Farmländereien durch Fremde zum Beispiel macht das mexikanische Gesetz keinerlei Einschränkungen. Ein Amerikaner, ein Japaner, ein Deutscher oder ein Hottentott kann als Einzelperson derartige Ländereien vorbehaltlos erwerben. Es macht auch keinen Unterschied, ob die Ländereien vor oder nach der gesetzlichen Durchführung der Landgesetze erworben worden sind. Wie unendlich großzügiger und weitherziger sind doch diese Gesetze

als die fremdenfeindlichen Landgesetze Kaliforniens und anderer Weststaaten der USA. Die Gesetze dieser Staaten scheiden nämlich alle Fremden, die für die Erwerbung des Bürgerrechts nicht in Frage kommen — Japaner, Chinesen usw. — aus. Das kalifornische Fremdenlandgesetz als typisches Beispiel verbietet z. B. dem Orientalen, Grundstücke zu erwerben, zu besitzen, zu kultivieren oder zu übertragen oder auch nur ein dingliches Recht an diesen Grundstücken zu erwerben. Diese Vorschrift ist in der Tat außerordentlich weitgehend, und sie erstreckt sich auf alle Arten von Grundstücken. In der Landwirtschaft darf der Orientale nur als Tagesarbeiter tätig sein. Er darf keinerlei Eigentum an dem Land, das er bearbeitet, besitzen. Er darf solches Land auch nicht pachten, ja, er darf nicht einmal den Ernteertrag mit dem amerikanischen Landbesitzer teilen. Der orientalische Farmer in Kalifornien muß sich immer mit der Stellung eines Lohnarbeiters begnügen.

Hat ein Orientale — lies immer: Japaner oder Chinese — Grundstücke vor der Durchführung der kalifornischen Landgesetze erworben, so wird nach den neuen Gesetzbestimmungen dieses Eigentum durch den Staat unmittelbar nach seinem Tode verkauft, wenn nicht sein Erbe ein in Amerika geborner Bürger ist. Das mexikanische Landgesetz enthält eine derartig unmenschliche Vorschrift nicht. Es erkennt einen Übergang des individuellen Besitzrechtes durch Erbgang an, ganz gleich, ob der Erbe ein Fremder oder ein in Mexiko geborner Bürger ist. Zwar betrachtet auch das mexikanische Landgesetz bei mineralhaltigen Ländereien den individuellen Besitz dieses Landes — falls das Eigentum vor der Durchführung der Landgesetze erworben wurde — beim Tode des Besitzers als beendet. Aber selbst hier verkauft der Staat nicht das Eigentum unmittelbar mit dem Todesfall, sondern gibt dem Erben 5 Jahre Zeit, innerhalb deren er das Eigentum so vorteilhaft als möglich veräußern kann.

Hat eine ausländische Gesellschaft in Mexiko Farmland vor der Durchführung der neuen Gesetze erworben, so kann sie dieses Land behalten. Nach Inkrafttreten der neuen Landgesetze darf keine ausländische Gesellschaft Farmland neu erwerben. Der Zweck dieser Vorschrift ist klar, und ihr Ziel durchaus gesetzmäßig, denn zu viel von dem Farmland Mexikos ist bereits in die Hände von fremden Gesellschaften übergegangen. Das mexikanische Gesetz verbietet auch einheimischen mexikanischen Gesellschaften, die Farmländereien besitzen, ausländisches Kapital in einem höheren Prozentsatz als 50 % des Grundkapitals zuzulassen. Eine mexikanische Gesellschaft, die vor der Durchführung dieser Gesetze bereits einer ausländischen Gesellschaft mehr als 50 % ihres Grundkapitals zugestanden hat, muß innerhalb von 10 Jahren den über 50 % hinauschießenden Betrag von ausländischen Anteilen an eingeborne Mexikaner abgeben. Diese Einschränkung findet nicht auf ausländische Einzel-

personen Anwendung, die in der vorgenannten Zeitspanne mehr als 50 % Grundkapital in solchen mexikanischen Gesellschaften erworben hatten. Sie können ihre Anteile bis zum Tode behalten.

Wie ganz anders dagegen die kalifornischen Landgesetze! In Kalifornien darf kein Orientale Mitglied einer Landgesellschaft sein oder Anteile ihres Grundkapitals erwerben. Eine Gesellschaft, die von Orientalen in Kalifornien gegründet wurde, und die Farmland vor der Durchführung des Fremdenlandgesetzes erworben hatte, kann derartiges Eigentum zwar behalten, aber die einzelnen Mitglieder oder Anteilseigner dürfen ihre Anteile nur an amerikanische Bürger verkaufen, eine Vorschrift, die in den mexikanischen Landgesetzen nicht enthalten ist.

Das amerikanische Gesetz geht sogar noch viel weiter in dem Ausschluß der Orientalen. Es verbietet selbst in Amerika geborenen orientalischen Minderjährigen, die Bürger der Vereinigten Staaten sind, Landeigentum unter der Vormundschaft ihrer Eltern zu erwerben. Mit anderen Worten, die orientalischen Eltern verlieren nach den Vorschriften des kalifornischen Gesetzes ihr natürliches Recht, Vormünder ihrer Kinder zu sein, sofern die Kinder Grund und Boden besitzen. Falls ein in Amerika geborener orientalischer Minderjähriger Grundeigentum durch Schenkung oder Erbschaft erwirbt, so ernennt der Staat willkürlich einen amerikanischen Bürger zum Vormund. Dabei ist ein solcher Vormund oft genug ein politischer Heißsporn oder ein vielbeschäftigter Geschäftsmann, dem das Wohlergehen eines solchen Minderjährigen nicht im mindesten am Herzen liegt.

Einige Worte noch über die Rechte von Fremden an mineralhaltigen Ländereien in Mexiko. Nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen können Fremde die Erlaubnis erhalten, mineralische Vorkommen auszubeuten, aber sie können nie solche Ländereien zum Eigentum erwerben. Diese Bestimmung ist jedoch keineswegs außergewöhnlich, denn die meisten Länder haben ähnliche Bestimmungen. In Fällen, wo ein Fremder das Eigentum an mineralhaltigem Grund und Boden vor der Durchführung der neuen Gesetze erlangt hat, kann er dieses Eigentum bis zu seinem Tode behalten; sein Erbe hat fünf Jahre nach seinem Tode Zeit, das Eigentum zu verkaufen. Hätte sich Mexiko an die Bestimmungen von Washington oder Kalifornien gehalten, so würde das Gesetz lauten, daß derartige Ländereien sofort nach dem Tode des Besitzers verkauft werden müssen, falls nicht der Besitzer ein mexikanischer Bürger ist.

Gesellschaften, die von Ausländern gegründet sind mit dem Zweck, die Mineralvorkommen erzhaltiger Ländereien auszubeuten, nicht aber das Eigentum am Grund und Boden zu erwerben, müssen nach den mexikanischen Gesetzen als mexikanische Gesellschaften begründet werden. Sie dürfen nicht

den Schutz der Regierungen ihrer Heimatgebiete anrufen, sondern müssen sich den mexikanischen Gesetzen unterwerfen. Solche Gesellschaften können dann aber mineralische Konzessionen selbst in der sogenannten verbotenen Zone erwerben, die etwa 100 km an der Grenze und 50 km an der Küste entlang verläuft. Das einzige Recht, das man fremden Personen oder Gesellschaften in der vorgenannten Zone vorenthält, ist die Erwerbung von Eigentum an Ländereien oder Gewässern in diesem Gebiete, nicht aber die Erlaubnis zur Ausbeutung mineralischer Vorkommen.

Die mexikanischen Landgesetze richten sich ebenso gegen die Amerikaner, wie sich die fremden Landgesetze der pazifischen Küstenstaaten gegen die Japaner richten. Eine vergleichende Studie zwischen dem Maß der amerikanischen Interessen in Mexiko und den japanischen Interessen in den Vereinigten Staaten zur Zeit der Durchführung der fremdenfeindlichen Landgesetzgebung gibt allerhand zu denken. Kalifornien besitzt etwa 20 Millionen Morgen Farmland, von denen japanische Bürger 26 900 Morgen innehatten. In Washington besaßen die Japaner überhaupt kein Land, hatten aber 16 000 Morgen, meist für die Zeit von einigen Jahren, in Pacht. In Oregon besaßen die Japaner ebenfalls so gut wie keine Ländereien.

Wenn man dagegen die amerikanischen Interessen in Mexiko ins Auge faßt, so darf man nicht von Morgen sondern muß von Meilen sprechen. Man kann die Leute nur bemitleiden, die sich über die Ungerechtigkeit ausländischer Gesetze beklagen, die weit liberaler und generöser sind als die Bestimmungen ihrer eigenen Gesetze, die sie trotz der Proteste aus dem Orient stets zu rechtfertigen versucht haben.

J. VON BÜLOW:

DER ANTIKOLONIALKONGRESS IN BRÜSSEL

Der Kongreß gegen koloniale Unterdrückung, den die gleichnamige Liga nach Brüssel im Februar 1927 zusammenrief, hatte eine vielfältige Bedeutung. Schon der Vorabend des Kongresses gab einen starken Eindruck dessen, was kommen würde. Es sprachen im Zeitraum von kaum einer Stunde ein Dutzend Vertreter der verschiedensten Rassen und ließen ahnen, was in den folgenden Tagen ihre Ausführungen bedeuten würden. Die Leidenschaft, mit der hier bereits, zumeist Farbige, in einer ihnen fremden, aber durch die Kolonisatoren aufgezwungenen Sprache zu einem weißen Forum sprachen, war eindrucksvoll. Schon war man zur Parteinahme für all diese Leidensträger gewonnen und als dann an den folgenden Tagen die Vertreter der einzelnen Völker ausführlich

hervortraten mit vielleicht anfechtbaren, aber dennoch sehr wahrscheinlichen Unterlagen, wie überall gleichmäßig rücksichtslos und menschenunwürdig kolonisiert werde, wuchs man hinein in die allgemeine Empörung und ward aus dem Beobachter zum Parteigänger.

Wenn gegenüber den Kolonialvölkern das Mitleid mitbestimmend war für die erweckte Sympathie, so bestach bei dem, was die Vertreter Chinas der Versammlung vortrugen, der Eindruck einer uns fremden, ja uns fast beschämenden Intelligenz. Der Kongreß entwickelte sich sehr schnell zu einer rein chinesischen Angelegenheit. Mit einer bewundernswerten Gewandtheit nahmen die Chinesen das Interesse aller Anwesenden für sich in Anspruch und erreichten es, daß jede Rede ausklang in eine Sympathiekundgebung für die chinesische Revolution, für den Kampf Chinas gegen die angelsächsische Unterdrückung. Man sah hinter der chinesischen Bewegung zwar den Bolschewismus, aber man hatte durchaus das Gefühl, daß es sich hier nicht um Puppen handelte, die an der Schnur der Sowjets tanzten; das Gefühl überwog, daß diese zwar zu schieben glauben, aber eines Tages sehr erstaunt feststellen werden, daß sie selbst geschoben werden. Den weitaus stärksten Eindruck aber machte die auf dem Kongreß erfolgte Verbrüderung zwischen den farbigen Völkern unter Führung der Chinesen mit den Vertretern der Arbeiterklassen der ganzen Welt. Diese Verquickung von rein nationalen Wünschen mit dem notwendigen, nicht bloß doktrinär-internationalen Klassenkampf war ein so verflucht gescheiter Gedanke, daß seiner Wucht sich niemand entziehen konnte. Wenn dies gelingt, wenn sich die Jahrtausend alte chinesische Intelligenz an die Spitze der sozialen Entwicklung stellt und ihr zu der Stoßkraft verhilft, die aus der Leidenschaft der national unterdrückten Völker entspringen muß, dann bedeutet dieser Kongreß allerdings einen Wendepunkt in der Geschichte.

Die einleitende Rede hielt Henri Barbusse, der, wenn nicht die stärkste, so doch die Persönlichkeit von größtem Weltruf war. Er fand sofort die Worte, die alle auf ein großes Ziel, die Befreiung der unterdrückten Menschheit vom gegenseitigen Joch und von den Sklavenketten des Kapitalismus zusammenriefen. Es war ein Zeichen der klugen Organisation, diesen von Idealismus getragenen Mann, der nur für fremde Leiden von jeher gekämpft hat und kämpft, zum Vorredner zu machen. Wer ihn noch nicht kannte, mußte ihn nach dieser Rede in seiner lautereren Menschlichkeit lieb gewinnen.

Nach ihm sprach der Chinese Hans Liau, der Delegierte der Kuo Min Tang, der seinen Sitz in Berlin hat. Da er chinesisch redete, wirkte die Übersetzung nicht sehr unmittelbar. Um so wirkungsvoller war das, was nach ihm der Inder Nehru sagte. Er ist Mitglied des indischen Kongresses, jener Organisation, die die Inder geschaffen haben, um die indische Freiheitsbewegung zu-

sammenzufassen. Von ihr aus ging die Boykottbewegung gegen alles, was von England stammt und die heute noch sich gegen die englischen Waren richtet, nachdem man eingesehen hat, daß eine Boykottierung der Schulen und Gerichte einen Schnitt ins eigene Fleisch bedeute.

Zufällig konnte ich gerade über das, was dieser indische Abgeordnete sagte, mit einem Engländer sprechen, der 25 Jahre der indischen Polizei angehört hatte und sich über die tatsächlichen Feststellungen Nehrus nicht gerade sehr günstig aussprach. Was Nehru sage, entbehre in den meisten Fällen des Beweises. Würden die Engländer aus Indien fortgehen, so wäre am nächsten Tage der Krieg aller gegen alle da. Die Frage ist, ob eine Änderung der augenblicklichen Verhältnisse in Indien, so wie sie auf dem Kolonialkongreß angestrebt wird, für Indien ein Glück sein würde; oder ob nicht vielmehr die Gefahr besteht, daß England nur von Japan abgelöst wird, das in seinen kolonialen Methoden hinter den englischen nicht zurücksteht, ja, sie vielleicht noch überbietet.

Hierüber gab der Vortrag eines Koreaners einige Ziffern, von denen wir annehmen wollen, daß sie richtig sind. Die Einwanderung der Japaner ist von 170 000 im Jahre 1910 auf 500 000 im Jahre 1926 gestiegen. Diesen fünfhunderttausend Japanern stehen 20 Millionen Koreaner gegenüber. Dennoch beträgt heute der Landbesitz der Koreaner in ihrem eigenen Lande nur 67 % des gesamten Grundbesitzes. Öffentliche Schulen für die Koreaner gibt es im ganzen 526, das heißt, eine auf 31 000 Einwohner, während es 367 Schulen für die Japaner in Korea gibt, also eine auf 874 (nach der Statistik von 1917).

Die persönliche Freiheit der Koreaner ist beschränkt, selbst ihre private Korrespondenz wird überwacht. Die Zahl der Gefangenen ist in den Jahren 1911—1916 von 16 800 auf 32 000 gestiegen.

Zu den Äußerungen der Inder und Koreaner fügen sich logisch die der anderen ostasiatischen Kolonialvölker. Die Klagen der Anamiten über ihre französischen Zwingherrscher liefen in der Hauptsache darauf hinaus, daß auch sie wirtschaftlich und kulturell unterdrückt würden. Pressefreiheit und Freiheit des Gedankens gäbe es nicht. Dabei haben die französischen Gelehrten selbst anerkannt, daß die indonesische Kultur eine sehr hochstehende ist.

Nicht viel anders lauten die Klagen, die ein Vertreter aus Holländisch-Indien vortrug. Man vernahm, daß auch in den holländischen Kolonien nicht alles so ist, wie man nach dem Ruf, den Holland als Kolonisator genießt, erwarten konnte. Die letzten Unruhen in Holländisch-Indien seien durchaus nicht auf russischen Einfluß zurückzuführen, sondern entsprächen der Unzufriedenheit der Indonesier mit ihren europäischen Herren, die ihnen sowohl sozial wie kulturell Unrecht täten.

Aus Afrika sprachen Vertreter der Neger und der mohammedanischen Teile Afrikas. Am heftigsten und gleichzeitig am meisten substanziiert waren die Äußerungen des Vertreters von Französisch-Afrika, Senghor. Er schilderte die durch den Tropenkoller hervorgerufenen Greuelthaten, nannte Namen wie den des heutigen Generals Hutin, der geplündert und gestohlen hätte, gab Zahlen über die Arbeitslöhne, die sich für die erzwungene Zehnstundenarbeit allerdings sehr niedrig stellen. Man habe die Neger zum Kampfe gegen Deutschland gezwungen und zwänge sie jetzt zum Kampfe gegen andere französische Kolonialvölker. Dafür gäbe man ihnen aber keine Bildungsmöglichkeit, um sie nicht für das „Mutterland“ gefährlich werden zu lassen. Die Franzosen haben Senghor inzwischen wegen Hochverrats festgesetzt.

Der andere Kolonialneger, ein Zulu, Gumedé, sprach in tadellosem Englisch und schilderte, wie die Zulus allmählich von den Weißen aus ihrem Besitz herausgedrängt wurden. Auch er gab Zahlen. Die Neger müssen auf den Farmen von früh um vier bis abends sieben schaffen, und dafür bekommen sie 5 bis 10 Shilling im Monat. In den Minen bekommen sie 2 Shilling pro Tag. Die in den Städten arbeiten, bekommen 10 bis 15 Shilling den Monat. Die Zulus besitzen noch 40 Millionen Acker Landes. Ihre Zahl beträgt 5,5 Millionen, während die Weißen 1,5 Millionen ausmachen und 260 Millionen Acker in Händen haben.

Über die Lage der weißen Arbeiter in Süd-Afrika sprach Dan Colrairie. Er gab eine Übersicht über die großen Streiks der südafrikanischen Arbeiter, bei denen es zu Schießereien kam, so daß viele Arbeiter fielen. Zweitausend Arbeiter wurden ins Gefängnis geworfen und viele von ihnen zum Tode verurteilt. Um den weißen Arbeiter zu schädigen, wurden Chinesen ins Land gebracht, die wesentlich billiger arbeiten. Die Tendenz der Regierung, die Zuluneger ihres Landbesitzes zu enteignen und sie in die Städte zu bringen, ist auch gegen die weißen Arbeiter gerichtet.

Die Vertreter Algiers und Tunesiens schilderten, wie die Franzosen die Eingeborenen ausplünderten, sie von ihrem Landbesitz abdrängten und ihnen die Schulmöglichkeiten beschnitten. Beide sagten nichts wesentlich Neues.

Interessanter war die Aufklärung, die El Bakri, der Delegierte Syriens, über die Kämpfe in Syrien gab. Es ist ja, dank der einseitigen Darstellung aus französischer und englischer Quelle nicht so bekannt geworden, was sich in den syrischen Kämpfen alles zugetragen hat. Der Syrier schilderte das bekannte Bombardement von Damaskus. Es dauerte 60 Stunden und richtete sich in der Hauptsache gegen die Moscheen, die Krankenhäuser, die Schulen, die Museen und die Fabriken. 70 Dörfer in der Umgebung von Damaskus sind vollkommen vernichtet. 25 000 Frauen, Greise und Kinder sind obdachlos und allen Entbehrungen ausgesetzt. Diese Grausamkeiten haben die Syrier

nicht zur Unterwerfung gebracht, im Gegenteil, sie wollen bis zum letzten Mann für die Freiheit ihres Landes kämpfen.

Ein Delegierter Marokkos, das heißt der Republik des Rif, behauptete, daß die Stämme jetzt vollkommen einig wären. Abd El Krim sei es gelungen, die Schulbildung dort wesentlich zu heben. Er erzählte, daß man sich noch heute gegen die Versuche deutscher Industrieller wehren müsse, die den Reichtum des Landes an Erz ausbeuten wollen.

Außerordentlich interessant und zweifellos in diesem Umfange in Europa nicht bekannt oder beachtet waren die Feststellungen der Angehörigen lateinamerikanischer Länder. Bei ihnen, sagten sie, mache sich die kolonisatorische Absicht des Dollars in der Form geltend, daß die Nordamerikaner überall da, wo sie wirtschaftliche Vorteile erhoffen, mit den Regierungen Abkommen versuchen. Mißlängen diese, so erregten sie Revolutionen und erreichten, daß sich ganze Provinzen von ihrem Mutterlande abtrennen, zu scheinbar selbständigen Republiken würden, die von den Dollarfürsten wirtschaftlich gestützt, nun tatsächlich nordamerikanische Kolonien seien, in denen lediglich die Yankees zu bestimmen hätten. Das richte sich vor allem gegen Länder mit Petroleumvorkommen. Die Kämpfe in Mexiko und Nicaragua gerade jetzt seien dafür bezeichnend.

So waren die hauptsächlichsten Kolonien der Welt zu Worte gekommen. Über belgische Kolonien durfte natürlich hier in Brüssel nicht gesprochen werden. Ein gewisses Bedauern empfand man, daß aus den ehemaligen deutschen Schutzgebieten keine Vertreter da waren. Es wäre interessant gewesen, aus deren Munde zu hören, wie sie sich zu ihren einstigen Herrschern stellen, ob sie etwa die Vorwürfe bestätigt hätten, die von Seiten der Entente einst aufgestellt wurden, um die Fortnahme der deutschen Kolonien zu rechtfertigen.

Bei allen Reden aus dem Munde kolonialunterdrückter Völker klang immer der eine Leitgedanke hervor: „Wir erwarten Rettung von dem Erfolge der chinesischen Revolution. Wir fühlen uns einig mit den vom Kapitalismus unterdrückten Klassen, auch in den Ländern, die unsere eigenen Herren sind.“

Die Chinesen setzten auseinander, daß die revolutionäre Bewegung in China eine ausgesprochen soziale sei. Eine fremdenfeindliche sei sie an sich nicht, wohl aber richte sie sich gegen alle Fremden, die den Versuch machen, Chinas Selbständigkeit anzutasten. Diese Absicht erblickten sie in dem Verhalten Englands in der letzten Zeit, und darum richte sich ihre Gegnerschaft hauptsächlich gegen England.

Den stärksten Eindruck machten die Äußerungen aus dem Munde der englischen Arbeiterführer. Die Zustimmungserklärungen, wie sie der alte Parlamentarier Lansbury gab, oder Frau Wilkinson, oder Pollitt, erregten größten Jubel.

Als Pollitt erklärte, daß man in allen großen Seehäfen Englands Demonstrationen gegen den Krieg in China veranstaltet, vor allem aber, was bisher niemals in England der Fall gewesen sei, den ausrückenden Soldaten Drucksachen mitgegeben habe, aus denen sie die Wahrheit über die englischen Absichten erkennen konnten und in denen sie aufgefordert wurden, nicht auf die Chinesen zu schießen — da wirkte das wie eine Bombe. Tatsächlich war damit zum ersten Male der englische Grundsatz durchbrochen, den bisher auch die Arbeiterschaft aufrecht erhalten hatte: daß jeder Engländer durch Dick und Dünn nach außen zu seiner Regierung und deren Maßnahmen steht.

Waren alle diese Reden in der Hauptsache doch parteimäßig eingestellt, so erschienen die Worte deutscher Vertreter von einer höheren Warte. Der junge Toller sprach mit dichterischem Schwunge von den hier vertretenen Gedanken und bekannte sich zu einem Imperialismus des Geistes — der Idee von der Gleichheit der Rassen, der Freiheit der Völker, der Brüderlichkeit der Menschen. Für das werktätige Volk Deutschlands erklärte er, daß es sich allen kolonialen Wünschen in Deutschland entgegensetzen würde.

Der Nationalökonom Professor Alfons Goldschmidt sagte: Heute sei an Stelle der direkten Ausbeutung die Kolonisierung mit anderen Mitteln, mit sogenannter Autonomie, mit Konzessionen, mit Kapitalsanlagen getreten, die aber denselben Erfolg habe, nämlich die Unfreiheit und die Ausbeutung der Arbeitskraft der betreffenden Völker. Schließlich sei auch der Dawesvertrag nichts anderes als ein Deutschland versklavendes Abkommen. Er mache aus Deutschland praktisch ebenfalls eine Kolonie. Der englische Imperialismus sei nach Indien gekommen, um dort neue Kraft aus den indischen Bauern zu saugen. Das gleiche wolle er jetzt in China erreichen. Schon mache sich in China der Druck des imperialistischen Kapitals geltend, der die Chinesen zur Auswanderung zwingt. Der Erfolg des imperialistischen Vorgehens in der Welt sei nicht eine Steigerung der Produktivität der Welt, sondern eine Senkung der wirklichen Produktivität in den imperialistischen Ländern. Goldschmidt meinte, er habe auf seinen Reisen in den letzten Jahren feststellen können, daß noch überall große Reichtümer vorhanden seien, daß ihre Auswertung aber nur möglich wäre durch frei arbeitende Nationen, durch einen freien Austausch der produktiven Kräfte und nationalen Ideale.

Der hannoversche Professor Theodor Lessing führte aus, man dürfe heute nicht mehr von einer gelben, sondern man müsse von einer weißen Gefahr sprechen, weil die weiße Kultur in der Technik gipfele und zwar der Mordtechnik, die allenthalben die alten Kulturen direkt wie indirekt zu vernichten beginne; denn es bestehe die Gefahr, daß auch selbständig bleibende farbige Völker, wie die Chinesen, sich diese Technik zu Nutze machen. Das weiße Problem sei vor allem deshalb so gefährlich, weil die weiße Menschheit sich

im Laufe von hundert Jahren verdoppelt habe. Er sieht einen Ausweg aus den heutigen Verhältnissen nur in einer eindämmenden Bevölkerungspolitik, in einer rückläufigen Kolonisation und in der Freiheit der Völker auf Grund sozialer Gleichberechtigung.

Die einzelnen Gruppen brachten Resolutionen ein, entsprechend den Vorträgen ihrer Redner. Diese Resolutionen wurden zu einem Gesamtmanifest vereinigt.

Das Ergebnis der gesamten Verhandlungen war die Gründung eines Weltbundes gegen den Imperialismus, gegen die koloniale Unterdrückung und für nationale Unabhängigkeit. Dieser hat seinen Sitz zunächst in Berlin, er sollte aber nach Paris verlegt werden und wird jetzt infolge der Feindseligkeit der französischen Regierung nach London kommen.

Wichtiger noch scheinen mir die unfassbaren, noch hin- und herwogenden Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten, die sich chaotisch zusammenballen und schließlich doch einmal irgend eine Form annehmen werden. Wie sie sein wird, darüber wagen wir uns nicht zu äußern.

Auf dem Kongreß wurde das Aneinanderprallen der westlichen und östlichen Welt auch denen klar, die in Vogelstraußpolitik die Gegensätze nicht sehen oder verkleinern wollen. Auf der einen Seite steht die weiße Menschheit Europa-Amerika mit ihrer jungen Kultur, die sich ganz allein durch die Entwicklung der Technik (und zwar in erster Linie der Technik als Vernichtungsmittel) in der ganzen Welt eine Führerrolle erzwungen hat. Auf der anderen Seite steht die farbige Welt Asiens und Afrikas, stehen Kulturen, die von den Weißen verkannt oder mißachtet, doch älter und stärker sind als alles, was in Europa-Amerika bisher geschaffen wurde.

Die Gefahr, die darin liegt, daß die Technik Millionen Menschen zu kaum noch denkenden Maschinen macht, wird niemand leugnen. Sie äußert sich vor allem in der Empörung der Sklaven des Kapitalismus. Dieser streckt seine Hand aus nach neuem farbigem Arbeitermaterial, teils weil es durch die technischen Möglichkeiten heute noch leicht versklavbar ist, teils um durch die Heranziehung billiger Arbeitskräfte die weißen Arbeiter in ihren Forderungen herabzudrücken, und sie durch die Notwendigkeit, sich um des nackten Lebens willen den Forderungen der Arbeitgeber zu unterwerfen, weiter gefügig zu erhalten.

Dem weißen Kapitalismus ist es bisher gelungen, sich ziemlich widerstandlos die farbige Welt zu unterwerfen. Erst in dem Augenblick, wo er gegen China vorgeht, stößt er auf ernsthaften Widerstand.

In China hat sich in den letzten Jahren eine uns langsam scheinende, aber im Verhältnis zu dem sonst dort Üblichen ungeheuer schnelle Entwicklung gezeigt. Wie die dort zwischen Kapitalismus und Proletariat notwendig auch

bestehenden Gegensätze gelöst werden, können wir nicht einmal vermuten. Jedenfalls ist der Wille zu einer allgemein befriedigenden Lösung vorhanden und vereint sich mit dem Wunsche nationaler Unabhängigkeit. Man darf nicht vergessen, daß die Verachtung einer anders pigmentierten Rasse kein Privileg der Weißen ist. Die Chinesen hassen die Weißen nicht nur, sie mißachten sie auch, und zwar vielleicht mit mehr Recht, als dies umgekehrt zugestanden werden darf. Die Äußerungen chinesischer Kaiser gegenüber europäischen Gesandtschaften waren häufig von einem so anmaßenden Tone, daß sie ebensogut aus einer europäischen Kanzlei hätten stammen können. Wir stehen heute nicht mehr einem China gegenüber, daß die Versuche an seinen Grenzen, in seine Häfen einzudringen, wie ein Elefant einen Mückenstich behandelt, sondern sie ernsthaft übelnimmt und abschütteln will und wird.

China ist Mitglied des Völkerbundes geworden. Man hat damit angefangen, die Rechte der Weißen in China zu durchlöchern, als man Deutschland im Versailler Vertrag die Konsulargerichtsbarkeit dort nahm. Das sollte Deutschland verächtlich machen. Der Erfolg aber war, daß nicht nur Deutschland in China menschlich und wirtschaftlich gewonnen hat, sondern daß China nun das gleiche, was es gegenüber Deutschland erreichte, von allen anderen weißen Staaten verlangt. Es hat vor sich das Beispiel Japans, das verstanden hat, rechtzeitig alle kolonisatorischen Wünsche der Weißen abzuwehren, und zu einer Großmacht wurde.

China wendet sich gegen seinen Feind, England, und greift es da an, wo es am empfindlichsten ist, in seinen Kolonien, denen es auf diesem Kongresse die Bruderhand entgegenstreckt. Es stellt sich an die Spitze der unterdrückten Völker und wird damit zweifellos früher oder später den Erfolg haben, den es anstrebt, und zwar heute wohl schon bewußt anstrebt: Asien frei zu machen. Weniger bewußt, aber doch dem unbefangenen Beschauer deutlich, liegt darin eben jener Kampf der asiatisch-afrikanischen Weltanschauung gegen die europäische Technik.

Die proletarische Arbeiterbewegung in den weißen Ländern ist im Grunde ja auch nichts weiter als der Kampf gegen die Technik, ein Kampf, der um so tragischer ist, weil die Arbeiterschaft ohne die Technik existenzlos wäre. Die Technik hat sie vom Mutterboden losgerissen, und wenn heute die fabrikmäßige Herstellung der Waren aufhören würde, so gäbe es kein Zurück zu den Nährquellen der Natur, es sei denn auf dem Wege der Auswanderung in menschenarme Gegenden. Tatsächlich ist die Welt groß genug, um das Übermaß an weißen Menschen aufzunehmen. Tatsächlich war der Drang nach Kolonien nichts weiter als der Versuch, Unterkunft für dieses Übermaß zu schaffen. Der Gedanke war richtig, nur, wie sich heute zeigt, der Weg falsch. Es war unsittlich, die weiße Bevölkerung an die Stelle der Farbigen in die Kolonien

zu setzen, die Farbigen so zu vernichten, wie es in Amerika fast restlos geschah, in den nordafrikanischen Kolonien Frankreichs in nicht ferner Zeit der Fall sein wird, oder sie zu Sklaven der Weißen zu machen, wie in den englischen und holländischen Kolonien. Diese Mißachtung der Menschenrechte rächt sich allenthalben. Die Versuche, unter neuen Namen alte Methoden fortzusetzen, indem den Kolonien Autonomie gegeben wird, oder sie nur als Protektorate bezeichnet werden, sind fruchtlos. Der einzige Weg ist der, die volle Selbständigkeit der farbigen Völker anzuerkennen, ihre Gleichberechtigung mit den Weißen nicht weiter zu beschränken, und an ihre Gastfreiheit gegenüber denen zu appellieren, die ehrlich und ohne Eroberungsabsichten zu ihnen kommen. Das bedeutet nicht ein Aufgeben des nationalen Bewußtseins, sondern nur einen Verzicht auf seine Überspannung.

Die technische Entwicklung von heute, die die Welt der Maschine unterwerfen will, muß den Untergang der Menschheit herbeiführen, wenn nicht die farbigen Rassen sich von dem Einfluß der Maschine freizuhalten wissen, und ihr ihr starkes Naturgefühl mit Erfolg entgegensetzen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß dem so sein wird, offenbarte der Brüsseler Antikolonialkongreß. Er ist für alle die, die sehen und hören wollen, eine Warnung, die sie nicht verachten werden.

HERMANN LAUTENSACH:

BERICHTERSTATTUNG ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Die Rohstoffwirtschaft der Erdteile

In Fortsetzung des in Heft 2 dieses Jahrgangs (S. 108 ff.) gemachten Versuches, die Verschiebungen zu charakterisieren, die die Ernährungsbasis der Menschheit im Laufe der letzten Jahre erfahren hat, und die sich daraus ergebenden geopolitischen Bindungen anzudeuten, sei heute unter den gleichen Gesichtspunkten die Rohstoffwirtschaft der Welt behandelt. Auch hier dienen wie dort die Erdteile als die großen Vergleichsobjekte, nach denen das Zahlenmaterial geordnet und gewürdigt ist, und ebenso wird die Zerlegung Eurasiens in die drei großen wirtschaftlichen Erdteile: Europäische Halbinsel, Sowjet-Rußland und Außerrussisches Asien beibehalten. In Rücksicht auf den Raum sind die Ausführungen auf 10 Rohstoffe beschränkt, 5 pflanzliche und tierische (Baumwolle, Wolle, Seide, Hanf, Kautschuk) sowie auf 5 bergbauliche (Eisenerz, Rohkupfer, Rohzink, Silber, Gold). Ist das statistische Material für die pflanzlichen und tierischen Rohstoffe, teilweise wieder dank des hervorragenden Jahrbuches 1926 des internationalen Landwirtschaftsinstituts zu Rom, noch einigermaßen zuverlässig und vollständig, so ist die Bergbaustatistik größtenteils recht lückenhaft und rückständig. Teilweise Heranziehung von älteren Zahlen und Extrapolationen waren infolgedessen für einen Versuch wie den hier unternommenen unvermeidlich. Der Wert der für die Bergbauerzeugung gebotenen Zahlen reicht daher an den der anderen Ergebnisse nicht heran.

Baumwolle	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Hektarertrag in t		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (-) Überschuß in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	1909/13	1925
Europäische Halbinsel	15	27	4,3	5,2	0,3	0,2	+ 2 199	+ 2 233
Sowjet-Rußland	636	648	197	172	0,4	0,3	+ 192	+ 116
Außerrussisches Asien	10 873	13 323	1 269	1 569	0,1	0,1	— 182	— 126
Afrika	800	1 428	328	442	0,3	0,2	— 328	— 353
Australien	1	18	0,1	1,8	0,1	0,1	+ 0,4	— 2,2
Nordamerika	13 952	18 861	2 873	3 542	0,2	0,2	— 1 919	— 1 884
Südamerika	272	814	88	229	0,3	0,3	— 37	— 82
Ganze Erde	26 549	35 119	4 759	5 961	0,2	0,2	—	—

Der nach Gewicht und Wert bei weitem erste pflanzliche Rohstoff der Erde ist die Baumwolle. Die vorstehende Tabelle zeigt, daß ihr Anbau nach Fläche wie Ertrag in seinem Weltwert seit der Vorkriegszeit ansehnlich gewachsen ist. Das Wachstum hat auch im Übergang von 1924/25 auf 1925/26 angehalten und in dieser Jahresspanne 627 600 t = 11,8 % betragen. Aus klimatischen Gründen ist die Stellung der Europäischen Halbinsel in der Baumwollproduktion von jeher eine sehr schwache gewesen. Die Erzeugung, die seit der Vorkriegszeit etwas zu-, aber

im Übergang von 1924/25 auf 1925/26 beträchtlich abgenommen hat, beschränkt sich zu 62 % auf Griechenland. Europa schluckt daher 91 % des gesamten Ausfuhrüberschusses der 5 Baumwolle ausführenden Erdteile. Seine Einfuhr hat die Vorkriegeshöhe überschritten und ist, nach starkem Zurückbleiben in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren, jetzt wieder in mächtigem Steigen begriffen. Besser ist Sowjet-Rußland durch seinen Anbau in Turkestan gestellt, wo es nach starker Mehrung der Anbaufläche im letzten Jahr jetzt weit mehr als die Hälfte seines Bedarfes erzeugt. Das außerrussische Asien hat seine Baumwollerzeugung trotz empfindlichen Rückgangs von China, des dritten Erzeugers, auch in den letzten Jahren zu steigern gewußt. Der Löwenanteil seiner Produktion (70 %) entfällt dabei auf Britisch-Indien. Trotzdem ist die Ausfuhr des Erdteils gegenüber 1924 etwas und gegen 1909/13 ansehnlich gesunken. Denn Japan verbraucht einen ständig wachsenden Teil der indischen Ausfuhr. Seine Einfuhr war 1925 um 106 % größer als 1909/13. Sehr groß ist die Steigerung der Baumwollproduktion Afrikas, sowohl im letzten Jahr wie auch seit 1909/13. Sie kommt ausschließlich auf das Konto des britisch geleiteten Anteils (Ägypten, angloägyptischer Sudan, Nigeria, Uganda), und damit entrollt sich uns der Kern des ganzen Baumwollproblems. Wohl ist, wie E. Obst in „England, Europa und die Welt“ ausführt, die panbritische Baumwollbilanz theoretisch schon 1924 positiv gewesen. Aber wegen der starken indischen Ausfuhr nach Japan sind die Spinnereien in Lancashire heute noch in bedingungsloser Abhängigkeit von der Union, dem ersten Baumwollerzeuger der Erde, der 1909/13 59,4 %, 1924/25 nur 55,4 %, 1925/26 dagegen wieder 58,6 % der Weltproduktion lieferte. Großbritannien bemüht sich daher heute mit größter Energie, sich in Afrika eine Baumwollbasis zu schaffen, die einer Ausfuhranzapfung in anderer Richtung auf jede absehbare Zeit unzugänglich ist. Die panbritische Erzeugung wuchs von 23,3 % (1909/13) nach zeitweiligem Fallen über 28,1 % (1924/25), auf 31,6 % (1925/26) des Weltwertes. Die Steigerung der panbritischen Produktion erreichte im letzten Jahr den enormen Wert von 25,8 % — gegenüber den 18,2 % der Unionssteigerung und den oben verzeichneten 11,8 % der Welterzeugungsteigerung. Der Ausfuhrüberschuß der Union und damit ganz Nordamerikas ist zwar in den letzten Jahren gestiegen, hat aber den Vorkriegsbetrag noch nicht wieder erreicht, da der Eigenverbrauch der U. S. A. ebenfalls in ständiger Zunahme begriffen ist. Eine mächtig wachsende Bedeutung in der Baumwollerzeugung und -Ausfuhr kommt schließlich Südamerika zu, dessen Hauptproduzenten Brasilien und Argentinien auch im letzten Jahr einen ansehnlichen Schritt vorwärts getan haben, während Peru seine Stellung von 1924 gewahrt hat. Australien (Queensland) hat zwar seine Erzeugung gegenüber der Vorkriegszeit stark vermehrt, aber im letzten Jahr ist ein Rückgang der absolut bisher stets geringen Produktion auf 43 % eingetreten.

Im Gegensatz zur Baumwolle weist der zweite Textilrohstoff, die Schafwolle, gegenüber der Vorkriegszeit einen empfindlichen Erzeugungsrückgang auf, der auch durch die kleine Steigerung der Jahresspanne von 1924 auf 1925 längst nicht wett gemacht ist. Dieser Rückgang ist am stärksten bei Südamerika, insbesondere Argentinien und Uruguay, bei Sowjetrußland sowie der Europäischen Halbinsel und hat im großen und ganzen seinen Grund darin, daß die Nachfrage nach den teuren Wollfertigwaren im verarmten Europa hinter der nach den billigeren Baumwollwaren zurückgetreten ist, und daß daher heute die Schafzucht ebenso sehr auf

Schafwolle und Seide	Rohwolle (im Schweiß)				Rohseide			
	Erzeugung in 1000 t		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (-) Überschuß in 1000 t		Kokonerzeugung in t		Rohseide- erzeugung in t	
	Mittel 1909/13	1925	Mittel 1909/13	1925	Mittel 1909/13	1925	1913	1925
Europäische Halbinsel	259	242	+ 724	+ 620	50 150	48 337	3 972	4 820
Sowjet-Rußland	172	88	+ 38	+ 13	10 443	—	233 482 ²⁾	34 250 ²⁾
Außerrussisches Asien	102	101	— 34	— 35	146 781 ¹⁾	318 389 ¹⁾		
Afrika	104	117	— 79	— 112	5	3	.	.
Australien	410	411	— 369	— 397	—	—	—	—
Nordamerika	150	136	+ 96	+ 151	—	—	—	—
Südamerika	265	216	— 221	— 174	—	—	—	—
Ganze Erde	1 462	1 311	—	—	207 374 ¹⁾	366 276 ¹⁾	27 320 ²⁾	39 070 ²⁾

1) Ohne China. 2) Nur Ausfuhrbeträge. 3) Ohne Selbstverbrauch Ostasiens.

Fleisch wie auf Wolle gerichtet ist. Im Gegensatz zur Baumwolle ist die Stellung der Europäischen Halbinsel in der Wollproduktion eine viel stärkere. Ist sie doch mit 18,5 % der Erzeugung von 1925 der zweite Wollernteil, steht allerdings noch weit hinter Australien-Neuseeland mit 30,9 % zurück. Nordamerika dagegen, der Riese der Baumwollproduktion, spielt in der Wollgewinnung mit 10,4 % eine recht bescheidene Rolle. Die Vereinigten Staaten erzeugten 1925 nur 9,9 % des Weltwertes. Und damit kommt der dritte Gegensatz zu Tage: Das Britische Weltreich beherrschte 1925 43,8 % der Weltwollerzeugung. Seine Wollbilanz ist seit der Vorkriegszeit sehr stark positiv, während die Union zu den 4 großen Wollverbrauchern und -importeuren gehört. Im übrigen sind dies Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Japan ist eben dabei, sich ihnen zuzugesellen. Der Wollhandel besteht daher im wesentlichen aus einem Transport von Rohwolle aus den Süderdteilen nach den Norderdteilen, aus Australien-Neuseeland, Südamerika, Südafrika, Britisch-Indien, die 1925 zusammen 55,8 % der Produktion lieferten, nach den genannten 5 Industriestaaten, die zusammen 679 000 t = 90 % der gesamten auf den Weltmarkt geworfenen Rohwolle aufnehmen. Von diesem Gesichtspunkt aus werden die Zahlen der Ein- und Ausfuhrüberschüsse der Erdteile verständlich.

Wie die neben die Wolltabelle gesetzte Übersicht über die Rohseidenerzeugung lehrt, besitzt Eurasien in bezug auf die Seide ein absolutes Weltmonopol. Die Kultur des weißen oder schwarzen Maulbeerbaums und damit die Seidenraupenzucht konzentriert sich hier auf 3 Einzelräume: das subtropische Monsunisien (Japan, China, Korea), die Mittelmeerländer (Italien, Frankreich, Syrien, Bulgarien, Türkei, Spanien, Algerien) und Russisch-Turkestan. Von diesen Räumen ist Russisch-Turkestan der kleinste Erzeuger und stellt sich ausschließlich auf die Bedürfnisse der hochgradig abgeschlossenen Wirtschaftseinheit Sowjetrußlands ein. Die Mittelmeerländer produzieren für die Seidenindustrien Italiens, der Schweiz, des Deutschen Reiches, Frankreichs und Großbritanniens. Aber ihre Erzeugung an Kokons hat von 1924 auf 1925 stark abgenommen. Besonders empfindlich ist der Rückgang bei Italien, dessen Kokonernte sich um nahezu 20 % verringert hat. So wird, obwohl Europas Rohseidenerzeugung gegen 1913 einen Aufstieg zeigt, die Abhängigkeit der Euro-

päischen Halbinsel vom Ausland auch auf dem Gebiete der Rohseide immer größer. Der einzige große Weltlieferant in Rohseide ist Monsunisien. Man beachte, daß in den Zahlen für die Kokonerzeugung China nicht einbegriffen ist, da hier die Statistik versagt, und daß die Riesenzahlen für die ostasiatische Rohseidenproduktion nur Ausfuhrzahlen sind, die den offenbar großen Selbstverbrauch unberücksichtigt lassen, während die europäischen Zahlen die Erzeugung selbst geben. In Wirklichkeit ist das Mißverhältnis zwischen Südeuropa und Ostasien also noch viel krasser. Japan ist das bei weitem erste Rohseidenland der Erde. Seine Erzeugung ist in ständigem gewaltigem Anstieg. Die japanische Kokonernte betrug 1924 80,0 0/0, 1925 83,4 0/0 der außerchinesischen Welternte. Der Anreiz zu dieser gewaltigen Steigerung geht nicht nur von dem seidenhungrigen Europa, sondern in viel stärkerem Maße vom amerikanischen Gestade des Pazifischen, von den U. S. A., aus, deren Seidenverbrauch sich gewaltig vermehrt hat.

Hanf	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Hektarertrag in t		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (-) Überschuß in 1000 t	
	1909/13	1925	1909/13	1925	1909/13	1925	1909/13	1925
Europäische Halbinsel	237	270	203	246	0,86	0,91	+ 173	+ 111
Sowjet-Rußland	687	858	329	449	0,48	0,52	— 59	— 6
Außerrussisches Asien	510	517	201	253	0,39	0,49	— 136	— 173
Afrika	—	0,6	—	0,6	—	0,99	+ 0,1	—
Australien	—	—	—	—	—	—	+ 7,0	+ 9,1
Nordamerika	3,1	—	3,4	—	1,10	—	+ 71	+ 71
Südamerika	0,3	1,0	0,5	1,3	1,53	1,38	+ 2,0	+ 3,0
Ganze Erde	1 437	1 647	749	950	0,52	0,58	—	—

Als Beispiel der für Spezialzwecke verwendeten Textilrohstoffe sei kurz des Hanfes gedacht. Sein Anbau weist in der erdteilweisen Verteilung große Ähnlichkeit mit der Seidenerzeugung auf. Und auch im einzelnen zeigen sich manche Parallelen, insofern als auch der Hanfanbau in Italien und Monsunisien blüht. Aber der Hanf weist in seiner Anbaumöglichkeit nicht eine so enge Bindung an die periodisch feuchten Räume der Subtropen auf, ist in seinen verschiedenen Abarten vielmehr in allen genügend niederschlagsreichen und zum wenigsten mittelwarmen Ländern anbaubar. Sowjet-Rußland, der erste Erzeuger, hat im letzten Jahr in überraschendem Sprung seine Vorkriegsstellung überschritten. Aber in der Ausfuhr macht sich das Rekorderntejahr 1925 noch nicht bemerkbar. Das Darniederliegen Sowjetrußlands gab den Philippinen Anlaß zu einer kräftigen Steigerung der Manilahanfproduktion; diese Steigerung entspringt jedoch fast ausschließlich einer überraschenden Besserung des Hektarertrages. Im übrigen sind im Außerrussischen Asien China, Britisch-Indien, Korea und Japan Hanferzeuger; die ersten drei liefern den ganzen Überschuß an den vierten. Auch die europäische Erzeugung ist unter der Wirkung des Ausscheidens von Rußland gewachsen. Italien wurde 1925 für den Rückgang seines Rohseideertrages durch eine Hanfernte entschädigt, die selbst das hohe Mittel 1909/13 um 48,4 0/0 übertraf. Im übrigen sind nur Polen und Südslawien Hanflieferanten. Der Riesenbedarf von Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, der Union und Kanada macht Europa und

Nordamerika zu den Erdteilen der Hanfeinfuhr. In Südamerika weist nur Chile, in Afrika nur Marokko kleine statistisch erfaßte Ernteergebnisse auf, beide mit ungewöhnlich hohen Hektarerträgen.

Kautschuk Eisenerz	Kautschuk				Eisenerz	
	Erzeugung in 1000 t		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß in 1000 t		Förderung in 1000 t	
	1913	1925	1909/13	1925	1913	1925
Europäische Halbinsel	—	—	+ 49	+ 94	100 948	74 961
Sowjet-Rußland	—	—	+ 8,7	+ 6,4	7 381	2 050
Außerrussisches Asien	48	471	— 24	— 325	672 ¹⁾	1 137 ¹⁾
Afrika	18	6,7	— 18	— 6,8	1 946 ²⁾	2 524 ²⁾
Australien	0,2	0,7	— 0,1	— 0,6		609
Nordamerika	—	3,7	+ 42	+ 403	64 688	64 036
Südamerika	44	26	— 44	— 27	70 ³⁾	720 ³⁾
Ganze Erde	110	507	—	—	175 705	146 037

1) Nur Britisch-Indien, Japan und Korea. 2) Nur Algerien und Tunis. 3) Nur Chile und Brasilien.

Der Kautschuk ist ein Rohstoff ganz eigener Art, der ähnlich wie das Erdöl in der Kraftstoffwirtschaft, in den letzten 2 Jahrzehnten mit einem Schlage eine ungeheure Bedeutung gewonnen hat. Die Ursache ist in beiden Fällen zum Teil die gleiche: die riesige Steigerung der Bedeutung des Kraftwagens, ganz besonders in den U. S. A. Die Welterzeugung dieses fast restlos auf den äquatornahen, immerfeuchten Teil der Tropen beschränkten Rohstoffes hat sich seit 1913 nahezu verfünffacht. Aber diese ungeheure Steigerung kommt ganz ausschließlich auf das Konto eines einzigen Erdraums, Südasiens, wo die Engländer und Niederländer mit germanischer Energie die Hevea-Pflanzungen zu gigantischer Entwicklung gebracht haben, während das romanische Amazonien in seiner Wildkautschukgewinnung immer mehr zurückgeht und in eine ungemein schwere Krise geworfen ist, und auch Afrikas teils auf Sammeln, teils auf den Anbau minder guter Kautschukpflanzen, z. B. Manihot, Kicksia, gegründete Gummierzeugung immer mehr verkümmert. Von der Welternte lieferten 1925 Niederländisch-Indien 39,1 %, die Malaienstaaten 38,1 %, Zeylon 9,2 %, Brasilien dagegen nur noch 5,6 %. Nicht weniger als 51,8 % der Gesamterzeugung, genau soviel wie im Vorjahre, sind in unmittelbarem britischem Besitz. Rechnet man den unter britischer Kontrolle stehenden Teil der Produktion von Niederländisch-Indien ein, so ergibt sich die Tatsache, daß die Briten 63,7 % der Welterzeugung kontrollieren. Diesem Erzeugermonopol des Britischen Reiches steht ein noch stärkeres Verbrauchermonopol der Union gegenüber, die unmittelbar fast gar keinen Anteil an den immerfeuchten Tropen hat, und 1925 nicht weniger als 387 100 t = 71 % der gesamten auf den Weltmarkt geworfenen Kautschukmenge schluckte, fast ebensoviel wie 1924 (333 000 t = 74 %). Aus dieser Sachlage ergab sich der englisch-amerikanische Gummikrieg, von dem Z. f. G. 1926, S. 631 ff. die Rede war. Die Aus- und Einfuhrzahlen der obigen Tabelle sind nunmehr leicht verständlich.

Der industriell bei weitem wichtigste der bergbaulichen Rohstoffe ist das Eisenerz. Aber die Statistik der Eisenerzproduktion ist nur sehr lückenhaft und nicht

immer zuverlässig. Trotzdem gehen die Grundzüge der Entwicklung aus den oben gegebenen Zahlen deutlich hervor. Nach einer ungeheuren Steigerung, die 1917 auf 76,5 Mill. t emporkletterte, und nach gewaltigen Nachkriegszuckungen ist die Erzeugung der Union jetzt wieder genau auf dem Stand von 1913 (62,9 Mill. t) angelangt. Das ungemein eisenerzreiche Neufundland ist im Aufblühen, die kanadische Produktion dagegen im völligen Verkümmern. Durch die Union steht Nordamerika mit 44 % an zweiter Stelle. Wenn der Weltförderungsbetrag wesentlich geringer ist als 1913, so liegt die Schuld einzig und allein an Europa, dessen Förderung von 59 % auf 52 % gesunken ist. Diese sehr empfindliche Minderung der europäischen Eisenerzgewinnung hängt nicht nur mit der allmählichen Erschöpfung mancher Lager und den innerpolitischen Nachkriegswirrnissen, sondern auch mit den außenpolitischen Grenzverschiebungen des Weltkriegsendes zusammen. 1913 betrug die Förderung innerhalb des deutschen Zollgebiets, also einschließlich Luxemburgs, 35,941 Mill. t, deckte jedoch den Bedarf der deutschen Eisenindustrie noch nicht einmal. Jetzt ist Luxemburg aus dem deutschen Zollgebiet ausgeschieden, seine Förderung ist im belgischen Zollverein gesunken, Elsaß-Lothringen dagegen ist an Frankreich gekommen, so daß die restliche deutsche Förderung 1925 nur noch 5,923 Mill. t ausmachen konnte, und die deutsche Roheisenerzeugung sehr stark zurückgehen mußte. Die Förderung innerhalb des jetzigen französischen Zollgebiets betrug 1913 43,054 Mill. t, 1925 dagegen nur, trotz über 50 %iger Steigerung in der Zeit von 1920 bis 1925, 35,764 Mill. t. Frankreich hat jetzt einen Überfluß an Erz, den es selbst 1925 trotz Frankenbaisse weder durch Inlandverbrauch noch durch Ausfuhr in der Vorkriegshöhe zu verwerten vermochte.

Kupfer, Zink, Silber, Gold	Kupfer		Zink		Silber		Gold	
	Erzeugung in 1000 t		Erzeugung in 1000 t		Erzeugung in t		Förderung in t	
	1913	1925	1913	1925	1913	1926	1913	1926
Europäische Halbinsel	98,0	105,1	430,8	297,2	511,3	332,3	47	14
Sowjet-Rußland	33,7	6,6	31,4	1,5	—	6,7	40	33
Außerrussisches Asien	66,7	69,1	36,0	47,5	161,2	370,6	4	26
Afrika	23,3	109,9	38,8	33,0	32,9	60,0	312	340
Australien	47,2	12,5	219,7	150,0	563,9	357,4	80	19
Nordamerika	646,5	872,1	380,0	741,6	5 257,6	5 435,8	188	144
Südamerika	71,8	236,4	2,1	3,9	474,7	994,5	18	25
Ganze Erde	987,2	1 411,7	1 138,8	1 274,7	7 001,6	7 557,3	689	601

Die in vorstehender Tabelle gegebene Kupfererzeugung bezieht sich auf die sogenannte Bergwerksproduktion, d. h. den Kupfergehalt der sehr verschiedenartigen und daher in ihren Gewichtsmengen unmittelbar nicht vergleichbaren, in einem Erdteil geförderten Erze. Wie auf so vielen anderen Gebieten der Nähr- und Rohstoffherzeugung ist auch hier Nordamerika der Riese unter den Erdteilen, auf den 1925 nicht weniger als 60,9 % der Kupfer-Bergwerksproduktion kommen. Weit voran steht die Union (53,8 %), die auch die hervorragende Entwicklung des zweiten Erzeugers, Chiles (13,5 %), finanziert und ebenso die kubanische, peruanische sowie teilweise die mexikanische Förderung (zusammen 7,1 %) kontrolliert. Somit haben die Vereinigten Staaten fast drei Viertel des Weltbetrages in ihrer Hand.

Die Europäische Halbinsel hat, absolut genommen, die Vorkriegsförderung eben wieder überschritten. Die Förderung seiner beiden ersten Erzeugungsländer Spaniens und Deutschlands, hat zusammen ziemlich genau den Vorkriegsbetrag (71 800 t) wieder erreicht. Aber relativ ist die Europäische Halbinsel auch auf diesem Produktionsgebiet, und zwar von 9,9 % auf 7,5 % gesunken. Ebenso hat sich Asien (Japan) auf der absoluten Vorkriegshöhe gehalten. In Afrika hat englisches Kapital das in Belgisch-Kongo gelegene Katangagebiet entwickelt und diesen Erdteil damit von 2,4 % auf 7,8 % gebracht. Trotzdem beherrscht Großbritannien nur etwa 12 % der Welterzeugung. Der Verbrauch an Rohkupfer betrug 1925 (in 1000 t): in der Europäischen Halbinsel 653,1, Sowjet-Rußland 9,5, dem Außerrussischen Asien 86,6, Afrika 12,0, Australien 7,9, der Union 670,6, dem übrigen Amerika 57,2. Der Vergleich dieser Zahlen mit den Produktionsziffern der Tabelle lehrt wichtig die Versklavung Europas gegenüber Afrika und ganz besonders Nordamerika.

Ganz das Gleiche zeigt die Tabelle der Bergwerksproduktion an Rohzink. Auch hier eine gewaltige Steigerung der Bedeutung Nordamerikas, insbesondere der Vereinigten Staaten (1925: 51 %) und ein Zurücksinken des verarmten und zerrissenen Europa (23 %)! Das Deutsche Reich, das 1913 noch allein 23 % der Weltproduktion lieferte, genau soviel wie jetzt die ganze Europäische Halbinsel, ist heute durch den Verlust von Altenberg (Moresnet) und besonders Ostoberschlesien auf 3,3 % heruntergekommen. Polen holte 1925 trotzdem aus Ostoberschlesien nur 9,7 % heraus. Die Förderung im Bereich der alten deutschen Grenzen betrug somit 1925 nur noch reichlich 13 % des Weltbetrages. Der Verbrauch an Rohzink betrug 1925 dagegen (in 1000 t): in der Europäischen Halbinsel 620,3, Sowjet-Rußland 15,0, dem Außerrussischen Asien 45,8, Afrika 3,0, Australien 17,8, den Vereinigten Staaten 460,4, dem übrigen Amerika 17,3.

In der Bergwerksproduktion von Silber, die in angenäherten Zahlen schon für 1926 angegeben werden kann, hat Nordamerika seine überaus starke Vorkriegsstellung absolut noch verbessert und relativ gewahrt. Südamerikas Erzeugung dagegen ist um mehr als 100 % gestiegen. Beide Amerika zusammen beherrschen 1926 die Weltgewinnung zu 85 %. Die Europäische Halbinsel, auf der das Deutsche Reich mit mehr als zwei Fünfteln der europäischen Produktion weit voransteht, hat auch auf diesem Gebiet seine an sich schwache Stellung noch verschlechtert, ist jedoch jetzt genau wie auf dem Gebiet des Kupfers und Zinks wieder in langsamem absolutem Aufstieg begriffen.

Die Goldförderung, die in rohen Ziffern ebenfalls schon für 1926 vorliegt, zeigt die Vorherrschaft eines anderen Erdteils, Afrikas. Erzeugte doch allein Transvaal 1926 51,7 % der Weltproduktion. Es hat seine Bedeutung gegenüber 1925 (50,4 %) sogar noch gesteigert. Aber der Goldhunger, der infolge der Rückkehr zur Goldwährung die Welt zurzeit beherrscht und die Weltgewinnung seit 1922 wieder dauernd steigen läßt, ohne daß bisher der Rekord von 1915 (710 000 kg) erreicht worden ist, hat in den bekannten Gruben am Witwatersrand bei Johannesburg zu einem Raubbau geführt, der einen baldigen Rückgang in der Ausbeute dieser ersten Goldfundstätte der Welt voraussehen läßt. England ist 1926 mit Transvaal, Rhodesia, Kanada, Australien, Indien im Besitz von 69,8 %, die Union dagegen nur von 11,8 % der Goldförderung. Doch bedeutet diese Tatsache kaum eine geopolitische Schwäche der U. S. A., da das Gold ja nur zum kleineren Teil ein wirtschaftlicher Rohstoff ist, im übrigen aber kraft seiner Eigen-

schaft als Zahlungsmittel doch in die Taschen der Yankees fließt. Schon 1924 waren genau 50 % des Weltgoldschatzes von 38 208,7 Mill. RM. in den Händen der Union, dagegen nur 13 % in den Händen der Banken des Britischen Reiches.

KARL HAUSHOFER:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Internationale Frühjahrs-Einstellung zur westpazifischen Frage. — Chinas Nord und Süd. — Zer-setzungs-Möglichkeit Süd-Chinas. — Chang Tso Lin gegen Sowjets. — Schensi's Verwüstung. — Außenlandschaften. — Pest-Vorstoß. — Chinas Landschaften als Machtunterlage. — Schwebelage zwischen der asiatischen Revolution und den ozeanischen Mächten. — Folgen japanischen Eingreifens. — Lawrence in Arabien über Deutsche. — Austral-asiatische Notizen und Sorgen. — Indien im Frühjahr. — Asiatische Imponderabilien.

Internationales Farb-Bekennen über die Einstellung der großen Kräfte und Mächte unserer Zeit zu der nächsten Zukunft der westpazifischen Fragen, namentlich der chinesischen, ist das leitende, am meisten hervortretende geopolitische Wahrzeichen der Osterzeit 1927. Der steigende Ernst der Lage zwang sie alle dazu: führende Staatsmänner und Soldaten, wie Chamberlain, Chang Tso Lin, Chen und Chiang Kai-Shek, Coolidge, Shidehara, Sun-Fo mit Borodin, Galen und Stein, die besten Zeitungsleute, wie Bloem, Rodney, Gilbert, Ransome, Sokolsky, Salzmann, Washio, ruhige Forscher, wie (16. 3. 27 Central Asian Soc. London) J. P. Bruce, und große Finanzleute, wie K. Goschen von der Bank of Australasia, Staatswissenschaftler, wie Uyehara (Industry and Trade of Japan, London, 1926), wie Kawakami (in diesen Blättern und Calcutta Review, 1927, S. 197), indische Patrioten, wie Taraknath Das (Calcutta Review, Chinese Students Monthly, März 1927). Dazu kam, daß die gewaltsame Erkundung Chang Tso Lins in Peking und Tientsin, die der Westmächte in Shanghai gegen die Sowjet-Zufluchtstätten des linken Kuo Min Tang-Flügels auch die bis dahin über ihre letzten Ziele in China schweisgsamen Russen in Moskau zum Reden brachte, so daß nun tatsächlich alle in erster Linie stehenden Mächte erneut Stellung genommen haben.

Indirekte Bekenntnisse legten unfreiwillig ab: Frankreich bei Gelegenheit der Verhandlungen des Generalgouverneurs von Indochina, Varenne, in Paris, und die Niederlande bei der Nachbehandlung der Unruhen in Java und Sumatra. Die Heuchelei und Zweideutigkeit der Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten wurde vom indischen, japanischen und chinesischen Standpunkt wiederholt unmittelbar, von England und Frankreich aus mittelbar beleuchtet.

Wie wir unseren Lesern bereits in Heft 2 der „Geopolitik“, S. 115, durch eine der zutreffendsten Spottzeichnungen des Fernen Ostens mit den beiden Tigern klar zu machen suchten, beginnt der volle Ernst der chinesischen Auseinandersetzung erst jetzt, da die Zwischenpuffer (Sun Chuan Fang, Wu Pei Fu, Chang Chun Chang, Yünnan und Shantung, die vor kurzem noch als Machtfaktor angesehenen fremden Hafenkolonien) bei Seite gedrängt oder in Machtlosigkeit geworfen sind. So steht die Auseinandersetzung nur mehr zwischen der Waffenkraft der Mandchurei unter dem Führerwillen Chang Tso Lins im chinesischen Norden und den Kräften des chinesischen Südens. Aus den Provinzial-Aufkommen des letzten Wirtschaftsjahrs

der Kaiserzeit errechnet, verhält sich beider Wirtschaftskraft wie 73,6 zu 169,2: d. h. der Süden ist wirtschaftlich mehr als doppelt so stark.

Alles aber kommt jetzt darauf an, ob es äußeren oder inneren Kräften gelingt, die bis jetzt aus der Gewalt ihrer tragenden Idee heraus einheitlich verwendete Macht der Kuo Min Tang des Südens zu zersetzen und zweispältig zu machen, oder ob Chen und Chiang Kai Shek sie über das Yangtsetal hinaus nach Norden in einen dem bisherigen wesensverschiedenen Kampfplatz hinein geschlossen weiter führen können, wobei sie den zerstörenden reinen Kommunismus in ihrem linken Flügel als werbende Kraft vielleicht weiter zu verwerten hätten, aber machtpolitisch unschädlich erhalten müßten. Damit kommt der geopolitisch für unterdrückte Völker lehrreichste Teil ihres Beispiels zum Vorschein.

Der Streich Chang Tso Lins in Peking und Tientsin gegen die unterwühlenden politischen Vorhuten der Kuo Min Tang unter dem Schutze der Sowjetbotschaft und ihrer Zweiganstalten, mit geschicktem Ausspielen des ungeschickten diplomatischen Körpers in Peking, beweist, daß Chang die Hauptquelle der Erfolge des Südens durchaus richtig erkannt hat. Alle andern nordchinesischen Militärbefehlshaber kämpften zwischen Südfuß und Yangtse insofern auf verlorenen Posten, als der Boden unter ihnen durch die Vorarbeit der modernisierten und militarisierten Gewerkschaften völlig unterhöhlt war. Auch der chinesische Teil von Shanghai ist ja nicht eigentlich durch militärische Gewaltanwendung in die Hände des Südens gefallen, sondern durch eine offenbar sehr geschickt vorbereitete Volksbewaffnung und Erhebung. Der weiße Tiger der Mandschurei hat sehr deutlich gezeigt, daß er dieses Spiel in Peking und Tientsin, in seinem eigentlichen Machtbereich, zu unterbinden weiß. Zwischen Hwangho und Yangtse wird also wohl oder übel wirklich gefochten werden müssen; dazu kann man eine wirkliche Waffenmacht und ihre Führer nicht entbehren, und das können im China von heute keine Sowjetkommisare, sondern nur Chinesen sein. Die innere Auseinandersetzung darüber ist augenblicklich im Gange.

Sie wird notwendig mit immer schärferen Mitteln ausgefochten; und immer mehr tritt die reine finanzielle früher übliche Art, Bürgerkriege zu entscheiden, gegenüber wirklich berufenen Machtträgern und äußersten Willenshandlungen an großen Zielen erstarkender Menschen zurück. Der chinesische Volkscharakter und seine ganze Einstellung zu Gewalt und Krieg ändert sich immer mehr, oder vielmehr, er nähert sich der nicht-pazifischen Amplitude der Volksseele wieder, die durchaus im Wesen der Chinesen gleichfalls liegt, die viele blutige Kriege geführt haben und sehr wohl auch Einsetzen des Letzten um höchster Ziele willen kennen.

Das Ringen um den Besitz der wichtigen Hwangho-Paßlandschaft Schensi zwischen dem aus Rußland zurückgekehrten Feng Yu Hsiang und den nördlichen Belagerern (Unterführern Wu Pei Fus), mit den furchtbaren Leiden der Stadt Sian Fu, in der über 30 000 Menschen während der Blockade vom 17. 4. bis 28. 11. 26 zu Grunde gingen und riesige mittelalterliche Festungswerke in Ruinen und Trümmer sanken, zeigt Verhältnisse, wie sie Mitteleuropa im dreißigjährigen Kriege erlebte, aber auch die Stärke politischer Leidenschaft zwischen Ankuochun und Kuominchun. Die Schilderungen (z. B. North China Herald, 5. 2. 27, mit guten Bleistiftskizzen und Photographien) könnten Wallensteins Zeit entstammen: „1 Pikul, rund 60 kg Getreide kosten 4800 Mark. Menschenfleisch wird offen an den Straßen verkauft, aus denen die Armen gänzlich verschwunden sind, an deren Rändern die Leichen der einst wohlhabenden unbegraben liegen . . . Leichen, die nicht einmal beraubt

wurden . . . denn selbst der Diebstahl hatte aufgehört; das einzige Besitzenswerte war Nahrung, und die konnte nicht erlangt werden . . . Als der Entsatz kam, war die Zahl der Toten auf 700 täglich gestiegen, und die entkamen oder überlebten, waren wie Mumien anzusehen, fleischlos und mit schwarzen Gesichtern.“

Fiel solches Unheil auf einige der ältesten Kulturlandschaften des weiten Reichs, in dem andre Teile friedlich weiterlebten, als ob nichts um sie herum vorgefallen wäre, so ging es auch den blühenden Außenlandschaften von einst nicht viel besser, weder den von den Sowjets zu ihrem eignen Glückszustand befreiten wie der Mongolei („Mongolia under Russian Rule“, Transpacific, 8. 1. 27), noch den durch gegenseitige Eifersucht Japans und der Sowjets behüteten, wie der Mandchurei (China Press, 13. 3. 27: „Mandchuria drifting rapidly into critical state“), noch Szechuan (North China Herald, 5. 3. 27), oder dem gleichfalls in den Befehlsbereich des chinesischen Südens getrifteten Yünnan.

Es ist aber gewiß belehrend und eine geopolitische Warnung, daß die am besten unterrichteten unter den Nachbarmächten Chinas, Japan und die Sowjets, trotz unleugbaren bequemen Störungsmöglichkeiten, auch in den großen chinesischen Außenlandschaften am vorsichtigsten verfahren, wie denn auch die Moskauer Zentrale durchaus nicht mit großen Gesten auf den derben Eingriff Chang Tso Lins gegen ihre unterirdischen Machenschaften in Nordchina erwiderte.

An eine unheimliche, geopolitisch sich immer wieder zur Geltung bringende Dauerkraft der nordchinesischen Grenzlande zur Abwehr fremder Gewalt erinnert der Bericht der nordmandschurischen Pest-Verwahrungs-Dienststellen von Wu Lien Ten über den Pestvorstoß in der äußeren Mongolei.

Seine Vorwarnung war im Frühjahr 1926 eine erhöhte Sterblichkeit der Tarbogane gewesen, vielgejagter Pelztiere in der Mongolei und dauernder Pestträger. Ihr folgten Pestausrüche unter den Nomaden, die im Herbst die kleinen Handelszentralen, z. B. Sanpeitzu am Kerulen, 320 km SW Mandchuli (Mandschurija) an der Straße nach Urga, und Che Chen Han, näher an Urga erreichten.

Am 16. 12. ging eine Pestpatrouille den Ausbrüchen entgegen. Die ostchinesische Bahnverwaltung und anscheinend auch das Pestbüro in Chita schwiegen sie tot, da sie offenbar der Sowjetpolitik schlecht in den Kram paßten.

In der Mongolei herrschte 1926 ungewöhnliche Dürre, mit der meist die Ausbreitung der Tarbogan-Pest gleichläuft.

Seit 15. Dezember waren scharfe Vorsichtsmaßregeln im Gang: Zugkontrolle in Mandchuli, Hailar und in den Kohlengruben von Dalainor, Sperrung des zumeist von Russen betriebenen Kraftwagenverkehrs. Immerhin ist der kleine Vorstoß, der aber in Che Chen Han in zwei Tagen 500 Opfer gefordert haben soll, eine Warnung, daß bei mandschurischen Grenzentwicklungen infolge des chinesischen Bürgerkriegs unerwartete Kräfte mitspielen können, deren Durchbruch in das augenblicklich desorganisierte bevölkerungsreichere Gebiet Ostasiens sich in seinen Folgen kaum schwer ausmalen ließe.

Auch das Aufleben des Banditentums (in Honan z. B. mit verheerenden Zügen durch die ganze Provinz, über die Haupteisenbahn-Schlagader des ganzen Reichs nicht weniger als sechsmal hinweg) zeigt die Gefahren, die in dem Riesenraum der chinesischen Republik durch Lösung der Ordnung schnell emporsteigen und — wie in den Nachbargebieten — mittelalterliche Zustände des Kampfes Aller gegen Alle herbeiführen.

Mit der Besitzergreifung der Yangtselinie durch die Heere des chinesischen Südens

ist eine geopolitische Schwelle erreicht, jenseits deren viele Bedingungen des Erfolges sich ändern; gerade Honan, als politisches Wespennest in China verschrien, ist die typische Übergangslandschaft zwischen Nord und Süd, während Shantung das Gesicht schon mehr dem Norden zuwendet.

Der Gegensatz von drei grundverschiedenen Landschaftstypen als Unterlage von Machtverschiebungen tritt nun scharf hervor: die südchinesische, vor höchster Entwicklung zu Kultur- und Wirtschaftsleistung stehend, die nordchinesische, ausgegewirtschaftet und überanstrengt, der nur der Kohlenreichtum von Schansi und Chili noch Aussichten auf weitere Bevölkerungsverdichtung eröffnet, und die in Frühkultur und Kolonialwirtschaft stehenden, nur an den Rändern intensiver angewirtschafteten Reserveräume des chinesischen Nordwestens und der drei östlichen Provinzen.

Immer mehr stellt sich heraus, daß nur der Süden und das nördliche Neuland auf einige Dauer ausreichende Machtunterlagen zu stellen vermögen, das alte Kulturland von Nordchina anscheinend nicht mehr. Der Besitz von Peking selbst stellt sich immer mehr als eine Verlegenheit für den augenblicklichen Inhaber heraus, der aus Prestigegründen dafür Machtopfer bringen muß, und zudem die tote Last des „diplomatischen Körpers“ mit in den Kauf zu nehmen hat. Typisch dafür war der Unterschied in der vom Ausland geführten Sprache gegenüber E. Chen (dem Außenminister von Hankau) und W. Koo (dem offiziellen Außenminister von Peking).

Aber auch die Geopolitik der einstigen südlichen Hauptstadt, Nankings, in seiner Lage an der nördlichen Yangtsewindung erweist sich als ungünstig für eine Partei, die wohl oder übel geraume Zeit an dem gewaltigen Stromlauf halt machen mußte. Bei Nankings Eroberung ist es aus der Natur des in weiten Mauern unzulänglich besiedelten, schwer übersichtlichen Ortes heraus zu Gewalttaten gekommen, zu deren Sühne das Geschick der britischen Politik zum ersten Mal die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Japan zum Handeln auf einer Linie mit London gebracht hat. Diesem Handeln werden sich Italien und die Vereinigten Staaten vermutlich noch über die ersten drei Forderungen hinaus anschließen, die kein Befehlshaber des Südens in der vorgeschlagenen Form annehmen könnte, auch wenn er ihre Berechtigung einsähe. Aber es gibt eben keine Möglichkeit wirklicher Verständigung zwischen dem anglo-indischen Imperium und der chinesischen Revolution. Auch der gemäßigte Flügel der Kuo Min Tang, dem sie vielleicht augenblicklich zur Dämpfung des kommunistischen Druckes innerlich recht wäre, kann sie sich nicht abringen. Die Mitteilung Chiang Kai Sheks an einen japanischen Freund über Indien als voraussichtliche Ansatzstelle der nächsten asiatischen Revolution nach dem Erfolg der chinesischen — also Indien, nicht etwa Korea oder Südmandschurei! — (von Dr. Washio im Transpacific, 19. 2. 27 veröffentlicht), und alles andere, was man in London und Washington von den wirklichen, letzten Zielen der panasiatischen Bewegung weiß, ist kaum geeignet, die Angelsachsenmächte von äußersten Schritten abzuhalten, wo sie glauben, sie wagen zu können. Auch E. Sokolsky vom außenbritischen Presseamt, der noch im Sommer 1926 für Jung-China so günstige Äußerungen in Kanton machte, hält nun den Augenblick einer Ausgleichsmöglichkeit zwischen England, um nicht zu sagen auch den pazifischen Angelsachsen, und Jung-China für psychologisch verpaßt. Er kam zu dieser Einsicht noch vor den Ereignissen in Kiukiang und Nanking und sah schwere Rückschläge in ganz Asien voraus,

wenn es nicht gelänge, für den britischen Prestigeverlust schon in Hankau allein „das Gesicht zu wahren“.

Das Schlimme ist, daß eine Dauer der augenblicklichen Schwebelage an der an sich schon unhaltbaren Stromgrenze des Yangtse, der zugleich die Verkehrsschlagader Mittelchinas ist, mit jedem Tag mehr zu einer offenbareren Unmöglichkeit wird. Der Süden muß vorwärts oder zurück; und hinter seinem Zurückweichen ließe er Massenstreik und Chaos. So dürfte wahrscheinlich doch ein Vorstoß nach Shantung und Chili zunächst gelingen, die Schwierigkeit aber erst am eigentlichen Machtbereich Chang Tso Lins beginnen, also vor der Linie Jehol—Tientsin, beim Eintritt in die nordische Landschaft und den Bereich besonderer japanisch-russischer Abkommen. Wie lange Japan beim Heranbranden der chinesischen Bewegung an diesem Schwellenbereich der Südmandschurei seine Zurückhaltung wird festhalten können, steht dahin. Denn zwischen den 22000 qkm autonomer südmandschurischer Eisenbahnzone mit den mehr als zwei Milliarden Yen japanischer Kapitalanlagen dort, und der chinesisch-russischen Ostbahn liegt ein auch von zähen amerikanischen Ausbeutern (Straight, Harriman!) seit langem unausgesetzt begehrtes Kraftfeld. Die Griffe nach ihm schildert ungeschminkt die „Dollar-Diplomacy“ (demnächst im Verlag Vowinkel deutsch erscheinend*). „Wir verstehen Japans politische und wirtschaftliche Interessen in der Mandschurei und auch die furchtbare Macht seines Nationalgefühls, verbunden mit der Erinnerung seiner Blutopfer im russisch-japanischen Kriege. Sun Yat Sen selber hat diese Tatsache anerkannt und uns gesagt, daß wir Japans Interessen in der Mandschurei besonders in Erwägung ziehen sollten.“ So versicherte Chiang Kai Shek. Aber die Vereinigten Staaten verstehen sie nicht!

Nur in London, Hankau und Tokio selber weiß man genau, in Moskau, in Paris und Washington ahnt man nur, daß ein Hereinziehen Japans in eine militärische Aktion in China das Hereinbringen eines sehr zweischneidigen, gefährlichen Werkzeugs in das ganze Ringen um Ostasien bedeutet. Es wäre scharf und schnell am Platz, mit einer Macht, gegen die keine andere an Ort und Stelle aufkäme; mit 20 Divisionen und 320 000 Tonnen Schlachtflotte in wenig Tagen! Aber niemand kann das Ende des damit wahrscheinlich begonnenen wirklichen Weltkriegs voraussagen, und niemand, wer schließlich in den einzelnen Fronten zusammenstände.

Was von nicht in Ostasien heimischen Kräften über See in kurzer Zeit herbeigeführt werden könnte, ob es nun 20 000 Mann oder dreimal soviel sind, das wäre gegenüber dem einmal in Bewegung geratenen Menschendruck Ostasiens ein Tropfen auf einen heißen Stein, und wenn es versprühen sollte, ehe Japan und Rußland ins Spiel getreten sind, wären alle weiteren zu seiner Unterstützung über See nachgeschafften Kräfte nur ein Friedenspfand für die Asiaten. Wer hält denn auch nur Shanghai mit seinen mehr als zwei Millionen umsturzgerigen Chinesen gegenüber 36 000 Weißen und den paar heimlich auf ihrer Seite stehenden reichen Chinesen, wer hält Singapur mit mehr als 400 000 Chinesen und 100 000 Malaien unter 600 000 Einwohnern, bei etwa 5000 Weißen in Zucht, wenn die Chinesen wirklich nicht mehr Ordnung halten wollen?

Wer vollends, wenn Japan nicht auf Seite der Unterdrücker Asiens sicht?

*) „Dollar-Diplomatie.“ Eine Studie über amerikanischen Imperialismus. Von Scott Nearing and Joseph Freeman. Leinen etwa 12,— Mark.

Die Wucht der Rückwirkung aller südchinesischen Bewegungen, die nun tatsächlich über dreihundert von den 448 Millionen der chinesischen Republik erfaßt haben, auf den ganzen übrigen Umzug des indopazifischen Raumes rechtfertigt ihre breite Behandlung an dieser Stelle. Daneben treten die andern indopazifischen politischen Wirtschaftsräume in diesem Frühjahr völlig zurück.

Auf ihren westlichen Grenzraum Arabien wirft T. E. Lawrence: „Revolt in the Desert“ (London, Jonathan Cape, 1926, 30 Sh.) ein zurückfallendes glänzendes Streiflicht, mit ausgezeichneten psychologischen Schilderungen, z. B. von König Feisal und Ouda. Wir halten mit berechtigtem Stolz auf unsre deutsche Vergangenheit in arabischen Landen sein Zeugnis fest: „Ausnahme (im Zusammenbruch) waren die deutschen Abteilungen. Hier wurde ich zum ersten Mal stolz auf den Feind, der meine Brüder getötet hatte. Sie waren zweitausend Meilen von der Heimat, ohne Hoffnung und ohne Führer, unter Bedingungen, toll genug, die tapfersten Nerven zu brechen. Aber ihre Gruppen hielten in festen Reihen zusammen, brachen sich Bahn durch die Trümmer von Türken und Arabern, wie Panzerbüge, hochgemut und schweigend. Wurden sie angegriffen, so hielten sie, nahmen Stellung und feuerten auf Befehl. Da war keine Hast, kein Geschrei, kein Zaudern. Sie waren großartig! (glorious!).“

So schreibt der beste Völkerpsycholog in der kolonialen Kriegspraxis Englands, der Organisator des Arabertums von 1916—18, der andererseits von „the shameless intrigues of Versailles“ spricht, über die Männer, denen Lloyd George und ihresgleichen die Fähigkeit zur Herrenleistung in fremden Landen absprechen zu dürfen glaubten.

In der Südostmark des indopazifischen Raumes, in Australasien, ist ein wertvolles Quellenwerk zum Abschluß gekommen: „The Illustrated Australian Encyclopaedia“, herausgegeben von A. W. Jose und H. J. Carter, Australian Book Company, 1927, 2 Bände, A—L und M—Z; eine stark biologische Note herrscht darin vor. Schuldenmachen auf die Zukunft und besondere Vorliebe für Luxuskäufe auf Abzahlung bezeichnet Kenneth Goschen in seinem Bericht über die Bank von Australasien (Economist, 2. 4. 27, Seite 709) als typische soziale Laster des jungen Landes. Sie gelten auch vom Ganzen! Die Dürre in Queensland ist, bis auf wenige Teile, gebrochen; Flutschaden trat an ihre Stelle. Mit dem Baumwollbau will es nicht vorwärts gehen. Die Transportfrage ist für das weiträumige, dünn bevölkerte Reserveland entscheidend; die frühere Vielzahl verschiedener Spurweiten ist jetzt im wesentlichen auf drei zurückgeführt; eine Spurweite von 4 Fuß 8½ Zoll (z. Zt. Kyogle in Neu-Südwaies mit Brisbane verbindend), soll für das ganze Insel- festland durchgesetzt werden. Einstweilen springt, die Stichbahnen nach dem Innern verbindend, die hochentwickelte Flugverbindung helfend ein, die mit einem Fliegerkorps von im ganzen 136 Offizieren und 850 Mann (1926) für Post und Vermessung tätig ist, und 7740 km Fluglinien regelmäßig befiegt, darunter 50 km über See. 3560 weitere Flugkilometer sind in Landerkundung und Vorbereitung begriffen. Die enormen Unterstützungen in dem dünn bevölkerten Lande (6 076 432 Einwohner, September 1926; Vermehrung 118 512 (1926), davon 42 200 Einwanderer) mit keineswegs glänzenden Finanzen (60 Millionen Mark Einfuhrüberschuß, etwa ebensoviel mühsam ausgeglichener Fehlbetrag; Erntefehlschlag in Queensland) zeigen das wache Verständnis für die entscheidende Bedeutung der Flugstreitkräfte in der australischen Geopolitik. Hinter dem Reiter sitzt eben die schwarze Sorge — vor der farbigen Menschenflut — im Sattel! Schon Kitchener

hat deutlich vor der Gefahr gewarnt und den Australiern die wunden Stellen ihrer Wehrfähigkeit für das „weiße Australien“ gezeigt.

Sie droht von den Monsunländern her auf lange Sicht. Wenn auch der panasiatische Kongreß von 1926 in Nagasaki sicher nicht der von den einberufenden Panasiaten beabsichtigte Erfolg geworden ist, so wird er doch 1927 in China — vielleicht mit besserem Glück — wiederholt. Wenn auch der Hankau Herald

Strategic Position

The Dragon Tamer's Job



— Reynolds in The New York World.



"With the Orient stirring to new impulses of nationalism and freedom, our interest is not remote but that of a neighbor. Uncle Sam is not a bully but a teacher. His task in the Far East is to help spread the spirit of justice and fair play." — Seattle Post-Intelligencer.

am 7. 1. 27 J. W. T. Masons United-Press-Aufsatz: „Asiatic League will be failure; Japanese taking care to keep out of it“ nachgedruckt hat, in dem die Unmöglichkeit von Dauervereinbarungen zwischen Rußland, Türkei, Persien, Afghanistan und China ausgeführt wird: ganz behaglich ist den angelsächsischen Pazifik-Anrainern doch nicht, trotz ihrer viel blühenderen panpazifischen Bewegung! Sonst wäre ein Spottbild, wie das beigelegte von Reynolds in The New York World unmöglich, und Aufsätze, wie George Bronsons Rea's: „The Keys of Empire“, und „Between the Devil and the deep blue Sea“ (Far Eastern Review vom Februar

1927) — die beide über das Verhältnis zwischen Britischem Reich und Vereinigten Staaten, wie Japan sehr viel zu denken geben — könnten nicht in Shanghai geschrieben werden, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen. Aber vielleicht entspricht das andere beigefügte Spottbild über die Leuchtturmwächterrolle der U. S. A. auf den Philippinen in gewissem Doppelsinn dem japanischen Sprichwort: „*Todai moto kurachi*“ (Unter der Leuchte ist es am dunkelsten!) — so daß also Australien sehen würde, was den U. S. Amerikanern entgeht.

Den mehr westlichen großen Raum voll Zukunftsgefahr für Australasien, den indischen, erfüllen einstweilen Sorgen um seine neugeschaffene Flotte (Parlamentsverhandlungen 5. 4. 27 in London), um den Streit, ob er bettelarm sei (Dr. A. Nobel: Indiens Armut; D. A. Z. 17. 3. 27) oder eigentlich im vollsten Fortschritt blühe (Indias progress, Manch. Guard., April 27), und nach Gandhi (Ahmedabad, 17. 3. 27) in einer „satanischen Zivilisation“ nur durch Tragen von Khaddar (selbstgewobenem Leinen) die Verelendung seiner 700 000 Dörfer hinten halten könne.

Daß mit rein materiellen und wirtschaftlichen Mitteln allein den Nöten des mittleren und fernen Ostens nicht erfolgreich zu begegnen ist, das beweisen vielleicht am stärksten die Nachwirkung der Visionen von Sun Yat Sen, vor allem seines Buches *San-Min-Chu yi*, der jungchinesischen Studentenbibel, die Energie, mit der die japanische Regierung ihr Religionsgesetz vorwärts trägt (Wortlaut: *Trans-Pacific*, Tokio, 26. 2. 27), mit der Dr. Genchi Kato sein neues Buch über *Shinto* (Tokyo, Dezember 1926, Engl.) herausgebracht hat, und auch die Rolle, die Dichtkunst und Religionsphilosophie selbst im Lebenslauf von so sehr verschrienen Männern, wie die chinesischen Militaristen Wu Pei Fu und Feng Yu Hsiang spielen. Feng hat versucht, wie seinerzeit Julian und Akbar, aus Elementen des Christentums, des Islam und Kolaohui-Riten, anscheinend wie jene ohne Glück, die Synthese einer neuen Religion zu begründen, die sein religiös so buntscheckiges Heer fester zusammenfügen sollte — ohne mehr Erfolg als eine gründliche Entfremdung seiner christlichen Truppen.

Eines der bekannt gewordenen Gedichte von Marschall Wu Pei Fu aber, über einen Blutspritzer auf seinem Waffenrock, der niemals entfernt, ihn immer an den Opfertod eines treuen Burschen in der Schlacht bei Ting Szi Chiao erinnern sollte, verdient als Zeichen eines auch im Westen verständlichen Zusammenklangs düsterer Wintertage mit einer Zeit politischer Fehlschläge vielleicht festgehalten zu werden.

Es lautet:

*„Der kalte Wind von Westen fährt durch mein altes Schlachtenkleid.
Ein Blick auf den blutigen Spritzer am Rock bringt meinem Herzen Leid:
Nun sind meine einzige Habe ein treues Herz und ein starker Geist,
Die bleiben durch Schnee und Eis mir, wenn das Glück mir den Rücken weist.“*

Ist es die Ahnung kommenden Unheils für die althinesische Landschaft, in der diese Zeilen sich formten, die dem am meisten offenen und sympathischen — vielleicht deshalb in solcher Zeit am wenigsten vom Glück begünstigten — unter den Nachfolgern Yüan Shi Kais die Hand zu diesen schwermütigen Zeilen führte?

Jedenfalls sind sie auf dem Schlachtfeld dieses Frühjahrs, zwischen Yangtse und Hwangho, den Bergen von Loyang und den Grenzen unseres alten Einflußgebietes in Shantung entstanden: kein Wahrzeichen schiedlicher Lösung!

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Nicaragua. — Die vereinsstaatliche Politik (China — Philippinen — Abrüstungskonferenz). — Kolumbiens Manifest gegenüber der Union. — Die Grundzüge nordamerikanischer und lateinamerikanischer Entwicklung und ihre Bedeutung für die gegenwärtige Weltlage. — Die Verschiebung im Welthandel zur Westfeste.

Daß nach manchen alarmierenden Nachrichten der amerikanischen und europäischen Presse eine erstaunliche Ruhe in Mexiko und Mittelamerika eingetreten ist, vor allem die Vereinigten Staaten eine Zurückhaltung geübt haben, ist lehrreich für die praktische Wertung von politischen Problemen. Man muß sich hüten, aus dem einfachen Bestehen solcher Probleme schon dann auf ein Austragen der Konflikte schließen zu wollen, wenn sich Symptome dazu zeigen. Meist lassen sie nur die Richtung, aber nicht die wirkliche Größe der politischen Agressivkraft erkennen. So will es scheinen, daß weder Mexiko noch Nicaragua zur Zeit zu politischen Erregungszentren größeren Stils werden, weil die Union noch nicht wirklich Ernst macht mit der Lösung der territorialpolitischen Frage im amerikanischen Mittelmeergebiet. Für Mexiko dürfte eine Vertagung des Konfliktes anzunehmen sein, während die Nicaragua-Frage wohl nun einer lokalen, doch auch nur provisorischen Lösung entgegengeht. Mitte März sprach eine Meldung von einem Entscheidungskampf bei Muymuy, bei dem die Liberalen 150, die Regierungstruppen 80 Tote gezählt haben sollen, und der namentlich durch Eingreifen eines nordamerikanischen Fliegers zugunsten der letzteren entschieden worden sein soll. Die liberale Armee soll völlig zersprengt sein. Man glaube deshalb, daß der Bürgerkrieg mit dieser Schlacht beendet sei. Man darf solchen Folgerungen keinen übertriebenen Wert beilegen und wird die weitere Entwicklung abwarten müssen. Inzwischen ist die Beendigung des Bürgerkriegs offiziell bestätigt worden. Wir werden im nächsten Heft darüber zu berichten haben.

Auch weiterhin ist die vereinsstaatliche Politik vornehmlich auf die Peripherie des amerikanischen Wirkungskreises gerichtet und damit von dem Kernraum abgelenkt. In ermüdender Gleichförmigkeit wird gegenüber China die Formel vom Schutz der dortigen amerikanischen Bürger wiederholt. Weder Raubpolitik noch sonstige amerikanische Interessen kämen gegenüber China in Betracht. Im allgemeinen besteht wohl in der chinesischen Frage die Tendenz zu einer Zusammenarbeit. Auf der anderen Seite fehlt aber anscheinend doch auch hier die Neigung zu einer kräftigen Aktion. Darum läßt die Chinapolitik der Union jede klarere Richtlinie vermissen. Vermutlich ist aber die allgemeine Entwicklung in Ostasien nicht ohne Einfluß auf die vorsorglich-ängstliche Behandlung der Philippinen-Frage durch die Amerikaner gewesen. Schon seit geraumer Zeit hat sich ein Kampf zwischen dem Generalgouverneur Wood der Philippinen und dem Senator Quezon um eine schon im Juli 1916 in der Kammer der Philippinen durchgegangene Bill abgespielt, die ein Plebiszit in der Unabhängigkeitsfrage der Philippinen vorsieht. Der Generalgouverneur hatte schon zweimal sein Veto gegen dieses Gesetz eingelegt. Dagegen hat Quezon im verflossenen Jahr den sog. „Nationalen Obersten Rat“, eine Koalition der Nationalisten und demokratischen

Parteien, organisiert, der eine Basis für die von ihm betriebene Unabhängigkeitsbewegung sein soll. Und nun richtet sich auch Coolidge gegen die gleiche Bill und macht damit den Bestrebungen der Filipinos ein — allerdings nur formales — Ende. Es ist eine Politik, die alle Versprechungen von früher vergißt und aus der Mißgunst der derzeitigen Lage in Ostasien verständlich wird.

An Frankreichs Widerstand, das nun auch auf die zweite Aufforderung der Union erklärt hat, daß es nicht an der Abrüstungskonferenz teilnehmen und auch keinen Vertreter entsenden werde, scheint die umfassendere Bedeutung des amerikanischen Schritts zu scheitern. Ob Italien zu der voraussichtlich zusammentretenden Dreimächtekonferenz einen Beobachter entsenden wird, steht auch noch dahin. An dieser letzteren hält die vereinsstaatliche Regierung fest.

Schon vor einiger Zeit hat die Union ihr nicht geringes Interesse an dem nahen Orient durch eine Sonderbotschaft an die Türkei bekundet. In dieser Note sprach die amerikanische Regierung ihr Bedauern darüber aus, daß der im August 1923 in Lausanne abgeschlossene Freundschafts- und Handelsvertrag infolge der demokratischen Opposition bis jetzt noch nicht vom Senat ratifiziert worden ist. Da der mit den Ententemächten in Lausanne geschlossene Handelsvertrag im nächsten Jahre abläuft, so dürfte Amerikas Haltung als eine freundliche vorbeugende Geste aufzufassen sein, die die Handelsinteressen der Union in der Türkei fördern und die etwas zwiespältige Haltung der amerikanischen Politik — Tendenz zum Schutz der Armenier, demgegenüber aber Verzicht auf ein Mandat über Armenien — vertuschen soll.

Immer neue Anzeichen des lateinamerikanischen Widerstandes gegenüber den Vereinigten Staaten tauchen auf. So hat eine aus Politikern und Wirtschaftlern bestehende Abordnung dem Präsidenten von Kolumbien ein Manifest überreicht, in dem dieser aufgefordert wird, keine Anleihen mehr in den Vereinigten Staaten aufzunehmen, damit nicht die Unabhängigkeit Kolumbiens bedroht würde. Es wird ferner die Abtragung der bisher gewährten vereinsstaatlichen Anleihen und die künftige Finanzierung des Landes aus eigenen oder nichtamerikanischen Mitteln gefordert. In der Begründung des Manifests wird nachdrücklich auf die Mißachtung der Selbständigkeit Nicaraguas durch die Union hingewiesen.

Wohl von keiner Nation ist dieser Widerstand Latein-Amerikas gegenüber Germanisch-Amerika praktisch so beachtet, in seiner ganzen Tiefe von der Masse der Bevölkerung vielleicht mehr intuitiv erfaßt worden als von den Vereinsstaatlern selbst. Trotz aller von Nordamerika ausgehenden Panamerika-Bewegung hat die Union bisher wenig Neigung zum forschen Ausgreifen im lateinamerikanischen Gebiet bezeugt. Sowohl die nominelle Selbständigkeit Kubas und Panamas, die Zurückhaltung gegenüber San Domingo-Haiti, Mexiko und Nicaragua sind dafür Beleg; während in Europa umgekehrt der Glaube an die nordamerikanischen Allmachtstendenzen nicht erlöschen will. Dabei werden neben den gemeinsamen Zügen, die der gesamtamerikanischen Entwicklung eigen sind, die fundamentalen Unterschiede zwischen dem germanischen Norden und dem romanischen Süden übersehen. Tatsächlich ist die Entwicklung der beiden Kontinente durch eine ganze Anzahl gleicher Faktoren bestimmt worden. So sehr man auch heute glaubt, Beweise für Beziehungen Amerikas vor der kolumbianischen Entdeckung gefunden zu haben, so wird der Nachweis solcher gelegentlichen Verknüpfungen mit der übrigen Welt nichts an der großartigen Tatsache der langen Isolierung der beiden Amerika innerhalb des Erdganzen und ihrer weitreichenden Folgewirkungen,

dem allgemeinen Tiefstand der Kulturen, der Einförmigkeit der Rasse, der relativ geringen Bevölkerungszahl und der sich aus diesem Zustande ergebenden Schwäche gegenüber dem Angriff der alten Welt ändern können. Der Mangel der der alten Welt so eigenen Völker- und Kulturdurchdringung und der örtlichen Verdichtung der Menschen hat bis auf wenige Ausnahmen eine höhere Eigenentwicklung in Amerika hintangehalten. Wohl ist es schwer zu sagen, ob ein Aufstieg Amerikas aus sich heraus überhaupt geboren werden konnte oder nicht. In der Tat verdankt Amerika alle Entwicklung zur modernen Gestaltung den Fremdeinflüssen seit Kolumbus. Es sind Einwirkungen, die sich dem uralten Streben nach der Beherrschung des Weltganzen durch die europäische Menschheit unterordnen, das, geistig durch die Antike vorbereitet, aber erst zur Verwirklichung gelangen konnte, als die Schifffahrt die atlantische Küste zu überwinden vermochte. Damals führten die von den Entdeckungen eingeschlagenen Wege zur Verschärfung der an sich bestehenden Unterschiede zwischen Nord und Süd: Passatwinde und Kanariengstrom führten die iberischen Völker nach Mittel- und Südamerika, während Engländer und Franzosen, mit widrigen Westwinden und Meeresströmungen kämpfend, sich in langsamerem Entdeckungsgang Nordamerika erschlossen. Dabei ist schicksalhaft, aber durch die Naturwege bestimmt, der Südbereich den Mediterranvölkern, die allein sich dort zu akklimatisieren vermochten, der Nordteil den der westlichen Mittelzone Europas angehörigen Völkern zugewiesen worden. War wohl das Gesetz, unter dessen Wirkung sich die relativ leeren Räume füllten, das der Bevölkerungsspannung, demzufolge stärker bevölkerte Gebiete ihren Bevölkerungsüberschuß in schwächer bevölkerte ergießen, für den Norden wie für den Süden das gleiche, so war doch die grundsätzliche Scheidung zwischen den beiden Teilen ein für alle Mal vollzogen. Man braucht sich nur einmal die Lage der Wendekreise in Amerika zu vergegenwärtigen, um zu erkennen wie naturgegeben der Unterschied zwischen den beiden Lebenssphären in Amerika ist. Fast bezeichnet der Wendekreis des Krebses die Grenze zwischen der romanischen und der germanischen Lebenszone in Amerika. Der Norden ermöglichte die Übertragung der Lebensgewohnheiten und die Entfaltung der Lebensenergien der europäischen Völker der gemäßigten Zone. Der Süden, die Tropenwelt, dagegen gestattete gerade noch die Anpassung der mediterranen Lebensgewohnheiten und Lebensenergien, brachte sie aber nur in den subtropischeren Teilen Süd- und Mittelamerikas (höhere Breiten oder Hochland) zur vollen Entfaltung. Dabei waren die spezielle Gestaltung des Landes, sein Relief, seine Klimastruktur, sein Vegetationskleid und seine wirtschaftlichen wie Lebensmöglichkeiten überhaupt, von nicht geringem Einfluß. Nordamerika verhielt sich in jeder Hinsicht ganz anders als die Mitte und der Süden. Es ist der großartig meridional, in gar verschiedene Lebenszonen gegliederte Erdteil, dem im Waldgebirge der Appalachen und in dem riesigen Trockenland wohl hemmende, aber doch durch die Energie der Siedler zu überwindende Zonen nicht fremd sind. Im ganzen war aber gerade dieser gewaltige Gang der Kolonisation quer durch den Kontinent, von der atlantischen Küstenzone über die Waldbarre der Alleghanies zu den lichterem Waldländern und zur Prärie der Mitte und nochmals über das breite Gebirgsland des Westens zum kalifornischen Tal und zur pazifischen Gestaltung, ein Akt der Energieentfaltung und zugleich der Energieübung, der seinesgleichen nur selten in der Eroberung der Erde durch den Menschen gehabt hat. Jede Zone stellte neue Aufgaben. An ihrer Lösung bildete und schulte sich der nordamerikanische Volkscharakter, jenes Pionier- und Überwindertum, das

nicht nur Grenzertum im Kampfe mit den Eingeborenen gewesen ist, sondern in der Pionierstellung gegenüber einem umfassenden Bereich von Aufgaben geboren wurde. Die in der Hauptsache klimabedingte Möglichkeit der Energieentfaltung hat die riesige transkontinentale Ausbreitung der weißen Rasse in Nordamerika zur Folge gehabt, zugleich auch das frühe Bewußtsein der völligen Verwurzelung mit dem neuen Kontinent, das zu politischer Selbständigkeit früher als im Süden geführt hat. Je weiter sich der neue Staat in den Westen einschob, desto mehr wurde dieses Staatsbewußtsein gefördert, und desto mehr wurde er sich seiner Eigennote, doch bei völlig europäischer Entwicklung seines Lebens, bewußt. Der Hinweis ist darum charakteristisch, daß für den von Osten her Kommenden das typische Nordamerikanertum erst im mittleren Westen beginnt. Hier liegen unzweifelhaft die Wurzeln der vereinsstaatlichen Kraft.

Gerade gegenüber Lateinamerika macht die Entwicklung des Nordens über die Kontinentbreite mit allen ihren Folgen auf den verschiedensten Gebieten des Lebens, eine Ausbreitung, die von den Vereinigten Staaten von Amerika schon siedlungsmäßig abgeschlossen, von Kanada erstrebt wird, den fundamentalen Unterschied aus. Denn ein gut Teil Lateinamerikas, der riesige südamerikanische Rumpf, zeigt nur randlich höher entwickelte Lebensräume. Wohl politisch aufgeteilt, sind aber das weite Innere Brasiliens, der Chaco, und ebenso die Orientteile der Andenstaaten organisch nur in unzulänglichem Maße mit den Kernräumen der randlichen Staaten verknüpft. Hier liegen ihre großen Zukunftsräume, hier liegen darum aber auch die zwischen den einzelnen Staaten strittigen Zonen. In Mittelamerika, dem mehr oder minder schmalen Isthmusstege, ebenso in Mexiko liegen freilich die Verhältnisse anders; hier führt der Übergang zum Norden hin. Freilich ein Vergleich mit dem Norden hinsichtlich der Wirkungen ist nicht angängig, da ihn weder Raumgröße noch Gliederung dieser amerikanischen Zwischenländer zuläßt. Daß sich kein Staat Südamerikas von Ozean zu Ozean erstreckt, noch weniger an irgendeiner Stelle die ganze Breite des Landes kräftig durchsiedelt ist, ist ebenso sehr in den physischen Verhältnissen (Relief, Klima, Pflanzendecke), der Abwehr gegen intensivere weiße Besiedlung, die von weiten Gebieten ausgeht, wie in dem sehr viel geringeren Zustrom von Europa begründet. Im Gegensatz zum amerikanischen Norden hat der Kampf um die Erschließung und kolonialisatorische Eroberung des Raums in Lateinamerika im allgemeinen nicht zur Höherentwicklung der Lebensenergien geführt, sondern der Energieentwicklung war und ist vielfach eine Grenze gesetzt. Dabei walten hier Kräfte anderer Art, die nicht dem gemäßigten, sondern dem mediterranen Europa entstammen. Die lateinamerikanischen Lebensräume waren darum auf der einen Seite länger mit Europa verbunden, haben deshalb auch später als der Norden ihre politische Selbständigkeit erreicht und zeigen heute noch eine im hohen Grade unfertige Struktur. Andererseits äußert sich aber in ihnen nicht nur europäische, vorwiegend mediterrane Volks- und Kulturkraft, sondern das Eingeborenelement spielt eine ganz andere Rolle als im Norden, wo es bis auf geringe Spuren verschwunden ist. So steht Lateinamerika als Tropen- und Subtropenland von Natur aus mit einem nicht unbedeutenden antochthonen Volkstum, durch die koloniale Bewegung dem mediterranen Kulturkreis zugewendet, in einer so ausgesprochenen Eigenart dem Norden gegenüber, daß die damit geschaffene Kluft zwischen Nord und Süd unüberbrückbar scheint. Auch die vielen modern-europäischen und modern-nordamerikanischen Ansätze in Lateinamerika vermögen diese nicht zu überbrücken. Das zeigt das sich

immer kräftiger entwickelnde Nationalbewußtsein der einzelnen lateinamerikanischen Staaten.

Diese Entwicklung in den beiden Amerika wird verstärkt durch die Verschiebung der Welthandelsgeltung von der Ostfeste zur Westfeste der Erde. Aus den publikatorischen Vorarbeiten zur Weltwirtschaftskonferenz ist zu entnehmen, daß der Anteil Amerikas am Welthandel im Vergleich der Jahre 1913 1924 und 1925 in folgender Weise gestiegen ist:

	1913	1924	1925
Nordamerika	14,0 0/0	18,1 0/0	18,3 0/0
Zentralamerika	2,1 1/0	2,9 0/0	2,6 0 0
Sudamerika	6,2 0/0	5,7 0 0	5,7 0/0
Amerika	22,3 0/0	26,7 1/0	26,6 0/0

Der Handel Amerikas macht damit heute ein gutes Viertel des Welthandels aus. Tatsächlich zugenommen hat der Anteil an dem Welthandel in der Spanne 1913 bis 1925 nur in den Vereinigten Staaten, während in Zentral- und Südamerika infolge der Industrialisierung dieser Länder der Anteil an dem Welthandel auffällig zurückgegangen ist.

GUSTAV AMANN:

CHINAS STAATSHAUSHALT UNTER DER NATIONALISTISCHEN REGIERUNG

(Sun Yatsens Vermächtnis, VII. Teil)

Es ist schon so in unserer guten Zeit, daß auch eine intellektuelle Macht sich erst einmal ein Monument, ein großes, weithin sichtbares Haus errichten muß, so etwa wie die Kapitalmacht ihren Mammontempel errichtet, um Kredit zu finden. Ach, für so manchen Großintellektuellen ist erst der Grabstein das Monument, das ihn so recht zu Kredit bringt, in unserer guten Zeit. —

Die Nationalistische Regierung in China hat jetzt ihr Haus gebaut, die neue Hauptstadt Wuhan (Wuchang-Hankow). Mit besonderem Stolz blickt die alte Stadt am Munde des Han über die ewigen Wasser des Großen Flusses, und wurde denn jetzt auch allenthalben bemerkt (Plan in Nr. 3/27 d. Geopolitik). — Japan schickte einen besonderen Vertreter des Auswärtigen Amtes, Amerikas Charge d’Affaires kam aus Peking angereist und auch das stolze Albion instruierte seinen Minister in China, einmal persönlich nachzusehen, was denn eigentlich nun los sei am Yangtsekiang. Ja, selbst die deutschen Tageszeitungen bemerkten, daß es in China letzten Endes neben gichtbrüchigem Zeifall und trotz ihres vielbesprochenen Räuberhauptmannes Chang Tsolin noch ein neu und vielleicht schicksalsvoll aufstrebendes Leben zu entdecken gäbe, wenn man sich einmal hergäbe, recht hin zu schauen.

Die Berichterstatter der deutschen Tageszeitungen und der englische Minister fanden, es sei auch allerhand los am Yangtsekiang. Der Herr Minister fand in diesem neuen Wuhan einen chinesischen Kollegen vom Auswärtigen, Mr. Eugene Chen, der ihm nicht wenig überzeugend und mit vollendetem Ausdruck der Sprache

vorhielt (Eugene Chen gilt, nebenbei gesagt mit Recht, für den elegantest englisch-sprechenden Journalisten, den England in unseren Tagen erzogen hat) — der ihm also vorhielt, daß die englisch-exterritorialen Vorrechte in der neuen Hauptstadt der neuen Nationalistischen Regierung ganz entschieden weichen müßten.

Es lagen viele fremde Kriegsschiffe im Hafen; die Fremdenniederlassungen waren verbarrikiert, englische Marinesoldaten, Gewehr im Arm, hielten und patrouillierten die Straßen. — Herr Lampson, der englische Minister, reiste aber bald wieder ab, nachdem er viel gesehen, manches besprochen und nichts zugesagt hatte. Er reiste ab, Zweifel im Herzen über die Wirksamkeit dieser schönen Bereitschaft, aber auch voll von Unentschlossenheit, die Sicherheit von englischem Besitz und englischen Untertanen einer Nationalistischen Regierung anzuvertrauen, die da beteuert, es soll Besitz und Handel nichts geschehen, aber die Souveränität über das Konzessionsgebiet erbitten wir friedlich zurück.

Nun ist es, zu diesen Zweifeln im Herzen des Ministers, noch dazu leider bekannt, daß, was eine richtige Revolution ist, selten viel Zeit und Geduld hat, auf den bedächtigen Beschluß eines abgereisten, fremden Diplomaten zu warten; und da das revolutionäre nationalistische Volk (die Kuo Min Tang) leider wirklich keine Zeit noch Geduld hatte, so ist denn nicht zu verwundern, daß, noch bevor Herr Lampson in Peking ankam, das Volk: die Propagandisten, Studenten und Kulis, Zehntausende stark, Bund und Straßen der Niederlassung überflutete, die Barrikaden wegräumte, die englische Polizeistation demolierte und eine Windsbraut revolutionärer Zettel über uns schüttete. Hiebe gab es hier und dort, aber am nächsten Morgen erwachte die englische Konzession, zwar inmitten wogenden und leise grollenden Chinesenvolkes, aber doch recht friedlich unter chinesischer Souveränität. Tote hat es nicht gegeben. Die englischen Soldaten waren zurück auf ihren Schiffen und die englischen Familien evakuierten, flüchteten vor dem blutigen Terror, der vielleicht noch nachkommen sollte.

Inzwischen beruhigten sich aber die Gemüter, fanden sich wohl ab mit dem Unabänderlichen, und heute bescheint die Sonne das emsige Treiben des wiederaufgenommenen Handels und Wandels von Chinesen und Fremden. — Nur die eine Frage schwebt auf aller Lippen — wie lange wird es dauern? — wird diese Nationalistische Regierung auch von Dauer sein? — wie, wenn Wu Peifu zurück käme? —

Wu Peifu ist am Gelben Flusse stark beschäftigt. Feng Yuhsiang hat bereits Loyang (Honanfu) eingenommen und macht sich bereit zum Angriff auf Chengchow, das Hauptquartier Wu Peifus, und die nationalistische Armee Chiang Kaisheks steht in der Provinz Chekiang, mit Richtung auf Shanghai. — Dazu gibt es noch eine andere wichtige Tatsache, vorläufig vielleicht die einzige wirkliche Tatsache, die die diplomatischen Besuche in der neuen Hauptstadt Wuhan brachten, eine Tatsache jedoch von nicht geringer Bedeutung gerade für die Frage nach der Dauer der Nationalistischen Regierung, und das ist die, daß die maßgebenden fremden Mächte begreifen lernten, daß die nationalistische Bewegung eine Volksbewegung ist, mit einem Hintergrunde unbeschiefbarer Ideen zur Erneuerung des Volkshaushaltes, zur Erringung ungewöhnlicher Rechte und Freiheiten von Bauern und Arbeitern im chinesischen Staatswesen, und was mehr ist, daß die nordchinesischen Machthaber, jene imperialistischen Freunde der fremden Mächte, einen solchen Hintergrund nicht haben und auch keineswegs unbesiegbar sind.

Wir wollen, um einmal die Frage zu beantworten, ob die revolutionäre Doktrin

Sun Yatsens wirklich auch einen real-politischen Boden hat, und um die Dauerhaftigkeit einer Nationalistischen Regierung an ihrem Staatshaushalte zu prüfen, Fragen, die heute auch nicht wenig oft gestellt sind, die nationalistischen Pläne und Absichten in dieser Hinsicht näher ansehen.

Dazu empfiehlt es sich, damit zu beginnen, einen Blick auf den alten Staatshaushalt Chinas, auf das ehemalige, kaiserlich-fiskalische System zu werfen, ein System, das überall da, wo die Kuo Min Tang noch nicht hingekommen ist, noch unbeschadet in Kraft ist in China.

Unter dem kaiserlichen Regime waren den administrativen Bezirken des Reiches, den Provinzen, Kreisen und Städten gewisse Summen als Staatsabgaben auferlegt, die sie an die kaiserliche Staatskasse jährlich und netto abzuliefern hatten. Diese Summen stellten keineswegs die erhobenen Steuern dar, sondern nur reine Überschüsse, die über die Unkosten der Steuererhebung in den betroffenen Bezirken herausgewirtschaftet werden mußten. Diese von den Bezirken verlangten Summen blieben aber als Regel die Höchstbezüge, die die kaiserliche Kasse erhalten konnte, denn die Steuerveranlagung selbst, sowie die Steuererhebung, ruhen im Ermessen der hohen Beamten von Provinzen, Kreisen und Städten, ebenso wie die Bestreitung der Erhebungskosten und der provinziellen Eigenausgaben für Polizei und Heer.

Die Nettoüberschüsse wiederum, die die einzelnen Provinzen herauswirtschafteten, flossen nicht etwa in eine gemeinsame kaiserliche Reichskasse, sondern bestimmten Bezirken wurden ganz bestimmte Ausgaben zur direkten Deckung angewiesen. So kam aus dem einen Bezirk das Geld für den kaiserlichen Haushalt, aus einem anderen, ganz oder teilweise, die Mittel für fremde Gesandtschaften, aus anderen für die Abzahlung fremder Anleihen, hierher Geld zur Steuerung von Hungersnot, dorthin Zuschüsse für ärmere Provinzen usw. stets von der Einnahmequelle direkt überwiesen, gemäß kaiserlichen Erlasses.

Wir sehen, in diesem fiskalischen System war der Beamte in Provinz, Kreis und Stadt zu allererst sein eigener Versorger, dann sorgte er für seine eigene Macht durch Polizei und Heer, und zuletzt versorgte er den Staatshaushalt mit den benötigten Geldmitteln für Generalunkosten. — Der kaiserliche Haushalt kannte keinen Ausgabeetat für seine provinzielle Administration. Das war gewiß sehr bequem und vereinfachte die Aufgaben der Zentralregierung ungemein, aber auf der anderen Seite bewies sich dieses fiskalische System als fatale Schwäche, sobald einmal die Autorität der Zentralregierung ins Wanken kam und die freiwillige Unterwerfung unter die Zentralgewalt in den Provinzen hinzusiechen begann. Da war es dann für abtrünnige Provinzen ein leichter Schritt zur Unabhängigkeitserklärung. Verschanzt hinter der eigenen provinziellen Armee, konnte sie die Zentralgewalt durch Sperrung der provinziellen Revenuen in mittellose Ohnmacht stürzen.

So fiel die Mandschu-Dynastie. So spaltete sich das Reich dann in Separatistenstaaten militärischer Gewaltherrscher, so verfiel die Zentralregierung Pekings dem Schattenreiche und China in internationale Zahlungsunfähigkeit. Das fiskalische System des alten China gab die sachliche Möglichkeit zum Sturze der Mandschus, die Restauration Yuan Shikais mußte daran scheitern, und es ist nicht weniger die Ursache geblieben des gänzlichen Versagens eines republikanischen Staatengebildes in China. Die Revolutionäre von 1911 verstanden es nicht, und vermochten es nicht, das alte fiskalische System durch ein neues Staatswirtschaftswesen zu ersetzen.

Hält man sich dies alles vor Augen, so muten jene abortiven Versuche eines Sir

Hotung (1921/22) recht pathetisch an, die die Fraktionäre von Nord und Ost und West unter dieses selbe, erbarmungslos unvermögende System wieder zu einem einigen Reiche und unter die Ägide Britanniens zusammenführen sollten; pathetisch, weil sie die Dürre der imperialistischen Ambitionen recht entblößen. Pathetisch ist auch in den Kreisen der Fremden dann das Reden und Schreiben der „alten Kenner“ des alten China, eines J. O. P. Blands und eines Rodney Gilberts Reden und Schreiben aus der Versenkung heraus, von einem längst versunkenen Machtstandpunkte der Fremden in China her, das noch nach Intervention schreit, nach einer Intervention mit dem Ziel, dieses alte, brüchige Wirtschaftshaus wieder her-zuzwingen. — So unaussprechlich wünschenswert für die kapitalistischen Machtinteressen auch eine Wiedervereinigung zum alten schwächetrunkenen China wäre, es wird nicht wieder erstehen, denn die Idee ist geweckt worden. Sun Yatsens Auge war Seherauge, es sah die Schwäche im alten fiskalischen Körper und wies auf Neuerung; er erspähte die verborgene Kraft, die allein ein wiedergeeintes China, die allein die alte nationale Größe wiederbringen kann, und er wies die Masse auf die Idee, auf die Idee der Erringung ungewöhnlicher Rechte im Staatswesen und der Freiheit zur Mitgestaltung an den Daseinsbedingungen für alle Klassen in einem zivilen Rechtsstaat, und es wies dem chinesischen Volke die Notdurft der Erlösung des gelben Mannes in Erde und Seele von des weißen Mannes Dämon. Eine ungeheure intellektuelle Macht, der Wiedertäufer war Sun Yatsen, und doch ward auch ihm der Grabstein erst das Monument, Wuhau erst das weithin sichtbare Haus, an dem ihm unsere gute Zeit erst bemerken mußte.

Jedoch kehren wir zurück zu unserer Untersuchung: Damit ein neues fiskalisches System der Nationalistischen Regierung von den Mängeln, die dem alten System anhafteten, frei bleibe, muß es offenbar zwei höheren Gesichtspunkten genügen:

1. das fiskalische System müßte aus direkter Hand das gesamte Reichsheer besolden, um so ein Instrument der Regierung zu schaffen,
2. das fiskalische System müßte aus direkter Hand das gesamte Verwaltungspersonal des Reiches besolden, um der Revenuen Herr zu sein.

Um diesen höheren Gesichtspunkten zu genügen, verordnete Sun Yatsen zwei Organe:

1. das provinzial unterteilte Ministerium der Finanzen, welches unter unmittelbarer Kontrolle des Finanzministers des Reichs das Jahresbudget und die Steuerveranlagung, sowie die Steuereinzahlung im Reich und Einzahlung der Reichsrevenuen auf die Zentralbank besorgt,
2. die provinzial organisierte Zentralbank, welche unter direkter Kontrolle des Finanzministers des Reichs und auf seine direkte Approbation Zivil- und Militärausgaben deckt.

Das Amt des Finanzministers ist folglich ein doppeltes. Einmal als Minister der Finanzen wird der Minister die Besteuerung veranlagern und einziehen, und zweitens, als Direktor der Reichszentralbank wird er die budgetarischen Auszahlungen für Zivilverwaltung und Heeresverwaltung approbieren und leisten.

Beachten wir das eine, wir sahen in den früheren Teilen dieser Aufsätze der „Geopolitik“, wie Sun Yatsens Vermächtnis, seine Ideologie eines neuen Staatswesens sich ausbreitete, Platz griff in weiten Kreisen des chinesischen Volkes, und zuletzt sahen wir diese Ideologie durch seine Nachfolger, durch das Politische Bureau in Kwangtung, erfolgreich in einer praktischen Staatswirtschaft angewandt. — Die

Welt hat Sun Yatsen einen Idealisten gescholten, einen Ideologen und real-politischen Versager. Aber wollen wir nicht gerecht sein und begreifen, daß eine real-politische Zeugenschaft von Sun Yatsen zu fordern, bevor die Ideologie seines neuen Staatswesens im Volke Platz gegriffen hat, Sonne, Mond und Sterne vom Himmel fordern heißt?

Ach, diese Ideologie ist eine schroffe Klippe. Selbst nicht alle Führer der Kuo Min Tang haben sie erklommen, und wahrlich, es braucht ein glaubenstarkes Herz, wer da seine irdischen Hoffnungen auf diese chinesische Revolution setzt. — Da sind die Militaristen. Da ist der Generalissimus Chiang Kaishek mit seinem Gefolge machtlüsterner Generale, Patrioten rechten Soldatenverstandes. — Was gilt im Grunde, was kann dem Soldaten staatspolitisches Raisonnement gelten, was un-uniformierte Rechtsordnung, was die zivile Forderung? Der Militär hat sich noch immer unvermögend erwiesen den zivilen Disziplinen, ohne die wir letzten Endes doch nicht leben und nicht gedeihen können, das Recht zu lassen. Einen Volksstaat, so wie ihn Sun Yatsen wollte, einen Staat, in dem alle Klassen des Volkes an der Bestimmung der Daseinsbedingungen teilnehmen sollen, kann der Militär nie ganz begreifen. Das beweist sich auch heute wieder in China durch Chiang Kaishek.

Dieser Führer der Kuo Min Tang, in Kanton vorbildlich durch seine Treue zu Sun Yatsens Doktrin, in Kanton durch die Reinigung des Kuo Min Tang-Heeres von unabhängigen Machthabern ein Grundpfeiler der Nationalistischen Regierung, erlag im Hauptquartier Nanchang dem Geflüster seiner Umgebung, erlag dem Soldatenwahn, der Versuchung allein die Regierung sein zu wollen. In seiner soldatischen Unberührtheit von den zivilen Forderungen eines Volkes an seine Regierung, im Wahne des erfolgreichen Soldaten, daß man die widerspenstigen Probleme, die das innere wirtschaftliche Leben eines Volkes und die die wirtschaftliche und politische Gebundenheit eines Volkes in die äußere Völkergemeinschaft hinein aufgeben, niederschießen könne wie feindliche Kanonen, kam Chiang Kaishek nach der Hauptstadt Wuhan angefahren, um ohne Weiterungen, militärisch-willkürmächtig dem Volke und der fiskalischen und politischen Zivilbehörde, Sun Yatsens Volksstaat anzumessen.

Ein verhängnisvoller Schritt. Da ist ein durch neue Ideen aufgewühltes, nach maßloser Lebensbesserung wütendes, langleidendes Kulivolk, da ist ein armes Bauernvolk, das zur Erkenntnis seiner Bedeutungswucht im Staatswesen erweckt wurde, da sind Hunderttausende dieser raffsüchtig gewordenen Kulis und Bauern zu Soldaten bewaffnet, da inmitten ist ein timides Handwerks- und Handelsvolk und ihr Besitz, umtost vom Ansturm in primitiven Gehirnen sich zur Erpressung und Plünderung des vorhandenen Besitzes auswirkende primitivste Auffassung der revolutionären Doktrin und gehaßte Imperialisten — hingegeben zügellosester militärischer Vergewaltigung und brutalsten Plünderinstinkten der Arbeitermassen. Ein Chiang Kaishek, der sich unterfängt, die traditionelle zivile Disziplin des Volkes, den Rahmen des hergebrachten Rechtsstaates nieder zu reißen und diesen tobenden Elementen mit Militärdiktatur Sun Yatsens Volksstaat anzumessen, der vernichtet die Revolution und wird selbst im entfesselten Chaos untergehen.

Im Angesichte dieser Tollheit mögen wir wohl zweifelnd auf die Dauer der Nationalistischen Regierung schauen, und wir können nicht anders, als die entschiedenen Maßnahmen der englischen Regierung billigen, die das Inland des Yangtsetales bereits evakuierte, bereit steht, auch Hankow zu evakuieren, und die starke Truppenmassen in Shanghai zusammen zieht. — Wenn Chiang Kaishek den Weg nicht

zurück findet zum legitimistischen Staatshaushalt, an dem seine zivilen Mitarbeiter in der Regierung bis zum letzten Atemzuge festhalten und den sie zu erkämpfen entschlossen sind mit allen moralischen Kräften, die Sun Yatsens Hinterlassenschaft birgt, so werden die Herren Bland und Gilbert noch recht behalten, die Intervention der fremden Mächte ist dann unvermeidlich. Aber es kann nicht eine Intervention sein, wie sie Herrn Gilbert vorschwebt, nicht eine Wiedererwirkung der Fremdenverträge durch militärische Macht, nicht die Wiedereinsetzung einer gelobten, schwächetrunkenen, fremdenunterwürfigen Zentralregierung in Peking, es handelt sich dann um eine Intervention, um einem Chaos zu steuern, um eine Intervention, die eine nationalistische Regierung, dieselbe nationalistische Regierung, die bisher zu unterdrücken versucht wurde, selbst aus dem Chaos herausstampfen muß. Denn das chinesische Volk besitzt keine andere erneuernde Energie als die Idee Sun Yatsens, als die Idee von einem Volksstaate, in dem alle Klassen des Volkes an der Bestimmung der Daseinsbedingungen teilnehmen. Keine andere Verjüngungskraft, keine Philosophie, keine Religion und kein anderer Staatsgedanke bietet sich den fremden Mächten als Gerippe, um daran, aus einmal eingetretenen Chaos, einen neuen Staatsbau aufzurichten.

Jedoch, trügerisch sind Zeichen, unerschöpflich sind die Gestaltungsmöglichkeiten, die wir nicht voraussehen können und wandelbar ist auch eines Menschen Wahn. Versagen wir uns nicht die Hoffnungsfreudigkeit auf ein nachsichtiges Geschick, das diesen Weltensturm noch einmal an uns vorüber gehen lassen kann. — Denn ein Weltensturm zeigt sich hier an. Man kann selbst mit Zusammenraffung aller Gutgläubigkeit die bedrückende Einsicht nicht abweisen, daß eine Intervention Englands, Amerikas und Japans den Krieg mit Rußland nach sich ziehen muß. Aller Augen richten sich, die einen haßerfüllt, die anderen banger Erwartung voll, auf die Konservativen, besser gesagt, auf die Legitimisten in der Nationalistischen Regierung in Wuhan. Legitimisten, weil sie im offenen Gegensatz zum militaristischen „hold up“ Regime auf einen zivilen Volksstaat hinwirken, auf einen Rechtsstaat, gegründet auf die moralische, darum von allen Teilen des Volkes geeignete Legitimität zur Mitbestimmung der Daseinsbedingungen im Reiche. Legitimisten, weil sie in der moralischen Legitimität ihrer Ziele und Absichten das Volk nach dem Worte und dem Buchstaben der revolutionären Doktrin Sun Yatsens zur Selbstregierung zu führen, die Quelle ihres Mandates, und überzeugungswirklich darin die Kraft sehen, die China allein ein verjüngtes Staatswesen schaffen kann. Neben Eugene Chen, T. V. Soong, Sun Fo und anderen steht in der Reihe der Legitimisten auch Borodin. Auch Rußland braucht einen Rechtsstaat in China. Es ist wahr, einen zu leninistischen Maximen neigenden, aber doch einen von ziviler Disziplin straff beherrschten und darin industrialistisch entwicklungsfähigen Staat, wenn er Rußlands menschheitsbeglückenden Ambitionen soll dienen können. — Allerdings, militaristisch-terroristisches Chaos in China wird Rußland nicht abschrecken, auch da hindurch wird es seinen Pfad bahnen und der kapitalistischen Aggression zu begegnen wissen, aber heute noch steht Rußland hinter den Legitimisten, nicht hinter den Militärs.

In einem Lande, das unter fremder, und dazu noch raffgieriger kapitalistisch-politischer Bevormundung steht, dessen bedeutendstes Staatseinkommen von Fremden eingezogen und verwaltet wird, das keine Steuer oder innere Anleihe auflegen kann ohne die Fremden zu fragen und das dem Regierungszugriff entzogene Territorien von der wirtschaftlichen Bedeutung der Konzessionen einschließt, da wird eine noch

so legitimistische Nationalistische Regierung alles zu tun haben, was sie nur tun kann, auch ohne Tollheit im eigenen Hause. — Da muß die Ausstoßung dieser Fremden aus dem Organismus, unter den gerichteten Kanonen eben dieser Fremden, allein mit überlegener moralischer, mit unversöhnlicher Anfeindung gemischter Pose, mit Tücke und mit schußfesten Argumenten besorgt werden, gewiß genug zu tun für einen sprachgewandten Eugene Chen und fast so viel als irgendwer überhaupt tun kann. — Da steht der Minister der Finanzen, T. V. Soong, loyal und geradsinnigen Charakters, wie er nun einmal ist, soll Administration, Heer und Krieg finanzieren, Revenuen aus der Erde stampfen, aus einer Erde, die ein Wu Peifu und wer weiß noch wer vor diesem bereits abgeerntet hat. Ein Atlas, der eine Welt von Nöten auf beiden Schultern trägt; wahrlich genug zu tun für einen geradsinnigen nationalistischen Minister der Finanzen.

Je weiter und je rascher die Eroberungen der Kuo Mintang fortschreiten, sie hat bereits sieben Provinzen eingenommen, in die die Finanzorganisation noch keineswegs überall eingedrungen ist, desto mehr steigen die Ansprüche, die unter dem neuen fiskalischen System an den Minister der Finanzen gestellt werden, bis schließlich der Moment gekommen ist, wo ein nach europäischem Maß fast unbegreifbarer Koloß von Administration nach ungeheuern baren Mitteln verlangt, die einfach aufgebracht werden müssen, wenn die Nationalistische Regierung sich auf dem Lande halten soll.

Europäische Staaten greifen in ähnlichen Lagen zu einer großen fremden Anleihe. Für eine auswärtige Anleihe kommen nur die kapitalistischen Staaten in Betracht, was vorläufig noch für eine Nationalistische Regierung, die die kapitalistischen Mächte im eigenen Lande bekämpfen muß, hinfällig sein dürfte. Das beste, was die Nationalistische Regierung in dieser Hinsicht erwarten kann, ist eine allmähliche Festigung ihres Kredites im Auslande, wenn sie die alten noch schwebenden fremden Schulden des Landes fundiert und durch freiwillige Sicherstellung der alten, früher im Seezoll sichergestellten Anleihen der fremden Mächte, auf Zukunftshoffnung hin später Geld aufnehmen zu können, neu garantiert.

Für die Deckung der sofort bevorstehenden Geldbedürfnisse muß sie sich nach anderen, nationalen Ressourcen umsehen. — Es ist da die Grund- und Bodensteuer. Diese Steuer ist seit altersher sehr gering und wird, unbeschen des Landwertes, per Vierteleinheit veranlagt. Da diese Steuer in der Hauptsache von Bauern aufgebracht wird, kann sie von einer Nationalistischen Regierung, von einer Regierung, die die Lebensumstände der Bauern und Arbeiter heben will, kaum viel ergiebiger gestaltet werden, es sei denn, daß man dazu übergeht, den städtischen Grundbesitz nach seinem Werte zu besteuern.

Die Salzsteuer ergibt bereits, was zu erwarten ist, denn sie ist abhängig vom Salzverbrauche, der per Kopf der Bevölkerung eine ziemlich feste Größe ist.

Weiterhin haben wir die provinzialen und Kreis-Durchgangssteuern. (Likin und Chinese Inland Customs.) Abgesehen von der den Handel und den Verkehr hindernden Wirkung dieser Steuer trifft sie vorzüglich auch die Landbevölkerung. Einmal, weil der Bauer um so viel weniger für seine Erzeugnisse bekommt, anderseits um so viel mehr für seinen zugebrachten Bedarf geben muß, als an Likin seinem Distrikte aufgelegt ist. Diese Steuer soll aufgehoben werden.

Direkte Einkommenbesteuerung gibt es in China nicht. Abgesehen von den heute noch exterritorialen Konzessionsgebieten ist Chinas eingeborener Kleinhandel und Kleinindustrie für direkte Besteuerung nicht geeignet. Es bleibt der Regierung

also nur die, der Natur nach beschränkte Einführung von Handelsmonopolen, sagen wir auf Soda, künstlichen Indigo und einige wenige ähnliche Produkte, neben der dem Seezoll neuerdings überlagerten nationalistischen Produktions- und Verbrauchssteuer auf Export und Import.

Wenn man näher zusieht, so kann man bemerken, daß die Bevölkerung Chinas, vom Standpunkte des Steuereintnehmers betrachtet, im großen und ganzen in zwei Gruppen zerfällt: in eine vermögende, durch ihre große Anpassung an die durch den fremden Handel erzeugten Wirtschaftsveränderungen in China tragkräftige städtische Handelsklasse und in eine arme, landwirtschaftliche und gewerbliche Produzenten- und Konsumentenklasse. Da die Produktions- und Verbrauchssteuer zuerst von der tragkräftigen Handelsklasse aufgebracht werden muß, und sich auch schließlich, als indirekte Steuer, infinitesimal verteilt, den einzelnen schwachen Produzenten und Verbrauchern in China auferlegt, so kann man wohl sagen, daß diese Art der Revenuebeschaffung gesund ist und rationell ist, weil sie in relativ wenigen Hafenzentren leicht erhebbar ist.

Außerdem gibt es aber weitere fundamentale Argumente, die für diese Besteuerung sprechen.

Die Berechtigung eines bedeutenden Zolls auf wirklichen importierten Luxus und die stärkere Verzollung des Imports von fremden Erzeugnissen, die mit jenen einheimischer Gewerbe konkurrieren, ebenso der entsprechenden Fabrikationsmaschinen und einer Verbrauchssteuer solcher Erzeugnisse mit fremden Maschinen im Lande, bedarf keiner besonderen Erwähnung mehr. Man kann sich auch nicht der Einsicht verschließen, daß Zollermäßigung auf landwirtschaftliche Maschinen und auf Kunstdünger der armen Landbevölkerung halber nötig ist. — Wo der Schwerpunkt der Zollpolitik liegt, sieht man bei Betrachtung der Produktionssteuer auf den Export. Da erhebt sich die Frage nach der aktiven Zahlungsbilanz Chinas. Importbesteuerung wirkt schon in dieser Richtung. Aber wie steht es mit der Besteuerung der Ausfuhr, wird diese einen Einfluß auf die Zahlungsbilanz haben, und welche Bedeutung hat eine aktive oder passive Zahlungsbilanz überhaupt für China?

Der Seezolldirektor Sir Robert Hart sagte vor 27 Jahren schon: „Viele betrachten China als ein fernes Land, mit einer ungeheuren Bevölkerung, und so bedürftig an all den Dingen, die andere besitzen, daß es bereit ist, in unbeschränkter Menge alles zu kaufen, was es nur angeboten erhält, wobei aber die Tatsache ist, daß China weder der Einfuhr noch der Ausfuhr bedarf und ohne fremden Handel sehr wohl existieren kann.“

Das war vor 27 Jahren wörtlich richtig. Heute ist China nicht mehr durchaus selbstversorgend, es braucht z. B. den Import von ca. 50 Millionen Taels Petroleum und von ca. derselben Summe in Farbstoffen und in Zigaretten, Dinge, die China in seiner heutigen Verfassung nicht selbst hervorbringen kann. Aber insofern ist Sir Robert Harts Anspruch immer noch zutreffend, als China noch immer landwirtschaftlich selbstversorgend ist oder sein könnte.

China importierte unter anderem:

1922	Fische	für 15 Millionen Taels		
	Mehl	13	•	•
	Baumwolle	20	•	•
	Reis und Paddy	70	•	•
	Zucker	62	•	•
	Kohle	11	•	•
	Indigo	12	•	•

gleichzeitig exportierte China

	für 148 Millionen Taels		
Seide	8	.	.
Mais	28	.	.
Vegetabile Öle	45	.	.
Bohnen	51	.	.
Bohnenkuchen	15	.	.
(Sesam) Saat	20	.	.
Erze und Metall	15	.	.
Kohle und Koks	16	.	.
Tee

Diese wenigen Zahlen zeigen sofort zwei wichtige Punkte auf: erstens, daß bei erhöhter Besteuerung des Exports von Produkten, d. h. bei Anlegung einer Maßnahme, die den Bau von landwirtschaftlichen Produkten für fremde Märkte zu reduzieren geeignet ist, der chinesische Bauer zu erhöhter Erzeugung von Nahrungsmitteln für das eigene Land schreiten kann, wodurch sich eine evtl. ungünstige Beeinflussung der Zahlungsbilanz ausgleiche. Zweitens, daß in der Förderung der Ausfuhr von Erzen, Metallen und Kohle, an denen China unerschöpflichen Erdreichtum besitzt und noch verschwindend wenig abbaut, ein Mittel vorhanden ist, selbst eine starke Unterbilanz auszugleichen. — Die wichtigste Einsicht jedoch ist die, daß mit der Wiederherstellung der Selbstversorgung Chinas durch einen Zolldruck auf landwirtschaftliche Produkte für fremde Märkte selbst eine stark ungünstige Zahlungsbilanz als Lebensfrage unbedeutend wird, weil ja dann nur über den Lebensbedarf hinaus erübrigter Reichtum durch die passive Zahlungsbilanz abfließt.

Aber damit sind die Argumente noch nicht erschöpft, die die Ausfuhrbesteuerung begünstigen. Da ist vor allem die Arbeiterschutzpolitik der Nationalistischen Regierung, ein Punkt, der nicht wenig angegriffen wird mit dem althergebrachten Vorwurf, damit nicht mehr zu erreichen als einen *circulus viciosus* hervorzubringen. Hebt die Regierung, so sagt man, den Lohnstandard der Industrie- und Transportarbeiter, so hebt sie damit nur die Produktionskosten, und schließlich findet sich der Arbeiter, durch die Verteuerung auch seines Lebensunterhaltes, wieder da, wo er immer gewesen ist. Das ist ohne Zweifel richtig in einem hochentwickelten Industrielande, wo der Lebensbedarf des Arbeiters zu einem großen Teil in Industrieprodukten besteht, und wo er zudem importierte Lebensmittel kaufen muß, auf denen Teuerung in Handlungskosten sofort fühlbar wird. Der *circulus viciosus* gilt aber nicht in gleichbedeutendem Maße in einem sich selbst ernährenden China, mit einer Arbeiterbevölkerung, deren Lebensbedarf noch zum größten Teil, zum überwältigenden Teil in Nahrungsmitteln besteht.

Wir sehen, der Staatswirtschaftsplan in Sun Yatsens Volksstaat und die Schutzpolitik für den armen Arbeiter und Bauern der Nationalistischen Regierung entbehren keineswegs der realpolitischen Grundlagen, die ihnen Dauer und volkswirtschaftlichen Wert verleihen können.

GEPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ (HAMBURG)

DIE HÖHE DER ZOLLBELASTUNG*)

Zollertrag in Prozenten der Gesamteinfuhr

Land	Jahr	Währung	Gesamteinfuhr in Millionen	Zollertrag in Millionen	Zoll- belastung in %/o
San Salvador	1924	Silber Dollar	21,8	8,6	39,4
Liberia 1)	1924/25	Dollar	1,4	0,45	31,8
Argentinien 2)	1926	Dollar oro	640,9	179,8	28,1
Bulgarien 1)	1924/25	Lewa	5 557,3	1346,5	24,2
Uruguay	1924	Dollar	62,2	14,6	23,5
Paraguay	1925	Dollar oro	17,66	4,1	23,0
Nicaragua	1924	Cordobas	8,8	1,98	22,6
Finnland	1925	Fmk.	5 519,5	1 160,1	21,0
Spanien	1924	Pesetas	2 947,4	605,8	20,5
San Domingo	1924	Dollar USA.	21,6	4,3	19,9
Mexiko	1923	Dollar mex.	313,1	60,2	19,2
Brasilien 4)	1925	Pf. Sterl. engl.	85,9	14,1	18,6
Ecuador	1924	Sucres	52,0	8,7	16,8
Australien	1924/25	Pf. Sterl.	157,1	26,3	16,8
Polen 3)	1924	Zloty	1 498,2	236,9	15,8
Vereinigte Staaten	1924	Dollar	3 609,9	545,0	15,1
Kanada 5)	1924/25	Dollar	796,9	120,2	15,1
Ägypten 1)	1923/24	Pf. Sterl. ägypt.	50,7	5,4	10,7
Algier	1923	Fr.	420,9	42,8	10,2
Südafrika 6)	1922/23	Pf. Sterl.	57,8	5,7	10,0
Schweden	1925	Kr.	1 446,4	132,7	9,2
Persien	1925/26	Krans	881,0	79,9	9,1
Schweiz	1925	Fr.	2 633,1	212,5	8,1
Großbritannien	1925/26	Pf. Sterl.	1 293,2	103,3	8,0
Norwegen	1924	Kr.	1 536,7	123,1	8,0
Deutschland	1926	RM.	10 566,3	816,6	7,7
Tschechoslowakei	1923	Kr.	10 129,0	784,9	7,7
Siam	1923/24	Tikals	136,3	10,3	7,5
Österreich	1925	sh	2 819,4	200,9	7,1
Japan	1925	Yen	2 572,6	98,8	3,9
Frankreich	1925	Fr.	43 980,0	1 486,0	3,4
Niederlande 7)	1926	Fl.	2 263,2	52,8	2,4

Anmerkungen

- 1) Gesamteinfuhr für 1924.
 2) Zollertrag für die ersten 9 Monate 1926; Gesamteinfuhr geschätzt nach den Ziffern des ersten Halbjahres.
 3) Zollertrag einschließlich Ausfuhrabgabe.
 4) Zollertrag auf Grund des Voranschlages für 1926 geschätzt.
 5) Gesamteinfuhr für 1925.
 6) Gesamteinfuhr für 1923.
 7) Zahlen für 11 Monate Jan.—Nov. 1926.

Vgl. die näheren Erläuterungen zur Tabelle im „Wirtschaftsdienst“ Heft 17, v. 29. 4. 19 27, S. 620-622

ARPAD TÖRÖK:
DIE WELTWIRTSCHAFTSKONFERENZ UND DAS
EUROPAPROBLEM

Die Tatsache, daß die Lebensprobleme der Völker immer häufiger vor einem internationalen Forum durchberaten werden, scheint das Symbol einer kommenden Zeit zu sein. Einer Zeit, in welcher nicht nur bestimmte Lebensbedürfnisse aus einem internationalen Quell gestillt werden, sondern in welcher auch wichtige soziale Lebensfunktionen von einem übernationalen Organismus ausgeführt werden. Die Weltwirtschaftskonferenz ist noch kein solches übernationales Organ, weil sie weder politische Ziele setzen, noch politischen Willen zu betätigen befugt ist. Eine Gelehrtenversammlung, die alle bedeutenden weltwirtschaftlichen Tatsachen unter ihr scharfes Mikroskop zieht, um die letzten Ursachen und deren treibende Kräfte festzustellen.

Es liegt außer Zweifel, daß ihr auch so manche Aufgabe gelingen wird, und wir nach Abschluß der Konferenz von dem geheimnisvollen Gewebe der Weltwirtschaft und der Völkerexistenz ein deutlicheres Bild gewinnen werden. Wir werden vielleicht erkennen, warum es so ist, wie es ist. Es wird uns eine Gesetzmäßigkeit des weltwirtschaftlichen Verlaufes präsentiert, und wer genügend Konzentrationskraft und Scharfblick besitzt, der wird den hier gefundenen Faden von der Weltwirtschaft zur Volkswirtschaft und von da bis zu seinem ganz persönlichen Einzelschicksal weiterspinnen können. Das wird gewiß eine nicht zu unterschätzende Bereicherung sein! Man wird erkennen, und von da ist der Sprung zum Verbessern nicht mehr weit. Aber alles das ist doch nur Statik. Die Konferenz mag mit dem schärfsten Seherblick in das dynamische Getriebe der Weltwirtschaft einzudringen, sie mag alles, was sein Dasein einer unerklärlichen Schwungkraft verdankt, bis in das feinste Geäste bloßstellen, sie vermag doch nur bis an den Rand der Gegenwart vorzudringen. Ihre eminenteste Aufgabe liegt in der Erklärung des gegenwärtigen Zustandes. Dieser Zustand ist aber ein Querschnitt durch bewegende Kräfte, ist also Statik.

So weit man aus den wissenschaftlichen Vorboten schließen kann, wird die Hauptarbeit der Konferenz in der Aufdeckung des dynamischen Verlaufes der Wirtschaft liegen. Aber alles das was geworden ist, ist für den Endpunkt dieser Dynamik Statik. Für die Gegenwart, für das Leben und für die Zukunft ist Dynamik Werdendes, Kommendes und vor allem Seinsollendes. Dieses Seinsollende ist die Statik der Zukunft, ist der von uns allen ange-

strebte Ruhepunkt, und alle dynamischen Kräfte der Gegenwart projizieren sich in die Zukunft als solche Statik, sind eine physische Energieform der unerschütterlichen menschlichen Sehnsucht nach einem solchen zukünftigen Ruhepunkt. Die dynamische Kraft auszulösen, die uns zu diesem ersehnten Ruhepunkt führt, liegt nicht in der Macht der Konferenz. Sie wird sich gewiß ehrliche Mühe geben, um die Tendenzen der Gegenwart aufzudecken und auf ihren Verwirklichungsgehalt hin zu prüfen. Weiter kann sie aber nicht gehen, denn wenn sie einen Schritt weiter geht, wenn sie Tendenzen nicht nur beschreibt, sondern selbst eine Tendenz offenbart, wenn sie auch will, dann überschreitet sie ihr Machtbereich, dann hat sie sich auf das verbotene Terrain der politischen Zielsetzung, der politischen Willensbildung begeben, und diese Sünde ist mit dem Fluch aller politisch Mächtigen belegt.

Ist der Konferenz auch das Recht auf politische Zielsetzung genommen, so war der Wille, der sie ins Leben gerufen hat, doch ein politischer. Das alleinige Ziel dieses politischen Willens konnte doch nicht bloß der Zusammentritt des ehrwürdigen Gelehrtenkollegiums sein. Dieses Ziel mußte weitergesteckt sein. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß dem politischen Willen die Konferenz doch nur Organ ist, berufen, dasjenige Material zu sammeln, welches er benötigt, um der dynamischen Kraft, die hinter ihm steckt und von ihm geformt wird, Richtung zu geben. Dann ist aber der letzte Zweck der Konferenz doch nur die politische Willensbildung. Nur so hat sie einen Sinn, nur wenn ihre Entdeckungen in Bewegung umgesetzt werden, wenn sie auf das Neue, Werdende, Seinsollende bestimmend einwirken.

Damit tritt aber das Problem aus dem Bereiche des Gelehrtenkollegiums in das der Politik. Die Konferenz wird sagen, warum es so ist und vielleicht auch, wie es besser wäre, die Politik hat zu sagen, wie es sein soll, wie man es machen will, um dem ewig lebendigen Bedürfnis nach besserem Schicksal gerecht zu werden. Die Völker können sich keineswegs allein damit abfinden, wenn sie erfahren wo der Grund liegt, der sich in ihrem subjektiven Empfinden als Unzufriedenheit widerspiegelt. Die Völker wollen zufrieden sein, sie wollen immer neues schaffen, sie suchen triebhaft nach dem größeren Vorteil, nach dem höheren Glück. Darin liegt aber eine ungeheure dynamische Kraft. Welche Richtung wird nun von dieser dynamischen Kraft eingenommen? Das ist keineswegs nur eine akademische Aufgabe der Tendenzforschung. Es ist die vornehmste Aufgabe der politischen Ideenschöpfung. Je größer die Spannung zwischen dem tatsächlich bestehenden und jenem ideellen Zustand des Zufriedenseins, um so drängender, um so gewaltiger wird die Aufgabe der politischen Ideenschöpfung. Mit dem Ansteigen und Abnehmen dieser Spannung steigt und fällt auch die Intensität der Dynamik.

Die Weltwirtschaftskonferenz wird unter anderem gewiß zwei wesentliche Momente hervorheben, die für den Gang der Weltwirtschaft von mehr oder weniger ausschlaggebender Bedeutung sind. Das eine Moment ist die zunehmende Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften miteinander. Das dokumentiert sich in der Zunahme des internationalen Warenverkehrs, der Kapitalsbewegung und manch anderen wirtschaftlichen Erscheinungen. Diese zunehmende Verflechtung ist keineswegs das Produkt eines bewußten, zielsetzenden überindividuellen Willen; sie ist entstanden in der individuellen Verfolgung immer größerer Vorteile. Wir wollen sagen, sie ist die Wirkung einer ausschließlich individuellen dynamischen Kraft. Das zweite Moment, welches diesem entgegenwirkt, ist das überindividuelle, also nationale Bestreben nach gleichmäßiger Entfaltung aller nationalen Kräfte, d. h. letzten Endes nach Herstellung einer nationalen Autarkie. Will man nun ein Werturteil vom rein ökonomischen Standpunkt aus fällen, so wird man sagen, daß das zweite Moment eine ungünstige Erscheinung ist, weil es den Weg zu größerem wirtschaftlichen Reichtum verlegt, weil es dem triebhaften menschlichen Streben nach materiellem Wohlergehen entgegenwirkt. Will man dieses Problem wissenschaftlich vertiefen, so wird man hier von Tendenzen sprechen und es als eine besonders wertvolle und auch praktisch bedeutungsvolle Aufgabe ansehen, den Stärkegrad dieser miteinander ringenden Tendenzen festzustellen. Der praktische Wert solcher Forschungsarbeit kann darin liegen, daß die zukünftige individuelle oder nationale Zielsetzung in die Richtung des gefundenen Resultats gelenkt wird, was naturgemäß mit einer Einschränkung unnützen Kräfteverbrauchs verbunden wäre. Die Kräfte, die im Dienste derjenigen Tendenz stehen, die — nach wissenschaftlicher Ansicht — unterliegen muß, können — anstatt zwecklos verbraucht zu werden — schon auf halbem Weg der siegreichen Tendenz zugeführt werden.

Möglicherweise wird sich die Wissenschaft auch zu einem politischen Urteil herbeilassen und von einer sinnlosen, unvernünftigen Politik sprechen. Im allgemeinen herrscht auch diese letztere Ansicht vor. Überall, wo man sich einen ökonomischen Seherblick zuerkannt hat, donnert man — mit der ganzen prophetischen Kraft des Hellsehers — gegen diesen politischen Unsinn los. Die wirtschaftlichen Argumente, die man dagegen ins Feld führt, sind so einleuchtend, daß es auch für den objektiven Beurteiler bestechend ist, diesem Urteil beizutreten. Es bleibt aber immerhin merkwürdig, daß von diesem Urteil gerade diejenigen nicht angesteckt werden, gegen die es gerichtet ist, die die politische Verantwortung für solche Zustände zu tragen haben. Wir müssen uns also zu einer noch größeren Sachlichkeit emporschwingen, wollen wir diesem merkwürdigen Widerspruch auf den Grund kommen. Vom subjektiven Standpunkt handelt der politische Wille niemals unsinnig. Er

wiegt die auf ihn eindringenden Motive ab und läßt sich dann von dem stärksten leiten. Im allgemeinen pflegt dem angeführten Urteil folgende Motivation vorzuschweben: Internationale Arbeitsteilung und steigender Reichtum einerseits oder nationale Arbeitsteilung und Hemmung des wirtschaftlichen Aufstieges anderseits. Bei einer solchen Gegenüberstellung wird man eine Politik, die sich vom zweiten Motiv leiten läßt, mit Recht unsinnig nennen. Aber diese beiden Motive treten in Wirklichkeit bei den handelnden Staatsmännern in einer ganz anderen Form auf. Für sie lautet das erste Motiv: Internationale Arbeitsteilung und als unmittelbare Wirkung steigender Reichtum, gleichzeitig Erhöhung der internationalen Abhängigkeit; in der weiteren Folge kann durch die geschaffene Abhängigkeit, durch die einseitige nationale Entwicklung, die politische Existenz der Nation bedroht werden, und mit dem Verlust der politischen Unabhängigkeit kann eine wirtschaftliche Unterdrückung und Verarmung der Nation verbunden sein. Die wirksamen Elemente dieses Motivs sind nicht internationale Arbeitsteilung und Reichtum, sondern internationale Abhängigkeit und politische und wirtschaftliche Verknechtung. Auch das zweite Motiv lautet anders: Entfaltung der nationalen Kräfte auch im Gegensatz zur weltwirtschaftlichen Rationalität, Verzicht auf raschen wirtschaftlichen Aufstieg, dafür aber erhöhte Sicherheit der politischen und wirtschaftlichen Existenz. Ob diese Motive nun selbst sachlich begründet sind, läßt sich allerdings nicht leicht feststellen, das ist aber auch ganz und gar nebensächlich. Das wesentliche ist, daß diese beiden Motive auf den handelnden Staatsmann einwirken. Bei einer solchen Gegenüberstellung darf man aber nicht leichtfertig das Urteil fällen, daß es unsinnig ist, wenn man eine Politik im Gegensatz zur internationalen Arbeitsteilung betreibt.

Damit haben wir aber bloß einen Zustand erklärt und eine Politik vom Standpunkt der auf sie einwirkenden Motive rechtfertigt. Wenn aber diese Politik der nationalen Kräfteentfaltung die oben geschilderte Spannung zwischen tatsächlich bestehendem und ideellem Zustand nicht zu verhindern mag, dann wird hier eine dynamische Kraft ausgelöst, die auf Verminderung der Spannung ausgeht. Solange diese Kraft wirkt, ist diese Politik nicht die beste, es muß also der politische Wille handeln, muß neue Formen suchen und finden, um diesem ideellen Zustand des Zufriedenseins näher zu kommen. Welchen Inhalt muß der politische Wille aufnehmen, um das erstrebte Ziel zu erreichen? Wir wollen unsere Methode der Motivenanalyse beibehalten. Bei diesem neuen Zustand werden sich die Motive folgendermaßen bilden: Das Resultat, welches in der Verfolgung der nationalen Wirtschaftspolitik erzielt wird, stellt die Nation noch immer nicht zufrieden. Sie will zwar politische und wirtschaftliche Sicherheit, sie will aber auf einen ansteigenden Reichtum nicht verzichten. Das zweite Motiv: Durch das Aufgeben der nationalen

Wirtschaftspolitik und eine intensivere Einschaltung in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung wird zwar ein ökonomischer Aufstieg gewährt, aber die politische und wirtschaftliche Sicherheit gefährdet. Der politische Wille darf sich von der nationalen Wirtschaftspolitik nicht ohne weiteres lossagen, weil er sonst in einen inneren Widerspruch gerät, er sucht wirtschaftlichen Aufstieg und findet am Ende einer Entwicklung wirtschaftliche und politische Knechtschaft.

Von diesem Dilemma muß die politische Ideenschöpfung befreien! Sie muß die Brücke schlagen, mit welcher diese scheinbaren Gegensätze verbunden werden können. Sie muß den Weg finden, um das gleichzeitige Streben nach wirtschaftlichem Aufstieg und politischer Sicherheit zu befriedigen. Das ganze Problem kann also nicht mit der Erforschung mystischer Tendenzen abgetan werden, das Problem ist ein politisches und muß in einer politischen Willensbetätigung seine Lösung finden. Ist der Wille zum wirtschaftlichen Aufstieg ein unbesiegbarer, und das ist er auch in Wirklichkeit, so muß diesem Willen nachgegeben werden und die Gegenkraft in andere Bahnen gelenkt. Damit gewinnt auch das Problem einen ganz anderen Charakter. Jetzt heißt es nicht in allererster Linie die politische und wirtschaftliche Existenz zu sichern, sondern in erster Linie dem wirtschaftlichen Aufstieg die Bahn freizustellen. Für das gleichzeitige Bedürfnis der Sicherheit aber eine solche Lösung finden, die zu diesem primären Willen in keinem Gegensatze mehr steht.

Die Beschleunigung des wirtschaftlichen Entwicklungstempos ist nur in einer internationalen Arbeitsteilung möglich, also nur im Gegensatze zur gegenwärtigen nationalen Wirtschaftspolitik. Das steht einmal fest, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Wer also in erster Linie den wirtschaftlichen Aufstieg will, kann nicht umhin, diesen einzigen Weg zu beschreiten. Demgegenüber ist die nationale Wirtschaftspolitik nicht das einzige Mittel, um den ihr innewohnenden Zweck, die politische und wirtschaftliche Sicherung der Nation zu erfüllen. Da nun alle europäischen Nationen gleichermaßen bestrebt sind, dieses Ziel für sich zu erreichen, so ist hier allenfalls die Möglichkeit gegeben, die zahlreichen parallelen Aktionen durch eine gemeinsame Aktion zu ersetzen. Damit wäre das Mittel der nationalen Wirtschaftspolitik überflüssig, der Zweck wäre erreicht und die wirtschaftliche Aufgabe ließe sich ohne politische Beeinträchtigung ausführen.

Das ganze Problem kann dahin zusammengefaßt werden: die wirtschaftlich verursachte internationale Abhängigkeit durch politisch begründete internationale Sicherung zu kompensieren.

Der Lösung dieser Aufgabe kann man sich keineswegs mit der Begründung entziehen, daß in der nationalen Mentalität große Hindernisse liegen, daß die nationale Tendenz noch viel zu kräftig ist, daß dem Streben nach Selbst-

genügsamkeit nicht genug wirksam entgegengetreten werden kann, daß der Freihandel eine schöne Idee ist, aber die rauhe Wirklichkeit doch ganz verschieden und dergleichen weiter. Das sind alles die lebhaftesten Dokumente einer Willensschwäche. Steht aber hinter diesem Problem auch wirklich eine dynamische Kraft, so kann es bei solchen Entgegnungen nicht verbleiben. Wir wissen, daß die nationale Tendenz nach Selbstgenügsamkeit kein Selbstzweck ist, sondern ein Mittel der politischen Sicherheit. Kann diesem Zweck durch ein gleichwertiges oder billigeres Mittel entsprochen werden, so verschwindet damit auch die sogenannte Tendenz nach nationalem Abschluß. Es fragt sich nun allerdings auf welcher entwicklungsgeschichtlichen Grundlage eine solche Sicherung aufgebaut werden kann. Wir wollen uns keineswegs dem naiven Glauben hingeben, daß mit der Notwendigkeit einer Abkehr von der geübten Politik nun auch alle Hindernisse leicht überrannt werden können. Es steht vielmehr außer Zweifel, daß ein bestimmter entwicklungsgeschichtlicher Zustand eine unerläßliche Vorbedingung ist. Allein die Zweckmäßigkeit hat noch keine geschichtsformende Kraft. Eine internationale Sicherung, die ihrem eigentlichen Zweck auch wirklich entsprechen kann, die also nicht bloß eine papierne Sicherheit bedeutet, sondern auch die Kraft besitzt, das Vertrauen der Parteien zu gewinnen, ist nur dann möglich, kann nur dann zur politischen Realität werden, wenn innerhalb des Sicherungssystems keine naturhaften, historisch noch nicht zu überwindenden Gegensätze herrschen. Es läßt sich natürlich mit den denkbar heterogensten politischen Elementen ein solches Sicherungssystem aufbauen, nur wird hier niemals jenes Maß an Vertrauen zu erzielen sein, welches allein die nationale Sicherung überflüssig macht. Wir haben zahlreiche Beispiele aus der Gegenwart und auch aus der letzten Geschichte. Die politisch-militärischen Bündnisse, die wir kennen, heben das gegenseitige Mißtrauen der Verbündeten keineswegs auf.

Internationale Sicherung bedeutet internationale Rechtsordnung. Soll diese Rechtsordnung nicht durch äußeren Zwang, sondern in freiwilliger Zustimmung begründet werden, dann setzt sie bei den Teilen eine Gleichmäßigkeit der internationalen Bestrebungen voraus. Diese Gleichmäßigkeit kann auch ein Negativum sein, d. h. es müssen nicht alle parallele Ziele verfolgen, sondern es können alle an einem bestimmten Ziele desinteressiert sein. Für Europa ist dieses negative Ziel eine unorganische Machtausdehnung der einzelnen Staaten, also eine Ausdehnung über die Grenzen des Volkstums hinaus. Damit soll keineswegs behauptet sein, daß der gegenwärtige Zustand des europäischen Staatensystems ein solch negatives Ziel bereits verkörpert. Entspricht der tatsächlich bestehende Zustand diesem Ziele auch nicht, so ist die Abweichung davon keine so große, um die Ausgestaltung einer Rechtsordnung grundsätzlich unmöglich zu machen.

Wir müssen uns nun die Frage vorlegen, worin die Idee der Ordnung besteht, die sich in unserem Sicherheitssystem, in unserer europäischen Rechtsordnung konkretisieren soll? Wenn wir von einer Idee der Ordnung sprechen, so denken wir uns dabei, daß die europäischen Volksmassen ihr friedliches Nebeneinanderleben grundsätzlich von einer bestimmten Art der inneren Struktur, von einem überall gleichen Kristallisationspunkt abhängig machen. Für Europa ist diese Idee der Ordnung der Nationalismus, ist der Kristallisationspunkt die nationale Individualität. Diese Idee ist in der Gegenwart die einzig staatsbildende, das hat der Krieg kräftig und deutlich hervorgebracht. Die Bedeutung, die dem Siege des nationalen Gedankens, als Idee der Ordnung zukommt, kann nicht genug hervorgehoben werden. Es ist zu einer feierlichen Alltäglichkeit geworden, die Herausarbeitung des nationalen Gedankens als den größten Erfolg des Weltkrieges hinzustellen. Leider pflegt man diese Errungenschaft immer bloß vom national-subjektiven Standpunkt aus zu feiern, ohne ihre Bedeutung für die europäische Ordnung zu erfassen. Es ist üblich, die herrschende Unordnung eben auf den Sieg des nationalen Gedankens zurückzuführen. Für den Moment ist das auch wahr, nur darf man dabei nicht vergessen, daß eine so grundstürzende Neuordnung nicht auch gleich die vollste Ordnung mit sich bringen kann und insbesondere, daß die nationale Differenzierung bloß die eine Seite einer Entwicklung ist und dieser Prozeß nur dann abgeschlossen sein kann, wenn der Differenzierung die Integrierung gefolgt ist.

Unter Elemente der Ordnung, wie es die ausgereiften Nationen darstellen, denken wir uns in sich ruhende Pole, die ihren Lebensraum erfüllen, darüber nicht hinausstreben und daher ihr Verhältnis zu anderen Elementen auf der Basis der Gleichberechtigung nicht nur regeln wollen, sondern auch ohne weiteres regeln können, weil in ihnen keine Tendenz zur Durchbrechung dieser Ordnung enthalten ist. Der Nationalstaat, in seiner idealen Form, ist entschieden ein solches Element der Ordnung. Er strebt nicht nach Machtausdehnung, weil ihm eine unorganische Ausdehnung wertlos ist. Sein höchstes Streben erschöpft sich in der Erhaltung und Sicherung der nationalen Gemeinschaft. Dieses Element der Ordnung hat der Weltkrieg entschieden — wenigstens in groben Umrissen — betont. Daß es tatsächlich Elemente der Ordnung sind, werden wir an einem Vergleich mit der Vorkriegszeit am deutlichsten erkennen. In den Nationen wurde die unverwüstliche Tendenz nach Bildung selbständiger politischer Einheiten erkannt. Diese Tendenz ist so heftig, daß wir sie — ohne sie eigentlich recht zu begreifen — als eine vielleicht biologische Tatsache hinnehmen müssen. Die politische Struktur des Vorkriegseuropa hat weder der Form, noch der Idee nach dieser Tendenz entsprochen. Die dynastische Macht hat sich ihr mitunter nicht nur

entgegengesetzt, sondern ihr gegenüber auch durchgesetzt. Was der dynastischen Machttendenz an Naturkraft, an naturhafter Bedeutung gefehlt hat, vermochte sie durch die historische Überlieferung, durch straffe Organisation wettzumachen und sich auch durchzusetzen. Wir fragen nun: konnte es eine gesetzte europäische Ordnung solange geben, als diese beiden Tendenzen miteinander rangen? Unmöglich! denn auch die straffste Organisation vermochte auf die Dauer das Naturwunder: Nation, nicht zu überwinden. Das waren einmal elementare Gegensätze, die ausgetragen werden mußten. Die dynastische Machttendenz mußte ihren Platz dem nationalen Lebenswillen räumen.

In dem Nachkriegseuropa gibt es nur mehr eine Tendenz zur Bildung politischer Einheiten und das ist die nationale. Es soll nicht als Übertreibung gelten, wenn wir behaupten, daß wir in eine Epoche eingetreten sind, welche den Nationalismus, die nationale Individualität als einen dauernden politischen Zustand kennt, d. h. in welcher der Bestand der Nationen nicht von den Wechselfällen politischen Kräftespieles abhängt, sondern in der geistig-sittlichen Auffassung der Zeit verankert ist.

Mit dieser Feststellung haben wir das Problem bedeutend vereinfacht. Bildet die nationale Idee ein Element der europäischen Ordnung, so ist nur noch die politische Form zu finden, um dieses Element zu einem wirksamen Bestandteil der Ordnung auszugestalten. Das läßt sich natürlich nur durchführen, wenn die Zustände, die sich im Gegensatze zu unserer Idee noch befinden, abgeschafft werden. Denn wir müssen unumwunden zugeben, daß eine Verletzung dieser Idee der Ordnung, also des nationalen Gedankens, in dem tatsächlich bestehenden Zustand Europas noch vielfach anzutreffen ist. Die Bedeutung dieses Hindernisses darf jedoch nicht überschätzt werden. Das werden wir erkennen, wenn wir uns die Frage vorlegen, warum diese Verletzung stattgefunden hat? Doch nur aus dem Grunde, um den errungenen Sieg des nationalen Gedankens zu sichern. Die eine Nation sollte auf Kosten der anderen gesichert werden, dieses Bestreben tritt aus den Friedensverträgen nur zu deutlich hervor. Die praktisch erfolgte Durchführung der nationalen Idee steht also im Widerspruch zu ihrer grundsätzlichen Anerkennung. Wer jedoch anerkennt, daß die Verletzung der nationalen Idee aus dem Bedürfnis nach Sicherheit erfolgt ist, der muß zugeben, daß dieser Zustand kein unüberwindliches Hindernis für eine Politik sein kann, die ein dauerhaftes, vertrauenerweckendes Sicherheitssystem schaffen will.

Wir wollen nun zusammenfassen. Wir befinden uns in einer Epoche, in welcher die politische Erhärtung der nationalen Individualitäten zum allergrößten Teil erfolgt ist, in welcher ihre politische Existenz zu einem historisch-sozialen Zustand geworden ist, der durch die aktive Politik nicht erst sanktioniert werden muß. Die politische Selbständigkeit der nationalen Im-

dividualitäten ist eine Zeiterscheinung, die ohne Widerspruch hingenommen wird. Die aktive Politik jedoch, die aus diesem Entwicklungszustand gewissermaßen die Konsequenz zu ziehen hätte, ist aber bis zu dieser Höhe des Zeitgeistes noch nicht herangereift. Sie glaubt, den politischen Bestand der Nationen noch immer durch besondere nationale Maßnahmen sichern zu müssen, durch Maßnahmen, die vielfach einer anderen Zeitspanne entnommen sind. Auf der einen Seite haben wir also eine bestimmte, historisch erhärtete, aus der Logik der Geschichte sich ergebende Struktur der europäischen Völker, auf der anderen Seite eine aktive Politik derselben Völker, die diesem historischen Sinn der Zeit zuwiderläuft.

Auf einer solchen entwicklungsgeschichtlichen Grundlage ist es gewiß nicht unmöglich, eine solche Politik zu betreiben, die sowohl dem gewaltigen Streben nach wirtschaftlichem Aufstieg, wie auch dem gleichzeitigen Bedürfnis nach politischer und wirtschaftlicher Sicherheit gerecht wird. Es fehlt lediglich nur noch an der Form, durch welche diese Idee zu einer wirksamen Tatsache werden kann. Diese Form muß allerdings in politischer Handlung gefunden werden.

MANFRED SELL:

DAS NIEDERLÄNDISCHE KOLONIALREICH IN WESTINDIEN UND SÜDAMERIKA

Redet man heute von niederländischen überseeischen Besitzungen, denkt man unwillkürlich an die große malaiische Inselwelt Südasiens. Neben Britisch-Indien ist Niederländisch-Indien das reichste Kolonialgebiet der Welt, das noch im Besitz einer europäischen Macht ist. Seine Bedeutung ist so groß, daß die Sorge für die Erhaltung dieses Schatzes der holländischen Staatskunst einen an Bedeutung die Sorge um das Mutterland noch überragenden Stempel aufdrückt.

Neben dem südostasiatischen Inselreich gerät der andere niederländische Besitz leicht ins Hintertreffen, selbst in völlige Vergessenheit. Aus der Zeit ihrer Blüte als erste See- und Handelsmacht Europas haben die Niederlande noch einen Restbesitz in der Neuen Welt in die Jetztzeit hinübergerettet. Nicht weil er von großem Augenblickswert wäre, nicht weil er für die Zukunft außergewöhnliche Aussichten eröffnete, verlohnt sich eine Betrachtung dieses Restes einstiger Herrlichkeit. Wirtschaftlich liegen die Inselwelt wie die Kolonie Suriname auf dem südamerikanischen Festlande heute recht im argen. Die Aussichten für die Zukunft sind schwerlich großartig, für Weiße ist das Klima hinderlich, die aufzuwendende Arbeit wird riesengroß, ihr Ver-

hältnis zum Ertrag schwer vorherzusagen sein. Die Veranlassung zu diesen knappen Ausführungen bilden die gleichen geschichtlichen und geographischen Erscheinungen, denen die niederländischen wie die noch bestehenden englischen und französischen Besitzungen, sowie eine ganze Reihe anderer Kolonialgründungen in denselben Weltgegenden, die das Schicksal bereits ereilt hat, unterliegen.

Die wirtschaftliche Grundlage der gesamten europäischen Kolonien in Westindien und dem nordwestlichen Südamerika bis ins nördliche Brasilien hinab war und ist noch heute überall dieselbe: Ackerbau auf wertvolle tropische Erzeugnisse, einstens in erster Linie Zuckerrohr, daneben Kakao, Kaffee, Tabak, Baumwolle, Südfrüchte, Gewürze. In den gebirgigen Landschaften trat der Bergbau dazu, der der Kolonisation der spanischen Andenländer Süd- und Mittelamerikas seinen Stempel aufgedrückt hat. Acker- wie Bergbauerzeugnisse waren höchstwertige Handelsgüter, deren Vertrieb großen Gewinn abwarf; für den Versand der Bergbauprodukte waren die westindischen Inseln die gegebenen Zwischenstationen auf dem Wege nach Europa. Für den Ackerbau auf Zuckerrohr und anderes waren sie und die Guayanaländer der Erzeugungsort. So lockten sie immer neue Mitbewerber an der Koloniarbeit heran. Jeder derselben setzte sich in den Besitz einzelner Inseln oder Küstenstriche; die westindischen Inseln dienten als Stützpunkte für die Jagd auf die nach Europa abgehenden Handelsflotten der Gegner. Auf den Inseln selbst begann die Plantagenarbeit.

Woran es für die letztere mangelte, waren die nötigen Arbeitskräfte. Weiße können unter dem Klima Westindiens und auch des nordwestlichen Südamerika nicht auf die Dauer arbeiten, wenigstens nicht in den Küstenstrichen. Die indianischen Eingeborenen waren zu jeder ausgiebigen landwirtschaftlichen Betätigung nicht verwendbar, erlagen schnell den Gewaltmaßnahmen der Europäer. So waren letztere gezwungen, nach anderweitigen Arbeitskräften Umschau zu halten. Hier trat nun eine Erscheinung in den Vordergrund, die bereits die erste Entdeckung Brasiliens durch die Portugiesen veranlaßt hatte. Auf der Ausreise nach Indien um das Kap der guten Hoffnung waren portugiesische Schiffe von den das ganze Jahr wehenden Passatwinden des mittleren Atlantischen Weltmeeres aus ihrem Südkurs verschlagen und an die südamerikanische Küste getrieben worden. Diese Passate und die ihnen entsprechenden Meeresströmungen schufen die günstigen Bedingungen für den Handel mit Negerklaven, die von den Ländern der Guineaküste Afrikas über den Atlantischen Ozean nach der Guayanaküste Südamerikas (man beachte die Gleichheit des Namens) und nach Westindien geschleppt wurden, um hier auf den Plantagen als Arbeiter Verwendung zu finden. Dieser Sklavenhandel zeitigte eine eigenartige Gestaltung der politischen Verhältnisse in Westafrika, die der Zerrissenheit der Inselwelt Westindiens entsprach. Bis auf den

heutigen Tag wirkt diese politische Zersplitterung hüben und drüben sich aus. Fast gleichzeitig erfolgte die Festsetzung hier wie dort erst der Portugiesen, dann der Spanier, der Holländer, Engländer, Franzosen, Dänen, Brandenburger, Kurländer. Westindien wurde ein Hauptinteressengebiet der europäischen Kolonialpolitik.

Es waren hochwertige Waren, die aus diesen Ländern der Neuen Welt nach Europa geschafft wurden, desgleichen waren die Negersklaven ein sehr wertvolles Handelsgut. So erklärt sich die große Zahl der Bewerber, die Bedeutung, die einer festen Stellung in Westindien zugemessen wurde, und das nirgends sonst zu solcher Blüte gelangte Seeräuberwesen der Bukanier und Flibustier. Westindien wurde zum Gebiet des unaufhörlichen Seekrieges aller gegen alle. Ungeachtet der beschränkten Raumverhältnisse wurde es zu einem der wichtigsten Kolonialgebiete überhaupt. Im engsten Verkehr mit Afrika ist seine heutige Bevölkerung entstanden. Der Neger oder Negermischling ist heute der vorwiegende Bevölkerungstyp der westindischen Inseln und der Guayanaländer.

Die Niederländer haben, wie erwähnt, an diesem Kampf um Westindien und Guayana regsten Anteil genommen. Zeitweise schien es, als ob selbst das eigentliche Brasilien in niederländische Gewalt kommen sollte. Auch in Afrika hatten die Niederländer ihre befestigten Handelsstationen für die Erwerbung der nach der Neuen Welt zu schaffenden Negersklaven. Wer die Geschichte der brandenburgischen Kolonialversuche liest, erfährt von der Bedeutung der Niederländer in den beiden Guineas. Der letzte niederländische Posten an der Goldküste ist erst 1871 durch Verkauf an England übergegangen. Daß die Niederlande ihren westindisch-südamerikanischen Besitz auf die Neuzeit herüberretten konnten, verdanken sie teilweise mit der Zeit des Verfalls, die die Neuzeit über die Länder an der Karibischen See und an der Guayanaküste heraufgebracht hat. Der Rückgang wurde hervorgerufen durch die Aufhebung des Handels mit schwarzen Sklaven und durch das siegreiche Vordringen des Zuckerrübenanbaus und der Zuckergewinnung aus den Rüben in Europa. Die Grundlagen des Wohlstandes wurden Westindien entzogen.

Noch in den Seekriegen der napoleonischen Zeit war Westindien ein wichtiger Kampfschauplatz gewesen. Unmittelbar darauf setzte der Verfall ein. Das Getümmel des unaufhörlichen Kampfes aller gegen alle verstummte. Westindien und die Guayanaküsten entfernten sich aus dem Mittelpunkt des Weltverkehrs. Es trat eine Zeit des Stillstandes und des Rückganges ein. Der Besitzstand der einzelnen Mächte blieb, wie er sich durch die Kämpfe der letzten Zeit erhalten hatte. So kam es zu einer so eigenartigen Erscheinung, daß ein Inselchen, wie das kleine St. Martin zwischen zwei Nationen: Franzosen und Niederländern, bis auf den heutigen Tag geteilt ist. So blieben die Niederländer im Besitz der Inselchen St. Eustatius und Saba. So hielten

sie Curacao, Aruba und einige andere Eilande vor der venezolanischen Küste. In der Neuzeit haben sich dann einige westindische Inseln als Dampferzwischenstation für den transatlantischen Verkehr zu neuer Bedeutung empor-schwingen können; der Panamakanal hat diese Entwicklung beschleunigt. Allerdings sind nur die günstigst gelegenen in Betracht gekommen, unter ihnen das niederländische Curacao, das für den Dampferverkehr von und nach Mittelamerika und durch den Panamakanal eine Bedeutung gewonnen hat, die der Madeiras oder der Kanarischen Inseln für den Verkehr Europas mit Südamerika oder Südafrika ähnelt, ohne allerdings deren landschaftliche, klimatische und übrige Vorzüge aufzuweisen.

Der räumlich größte Besitz der Niederlande in der Neuen Welt ist Niederländisch-Guayana oder Surinam. Als Kolonie ist es völlig im Rückstand. Die niederländische Regierung bemüht sich aufs eifrigste, das Land aus einer der wirtschaftlichen und geldlichen Hilfe des Mutterlandes bedürftigen Kolonie in ein auf eigenen Füßen stehendes Wirtschaftsgebiet umzuwandeln. Die große Fruchtbarkeit der tropischen Landschaft verspricht in dieser Hinsicht viel. Aber das Klima und die Oberflächengestaltung stellen furchtbare Hindernisse entgegen. Die Küste ist eine große schwer zugängliche Sumpflandschaft voller Fieber. Die Zahl der eingewanderten Europäer ist entsprechend gering. Weiße machen noch nicht eins vom Hundert der Bevölkerung aus, leben nur auf wenigen Punkten, die ihnen das Klima erlaubt. Der Buschwald macht das Innere des Landes schwer zugänglich, setzt Rodungs- und Entwässerungsarbeiten größte Schwierigkeiten entgegen. Der Grundstock der Bevölkerung besteht auch in Surinam aus Negern, die aber teilweise in Urwaldzustände zurückversunken sind und in den Wäldern ein Nomadenleben führen. Beiläufig sei erwähnt, daß diese Beschreibung auch für die britischen und französischen Guayanabesitzungen gilt.

So ist das Bild der niederländischen Kolonien in der Neuen Welt geschichtlich von höchstem Interesse, für die Gegenwart ohne außergewöhnliche Anziehungskraft, selbst wenig erfreulich zu nennen. Curacao mit seinem Dampferverkehr, mit seiner wieder aufgeblühten Rohrzuckerindustrie macht eine löbliche Ausnahme. Surinam bleibt auf absehbare Zeit ein unbeschriebenes Blatt, mögen auch die Staten-Generaal zum so und so vielsten Male Entwürfe zwecks Hebung der in ihm schlummernden Kräfte ausarbeiten. Man versteht es, daß der holländische Kolonialunternehmer sich dem hellen Stern Indiens zuwendet, kein Geld in der Neuen Welt Niederlands anlegen will. Der Gedanke eines Verkaufs des ganzen amerikanischen Anteils regt sich nicht zum erstenmal in den Niederlanden. Das dänische Beispiel des Verkaufs von St. Thomas und St. Croix an die Vereinigten Staaten ist gegeben. Gibt es aber einen Käufer für das Ganze?

M. FRIEDERICHSEN:
„DEUTSCHLAND“ ALS „NATÜRLICHE“ GROSSLANDSCHAFT
MITTEL-EUROPAS

Als Raumwissenschaft studiert die moderne Geographie mit Vorliebe die Frage der Zerlegung der Erdoberfläche in „natürliche“ Landschaften. Was will das heißen? Es bedeutet: den Versuch der Abgliederung von Landschaftseinheiten, die nicht durch „künstliche“, willkürliche (z. B. manche politische) Grenzen umhegt, sondern „natürlich“ umgrenzt sind, wobei unter „natürlich“ zwar zunächst an die Natur der jeweiligen Erdräume zu denken ist, daneben aber auch im Sinne eines „natürlichen Systems“ möglichst alle anderen geographischen Merkmale, vor allem die anthropogeographischen und kulturellen Verhältnisse mit berücksichtigt werden sollten (vgl. Näheres darüber in R. Gradmann, Das harmonische Landschaftsbild. Z. d. G. f. E., Berlin 1924, S. 129 ff; besonders Anm. 1 auf S. 130/31).

Ein Herausarbeiten solcher „natürlicher“ Gebiete nach beiden genannten Richtungen, Natur und Kultur, ist keineswegs eine leichte Aufgabe! Sie kann im Großen, aber auch im Kleinen, ja bis ins Kleinste versucht werden und wird je nach dem zur Ausscheidung von Großlandschaften im Sinne von Erdteilen und Ländern, oder von Kleinlandschaften im Sinne von Landschaften und Örtlichkeiten führen.

Einer der grundlegendsten geographischen Gesichtspunkte für solche Gliederungsversuche ist: die Beachtung der Verteilung von Wasser und Land, und die dadurch bedingte Erkenntnis der Grundzüge von Lage- und Raumverhältnissen in der Horizontalen. Auf Grund solcher Betrachtungen erhält man die erste Gliederung der Erde in Kontinente und Meere. Für unseren Sonderfall der Betrachtung eines europäischen Landes interessiert dabei die Abscheidung Europas auf dieser Grundlage als: Halbinsel des Kontinents Asien, und nur aus Konvention und Rücksichtnahme auf historische und kulturelle Momente auch als: selbständiger Kontinent.

Auch bei weiterer Untergliederung so erhaltener kontinentaler Großräume ist der Gesichtspunkt horizontaler Gliederung noch gut verwertbar, besonders bei einem so stark gegliederten Erdteil wie Europa. Karl Ritter führte dieser Gesichtspunkt zur Abteilung eines kontinentalen europäischen Rumpfdreiecks und ihm angefügter Glieder, und damit zur prägnanten Gegenüberstellung einer binnenländisch-europäischen Kernlandschaft und mehr maritim beeinflusster peripherischer Gliedteile.

Untergliederung brachte man in diesen Dreiecksrumpf des europäischen

Kontinents, indem man unter Anwendung weiterer geographischer Gesichtspunkte: vertikale Gliederung, innerer Bau, äußere Gestalt, Klima, Gesamtheit der biologischen Verhältnisse (einschließlich des Menschen mit seiner Kultur) zunächst die Selbständigkeit der Ländergestalt Frankreichs innerhalb der Westhälfte dieses Rumpfes, sowie ferner des kontinentalen Osteuropa in seiner Osthälfte hervorhob. Was übrig blieb, wurde zunächst seiner Lage nach als Mitteleuropa bezeichnet. Dieses Mittelstück des Kontinents und „Deutschlands“ Anteil an ihm ist es, welches uns im folgenden beschäftigen soll.

Was versteht man unter diesem Mitteleuropa? Ungewöhnliche, daher auch nicht unwidersprochen¹⁾ gebliebene Grenzen hat Joseph Partsch in seinem 1904 erschienenen Buch „Mitteleuropa“ diesem Begriff gegeben. Die Ausdehnung von Partsch's Begriff Mitteleuropa zeigt die Titeltkarte seines Buches, aus welcher man erkennt, daß der Verfasser das engere, „germanische“ Mitteleuropa ausgedehnt wissen wollte um das gesamte damalige Österreich-Ungarn, zuzüglich seiner Okkupationsgebiete, um Serbien, Rumänien und Bulgarien, also um alles Land gegen Südosten bis an das Schwarze Meer heran. Partsch's raumweiter Auffassung dieses „größeren“ Mitteleuropa hat sich neuerdings Hugo Hassinger in seiner Schrift über „Das geographische Wesen Mitteleuropas“ (Mitt. d. Geogr. Ges. Wien, 1917, Bd. 60, H. 11), sowie zuletzt Fritz Machatscheck in seinem 1925 erschienenen Werk über Mitteleuropa im wesentlichen angeschlossen. Im einzelnen bestehen freilich betreffs der Abgrenzung bedeutungsvolle Unterschiede! Hassinger trennt vom „weiteren“ gen Südosten ausgedehnten Mitteleuropa Partsch's die mediterran beeinflussten Küstenstreifen der Balkanhalbinsel im Bereich der ehemals österreich-ungarischen Okkupationsgebiete an der Adria, sowie die gleichgearteten mediterranen Küstenregionen Griechenlands im Norden des Ägäischen Meeres ab, die er zu seinem „Süd- oder Mittelmeereuropa“ zählt (vgl. Skizze l. c. S. 478). Machatscheck geht noch weiter in der Beschneidung des Partsch'schen „größeren“ Mitteleuropabegriffes, indem er auch noch den Rest des heutigen Jugoslawien und ganz Bulgarien von Mitteleuropa abtrennt, so daß die Save—Donaulinie zur Grenze seines in ein „danubisches“ und in ein vorwiegend „germanisches“ zerfallenden Mitteleuropas wird. Dadurch werden freilich bei Machatscheck wesentliche Teile des „größeren“ Mitteleuropa im Sinne von Partsch und Hassinger abgegliedert, deren kulturelle Eigenart im Gegensatz zum nordöstlich benachbarten, vor allem germanisch beeinflussten Mitteleuropa Hassinger dazu veranlaßt hatte, in so plastischer Weise vom „werdenden“ Mitteleuropa des Südostens zu sprechen?

Wie steht es nun, abgesehen von solchen mitteleuropäischen Abgrenzungsfragen, um „Deutschland“ innerhalb des Rahmens eines solchen „weiteren“ Mitteleuropa? Ist es innerhalb dieses mitteleuropäischen Gesamtgebietes eine

„natürliche Einheit“, wenn auch von niederer Ordnung? Und wenn ja, welche Grenzen hat es dann? Deckt sich der dieses „Deutschland“ im rein wissenschaftlichen Sinne umfassende geographische Raum mit dem Begriff einer „natürlich“-geographischen Großlandschaft im Sinne unserer Eingangsformulierung?

Verfasser neigt dieser Ansicht zu und möchte die Umgrenzung im größeren Rahmen Mitteleuropas (das Resultat der folgenden Betrachtung vorausnehmend) etwa wie folgt annehmen:

a) Die Westbegrenzung ist zu suchen in jener Grenzzone, welche von der Straße von Calais, bei Dünkirchen, entlang der Schwelle von Artois und über die Wasserscheide-Region zwischen Schelde—Maas—Mosel und Oise—Aisne—Marnegebiet hinüber zur Gegend der „Burgundischen Pforte“ und von da weiter über den deutschen Faltenjura zur Westgrenze der deutschen Schweiz hin zieht.

b) Als Südbegrenzung wird etwa die deutsche Sprachgrenze in der Schweiz, sowie die Gegend der Südbegrenzung des alten österreich-ungarischen, ost-alpinen Kerngebietes bis in die Gegend östlich von Graz gelten können.

c) Die Ostgrenzzone zieht aus der Gegend östlich von Graz über Preßburg nach Oberschlesien, von dort nach Thorn und weiterhin an der ost-preußischen Süd- und Ostgrenze entlang bis zum Memelgebiet.

d) Die Nordgrenze ist zunächst durch die Küste der Nord- und Ostsee einwandfrei festgelegt. Im strittigen Gebiet der Cimbrischen Halbinsel entscheiden wir uns vorerst für die Gegend der alten deutsch-dänischen Grenzzone im Gebiet der Königsau.

Für das so annäherungsweise umgrenzte Gebiet eines „deutschen Raumes“ kann es für das weitaus größte Areal seiner eigentlichen Kernregion nicht den leisesten Zweifel geben, daß diese Region (sowohl nach physischen wie nach anthropogeographischen Gesichtspunkten) eine eigenartig gestaltete, eben „deutsche“ Landschaft im Sinne einer „natürlichen Landschaft“ ist. Das wird, wenn auch nur in großen Zügen, hier zu belegen sein.

1. Dieser „deutsche Raum“ hat in seinem Kerngebiet eine ihm eigene ganz bestimmte Raumlage im Kontinent und in dessen mittlerem Teil. Diese Lage bedingt eine derart bei den anderen Großlandschaften der Rumpf- und Gliedteile Europas nicht wiederkehrende Zwischen- und Übergangslage, charakterisiert dadurch, daß sich in ihr die Einflüsse und Wesenszüge aller übrigen Teile Europas, insbesondere östliche und westliche Merkmale berühren und durchdringen.

Als Folge dieser Lage, die Schicksal ist (Ratzel; Volz), fehlt freilich dem „deutschen Raum“ im Gegensatz zu seinen Nachbarn ein unmittelbar freier Ausgang zum offenen Weltmeer. Dagegen besitzt er einen so

sonst in Europa nicht wiederkehrenden Anteil an der Küste der wichtigsten atlantischen Nebenmeere, der Nord- und Ostsee, die ihm Anteil am Welthandel und Weltverkehr wie am baltischen Binnenmeerhandel und -verkehr gestatten.

2. Der Kern dieses „deutschen Raums“ hat einen, in dieser Art gleichfalls nur ihm zukommenden besonderen inneren Aufbau und dadurch bedingte äußere Gestalt. Partsch (1904) hat die Formel dafür gefunden; es ist der „Dreiklang“: Hochgebirge, Mittelgebirge und Ebene, welcher die „Symphonie“ seines physischen Landschaftsbildes beherrscht. Wo im Westen und Osten dieser Dreiklang aufhört und an seine Stelle ein Zweiklang tritt (in Frankreich: Mittelgebirge und Niederungsland; im neupolnischen Nachbargebiet Deutschlands: mäßig hohes Gebirge [Karpathen] und Tiefebene mit Mittelgebirgsresten [polnisches Mittelgebirge]), vor allem aber Beckenlandschaften im Wechsel mit Mittelgebirgen fehlen, da hört in einer verfließenden Grenzzone der „deutsche Raum“ auf.

Es ist also vornehmlich die reiche Individualisierung und innige Vergesellschaftung wechselnder, bodenbedingter Gebirgs- und Beckenlandschaften in seiner Mitte, die zusammen mit gleichfalls gut individualisierten, Mitteleuropa zugehörigen alpinen Gebirgslandschaften in seinem Süden Bau und Boden des „deutschen Raumes“ als etwas Besonderes, eben in dieser eigenartigen Vergesellschaftung Charakteristisches erscheinen lassen.²⁾

3. Hinsichtlich des Klimas und der dadurch bedingten Vegetation hat dieser Raum in seiner Zwischen- und Übergangslage eine durch seinen Bau und die dadurch bedingte äußere Gestalt vertikaler Gliederung beeinflusste besondere Charakteristik. Im Süden wird durch den Wall des Hochgebirges der Alpen mediterraner Klimaeinfluß stark gehemmt, ja fast ausgeschaltet, während von Norden und Westen starke meteorologische Kräfte in den Kampf mit den von Osten und Südosten kommenden atmosphärischen Wirkungen eintreten und die Vegetation beeinflussen.

Auch sind die Klima und Aufbau bedingten Abflußverhältnisse durch die der südöstlichen Abdachung gegenüber bei weitem vorherrschende Abdachung gegen Norden und Nordwesten in weiten Teilen des „deutschen Raumes“ derartig einheitlich, daß auch in dieser Beziehung physisch bedingte, anderen Gebieten so nicht eigentümliche Besonderheiten die Folge sind.

4. In anthropogeographischer Beziehung ist das Kerngebiet dieses „deutschen Raumes“ dadurch einheitlich und besonders geartet, daß weithin die deutsch sprechende, denkende und handelnde Bevölkerung die allein vorherrschende ist, so daß es zur Herausbildung eines geschlossenen „deutschen Sprach- und Volksboden-Gebietes“ gekommen ist.³⁾

Nach dem Gesagten bedarf es kaum besonderer Betonung, daß auch die

wirtschaftlichen, und die von diesen getragenen Kulturverhältnisse (bis hinauf zu den geistigen Eigentümlichkeiten) diesem rein deutschen Kerngebiet des deutschen Raumes eine besondere Eigenart aufgeprägt haben.

Die somit für das Kerngebiet des „deutschen Raumes“ als charakteristisch erkannten, und zu seiner Ausscheidung aus einem weiteren mitteleuropäischen Raum mit Recht führenden besonderen Merkmale verwischen sich nun freilich in den Grenzzonen. Es wird daher nötig sein, zur Rechtfertigung der Einzelheiten unserer eingangs bereits vorweg genommenen ungefähren Umgrenzung des „deutschen Raumes“ im Sinne einer „natürlichen Landschaft“ diese Gebiete in seiner Peripherie noch besonders ins Auge zu fassen und auf ihre Verhältnisse näher zu prüfen.

Dabei werden wir uns erneut daran zu erinnern haben, daß bei allen Versuchen der Aussonderung „natürlicher“ Räume möglichst alle geographischen Besonderheiten, also sowohl die physischen wie die anthropogeographischen berücksichtigt werden sollten.

Treten wir unter diesen Gesichtspunkten an eine Sonderbetrachtung der Grenzgebiete heran, so ergibt sich folgendes:

1. Im nördlichen Teil der Westgrenzzone endet in physischgeographischem wie geologischem Sinne das Norddeutsche Flachland mit seiner inselbesetzten Dünen- und Marschenküste, sowie die Kohlenbecken des Nordrandes der Mittelgebirgsschwelle zweifellos an den nordwestlich ziehenden Höhen der Schwelle von Artois, also in dem Gebiet der vlämisch sprechenden Bevölkerung Flanderns mit ihrer hohen niederdeutschen Kultur. Der „deutsche Raum“ als „natürliche Landschaft“ im wissenschaftlichen Sinne genommen (abgesehen von allen Fragen staatlicher Zugehörigkeit) hat hier also seine Grenze gegen das benachbarte Frankreich.

Im mittleren und südlichen Teil der Westbegrenzung sind die Verhältnisse die folgenden: Von rein physischgeographischen Gesichtspunkten aus sind die aus dem Osten heranziehenden Ardennen und die Vogesen ebenso zur „geographischen Gestalt“ (Penck) Deutschlands gehörig und der mitteldeutschen Gebirgsschwelle voll zuzuzählende markante Eckpfeiler, wie umgekehrt die aus dem Westen gegen die vorher genannte Wasserscheideregion zwischen Maas—Mosel und Aisne—Marne—Saône heranbrandenden Escarpements der Gesteinsschüsselränder des Pariser Beckens zu Frankreichs „natürlicher Landschaft“ gehören, diese also gen Osten begrenzen. Darnach wäre an sich physischgeographisch das Maasland, Lothringen und die alte Pfalzgrafschaft Burgund deutsches Land!⁴) Vor tausend Jahren war es auch im politischen Sinne so! Dann aber hat der französische Nachbar

diese östliche Naturgrenze Frankreichs gegen den deutschen Raum hin überschritten, und seine politische Grenze und sein Volkstum immer weiter, heute im deutschen Elsaß sogar bis an den Rhein, vorgeschoben.⁵⁾

Im Sinne der „natürlichen“ Landschaftsbegrenzung werden wir also von diesem strittigen Gebiet zwischen dem wallonischen Belgien, der Ardennenlandschaft im Norden und der Gegend der Burgundischen Pforte im Süden vorerst nur diejenigen Teile, welche wie das Elsaß und die deutsch sprechenden und deutsch besiedelten Teile Lothringens gleichzeitig auch einwandsfrei „deutscher Volksboden“ sind oder dem „deutschen Kulturboden“ zugeschlagen werden dürfen, dem Raumbegriff „Deutschland“ (im Sinne einer „natürlichen Landschaft“,) zurechnen dürfen.

2. Einfacher erscheinen die Verhältnisse an der Südgrenzzone. Hier fällt einwandsfrei deutscher Volks- und Kulturboden in Schweiz, Tirol und Inner-Österreich mit dem zum „deutschen Raum“ gehörigen Auteil am mitteleuropäischen Alpengebirge so weitgehend zusammen, daß trotz politischer Besonderheiten der dortigen Grenz- und Staatenbildung vom rein wissenschaftlichen Standpunkt aus die Zugehörigkeit dieser Gebiete zur „natürlichen“ deutschen Großlandschaft Mitteleuropas nicht bezweifelt werden kann.

3. Erheblichere Schwierigkeiten beginnen wieder im Osten!

Im südlichen Teil der Ostgrenze begegnen wir hier vor allem Böhmen. Vom physischgeographischen Gesichtspunkt aus kann kein Zweifel bestehen, daß Böhmens umrandende Gebirge Teilstücke der deutschen Mittelgebirge sind. Auch die Kessellandschaft Innerböhmens ist den unmittelbar westlich benachbarten Beckenlandschaften deshalb so ähnlich, weil sie in ihrer Vergesellschaftung mit Mittelgebirgen den echtdeutschen Landschaftstypus verkörpert (vgl. vorher), auch hydrographisch eng an die deutschen Flußgebiete (Elbe) und Deutschlands allgemeine Abdachung gen Norden angeschlossen ist.

Anthropogeographisch dagegen ist dieses alte Germanenland in seinem Inneren seit einem Jahrtausend von Slaven bewohnt, politisch seit fünf Jahren zusammen mit der Slowakei ein eigener slavischer Staat. Aber peripherisch wohnen noch heute über 3,1 Millionen Deutsche (= fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Staates) in seinen deutsch besiedelten Randgebieten im Norden, Westen und Süden und in den großen deutschen Volks- und Sprachinseln im Osten des böhmischen Kessels. Auch ist der Gang der böhmischen Geschichte ein solcher gewesen, daß trotz aller Bekämpfung des Deutschtums die Kultur der heute tschechisch bewohnten Teile dieses inneren Böhmerlandes so stark von deutscher Art durchdrungen wurde, daß man das Gebiet deswegen dem „deutschen Raum“ im Sinne eines „natürlichen“ Gebietes wird zurechnen dürfen, weil es unbestreitbar alter deutscher Kulturboden ist. (Vgl. Penck-Fischers oben zitierte Karte.)

Im mittleren und nördlichen Teil der deutschen Ostgrenze liegen die Verhältnisse in Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen ähnlich. Physisch-geographisch sind alle diese Landschaften jenseits und diesseits der heutigen und früheren deutschen Reichsgrenzen so geartet, daß die Bodengestalt, die Flüsse, das Klima, die Vegetation ohne deutlicher erkennbare Grenzen herüber und hinüber ineinander übergehen. Aber die völkischen und kulturellen Verhältnisse sind hier besonders schwierig. Die deutsch und slavisch sprechende Bevölkerung, die deutsch und polnisch gesonnene, wechseln in hier nicht näher zu erörternden erheblichen Grenzen. Ganz abgesehen von den heute wie einst rein deutschen Gebieten in diesen Grenzlanden ist aber doch der deutsche Kultureinfluß auch in den gemischtsprachigen Anteilen ein so großer gewesen,⁶⁾ daß die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturbodengebiet selbst in denjenigen Gebieten zweifellos sein dürfte, welche heute bereits völkisch stark polonisiert sind. Das aber gibt uns die Berechtigung, gestützt auf die physischgeographisch großen Ähnlichkeiten, auch diese Grenzlandschaften „dem natürlichen Gebiet“ des „deutschen Raumes“ innerhalb der früher angedeuteten Grenzzone zuzurechnen. Die baltischen Lande der nordöstlichen Ostseeküste jenseits Ostpreußens Grenzen werden wir dagegen trotz großer physisch-geographischer Ähnlichkeit und stärkster deutscher Kulturbeeinflussung wegen räumlicher Trennung und Entfernung, sowie wegen der nur geringen Zahl der baltischen Deutschen dem geschlossenen „deutschen Raum“ im Sinne einer „natürlichen“ Landschaft nicht zuzählen dürfen.

4. Im Gebiet der Nordgrenze schließlich liegen die Verhältnisse auf der Cimbrischen Halbinsel so, daß die nördliche jütische Halbinsel, die dänischen Inseln und das südliche Skandinavien (Schonen) zwar physischgeographisch nach Bau und Gestalt, Klima und Vegetation dem „deutschen Raum“ Mitteleuropas nahe stehen, daß aber dem gegenüber die anthropogeographischen Verhältnisse im Norden der Cimbrischen Halbinsel und auf den dänischen Inseln doch durch weit stärkere Beeinflussung der Dänen vom skandinavischen Kulturkreis her es nicht rechtfertigen lassen, den „deutschen Raum“ weiter als bis etwa zur Königsau zu rechnen.

So ergibt sich denn, daß es wohl möglich ist, nach den Gesetzen „natürlicher“ Landschaftsabgrenzung unter rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten und abgesehen von aller Politik, aus dem von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer, von den Alpen bis zu den Baltischen Gestaden reichenden Raumbegriff Mitteleuropas eine deutsche Großlandschaft abzusondern. Innerhalb der besprochenen Grenzen, resp. Grenzzonen stellt dieser „deutsche Raum“ ein höchst bedeutungsvolles Teilstück Mitteleuropas von selbständiger Eigenart dar.

Als Binde- und Zwischenglied aller anderen Teile Europas ist auf dem Boden dieses deutschen Raumes manch heiße Schlacht geschlagen, manche Entscheidung über das Schicksal des ganzen Kontinents ausgefochten worden.

Auch heute wieder, nach dem unseligen Weltkrieg, hängt Wohl und Wehe ganz Europas an „Gedeih“ oder „Verderb“ dieses seines Mittel- und Kernstückes. So innig und fest ist „Deutschland“ mit Europa verbunden, daß letzteres nur gesunden kann, wenn sein „deutscher Raum“, sein deutsches Kernland wieder gesundet. Dieses Bewußtsein zu fördern und die Überzeugung von einem deutschen Lebensraum mit einem deutschen Lebensrecht (Volz) in ihm zu vertiefen, ist eine Gegenwartsaufgabe geographischer Forschung in dieser Notzeit deutschen Volkstums.

Anmerkungen

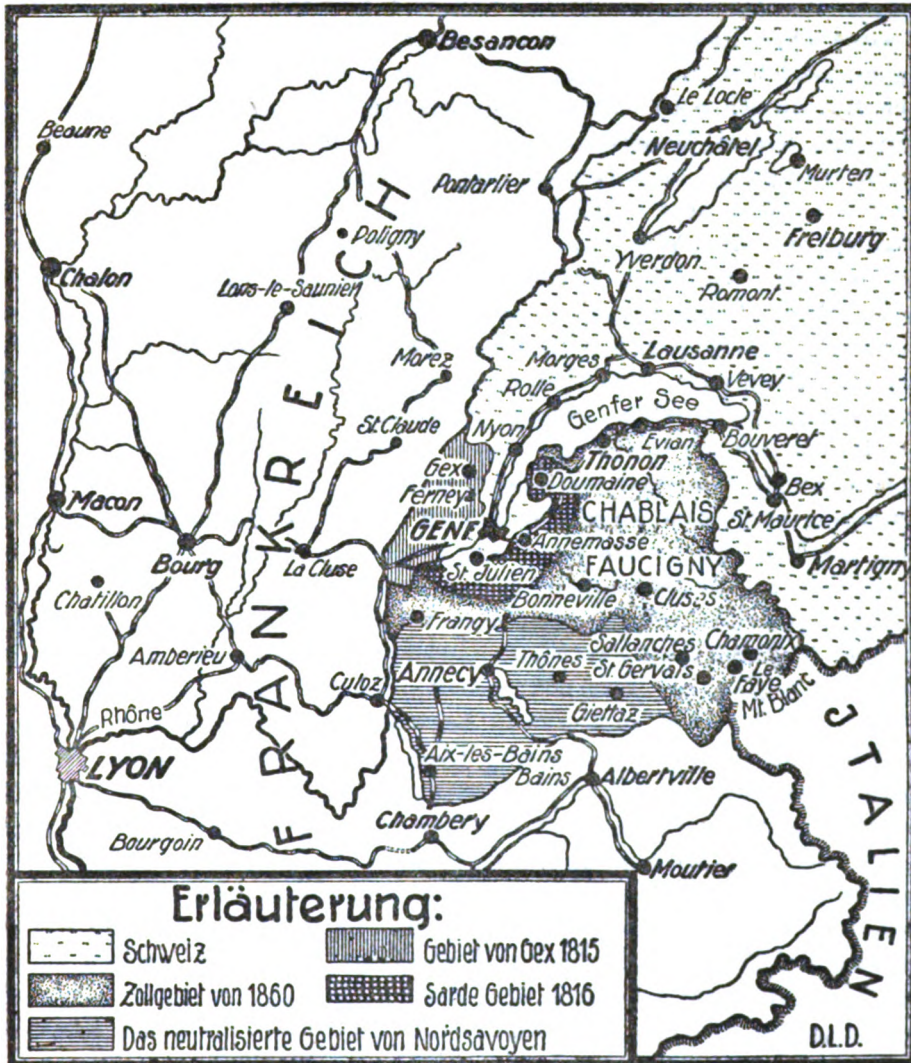
- 1) Vgl. Theobald Fischers Ausführungen in der Zeitschr. d. Ges. f. Erdk., Berlin 1905, S. 48 bis 53.
- 2) A. Penck, Leopoldina I, Halle 1926, S. 76 hat dies unlängst scharf herausgehoben und sagt in diesem Sinne: „Eine Nachbarschaft von Landschaften, die sich in eingehender Weise gegenseitig beeinflussen und von ihrer Umgebung abheben, erschrint als Grundlage von Deutschlands Ländergestalt“.
- 3) Wie weit sich dieser deutsche Volksboden erstreckt, lehrt besonders deutlich die „Karte des deutschen Volks- und Kulturbodens in Europa“, welche auf Anregung des Vereins für das Deutschtum im Auslande (unter Mitarbeit A. Pencks) Hans Fischer im Maßstab 1:3270000 im Verlag von Wagner & Debes in Leipzig im Jahre 1925 veröffentlicht hat. — Vergl. auch: A. Penck, Deutscher Volks- und Kulturboden. Aus: „Volk unter Völkern“, herausgegeben von K. C. v. Loesch, Breslau 1925, S. 63—71. Mit Karte.
- 4) Vgl. Aubin-Niessen, Geschichtlicher Handatlas der Rheinprovinz, Köln 1926, Taf. 9 u. 10.
- 5) Vgl. W. Volz, Lebensraum und Lebensrecht des deutschen Volkes. Aus „Deutsche Arbeit“, 1925, H. 7. — Derselbe, Das Deutsche Land. Aus: Grundriß der Deutschekunde, herausgegeben von O. H. Brandt, Leipzig 1927, S. 1—18.
- 6) Vgl. die in dieser Beziehung äußerst lehrreichen Karten Nr. XV, XXIV, XXV, XXVI, XXXI aus dem „Atlas Polski“ des polnischen Geographen E. Romer, Warschau 1916.

ERNST REINHARD:

DER FRANZÖSISCH-SCHWEIZERISCHE KONFLIKT UM SAVOYEN

Genf, heute Sitz des Völkerbundes, ist erst seit dem Wiener Vertrag schweizerische Stadt. Während Jahrhunderten stand es mit der alten schweizerischen Eidgenossenschaft nur in einem losen Bündnisvertrag, der ihm seine außenpolitische Selbständigkeit als „zugewandter Ort“ im wesentlichen überließ. Es verfügte zu dieser Zeit über keine Landverbindung mit dem Staate, dem es heute angehört, sondern sah sich durch Zwickel französischen Landes, die von den Jurakämmen bis zum Genfer See herniederstießen, von seinen politischen Freunden getrennt und auf die Seeverbindung angewiesen. Sein

wirtschaftliches Hinterland ist Savoyen, dessen natürliche Hauptstadt es ist, wie etwa Konstanz die natürliche Hauptstadt des schweizerischen Kantons



Thurgau darstellt. Politische Gründe, die im Gegensatz zwischen der freien Bürgerschaft Gens und dem Feudaladel Hochsavoyens bestanden, trennten es im 16. Jahrhundert nach langen, harten und aufopferungsvollen Kämpfen von der Landschaft Savoyen und von der Herrschaft des Herzogs, mit dem

die letzte Verbindung durch die Reformation und die Arbeit Calvins vollends zerschnitten wurde. In diesen Kämpfen hatte Genf mit Hilfe Berns einmal das wirtschaftliche Hinterland erobert, mußte es aber im Frieden von St. Julien 1603 wieder abtreten, als die französische Diplomatie den Vorstoß Berns in die savoyischen und burgundischen Gebiete endgültig abbremsste. Doch gelang es, nachdem ein Anschlag des Herzogs mißglückt war, die Stadt durch einen Handstreich noch einzunehmen, was die erzwungene Wiedervereinigung Genfs mit seinem Hinterland bedeutet hätte, in eben diesem Frieden den Genfern wenigstens die wirtschaftliche Verbindung zu retten, indem im Vertrag den Genfern ausdrücklich das freie Handelsrecht mit Savoyen und die Befreiung von den Weg- und Brückenzöllen zugestanden wurde. So war Genf politisch von einem Lande getrennt, mit dem es wirtschaftlich verbunden blieb. Dieser seltsame unbefriedigende Zustand erhielt sich, bis der Einmarsch der französischen Heere in die Schweiz 1798 den Konflikt löste, Genf zur Hauptstadt eines französischen Departements machte und damit die Vereinigung feststellte. Solange Frankreich eine demokratische Republik war, fanden sich die Genfer mit dieser Tatsache einigermassen ab. Als aber die französische Monarchie als Kaisertum wieder erwachte und ihre geistlose Fortsetzung unter dem wiederhergestellten Regime der Bourbonen zu erwarten stand, gesellten sich zu dem Gegensatz, der in der zentralistischen Verwaltung Frankreichs zu der Gemeindeautonomie des alten Genfs begründet lag, die Befürchtungen einer völligen politischen Rechtloswerdung, so daß die Genfer, nach der Niederwerfung des napoleonischen Frankreich, sich doch auf ihre alte Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft besannen und die politische Verbindung mit ihr eifrig zu betreiben begannen. In Wien war es vor allem der kluge und energische Gesandte Genfs, Pictet de Rochemont, der eine neue Regelung der Genfer Verhältnisse nicht nur den Diplomaten der Großmächte abzutrotzen wußte, sondern seine Bestrebungen recht eigentlich gegen die Vertreter der alten Eidgenossenschaft selbst durchsetzen mußte. Seine weitschauenden Pläne sahen vor, daß Genf nun einmal seine Verbindung mit Savoyen auch staatsrechtlich erhalten sollte. Er suchte daher nicht nur die Annexion der Provinzen Chablais und Faucigny zu erhalten, sondern bewarb sich lebhaft um das Ländchen Gex, das zwischen dem westlichen Nordufer des Genfer Sees und den Jurakämmen liegt und heute durch die Konferenz von Thoiry berühmter geworden ist, als durch den Aufenthalt Voltaires in Fernet. Doch scheiterten diese Pläne nicht nur am Widerstand Savoyens, sondern auch an der Indolenz der eidgenössischen Vertreter, so daß Roche-mont bald einsah, wie verloren die Position sei, um die er kämpfte. Aus dem Zusammenbruch suchte er zu retten, was möglich war. Es gelang ihm, wenigstens die Landverbindung mit der übrigen Schweiz zu sichern, indem

die unmittelbar an den See grenzenden französischen Gebiete, die sich bis dahin zwischen die Waadt und Genf eingeschoben hatten, zu seinem neuen Kanton geschlagen wurden, daß ferner das Genf unmittelbar umschließende Landgebiet durch den Einbezug einiger französischer Gemeinden abgerundet wurde, dermaßen, daß Frankreich 17 Gemeinden an den neuen Stand der Eidgenossenschaft abzutreten hatte. Was aber wichtiger war: Frankreich mußte im Wiener Vertrag die Landschaft Gex als zollfreie Zone für Genf anerkennen, seinen Zollkordon also hinter die politische Grenze schieben. Das Gebiet aber, das südlich des Genfer Sees liegt, gehörte damals zu Sardinien-Piemont, dessen Königreich rittlings der Westalpen saß.

Mit diesem Königreich wurde 1816 zu Turin ein Vertrag geschlossen, in dem ein Gebiet, das in einer Breite von etwa 10 Kilometern, an der Rhone beginnend, sich um die südöstliche Grenze Genfs bis an den See schwingt, ebenfalls als zollfreie Zone bezeichnet wurde. So besaß Genf, das sein natürliches Hinterland nicht politisch gewinnen konnte, wenigstens die wirtschaftliche Verbindung mit einer Landschaft, auf deren Produktion und Markt es angewiesen war.

Als dann nach dem Kriege von 1859 der dritte Napoleon sich von Sardinien Savoyen abtreten ließ, erhielt er diese Gebiete nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß auch Frankreich an die Verpflichtungen gebunden sei, welche Sardinien zugunsten Genfs und der Schweiz übernommen hatte. Die wirtschaftlichen Verbindungen waren wirklich so stark, daß in Savoyen eine große Partei bestand, welche den Anschluß an die Schweiz dem Übergang zu Frankreich vorgezogen hätte. Aber die geschickte Regie des kaiserlichen Abenteurers wußte diese Ungebärdigen stille zu halten; das Volk selbst wurde beschwichtigt, indem man ihm die Zusicherung gab, daß die Zonenordnung bestehen bleibe; so kam es, daß in einer Abstimmung, die unter sehr merkwürdigen Verhältnissen vor sich ging, die Savoyarden „Ja und Zone“ stimmten. Während zwanzig Jahren hat die Schweiz übrigens diese Abstimmung nicht anerkannt; sie ließ sich nicht einmal beschwichtigen, als Napoleon, um die Genfer und die Schweiz für den Verlust alter Rechte zu entschädigen, die freien Zonen durch eigenen Beschluß noch durch eine weitere vergrößerte, welche die beiden strittigen Provinzen Chablais und Faucigny umfaßte. So blieb Genf im Besitz dreier zollfreier Zonen: 1. Der Zone von Gex, die im Wiener Vertrag geschaffen wurde; 2. der sardischen Zone, welche der Vertrag von Turin festlegte, und 3. der sogenannten großen Zone, die auf einem freiwilligen Entgegenkommen des französischen Staates beruhte und, im Gegensatz zu den ersten zwei, jederzeit wiederum abgeschafft werden konnte, ohne daß der Schweiz daraus ein Einspruchsrecht erwachsen wäre.

Der schweizerische Widerstand hatte aber noch einen andern triftigen

Grund. Der Wiener Kongreß hatte aus weltpolitischen Gründen die Neutralität der Schweiz festgesetzt und damit die wichtigen Alpenpässe dem Aspirationen irgend einer Großmacht entzogen. Aber das schweizerische Territorium umfaßt den wichtigen kleinen St. Bernhard nicht, und es ließ außerdem die Möglichkeit zu, daß ein Gegner, der sich am Südende des Genfer Sees sammelte, durch den schmalen Gebietsstreifen des Kantons Wallis vorstoßen und die beiden Pässe Simplon und Großer St. Bernhard forcieren konnte. Beides hatte Napoleon durch seine bekannten Alpenübergänge eben bewiesen. Um eine Wiederholung zu verhüten, schloß der Wiener Vertrag nicht nur das ganze Gebiet von Hochsavoyen in die schweizerische Neutralität ein, sondern gestand der Schweiz das ausdrückliche Besetzungsrecht für den Kriegsfall zu. Diese Neutralisierung Hochsavoyens kam nicht nur der Schweiz, sondern vor allem Sardinien zugute, lag aber auch im allgemein europäischen Interesse, indem sie den Riegel, der sich zwischen Österreich, seinen italienischen Besitz und Frankreich legte, nicht unwesentlich verstärkte. Die Schweiz gab dieser Verstärkung noch militärisch Ausdruck durch die Festungsanlage von St. Maurice, welche die Ausgänge des Großen St. Bernhard ebenso sperrt, wie die Gotthardanlagen bestimmt sind, eine Diversion aus dem Simplongebiet unmöglich zu machen. Diese neutralisierte Zone umfaßt nicht nur das durch die sardische und große Zone umschlossene wirtschaftliche Gebiet, sondern noch das Gebiet von Annecy und zieht sich in großem Bogen von den Kämmen des Mont-Blanc nach der Stadt Ugine zum Lac de Bourget und von da an die Rhone. Nach der Abtretung dieses Gebietes an Frankreich übernahm der französische Staat dieses schweizerische Servitut. Aber die Beunruhigung war so groß, daß man ernsthaft an eine Besetzung Savoyens dachte. Doch hatte die neue politische Lage die Bedeutung dieses Gebietes für Sardinien, das nun nicht mehr bestand, sondern in Italien aufgegangen war, dahin fallen lassen, und nur die Schweiz schien noch ein Interesse am alten Zustand zu haben. Während aber Frankreich diesen Zustand als drückend empfand, war die große Frage, ob die Ausübung des Besetzungsrechtes im schweizerischen Interesse lag. Die juristischen Bestimmungen waren jedenfalls nicht ganz klar; daß aus der Ausübung eines formalen Rechtes ein Konflikt mit einer stärkeren Macht werden mußte, war sehr deutlich. Die Schweiz erklärte daher wohl zu Ausbruch des Weltkrieges, daß sie ihr Recht zur Besetzung Hochsavoyens aufrecht erhalte, dachte aber nie im Ernste daran es auszuüben, konnte es auch gar nicht; sie sah vielmehr schweigend zu, wie französische Truppen, die Italien zu Hilfe eilten, über die Mont-Cenis-Linie durch das neutralisierte Gebiet transportiert wurden, und erst, als französische Regimenter allzunah der Grenze kamen, protestierte sie, übrigens mit Erfolg.

Dieses merkwürdig verwirrte System, das der Schweiz militärische und wirtschaftliche Rechte auf ein Stück Boden gewährte, das politisch zu Frankreich gehört, konnte natürlich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden. Als daher die französische Regierung 1919 vorschlug, im Art. 435 des Versailler Vertrags sowohl die Neutralisierung Hochsavoyens, als auch die freien Zonen aufzuheben, war man sich überall bewußt, daß die Schweiz ihre alten Rechte nicht unverändert erhalten könne. Das Problem war nur, wie Genfs Interesse, das durch eine Verschiebung der wirtschaftlichen Zollgrenze an die politische auf das schwerste geschädigt werden mußte, gewahrt werden könnte. Der Art. 435 des Versailler Vertrags sah nun vor:

Die Hohen Vertragsschließenden Parteien anerkennen die durch die Verträge von 1815 und insbesondere die Akte vom 20. November 1815 zugunsten der Schweiz begründeten Garantien, welche Garantien internationale Abmachungen zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens bilden; sie stellen indessen fest, daß die Bestimmungen dieser Verträge und Abkommen, Erklärungen und andern ergänzenden Akte betreffend die neutralisierte Zone Savoyens, wie sie in Art. 92, Absatz 1, der Schlußakte des Wiener Kongresses und in Art. 3, Absatz 2, des Pariser Vertrages vom 20. November 1815 umschrieben wird, den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Die Hohen Vertragsschließenden Parteien nehmen demzufolge von der zwischen der französischen und der schweizerischen Regierung getroffenen Vereinbarung Akt, wonach die jene Zone betreffenden Vertragsbestimmungen aufgehoben sind und aufgehoben bleiben.

Desgleichen anerkennen die Hohen Vertragsschließenden Parteien, daß die Bestimmungen der Verträge von 1815 und der andern ergänzenden Akte betreffend die freien Zonen Hochsavoyens und des Pays de Gex den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen und daß es Frankreich und der Schweiz überlassen wird, unter sich in beidseitigem Einverständnis die Verhältnisse dieser Gebiete in der ihnen gutschneidenden Weise zu ordnen.

Gleich zu Anfang kam es über der Auslegung dieses Artikels zu Streitigkeiten. Während die französische Regierung, trotz des klaren Wortlautes, der eine Neuregelung in beiderseitigem Einverständnis vorschreibt, für sich das Recht ableitete, die Zollgrenze sofort nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags an die politische Grenze vorzuschieben, behielt sich die Schweiz ausdrücklich vor, das dies erst geschehen dürfe, wenn eine befriedigende Lösung gefunden sei. Und da beide Regierungen zäh an ihrem Standpunkte festhielten, kamen die beiden entscheidenden Noten mit den vollständig verschiedenen Interpretationen des Artikels 435 in den Versailler Vertrag als Anhang, damit neuerdings dokumentierend, in welcher leiderlichen Weise dieser ungeheuerliche Vertrag zusammengeschustert wurde.

Gegen das Ergebnis der sofort aufgenommenen Verhandlungen erhob sich in der Schweiz ein Widerstand, der über alle Klassen hinausging. Nicht nur war man ergrimmt über die Aufgabe der Zonen, sondern man fühlte lebhaftes Unbehagen darüber, daß ganz offensichtlich die Frage der Versorgung Genfs gewissen schweizerischen Regionalinteressen geopfert worden war; vor allem aber befriedigte die Art der Unterhandlung nicht. Man warf dem schweizerischen Unterhändler für den Art. 435 des Friedensvertrags seine frankophile Gesinnung und eine unverständliche Geheimdiplomatie vor. Das Ergebnis war, daß gegen den Vertrag das Referendum ergriffen wurde; in der Volksabstimmung, die im Februar 1923 stattfand, wurde er mit einem überwältigenden Mehr abgelehnt.

Nun geschah das Unglaubliche. Poincaré bestritt der schweizerischen Regierung das Recht, den Vertrag dem Referendum zu unterstellen; trotz der klaren Bestimmungen der schweizerischen Bundesverfassung schrieb er in seiner Note vom 21. März 1923:

„Der schweizerische Staat kann sich demnach nicht in rechtsgültiger Weise auf ein Oppositionsreferendum stützen, um das Abkommen zu verwerfen, das er in regelrechter Weise in Verwirklichung der Vereinbarung von 1919 (Art. 435! E. R.) und gemäß den Bestimmungen dieser Vereinbarung abgeschlossen hat.“

In logischer Ausführung dieser These und ohne sich um den schweizerischen Protest nur im geringsten zu kümmern, wurde daher sofort die Zollgrenze nach vorn geschoben; heute ist die Lage so, daß hart an der Grenze französische Zollkasernen gebaut werden, welche die Schweiz einfach vor die vollendete Tatsache stellen. Wäre die Schweiz nicht ein kleiner Staat, so dürfte die Frage aufgeworfen werden, ob eine solche Behandlung nicht zum Kriege geführt hätte, wenn schon besonders in den Arbeiterklassen der unterschiedene Friedenswille sich geltend machte. Alles, was die Schweiz erreichen konnte, und auch dies nur mit der Drohung, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu tragen, war ein Abkommen, die Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Es kam erst zustande, als die Regierung Herriot diejenige des Herrn Poincaré ersetzt hatte.

Dieses Abkommen über die zollfreien Zonen ist von der Schweiz seit zwei Jahren ratifiziert worden. Die französische Ratifikation liegt heute noch nicht vor. Die Widerstände im Senat werden nicht nur durch die Anhänger Poincarés genährt, sondern noch durch Senatoren aus Hochsavoyen verstärkt, die auf die zollfreie schweizerische Einfuhr in die Zonen mit scheelen Augen sehen, weil sie daraus eine Schädigung ihrer eigenen industriellen und finanziellen Interessen ableiten. Den formellen Grund dafür liefert die Tatsache, daß die Schweiz das weitere Abkommen über die Aufhebung der Neutralität Hoch-

savoyens noch nicht ratifiziert hat. Damit hat es aber seine guten Gründe. Es ist eigentlich jedermann einverstanden, daß es angenommen werden müßte. Liegt seine endgültige Ratifizierung durch das Parlament aber vor, dann muß es, da es ein Statsvertrag von mehr als 15 Jahren Dauer ist, dem Referendum unterstellt werden. Unter ordentlichen Verhältnissen denkt kein Mensch daran, gegen den Vertrag das Referendum zu ergreifen, und geschähe es doch, so kämen die erforderlichen 30 000 Stimmen sicherlich nicht zusammen. Geschieht die parlamentarische Erledigung aber jetzt, dann ist zu erwarten, daß als Protest gegen die Behandlung der Schweiz seitens Frankreichs eine Volksbewegung entsteht, die auch diesen Vertrag zerreißt — und was dann die Folgen sein werden, ist leicht auszudenken.

Das Bewußtsein der Verantwortung um den europäischen Frieden hat daher das schweizerische Parlament veranlaßt, vor der letzten Station der formellen Ratifikation Halt zu machen. Beide Räte haben zugestimmt, nur die Schlußabstimmung hat nicht stattgefunden. Der französische Senat verlangt aber, daß die endgültige Zustimmung des Volkes vorliege, bevor er seinerseits die Unterschrift unter den Schiedsgerichtsvertrag über die Zonenfrage setze — und eben dieses Begehren kann nicht erfüllt werden, wenn man nicht unabsehbare Gefahren laufen will.

So ist aus dem geopolitischen Unsinn, der die Stadt Genf aus dem Verband ihres wirtschaftlichen Hinterlandes reißt, ein Konflikt entstanden, dessen Natur der Außenstehende schwer zu überblicken vermag, der aber eine böse Verstimmung zwischen zwei Völkern heraufbeschwören kann, die in jeder Beziehung aufeinander angewiesen sind.

EUGEN VON FRAUENHOLZ: ARABER UND BERBER IM RIF

Wenige Tagereisen von uns entfernt, an seinen Grenzen mit Bahn und Schiff nicht schwer zu erreichen, liegt an der Nordküste Marokkos ein Gebiet, dessen innere Abgeschlossenheit heute noch dem Europäer Rätsel zu lösen gibt. Die kriegerischen Ereignisse der letzten Jahre lenkten die Aufmerksamkeit Europas erhöht dorthin, und die militärischen Expeditionen haben eine stärkere Berührung mit den Eingeborenen des Rif, den Berbern, vermittelt.

Neben den Berbern aber bewohnen Araber Teile des Rif, und der Unterschied, der zwischen der Lebensführung der Araber und Berber besteht, drängt auch dem Laien den Wunsch auf, zu ergründen, wieweit diese durch die Natur des Landes und der beiden Völker bedingt ist.

Der Araber kam als Eroberer ins Land. Aus breiten, wüsten Ebenen brach

sich der Strom des fanatisierten Reitervolkes Bahn und schlug, die Felsen des Rif umbrandend, vernichtend nach dem europäischen Spanien hinüber. Nach jahrhundertelanger Herrschaft wurden die Araber wieder zurückgedrängt und konnten erst auf dem afrikanischen Kontinent wieder Fuß fassen. Im südlichen, ebeneren Marokko fiel das nicht schwer. Im nördlichen Teil jedoch, im gebirgigen Rif, verbanden sich Natur und Bewohner feindlich gegen den Eindringling, der sich hier zwar religiös, nicht aber politisch und kulturell durchzusetzen vermochte. Die Freiheit der Bewegung fehlte im Rif. Hohe und schwer zugängliche Berge engten die schmalen Ebenen ein. Die Bewohner wehrten sich gegen jede Beeinflussung, die ihnen unbequem war. Das eindringende Volk der Araber verschmolz weder mit der Bevölkerung noch mit der Natur des Rif.

Das ist bis heute so geblieben. Nur an wenigen Orten, in der Hafenstadt Tanger, in dem in der Nähe des Meeres gelegenen Tetuan, und merkwürdigerweise in einer Binnenstadt, in dem Wallfahrtsorte Xauen sehen wir arabische Niederlassungen. Und diese tragen schon äußerlich den Charakter der Feindseligkeit gegen das Land. Sie sind gegründet, um zu erobern und zu herrschen, und sie sind schließlich als Zufluchtsorte erhalten worden, da die gewollte Beherrschung des Landes mißlang. Nicht mehr als Zwingburgen, wie sie ihrer ganzen Anlage nach gedacht waren, sondern als Verteidigungswerke an besonders wichtigen Handlungspunkten sind sie bestehen geblieben; nur Xauen dankt seine Erhaltung wohl religiösen Motiven. Eine mächtige Alcazaba, womöglich, wie in Tetuan, auf überragender Höhe, bildet den Mittelpunkt der Niederlassung. An sie schmiegt sich die arabische Stadt so eng gedrängt, als ob sie sich fürchten würde, mehr als den nötigsten Platz des feindseligen Landes einzunehmen. Starke Mauern, von mächtigen Türmen überragt, umschließen die Stadt und verbinden sie mit der Burg. Auch im Inneren setzt sich der Eindruck der Wehrhaftigkeit fort. Die Häuser gleichen Festungen, von denen jede für sich verteidigt werden kann. Die engen Straßen erschweren dem Angreifer die Entwicklung seiner Macht und setzen ihn den Waffen der Verteidiger aus, ohne daß er sich genügend zu wehren vermag. Besonders empfängt man diesen Eindruck in der noch gänzlich unberührten Stadt Xauen, die bis vor wenigen Jahren überhaupt noch dem Europäer unzugänglich war, und die erst der Krieg, und der nur vorübergehend, in die Hand der Spanier gebracht hat. Inmitten von hohen Bergen, gleichsam ständig belagert, hat sich diese merkwürdige Stadt aufgetürmt, deren Kern eine gewaltige Befestigungsanlage bildet, die sich neben der Hauptmoschee erhebt. Wie die übrigen Städte, umschließt auch Xauen die klobige Stadtmauer. Die Häuser weisen bis zur Höhe des zweiten Stockwerkes fast niemals Fenster, sondern nur Schießscharten auf. Die festen, eisenbeschlagenen

Türen der Häuser sind so eng und so niedrig, daß sie nur einem Mann den Einlaß gewähren; und dieser muß das Haus gebückt betreten, damit er leichter erschlagen werden kann, wenn er ein Feind ist.

Innerhalb dieser Städte spielt sich das rege und buntbewegte Leben ab, das der Araber liebt. In engen Quartieren wird fleißig gearbeitet. Webereien, Lederwaren, Waffen, Kleidung und Schmuck entstehen hier noch in der individuellen Prägung des künstlerischen Handwerkes, das wohl durch eine lange Tradition geführt, nicht aber durch starre Gesetze gebunden ist. Auf den breiteren Straßen und Plätzen des Marktviertels herrscht das Getriebe des angeregten, doch niemals hastenden Handels- und Tauschverkehrs.

Der arabische Krieger hat sich in den städtischen Niederlassungen zum Händler gewandelt. Vielleicht hat die Weite der Wüste, aus der er kam, ihm den Sinn gegeben, der ihn die Weite des Meeres und die Möglichkeiten erkennen läßt, die dem Verkehr der Menschen aus dieser trennenden und doch vereinigenden Fläche erwächst. Was dem berberischen Rifeño abgeht, der nur den engen Horizont der eigenen Heimat kennt, das besitzt der Araber in hohem Maße: das Interesse an anderen Völkern und Ländern ist rege, und die Kenntnisse auf geographischem Gebiet sind auch bei einfachen Leuten häufig verblüffend. Diese Kenntnis aber verbindet sich nicht mit Bewunderung und Nachahmung fremden, etwa europäischen Wesens. Mitleidig und verachtend sieht der Araber auf das hastige Getriebe des abendländischen Menschen, der ihm würdelos seinem Tode zuzueilen scheint, der letzten Endes doch nicht aufzuhalten ist. Auch die technischen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts, denen wir einen ungehörlich großen Platz in unserem Leben und Denken einräumen, nimmt er als Dinge hin, die wohl ab und zu praktische Annehmlichkeiten haben, aber doch den Menschen nicht beherrschen dürfen. Es fällt keinem Araber, der den Fahrpreis erschwingen kann, ein, die staubige Straße von Tetuan nach Tanger zwei Tage lang zu Fuß zu wandern, wenn ihn das Postauto in zwei Stunden dorthin bringen kann. Die Eisenbahn von Tetuan nach Ceuta wird von Europäern und Eingeborenen benutzt. Auch das elektrische Licht hat in der Araberstadt Eintritt gefunden und ist vielleicht die europäische Errungenschaft, die am höchsten geschätzt wird. Allein kein Araber hält ein stinkendes und fauchendes Auto für eine Erfindung, die man anders als vom praktischen Standpunkt aus betrachten kann. Der arabische Begriff des Schönen und Festlichen verbindet sich nicht mit den Erzeugnissen europäischer Zivilisation. Wenn der Kalif in Tetuan am Freitag mit den Wesieren und dem Hofstaat sich in festlichem Zuge zur Moschee begibt, so sitzt er selbst als einziger zu Pferde, trotzdem der Weg vom Palast zur Moschee nur wenige Schritte beträgt; und vor ihm wird ein reichgeschirrtes Ehrenpferd von edelster Rasse geführt. Hier, beim

feierlichen Aufzug, ist jeder europäische Anklang vermieden, und der Zug, der sich vor tausend Jahren wohl nicht anders präsentiert hat, trägt den Charakter einer symbolischen Ablehnung alles Fremden. Deutlich tritt auch gerade bei diesem Kirchengang die schärfste Trennung in die Erscheinung, die zwischen Europäer und Araber besteht, die religiöse. Im Gegensatz zu den freieren Sitten in Algier, wo dem Fremden ab und zu der Eintritt gewährt wird, sperrt in Tetuan eine Inschrift in arabischer und spanischer Sprache den Eingang zur Moschee für Nichtmohamedaner; und wenn der schwere Ledervorhang hinter dem Kalifen fällt, ist er dem fremden Einfluß entrückt, und gehört ganz seinem Volke und seinem Glauben.

Sonst aber gewährt die arabische Höflichkeit und Gastlichkeit auch dem europäischen Gast in zuvorkommender Weise Einblick in das Leben und Treiben der arabischen Stadt. Auf Schritt und Tritt stößt der Fremde auf die Spuren einer alten und feinsinnigen Kultur. Schon das Äußere des arabischen Menschen verleugnet die Abstammung aus einem Volke nicht, das auf eine eigene, starke Entwicklung zurückblickt. Durchgeistigte Gesichter, hohe, schlanke Figuren, feingegliederte Hände sind auffallend oft zu finden und sprechen von alter, durch Generationen gepflegter Tradition. Die Formen, in der sich der Verkehr mit anderen Menschen abspielt, zeigen in ihrer würdevollen Selbstverständlichkeit, daß sie nicht anerzogen, sondern durch lange Gewohnheit zum Gesetz geworden sind, gegen das niemand verstößt, weil ihm jede Verletzung als etwas ihn selbst Entwürdigendes erscheinen würde.

Die Kenntnis der Schrift ist trotz ihrer Schwierigkeit weit verbreitet. Wie weit die Überlieferung der alten Gelehrsamkeit reicht, entzieht sich meiner Kenntnis.

Auffallend, und auch als Zeichen hoher Kultur zu werten, ist die Verwendung des Gewinnes, den der Handel gebracht hat. Die Freude am schönen Besitz, nicht am Gelde schlechthin, ist allgemein. Besonderen Wert legt der Araber auf die Ausstattung seines Hauses. Von außen unscheinbar, meist nur durch ein schönes Tor ausgezeichnet, bietet das arabische Haus im Innern einen überraschenden Anblick. Mit Geschmack und Liebe sind die Räume gestaltet. Ein kühler, schattiger Hof, in dem heißen Klima besonders geschätzt, empfängt den Eintretenden. Häufig sind diese Höfe durch laufendes Wasser belebt und mit Blumen geziert. Die Wände erhalten ihren eigentümlichen Schmuck durch eine Vertäfelung mit bunten glasierten Ziegeln, die über Mannshöhe hinaufreicht; bildliche Darstellungen fehlen, reiche Ornamentik bietet hierfür Ersatz. Um diesen Hof, den eine Säulengalerie umsäumt, ist das maurische Haus angelegt. Was ihm an Verbindung mit der Außenwelt fehlt, sucht das arabische Heim in der Beziehung aller seiner Teile zu dem schattenspendenden Mittelraum. Jedes Stockwerk — zwei oder auch drei sind

üblich — hat seine Säulengalerie, von der sich der Blick in den Hof wendet; auf diese Galerien münden die Zimmer ohne Türen. Die Prachtliebe des Besitzers spricht sich in der Ausschmückung auch dieser Räume aus; vor allem sind schöne, farbenfreudige Teppiche und Wandbehänge beliebt. Mit Stolz zeigt der Besitzer, daß er das erworbene Geld zur feineren Ausgestaltung des Lebens zu verwenden versteht.

Die Abgeschlossenheit der Frauen wird bei den Arabern streng durchgeführt. Schon die kleinen Mädchen zeigen sich auf der Straße nur verschleiert und auch die alte Frau gibt ihr Gesicht den Blicken der Fremden nicht preis. Die Vielweiberei soll aus praktischen Erwägungen heraus nicht mehr häufig sein. Der Araber begnügt sich nun vielfach mit einer Frau; dagegen soll die Scheidung und die Rückgabe der Geschiedenen an ihre Familie heute im Gegensatz zu früher eine große Rolle spielen.

Dem arabischen Leben, das sich in räumlicher Begrenzung in den Städten abspielt, steht das Leben des berberischen Ureinwohners gegenüber, der in besonderem Maße mit seinem Lande verwachsen ist. Nicht nur sein Haus, seine Familie ist sein eigen, ihm gehört das ganze Rif und dementsprechend geht seine ganze Lebenshaltung ins Breite.

Man spricht die Berber — Kabylen — als Ureinwohner des Landes an. Jedenfalls finden sie sich hier seit historischem Gedenken. Weder die phönikische und römische Kolonisationsarbeit, von der sich noch viele und bemerkenswerte Spuren im Lande finden, noch die vandalische oder arabische Überflutung des Landes haben das Volk der Rifeños vernichten oder aus seinen Wohnsitzen und Gewohnheiten vertreiben können. Die Stämme des Rif haben den fremden Einfluß abgelehnt, von welcher Seite er auf sie einzudringen versucht hat. Auch die Theorie, die in den manchmal blonden und belläugigen Berbern eine Mischung der Ureinwohner mit den Überresten der Vandalen erblicken will, entbehrt nicht nur der Begründung, sondern ist mit Rücksicht auf die Ablehnung alles Fremden durch die Rifbevölkerung im höchsten Grade unwahrscheinlich.

Der Gegensatz zwischen den Arabern und Berbern im Rif wird auch dem ungeübteren Auge bald erkennbar. Der kräftige, untersetzte Rifeño unterscheidet sich schon äußerlich von dem feingliederigeren, schlanken Araber. Er ist der geborene Gebirgsbewohner. Die jahrhundertelange Gewöhnung an kriegerisches und räuberisches Leben hat den Rifleuten den Stempel besonderer Kraft aufgedrückt. In die ruhigen und maßvollen Bewegungen, die Berber wie Araber auszeichnen, kommt im Kampfe energievolleres Leben.

Der äußerlichen Verschiedenheit steht eine starke Unterschiedlichkeit in der Lebensführung zur Seite. Während der Araber das ihm feindliche Land aus seinem Leben möglichst verbannt, sein Haus von der äußeren Umgebung ab-

schließt, sieht der Rifote das ganze Land als sein Heim an. Sein Haus ist keine Schutzwehr gegen das Eindringen der rauen Natur des Landes, seine Heimstätte ist ein Stück der Natur selbst. Kaum heben sich die Rifdörfer, wenn man den Siedlungen diesen Namen geben will, von ihrer natürlichen Umgebung ab. Dichte graugrüne Kakteenhecken leiten von der dürftigen Bodenbewachsung der Felsen zu den kleinen flachen Häusern über, die aus Feldsteinen erbaut sind und nur ein ebenerdiges Stockwerk haben. Die Häusergruppen sind auf den ersten Blick kaum erkennbar. Bei näherer Besichtigung machen sie den Eindruck starker Wehrhaftigkeit. Die dichten Kakteenhecken können nur auf den Pfaden durchschritten werden, die mit Absicht freigehalten werden und leicht verrammelt werden können; bei jedem Versuch, diese Hecken außerhalb der Wege zu durchdringen, reißen die langen und harten Stacheln böartige, schlecht heilende Wunden. Im Inneren der Ansiedlung ist jedes Haus wieder von den anderen durch Mauern und Kakteenhecken geschieden, so daß jede Heimstätte für sich einer Festung gleicht, die im Notfalle auch gegen den Nachbarn verteidigt werden kann. Die Häuser selbst haben nur etwas über mannshohe schmucklose Räume mit niederen viereckigen Türen und kleinen Fenstern nach dem Hofraum, um den sich die verschiedenen Baulichkeiten gruppieren. So liebevoll ausgestattet das arabische Haus im Inneren erscheint, so wenig prunkend zeigt sich das Heim des Kabylen. Türen und Fenster entbehren jeder architektonischen Verzierung. Der graziöse maurische Hufeisenbogen findet ebensowenig Verwendung als die bunten Glasziegel mit Ornamenten. Säulen fehlen. Die viereckigen Zimmer sind einfach weiß getüncht, die wenigen Teppiche und Kissen sind lediglich Gebrauchs-, keine Schmuckgegenstände. Die geringe fahrende Habe, Festtagskleider und Ähnliches hängen in Körbe verpackt an den Wänden. In allem drückt sich aus, daß der kriegerische Räuber jederzeit bereit ist, mit seinen Weibern und dem wenigen Vieh sein Haus zu verlassen.

Der Rifote läßt nicht von der Gewohnheit, das Heim als verteidigungsfähigen Schlupfwinkel zu betrachten und auf Bequemlichkeit und Ausschmückung zu verzichten. Vor vierzehn Jahren lag neben einem spanischen Militärlager das kleine Rifdorf Nador. Heute hat sich aus der Militärstation eine ganz ansehnliche Niederlassung mit steinernen Häusern, Kirche, Magazinen und Eisenbahnstation entwickelt. Das Rifdorf aber liegt neben der kleinen Stadt in der gleichen Unberührtheit wie damals; nicht einmal das vom Araber begehrte elektrische Licht hat Eingang in das Kabylendorf gefunden. Trotz der völligen Sicherheit des Landstriches ist das Dorf nach wie vor von dem wehrhaften Kakteengürtel umgeben. Die gleichen Typen in gleicher Tracht sieht man im Dorf, und auf der Landstraße vor dem Dorfe spielen die Kinder in gleicher Ungezwungenheit und anmutiger Verachtung der Fremden wie früher.

Die arabische Geselligkeit fehlt dem Berber. Sein Räuberdasein läßt ihm im Nebenmenschen, sogar im Rifioten, der nicht dem gleichen Stamme angehört, Feind und Ausbeutungsobjekt erblicken. Die zerrissene Natur des Landes fördert die Gemeinschaft mit anderen Menschen nicht, sie unterstützt ihren Sohn dagegen in der Ausübung seines räuberischen Berufes. Man ist oft verwundert, aus nächster Nähe unvermutet die Gestalt eines Rifeños auftauchen zu sehen, und die vortreffliche Geländebenützung, die eine besondere Eigenschaft des Kabylen ist, macht ihn in erster Linie als Gegner so furchtbar. Die Leute Abd el Krim's, wie seiner Vorgänger nehmen den Kampf nur an, wenn ihnen das Gelände vortreffliche Kampfbedingungen bietet, und das ist meist der Fall. Liegen die Verhältnisse ungünstig, so verlegt der Rifeño lieber den Widerstand auf eine geeignete Zeit und auf einen mehr entsprechenden Ort. Er kann das ohne Bedenken, denn er weiß, daß ihn die Natur des Landes nicht im Stiche läßt und daß sich eine Stellung hinter der anderen bietet. Hier im Kampfe tritt besonders die Verwachsung der Bevölkerung mit ihrem Heimatboden in die Erscheinung. Niemals erreicht der Europäer auch mit den bestausgebildeten Truppen die Gewandtheit in der Ausnutzung des gebirgigen Rifgeländes mit all seinen Sonderheiten, die dem Rifeño durch eine Jahrhunderte alte Tradition in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Der engere Zusammenschluß der in der weiten Ebene aufgewachsenen Araber hat ein stärkeres Staatsleben mit großen politischen Gesichtspunkten erzeugt, das sich auch in Marokko mit Ausnahme des Rif ausgebreitet hat. Dieser merkwürdige Landstrich hat bei seinen Bewohnern politische Zerrissenheit und Eigenbrödelei großgezogen, die die Versuche der Bildung eines gemeinsamen Staates, wie ihn Abd el Krim und viele vor ihm angestrebt haben, zunichte machten; aber das Rif gibt seinen Söhnen dafür auch die Kraft, sich fremdem Einfluß zu verschließen; es unterstützt sie in ihrem Kampf um ein kriegerisches Räuberleben, dem bisher kein an sich überlegener Feind ein Ende bereiten konnte.

PAUL OSTWALD:

JAPAN UND DER AMERIKANISCHE FLOTTENABRÜSTUNGS- VORSCHLAG

Der realpolitische Sinn des japanischen Volkes hatte es von vornherein klar erfaßt, daß die geographische Lage des Mikadoreiches dessen Außenpolitik vor zwei Aufgaben stellte, von deren Lösung seine Zukunft und Machtstellung abhängen würde. Als ein Inselreich, das ähnlich wie England dem europäischen Kontinent Asien gegenübergelagert ist, und das am Rande des Stillen

Ozeans gelegen ist, mußte sich die japanische Außenpolitik aus klar erkannten geopolitischen Notwendigkeiten nach beiden Seiten hin einstellen, und mußten sich für sie die großen Ziele ergeben, sowohl auf dem asiatischen Kontinent wie im Stillen Ozean zum *arbitrum gentium* zu machen. Immer hat denn auch die japanische Außenpolitik sich von diesen beiden großen Zielen bestimmen lassen, indem sie je nach der Gunst der Umstände bald das eine bald das andere mehr in den Vordergrund schob.

Diese grundsätzliche Einstellung der japanischen Außenpolitik muß festgehalten werden, wenn wir richtig ihr gegenwärtiges Verhalten zu der Flottenabrüstungsfrage verstehen wollen, denn es scheint zunächst, als ob wir es bei ihr mit einem völligen Bruch mit der überlieferten außenpolitischen Tradition zu tun haben. Japan hat tatsächlich der amerikanischen Note über eine weitere über die Washingtoner Abmachungen hinausgehende Regelung der Flottenabrüstung im großen und ganzen freudig zugestimmt. Den Weg eines vertraglich geregelten Flottenbaus, den es in Washington nur erst zögernd beschritt, will es heute konsequent weiter geben. Die Möglichkeiten, die es sich damals mit Frankreich zusammen sicherte, die ihm auferlegten Einschränkungen bezüglich der Großkampfschiffe durch einen vermehrten Kreuzerbau wettzumachen, ist es heute bereit, bis zu einem gewissen Grade zu opfern. Wir suchen nach einer Erklärung für diesen Wandel in der japanischen Politik, und finden sie natürlich leicht in der Erkenntnis, daß Japan einsehen gelernt hat, daß ein Wetttrüsten mit dem Angelsachsentum in jeder Form für das Mikadoreich auf die Dauer untragbar ist. Japan hat in der Tat durch besondere Anstrengungen auf dem Gebiete des Kreuzerbaus es dahin gebracht, daß es im Jahre 1929 über 21 modernste Kreuzer verfügen wird, während England zur gleichen Zeit nur 7, Amerika 18 dieser Art aufzuweisen haben. Aber man weiß in Tokio auch, daß trotzdem die japanische Flotte es weder mit der englischen noch mit der amerikanischen aufnehmen können, man weiß in Tokio, daß die beiden angelsächsischen Staaten, wenn sie nur wollen, auch den Vorsprung, den Japan im Kreuzerbau während der letzten Jahre gewonnen hat, leicht einholen können. Treiben die Dinge aber einem weiteren Wetttrüsten mit dem Angelsachsentum entgegen, dann muß Japan unterliegen, denn schon jetzt bedeuten die Anforderungen für Heer und Marine eine schwere Belastung des Etats. Die wirtschaftliche Situation des Landes hat sich zwar in der letzten Zeit etwas gebessert, doch sind die Aussichten keineswegs derartig, daß sie glänzend genannt werden können. Immer noch bedürfen viele Industrien und Schiffahrtslinien staatlicher Subventionen, um sich überhaupt am Leben zu erhalten, und Japan wird auf Jahre hinaus gerade hierfür noch viel Geld bereit halten müssen. Will Japan also sich aus diesem Dilemma retten, dann kann das nur ge-

schehen, indem es auch die angelsächsischen Gegner dazu zwingt, gewisse Einschränkungen auf dem Gebiete des gesamten Flottenbaus vorzunehmen, es kann nur dann sich von ihm immer schwerer werdenden Ausgaben retten, die dazu doch nicht seine Sicherheit verbürgen, wenn es die ihm so notwendigen Einschränkungen in einem gewissen Verhältnis auch den angelsächsischen Mächten auferlegen kann. Vor allem hat sich von solchem Gesichtspunkte der Außenminister der erst vor kurzem gestürzten Regierung, Shidehara, leiten lassen, der schon Kato nach Washington begleitet hatte. Während seiner fast dreijährigen Amtszeit hat er denn auch diesen seinen Standpunkt in der Abrüstungsfrage oft genug gegen die japanische Admiralität verfochten, ja er ließ sogar im vorigen Jahre von sich aus Anregungen zu einer neuen Flottenabrüstungskonferenz nach Amerika gelangen, nur daß Coolidge damals den Zeitpunkt noch nicht für gegeben hielt. Auch die neue jetzt ans Ruder gekommene Regierung des Generals Tanaka wird von dieser durch Kato in Washington eingeleiteten und von Shidehara dann fortgeführten Linie in der japanischen Flottenpolitik nicht abweichen können, weil eben die Möglichkeiten dazu fehlen.

Ist das aber nun alles als ein Verzicht Japans auf den Stillen Ozean zu werten, als ein Bruch mit der traditionellen politischen Überlieferung? Wohl kaum. Dafür ist im japanischen Volk der natürliche Drang zum Meer viel zu stark, als daß ihm durch derartige Konferenzbeschlüsse und Vertragsabkommen wirklich Fesseln für immer angelegt werden könnten. Dagegen spricht auch nicht die Tatsache, daß die japanischen Volksmassen es mit völliger Ruhe hinnehmen, wenn die Regierung konsequent ihren in Washington begonnenen maritimen Ganosaweg weiter verfolgt. Hier zeigt sich nur die dem japanischen Volke eigenartige politische Disziplin, wie sie immer wieder nach außen hin in Erscheinung tritt, hier zeigt sich die realpolitische Einstellung des japanischen Volkes, das politischen Träumen und Idealen nicht in Momenten nachgeht, wo diese sich als praktisch unausführbar erweisen. Es ist ein Zurückweichen vor den bitteren Notwendigkeiten des Augenblickes, aber kein Begraben der stolzen Hoffnungen, die man hegte, und deren Erfüllung man trotz allem von der Zukunft, wenn auch einer späteren, erwartet. Unverrückbar wird auch weiterhin deshalb das große maritime Ziel dem japanischen Volk vor Augen schweben, und es wird mit seinem alten Anspruch auf die ihm gebührende Vormachtstellung im Stillen Ozean von neuem hervortreten, wenn der Zeitpunkt dafür ihm günstiger erscheint, als er es heute ist. Dazu kommt, daß Regierung und Volk darin übereinstimmen, daß das maritime Problem zu Japans Gunsten nur zu lösen sein wird, wenn auf dem ostasiatischen Festlande die kontinentale Grundlage dafür geschaffen worden ist. Es geht in China ja nicht nur um die Selbständigkeit und Betreuung des

Reiches der Mitte, sondern vom japanischen Standpunkt aus geht es dort auch um die Zukunft des Mikadoreiches. Gelingt es der Tokioer Politik nicht, das neue China mit sich und Rußland zu einem asiatischen Block enger zu verbinden, dann wird ihm die Rückendeckung fehlen, die es dem Angelsachsen-tum gegenüber braucht. Gelingt es weiter der Tokioer Politik nicht, das neue China auch wirtschaftlich enger mit sich zu verbinden, so daß es teil haben kann, an dessen großen Bodenschätzen und Rohstoffen, dann sieht es mit der wirtschaftlichen Zukunft Japans trübe aus. Die Gefahren aber in dieser Richtung sind für Japan nicht gering, denn das Streben Englands, nach wie vor in China seine alte Vormachtstellung, wenn auch in anderer Form, aufrecht zu erhalten, ist unverkennbar, und noch ist das letzte Wort darüber nicht gesprochen, ob es ihm nicht doch gelingt. Die Umstellung der englischen Politik China gegenüber mag spät erfolgt sein, ob sie zu spät erfolgt ist, muß gerade bei einem in politischen Dingen so erfahrenen Lande, wie es England ist, abgewartet werden. Jedenfalls zeigen sowohl das bekannte englische Chinamemorandum an die Großmächte, das sich aber auch indirekt an das chinesische Volk richtete, zeigen die Verhandlungen Londons mit der Kantoner Regierung, mit welcher Geschicklichkeit und Gerissenheit England auch in diesen schwierigen Verhältnissen zu operieren weiß. Mag vieles heute nach einem englischen Rückzug in China aussehen, nach Prestigeverlust und Demütigung, es steckt dahinter doch eine weitschauende Politik, die um nichts anderes kämpft als um die Sicherung der führenden Stellung Englands in China auch unter anders gewordenen Verhältnissen. Viel zu wenig wird gerade das bei uns in Deutschland erkannt, wie das in der deutschen Presse nur allzu deutlich zum Ausdruck kommt, aber weit mehr hat man dafür in Japan das richtige Gefühl und die richtige Auffassung. Denn zweifellos bestehen hier zwischen der durch das englische Chinamemorandum eingeleiteten neuorientierten englischen Politik in China und der Anknüpfung von diplomatischen Beziehungen der Tokioer Regierung mit der Kantoner engste Verbindungen. Gerade weil man in Tokio befürchtet, daß auch das neue China irgendwie von neuem unter englischen und angelsächsischen Einfluß gerät, will man beizeiten dem entgegenarbeiten, um eben nicht zu spät zu kommen. Nicht auf dem Ozean, wohl aber auf dem ostasiatischen Festlande gilt es für Japan heute dem Angelsachsen-tum gegenüber auf dem Posten zu sein, und es wird das eben umso besser können, wenn es sich durch einen vorläufigen Verzicht nach der maritimen Seite Bewegungsfreiheit verschafft. Der Moment für eine Entscheidung des kontinentalen Problems, wenn auch nicht in dem Sinne, wie es Japan noch im Weltkriege meinte und hoffte, ist gekommen, und es geht hier für Japan um zu viel, als daß es nicht dazu bereit wäre, nach einer anderen Seite hin sich Beschränkung aufzuerlegen, zumal die

sonstigen Umstände hier sowieso dazu zwingen. So gesehen, gewinnt also die japanische Bereitwilligkeit zur Flottenabrüstung ein anderes Aussehen, als es scheinbar hat, sie bleibt in der Linie der traditionellen Politik des Mikadoreiches, sie ist alles andere als ein Verzicht, sie will die Rückendeckung schaffen für im Augenblick dringendere Aufgaben, deren Lösung wieder dazu dienen soll, eine breitere und günstigere Grundlage für den Kampf um das Meer zu schaffen, in dem man unter den gegenwärtigen Umständen zurückstehen und das Feld den angelsächsischen Gegnern überlassen muß.

Die japanische Bereitwilligkeit zu weiteren vertraglichen Regelungen über den Flottenbau muß aber noch von einem anderen Gesichtspunkt betrachtet werden, der besonders vom deutschen Standpunkt aus Beachtung verdient. Denn wie erinnerlich waren es in Washington Frankreich und Japan, die sich gemeinsam amerikanischen Anregungen widersetzen, wie sie für die neue bevorstehende Flottenabrüstungskonferenz vorgesehen sind. Daß es in Washington nur zu einer Einigung über die Großkampfschiffe kam, lag in dem starken französisch-japanischen Protest gegen weitere Beschränkungen begründet. Wenn nun heute Japan eine andere Stellung dazu einnimmt, so bedeutet das nichts anderes als eine Absage an Frankreich. Damit ist aber auch das letzte Band der in Washington begründeten französisch-japanischen Intimität zerschnitten, denn alle anderen sind bereits in die Brüche gegangen, und sie mußten in die Brüche gehen, weil sie unnatürlich waren. Ganz abgesehen davon, daß Frankreich weder über eine weltbeherrschende Flotte noch über Flottenstützpunkte verfügte, wie sie England zur Verfügung stehen, und mit deren Hilfe es Japan wirklichen Schutz und Rückendeckung zu leisten imstande war, war ja auch für die einseitig auf Europa eingestellte französische und die vor allem nach Ostasien hin tangierende japanische Politik eine gemeinsame Basis kaum gegeben. Nicht einmal da, wo Berührungspunkte für Frankreich und Japan gegeben waren, in Indochina, fanden sich die beiden Mächte, da Frankreich sich in keiner Weise dazu bereit zeigte, dort Japan wirtschaftlich entgegenzukommen. So blieb als einzige Grundlage für eine französisch-japanische Zusammenarbeit das gemeinsame Interesse an einer Verbinderung amerikanischer Flottenabrüstungsabsichten über die Washingtoner Festsetzungen hinaus. Frankreich kann heute hier nicht mehr auf Japans Unterstützung rechnen, es muß in ihm sogar den Gegner sehen, und die Enttäuschung, die man darüber in Paris empfindet, ist begreiflich genug. Mit Eifer versuchte man auf französischer Seite, von neuem Japan zu sich herüberzuziehen und durch falsche Auslegungen der japanischen Antwortnote neues Mißtrauen zwischen Japan und Amerika zu säen, aber wie vorauszusehen war, erreichte die Pariser Diplomatie mit derartigen Quertreibereien recht wenig. Japan zeigte von Anfang an festen Willen genug, um sich nur von seinen eignen

Interessen leiten zu lassen, und zwar umsomehr, als es die Erfahrungen hat machen müssen, daß eine Unterstützung Frankreichs ihm in keiner Weise politische Gegenwerte schaffen kann, die das aufwiegen würden, was es an Gefahren und Schwierigkeiten auf sich nimmt, wenn es sich zu den amerikanischen Vorschlägen ablehnend verhalten würde. Eine neue französisch-japanische Intimität wird also die neue Flottenabrüstungskonferenz nicht begründen, sie wird vielmehr beide Mächte voneinander völlig trennen, und das kann für uns nicht hoch genug bewertet werden, wenn wir an die Kosten denken, die wir dafür zu zahlen hatten, daß es Frankreich in Washington gelungen war, Japan vor seinen Wagen zu spannen.

Japans Stellung auf der Flottenabrüstungskonferenz, die nach der endgültigen Absage Italiens und Frankreichs nur eine Konferenz zu Dreien sein wird, dürfte allerdings sehr schwierig werden. Es ist auf sich allein angewiesen, und man wird gespannt sein dürfen, wie es verstehen wird, den angelsächsischen Versuchen zu begegnen, die doch schließlich auf nichts anderes hinausgehen, als die Seemachtgeltung des Mikadoreiches im Stillen Ozean gründlich zu untergraben.

KARL SAPPER:

MITTELAMERIKA UND WESTINDIEN II

Ein Beitrag zur politischen Geographie kleiner und kleinster Räume.

III. Die spanische Kolonialzeit.

So lagen die Dinge in Mittelamerika und Westindien, als am Ende des 15. Jahrhunderts die Spanier Westindien und bald darauf Mittelamerika entdeckten und dank der außerordentlich großen staatlichen Zersplitterung und der stark unterlegenen Bewaffnung und Taktik der Indianer bald fast das ganze Gebiet sich untertan gemacht hatten. Nur gewisse Wald- und Gebirgsgebiete, sowie die Kette der Kleinen Antillen waren nicht tatsächlich unterworfen worden, weil die Aufgabe mit zu großen Blutopfern hätte erkauf werden müssen; man fürchtete mit Recht in Mittelamerika die plötzlichen Überfälle der Indianer im unsichtigen Urwald und andererseits im östlichen Westindien den Mut und die giftigen Pfeile der Karaien. Freilich würden auch diese Hemmnisse überwunden worden sein, wenn deren Wohngebiete reiche Goldschätze enthalten hätten. Da aber alles darauf hindeutete, daß solche nicht vorhanden waren, so ließ man diese Gegenden in der Hauptsache unbehelligt, um so mehr, als manche Kriegszüge unglücklich für die Spanier ausgefallen waren. Andererseits gelang es aber doch im Laufe der Zeit auf

mittelamerikanischem Boden das Herrschaftsgebiet auch in die anfänglich widerstehenden Landflächen vorzutragen, so im „Lande des Krieges“ (Tezulutan) um die Mitte des 16. Jahrhunderts durch friedliche Christianisierung seitens des großen Menschenfreundes Fray Bartolomé de Las Casas und seiner Mönche: ein leuchtendes Ehrenmal in der spanischen Kolonialgeschichte! Eine Folge dieser Großtat des Dominikaners war es, daß diese nunmehr „wahrer Friede“ (Vera Paz) genannte Landschaft in der Zukunft eine mönchisch-kirchliche Herrschaft wurde, in der die Ansiedelung von Spaniern verboten blieb, so daß sich indianische Sprache, Kultur und Volkheit bis über die Zeit der spanischen Herrschaft hinaus rein zu erhalten konnte. (In der Alta Verapaz waren sogar noch am Ende des 19. Jahrhunderts 95 % der Bevölkerung reinblütige Indianer!)

Wenn auch die letzte größere Indianerherrschaft des mittelamerikanischen Urwaldgebiets (Itzá) gegen Ende des 17. Jahrhunderts von Yucatán aus erobert werden konnte, so blieben aber doch noch weite Teile der atlantischen Urwaldflächen tatsächlich unabhängig und das um so leichter, weil die fast unbesiedelten Waldstrecken brauchbarer Wege ermangelten und daher nur schwer zu durchziehen waren. Die dort wohnenden Indianerstämme, an sich unbedeutend, fühlten sich meist als Feinde der Spanier und erschwerten daher etwaige Durchzugsversuche derselben noch mehr. Das ging soweit, daß gewisse atlantische Küstenstrecken von den meistbesiedelten pazifischen und inneren Landesteilen vielfach auf direktem Wege gar nicht oder nur sehr schwer zu erreichen waren. Sie blieben daher praktisch ebenso außerhalb des eigentlichen Machtbereichs der Spanier, wie die Kleinen Antillen oder die Bahamas, welche letztere von den Spaniern bald nach der Entdeckung bereits entvölkert worden waren.

Wenn die Spanier demnach auch ansehnliche Räume nicht zu durchdringen vermocht haben, so beherrschten sie doch vermöge ihrer überlegenen Seemacht zunächst das Gebiet des amerikanischen Mittelmeeres nebst den anliegenden Landschaften durchaus. Aber ihre Bevölkerungspolitik war so ungünstig als irgend möglich, denn sie achteten nicht darauf, die unterworfenen Völker mit allen Mitteln zu erhalten, vielmehr dezimierten sie sie alsbald durch Kriege und übermäßige, oft auch ungesunde Arbeit; dazu kamen eingeführte Krankheiten, von denen die Pocken besonders schwere Opfer gefordert haben, ohne daß ernsthafte Versuche gemacht worden wären, durch hygienische und ärztliche Maßnahmen dem Übel entgegenzuwirken. Wenn so in kurzer Frist die Bevölkerung des Festlands stark abnahm, so starb die Indianerbevolkerung der Großen Antillen fast ganz aus, da die willensschwachen Tainos vielfach Massenselbstmord übten.²⁾ Da der Versuch, durch Menschenraub an den benachbarten Küsten und Inseln neue Arbeiterscharen sich zu sichern, durch

deren Wegsterben ebenfalls rasch wieder vereitelt wurde, so blieb kein andres Mittel mehr übrig, als Neger aus Afrika als Sklaven einzuführen und so einen leistungsfähigen und klimastarken Arbeiterstamm zu gewinnen. So sehen wir denn, daß die gesamte arbeitende Bevölkerung in Westindien allmählich sich verändert und daß eine landfremde Menschenrasse an die Stelle der Ureinwohner auf den spanischen Inseln tritt, während auf dem mittelamerikanischen und mexikanischen Festlande nur wenige heiße Landstriche einen stärkeren Schuß von Negerblut bekamen.

Man muß die Abnahme bzw. das Verschwinden der indianischen Bevölkerung als ein Moment der Schwächung für die Spanier ansehen, da die Ureinwohner doch naturgemäß ein höheres Maß von Anhänglichkeit an ihre vererbte Scholle besaßen, als die entwurzelten Neger. Diese Tatsache ist um so folgenschwerer, als die weiße Bevölkerung äußerst dünn gewesen ist. Leider bin ich nicht in der Lage, für die spanischen Antillen eine bestimmte Zahl angeben zu können. Sicherlich war sie aber recht niedrig. Für Neuspanien (Mexiko bis einschließlich Chiapas) wurden gegen Ende des 16. Jahrhunderts nur etwa 20 000 Weiße und etwa ebensoviele Neger angenommen, für Mittelamerika (Guatemala bis Costa Rica und Veragua) rund 3000 Weiße. Bedenkt man ferner, daß weitaus die Mehrzahl dieser Bevölkerung im Innern und nahe der Südseeküste wohnte, so begreift man, daß die urwaldbedeckten atlantischen Küsten nur äußerst dünn mit weißen Siedelungen besetzt gewesen sind. Dazu kommt, daß diese wenigen Küstenorte sehr schwach bevölkert waren und daher aus sich heraus wenig Widerstand gegen etwaige Angriffe von auswärts leisten konnten, zu allem hin aber nur auf langwierigen schlechten Wegen von den größeren Städten des Innern aus erreichbar waren.

Das war nicht schlimm, so lange Spanien das westindische Meer völlig beherrschte. Aber als die spanische Seegeltung durch den Verlust der Armada gegen Ende des 16. Jahrhunderts schwand, wurden die Inseln und Küsten des caraibischen Meeres nicht mehr genügend geschützt und als nun am Anfang des 17. Jahrhunderts Freibeuter auf dem Plan erschienen und den spanischen Schiffen und Siedlungen nachstellten, da fanden sie guten Unterschlupf in den von der spanischen Regierung tatsächlich nicht besetzten Gebieten, wo sie zugleich vielfach seitens der dortigen, den Spaniern feindseligen Indianer noch Unterstützung fanden.

Neben Flibustiern traten privilegierte Handelsgesellschaften auf den Plan und nachdem die Engländer 1612 die Bermudas besiedelt hatten, erschienen sie bereits 1623 auf der kleinen Antilleninsel St. Christopher, wo zwei Jahre später an deren anderen Ende sich die Franzosen festsetzten, die bald darauf, ebenso wie die Engländer, weiter ausgriffen, so daß um die Mitte des 17. Jahrhunderts bereits ein großer Teil der kleineren Inseln Westindiens den Spaniern end

gültig entrissen war. Außerdem hatten sich die Holländer auf Saba, St. Eustatius und St. Martin in den Kleinen Antillen und auf Curaçao nebst seinen Nachbarinseln vor der südamerikanischen Küste festgesetzt, die Franzosen Tortuga und den unbewohnten westlichen Teil von Haiti genommen, während 1655 auch Jamaica in die Hände der Engländer fiel und die Dänen einen Teil der Jungferninseln gegen Ende des 17. Jahrhunderts nahmen. So war den Spaniern um 1660 außer Cuba und Puerto Rico nur Osthaiti, sowie Trinidad und kleinere Inseln verblieben. Die ersteren drei Gebiete waren verwaltungstechnisch zu einer Einheit zusammengefaßt. Aber auch auf dem Festland hatten Schotten sich an der Küste von Britisch-Honduras festgesetzt und Engländer von Jamaica aus Beziehungen zu den Indianern der Mosquitoküste angebahnt, während die Flibustier auf der Nicaragua gegenüberliegenden kleinen Insel Old Providence, auf der vor der hondurensischen Küste gelegenen Insel Ruatan und an anderen Stellen festen Fuß faßten.

Die nichtspanischen Handelsgesellschaften hatten anfänglich versucht, mit weißen Arbeitern durchzukommen, was dazu führte, daß ansehnliche Zahlen derselben nach Westindien kamen und so gegenüber den dünnbesetzten Spaniern trotz der kleinen besetzten Flächen einen starken Halt erhielten. Und obwohl auch sie allmählich einsahen, daß mit weißer Arbeit nicht voranzukommen war, so blieb doch eine verhältnismäßig zahlreichere weiße Bevölkerung in diesen Wohngebieten zurück und stärkte ihre Stellung.

Ohne auf die kürzeren Episoden kurländischer, brandenburgischer und schwedischer Festsetzungen einzugehen, sei nur hervorgehoben, daß schon um das Ende des 17. Jahrhunderts die westindische Inselwelt zwischen der spanischen und den anderen europäischen Herrschaften geteilt war und daß wirtschaftlich vielfach die nichtspanischen Besitzungen sogar den Vorrang erlangt hatten, vor allem im Plantagenwesen. Aber auch der Handel blühte in den nichtspanischen Gebieten — freilich vor allem der nichtlegitime Schmuggelhandel nach benachbarten spanischen Gebieten hinüber, so von Jamaica aus nach Campeche oder von Curaçao nach dem südamerikanischen Festlande u. s. f.

Handelspolitisch waren alle europäischen Besitzungen jeweils aufs engste mit ihrem Mutterlande verbunden, was ihre Entwicklung naturgemäß hemmen mußte, wozu dann, namentlich seitens Spaniens, noch einschneidende Anbauverbote im Lande selbst zu Gunsten der mutterländischen Erzeuger hinzukamen (so das Verbot des Weinbaus, der Olivenkultur, der Seidenzucht). England ging in seinen Beschränkungen nicht so weit, erlaubte aber seinen westindischen Kolonien nicht, raffinierten Zucker herzustellen, womit es sie in entschiedenem Nachteil gegenüber den französischen Kolonien (vor allem Haiti) brachte, die an Ort und Stelle gleich weißen Zucker erzeugen und verschicken durften.

Politisch war ganz Westindien (mit Ausnahme weniger kleiner Antilleninseln) ein europäisches Kolonialgebiet geworden und damit war es durchaus abhängig von den politischen Anschauungen und Wechselfällen Europas. Jede Selbstbestimmung blieb ihm vorenthalten und wenn auch die englischen Besitzungen ein gewisses Maß von Selbstverwaltung zugestanden erhielten, so blieben doch auch sie außenpolitisch vollständig am Gängelband ihres Mutterlandes — wenn auch in den Handelsbeziehungen mehr Freiheit herrschte, als im spanischen Kolonialreiche, wo der Außenhandel sich in festbestimmten Zeitintervallen und unter dem Schutz begleitender Kriegsschiffe abspielte und wo in der inneren Verwaltung alle hohen Stellen Leuten aus dem Mutterlande vorbehalten blieben, während die in Amerika geborenen Weißen (Kreolen) gewissermaßen Bürger zweiten Grades waren. — Es war das ein gewaltiger politischer Fehler, da er dem landesbürtigen Weißen das Gefühl der Zurücksetzung gegenüber den „Peninsulares“ einimpfte und so einen allmählich immer stärker werdenden Lokalpatriotismus großzog, der schließlich bis zu Abtrennungsgelüsten sich verstärkte.

Ein eigenstaatliches Gefühl konnte in Westindien im 17. und 18. Jahrhundert nirgends aufkommen, es sei denn in rudimentärer Form in den kleinen Gemeinwesen entlaufener, in unzugänglichen Waldwildnissen hausender Neger („Marones“, gegen die zuweilen geradezu Kriege geführt werden mußten, so auf Jamaica 1734, 1736, 1795) oder in den kommunistischen Freistättchen der Flibustier, die sich in der Hauptsache von Seeraub und von der Plünderung ungenügend geschützter Plätze erhielten, aber zuweilen auch größere Unternehmungen wagten, so den erfolgreichen Angriff auf Panamá am Ende des 17. Jahrhunderts. Freilich konnten sich die Flibustier nur so lange in Westindien (zeitweise auch im Stillen Weltmeer) halten, als die nichtspanischen Mächte sie duldeten, während sie alsbald erliegen mußten, als sie auch diesen unbequem geworden waren: Vernichtung der Flibustier auf ihrem Hauptstützpunkt, den Bahamas, durch die Engländer 1718/19, ein Schlag, der nur an wenigen Stellen (z. B. Ruatan) noch einige Zeit überdauert wurde.

Auf dem mittelamerikanischen Festlande lagen die Dinge etwas anders als im Inselgebiete. Hier lagen größere zusammenhängende Festlandsflächen vor, die zu Verwaltungseinheiten zusammengefaßt werden mußten, was in recht ungleicher Weise geschah: man richtete sich nicht nach der natürlichen Einheit der Landbrücke zwischen den beiden Landengen von Tehuantepec und Panamá oder Darién, sondern gliederte Tehuantepec, Tabasco, Campeche und Yucatán noch Neu-Spanien an, dagegen das Gebiet der gegenwärtigen Republik Panamá dem benachbarten Neu-Granada, obgleich, wie noch heute, nicht ein einziger brauchbarer Landweg dorthin führte, jeglicher Verkehr also zu Wasser erfolgen mußte. Der Rest der Landbrücke wurde

zu dem Generalkapitanat Guatemala zusammengeschlossen und dieses in sechs Provinzen eingeteilt: Chiapas, Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costarica. Bei der Kleinheit der indianischen Staatswesen und Sprachgebiete umfaßte jede dieser kleineren Verwaltungseinheiten eine Mehrheit, oft eine Vielheit derselben. Dabei muß im Auge behalten werden, daß die einzelnen Indianerstaaten und -stättchen einander größtenteils feindselig gesinnt gewesen waren und daß diese Gesinnung nicht nur die Zeit der indirekten spanischen Herrschaft überdauerte, d. i. die Zeit, in der die indianischen Fürstengeschlechter und politischen Einrichtungen noch der Form nach erhalten geblieben waren, so daß die spanischen Verwaltungsorgane durch ihre Vermittlung ihre Befehle erteilten und Steuern einhoben, sondern auch späterhin noch anhält, ja in sehr vielen Fällen bis zum heutigen Tage besteht. Und nicht etwa nur zwischen den Gebieten der verschiedenen Indianersprachen, deren um die Wende des 20. Jahrhunderts noch etwa 50 gesprochen wurden (gegen nur 1 — caraimisch — in Westindien!), herrscht vielfach entschiedene Abneigung bis zum heutigen Tage, sondern oft auch noch zwischen den Bewohnern verschiedener Herrschaftsgebiete der alten Zeit innerhalb desselben Sprachgebiets, wie ich in der Alta Verapaz habe feststellen können, wo die einstigen drei Kekchifürstentümer von Cobán, Carchá und Chamelco noch immer an dem partikularistischen Verhalten ihrer jetzigen Bewohner erkennbar sind!

Man sieht aus den bisherigen Darlegungen, daß die spanischen Verwaltungseinheiten hinsichtlich ihrer Volksbestandteile höchst uneinheitlich waren, ja daß allerlei stark widerstrebende Elemente darin enthalten waren. Es ist psychologisch sehr verständlich, daß die Indianer überall in den Spaniern nur ihre Unterdrücker sahen, und daß ihr politisches Fühlen am Boden und am Stamm haftete, ja, wo die Stammsprache und -art erhalten geblieben ist, bis zum heutigen Tage noch haftet. Im Laufe der Zeit machte aber die Vermischung der Spanier mit den Indianern immer größere Fortschritte und Hand in Hand damit auch die Ausbreitung der spanischen Verkehrssprache, die gegenwärtig im südlichen Mittelamerika bereits so sehr das ganze Gebiet beherrscht, daß die Indianersprachen nur noch kleine Inselchen darstellen, während im nördlichen Mittelamerika noch immer kompakte Indianergebiete vorhanden sind, in denen das Spanische erst wenig Eingang gefunden hat, so daß man stellenweise beim Reisen noch Dolmetscher benötigt.

Die Spanier haben sich bei der Verwaltungseinteilung Mittelamerikas als kluge Politiker erwiesen, insofern sie überall den Verwaltungsmittelpunkt der Provinzen in das Gebiet des bedeutendsten Staates und der größten Volksansammlung verlegten, was ihren Maßnahmen von vornherein größere Kraft gab. Eine einzige Ausnahme bildete die Provinz Guatemala selbst, wo der Sitz der Regierung ins Gebiet der Cakchiqueles, und nicht in das der mäch-

tigeren und volkreicheren Quichés verlegt worden ist (und zwar deshalb, weil die Cakchiqueles die Spanier zur Hilfe gegen die Quichés ins Land gerufen hatten) — ein Umstand, der sich lange später beinahe noch gerächt hätte, indem nämlich der Versuch der Errichtung der „República de Los Altos“ 1839/40 auf dem Gegensatz zwischen den beiden Hauptdichtgebieten Guatemalas beruhte.

Großen Weitblick bewiesen die Spanier in der Wahl ihrer Provinzhauptstädte, die sie bei allen an beide Meere grenzenden Provinzen in der Nähe der Hauptwasserscheide und damit an einem verkehrsgeographisch besonders günstigen Punkte errichteten, während auf den Inseln und bei dem maritim orientierten Panamá die Lage am Meere naturgemäß gegeben war.

Im Laufe der Zeit und mit einsetzender direkter Verwaltung, vor allem aber mit wachsender Vermischung zwischen Weißen und Indianern milderten sich allerdings die Gegensätze zwischen den einzelnen Bevölkerungselementen und im Süden Mittelamerikas überwog bald das Mischlingselement stark — mit einziger Ausnahme von Costa Rica, wo die Indianer sich so frühzeitig in die Wälder zurückgezogen hatten, daß eine Vermischung in stärkerem Maße überhaupt nicht erfolgte und daher hier eine Provinz mit vorwiegend weißer Bevölkerung entstand.

In den einzelnen Provinzen ist innerhalb des Mischlingsbestandteils allmählich allerdings eine gewisse Vereinheitlichung der Bevölkerung durch Zwischenheiraten erfolgt; aber da in jeder Provinz andere und zum Teil sogar sehr verschiedene indianische Unterlagen vorhanden gewesen waren, so begreift man, daß die Bewohner der einzelnen Provinzen sich von jeher stark voneinander in Charakteranlagen und Geistesrichtung unterschieden und noch jetzt unterscheiden, und das vor allem in Gegenden, wo auch die eingewanderten Spanier aus verschiedenen Heimatstämmen herrührten. —

Vergleicht man mit diesen Verhältnissen die Westindiens, so erkennt man den gewaltigen Unterschied zwischen beiden Gebieten hinsichtlich ihrer Bevölkerung sofort: auf dem Festland Indianer und Mestizen, auf den Inseln Neger und Mulatten neben den spärlichen Weißen. Die an sich so betrübliche Tatsache der Vernichtung aller Indianer auf den größeren Inseln führte dazu, daß diese Gebiete späterhin im völkischen Unterbau der Gegensätze entbehrte, die in Mittelamerika durch die Verschiedenheit der Stämme gegeben war. Freilich hatten die wurzelfremden Neger auf westindischem Boden ebensogut ein Gefühl des Hasses gegen ihre weißen Herren, wie die mittelamerikanischen Indianer, und beiden fehlte gleichermaßen jegliches Interesse und Verständnis für das spanische Mutterland, das aus weiter Entfernung seine Verfügungen traf und noch dazu oft genug ohne genügende Kenntnis der Verhältnisse in der Kolonie.

Wenn aber theoretisch Spanien das mittelamerikanische Festland in seiner ganzen Ausdehnung beherrschte und die vielen tatsächlich noch bestehenden unabhängigen Indianerstättchen der Urwaldgegenden offiziell ignorierte, so gab es um die Mitte des 18. Jahrhunderts immerhin noch rechtlich anerkannte Indianergebiete auf den Kleinen Antillen, insofern den Karaibern ihr Besitzrecht auf Domimika und St. Vincent 1748 in aller Form anerkannt wurde, was freilich nicht hinderte, daß auch diese Inseln nicht lange hernach in die landgierigen Hände der Europäer fielen.

Wohl stammten auch die einzelnen Neger aus verschiedenen Teilen Afrikas und hatten daher auch ursprünglich verschiedene Kultur und Auffassung gehabt, aber da diese Elemente nicht getrennt wohnten, so wurde das Neger-element bald verhältnismäßig einheitlich, wobei alte Glaubensansichten nur stellenweise erhalten geblieben waren. Bald brachten nur noch die europäischen Sprachen und Kulturen eine Differenzierung in die Negermassen, insofern spanische, englische und französische Sprache sie in drei Hauptgruppen schied, während die Holländer und Dänen in zu geringer Zahl erschienen waren, um ihr Idiom größeren Negermassen zu übertragen, weshalb auch auf den nördlichsten Kleinen Antillen überall (auch im dänischen und holländischen Gebiet) englische Volkssprache geherrscht hatte und noch herrscht. Die auf manchen englischen Kleinen Antillen gebräuchliche „Langue Créole“ (d. i. der französische Negerdialekt) zeigt dagegen noch heute die frühere französische Kolonisation an.

IV. Die neue Zeit.

Die Schriften der französischen Aufklärung waren die ersten Morgenröte einer neuen Zeit, die 1776 mit der Unabhängigkeitserklärung der späteren Vereinigten Staaten und der darin verkörperten Unzufriedenheit der europäischen Kolonisten auf amerikanischem Boden jäh in Erscheinung trat. Spanien verstand die Zeichen der Zeit und bewilligte seinen Kolonien eine Reihe von Reformen, die vor allem dem Handel wesentliche Erleichterungen schufen, ohne jedoch die sehr berechtigten Klagen der Kreolen zum Schweigen bringen zu können. Dann kam die große französische Revolution und mit ihr die Befreiung der Sklaven in der französischen Kolonie Haiti. Napoleon versuchte zwar hernach den übereilten Schritt wieder rückgängig zu machen, vermochte aber trotz der Gefangennahme des Negerführers Toussaint de l'Ouverture die Negermassen nicht mehr zu bändigen, da diesen ein damals unbesiegbarer Bundesgenosse zur Seite stand: das Gelbe Fieber im Verein mit Malaria und anderen Tropenkrankheiten. So entstand an der Stelle der blühenden französischen Kolonie auf der Schwelle des 19. Jahrhunderts eine Negerrepublik mit französischer Staatssprache, der sich das Mulattengebiet der spanisch redenden östlichen Inselhälfte zugesellte.

Um 1810 begann auf dem spanischen Festland in Mexiko und in Neu-Granada der Kampf der Kreolen und Mischlinge um die Selbständigkeit, und als die spanischen Streitkräfte in jenen Ländern sich nicht mehr behaupten konnten, traten am 15. September 1821 die höchsten bürgerlichen und kirchlichen Persönlichkeiten der Stadt Guatemala in Verbindung mit zahlreichen königlichen Beamten und hervorragenden Kreolen zu einer Beratung zusammen, als deren Ergebnis auf friedlichem Wege die Unabhängigkeit Mittelamerikas beschlossen wurde. Der Generalkapitän Gainza und die Gouverneure der Einzelprovinzen fuhren fort, die Regierung auszuüben, bis über die neue Regierungsform entschieden war. Das geschah zunächst im Sinn des Anschlusses an das mexikanische Kaisertum Iturbides (1822), indes nach dessen Sturz im folgenden Jahre eine Föderativrepublik nach dem Muster der Vereinigten Staaten geschaffen wurde, wobei aber sich Chiapas ausschloß, da es mit Mexiko vereint blieb. Auch Panamá fuhr fort, ein Teil von Neu-Granada zu sein.

So gehörte denn die mittelamerikanische Landbrücke nunmehr (ab 1823) drei verschiedenen selbständigen Staaten an: Mexiko, Mittelamerika und Neu-Granada. Alle drei entbehrten verwaltungsgeübter starker Persönlichkeiten, die den neuen Staatsschiffen jeweils eine sichere Fahrt hätten verbürgen können. In den Parlamenten traten die größten Gegensätze hervor und die Ungleichartigkeit der Bevölkerungen dieser Staatswesen führte vielfach zu Trennungstendenzen einzelner Bestandteile, die in Verbindung mit den ehrgeizigen Bestrebungen politischer Caudillos keine Beruhigung der Leidenschaften aufkommen ließen. So trennten sich die einzelnen Staaten der mittelamerikanischen Föderativrepublik 1839 in ihre verschiedenen Bestandteile, die zu unabhängigen Freistaaten wurden und nun selbständig ihren Weg gingen, ohne daß es einem von ihnen vergönnt gewesen wäre, irgend welche größeren politischen Erfolge zu erringen, denn jeder einzelne dieser Staaten war zu schwach, um etwas Durchgreifendes im Gegensatz zu einem der Nachbarstaaten erreichen zu können. So kommt es, daß die Unklarheit, in der die alte spanische Verwaltung die Grenzen der einzelnen Provinzen gelassen hatte, wohl zu vielen Konflikten, aber zu keinen allzubedeutsamen Gebietsverlusten bestimmter Staaten führte, während allerdings die beiden äußersten Staaten, Guatemala und Costa Rica, große Stücke Landes an ihre größeren Außennachbarn abgeben mußten. Schlimmer als die äußeren Schwierigkeiten waren für die meisten Republiken die inneren Streitigkeiten, die Häufigkeit der Revolutionen — wobei allerdings ein Freistaat eine rühmliche Ausnahme machte: das kleine Costa Rica, dessen weiße Bevölkerung sich eines hohen Grades von Mäßigung befleißigte, da sie eben allein reif für die gewählte Staatsform gewesen war.

Natürlich kam der Nachteil der Verkleinerung der Staatsfläche und der Volkszahl vielen einsichtigen Mittelamerikanern zum Bewußtsein, weshalb

immer wieder Versuche zur Wiedereinigung der fünf Republiken gemacht wurden. Ja, es wurden vielfach die Vorteile einer politischen Vereinigung ganz übertrieben eingeschätzt, wie denn 1890 in dem kleinen guatemaltekischen Hafenplatz Livingston gelegentlich eines neuen Einigungsversuches ein Schulkind bei der Feier pathetisch deklamierte: „Que tiemblen los tiranos en Europa!“ („Es mögen die Monarchen in Europa zittern!“), da der Dichter glaubte, daß die fünf mittelamerikanischen Republiken vereint die europäischen Großmächte an Macht überragen würden! Aber alle Versuche schlugen nach kürzerer oder längerer Dauer immer wieder fehl und man begnügt sich, wie es scheint, gegenwärtig damit, außer Schiedsgerichtsverträgen den Angehörigen der übrigen Schwesterländer auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung und des öffentlichen Lebens möglichst entgegenzukommen, wobei aber immer nur die einst vereint gewesenen Staatsgebilde gemeint sind, während Panamá als durchaus fremd und fernstehend betrachtet wird.

Panamá war als „Tierra firme“ im alten spanischen Kolonialreich das wichtigste Durchgangsland für die nach und von den pazifischen Kolonialgebieten gehenden Güter und Personen gewesen und hatte bei seiner räumlichen Abtrennung vom Hauptkörper Neu-Granadas eine gewisse Sonderstellung eingenommen. Das ging in politischer Beziehung so weit, daß das Departamento sich zeitweise selbständig machte (1855—61) und auch 1885 wieder denselben Wunsch zu erkennen gab. Auch wirtschaftlich ging es zum Teil seine eigenen Wege, wie es denn zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Inflation von Colombia nicht mitmachte, sondern in seinem Gebiet an der Silberwährung festhielt. Und als nach dem Ankauf der französischen Kanalarbeiten durch die Vereinigten Staaten 1903 Colombia die Abtretung eines Landstreifens zu beiden Seiten des im Bau begriffenen Kanals nicht bewilligen wollte, sagte sich Panamá aufs neue los und vermochte dank der Begünstigung durch die Vereinigten Staaten seine Unabhängigkeit zu behaupten, wobei es allerdings den Vereinigten Staaten ein Interventionsrecht eingestehen mußte.

Im äußersten Norden Mittelamerikas ist die Halbinsel Yucatán verkehrsgeographisch in ganz ähnlicher Lage zum mexikanischen Hauptland wie im äußersten Süden Panamá zum colombianischen, insofern auch hier eine gangbare Landverbindung zum Hauptland fehlt und nur Seeverkehr die Verbindungen zwischen beiden Landesteilen aufrecht erhalten kann. Die politischen Folgen waren denn auch die gleichen: auch bei Yucatán steigerten sich die Abtrennungstendenzen mehrfach bis zu politischer Selbständigmachung (1841—47 und später wieder nach 1850 für längere Zeit). Seit der Episode des Kaisers Maximilian freilich ist Yucatán fest im mexikanischen Staatsgefüge verblieben, obgleich die Sympathien für die Mexikaner des Hochlands gering sind. Yucatan spielt aber in der politischen Geschichte Mittelamerikas inso-

fern noch eine besondere Rolle, als es die schwersten Indianeraufstände des ganzen Gebiets zu ertragen hatte. Indianeraufstände sind zwar auf dem Boden des nördlichen Mittelamerika auch in Guatemala und Chiapas zeitweise in ziemlich großem Maßstab erfolgt und selbst Westindien erlebte gegen Ende des 18. Jahrhunderts (1796) noch einen größeren Indianeraufstand, der auf der Insel St. Vincent zu Gunsten Frankreichs erfolgte, aber bald damit beendet worden ist, daß 5000 Karaiben nach der mittelamerikanischen Baiinsel Ruatan übergesiedelt wurden.³⁾ Aber alle diese Aufstände waren verhältnismäßig bescheiden in ihren Ausmaßen, schon aus dem Grund, weil die betreffenden Stämme weniger volkreich gewesen sind, als die in großer Zahl in Yucatán wohnenden Mayas.

Wenn schon die politisch bindende Kraft der Sprache bei den Indianern nirgends sehr stark gewesen ist, so reichte sie doch unter allen Umständen aus, um politische Bewegungen innerhalb des betreffenden Sprachgebiets zu erleichtern. Nur in einem so ausgedehnten und volkreichen Sprachgebiet wie dem der Mayas konnten so weitreichende Erhebungen Platz greifen, wie sie schon 1761 den Spaniern schwer zu schaffen gemacht hatten oder wie sie 1847 weite Teile Yucatáns verwüsteten. Der Krieg der Mayas im Osten und Süden der Halbinsel ging nach 1847 noch Jahre lang mit wechselndem Glück weiter und wenn auch 1853 die Indianer von Ixcanhá (sprich: Ischkanhá) und Icaiché Frieden mit der mexikanischen Regierung schlossen und gegen Anerkennung der mexikanischen Oberhoheit kleine in den inneren Angelegenheiten selbständige Stätten bildeten, so vermochten doch die östlichen Mayas ihre Unabhängigkeit auf lange Jahre zu behaupten und bildeten einen faktisch unabhängigen Staat innerhalb der politischen Grenzen der mexikanischen Republik. Da dieser Staat an Britisch Honduras angrenzte und von dort aus sich die Güter erster Notwendigkeit jederzeit verschaffen konnte, so war ihm lange Dauer beschieden, die natürlich unmöglich gewesen wäre, wenn er im Innern des mexikanischen Staatsgebiets gelegen gewesen wäre. Das später in vier Provinzen eingeteilte unabhängige Gebiet umfaßte zur Zeit seiner Gründung um 1850 etwa 40 000 Einwohner, die aber bis gegen 1894, als ich das Gebiet berührte, auf 10—15 000 zusammengeschmolzen sein mochten. Sie hatten sich mehr und mehr auf einen Streifen zwischen Chansantacruz und Bacalár verdichtet, so daß ein breiter unbewohnter Urwaldstreifen das unabhängige Gebiet von den mexikanischen Teilen der Halbinsel trennte. Die Oberleitung des Staates war nicht in einer bestimmten Familie erblich, vielmehr rückte immer die jeweils niedrigere Charge eines Kommandanten zum „General“ auf, der oberster Heerführer und Richter war, aber offenbar der Volksversammlung gegenüber verantwortlich gewesen ist. Eine Wiedereroberung des Gebiets durch mexikanische Truppen 1871 blieb ohne nachhaltigen Erfolg und nach-

dem die mexikanische Regierung mit großen Streitkräften das ganze Gebiet 1901/02 wieder erobert und mehrere Jahre mit festen Garnisonen gehalten hatte, ist schließlich doch wieder eingetreten, was ich 1894 in einem Sonderbericht der mexikanischen Regierung als wahrscheinlich vorausgesagt hatte: daß nämlich die besiegten Indianer ausweichen (was gegen Tulum zu geschehen ist) und daß sie allmählich wieder in ihre alten Sitze einrücken würden. Freilich soll ihre Zahl jetzt auf etwa 5000 zurückgegangen sein, so daß sie allmählich zur Bedeutungslosigkeit herunterkommen dürften, wie das schon so vielen anderen in die Urwälder geflüchteten Stämmen Mittelamerikas geschehen ist.⁴⁾

Ich habe das Beispiel von Yucatán etwas ausführlicher behandelt, um daran zu zeigen, wie der Besitz einer starken Ureinwohnerschaft zu bedeutsamen politischen Folgen innerhalb des betreffenden Erdgebiets führen kann. Aber damit ist es in Yucatán noch lange nicht getan gewesen, vielmehr ist (größtenteils durch die Folgen des großen Aufstandes und des nachherigen Kriegszustandes, sowie der hygienischen Verschlechterung der Wohnverhältnisse zahlreicher Bewohner der Halbinsel) ein starker Rückgang ihrer Gesamtbevölkerung eingetreten. Wir sind freilich nicht in der Lage, den Einfluß der erwähnten politischen Vorgänge und Zustände auf die Volkszahl im einzelnen belegen zu können. Aber so viel ist klar, daß dieser Aufstand einen großen Teil der Schuld an dem relativen Zurückbleiben der Bevölkerung der Halbinsel gegenüber der anderer Gebiete der Nachbarschaft trägt: Während diese alle in den letzten 150 Jahren ganz bedeutende Volkszunahme erfahren haben, ist die Volkszahl der Halbinsel Yucatán gegenüber früher stark zurückgegangen, wie folgende Zusammenstellung zeigt:

Intendantschaft Mérida (Halbinsel Yucatán)	1803: 465 000 Einw. ^{*)}	1921: 406 000 Einw.
Chiapas	1778: 69 000 „ ^{**)}	1921: 422 700 „
Guatemala	1778: 366 000 „ ^{**)}	1920: 2 005 000 „
Honduras (ohne Tapazgalpa u. Tologalpa)	1778: 88 000 „ ^{**)}	1922: 662 000 „
Salvador	1778: 147 000 „ ^{**)}	1922: 1 526 000 „
Nicaragua	1778: 104 000 „ ^{**)}	1920: 638 000 „
Costa Rica	1778: 33 000 „ ^{**)}	1922: 485 000 „
Panamá	?	1920: 435 000 „
Panamákanalzone	?	1921: 27 000 „
Britisch Honduras	?	1921: 45 000 „

^{*)} Alex. v. Humboldt, Versuch über den politischen Zustand des Königreichs Neu-Spanien. Tübingen 1810, Seite 167.

^{**)} Domingo Juarros, Compendio de la Historia de la Ciudad de Guatemala. Guatemala 1808.

Freilich ist dabei zu bemerken, daß auf der Halbinsel Yucatán die beiden Staaten Yucatán und Campeche in dem Zeitraum zwischen den letzten Zählungen 1910 und 1921 infolge der Wirkungen der in dieser Zeit stattgehabten

Revolution erheblich an Einwohnerzahl eingebüßt haben: — 4,5 % bzw. — 19,1 %, wogegen die tatsächliche Zunahme der Volkszahl des sehr dünnbevölkerten Territoriums Chintana Roo (20,4 %) nicht viel bedeutet. So ist denn der Rückgang der Bevölkerung des Gebiets in den letzten 120 Jahren auf 59 000 Seelen anzunehmen — eine katastrophale Feststellung, die einem höchst unwahrscheinlich erscheinen müßte, wenn nicht ein Vergleich älterer mit neueren Karten des Gebiets augenfällig zeigen würde, welche große Zahl von Dörfern inzwischen eingegangen ist und unbewohnten Flächen Platz gemacht hat! Dazu kommt, daß der Norden und Westen der Halbinsel als Teil von Mexiko von dessen zahlreichen Revolutionen und inneren Kriegen im 19. Jahrhundert viel zu leiden hatte. Aber alle diese inneren Reibungen haben das Hauptgebiet Mexikos nicht so stark mitgenommen, daß nicht im 19. Jahrhundert eine erhebliche Zunahme der Bevölkerung erfolgt wäre — aber allerdings eine wesentlich geringere, als die mittelamerikanischen Länder aufweisen.

Die zahlreichen praktisch noch fast unabhängigen Indianerstämmchen der großen Urwaldzone der atlantischen Seite südlich Mexikos sind zumeist so volksarm, daß sie völlig ohne Bedeutung sind und die San Blas-Indianer des Isthmus von Panamá, die noch vor etwa zehn Jahren den Staat Panamá nicht anerkannt hatten und unentwegt die colombianische Flagge weiterbenützten, sind durch einige geschickte Manöver des damaligen Präsidenten von Panamá (Dr. Porras) friedlich der neuen Regierung gewonnen worden.

Wo immer Indianerstämme (oder in Westindien in früheren Zeiten entlaufene Negerklaven: „Marones“) ein gewisses Maß von Selbständigkeit hatten erlangen können, da war es immer der Schutz des Waldes gewesen, der das ermöglichte. Aber damit ist die politische Rolle des Urwaldes noch nicht erschöpft, sondern bis in die Gegenwart hinein ist seine verkehrshemmende Eigenschaft für die Gestaltung der wirtschaftlichen wie politischen Verhältnisse von großer Bedeutung. Das konnte man in unserem Jahrhundert sehr deutlich in Nicaragua beobachten: In diesem Lande ist die Bevölkerung der atlantischen Küste durch einen breiten Urwaldgürtel fast ganz gegen den bevölkerteren pazifischen Landesteil abgeschlossen, so zwar, daß um 1920 jemand, der von Bluefields nach der Hauptstadt Managua reisen wollte, am besten tat, mit dem Schiff nach Puerto Limón zu fahren, dann auf der kostaricanischen Bahn die Landbrücke zu überqueren, von Puntarenas mit dem Dampfer nach Corinto zu reisen und dann wieder die Eisenbahn nach Managua zu benutzen, wenn er nicht vorzog, die Reise über Panamá zu machen! Diese Umstände haben im Verein mit der verschiedenen natürlichen Ausstattung beider Landesteile bewirkt, daß fast kein Verkehr zwischen beiden besteht und daß jedes sein Eigenleben lebt. Verstärkt wird diese Trennung noch durch die Tatsache, daß an der atlantischen Küste Englisch, an der

pazifischen aber Spanisch Hauptverkehrssprache ist. So war es denn ein Leichtes, von hier aus die Herrschaft Zelayas 1909 zu stürzen, um so mehr, als auch in diesem Fall die Amerikaner die Revolutionäre unterstützten, so daß der kühne militärische Zug des nicaraguenischen Generals Godoy durch das Urwaldgebiet mit Kanonen und anderem Kriegsgerät wertlos wurde.

Wenn so der Urwald in jüngster Zeit in Nicaragua politische Folgen zeitigte, so ist dasselbe lange zuvor schon der Fall gewesen, indem durch seine Anwesenheit den Indianerstämmen der atlantischen Küste immer ein gewisses Maß von Selbständigkeit verblieben ist, während gleichzeitig englische Einflüsse sich von der See her geltend machten. So kam es, daß — lange vor W. Wilson — um die Jahrhundertwende (1900) erst eine Volksabstimmung den Entscheid geben mußte, daß die Mosquitoküste in die Republik Nicaragua aufgehen dürfe — eine Entscheidung, bei der freilich, wie mir versichert wurde, freigebig gespendeter Alkohol die Stimmung stark beeinflusst haben soll, was als ein bescheidener Beitrag zu der noch zu schreibenden Geschichte der politischen Wirksamkeit des Alkohols hier beiläufig erwähnt sein möge.

Anmerkungen

1) Die Staatswesen der Mayavölker. Comptorendu des 21. Internationalen Amerikanistenkongresses, 2. Session, Göteborg 1925, S. 174 ff.
2) Otto Stoll, Suggestion und Hypnotismus in der Völkerpsychologie, Leipzig 1894, S. 187 ff.

3) Karl Sapper, Mittelamerikanische Reisen und Studien. Braunschweig 1902, Seiten 243.
4) Karl Sapper, Das nördliche Mittelamerika. Braunschweig 1897, Seiten 246 ff.

J. L. WILSER:

DAS ERDÖL IN DER WELTWIRTSCHAFT UND WELTPOLITIK I

Wie ein strahlender Komet ist am Wirtschaftshimmel der Welt die Erdölindustrie heraufgestiegen.

Unsere Großeltern wußten noch wenig vom Steinöl; es war russendes Heizmittel, Wagenschmiere, den Indios Kriegsbemalung, anderen Medizin und Kultgegenstand. Als unsere Eltern Kinder waren, fing man an, Leuchtöl darzustellen und erfand die Petroleumlampe (1857). Der deutsche Chemiker Liebig entwarf 1860 eine großangelegte Veredelungsfabrik, eine Raffinerie für Baku, wo die Gebrüder Nobel Erdöl im großen fördern wollten. Ähnliche Bestrebungen waren gleichzeitig in den östlichen Vereinigten Staaten Nordamerikas im Gange. In wenigen Jahren entfesselte sich der Strom.¹⁾ Rußland blieb anfänglich in den Schatten gestellt durch Nordamerika, wo Rockefeller 1870 die Standard Oil Co. gründete. Galizien lieferte schon 1861

Schmieröle. Um die Jahrhundertwende stellten Nordamerika und Baku fast die gesamte Weltölförderung mit je rund 9 Millionen Tonnen Steinöl, aus denen insgesamt 8 Millionen Tonnen Leuchtöl fabriziert wurden. Leuchtöl, Schmieröl und Heizöl brachten überall den Unternehmern Ströme von Gold. Die Rockefeller-Stiftungen und die Nobelpreise sind mit Öl getauft.

Das begehrteste Produkt der Petroleumindustrie war bis in unser Jahrhundert hinein das Leuchtöl. Schmieröle blieben verhältnismäßig nebensächlich. Das Benzin, seit dem Kriege der wichtigste Stoff, war anfänglich lästige Beigabe; dieser „Edelteil“ wurde auf die Halde geführt, wie es den Abraumsalzen in der Kaliindustrie ergangen war, bis die deutsche Chemie deren Wert entdeckte. Für die Leuchtöl-„Abfallstoffe“, die 50—70% des Rohöles ausmachten, schuf erst der Ingenieur volle Verwendung, der Verbrennungs- und Explosionsmotoren baute. Schweröle und Benzin nebst Schmierölen waren danach auf einmal die gesuchtesten Teile. Schiffsmotore, Automobile, Flugzeuge, Wasser-, Land- und Luftflotten entstanden. Ihr Triebstoff kam aus dem Erdöl. Ölversorgung wurde für den Weltkrieg so wichtig wie Munition und Proviant. Foch bekannte schon 1915: „Jeder Tropfen Öl ist soviel wert wie ein Tropfen Menschenblut“. Und Lord Curzon gestand später: „Wir schwammen auf einer Ölwooge zum Siege“.

Die Nachfrage nach Kraft- und Wärmestoffen²⁾ ist ins Ungeheure gestiegen; etwa die Hälfte des Wertes aller Bergwerkserzeugnisse kommt aus dem Erdöl³⁾; die Gesamtförderung 1926 mit nahezu 150 Millionen Tonnen ist fast das Dreifache von 1914, das Siebenfache von 1900⁴⁾. Das gegenwärtige Jahrhundert beherrschen die flüssigen Kraftstoffe, wie es die Kohle im vergangenen tat. Erdöl ist daher nicht mehr lediglich Privatwirtschaftsproblem, es ist eine staatspolitische, eine Weltfrage geworden.⁵⁾

Um den Besitz der Naturquellen wurden im Weltkrieg Schlachten geschlagen, nachher Weltkonferenzen abgehalten, geht heute zähes Ringen weiter zwischen denen, die die Welt beherrschen und teilen wollen. Und wunderbar, Deutschland, das entwaffnete, das beraubte, das ausgeschaltete, fällt die Entscheidung. Es macht sich daran, seine und der anderen Kohle zu verflüssigen, Kohle in Erdöl umzuwandeln und so die Weltwirtschaft, die Weltpolitik vor eine ganz neue Sachlage zu stellen. Die intellektuelle Wehrkraft des deutschen Volkes siegt über den Materialismus eines Versailler Diktats.

Erdöl ist in allen Weltteilen, besonders in jungen Gebirgsvorländern, zu finden. Es handelt sich um meist flüssige Kohlenwasserstoffe, Reste ehemaliger Lebewesen, die in schlechtdurchlüfteten Meeresräumen aufgehäuft und verfault sind. Verwickelte chemische Umbildungen erzeugten aus den Leichnamen im Laufe der geologischen Perioden flüssiges Öl. In klüftigem und porösem Ge-

stein ist es angereichert und fließt — z. B. aus Sanden und Kalksteinen — als braune bis graue Brühe heraus; aus dichtem Gestein, aus Ölschiefeln, muß es mit überhitztem Dampf herausgetrieben werden. Besondere geologische Lagerung und Gasabsonderungen erzeugen mächtige Ölspringbrunnen, die aber naturgemäß sehr beschränkte Lebensdauer haben. Wo Erdöl an der Erdoberfläche liegt, wird es steif als Erdpech und Asphalt gewonnen; in tieferen Lagen muß es durch Bohrlöcher aufgeschlossen und heraufgeschöpft oder -gepumpt werden, soweit es nicht von selbst hochsteigt. Die Zahl der Bohrungen nach Erdöl auf der Erde (zum Teil bis nahezu $2\frac{1}{2}$ km tief⁶⁾) übersteigt längst eine Million.⁷⁾ Aber bestenfalls etwa $\frac{1}{5}$ des eingeschlossenen Erdöls wird mit Sondenbetrieb herausgebracht; die übrigen $\frac{4}{5}$ bleiben im Gestein kleben. Sinnreiche moderne Methoden vermögen das Dreifache, also bis 60 % und mehr, herauszuholen. Besonders sei erwähnt die Anwendung von bergbaulichen Schächten und Strecken, die (der Gasgefahr wegen) unter die Erdölschicht getrieben werden, damit in ihnen das Erdöl nach und nach zusammenrinnen kann. Diese uralte Methode wurde erstmals von der Deutschen Erdöl A.-G. während des Krieges in unseren elsässischen Ölfeldern in die moderne Technik eingeführt und bürgert sich nun mit weiteren Verbesserungen in den verarmenden Revieren auf der ganzen Welt, besonders in den U. S. A. ein.

Mit dem natürlichen Roherdöl ist wenig anzufangen; es muß gespeichert, verarbeitet, raffiniert⁸⁾ und schließlich zum Verbraucher transportiert werden. Nachdem 1859 die erste mechanische Bohrung in Pennsylvanien fündig geworden war, entstand bis 1862 eine solche Überproduktion, daß das Öl in Flüsse abgeleitet werden mußte und weite Landbrände ausbrachen. Hier fand Rockefeller den Anstoß, das Speicherungs- und vornehmlich Transportwesen zu organisieren, ohne sich zunächst nennenswert an den Naturvorkommen zu beteiligen. Lediglich die Raffination wurde noch in den Geschäftsgang einbezogen, im wesentlichen durch Zusammenschluß (1870) mehrerer kleiner Anlagen zu der Standard Oil Co. of Ohio.

Schon zu Anfang stellte sich heraus, daß die Petroleumindustrie außerordentlichen Schwankungen in Produktion und Absatz ausgesetzt ist. Jede Bohrung ist ein Glücksspiel; im Handel liegt geringe Sicherung, ausreichende nur, wenn er monopolistisch ist. Raffinerien, Vorratsbehälter, Rohrleitungen (Pipelines⁹⁾), Tankschiffe und -wagen erfordern Riesengeldsummen. Nur das Großkapital kann sich mit Ölwirtschaft abgeben und wird bemüht sein, weniger Produktion als Verarbeitung, Transport und Handel in einer Hand zu vereinigen. Wie in keinem anderen weltumspannenden Industriezweig herrschen in der Erdölwirtschaft Zusammenschlüsse¹⁰⁾, Trusts, die Dynastien der neuen „demokratischen“ Welt. Und nur allzu durchsichtig stehen hinter

ihnen (auch in Nordamerika trotz des Antitrustgesetzes) die heimatischen Regierungen, die seit dem Weltkrieg alle die Versorgung mit Erdölprodukten als eine der wichtigsten Staatsaufgaben betrachten. Die Erdölfrage ist heute eine politische Angelegenheit; ohne Erdölprodukte laufen die modernsten und leistungsfähigsten Transportmaschinen nicht; ohne Erdöl keine Kriegsbereitschaft. Ohne flüssige Kraftstoffe ist heute selbständige Wirtschafts- und Machtpolitik nicht mehr durchführbar.

Bedeutet also Erdöl Weltmacht, dann werden Vorrat und Vertrieb wohl auch schon in den Händen der Weltmächte sein, also im wesentlichen den Vereinigten Staaten oder England gehören oder doch von diesen kontrolliert werden. Und dem ist tatsächlich so: Die U. S. A. beherrschen durch ihre Ölkonzerne, vor allem durch die Standard Oil-Gruppe und deren mehr oder weniger abhängige Gruppen, wie Sinclair Co., Doheny Co. u. a. m., und durch die „Kleinunternehmer“ über 80% der Weltölproduktion¹¹⁾ und unter Englands Einfluß stehen durch die Royal-Dutch-Shell und die Anglo-Persian Oil Co. (bzw. Burmah Oil Co.) über 60% der Erdölvorräte. Und dabei fast unglaublich, unerhört: England besaß noch 1900 nur wenige Prozent Kapitalbeteiligung am Weltöl, vor dem Krieg 20%, heute übertrifft es als größter Ölbesitzer die Vereinigten Staaten von Amerika. Letztere haben zu spät eingesehen, daß auf die Dauer nicht der Handel, sondern die ungehobenen Vorräte, die Ölfelder, ausschlaggebend, d. h. machtpolitisch bedeutsam werden.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika besitzen die einst¹²⁾ meist-erörterten Ölreviere in zahlreichen geologischen Formationen in jedweder Lagerung, neuerdings in allen Quadranten des Landes. Die Appalachischen Felder gelten zur Zeit als fast erschöpft (nicht: entleert). Ihr vieles Benzin ging in früheren Jahren als unverwertbar verloren.¹³⁾ In der Nachbarschaft liegen die pennsylvanischen Kohlen und das Eisen von Cleveland, wodurch eine Rohstoffvereinigung gegeben ist, die in der Welt ihresgleichen sucht. Aus den Midcontinentfeldern, besonders aus Texas und aus den Golfküstenfeldern, kommt neuerdings eine Riesenproduktion, die über $\frac{1}{3}$ der Weltförderung, also rund die Hälfte der nordamerikanischen, ausmacht. In den Rocky Mountains hat sich die Regierung Bezirke vorbehalten, was einen berüchtigten Petroleumskandal¹⁴⁾ mit sich brachte, ähnlich wie in Californien, das etwa $\frac{1}{5}$ der Weltförderung, und zwar das billigste Öl der Erde, liefert. Von ihm lebt zum guten Teil der Panama-Kanal.¹⁵⁾

Immer neue Felder werden entdeckt und erschlossen, wobei geophysikalische Apparate wegweisend wirken. Und doch — zunächst unbegreiflich — stillt die amerikanische Förderung seit 1924 nicht mehr den Bedarf des Landes. 1924 standen 97 Millionen Tonnen Rohöl zur Verfügung,¹⁶⁾ die

Nachfrage belief sich aber auf 101 Millionen Tonnen.¹⁷⁾ Die Erdölbilanz des Landes, das etwa $\frac{1}{6}$ der Weltvorkommen in seinen Grenzen birgt und darin über 70% der Weltförderung hervorbringt, ist also passiv. Der Grund ist, außer in scharfen Konkurrenzkämpfen und katastrophenartigen zeitweiligen Mißerfolgen, in einer bei fast allen Revieren trotz steigender Preise geübten Schonpolitik zu suchen, denn Berechnungen haben ergeben, daß das Erdöl Nordamerikas bei proportional weiter wachsendem Abbau in 10—20 Jahren aufgezehrt sein könnte.¹⁸⁾ Aus mehreren, hier nicht zu erörternden Gründen sind die Vorräte zwar größer, aber doch nur ein Mehrfaches, so daß in etwa 1—2 Menschenaltern die Vereinigten Staaten für Milliardenbeträge jährlich Öl einführen müssen und der Ölpreis wesentlich höher zu stehen kommt. Das Geld wird in englische Taschen fließen. Welch eine weltwirtschaftliche, weltpolitische Aussicht!

Der 1924 gegründete Oil Conservation Board prüft zur Zeit die Öllage der U. S. A. und deren Sicherstellung.¹⁹⁾²⁰⁾ Inzwischen wurde schon Umschau gehalten nach Ersatz; Ölschiefer,²¹⁾ Kohleverflüssigung, bessere Ausbeutungsmethoden wie Ölbergbau u. a.,²²⁾ werden studiert, vor allem werden nun die Hände nach anderem Vorkommen ausgestreckt. Letzteres ist neben der Verbreiterung des Handels das Hauptziel der U. S. A.-Ölpolitik seit dem Weltkriege. Besonders die Standard Oil Co. setzt ihre Ausdehnungs-, Angliederungs- und Verschmelzungsbestrebungen²³⁾ in gewaltigem Maße durch. Im Auslande hilft die Regierung mit.²⁴⁾ Das Prinzip der offenen Tür wird weithin verkündigt; aber alle größeren Bemühungen in der alten oder der asiatischen Welt, z. B. um den Hauptteil Mesopotamiens oder um Djambi auf Sumatra, unmittelbar gegenüber Singapore, sind Teil- oder Mißerfolge und bringen scharfen Notenwechsel mit anderen Mächten. Also, und übrigens sowieso, greift man nach dem Nächstliegenden, nach Süden.

Mit den Erweiterungsbemühungen für die Rohölbasis der U. S. A. beginnt das modernste Kapitel des westlichen Wirtschaftsimperialisimus. Mexiko, Mittelamerika und der Nord- und Westsaum Südamerikas bergen an Rohöl etwa $\frac{1}{3}$ des Weltvorrats, also das Doppelte der Vereinigten Staaten und sind der zweitgrößte Produzent, obgleich erst ein kleiner Teil aufgeschürft und mit Transportmitteln ausgestattet ist, und obgleich von verheerenden Wassereintrüben und von Erschöpfung geredet wird. Während Nordamerika seiner Verarmung an Ölvorräten entgegenseht, stehen Mittel- und Südamerika erst am Anfang ihrer Entwicklung. Ungeahnte Reichtümer schlummern vor allem in den Küsten und Niederungszonen.

Den U. S. A. am nächsten liegt Mexiko, erst seit 1900 in seinem Ölwert erkannt und danach von den Vereinigten Staaten und England am heißesten umstritten, die $\frac{2}{3}$ bzw. $\frac{1}{3}$ der Werte an sich brachten,²⁵⁾ obgleich die mexi-

kanische Förderung seit 1921 andauernd gesunken ist. Dabei erklangen viel schöne Worte von der Hebung der Produktionskräfte des Landes. Doch scheint vielmehr die Agrarfrage erstes Problem zu sein: wie kann die besitz- und zivilisationslose Masse der Indio als Glied in die Weltwirtschaft verflochten werden, wie kann sie Produzent und Konsument werden?²⁶⁾ Sicher nicht durch die Öltürme, die das ausländische, besonders amerikanische und englische Großkapital betreiben.²⁷⁾ Unzufriedenheit im Lande gewährt „Revolutionen“ leichten Boden, und wo kommt das Geld dazu her?²⁸⁾ Man denkt zwangsläufig an die ehemaligen „Revolutionen“ in Panama, als dort der Kanal ausgeführt werden sollte, oder an den jetzigen Bürgerkrieg in Nicaragua, wo ein zweiter, seit der Mitte des letzten Jahrhunderts projektiierter Durchstich vor der Verwirklichung steht.²⁹⁾ In Mittelamerika muß „Ordnung und Ruhe“ geschaffen werden, und wer anders kann dazu berufen sein als die Vereinigten Staaten von Nordamerika? Es wird nur eine Frage der Zeit sein, daß ganz Mittelamerika, ähnlich wie es Panama schon ist, in Hörigkeit der Vereinigten Staaten geraten muß. Der geplante Vertrag mit Nicaragua ist der neueste und wichtigste Fortschritt in der „Einkreisung“ Mexikos.

Auch Transkaukasien, ebenfalls ölreich, hat seinerzeit — um nur ein Beispiel zu erwähnen — die überstarke nördliche Nachbarmacht als „Rubestifter“ in seinen Grenzen aufnehmen müssen; bald ist Transkaukasien bis tief nach Armenien hinein russifiziert worden, nachdem viel Blut geflossen war und erst vor wenigen Jahren wieder vergossen worden ist.³⁰⁾

Eine tiefgreifende Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko herrscht seit 1917, seit hier eine neue Verfassung in ihrem vielerörterten Artikel 27 als Selbsterhaltungsmaßnahme bestimmte, daß nur Mexikaner und mexikanische Gesellschaften Grundeigentum und Konzessionen erwerben können, wobei alle Bodenschätze Eigentum des Staates, der Nation sind, und zwar rückwirkend unter Ausspielen „außerordentlicher Vollmachten“. Über diesen Paragraphen sind Konferenzen, Umstürze, neue Gesetze und Steuern und wieder Rückrufe entstanden. Der 1. Januar 1927 setzte gemilderte neue Bestimmungen in Kraft, ohne daß aber damit eine endgültige Regelung geschaffen wäre. Inzwischen umgehen neugegründete mexikanische Tochtergesellschaften der nordamerikanischen Truste die mexikanischen Gesetzeswirkungen, andererseits zieht sich das englische Geld offensichtlich aus dem mittelamerikanischen Öl zurück.³¹⁾ Die Vereinigten Staaten bzw. deren Ölkonzerne dehnen sich entsprechend aus, sei es mit versteckter Gewalt, oder auf Grund einer Verständigung zwischen den Konkurrenten oder mit Hilfe des Geldüberflusses Nordamerikas.

Unzweideutig vergrößert sich bei allen diesen Vorgängen ein Gegensatz zwischen Angloamerika und ganz Lateinamerika. Der panamerikanische Ge-

danke schwindet. Der Wendekreis des Krebses wird der Wendekreis des amerikanischen Bluts- und Wirtschafts-Zusammengehörigkeitsgefühls. Vergessen wird dabei nicht, daß schon einmal wegen eines Staates niederen Grades ein Weltbrand entstand, und erinnern wir uns daran, daß Mexiko im Weltkrieg neutral geblieben ist, und daß japanische Gruppen Ölfelder in Mittelamerika betreiben.

In Südamerika werden Venezuela⁸²⁾, Kolumbien⁸³⁾ und Ecuador als die aussichtsreichsten Länder genannt; die anderen Staaten haben bisher enttäuscht.⁸⁴⁾ Überall ist die Standard Oil Co. in Vormacht.

Die westliche Welt den Amerikanern und das amerikanische Öl den Vereinigten Staaten, diese Losung wird Wirklichkeit. Es ist die Einstellung der weltwirtschaftlich hochbedeutenden Ölindustrie in die Machtpolitik der Vereinigten Staaten.

Und ebenso ist Wirklichkeit: das Öl der östlichen Welt den Engländern! Etwa gleichviel Ölvorräte wie in Amerika liegen in Eurasien und seiner südöstlichen Inselwelt. Afrika und Australien, auch Japan⁸⁵⁾ dürfen wir wegen ihres spärlichen Anteils außer acht lassen. Während aber für Nordamerika das Versiegen der Quellen schon in Aussicht steht, beginnt für die Vorräte des Ostens (Kaukasusränder, Mesopotamien, Persien, Indischer Insel-Archipel) zum allergrößten Teil erst die Aufschließung, so daß sie bei dem jetzigen Förderungstempo und bei moderner Ausbeutung auf mehrere Jahrhunderte hindurch reichen würden. Nordamerika erzeugte 1926 mit Mexiko 79⁰/₁₀₀ der Weltförderung. Die östliche, unter englischem Einfluß stehende Welt (also ohne Rußland, kaum 6⁰/₁₀₀, bei gleich großem Vorrat, wie ihn U. S. A. und Mexiko zusammen haben. Der Osten — sensu strictu England — hat also seine Vorräte noch kaum angegriffen, sie sollen in ihrer Bedeutung und in ihren Wert erst hineinwachsen. England behält einen Trumpf in der Hand, der Schicksalsbedeutung in der künftigen Weltgeschichte haben soll. Das Wort Lord Curzons vom „Goldsaum des asiatischen Bettelmantels“ muß man heute auf den englischen Erdölzug vom Orient bis in die Südsee ausdeuten.

Das Öl der östlichen Welt hat England völlig in Händen, dabei an allen übrigen Revieren der Welt Anteile. Selbst in Europa nur wenige tausend Tonnen aus Sanden oder Ölschiefern, neuerdings auch aus Kohle erzeugend, also etwa für eine Milliarde Mark jährlich Ölprodukte einführend, davon 40⁰/₁₀₀ aus den Vereinigten Staaten und 20⁰/₁₀₀ aus Mexiko, ebensoviel aus Persien, selbst an Vorräten aber über 60⁰/₁₀₀ der ganzen Welt beherrschend — was könnte klarer das verfolgte Ziel andeuten? Die anderen sich erschöpfen lassen, damit sie in Abhängigkeit geraten, selbst aber den für Kriegsführung

und Weltpolitik wichtigen Stoff ansammeln und die Verteilung an den Küsten organisieren.³⁶⁾

Um die letzte Jahrhundertwende besaß England erst wenige Ölfelder. In Südpersien war wohl eine englische Kompagnie tätig, und in Niederländisch-Indien besorgte die englische Shell Co. den Transport und Handel für die Förderung der holländischen Royal Dutch Co.³⁷⁾ Mit den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts kam die Wertsteigerung des Öls, vor allem die Erkenntnis seiner Bedeutung für die Schifffahrt. Da kaufte sich England das östliche Öl. Die englische Shell Co. schloß sich 1907 an die holländische Royal Dutch an, anfänglich 40%, heute 60% von deren Aktien besitzend, und für Südpersien wurde 1909 von der englischen Burmah Oil Co.³⁸⁾ die rein britische Anglo-Persian Oil Co. gegründet,³⁹⁾ beide von der englischen Regierung unterstützt, zusammen heute in der ganzen Welt verbreitet, beherrschend den Osten und Südosten, zumal Mossul und Irak wie reife Früchte in den englischen Schoß fielen.

So stehen heute nach kaum zwei Jahrzehnten wie aus dem Boden gewachsen Anglo-Persian und Royal Dutch Shell, nach Ausbreitung auch in Amerika, im Wettkampf mit mehr als der Hälfte der Ölvorräte gegenüber den nordamerikanischen Trusts — England nicht allein wirtschaftlich, sondern machtpolitisch gegenüber den Vereinigten Staaten, und im Gegensatz zu diesen die Großmacht nicht auf die Raffinerien und die Transportmittel gründend, sondern auf den Felderbesitz und Ölbunkerstellen in der ganzen Welt, auf die Vorherrschaft in der künftigen Produktion und Versorgung der Schifffahrt.

Aus den Kohlenstationen müssen Ölstationen werden. Für England sind die Ölfragen äußere Angelegenheit, für Amerika innere. Die U. S. A. haben ihre Ölbasis innerhalb des Landes, England außerhalb; der Struktur des Britischen Reiches jedoch als Weltstaatenbund ist das angemessen. Im Mutterland entstehen immer mehr Raffinerien, denen Persien den Rohstoff liefert; im übrigen wird Vorratswirtschaft getrieben, wie in allen europäischen Staaten.

Der Ölkampf zwischen England und den Vereinigten Staaten hat in seiner Gegensätzlichkeit gegenwärtig in der atlantischen und in der pazifischen Welt einen gewissen Stillstand erreicht.⁴¹⁾ Die Welt ist verteilt; Schützen und Auswerten des Besitzes gilt für bedeutungsvoller als weiterer Erwerb, der gar zu leicht zu politischen Verwicklungen führt. Der Ausbau eines englischen Bunkerstationen-Weltnetzes, also mit anderen Zusammenhängen eine Art Meeresverkehrsmonopol, scheint das zur Zeit erstrebte Ziel der englischen Ölpolitik darzustellen. Die U. S. A. andererseits sind mit mittelamerikanischen Fragen beschäftigt. Jeder der Konkurrenten wirkt mehr für sich als gegen

den anderen. Nur in der alten Welt hält die Spannung an, obgleich gerade hier von dem englisch-amerikanischen Ölfrieden gesprochen wird. Denn hier sind Kaukasus und Nordpersien allen begehrenswert. Keiner gönnt sie dem anderen, und das bolschewistische Rußland oder Persien haben selbst nicht Geld und Kraft genug, ihre Schätze entsprechend zu heben.

Zusätze

1) Erdölförderung der Welt (in 1000 Meter-Tonnen)

	1860	1870	1880	1890	1900	1910	1913	1920	1926
U. S. A.	66	689	3 443	6 003	8 334	27 941	33 126	62 188	105 000
Mexiko	—	—	—	—	—	444	3 671	24 410	12 500
Rußland	5	29	400	3 631	9 927	9 378	9 247	3 483	8 200
Persien	—	—	—	—	—	—	250	1 685	4 900
Britisch- u. Niederl.-Indien	—	—	—	12	567	1 075	1 500	3 000	4 000
Deutschland	—	—	1	15	50	145	133	35	79
Übrige Europa	1	12	48	145	553	3 120	2 975	1 900	4 000
Weltförderung	75	730	3 900	9 800	20 200	45 000	53 000	98 000	148 000

2) Anthrazit hat einen mittleren Heizwert von 8200 WE, Braunkohle von 6000 WE. Lokomotiven setzen nur 15 % der WE in lebendige Kraft um, Dieselmotoren hingegen 37 %. Der mittlere Heizwert von Rohöl beträgt 10 500 Kal. Der Brennstoffverbrauch von Kohle: zu Ölfeuerung zu Dieselmotor verhält sich wie 8 : 5 : 2. Für gleiche Kraftleistung muß der Kohlenbunkerraum doppelt so groß wie der Ölbunkerraum sein. Elektrischer Strom aus Kohle (bzw. Dampf) gilt heute wieder als vorteilhafter, als wenn aus

Wasserkraft gewonnen, es sei denn, daß es sich um Spitzenwerke handelt oder solche Anlagen, die mehreren Zwecken dienen. Gaskraft ist billiger als Dampfkraft.

3) Der Goldwert der gesamten Bergwerkserzeugnisse der Welt von 1925 beträgt 25 bis 30 Milliarden RM. Eine Tonne Rohöl kostet im Durchschnitt bei den Raffinerien 100 Goldmark. (Einen einheitlichen Rohölpreis gibt es nicht.) Die Förderung von 1925 betrug rund 140 Millionen Tonnen, das ergibt 14 Milliarden RM.

4) Erdölvorräte und -förderung der Welt:

	Ölvorräte		Reicht noch für Jahre ^{*)}	Förderung 1926 in 1000 t	Prozent der Weltförderung
	in Mill. t	Prozent des Weltvorrates			
U. S. A.	1 030	16,3	13	105 000	70,5
Mexiko	665	10,5	25	12 500	8,4
Südamerika	1 380	21,5	—	8 800	6,0
Rußland	1 000	16,0	27,5	8 200	5,5
Persien u. Mesopotamien	825	13,5	27,5	4 900	3,3
Brit.- u. Niederl.-Indien	590	9,3	150	4 000	2,7
Japan	181	2,9	615	280	0,2
Übriges Europa	167	2,6	73	4 000	2,7
Deutschland	—	—	—	96	0,05
Zusammen	6 323 ^{**)}		51 ^{**)}	148 400	

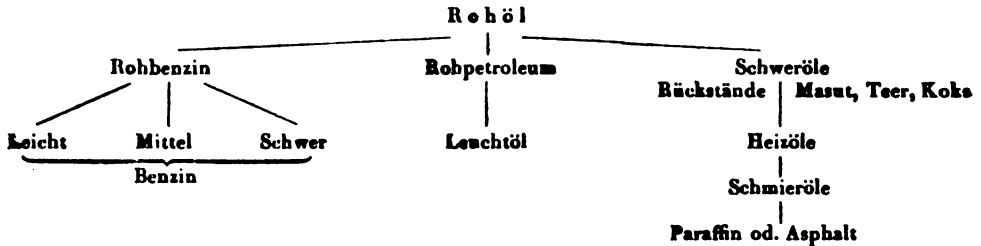
*) Unter Zugrundelegung der Ausbeute von 1924.

**) Bei moderner Ausbeutung das Mehrfache. Entdeckung neuer Felder noch möglich. Weitere und gewaltige Reserven sind die Ölschiefer.

- 6) Vergl. R. Liefmann: „Petroleum“, im 6. Band des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, 4. Auflage, 1923.
- 7) Die Bohrung „Olinda Nr. 96“ im Chanslor-Canfield-Feld in Kalifornien hat im August 1926 die Tiefe von 2398 m erreicht und ist somit das tiefste Bohrloch der Welt. Im Spindletop-Feld wird eine Bohrung geplant, die evtl. bis zu 3300 m hinabgebracht werden soll.
- 7) In U. S. A. wurden 1921 23 000 neue Bohrungen niedergebracht, durchschnittlich zum

Preise von 50 000 RM. Allgemein rechnet man mit einem Viertel als Fehlbohrungen.

- 8) Das Rohöl wird durch Destillationen in Halbfabrikate zerlegt, welche durch Raffination zu Handelsprodukten veredelt werden. Es sind das: 1. Benzin bzw. Leichtöle, 2. Leichtöl (Petroleum im engeren Sinne), 3. Treiböl und andere Schweröle (z. B. Diesel-Öle), außerdem die „hochsiedenden Mineralöle“ als Schmiermittel, und schließlich 4. Rückstände (Masut, Teer, Koks, Asphalt).



- 9) Rohrleitungen zum Erdöltransport wurden erstmals 1865 in Pennsylvanien versucht. Heute liegen in den U. S. A. 130 000 km, doppelt soviel als das Eisenbahnnetz der Vorkriegszeit in Deutschland maß. Eine achtzöllige Leitung leistet stündlich 2000 tons. Ein Eisenbahn-Kesselwagen lüdt 10 bis 30 tons.
- 10) „Die Erdölwirtschaft befindet sich zur Zeit in einer Periode der Zusammenschlüsse und Fusionen, wie sie in solchem Ausmaß und in solcher Häufung wohl noch nie den Entwicklungsgang eines Wirtschaftszweiges beherrscht hat.“ (Vgl. Zeitschrift für praktische Geologie 1926, Lagerstättenchronik Seite 64.)
- 11) Vgl. Handelsteil der Frankfurter Zeitung vom 11. Mai 1926, Nr. 348, Seite 3.
- 12) Die erste Nachricht von amerikanischem Erdöl wurde im Jahre 1676 durch das in Hamburg ins Deutsche übersetzte Buch „Arte de los metales“ von Barba bekannt. (Vgl. Zeitschrift „Petroleum“ 1926, Seite 10.)
- 13) Benzingewinnung fand seit den 70er Jahren fast ausschließlich in U. S. A. statt, um 1900 mit 95 % allen Benzins des Weltmarktes, das waren nahezu 620 000 t. Von da ab kamen Rumänien und Niederländisch-Indien dazu, so daß U. S. A. 1912 mit 1 1/2 Mill. ts nur noch 62 % stellten. 1924 kamen wieder 4/5 allen Benzins aus U. S. A. (35 Mill. t; fast 1/3 stammte aus Naturgas).
- 14) Von allgemeinem Interesse war dabei das Bekanntwerden großer amerikanischer Tankbauten für die Kriegsslotte sowohl am Stillen wie am Atlantischen Ozean.
- 15) Die jährlichen Gesamteinnahmen des Panamakanals werden auf 40 Millionen Dollar angegeben, als Überschuß 8—10 Millionen Dollar.
- 16) Raffinerie-Produktion der U. S. A. 1924:
88,4 Mill. ts im U. S. A. verarbeitetes Rohöl ergaben:
- | | |
|---------------|--------------------------|
| Benzin . . . | 24,4 Mill. t oder 31 % |
| | (Verbrauch 26 Mill. ts) |
| Leuchtöl . . | 7,6 Mill. t oder 9 % |
| | (um 1900 waren es 58 %!) |
| Schmieröl . . | 5,2 Mill. t oder 6 % |
| Heizöle . . . | 47,9 Mill. t oder 53 % |
- 17) Charakteristisch sind die Zahlen für Januar 1926:
- | | |
|------------------------|-----------------------------|
| Rohölförderung . . | 59 656 000 Barrels |
| Import von Rohöl . . | 4 688 000 " |
| Import von Derivaten . | 1 249 000 " |
| | zusammen 65 593 000 Barrels |
| Export von Rohöl . . | 1 183 000 " |
| Export von Derivaten . | 9 651 000 " |
| Schiffsverbrauch . . | 3 746 000 " |
| Inlandsverbrauch . . | 53 511 000 " |
| | zusammen 68 091 000 Barrels |
- (1 Barrel Rohöl zu 42 Gallonen gleich rund 133 kg.) Das Verhältnis von Förderung plus Import zum Verbrauch tritt in der Abnahme der Vorräte hervor, die (Rohöl und Derivate zusammengekommen) Ende Januar 1926 536 232 000 Barrels betrug gegenüber 538 730 000 Barrels Ende Dezember 1925. (Vgl. Zeitschrift für praktische Geologie, 1926, Lagerstättenchronik, Seite 65.)

- 18) Die Prüfung aller Kraftquellen der Erde und ihrer möglichen Verwertung im Rahmen der Weltwirtschaft hat sich die 1924 in London erstmals abgehaltene Weltkraftkonferenz zur Aufgabe gemacht.
- 19) Eine Einschränkung der Rohölförderung und dadurch die Sicherstellung der Ölversorgung der U. S. A. könne sich nach maßgeblichen amerikanischen Industrieerklärungen schon aus der Verbesserung der Verarbeitungsindustrie ergeben, die heute mit ihren vervollkommenen Cracking-Methoden in der Lage sei, aus jedem minderwertigen Rohöl und aus Heizöl Benzin herzustellen. Voraussetzung sei, daß die Verwendung von Heizöl zurückgehe, was durch Erhöhung der Preise erreicht werden könne. Die dadurch freiwerdenden Mengen könnten zur Befriedigung des Benzinbedarfs Verwendung finden und damit die Rohölförderung um die entsprechende Menge erleichtern. Eine solche Entwicklung würde natürlich durch die Überproduktion gehemmt werden, und es erscheine deshalb als wichtigste Aufgabe, durch Zusammenarbeit der gesamten Industrie eine Überproduktion zu vermeiden. (Vgl. Zeitschrift für praktische Geol., 1926, Lagerstättenchronik, Seite 42.)
- 20) Als praktische Maßnahmen zur Sicherstellung der künftigen Ölversorgung der U. S. A. nennt der Bericht des Oil Conservation Board im wesentlichen folgende:
- a) Ununterbrochene Arbeiten zur Feststellung der Ausdehnung der Ölsande und zur Erschließung tieferer Horizonte.
 - b) Aufsuchen neuer Felder.
 - c) Untersuchung von Methoden zur Erhöhung der Ölausbeute.
 - d) Untersuchung der besseren und billigeren Refinationsmethoden.
 - e) Sicherung einer gesunden Entwicklung neu erschlossener Felder.
 - f) Verbesserung der Motore usw. zwecks besserer Ausnutzung der Betriebsstoffe.
 - g) Ausdehnung der Interessen in ausländischen Ölfeldern.
- Die erwähnten Punkte beziehen sich auf Aufgaben, die der Privatindustrie zufallen. Als besondere, dem Staate zufallende Aufgaben werden genannt:
- h) Ausdehnung der offiziellen geologischen Arbeiten und Untersuchungen von Öllagerstätten und neuen Feldern, der technischen Untersuchungen hinsichtlich Verbesserung der Produktions- und Refinationsmethoden und hinsichtlich der Zusammensetzung und Verwendung der Produkte.
 - i) Schutz der Ölvorkommen auf staatlichen und indianischen Gebieten.
- (Vgl. Zeitschrift für praktische Geol., 1926, Lagerstättenchronik, Seite 144; außerdem Zeitschrift „Petroleum“, 1925, Seite 2225 ff. „Amerikas Ölbedarf und seine Deckung“, von W. Mautner.)
- 21) Die Verwendung ölhaltiger Schiefer zur Herstellung von Ölprodukten ist nur eine Preisfrage. Fast alle Länder der Erde verfügen über solche Vorräte. In Schottland und Frankreich kam die einst blühende Industrie nur wegen der billigen Erdöleinfuhr ins Hintertreffen. Neusüdwales und Ostasien bauen wegen Erdölmangels diese Industrie zur Zeit aus. Während des Krieges waren süd- und mitteldeutsche Ölschiefer von Bedeutung. Die nordamerikanischen Vorkommen könnten die U. S. A. mindestens ebensolange mit Öl versorgen wie das Erdöl.
- 22) Die bisher üblichen Ölgewinnungsmethoden treiben Raubbau. Neuartige Verfahren pressen das Öl mit Wasser oder komprimierter Luft zu Entnahmelöchern oder waschen es mit Sodaauslösung aus dem Gestein heraus. Lang anhaltendes Auspumpen macht erschlossene Felder wieder produktiv. Verbessertes, vor allem auch tieferes Bohren und verbesserte Verarbeitung verlängern die Vorräte ebenfalls. Geophysikalische Voruntersuchungen mit Drehwage und seismischen Apparaten verringern die Zahl der Fehlbohrungen. Vermehrte Erdgasgewinnung erhöht die Benzinförderung.
- 23) Vgl. W. Mautner: „Eine Geschichte der Standard Oil Company und eine Beschreibung ihrer heutigen Organisation“, in Zeitschr. „Petroleum“ 1926.
- 24) Auch friedliche Durchdringungen — z. B. amerikanische Kinderhilfe in Armenien, Missionare in Mexiko, amerikanische Maschinen in der ganzen Welt, u. a. m. — leisten der Ölpolitik Vorschub, wenn sie auch nur Teilziel ist.
- 25) Mexikos Förderung:
- | | | | |
|-------|------|------------------|----------------------------------|
| 1914: | 4 | Millionen Tonnen | |
| 1918: | 8,5 | „ | „ |
| 1921: | 26 | „ | „ (gleich 25% der Weltförderung) |
| 1924: | 21 | „ | „ |
| 1926: | 12,5 | „ | „ |
- 26) Vgl. Zeitschr. „Petroleum“ 1926, S. 1075 ff., K. Spiegelberg: „Die mexikanische Erdölwirtschaft“.
- 27) In der gesamten nordamerikanischen Erdölindustrie, deren Jahresförderung an Rohöl unverarbeitet rund 9 Milliarden RM. wert ist, sollen insgesamt nur 300 000 Arbeiter beschäftigt sein.

- 28) Vgl. A. Stelzmann: „Die jüngsten politischen Wandlungen in Mexiko“. In Zeitschrift für Geopolitik, 1925, Seite 256 ff.
- 29) Der Panamakanal (80 km) soll militarisiert, der durch Nicaragua geplante (300 km) für die Handelsschifffahrt gebaut werden.
- 30) Vgl. V. Nosadse: „Die Petroleumpolitik der Welt und das Schicksal Kaukasiens“, in Zeitschrift für Geopolitik, 1926.
- 31) Es wird des öfteren die Ansicht laut, daß für seinen Eintritt in den Weltkrieg U. S. A. unter anderem als Gegenleistung von England dessen Rückzug aus den mexikanischen Ölrevieren verlangt habe.
- 32) Venezuela förderte 1924 3¼ Mill., 1926 über 5 Mill. Tonnen Rohöl. Der Golf von Maracaibo liegt für den Seeweg näher an New-York (wo die zahlreichsten Raffinerien stehen) als Mexiko oder Texas.
Vgl. A. Hartwig: „Die Petroleumindustrie Venezuelas“ in Zeitschrift für Geopolitik, 1925, Seite 29 ff.
- 33) Im Vergleich der Jahre 1924 und 1926 haben die südamerikanischen Staaten eine zum Teil sehr starke Zunahme, die nordamerikanischen Staaten dagegen eine ansehnliche Abnahme der Erdölförderung aufzuweisen. Die einzige 1926 in Kolumbien fördernde Gesellschaft ist die Tropical Oil Co., die zur Gruppe der Standard Oil gehört. In 1925 betrug die Gesamtförderung rund 1 Mill., 1926 dagegen 5,4 Mill. Barrels. — Neben der Tro. Co. bohrt eine große Zahl anderer meist amerikanischer Gesellschaften. Die Barco-Konzession gilt allgemein als eine der ölreichsten im nördlichen Südamerika.
- 34) In Bolivien liegen die aussichtsreichsten Felder im äußersten Südosten des Landes, am Westrande des Gran Chaco, wo sie die Fortsetzung der Ölantiklinalen des nördlichen Argentinien bilden. Auf der Konzession der Standard Oil sollen fünf Sonden Ende 1926 produktiv gewesen sein. Auch eine britische Gruppe hat dort große Gebiete erworben.
Bezüglich Argentinien vgl. J. Rosette: „Die argentinische Erdölindustrie, ihre Grundlagen, ihre Entwicklung und ihre Beziehungen zur internationalen Erdölwirtschaft und -politik“. In Zeitschrift „Petroleum“, 1925.
- 35) Japan, die einzige Großmacht Ostasiens, hat wohl Erdöl im ganzen Inselgürtel und im festländischen Besitz, aber nur in kleinen Vorkommen. Einer Eigenförderung von 280 000 Tonnen (1926) steht ein Gesamtverbrauch von fast einer Million Tonnen gegenüber. Für Kriegsführung würde es jährlich etwa zwei Millionen Tons benötigen. In dem erdbebenreichen Lande bringt Ölspeicherung große Gefahren mit sich, wie die Brände jüngst gezeigt haben. In den Ölschiefen Koreas und der Mandchurei stecken gewaltige Reserven.
In Australien fehlt es noch an geologischer Durchforschung. Sie scheint bisher durch die großen Einfuhrfirmen hintertrieben worden zu sein.
- 36) Vgl. C. Hollweg: „Indopazifische Ölprobleme“, in Zeitschrift für Geopolitik, 1924, Seite 154 ff.
- 37) Vgl. S. Gargas: „Die holländische Petroleumindustrie“, in Zeitschrift für Geopolitik, 1925, Seite 897 ff.
- 38) Britisch-Indien dürfte kaum je größere Bedeutung als Erdölland zukommen. Niederländisch-Indien förderte 1926 drei Millionen Tonnen Rohöl. Fast alle Inseln sind ölführend.
- 39) Vgl. W. Mautner: „Die Gruppe der Anglo-Persian Oil Co. Ltd. und die Burmah Oil Co. Ltd.“ in Zeitschrift „Petroleum“, 1925, Seite 981 ff.
- 40) Vgl. Schweer: „Weltkarte der Kohlen- und Ölbunkerstationen und der Kohlen- und Ölfelder der Welt“. — Hamburg 1923.
- 41) Noch 1922 haben die U. S. A. ein Gesetz herausgebracht, das Staatsbürgern jener Länder, deren Regierungen Amerikanern nicht gleiche Rechte und Privilegien in Erdölkonzessionen und -guthaben gewähren, wie den eigenen Untertanen“, untersagt, „neue amerikanische Ölkonzessionen zu erwerben oder überwiegend an solchen Konzessionen und Besitzümern beteiligt zu sein“. Vgl. A. Reichwein: „Die Rohstoffe der Erde im Bereich der Wirtschaft“, Thüringer Staatsverlag, Weimar 1924. Seite 62.

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

Das vorliegende Heft wurde seines verstärkten Umfanges halber und infolge von Störungen in der Druckerei verspätet fertiggestellt; Heft 6 erscheint wieder rechtzeitig Anfang Juni.

In diesen Tagen wird ausgegeben: *Dr. Hans Harmsen, „Bevölkerungsprobleme Frankreichs unter besonderer Berücksichtigung des Geburtenrückganges“* 212 Seiten mit 16 Skizzen und Karten, Leinen geb. M 8,—. Es enthält die bevölkerungspolitischen Erfahrungen, die Frankreich aus dem Geburtenrückgang gezogen hat, — die erste umfassende Darstellung seit 1900, wo die Arbeit von Goldstein erschien. Da auch wir bereits einen Geburtenunterschub haben, der in wenigen Jahren zu Tage auch als Bevölkerungsschwund treten wird, hat die Schrift für jeden, der sich mit deutschen Bevölkerungs- und Rassenfragen beschäftigt, eine starke Bedeutung. Ich sende das Buch wie alle meine Verlagswerke gerne durch Ihre Buchhandlung oder direkt, unverbindlich und kostenlos zur Ansicht.

Aus dem Inhalt des Maiheftes der „Europäischen Revue“:

Loucheur, Vor der Weltwirtschaftskonferenz — Politia, Wandlungen im Völkerrecht — De Man, Arbeit als Kulturproblem — Wolfskehl, Der Herrscher — Alfred Neumann, Gioia — Lange, Der innereuropäische Maschinenaustausch. / Einzeln M 2 — / Vierteljahr M 6.—

Vom Nationalismus zu den Vereinigten Staaten von Europa

von Árpád Török

197 Seit. 8°
Preis M 6.00

Das Problem wird bei seiner entwicklungsgeschichtlichen Wurzel erfaßt. Der Verfasser entwirft kein Programm, sondern versucht aus den Tiefen des Völkerwerdens einen Schluß auf die weitere Gestaltung der europäischen Nationen zu ziehen.

Prospekte
zur Verfügung

Verlag Moritz Perles
WIEN I / SEILERGASSE NR. 4

Soeben erschien:

Organisationsformen in der privaten Jugendpflege

Von Dr. Johanna Esser
(Soziale Tagesfragen Heft 52)

8° (75) RM. 2.50

Die private Jugendhilfe ist durch das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt nicht gegenstandslos geworden; schon nach dem Willen des Gesetzgebers darf ihr kein Abbruch geschehen. Sie muß aber sorgsamer als bisher überlegt und ausgebaut werden. Hierfür tritt die angezeigte Schrift ein. Sie stellt zunächst anschaulich die Zersplitterung in der privaten Jugendhilfe dar, schildert die geschichtliche Entwicklung, prüft die leitenden Prinzipien der Organisation, führt dann die großen Organisationen übersichtlich auf und prüft endlich die Formen des Zusammenwirkens zwischen der öffentlichen u. privaten Jugendhilfe. Allen, die in der öffentlichen oder privaten Jugendhilfe arbeiten, sei sie als verlässiger Berater empfohlen.

Durch alle guten Buchhandlungen
Volksvereins-Verlag GmbH, H. Glöckner

Neu!

Diplomaten- und Wirtschafts-Revue

MONATSSCHRIFT

Herausgegeben von L. von Carstenn und
Leg. Sekretär a. D. H. von Frantzius

1. Jahrgang 1927
FORMAT: DIN A 4

Unentbehrlich für Diplomaten, Politiker,
Volkswirtschaftler, Export- und Import-
firmen. Enthält laufend ein Verzeichnis aller
diplomatischen Beamten des In- und Auslandes,
ferner Wirtschaftsnachrichten, Koloniales, Ver-
träge, Abkommen, Verordnungen, Bekannt-
machungen, Gesellschaftliches, Historisches usw.

Bezugspreis jährlich RM 30.—
vierteljährlich RM 9.—
monatlich RM 3.— zu-
sätzlich Versandkosten.

Probennummern für RM 3.—
zu beziehen durch den Verlag

Guido Hackebeil A.-G.

Berlin S 14

GILBERT C. LAYTON:

ENGLAND UND DIE REVISION DES DAWESPLANS

Zusammenhang mit der Kriegsschuldenregelung

Die nachfolgenden Ausführungen des prominenten englischen Wirtschaftskenners erscheinen uns höchst bedeutsam, wenn sie auch nicht in allen Punkten dem deutschen Standpunkt Rechnung tragen.

Ein Vorgang der letzten Zeit ist symptomatisch für den langsamen Fortschritt, den die Welt in der Regelung eines der verwirrendsten Überbleibsel des Krieges – nämlich der ungeheueren Verschuldung der Nationen untereinander – machen konnte. Der britische Schatzkanzler nämlich sah sich gezwungen, amtlich einige Behauptungen des amerikanischen Schatzkanzlers Mr. Mellon zurückzuweisen, die sich auf die Stellung Groß-Britanniens als Schuldner der Vereinigten Staaten bezogen.

Mr. Mellon hatte kurz folgendes gesagt: „Alle unsere Hauptschuldner empfangen von Deutschland mehr als genug, um ihren Schuldenverpflichtungen den Vereinigten Staaten gegenüber nachzukommen“. Tatsache ist, daß im laufenden Finanzjahr Groß-Britannien von Deutschland nicht mehr als $\frac{1}{4}$ seiner Zahlungen an Amerika empfängt, während es im nächsten Jahr bestenfalls weniger als die Hälfte empfangen wird. Selbst in einem vollen, d. h. normalen Dawesjahr werden die Eingänge Englands aus Deutschland, Frankreich, Italien und anderen Ländern zusammen nicht nennenswert seine Verpflichtungen den Vereinigten Staaten gegenüber übersteigen. Außerdem darf man die Tatsache nicht außer Acht lassen, daß von den 135 Millionen, die Groß-Britannien an Amerika vom April 1909 bis Dezember 1926 gezahlt hat, es von Deutschland und seinen früheren Verbündeten nicht mehr als 41 Millionen erhalten hat. Die überschießenden 94 Millionen sind aus den Taschen der englischen Steuerzahler geflossen.

Diese ganze unliebsame Kontroverse ist nichts als eine Folge der Unsicherheit, die auch heute noch mit dem Problem der Kriegsschuldenfrage verknüpft ist. Zwei wichtige Tatsachen treten zu Tage. Erstens: die Zahlungen, welche Deutschland als Ausgleich für Kriegsschulden an Frankreich, Groß-Britannien und andere verbündete Staaten leistet, gehen in ihrer Gesamtheit an Amerika, das nach allgemeiner Auffassung in der Zeit von 1914–1919 eher gewonnen als verloren hat. Zum Zweiten: Viele der noch bestehenden Kriegsschuldenprobleme sind zwar bereits auf dem Papier geregelt; bei diesen „Regelungen“ werden jedoch von dem Schuldner entweder Jahreszahlungen verlangt, die sich auf zwei Generationen erstrecken – wie bei allen Abkommen, die Amerika mit den europäischen Schuld-

nern getroffen hat — oder Zahlungen für einen überhaupt nicht festgelegten Zeitabschnitt — nämlich bei den deutschen Reparationsverpflichtungen. Mit anderen Worten, eine endgültige Regelung der Kriegsschulden- und Reparationsfragen ist keineswegs erfolgt. Man kann doch nicht verlangen, daß bereits jetzt der Nachwelt schwere Opfer für die nächsten 50—60 Jahre auferlegt werden. Früher oder später muß die ganze Frage von neuem aufgeworfen und unter der gemeinsamen Zustimmung der davon betroffenen Nationen auf neue geregelt werden.

Die Stellung Deutschlands und Englands in diesem ganzen Fragenkomplex ähnelt sich stark, wenngleich eine grundlegende Verschiedenheit in der Lage beider Länder besteht. Beide haben ihre Unterschrift unter ein Abkommen gesetzt, das bestimmte Jahreszahlungen vorsieht, und bei dessen Festlegung beide nicht absolut freie Hand gehabt haben. Sowohl bei dem sogenannten Baldwin-Abkommen im Jahre 1923 wie bei dem Londoner Abkommen vom Jahre 1924 war wenn auch nicht gerade offensichtlicher Zwang für die Unterschriftsleistung maßgebend, so doch etwas, was einem solchen Zwang verteufelt ähnlich sah. Trotzdem fühlen beide Länder, daß ihr politischer und finanzieller Kredit eng mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zusammenhängt, und beide beabsichtigen alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. Die grundlegende Verschiedenheit in der Lage beider Länder ist, daß, während Deutschland keine entsprechenden Eingänge von anderen Ländern erhält, die es für seine Zahlungen an Groß-Britannien verwenden könnte, Englands Schuldenregelung nach der Art eines clearing-house vor sich geht, das die Guthaben aus anderen Ländern für die Schuldzahlung an die Vereinigten Staaten verwendet. England muß also möglichst bestrebt sein, wenn auch nicht alle Guthaben einzusammeln, so doch jedenfalls soviel, um seine amerikanischen Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn seine Eingänge zu irgendeiner Zeit seine laufenden Ausgänge übersteigen, so wird es auch sofort automatisch seine Ansprüche seinen Schuldnern gegenüber zurückschrauben, um diese mit den Ausgängen in Einklang zu bringen.

Es ist eine Binsenweisheit darauf hinzuweisen, daß der Schlüssel für die Lösung des Problems in Amerika liegt. Und er ruht dort bereits seit 7 Jahren. Die Zweckmäßigkeit der Schuldeneintreibung nach der Formel „je nach Zahlungsfähigkeit“ wird zwar von vielen amerikanischen Wirtschaftlern eingesehen, aber das amerikanische Volk hält doch mit Vorliebe an dem Schein seiner Forderungen fest, und gewisse Parteien sind, in ihrem Parteiprogramm wenigstens, noch weit konservativer als ihre Wähler. Nur wenige englische Wirtschaftler erwarten dabei aus Amerika in nächster Zukunft Hilfe. Die Zeit und die Macht der Tatsache müssen hier erst ihre unweigerlich eintretende Wirkung zeigen.

In der Zwischenzeit wird Groß-Britannien das Reparationsproblem in großzügiger Weise behandeln. Wenn es sich herausstellt, daß die Höchstgrenze de

unter dem Dawesplan zu leistenden Jahreszahlungen eine ungerechtfertigt hohe Ziffer darstellt, so wird es bereit sein, einer Revision zur rechten Zeit näherzutreten. Das wird in seinem eigenen Interesse und im Interesse Deutschlands liegen. England kann aber wohl vernünftigerweise fordern, daß zunächst eine Probezeit für die Durchführbarkeit des Dawesplans abgewartet wird; heute kann es darauf hinweisen, daß diese Probezeit noch nicht abgelaufen ist. Der gegenwärtige Moment scheint daher noch nicht geeignet für eine Wiederaufrholung der Frage, besonders auch, weil das britische Schatzamt die Ausgaben eines stark erhöhten Budgets aufzubringen hat, und daher wohl kaum in der Stimmung ist, irgendwelche erwarteten Einnahmen einfach zu streichen. Auch die Summe, die England von seinen Verbündeten insbesondere von Frankreich zu erwarten hat, ist noch nicht endgültig festgelegt. Wenn einmal dieser ganze Fragenkomplex für eine Revision reif ist, wie dies früher oder später der Fall sein wird, so wird die Atmosphäre sicher weit günstiger für eine rechte Beurteilung des deutschen Standpunktes sein, als dies gegenwärtig der Fall ist.

GRAHAM BOWER:

DER BOLSCHEWISMUS UND DIE WESTLICHE KULTUR

Die Haltung der englischen liberalen Partei

Nach den Erklärungen des Leiters der Sowjetdelegation Obolenski Ossinski in Genf, dürften die Ausführungen des hervorragenden englischen Politikers und Juristen in ihrer typisch englischen Mentalität gegenüber Sowjetrußland von besonderem Interesse sein.

Im August 1914 hatte ich die Gelegenheit, eine englische Dame zu sprechen, die gerade aus Deutschland gekommen war. Es war ihr gelungen, noch in letzter Minute Deutschland zu verlassen, und sie stand ganz unter dem Eindruck, den der Beginn des fürchterlichsten aller Kriege bei uns allen ausgelöst hatte. „Das, was wir jetzt erleben werden,“ so erklärte sie mir, „ist nicht ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland, sondern eine Auseinandersetzung zwischen Germanentum und Slawentum, und ich weiß nicht, ob wir als Engländer auf der richtigen Seite stehen.“ Ich habe damals den Sinn dieser Worte in seiner ganzen Bedeutung nicht recht zu würdigen gewußt, er wurde mir erst recht klar, als ich im vergangenen Jahre verschiedene kontinentaleuropäische Städte, u. a. Wien, Berlin und Budapest, besuchte. In allen drei Städten stellte ich eine erhebliche Besorgnis vor einer Bolschewisierung Europas fest. In Deutschland waren kommunistische Unruhen ernster Natur allerorten aufgetreten, der Kommunismus flackerte an den ver-

chiedensten Stellen Mitteldeutschlands auf, und in der Reichshauptstadt entfaltete die Kommunistische Partei Deutschlands eine rege Propaganda. Österreich erlebte die Einführung von Arbeiter- und Soldatenräten, die einen starken Einfluß auf die bereits sozialistisch eingestellte Regierung ausübten. In Ungarn konnte man immer noch nicht die Schreckensherrschaft Bela Kuhns vergessen. Es mußte also, wenigstens im mittleren und östlichen Europa, eine tiefgehende Besorgnis wegen der von Rußland ausgehenden Einflüsse bestehen. Sind diese Besorgnisse tatsächlich berechtigt?

Um die Gefahren, die der westlichen Kultur Europas vom Bolschewismus drohen, voll zu würdigen, müssen wir Rußland in seiner heutigen typischen Einstellung betrachten und uns ja davor hüten, etwa den russischen Emigranten oder etwa gar den französierten, vornehmen Russen, der in Paris lebt, als Vertreter des Russentums zu betrachten. Obwohl nämlich der Franzose von dem französierten Russen sagt: „Kratze ihn, und du findest den Tartaren“, haben wir in Rußland selbst den Tartaren oder vielmehr den Asiaten auch so vor uns, ohne daß wir das Kratzen vorzunehmen brauchen. Wie alle Slawen ist auch der Russe in seinem innersten Wesen Asiate. Asien beginnt an der Ostseite des Adriatischen Meeres, und die Mentalität und Moralauffassung des Asiaten ist von derjenigen des Westeuropäers grundverschieden. Ein französischer Mönch schrieb einst über die Russen: „Sie sind gegen Fremde über die Maßen mißtrauisch, sind Raufbolde und von einer geradezu unüberwindbaren Neigung zum Diebstahl besessen. Trotz der furchtbaren Strafen, die gewohnheitsmäßig von russischen Herrschern auferlegt wurden, hat sich die Natur des Volkes keinesfalls wesentlich bessern lassen.“ Trifft dieser Ausspruch nicht ebenso auf China wie auf Rußland zu?

Die russische Revolution war nicht nur ein wirtschaftlicher oder sozialer Umschwung, der in einem bis dahin unterdrückten Volke wirksam wurde, sie war vielmehr ein Aufbäumen eines in seinem innersten Wesen asiatischen Volkes gegen westliche Zivilisation, gegen westliche Moralauffassung und westliche Geistesrichtung. Diese russische Revolution wurde in ihrer geistigen Einstellung nach den Grundsätzen von Karl Marx geführt, der gleichfalls Orientale war, und in ihren einzelnen Stadien wurde sie gleichfalls von Orientalen durchgeführt, wozu wir auch Lenin rechnen können, der ein sibirischer Tartar war. Die Kämpfe in China, die Gärungen in Persien, Indien und Afghanistan sind gleichfalls nur Ausstrahlungen dieser Bewegung, denn heute finden wir tatsächlich ganz Asien in Revolution gegen die Zivilisation des westlichen Europa. Die Moralauffassung Asiens ist grundverschieden von derjenigen Westeuropas; in Asien ist Politik eine Art Religion, aber eine Religion, die in ihrer Moralauffassung vollkommen von der Europas abweicht. So ist z. B. der Mord ein vollkommen als zu Recht bestehend angesehenes politisches Argument in Asien. Die asiatischen Revolutionäre, die heute vielfach ihre politischen Gegner hinmorden, lassen sich von derselben

Auffassung leiten, die einst die russischen Nihilisten hatten, als sie Alexander II. von Rußland mordeten, oder die die Kommunisten beherrschte, als sie die Kathedrale in Sofia in die Luft sprengten.

Kann die westliche Kultur mit einer solchen Geistesauffassung Frieden schließen? Können wir mit dem Bolschewismus irgendeine lebensfähige Gemeinschaft herbeiführen? In England würden sicherlich alle Parteien, sowohl die konservative wie die liberale und die Arbeiterpartei, gern mit Rußland Frieden schließen. Wie aber zwei Personen nötig sind, um einen Streit zu beginnen, so muß auch die Bereitwilligkeit zweier Partner vorhanden sein, um Frieden zu schließen. Trotz der in sehr gemäßigtem Ton gehaltenen Ausführungen des Führers der russischen Delegation in Genf scheinen mir doch wenig Anzeichen vorhanden zu sein, daß die Sowjetregierung den Wunsch hat, mit England Frieden zu schließen oder auch nur mit der englischen Zivilisation, wie wir sie aus der Vergangenheit kennen, sich in irgendeiner Weise zu verständigen. Selbst Lloyd George, der eine Zeitlang mit Mr. Cook (dem bekannten Arbeiterführer), dem treuen Schüler Lenins, zu kokettieren schien, würde zweifellos eine Einigung mit Cook abgelehnt haben, denn die liberale Partei könnte den Bolschewismus nur annehmen, indem sie allen bisherigen Auffassungen und Prinzipien untreu wird. Das ist eben das charakteristische Zeichen des Kommunismus, daß er keine andere Auffassung neben sich duldet, daß er eine Religion ist, die allein den Schlüssel zum Erdenparadies zu besitzen vorgibt. Die Bolschewisten sind Fanatiker, und wie alle Fanatiker glauben sie auch, daß Leute, die eine andere Auffassung als sie haben, verachtungswürdige Geschöpfe sind. Aus diesen Gründen haben sie, als sie zur Herrschaft gelangten, die Existenz des Bürgertums vernichtet. Eben, weil nach ihrer Lehre der Besitz irgendwelchen Eigentums die Menschen schlecht und verderbt macht.

Religiöse und nationale Duldung gehören zu den Fundamenten des liberalen Glaubensbekenntnisses, und ihre Anwendung kann sicherlich auch auf andere Glaubenslehren und andere soziale Systeme ausgedehnt werden. Eine Duldung des Bolschewismus liegt also durchaus auf der Linie des Liberalismus. Es ist aber dem Liberalismus unmöglich, sich mit dem Bolschewismus zu verbinden, denn die Gegensätze liegen nicht etwa in den durch den kürzlichen Notenaustausch zwischen England und Rußland zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten, sondern sie liegen in sozialen, historischen, religiösen und moralischen Gegensätzen. Es verbleibt außerdem die Frage, ob der Bolschewismus, selbst wenn der Liberalismus mit ihm Frieden schließen möchte, selbst den gleichen Wunsch dem Liberalismus gegenüber hegt. Ich möchte dies sogar sehr bezweifeln, denn der Bolschewismus ist international und kann mit der westlichen Zivilisation keinen Frieden schließen. Sowohl die liberale wie die konservative Auffassung können sich mit der rein nationalistischen Einstellung fremder Staaten abfinden und mit ihr sympathisieren, denn Liberale und Konservative sind der gleichen Auffassung,

daß jede Nation in der Formung ihres Schicksals frei sein muß. Beide Partierichtungen sind gewillt, mit dem Nationalismus in China, Polen oder in den Balkanstaaten im guten Einvernehmen zu leben. Aber es ist dies ein Frieden der gegenseitigen Duldung. Keine Regierung kann indessen Frieden schließen mit einer revolutionären Bewegung, die von einem Nationalismus getragen wird, der sich dauernd das Recht der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder vorbehält. Ebenso wie der Liberalismus ist der Nationalismus letzten Endes die Glaubenslehre von der nationalen Unabhängigkeit einer jeden Nation und damit die logische Negierung des Bolschewismus.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

England: Die Kolonialkonferenz. — Das Gewerkschaftsgesetz. — Bruch mit den Sowjets. — Die Allianz gegen Rußland. — Belgien: Der niederländische Vertrag. — Eupen—Malmédy. — Verschärfung des Gegensatzes Polen—Deutschland. — Neuer Minderheitenkurs in der Tschechoslowakei angekündigt. — Konferenz der Kleinen Entente. — Entwicklungen auf dem Balkan. — Italien im Nahen Orient.

Die geopolitische Problematik des Abendlandes wird nach wie vor gekennzeichnet durch das taktische Hin und Her der beiden, nicht unabhängig voneinander operierenden Gegner-Gruppen: England und Rußland, Frankreich und Italien. Von dem ersten der beiden Gegensätze, dem Kardinalfaktor der europäischen Politik, wird Deutschland wegen seiner ausgesprochenen Mittellage direkt und stark berührt. Das zähe, versteckte Ringen zwischen Frankreich und Italien ist für uns Deutsche gewiß von minderem Belang, kann uns aber durchaus nicht gleichgültig sein, weil so oder so die politische Struktur der abendländischen Staatenwelt geändert werden soll.

Daß die gegenwärtigen politischen Führer Englands den Ausbau des Empire letzten Endes als ihre wichtigste Aufgabe betrachten, ist von uns oftmals hervorgehoben worden. Die aktive Seite dieser Tendenz erkennen wir in den mannigfachen Reichskonferenzen, die passive in dem zielbewußten Abwehrkampf gegen Sowjet-Rußland, welches angeblich das Empire durch seine Selbstbestimmungspropaganda bedroht. Beide Bestrebungen, der organische Auf- und Ausbau des Weltreiches und die Einkreisung des bolschewistischen Ostreiches, gehören untrennbar zusammen; sie ergänzen einander und bilden vereint das Kernstück der augenblicklichen britischen Politik.

Die am 10. Mai in London eröffnete Britische Kolonialkonferenz vereinigte nicht wie bei den Reichskonferenzen die Vertreter sämtlicher Dominions, wohl aber die Gouverneure und hohen Beamten nahezu aller Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete. Dieser erste Versuch, auch die kleineren britischen Besitzungen in Übersee zu einer einheitlichen und innigen Zusammenarbeit zu erziehen, verdient sehr wohl Beachtung. Das Londoner Kolonialamt, das den Dominions gegenüber eine sehr vorsichtige Sprache führen, ja fast gänzlich zurücktreten muß, kann in bezug auf die Kolonien, Protektoratsländer und Mandatsgebiete wesentlich zielbewußter auftreten. „Es ist kein Zweifel,“ so führte Amery bezeichnenderweise aus, „daß das Prinzip der Autonomie und Selbstgenügsamkeit zu weit getrieben werden kann“. Mit diesen Worten umreißt der britische Kolonialstaatssekretär sein Programm, die Dominions-Entwicklung möglichst nicht weiter um sich greifen zu lassen, sondern die kleineren Kolonien unter Londoner Führung fester zusammenschweißen. — Man wird von britischen Staatsmännern nicht erwarten, daß sie ihr Ziel im Sturm erreichen wollen. Vorsichtig und weitschauend legte Amery den Grundstein, indem vorwiegend von administrativer, wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit gesprochen wurde. Alles weitere überläßt man vertrauensvoll der Zukunft und den folgenden Kolonialkonferenzen. Bemerkenswert war der wiederholt aufgetauchte und stark betonte Wunsch, für Kenia und Tanganjika (Deutsch-Ostafrika!) eine gemeinsame Verwaltung zu schaffen. Sollte das schon eine Antwort auf das deutsche Begehren darstellen, einen

Sitz in der Mandatskommission des Völkerbundes zu erhalten? Der kluge Mann baut vor!

Wenn einmal die entscheidende Schicksalsstunde des britischen Weltreiches kommen und der Kampf um seinen Bestand nicht mehr zu vermeiden sein sollte, wird neben dem machtpolitischen auch das sozialpolitische Moment von ausschlaggebender Wichtigkeit sein. Es ist für den englischen Imperialisten eine schlechthin unerträgliche Vorstellung, daß etwa britische außenpolitische Maßnahmen im entscheidenden Augenblick durch innere Unruhen, Streiks usw. gelähmt werden könnten. Deshalb muß auch hier rechtzeitig ein Riegel vorgeschoben werden. Durch Schaffung eines entsprechend gehaltenen englischen Gewerkschaftsgesetzes versucht man schon heute, sich den Rücken zu decken. Jeder Generalstreik, aber auch jeder Sympathiestreik wird als ungesetzlich verboten und unter Strafandrohung gestellt. Daß durch diesen Gesetzentwurf die Labourparty in Kampfstellung gedrängt wird, versteht sich von selbst. Der bolschewistenfreundliche Flügel der englischen Arbeiterpartei und die anders eingestellten Kreise reichen sich jetzt die Hand zum gemeinsamen Kampf, und selbst bei den Liberalen findet die Bill in vieler Beziehung keinen Anklang. Wie soll auch tatsächlich in praxi die Grenze zwischen wirtschaftlichem und politischem Streik gezogen werden? Warum verbietet man den organisierten Arbeitern und Angestellten in kommunalen und staatlichen Betrieben (einschließlich Post!) die Unterhaltung von Beziehungen zu anderen Gewerkschaften und die Schaffung politischer Fonds, aus denen z. B. bislang die sechs Abgeordneten dieser Gruppen bezahlt wurden? — Man darf wirklich sehr gespannt sein, wie der Kampf um die Trade-Union-Bill ausläuft, und wird es verstehen, daß niemand aufmerksamer nach England hineinhorcht als — Sowjet-Rußland und Komintern.

Selbstverständlich ist sich die Baldwin-Regierung darüber vollkommen im klaren. Eben, weil das Gewerkschaftsgesetz ein innenpolitischer Niederschlag ihrer außenpolitischen Einstellung ist, versteift sie sich ja auf die schleunige Annahme dieser Bill. Man ist in den Kreisen der Londoner Regierung der festen Überzeugung, daß die russische Politik in China endgültig gescheitert ist und glaubt sich darum stark genug, mit den Russen gründlich abzurechnen. Offen wird in verschiedenen Londoner Blättern die Haussuchung im Gebäude der „Arcos“ (Mitte Mai) als Auftakt einer systematischen Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland bezeichnet. Gerüchtweise verlautet, daß der britischen Regierung ein wichtiges Aktenstück betr. Aufmarschpläne gegen Rußland (Durchzug durch Deutschland!) gestohlen worden sei und daß man dieses Dokument im Gebäude der „Arcos“ vermutete. Halten die Londoner Staatsmänner die Bolschewisten wirklich für solche politische Laien, um im Ernst zu glauben, daß die Russen eine so ungeheuerlich wichtige Urkunde erst lange in den Tresors der „Arcos“ liegen lassen würden? Die Londoner Ausrede verdient tatsächlich nicht die mindeste Beachtung, und wir neigen mit dem amtlichen Moskau dazu, eindeutige Zusammenhänge zwischen der Peking- und der Londoner Razzia anzunehmen. Der City wird das Vorgehen der Regierung im Augenblick vielleicht unangenehm sein, denn gerade eben hatte der Präsident der Midland-Bank, Mac Kenna, ein Arrangement mit dem Chef der russischen Handelsdelegation in London abgeschlossen und zwecks Finanzierung russischer Wareneinkäufe in England langfristige Kredite bis zu 10 Mill. £ bewilligt. Am Ende aber werden sich auch die britischen Finanzkreise mit den Maßnahmen ihrer konservativen Regierung abfinden, denn es handelt sich für Baldwin gewißlich um mehr als die Gewinnung einer zugkräftigen Wahlpropaganda, es geht für ihn um das Schicksal des Reichs, und gegenüber diesem Alarmruf der Torypartei

verstummen in England erfahrungsgemäß sogar die Angstschreie um den eigenen Geldbeutel.

Mit verhaltener Wut verfolgen die Herren des eurasiatischen Kontinentstaates die Würgarbeit des insularen Todfeindes. Die Beziehungen zwischen England und Rußland haben einen Grad der Spannung erreicht, der für die nächste Zukunft nichts Gutes erwarten läßt. Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, ist die Antwort Londons auf die Moskauer Arcos-Note noch nicht bekannt; aber selbst wenn jetzt der Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch einmal vermieden werden sollte, so bleibt zweifellos der englisch-russische Gegensatz auch weiterhin eine ernste Bedrohung des europäischen Friedens. An eine baldige kriegerische Auseinandersetzung ist trotzdem wohl nicht zu denken; die Massen der abendländischen Proletarier sind vorerst schwerlich für einen Krieg gegen Rußland zu gewinnen, und der Sowjetstaat seinerseits ist noch immer viel zu schwach, um einen neuen Weltkrieg wagen zu können. Gewiß, seit der Preisgabe der eigentlichen bolschewistischen Wirtschaftspolitik hat sich Rußland entschieden erholt; die „Prawda“, die in diesem Monat das Fest ihres 15jährigen Bestehens feierte, wird nicht müde zu prahlen: Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, wesentliche Fortschritte im Bergbau und in der Industrie, Elektrifizierung, Don-Wolga-Kanal, Ausbau der Fluglinien, Steigerung des Baumwollanbaus, Kautschukanpflanzungen am Syr-Darja und bei Samarkand usw. Aber trotz dieser verführerischen Mischung von Wahrheit und Dichtung kann auch in Rußland nicht umhin, die Gültigkeit dieser beiden Thesen anzuerkennen:

1. Infolge des geringen Grades der Verstadtlichung in Rußland ist es einstweilen ausgeschlossen, die Agrarproduktion des Landes auf den inneren Markt einzustellen; Rußlands Agrarwirtschaft benötigt vielmehr unbedingt die europäischen Märkte als Absatzgebiete. Ein russisch-englischer Krieg würde eine Katastrophe für die russische Landwirtschaft bedeuten und die große Masse des Volkes, zugleich die besten Steuerzahler des Staates weithin der erneuten Verelendung preisgeben.

2. Aus der von extrembolschewistischen Dogmen befreiten russischen Wirtschaft lassen sich jetzt durch Anziehen der Steuerschraube zwar wieder erhebliche Geldmittel herauspressen (dazu Wiedereinführung des „verrucht zaristischen“ Branntwein-Monopols, der „kapitalistisch-bourgeois“ Staatslotterie u. a. m.), aber die so aufgebrachten Summen reichen nicht aus, um die politisch (Rüstungen!) und wirtschaftlich (Schaffung eines starkes Innenmarktes!) für dringend notwendig erachtete Industrialisierung mit dem erforderlichen Nachdruck zu betreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht man unbedingt große langfristig gegebene Anleihen vom kapitalistischen Ausland. Ein russisch-englischer Krieg würde die russische Industrie um Jahrzehnte zurückwerfen.

Die allgemeine Abneigung Europas gegen einen neuen Krieg und der Widerstand des Proletariats speziell gegen einen russischen Krieg wirken also in der gleichen Richtung wie der Belange der russischen Wirtschaft: einstweilen keinen neuen Krieg! Die Friedensbeteuerungen von beiden Seiten mögen also in der Tat ehrlich gemeint sein, wenigstens in bezug auf einen Krieg alten Stils. Aber, so sinnt man in London, so raunt man es sich in Moskau zu, die indische und chinesische Bewegung hat uns nicht umsonst eine neue wirksame Form der kriegerischen Auseinandersetzung gelehrt, den Krieg ohne Waffen: systematischer wirtschaftlicher Boykott des Gegners. England wie Rußland sind zu einem Kampfe dieser Art entschlossen und treffen zielbewußt alle Vorbereitungen. „Die Aufträge der Sowjet-Union“, so proklamiert Moskau, „werden künftighin nur noch an befreundete Nationen vergeben

werden. Keinen Rubel mehr solchen Staaten, deren Regierungen als ausgesprochen russenfeindlich angesehen werden müssen.“ Trotz gewiß nicht geringer Bedenken entsendet Moskau Vertreter zur Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Es gilt, dort den Schachzügen der britischen Diplomatie zu begegnen und wenn irgend möglich in engere Fühlung mit den Amerikanern zu gelangen (Anleihe!). Mit der Miene sieghafter Überlegenheit erklärt plötzlich die russische Presse, Europa sei im Grunde überhaupt kein würdiger Partner für Sowjet-Rußland, da alle abendländischen Staaten ja doch nur von der Gnade der nordamerikanischen Union bzw. deren Großbanken leben. Eben deshalb müsse und könne Rußland im Grunde über Europa zur Tagesordnung übergehen und seine Hoffnung auf Amerika setzen. England, an Schärfe des realpolitischen Blickes und Feinheit der Taktik überlegen, antwortet mit der Peking- und Londoner Razzia, um auch den Amerikanern die Augen zu öffnen und alle Welt davon zu überzeugen, daß Sowjet-Rußland schlechterdings kreditunwürdig sei. Überdies fragt man mit bissigem Spott, ob Rußland die Zinsen für eine eventuelle amerikanische Anleihe etwa in Getreide zu bezahlen gedenke. In richtiger Einschätzung der Tatsache, daß Rußland nicht nur Geld, sondern auch Absatzmärkte für seine Erzeugnisse benötigt, macht England zugleich den Kontinent gegen Rußland mobil. Italien, dessen Ministerpräsident so oft und so stolz die Freiheit des neuerstarkten Landes betont, ist, wie wir wissen, durch mannigfache Bande (Mittelmeer, Nordafrika, Balkan, Vorderasien) an die englische Politik gekettet. Frankreich, der Beschützer Jugoslawiens und dadurch Gegner der italienischen Balkanpolitik, muß beruhigt und zugleich von seinen Verhandlungen mit Rußland abgebracht werden (Pariser Besprechungen über die russischen Vorkriegsschulden, Anleihe!); beiden Zielen dient die Einladung des französischen Staatsoberhauptes Doumergue nach London und die bei dieser Gelegenheit von Chamberlain und Briand gefeierte Erneuerung der Entente cordiale. Bleibt noch Deutschland übrig, dessen Versuch einer völligen Neutralität in London natürlich nicht genehm ist. Käme es auf einen Kampf mit Waffen an, so brauchte man sich um das gänzlich wehrlos gemachte Deutsche Reich nicht viel zu kümmern; da aber ein Krieg wirtschaftlicher Art droht, so spielt Deutschland eine nicht unwichtige Rolle. Es paßt sich gut, daß Deutschland gerade jetzt wieder allerlei Wünsche zu erkennen gibt: Räumung des Rheingebiets, Kolonialmandat u. a. m. Man kann also mit sich reden lassen. Die Räumung der Rheinlande kostet England nichts, gar nichts; irgendein Stück Landes, wo sich Deutschland die Zähne ausbeißt und in Konflikt mit den Eingeborenen gerät, wird sich zur Not in Übersee schon noch finden lassen. Bezahlt Deutschland dieses „großmütige Entgegenkommen“ Englands mit einer Schwenkung seiner Außenpolitik, tritt es dafür der „heiligen Allianz“ gegen Sowjet-Rußland“ bei, so kann das Geschäft schnell perfekt werden. Das sind nicht etwa Kombinationen eines Phantasten, sondern Gedankengänge, denen man jetzt in der englischen Presse (Daily Telegraph, Westminster Gazette) u. a. m. wiederholt und ziemlich unverhüllt begegnet. England als Führer des Kontinents gegen Sowjet-Rußland! Für Frankreich und vollends für unser deutsches Vaterland werden in den nächsten Monaten zukunfts wichtige Entscheidungen notwendig. Möchte es unsern Staatslenkern glücken, uns vor dem Schicksal eines Trabantenstaates zu bewahren und in dieser entscheidenden Epoche den denkbarsten Nutzen aus unserer Mittellage zu ziehen. Augenblickserfolge sind gar zu teuer erkauft, wenn wir uns dafür auf lange Zeit der Freiheit des Entschlusses begeben.

Gemessen an der Tragweite des englisch-russischen Konfliktes kommt den übrigen Ereignissen in der alten Welt nur ein geringeres geopolitisches Interesse zu. Über den

in der ersten Kammer der Generalstaaten endgültig gescheiterten niederländisch-belgischen Vertrag berichtet demnächst in dieser Zeitschrift R. Hennig gesondert. Das interessante Problem der Scheldemündung bleibt also einstweilen ungelöst, der Rhein-Maas-Schelde-Kanal (§ 361 von Versailles) vorerst ebenso ungebaut wie der Antwerpen-Moerdijk-Kanal, und das politische Verhältnis zwischen Holland und Belgien trotz des faktischen Endes der belgischen Neutralität ungeklärt. — In Belgien hat man sich in den letzten Monaten auch wieder einmal mit der Eupen-Malmedy-Frage lebhafter beschäftigt, doch ist das Ergebnis der Interpellation des Abgeordneten Sommerhausen keineswegs erfreulich zu nennen. Die katholische Partei Belgiens ist gänzlich umgefallen, wendet sich mit ungewöhnlicher Schärfe gegen den Gedanken einer neuen, wirklich geheimen und unbeeinflussten Abstimmung und erklärt mit brutaler Deutlichkeit, daß wirtschaftliche Interessen und die Frage der Sicherheit über Recht und Idealismus gehen. Die belgischen Sozialisten sind nun die einzigen, die grundsätzlich für eine loyale Lösung der Eupen-Malmedy-Frage eintreten; ihr Führer Vandervelde hält sich jedoch stark zurück, weil er offenbar die jetzige Koalitionsregierung nicht durch eine Aufrollung dieses Grenzlandproblems gefährden will.

Das Verhältnis Deutschland-Polen hat sich trotz aller Bemühungen von beiden Seiten noch immer nicht gebessert. Im Gegenteil! Polen versucht augenscheinlich, als Antwort auf die gewiß alles andere als geschickte Beuthener Parteidrede Hergts eine östliche Grenzgarantie zu erpressen, indem es in Ost-Oberschlesien ein wahrhaftes Schreckensregiment eröffnet. Die Anmeldungen zu den deutschen Minderheitsschulen werden mit einem Terror sondergleichen bekämpft, die politischen Führer der deutschen Partei ohne jeden Grund verhaftet usw. Selbst die „Vossische Zeitung“, die nicht irgendwie dem Verdacht chauvinistischer Hetzerei ausgesetzt sein kann, sieht sich gezwungen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen: polnische Schande. Wie wir angesichts dieser unerhörten Tatsachen zu der in beiderseitigem Interesse notwendigen Politik friedlicher Auseinandersetzung gelangen sollen, bleibt ein Rätsel. — Dabei müßte sich Polen doch nachgerade wirklich in Ruhe klar machen, daß es ohne Einverständnis mit Deutschland auf die Dauer nicht auskommen kann. Die Anleiheverhandlungen zwischen der amerikanischen Bankiersgruppe und der polnischen Regierung ziehen sich mehr und mehr in die Länge und begegnen immer wieder neuen Schwierigkeiten, der Haß der an Polen gefallenen Weißrussen und Ukrainer wächst von Monat zu Monat bedenklicher, das Verhältnis zu Sowjet-Rußland ist nach wie vor gespannt (polnische Unterstützung der Abtrennungsbewegung in der Sowjet-Ukraine!) die baltischen Randstaaten ziehen ein Arrangement mit Sowjet-Rußland einer Anlehnung an Polen entschieden vor usw. Will und kann es ein Staat in dieser Lage verantworten, durch sinnlose Schikanen und raffinierten Terror auch seinen westlichen Gegner endgültig unversöhnlich zu stimmen?

Wenn Polen klug werden will, wird es aus der Programmrede des Prager Unterrichtsministers Hodscha viel lernen können. Hodscha, der selbst allerdings kein Tscheche, sondern Slowak ist, hat mit erfreulichem Mut eine völlige Wendung der tschechoslowakischen Kultur- und Minderheitenpolitik angekündigt: die Entnationalisierung der Kinder soll ein für alle Male aufhören, alle verhetzenden Stellen sollen aus den Schulbüchern ausgetilgt, Kampfgründungen tschechischer Bürgerschulen in rein deutschen Gemeinden untersagt werden usw. Dieses offizielle Versprechen einer gerechten Minderheitenpolitik und loyalen Schulautonomie nehmen wir mit großer Freude zur Kenntnis. Glückt es Minister Hodscha, sein Wort einzulösen, so wird seine Reform geradezu als historisches Ereignis zu werten sein.

Die Kleine Entente, jener die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien umfassende Staatenblock, hat auf ihrer Mitte Mai in Joachimsthal stattgehabten Konferenz bewiesen, daß sie trotz der unleugbaren Divergenzen den Zusammenhang einstweilen noch zu wahren weiß. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Kleine Entente als Barometer für den jeweiligen Stand der französisch-italienischen Rivalität im östlichen Mitteleuropa angesehen werden darf: Frankreich will die Kleine Entente stützen, um mit ihrer Hilfe an Einfluß zu gewinnen, Ungarn niederzuhalten, den Anschluß Deutsch-Österreichs zu vereiteln und der östlichen Expansion Italiens einen Riegel vorzuschieben; Italien seinerseits muß auf eine Lockerung oder Auflösung der Kleinen Entente Bedacht nehmen, um die Hand gegen Jugoslawien frei zu haben und die *pénétration pacifique* des Balkans vollenden zu können. Beurteilt man die Joachimsthaler Konferenz von diesem Standpunkt aus, so läßt sich schwerlich übersehen, daß Italien gesiegt hat, wenn auch die Sprengung der Kleinen Entente vorerst noch nicht geglückt ist. Frankreich kann sich vielleicht rühmen, daß die Anschlußfrage von der Kleinen Entente auch dieses Mal wieder im Sinne seiner Politik behandelt worden ist; man erklärte sie als eine Angelegenheit des Völkerbundes, in dem dann die Staaten der Kleinen Entente jederzeit ihre Stimme (natürlich im Sinne einer Ablehnung) erheben könnten. In diesem Punkte denken ja aber auch die italienischen Staatslenker nicht irgendwie anders, und alle übrigen Entschlüsse von Joachimsthal bedeuten zweifellos einen Erfolg Italiens. Die vornehmlich gegen Ungarn geschaffene Kleine Entente konnte nicht daran vorbeigehen, daß Ungarns politische Stellung durch den im April 1927 abgeschlossenen Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und Ungarn von Grund auf eine andere geworden ist; der konzentrische Druck der Kleinen Entente auf Ungarn ist durch das Zusammengehen Ungarns mit Italien nahezu aufgehoben worden, und die in Fiume Ungarn eingeräumte Freihafenzone wird sich zweifellos stark auswirken. Jugoslawien hätte es natürlich gern gesehen, wenn die Kleine Entente wegen des albanischen Konfliktes eine deutliche Sprache gegen Italien geführt hätte; aber auch hier blieb Italien dank seinem sehr geschickt gewonnenen Bundesgenossen Rumänien obenauf, und Frankreich vermochte für seinen Schützling Jugoslawien so gut wie nichts zu erreichen. Im übrigen kann nicht übersehen werden, daß neuerdings die Faktoren „Deutschland“ und „Rußland“ in besonderer Weise auf die Kleine Entente wirken. Eine Welle ausgesprochener Deutschenfreundlichkeit geht augenblicklich durch Jugoslawien und kann für beide Teile bedeutungsvoll werden, wenn sich diese wiederauflebende Freundschaft zunächst in einer besseren Behandlung der deutschen Minorität in Jugoslawien auswirkt. Von dem Umschwung der tschechoslowakischen Politik gegenüber Deutschland und der deutschen Minderheit war oben schon die Rede. Rumänien möchte sich doch nicht ausschließlich auf Italien und Frankreich stützen, sondern sucht ersichtlich wirtschaftliche Annäherung auch an Deutschland (Regelung des Streits um die Noten der Banca Generale, 200 Mill. Mk.-Kredit an Rumänien zwecks Finanzierung großer Lieferungen von Eisenbahnmateriale u. a. m.). In bezug auf Rußland ist die Stellung der Kleinen Entente durchaus nicht einheitlich. Rumänien will natürlich von einer Anerkennung der Sowjet-Union solange nichts wissen, als die Bessarabien-Frage nicht endgültig gelöst ist; die Tschechoslowakei möchte ihrer Industrie gern den russischen Markt öffnen und liebäugelt mit der Anerkennung; in Jugoslawien taucht immer wieder der Gedanke einer politischen Zusammenarbeit mit Rußland im Sinne des einstigen Panlawismus auf.

Wie sich die Zukunft der Balkanstaaten endgültig gestalten wird, ist natürlich nicht irgendwie mit Sicherheit vorauszusehen. Das italienische Liebeswerben um Bulgarien ist zunächst erfolglos geblieben; Bulgarien hat das Bündnisangebot abgelehnt. Hier wie in den oben genannten Staaten sympatisiert man vielmehr in weiten Kreisen mit dem Gedanken eines völlig unabhängigen Staatenbundes der Balkanvölker. Auch der Versuch Italiens, den südslawischen Getreidehandel im Mittelmeer und in Zentraleuropa durch Anlage einer russischen Freihandelszone in Venedig zu schädigen, darf wohl als gescheitert angesehen werden. Trotzdem aber ist und bleibt Italien einstweilen zweifellos der aktivste politische Faktor auf dem Balkan und in Vorderasien. Mit welcher Tatkraft Italien hier auftritt, erhellt schließlich noch aus diesen beiden Tatsachen: Die italienische Gesandtschaft in Kairo ist neuerdings im ägyptischen Außenministerium vorstellig geworden und hat verlangt, daß denjenigen Senussi, die Italien als unerwünschte Elemente betrachtet, der Aufenthalt in Ägypten verboten werde, daß die an der Grenze lebenden Senussi entwaffnet würden und daß endlich die Rädelsführer der antiitalienischen Bewegung unter den Senussi verhaftet und an Italien ausgeliefert werden sollten. Geopolitisch noch interessanter ist die englisch-italienische Erörterung der Mandatsverhältnisse in Vorderasien. Die „Daily Mail“ brachte einen Artikel, in dem die Übertragung der Mandate von Palästina und Mesopotamien an Italien befürwortet wurde. Begeistert nahm der „Messagero“ den Gedanken auf und vertrat die Meinung, daß Italien gewiß der beste Sachverwalter in Palästina sein würde, und daß Mesopotamien ein zweites Paradies werden könnte, falls sich italienische Arbeitskraft in diesem Gebiet mit englischem und amerikanischem Kapital zusammenfinden würde.

Während hier noch von Kolonialpolitik alten Stiles geträumt wird, ertönt in unmittelbarer Nachbarschaft, in Persien, immer lauter der Ruf nach Selbstbestimmung. Persien hat den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt und fordert ganz allgemein die Abschaffung der Kapitulationen. Damit im Zusammenhang steht die Erklärung der neuen persischen Regierung, daß eine Vergebung der nordpersischen Erdölfelder an die Anglo Persian Oil Co. nicht in Frage komme, daß zum mindesten eine starke Beteiligung des persischen Staates vorausgesetzt werden müsse. Das Beispiel der Türkei, die sich ihre nationale Unabhängigkeit so zielbewußt zu sichern verstand, findet ersichtlich Nachahmung, die Welt des Orients ringt nach neuen, ihr gemäßen politischen Lebensformen.

K. HAUSHOFER:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

Wiedereindringen ozeanischer Politik in den mittleren Yangtse. — Interessenwiderstreit Japans, der U. S. und der Kolonialmächte. — Haltung Rußlands. — Yangtse-Einzelheiten. — Deutsche Vertretung in Hunan. — Eigenart des Nachrichtendienstes in Südchina. — Grenzen für chinesische Kompromisse. — Indischer und jungchinesischer Nationalsozialismus gegen Kommunismus. — Gandhis Einstellung. — Indische Flotte und Schwerindustrie von Jamshidpur. — Neuseelands Flotten- und Singapurpfer. — Pazifische Flottenkontrolle. — U. S. Amerika in der Spottzeichnung zur Chinesischen Frage. — Spottbilder.

Als im regelmäßigen Wechselspiel des westpazifischen Klimas die Fahrinne des Yangtse sich wieder ausreichend vertiefte, um große Kriegsschiffe stromauf, tausend und

mehr Kilometer landeinwärts zu tragen, da vervielfältigte sich nicht nur die Wichtigkeit der Strombarriere des chinesischen Südens, die Schwierigkeit ihrer Überwindung für beide kämpfenden Hauptgegner, sondern es öffnete sich auch wieder die Gewaltbahn für die ozeanische Politik bis Hankau und weiter landeinwärts. Das führte zunächst Anfang Mai 45–50 fremde Kriegsschiffe mit mehr als 110 000 Tonnen vor Hankau. Damit änderte sich, zugleich durch die Bedrohung von den Küstenstützpunkten General Chiang-Kai-Schecks aus, völlig der fremdenfeindliche Ton der Rumpfregierung in Hankau. Der mühsam genug vereinigte diplomatische Druck der ozeanischen Mächte infolge der „Greuel“ von Nanking fand eine Lücke zur Verflüchtigung; und so bedeuteten die Kriegsschiffe eigentlich eine ähnliche Gefahr für ihre eigenen Staatsmänner wie der Erfolg von Lord Dukworth seinerzeit gegenüber Konstantinopel. Alles — auch ihre Absender — war damals froh, als die Flotte glücklich wieder weg war. Zur Zeit sind etwa 150 werktätige Fremde in dem sehr stillen Hankau; so entfällt auf je drei zu schützende kaufmännische Vertreter ein Kriegsschiff, auf jeden einzelnen etwa der Schiffsraum eines staatlichen Binnenseedampfers. Man könnte die Aufteilung beliebig fortsetzen. Wenn wirklich nach Sallust „jedes Reich nur mit den Mitteln erhalten wird, durch die es ursprünglich erworben wurde“, dann tritt wenigstens in China der friedliche Handel bei den Übersee-Angelsachsen hinter die blanke Seegewalt stark zurück. Weit wichtiger, als ihre Einmischung oder Nichteinmischung in die innere Auseinandersetzung zwischen rechtem, nationalchinesischem und linkem, international-revolutionärem Flügel der Kuo-Min-Tang scheint das stille erbitterte Ringen zwischen Kontinentalmacht und ozeanischer überhaupt auf der ganzen Linie von den Wuhan-Städten bis zum Philippinen-Tief und innerhalb der ozeanischen wieder zwischen der U. S.-amerikanischen, der reichsbritischen und der japanischen Politik, von denen jede von der andern grundverschiedene Ziele verfolgt.

Das haben die Chinesen in Nord und Süd längst erkannt, spielen heimliche Gegner noch meisterhafter gegeneinander aus als öffentliche, und wissen darin ihre beste, weil geopolitisch begründete Stärke.

Diese Tatsache nachzuweisen, braucht man nur auf der einen Seite etwa aus einem so rein nüchtern wirtschaftsgeographischen Buch, wie Baranskiis Wirtschaftsgeographie der Sowjets (C. C. R., Moskau 1927) oder andern russischen und japanischen Quellen, die Verzahnungsmöglichkeiten zwischen China, Japan und Rußland in Nordostasien zu prüfen, auf der andern die tiefen, klaffenden Interessengegensätze der drei großen pazifischen Seemächte, wie sie etwa George Bronson Rea in „The Keys of Empire“ (Far Eastern Review II, 1927), für die U. S.-amerikanische Politik oder Gonnoske Komai im Daily Express an dem steigenden japanischen Bevölkerungsdruck zeigen.

Wir haben schon (IV. 1927) in anderem Zusammenhang die Leser auf das 2. Heft der Far Eastern Review von 1927 als eine wichtige Quelle von Erkenntnis indopazifischer Zusammenhänge aufmerksam gemacht. Sie finden darin gute Bilder der bedeutendsten chinesischen Führer: Chiang-Kai-Scheck, Sun-Fo, Chen Kung-Po, Chang-Tso-Lin, des entscheidenden Amerikaners in den Philippinen Leonard Wood; vor allem aber in gedrängter Form einige sonst wohlverschwiegene „arcana imperii“, aus denen hervorgeht, warum — nach der kurzen scheinbaren Einigkeit der fünf Mächte — England und Italien nun plötzlich wieder allein stehen, gerade in dem Augenblick, wo es auf die Weiterverfolgung der ersten gemeinsamen Note über Nanking ankäme.

„Die Philippinen stehen als Puffer zwischen Japan und den britischen Besitzungen in Indien, Malaya und dem Pazifik; eine Garantie, daß — solange sie unter amerika-

nischem Schutze stehen — ihre Neutralität geachtet werden muß.“ — „Britannien rüstet sich für den Tag der Unabhängigkeit der Philippinen“, steht als Überschrift über dem Aufsatz! „Die Philippinen sind der Schlüssel zu ‚World Empire.‘ — Wenn der Besitz dieser Schlüssel jemals aus den Händen der U. S. entgleitet, werden sie übernommen und festgehalten von einer andern Macht, die sie für ihren eigenen Vorteil zu nutzen weiß.“ „Die Zukunft der Philippinen ist ungewiß. Großbritannien kann den Einsatz nicht wagen. Noch weniger kann Japan eine weitere Ausdehnung von europäischem Einfluß in den Gewässern des Fernen Ostens mit ansehen . . .“

„Auf leicht überwindbare Dampferentfernung von Mindanao und der Sulugruppe oder irgendeiner der tausend als U-Boot-Station geeigneten Inseln liegt das Rubberimperium der Welt, eine Quelle unbegrenzten Reichtums, aus der Großbritannien die Summen für die Bezahlung seiner Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten jetzt herauszieht und weiter herausziehen wird. Auch wenn der Schreck asiatischer Bedrohung gegen Australien und Indien ausgeschaltet ist, werden diese ungeheuer reichen Besitzungen gleichwohl gegen jede Zugriffsmöglichkeit geschützt werden müssen.“

„Ist es je einem denkenden Amerikaner zum Bewußtsein gekommen, daß der hypothetische Feind, der möglicherweise einmal den Besitz von Britanniens malaischem Rubberreich anstreben könnte, ihr eigenes Land sein könnte?“ „Könnte nicht die Basis von Singapur gegen die Vereinigten Staaten errichtet sein?“ Dann folgen eine lange Reihe von Gründen, die uns zeigen, warum die beiden großen Angelsachsenmächte in China, aber auch gegenüber den Sowjets und Japan, ganz verschiedene Wege gehen, die natürlich in den überseeischen Nachrichtendiensten nicht so deutlich erkennbar sind, wie in einer solchen sehr zweckbewußten Zusammenfassung eines Wissenden.

Auch daß Frankreich nicht wegen der Vereinigten Staaten und ihrer abseitigen Haltung, sondern aus Rücksicht auf Japans Chinapolitik nicht bei der weiteren Verfolgung des Nankingprotestes mitgetan hat, eröffnet Einblicke in geopolitische Hintergründe; und peinlich genug mag es für manche sein, daß sich unter den Papieren, die bei der Plünderung der Sowjetnebengebäude in Peking ans Licht kamen, eine an sich sehr kluge russische Instruktion befindet: „Spezielle Weisung, Japan von den andern Mächten in China zu scheiden, so daß Japan nicht zu feindlichem Vorgehen gegen China gedrängt wird und keinerlei antijapanische Agitation in China aufkommt.“ Japan und die Sowjets wollen — wenigstens in einigen ihrer einsichtigsten leitenden Kreise — keinen Streit untereinander haben; sie sehen durchaus die Möglichkeit einer reibungslosen Verzahnung, nötigenfalls unter Aufrichtung einer Pufferzone; und sie verstehen es beide, persönliche Reibungen und übersteigerte Zufälle vor großen geopolitischen Zielen auf weite Sicht zurücktreten zu lassen. Auch wenn sie wegen der Pekinger Vorfälle nicht gleich Großlärm schlägt und zu weit vorgestoßene Agenten in Hankau zurückpfeifen muß, hört die asiatische Politik der Sowjets nicht auf, Freunden nützlich und Gegnern unheimlich und furchtbar zu sein.

Diese großen Rahmenzüge mußten wieder einmal aufgefrischt werden, ehe wir uns den neuesten Einzelheiten des wichtigsten Unruheherdes der indopazifischen Welt, des mittleren Yangtse, zuwenden.

Diese Einzelheiten erhalten, außer durch die schon in Heft IV d. G. angezogenen Zeugen, besonders lebendige Farben durch einige ausgezeichnet geschriebene und beobachtete journalistische Momentaufnahmen von Arthur Ransome (die besten im

Manchester Guardian 11., 12., 25. April, 4. und 5. Mai, Eugene Chen); durch die Begleitmusik der sehr des Einsehens werten chinesischen Studentenzeitung: „The Chinese Students Monthly“, Shanghai, Ningpo Road, z. B. in Nr. 5, Bd. 22, S. 4: „Hypocritical Americans“ u. a.; und eine Rede von Alfred Sze, dem chinesischen Gesandten in Washington, über das ganze Problem der für China annehmbaren Handelsverträge, unter besonderer Rühmung des chinesisch-österreichischen.

Nicht vergessen werden darf in diesem Chor aber eine sehr gut unterrichtete deutsche Stimme von Dr. A. Hartmann aus Changsha, der Hauptstadt von Hunan, einer der drei wichtigen Übergangslandschaften zwischen Yangtse und den Kwangprovinzen Südchinas. „Der lebhafteste Außenhandel dieser wichtigen Provinz liegt heute meist in deutschen Händen“, so stellt ein verdienter Auslandsdeutscher fest. Er beklagt mit Recht, daß in Changsha zwar ein amerikanisches, englisches, japanisches und russisches Konsulat sei, aber kein deutsches: dies in einem Land, aus dem 80% der Antimonwelterzeugung kommen, das mit seinen 205 358 qkm zwar nicht, wie geschrieben wird, „beinahe so groß wie Deutschland ist“, aber gewiß mit seinen 28 1/2 Millionen Einw., seinen fünf Millionenstadtbezirken, seinem Reichtum an Reis, Bohnen, Tee, Öl, Fellen, Erzen, seiner wichtigen Verkehrszukunft und seiner zentralen Bedeutung für die ganze südchinesische Bewegung nicht länger ohne deutschen Konsul für deutsche Interessen bleiben darf, die vom Konsulat in Hankau aus unmöglich wirksam wahrgenommen werden können.

Die chinesischen „Provinzen“ sind eben Länder, und wenn wir Shanghai, Hongkong und Tientsin außer Betracht lassen — als fremde, reichlich örtlich mit Arbeit eingedeckte Wachstumspitzen —, dann haben wir von den 21 Ländern nur 6 (Nord- und Südmandschurei, Szechwan, Hupe, Shantung und Kwangtung) mit Konsulaten besetzt. In der ganzen mächtigen Schwellenlandschaft, in der sich das Schicksal des chinesischen Südens entschied: auf 1 274 462 qkm, mit 99 360 000 Menschen, mit großen und sehr ernst zu nehmenden deutschen Bergbau- und Handelsinteressen, mit einer stattlichen Zahl in solcher Lage doppelt liebevoll zu betreuender Landsleute, gab es keinen amtlichen Vertreter Deutschlands. Dürfen wir uns wundern, wenn eine gewisse Nachrichtenleere herrschte — wenn deutsche Meinung in Mitteleuropa sehr in Abhängigkeit von fremdem Urteil geriet — wenn man noch froh sein mußte, daß Eugen Chen, Borodin und Chiang-Kai-Scheck ihr Interesse dabei fanden, gegenüber den angelsächsischen Nachrichtendiensten wie den französischen und japanischen, Gegengewichte durch gelegentliche freundliche Mitteilungen an deutsche Interessenten in die Wage zu werfen?

Wenn wir aus den Vorgängen in Südchina nur die eine Folge ziehen wollten, daß es nicht gut angeht, einen Riesenraum mit solcher Dynamik völlig ohne amtliche Beaufsichtigung zu lassen, so würden wir Gewinn davon haben. Denn wir müssen doch darüber klar sein, daß für alle Vorgänge südlich jenseits der Yangtse- und westlich jenseits der Randstaffelbruchlinie alle nordchinesischen Beobachter (Gesandtschaft wie Konsulate und Zeitungsleute in Peking oder Tientsin und Mukden) fast völlig ausfallen, und daß umgekehrt alles für Nordchina ausfällt, was südlich und westlich dieser Linie sitzt. Sehr oft sind wir tatsächlich in Europa und Amerika durch vergleichende Beobachtung sehr viel besser politisch und wirtschaftlich im Bild gewesen — (wie unsere Leser leicht kontrollieren können) — als berühmte, an Ort und Stelle befindliche Lokalberichterstatter. Namentlich die Luft von Peking und Shanghai gestattet sehr selten, mit freiem Kopf in die Umwelt hinauszusehen, ungetrübt durch die aufgeregte und klatschsüchtige Lokalatmosphäre, deren gußeiserner Kolonial-

egoismus, z. B. in Shanghai, eines der ernstesten Hemmnisse für eine vernünftige britische Chinapolitik ist, wie nicht nur wir es sehen, sondern auch so gute Beobachter wie Ransome in Shanghai selbst. Ehe aber auch sie weitergeführt werden kann, muß die innere Krise der Kuomintang erledigt sein; der für China glücklichste Weg dazu wäre wohl ein Sieg Chiang-Kai-Schecks, wenn er auch die Ablösung der Mandschurei in drohende Nähe führen könnte. Sicher ist, daß weder Hankau noch Nanking auf die Dauer von einem der nordischen Militaristen gehalten werden können; sicher, daß es ohne Yangtse- und Kwanglandschaften kein lebensfähiges chinesisches Reich gibt, das der Norden allein nicht tragen kann.

Geopolitisch sicher ist andererseits, daß auf die Yangtse-Mündungsprovinzen allein keine dauernde Machtstellung zu bauen ist, wie schon Sun-Chuan-Fang erfuhr, daß Chiang-Kai-Scheck also mindestens eine der beiden Durchgangslandschaften Kiangsi oder Hunan braucht und mit Hankau abrechnen oder ein Kompromiß finden muß, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Sicher ist endlich, daß die Mandschurei, etwa östlich von der Linie Tientsin oder Chientao oder Shanhaikwan-Jehol sehr gut für sich allein leben kann, während eine wirksame Zentralgewalt in Peking ohne Yangtse oder Mandschurei dem bekannten Messer ohne Klinge und Heft gleicht. Ein einigermaßen wieder zusammengefügter Süden wird andererseits immer den Zug haben, Peking und sein Hinterland bis zur großen Mauer etwa in die Hand zu bekommen.

In diesen großen Rahmen lassen sich wohl allerlei Kompromisse hineinspannen; aber er zeigt doch deutliche Grenzen, jenseits deren auf die Dauer haltbare Kompromisse nicht möglich sind.

Daß auch sonst in Südostasien Spalten klaffen zwischen waschechtem Imperialismus, zwischen südostasiatischer Vorstellung von gerechter und sozialer Wirtschaft und demokratischer Staatsstruktur und zwischen Kommunismus frei nach Lenin – diesen drei großen Gruppen, unter die sich sämtliche führenden Chinesen von heute einreihen lassen – (hinter die Toten Yüan-Shi-Kai, Sun-Yat-Sen und Lenin, der zwar kein Ostasiat, aber immerhin Vollbluttatar war) – das zeigt eine indische Kontroverse von Gandhi mit dem indischen Renommierkommunisten im britischen Parlament, Saklatvala.

Die Antwort stand, ebenso wie Saklatvalas offener Brief, in „Young India“. Sie erklärte zuerst, was „Khaddar“ (Name der selbstgewobenen indischen Leinwand) bedeute: Einfachheit, nicht Schabigheit; denn es kleide arm und reich. Es bedeute Nutzung der Maschine und doch zugleich einen Protest gegen die Mechanisierung. „Es dient dem Arbeitsfrieden, nicht der Verhetzung und Volksentzweiung“, so etwa lautete die verschleierte Antwort. Auch sein Zusammenspiel mit den großen indischen Arbeitgebern (Tata) in Jamshidpur hat Gandhi vornehm und klug gerechtfertigt. „Was die Arbeit in den Städten betrifft . . . so bin ich gar kein Gegner der Organisation der Arbeiter, aber, wie auf jedem andern Felde, will ich sie auf indischen (nationalen) Linien. Ich betrachte das Kapital“, sagt Gandhi wörtlich „nicht als den Feind der Arbeit. Ich halte beider Zusammenwirken für vollständig möglich. Die Organisation der Arbeiter, die ich in Südafrika, Champaran oder Ahmedabad durchgeführt habe, war nicht im geringsten von kapitalistenfeindlichem Geiste getragen. Der Widerstand in jedem einzelnen Fall, bis zu dem für nötig gehaltenen Grad, war völlig erfolgreich. Mein Ideal ist gleiche Verteilung der Güter, aber soweit ich sehen kann, ist es nicht erfüllbar. Ich arbeite deshalb für „equitable“, gerechte Verteilung. Die suche ich durch das Leitwort „Khaddar“ anzustreben. Und da seine Erfüllung

die britische Ausbeutung in ihrer Zentrale unfruchtbar machen muß, wird es unsere Beziehungen zum Britentum läutern und reinigen. In diesem Sinn führt Khaddar zu Swaraj (Selbstbestimmung)!

„Den Mahatmatitel muß ich seinem Schicksal überlassen. Obwohl ein Non-Cooperator, würde ich selig jedes Gesetz unterschreiben, das es für jeden strafbar macht, mich Mahatma zu heißen oder meine Füße verehrend zu berühren . . .“

Jedenfalls spricht auch aus diesem jungindischen Zeugnis derselbe stark nationale Zug demokratischer und sozialer Empfindung, wie ihn Jungchina auch entfaltet; und es ist eben der Fehler russischer Freunde der chinesischen und indischen Freiheitsbewegung, diesen für uns Mitteleuropäer doch am kürzesten als nationalsozialistisch zu bezeichnenden Zug verkannt zu haben.

Bemerkenswert ist, daß G. B. Rea in seinen „Keys of Empire“ eben diese großen Stahlwerke von Jamshidpur in einen sehr imperialistischen Zusammenhang mit Singapur und seinen Zukunftsaufgaben bringt.

„Indien wird eine Flotte haben“, schreibt er. „Einerseits ist es nicht im Stande einer Dominion; es hat nur, statt des einen britischen Mutterlandes, nun sechs dominionartige Herren. Andererseits sitzt und stimmt Indien im Völkerbund als souveräner Staat, frei, seine Unabhängigkeit in „minderen“ Weltfragen auszuüben, aber dem Diktat seiner Oberherren unterworfen, wo es sich um vitale britische und Reichsangelegenheiten handelt. Die indische Flotte, mit Laskaren (indischen Matrosen) bemannt und von britischen Fachleuten geführt, fügt ebenso viele Einheiten, als sie hat, zu den Großbritannien im Washingtonvertrag zugebilligten Schiffen hinzu. So wird Singapur zur „Musterbasis“ für eine große und zwei kleine Flotten: unabhängig im Frieden, aber vereint im Kriege! Die britische, australische, indische und dereinst neuseeländische Flotte, vom „Gibraltar des Ostens“ aus operierend, munitioniert von den großen indischen Stahlwerken in Jamshidpur, werden ihrerzeit den Pazifischen und Indischen Ozean beherrschen . . .“ Dann folgen ironische, für Politiker und Seeleute gleich interessante, hier zu weitführende Glossen.

Neuseeland hat seit der letzten Berichtszeit 1 Million £ außer den Kosten für sein Geschwader und den ersten 100 000 £ für diese Ideen eingesetzt, auf sieben bis acht Jahre zu verteilen. Außerdem will es seine zwei D-Kreuzer (4650 t, sechs 6 zöll. K.; 29 Kn.) ersetzen durch zwei bis drei B-Kreuzer (10 000 t, sieben 7,5 zöll. K.; 30 Kn.), was zunächst 600 000 £ statt 460 000 jährlich für die Indienhaltung bedeutet.

Diese Opferbereitschaft hat der neuseeländische Premierminister Coates am 23. 4. 27 selbst ausgesprochen. 20 Millionen G.-M. einmalige und 2,8 jährliche Aufwendungen sind schon praktische Beweise der Einsicht, daß für Neuseeland Freihalten der weiten Überseeverbindungen Daseinsnotwendigkeit ist. Aber G. B. Reas Aufsatz zeigt auch, wie sehr die beiden andern Partner im Pazifischen Ozean auch auf die Kleinigkeiten aufpassen! 10 000 t-Kreuzer über 30 Kn. sind eben die Umgangsmünze im Pazifischen Ozean, nach der die Anliegermächte für ihre überseeische Schlagweite und Störungskraft eingeschätzt werden.

In ihr verstehen die Vereinigten Staaten und Japan keinen Spaß: die 10 000 t-Kreuzer, Flugzeuggeschwader und Mutterschiffe, U-Boote werden jedem genau nachgerechnet. An Schlachtschiffen spart man; Kreuzerkleinzeug und veraltete Donnerbüchsen am Ufer zählen nicht mit. Wir zerkleinern einstweilen in Deutschland Schrott, während die größeren Mächte sich gegenseitig Seifenblasen durchbohren, wie die beigegefügte Spottzeichnung der China Press (Shanghai, 13. 4. 27) andeutet. Eine weitere kleine Sammlung von Spottzeichnungen zeigt, wie die große U. S.-amerikanische Presse,

The red Omar at Nanking

My Country, 'Tis of Thee---in China



Borodin to Mrs. B.—

*Oh Love, could thou and I with fate conspire
To grasp this sorry scheme of things entire,
Would we not shatter it to bits — and then
Remould it nearer to our own desire?*

—Rollin Kirby in the New York World.

Magnificent Scene



Who Will Puncture It First?



“The most magnificent scene in the world is to see
a great people . . . coming into their own.” —
Senator Borah. — St. Louis Post-Dispatch.

Bubble blowing is the newest pastime to contribute to the gaiety of nations.

sehr im Gegensatz zum Durchschnitt der westmächtlichen, immer noch die Lage in China anschaut; und ein letztes Bild von „Sapajou“ travestiert einen berühmten Vers von Omar Chayam für das Verhältnis des Sowjetberaters Borodin zu Jungchina, seinen Erfolgen und Mißerfolgen.

Nur hätten es die Chinesen nicht merken dürfen!

Omar Chayams Weisheit ist esoterisch — auch in der Geopolitik!

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Atlantikflüge; erneute Bedeutung der ozeanischen Inseln. — Nicaragua — Mexiko — Vereinsstaatliche Politik. — Politische Mitteilungen aus Brasilien, Bolivien, Chile. — Grenzkonflikt zwischen Bolivien und Paraguay.

In der Beherrschung der äußeren Welt hat wohl der Mensch keine gewaltigere Großtat zu verzeichnen als die Überwindung des Raums durch die dauernde Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel. Besonders in der Gegenwart hat sich diese Entwicklung geradezu überstürzt. Allein auch die unumschränkte Anerkennung dieser Tatsache vermag doch niemals gewisse Gegebenheiten im Erdbilde völlig zu verwischen. Quer über die einstige atlantische Kluft, gerade dort, wo sie — wie wir in der letzten Berichterstattung andeuteten — am weitesten klappte, geht zwar eine der Hochstraßen des Weltverkehrs, ja, vielleicht die Hochstraße der Ozeanschifffahrt. Aber schon der Dampferverkehr hat in hohem Grade seine Wege den widrigen Verhältnissen dieses Ozeanteils anpassen müssen. Er kann nicht einfach den direktesten Weg von Europa nach Amerika einschlagen, sondern er muß jahreszeitlich den Gefahrenzonen ausweichen. Während aber für die Schifffahrt die Straße längst auf alle Zeiten hinaus gezogen ist, kämpft die Luftfahrt wieder aufs neue mit der Überwindung der ungünstigen klimatischen Verhältnisse über dem nördlichen Atlantischen Ozean. Dessen muß man sich gerade bei dem betäublichen Ausgang des Atlantikflugs Nungessers und Colis so recht bewußt sein. Es ist keineswegs der erste Flug auf der nordatlantischen Strecke, und sein völliges Mißlingen bedeutete darum durchaus nicht die Unmöglichkeit, den Ozean in diesen Breiten im Flugzeug zu queren. Denn vor den beiden Franzosen hatten die Engländer Sir Alcock und Brown vom 14. zum 15. Juni 1919 auf einem Doppeldecker (von 250 P. H.) die Strecke von Neufundland nach Clifden in Irland in 17 Stunden geflogen, und schon vor diesen hatte Read im Mai 1919, allerdings mit einer Zwischenlandung auf den Azoren, den Ozean von Neufundland nach Lissabon gequert. Daneben stehen zwei Überquerungen des Nordatlantik mit Luftschiffen, die des englischen Z. 34 auf der kürzesten und die des Zeppelin Z. R. III auf der langen Strecke von Friedrichshafen nach New York. Der Rekord der französischen Flieger sollte in der Überwindung des Ozeans von Festland zu Festland bestehen. Inzwischen hat Lindbergh vom 20. zum 21. Mai die Strecke von New York nach Paris auf der Route Portland—Halifax—St. Johns (Neufundland)—Südwestirland ohne Zwischenlandung in 33 $\frac{1}{2}$ Stunden überflogen. Der Flug bedeutet eine Rekordleistung, weil er von Festland zu Festland führte. Doch ist es höchst bezeichnend, daß die drei bisher gelungenen Flüge von Nordamerika ausgingen und damit von vornherein mit den günstigeren Winden rechnen durften. Aus der Erfahrung ist bis zum heutigen Tag noch

nicht auszumachen, ob sich gegenüber unseren raschen Verkehrsmitteln der Luftschiffahrt die Strecke über den Südatlantik in der Praxis so sehr viel günstiger erweist als die nordatlantische, so wie es die Theorie will. Denn die Südatlantikflüge gingen noch weniger glatt vonstatten als die über den Nordatlantik. Freilich darf dabei die längere Strecke keineswegs außer acht gelassen werden. Der erste Versuch der portugiesischen Flieger Continho, Cabral und Sacadura von Lissabon nach Rio de Janeiro im Juni 1919, also gleichfalls in der Zeit der ersten Nordatlantiküberquerungen, gelang zwar, doch waren Zwischenlandungen auf Las Palmas, St. Vincent und auf dem St. Paulsfelsen notwendig, wo das Flugzeug zerstört wurde, und von wo die Fahrt mit einem Ersatzflugzeug weiter durchgeführt werden mußte. 1926 legten die Spanier Franco und Alda die Entfernung von 10 120 km, die dem vierten Teil des Erdäquators entspricht, in 55 Stunden reiner Flugzeit zurück; doch mußte auch eine Zwischenlandung in Porto Frayo eingeschoben werden. Zwei weitere Flieger folgten 1927: der Italiener de Pinedo, der an der afrikanischen Küste startete und nach Zwischenlandungen auf den Capverden und auf Fernando Noronha Südamerika erreichte, und der Portugiese Sarmento Bieres, der von dem Bissagosinseln nach dem jenseitigen Kontinent flog, aber gleichfalls eine Zwischenlandung in Fernando Noronha brauchte. Auf einer ähnlichen Route, am 5. Mai in St. Louis in Senegambien startend, ist dann der Franzose St. Romans verunglückt. Die Suche nach ihm ist Mitte Mai eingestellt worden. Aus dem weniger glücklichen Verlauf der Flüge über den Südatlantik darf natürlich keineswegs ohne weiteres auf geringere physische Gunst geschlossen werden. Das Umgekehrte ist gerade anzunehmen. Der mäßigere Erfolg ist viel eher in dem schlechteren meteorologischen Nachrichtendienst zu sehen. Aus der Betrachtung des Verlaufs der südatlantischen Flüge geht aber mit größter Klarheit hervor, welche Bedeutung die ozeanischen Inseln, die sie für die Schifffahrt zum guten Teil verloren hatten, für das neue Verkehrsmittel auf einmal als Stützpunkte, sei es auch nur als Zufluchtsorte bei Notlandungen, wiedergewinnen. Sie erhalten damit eine Geltung, die auch geopolitisch ihren Ausdruck notwendigerweise finden muß.

Im Hinblick auf die Schicksale der einzelnen Ozeanflüge ist der Hinweis auf die fachmännische Kritik der Luftfahrttechniker, daß das Flugzeug für einen transozeanischen Flug noch kein voll geeignetes Beförderungsmittel sei, beachtenswert. Immerhin wird sich auch in dieser Phase kühnen Wagens mit der Mehrung der Erfahrung, die die schon geplanten, beim Erscheinen dieser Zeilen vielleicht schon ausgeführten weiteren Flüge bringen werden, das geographische Gunst- oder Ungunstmoment einzelner Weltmeerteile klarer erkennen lassen als im Augenblick. Zweifellos denkt man zur Zeit nur daran, mit dem Luftschiff einen regelmäßigen transozeanischen Verkehr aufzunehmen, wie das die „Sociedad Colon Transaerea Española“ auf der Strecke zwischen Sevilla und Buenos Aires tun will. Man darf aber nicht leugnen wollen, daß technische Vervollkommnungen und praktische Erfahrungen auch für das Flugzeug rasche Änderungen bringen können.

In Nicaragua scheint eine vorläufige Befriedung eingetreten zu sein; doch wird man nur mit äußerster Vorsicht aus den vorliegenden Nachrichten auf einen wirklichen Abschluß der Bewegungen schließen dürfen. Der Umschwung ist auf die Mission des vereinsstaatlichen Obersten Stimson, des persönlichen Vertreters Coolidges, der sich seit geraumer Zeit zum Studium der politischen Verhältnisse in Nicaragua aufhält, zurückzuführen. Von ihm geht der Vorschlag aus, daß die Vereinigten Staaten die Sorge für die Ruhe und die Sicherheit in Nicaragua bis zu den nächsten Wahlen im Jahre 1928 übernehmen sollen. Dieser Vorschlag einer durch die Union aus-

geübten Oberaufsicht zeigt nur zu deutlich, wie wenig eine friedliche Resultierende der in Nicaragua waltenden Kräfte zur Zeit gefunden ist. Praktisch sah der Vorschlag die sofortige Entwaffnung der Parteigruppen und die Bildung eines Gendarmeriekorps vor, das unter dem Kommando nordamerikanischer Offiziere stehen soll. Es überrascht nicht, daß diese Intervention die ungeteilte Zustimmung des unionsfreundlichen Präsidenten Diaz gefunden hat. Doch auch Sacasa hat sich, anscheinend eines recht zwecklosen Krieges müde, von vornherein nicht ablehnend gegenüber dem Vorschlag verhalten, sondern die Verhandlungen mit Stimson aufgenommen. Die Verhandlungen scheinen zur Einigung geführt zu haben. Die Einigung ist am Ende der ersten Maiwoche offiziell von Washington aus bestätigt worden. Sollte sie sich auch wirklich praktisch bestätigen, so wäre damit ein Kampf von zwei Jahren beendet. Ob völlige Ruhe eintritt, muß abgewartet werden. Zur Zeit ist mindestens der volle Erfolg auf der vereinsstaatlichen Seite zu erblicken, die für die kommenden Jahre eine Art Protektorat über Nicaragua ausüben. Anscheinend hat noch in allerletzter Stunde Sacasa den Versuch gemacht, Argentinien zu einer Intervention zu veranlassen, die vornehmlich die Zurückziehung der nordamerikanischen Truppen zum Ziel haben sollte. Aus Buenos Aires wird daraufhin gemeldet, daß der Außenminister das Gesuch abgelehnt habe mit der Begründung, daß Argentinien weder Diaz noch Sacasa anerkannt habe.

In Mexiko herrscht im politischen Großkampfe eine rätselhafte Ruhe. Nur die Ausweisung der mexikanischen Bischöfe, die viel böses Blut in der katholischen Welt gemacht hat, und die Kündigung des amerikanisch-mexikanischen Schmuggelvertrags am 28. März deuten an, daß Vorbereitungen zu einer Entscheidung getroffen werden. Von der Seite der Union aus wird zwar eine recht friedliche Erklärung für die letzte Maßnahme gegeben: man wolle einem künftigen Handelsvertrag — der aber gar nicht geplant ist — nicht durch spezielle Abmachungen vorgreifen. Zu offensichtlich ist jedoch der eigentliche Sinn der Nichterneuerung des Schmuggelvertrags zu erkennen. Er soll einer Stärkung der regierungsfeindlichen Partei durch Zufuhr von Waffen nicht im Wege stehen. Es ist ein politischer Schachzug der vereinsstaatlichen Politik, die sich für ihr Handeln in den amerikanischen Mittelmeerländern vornehmlich den alten Grundsatz „Divide et impera“ zu eigen gemacht hat. So unterstützt sie in Nicaragua die Regierung Diaz gegen die unionsfeindlichen Gegner; so sucht sie der Regierung Calles in Mexiko die größtmöglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Durch Anzettelung einer Revolution hat sie einst die Abtrennung Panamas von Columbien bewirkt und Panama zum Bundesgenossen und zu einer Art Schutzstaat gemacht. Nordamerikanische Stimmen haben ganz unverhohlen bei der Aufhebung des Schmuggelvertrags geäußert, daß das die Revolution in Mexiko bedeute. Wenn diese Auffassung als viel zu weitgehend bezeichnet werden muß, so darf aber doch nicht verkannt werden, daß dieses Vorgehen der Union die Callesregierung in eine sehr schwierige Lage bringen kann, weil sie jede revolutionäre Bewegung nachdrücklich begünstigen wird. Von einer Befriedung kann man zur Zeit in dem Lande wirklich nicht sprechen. Wenn auch jene wiederholten Bandenüberfälle, besonders jene grausame Tat bei Limon im Staate Jalisco, wohl als schreckliche aber untergeordnete Erscheinungen zu bezeichnen sind, so lehren sie doch zu deutlich, daß der Arm der Regierung nicht weit genug reicht, um für völlige Sicherheit bürgen zu können. Das ist um so erstaunlicher, wenn man daraufhinweist, daß der Staat Jalisco einer der zentralmexikanischen Staaten ist und den stärker besiedelten und durch moderne Verkehrswege erschlosseneren Gebieten des Landes angehört. Zudem soll es sich um eine Bande von etwa 500 Köpfen

gehandelt haben. Auch die Unruhen unter den Yaquisindianern deuten die gleiche innere Schwäche des Staates an. Diesen nach Richtung und Intensität schwer abzuschätzenden Umtrieben, die sich im Grunde als regierungsfreudlich und staatszerrüttend erweisen, steht ein ganz klarer nationalistischer Staatswille gegenüber, der den Kapitalismus der Fremden zu brechen sucht und die Staatsidee in den breiten Massen der Bevölkerung, besonders der unteren arbeitenden Schichten, verwurzeln lassen will. Der Staatssozialismus eines Calles setzt sich damit in Gegensatz zur Ausbeutungspolitik früherer Regime, wie sie am uneingeschränktesten unter Porfirio Diaz herrschte, dessen glanzvolle Regierung zwar den Reichtum des Staates an sich mehrte, die aber die tieferen arbeitenden Schichten verelenden ließ. Das heutige Regierungsprogramm orientiert sich dabei an der bekannten Überfremdung durch ausländisches Kapital und ausländische Unternehmungen. Dieser wirtschaftlichen Macht des Auslandes will der heutige Staat mit allen Kräften entgegenarbeiten. Das ist mehr als verständlich; es wird aber auch die Größe und Schwerdurchführbarkeit der Aufgabe klar, wenn neuerdings wieder geschätzt worden ist, daß zwei Drittel des mexikanischen Nationalvermögens in ausländischen und davon wieder mehr als die Hälfte in nordamerikanischen Händen ist.

Es ist nicht ohne Interesse, die letzten Äußerungen Coolidges in Parallele zu der obigen Behandlung der beiden Fragen zu setzen. Das Beschlagnahmerecht der mexikanischen Regierung gegenüber dem in der Hand der Ausländer befindlichen Besitz könne nicht in Frage gezogen werden, wenn Mexiko dafür die entsprechenden Entschädigungen leiste. Coolidge glaubt die Lösung des vorhandenen Konflikts nicht auf dem Wege eines schiedsgerichtlichen Spruches, sondern auf dem direkter Verhandlungen finden zu können. Die Stellung der Vereinsstaatler in Nicaragua vergleicht der Präsident mit der des Schutzmanns auf der Straße den Passanten gegenüber. Die Vereinsstaatler fühlten moralische Verantwortung gegenüber den von ihnen anerkannten Regierungen diesseits des Panamakanals. Diese Staaten sollten empfinden, daß die Anerkennung durch die vereinsstaatliche Regierung wirklichen Wert für sie habe und sie mit jeder Unterstützung rechnen könnten. Es ist eine Rede über die vereinsstaatliche Politik, in der die politische Phrase ihre unverkennbaren Blüten getrieben hat. Denn es ist nicht erfindlich, warum sich die moralische Verantwortung gegenüber fremden Regierungen nur auf die Zone diesseits des Panamakanals bezieht, wenn in dieser Abgrenzung nicht andere, sehr viel schwerwiegendere politische Motive zu erkennen sein sollten. In ihr werden auch die friedlichen Absichten gegenüber China betont. Amerika betreibe dort keine Angriffspolitik. Es gehe nur um den Schutz von Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger, wird wiederholt betont. Man sei bereit, in die Unterhandlungen über die Revision der Verträge einzutreten, sobald China diesen Forderungen nachkommen könne. Verteidigung der allgemeinen Menschenheitsrechte, nicht etwa eine militärische Expansionspolitik, sei das allgemeine Ziel der Union. An anderer Stelle ist die spezielle Erklärung gefallen, daß Leben und Eigentum der Nordamerikaner im Ausland Bestandteil der Union seien. Mit keinem Wort streift der Präsident auch nur den Wirtschafts imperialismus, der aber aus einer Erklärung des Handelsdepartements umso deutlicher hervorgeht. Sie besagt, daß das im Auslande investierte Kapital 11 Milliarden 900 Millionen Dollar beträgt. Davon sind 3,2 Milliarden in Europa, 4,7 Milliarden in Südamerika, 3,1 Milliarden in Kanada, 900 Millionen in Asien und in der übrigen Welt investiert.

Daß die vereinsstaatliche Politik im übrigen Amerika nicht als eine reine Politik des Friedens und der Menschheitsrechte gewertet wird, lehrt der passive Widerstand,

der ihr von dort zuteil wird, auch dort, wo keine offenen Konflikte mit der Union bestehen. Eine ganz offenkundige Ablehnung des Panamerikanismus ist der völlig ergebnislose Verlauf des „Kongresses des internationalen amerikanischen Rechts“, der auf Anregung der Union in Montevideo zusammengetreten war. Von Argentinien war die wichtige, einschneidende Resolution eingebracht worden, daß fernerhin jedes Eingreifen in die internen Angelegenheiten eines Staates unterbleibe. Sie war zweifellos aus der Beobachtung der mittelamerikanischen Verhältnisse hervorgegangen. Sie ist völlig unerörtet geblieben. Die in dem Mißerfolg offenbarte Ablehnung gilt einem Panamerikanismus, der sich nach lateinamerikanischer Auffassung immer mehr als ein Mittel vereinsstaatlicher Expansionspolitik erweise und sich in schwerer Krise befinde. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich auch die Nichtteilnahme zweier der wichtigsten südamerikanischen Börsen, der von Buenos Aires und Rosario an der panamerikanischen Wirtschaftskonferenz in Washington. Beachtenswert sind die Mitteilungen, die Coolidge dort gemacht hat. Der Handel Südamerikas habe sich in großem Umfange von Europa abgewandt und den Vereinigten Staaten zugewandt, besonders in den letzten zwölf Jahren, in denen die Vereinigten Staaten mehr als doppelt soviel der südamerikanischen Ausfuhr aufnahmen als England und 30% mehr als Deutschland, Frankreich und England zusammen. Auch in der Einfuhr stehen die Vereinigten Staaten jetzt an der ersten Stelle, während 1910 die Ausfuhr Englands nach Südamerika der der Vereinigten Staaten und Deutschlands zusammengekommen gleichkam. Die Vereinigten Staaten kaufen fast die ganze Ausfuhr an Mineralöl, Salpeter, Bananen und Feinkupfer und 85% der Ausfuhr von Zucker und Blei auf. In den letzten fünf Jahren haben die Vereinigten Staaten von Südamerika um 34% mehr gekauft als umgekehrt. Der Gesamthandel zwischen den Vereinigten Staaten belief sich in den letzten zehn Jahren durchschnittlich auf zwei Milliarden Dollar jährlich. Coolidge hat damit die unverkennbare wirtschaftliche Abhängigkeit der beiden Kontinente voneinander erwiesen. Bei dem gleichen Anlaß äußerte Kellogg; je mehr er sich mit dem südamerikanischen Erdteile beschäftige, desto fester werde ihm die Überzeugung, daß die Kulturgrundlagen aller amerikanischen Republiken die gleichen seien. Die gemeinsamen Kennzeichen seien viel zahlreicher und wichtiger als die vielleicht noch bestehenden Unterschiede. Das ist eine Bemerkung, die jeder wissenschaftlichen Basierung entbehrt. Wir verweisen dafür auf unsere Erörterungen in der Berichterstattung des letzten Hefts dieser Zeitschrift, die zum genau entgegengesetzten Ergebnis gekommen sind. Man wird wohl weit richtiger sagen müssen: je mehr man Lateinamerika studiert, desto mehr vertieft sich die Kluft, die es vom Norden trennt. Alle oberflächliche Amerikanisierung der paar Großstädte in Lateinamerika vermag sie nicht zu überbrücken. Auch die wirtschaftlichen und vornehmlich finanziellen Verkettenungen sind auf alle Zeiten hinaus nicht so bindend, daß nicht an ihnen gerüttelt werden könnte. Die Seeabrüstungskonferenz zwischen der Union, England und Japan soll am 20. Juni in Genf beginnen.

Aus Brasilien wird ein Überfall einer Bande auf die Stadt Montenegro, 200 km von Belem im Staate Para gelegen, gemeldet. Unruhen in Bolivien, ein Studentestreik, dessen politische Motive nicht klar zu erkennen sind, haben zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt. In Chile ist der im Dezember 1925 gewählte Präsident Figueroa Lorrain zurückgetreten. Er räumt anscheinend dem Ministerpräsidenten Maximiliano Ibañez den Platz, der die Präsidentschaft interimistisch übernommen hat. Er wird vermutlich bei der Wahl kandidieren; seine Wahl zum Präsidenten wäre der Sieg der Militärpartei in Chile. Seine Wahl brächte unzweifelhaft

eine Verschärfung der außenpolitischen Gegensätze. Sie bliebe sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Stellung in der Tacna-Aricafrage. Auch die Ernennung Argentiniens zum Schiedsrichter in dem Grenzkonflikt zwischen Bolivien und Paraguay ist eine Ablehnung des panamerikanischen Gedankens. Denn vorher war an die Vermittlung der Vereinigten Staaten gedacht.

GUSTAV AMANN:

DIE ZUKUNFT VON HANDEL UND INDUSTRIE IN CHINA

(Sun Yatsens Vermächtnis VI. Teil)

Nachdem der geduldige Leser nun, seit dem Tode Sun Yatsens, einundeinhalb Jahre lang Dr. Suns Vermächtnis im chinesischen Volke wühlen und wirken sah, mag er füglich fragen: was soll es alles — wohin führt es?

Daß die fremden Mächte ihre wohl erworbenen Vorrechte, ihren Handel und Wandel in China wahren wollen, das versteht man. Aber was wollen die Russen, was tun sie, um den „Fortschritt der Menschheit“ in China zu fördern, diese chinesischen Revolutionäre mit ihrem Antiimperialismus, ihrem Antikapitalismus und mit ihrem torpedierten Seezoll?

Nun, die Russen haben ihren eigenen „Fortschritt der Menschheit“, den sie unbedingt und sofort den Chinesen bringen wollen. — Ach, der „Fortschritt der Menschheit“, sei es ein kapitalistischer oder ein bolschewistischer Fortschritt der Menschheit, ist eine Sache, die keineswegs zu Hause bleiben kann; er ist ein Dämon, der in die Ferne wirken muß, Verwirrung, Not und Tod kommen mit den Schatten, die seine Schwingen auf die Erde werfen, wenn er heranzieht, ob es nun wirklich ein Fortschritt der Menschheit ist oder nur ein Wahn. — Diese Russen glauben, daß der Mensch auf dieser Erde nur glücklich ist und das Leben nur erträglich finden kann mit der Industrie. Haben sie nicht die Reichen gesehen, die Kapitalisten, wie sie schwelgten im eigenen Lande und anderwärts, in Luxus, in Macht, in allen Genüssen eines durch Bedürfnisse ungehemmten Auslebens? Dieses Glück soll durch sie allen zuteil werden; das ist ihr Fortschritt der Menschheit. In der kapitalistisch-industriellen Welt können dieses Glück nur einige wenige erreichen, weil, damit einige wenige es mit vollen Zügen genießen können, eine ungeheure Zahl arbeitender Menschen da sein muß, die alle, mehr oder minder, zur Ausschlachtung durch das Kapital hingegeben sein müssen. In der bolschewistisch-industriellen Welt soll das nicht so sein. Aber, damit es nicht so werde, muß die Diktatur des Proletariates in die Wesenheiten der alten Tradition hineingreifen und die Wurzeln des kapitalistischen Wachstums ausreißen.

Die tiefste Wurzel steckt in der bürgerlichen Familie. Es ist wahr, die Industrie als solche zerrißt den Familienverband schon, denn jeder muß schließlich dahin gehen, wo die Industrie ist, um zu arbeiten, mag er nun wollen oder nicht. Aber wenn der Industrie doch immer noch, wie es ja ist, der Familienhang eine Hemmung der begehrteten Beweglichkeit der Arbeiterschaft bedeutet und wenn ferner, wie auch unbestreitbar ist, die Familie die Hauptwurzel für den Begehrt nach vererbbarem, unbeschränktem privatem Besitz und des damit einhergehenden Geldmachtstrebens ist, so muß offenbar der Familiensinn zerschlagen werden, wenn aller Welt das bolschewistische Industrieglück beschert werden soll. Nachwuchs braucht eine bolschewistische

Industrie, aber sie will ihn nicht aus einer Ehe unverbrüchlichen Sakramentes, nicht aus traditions- und heimatgefesselten Familienaufzucht alten Stils. Der Staat erziehe die Kinder für seine Zwecke, zu den höchsten Zwecken des Dienens im Staat für alle. Gebet den Vätern und Müttern zurück die Freiheit zu trennen, was Gott doch nicht gebunden hat; Gott, Seelengebundenheit von Vater zu Mutter und Kindern sind Widerstände für das sinnlich-mechanistische, für das materialistische, obgleich vergeistigte Glück der bolschewistischen Lebensanschauung. Diesen „Fortschritt der Menschheit“ nun wollen die Russen den Chinesen bringen, denn ach, er ist ein Dämon, der nicht zu Hause bleiben kann.

Was die Russen tun in China, haben wir schon allenthalben gesehen. Sie lehrten den Chinesen die Macht und die Technik der Propaganda, sie machten Sun Yatsens Doktrin der Erringung von außergewöhnlichen Rechten im Staatswesen und der Macht zur Mitgestaltung der Daseinsbedingungen für alle Teile des Volkes dadurch praktisch, militant und siegreich; was sie erreichten, ist die Torpedierung des Seezolls, um nicht gleich zu sagen des großen Einflusses der kapitalistischen fremden Mächte auf die Wirtschaftsgestaltung in China, und die Eroberung eines Teiles des chinesischen Reiches, so groß wie Europa für die nationalistische Regierung.

Erreicht wurde die Eroberung von drei Provinzen in ebensovielen Monaten durch die gründliche Vorbereitung in Form von vorgetriebenen, propagandistischen Zellen, von Kanton aus in die umliegenden Provinzen und nach Norden, sowie durch die militärische Führung des Heeres von Kanton durch Russen. Die gewonnene Neigung Feng Yuhsiangs zu Sun Yatsens Doktrin und zu einer sowjetischen Regierungsform ohne Präsidenten eröffnete einmal, durch die Beseitigung persönlicher Vorrangfragen zwischen Norden und Süden, die prinzipielle Möglichkeit einer Sun Yatsenschen Regierung über ganz China; die bedrohliche Stellung von Feng Yuhsiangs Streitkräften am Nankaupfäß ergab andererseits eine Fesselung nördlicher Truppen Chang Tsolins und Wu Peifus und vor allem des letzteren Person im Norden. Unter dieser Deckung gelang es dem hunanesischen General Tang Sengchi, der sozusagen zum militärischen Kern der Zelle in Hunan wurde, den von Wu Peifu eingesetzten Gouverneur dieser Provinz zu erschüttern. Obgleich Tang Sengchi sich in Changsha allein nicht halten konnte, sondern sogar ernstlich geschlagen wurde, fiel doch die Provinz nach leichter Mühe in die Hände der nationalistischen Regierung, als Chiang Kaisheks Expeditionstruppen auf dem Feldzuge nach dem Yang Tze Kiang in Hunan eintrafen.

Der Vormarsch Chiang Kaisheks von Changsha auf die Provinz Hupeh erfolgte mit überraschender Eile; überraschend und unerwartet warf Chiang Kaishek die Truppen Wu Peifus bei Yochow am Yang Tze Kiang, trieb sie zurück, unter energischer Verfolgung, auf den Dreistädteplatz Wuchang-Hanyang-Hankow, das Herz der Provinz Hupeh. In Yochow hatte Wu Peifu bedeutende Kräfte, meist in Hupeh gesammelter Truppen, sowie einige Kriegsschiffe aufgestellt. Aber hier bewies sich, was ein von moderner kriegstechnischer Leitung gemachter Ansatz einer Truppe, die durch eine Idee angefeuert ist, zu Frontalangriff vermag. Ein langer Marsch durchs Gebirge von Kanton und Kweichow her, viel Krankheit und Entbehrung unterwegs, sahen eine nur mäßig gut bewaffnete Infanterie, fast ohne Artillerie, den Yang Tze Kiang erreichen. Aber diese Truppe kämpfte für die Idee, Sun Yatsens Idee der Erringung außergewöhnlicher Rechte im Staat und der Macht zur Mitgestaltung der Daseinsbedingungen für den Arbeiter und Bauern. Diese Truppe hatte in Kanton Arbeitergewerkschaften und Bauernvereine im Streik gegen Hongkong mitwirken,

Rechte im Staat, Mitbestimmung an den Daseinsbedingungen ausüben sehen, war angefeuert und angesetzt zu toderner Tat, ward unwiderstehlich. Wu Peifu ist ein braver Soldat. Auf demselben Schauplatze erwarb er sich vor Jahren Ruhm durch persönlich geführte Kriegstaten. Auch jetzt scheute er den Einsatz seiner Person nicht; man sagt, er sei am Arm verwundet worden. Aber er vermochte nichts. Wuchang wurde eingeschlossen, Hanyang und Hankow überrannt und Wu Peifus Flucht bis an die Grenze von Hunan verfolgt.

Inzwischen waren Chiang Kaisheks Truppen, die sich von Hunan und Kwangtung nach Kiangsi ergossen, vor Nanchangfu und Kiukiang angelangt, nicht ohne unterwegs die provinzialen Truppen Kiangsis getroffen, geschlagen und nach Nanchangfu hineingeworfen zu haben. Nanchang und Wuchang sind alte, von hohen Mauern umgebene Städte, Rattenfallen für Militär, das sich nach uralter chinesischer Strategie dort vor dem Feind zu sichern glaubt. Diese Städte beherbergen heute zehnmal soviel Menschen als zu mittelalterlichen Zeiten, wo eine umwallte Stadt ein sicherer Zufluchtsort für den Rückzug eines chinesischen Heeres war. Wenige Wochen ständigen Feuerns und Angreifens genügten, um Wuchang sowie Nanchang in Panik und Hungersnot zu treiben, die Besatzung warf die Waffen weg und die Bevölkerung bat kniefällig den Sieger, nur die Mauern zu schleifen, das Volk zu bewahren vor Wiederholung der furchtbaren Erfahrung einer Belagerung.

Getreu den Traditionen chinesischer Strategie hatte Sun Chuanfang mit 30 000 Mann, seinen besten, vollbezahlten, gut bewaffneten und gut ausgerüsteten Truppen in Kiukiang Stellung genommen. Auf der linken Flanke den Poyang See, im Rücken den Yang Tze Kiang, wollte er Kiukiang und die Bahn nach Nanchangfu verteidigen, die Provinz halten. In einem heutigen Kriege, selbst wenn er in China von Chinesen geführt wird, darf man sich nicht mit dem Rücken an die Wand stellen. Es muß der russischen Führung von Chiang Kaisheks Heere nicht allzu schwer gewesen sein, einen Überfall dieser Faust in der Ecke anzusetzen. 1000 Mann warfen die Stadt, Volk und Verteidiger, am hellen Tage in wahnwitzige Furcht, und mit knapper Not entkam Sun Chuanfang mit seiner nächsten Umgebung auf einem Dampfer nach Nanking. Alle Mann und Waffen nahm Chiang Kaishek.

Wenn man nun, nach allem diesem die Zeitung von Schanghai in die Hand nimmt, so kann man in ihren Zeilen und zwischen den Zeilen gar viel lesen. Da liest man, daß das Sun Chuanfang treu ergebene Fukien, während dieser Kämpfe am Yang Tze Kiang, treu eine Diversion auf Kanton versuchte, aber leider von den in Kwangtung daheimgebliebenen Divisionen geschlagen und in der Tat zu großem Teile selbst eingenommen wurde. Da liest man, wie die vorgetriebenen nationalistischen Propagandazellen in Kiangsu und in Chekiang an der Arbeit waren; wie in Schanghai von einer Handvoll Propagandisten die Polizei am Westtor gestürmt werden sollte und Schanghai in Aufregung und Belagerungszustand versetzt ward. Man liest von einer richtigen Schlacht, die der Gouverneur Hsia Chao von Hangchow bei Kashing den Besatzungstruppen von Kiangsu lieferte in einem vereitelten Putschversuch in Chekiang. Was also mit einer energischen Propaganda und mit russischer Heerführung seitens der Nationalisten erreicht wurde ist nicht wenig und läßt noch mehr erwarten. Aber nicht nur dies, man liest auch in den Zeitungen von einer überraschenden Einsicht, die den Fremden in China, allen voran England, gekommen ist. Ja, in der Konferenz der Reichsminister und der Kolonien, in London, ist über all den Ereignissen in China die Sprache auch auf die Stellung Englands diesem fernen Lande gegenüber gekommen. Man betonte das schon bekannte Wohlwollen, mit dem man den natio-

nen Aspirationen der Chinesen gegenübersteht, man erwähnte, daß mit Rücksicht auf die Machtentfaltung gewisser nationaler Gruppen und mit Rücksicht auf den torpedierten Seezoll, eine Anerkennung einzelner Machtgruppen an Stelle nur einer schattenhaft verfließenden Zentralregierung in Peking allein, nunmehr zu überlegen wäre; daß ein solches ungewöhnliches Vorgehen schließlich möglich sei, und daß man im übrigen damit rechnen könne, daß die Kantonesen ihre Russenergebenheit von selbst werden fallen lassen, wenn sie erst ihre Machtziele erreicht haben werden.

Große politische Weisheit spricht aus diesen so leicht hingeworfenen Worten der Ministerkonferenz.

Jedoch, wir müssen uns nach Kanton wenden, wo sich die Regierung durch die raschen Eroberungen ihres Generalismus aus einer provinziellen Isoliertheit in die Gebundenheiten einer interprovinziellen Reichsregierung versetzt fand. Die erste Handlung aus dieser bewußten Reichsverantwortlichkeit war die kategorische Abberufung des Streiks gegen Hongkong durch den Außenminister Eugen Chen. Die Regierung hatte es bisher gegenüber den fremden Kriegsschiffen im Hafen von Kanton für opportun gehalten, hinter der Aktivität der Gewerkschaften verborgen zu bleiben. Diese Gewerkschaften hatten bewaffnete und uniformierte Streikposten aufgestellt, der Streik war mit nicht wenig Ausschreitungen seitens dieser Posten geführt worden und es erweckte den Anschein, als ob in der Tat die Regierung unfähig wäre, den Streik zu beherrschen oder gar abzurufen. Aus Rücksicht auf die neue Lage der Regierung war es nun notwendig, eine konsolidierte Stellung zu beweisen, der Streik wurde abgerufen und mit dem Tage des 10. Oktober vollendeter Streikfriede in Kanton hergestellt.

Aber über diese Demonstration hinausgehend tat die Regierung Schritte, um die recht gesetzlos und willkürlich organisierten Gewerkschaften zusammenzufassen. In dem zur Zeit tagenden Arbeiter-, Bauern- und Bürgerkongreß der Kuo Mintang kam eine Resolution zur Annahme, die eine Vorlage der Regierung zur Legalisierung der Gewerkschaftsbildung, des Gewerkschaftsrechtes zum Streik, ferner Gewerkschaftsstatuten und Einführung eines Schiedsrichterkomitees, dem sich die Gewerkschaften unterwerfen, gebilligt wurde. Die Rechtslage des Arbeiters im Staate wurde damit zur Verpflanzung der Gewerkschaften in die eroberten Provinzen umrissen. Nicht weniger faßte die Regierung den Schutz der Bauern zusammen. Der Pachtbauer in China bestellt wohl 70% des ganzen Landes (Statistiken fehlen). Sein Los ist hart, er muß gewöhnlich 50% des erzielten Ertrages an den Grundeigentümer abgeben. Ein Gesetz liegt jetzt bei der Regierung vor, sein Los um 25% zu bessern; es wird nicht verfehlen, in den eroberten Provinzen seine Schuldigkeit zu tun.

Nicht zuletzt beschäftigte sich die Regierung mit den Fragen nach Handel und Industrie. Der Seezoll ist torpediert, die Regierung hat sich das Machtmittel erschlossen, Handel und Industrie nach bestimmten Richtungen zu leiten und auch das große Erbhindernis, die provinziellen Durchgangszölle (Likin) zu beseitigen. Aber noch muß notgedrungen die Antwort auf die Fragen: was soll geschehen mit Handel und Industrie, wohin sollen sie geführt werden, auf theoretischer Basis gegeben werden. Der Seezoll ist torpediert und in Kanton werden die neuen „Verbrauchs- und Produktionssteuern“ eingezogen. Aber bevor die eroberten Provinzen unter das Zentralfinanzwesen der nationalistischen Regierung einorganisiert sind, bevor die neuen Steuern ebenfalls in den neuen Provinzen eingezogen werden können, kann der Likin nicht entbehrt werden, es muß, wie gesagt, bis das nunmehr temporär nach Wuchang verlegte Politische Bureau ein Reichssystem in Operation gesetzt hat, das Problem von Handel und Industrie ein Theorem bleiben; und auch wir lassen als solches

die Grundzüge folgen, die eine nationalistische Regierung gegenwärtig bestimmen müssen:

„Die Zukunft von Handel und Industrie in China ist ein komplexes Problem, weil diese Zukunft sehr von nationalen und internationalen politischen Verhältnissen und auch von der Richtung abhängt, die die allgemeine kulturelle Entwicklung im Lande nimmt.

Mit dem Aufstieg der nationalistischen Regierung zur Macht scheinen zwei wichtige Voraussetzungen erfüllt zu werden:

1. daß Unruhen und Bürgerkrieg zu einem Ende kommen,
2. daß die wiederhergestellte politische Einheit, unter dem Impetus von Sun Yatsens Doktrin, zu einer Periode konstruktiver Regierungsarbeit wird.

Der Beendigung des Bürgerkrieges wird schließlich die Entlassung einer großen Truppenzahl folgen. Eine konstruktive Politik der Regierung, die dabei darauf hinausgeht, entlassene Mannschaften in gegenwärtig der Verödung anheimgefallenen Distrikten anzusiedeln, und die für die Einstellung abgerüsteter Soldaten bei den Landwirten sorgt, unter Zuschüssen seitens der Regierung an die Bauern, die Leute aufzunehmen bereit sind, wird sich sofort in Vermehrung des Volkwohlstandes und der Exportfähigkeit von Landesprodukten fühlbar machen. Dies, verbunden mit Frieden im Lande und Sicherheit auf den Verkehrswegen, möge für den Augenblick genügen als Hinweis auf einen sofortigen Aufschwung des eingeborenen Handels und der Heimindustrie und auf eine günstige Zukunft für den Exporthandel unter der nationalistischen Regierung.

Bei der Betrachtung der Zukunft des Importhandels und der westlichen Industrien in China stößt man sofort auf die verwirrenden Vertragsverpflichtungen, die Tür von China offenzuhalten, und auf die Verwicklungen, welche die gegenwärtigen Bestrebungen der Regierung, diese Verträge zu annullieren, begleiten.

Die Sonderrechte, die die Handelsverträge den Fremden gewähren, ermöglichten den fremden Händen kapitalistische Unternehmungen des Handels und der Industrie in China; während die Zollverträge die Tür für das Eindringen der fremden Fabrikate in China offenhielten und den fremden Mächten einen Hebel in die Hand gaben, die allgemeine kulturelle Entwicklung des Landes in eine von ihnen gewünschte Richtung zu bringen.

Nun, eines der wichtigsten Sonderrechte, die fremde Jurisdiktion über chinesische Bürger, die in den Fremdenniederlassungen Handel treiben, ist beseitigt; nicht beseitigt in der Tat, ohne daß der chinesische Nationalismus einigen Druck ausübte, aber auch nicht ohne freiwilliges Hergeben durch die Fremden. Damit ist der große Einwand des Nationalismus dagegen, daß die Fremdenniederlassung als sicherer Hort für reaktionäre feindliche Kräfte diene, hinfällig, was beweist, daß die Fremden keinen unentbehrlichen Wert darin sehen, von den Niederlassungen aus politisch zu schieben. Weiterhin beweist die Willfährigkeit, die die Fremden früh zeigten, die Zollverträge zu revidieren, daß sie keinen unentbehrlichen Wert darin sehen, durch Zuteilung der Zollüberschüsse bestimmte politische Parteien zu stützen und sie beweist auch, daß die Fremden nicht fürchten, durch Zollerhöhung ihrem Handel zu schaden.

Was ist es dann, das die Fremden so hartnäckig macht gegen die Aufhebung der alten Verträge und gegen ihren Ersatz durch gerechtere Verträge? In erster Linie natürlich ist es das Bestreben der fremden Kaufmannschaft, sich alle möglichen Vorteile zu erhalten. Aber gewiß hat dieses Bestreben bei den fremden Regierungen keinen allzu festen Stand in einer Krise der politischen Beziehungen, wie wir sie

gegenwärtig durchmachen. Was die fremden Mächte veranlaßt, sich so hartnäckig zu wehren, ist die Furcht mit der „Offenen Tür“ in China den leitenden Einfluß auf die allgemeine kulturelle Entwicklung Chinas zu verlieren.

Die kapitalistischen Mächte sehen sich heute gegenüber einer Macht in China, der Doktrin Sun Yatsens, und gegenüber einer Macht, die hinter China steht, der bolschewistischen Doktrin Rußlands, welche beide dabei sind, ihnen den leitenden Einfluß über die allgemeine kulturelle Entwicklung Chinas zu entreißen, und darum sind sie so hartnäckig darauf aus, die bestehenden Bindungen zu erhalten.

Damit stehen wir bereits den internationalen Verwicklungen gegenüber, die die Zukunft von Handel und Industrie in China beeinflussen.

Hohe Importzölle, seien sie nun allen fremden Waren oder nur dem fremden Luxus auferlegt, werden nie eine bedeutende Zunahme des fremden Imports oder die westliche Industrie in China schädigen, vorausgesetzt, daß Ordnung und Friede im Lande herrscht. Es ist die allgemeine kulturelle Entwicklung, die die Zukunft von Handel und Industrie bestimmt; und die Richtung, die die kulturelle Entwicklung nehmen wird, wird durch zwei Momente gemeinsam gegeben:

1. durch die politische Einstellung der Regierung und des Volkes,
2. durch die Methode der Importzollerhebung auf fremde Waren und Produktionsmittel.

Das erste Moment wird repräsentiert durch Sun Yatsens Doktrin und durch den gegenwärtigen Einfluß der bolschewistischen Doktrin in China.

Sun Yatsen wünschte den fremden Import, damit der Lebensstandard seines Volkes sich hebe. Aus dem gleichen Grunde wünschte er die Einführung westlicher Wissenschaft und Technik, fremder Verkehrsmittel und westlicher Industrie. Aber Sun Yatsen begriff, daß diese Erungenschaften vom Kapital um den Preis der Ausschachtung seines Volkes erkauf werden müßten, darum schließt seine Doktrin Schutzmaßnahmen für den kleinen Mann, für den Arbeiter und Bauern in sich ein, und deshalb lehnte sich Sun Yatsen an das bolschewistische Rußland an, das mit der Proklamation der „Diktatur des Proletariats“ und mit der Doktrin der „Unabhängigkeit unterdrückter Nationen und Minoritäten“ ein Maximum seiner eigenen Tendenzen vertritt.

Nun, diesen beiden heute in China so mächtig gegen die kapitalistische Welt ankämpfenden Kräften muß von seiten Englands, Amerikas und Japans begegnet werden, denn die kapitalistische Industrie dieser Länder ist überproduktiv und braucht Chinas Bevölkerung, um von ihr zu leben. Es wird diesen Kräften auf zwei Wegen begegnet. Der erste Weg ist der, den leitenden Einfluß auf die kulturelle Entwicklung in China zu behalten, durch die Aufrechterhaltung der politischen Beziehungen, selbst auf Kosten der Aufgabe von wertvollen Vorrechten; der andere Weg ist der schließlicher militärischer Intervention. Beide Wege werden sichtlich gleichzeitig verfolgt, und es bleibt der Zukunft überlassen, zu bestimmen, welcher Weg am Ende die ganze Frage lösen kann, und muß.

Den ersten Weg verfolgt Amerika mit friedlicher Durchdringung Chinas mittels einer besonderen Anstrengung, Jung-China mit zurückgekehrten Studenten zu überfluten, die von amerikanischem Geiste, aber auch von kapitalistischen Instinkten durchdrungen, die notwendige Rekrutierungsmannschaft der nationalistischen Regierung abgeben werden; und ferner durch studierte Enthaltung von jedem militärischen und politischen Druck. Japan verfolgt diesen Weg durch die Pflege bereits eingepflanzter kapitalistischer Wurzeln, durch besonnenes und überlegenes Nachgeben,

wo immer ein Konflikt mit dem chinesischen Nationalismus entsteht; und natürlich, mit seiner Kulturarbeit in der Mandschurei. England ist die Macht, die offen widerstrebt, nicht ohne Nachgeben, wo es nötig ist.

Bezüglich des zweiten Weges, für den Fall, daß dieser jemals beschritten werden muß, müssen wir beobachten, wie alle westlichen Mächte auf einen Punkt hin konvergieren, den Punkt des Krieges mit Rußland in China und in Europa. Da sind die Übereinkommen, zu denen Japan mit Amerika über Emigration und Rüstung kam, damit keine inneren Konflikte ein Zusammengehen hier stören können; da sind die Verträge zu einem europäischen Zusammenschluß von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, und da sind, unter anderem, die internationalen Trusts, alles auf den einen Punkt konvergierend. Zugestanden, diese Arrangements dienen zur Zeit wirtschaftlichen Zielen, aber nichtsdestoweniger konvergieren sie auch zu einem Punkte gegen das bolschewistische Rußland.

Viele glauben, daß kommunistische Tendenzen unter der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern sehr stark anwuchsen. Das mag so sein, aber sicher ist, daß die kapitalistischen Wirklichkeiten stärker sind, in der Tat den Ausschlag geben. Es ist zuzugeben, daß die kapitalistische Industrie durch Akkumulation von Kapital aus der Ausschlachtung der arbeitenden Klassen aufsprang, zugegeben ist auch, daß das Kapital durch Emanzipation der Arbeiter, durch die Hebung von deren Lebensstandard, durch Lohnerhöhungen Rückschläge erlitt. Aber mit der Vertrustung der Industrien machte das Kapital eine ausholende Armbewegung und raffte damit Entsatz zusammen. Während früher hauptsächlich der Arbeiter ausgeschlachtet wurde, hat nun die Vertrustung begonnen, auch den Verkauf, den Verkauf en gros und den Verkauf en detail, selbst zu besorgen, und so kamen auch die Händler und die Detailisten unter das Diktat, sie wurden Angestellte, Lohnarbeiter der kapitalistischen Industrie. Es ist der Weg beschritten, wo es nur noch Angestellte, Lohnarbeiter geben wird, und eine sehr kleine Anzahl diktierender Kapitäne des Kapitals und der Industrie. Es ist ganz klar, daß heute wieder der Kapitalismus in Europa herrscht, wie er schon immer in Amerika und in Japan herrschte, und daß das Kapital nicht nur fähig, sondern auch entschlossen ist, schließlich dem Bolschewismus ein gewaltsames Ende zu bereiten, sollte er nicht zufällig von selbst eingehen an einem kapitulierenden Staatskapitalismus in Rußland.

Alles dies scheint zwar die Zukunft des Handels in China recht wenig anzugehen, wir werden aber gleich sehen, daß dem nicht so ist.

Das bolschewistische Rußland glaubt, daß China keineswegs bei seiner eigenen individualistisch-handwerksmäßigen Produktion oder bei seinem alten individualistischen Lebensglücke bleiben kann; es glaubt, daß das chinesische Volk augenblicklich und unerbittlich nach den westlichen Erungenschaften und dem westlichen Luxus verlangen wird, daß das chinesische Volk sein Dasein industrialisieren wird, und Rußland will haben, daß das chinesische Volk zu bolschewistischer und nicht zu kapitalistischer Industrie komme. Die Russen glauben auch, daß sie alle Voraussetzungen, dies zu erreichen, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und der Bauern und in der Doktrin Sun Yatsens bereitgestellt vorfinden.

Nun, die Zukunft von Handel und Industrie in China hängt sehr von der Richtung ab, die die allgemeine kulturelle Entwicklung nehmen wird; ob der nationalistische Arbeiter und Bauer, oder ob der Student mit kapitalistischen Instinkten schließlich der allgemeinen kulturellen Entwicklung die Richtung aufpressen wird, durch entsprechende Auslegung der Doktrin Sun Yatsens, — davon hängt die Zukunft ab.

Ein mächtiges Mittel, die Richtung zu bestimmen oder wenigstens um extremen Auswüchsen zu steuern, liegt in der Hand der Regierung in der Methode der Erhebung von Importzöllen auf das westliche Fabrikat und auf die westlichen Fabrikationsmittel. Durch Auflage höchster Importzölle auf fremden Luxus wird veranlaßt werden können, daß westliche Verweichlichung des Volkes hintangehalten wird. Das Aufschließen westlicher Industrien in China wird verlangsamt werden durch Besteuerung der Fabrikationsmittel bei deren Import nach China. Hohe Besteuerung der Fabrikation im Lande, der importierten Waren und der Fabrikationsmittel auf konkurrierende westliche Produkte werden die bestehenden Heimindustrien beschützen und erhalten können. Zollfreiheit für den Import von landwirtschaftlichen Geräten und von Dünger kann dem Volkswohlstand und dem Export außerordentlich helfen. Mit dem Machtmittel der Zollautonomie ist es in die Hände der Regierung gelegt, den Übergang zu anderen Lebensumständen für Arbeiter und Volk erträglich zu gestalten, geschehe dieser nun zu bolschewistischer oder zu kapitalistischer Wirtschaftserneuerung.

Wenn wir beachten wollen, daß das chinesische Volk heute noch in all seinem Gebahren, in seiner Lebensweise und in seinem Lebenshandwerk durchaus konfuzianisch ist, den Familienverband ehrt, in seiner Anschauung dessen, was das „Glück“ ist, durchaus sentimental (im Gegensatze zu aggressiv) ist, daß die Sitten, die das soziale Leben regeln, Heirat, Geburt und Tod und alle Rechtsanschauungen, die Begriffe von Gut und Böse, durchaus sentimental (im Gegensatze zu utilitaristisch) sind, dann müssen wir gewahr werden, daß ein Emporschießen westlicher industrieller Werkätigkeit, westlicher aggressiver und utilitaristischer Lebensanschauung, für Millionen Leiden und Elend bringen wird. Industrie zerreißt die Familie. Die Männer müssen Familie und Heimat verlassen, um zu arbeiten, wo die Fabrik ihnen Arbeit gibt. Massenansammlungen von Menschen müssen entstehen, von Menschen — aus der Erde und der Tradition entwurzelt, die ihnen Festigkeit und Zuversicht gab unter den Prüfungen der Existenz rechtschaffen aufrecht zu stehen —, aggressive, gesetzlose Menschen, tief in all dem Elend übervölkerter Wohnstätten versunken. Unsinnige, durch Scheidungen zerrissene Heiraten werden Geburten zu Hindernissen für das neue, materialistische Glück werden lassen, den Tod zu einer Notwendigkeit in einer Wüste des Daseins machen.

All dies wollte Sun Yatsen seinem Volke ersparen. Dies war die Quelle seiner Größe, aus ihr entsprang seine Kraft im Leben und seine Macht noch aus dem Grabe. Eine nationalistische Regierung, die das Volk nicht vor solcher Zukunft in Handel und Industrie rettet, folgt nicht dem großen Lehrer nach.

GERHARD HERRMANN:
WELTWIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Es ist eine Eigenart japanischer Entwicklung, daß die meisten wichtigen Ereignisse in diesem Lande einen durchaus eruptiven, überhitzt dynamischen Charakter tragen. Nicht nur die geologische Struktur des Landes der aufgehenden Sonne, auch seine politische und vor allem die Wirtschaftsgeschichte stehen unter diesem Zeichen. Die Ereignisse der letzten Wochen, der japanische Finanzkrach, bestätigen diese Anschauung.

Mitte April ist die Weltfirma Suzuki & Co., die neben Mitsubishi, Mitsui und Okura zu den größten Unternehmen des Landes gehörte, internationalen Ruf genoß und in fast allen maßgebenden Industrie- und Handelszweigen interessiert war, plötzlich zusammengebrochen. Dieser Sturz hat lawinenartig die gesamte japanische Wirtschaft erschüttert und die seit 1920 latente Krise akut werden lassen. Die Haupttätigkeitssphäre von Suzuki waren Zucker und Kampfer, so daß die Firma auf Formosa, dessen Wirtschaft sich auf diesen beiden Artikeln aufbaut, eine beherrschende Stellung einnahm. Zwischen Suzuki und der halboffiziellen Monopolnotenbank von Formosa, der Taiwanbank, fand eine enge Zusammenarbeit statt, so daß schließlich Suzuki mit 300 Mill. Yen an die Bank verschuldet war, während letztere nur über ein Aktienkapital von 45 Mill. Yen verfügte. Der Sturz von Suzuki machte die Zahlungseinstellung der Bank unvermeidlich, wodurch noch eine große Anzahl kleinerer Banken — aber auch die wichtige Adelsbank mit 100 Mill. Kapital — in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es erfolgte ein allgemeiner „Run“ auf die Banken, und eine Panik konnte nur dadurch vermieden werden, daß die Bank von Japan hohe Kredite an die bedrohten Bankhäuser erteilte. (Innerhalb eines Monats vermehrte sich der Notenumlauf um eine Milliarde Yen.) Ferner erließ die Regierung ein dreiwöchiges Moratorium. Die Stützungsaktion fand ihren Abschluß durch die Annahme eines Gesetzentwurfes zur Stützung der Banken im japanischen Parlament am 5. Mai. Hiernach übernimmt die Regierung der Bank von Japan gegenüber bis zur Höhe von 500 Mill. Yen eine Ausfallgarantie für an notleidende Banken gezahlte Kredite, ferner eine Bürgschaft von 200 Mill. Yen für an die Bank von Taiwan (Formosa) gezahlte Vorschüsse. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß diese Beträge von vornherein à fonds perdu zu schreiben sind.

Dieser äußerlich plötzlich gekommene Zusammenbruch hat in Wirklichkeit recht tiefliegende Ursachen: 1. die übertriebene und zu rasche Ausweitung der japanischen Wirtschaft im Weltkrieg. 2. Die Erdbebenkatastrophe von 1923. 3. Organisatorische und psychologische Hemmungen.

Kein Land der Erde, auch die U. S. A. nicht, hat im Weltkrieg einen so raschen wirtschaftlichen Aufschwung genommen wie Japan. Ganze Industriezweige wurden innerhalb weniger Jahre aus dem Nichts geschaffen. Handel und Schiffahrt Japans beherrschten ungehindert Ost- und Südasion. Die japanischen Unternehmer waren sich jedoch der Einmaligkeit der Konjunktur nicht genügend bewußt, und anstatt à la longue zu disponieren und mit den erzielten Riesengewinnen ihre Substanz zu verstärken, brachten sie sehr hohe Dividenden zur Ausschüttung und machten sich durch schlechte Warenqualitäten ihre Abnehmer abspenstig. Die natürliche Folge

davon war, daß die 1920 für Japan unerwartet hereinbrechende Krise die Firmen unvorbereitet traf, und die Riesengewinne nun ebenso rasch wieder verloren gingen, wie sie gemacht worden waren. Nur so ist es zu erklären, daß z. B. schon wieder 1921/22 Suzuki an die Taiwanbank mit 80 Mill. Yen verschuldet war. Anstatt nun das Übel an der Wurzel anzufassen und rasche Abschreibungen zu machen, suchten sich zahlreiche Unternehmen durch stets prolongierte Bankkredite über Wasser zu halten, so besonders viele kleine und mittlere Reedereien. Hierdurch wurden nun wieder zahlreiche Banken in ihrer Liquidität bedroht und konnten sich oft nur dadurch halten, daß sie faule Posten unter den Aktiven mitschleppten. In vielen Fällen mußten sogar Banken Reedereibetriebe weiterführen, um wenigstens einen Teil ihrer Außenstände zu retten.

Diese Krisis wurde erheblich verschärft durch die Erdbebenkatastrophe von 1923, deren Schaden ca. 12 Milliarden Yen betrug. Unter dem Schutz des damals erlassenen Moratoriums blieben für 207 Mill. Yen sog. Erdbebenwechsel im Umlauf, d. h. Wechsel, die vor oder an dem 1. September 1923 ausgestellt wurden. Von dieser Summe sind bis heute erst 100 Mill. Yen von der Bank von Japan diskontiert, während der Rest im Portefeuille der Banken ruht und deren Liquidität noch mehr belastet. Suzuki und die Taiwanbank verfügten allein über 170 Mill. Erdbebenwechsel. Wenn nun in den letzten Monaten die jahrelang schwelende Krise zum offenen Ausbruch gekommen ist — den äußeren Anstoß gab die Verweigerung eines Reichskredits an die Taiwanbank —, so ist daran auch die im Vergleich zu europäischen Verhältnissen recht rückständige Bankenorganisation schuld, die eine starke Kapitalzersplitterung zur Folge hat. So gab es z. B. Ende 1925 1537 Banken mit einem eingezahlten Kapital von 1530 Mill. Yen, also einem Durchschnittskapital von ca. einer Million. Ein geplantes Bankreformgesetz soll in naher Zukunft Abhilfe schaffen.

Als tiefste, freilich nicht meßbare Ursache ist die Wirtschaftspsyche des Japaners zu nennen. Der japanische Kaufmann und Unternehmer ist nur zu leicht geneigt, hohe Gewinne in oft recht skrupelloser Weise einzustecken, es fehlt ihm jedoch meist an der Fähigkeit, auf weite Sicht zu disponieren. So individualistisch er sich in guten Zeiten gebärdet, ebenso vernehmlich ist in Krisenzeiten der Ruf nach Staatshilfe. Wie schon oft früher, so sind auch diesmal die Regierung unmittelbar und die Bank von Japan diesem Rufe gefolgt, wobei sie nur in Ausnahmefällen die geliehenen Gelder wiedersehen werden.

Die englische Regierung hat es für notwendig gehalten, zu dem rein privaten Charakter tragenden Briefwechsel zwischen dem Schatzsekretär Mellon und dem Prof. Hibben von der Princeton Universität über die Kriegsschuldenfrage in einer offiziellen Note, die am 2. Mai überreicht wurde, Stellung zu nehmen. Die englische Regierung wendet sich hierin gegen die Behauptung Mellons, daß Großbritannien von seinen Alliierten und von Deutschland mehr Zahlungen empfangen habe, als es selbst an die U. S. A. gezahlt habe. Die englische Presse unter Führung der Times weist auf das sog. Balfour-Prinzip aus der Note vom 1. August 1922 hin, wonach Großbritannien auf ihm von seitens Deutschlands oder seiner Alliierten zustehende Zahlungen verzichten will, wenn deren Gesamtsumme seine eigenen Verpflichtungen gegenüber der U. S. A. überschreitet. Die Note gibt an, daß Großbritannien in der Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. Dezember 1926 828,5 Mill. \$ gezahlt habe, während es selbst nur 200 Mill. \$ erhalten habe. Der Rest von 628 Mill. sei zu Lasten des englischen Steuerzahlers gegangen. Im dritten Dawesjahr (1926/27) erhält Großbritannien aus Reparationsleistungen 12 Mill. £, aus interalliierten Schul-

den 8,5 Mill. £, insgesamt 20,5 Mill. £, während es an die U. S. A. 33 Mill. £ abführt. Erst vom ersten Normaljahr ab (1928/29) wird keine Belastung des englischen Steuerzahlers mehr durch die Schulden an die U. S. A. stattfinden, vorausgesetzt natürlich, daß die Daweszahlungen auch wirklich in der vorgeschriebenen Höhe einlaufen werden. Großbritannien wird dann aus Reparationszahlungen erhalten 22,4 Mill. £, an interalliierten Schulden 10,5 Mill. £ = 32,9 Mill. £, während es an die U. S. A. 33 Mill. £ zu zahlen hat. In den späteren Jahren wird es im ganzen mehr erhalten als zahlen. Dieser zu erwartende verhältnismäßig geringe Überschuß bildet aber nur einen schwachen Ausgleich für die starke Vorbelastung in den Jahren 1919—1926.

Diese englische Note fand in den Staaten eine sehr unfreundliche Aufnahme und wurde allgemein als unerwünschte Einmischung in eine inneramerikanische Angelegenheit angesehen. Das Schatzamt lehnte eine Beantwortung in knappen Worten ab. In einer späteren, nur für Amerika bestimmten Kundgebung hielt Mellon seinen Standpunkt ausdrücklich aufrecht und leugnete jeden Zusammenhang von Reparations- und Schuldenfrage, was sogar noch eine Verschärfung seiner Haltung gegenüber dem Brief an Hibben bedeutete. Formaljuristisch ist der Mellonsche Standpunkt unanfechtbar. Darüber hinaus aber scheint die amerikanische Regierung durch ihre unnachgiebige Haltung in der Schuldenfrage einen Druck auf die Entwicklung der Abrüstungsfrage in den interalliierten Ländern ausüben zu wollen. Eine weitere Komplikation erfährt das Schuldenproblem dadurch, daß Frankreich im Caillaux-Bérenger-Abkommen auf Einfügung einer Vorbehaltsklausel drängt, daß es nur dann zur Zahlung verpflichtet sei, wenn die Reparationszahlungen ordnungsgemäß eingingen. Für England ist jedoch ein Entgegenkommen unmöglich, da ja die U. S. A. ihm selbst gegenüber eine entsprechende Klausel strikt ablehnen. So nimmt also der amerikanische Einfluß in der Schuldenfrage ständig zu und erstreckt sich auch auf zunächst rein innereuropäische Beziehungen.

Die Weltwirtschaftskonferenz, die am 4. Mai programmäßig eröffnet worden ist, steht so sehr im Mittelpunkt der internationalen Pressediskussion, daß wir uns hier auf einige kurze Bemerkungen beschränken können. Der Verlauf der Plenarsitzungen ließ zunächst die Aussichten auf ein konkretes Ergebnis der Konferenz sehr gering erscheinen, da die meisten der ca. 40 Reden nur Selbstverständlichkeiten und Gemeinplätze enthielten. Eine Ausnahme bildeten nur die Reden von Layton bzw. Sokolnikow und Ossinski, die, vom Standpunkt zweier verschiedener Wirtschaftssysteme aus gesehen, einen glänzenden Überblick über die weltwirtschaftliche Lage entwickelten. Das Ende der überladenen Plenarsitzung wurde mit allgemeiner Erleichterung begrüßt, und es mehrt sich die Hoffnung, daß in den drei Kommissionen einige bescheidene, aber konkrete Ergebnisse sich ergeben werden. Es wurden drei Kommissionen gebildet, deren Vorsitz Delegierten kleiner Staaten anvertraut ist: für Handel, für Industrie und für Ackerbau. Der Handelsausschuß zerfällt wieder in drei Unterausschüsse: über die Freizügigkeit von Personen und Sachen, über Zoll- und Tariffragen und über die indirekten Methoden des Schutzes der heimischen Arbeit (Dumping, Subsidien). Auch die Landwirtschaftskommission hat drei Unterausschüsse für allgemeine, für Genossenschafts- und für Kreditfragen gebildet.

Im Handelsausschuß stehen die Vorschläge des Österreicherers Riedl über die Vereinheitlichung des Schemas der internationalen Handelsverträge im Vordergrund des Interesses, während über die Höhe der Zollsätze kaum eine Einigung erzielt werden dürfte. In der Industriekommission sind auf Grund der Ausführungen des

Amerikaners Robinson sowie des Deutschen Lammers und des Franzosen Jouhaux Beschlüsse über die Rationalisierung und die Frage der internationalen Kartelle zu erwarten. Endgültige Formulierungen von seiten der eingesetzten Redaktionsausschüsse sind erst am Ende der Konferenz zu erwarten.

Die Ergebnisse der Konferenz dürften kaum mehr als formalen Charakter tragen, da man aus politischen Hemmungen heraus an den Symptomen herumkurieren muß. Die Kernfrage — Reparationen und interalliierte Schulden — die als einseitige Wertübertragungen das weltwirtschaftliche Gleichgewicht in erster Linie erschüttert haben, sind prinzipiell auf der Konferenz nicht behandelt worden.

Der tatsächliche Verlauf der Tagung ließ immer mehr ihren spezifisch intereuropäischen Charakter erkennen. Dies kam auch in der Haltung der amerikanischen Delegierten zum Ausdruck, die sich, ein wenig wohlwollend, als Ratgeber der Konferenz fühlten. Diese weise Selbstbeschränkung dürfte den Leistungen der Tagung nur förderlich sein. Denn da ca. 75—80% der Ausfuhr der europäischen Staaten in Europa selbst verbleibt, die innereuropäische Verflechtung also viel enger ist als die mit der übrigen Welt, so ist dadurch für Europa eine starke Interessensolidarität gegeben.

DELAISI:

WELTWIRTSCHAFTSVERFLECHTUNG — WELTWIRTSCHAFTSVERSTÄNDIGUNG

Der nachstehende Aufsatz stellt einen Auszug aus der Rede dar, die Prof. Delaisi, der bekannte französische Gelehrte, am 20. Mai auf der vom Hansabund veranstalteten Kundgebung für europäische Wirtschaftsverständigung gehalten hat.

Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz hat einen Umschwung im internationalen Ideengang herbeigeführt. Es standen sich dort zwei Auffassungen gegenüber, nämlich die neue Auffassung von der gegenseitigen Wirtschaftsverflechtung der einzelnen Länder untereinander und die alte Auffassung des wirtschaftlichen Nationalismus. Von den praktischen Folgen dieser Konferenz werden wir vielleicht herzlich wenig erfahren. Es wäre aber unrecht, ihre Bedeutung zu unterschätzen, denn es ist doch Erhebliches geleistet worden.

Heute wird der Staat als eine Versicherungsgesellschaft gegen das Risiko des ausländischen Wettbewerbs angesehen. Aber wie in einer jeden Versicherungsgesellschaft, muß auch hier eine Prämie bezahlt werden. Die wird der Verbraucher zahlen, d. h. — die Gesamtheit der Bevölkerung. Im ganzen überträgt bei diesem System die Einzelperson ihr Risiko auf die Gesamtheit. Das ist sehr bequem, — und aus diesem Grunde ist es so schwer, diesen Mißbrauch zu bekämpfen. Das ist also das erste Hindernis, welches wir überwinden müssen. Es gibt noch ein zweites, welches seiner Wichtigkeit wegen viel ernster und gefährlicher ist: nämlich der durch die nationale Verteidigung hervorgerufene Protektionismus. Ein jeder Staat sorgt ganz selbstverständlich für seine politische Sicherheit. Zur Ausführung dieser Aufgabe muß er im Besitze aller für seine Verteidigung notwendigen Industriezweige sein. Und wenn die betreffenden Unternehmen den konkurrierenden ausländischen Industrien nicht gewachsen sind, so entsteht die Notwendigkeit, sie zu schützen, damit sie erhalten

bleiben. Das ist auch eine Versicherungsprämie — die der politischen Sicherheit. Aber eine merkwürdige Erscheinung hat sich auf diesem Gebiete gezeigt. In heutigen Tagen ist die Kriegsindustrie und die Friedensindustrie — ein und dasselbe geworden; sie unterscheiden sich nicht mehr voneinander. Dieselben Fabriken, welche Wellen für Dampfschiffe herstellen, sind mit der gleichen Ausrüstung auch imstande Kanonenrohre zu erzeugen. Dieselben Maschinen, welche zur Herstellung von Schreibmaschinen dienen, können auch Maschinengewehre machen. Unter solchen Umständen fühlen sich alle Industrien berechtigt, einen Staatsschutz unter dem Vorwand der nationalen Verteidigung zu beanspruchen. Hinsichtlich dieser beiden Punkte wird also der Kampf sehr hart sein. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß wir ihn doch gewinnen werden, wenn es uns gelingt, einem jeden einzelnen Bürger den Gedanken einzuprägen, daß die gleichen wirtschaftlichen Zusammenhänge auch sein Privatleben beherrschen.

Es ist ein gefährliches Unterfangen, wirtschaftliche Fragen mit politischen Methoden regeln zu wollen. Dies lehrt ein Beispiel, welches uns allen geläufig ist: die Reparations- und Kriegsschuldenfrage. Es wurde verkündet: Viele Werte sind zerstört worden, sie müssen ersetzt werden, „Deutschland wird zahlen“. Wieviel? — Alles! Und wenn es nicht kann? Ganz gleich, kein Nachlaß, kein Ausgleich! Alsdann haben unsere Staatsmänner vier Jahre dazu gebraucht, um zu entdecken, daß eine Zahlung des Schuldners von seiner Zahlungsfähigkeit abhängig ist. Nachdem dieser Punkt überwunden war, machten sie eine zweite Entdeckung. Ein Land muß, um zahlen zu können, einen Überschuß an Produktion für Zwecke der Ausfuhr haben. Aber man wollte ja die Entwicklung des deutschen Exports hindern. Man wurde gezwungen damit zu rechnen, daß die Zahlungsfähigkeit beschränkt ist durch die Ausfuhrmöglichkeit.

Der „Dawesplan“ hat endlich diesen Weg eingeschlagen; Deutschland hat seine Zahlungen an die Verbündeten begonnen. Und sofort kam die Forderung der Amerikaner, die Verbündeten sollten auch ihrerseits ihre Schulden an Amerika decken. Auch hier zeigte sich die Notwendigkeit, der Zahlungs- und Ausfuhrfähigkeit Rechnung zu tragen. Die Amerikaner kamen nun zu einer dritten Entdeckung, die heißt: Aufnahmefähigkeit. Der Senat von Washington stellte sich folgende Frage: Wenn die Verbündeten ihre Schuld an uns zahlen unter den Bedingungen, welche wir ihnen vorschlagen, — was gewinnen wir wirtschaftlich? Ich habe den offiziellen Bericht über diese Frage gelesen, und da steht folgendes:

Unsere Schuldner dürfen nicht in Gold bezahlen: sie besitzen nicht genug davon, wir aber zuviel. Weiter, wenn sie uns in Waren bezahlen, so bedeutet das für uns eine Konkurrenz auf unserem inländischen Markte, weil die Exportfabrikate der Schuldner ja zumeist dieselben sind, die auch unsere Industrie produziert; deswegen sind diese Waren auf unserem Markt nicht zugelassen und mit Hochschutzzoll belegt. In Wirklichkeit wollen wir gar nicht mit Stahl, Maschinen, Stoffen bezahlt werden, die wir ja selbst auch erzeugen, sondern mit Tee, Kakao, Kaffee, Gummi, welche wir nicht erzeugen. Zu diesem Zwecke mögen die Europäer ihre Maschinen und ihre Stoffe in die Tropenländer exportieren, dann werden sie sich mit den in Brasilien, Argentinien, Indien usw. erhaltenen Devisen uns gegenüber decken, und so werden wir ohne Nachteil für unsere einheimische Industrie bezahlt. Diese Kombination nennt man: dreieckige Zahlung. Sie ist sehr klug ausgedacht.

Aber man merkt sofort, daß das Problem damit noch nicht gelöst ist. Denn nun erhoben die amerikanischen Exportindustrien Widerspruch. Wir, sagten sie, verkaufen

auch Stahl, Maschinen, Stoffe nach den Ländern der südlichen Halbkugel. Wenn Europa dorthin seinen Export ausdehnt, so wird es auf Kosten des unseren geschehen. Das läßt sich machen —, antworteten die Finanzmänner von Wallstreet. Die Südländer haben alsdann mehr in Europa zu kaufen, jedoch ohne ihre Einkäufe in Amerika zu verringern. Wir wollen ihre Kaufkraft fördern, indem wir ihnen neue Kredite gewähren. Mit diesem Gelde werden die Leute neue Eisenbahnen bauen, Landwirtschaftsmaschinen kaufen, ihre Plantagen und ihre Hütten verbessern. Im ganzen werden die Zahlungen Europas dem schnellen Aufblühen der südlichen Halbkugel dienen. Dabei werden die Preise für Gummi, Tee, Kaffee, Kakao eine Senkung erfahren. Und das wird der einzige Vorteil sein, welchen wir Amerikaner daraus erzielen werden.

Alles dies ist zwar sehr geistreich ausgedacht, bedeutet jedoch keine sehr sichere Lösung. Denn es hat keinen Zweck, Eisenbahnen durch neue Länder zu ziehen, wenn dort weder ansässige Bevölkerung wohnt, noch Einwanderung nach den betreffenden Ländern stattfindet. Mit der Anlegung von Eisenbahnen ist eben die Richtung des Handelsstromes in der Welt nicht nach Belieben zu ändern. Die Amerikaner fangen an, das zu begreifen. Nach vier Jahren von Forderungen, Verhandlungen und Berechnungen aller Art machten sie plötzlich die Entdeckung, daß ein Volk ein lebendiger Organismus ist, dessen Funktionen in einem gewissen Gleichgewicht gehalten werden müssen. Es geht dem Volk wie einem Individuum, das mit einem Male nur eine bestimmte Menge von Lebensmitteln aufnehmen kann, und das Magenschmerzen bekommt und sich geschwächt, ja krank fühlt, statt aufzublühen, wenn es die von der Natur vorgeschriebenen Schranken überschreitet. So entstand bei den Amerikanern allmählich der Gedanke, daß die Schuldzahlung der Alliierten unmöglich ist, und zwar nicht nur wegen der Verarmung Europas, sondern auch aus dem Grunde, weil solche Zahlungen für die wirtschaftliche Gesundheit der Vereinigten Staaten schädlich sind. Um diese Schwierigkeit zu beseitigen, hat man nur ein Mittel erfinden können, und zwar: das von Europa erhaltene Geld wieder zurück an Europa auszuleihen. Wenn meine Informationen stimmen, überschreiten zur Zeit die von den Vereinigten Staaten an Deutschland gewährten Kredite den Betrag, welchen Deutschland auf Grund des Dawes-Planes Frankreich abgezahlt hat. Frankreich rechnet damit, aus diesen Zahlungen seine eigene Schuld an die Vereinigten Staaten zu decken. So ergibt es sich, daß in der Tat wir Franzosen die Amerikaner mit Dollars bezahlen werden, die aus Berlin gekommen sind, und dann werden diese Dollars sofort von Washington wieder zurück nach Berlin gehen, um über Paris nach Washington zurückzukehren.

Das ist das große Lebensgesetz der wirtschaftlichen Verflechtung, welches zur Zeit den internationalen Weltmarkt beherrscht.

Vielleicht wäre es einfacher gewesen, von vornherein die elementare Wahrheit anzuerkennen, daß ein Darlehn nur dann richtig bezahlt werden kann, wenn es einer produktiven Verwendung gedient hat. Wenn ich aber von Ihnen Geld zum Einkauf von Petroleum entleihe, um mein Haus oder das Haus meines Nachbarn in Flammen zu setzen, so ist es zwar möglich, daß Ihr Interesse oder Ihr Ehrgeiz sich bei dem Anblick dieser Zerstörung ergötzt, aber Sie dürfen nicht damit rechnen, daß ich Ihnen das wieder zurückgebe, was Sie nur für meine beziehungsweise meines Nachbarns Ruinierung ausgeliehen haben.

Weil der Krieg ein Zerstören ist, so muß man aus Vernunftgründen und aus wirtschaftlichen Gedankengängen heraus einsehen, daß eine Kriegsanleihe keinem produktiven Unterfangen dient und daher nicht bezahlt werden kann.

Darin liegt also doch eine neue Entdeckung der Völker. Bisher haben sie sich davon keine Rechenschaft gegeben, weil die Kriege der Neuzeit nur kurze Zeit gedauert haben und nur von zwei oder drei Völkern geführt wurden. Damals war es dem Sieger möglich, eine sofortige Bezahlung von 5 Milliarden Francs zu erhalten, wie es z. B. im Jahre 1871 geschah. Frankreich entlieh die Milliarden in England. Der Sieger konnte sofort seinen Schaden reparieren, der Besiegte, welcher unmittelbar keinen Pfennig auslegte, hatte Zeit, sich zu erholen, und der Gläubiger machte auch ein gutes Geschäft, da er sein Kapital auf hohe Zinsen angelegt hatte.

Unter diesen Gesichtspunkten beobachtete man 1871 in Frankreich die Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit, und manche folgerten daraus, daß „ein kleiner Krieg dann und wann“ für das Geschäftsleben nützlich und anregend wäre.

Der Krieg von 1914—1918 ist aber ein Weltkrieg gewesen. Außerdem dauerte er sehr lange. Er hat die Reserven aller Länder aufgezehrt, darunter sogar — dank dem Kreditmechanismus — auch die der Neutralen. Deswegen ist es in diesem Falle unmöglich, den vom Kriege nicht betroffenen Dritten für die Kriegsschäden und für die Anleihen bezahlen zu lassen.

Noch Jahre und Jahre wird man streiten und fordern, man wird Tabellen für Zahlungsraten aufstellen, man wird Beträge in den Haushaltsetat einsetzen, und zwischen den Völkern wird viel Unzufriedenheit und Verwirrung herrschen.

Und alles dies ist die Folge der Anwendung von politischen Methoden in Wirtschaftsfragen. Wir tragen noch nicht genügend der Tatsache Rechnung, daß die wirtschaftlichen Ereignisse ebenso unerbittlichen Gesetzen gehorchen, wie die Erscheinungen der Physik oder der Chemie.

Ehemals hat man gedacht, es wäre möglich, die Naturgesetze durch Beschwörung oder Menschenopfer zu ändern. Heute glauben wir, es sei in unserer Macht, die wirtschaftlichen Phänomene durch Parlamentsreden oder Gesetzesparagraphen zu lenken, im schlimmsten Falle durch Blutopfer des Krieges. Derselbe Aberglauben! Je mehr wir, Franzosen und Deutsche, die Einheitlichkeit des wirtschaftlichen Lebens verstehen werden, — desto eher werden Vorurteile, Mißtrauen, Mißverständnisse verschwinden.

Die wirtschaftliche Konferenz in Genf hat das Dogma der wirtschaftlichen Verflechtung verkündet; dieses Dogma wurde allseits anerkannt: von Unternehmern und Arbeitern, von Kapitalisten und Bolschewiken. Noch aber hat erst die Elite der Völker die neue Wahrheit begriffen. Es handelt sich darum, diese Wahrheit dem Verständnis der Massen nahezubringen, welche noch immer unter dem traditionellen Begriffe des wirtschaftlichen Nationalismus stehen. Erst wenn wir uns alle daran gewöhnen, unsere Geschäfte vom Standpunkte der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung zu betrachten, dann kehrt der Frieden und die Wohlfahrt in die Welt zurück. Das ist die Zukunftsaufgabe.

Für die Gegenwart drängt sich noch eine andere, eiligere und dringendere Frage auf: die der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Ich darf sagen, diese Annäherung wird von beiden Seiten im gleichen Maße erstrebt; jedoch spürt man, daß mit jedem Tage neue Schwierigkeiten auftauchen. Ich befürchte, daß die direkten Verhandlungen zu zweien immer schwieriger bleiben werden, weil beide Länder zur Zeit zuviel gleichartige Produkte erzeugen, sie bieten einander zuviel Wettbewerbsgelegenheiten. Andererseits hätte eine Verständigung unter vier Augen die Dritten beunruhigen können. Ich erachte es als bestes Mittel, die Annäherung von Frankreich und Deutschland im Rahmen einer Europaverständigung zu fördern.

Die Genfer Wirtschaftskonferenz hat als Grundsatz aufgestellt, daß der Aufstieg der Welt durch Herabsetzung der Zölle, internationale Vereinbarungen der Industrien und durch Rationalisierung erfolgen muß. Sie hat aber auch anerkannt, daß eben das Festland Europa unter der Krise am schwersten leidet, und daß mit dem Kontinent zu beginnen sei.

Hier ist es das wichtigste Problem, einen großen europäischen Markt zu schaffen, welcher, den Vereinigten Staaten gleich, den freien Waren-, Kapitalien- und Personenverkehr begünstigt und sichert. Mögen sich die Geschäftsmänner und die Arbeiter von Frankreich und Deutschland im Rahmen eines wirtschaftlich vereinigten Europas verbinden, mit Hilfe von englischen und amerikanischen Kapitalien! Das ist der Traum vieler Franzosen. In diesem Sinne teile auch ich die „Paneuropa“-Bewegung.

Zweifelsohne sind die Schwierigkeiten groß. Aber lassen wir uns nicht durch die Schwierigkeiten des Alltags ängstigen. Wir werden sie überwinden; für uns haben wir die unzerstörbare Folge der Tatsachen — und das ist eine stärkere Kraft als die Vorurteile der Menschen.

W. FLEMMIG:

DIE RUSSISCHE ERDÖLINDUSTRIE ALS OBJEKT DER
INTERNATIONALEN PETROLEUMPOLITIK

Dem Erdöl wird für die Zukunft weiter steigende Bedeutung zukommen. Die Großmächte haben erkannt, daß der Besitz von Erdölvorkommen für die Welt-herrschaft unumgänglich notwendig ist. Die Erdölkämpfe drücken der heutigen Politik ihren Stempel auf. Es mag nur an den türkisch-englischen Streit um das Mossulgebiet erinnert werden, wo es sich bei den in Genf geführten Verhandlungen zeigte, mit welcher Energie, ja man kann sagen, mit welchem Fanatismus England um das Erdöl von Mossul kämpfte, galt es doch gleichzeitig die Sicherung seiner machtpolitischen Stellung in Vorderasien.

Wie wohl bekannt sein dürfte, beherrscht bis im Augenblick Amerika die Rohölmärkte der Welt. So z. B. gewann es von den im Jahre 1924 erzeugten 1 012 927 000 Barrels Rohöl 713 940 000 Barrels, mußte aber trotzdem noch 94 534 512 Barrels aus Mexiko und Südamerika einführen. Es waren also insgesamt 801 799 512 Barrels Rohöl, von denen Amerika 612 259 765 Barrels selbst konsumierte, während es 43 327 775 Barrels für die Ölbunker benötigte. Nach Abzug des amerikanischen Rohölkonsums blieben von den produzierten 1 012 927 000 Barrels nur noch 345 000 000 für die anderen Länder übrig, wovon 115 567 059 Barrels Amerika lieferte. Wenn dieses Land nur $33\frac{1}{3}\%$ stellte, so reichte diese Menge trotzdem aus, preisbestimmend am europäischen Markt zu sein. Die weitere Beherrschung des Weltrohölmarktes durch Amerika wird von der zukünftigen Entwicklung der anderen Erdölproduzenten, besonders Rußlands, abhängen. Gerade Rußland nimmt unter den Zukunftsländern eine ganz enorm wichtige Stellung ein. So will Rußland bis zum Jahre 1930 seine Produktion auf 60 000 000 Barrels bringen. Rußland besitzt noch große Ausdehnungsmöglichkeiten, sein Erdölreservoir ist noch unermesslich groß und nur ein Teil der Erdölvorkommen ist in der Ausbeutung begriffen. So ist an dem Naphthareichtum des Uralgebietes kein Zweifel zu hegen und doch hat man mit der Ausbeutung in großem Stile nicht begonnen, weil die Verkehrswege fehlen und Transportschwierigkeiten bestehen. Immer wird der Mangel an Kapitalien die Ursache sein, weshalb die Vorkommen noch nicht aufgeschlossen sind. Dazu kommt, daß bislang die Produktion von Baku und Grosny zur Befriedigung des inneren Bedarfes des Landes einigermaßen genügte. Man könnte noch eine ganze Reihe von Vorkommen aufzählen, die noch nicht oder nur zu einem geringen Teile ausgebeutet werden (Georgien, Schikarsteppe, Kuban-Schwarzmeergebiet, Daghestan, Dossor).

Der Mangel an Kapitalien hat auch bei der russischen Regierung zu der Überzeugung geführt, daß ausländische Hilfe für die russische Erdölindustrie auf die Dauer nicht entbehrt werden kann. Die russische Regierung ging deshalb hinsichtlich verschiedener Vorkriegsinteressen auf Kompromisse ein, so besonders bei der Neuregelung der Interessen der holländischen Bataafschen Petroleum Maatschappij, die im April 1921 die Nederlandsche Petroleum Maatschappij „Anoto Benzonaft“ und im Juni 1921 die Nederlandsche Petroleum Maatschappij „Argoun“ gründete. Hierbei übernahm die Bataafsche 48 000 Aktien, Rußland 427 000 Aktien, wobei die Russen 99% der Aktien der „Anoto Benzonaft“ und bei der zweiten Gesellschaft 95% der Anteile der russischen Argoun einbrachten. Hinzuzufügen wäre noch, daß von der „Nederlandschen Petroleum Maatschappij Argoun“ 36 000 Aktien die holländische Seite und 306 000 Aktien die russische Seite übernahmen. Schon während des Krieges hatte die Bataafsche Petroleum Maatschappij eine Ausdehnung ihrer russischen Interessen vorgenommen und zwar durch die Übernahme der englischen und holländischen Beteiligungen an der Standard Russe, der Bnito und der Mazout.

Es ist zu beachten, daß die holländischen Interessen neben den englischen in der russischen Erdölindustrie gegenüber den der anderen Staaten ein starkes Übergewicht haben. In der Tat haben auch die englisch-holländischen Interessen durch die russische Wirtschaftspolitik die weitaus größte Schädigung erfahren. Nach einer Aufstellung belaufen sich die gesamten ausländischen Interessen an der russischen Erdölindustrie auf 253,52 Mill. Rubel, worauf auf die holländisch-englischen 171,4 Mill. Rubel oder 67,2%, auf die französischen 51,1 Mill. Rubel oder 20,1%, auf die deutschen 13,6 Mill. Rubel oder 5,4% fallen. Der Rest verteilt sich auf kleinere ausländische Beteiligungen. Natürlich ist hierbei in Betracht zu ziehen, daß die heutigen ausländischen Interessen in der russischen Erdölindustrie nur auf dem Papiere stehen, da praktisch diese ganzen Anlagen sich in der Verwaltung der Sowjets befinden und nur geringe Teile erst in letzter Zeit wieder in privaten Händen liegen.

Wie groß der Einfluß der holländisch-englischen Gruppe ehemals war, geht daraus hervor, daß von den in der Hand des russischen Zentralkomitees jetzt vereinigten russischen Erdölbetrieben 60% der Betriebe in der Gegend von Baku und 55% der Werke im Grosnygebiet ihr gehörten. Über die Erzeugung im Ural-Embagebiet verfügte sie ehemals ganz. Durch die Nationalisierung wurden die ausländischen Interessen mit am stärksten betroffen und bislang sind von der russischen Regierung auch keine wieder freigegeben worden, wenn auch die Russen nicht in jeder Richtung hin mit Rücksicht auf die weitere Entwicklung ihrer Erdölindustrie das Nationalisierungsprinzip durchsetzen konnten. So war z. B. die russische Regierung genötigt, um die Erschließung der Erdölvorkommen, die in der Vorkriegszeit noch nicht in der Ausbeutung begriffen waren, durchzu-

führen, in den Jahren nach der Nationalisierung verschiedentlich Konzessionen an ausländische Unternehmungen zu erteilen. Die erste war die an die Miniera Italo-Belge de Georgia und zwar bezog sie sich auf das Gebiet in der Gegend von Tiflis. Da aber weitere Nachrichten darüber nie mehr an die Öffentlichkeit gelangt sind, muß man daraus schließen, daß sie nicht ausgenutzt worden ist. Die zweite Konzession betraf die Barnsdall Oil Corporation. Die Bohrungen in den Konzessionsgebieten sollten durch die Lucey Manufacturing Co. ausgeführt werden. Gerade im Falle Barnsdall zeigte sich so recht, daß die ganze russische Konzessionspolitik nur Mittel zum Zweck war. Man wollte andere Ziele erreichen. Recht typisch für Rußland war auch der Fall mit Sinclair, der genügend bekannt sein dürfte.

Die Neuregelung der Interessen der Bataafschen Petroleum Maatschappij ist schon erwähnt worden. Neben den Beteiligungen an reinen Betriebsunternehmungen sind auch die an den an der Erzeugung nicht direkt beteiligten Unternehmungen zu erwähnen. Besonders die holländisch-englische Gruppe vermochte hierbei Fuß zu fassen und sogar französisch-belgische Interessen zu verdrängen. So übernahm z. B. die New Caucasian Oilfields von einer französisch-belgischen Gruppe die ehemaligen Petroleuminteressen des Generals Tschermojeff.

Die Bestrebungen der holländisch-englischen Interessenten, nach der Nationalisierung der russischen Erdölindustrie erneut Fuß zu fassen, waren nicht die einzigen, vielmehr haben auch die Vereinigten Staaten intensive Anstrengungen gemacht, ihre Interessen in Rußland auszudehnen. Im einzelnen wird diese Frage noch am Schlusse dieser Ausführungen näher behandelt. Es werden dabei auch gleichzeitig die Beziehungen zwischen Frankreich und England auf der einen und Rußland auf der anderen Seite näher berührt werden.

Betont muß nur werden, daß Rußland einsehen muß und bzw. schon eingesehen hat, daß es ohne fremde finanzielle Hilfe nicht auskommen kann, wenn es auf eine steigende Bedeutung als Faktor am Welterdölmarkt Wert legt, daß es auf eine Verständigung mit den anderen Ländern sehen muß, was eine Lebensnotwendigkeit für dieses Land ist.

In produktioneller Hinsicht ist die russische Erdölindustrie von der Natur gut ausgestattet worden, sie vermag mit den verschiedensten Produkten an den Weltmarkt zu treten. So bestehen Unterschiede zwischen dem Baku- und Grosny-Naphtha. Das eine ist benzinarm und leuchtölreich, das letztere relativ genommen benzinreich und leuchtölarms. Das Naphtha von Grosny liefert im Gegensatz zu dem von Baku fast gar kein Schmieröl, dafür ist aber die Ausbeute der leichten Destillate eben größer.

Die anderen großen Erdölerzeuger wissen wohl, über wie reiche und verschiedenartige Erdölschätze Rußland verfügt, das man im stillen beneidet. Seitens der großen internationalen Erdölgruppen ist man deshalb auch immer auf der

Hut und beobachtet genau jede Maßnahme der Leiter der russischen Naphthatrusts. In Rußland sieht man den unbequemen Konkurrenten und sucht daher jede Ausbreitung des russischen Erdöls am Weltmarkt zu verhindern. Wenn auch die internationalen Erdölgruppen den russischen Wettbewerb im Augenblick noch nicht in dem Maße wie man vielleicht annehmen könnte, fürchten, weil die Anlagen noch nicht den modernsten Anforderungen entsprechen, so darf aber andererseits auch nicht außer acht gelassen werden, daß der Erwerb der Erdölfelder dem russischen Staat nicht viel gekostet hat und daß deshalb die Aufwendungen für Kapitalverzinsung recht gering sind.

Daß den alten Beherrschern des Welterdölmarktes die neuerwachende russische Konkurrenz ein Dorn im Auge ist, läßt sich verstehen. Wenn die Standard Oil-Gruppe bis Ende des Jahres 1925 noch eine abwartende Stellung einnahm, so verlangte der Leiter der Shellgruppe einen energischen Kampf gegen die russischen Naphthatrusts. Herr Deterding, der führende Mann der Shellgruppe, hat einen Kampf in seiner Art begonnen. Vor einiger Zeit bestritt er in einem offenen Brief an den Präsidenten des russischen Naphthasyndikats, Lomoff, jede geschäftliche Verbindung der Shellgruppe mit dem russischen Syndikat. Allerdings mußte er zugeben, daß russisches Erdöl, weil es nicht durch Tantiemen, hohe Steuern und hohe Löhne belastet sei, billiger sein könne. Seine Absicht ist wohl, vor dem Ankauf des „gestohlenen“ russischen Erdöls zu warnen, wie überhaupt in England starke Bestrebungen zum Kampfe gegen den Verkauf gestohlenen Erdöls im Vereinigten Königreich vorhanden sind. Wem die Verhältnisse in der Koninklijken Shell-Gruppe etwas genauer bekannt sind und auf Grund des bei der Bataafschen Petroleum Maatschappij Erwähnten ist das Vorgehen dieser Erdölgruppe wenig verständlich. Gerade dieser Konzern hat in den letzten Jahren seine direkten und indirekten Verbindungen zur russischen Erdölindustrie weiter ausgebaut und es müssen deshalb außerordentlich wichtige Gründe vorhanden sein, um einen neuen Kampf einzuleiten. Die Gegensätze zwischen Deterding und Lomoff sind dadurch entstanden, daß zwischen der Standard Oil und den Russen eine grundlegende Einigung zustande gekommen war, die amerikanischerseits vollkommen selbständig ohne Anlehnung an England durchgeführt wurde. Zur Erläuterung mag dienen, daß im Mai 1924 nach dem Bruch des Petroleumfriedens die Bestrebungen Nobels für die Standard Oil und Deterdings für die Shell zu einer Verständigung führten und zwar über gemeinsames Auftreten in der russischen Frage. Deterding war allerdings schon vorher wenig optimistisch hinsichtlich einer Verständigung mit den Russen gewesen und bald zeigte es sich auch, daß der Umfang der gegenseitigen Bindung nur ein verhältnismäßig geringer war und nicht eine Verständigung hinsichtlich der Aufteilung der Welterdölgebiete umfaßte. Der tiefere Grund für das energischere Vorgehen der Shell-Gruppe gegen das russische Naphthasyndikat dürfte zweifelsohne eben die Annäherung der Standard Oil an die Sowjets sein.

Wenn auch noch nicht das letzte Wort in den holländisch-englisch-russischen Beziehungen gesprochen worden ist, so sind doch große Gegensätze zwischen Deterding und Lomoff vorhanden, die eine Verständigung äußerst schwierig machen werden. Die Russen haben aber in der Hinsicht doch einen Erfolg erzielt, als ihnen ihre Politik der Abtrennung der Amerikaner von den Engländern gelungen ist, wenn auch vorläufig. Dazu kommt, daß die russische Erdölindustrie auf den französischen, italienischen und den Levantemärkten und durch die Verständigung mit der Standard Oil einen Ausgleich für den ausfallenden englischen Markt in etwa schaffen kann.

Lomoff führte im Jahre 1925 einmal aus: „Das nordamerikanische Kapital wird Verhandlungen und Verträge mit uns suchen müssen, und je mehr Platz wir uns unter der Sonne Europas errungen haben werden, desto günstiger werden die Vorschläge sein, mit denen man an uns herantritt. Ob wir überhaupt derartige Verträge nötig haben werden, ist eine andere Frage; Tatsache ist aber, daß die Amerikaner Wert darauf legen.“ Und in der Tat zeigte der Abschluß des Vertrages vom März 1925 zwischen der Standard Oil Co. und dem russischen Naphtasyndikat auf Lieferung von 150 000 Tonnen Petroleum für 1925, daß dieser Welt-erdölkonzern eine andere Taktik gegenüber den Russen einzuschlagen gewillt war. Die Frage der Auflösung der Sinclair Konzession in Nordsachalin hatte die Konzessionsfreudigkeit des Auslandes stark gedämpft und die Standard Oil suchte sich auf andere Weise in den Besitz dieses wertvollen Gutes zu setzen. Man konnte wohl sagen, daß die Amerikaner einsahen, daß sie ihre alten Gesellschaften nicht wieder bekommen würden.

Wenn man sich das Verhältnis der Amerikaner zu der russischen Erdölindustrie in historischer Hinsicht noch einmal vergegenwärtigt, so ist festzustellen, daß die Standard Oil ursprünglich nur mit ca. 200 000 Rubel durch die Russian Standard Oil an der russischen Erdölindustrie beteiligt war. Im Jahre 1921/22 dehnte sie ihre Interessen durch eine größere Beteiligung bei der Nobelgesellschaft aus, die ihrerseits wieder einen bedeutenden Einfluß auf die Russian General Oil Corporation Ltd. hat. Diese letztere Gesellschaft, die durch ihre Verbindung mit einer großen Zahl von Produktionsunternehmungen und Raffinerien, die Kontrolle über eine Jahresproduktion von weit mehr als 100 Millionen Pud Petroleum ausübt, besitzt die Majorität der Mantaschew-Gesellschaft mit einer Jahreserzeugung von 25 Millionen Pud, der Moskau-Kaukasischen mit 15 Millionen Pud, der Naphthalanskar mit 5,7 Millionen Pud, der Schichowo mit 3,6 Millionen Pud, bat ein Drittel des Aktienkapitals der „Runo“, einer bekannten russischen Naphthagesellschaft, im Besitz, übt Einfluß aus auf die Tifliser Naphthaindustrie und ist dadurch in stärkstem Maße an der russischen Erdölindustrie interessiert.

Was die jetzige Stellung der Standard Oil zu den Russen betrifft, so war bereits im Juni 1926 ein Vorvertrag als Ergebnis der Verhandlungen unterzeichnet

worden, der die Gründung einer russisch-amerikanischen Gesellschaft vorsieht zwecks Ausbeutung der Ölfelder in Baku und Grosny und des bisher unerschlossenen Ölgebietes im Norden Rußlands an der Bahn Leningrad—Murmansk. Die Beziehungen zu Rußland sind also keine ungünstigen. Auch die Übernahme der Barnsdall Corporation, die Konzessionen in Rußland besitzt, durch die Blair-Gruppe, welche ihrerseits in nahe Beziehungen zur Standard Oil steht und die Meldung, daß die Banque de Paris et des Pays Bas den Russen einen erheblichen Kredit erteilen wollte, ließen auf ein stärkeres Vorgehen der Amerikaner im süd-russischen Petroleumgebiet schließen. Gerade die Banque de Paris et des Pays Bas hat die engsten Beziehungen zur Standard Oil, war sie doch schon vor mehreren Jahren bei dem Kampfe der Shell und der Standard-Gruppe um den maßgebenden Einfluß auf die französische Ölpolitik der direkte Stützpunkt der Standard in Frankreich gewesen. Wenn sich diese Bank im Jahre 1926 für französische Erdölkonzessionen in Rußland einsetzte, so tat sie dies indirekt auch für die Standard Oil.

Wir haben damit schon der französischen Erdölpolitik etwas vorgegriffen. Zum ersten Male nach dem Kriege kam ein direkter Vertrag zwischen der russischen Erdölindustrie und der französischen Regierung zustande und zwar handelte es sich um 75 000 Tonnen Naphthaprodukte für das französische Marineministerium. Handelte es sich hierbei nur um einen direkten Lieferungsvertrag, an dem aber russischerseits die größten Hoffnungen geknüpft waren, so trat die Konzessionsfrage zum ersten Male im Juli 1925 in die Erscheinung. Es wurde damals gemeldet, daß die interparlamentarische Gruppe der französischen Kammer zur Förderung der Beziehungen mit Rußland die Entsendung einer Studienkommission nach dorthin beschlossen habe. Der Hauptzweck — wenn auch inoffiziell — sollte sein, die Frage der Erwerbung französischer Konzessionen für Naphtha und Petroleum näher zu prüfen.

Im Jahre 1926 fanden dann Verhandlungen zwischen der französischen und russischen Regierung statt, die unter anderem auch die Sicherstellung des französischen Erdölbezuges zum Gegenstande hatten. Diese Verhandlungen erregten berechtigtes Aufsehen und es knüpften sich daran allerlei Vermutungen an. Man glaubte bei dem ganzen Projekt, daß gewisse Auseinandersetzungen zwischen den großen Erdölkonzernen mitspielten, dachte an ein Fungieren der französischen Bank als Mittelsmann zwischen New York und Moskau. Anfangs hieß es, daß für die Konzessionen die Gebiete von Baku oder Grosny vorgesehen seien, aber dies konnte man nicht so recht glauben, da gerade diese Vorkommen die stärksten Stützen des russischen Exportes sind. Wenn Rußland Konzessionen an Ausländer erteilt, so wird es hierfür zumindest nur die weniger erschlossenen Gebiete heranziehen. Es stellte sich dann auch heraus, daß die russische Regierung Konzessionen nur im Embagebiet verteilen wollte. Dieses Gebiet hatte als Kon-

zession vor dem Kriege die Shell und es schien, als ob Rußland in den Kampf zwischen diesen beiden Erdölkonzernen eingreifen wollte. Aber Deterding, der leitende Mann der Shell, hatte die Franzosen schon gewarnt und dabei geäußert, daß sie wohl nicht „früher englisches Eigentum, daß ihnen gestohlen worden sei, von den Russen kaufen würden“. Die Franzosen konnten sich auch nicht mit dem Gedanken vertraut machen, Konzessionen anzunehmen, die früher englischen Gesellschaften gehörten. Im November 1926 sollten in Paris die französisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Vor der Eröffnung der Verhandlungen stellte Poincaré verschärfte Forderungen gegenüber den Russen, wodurch die nach unendlichen Mühen gefundene Verhandlungsbasis umgeworfen wurde.

Nunmehr bestand für die Russen kein Zweifel mehr, daß angesichts der Kreditnot ein Abkommen mit den Amerikanern der einzige Ausweg sei, um zu einer schnellen und befriedigenden Lösung zu kommen, zumal Amerika sich in der Haltung der internationalen Erdölindustrie gegenüber Rußland nie bedingungslos in antirussischem Sinne festgelegt hatte. Es schien, als ob es den Russen gelingen würde, ihren letzten Trumpf gegen die englische Petroleummacht auszuspielen. Da kam in letzter Stunde die Nachricht, daß die amerikanisch-russischen Verhandlungen endgültig abgebrochen worden seien. Selten hat wohl eine Nachricht so überrascht wie diese. Die Amerikaner fühlten sich aber wohl im Hinblick auf die Ereignisse in Mexiko veranlaßt, um den Ölfrieden nicht zu brechen und die Einheitsfront gegenüber Rußland nicht zu zerstören, ihren Partnern im *Groupement International*, nämlich den Engländern und den Holländern eine Beteiligung an dem abzuschließenden Verträge anzubieten. Allein diese Forderung mußte schon von vornherein, wenigstens das vorläufige Scheitern der Vereinbarung mit der *Standard Oil* bedeuten, da infolge der englischen Regierungspolitik eine Beteiligung der großen englischen Petroleumunternehmungen an dem Abkommen von vornherein ausgeschlossen war, auf der anderen Seite aber wieder England Frankreichs Stellung in der Schuldenfrage stärken wollte, die durch einen Abschluß bindender Vereinbarungen bedenklich ins Wanken gekommen wäre. Wenn der Petroleumfriede vorerst wieder einmal gesichert ist und damit besonders auch die Stellung Englands und Frankreichs gegenüber Rußlands, so ist einer späteren Wiederaufnahme der Verhandlungen vielleicht auf anderer Basis keineswegs die Möglichkeit genommen.

Die Ausführungen dürften wohl gezeigt haben, welche Stellung Rußland innerhalb der internationalen Erdölwirtschaft einnimmt und in Zukunft auf Grund seiner reichen Vorkommen noch einnehmen kann, und wie es gegenüber den anderen großen Erdölkonzernen auftritt. Sicher wird man Rußland als Rohölproduzent in Zukunft noch stärker in Rechnung stellen müssen.

OSWALD ZIENAU:

TRANSKAUKASIEN IM VERBANDE DER SOWJET-UNION

Die „Sozialistische Föderative Sowjetrepublik Transkaukasien“ (S.S.F.S.R.) oder auch die „Transkaukasische Föderation“ genannt, ist eine der sechs Großbundesrepubliken, die zusammen die Sowjet-Union bilden. Nach heftigsten Rassenkämpfen untereinander und blutvollen Revolutionswirren vor und nach der englischen und türkischen Truppenbesetzung schloß mit der Bolschewisierung Transkaukasiens ein wechselvolles Geschick sich ab: die „Sozialistischen Sowjetrepubliken“ Aserbeidschan, Armenien und Georgien wurden im März 1922 zusammengefaßt oder schlossen sich zusammen zur „Transkaukasischen Föderation“. Das Gebietsterritorium ist die hochgebirgige Landenge zwischen dem Kaspischen und Schwarzen Meere, 193000 qkm umfassend und mit einer Bevölkerung von fast $5\frac{1}{2}$ Millionen Menschen.

Wohl nirgends in Rußland und in Weltstaaten überhaupt lassen sich auf so engem Raume und bei verhältnismäßig so geringer Bevölkerung so zahlreiche Völkerschaften und Volksstämme finden, wie gerade in Transkaukasien und auch — um das ethnographische Bild zu vervollständigen — in den staatspolitisch zu Großrußland gehörigen Bergautonomien des Nordkaukasus. Nicht mit Unrecht hat also das bolschewistische Staatsregime den Nordkaukasus und Transkaukasien als eine klassische Gegebenheit für die Experimente der bolschewistischen Nationalitätenpolitik betrachtet und danach gehandelt.

Neben den schon erwähnten Bergautonomien des Nordkaukasus ist insbesondere der transkaukasische Föderativstaat Georgien ein Musterbeispiel verwaltungshoheitlicher und eigenkultureller Aufteilung. Verstreut über den ganzen Transkaukasus finden sich der Gesamtzahl nach als das stärkste Bevölkerungselement die Grusiner; wie denn zum vollen Verständnis erwähnt sei, daß Georgien in der russischen Übersetzung Grusien heißt. Hat sich der Grusiner mehr in den Talniederungen und Städten angesiedelt, so sitzen in den schwer zugänglichen Hochgebirgsdörfern — Aulen (A—ulen) genannt — in strenger eigenkultureller Absonderung und Rassereinheit Abchasen, Adscharen, Immerethier, Mingrelie, Osseten und Swaneten, um von den viel zahlreicheren nur einige der hauptsächlichsten großen Einzelstämme zu benennen. Analog der zahlenmäßigen Stärke und nationalkulturellen Bedeutung sind für die hauptsächlichsten beispielsweise aufgeführten Nationalstämme entweder „Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken“ oder „Autonome Gebiete“ gebildet worden. Solche autonomen Sowjetrepubliken bzw. Gebiete sind in Georgien eingeschachtelt für Abchasen und Adscharen und Osseten; Abchasien mit der Hauptstadt Suchum und Adscharien mit Batum,

beides reizende Nationalstädte der russischen Schwarzmeerküste, und Süd-Ossetien mit der Stadtzentrale Gori, an der Bahnstrecke Tiflis-Kutais-Poti gelegen.

In ihrer verwaltungstechnischen und machtpolitischen Struktur sind diese Autonomien, wie die Minderheitenautonomien im Sowjetstaat überhaupt, in strenger Anpassung nachgebildet den zentralen Körperschaften der Unionsregierung bzw. der Regierungsorgane der Großrepubliken. Rätekongreß, Zentral-Exekutiv-Ausschuß-Präsidium und -Plenum, selbständige Volkskommissariate und was dergleichen mehr gehört zum politischen und Verwaltungsapparat des bolschewistischen Rußland treten zusammen und finden sich sowohl als administrative oder exekutive Regierungsorgane der Union oder Bundesgroßrepublik wie auch als ebensolche Regierungsorgane eines unscheinbaren autonomen Gebietes; nur mit dem Unterschiede, daß die neben den autonomen noch vorhandenen administrativen Volkskommissariate einfache Ausführungsorgane der Moskauer Zentralstellen für die Unionsangelegenheiten sind. In gewisser Selbständigkeit werden z. B. von solchen Gebietsregierungen geregelt die Angelegenheiten der inneren Verwaltung, Justiz, Volksbildung und -aufklärung (eigensprachliche Schule), Gesundheit; nach Moskauer Anweisung werden behandelt die Fragen der nationalisierten Wirtschaft, der Finanzen und der Arbeitsgesetzgebung. Ersichtlich ist, daß die zur Erhaltung und eventuellem Ausbau einer Nationalkultur notwendigen Freizügigkeitsvoraussetzungen durch die Belassung der Selbständigkeit in der inneren und Schulverwaltung und der Justizpflege im Rahmen und Wollen besonderer innerpolitischer Beabsichtigungen durchaus gegeben sind.

Volkswirtschaftlich stellt die transkaukasische Föderation eine unzertrennbare Einheit dar: das Öl, das aus dem Erdinnern der Aserbeidschaner Halbinsel Apscheron hervorquillt und um Baku herum gewonnen und zu verschiedenen Endprodukten hier auch weiterverarbeitet wird, fließt bahnlang in doppelter Röhrenleitung durch Georgien nach Batum zu seinem nächstliegenden Exporthafen.

In den weitausladenden Meeresbuchten der Halbinsel Apscheron, zu beiden Seiten der Hauptstadt Aserbeidschans, Baku, ziehen sich die Ölfelder hin, zu einem Teile noch von den Wellen des Kaspischen Meeres überspült. Ehemals englisch-amerikanischer Bohrfeld- und Raffineriebesitz von Weltmarktsbedeutung neben einer Vielheit von Kleinbohrfeldbesitzern ist vereinigt zum staatswirtschaftlichen Produktionsstrust „Asneft“, d. i. „Staatliche Vereinigung der Aserbeidschaner Naphthaindustrie“, mit der Verwaltungszentrale in Baku. Die zu „Asneft“ gehörenden und restlos erforschten zehn alten Ölfelder — von denen als die wichtigsten diejenigen auf Bibi-Eibat, Surachany, Sabuntschi und Balachany genannt seien — bedecken 3485 Desjatinen (1 Desjatine = 1,093 ha) Landes, wovon etwas über 1600 Desjatinen in Ausbeute sind; acht neue Ölfelder — die größtenteils

dem Meere abgerungenen Felder sind u. a. das Iljitsch-Feld in der Bibi-Eibat-Bucht, Atascki bei Schubany, Sangli-Piri und die Insel Artema — mit einer Oberfläche von 2302 Desjatinen sind wohl hauptsächlich erforscht, aber noch nicht in die Ausbeute einbezogen. Der Gesamtölvorrat der alten Felder wird auf knapp 45,5 Milliarden Pud (1 Pud = 16,36 kg), der der neuen Felder wird auf über 24,5 Milliarden Pud geschätzt; gefördert sind bisher auf den alten Ölfeldern 16,64 Milliarden Pud, so daß die zukünftigen Fördermöglichkeiten geschätzt sind auf genau 55 373 Millionen Pud.

Baku, eine Stadt, die Sonnengluten oder Sandstürme einhüllen; Erdöl hat Stadt und Steppenland zu einem unfruchtbaren Erdflecken gemacht. Wie ein breiter Gürtel liegt um die „Weiße Stadt“ die „Schwarze Stadt“ Bakus: verrußte Fabriken, verschmutzte und armseligste Wohnbaracken, jammervolle Läden und Märkte. An den Straßenrändern Doppelrohrleitungen, die von den Feldern kommen und zu den Raffinerien gehen. Dann eine staubsandige Wüste, in der hier und da weißgelackte Öltanks stehen und in greller Sonne weithin leuchten, und endlich, an den Meeresbuchten entlang, der unabsehbare Gespensterwald hochragender Bohrtürme... Symmetrisch streben diese Hunderte und aber Hunderte Bohrtürme von quadratischer Plattform zu einer dünnen Spitze empor, nicht selten bis zu 40 und 50 Meter hoch. Ein unglaubliches Durcheinander von Bohrtürmen: angekohlte Turmreste, die Überbleibsel der zahlreichen Ölbrände, zerbrechlich-alte inmitten der intakten oder über „Springern“ im Neubau befindlichen Bohrtürme: 2500 bis 2600 Bohrtürme auf allen Ausbeutefeldern der Halbinsel (gegenüber 3300 in der Vorkriegszeit).

In einer Betrachtung der russischen Naphthaförderung im Rahmen der Weltförderung stellt eine russische Wirtschaftszeitschrift fest: „Vor dem Kriege nahm Rußland in bezug auf die Naphthaförderung die zweite Stelle in der Welt (nach den Vereinigten Staaten von Amerika) ein. Jetzt hat die Naphthaförderung der UdSSR. bereits den Vorkriegsstand erreicht, bleibt jedoch vorläufig im Verhältnis zur Weltförderung noch weit hinter ihrer früheren Bedeutung zurück, weil inzwischen die Weltförderung — und in erster Reihe die der Vereinigten Staaten und Mexikos — einen großen Schritt vorwärts gemacht hat.“ Zieht man aber die erreichbaren Ziffern zu Rate, so geht hervor, daß die russische Erdölförderung insgesamt selbst nach dem Produktionsprogramm für 1925/26 noch zurücksteht gegenüber der letztjährigen Friedensproduktion von 1913, und das für den Bakuer Produktionsbezirk sogar recht beträchtlich. Was den Vorkriegsstand überholt hat, das ist die Ausfuhr von Naphthaprodukten, die schon 1924/25 1 316 600 t und 1925/26 gar 1 472 400 t gegenüber 898 200 t 1913 betrug. — Wurde das Produktionsergebnis des Wirtschaftsjahres 1924/25 mit 284,6 Millionen Pud — d. i. ein Plus von 12,8% gegenüber 1923/24 — festgesetzt, so lautete das Produktionsprogramm für 1925/26 — die Produktionsergebnisse sind bisher noch

nicht veröffentlicht*) — auf insgesamt 352,1 Millionen Pud, was gegen dem Vorjahre eine Produktionssteigerung von 19,5% ist, aber die letztjährige Friedensproduktion von 1913 mit 469 Millionen Pud nur bis zu 75,1% erreicht!

Sind z. B. die Betriebseinrichtungen des nordkaukasischen Grosnyer Ölfeldes als das jüngst in Ausbeute genommene durchaus neuzeitlichen Gewinnungsmethoden entsprechend, so sind die Apparaturen auf den Bakuer Ölfeldern zu größtem Teile durch Veralterung und Abnutzung unproduktiv geworden. Findet man doch auf den Bakuer Ölfeldern noch immer die zuerst gekannte und älteste Fördereinrichtung der sogenannten Stangenbohrung, die nicht nur für die heutigen, an sich niedrigen Gesteigungskosten der Weltölindustrie zuviel Arbeitskräfte zur Bedienung beanspruchen, sondern obendrein auch noch die wertvollen Erdgase beim Gewinnungsprozeß entweichen lassen; das gleiche ist es, wenn es auf diesen Feldern auch noch mit Dampfkraft betriebene Ölpumpen gibt. — Das Rationalisierungsprogramm des „Asneft“ sah für das abgelaufene Wirtschaftsjahr beträchtliche betriebstechnische Umstellungen vor: Mit Hilfe der modernen Dreh- und Seilbohrverfahren sollten die Bohrungen mit Tiefpumpen bedeutend ansteigen, und zwar von 724 auf 1397; solche Bohrungen sollen dann 38% gegen bisher 27% der Bruttogewinnung geben. Die 1714 elektrifizierten Bohrlöcher sollten erhöht werden auf 2061, die mit Dampfkraft noch betriebenen sollten abgebaut werden von 179 auf 69. Diese und andere Vervollkommnungen der Gewinnungsmethoden sollen sowohl die Bedienung am Bohrloch herabsetzen, und zwar von 12,6 auf 9,7 Belegschaft, wie überhaupt die allgemeinen Gewinnungskosten niederdrücken.

Angenommen, es wären in dem bekanntgegebenen Umfange alle Produktionsverbesserungen im Laufe des letzten Wirtschaftsjahres eingeführt; wer aber in den letztvergangenen Monaten die Ölfelder Bakus besucht hat, konnte nicht den Eindruck gewinnen, daß generell ein neuzeitlicher Industriebetrieb durch radikale Ersetzungen aufgebaut wird, sondern daß noch immer nur die notwendigsten Ausflückereien vorgenommen werden. Aber das, was man an Fortschritt um und in Baku in den verschiedensten Hinsichten sieht und was einem besonders auffällt, wenn man Baku in kurzen Zwischenräumen besucht, ist absolut aller Beachtung wert und zeugt davon, daß die Unionsregierung mit dem Ziel, Baku zu einem modernen Weltplatz der Naphthaindustrie auszubauen, nicht wenige Rubel-millionen in die Aserbeidschaner Naphthaindustrie hineinsteckt!

Was die deutschen Interessen im Zusammenhang mit der Bakuer oder der russischen Erdölindustrie betrifft, so bestehen nur solche, soweit es sich um den

*) Inzwischen ist in der Zeitschrift der Berliner sowjetrussischen Handelsvertretung, „Die Volkswirtschaft der UdSSR.“, das Produktionsergebnis des Wirtschaftsjahres 1925/26 veröffentlicht. Danach wurden im Bakuer Naphthagebiet 345,9 Millionen Pud an Naphtha und Erdgas gewonnen. So ist denn das vorgesehene Produktionsprogramm nicht ganz erfüllt worden.

Anteil des deutschen Marktes an der russischen Ausfuhr von Naphthaprodukten handelt. Deutschland deckt seinen Bedarf an Naphthaprodukten in nicht geringem Umfange bei Rußland ein: 1925 betrug diese Einfuhr aus Rußland 19,4% des Gesamtimports. Nominell wurden 1924/25 aus Rußland eingeführt 10,8 Millionen Pud Naphthaprodukte; in den ersten neun Monaten des eben abgelaufenen Wirtschaftsjahres 1925/26 belief sich der deutsche Import bereits auf 9,1 Millionen Pud, worunter 3,42 Millionen Pud Benzin, 1,94 Millionen Pud Schmieröle, 1,33 Millionen Pud Gasolin, 0,33 Millionen Pud Schmiermasut usw.*)

Die Operationen, die das zuständige Handelsorgan der russischen Naphthaindustrie, das „Allrussische Naphthasyndikat“ in Moskau, auf dem deutschen Markte ausführte, waren vertragsmäßig mit den vereinigten deutschen Naphthakonzernen „Dea — Deutsche Petroleum-A.-G.“ festgelegt. Am 30. September v. J. lief dieser Vertrag ab, und benutzten die Russen diese Gelegenheit, um selbständig mit einem eigenen Handelsapparat in Deutschland vorgehen zu können. Die vom Naphthasyndikat in Gemeinsamkeit mit der russischen Handelsvertretung in Deutschland begründete „Derunaphta“ als Vertriebsgesellschaft genießt ein Absatzmonopol außer in Deutschland auch noch in anderen mitteleuropäischen Ländern; in den Besitz dieser Gesellschaft sind übergegangen die dem russischen Naphthasyndikat gehörenden Lageranlagen in Hamburg, Düsseldorf, Ludwigshafen und Antwerpen einschließlich der Lagerbestände. Für diese Vertriebsneuerungen haben die Russen bei Angriffen geltend gemacht, daß eine solche Orientierung im Rahmen der Entwicklung des internationalen Erdölhandels liege, und um nicht der Konkurrenz weichen zu müssen, haben sie zu solchen einschneidenden Veränderungen gegriffen.

Dabei ist bekannt, daß sich die russische Erdölkonkurrenz auf den Weltmarktplätzen nur mit großen Finanzopfern aufrechterhalten läßt, und daß der Ausgleich durch ein offenes Dumping des Eigenmarktes versucht wird. Bei dem Auftrieb, den der russische Markt in den letzten Monaten zeigt, ist verständlich, daß nun das Naphthasyndikat diese Bewegung ausnutzt mit Preiserhöhungen größten Formats, um so die Prestigepolitik auf den Weltmärkten beibehalten zu können unter möglichster Vermeidung weiterer und noch größerer finanzieller Opfer.

Die Erdölindustrie gibt den beiden Großstaaten Transkaukasiens Wirtschaftsverbundenheit und Aserbeidschan Wirtschaftsbedeutung von allgemeinerem Interesse. Aber die Ölvorkommen sind nicht die einzigen Bodenschätze Transkaukasiens von volks- und weltwirtschaftlicher Bedeutung. In Georgien, um Tschiaturi

*) Nach der schon einmal zitierten Materialquelle lassen sich diese Ziffern nun für das inzwischen abgelaufene volle Wirtschaftsjahr 1925/26 ergänzen. Danach wurden nach Deutschland überhaupt 230600 t (1 t = 61,048 Pud) Naphthaprodukte eingeführt; Benzin 68700 t, Schweröl 53300 t, Solaröl 36300 t, Leuchtöl 4600 t usw.

berum, hineingebettet in die zu beiden Seiten des Kwirilaflußtales sich erhebenden Bergmassive, lagern die reichsten Manganerzorkommen der Welt. Mit Brasilien und Indien beherrscht die Sowjetunion mit diesen mächtigen georgischen Manganerzlagern — die Vorräte werden auf 146 Millionen Tonnen geschätzt — den Weltmarkt, und nicht mit Unrecht kann man dieses so unglaublich armselig hingestellte dörfliche Tschiaturi als einen der für die weltwirtschaftlichen Funktionen bedeutungsvollsten Erdpunkte bezeichnen.

In der Vorkriegszeit lag die Manganerzförderung, ganz wie in Baku die Erdölgewinnung, in den Händen weniger kapitalkräftiger Auslandsgesellschaften und einer Unzahl kleiner und kleinster persönlicher Unternehmungen. Nur daß die Internationalität der in Tschiaturi mit unglaublichem Raubbau konkurrierenden Kleinunternehmer viel bunter war wie in der Bakuer Raubbohrkonkurrenz. Von den sehr wenigen ausländischen großindustriellen Manganerzförder- oder -wäschereigesellschaften waren zwei der produktionskräftigsten von deutschen Industriegesellschaften aufgestellt. Sofort nach Kriegsende wurden diese beiden deutschen Unternehmungen trotz der durch Jahre hindurch so unsicheren Verhältnisse wiederum in Besitz genommen und wenigstens von der einen Gesellschaft ununterbrochen in Betrieb gehalten. Der vorkriegsliche Kleinbesitz an Gruben oder Wäschereien ist zu einem Teile in Konzession vergeben, zum anderen verstaatlicht; neu sind die betriebstechnisch modern eingerichteten Staatlichen Gruben im Besitz der georgischen Sowjetrepublik, die im Laufe des Jahres 1924 angelegt wurden.

Die Entwicklung der Manganerzförderung im Tschiaturibecken läßt sich am besten an Hand der Ausfuhrziffern übersehen, da bekanntlich die russische Manganerzförderung so gut wie ausschließlich für den Export arbeitet. Für Vergleichszwecke sei darauf hingewiesen, daß die letzte Friedensausfuhr 1913 an Tschiaturi-Erzen 1080000 t betragen hat; wie auch beachtet werden muß, daß die Erzausfuhr nach langem Stillstand erst 1920 wieder aufgenommen wurde. — Nach dem vorliegenden statistischen Material betrug die Tschiaturi-Erzausfuhr in den Wirtschaftsjahren

1922/23	166 000 t
1923/24	482 000 t
1924/25	381 000 t
1925/26	472 000 t

Gegenüber der letzten Vorkriegsausfuhr ist also mit dem jüngst abgelaufenen Wirtschaftsjahr noch nicht die Hälfte des Exportquantums erreicht worden!

In der ersten Hälfte des Jahres 1925 rückte dieser im internationalen Interesse stehende Erzkomplex scharf in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit: der Amerikaner Harriman schloß nach langwierigen und verschiedentlich sehr wenig aus-

sichtsreich geltenden Verhandlungen mit dem zuständigen Moskauer Hauptkonzessions-Komitee einen Konzessionsvertrag auf alleinige Ausbeute der Tschiaturier Manganerzvorkommen ab. Unter Einbeziehung von 19 ehemals selbständigen Firmen — darunter auch die zwei deutschen Großunternehmungen Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. und Kaukasischer Grubenverein — wurde eine „Georgische Manganerz A.-G.“ gegründet, die nach sowjetrussischen Angaben mehr wie 85% der gesamten russischen Manganerzausfuhr in Monopolstellung repräsentiert. — Harriman übernahm mit der Ausbeutekonzession die vertraglich festgesetzten Verpflichtungen außer einem modern eingerichteten Hüttenwerk zur Verarbeitung von Manganerz zu Ferromangan eine Normalspurbahn Tschiaturi-Tschoropan-Poti-Hafen an Stelle der Schmalspurbahn zu bauen und den Hafen Poti umzubauen und mit allen neuzeitlichen Verladeeinrichtungen auszustatten. Laut Vertrag mußten für diese Verpflichtungen die Summe von 4 Millionen Dollar aufgewendet werden; für jedes Objekt wurde die Höhe der Aufwendungen genau festgelegt. Abgesehen davon, daß für die Konzessionsdauer — 20 Jahre — das Fördersoll, in gewissen Etappen steigend, vorgeschrieben ist und die Nichteinhaltung zu Konventionalstrafen führt, sind die laufenden Abgaben an den Staat in ihrer Begrenzung nach unten unbesehen des tatsächlichen Absatzes festgesetzt! Wie inzwischen bekannt geworden ist, hat sich herausgestellt, daß die Betriebskosten und der Eisenbahnbau weit über die Maximalsummen hinausragen. Bei in den letzten zwei Jahren gefallenem Manganerzpreis und verschärfter Konkurrenz mit südrussischem Manganerz auf dem Weltmarkt für Harriman alles in allem eine Situation, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann! — Es ist zu verstehen, daß die Russen gelegentlich einer Betrachtung ihrer Lage in Tschiaturi feststellten, daß „die Aussichten die denkbar günstigsten“ sind. Harriman sieht sich jedenfalls gezwungen, eine Revision des Konzessionsvertrages zu versuchen und auch in Verhandlungen mit dem alleinigen Verkäufer der südrussischen Nikopoler Manganerze — der Rawack & Grünfeld A.-G. — einzutreten, um sich so die un bequemste Konkurrenz durch Abgrenzung der Interessensphären vom Halse zu schaffen.

Es mag genügen, in dieser Andeutung von den international interessierenden Hauptproblemen der transkaukasischen Wirtschaftsgegebenheiten gesprochen zu haben. Nur auf eines soll noch kurz hingewiesen werden: Erdöl und Manganerz haben sich dem Aserbeidschaner Turkotataren und dem Georgier nicht als neuzeitlich kapitalistische Entwicklungsfaktoren mitgeteilt, trotz dieser gewaltigen Erdreichtümer mit ihrem inneren Anreiz zu eigenkulturellichem Niedergang ist der transkaukasische Orient mit all seinem Drum und Drann vorherrschend. Baku und Tschiaturi sind wie abgeschlossene Inseln, um die herum das Leben in den durch Jahrhunderte nicht gewandelten Formen eines träumenden, handelnden oder geschickt handwerkenden Orients dahingeht. Im bolschewistischen Armenien ist

dieses noch stärker und ursprünglicher ausgedrückt durch Volksgebrauch und Sitte, wie in Georgien oder Aserbeidschan.

Verschiedene Wege führen nach Transkaukasien: Von Moskau kann man mit dem Leningrader-Batumer Kurier-(Schnell-)zug in etwas über 72 Stunden in Baku und in weiteren 20 Stunden in Tiflis sein, eine Verbindung die ununterbrochen das ganze Jahr hindurch funktioniert und am schnellsten nach Baku bringt; wer nach Tiflis einen kürzeren und den unvermittelt in die Herrlichkeiten der transkaukasischen Gebirgswelt führenden Weg nehmen will, setzt sich in Wladikawkas in ein Personenauto der Georgischen Kraftwagenpost und kommt in 9 Stunden wundervollster Fahrt über die uralte und hervorragend angelegte Grusinische Heerstraße nach Tiflis; neuerdings gibt es, wenn man von dem Schiffswege über das Schwarze Meer absieht, noch eine weitere Reisemöglichkeit nach Baku: von Moskau mit der Bahn nach Nishnij-Nowgorod, dann mit dem Dampfer nach Astrachan und endlich über das Kaspische Meer zur Halbinsel Apscheron (Baku). Alle Studienmöglichkeiten des neurussischen Lebens in den verschiedensten Hinsichten erschließen sich demjenigen, der etwa den zuletzt beschriebenen Reiseweg über das Kaspische Meer zur Einreise benutzt und über die Grusinische Heerstraße Transkaukasien verläßt. Nur zwei Dinge gehören neben einer guten Gesundheit zur Ausführung: sehr viel Zeit und nicht weniger Geld.

Gegensätzlich wechselvoll sind die Eindrücke, wenn man erstmalig den Fuß auf transkaukasischen Boden setzt. Baku bei einer hochprozentig analphabetischen Mischbevölkerung ein Sprachenbabel: turkotatarisch als eigentliche Landessprache, in der Urschrift und in einer jüngst eingeführten lateinischen Schriftsprache, daneben russisch und armenisch. Lebenswert aber erscheint diese Ölstadt nur bei Nacht: wenn die laue Kühle der Nachtwinde sich vereint mit der Mondscheinromantik oder Sternenpracht südlicher Himmelsstriche und dem Getön rauschender Meereswogen. Und nah und fern, vom Hoteldachgarten gesehen, tief unter einem und weithin an den Berghängen irrlichtern tausende und abertausende elektrische Glühbirnen in sinnverwirrender Buntheit; mit dem farbenfreudigen Rausch der Mosaikbauten und dieser bunten Nachtbeleuchtung greift dem Fremden erstmalig morgenländisches Wesen ans Herz, mit all der sehnsuchtsvollen Unverstandtheit, die dem Orient so eigen ist.

Tiflis im Tale des Kurafusses hat eine sagenvolle Geschichte; den noch heute laufenden heißen Quellen heilenden Wassers verdankt die Stadt ihre Errichtung. Eigenart in dieser Stadt hat nur der armenische Meidan, der ständige Basar, auf dem man orientalische Nichtigkeiten und auch Herrlichkeiten kaufen und wo man in offenen Läden den eingeborenen Handwerker bei seiner kunstfertigen Arbeit beobachten kann. — Tiflis ist nach der Bolschewisierung Sitz der Föderationsregierung geworden; im Palast des ehemaligen Kaiserlichen Gouverneurs auf dem Goluwinski-Prospekt — einem der sehr wenigen stilreinen Gebäude des

„Europäischen Viertels“ von Tiflis — sitzen der Zentral-Exekutiv-Ausschuß und der Rat der Volkskommissare der Transkaukasischen Föderation.

Nur wer über die Städte Transkaukasiens hinauskommt, dem erschließen sich die Herrlichkeiten dieser gigantischen Gebirgswelt und die absonderlichen Eigenarten rasselstolzen Volkslebens. Tief in den Bergen stößt man nicht selten von einem Berggaul zum andern auf Verschiedenartigkeit des menschlichen Typus, der Dialekte und Gebräuche. Auf diesen Gebirgsstraßen und -pfaden herrscht noch das Pferd. Batum, Suchum, Nowi-Afon, die Städte und Plätze der transkaukasischen Riviera — unbeschreiblich schön in ihrer Lage, ihren volkstümlich-malerischen Reizen und ihrer tropischen und subtropischen Flora. Die botanischen Gärten bergen in natürlicher Anpflanzung alle möglichen verschiedenen Palmenarten, Agaven, Orangenbäume, Eukalyptusträucher, Bananenbäume, Bambushaine, Korkbäume und sonstige Seltenheiten einer Baum-, Strauch- und Blumenflora tropischer Erdgebiete, wie Java und Sumatra, aus China, Japan, Australien, den verschiedenen Hochstrichen des Himalaja usw. usw.

Zu armselig-unvollkommen ist unsere Sprache, um die Zauberherrlichkeiten der transkaukasischen Gebirgswelt wiederzugeben. Aus lieblichen, rasengrünen und buntblumigen Hochtälern ragen 3000, 4000 und sogar mehr wie 5000 m hohe Gebirgszüge und Berggipfel in den Himmel der milchigen Schafwölkchen oder der tiefen Bläue. Der in ewigen Schnee und Eis farbenprächtig im Sonnenlichte leuchtende Kasbek ist amtlich mit 5043 m registriert, der schon im nordkaukasischen Gebirgsmassiv ruhende Elbrus als höchster Berggipfel Europas mit 5629 m, um eine Höhenvorstellung von den höchsten Berggipfeln des Nord- und Transkaukasus zu geben. Merkt man wohl in den Städten Aserbeidschans und Georgiens den Einfluß der Zeitmoderne und des Bolschewismus im Leben der Menschen, so ist nur wenig davon spürbar in den Städten Armeniens und gar nichts in den Siedlungen der armenischen, adscharischen oder abchasischen Berge. Aber trotz materialistischer Verflachung, die mit der bolschewistischen Doktrine vom Kollektivismus in Teilschichten einiger Stadtbevölkerungen Einzug gehalten hat, ist der russische Orient noch unangetastet in seinem inneren Wesenskern. Der bolschewistischen Lehre stehen schroff durch Jahrhunderte geformte und verankerte Traditionen gegenüber, als daß in diesen transkaukasischen Weltteilen ideologisch gewandelte Völkerschaften schon und auch nicht in absehbarer Zeit im Entstehen begriffen sein könnten. Wie sehr dieses von den Bolschewisten erkannt worden ist, beweist die Vorsicht in der Behandlung dieser Völkerschaften — denn nur eine sehr sehr kluge Politik kann diese für Rußland so wichtige Landenge sichern und gegen stark rivalisierende Mächte behaupten und im Inneren die Rassenkämpfe unmöglich machen.

AXEL VON OERTZEN:
DIE ARBEITERBEWEGUNG IN INDIEN

In Indien von einer Arbeiterfrage zu reden, scheint unberechtigt zu sein. Denn ein Blick in die Berufsstatistik zeigt, daß 1926 nur $1\frac{1}{2}$ Millionen Industriearbeiter einer bäuerlichen Bevölkerung von 229 Millionen gegenüberstehen. Aber trotzdem fängt die Arbeiterfrage an, für die soziale und politische Entwicklung eine Rolle zu spielen; denn tatsächlich unterscheidet sich die Lage der Kleinbauern vielfach kaum von der des besitzlosen Arbeiters; und der Übergang vom Kleinpächter, der als Knecht beim wohlhabenderen Bauern arbeitet, zum selbständigen Pächter ist, nach Bildungsstand und Besitz, ein sehr loser. Verarmung, Verschuldung und wirtschaftliche Abhängigkeit schaffen ein starkes Gefühl der Solidarität bei den Bauern durch ganz Indien, von den fruchtbaren Böden im Süden bis zu den ärmlichen Gebirgsweiden des Nordens; und die gemeinsame Beschwerde sieht ihren Feind im englischen Großgrundbesitz, aber ebenso im heimischen indischen Grundherrn. Ein Zusammengehen des Landarbeiters und Kleinbauern mit den Trägern der nationalen indischen Intelligenz ist deshalb kaum zu erwarten; die Bewegung hat eine gewisse Ähnlichkeit mit den Bauernkriegen in Deutschland oder der russischen Agrarrevolution. Augenscheinlich steht sie noch in den Anfängen; bei den Industriearbeitern sind die Ansätze sozialer Organisation und klassenkämpferischer Kampfverbände da; bei den Landarbeitern beginnt das Vorbild der Industriearbeiter sich langsam auszuwirken, zunächst in kooperativen Ein- und Verkaufsgenossenschaften.

Immerhin ist die Frage so wichtig geworden, daß es gerechtfertigt erscheint, eine Untersuchung anzustellen nach der Lage der Landarbeiter und Bauern und den Ansätzen der gewerkschaftlichen Organisationen. Von den 320 Millionen Indiens leben 90% in Dörfern; über die Lage der Bauern gibt eine unerbittliche Auskunft die Sterblichkeitsstatistik. Während in England ein Mann von 21 Jahren auf weitere 43 Lebensjahre rechnen kann, so in Indien nach günstiger englischer Schätzung auf 27, nach indischer auf 15 Jahre. Die große Influenzaepidemie raffte 20 Millionen weg; weitere 125 erlitten einen Schaden fürs Leben. Diese geringe Widerstandskraft läßt erschreckende Rückschlüsse auf die Unterernährung der Bauern zu.

Ebenso beredt sind die englischen Statistiken über die Größe der Landstellen. In der Provinz Bombai war die Durchschnittsgröße 1771 noch 44 Acres, heute $2\frac{1}{2}$ bis 5 Acres.

Hier liegt der Kernpunkt der Agrarfrage; es ist natürlich unmöglich, daß auf solchem Zwergbesitz eine Familie gedeiht; kaum das Nötigste an Lauch, Mais

und Brotkorn kann in guten Jahren gewonnen werden; von Hungerjahren ganz zu schweigen.

Die Ursachen dieser Zersplitterung sind so tiefwurzelnd, daß eine Besserung kaum zu erwarten ist. Einmal wurde seit der britischen Herrschaft und der zwangsmäßigen Einfuhr englischer Industrieware das einheimische Handwerk vernichtet. Der Dorfhandwerker und die freien Berufe mußten Landwirt werden; dann wuchs unter der *pax britannica* in den letzten 50 Jahren die Volkszahl von 200 auf 319 Millionen. Und schließlich teilt das Erbrecht der Mohammedaner und Hindus die Landstellen unter allen Söhnen auf. Wer im Dorfe geboren ist, ist auch nahrungsberechtigt auf der Gemeindeflur. Das Dorf ist eine kleine autarkische Republik; ein Rat von fünf Ältesten leitet sie; auch für Steuerlasten haftet die Gemeinde solidarisch.

Es scheint sehr zweifelhaft, ob eine bessere Bodenausnützung überhaupt denkbar ist; da sorgfältige Bestellung wenig bedeutet in einem Klima, wo alles Wachstum vom Eintreffen der Regen abhängt, bleibt alles am besten bei den alterprobten Wirtschaftsmethoden. Es ist berechnet, daß Indien ein erstklassiges Milchwirtschaftsland werden könnte, wenn die Hindus sich entschließen würden, das alte oder unterernährte Rindvieh abzustoßen; 25 Millionen Rinder sollen überständig sein, was einen Futtermittelverlust von 585 Millionen £ bedeutet, bei richtiger Verwendung des Kuhdunges sich 650 Millionen £ mehr aus dem Boden herauswirtschaften lassen. Aber allen solchen Berechnungen stehen nun einmal tiefeingewurzelte Volksanschauungen gegenüber, gegen die in absehbarer Zeit keine Belehrung helfen wird.

Wenn die Grundlage des indischen Lebens, die auskömmliche Nahrung in der Dorfgemeinde, auch in den letzten 100 Jahren vollständig verkümmert ist, so trifft dieser Vorwurf die englische Regierung jedenfalls nicht unmittelbar. Das Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung hat sich versechsfacht; und dank der Bewässerungsanlagen der Regierung sind in den letzten 50 Jahren 47 Millionen Acres neu gewonnen; mit Baumwolle und Jute sind von den 223 Millionen Acres Kulturland in den britischen Provinzen nur 13,1 Millionen bebaut — also der oft gehörte Vorwurf, daß die Stapelkulturen dem Lande die Brotfrucht entziehen, stimmt ganz und gar nicht.

Die besten Kenner Indiens sehen im Pachtsystem die Wurzel des Agrarelendes. Die Regierung ist Eigentümer allen Landes. Sie gibt es in Pacht an die Gemeinden oder an Großgrundbesitzer. Die Hälfte des geschätzten Ertrages muß als Steuer abgeliefert werden. Die Eintreibung der Steuern wird häufig an Unternehmer verpachtet, die natürlich für ihre eigenen Unkosten und Ausfälle entsprechend aufschlagen.

Natürlich gibt es alle Arten des Steuer- und Pachtvertrages; die bekanntesten sind das Ristarisystem, wo das Dorf gemeinsam haftet, und das in Bengalen und

den Zentralprovinzen übliche Semindarisystem, wo ein Großgrundbesitzer allein der Regierung verantwortlich ist.

Der Kleinbauer ist immer der schwächere, da er lieber eine höhere Schuldenlast auf sich nimmt, als heimatlos wird.

Wo nun der Übergang von freier Arbeit zur Lohnarbeit liegt, ist nicht leicht abzugrenzen, da die Verschuldung der Pächter viel Naturalleistung mit sich bringt. Hand- und Spanndienste an den Grundherrn sind noch vielfach als Steuerzahlung üblich; daneben gibt es eine breite Schicht, die gegen einen Teil des Ertrages einem Nachbarn mit dessen Vieh und Geräten das Land bestellt. Die Zahl dieser Kleinwirte, die etwa dem westfälischen Einlieger entsprechen, wird auf 50 Millionen, mit Familienangehörigen, geschätzt.

Daneben gibt es aber auch eine Gruppe von landlosen Arbeitern, die den Zusammenhang mit ihrem Heimatdorf verloren haben; sie haben ihr Kontingent aus den Scharen der indentured labour gezogen, die jetzt gesetzlich verboten ist. Das Gefühl der beruflichen Notgemeinschaft hat sich bei der gesetzlich gebilligten Sklavenarbeit in den westindischen Inseln und Südafrika stark entwickelt; da jetzt rund 400 000 Arbeiter in den Tee- und Baumwollplantagen arbeiten, ist dort ein guter Boden für gewerkschaftliche Organisationen. Das Dorf wird durch Rückwanderer mit diesen Ideen bekannt; da wirtschaftlich kein großer Unterschied zwischen einem landlosen Plantagenarbeiter und einem Kleinpächter ist, ergibt sich von selbst die Interessengemeinschaft.

Welche Waffen die große Masse besitzt, in der passiven Resistenz und in ihrer Fähigkeit zu genossenschaftlichem Zusammenschluß, haben die Ereignisse der letzten Jahrzehnte deutlich genug gezeigt. Wenn bei der Beurteilung der Lage der Landarbeit Einfühlung die wertvollste Waffe des Beobachters ist, kann man zur Einschätzung der Machtfaktoren in der Industriearbeiterschaft die Sauberkeit der Zahlen in stärkerem Maße heranziehen.

Das India Yearbook von 1924 gibt folgende Zahlen:

Fabriken, die mehr als 19 Arbeiter beschäftigen, 6400. Arbeiter 1,5 Millionen, davon 1113000 Männer, 221000 Frauen, 74000 Kinder. Die Textilindustrie beschäftigt 674000, die Baumwollspinnerei 323000, die Juteindustrie 339000 Arbeiter.

In Bengalen ist die durchschnittliche Tagesbeschäftigung 543000, in Bombay 354000. Dazu kommen noch rund 800000 Bahnarbeiter und 200000 Seeleute.

Organisiert sind rund 1 Million Arbeiter. Die Zahl erscheint gering gegenüber der großen Masse der Kleinbauern — aber in diesen Organisationen liegt der Keim zu künftigen Entwicklungen. Deshalb verdienen diese gewerkschaftlichen Ansätze die sorgfältigste Betrachtung des Sozialpolitikers.

Großgewerbe in Indien ist keine neue Erscheinung; schon vor der englischen Zeit gab es ein blühendes Großgewerbe, wie die Kalikodruckerei in Kalikut oder

die Musselinweberei. Als die einheimische Industrie vor dem Wettbewerb Englands zusammenbrach, stellten die brotlos gewordenen Handwerker der Städte und die Dorfhandwerker billige Arbeitskräfte; besser wie Verhungern war immer noch das Los in den Fabriken von Bombay; alle Kinderkrankheiten der modernen Industrie traten in Indien noch krasser auf als selbst im London der dreißiger Jahre; die berüchtigten Arbeitskastele mit den Einzelzimmern für zehn Menschen sind ja eine bekannte Erscheinung.

Wer aus dem Dorf neu zuwandert, muß den Vorarbeiter schmieren, um überhaupt Arbeit zu finden; der Krämer gibt ihm zu Wucherpreisen Kredit bis zum nächsten Löhnungstermin, der oft lange genug herausgeschoben ist — und so kommt der unglückliche Neuling von vornherein nicht aus den Wucherschulden heraus. Frauen- und Kinderschutz existiert dem Gesetzesbuchstaben nach, ist aber nicht immer so streng durchzuführen, da die Arbeiter, die von Ernte zu Ernte mit Frau und Kind kommen, froh sind, überhaupt eine Arbeitsmöglichkeit zu finden. Da die Arbeiter meistens nur auf kürzere Zeit, um Bargeld für ihre Dorfwirtschaft zu verdienen, in der Stadt bleiben, war natürlich der Zusammenschluß erschwert, da mancher dem Verhungern im Dorf die kläglichste Lebensmöglichkeit in der Fabrik vorzog.

Auch heute noch kann von einer sozialpolitischen Arbeitervertretung nicht gesprochen werden. Alle zielbewußten politischen Strömungen, wie Sozialismus und Syndikalismus, fehlen; bisher handelt es sich nur um wirtschaftliche Interessenvertretungen. Der Gegensatz ist auffällig gegen Niederländisch-Indien, wo die Arbeiterbewegung bereits in den ersten Jahren ihres Entstehens, während des Weltkrieges, in ein durchaus kommunistisches Fahrwasser geriet.

Der Auftrieb ist nicht aus den Kreisen der indischen Industriearbeiter gekommen, sondern von außen, von europäisch gebildeten Intellektuellen. Man kann sehr deutlich drei Perioden unterscheiden: Rein humanitäre Bestrebungen. Dann eine starke, ausschließlich nationale Bewegung, die durch die Notlage indischer Kontraktarbeit in Südafrika ausgelöst wurde. Und drittens seit Ende des Weltkrieges ein Eintreten der Arbeiterschaft für rein wirtschaftliche Standesinteressen.

Die Periode der humanitären Bestrebungen reicht von 1875—1891. Die Baumwollspinner von Lancashire fühlen sich durch die Konkurrenz der indischen Weberien bedroht und veranlassen den englischen Staat, Schutzgesetzgebungen für Frauen- und Kinderarbeit und eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit durchzuführen. Erst 1911 wird auch für Männer die Arbeitszeit auf 12 Stunden festgesetzt. Die Durchführung dieser Schutzbestimmungen wird übrigens in den Eingeborenenstaaten illusorisch, und es soll eine Neigung der Industrie bestehen, dorthin abzuwandern.

Charakteristisch für diese Periode humanitärer Bestrebungen ist das Fehlen eines Auftriebs aus der indischen Arbeiterschaft; sogar die Führer, soweit sie

indischer Abstammung sind, stehen ihrer Bildung nach dem heimatlichen Fühlen fremd gegenüber.

Den ersten starken Anstoß von innen heraus erhielt die Arbeiterbewegung durch den Kampf um die Lebensbedingungen der *Indentured labour*; dieser englische Ausdruck ist nicht übersetzbar — er bezeichnet eine behördlich genehmigte, freiwillige Sklavenarbeit.

Seit Aufhebung der Sklaverei wurden Inder als Plantagenarbeiter nach den englischen Pflanzungen auf Mauritius, Trinidad und Jamaika ausgeführt; eine starke Auswanderung war schon seit Vasco di Gamas Zeiten nach der afrikanischen Südküste gegangen. Als die Engländer 1847 in Natal den Zuckerbau einführten, wurde es ihnen leicht, indische Arbeiter anzuwerben. Die Lage dieser Arbeiter war sehr ungünstig, da sie vom Arbeitsherrn leicht ausgebeutet werden konnten. Trotzdem blieb eine ziemlich große Anzahl im Lande und setzten sich als Gemüsegeärtner in den Hafenstädten und als Kleinhändler erfolgreich durch. Die Besorgnis der Weißen vor ihrer Konkurrenz führte zu Ausnahmegesetzgebungen in ganz Südafrika, wodurch Grunderwerb und Niederlassung den Indern verboten wird.

Die Empörung der Inder gegen diese oft ungebührlich harte Behandlung fand ihren Führer in Ghandi, der als Rechtsanwalt in Natal tätig war. Er wirbt in Indien selbst durch eine eigene Zeitung für den Grundsatz der Gleichberechtigung, und sein langer und erfolgreicher Kampf — von 1903 bis zum Weltkriege — schuf in dem Bewußtsein der Massen zum erstenmal das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Er hat schließlich unter dem Druck der Kriegswirtschaft erreicht, daß die freien Arbeiter in Natal das Niederlassungsrecht bekamen, und daß das System der *Indentured labour* 1922 vollständig für ganz Indien abgeschafft wurde.

Seinem Kampfe war die indische Arbeiterschaft mit leidenschaftlicher Anteilnahme gefolgt; seine Erfolge in Natal waren die erste Tat der Arbeiterklasse. Sie hatte Gelegenheit, in der nationalen Bewegung der Nachkriegszeit ihre Einheit zu stärken.

Die Entwicklung der Nachkriegszeit geht in den ruhigen Bahnen wirtschaftlicher Interessenvertretung. Ein starkes Suchen nach geistigen Inhalten darf aber nicht verkannt werden. Ghandi ist der geistige Vater der Bewegung. Wenn es zeitweise schien, während der politischen Kämpfe der *non-cooperation*-Bewegung, die von einer heftigen Welle von Streiks begleitet wurde, als sollten die zerstörenden Kräfte in den Gewerkschaften das Übergewicht bekommen, so beruhigte die weitere Entwicklung bald genug; die Hindus sind zu friedfertig eingestellt, um Träger der Weltrevolution zu werden. Ihr Kampfmittel, um den englischen Wirtschaftseinfluß auszuschalten, ist der Konsumverein; 1920 gab es bereits 37 254 Vereine.

Eine hervorragende Eigentümlichkeit ist ihre Neigung, sich zu umfassenden nationalen Gruppen zusammenzuschließen. In Bombay z. B. sind die meisten

Gruppen im Bombay Central Labour Board vereinigt; dieser ist wieder dem All India Trade Congress angeschlossen.

Ihre Führer sind meistens Akademiker, die in der Schule Ghandis groß geworden sind und eine starke Opferwilligkeit für die Interessen des ganzen Volkes mitbringen. Das gibt der Bewegung einen großen Schwung, der aus der Enge nur wirtschaftlicher Interessenvertretung herausführt.

Die Gebildeten betrachten es als ihre Pflicht, Volkshochschulen und sanitäre Einrichtungen zu schaffen; und an der Organisationsfähigkeit des Arbeiters kann nicht gezweifelt werden. Mit welchem Geist die Gewerkschaften erfüllt werden, das kann ausschlaggebend werden für das weitere Schicksal Indiens. Was in den Gewerkschaften vorgeht, greift über auf die große Masse der Bauern; denn Industrie- und Landarbeiter stehen sich hier nicht feindlich gegenüber, sondern sind nur Teile derselben noch stummen Masse.

Nicht die Bedingung der Materie — die Konjunktur der Wirtschaft wird es sein, die im kommenden Jahrzehnt die Geschichte des pazifischen Erdrums bestimmt — sondern der Geist, der die Arbeiterschaft erfüllen wird.

KARL SAPPER:

MITTELAMERIKA UND WESTINDIEN III

Ein Beitrag zur politischen Geographie kleiner und kleinster Räume

Wenn das mittelamerikanische Festland mit seinen größeren Räumen — mit einziger Ausnahme von Britisch-Honduras — seine Geschicke in eigene Hände nehmen konnte, so gelang das in Westindien nur den beiden schwarzen Freistaaten auf Haiti, während die übrigen Großen Antillen, die allein genügend Raum zur Bildung eigener Staatswesen bieten, noch fest in der Hand ihrer europäischen Mutterländer blieben, obwohl auf der größten dieser Inseln, auf Cuba, zahlreiche Aufstände im Laufe des 19. Jahrhunderts bereits nach Befreiung strebten. Aber erst 1898 schlug die Stunde der Freiheit für das Land, freilich nicht aus dessen eigener Kraft, sondern dank der Hilfe der Vereinigten Staaten*), die mit ihren gewaltigen Hilfsmitteln den Krieg so rasch zu Ende zu führen vermochten, daß der große Bundesgenosse der amerikanischen Tropenländer, das Gelbe Fieber, noch nicht in stärkerem Maße in Tätigkeit treten konnte. Wohl hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten ein Interventionsrecht vorbehalten, auch sich Kohlenstationen gepachtet, aber immerhin muß Cuba noch als freier Staat

*) W. Drascher, Das Vordringen der Vereinigten Staaten im westindischen Mittelmeergebiet. Hamburg 1918. — J. H. Latané, The United States and Latinamerica, Garden City and New York 1922.

wenigstens in seinen wichtigsten inneren Angelegenheiten angesehen werden, und wer den Charakter der Neger und Mulatten kennt, der wird vielleicht sogar sagen, daß die amerikanische Oberaufsicht für das Staatswesen in vieler Hinsicht nur günstig wirken wird. Der neue Freistaat soll nach der amtlichen Statistik nicht viel über $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung an Farbigen besitzen, während Weiße weitaus das Übergewicht hätten, ganz im Gegensatz zu den benachbarten schwarzen Republiken der Insel Haiti, wo das weiße Element ganz geringfügig ist. Allein es ist kein Zweifel, daß die cubanische Statistik trügt und daß die Zählbeamten eine äußerst laxen Auffassung von dem Begriff eines „Weißen“ haben, denn schon ein flüchtiger Gang durch cubanische Städte überzeugt jeden aufmerksamen Beobachter davon, daß Negerblut in verschiedenartigen Mischungsverhältnissen doch viel verbreiteter ist, als die Statistik einen glauben machen möchte. Aber der Beobachter wird nicht minder zur gleichen Zeit auch gewahr, daß die Stellung der Neger und Negermischlinge in der Gesellschaft und im Beamtentum Cubas eine sehr viel freiere ist als etwa in den benachbarten Vereinigten Staaten, wo doch vielfach die politische Gleichstellung der Schwarzen nur theoretisch besteht, die gesellschaftliche ganz fehlt. Diese andere Einstellung des weißen Bevölkerungselements zum farbigen in der Republik Cuba rührt wohl hauptsächlich davon her, daß bei den früheren Aufständen gegen die spanische Herrschaft die Kreolen gemeinsame Sache mit den Farbigen gemacht hatten, da ja auch sie unzufrieden mit der Regierungsweise ihrer einstigen Heimat gewesen waren. Auf diese Weise ist aber ein einheitlicher politischer Wille in die Bevölkerung des Staats gekommen, der in starkem Gegensatz zu einem großen Teil der mittelamerikanischen Freistaaten steht!

Wohl ist in den südlichen Republiken der festländischen Landbrücke das Indianerelement zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, aber in Guatemala und den mexikanischen Gebieten Mittelamerikas überwiegt noch die indianische Bevölkerung; und wenn sie auch politisch ganz indifferent ist, auch bei Wahlen gewöhnlich nur auf besondere Weisung und in der von den Machern gewünschten Art sich zu beteiligen pflegt, so ist sie doch (eben wegen ihres politischen Indifferentismus) insofern kein positives Volkselement, als sie politisch nur eine träge Masse darstellt und kein Interesse an der äußeren Politik des Staates hat, ja selbst an den inneren Angelegenheiten sich nur wenig beteiligt. Da zudem ein großer Teil des Mischlingselements ebenfalls politisch träge ist, so entspricht also die politische Kraft derartiger Staaten keineswegs der Gesamtzahl der Bevölkerung, sondern nur der Zahl der höher stehenden und weiter denkenden Mischlinge und Weißen. Das Negererelement hat im Lauf des 19. und 20. Jahrhunderts an den atlantischen Küsten Mittelamerikas zahlenmäßig sehr zugenommen, weil diese Gegenden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entlaufenen Negersklaven eine Freistätte geboten hatten und weil seit dem Ende

dieses Jahrhunderts der Bananenbau viele Neger von den Antillen herübergezogen hat, da die einheimischen Arbeitskräfte der schweren Arbeit und dem Klima der feuchten Niederungen nicht gewachsen sind. Aber obgleich so eine wahre Vernegerung der atlantischen Gebiete Mittelamerikas eingesetzt hat, so haben diese Schwarzen doch politisch noch keine Sondernote in das Staatsleben gebracht und können daher an dieser Stelle übergangen werden. Anders aber steht es mit der Indianerbevölkerung der nördlichen Gebiete, da diese nicht nur unter sich die alten Feindschaften weiterpflegen und damit einem einheitlichen Zusammenwirken an den Zwecken des Staates widerstreben, sondern auch weil alle zusammen einen noch immer lebendigen Haß gegen die weißen Eindringlinge und ihre Nachkommen bekunden.

Letzteres Moment trifft nun freilich auch auf die schwarze und farbige Bevölkerung Westindiens zu, die rassenmäßig eine starke Antipathie gegen die Weißen hat und durch Erinnerungen an die Sklavenzeit darin bestärkt wird. Freilich macht dies Moment in den ehemals spanischen Kolonien Westindiens weniger aus, weil auf ihnen durch häufigen starken Zuzug neuer Einwanderer (aus der Heimat und von den Kanaren her), die als ursprüngliche Bewohner eines periodisch heißen Landes imstande sind, in den tropischen Randgebieten bereits körperliche Arbeit zu verrichten, das weiße Element immer wieder aufs neue verstärkt wird. Aus diesem Grund ist die völkische Struktur der bis 1898 spanisch gebliebenen Besitzungen Westindiens weit gesunder als die der französischen und englischen, in denen das weiße Element nur eine dünne Oberschicht bildet, die sich zudem in neuerer Zeit immer weiter ausdünn. Allerdings besitzen die Franzosen in ihren mittelmeeernahen südlichsten Provinzen ebenfalls hitzegewohnte Bewohner, allein diese sind doch weit weniger zur Auswanderung in tropische Gebiete bereit, als die Spanier, von denen erhebliche Mengen auch jetzt noch nach dem politischen Verlust von Cuba und Puerto Rico fortfahren, saisonweise oder auch für dauernd oder wenigstens für lange Jahre nach Westindien zu gehen.

Obgleich Puerto Rico (oder wie die Nordamerikaner schreiben: Porto Rico) trotz seiner geringen Oberfläche vermöge seiner großen Volksdichte sehr wohl zu einem eigenen Staatswesen sich hätte ausbauen lassen und obwohl die einheimische Bevölkerung das auch gewünscht hätte, so haben die Vereinigten Staaten die Insel sich trotzdem einverleibt und damit — auch nach der entgegenkommeneren neuen Verfassung von 1917 noch immer — Bürger zweiter Klasse aus den Einwohnern gemacht, die nur für die Verwaltung Porto Ricos selbst ausreichende Befugnisse zugestanden erhalten haben.

Die Vereinigten Staaten, die schon infolge ihres Heranwachsens an den Golf von Mexiko (1803) und später (1819) durch die Abtretung Floridas seitens der Spanier eine bedeutsame Position am westindischen Mittelmeer erlangt hatten,

haben durch die Besetzung Porto Ricos einen festen Fußhalt innerhalb dieses Meeres gewonnen, den sie bald darauf (1917) durch den Kauf der dänischen Antillen mit ihrem ausgezeichneten Hafen von St. Thomas noch wesentlich verstärkten (beiläufig gesagt, gerade während der Regierungszeit W. Wilsons, der theoretisch so schön und richtig auszuführen wußte, daß man Länder und ihre Bevölkerung nicht verschachern solle wie Waren!).

Aber damit nicht genug! Die Vereinigten Staaten, die seit der Übernahme der Panama-Kanalarbeiten ein großes Interesse an der Stärkung ihrer Stellung im amerikanischen Mittelmeere haben, konnten dank der notorischen Mißwirtschaft der beiden haitianischen Republiken ihre starke Hand auch auf diese legen, indem sie zunächst 1907 die Finanzkontrolle der Dominikanischen Republik übernahmen und hernach 1915 das Interventionsrecht in Haiti erhielten und seitdem die Verwaltung dieses Freistaats reformierten. So ist denn allmählich die ganze Reihe der der Südküste der Vereinigten Staaten vorgelagerten Inseln mit einziger Ausnahme der Bahamas in ihr Einflußgebiet gekommen, was wegen der Beherrschung der Zufahrt zu dem 1915 vollendeten, strategisch und kommerziell gleich wichtigen Panamakanal von größter Bedeutung ist.

Freilich haben England, Frankreich und Holland noch eine Reihe von Inseln im Besitz, deren Wert durch die Nähe der Besitzungen der gleichen Mächte in Guayana gehoben wird. Aber das Übergewicht der Vereinigten Staaten auf dem westindischen Mittelmeer ist nun doch bereits so groß, daß sie im Falle kriegerischer Verwicklungen sich den Weg zu ihrem so wichtigen Schiffskanal auf alle Fälle offenzuhalten vermöchten, während andererseits auch ohne politische Besitznahme weiterer Landgebiete die amerikanische Geschäftstüchtigkeit und Finanzkraft in immer wachsendem Maße die westindischen Landgebiete in das Gravitationsfeld der Union einbeziehen — mit einziger Ausnahme der weit nach Osten vorgeschobenen Kleinen Antillen, die verkehrsgeographisch schon wesentlich ungünstiger für die Union liegen.

Wenn Cuba sich während des letzten Jahrzehnts zum ersten Zuckerland der Welt emporarbeiten konnte, so verdankt es das in erster Linie der systematischen Vergrößerung und Modernisierung der Betriebe seitens nordamerikanischer Gesellschaften, und wenn Jamaica seit neuerer Zeit immer größere Mengen von Bananen erzeugt und nach der Union ausführt, so verdankt es auch dieses nordamerikanische Arbeits- und Kapitalkraft in vorderster Reihe, wie denn die United Fruit Co. geradezu eine wirtschaftliche Großmacht für die Länder im und am amerikanischen Mittelmeer geworden ist. Das Schwergewicht der westindischen Besitzungen europäischer Mächte kommt jetzt immer mehr auf das wirtschaftliche Gebiet zu liegen, und vor allem sind die den beiden Kontinenten nächstgelegenen europäisch kontrollierten Inseln vermöge ihrer Lage zu Handelsgeschäften sehr geeignet, so Barbados, Trinidad und Curaçao. Neuerdings nehmen

auch die Bahamas wieder eine große Handelsstellung ein: als Zwischenpunkte für den Alkoholschmuggel seit der Trockenlegung der Vereinigten Staaten, während sie im Bürgerkrieg als Stützpunkte für Blockadebrecher nach den Südstaaten eine noch weit größere Wichtigkeit erlangt hatten. (Unter Umständen konnte freilich eine solche Vermittlung auch gefährlich werden, wie denn während des Unabhängigkeitskriegs das holländische St. Eustatius 1781 als Hauptstapelplatz der nordamerikanischen Ein- und Ausfuhr*) von den Engländern zerstört wurde unter Vertreibung des größten Teils der damals auf 25000 Seelen geschätzten Bevölkerung.)

Eine bedeutsame Stütze ihres Handelsübergewichts in den westindischen und mittelamerikanischen Gebieten haben die Amerikaner durch die Schaffung einer leistungsfähigen Handelsflotte während des Weltkriegs bekommen und der Besitz des Panamakanals und der ihn umgebenden Zone hat in Verbindung mit der dominierenden Stellung, die den Vereinigten Staaten in der Republik Panama zukommt, in Verbindung ferner mit der außerordentlich großen Erstarkung des nordamerikanischen Handels und mit ihrer Beherrschung der mittelamerikanischen Eisenbahnen das Übergewicht der Vereinigten Staaten in dem ganzen Zwischengebiet zwischen beiden Kontinenten vollends bekräftigt, so zwar, daß geradezu alle diese Länder und Inseln mehr und mehr zu wirtschaftlichen Anhängseln der Union zu werden drohen. Und wie das wirtschaftliche Übergewicht der Vereinigten Staaten sich von Jahr zu Jahr immer mehr verstärkt, so ist es auch mit der politischen Gravitation des gewaltigen Riesen im Norden. Denn das feste Fußfassen auf dem mittelamerikanischen Isthmus in Panama, die seit 1911 ausgeübte Finanzkontrolle über Nicaragua, das bald darauf sogar eine amerikanische Besatzung aufnehmen mußte und 1926, nachdem erst kurz vorher die frühere Besatzung zurückgezogen worden war, neuerdings amerikanische Truppenabteilungen landen sah. Das fast automatische Eintreten aller mittelamerikanischen und westindischen Republiken — mit einziger Ausnahme des nicht an den Atlantischen Ozean angrenzenden Salvador — in die Reihe unserer Feinde während des Weltkrieges bekundet deutlich den ganz überragenden Einfluß, den die Vereinigten Staaten im ganzen Gebiet des amerikanischen Mittelmeers mit Ausnahme Mexikos und der beiden Freistaaten an der Nordküste Südamerikas ausüben. Wohl sperren sich auch die mittelamerikanischen und westindischen Staaten nach Möglichkeit gegen den nordamerikanischen Einfluß, und die Sympathien sind den Yankees allenthalben abhold, aber die Macht der Verhältnisse ist zu groß, als daß die kleinen Staaten, selbst wenn sie sich enger zusammenschließen sollten, sich irgendwie der Gravitation des großen Nachbarlandes entziehen könnten. Selbst in den Fällen, wo noch keine politische Bindung vorliegt, ist die Macht der Tatsachen so gewaltig, daß ein Widerstand gegen die Wünsche der Union

*) G. J. van Grol, Het Eiland St. Eustatius, „De Indische Mercur“ vom 19. März 1907, Nr. 12.

unmöglich ist; vielmehr müssen diese kleinen Staaten immer mehr in den Strudel nordamerikanischer Politik hineintreiben, denn schon sind sie in dessen Einzugsgebiet hineingeraten, und die europäischen Mächte sind nach ihrer Selbstzerfleischung im Weltkrieg zu schwach, um sie wieder von der Saugwirkung dieses Strudels befreien zu können.

J. L. WILSER:

DAS ERDÖL IN DER WELTWIRTSCHAFT UND WELTPOLITIK II

Die ganze Kaukasus-Umrandung ist ölführend; Baku lieferte um die Wende des vergangenen Jahrhunderts unter Nobels und Rotschilids Führung die Hälfte der Weltförderung, einige Jahre sogar mehr als Nordamerika. Seit 1905, seit der ersten russischen Revolution, ist der östliche Kaukasus zurückgeblieben, brachte vor dem Kriege aber immer noch 16% der Weltförderung heraus. Heute sind die Felder nationalisiert, sozialisiert, leisten angeblich beinahe Friedensproduktion, nach zuverlässigen Angaben mit Unterbilanz, da staatswirtschaftliche Arbeit zu teuer kommt, Transport und Verarbeitung nicht neuzeitlich genug entwickelt sind⁴³). Unter Serebrowskis⁴³) Leitung sind wohl gewaltige Arbeiten im Gange; was wird aber weiter in Baku, wenn man sieht, daß das Manganerz von Tschiaturi — ein Weltobjekt ähnlich wie Baku — an die amerikanische, mit der Standard Oil liierte Harriman-Gruppe gegen eine Anleihe verpachtet worden ist, und wenn man liest, daß das Steinkohlenbecken des Donetz ebenfalls gegen eine Anleihe an Ausländer verhandelt werden soll; wenn man ferner hört, daß Nobel seine Bakuer Ansprüche an die Standard Oil abgetreten hat, andererseits Rotschild an die Royal Dutch Shell, und daß Royal Dutch Shell und Standard Oil bezüglich Rußland 1924 ein Privatabkommen getroffen haben? Und wenn man gar hört, daß der Emba-Bezirk am südwestlichen Ural als Konzession an die Banque de Paris, die für die Standard Oil auftritt, gegeben werden soll, dann ist in Anbetracht der wachsenden Geld- und Wirtschaftsnot der S. S. S. R. klar, was aus dem südrussischen Öl mit der Zeit werden muß; nur ist es unbestimmt, welche Gruppe siegen wird und wie die Ansprüche der Vorkriegsbesitzer zur Geltung kommen⁴⁴). Bezeichnenderweise bekämpft weder Standard noch Royal Dutch Shell, noch Anglo-Persian die russische Ölverkaufsorganisation (R. O. P.) in England.

Einstweilen ist Rußland in Transkaukasien noch Herr über sein Öl und macht seinen Einfluß auch in Nordpersien geltend, wo sich England und Amerika als Geldgeber um gesicherte Ölkonzessionen vergeblich abmühen⁴⁵). Mit der Bahn Tiflis-Djulfa-Täbris ist Nordpersien wirtschaftlich von Rußland beherrscht. Diese Bahn soll unter russischem Einfluß über Teheran nach Mesched, also nach Osten durchgeführt werden. England, das in Südpersien tonangebend ist, will den

Norden mit dem Süden verbinden, eine Linie Kaspisches Meer – Persischer Golf bauen, eine böse Wahl für Persien, Rußland oder England, und auch für diese Staaten selbst ein schwerwiegender Gegensatz, Bolschewismus gegen Geldimperialismus. Persien ist kein Pufferstaat mehr, die beiden Weltmächte des Ostens stehen sich hier unmittelbar gegenüber.

Die weitere Entwicklungsgeschichte der persischen Ölreviere ist eng mit der ihrer Rand- und Vorlandzonen, mit Mesopotamien, verknüpft. Der Euphrat ist die Westgrenze Indiens, war neulich aus englischem Munde zu hören. In Wahrheit ist es heute der Nil. Die aussichtsreichsten Ölneuländer der alten Welt, die eben deutsches Kapital mit der Bagdadbahn in Mesopotamien erschließen wollte, kamen mit Mossul-Irak als Mandat unter die englische Krone. Was für Frankreich Elsaß-Lothringen, für Rußland Konstantinopel, das war für England das Zweistromland. Die Landverbindung nach Indien ist ebenso wichtig wie der Seeweg. Nicht nur um das künftige Erdöl, nicht nur um weltwirtschaftliche Fragen, um Betriebsstoffe für die Flotten handelt es sich hier, sondern ebenso sehr um territoriale Wünsche, um die Sicherung und Beherrschung Persiens und Indiens vom Mittelländischen Meer aus.

Anfänglich war Deutschland in Mesopotamien, dem heutigen Königreich Irak nebst Mossul, damit auf dem Landwege nach Indien, und in den Mexiko und Venezuela vergleichbaren (?) Erdölländern im Vordringen. Es mußte ein englischer Einspruch kommen⁴⁷⁾. Es war der Weltkrieg, der hier wesentliche Ursachen hat, und der 1916 Mossul zunächst Frankreich zubrachte... echt englische Weltklugheit. Ganz Mesopotamien wurde von britischen Truppen besetzt. 1920 fand die „Ölkonferenz“ von San Remo statt. Frankreich zeigte anderen Ehrgeiz, verzichtete in Mossul gegen 25 % Beteiligung an den Ölvorkommen Mesopotamiens und erhielt dafür Zugeständnisse in Syrien, vor allem aber an der Saar, an Rhein, Ruhr und in Oberschlesien. England zog Mesopotamien und Mossul vor und mußte dort nun eingreifen; denn die Kurden gerieten in Aufstand. Von wem bezahlt und genährt? Unwillkürlich denkt man an Vorgänge in Mittelamerika.

Die neuerstarkte Türkei gab in ihren Ansprüchen nicht nach, bis der Völkerbund das Wilajet Mossul dem Königreich Irak⁴⁸⁾ angegliederte und 1926 ein englisch-türkischer Vertrag die sogenannte Brüsseler Linie als Grenze gegen die Türkei erzwang. England hat heute dank seiner diplomatischen Kunst das Mandat in Mossul und Irak und 50 % der Ölanteile in Händen; Frankreich verblieben 25 %, die ehemals im Besitz der Deutschen Bank waren. U. S. A. (Standard Oil) errangen sich unter Berufung auf die sagenhaften „Chester Konzessionen“ die restlichen 25 %. Die frühere „Türkische Petroleum-Gesellschaft“ wird eine Holding-Gesellschaft, und die Türkische Regierung erhält 10 % von den an Irak und Mossul fallenden Erdölabgaben auf vorläufig 25 Jahre. Der höchste Beamte im Mandat ist ein ehemaliger Direktor der Royal Dutch Shell! Ohne Zweifel ist

die Vormundschaft über Irak und Mossul einer der wichtigsten Kriegsgewinne Englands, wirtschaftlich und territorial, selbst wenn die Erdölhoffnungen enttäuschen sollten.

Die deutsche Gefahr für den Weg nach Indien und für die britische Ölwirtschaft ist beseitigt. Dafür stecken nun, wenn auch untergeordnet, die U. S. A. dazwischen und Frankreich, das vor dem Kriege überhaupt keine Erdölpolitik vertreten hat. Neuerdings⁴⁹⁾ pendelt es, unterstützt von belgischen Interessenten, zwischen Standard Oil, Royal Dutch Shell und teils eigenen Versuchen im Mutterlande und in den Kolonien hin und her. Offensichtlich hat es in den rumänischen Feldern Erfolge, in der polnisch-galizischen Ölindustrie aber Verluste, da die Raffinerien in Österreich, Ungarn und Deutschland liegen und die Transporte zu teuer kommen. Enttäuscht wurden auch die Hoffnungen in Nordafrika, und im eigenen Lande ist es ebenso arm wie die anderen europäischen Staaten. Die Eigenerzeugung im elsässischen Pechelbronn beläuft sich auf annähernd 70000 t, der Landesverbrauch auf 1,6 Millionen t, ein noch ungünstigeres Verhältnis, als es in Deutschland vorliegt.

In jüngster Zeit macht in Europa Albanien als ölhöufiges Land von sich reden, und schon sind Standard und Anglo-Persian, daneben Italien⁵⁰⁾, das an Kohlen arm ist und im eigenen Lande noch kein Erdöl gefunden hat und für das es sich überdies um die Vorherrschaft auf dem Balkan handelt, auf dem Plan. Bereits liest man von Revolutionen in Albanien. Immer dasselbe Bild!

Das 1926 mit 2,1% an der Weltölförderung beteiligte Rumänien⁵¹⁾ ist seit dem Kriege hauptsächlich an englisches Kapital in Vereinigung mit amerikanischem gekettet, wehrt sich aber energisch dagegen, indem es mit dem neuen Berggesetz von 1924 die Bestimmungen und Abgaben so erschwert, daß die Nutznießer sich abwartend verhalten müssen. Bezeichnenderweise ist jüngst ein politischer Vertrag mit dem Gegenspieler Frankreich zustande gekommen. Erschlossen worden ist Rumänien vornehmlich mit deutscher Arbeit (Deutsche und Diskonto-Bank). Alles ist uns geraubt, wie ja auch Mesopotamien; selbst Pechelbronn an der pfälzisch-elsässischen Grenze, das jährlich ca. 70000 t Rohöl brachte, wurde uns nicht gelassen. Hätten wir noch andere periphere Ölreviere besessen, sie wären uns sicherlich ebenfalls abgetrennt worden.

Nach Ersatz hat Deutschland angestrengt gesucht, vor allem das unentbehrliche Benzin mit Benzol und Reichskraftstoff u. a. m. zu ersetzen getrachtet. Zur Erschließung neuer Felder wurde das ganze Oberrheintal mit Ölmutungen belegt und mit einigen Tiefbohrungen geprüft, aber bis jetzt ohne Erträge⁵²⁾. Erfolgreicher war man im Niedersächsischen, wo sogar Springer auftraten und man mit Ölbergbau wesentlich mehr herausholt als früher mit Pumpen. (1926 ca. 95000 t.) Trotz alledem bleiben wir bis jetzt so gut wie ganz Einfuhrland für Mineralölprodukte, infolge großer Anpassungsfähigkeit allerdings nur mit 800000 t

im Vergleich zu 1,3 Millionen t vor dem Kriege⁵³). $\frac{3}{4}$ davon kommen aus Amerika, das vorwiegend durch die „Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft“ (Standard Oil-Konzern) importieren und handeln läßt. Zur gleichen Gruppe gehört die „Mineralöl-Raffinerie vorm. August Korff“ Bremen. Als „Mineralölwerke Rhenania A.-G.“ und „Ölwerke Stern Sonnenborn A.-G.“ u. a. ist die Royal Dutch Shell tätig. Die Donauwasserstraße sollte u. a. die Aufgabe der billigen Ölanfuhr aus dem Südosten erfüllen.

Die deutschen Ölgrößen („Deutsche Erdöl A.-G.“ — Diskontobank-Gruppe — und „Deutsche Petroleum A.-G.“ — Deutsche Bank Gruppe — und „Rütgers Werke A.-G.“) schlossen sich neuerdings zusammen⁵⁴) im Kampfe gegen die amerikanische und britische Monopolisierung und im Bestreben, in den ausländischen Revieren wieder Platz zu finden. Vor allem aber: es steht für die Ölweltwirtschaft eine ganz neue Lage bevor.

Wie einst die deutsche Chemie durch Liebig's Arbeiten das Erdöl als Weltrohstoff auf den Thron erhob, so stürzt sie es jetzt nach zwei Menschenaltern, indem sie Kohle zu Ölprodukten verflüssigt und so die Braun- und Steinkohlenfelder nach Bedarf in Ölfelder verwandeln kann. Nicht nur die Weltwirtschaft, auch die Politik steht vor Wandlungen.

Treiböl, Heizöl, Schmieröl und Benzol als Benzinersatz wurden schon während des Krieges aus Koks kohlen nach mehreren Verfahren erzeugt, die aber im großen unverwertbaren Koks oder Halbkoks u. a. hinterließen. Aus minderwertigen Kohlen und Abfallresten jedoch gewinnen Öle in großem Umfange nun Arbeiten des Kohleforschungsinstituts in Mühlheim und vor allem die Erfindung von Bergius, welche die „Interessengemeinschaft Farbenindustrie A.-G.“ erworben hat und fabrikationsfähig ausbaut. Unter Drucken von 100—150 Atm. und bei 400 bis 500° C werden durch Wasserstoffzugabe aus jeder Art Kohle, außer aus Anthraziten, 40—70% Öl ohne den Umweg der Teergewinnung erzeugt. Eine Tonne fertiges Bergin-Öl verbraucht im Fabrikationsgang 2—3 t Kohle ohne weitere wesentliche Zusatzstoffe. Die Aufgabe, Ölprodukte wesentlich billiger aus Kohle als aus Erdöl herzustellen, gilt infolge neuartiger billiger Wasserstoffherzeugung aus Koksen als gelöst. Bergin-Öl soll etwa die Hälfte von Erdöl kosten⁵⁵). Bestätigt sich diese Vorberechnung, so ist eine ungeahnte Umwälzung der gesamten Erdölwirtschaft oder gar eine Monopolisierung zusammen mit den Kunstölen über die ganze Welt zu erwarten. Deutschland kann der größte und billigste Erdölproduzent der Erde werden.

Eine Bergin-Fabrik ersteht zur Zeit im Haller Braunkohlengebiet, und eine baut das Ruhrkohlen-Syndikat. Besonders hier wird die Neuerung von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein, da das Ruhrgebiet an einer Überfülle schwerverkäuflicher Kohlen leidet, die die Halden und noch mehr die Rentabilität be-

lasten. Seit die englischen Gruben wieder in vollem Wettbewerb stehen, erwartet man Unterbilanzen. Nun aber finden geringwertige Kohlen Verwendung für Öl und sollen auch für Gaserzeugung⁵⁶⁾ herangezogen werden, sobald die Abtransportfrage gelöst ist. Zunächst aber muß für Fortleitung des in den bisherigen Kokereien entstehenden überschüssigen und bisher dort verheizten Gases durch Fernleitungen gesorgt werden. Auch das in der Kohlenwirtschaft viel günstiger arbeitende England beschäftigt sich mit ähnlichen Plänen.

Wir stehen vor einer völligen Umstellung der Kohlenindustrie; wieweit das Kreise zieht, ist noch gar nicht abzusehen. Um nur eine Folgerung zu ziehen: Man wird die flüssigen Kohlenprodukte natürlich durch Rohrleitungen abführen, wie das in den Pipelines mit dem Erdöl meist geschieht. Dadurch geraten aber unsere innerdeutschen großen Kanalbauten, die vor allem auf das Massengut der Kohle berechnet sind, und damit auch manche andere Anlagen in unerwartete Unwirtschaftlichkeit.

Umsturz der Kohle- und Ölwirtschaft in Erzeugung, Verarbeitung, Transport und Verbrauch im Inland, Umsturz der Ölpolitik der Welt⁵⁷⁾, sind Hoffnung und Gespenst. Deutsche Wissenschaft und Technik haben über materielle Vergewaltigung gesiegt. U.S.A. und England, also Standard Oil u. a. nebst Royal Dutch Shell und Anglo-Persian bemühen sich um ein Abkommen oder gar Kontrolle in der deutschen Kohlenverflüssigung. Das amerikanische Croeking-Verfahren, auch englische Methoden, die Motortreibstoffe und Schweröle mit Tieftemperaturverkokung darstellen, arbeiten offenbar unwirtschaftlicher. Hartnäckige Preiskämpfe, Preisdrücken durch die Trusts, Verschleudern des eigenen Produkts, um den Gegner niederzuzwingen, stehen bevor. Es handelt sich um mehr als nur Geschäftsfragen⁵⁸⁾.

Wohl haben die großen Ölreviere an Wert noch kaum eingebüßt, jedoch ist heute der Erdölbesitz nicht mehr voll gleichbedeutend mit Weltherrschaft. Die ölarmen Länder werden nun ölfreich, sofern sie über Kohlen verfügen. Auch in diesen haben U.S.A. und England die Vormacht, aber Deutschland gewinnt wieder Einfluß auf Weltmarkt und Preisgestaltung; es ist befreit vom amerikanisch-britischen Ölmonopol, es kann sich selbst versorgen, seine Handelsbilanz verbessern. Amerika wird seine Ölreviere in Reserve stellen, um die Kohlen anzugreifen, die nach bisherigen Rechnungen etwa zwei Billionen Tonnen betragen, das ist die Hälfte des gesamten Weltvorrats. Eine weitere Reserve sind seine Ölschiefer. England hingegen ist ein großer Strich durch die Rechnung gezogen; die Hamster- und Schonpolitik für sein Öl hat nicht mehr den bisherigen Sinn und Wert. Das englische Öl wird freier fließen, hingegen dürften allmählich die englischen Kohlen, die unter Einschluß der Dominions etwa ein Drittel der amerikanischen Vorräte betragen, zurückgehalten werden. Deutschland hat Kohlenvorräte auf rund tausend Jahre hinaus. Es kann in der Wärme- und Kraftversorgung befreit in die Zukunft blicken.

Der Niedergang der überragenden Stellung der U. S. A. und Englands in der Erdölindustrie ist unabwendbar. Nicht von heute auf morgen, aber in stetiger Entwicklung kann sich hierbei der Wiedereintritt Deutschlands in die Weltgroßmächte anbahnen; es wird Europas Ölbedarf aus der bedrückenden Abhängigkeit von Amerika und Asien lösen und andererseits England, unserem schwerwiegendsten Wirtschaftsgegner einen seiner größten Geschäftsgewinne schmälern.

Es muß England, trotz äußerer Erfolge, wie überall und in allem seit dem Kriege innere Einbuße erleiden. Sein Wirtschaftsnetz und seine Weltposition sind die stärksten Bänder dieses größten Staatengebildes aller Zeiten; jedoch unverkennbare Schwächezeichen haften diesem Blocke an, nicht allein im Staatsaufbau, noch mehr im Wirtschaftserfolg. Sein Königtum des Erdöls steht vor dem Sturz, bevor es zur Diktatur gelangt ist; die Metallwirtschaft gleitet immer mehr in die Hände Amerikas; im Kupfer, Mangan, Nickel, Stahl, neuerdings auch in Baumwolle, Gummi und Getreide⁶⁰⁾, ja, auch im Kaufwert des Goldes⁶¹⁾, ist England von den U. S. A. ebenso abhängig wie die ganze übrige Welt. Jene halten die zahlreichsten und weitreichendsten Weltrohstoffmonopole in der Hand, deren Produktionsgang und Preisänderung Wellen über die ganze Erde ziehen. Mit geringen Aufschlägen können nach Belieben von den Verbrauchern in allen Staaten der Erde gleichsam indirekte Steuern einkassiert werden. Die Verbraucher, auch wir, tragen den U. S. A. bei für ihre Forschungsinstitute, Kriegsflotten u. a. m., für ihre Vormachtstellung⁶²⁾.

England ist auch von wirtschaftlichen Einflüssen des europäischen Kontinents nicht hinreichend unabhängig. Besonders aber bereitet die industrielle Erstarkung aller Dominions seit den Kriegslieferungen dem Mutterland ernste Sorgen. Die Welt, voran Asien, ist enteuropäisiert. Überall wird dort als Widerspiel gegen das internationale, vorwiegend englische Großkapital nationale Wirtschaft und Selbstversorgung angestrebt, selbst wenn es zunächst Rückschritt ist. Englands Zukunft dürfte nicht mehr in Ausgestaltung des Weltreiches liegen, dieses ist zentrifugal, damit auch nicht im Ausbau des Imperiums zur Autarkie. Englands Zukunft erscheint Zusammengehen mit dem festländischen Europa zu werden zwecks Selbsterhaltung im Existenzkampf gegen den Westen und den Osten⁶³⁾.

Der nächste und schwierigste Kampf Englands wird dem überall minierenden Bolschewismus gelten, ein neuartiger Verteidigungskrieg, für den die Abwehrwaffen noch nicht erfunden sind.

Welchen Entscheidungen und Wandlungen treiben England und nicht weniger das geteilte Europa entgegen! Die alte Welt ist von den U. S. A. weit überflügelt, nicht nur weil sie der sozialen und kommunistischen Frage vorgebeugt haben, oder weil sie über alle Rohstoffe und Nahrungsmittel verfügen und der eigentliche Kriegsgewinner und der Gläubiger der Welt sind, vielmehr weil sie ein einheit-

liches Wirtschaftsgebiet, ein riesiges Freihandelsterritorium darstellen, weil sie nicht über ein Viertelhundert verschiedener Zolltarife ringsum zu berücksichtigen haben wie die Großmutter Europa. Zum mindesten die gruppenweise Zusammenfassung der Wirtschaftszweige der Staaten Europas, besser ein zusammenfassendes europäisches Zollgebiet, würde für die Waren Wertpreise schaffen und nicht erhöhte Schutzpreise. Dies könnte befreiend auf unsere sozialen Fragen wirken, der sonst zwangsläufig wachsenden Abhängigkeit, dem Verfall Europas entgegenwirken. Das Weltwirtschaftsmanifest vom Oktober 1925 hat deutlich genug gesprochen. Der überraschende Abbruch der europäischen Nachkriegsstreitigkeiten geschah nicht Deutschlands eigener Not oder Tüchtigkeit wegen, sondern wegen der Not der anderen. Nur diese Not wird uns auch wieder zu Kolonien verhelfen. Die für Mai 1927 anberaumte Weltwirtschaftskonferenz müßte erstmals die neue wirtschaftliche Gruppierung: hier Amerika — hier Europa — dort Asien vor aller Augen stellen und den Gleichklang der wirtschaftlichen Organisationen vorstimmen. Ob die Entpolitisierung der Weltwirtschaft, angeblich ein Hauptverhandlungspunkt, überhaupt nur angebahnt werden mag, erscheint in hohem Maße zweifelhaft⁶⁴⁾.

Wirtschaftliche Kämpfe sind gleich dauerndem Kriegszustand. In ihnen erscheint das Erdöl nicht auf Wogen, sondern in Feuer geschüttet.

Zusätze

- 64) Vgl. Zeitschr. „Petroleum“, Sonderhefte „Rußland“, 1925 u. ff.
- 65) Vgl. A. Serebrowsky, Leiter der „Asneft“, Baku: „Fünf Jahre Aserbeidschaner Naphtha-industrie“, in Zeitschrift „Petroleum“ 1925, S. 1757 ff.
- 66) Die gelegentlich der Konferenz von Genua verbreiteten Meldungen über Verträge der S.S.S.R. mit der Royal Dutch Shell bezüglich Baku erwiesen sich alle als irrig. Nachweislich sind Ölbestrebungen des mit Rußland befreundeten Japan in Baku und Nord-Persien im Gange.
- 67) Die Anglo-Persien besitzt die Ölkonzession in ganz Persien mit Ausnahme der nördlichen fünf Provinzen. Hier bestehen vorerst unbestätigte Abmachungen zwischen Anglo-Persien und Standard Oil (bezw. Sinclair Gruppe) unter einer Beteiligung Persiens.
- 68) Die Produktion Süd-Persiens belief sich 1926 auf nahezu 5 Millionen Tons.
- 69) Trotz des „Bagdad-Frieden“ vom Juni 1914, nach welchem 25% der Ölteile Mesopotamiens an Deutschland, 25% an die Royal Dutch Shell und 50% an die Türkische Petroleum Co. fielen, besetzten englische Truppen die türkische Stadt Basra 1914 schon vor der türkischen Kriegserklärung.

- 49) Ende 1920 hatten die Engländer in Mesopotamien eine Notabelnversammlung berufen, die das Königreich Irak proklamierte (unter Englands Oberherrschaft) und im Sommer 1921 den Sohn des Königs von Hedschas zum König ausrief.
- 50) Vgl. W. Mautner: „Die jüngste Entwicklung der französischen Erdölpolitik“, in Zeitschr. „Petroleum“, 1925, S. 1139 ff.
- 51) Italien besitzt Ölkonzessionen im Südkaukasus und hat kürzlich in Rumänien Ölfelder als Deckung von Kriegsschulden übernommen.
- 52) Die rumänische Förderung von 1926 betrug 3,2 Mill. tons und überstieg damit die besten Friedensjahre weit.
- 53) Besondere Hoffnungen setzte man auf die Südpfalz und auf die Gegend von Bruchsal, wo man die Fortsetzung der Ölvorkommen von Pechelbronn im Unterelsaß zu finden hoffte.
- 54) Öleinfuhr Deutschlands:

	1913	1924
Benzin	250 000 t	250 000 t
Leuchtöl	750 000 t	100 000 t
Schmieröl	250 000 t	250 000 t
Übrige Raffinate	75 000 t	180 000 t

Der Verbrauch an Erdölprodukten pro Kopf wird für 1924 berechnet in U. S. A. mit 89 1/2 kg, in England mit 127 kg, in Deutschland mit

- 13,7 kg. — Von der Weltproduktion verbraucht 1924 U.S.A. 66 Proz., Großbritannien 4 Proz., Deutschland 0,4 Proz.
- 64) Die „Deutsche Petroleum A.G.“ ist die Trägerin der neuen Gesellschaft, die sich an Anglo-Persian Oil Co. in der Art anlehnt, daß sich unter Sicherstellung der Bezugsmöglichkeiten die englische Gruppe mit 40 Proz. an der in einer einzigen Olex-Gesellschaft vereinigten Verkaufsgesellschaften beteiligt.
- 65) Die Endprodukte der Aufarbeitung sind: Motortreiböl, Dieselöl, Phenole bzw. phenolhaltige Öle (Impregnieröle) und Heizöl, dessen weitere Aufarbeitung Schmieröl und Asphalt gibt. Der Motortreibstoff entspricht in seiner praktischen Verwendung Mischungen von Benzin und Benzol, die bekanntlich für den modernen Automobilbetrieb die gesuchtesten Treibstoffe sind. Vgl. F. Bergius: „Die Aussichten der Ölerzeugung aus Kohle“, in „Internationale Bergwirtschaft“ 1925, S. 1 ff. Eine Bergin-Anlage, die bei 80—90 M. pro Tonne Selbstkosten und einem Verkaufswert von 140 bis 190 M. pro Tonne jährlich 50000 Tonnen erzeugt, soll 8 Mill. Mark kosten.
- 66) Die Gaserzeugung kann nun allgemein gesteigert werden, da der abfallende Koks künftig zur Wasserstoffherstellung für das Bergin-Verfahren Verwendung finden kann.
- 67) Vgl. F. Bergius: „Welchen Einfluß kann eine künstliche Ölerzeugung auf die Erdölwirtschaft ausüben?“ In Zeitschr. „Petroleum“ 1926, S. 1275 ff.
- 68) Die Internationale Bergin Co. im Haag wahrt die Rechte der deutschen Erfindung im Ausland.
- 69) Vgl. J. L. Wilser: „Vom Osmanenreich zur neuen Türkei“, in „Geographischer Anzeiger“, Gotha 1927.
- 70) Brasilien beschwerte sich 1926 vor der ganzen Welt gegen den „Agrarimperialismus“ der U.S.A.
- 71) Der Wert des Goldes ist nichts Absolutes, sondern seine Kaufkraft gegenüber den Waren.
- Steigen der Warenpreise heißt Goldentwertung. Sinken der Warenpreise heißt Goldaufwertung. Das Goldproblem ist heute infolge der Weltverschuldung an Amerika, und weil allein der Dollar stabil geblieben ist, ein amerikanisches Problem. Die amerikanische Preisgestaltung ist heute für die ganze Welt grundlegend. Vgl. K. A. Herrmann: „Die Zukunft des Goldes“, Berlin 1925.
- 62) Amerikanische Statistiken erweisen, daß bereits für 70 Warenarten (die Spezialartikel gehen in die Millionen) die Preise durch Regulierung des Angebotes diktiert werden.
- 63) Vgl. E. Obst' umfassendes und weitschauendes Buch über „England, Europa und die Welt“, Kurt Vowinkel Verlag, Berlin-Grünwald, 1927. — Leinen 36 M.
- 64) Selbst die Wirtschaftsform des Bolschewismus ist ein Imperialismus des expansionistisch eingestellten russischen Nationalstaates.
- 65) Weitere Literatur:
Engler, C. und Höfer, H. v. „Das Erdöl, seine Physik, Chemie, Geologie, Technologie und sein Wirtschaftsbetrieb“ (sechs Bände), bei Hirzel in Leipzig, 1909—25.
Höfer-Heimhalt, v.: „Das Erdöl und seine Verwandten“, Braunschweig 1924.
Blumer, E.: Die Erdöllagerstätten (Grundlagen der Petroleumgeologie). Stuttgart 1922.
Krüger, K. und Poschardt, G. R.: „Die Erdölwirtschaft der Welt“. Stuttgart 1926.
Meisner, M.: „Weltmontanstatistik“, herausgegeben von der Preußischen Geologischen Landesanstalt, I, 1860—1922, 1. Teil: Kohlen, Erdöl und Salze. Stuttgart 1925.
Mautner, W.: „Die Erdölpolitik des letzten Jahres (1924)“. In Zeitschrift, Petroleum“ 1925.
Kißling, R.: „Die Mineralöle, ihre Gewinnung und Verwertung.“ Sammlung Götschen Nr. 889.
Faber, A.: „Die neueste Entwicklung der Welterdölwirtschaft und die Mineralöllage Deutschlands“ bei Knapp, Halle a. S. 1926.

HERMANN LAUTENSACH:

LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN
UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

Haushofer, K.: Grundlagen, Wesen und Ziele der Geopolitik. „Der Weg zur Freiheit“. 7. Jahrg. 1927, S. 113 bis 118.

Dieser Aufsatz ist trotz seiner Kürze so grundlegend, inhaltsreich und programmatisch wertvoll, daß er an dieser Stelle unbedingt einen kurzen Hinweis erheischt. Haushofer begründet die Forderung nach Geopolitik mit dem elementaren Nachkriegsdrang nach besserem wissenschaftlichem Schutz der politischen Lebensform wie des Volks- und Kulturbodens. Die Geopolitik „sucht aus den wissenschaftlich erfaßbaren, erdbestimmten und bodengewachsenen Zügen, wie sie sich im Ablauf geschichtlichen Geschehens erprobt haben, für die Kunst der Politik eine Brücke bis zu ihrer notwendigen Stelle des Absprungs vom festen wissenschaftlichen Boden zu bauen, damit dieser Sprung wenigstens vom Wissen zum Können, nicht vom Nichtwissen aus erfolge, woher er sicher weiter und gefährlicher ist“. Als Ziel der Geopolitik bezeichnet Haushofer das Streben, eine gerechte Verteilung des Lebens- und Atemraumes auf der Erde nach der Arbeitsfähigkeit und Kulturleistung zu erreichen, nicht nach den Gewaltdiktaten eines geschickt zusammengebrachten Konzerns zur Aufrechterhaltung einer ungerechten Raumverteilung und zur Absperrung der eng gedrängten Millionenscharen Inneneuropas und Monsunasiens von den weiten, unbesiedelten übrigen Räumen der Erde.

Hoetzsch, O.: Die weltpolitische Lage. 8. Teil (23 Seiten) von „Deutsche Politik“, ein völkisches Handbuch. Frankfurt a. M. 1925. Englert & Schlosser.

In dieser kleinen Studie, die hier zugleich als ein Hinweis auf das im Auftrage des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten herausgegebene, in Lieferungen erscheinende Gesamtwerk angezeigt sei, gibt der unsern Lesern nicht unbekannt Historiker und Politiker einen glänzend geschriebenen, mit geopolitischem Öl gesalbten und mutigen Überblick über die Entwicklung der weltpolitischen Lage seit Versailles in ihrer Beziehung zu Deutschlands politischer Gegenwartsstellung und Zukunftsaussicht. Hoetzsch geht wie Haushofer aus von den Vorkriegsfehlern der deutschen Politik, von der Tatsache, die Friedrich der Große und Bismarck nie verkannt haben, daß in den ganz großen weltpolitischen Zusammenhängen und Gegensätzen Preußen bzw. das Deutsche Reich eben „doch nur ein Staat zweiter Ordnung war, der zudem in seiner geographischen Lage ganz besonders leicht verwundbar war, und der deshalb für jeden weiteren Schritt, vor allem für jede gefährliche Entscheidung unbedingt die Deckung an der einen Seite haben mußte, der niemals riskieren durfte, allein und isoliert einer ganz großen Weltentscheidung entgegenzusehen und entgegenzugehen“. Klug abwägend hebt Hoetzsch dann u. a. die wenigen für Deutschland positiven Ergebnisse der politischen Entwicklung der Nachkriegszeit hervor, die oft über all den Drangsalierungen und Enttäuschungen vergessen werden: 1. Frankreich allein hat, nachdem Rußland ausgefallen war, sein Kriegsziel, die Rheingrenze von Basel bis Emmerich, in Versailles nicht voll erreicht, „und so darf man wohl mit Recht sagen, daß überhaupt die Möglichkeit, über die

Befreiung des Rheinlandes zu sprechen und für sie zu arbeiten, durch Hindenburg auf den Schlachtfeldern erkämpft ist, auf denen er Rußland niederwarf". 2. „Es ist in diesen Jahren weder dem Druck von außen noch den zersetzenden und zerstörenden Bemühungen aller Art von innen her gelungen, die politische Organisation der Deutschen in Mitteleuropa, soweit der Versailler Vertrag die Grenzen gelassen hatte, aufzulösen und zu zersprengen.“ In rascher Folge werden dann in der zweiten Hälfte der Abhandlung die Probleme der Rückwendung der Vereinigten Staaten von Amerika auf Europa zu, der internationalen Verschuldung, der Abrüstung, des Locarnovertrages gestreift und schließlich wird die Dynamik der staatlichen Beziehungen Außereuropas mit einigen Schlaglichtern beleuchtet.

Langhans-Ratzburg, M.: Die Verfassungen des Erdballs. Gotha 1927. Justus Perthes. 194 Seiten.

Das knapp gefaßte Buch enthält in alphabetischer Folge eine Übersicht über sämtliche Staaten der Erde, vorwiegend nach den Gesichtspunkten: Staatliche Entwicklung, Verfassung, Weltpolitische Stellung, Tatsächlicher Innenzustand. Sein Inhalt gibt also bedeutend mehr als der Titel verheißt. Es ist auf den entsprechenden, vom Verfasser bearbeiteten Abschnitten des anschließend besprochenen Gothaischen Jahrbuches aufgebaut, erweitert diese jedoch meistens unter den angegebenen Gesichtspunkten und führt die Entwicklung bis in den April 1927 hinein fort. Leider sind bei einigen bedeutenden Staaten, z. B. Japan, diese Gesichtspunkte nicht vollständig durchgeführt. Ungemein wertvoll ist die systematische Analyse der „Weltpolitischen Bewertung der selbstbestimmenden Staaten des Erdballs“ und der „Staatsformen der Erde 1927“. Diese Typenbildung ist der Behandlung der Einzelstaaten vorangestellt, und auf sie wird bei letzterer in konsequenter Weise zurückgegriffen. Eine kurze Übersicht über die

amtlichen zwischenstaatlichen Vereinigungen und Einrichtungen bildet den Schluß. Es ist das große Verdienst des jungen Verfassers, ein bisher in Deutschland nahezu unbeachtet gebliebenes Grenzgebiet zwischen empirischer Staatswissenschaft und Geopolitik mit umfassender Sachkenntnis systematisch entwickelt zu haben. Seine „Verfassungen des Erdballs“ sind eine kaum erschöpfliche Fundgrube offenbar sehr verlässlicher, klar geordneter und systematisch ausgewerteter staatenkundlicher Tatsachen, die dem Geopolitiker, Geographen, Historiker, Staatswissenschaftler und Staatsrechtler hochwillkommen sein werden.

Gothaisches Jahrbuch für Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft. 164. Jahrgang. 1927. 1013 Seiten. Gotha. Justus Perthes (vgl. Z. f. G. 1924, Seite 737; 1925, Seite 889).

Das altbewährte Werk kehrt in diesem neuesten Jahrgang zu einer alphabetischen Reihenfolge der Staaten zurück, was die schnelle Auffindung bedeutend erleichtert. Mußte die in den letzten Jahrgängen versuchte geographische Anordnung doch notgedrungen bei den weltumspannenden Kolonialmächten immer wieder durchbrochen werden. Der in dieser Zeitschrift seinerzeit im Hinblick auf den Jahrgang 1925 geäußerte Wunsch nach zusammenfassenden Übersichten ist schon im Jahrgang 1926 und noch mehr 1927 erfüllt worden, und damit hat das Werk für den Geopolitiker an bequemer Benutzbarkeit bedeutend gewonnen. Seit 1926 sind ihm außerdem farbige Kärtchen beigegeben, deren Auswahl allerdings noch etwas die einheitlichen Gesichtspunkte vermissen läßt. Manche von ihnen, besonders „Stützpunkte der Vereinigten Staaten im Karibischen Meer“, „Die gegenwärtige staatsrechtliche Lage in Arabien“, „Der Moldau Rätestaat nach seiner ethnographischen Zusammensetzung“ sind geopolitisch hochinteressant. Eine weitere erfreuliche Neue

zung, die noch weiter ausgebaut zu werden verdient, sind Angaben über die Ernten und Bergbauerträge der europäischen und nordamerikanischen Staaten sowie der britischen Dominien und über die Währungen der wichtigeren Staaten. Der achtseitige Literaturbericht, der noch auf Erscheinungen von 1923 zurückgreift, bildet dagegen nach wie vor ein heterogenes Element, das in dieser Kürze kaum Sinn hat. Alles in allem bedeutet der Jahrgang 1927 des Gothaischen Jahrbuches wieder einen erfreulichen weiteren Schritt vorwärts.

Woytinski, Wl.: Die Welt in Zahlen. Fünftes Buch. Handel und Verkehr. 376 Seiten. Berlin. Rudolf Mosse, Buchverlag.

Dieses fünfte Buch macht auf mich einen bedeutend günstigeren Eindruck als das Z. f. G. 1925, S. 888 besprochene erste Buch; denn der hier gebotene Stoff liegt dem Verfasser offenbar bedeutend näher, und infolgedessen erscheinen die Zahlen, die auch viel reichlicher mit erklärenden Erläuterungen versehen sind, bedeutend verlässlicher und moderner. Der Band gliedert sich in die Abschnitte: Handel und Verkehr im Wirtschaftsleben der verschiedenen Länder; Festlands-, Wasser- und Luftverkehr; Nachrichtenverkehr; Handelsbetriebe und Genossenschaftswesen; Welthandel; Geld- und Bankwesen; Bewegung der Warenpreise; Versicherungswesen; Aktiengesellschaften; Wirtschaftliche Konjunktur. Die mit wahren Bienenfließ zusammengetragenen Zahlenreihen sind häufig bis 1926 fortgeführt. Technisch und methodisch weniger gelungen sind die 14 Tafeln mit graphischen Darstellungen. Die Gegenüberstellung zweier Isochronenkarten der ganzen Erde mit Berlin als Mittelpunkt für die Zeit um 1812 und um 1912 ist außerordentlich anregend, aber die kartographische Projektion (äquatorialer orthographischer Azimutalentwurf) ist für diesen Zweck nicht brauchbar, und es wirkt irreführend, auf der Karte von 1812, die naturgemäß nur

eine sehr rohe Annäherung bieten kann, jedoch auf den Laien den Eindruck viel zu großer Genauigkeit macht, Innerafrika als „in 120—150 Tagen erreichbar“ verzeichnet zu finden.

Egelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1926. Herausgegeben von Hermann Haug. 19. Jahrgang. Stuttgart 1927. Karl Krabbe Verlag. 364 Seiten.

Diese chronistische Darstellung der wichtigsten innen- und außenpolitischen Ereignisse des Jahres 1926 verrät den gleichen Fleiß, den ich Z. f. G. 1926, S. 377 an dem Jahrgang 1924 gerühmt habe, wagt sich aber dieses Mal unklugerweise häufiger mit vorschnellen, parteipolitisch gefärbten Urteilen heraus. Aber auch die dort erwähnten Mängel sind geblieben. Immer noch steht die breite Darstellung der innenpolitischen Ereignisse des deutschen Reiches, die Seiten 87—202 füllend, im Vordergrund und mißachtet die für den Deutschen so grundlegend wichtige Lehre vom Primat der Außenpolitik vor der Innenpolitik. Gemildert wird dieser Mangel durch den ausführlichen Abschnitt über „Die Vorgänge um Deutschland im Völkerbund“. Die politische Entwicklung der nichtdeutschen Staaten wird wieder sehr knapp, und zwar unter dem Titel „Länder und Völker“ gegeben. Außer-europa wird auf 29 Seiten gebracht. Am besten erscheint mir der Abschnitt „Besetzte, abgetrennte und verlorene Gebiete“ (S. 202—228) gelungen.

Prof. Hickmanns Geographisch-Statistischer Universal-Atlas 1927. Vollständig neu bearbeitet von Alois Fischer.

Es ist das viertemal seit 1921, daß der überaus rührige Bearbeiter, den Lesern der Z. f. G. durch mehrere grundlegende Aufsätze bekannt, den Hickmannschen Atlas herausgibt. Neu bearbeitet sind dieses Mal außer Abschnitten des 80seitigen textlichen Teiles die Tafeln 41—44, die sich mit Rasse, Religion und Volkstum beschäf-

tigen. Sie fußen auf eigenen Berechnungen des Verfassers, die dieser größtenteils in Z. f. G. 1926, S. 860 u. 938 veröffentlicht hat, und bilden eine sehr anschauliche Illustrierung zu seinen dortigen Ausführungen. Neu sind ebenso die Tafeln 81 und 82 (Goldwert fremder Devisen in New York, Großhandels- und Lebenshaltung-Indexziffern u. a.). Im übrigen sind Text und Tafeln durch zahlreiche Korrekturen auf den laufenden Stand gebracht. Nur auf den Tafeln „Produktion“ und wenigen anderen war das aus technischen Gründen in dieser Auflage noch nicht möglich (vgl. Z. f. G. 1924, S. 738; 1925, S. 888).

Bibliographie der Sozialwissenschaften. Monatshefte der Buch- und Zeitschriftenliteratur des In- und Auslandes über Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Finanzen, Statistik. Herausgegeben vom Statistischen Reichsamte. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin.

Es ist hohe Zeit, daß wir unsere Leser auf diese einzige internationale Veröffentlichung aufmerksam machen, die das gesamte Schrifttum der Soziologie, Wirtschaft und Politik sammelt und in einer wohlüberlegten, klargegliederten Ordnung veröffentlicht. Diese bibliographische Zeitschrift wurde bis 1925 unter dem Titel „Sozialwissenschaftliches Literaturblatt“ vom Reichsarbeitsministerium herausgegeben und hat seither durch das Statistische Reichsamte einen überaus sorgfältig durchgeführten vereinfachenden Neuaufbau erfahren, der von dem Prinzip der ordnenden Konzentration nach konkret-materialen Leitmotiven durchdrungen ist. Von der Reichhaltigkeit der Zeitschrift zeugen schon die Hauptgliederungstitel: I. Bibliographien. Presse. Neue Periodika. II. Geschichte und Methodenlehre der Sozialwissenschaften. Theorie und Technik der Statistik. III. Allgemeine Soziologie, Kultursociologie, Rechtssoziologie. IV. Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte, Biographien. V. Länderkunde, Bevölkerungs-

wesen, Wirtschaftsgeographie. VI. Theoretische Sozialökonomie. VII. Wirtschaftspolitik. VIII. Sozialpolitik. IX. Finanzpolitik. X. Innere und äußere Politik. Die Abteilungen V, VII, 2 sowie X, 4 und 5 enthalten sehr reiches geopolitisches Material.

Dr. Lautensach.

Kawerau, S.: Denkschrift über die deutschen Geschichts- und Lesebücher, vor allem seit 1923. Berlin 1927. Hensel & Co.

Der Verfasser macht es sich zur Aufgabe, als Anwalt der Reichsverfassung die deutschen Geschichts- und Lesebücher daraufhin zu untersuchen, ob sie dem Artikel 148 dieser Verfassung Rechnung tragen, nach dem der Unterricht im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung erteilt werden soll. Wie die Durchführung zeigt, ist es ihm dabei weit mehr um die Völkerversöhnung als um das deutsche Volkstum zu tun.

Das Ergebnis der Untersuchung — alle irgendwie in Betracht kommenden Geschichtsbücher der Nachkriegszeit werden besprochen — ist für Kawerau sehr betrüblich, denn er stellt fest, daß sie mehr oder weniger alle gegen den Geist der Völkerversöhnung verstoßen, eine kriegerische, besonders franzosenfeindliche Tendenz verfolgen und dem Wesen wie den Leistungen der anderen Völker keine Gerechtigkeit widerfahren lassen, während sie die Vorzüge des eigenen über Gebühr verherrlichen. „Diesen alten, völlig fruchtlosen Schwärmereien (!)“ soll „von Entschlosseneren und Besseren (!)“ ein Ende gemacht werden: so sagt im Vorwort Herr Alfred Kerr aus Grunewald; denn wenn auch auf der anderen Seite Verfehlungen vorliegen, so muß doch „einer den Anfang machen mit dem Ehrlichsein“.

Wie sieht nun diese Ehrlichkeit Kaweraus in seiner Kritik der deutschen Geschichtsbücher aus? Es ist unmöglich, im Rahmen einer kurzen Besprechung auf Einzelheiten einzugehen; es muß ge-

nügen, hier die Art und den Geist dieser Kritik zu kennzeichnen, die sich im wesentlichen mit der Darstellung der wichtigsten Probleme der neuesten Geschichte in unseren Schulbüchern befaßt: der polnischen und elsäß-lothringischen Frage, der europäischen Politik von 1870—1914, der Kriegsursachen, des Kriegsausbruchs, der Kriegsschuld, des Völkerbundes, des „Dolchstoßes“ usw. Überall bemüht sich der Verfasser nach Kräften, den deutschen Standpunkt und das deutsche Recht in diesen Fragen zu bekämpfen und damit die Sache der Gegner zu vertreten. Das zeigt sich besonders kraß in der Kriegsschuldfrage, wo er z. B. den Artikel 231 des Versailler Vertrages dahin auslegt, daß man Deutschland in ihm gar nicht der Schuld am Kriege zeihe, sondern nur als den „Anfänger“, d. h. als den „formalen Urheber“ bezeichne! Gleichwohl spricht er von einer schweren Mitschuld Deutschlands am Weltkrieg. Das Urteil Erich Brandenburgs („Von Bismarck zum Weltkrieg“, 2. Aufl., S. 459 ff.), das er sonst als eine „Etappe auf dem Wege zur Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit“ gern zitiert, wenn es ihm paßt, gilt hier nichts. Wenn ein Lehrbuch (zur Bonsen) den deutschen Charakter in durchaus maßvoller, nicht nur lobender Weise schildert und dabei mit den Worten schließt: „Die Deutschen sind eine Kulturnation ersten Ranges“, so bemängelt Kawerau das als unbescheiden, denn „kein anderes Volk bekommt diese Nummer in der Zensur wie die Deutschen“! So erzieht man die Jugend zur Achtung vor dem deutschen Volkstum und zur Liebe zu ihm! Beileibe darf von den Engländern, den Franzosen und anderen Völkern nichts Nachteiliges ausgesagt werden, auch wenn es berechtigt ist und in sachlicher Form vorgebracht wird.

Eine starke Einseitigkeit des Urteils und oft auch eine unhistorische Betrachtungsweise ergibt sich aus dem ausgesprochenen Parteistandpunkt des Verfassers. Solches Urteil wirkt dadurch nicht erfreu-

licher, daß es sich mit einem überheblichen, belehrenden und kleinlichen, aber keineswegs immer gerechtfertigten Besserwissenwollen verbindet, das die Gegner mit dem Vorwurf der Unwissenheit oder bösen Willens abtut und auch über anerkannte Autoritäten jeweils kühn hinwegschreitet. Und dabei liegt in Wahrheit zu ernster Beanstandung der kritischen Lehrbücher kein Anlaß vor: nirgends läßt sich Gehässigkeit oder die Absicht der Verleumdung erkennen, wohl aber ein Streben nach Objektivität. Vereinzelt Unrichtigkeiten oder auch einmal eine Taktlosigkeit werden sich nie völlig vermeiden lassen. Man kann das Buch Kawerau nur mit tiefer Traurigkeit lesen und bedauern, daß ein Deutscher es geschrieben hat.

Dr. Eiten.

Deutschland im Lichte ausländischer Schulbücher der Nachkriegszeit. Im Auftrage des Verbandes deutscher Geschichtslehrer herausgegeben von Hermann Pinnow. Berlin 1927. Verlag für Kulturpolitik.

Ein sehr lehrreiches Gegenstück zu dem vorbesprochenen Buch! Eine Reihe deutscher Schulmänner haben hier 47 französische, belgische, englische und auch einige amerikanische Unterrichtswerke, namentlich Geschichtsbücher, daraufhin geprüft, welches Bild sie von dem deutschen Volke entwerfen. Als einwandfrei wurden befunden 3, wenig Anlaß zu Beanstandungen boten 5, während die übrigen 39 schärfsten Einspruch gegen Inhalt und Tendenz herausfordern. In der Darstellung sowohl der deutschen Vergangenheit wie der Gegenwart zeigt sich die Neigung zu planmäßiger und bewußter Verleumdung, Beschimpfung und Verächtlichmachung unseres Volkes. Zu diesem Zwecke werden die geschichtlichen Tatsachen unbedenklich entstellt und verfälscht, tritt die Lüge an die Stelle der Wahrheit. Ein belgisches Buch erklärt: Beutegier, Mordlust und Blutdurst der

Germanen sind die einzigen Antriebe für die Völkerwanderung wie für die späteren Kämpfe um Italien, sie stehen noch heute in vorderster Linie der deutschen Nationaleigenschaften. Infolge dieser Verderbtheit ihrer Rasseninstinkte sind die Deutschen dem Bösen verfallen, Bosheit und Grausamkeit sind ihnen angeboren, mit samt einem krankhaften Trachten nach Beherrschung der Welt! Je mehr sich die Darstellung der Gegenwart nähert, um so lauter wird der Chor derer, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit so ziemlich für alles Leid verantwortlich machen, das die europäische Welt in den vergangenen Jahren zu tragen hatte und noch immer trägt, die Verachtung und Haß in die Herzen der kommenden Generationen pflanzen. Als Hauptzüge der deutschen Mentalität, im besonderen Kaiser Wilhelms II., werden genannt: ungewöhnliche Gemeinheit, List, Feigheit, Anbetung der Gewalt, Überheblichkeit und Herrschsucht, während auf der anderen Seite die außerordentliche Friedensliebe, das starke Rechtsgefühl, die besondere Kulturmission der Gegner Deutschlands gepriesen wird. Für sie wird auch die Pflege kriegerischen Sinnes und das Streben nach territorialer Ausdehnung als durchaus rechtmäßig in Anspruch genommen. Diese Art der Geschichtsverfälschung feiert natürlich in bezug auf den Weltkrieg wahre Orgien: die Deutschen und Österreicher haben allein die Schuld am Kriege, sie sind Verächter des Völkerrechts und tragen die Verantwortung für die Anwendung der verderblichen Kriegsmethoden. Soldaten wie Offizieren werden die scheußlichsten Verbrechen zugeschrieben, sie verüben ihre beispiellosen Untaten ohne ersichtlichen Grund, sie sind grausam und feige, gemein und dumm, zu allem fähig. Kinder werden bedroht, mißhandelt, getötet; das Abschneiden von Kinderhänden wird als verbürgte Tatsache berichtet. So bedeutet der Ausgang des Krieges den Sieg der Gerechtigkeit über die Brutalität, so wer-

den die Deutschen der Verachtung und dem Fluch der kommenden Geschlechter preisgegeben. Zwei der Bücher, die solche vergiftenden Äußerungen enthalten, dürfen sich obendrein der besonderen Billigung der Regierung, bzw. der Auszeichnung durch die Königl. Akademie von Belgien rühmen!

Die sehr dankenswerte Arbeit verdient weiteste Verbreitung und beweist, wieweit man im Ausland noch von dem Geiste der Völkerveröhnung entfernt ist.

Dr. Eiten.

Mendelssohn Bartholdy, A.: Diplomatie. Heft 1 der „Politischen Wissenschaft“, Schriftenreihe der deutschen Hochschule für Politik in Berlin und des Instituts für Auswärtige Politik in Hamburg. VIII, 115 Seiten Großoktav. Berlin-Grunewald 1927. Verlag Dr. Walter Rothschild.

Die „Politische Wissenschaft“ verfolgt den Zweck, das deutsche Volk, dem heute die Bestimmung der politischen Richtung und ihre Überwachung selbst obliegt, zur Erfüllung dieser Aufgaben zu schulen und es zu befähigen, die Tätigkeit seiner Beauftragten zu verstehen und richtig zu würdigen.

Das vorliegende, die Reihe einleitende Heft, die Wiedergabe einer Rede bei der Jahresfeier der deutschen Hochschule für Politik, würdigt die Bedeutung der Diplomatie und die außerordentlichen Anforderungen, die an ihre Vertreter gestellt werden und höchste Bildung zur Voraussetzung haben. Als Grundaufgaben werden den Diplomaten gestellt: Darstellung des Besten am eigenen Volk vor dem Ausland, Erkennen der guten Kräfte im Lande ihrer Mission und ehrliches Lob dessen, was ihnen Gutes begegnet, in ihren Berichten an die Heimat. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit eines tiefen sittlichen Verantwortungsgefühls für seine Tätigkeit wird doch der Diplomat von dem Verfasser im Widerspruch mit der rauhen Wirklichkeit gar zu sehr in das weiße Ge-

wand eines Friedensengels gekleidet, wie denn der Name Botschafter tatsächlich mit der guten Weihnachtsbotschaft der Engel an die Hirten in Verbindung gebracht wird. In allererster Linie wird es seine Pflicht sein, die Belange seines Volkes mit Geschick und Energie wahrzunehmen. Eine recht optimistische und wirklichkeitsfremde Auffassung verrät auch die Meinung, daß die neue Diplomatie, die Diplomatie der Ministerkonferenzen, die gewiß wegen des unmittelbaren Gedankenaustausches der Verantwortlichen einen Fortschritt im zwischenstaatlichen Verkehr darstellt, die Offenheit und die Wahrheit, „die doch am längsten währt“, in den Beziehungen der Völker zueinander zum Siege führe. Sehr eigenartig berührt auch das Geständnis des Verfassers, die Arbeit an der großen deutschen Aktenpublikation über die auswärtige Politik von 1870 bis 1914 habe in den Herausgebern nicht die

Vorstellung einer Schuld dieses oder jenes Diplomaten am Ausbruche des Krieges erweckt, sondern „ein ungeheures Mitleid mit denen, die ihre ganze Lebenskraft und allen heiligen Eifer für die Größe ihres Landes an die vergebliche Arbeit in einem zum Mißlingen verurteilten System gesetzt haben“ (vgl. Iswolsky, Poincaré!). Zustimmung wird man dagegen dem Verfasser, wenn er den unter schwierigsten Verhältnissen vollzogenen Wiederaufbau der deutschen Auslandsvertretung seit 1921 und die erfolgreiche Tätigkeit der deutschen Diplomatie im Ausland dankbar anerkennt, die in nur 5 Jahren wieder Vertrauen und Achtung für sich und uns erwirkt haben.

Der Darstellung ist ein geschickt ausgewählter Anhang von Aktenstücken beigegeben, der uns in die Werkstatt des Diplomaten, in seine Nöte und Künste Einblick gewährt.

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

In meinem Verlag erschien soeben: *Hans Harmsen, „Bevölkerungsprobleme Frankreichs unter besonderer Berücksichtigung des Geburtenrückgangs“*. 212 Seiten, 16 Skizzen und Karten, Leinen M. 8.—

Inhalt: Die französische Bevölkerungsbewegung seit dem 18. Jahrhundert — Die Verstädterung und der Geburtenrückgang bei der Landbevölkerung — Die Unterbevölkerung, der Bevölkerungsschwund und die Landverödung als nationalökonomische Probleme — Die sozialpolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs — Das Anwachsen der Fremdenziffer und die beginnende Umvolkung Frankreichs — Die organisierte Einwanderung fremdvölkischer Arbeitskräfte — Die französische Innenkolonisation und das Problem der Unterwanderungen — Zusammenfassende Betrachtungen.

Bitte lassen Sie sich das Werk auf 14 Tage unverbindlich zur Ansicht senden.

Aus dem Inhalt des Juniheftes der „Europäischen Revue“:

Paul Valéry, Zu Montesquieus Persischen Briefen — W. Alison Philips, Der Brite in der Welt — Ernst Robert Curtius, Französische Zivilisation und Abendland — Andrea Torre, Italiens Außenpolitik — Le Corbusier, Wo beginnt Architektur? — Panait Istrati, Bakar — Henri Hauser, Die Wandlungen in der Struktur der französischen Industrie. / Einzeln M. 2.— / Vierteljahr M. 6.—

Vom Nationalismus zu den Vereinigten Staaten von Europa

VON ÁRPÁD TÖRÖK

197 Seiten. 8°. Preis M. 6.—

Das Problem wird bei seiner entwicklungsgeschichtlichen Wurzel erfaßt. Der Verfasser entwirft kein Programm, sondern versucht aus den Tiefen des Völkerwerdens einen Schluß auf die weitere Gestaltung der europäischen Nationen zu ziehen.

Verlag Moritz Perles * Wien I, Sellergasse Nr. 4
Prospekte zur Verfügung!

Heimstudium

Sie können sich ein umfassendes Wissen auf dem Gebiete der Geopolitik und Wirtschaftsgeographie durch Teilnahme an unserem brieflichen Lehrkurse aneignen. Sie haben Gelegenheit, sich auch auf anderen volkswirtschaftlichen und juristischen Spezialgebieten intensiv weiterzubilden. Sie sparen Zeit, Geld, Mühe und Irrwege. Bequeme Teilzahlungen. Studienberatung kostenlos. Fordern Sie sofort unverbindlich die kostenlose Programmschrift und das Vorlesungsverzeichnis des Athenaeums an

Vereinigte Kuffener Lehranstalten für briefl. Hochschulunterricht

G. m. b. H.

Abteilung Athenaeum, Kuffen, E. Z.

ERICH OBST

England / Europa und die Welt

◆ Eine geopolitisch - weltwirtschaftliche Studie 1927. XVI und 350 Seiten Text. Mit 54 Textzeichnungen und 17 weltwirtschaftlichen Tabellen im Anhang ◆ Leinen 36.-



Ein Versuch, deutsche Wissenschaft in den Dienst politischer und wirtschaftlicher Zukunftserkenntnis zu stellen, — unter dieser Zielsetzung legt Erich Obst geopolitisch und wirtschaftlich Englands Stellung gegenüber Europa, dem eigenen Weltreich und der übrigen Welt bloß. Ein Buch, das in allen Teilen zu neuen, durch Tatsachenmaterial belegten Schlüssen führt und schon als Gesamtdarstellung der Weltwirtschaft in knapper aber vollständiger Form einseitig ist.

... Selten habe ich das Ineinanderfügen geopolitischer wie mehr historischer Züge in der so wundervollen Stilleinheit des Britentums auf so engem Raum so vorbildlich herausgearbeitet gesehen, wie in den wenigen Seiten der geschichtlichen Einleitung von Obst. Vorbedingung für jede politische, wirtschaftliche und Kultur-Einstellung zu der Macht des Britenreichs, wie zu seinen Nöten und den Grenzen seiner Kraft, ist die starke sachliche Erkenntnis, die das Werk in seinen Skizzen, Diagrammen, den sorgfältig aus einem Riesenstoff ausgewählten Tafeln und seinen Urteilen bringt.

Münchener Neueste Nachrichten

ALBERT DEMANGEON;

Das Britische Weltreich

◆ Eine Kolonial-geographische Studie Übersetzt von Paul Fohr. 362 Seiten Text. 1926, 5 Karten ◆ Leinen 10.-



Ein groß gesehener Überblick über die Gesamtheit des britischen Weltreiches, seine Geschichte und die Auswirkung seiner geographischen, wirtschaftlichen und soziologischen Bedingungen, — das ist Demangeons Buch. Durch eine knappe Fassung bei überaus klarer Gedankenführung und die Fülle seiner Beigaben, — Karten, Register, Bibliographie — ist es ein unvergleichliches Handbuch mit eigenem wissenschaftlichem Wert.

... Bei vollkommener Objektivität ist es fesselnd, oft geradezu spannend geschrieben. Es ist nicht etwa eine volkstümliche Abhandlung, die die Wissenschaft in die Menge tragen will, vielmehr besitzt es hohen wissenschaftlichen Eigenwert. Nur ist alles auf die einfache gedankliche und sprachliche Formel gebracht. Daher die kristallene Durchsichtigkeit der Darstellung.

Juristische Wochenchrift

Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reich

LEITFADEN DER WIRTSCHAFTS- UND BÜRGERKUNDE FÜR
HÖHERE SCHULEN, KURSE UND ZUM SELBSTUNTERRICHT

Von

Elisabeth Snauck-Kühne

46.—47. Auflage. 8° (220). Gebunden RM. 2.50

In dem inhaltreichen Buche werden die wichtigen politischen, volkswirtschaftlichen, sozialen und anderen Begriffe bis ins einzelne zerlegt und verständlich gemacht, historische Entwicklungsreihen — wie die Stufen des wirtschaftlichen Werdegangs, die sozialen Fragen, der neuzeitliche Staatsgedanke — werden knapp und doch klar von ihren Anfängen bis zur Gegenwart verfolgt.

Zeitschrift für christliche Erziehungswissenschaft.

Durch alle guten Buchhandlungen

Volkvereins-Verlag G. m. b. H., M. Gladbach

PERIODICAL

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE
STAMPED BELOW

RENEWED BOOKS ARE SUBJECT TO
IMMEDIATE RECALL

NOV 02 1984 REC'D

Library, University of California, Davis
Series 458A

PERIODICAL

246854	Call Number:
Zeitschrift für Geopolitik.	D410 Z4 v.4:1

Zeitschrift

D410

Z4

v.4:1

246854

